

School of Theology at Claremont



1001 1411781

I. Schneider

Kirchliches Jahrbuch

50. Jahrgang 1923



Theology Library

SCHOOL OF THEOLOGY
AT CLAREMONT

California

Live 50 -

**Der Hochwürdigen Theologischen Fakultät
der Universität Greifswald**

in Ehrerbietung und Dankbarkeit gewidmet

Hochwürdige Fakultät!

Sechs Jahre sind darüber hingegangen, seit Sie mir die Ehre und Würde eines „Doktors der Theologie und der heiligen Schrift“ schenkten. Ich werde nie aufhören, diese freundliche Anerkennung als die höchste Ehre zu schätzen, die das zeitliche Leben mir zu bringen vermag.

Es entspricht literarischem Gebrauch, durch ein wissenschaftliches Werk dem schuldigen Dank-Ausdruck zu geben. Seit mehr als einem Jahrzehnt trage ich den stillen Entschluß in mir, eine „kirchliche Statistik“, die dem Stand der Gegenwart gerecht wird, abzufassen. Seit Pieper (1898) ist dieser Zweig der Wissenschaft, die mir zur Spezial-Wissenschaft geworden ist, in zusammenfassender Weise nicht sonderlich zur Darstellung gebracht. Eine zweibändige Statistik der kirchlichen Gegenwart gedachte ich der hochwürdigen Fakultät zuweignen. An Vorarbeiten dazu fehlt es mir nicht. Sie abzufassen sollte die Aufgabe meines Alters sein. Mehrere kleine Monographien, die ich seit 1917 schrieb, dünkten mir zu gering, sie der Fakultät zu widmen.

Die böse Zeit läßt jedoch die Ausführung meines Vorsatzes immer zweifelhafter erscheinen. Die „Allgemeine Volkszählung“, welche die Grundlagen hergegeben hätte für das geplante Werk, fiel in der Kriegszeit 1915 aus. Ihrer Vertagung auf 1920 sind weitere Verschiebungen nachgefolgt. Es ist zurzeit ganz unabsehbar, ob und wann diese Unterlagen erreichbar sein werden. Die Not der Zeit ist der Herausgabe wissenschaftlicher Werke abträglich bis zur Unmöglichkeit. Und die Schatten am Wege werden mir immer länger - der Tag hat sich geneigt.

So muß ich die hochwürdige Fakultät bitten, als Ersatz die Widmung des Jubiläums-Bandes des kirchlichen Jahrbuchs entgegennehmen zu wollen des Werkes, auf welches die Promotions-Urkunde so freundlich Bezug nahm. Dieser Band ist in der Tat ein Abschluß. Die Geschichte des kirchlichen

Jahrbuchs, welche er im I. Kapitel gibt, ist auch ein Zeitspiegel der kirchlichen Entwicklung des letzten halben Jahrhunderts.

Meine Widmung bezieht sich selbstverständlich der Sache nach nur auf die von mir verfaßten Partien des neuen Bandes. Diese aber sind diesmal etwa die Hälfte des ganzen Werks. Meine Herren Mitarbeiter darf ich hier nicht vorsepannen; ihren Fleiß und ihre Sachkunde darf ich zur Ausrichtung des schuldigen Dankes nicht in Anspruch nehmen. Sie wollen jedoch - das bitte ich - die Versicherung freundlich gelten lassen, daß bei der Abfassung der Kapitel „Kirchliche Statistik“ und „Kirchliche Zeitlage“, sowohl dieses als der drei vorausgehenden Jahrgänge, nahezu jeder Abschnitt, der in ihnen geschrieben wurde, mit dem Hinblick abgefaßt wurde, daß er vor dem Forum der Theologischen Fakultät einer der ältesten Universitäten unseres Vaterlandes bestehen möchte.

Daß Theologie und Kirche zusammengehören, ist mir gewiß. Es ist mir eine lebhafte Genugtuung, in den Tagen meines Alters beiden dienen zu dürfen mit Wort und Schrift.

Einer hochwürdigen Fakultät sehr ergebener

D. J. Schneider, Pfr. i. R.

Honorar-Prof. in der Theol. Fakultät der Universität Berlin.
Leiter des Statist. Amtes des Deutschen Ev. Kirchenbundes.

118

BX für
8020

A2
K5
v. 50

Ein Hilfsbuch zur Kirchenkunde der Gegenwart

In Verbindung mit

Prof. D. Schian-Gießen, P. D. Ulbrich-Magdeburg, Pfarrer Paul Richter-Werleshausen, Pfarrer Lic. E. Schaeffer-Oberschöneweide bei Berlin, P. E. Bunke-Spandau, Pfarrer D. Dr. Schubert-Rom, Pfarrer Konstantin Frick-Bremen, Prof. D. Bachmann-Erlangen

herausgegeben von

Pfarrer D. J. Schneider = Berlin

Leiter des Statistischen Amtes des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses
Honorar-Professor in der Theologischen Fakultät der Universität Berlin

Archiv: G. Dörfner: Archiv Pabst 177-80 ff. 4 Briefe 2. Brief !!

50. Jahrgang

Bütersloh

Druck und Verlag von C. Bertelsmann

Vorwort.

Der vorliegende 50. Band des Kirchlichen Jahrbuchs, der Jubiläums-Jahrgang, gibt vollzählig die Kapitel des Vorjahres, bis auf eins. Auch innerhalb der Kapitel ist die restlose Ausgiebigkeit der Berichterstattung tunlichst gewahrt — oft in Extraktform; in einigen, so in Kap. 8 und 9, gemehrt. Gefürzt ist nur das 6. Kapitel; es wurde das ohnehin gewünscht.

Ausgeschieden ist das 12. Kapitel: Der kirchliche Schematismus und Personalstatus der Behörden. Er wird jedoch im Oktober im Sonderdruck erscheinen mit gesonderter Berechnung, um denen zu genügen, die auf ihn Wert legen, besonders den Behörden. Die Ausscheidung geschah, um das Jahrbuch zu entlasten. Eine Beschränkung auf das Höchstmaß von 500 Seiten war leider eine unerbittliche Forderung, die von der Not der Zeit erhoben wird. Sie war nicht anders zu erreichen, ohne Vermagerung des Buches und Verminderung des Stoffes. Der Mehrzahl der Leser ist dies Kapitel vielleicht ohnehin Ballast gewesen.

In der Totenschau liegen möglicherweise Lücken vor. Die Nekrologe der Kirchenzeitungen schmelzen auf ein dürftiges Maß zusammen. Das hier Gegebene zu geben ist nicht ganz leicht gewesen und hat mancher Rückfrage bedurft — bei der Teuerung der Zeit nicht erfreulich. Wir werden in der Zukunft bei Todesfällen bekannterer Theologen für etwaige Hinweise dankbar sein und bitten für diesmal, dem Verdacht auf irgendwelche gewollte omission nicht Raum geben zu wollen.

Daß das Jahrbuch eine nicht unbeträchtliche Stofffülle verarbeitet und zur systematischen Darstellung bringt, ist eigentlich bisher von niemandem, auch von dem schneidigsten Rezensenten nicht, in Abrede gestellt worden. Wir bitten nicht ganz übersehen zu wollen, daß zur Arbeit der geistigen Durchdringung des Stoffs nun auch noch allerlei Hinderung der äußeren Beschaffung des Stoffs gekommen ist — durch die Abmagerung der Kirchenzeitungen,

die Schwindsucht der kirchlich=theologischen Zeit=Literatur und der umgekehrt zu reicher Fülle gediehenen Portosätze und Druckkosten. Angesichts dieser Verschiebungen wird man — so hoffen wir — den gegebenen Stoff noch reichlich finden.

Über den Zweck, die Notwendigkeit und die Tendenz des Jahrbuchs sagen wir diesmal nichts. Wir verweisen lediglich auf das Vorwort des Vorjahrs. Die alte Streitfrage der „Objektivität“ ist im 1. Kapitel ohnehin programmatisch erörtert (vgl. S. 12). Auch die reservatio redactoralis gilt, wie immer.

Ob das Jahrbuch weiter erscheinen kann, wird durch den Absatz dieses Jahres bestimmt werden. Wir sind gerüstet — vielleicht besser als die Finanzkraft der Abnehmer. Die Pfarrer werden gebeten, wo es möglich ist, die Kirchenkassen zur Beschaffung in Anspruch zu nehmen, wie das die Kirchenbehörden ohne Ausnahme gestatten und befürworten.

Berlin=Grünwald, im August 1923

Caspar Theyß=Str. 32.

D. J. Schneider, Pfarrer

Honorar=Professor i. d. Theol. Fakultät der Universität Berlin.
Leiter des Statist. Amts des deutschen Evang. Kirchenbundes.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Erstes Kapitel. Der Wanderweg eines halben Jahrhunderts.	
Aus der Geschichte des kirchl. Jahrbuchs.	1—16
Vom Herausgeber.	
Zweites Kapitel. Gemeinde und Gemeindeorganisation.	17—24
Von Prof. D.Dr. Martin Schian, Gießen.	
1. Die Gemeindebewegung in der öffentlichen Erörterung	17
2. Die Kirchengemeinde im Neubau der kirchlichen Ordnungen	19
3. Der Deutsche Evangelische Gemeindegtag	21
4. Hilfsorganisationen	23
Drittes Kapitel. Kirchliche Statistik.	25—111
Von Prof. D. Schneider, Berlin.	
1. Der Bevölkerungsstand der deutschen Großstädte	25
2. Allgemeine Bevölkerungsbewegung für Deutschland	27
a) Die Geburtenziffer (allg. Geb.-Ziffer, uneheliche, totgeborene)	27
b) Eheschließungen (Trauziffer)	30
c) Die Sterbeziffer	31
d) Der Geburtenüberschuß	35
e) Überseeische Auswanderung	37
3. Bevölkerungsbewegung (Geburten, Eheschließungen, Todesfälle) des evangelischen Volksteils	38
a) Lebendgeborene Kinder evang. Ehen und Mischehen	39
b) Eheschließungen, rein evangelische und Mischehen	40
c) Die Sterblichkeit des evang. Volksteils	41
4. Verhältnis der Tausen zu den Geburten. Taufziffer	42
5. Verhältnis der kirchlichen Trauungen zu den bürgerlichen Eheschließungen: Trauziffer	52
6. Mischeheschließungen	59
7. Die Zahl der Konfirmanden	69
8. Abendmahlsbeteiligung. Die Zahl der Kommunikanten	73
9. Verhältnis der kirchlichen Beerdigungen zu den Sterbefällen. Feuerbestattungen	77
10. Kirchen-Übertritte und -Austritte	81
a) Der Konfessionsaustausch mit dem Katholizismus	81
b) Der Konfessionsaustausch mit Freikirchen und christlichen Sekten	90
c) Der Konfessionsaustausch mit dem Judentum	91
d) Der Konfessionsaustausch mit dem Atheismus	92
11. Die Zahl der Theologie-Studierenden	95
12. Die Zahl der Pfarramtskandidaten	100
13. Der Bestand an Pfarrstellen	105
Moralstatistisches:	
14. Ehescheidungen	107
15. Selbstmorde	110

Viertes Kapitel. Innere Mission.

112—178

Von Direktor Pastor D. M. Ulbrich, Magdeburg-Cracau.

1. Einleitung. Kongreß in München. Zentralauschuß. Zentralverband. Wirtschafsbund	112
2. Die Diakonie	117
a) Die männliche Diakonie	117
b) Die weibliche Diakonie	120
3. Bereine und andere Organisationen	124
4. Erziehungswesen	126
5. Jugendfürsorge	136
6. Die evangelische Arbeiterschaft	147
7. Die Fürsorge für die wandernde Bevölkerung	151
8. Die Fürsorge für die Gebrechlichen	156
9. Der Kampf wider die Volkslaster	165
A. Die Bekämpfung der Trunksucht	165
B. Die Bekämpfung der Unzucht	167
10. Die Förderung der christlichen Volksbildung	173

Fünftes Kapitel. Die deutsche evangelische Heidenmission. 179—203

Von Pfarrer Paul Richter, Werleshausen.

1. Allgemeine Lage	179
2. Die Missionsgesellschaften und ihre Arbeitsfelder	186
Brüdergemeinde S. 186. Basler Mission 189. Berliner Mission 190. Rheinische Mission 191. Leipziger Mission 193. Gohnersche Mission 194. Hermannsbürger Mission 194. Hannoversche Evang.-luth. Freikirche 195. Norddeutsche Mission 195. Bethel-Mission 195. Schleswig-Holsteinsche Mission 196. Neukirchner Mission 196. Neuendettelsauer Mission 196. Allgem. evang.-protest. Missionsverein 197. Liebenzeller Mission 197. Allianz-China-Mission 197. Pilgermission St. Christophona 198. Sudan-Pionier-Mission 198. Syrische Waisenhaus 198. Jerusalemverein 199.	
3. Wichtigste Missionsadressen	200

Sechstes Kapitel. Juden und Judenmission.

204—209

Von Lic. E. Schaeffer, Pfarrer in Berlin-Oberschöneweide.

Siebentes Kapitel. Innerkirchliche Evangelisation.

210—240

Von Pastor E. Bunke, Spandau-Johannistift.

1. Innerkirchliche Evangelisation und vaterländische Not	210
2. Innerkirchliche Evangelisation und Kirche	213
3. Innerkirchliche Evangelisation und Volksmission	220
4. Innerkirchliche Evangelisation und allerlei Strömungen	227
5. Rundschau	234

Achstes Kapitel. Das Evangelische Auslandsdeutschtum. 241—282

Von Pfarrer D. Dr. Schubert, Rom.

I. Die Abtretungsgebiete des Deutschen Reichs	241
1. Die unierte evang. Kirche in Posen, West- und Ostpreußen und Mittelschlesien	241
2. Die deutsche evang. Kirche im polnischen Oberschlesien	249
3. Die deutschen evang. Gemeinden des Memellandes	255
4. Die deutsche evang. Kirche im Freistaat Danzig	255
5. Die an Dänemark gefallenem deutsch-evang. Gemeinden Schleswigs	257
6. Die deutschen Evangelischen im belgisch gewordenen Eupen-Malmedy	259
7. Die deutschen evang. Kirchen in Elßaß-Lothringen	259

	Seite
II. Einzelbilder aus dem evang. Auslanddeutschtum in Europa	266
1. Die deutsche evang. Kirche in Kongreßpolen	266
2. Die deutsche evang. Kirche in Kleinpolen (Galizien)	270
3. Die deutsche Synode in der evang.-luth. Kirche Litauens	273
4. Aus Lettland	274
5. Aus der Tschechoslowakei	276
6. Aus Siebenbürgen (Rumänien)	277
7. Aus Italien	278
Literatur	282

Neuntes Kapitel. Vereine.

283—306

Von Pfarrer Constantin Frick, Pastor zu Unserer Lieben Frauen
und Vorsteher des Diakonissenhauses in Bremen.

1. Gustav-Adolf-Stiftung	283
2. Evangelischer Bund	285
3. Hauptstelle für Evang.-luth. Diasporapflege (Luth. Gotteskasten)	286
4. Reformierter Bund	287
5. Bibelgesellschaften	289
6. Verein für religiöse Kunst	295
7. Verband Deutsch-evang. Pfarrervereine	297
8. Luthergesellschaft	298
9. Der Bund und die Gesellschaft zur Förderung der evang.-theol. Wissen- schaften	302
10. Reichsverband evang. Eltern und Volksbünde	304
11. Gesellschaft zur Ausbreitung des Evangeliums	305
12. Der Verein Philadelphia zur Pflege gemischter Ehen	306

Zehntes Kapitel. Kirche und Schule.

307—348

Von Professor D. Bachmann, Erlangen.

I. Der allgemeine Gang der Dinge und das Schicksal des Reichsschulgesetzentwurfs	307
Gesetzentwurf zur Ausführung des Art. 146, 2 der R.-V. Art. 307. Die allgemeine schulpolitische Bewegung 316. Die Arbeit von evangelischer Seite her 327. Elternbeiratswahlen 332. Vorgänge in den Einzel- ländern 334. 1. Braunschweig 334. 2. Sachsen 335. 3. Thüringen 336.	
II. Der Religionsunterricht	339

Elftes Kapitel. Kirchliche Zeitlage.

349—471

Von Professor D. Schneider, Berlin.

I. Der Untergrund der kirchlichen Zeitlage	349
Allgemeines. „Unsere Kriegsschuld.“ Der Ruhreinbruch. Stimmen zum Ruhreinbruch	349
II. Die äußere kirchliche Zeitlage	376
1. Die Umwelt: Wirtschaftliche und moralische Verelendung	376
2. Die Kirchen unter dem Druck ökonomischer Lage der Kirchen. Druck in Sachsen, Thüringen, Braunschweig	381
3. Der Kampf um die Feiertage	389
4. Auslandhilfe	392
III. Die innerkirchliche Zeitlage	402
1. Gesamtbild. Jahreschronik	402
2. Kirchliche und antikirchliche Bewegungen: religiöse Orientierung der Sozialdemokratie, Freigeistige Organisationen. Anthroposophie. Christen- gemeinschaft Rittelmeyers.	414
3. Innerkirchliche und theologische Umschaltungen	423
4. Katholika. Katholizismus und Protestantismus in Deutschland	428

	Seite
IV. Verfassungsfragen	436
Der innerkirchliche Neubau der einzelnen Landeskirchen.	
A. Preußen	436
1. Die altpreussische Landeskirche	437
2. Die neueren preussischen Provinzen	453
a) Schleswig-Holstein	453
b) Hannover	455
Lutherische Kirche	455
Reformierte Kirche	456
c) Hessen-Nassau	457
Landeskirche Hessen-Cassel	457
Landeskirche in Nassau	459
Landeskirche Frankfurt a. M.	460
B. Außerpreussische Landeskirchen	461
1. Sachsen	461
2. Bayern	464
3. Württemberg	465
4. Baden	466
5. Hessen	466
6. Thüringen	467
7. Beide Mecklenburg	468
8. Oldenburg	468
9. Anhalt	469
10. Braunschweig	469
11. Lippe	469
12. Waldeck	470
13. Die Hansestädte	470

Zwölftes Kapitel. Totenschau.

472—484

(Für die Zeit vom 1. Juli 1922 bis 30. Juni 1923.)

Vom Herausgeber.

Erstes Kapitel.

Der Wanderweg eines halben Jahrhunderts.

Aus der Geschichte des Kirchlichen Jahrbuchs.

Vom Herausgeber.

Fünzig Jahre tut das Kirchliche Jahrbuch nun seinen stillen Dienst. Jetzt wird ihm seine Unentbehrlichkeit allseitig bezeugt. Als es kam und seinen Weg zu gehen sich anschickte, fragte die Umwelt verwundert: Wer bist du denn? Was willst du eigentlich? Es hat mehr als drei Jahrzehnte gedauert, bis dieses Fragen allmählich verstummte, bis man in weiteren Kreisen der deutschen Pfarrerschaft begriff, daß das Jahrbuch ihr ein selbstloser Helfer sein wolle in der Ausrichtung des geistlichen Dienstes. Jetzt braucht man nicht mehr in allerlei programmatischen Aufstellungen auseinanderzusetzen, wozu das Kirchliche Jahrbuch eigentlich da ist. Jetzt ist der Gedanke der Existenznotwendigkeit eines derartigen Werkes im Prinzip nicht mehr bestritten. Die Zeit selbst hat ihn gerechtfertigt, die Geschichte hat ihn plausibel gemacht. Die wissenschaftliche Theologie, bei der er vor 50 Jahren in einem Dornröschenschlaf lag, hat ihn jetzt bei sich wiedererweckt. Die praktische Arbeit der Kirche hat ihn aufgenommen. Die „Kirchenkunde der Gegenwart“ — seit etlichen Jahrzehnten trägt das Kirchliche Jahrbuch einen auf sie hinweisenden Untertitel — damals vor 50 Jahren eine in tiefer Narkose liegende Wissenschaft, hat heute wieder ein Heimatrecht gewonnen im akademisch-theologischen Betrieb. Die katholische Kirche Deutschlands hat sich ihr „Kirchliches Handbuch“ geschaffen, genau nach dem Muster und der Plananlage unseres Jubilars, und sie hat recht daran getan. Auch die schwedische Kirche und ebenso etliche nordamerikanische Synoden haben dem Gedanken der Rechenschaftslage der kirchlichen Jahresarbeit bei sich Raum gegeben. Dort erscheint seit drei Jahren das „Svenska Kyrkans Årsbok“, hier der „Lutheran World Almanac“. Also der Gedanke, aus dem das Jahrbuch herausgeboren worden ist, hat seine Existenzberechtigung an sich nachgewiesen. Damit soll noch lange nicht gesagt sein, daß das Jahrbuch selbst in seinen Anfängen ihm gerecht zu werden imstande gewesen sei. Davon war es freilich noch weit entfernt. Aber es hat doch den Weg unter die Füße genommen. Wir bilden uns wahrlich nicht ein, daß nichts mehr zu erstreben wäre. Ganz im Gegenteil, wäre nur die Zeitslage nicht so abträglich gegenüber allen, auch den notwendigsten und berechtigtesten literarischen Aufgaben, wir wollten gern weitere Ziele aufzeigen. Aber die harte Zeit zwingt zur Bescheidung.

Wir gedenken jetzt mit heimlichem Schauer der längst in der Vergangenheit versunkenen Notwendigkeit, immer wieder die prinzipielle Existenzberechtigung eines derartigen Sammelwerkes nachweisen zu müssen. In oft erneuten programmatischen Erörterungen und mit grundsätzlicher Verwahrung vor allerlei naheliegenden Mißverständnissen mußte das geschehen. Über 30 Jahre lang ist das nötig gewesen. Wir verweisen auf die Vorworte der früheren Jahrgänge, die in zahllosen Variationen immer wieder das Leitmotiv behandelten: wir brauchen ein solches Buch, nehmt es doch, lest es, nutzt es, fördert es. Oft waren der jetzige Herausgeber und vor ihm der Begründer des Jahrbuchs in der Versuchung des Propheten, zu sagen: „Ich dachte, ich arbeitete vergeblich und brächte meine Kraft umsonst und unnützlich zu.“ Mehr als einmal schien alles zu scheitern und der Gedanke, dem das Buch dienen will, zu zerflattern. Aber immer wieder zeigte sich in letzter Stunde zwischen den Klippen ein schmales Fahrwasser zur Weiterfahrt. Erst im letzten Jahrzehnt hat der Grundgedanke zur allgemeinen Anerkennung sich durchgerungen. Nun — nach 50 Jahren — ist er gerechtfertigt. Sterben wird er nicht mehr. Ob das Jahrbuch in seiner jetzigen Form ihn überdauert, steht freilich dahin; aber das, was es will, wird weiter gewollt werden müssen trotz der harten Zeit. Von diesem Gedanken gilt das Wort: „Ich werde nicht sterben, sondern leben.“ Dazu hat das Jahrbuch geholfen, wie auch sein Weg nach uns sich gestalten mag.

Das Geschlecht, dem der erste Band in die Hand gelegt wurde, ist längst dahingegangen. Es werden wohl nur sehr wenige von den Theologen und Dienern der Kirche in der Gegenwart noch leben, die den ersten Band noch gesehen haben. Wer etwa, — das sei hier beiläufig bemerkt, — alle Bände vollzählig besitzt, möge sich ihrer nicht entäußern. Das Gesamtwerk hat jetzt bibliographischen Wert, wiewohl natürlich alles, was vor dem Weltkrieg geschrieben wurde, sachlich jetzt völlig veraltet ist und nur historisch noch auf Beachtung rechnen darf. Die Leser der die kirchliche Gegenwart betreffenden Jahrgänge werden es einem, der des Tages Last und Hitze in den vorigen Tagen getragen hat, nicht verargen, wenn hier ein kurzer Rückblick gegeben wird. Es war ein harter, steiniger Weg bis dahin. Aber nicht der Mühsal des Weges soll hier in erster Linie gedacht sein. Der Rückblick wird auch vom Standpunkt der kirchlichen Zeitgeschichte aus nicht ganz zwecklos sein.

* * *

Die Entstehung des Jahrbuchs fällt in eine unruhige Zeit, von der unseren diametral verschieden und doch in manchen Dingen ihr ähnlich. Damals ein siegreicher Krieg mit dem Einsetzen eines unerhörten wirtschaftlichen Aufstiegs, jetzt ein verllorener Krieg mit furchtbarem wirtschaftlichem Niedergang. Aber beidemal die Kirche in einer Krisis. Ihr äußerer Organismus in tastender Unruhe. Beidemal der Zwang für die Kirche, einer neuen Zeit Rechnung tragen zu müssen. Beidemal die fragende Stellung der Kulturwelt: Was will die Kirche? wozu ist sie da?

Beidemale eine zugespitzte Kirchenfeindschaft und damit die Notwendigkeit, von ihrem Haushalten, von ihrem Wesen, von ihrer Arbeit einer verwirrten Zeit Rechenschaft zu tun, sich selbst auf ihre Aufgabe zu besinnen, den Verirrten ein Führer zu sein aus der Ratlosigkeit. Damals der ausbrechende Kulturkampf, die Zivilstandsgesetzgebung, die aufsteigende Macht des Materialismus, die alle die evangelische Kirche in Mitleidenenschaft zogen — heute eine politische und wirtschaftliche Umgestaltung von größtem Ausmaß, die den Mittelstand, den eigentlichen Träger der kirchlichen Tradition, völlig aufzureiben droht, und daneben der aufstrebende Sozialismus, der als Prinzip noch keine klare Stellung zur Kirche gewonnen hat. Damals der Erlaß der Kirchengemeinde- und Synodalordnung von 1873, die der großen Mehrzahl der preußischen Provinzen erst die magna charta einer Verfassung gab, das Staatskirchentum einschränkte und der kirchlichen Selbstverantwortlichkeit neue Wege bahnte — die Generalsynodalordnung (20. Januar 1876) in Sicht. — Heute: Die Lösung der Kirche von der Staatsgewalt, ein völlig neuer Verfassungsbau. Unruhe damals wie heute und heute wie damals. Beide Male der Zwang der Zeit: Es will ein Neues werden. Beide Male der Befehl Gottes an die Kirche: Nun bewähre dich und zeige, wozu du da bist. Kritische Zeiten stärken das Gefühl der Verantwortung. Vor 50 Jahren ist das ein sehr, sehr langsamer Aufstieg gewesen. Wir schrieben gelegentlich von der „rätselhaften Pethargie“ der Kirche in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts und wußten dabei wohl, was wir schrieben. Der einsetzenden Wanderbewegung, der wirtschaftlichen Durchrüttelung Deutschlands, dem rapid einsetzenden Wachstum der Großstädte, den Aufgaben, die eine neu entstehende Diaspora im Inland und Ausland stellte, stand die organisierte Kirche einstmals sehr ratlos und hilflos gegenüber. Die Lähmung der durch die frühere staatliche Omnipotenz geförderten Schwerfälligkeit wirkte noch lange nach. In Berlin entstanden ganze Stadtteile von Hunderttausenden von Einwohnern ohne „Kirche“, das Wort sowohl im baulichen als geistigen Sinn gefaßt. Erst die neunziger Jahre und das erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts haben die Versäumnisse einigermaßen wieder eingebracht, die die siebziger und achtziger Jahre hinterließen. Die Notwendigkeit gesteigerter Aktivität der Kirche, das Bedürfnis, der Umwelt von dem, was wirklich geschah, Rechenschaft zu geben in gedrängter Form — es war dessen doch immerhin mehr, als die Kulturwelt zu sehen vermochte — drängte sich jedem klarblickenden Freund der Kirche auf. Aus dieser Beobachtung heraus ist seinerzeit das Jahrbuch geboren worden. Es war ein arbeitsüberhäufeter Diasporapfarrer, der an diese Aufgabe sich heranwagte, der Begründer des Jahrbuchs, Pfarrer Robert Schneider in Bad Lippspringe, heimgegangen am 29. Januar 1893, noch am Tage seines Todes von der Fürsorge für die Fortdauer dieses Buches bewegt.

Wir bitten die Leser, der Pietät des Sohnes gestatten zu wollen, hier einige Zeilen von der Lebensarbeit des Entschlafenen schreiben zu

dürfen — in *piam memoriam*. Es ist des Begründers dieses Jahrbuches nur im Vorwort des Bandes 1894 Erwähnung getan, nachdem er sein Tagewerk vollendet hatte, nach einundvierzigjährigem Dienst im Pfarramt. 20 Jahrgänge hat er herausgegeben, 30 sind ihm gefolgt. Das am Tage seines Todes ihm gegebene Versprechen, seine Traditionen weiter zu pflegen und das Jahrbuch trotz aller Schwierigkeiten zu halten, glauben wir erfüllt zu haben. Wir durften ernten, wo er gesäet hat, weiterführen und befestigen, was er begonnen hat.

Im Jahre 1858 wurde mein Vater an die eben begründete Diasporagemeinde in Bad Lippspringe berufen, der er in hingebender Treue gedient hat, 35 Jahre lang, bis zu seinem Tode. Der aufblühende Badeort — es waren in den kommenden Jahren Tausende von Schwerkranken dort — das stete Wachstum der Gemeinde bei noch unfertigen Verhältnissen stellten die denkbar höchsten Anforderungen an seine Arbeitskraft. Manchem jungen Pfarrer unserer Tage würde die Haut schaudern, wenn er vor ein solches Arbeitspensum hingestellt würde. Es ist vielleicht nicht unangebracht, einmal aufzuzeigen, was die Alten geleistet haben, als sie noch jung waren. Im Sommer während der Badesaison wurden außer den zwei sonntäglichen Predigten noch zwei in ebensoviel Wochengottesdiensten gehalten. Und es war keine Duzendware; davon zeugen mehrere in bekannten Predigtsammlungen aufgenommene Stücke. Zwei Jahrzehnte lang war der Entschlafene der Beichtvater der Fürstinwitwe und später der regierenden Fürstin von Lippe, die stets das Abendmahl bei ihm nahmen. Für alle Werke der Inneren Mission hatte er ein warmes Herz und eine fleißige Hand. Seine Mitgliedschaft zur Rheinisch-Westfälischen Gefängnisgesellschaft machte ihn zum Begründer eines Ahls für weibliche entlassene Strafgefangene, das später nach seinem Tode verlegt wurde. Hunderten von Niedergeborenen hat er zur Aufrichtung, zur Rückkehr zu ehrbarem Beruf geholfen. Der Not der zum großen Teil vermögenslosen Lungenkranken begegnete er sowohl mit seelsorgerlichem Zuspruch unermüdlich, als auch mit leiblicher Fürsorge. Er erwarb ein Hotel und machte daraus ein Diakonissenpflegehaus für Schwerkranken. Später leitete er jahrzehntelang das ähnlichen Zwecken dienende Johanniterhospital. Dazu kam die zeitweilige Verwaltung der Superintendentur. Es ist mir jetzt fast ein Rätsel, wie er bei dem allen noch Zeit fand, in der Presse mit Wort und Schrift kirchlichen Interessen und der religiösen Aufrichtung unseres Volkes zu dienen. In den siebziger Jahren begründete und redigierte er eine Kirchenzeitung, die „Wochenschrift für das evangelische Pfarramt und kirchliche Gemeindeamt“, welche in erster Linie den Brüdern im Amt Handreichung tun wollte zur treuen Ausrichtung des ihnen befohlenen Dienstes. Das alles trotz schwacher Leibeskraft und mancher körperlichen Behinderung.

Auf der Höhe des Lebens, angeregt wohl durch die stete Arbeit an der eben erwähnten Wochenschrift, kam meinem Vater der Gedanke, in einem besonderen Werk einen Querschnitt zu wagen durch die kirchliche

Jahresarbeit auf allen Gebieten ihrer Betätigung. Das in den Kirchenzeitungen lediglich zur Tagesberichterstattung gesammelte Material verweht schnell im Wind; es ist keine Dauerware. Zudem waren und sind noch heute zum größten Teil die Kirchenzeitungen irgendwie kirchenpolitisch eingestellt. Sie dienen ihrer Partei und durch sie gewiß auch der Kirche, aber nicht prinzipialiter der Kirche als solcher. Ihr Blick wird natürlicherweise oft gefesselt durch im Augenblick hervorstechende, aber doch ephemere Zeitereignisse, die nach etlichen Jahren kaum noch in der Erinnerung leben. Gewiß geben auch sie eine unentbehrliche Regestensammlung für den Kirchenhistoriker der Nachwelt, aber das Gehäufte wirkt hier verwirrend, das Massenhafte im kleinen erdrückend. Und vor allem: Die eigentliche kirchliche Arbeit, das Wachstum im stillen, auch die versteckten Rückgänge, blieben nur zu oft unbeachtet. Aus diesem vielleicht nur dunkel empfundenen Gefühl heraus entstand meinem Vater der Plan des Jahrbuchs. Die ersten Bände erschienen bei der bekannten Verlagsbuchhandlung Belshagen & Klasing in Bielefeld. Zunächst noch verbunden mit dem gleichzeitig begründeten Amtskalender für evangelische Geistliche, der sich heute noch in der Tasche vieler Pastoren ein Dauerplätzlein bewahrt hat. Sehr bald schon wurden des wachsenden Umfangs wegen beide Teile getrennt, auch einzeln verkauft. 1886 kündigte der Verleger meinem Vater das Jahrbuch und wollte nur den Amtskalender weiterführen. Deshalb wandte sich mein Vater an den ihm in Freundschaft verbundenen Verlagsbuchhändler C. Bertelsmann in Gütersloh, einem treuen Christen und energisch aufstrebenden Mann, und fand an ihm einen verständnisvollen und opferwilligen Verleger.

Der Gedanke einer kirchlichen Chronik war freilich an und für sich keineswegs neu. Beim erstmaligen Erscheinen des kirchlichen Jahrbuchs lag bereits der 21. Jahrgang der von A. Matthes begründeten „Allgemeinen kirchlichen Chronik“ vor. Sie ist, soweit wir rückschauend zu sehen vermögen, wohl nie so recht eingewurzelt gewesen in das kirchliche Bewußtsein der Zeit. Sie wollte zuviel und verlor sich im Vielerlei. Sie gab mehr Aufzählung als systematische Durchdringung des Stoffs. Es waren allerlei Bausteine, aber kein Bau. Wo ein loser Aufbau versucht wurde, mußten kirchenpolitische, oft sehr einseitige Urteile den Mörtel abgeben. Nebeneinander wurden die einzelnen Landeskirchen behandelt in ihren oft kleinen Geschicknissen, die heute längst der wohlverdienten Vergessenheit angehören. Weit gespannt war freilich der Blick des Chronisten. Der Protestantismus nicht nur Deutschlands, sondern in allen Ländern der Welt, kam zur Besichtigung; ja auch die katholische und griechische Kirche. Aber die stete stille Arbeit unserer evangelischen Kirche, ihre eigentlichen Lebensäußerungen, traten verhältnismäßig zurück. Die Geschicknisse, auch die nebensächlichen, fesselten den Blick. Man kann ganze Bände durchblättern, ohne z. B. von der stillen, selbstverleugnenden Arbeit der Inneren Mission ein Wort zu hören. Die Darstellung des religiös-kirchlichen Lebens kam viel zu kurz. Freilich der Indikator desselben nach seiner äußeren Seite hin, die kirchliche Statistik mit ihren

die Lage beleuchtenden Ergebnissen, lag damals noch in den Windeln. Dagegen nahmen die kirchlichen Debatten, Vorträge und Repliken, Thesen und Antithesen, breiten Raum ein, oft Dinge, von denen das Wort gilt: „Wenn der Wind darüber geht, so sind sie nimmer da.“ Das alles war ja freilich ein Kennzeichen der Zeit. Vor lauter Reden und Planen, Sprechen und Widersprechen, Beraten und Programmaufstellen vergaß man das Tun. Wenn in einer kirchlichen Konferenz subtile Thesen aufgestellt, gründlich beraten und sorgsam beschlossen waren, ging man mit dem Gefühl davon, etwas Rechtes getan zu haben. In dem Moment, wo die Arbeit eigentlich hätte anfangen sollen, war sie vollendet. Das alles ist so echt deutsch, im verträumten Sinn des Wortes. Ganz anders denkt der Engländer. Im Betrieb der Theologie hat damals dies rein theoretisch gestaltete deutsche Wesen eine Heimstätte gehabt. Wir gedenken hier einer beiläufigen Äußerung Rocholls: „Theorie, Lehrsatz und Logik sind zwei Jahrhunderte lang das Zentrum gewesen, um das das theologische Denken kreiste; dabei verdorrte die Kirche.“

Nun war damals freilich eine Zeit, in der auch das Reden sein gutes Recht hatte. Der kirchliche Parlamentarismus trat mit der Bildung von Synoden in die Erscheinung, einstweilen freilich wenig mehr als ein gefälliges Ornament am Verfassungsbau der Kirche, aber auch ein Ventil für die aufgespeicherte theologische Debattierlust. Die kirchliche Lage der damaligen Zeit gab zu manchen Besorgnissen Anlaß, die in lauten Exklamationen sich äußerte, aber der Tatkraft nicht gerade förderlich war. Von den „kirchenzerstörenden Wirkungen der Zivilstandsgesetzgebung“ las man ein Erkleckliches. Ja freilich, es war nicht nur überraschend, sondern erschütternd, wenn in Berlin kaum noch ein Drittel der Ehen kirchlich getraut und nicht viel mehr als die Hälfte der Kinder getauft wurden. Aber man bedachte nicht, daß diese Gesetzgebung, so überstürzt sie auch gewesen sein mag, diese Defekte doch eigentlich nicht veranlaßt, sondern lediglich den Schleier weggezogen hatte von Zuständen, die längst da waren. Die zwangsweise unterbaute kirchliche Sitte mußte vom kirchlichen Leben und vollends vom religiösen Leben reinlich geschieden werden, eine Unterscheidung, die bis in unsere Tage hinein noch manchem schwer fallen will. Dazu der Kulturkampf, der um der Parität willen die evangelische Kirche zwang, die Schläge mitzuleiden, die dem Romanismus galten. In all dem war Selbstbesinnung, Konzentration auf das Eigentliche, ein Erfordernis der Zeit. Unter solchen Eindrücken gingen die ersten Bände des Jahrbuchs aus, nicht ohne Interesse aufgenommen; aber was sie eigentlich wollten, wurde doch kaum verstanden. Sie konnten das auch nur andeuten. Es war zunächst ein Versuch. Das gegebene Material war oft zufälliger Natur, das Ganze von einer bildhaften Darstellung noch weit entfernt. Sehr bald stellte sich die Tatsache heraus, daß ein Einzelmensch, auch ein fleißiger und kundiger, das Ganze der kirchlichen Arbeit und der Tätigkeit der mit ihr und für sie arbeitenden Verbände (Innere und Äußere Mission, freie Vereine u. dergl.) kaum zu übersehen vermöge. Die Notwendigkeit der Arbeitsteilung drängte

sich bald auf. Nur spärlich und zeitweilig fanden sich selbstlose Mitarbeiter, denn von einem äußeren Lohn ihrer Arbeit war selbstverständlich keine Rede.

Unverständlich ist es uns bis heute, wie der wissenschaftliche Betrieb der praktischen Theologie der neu entstehenden „Kirchenkunde der Gegenwart“ gegenüber sich so lange passiv, ja zum Teil mit Bewußtsein ablehnend verhalten konnte. Und doch waren Anregungen der Vorzeit genug vorhanden. Schon 1804 hatte Stäudlin geschrieben:

... „durch sie wird die Kirchengeschichte erst vollendet und fruchtbar. In dieser wird gewöhnlich der neueste Zustand der christlichen Religion und Kirche gar nicht vollständig dargestellt. Und doch soll einer der Hauptzwecke der Kirchengeschichte dahin gehen, den gegenwärtigen Zustand des Christentums aus seinem vergangenem herzuleiten.“

Schleiermacher hat dann diesen Gedanken weitergeführt in seiner „Darstellung des theologischen Studiums“. Der „gesellschaftliche Zustand der Kirche in der Gegenwart“ — er nannte das „kirchliche Statistik“, das war natürlich in viel weiterem Sinne gemeint, als man heute das Wort versteht — sollte in all seinen Verzweigungen eine eigene akademische Disziplin sein, die Brücke bilden zwischen historischer und praktischer Theologie, jene abschließen und diese fundamentieren. Aber fast 80 Jahre hat diese Forderung im Schrank der Vergessenheit gelegen. Das Erbe Schleiermachers ist gerade von denen, die seinen Namen rühmten und seine epochale Wirksamkeit zu vertreten schienen, nicht immer mit Sorgfalt verwaltet worden. Daran hat auch E. Emanuel Nitsch mit seiner kleinen Gelegenheitschrift: *observationes ad theologiam practicam feliciter excolendam*, in der er, allerdings beiläufig, auch auf dies Thema eingeht, nichts Wesentliches zu ändern vermocht.

Einem rechtschaffenen deutschen Kirchenhistoriker hörte noch vor 50 Jahren die Kirchengeschichte ein Jahrhundert vor der Gegenwart auf, und den Forschern war die Kenntnis der Gemeindeverhältnisse irgend einer kappadozischen Kleinstadt im 5. oder 6. Jahrhundert weit interessanter und wichtiger als die Kenntnis der Gemeindeverhältnisse bei uns und der kirchlichen Zustände der Gegenwart; von dem, was man heute „religiöse Volkskunde“ nennt, ganz zu schweigen. Einer der ersten Kirchenhistoriker der Gegenwart sagte uns noch vor kurzem, daß es ihm als kühnes Wagnis angerechnet worden sei, als er, der Jahrhundertwende nahe, als junger Dozent ein Kolleg gelesen habe über Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts. Das galt fast als unwissenschaftlich und war tatsächlich ein Wagnis. Der dem objektiven Kirchenhistoriker angeblich nötige „Abstand“ war noch nicht da. So war ja auch die Lage der Profangeschichte in unserer Jugendzeit. Mit 1815 hörte die Weltgeschichte auf. So blieben wir immer nur Leute von gestern und vorgestern, und die Kirche so gut wie der Staat brauchen doch Männer von heute. Eigentlich erst das letzte Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts hat diesen Bann gebrochen. Drews begründete die „Evangelische“

gelische Kirchenkunde", die nun in 6 Bänden vorliegt und nur durch die Notlage der Gegenwart ins Stocken geraten ist. Im Vorwort des ersten Bandes lesen wir:

"Es heißt gewiß nichts Unmögliches erwarten, wenn ich meine, daß wir endlich in der praktischen Theologie uns eine Disziplin erarbeiten werden, die eine der staatlichen „Politik“, wie sie z. B. Treitschke betrieben hat, entsprechende „Ekklesiastik“ bietet. In einer Besprechung von Treitschkes Politik (I. Band) las ich folgende Sätze: „So sollte auch die theologische Wissenschaft verfahren. Am Staub des Kleinen und Flüchtigen gehen wir zugrunde . . . Was könnte z. B. eine Vorlesung dem Studenten nützen, die als Ekklesiastik ein Seitenstück zur Politik wäre und sie über den Zustand der Kirche, wie er ist, orientierte.“

So Drews. Aber mit diesem Hinweis greifen wir schon vor. Das alles wurde 1902 geschrieben. Derartiges schwebte dem Begründer des Jahrbuchs schon 30 Jahre früher vor. Heute sind unsere Kirchenhistoriker aus der verstaubten Zeit der Vergangenheit herausgetreten ins lebendige Leben der kirchlichen Gegenwart, ohne an ihrer Wissenschaftlichkeit etwas einzubüßen; und auch die Vertreter der alten Zeit spinnen um so fleißiger an den Fäden, die Vergangenheit und Gegenwart verbinden. Für das alles ist meines Vaters Lebenswerk freilich nur Kärnerdienst gewesen, aber dazu geholfen hat es doch ein wenig.

„Scriptis in doloribus“. Sein Gedanke fand wenig Widerhall, sein Fleiß wenig Beachtung. Kann man es den Pfarrern eigentlich so arg verdenken, wenn sie zwei Jahrzehnte lang nicht begreifen konnten, daß dieses Buch eigentlich ihnen zu Liebe und zu Nutz seinen Dienst tut, wenn selbst die führenden Akademiker noch von Vorurteilen gehalten waren? Kaum eine der Arbeiten meines Vaters, abgesehen von seinem seelsorgerlichen Dienst, ist so verwurzelt gewesen mit seinem Wesen als die Abfassung des Jahrbuchs. Kaum eine aber auch hat ihm so viel Mühsal und Enttäuschung gebracht. Über die Worte: „Aushalten“, „Durchhalten“ hat nicht erst der Krieg geboren. Sie liegen in der westfälischen Wesensart, wie das die Gegenwart wieder ausweist.

Das Jahrbuch hat sich im ersten Jahrzehnt seines Lebens einen festen, aber eng umgrenzten Freundeskreis geschaffen. Das waren im wesentlichen die, welche über die Blickweite des eigenen Kirchturms hinauszuschauen vermochten. Daß man auch für die Arbeit im engeren Kreis aus dem Buch Anregungen zu schöpfen vermöge, sahen einstweilen nur wenige. Ob die Kirchenbehörden jener Zeit dem Buch und dem, was es wollte, irgend welche Beachtung geschenkt haben, vermag ich nicht mehr festzustellen. Meinem Vater lag der Gedanke völlig fern, derartiges zu erstreben. Die Kirchenzeitungen rühmten das Buch, ein kleiner Kreis nützte es, der Verwaltungsapparat der Kirche über sah es. Gegen das Ende der achtziger Jahre wurden die Bände schwächer. Die stete Arbeitslast, verbunden mit allerlei Heimsuchung, ließen meinen Vater vor der Zeit altern. Mit eiserner Geistesenergie hat er sich dennoch für die Fortdauer des Jahrbuchs eingesetzt im Bund mit dem Verleger, der dafür manche Opfer gebracht hat. Als eben der 20. Jahrgang ausgegangen war, ging der Begründer heim.

In meiner Studienzeit Handlanger und Korrektor bin ich als junger Pfarrer stiller Gehilfe meines Vaters gewesen bei der Abfassung des Jahrbuchs und so in dessen Tendenzen hineingewachsen. Nun kam vor der Zeit die Last der Redaktion auf mich, nachdem ich eben zwei Jahre zuvor in das überaus arbeitsreiche Pfarramt der evang.-luth. Gemeinde Elberfeld eingetreten war. Von 1893 ab erschien das Jahrbuch in etwas vergrößertem Format und in erweiterter Gestalt. An die Spitze wurde jeweils ein Aufsatz gestellt von allgemein-kirchlichem Interesse, je nach der Zeitlage. In diesen Jahren wurden folgende Themen behandelt:

- 1893: Die Summarien über die altkirchlichen Perikopen, von Sup. C. Beckhaus in Hörter.
- 1894: Die Bedeutung der geschichtlichen Tatsachen für den christlichen Glauben, von Pfarrer G. Hafner, Elberfeld, nachmals Präses der Rhein. Prov.-Synode.
- 1895: Über die Grenzen der religiösen Toleranz, von Sup. Baersch in Driburg.
- 1896: Die Paritätsansprüche des Zentrums, auf ihre rechtliche und praktische Grundlage geprüft, ohne Namensnennung, von Hofprediger R. Schneider in Coesfeld.
- 1897: Über den gegenwärtigen Stand der christlich-sozialen Bewegung, von Pfr. Lic. Weber, München-Glabbach.
- 1898: Evangelisation und Gemeinschaftspflege, vom Herausgeber.
- 1899: Das Gemeinschaftswesen im Sinn der lutherischen Kirche, von Pastor Th. Hardeband in Lüneburg.

Die Themen zeigen, daß in ihnen die jeweilige kirchliche Zeitlage sich widerspiegelte.

Trotz aller Mühsal gelang es dennoch nicht, den Leserkreis des Jahrbuchs wesentlich zu vergrößern. Die Last der Redaktion zu tragen neben der Arbeitspflicht des großstädtischen Pfarramtes, das doch darunter nicht leiden durfte, wurde mir unendlich schwer. Die Aussicht, aus diesem Zwiespalt herauszukommen, wurde immer geringer. Da überraschte mich der Kirchmeister meiner Gemeinde mit der frohen Botschaft, die Gemeindevertretung habe ohne mein Zutun beschlossen, mir einen persönlichen Hilfsprediger zu stellen zur Entlastung, da sie ja würdige, daß meine literarische Arbeit im Interesse der Gesamtkirche getan werde und sie diese nicht unterbinden wolle. Ob es wohl viele Gemeinden in den Landeskirchen hin und her geben mag, die so treu und opferwillig zu helfen geneigt sind? Länger als ein Jahrzehnt habe ich diese Hilfe gehabt, und aus der Reihe meiner Gehilfen sind mir nachher etliche Mitarbeiter erstanden, die ich zu Spezialisten gemacht habe. Aber ich für meine Person war damals völlig erschöpft, monatelang ganz arbeitsunfähig, so daß ich allen Ernstes mit dem Abschluß meines Lebenswerkes rechnen mußte. Auch der Verlag sah keine Aussicht, aus den steten Opfern herauszukommen. Länger als ein Jahrzehnt sind die Erträge des Amtskalenders für die Fortexistenz des Jahrbuches von mir ein-

geworfen worden. So hat dies unscheinbare Büchlein doch auch einen Zweck gehabt und einen Dienst getan. Dennoch war 1904 meine Kraft am Ende. Ich bot die fernere Herausgabe allen meinen damaligen Mitarbeitern der Reihe nach an. Keiner wollte die Last tragen. Eine schon 1903 dem Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin unterbreitete Bitte, das Werk durch Empfehlung fördern zu wollen, wurde einstweilen abgelehnt, da eine amtliche Empfehlung nach der literarischen Erzeugnissen gegenüber allgemein gebotenen und grundsätzlich geübten Zurückhaltung untunlich sei. Doch brachte schon das folgende Jahr, als das Jahrbuch trotz alles Drucks in erweiterter Form erschien, eine veränderte Lage. Ein neuer Verleger — dem bisherigen Verlag konnten beim besten Willen weitere Opfer nicht mehr zugemutet werden — wagte in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft den Wurf einer ansehnlichen Erweiterung. 1904 ging auch die erste amtliche Empfehlung an die Konfessionen aus. Der Erfolg kam, aber er kam sehr langsam. Nach drei Jahrgängen war die Geduld des Verlegers erschöpft. Wieder trat der alte Verlag selbstlos ein. Aber meine Kraft versagte, und es kam die Zeit, da die Hilfsprediger selten wurden.

1906 wurde der „letzte“ Jahrgang, der 33., dem Oberkirchenrat zugesandt mit dem Anerbieten, der bedingungslosen Übergabe des Werkes in die Hand der kirchlichen Behörde, wenn nur die Fortexistenz des Werkes irgendwie gesichert werden könne. Ich selbst würde, solange ich noch lebe, die von mir geschriebenen Kapitel ohne jedes Entgelt weiterschreiben; meine Mitarbeiter stünden zur Verfügung, soweit sie gewünscht würden. Aus der Begründung seien folgende Sätze angezogen:

Das „Kirchliche Jahrbuch“ will einen methodisch geordneten Überblick geben über die gesamte Jahresarbeit der deutsch-evangelischen Kirche und der in ihr und mit ihr wirkenden freien Kräfte. Es will die oft aufgeworfene Frage zur kurzen klaren Beantwortung bringen: „Was tut die Kirche?“ Es will jedem Pfarrer und kirchlichen Berufsarbeiter Gelegenheit geben, seine Einzelarbeit in Kontakt zu halten und zu messen an der Gesamtarbeit des kirchlichen Organismus. Es will ein Handbuch zur Orientierung sein für jeden in kirchlichen Fragen literarisch Tätigen.

Die Existenznotwendigkeit eines derartigen Sammelwerkes ist von der Kritik seither einstimmig anerkannt worden. Es hat einen Beruf gegenüber der landläufigen Unkenntnis, auch bei unseren literarisch Gebildeten, über den gewaltigen Umfang und die gesteigerte Intensität der kirchlichen Arbeit der Jetztzeit. So manches abfällige Urteil über das Wirken oder auch Nicht-Wirken der Kirche bliebe unausgesprochen, wenn der Inhalt des Jahrbuches weiteren Kreisen zur Kenntnis käme.

Das „Jahrbuch“ hat einen Beruf auch gegenüber der absprechenden Art, die sich häufig in Gemeinschaftskreisen und frei-kirchlichen Denominationen über die Landeskirche findet. Es wäre unmöglich, diese als „toten Schematismus“ hinzustellen, wie es oft geschieht, wenn man wirklich wüßte und sehen wollte, was an kirchlicher Arbeit geleistet wird.

Das Jahrbuch hat endlich einen Beruf gegenüber dem Ultramontanismus, der (in früheren Jahren öfter als heute) den Zusammenbruch der evangelischen Kirche glaubte Weissagen zu können, weil er von der in ihr waltenden Lebenskraft keine Vorstellung hat.

Die Tendenz des Jahrbuches ist sonach eine wesentlich apologetische, nur daß hier mit der Apologie nicht der Theorie, sondern der Tatsachen, gearbeitet wird, gemäß dem Wort von Prof. D. Kübel: „Die charakteristische Eigenart unseres Zeitalters ist der Realismus. Nicht mit Ideen, sondern mit Erfahrungen und Tatsachen muß man den Kindern unserer Zeit kommen. Eine Apologie, welche sich auf logische Demonstrationen, auf reine Vernunftbeweise beschränken wollte, hat keine Aussicht auf Erfolg mehr. Man muß die Leute davon überzeugen, daß das Christentum Realität ist, ja das allerrealste, was es gibt.“

Es wurde endlich auch darauf hingewiesen, daß die katholische Kirche das Erscheinen eines kirchlichen Jahrbuchs nach der Plananlage des unsrigen vorbereitete — 1907 erschien in der Tat der erste Band — und daß es doch den Interessen der evangelischen Kirche sehr abträglich sein werde, wenn in derselben Zeit, da das katholische Jahrbuch auf den Plan träte, das evangelische den Platz räumen müsse. Die Eingabe fand freundliches Entgegenkommen. Nun brach das Eis der Zurückhaltung, die uns ja heute nach wiederholtem Einblick in die damaligen Bände wohl verständlich ist, endgültig und gründlich. Die Notwendigkeit der Fortexistenz wurde lebhaft bejaht. Jahr um Jahr wurden die Konsistorien zur Empfehlung aufgefordert. Auch der Kirchenausschuß, und mit ihm dann auch die außerpreußischen Landeskirchen, traten mit Wärme für das Jahrbuch ein. Neue Mitarbeiter wurden gewonnen, eine neue Ära begann. Das ist wesentlich dem Weitblick und dem Wohlwollen des jetzigen Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats, Herrn D. Moeller, zu danken gewesen und neben ihm dem warmherzigen Eintreten des Herrn Geh. Oberkonsistorialrat D. Dr. Duske für die Entfaltung des Werkes. Das vergangene Jahrzehnt fand das Jahrbuch in neuem Aufblühen. Die harte Kriegezeit gab neue Impulse. Es wäre doch schade gewesen, wenn da diese kirchliche Regestenammlung auf dem literarischen Friedhof gelegen hätte. Wir schreiben das in voller Würdigung des vortrefflichen, leider in der kirchlichen Öffentlichkeit viel zu wenig gewürdigten, im Auftrag des Kirchenausschusses herausgegebenen Werkes von Prof. D. Schian: „Die Arbeit der evangelischen Kirche im Felde“, dessen zweiter Teil: „Die Arbeit der evangelischen Kirche in der Heimat“, und dessen dritter Teil: „Die Seelsorge an den Kriegsgefangenen“ noch ausstehen.

Schon von 1910 ab war dem Jahrbuch das Kapitel „Kirchliche Zeitlage“ eingefügt worden, anfangs von D. Eckert, dann vom Herausgeber verfaßt. Wir wußten wohl, daß damit eine gewisse Gefahr gegeben sei, wenn wir auch dem Verdikt des späteren Mitarbeiters, Prof. D. Schian, nicht beizustimmen vermochten, daß damit dem Subjektivismus Tür und Tor aufgetan sein werde und ein Moment des Auflösenden in das eherne Gefüge der objektiven Berichterstattung hineingetragen sei (vgl. Vorwort 1911). Wir möchten nicht unterlassen, hier auf einige Sätze im Vorwort des vorerwähnten Sammelwerks: „Evangelische Kirchenkunde“ von Prof. D. Drews zu verweisen:

„... am leichtesten wiegt wohl der Einwand, daß die Darstellung gegenwärtiger Zustände nie objektiv sein könne. Das ist doch eine naive Vorstellung,

zu meinen, erst der Historiker ganz entlegener Gebiete sei objektiv. Den Beisatz „subjektiven Urteils“ bei Darstellungen der Vergangenheit bemerkt der Leser meist nur nicht, weil er die Fähigkeit einer Kontrolle nicht besitzt, weil er selbst kein oder ein sehr unsicheres Urteil über die Vergangenheit hat. Aber freilich, über die Gegenwart glaubt jeder urteilen zu können. Sollten sich aber gerade die gegenwärtigen Zustände nicht wenigstens in ihrer objektiven Wirklichkeit viel besser ermitteln lassen als die vergangenen?“

Wir haben den Vorwurf der Subjektivität der Darstellung so oft hören müssen, daß wir dagegen ziemlich abgebrüht sind. Die Normal-lage wird hier mit einem Defekt verwechselt. Selbstverständlich kann doch jeder nur mit seinen eigenen Augen sehen und mit seinem eigenen Hirn denken. Selbstverständlich spiegelt sich die Zeitlage im Auge etwa des katholischen Priesters anders als in dem des evangelischen Pfarrers. Wir beobachten das oft bei der Lesung unseres katholischen Konkurrenten und wundern uns darüber nicht im mindesten. Selbstverständlich hat der Aristokrat eine andere politische Orientierung als der Demokrat; sonst wären ja beide nicht, was sie sind. Wo aber ist der Mensch, der in goldreiner Objektivität zu sehen, zu urteilen und zu schreiben vermöchte unter völliger Ausschaltung seiner Individualität? Er existiert ja nur in der Theorie, in der Abstraktion der bloßen Vorstellung. Jede geschichtliche Darstellung geht durch das subjektive Medium ihres Urhebers, auch da, wo keinerlei Werturteile expressis verbis gegeben werden. Aber es ist ja freilich so, wie wir zu diesem Punkt gelegentlich schrieben: objektiv ist nach Meinung vieler Leute immer das, was sie selber denken; subjektiv dagegen ist das, was die andern denken. Das ist ja nun eine bequeme Partition. Diese naive Denkweise trat uns noch kürzlich in einer sonst durchaus verständnisvollen Rezension einer kirchenpolitisch klar umgrenzten Zeitschrift entgegen. Immer da, wo unser Urteil mit dem Kritiker zusammentraf, hatten wir „objektiv“ geurteilt, wo das nicht der Fall war, wurden wir des „Subjektivismus“ beschuldigt. So einfach, als ob zwei zufällig zusammentreffende Subjektivitäten in der Addition eine Objektivität ergäben, ist das Rechenexempel nun doch nicht. Im übrigen wird ein denkender Leser etwaige Werturteile auch da ertragen, wo sie mit dem seinen nicht übereinstimmen. Aus dieser Engherzigkeit herauszuführen, das ist stets auch ein Nebenzweck des Jahrbuchs gewesen. Völlig abwegig ist vollends die Meinung, die amtliche Empfehlung der Kirchenbehörde beziehe sich auf irgendwelche „Urteile“ des Buches. Nicht einmal der Herausgeber deckt die der Mitarbeiter. Hier gilt das System der Selbstverantwortlichkeit. Die kirchenpolitische Parteilichkeit unserer Zeit wirkt hier als Moment der Verwirrung, oft so sehr, daß einer die Sprache des anderen nicht mehr versteht, wie einst in Babel. Also: Das persönliche Moment läßt sich in keinerlei Berichterstattung pure ausschalten. Das ehrliche Bestreben, nicht tendenziös zu schreiben, frei bleiben zu wollen von parteilichen Voraussetzungen, garantiert doch schon eine gewisse Objektivität. Mehr sollte man um der Gerechtigkeit willen weder erwarten noch verlangen. Die zeitliche Bedingtheit einer chronistischen Berichterstattung wird ohnehin von der späteren Geschichts-

Schreibung mühelos ausgemerzt. Aber auch das ist nicht bloßer Abfall für sie. Jeder Historiker weiß, wie sehr z. B. Memoirenwerke die Geschichtsschreibung ergänzen. Sie setzen ihr Lichter auf, die vieles sichtbar und verständlich machen, was die reinen Geschehnisse nicht erklären. Nicht umsonst blühte zu Anfang unseres Jahrhunderts eine reiche Memoirenliteratur, und jetzt nach dem Weltkrieg wieder. Gewiß, die Historie verfährt kritisch mit ihr, aber sie verwirft sie nicht. Hätte es in der Reformationszeit ein „Kirchliches Jahrbuch“ gegeben oder zur Zeit des Westfälischen Friedens, oder auch nur zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die Kirchengeschichte würde dessen heute herzlich froh sein. Es wären bedeutsame Akten zur Zeitgeschichte trotz etwaiger „subjektivistischer Einschüffe“.

Das neue Jahrhundert ist für den Gedanken, dem das Jahrbuch dient, eine aufsteigende Linie gewesen. Die Akademiker fingen allmählich an, es zu beachten, wenngleich es noch weit war bis zu der lebenswürdigen Anerkennung eines Vertreters der praktischen Theologie, der uns leztlich schrieb, daß er sich eine solid unterbaute, wirklich praktische Theologie ohne das Jahrbuch und seine statistischen Darbietungen gar nicht mehr vorstellen könne. Auch da ist man aus den oft scholastisch gefärbten Distinktionen und dem Behagen des theoretischen Systematisierens zur einfachen Linie und zur Annäherung an das pulsierende Leben zurückgekehrt.

Der wachsende Stoff zwang das Jahrbuch zur Konzentration. Das mehr auf der Peripherie des kirchlichen Lebens Liegende wurde ausgeschaltet, so die Darlegung der kirchlichen Gesetzgebung und Judikatur. Ein zeitweilig gegebener theologischer Literaturbericht wurde sehr bald wieder ausgemerzt, als in Fachblätter gehörig, an denen es ja nicht mangelt. Seit 1914 brachte Prof. D. Schian das Kapitel: Gemeindearbeit und Gemeindeorganisation; 1916 wurde der Abschnitt „Kirche und Schule“ eingefügt, jetzt so wichtig für die Erhaltung und Entfaltung des religiösen Lebens. Der Gedanke, aus der kirchlichen Zeitgeschichte einen einleitenden Aufsatz zu bringen, wurde nach der Pause eines Jahrzehnts wieder aufgenommen. So brachte:

- 1911: Die Säkularisationen von 1810 und die Dotationsansprüche der Kirche — eine Säkularerinnerung, vom Herausgeber.
- 1915: Die Einwirkungen des Krieges auf die Heimatgemeinde, von Gen.=Sup. D. Klingemann, Koblenz.
- 1916: Ausblicke von der gegenwärtigen Lage der Kirche aus — Probleme und Aufgaben, von Gen.=Sup. D. Zoellner, Münster.
- 1917: Das Wesen der Reformation, von Prof. D. Boehmer, Leipzig.
Das religiöse Leben des Feldsoldaten, von Sup. Dr. Leonhard, Mogilno.
- 1918: Zur Geschichte des gottesdienstlich-musikalischen Lebens unserer Kirche im letzten Menschenalter, von Prof. D. Nelle, Münster.

- 1919: Welterkennen und Christenglauben, von † Sup. D. Hafner, Elberfeld; ein Entwurf von kristallreiner Klarheit, über dessen weiterer Ausführung der Verfasser dahinstarb. Ferner:
 Kirchliche Selbstverwaltung — unter besonderer Berücksichtigung von Rheinland und Westfalen, von Konf.=Rat Dr. jur. Koch, Münster.
- 1920: Kirche und Sozialdemokratie, von Prof. D. Büchsel, Rostock. Ferner:
 Grundlagen und Grundfragen der neuen evangelischen Volkskirche, von Konf.=Rat Dr. jur. Koch, Münster. Von demselben Verfasser:
- 1921: Auf dem Wege zur neuen Volkskirche in Preußen.
- 1922: Staat und Kirche seit der Revolution.

Nun ist das Jahrbuch ein unentbehrliches Stück der kirchlich-theologischen Jahresproduktion geworden. So wird's ihm wenigstens vielseitig bestätigt. Aber der Weg ins „Kirchenvolk“ ist ihm noch lange nicht genug erschlossen. Da liegen noch unerfüllte Aufgaben der Zukunft. Die Kirche hat ja längst schon aufgehört, ein Rentner zu sein, der vom Ererbten zehrt; sie ist ein fleißiger Arbeitsmann. Sie tut viel mehr, als die Umwelt weiß. Was die Kirche versäumt — gewiß gibt's auch dessen, wir sehen davon genug — davon wird unablässig geredet; was sie tut, davon wird geschwiegen. Unsere aufs Augenfällige gerichtete Zeit nimmt von der steten, stillen, treuen Arbeit der Kirche in Seelsorge, Unterricht, Gemeindepflege kaum Notiz; nur das Gottesdienstliche sieht sie, weil es eben in der Öffentlichkeit bemerkbar ist, und das oft genug mit dem Blick herablassender, gutmütiger Duldsamkeit, mit der Abzweckung, daß dem „Volk“ die Religion erhalten bleibe. Neun Zehntel unserer „Gebildeten“ ahnen von der unablässigen, selbstverleugnenden Tätigkeit der Inneren Mission kaum etwas. Nur wenn etwa ein verdorbenes Glied der Intelligenz zurechtgebracht, oder ein von der Not Niedergebrochener der eigenen Kreise aufgerichtet werden muß, fragt man nach ihr. Vor fünf Jahren behandelte ich auf der Augustkonferenz in Berlin das Thema: „Was leistet die Kirche dem Staat und dem Volk?“ und war belastet von der Furcht, vor der meist theologischen oder doch kirchlich versierten Zuhörerschaft lauter Trivialitäten sagen zu müssen. Weit gefehlt, allein die Zusammenstellung des Gegebenen überraschte schon. Die Zeit ist da, in der die Antwort auf die Frage: Was tut die Kirche? Wozu ist sie da? — der Kulturwelt rund heraus gesagt werden muß mit aller Deutlichkeit, und bei der Harthörigkeit und Vergeßlichkeit der Zeit auch ohne Scheu der Wiederholung; denn: gutta cavat lapidem. Man hat viel zu lange geschwiegen, aus immerhin begreiflicher Zurückhaltung, vielleicht auch aus der altprotestantischen Scheu vor dem Schein des Synergismus. Aber wie unpraktisch war doch das alles. Die katholische Kirche ist von solchen Bedenken, ihrem Wesen entsprechend, nie gedrückt gewesen. Ganz geistlich rückt sie alle Richtseiten ihres Wesens und Wirkens in soziologischer Beziehung in das Licht hellster Beleuchtung und verschweigt sorgfältig alle Defekte

und Rückgänge, die wir auf unserer Seite nicht müde werden mit großem Fleiß der Umwelt zum Bewußtsein zu bringen. Daher mag's wohl kommen, daß der Einfluß der katholischen Kirche auf das Volksleben weit überschätzt, der der evangelischen Kirche dagegen meist unterschätzt wird.

Ein drastisches Beispiel des hier vorliegenden Gegenjages: In der „Ev. Freiheit“ (Heft 8, 1915) geißelt ein ungenannter preußischer Geistlicher die „kirchliche Selbstbespiegelung unserer Zeit“ und führt als Beispiel für sie auch die vom Kirchenausschuß angeordnete Zusammenstellung der von der evangelischen Kirche aus Anlaß des Krieges geleisteten Arbeit an. „Der Stolz verächtet es, sich mit seinen Taten und Verdiensten vor der Öffentlichkeit oder auch nur vor sich selbst zu bespiegeln.“ (Diese Tendenz wird ohne weiteres der rein tatsächlichen Zusammenstellung gegeben.) „Es liegt ihm fern, darüber nachzudenken, worin seine Verdienste bestehen, wie groß sie sind.“ Der Eitle wendet viel Kunst, Mühe und Zeit darauf, nach außen zu scheinen. Auch entziehe sich ja das wirklich Große zahlenmäßiger Berichterstattung. „All das Erfragte und Berichtete ist demgegenüber Nebensache und gar nicht spezifisch kirchliche Aufgabe.“ (!) In ihrer naiven Unschuld ahnen solche Protestanten ja gar nicht, wie sie Wasser auf Roms Mühle treiben. Manchmal kommt uns fast der Verdacht, als wäre es ihnen nur lieb, wenn die abträglichen Urteile über das Wirken der Kirche in der Kulturwelt ungestört weiterliefen. Prof. D. Schian hatte ganz recht, diese Ausführungen in der Preußischen Kirchenzeitung (1915, Nr. 36) mit den Worten zurückzuweisen:

„Ich hab's nur mit Herzeleid lesen können. Also immer noch der gleiche völlige Mangel an Verständnis für die Notwendigkeit der darstellenden Erfassung kirchlicher Arbeit, der kirchlichen Statistik, der Kirchenkunde. Immer noch der völlige Mangel an Verständnis für die Wichtigkeit der bestmöglichen äußeren Gestaltung kirchlicher Arbeit. Immer noch fehlt der Blick dafür, daß einer vom anderen nur lernen kann, wenn ihm der andere seine Weise anschaulich schildert.“

Das letztere möchten wir unsererseits besonders unterstreichen. Die Leser des Jahrbuchs wissen genau, daß es nie ein urteilsloser Lobredner gewesen ist, daß es vielmehr geflissentlich auch auf die Lücken der kirchlichen Arbeit hingewiesen und es nie daran hat fehlen lassen, auch bisher noch unerfüllte Desideria zu betonen. Dem Nutzen und der Ehre unserer Kirche hat das Jahrbuch seither gedient und möchte es weiter dienen. Nicht in betonter Apologie, nicht in zugespitzter Ruhmredigkeit. Die Tatsachen sollen reden. Gelegenheitsnotizen schaffen's nicht. Es bedarf einer gesammelten Darstellung. Ist eigentlich dieser Gedanke so abwegig gewesen, daß er 50 Jahre um Anerkennung ringen mußte?

Nichts von Enttäuschung soll in dieser Frage liegen, im Gegenteil — die Freude der Erfüllung. Was mein heimgegangener Vater anstrebte, ist nun zu Stand und Wesen gekommen. Auch der lange steinige Weg war gesegnet. „Habent sua fata libelli:“ — es gibt Bücher, die sofort zur allgemeinen Anerkennung kommen. Das sind die, die das aus-

sprechen, was dunkel im Zeitempfinden liegt. Dahin gehörten z. B. Werthers Leiden, für Goethe ein Akt der Selbstbefreiung aus der lähmenden und innerlich zerreibenden Sentimentalität, von der weinerlichen Zeit aber ganz anders verstanden. Aus neuerer Zeit nennen wir von Büchern, die vom Zeitgeist sofort emporgetragen wurden: Chamberlains Grundlagen des 19. Jahrhunderts, Spenglers Untergang des Abendlandes, das namenlose: Rembrandt als Erzieher u. a. Ihr Ruhm ist zum großen Teil durch ihre Rechtzeitigkeit begründet. — Es gibt Bücher, die zu spät kommen. Sie werden bald vergessen. Sie sind wie das Nachspiel der Orgel, das von den Schritten der Herausgehenden übertäubt wird. — Es gibt auch Bücher, die zu früh kommen. Sie haben einen harten Weg — von Rechts wegen. Unser Jahrbuch ist 30 Jahre zu früh dagewesen. Das war seine Plage, das ist aber auch seine Ehre. Lieber zu früh als zu spät. Die Autoren und Begründer solcher Bücher werden leicht für rückständig gehalten, weil sie der Gedankenwelt ihrer Zeit voraus sind — genau mit demselben Recht, wie man innerlich gesammelte Menschen zerstreut nennt.

Das alte Sprichwort: „Es ist ein köstlich Ding einem Manne, daß er das Joch in seiner Jugend trage,“ darf wohl auch von unserem Jahrbuch gelten. Gott hat ihm seine Last gesegnet. Noch ist's nicht auf der Höhe. Wir sehen noch etliche Stufen vor uns. Ob wir sie noch gewinnen werden, steht dahin. Mag sie das Geschlecht ersteigen nach uns. Der Gedanke des Jahrbuchs wird leben — trotz der harten Zeit, ja in ihr erst recht. Nun hat ja auch das Buch selbst viele Freunde und Förderer: die kirchlichen Behörden ohne Ausnahme, die theologische Wissenschaft, der Pfarrerstand in seinen regsameren Vertretern, die Verbände der kirchlichen Wohlfahrtspflege; vor allem auch unsere Auslandspfarren, die durch dasselbe mit dem kirchlichen Leben der Heimat in Verbindung bleiben; und mit ihnen die Vertreter des außerdeutschen Protestantismus, besonders in den nordischen Ländern und in Nordamerika. Da hat das Jahrbuch doch dazu helfen dürfen, etliche Vorurteile zu beseitigen und das Band zu stärken, das die evangelischen Kirchen und Gemeinschaften in Übersee mit dem Heimatland der Reformation verbindet. Auch die Vertreter der Staatswissenschaften, vor allem die der Statistik, fangen an, die Aufstellungen des Jahrbuchs zu beachten. Da taucht nun im Hintergrund ein gefräßiger Feind auf: die wirtschaftliche Not, die Valutafrage. Wir bitten unsere Leser, mit uns dazu zu helfen, daß auch dieser Feind bestanden wird.

Zweites Kapitel.

Gemeinde und Gemeindeorganisation.

Von Prof. D.Dr. Martin Schian, Bießen.

(Abgeschlossen Anfang April 1923.)

1. Die Gemeindebewegung in der öffentlichen Erörterung.

Zur Zeit stehen andere Fragen als die Gemeindefragen im Vordergrund des kirchlichen Interesses; unter den eigentlich kirchlichen Fragen vor allem die der Volkskirche. Daher ist aus dem letzten Jahr von eingehender literarischer Erörterung der Gemeindeprobleme nicht zu berichten. Aber Volkskirchenfragen und Gemeindefragen sind nicht zu trennen. So kann denn eine Schrift wie die von Walter Bülck: „Begriff und Aufgabe der Volkskirche“ (1922) gar nicht umhin, auch die Gemeindebewegung zu beachten.¹⁾ Sie stellt sich dabei in Gegensatz zu Sulze und dem „gemäßigten Sulzeanismus“. Jede Auffassung, die mehr oder minder die volkskirchliche Gemeinde zum Subjekt des kirchlichen Handelns mache, arbeite mit einem über der Wirklichkeit schwebenden Gemeindeideal. Die Masse der zu der Gemeinde Gehörenden könne nur als Objekt des kirchlichen Handelns in Betracht kommen. „Sowohl der Illusionismus Sulzes, der in einem allzu optimistischen Glauben an die Christlichkeit der Massen und an die Möglichkeit der Verwirklichung des allgemeinen Priestertums die empirischen Gemeinden der Volkskirche durch organisierte seelsorgerliche Gemeindegearbeit und Liebestätigkeit zu wirklich lebendigen Gemeinden umzubilden hoffte, wie auch der gemäßigte Sulzeanismus der jüngeren Vertreter des Gemeindegedankens übersieht diesen Tatbestand und gelangt darum nicht zu der notwendigen Erkenntnis, daß die Volkskirche Missionskirche ist und neben der Methode der Pastorierung die der Evangelisation in Anwendung zu bringen hat“ (S. 50). Daß Sulzes Optimismus zu weit ging, trifft zu. Aber falsch ist es, wenn auch den jüngeren Vertretern der Gemeindebewegung nachgesagt wird, daß sie den tatsächlichen Zustand unserer Kirchengemeinden übersehen; und durchaus irrig ist es, sie in Gegensatz zur Evangelisation und Volksmission zu stellen. Eine ausführliche Besprechung des Bülckschen Buchs aus meiner Feder („Begriff und Aufgaben der Volkskirche“ in: Volkskirche 1922, Nr. 19) hat diese Irrtümer hervorgehoben. Sie hat

¹⁾ Ein kleinerer Aufsatz Bülcks war vorangegangen. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1922 S. 29 f.

weiter auf den Selbstwiderspruch aufmerksam gemacht, der darin besteht, daß Bülck nicht die Gemeinden, aber die Volkskirche als Subjekt der kirchlichen Arbeit angesehen wissen will. Dürfen erstere wegen ihres tatsächlichen Zustandes als Massengemeinden nur Objekt sein, wie darf anderes von der Volkskirche gelten, die doch ebenso aus Massen besteht? Man sieht an diesem Punkt, wie wenig die bloße Bestreitung der Stellung der Gemeindebewegung die Probleme klärt. Hier liegen die ernstesten und schwersten Fragen des Kirchentums der Gegenwart. Grundsätzlich wird man den Gegensatz so formulieren müssen: entweder sind Kirche (Volkskirche wie Freiwilligkeitskirche) und Kirchengemeinde Subjekt der kirchlichen Arbeit, oder sie sind beide (Kirche und Gemeinde) Objekt der Erziehung durch eine irgendwie geartete Organisation, in der das geistliche Amt dann natürlich das eigentliche Zentrum bildet.

Es ist sehr bemerkenswert, daß diese Fragestellung auch in einer kleinen Schrift widerklingt, die soeben der Landesbischof der evangelisch-lutherischen Kirche von Mecklenburg-Schwerin, Heinrich Behm, über „die Belebung der Kirchengemeinden“ veröffentlicht hat (Berlin-Lichterfelde, Zeit- und Streitfragen des Glaubens, der Weltanschauung und Bibelforschung XV, 5/6. 1922). Behm führt aus, daß „nur auf dem Boden des Kirchenprinzips“ eine Gemeindebelebung erstrebt werden könne, die dem neutestamentlich bestimmten Wesen der christlichen Gemeinde sowie der geschichtlich und verfassungsmäßig bedingten Kirchengemeinde gerecht wird. Die christliche Gemeinde ist kein Verein, sondern eine Stiftung Jesu. Die Organisation der evangelischen Kirchengemeinde sei grundlegend dadurch bestimmt, daß sie Gemeinde des göttlichen Wortes als des göttlichen Gnadenmittels ist, in welcher der Dienst am Wort, das Amt der Gnadenmittelverwaltung zu bestellen ist. Dieses Amt stehe nicht über der Gemeinde, aber auch nicht unter ihr, sondern in ihr. In ihrem Verhältnis zueinander seien Amt und Gemeinde auf ein Zusammenwirken grundsätzlich angewiesen. Danach werde die Kirche „in bestimmter Weise Pastorenkirche sein und bleiben müssen“. Diese Ausführungen schreibt Behm aber nicht etwa, um sich der Gemeindearbeit im Sinn der Gemeindebewegung entgegenzustellen; vielmehr will er ihr gerade die Bahn bereiten, nur eben mit den erforderlichen grundsätzlichen Sicherungen. Er rührt damit ohne Zweifel an das eigentliche Grundproblem, das sich auf das Verhältnis von Gemeinde und Amt bezieht. Die These von dem „Zusammenarbeiten“ unterschreiben auch die Vertreter der Gemeindebewegung, wie sie denn durchaus nicht daran denken, die Bedeutung des Pfarramts irgend zu schmälern. Wichtiger als theoretische Unterschiede, die wohl auch gegenüber Behm bleiben, ist die Tatsache, daß Behms Schrift gerade dazu bestimmt scheint, der Gemeindearbeit im Sinn des Gemeindetags in der Kirche von Mecklenburg-Schwerin den Boden zu schaffen. Es handelt sich dort eben um die praktische Durchführung der neuen Kirchenverfassung, deren wichtigste Bestimmungen über die Gemeinde Kirchl. Jahrbuch 1922 S. 33 aufgeführt sind. Zur Gemeindebewegung

selbst nimmt Behm eine freundliche Stellung ein. Nachdem er ihre Absichten dargestellt hat, sagt er: „Die Belebung der Kirchengemeinden für die Zukunft hängt davon ab, daß dieser Gemeindegedanke und die Kirchengemeindeordnung sich miteinander verbinden“.

Wichtig ist, daß die beiden jüngst erschienenen Gesamtbearbeitungen der Praktischen Theologie auf dem Standpunkt der Gemeindebewegung stehen. Zuerst erschien mein „Grundriß der Praktischen Theologie“ (vollendet 1922), der den „Kirchengemeinden als Organen des kirchlichen Handelns“ ein besonderes Kapitel widmet. 1923 folgte Prof. D. Joh. Meyers Grundriß der Praktischen Theologie, der im Zusammenhang der Organisation des Kirchentums auch die Organisation der Einzelgemeinden bespricht (§ 35—37). In der grundsätzlichen Stellung ist zwischen beiden Darstellungen eigentlich nur ein Unterschied: nach Meyer gehört die Liebestätigkeit in die Praktische Theologie, weil sie als praktisches Zeugnis von der Lebenskraft des Evangeliums das Wortzeugnis wirksam unterstützt und äußere Hemmungen für den Eingang des Evangeliums beseitigt. Nach meiner Ansicht ist dagegen — so wenig ich diese Gründe bestreite — ausschlaggebend, daß die Liebestätigkeit zu den Lebensäußerungen der Gemeinde gehört. Die Hauptsache ist aber, daß beide Werke den gemeindlichen Gesichtspunkt betonen, und daß damit im Gegensatz zu der Zeit der Herrschaft des Achelis'schen Lehrbuchs die Gemeinde den ihr gebührenden Platz in der Praktischen Theologie eingenommen hat. Auch F. Niebergalls Praktische Theologie nimmt zur Gemeindebewegung eine bejahende Stellung ein.

Auch einige kleine volkstümliche Hefte seien genannt, die Gedanken der Gemeindebewegung in weite Kreise zu tragen suchen: Prof. D. Heinrich Matthes, Darmstadt: Hebung des Kirchenbesuchs durch Gemeindeleben (Darmstadt 1922, 16 S.), und Pfarrer M. Jenzsch, Erfurt: Die lebendige Gemeinde in der Gemeinde als Brennpunkt der kirchlichen und sozialen Arbeit (Magdeburg 1922, 11 S.).

2. Die Kirchengemeinde im Neubau der kirchlichen Ordnungen.

Kirchl. Jahrbuch 1922, S. 31 ff. führte aus einer Reihe neuer Kirchenverfassungen die wichtigsten einschlägigen Bestimmungen an. Einige Ergänzungen mögen folgen.

Die Verfassung der evangelisch-lutherischen Kirche im Lübeckischen Staat kennt die sonst vielfach übliche größere Kirchengemeindevertretung nicht, sondern nur den Vorstand der Kirchengemeinde, der durch Urwahlen nach Verhältniszahl zu wählen ist. Er wählt seinen Vorsitzenden selbst; dabei ist er völlig frei. Keine Bestimmung sieht ein Vorrecht der Pfarrer vor, keine aber auch ihren Ausschluß. Neben den Vorstand tritt die kirchliche „Gemeindehilfe“, zu der die Geistlichen und Helfer und Helferinnen in erforderlicher Zahl gehören. Die letzteren werden vom Kirchenvorstand gewählt, wobei auch Mitglieder des Vorstands zu berücksichtigen sind. Seelsorgebezirke sind obligatorisch. Ummeldung zum

Bezirk eines anderen Geistlichen ist zulässig; sie geschieht durch einfache Anzeige. Wichtig ist, daß die Ummeldung von selbst erlischt, falls der Geistliche des Seelsorgebezirks oder der Geistliche, zu dem die Ummeldung erfolgt ist, aus seinem derzeitigen Amt scheidet. Diese Bestimmung fand sich bisher wohl nirgends.

Reuß j. L. läßt die Kirchengemeinde ihre Selbstverwaltung durch Kirchenvertretung und Kirchenvorstand ausüben. Die Selbstverwaltung regelt sich nach der Thüringer Kirchengemeindeordnung vom 13. Sept. 1920 (Kirchl. Jahrb. 1922, S. 32f.).

Reuß ä. L. (Verf. vom 14. März 1922) kennt nur ein Organ der Gemeinde: den Kirchengemeindevorstand. Um über bestimmte Fragen die Meinung der Kirchengemeinde zu erkunden oder sie von seinen Absichten in Kenntnis zu setzen, kann der Kirchengemeindevorstand Gemeindeversammlungen einberufen. Einmal im Jahre ist der Gemeindeversammlung Bericht über das kirchliche Leben zu erstatten. Jedes wahlberechtigte Mitglied der Kirchengemeinde ist berechtigt, in einer Gemeindeversammlung das Wort zu ergreifen. Ein Beschlußrecht hat diese Versammlung nicht. Es ist bemerkenswert, daß Reuß ä. L. damit eine Einrichtung eingeführt hat, die andere Landeskirchen in übergroßer Sorge vor möglichen Schwierigkeiten ablehnen zu müssen geglaubt haben.

Aus der Verfassung der evangelisch-lutherischen Kirche des Landesteils Oldenburg ist für die Gemeindeorganisation das folgende bemerkenswert. Die aus allen stimmberechtigten Gemeindegliedern bestehende Gemeindeversammlung tritt mindestens einmal jährlich zusammen. Sie wählt den Kirchenrat (außer den Pfarrern 9—24 Älteste, also etwa ein Mittelglied zwischen Kirchenvorstand und Kirchengemeindevertretung). Der Kirchenrat wählt aus seiner Mitte den Kirchenvorstand (Vorsitzender des Kirchenrats und 2—4 Älteste). Der Kirchenrat kann von der Bildung eines Kirchenvorstands absehen. Wo er besteht, ist er im wesentlichen zur Erledigung der laufenden Geschäfte berufen. Vorsitzender des Kirchenrats ist der Pfarrer.

Hessen hat seine neue Verfassung am 1. Juni 1922 verkündigt. Sie bringt, was die Gemeindeordnung angeht, keine sehr weitgehenden Neuerungen. Es bleibt bei den zwei Gemeindeorganen, die bereits bisher bestanden: Kirchengemeindevertretung und Kirchenvorstand. Die erstere wird durch Urwahlen nach Verhältniswahl gewählt, sie ihrerseits wählt den Kirchenvorstand. Die Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung ist bedeutend erhöht worden, mit Rücksicht darauf, daß sie die Wähler für den Landeskirchentag sein werden. Sie beträgt jetzt in der kleinsten Gemeinde 12 und steigt in Gemeinden über 10 000 Seelen auf 100. Die Kirchengemeindevertretung kann Ausschüsse für Gemeindepflege einsetzen. Der Kirchenvorstand kann Gemeindeversammlungen einberufen, die Beschlüsse nicht zu fassen haben, aber das kirchliche und sittliche Leben der Gemeinde besprechen, Wünsche äußern und Anregungen geben können. Die Teilung von Gemeinden mit mehreren Pfarrern in Seelsorgebezirke ist Vorschrift geworden, ebenso die Führung von Ver-

zeichnissen über den Bestand der Kirchengemeindeglieder. Bestimmungen über die Versorgung von Minderheiten sind vorbehalten worden.

Die Verfassungen der preußischen Landeskirchen sind noch nicht in Kraft getreten. Ihre Besprechung sei daher für das folgende Jahr vorbehalten.

Beachtenswert ist, daß einige Landeskirchen neben den Verfassungen eine sogenannte „Kirchliche Lebensordnung“ herausgegeben haben; so Reuß ä. L. (2. November 1922) und das rechtsrheinische Bayern (5. Dez. 1922). Darin werden die Pflichten der Gemeindeglieder mit Bezug auf Taufe, Religionsunterricht, Konfirmation, Gottesdienst, Abendmahl, Trauung, Begräbnis usw. geregelt. Reuß ä. L., dessen Lebensordnung weit ausführlicher ist als die bayrische, weist ausdrücklich auf die Wichtigkeit der Ausübung der christlichen Liebestätigkeit hin. § 5 hat folgenden Wortlaut: „Um das Gemeindebewußtsein zu wecken und zu stärken und in wichtigen Fragen Aufklärung zu geben, sind Familienabende und ähnliche Versammlungen zu veranstalten, auch christliche Vereine zu gründen und zu pflegen . . . Liegt diese Arbeit auch in erster Linie den Pfarrern und anderen hierfür befähigten Männern und Frauen der Einzelgemeinde ob, so ist doch für besondere Veranstaltungen (Volksmission, Diskussionen, Vorträge und dergleichen) auch auf Gewinnung geeigneter auswärtiger Kräfte Bedacht zu nehmen. Der Einfluß der Presse ist der Kirche und Gemeinde möglichst dienstbar zu machen.“

Vergleicht man alle diese Bestimmungen mit den entsprechenden der Kirchenverfassungen des 19. Jahrhunderts, so ist der Unterschied sehr deutlich zu erkennen. Der Gemeindegedanke hat zweifellos an Einfluß bedeutend gewonnen. Der Gemeinde sind fast überall Aufgaben zugewiesen, die man ihr vor 50 Jahren nicht zugewiesen haben würde. Manche Forderung, wie die nach Seelsorgebezirken, nach Anlegung von Gemeinderegistern hat weithin Anerkennung gefunden. Die theoretischen Unterschiede, die in Abschnitt 1 zur Sprache kamen, machen für die praktische Ordnung der Dinge nicht viel aus. Für sie ist wichtiger, ob eine Kirche mutig und entschlossen neue Wege gehen will, oder ob sie vor solchen Einrichtungen, wie es eine Gemeindeversammlung ist, ängstlich zurückschaut. Daß Reuß ä. L. diese Ängstlichkeit überwunden hat, sollte zu denken geben.

3. Der Deutsche Evangelische Gemeindetag.

Seit der Essener Tagung im April 1922 ist kein Gemeindetag für ganz Deutschland gehalten worden. Die Kosten einer solchen Tagung sind jetzt so groß, daß sie nur unter ganz besonders günstigen Verhältnissen des Tagungsortes aufzubringen sind. Eine Stadt, die die erforderliche Leistungsfähigkeit besitzt und die bereit ist, den Gemeindetag aufzunehmen, fand sich nicht. Sobald eine Einladung kommt, wird eine weitere Tagung veranstaltet werden.

Leider erschweren die Geldverhältnisse auch die übrige Arbeit aufs äußerste. Die Verbindung zwischen den Mitgliedern wurde vor allem durch die wertvollen „Mitteilungen“ vermittelt, von denen noch nach dem Essener Tag zwei Nummern erscheinen konnten. Seit November 1922 ist kein Heft mehr erschienen. Die ins Ungeheure gewachsenen Druckkosten und Portokosten erlaubten es nicht.

Auch die Einziehung der Jahresbeiträge unterliegt fast unüberwindlichen Hindernissen. Der Jahresbeitrag wurde Herbst 1922 auf 50 M. festgesetzt. Natürlich ist diese Begrenzung längst überholt. Aber wie sollen die Beiträge eingezogen werden, ohne daß die Kosten die Einkünfte übersteigen?

Unter diesen Umständen sieht die Leitung mit Sorgen in die Zukunft. Doch hofft sie, namentlich durch intensive Arbeit in den Landesgruppen, die schwere Zeit zu überwinden. Der Hauptvorstand hat sich im Herbst 1922 durch Zuwachs neuer Mitglieder erweitert. Es sind dies: Pfarrer Danneil in Magdeburg, Staatsminister a. D. Schröder in Dresden, Pfarrer Düsse in Essen-Rüttenscheidt, Baurat Vollpracht in Blomberg (Lippe).

Die Landesgruppen haben z. T. kräftige Lebenszeichen geben können. Die Landesgruppe Sachsen (Freistaat) tagte in Löbau am 12. und 13. September 1922. Dabei wurden Themata behandelt, die auch anderen Vereinigungen interessant sein müssen und die für die ganze Art und die Problemstellung des Gemeindetages charakteristisch sind: Seelsorgerliche Laienarbeit — Kirchliche Helferdienste am seelischen Wiederaufbau (Prof. Hickmann, Leipzig); Wo rauscht die unverstümmelte Quelle gemeindebildender Kraft? (Graf Bischoff von Eckstädt, Baugen); Was bedeuten unsern Lausitzer Gemeinden Sitte und Volkstum? (Oberstudienrat Prof. Dr. Stübler, Baugen); Was hat die Herrnhuter Gemeinde für den Aufbau unserer Gemeinden zu sagen? (D. Reichel, Herrnhut); Deutscher evangelischer Predigtdienst, ein Dienst an den Predigern und an den Gemeinden (Pfarrer Krömer, Dresden). Die Versammlung nahm zwei Entschlüsse an; die erste war ein Aufruf an die Gemeinden zur tatkräftigen Heranziehung freiwilliger Laienkräfte im Leben der Kirche; die zweite war ein Einspruch gegen Verordnungen des sächsischen Kultusministeriums in Sachen der Religion in der Schule.

Die Landesgruppe Provinz Sachsen-Anhalt hielt fünf Vorträge in Magdeburg und einen Gemeindetag in Gardelegen; bei letzterem sprach Sup. Jordan über „Hemmungen und Förderungen des Gemeindegedankens auf dem Lande“.

Die Landesgruppe Hessen hielt je einen Gemeindetag für die Provinzen Starkenburg und Rheinhessen. Der Starkenburger Tag fand am 24. Sept. in Langen statt; er füllte einen Sonntag mit Kindergottesdienst, Festgottesdienst, Nachmittagsversammlung und Gemeindeabend. Der rheinhessische Tag in der Landgemeinde Udenheim (30. Juli) brachte eine Vortrags- und Ausspracheversammlung für weitere Kreise sowie einen Abendgottesdienst am Sonntag, worauf am Montag eine Ver-

sammlung mit Vorträgen für Theologen folgte. Beide Veranstaltungen, die in Langen und in Undenheim, fanden in den Gemeinden regstes Interesse.

Die dem Gemeindetag nahestehende Vierteljahrszeitschrift „Der Kirchenvorstand“ hat mit Ende 1922 ihr Erscheinen einstellen müssen.

4. Hilfsorganisationen.

Dieser Abschnitt des Jahrbuchs dient ausschließlich den Fragen der verfaßten Gemeinde. Freie Vereine kommen nicht hier zur Besprechung, sondern im Kapitel „Vereine“. Aber es gibt eine Gruppe von Vereinen, die entweder ganz oder doch zum wesentlichen Teil Hilfstruppen der Kirchgemeinde selbst bilden wollen. Dahin gehören die kirchlichen Männervereine und Frauenvereine, sofern sie Gemeindevereine sind. Leider ist es nicht möglich, eine umfassende Statistik dieser Vereine zu geben. Das 1922 erschienene Handbuch der Inneren Mission verzeichnet mit Recht weder diese Männervereine noch die Frauenvereine; sie sind nicht Sache der Inneren Mission, sondern der Gemeinde. In Hessen besteht ein sehr lebendiger Verband evangelischer Gemeindefrauenvereine. Ebendort hat seit dem Krieg die Sache der evangelischen Männervereine erhebliche Fortschritte gemacht; in Darmstadt haben jetzt alle Kirchengemeinden bis auf zwei einen Männerverein, der in engstem Anschluß an die Kirchengemeinde arbeitet. In Gießen hat eine der vier Gemeinden eine Männer- und Frauenvereinigung. Ähnlich wie die Gemeindefrauenvereine arbeitet in den preussischen Provinzen die Evangelische Frauenhilfe. Das Kirchliche Jahrbuch hat bis 1921 einschließlich (S. 151) regelmäßig im Kapitel: Vereine, später: „Innere Mission“ über diese Arbeit berichtet. Da es sich um eine vom Evangelisch-kirchlichen Hilfsverein ausgegangene, als Gesamtverband „Evangelische Frauenhilfe e. V.“ selbständig neben der gemeindlichen Organisation stehende Vereinigung handelt, so ist dort auch der richtige Platz dafür. Aber die Gelegenheit dieser notwendig gewordenen Feststellung¹⁾ sei gern benußt, um hervorzuheben, daß die Frauenhilfe grundsätzlich den Zweck verfolgt, die Mithilfe der Frau in den Dienst der Gesamtkirche und der Einzelgemeinde zu stellen. Das wird nachdrücklich betont in dem von Arnold Hein verfaßten Heft: „Die Bedeutung einer Frauenhilfe für

¹⁾ In den Theol. Blättern 1922, Nr. 1, Sp. 18 f., beanstandet Hein, daß dieses Kapitel des Jahrbuchs einseitig auf den Gemeindetag eingestellt sei, daß dagegen die vereinsmäßige Gemeindeorganisation, z. B. in Preußen die Frauenhilfe, unberücksichtigt bleibe. Das Fehlende werde auch nicht anderweitig nachgeholt. Darin irtt Hein; bis zum Jahrgang 1920 ist die Frauenhilfe regelmäßig im Kapitel Vereine behandelt; 1921 ist sie dort fortgefallen und unter Innere Mission besprochen. Daß sie 1922 zum erstenmal nicht genannt sein würde, konnte ich nicht wissen. Die Kapitel Vereine und Innere Mission waren längst Bestandteile des Jahrbuchs, bevor das von mir bearbeitete Kapitel dazukam; ich konnte also nicht bringen, was jene brachten. Im übrigen gilt das oben Gesagte.
Der Verf.

das Leben einer Kirchengemeinde" (Potsdam, 2. Aufl., 25 S.), auf das deshalb an dieser Stelle aufmerksam gemacht werden soll. Hein erklärt es für einen Vorzug der Frauenhilfe, daß sie überhaupt kein Schema kennt. Die ganze Organisation und Gestaltung der Arbeit bleibt völlig der einzelnen Frauenhilfe überlassen. Darin liegt aber auch, daß das Verhältnis der einzelnen Frauenhilfen zur kirchengemeindlichen Organisation sehr verschieden ist; während manche nur lose mit ihr verbunden sind, fügen sich andere ganz in sie ein. Dennoch ist im weiteren Sinn richtig, was Hein sagt: Die Frauenhilfe ist im buchstäblichsten Sinn des Wortes kirchliche Gemeindegemeinschaft, Arbeit der Gemeinde an sich selber zum Zwecke der Lebendigmachung der Gemeinde.

Drittes Kapitel.

Kirchliche Statistik.

Von Professor D. Schneider, Berlin.

(Abgeschlossen Ende April 1923.)

Vorbemerkungen.

Der Literaturnachweis des Jahrbuchs 1920 gilt auch für den vorliegenden Band. Es sind dieselben statistischen Quellenwerke aufzuführen, nur in späteren Bänden. Auszuscheiden sind Nr. 15: Mitteilungen aus der Ev. Zentralstelle Breslau — sie lagen uns nicht mehr vor —; einzusetzen: Statist. Aufstellungen des Ev. Volksbundes Frankfurt a. M. für den Konsistorialbezirk und das Gebiet von Groß-Frankfurt. Sie erscheinen uns jedoch nicht ganz zweifelsfrei. Auszuscheiden ferner: Nr. 17: Ascher son: Universitätskalender, an dessen Stelle die Vorlesungsverzeichnisse der Universitäten (mit statistischen Aufstellungen) WS. 1922/23 und SS. 1923 treten, und: die akademische Zeitschrift: Minerva.

Die Kirchliche Statistik des Jahres 1921 beruht auf amtlichen Quellen. Veröffentlicht ist sie zurzeit noch nicht. Die Umrechnung auf die durch Abtretung veranlaßten neuen Grenzen macht nach wie vor viel Arbeit (vgl. die einleitenden Bemerkungen zu Abschn. 4). Die Begegnungen der bürgerlichen Statistik (Geburten, Eheschließungen, Todesfälle) wurden uns für 1921 in dankenswerter Weise vom Preuß. Statist. Landesamt zur Verfügung gestellt.

Die Moral- und Kriminalstatistik ist noch in argem Rückstand. Eine Anfrage im Reichstag (Prof. D. Strathmann) fand die Beantwortung der Staatsregierung, daß hier die Stauung der Kriegsjahre beseitigt werden solle und man in die Bearbeitung der Ergebnisse der Nachkriegsjahre tunlichst bald eintreten werde. Einstweilen liegt für die „Allgemeine Kriminalstatistik“ noch nichts vor — es wird freilich auch wenig erbaulich sein. Moralstatistisches (Ehescheidungen, Selbstmorde usw.) ist nur bis 1920 erhältlich.

1. Der Bevölkerungsstand der deutschen Großstädte.

Nach dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ (42. Jahrgang 1921/22) wiesen die deutschen Großstädte in der Zwischenzählung vom 8. Oktober 1919 und der allgemeinen Volkszählung vom 1. Dezember 1910 den nachstehend angegebenen Bevölkerungsstand auf. Um Vergleiche zu ermöglichen, ist jedesmal derselbe räumliche Gebietsstand, und zwar der vom 31. Dezember 1921, zugrunde gelegt, so daß die in der Zwischenzeit erfolgten Eingemeindungen eine Verschiebung der Werte beider Zahlenreihen nicht bewirken können.

	1919	1910		1919	1910
Berlin	3 803 770	3 729 650	Halle a. S.	182 326	180 843
Hamburg	985 779	931 935	Altona	168 729	172 628
Köln	633 904	516 527	Belsenkirchen	168 557	169 513
München	630 711	596 467	Cassel	162 391	153 196
Leipzig	604 380	589 850	Elberfeld	157 218	170 195
Dresden	587 748	548 308	Barmen	156 326	169 214
Breslau	528 260	512 105	Mugsburg	154 555	102 487
Essen	439 257	294 653	Nachen	145 748	156 143
Frankfurt a. M.	433 002	414 576	Bochum	142 760	136 931
Düsseldorf	407 338	358 728	Braunschweig	139 539	143 552
Hannover	392 805	302 375	Karlsruhe	135 952	134 313
Nürnberg	353 298	333 142	Erfurt	129 646	111 463
Stuttgart	309 197	286 218	Mülheim (Ruhr)	128 205	112 580
Chemnitz	303 775	287 807	Krefeld	125 201	129 406
Dortmund	295 026	214 226	Lübeck	113 746	98 656
Magdeburg	285 856	279 629	Hamborn	110 102	101 703
Bremen	269 806	247 437	Mainz	107 930	110 634
Königsberg	260 895	245 994	München = Gladb.	106 738	66 414
Duisburg	244 302	229 483	Plauen	104 918	121 272
Stettin	232 726	236 113	Saarbrücken	nicht festgestellt	105 089
Mannheim	229 576	193 902	Münster i. W.	100 452	90 254
Kiel	205 330	211 627			

Wiesbaden mit 109 002 Einwohnern 1910, 97 566 im Jahre 1919 ist im letzten Jahrzehnt aus der Reihe der Großstädte einstweilen ausgeschieden. Neu eingetreten sind Lübeck, M.-Gladbach und Münster. Die absolute Zahl der Großstädte ist dadurch vermindert, daß Groß-Berlin die früher selbständigen „Großstädte“ Charlottenburg (1919: 322 766, 1910: 305 978), Neukölln (1919: 262 127, 1910: 237 289), B.-Schöneberg (1919: 175 092, 1910: 172 823), B.-Lichtenberg (1919: 144 643, 1910: 133 141), B.-Wilmerdorf (1919: 139 406, 1910: 109 716) aufgesogen hat. Doch ist, wie erwähnt, zurückgreifend für 1910, die damalige Bevölkerungsziffer dieser Orte oben eingerechnet.

Im Gesamtergebnis war danach die Bevölkerungsziffer der deutschen Großstädte 1919: 15 304 959, 1910: 15 296 238 — eine ganz unwesentliche Differenz. Der Abtretung verfallen sind von den deutschen Großstädten Danzig mit 170 337 und Posen mit 156 691 Bewohnern, beide auf 1910 berechnet.

Einen Rückgang in der Volkszahl zeigen, außer dem vorerwähnten Wiesbaden, Stettin, Kiel, Altona, Braunschweig, Mainz, Plauen, und unter den westlichen Großstädten Elberfeld, Barmen, Nachen und Krefeld, Orte der Textilindustrie; Belsenkirchen stand fast still. Verhältnismäßig stark ist dagegen die Zunahme in Köln, Essen und M.-Gladbach.

Die hier zugrunde gelegte Zählung von 1919 hat die konfessionellen Verhältnisse nicht einbezogen. Erst die nächste, für 1922 geplante aber inzwischen wieder vertagte allgemeine Volkszählung wird sie bringen. Dennoch sind auch diese Ziffern vom kirchlichen Standpunkt aus nicht ganz unbeachtlich.

Die Bestrebungen, die Großstädte zu entvölkern, das flache Land anzufiedeln, haben seither irgend welche zahlenmäßigen Erfolge nicht gezeigt. Die Abwanderung aus den verloren gegangenen Gebieten des Ostens mag allerdings wohl auch zur Auffüllung der Großstädte beigetragen haben. Ein klares Bild der Bevölkerungsverteilung für Stadt und Land wird erst die nächste Volkszählung liefern. Die kirchliche „Durchforschung“ unserer Großstädte wird nach wie vor eine dringende Aufgabe bleiben.

2. Allgemeine Bevölkerungsbewegung für Deutschland 1920 und 1921.

Alles in diesem Abschnitt Gegebene ist interkonfessionell und lediglich Unterbau für die kirchliche Statistik. Aber die hier in die Erscheinung tretenden Momente (Geburtenhäufigkeit, Vermehrung oder Verminderung der Eheschließungen, allgemeine und spezielle Sterblichkeit, besonders Kindersterblichkeit) sind doch tatsächlich auch für das kirchliche Leben beachtlich.

Die im vorjährigen Jahrbuch beklagte Erstarrung der staatlichen Statistik auf diesem Gebiet hat sich gelöst. Der 42. Band des statist. Jahrbuchs für das Deutsche Reich bringt die Bevölkerungsbewegung für 1920 und 1921. Letztere weist zwar in den Verhältniszißern noch einige Lücken auf, doch läßt sich mit dem gegebenen Material eine ungefähre Antwort geben auf die Frage, ob wir nach dem Kriege einer inneren Bevölkerungsvermehrung entgegensehen dürfen, ob der seit fast zwanzig Jahren beobachtete allmähliche Rückgang des Geburtenüberschusses, der ja natürlicherweise während des Weltkrieges scharf in die Erscheinung trat und in einen Geburtenunterschuß sich verwandelte, zum Stillstand kommen werde. Leider liegen dafür keinerlei Anzeichen vor. Die überaus starke Zunahme der Eheschließungen nach dem Kriege hat nicht gehalten, was sie zu versprechen schien. Es steht im Gegenteil zu befürchten, daß nach kurzer normaler Unterbrechung der alte Prozeß des allmählichen Abgleitens wieder einsetzen wird. Zu der gewollten Geburtenbeschränkung kommt nun noch die wirtschaftliche Notlage als verschärfendes Moment, die neuerdings wieder stark ansteigende Kindersterblichkeit, die eben auch aus dieser Notlage heraus geboren wird, und die stärkere Heranziehung des weiblichen Geschlechts zum Erwerb, die ebenfalls damit zu tun hat.

a) Die Geburtenziffer.

(Allgemeine Geburtenziffer, uneheliche, totgeborene.)

Im Jahre 1898 überstieg die Geburtenziffer Deutschlands zum erstenmal die zweite Million; sie hielt sich auf dieser Höhe bis 1909, mit 1910 sank sie unter zwei Millionen und war 1914 noch 1 874 389 (immer einschließlich der Totgeborenen berechnet). Dann kam der normale Abstieg während der Kriegsjahre, in denen 1917 den geringsten

Wert mit 939 938 zeigte. Die Gesamtentwicklung ergibt die folgende Tabelle:

1900: 2 060 657	=	36,8	aufs Tausend der Bevölkerung
1905: 2 048 453	=	34,0	" " " "
1910: 1 982 836	=	30,7	" " " "
1914: 1 874 389	=	27,6	" " " "
1915: 1 425 596	=	21,0	" " " "
1916: 1 062 287	=	15,7	" " " "
1917: 939 938	=	14,4	" " " "
1918: 956 251	=	14,7	" " " "
1919: 1 299 404	=	20,7	" " " "
1920: 1 651 593	=	26,7	" " " "
1921: 1 586 836	=	26,0	" " " "

Das Jahr 1921 hat die infolge zahlreicher Eheschließungen nach Kriegsende gesteigerte Geburtenziffer nicht gehalten. Ein weiterer Abstieg ist für 1922 zu erwarten. Abschließende Ziffern liegen für ganz Deutschland zurzeit (April 1923) noch nicht vor, wohl aber Teilergebnisse, welche die Befürchtung vollauf rechtfertigen, daß die seit der Jahrhundertwende langsam, seit 1905 schneller einsetzende Geburtenverminderung nach kurzer Unterbrechung wieder platzgreifen wird.

Wichtiger als die absolute Zahl ist die aufs Tausend der Bevölkerung berechnete Ziffer, denn schon wegen der Abtretungen können die Zahlen nach dem Krieg nicht ohne weiteres in Vergleich gestellt werden mit denen vor dem Krieg. Im Jahrzehnt 1871—1880 wurden durchschnittlich 40,7 aufs Tausend geboren, 1881—1890: 38,2, 1891—1900: 37,3, 1901—1910: 33,9; von da waren wir vor dem Krieg auf 27,6 herabgegangen — die Kriegsjahre bleiben als anormal außer Betracht —, 1920 erreichte beinahe, aber nicht ganz, die schon im Prozeß des Abgleitens reduzierte Zahl von 1914, 1921 geht die Abgleitung weiter.

Die Unterverteilung auf die einzelnen deutschen Länder liegt für 1921 noch nicht vor, wohl aber für 1920. Etwas über dem Reichsdurchschnitt mit 26,7 steht Preußen mit 26,8. Nicht ohne Interesse sind die Verschiedenheiten der einzelnen Provinzen. An der Spitze steht Oberschlesien mit 33,0, Ostpreußen mit 31,8, Niederschlesien mit 30,0, dann kommt Pommern mit 29,3, Sachsen mit 28,9, Westfalen mit 28,5, die Grenzmark ebenfalls 28,5, Rheinland mit 26,5, Hessen-Nassau mit 25,2, Hannover mit 25,0, Schleswig-Holstein mit 24,4, Brandenburg mit 21,1 und Berlin mit 18,2. Auch Bayern steht über dem Reichsdurchschnitt mit 28,1 (Bayern rechtsrheinisch 28,3, Pfalz 27,0). Die Spitze hält Mecklenburg mit 29,0 (Mecklenburg-Strelitz 29,4). Gut stehen noch Thüringen mit 28,1, Anhalt mit 28,7. Genau den Reichsdurchschnitt hat Baden; alle andern liegen darunter, und zwar Sachsen mit 26,0, Württemberg mit 25,4, Hessen mit 25,6, die Spitze nach unten hält hier Hamburg mit 21,0. Beide Reihen bestätigen den alten Satz, daß die Geburtenverminderung hauptsächlich in den Großstädten ihren Herd hat. Das ist um so bezeichnender, als die Eheschließungsziffer in den Städten keineswegs geringer war als auf dem Lande. In Berlin stand sie

höher (14,8) als der Reichsdurchschnitt (14,5), in Hamburg ebenfalls (15,2).

Für Preußen liegen schon Teilresultate aus 1922 vor. Der „Statistischen Korrespondenz“ entnehmen wir folgende auf Quartale verteilte Aufstellung der letzten vier Jahre, mit Vergleich des Jahres 1913:

	1913	1919	1920	1921	1922
1. Vierteljahr	29,58	15,24	29,21	27,00	25,22
2. „	28,78	14,97	26,64	25,68	24,00
3. „	29,45	22,69	25,79	25,49	22,59
4. „	28,35	30,69	24,67	25,32	

Ob man in dieser Aufstellung von 1920 ab nun die Horizontalreihen oder die Vertikalreihen in Vergleich stellen mag, überall ist der Abstieg bemerkbar. Das weckt böse Befürchtungen für die Gesamtentwicklung des Jahres 1922, und noch mehr für 1923. Die vom Statist. Reichsamt herausgegebene Zeitschrift: „Wirtschaft und Statistik“ stellt in einer Sonderberechnung der deutschen Großstädte für das dritte Vierteljahr 1922, das oben mit 22,59‰ zu Buche steht, eine Geburtenziffer von nur 16,4 fest. Im September 1922 ist die Berliner Geburtenziffer sogar unter 10 herabgegangen und damit unter das bisher erreichte Minimum der Sterbeziffer gesunken. Die dann mit neuer Kraft einsetzende Teurungsziffer läßt für das laufende Jahr 1923 nichts Gutes erwarten. Wir werden uns auf ein Sinken der Geburtenziffer gefaßt machen müssen, die von dem bisher vor dem Krieg beobachteten, an und für sich schon bedrohlich genug erscheinenden, stetigen Abgleiten durch ein ruckartiges Abfallen nach unten absteht.

Unehelich geboren wurden — ohne Unterscheidung der Konfession der Mütter —

1910: 179 564	=	9,1‰	der Geborenen überhaupt
1911: 177 056	=	9,2‰	„ „ „
1912: 183 857	=	9,6‰	„ „ „
1913: 183 977	=	9,7‰	„ „ „
1914: 183 914	=	9,8‰	„ „ „
1915: 159 422	=	11,2‰	„ „ „
1916: 117 677	=	11,1‰	„ „ „
1917: 108 333	=	11,5‰	„ „ „
1918: 125 253	=	13,1‰	„ „ „
1919: 145 303	=	11,2‰	„ „ „
1920: 188 050	=	11,4‰	„ „ „

Die Zahlen von 1921 liegen noch nicht vor.

Daß bezüglich der unehelichen Geburten eine konfessionelle Differenzierung nicht vorliegt, glauben wir — in Bestreitung einer Aufstellung von P. Krose, der den evangelischen Volksteil für weitaus belasteter hält als den katholischen, — im Jahrbuch 1921 S. 103 ff. nachgewiesen zu haben. Den im Jahrbuch 1922 S. 36 für Preußen gegebenen Nachweis für die Jahre 1916—1919, daß hier die beiden Konfessionen sich ungefähr die Wage halten (mit einer geringen Mehrbelastung nach der katholischen Seite hin, die durch soziale Verhältnisse erklärt wird), können

wir zu unserm Bedauern auf die Jahre 1920 und 1921 noch nicht erstrecken, weil das Material noch nicht vorliegt.

Die Prozentziffer der Totgeborenen war 1917: 3,0, 1918: 3,1, 1919: 3,0, 1920: 3,2. Mit Unterscheidung der ehelich und unehelich geborenen waren es 1917: 2,3 eheliche und 3,9 uneheliche, 1918: 2,9 und 4,1, 1919: 2,8 und 4,3, 1920: 3,0 und 4,6. Auch hier eine steigende Zahl.

b) Eheschließungen.

Auch hier läuft die Flut der Eheschließungen, welche die Nachkriegsjahre brachten, allmählich ab. Die Zahl der Eheschließungen im Deutschen Reich war:

1910:	496 396	=	7,7	aufs	Tausend	der	Bevölkerung
1914:	460 608	=	6,8	"	"	"	"
1915:	278 208	=	4,1	"	"	"	"
1916:	279 076	=	4,1	"	"	"	"
1917:	308 446	=	4,7	"	"	"	"
1918:	352 543	=	5,4	"	"	"	"
1919:	844 339	=	13,4	"	"	"	"
1920:	894 978	=	14,5	"	"	"	"
1921:	721 330	=	11,8	"	"	"	"

Das Jahr 1922 wird, nach Teilergebnissen zu schließen, eine nicht unbeträchtliche Verminderung bringen. (Die Gesamtziffer für das Reich liegt noch nicht vor). Das ist zwar normal, und vielleicht wird 1922 den Durchschnitt der Vorjahre immer noch halten. Wir geben auch hier, wie im Vorabschnitt, einen Rückblick auf die Durchschnittsziffer der vergangenen Jahrzehnte. 1871—1880 hat die Verhältniszahl von 8,6 aufs Tausend, 1881—1890: 7,8, 1891—1900: 8,2, 1901—1910: 8,0. In den Einzelsjahren von 1910 ab stieg sie nie über 8, und hatte 1912 den höchsten Stand mit 7,9. Man wird etwa 8⁰/₁₀₀ als die Normalziffer ansehen dürfen. Nach dem Krieg 1870/71 stieg sie 1872 auf 10,3, 1873 auf 10,0 — also der Sprung war damals lange nicht so groß als 1919—1921. Das ist ja auch erklärlich, die Stauung war damals um der Kurzfristigkeit willen lange nicht so erheblich. Man wird einen Rückgang der kommenden Jahre nicht allzu bedenklich finden dürfen. Bedenklicher als der Rückgang der Quantität ist schon der der Qualität der jungen Ehen, die oft nur einen Zwischenzustand zur normalen Ehe mit wirtschaftlicher Selbständigkeit darstellt. Wir führten das im vorjährigen Jahrbuch S. 39 näher aus.

Für das Jahr 1919 steht Preußen mit 13,3 ein wenig unter dem Reichsdurchschnitt mit 13,4, für 1920 hält es genau den Reichsdurchschnitt mit 14,5. Die Unterschiede der einzelnen Provinzen sind nicht ganz unbeträglich. So hatten — die erste Ziffer ist jedesmal die von 1919, die zweite die von 1920, für 1921 liegt die Unterverteilung noch nicht vor — Ostpreußen 16,1 und 13,8, Westpreußen 15,3 — für 1920 die Grenzmark Posen-Westpreußen 14,0, Sachsen 15,1, 16,3, Berlin 14,8, 14,8 — man vergleiche die hier verhältnismäßig hohe Stellung von

Berlin mit der niedrigen Geburtenziffer im Vorabschnitt, ein eigenartiges Paradigma der sorglosen Heiratslust der Großstädte —, Pommern 14,7, 14,7, Brandenburg 13,5, 14,3, Hessen-Nassau 13,4, 15,0, Posen-Rekt 13,2 — für 1920 vgl. Grenzmark —, Niederschlesien 13,1, 12,9, Hannover 12,8, 14,6, Schleswig-Holstein 12,5, 14,6, Rheinprovinz 12,3, 14,6, Westfalen 11,8, 14,1, Oberschlesien 11,8, 12,9. Für Oberschlesien wirkten die politischen Verhältnisse hindernd und erklären die niedere Reihe. In der Geburtenziffer stand dieser Landesteil obenan.

Bayern r. d. Rh. stand 1919 mit 15,2 nicht unbeträchtlich über dem Reichsdurchschnitt mit 13,4, 1920 jedoch mit 13,7 unter demselben mit 14,5, die Pfalz hatte 12,4 und 14,7, Sachsen hatte 1919: 12,6, 1920: 15,1, Württemberg 12,6 und 12,5, Baden 12,8 und 14,2, Thüringen 14,1 und 16,3, Hessen 13,1 und 14,7, Hamburg 13,6 und 15,2, Mecklenburg-Schwerin 14,2 und 15,4, Mecklenburg-Strelitz 14,5 und 15,1, Oldenburg 11,8 und 13,9, Braunschweig 15,1 und 16,3, Anhalt hält 1919 die Spitze mit 16,0, ebenso 1920 mit 16,8, Bremen 13,4 und 15,1, Lippe 12,2 und 15,0, Lübeck 12,6 und 15,9, Waldeck 12,7 und 13,6, Schaumburg-Lippe 14,9 und 15,9.

Von dem durchgängigen Gesetz der Steigerung der Eheschließungen von 1920 gegen das Vorjahr macht nur Württemberg eine Ausnahme.

Es möge hier nicht unerwähnt bleiben, daß der Entwurf eines Reichsgesetzes zur Erhebung standesamtlicher Gebühren vorliegt. Nach ihm soll eine Anordnung des Aufgebots zum Zweck der Eheschließung 1000 M. kosten, eine Eheschließung von einem andern Standesbeamten als dem zuständigen (Dimissoriale) 500 M., eine solche außerhalb des Amtsraums oder der Dienststunde, etwa bei Krankheit, 5000 M., die bloße Abnahme einer eidesstattlichen Versicherung 300 M. Wir glauben zwar nicht, daß das im geringsten die Heiratslust beeinträchtigen wird und verstehen bei der Geldnot des Staates diese Neuregelung sehr wohl. Aber wehe der Regierung, die vor zwanzig oder dreißig Jahren dergartiges gewagt hätte! Man würde sie sehr bald der Hinderung der freien wirtschaftlichen Entfaltung und des Drucks auf die freiheitliche Entschließung des Individuums beschuldigt haben. Mit Nachdruck wurde bei Einführung der Zivilstandsgesetzgebung die selbstverständliche und dauernde Gebührenfreiheit betont, wobei es ohne einige Seitenblicke auf die Stolgebührenordnung der Kirche nicht abging. Das waren „unberechtigte Reste einer dunklen Zeit.“ Dabei ist fast überall, gewiß aber in den Großstädten, die Gebührenfreiheit der kirchlichen Trauung in einfacher Form Rechts gewesen. Wir amtierten in einer Großstadtgemeinde, die seit einem halben Jahrhundert Gebührenfreiheit für jede kirchliche Handlung in jeder Form festgesetzt hatte; die Gotteshäuser, mitsamt der Beheizung im Winter, wurden dafür kostenlos hergegeben.

c) Die Sterbeziffer.

Die Zahl der Verstorbenen (einschließlich der Totgeborenen) war im Reich:

1900:	1 300 906	=	23,2	auf 1000.
1910:	1 103 723	=	17,1	" "
1913:	1 060 798	=	15,8	" "
1914:	1 347 103	=	19,9	" "
1915:	1 493 470	=	22,0	" "
1916:	1 330 857	=	19,7	" "
1917:	1 360 153	=	21,0	" "
1918:	1 256 138	=	25,2	" "
1919:	1 017 284	=	16,2	" "
1920:	985 235	=	15,9	" "
1921:	900 181	=	14,7	" "

Die Zahl der Kriegsgefallenen und der in der Heimat an ihrer Verwundung gestorbenen Kriegsteilnehmer ist nicht eingeschlossen. Die Ziffern beziehen sich, um den Vergleich mit den Vorjahren zu ermöglichen, lediglich auf die Zivilbevölkerung.

Im Jahre 1918 stand die Sterbeziffer sehr hoch, durch die Entbehrungen der Kriegszeit veranlaßt. Es gelang, sie in den beiden folgenden Jahren bedeutsam herabzudrücken. Aber es darf dabei doch nicht übersehen werden, daß eben die Kriegszeit böse aufgeräumt hatte, sowohl unter den Alten und Schwachen, als auch unter den Kindern. Das Bild obiger Tabelle ist nicht so günstig, als es sich dem Auge auf den ersten Blick darstellen mag; der Rückgang der absoluten Zahl wird von 1919 ab erklärt durch den Wegfall von Elsaß-Lothringen und Posen, 1920 sind dazu noch Danzig, das Memelgebiet, Nordschleswig und die an die Tschechoslowakei und Belgien abgetretenen Bezirke in Abgang gestellt. Für 1921 sind das preußische Saargebiet, aus dem Zahlen nicht erhältlich waren wegen der ihre Aufnahme hindernden französischen Besatzung, und außerdem die beiden Mecklenburg, aus denen die Ziffern bei Abschluß noch nicht vorlagen, in Abzug zu bringen. Es sind für 1921 also einstweilen nur vorläufige Zahlen beigebracht.

Seit 1921 ist jedoch eine bedeutsame Wendung zum Schlechteren eingetreten, und diese wird — leider — noch jahrelang anhalten. Einstweilen kann mit Sicherheit vorausgesehen werden, daß das Jahr 1922 in der Verhältnis-ziffer eine solche Steigerung bringen wird, daß wir dem bösen Hungerjahr 1918 wieder nahe kommen. Der Mangel an Milch räumt unter den Kindern, die alte und wieder neuerwachte Volkskrankheit der Tuberkulose unter den Erwachsenen und besonders unter den Jugendlichen böse auf. Die erschreckenden Preissteigerungen des Jahres 1922 bringen im Gefolge eine Unterernährung, der keine hygienische Prophylaxe mehr gewachsen ist.

Ergreifend ist ein Bericht, den Dr. Bumm, der Präsident des Reichsgesundheitsamts, in der Sitzung des Reichstags am 20. Februar 1923 vorlegte. Wir entnehmen ihm folgendes: Vom Frühjahr 1921 bis dahin 1922 war eine kurze Besserung im allgemeinen Gesundheitsstand, besonders auch bei den kleinen Kindern, festzustellen. Dann aber kam ein sehr scharfer Rückgang. Nahezu 40% der „Krippen“ existieren nicht mehr. In Berlin ist ein Sechstel der Säuglingsheime geschlossen.

Bis zu 20% der zum Schuleintritt gemeldeten Kinder mußten Ostern 1922 wegen zurückgebliebener schwacher Konstitution abgewiesen werden. Auffallend war die zunehmende Sterblichkeit der Kinder von 1—5 Jahren. Die Lehrer klagten über Nachlassen der geistigen Aufnahmefähigkeit der Kinder. Bei der Auswahl zur Schulspeisung ergab sich, daß mindestens 50% der Schulkinder unterernährt waren. Ja, es gab Orte, wo die Zahl bis zu 80% heraufging, nirgendwo aber war sie unter 20%. An Größe und Gewicht standen nahezu alle Kinder der ersten Schuljahre bedeutsam zurück. Ein Amtsarzt (in Annaberg-Sachsen) stellte im Vergleich der Jahre 1913 und 1922 fest, daß ein durchschnittlicher Größenunterschied der Knaben von 7,3, der Mädchen von 5,3 cm vorlag, eine Gewichts Differenz von 4,3 und 3,2 Kilo.

Erschreckend war auch die mangelhafte Versorgung der Kinder mit Kleidern und Wäsche. Ein Stadtschulrat in Leipzig fand bei dem Besuch einer Schulklasse, daß von 27 Schulkinder nur 3 ein ordentliches Hemd, nur 2 ganze Strümpfe und nur 4 einen befriedigenden Ernährungszustand hatten.

Schulspeisungen sind in der zweiten Hälfte 1922 wieder eingerichtet worden; dafür ist 1 Milliarde eingesetzt, zum Teil mit Mitteln der Auslandshilfe. 500—600 000 Kinder werden daraus täglich gespeist. Das ist aber kaum die Hälfte derer, die als „dringend speisebedürftig“ befunden sind. Und dieser Fonds reicht nur bis Ostern 1923. Zur Milchverbilligung sind 3 Milliarden aus Reichsmitteln angewiesen, davon wurden 500—700 000 Kinder bis zu 5 Jahren notdürftig erhalten. [Wir bemerken hier in Parenthese, daß der Wucher vieler städtischen Milch-Zentralen, so z. B. in Berlin, diese Hilfe zum Teil wieder illusorisch macht; dazu die Wucherpreise für reine Butter, welche auf die Verbutterung der Milch auf dem Lande anreizend wirkt. Wer es für nötig hält, im Jahr 10 Pfund reine Butter zu verbrauchen, soll wissen, daß dafür ein kleines Kind sterben muß!] Diphtherie, Scharlach und Masern, die in den letzten Jahren auffallend zurückgegangen waren, kommen wieder.

Besonders aber fordert die Tuberkulose ihre Opfer. Von 1914 bis 1916 starben 100 000 Menschen mehr an Tuberkulose, als man auf Grund der Tuberkulose-Sterbeziffer von 1913 erwarten durfte. Es war ja gelungen, durch rechtzeitiges Eingreifen (Prophylaxe, Lungenheilstätten usw.) und gute Ernährung ein breites Gebiet der Beute abzugraben. Früher nannte man die Tuberkulose eine Proletarierkrankheit, nicht ganz mit Recht, sie war stets die Krankheit der Schlechtgenährten, vor allem der durch Trunk oder sonstige Ausschweifungen Geschwächten. Jetzt hat die Unterernährung weite Schichten des sogenannten intellektuellen Mittelstandes einbezogen, ja sie ist auch in die sogenannten höheren Stände abgewandert. So darf es nicht wunder nehmen, daß das Jahr 1922 mit seinen Teuerungserscheinungen eine starke Tuberkulose-Sterblich-

keit gezeitigt hat. In Preußen sind in den ersten drei Vierteljahren 1922 mehr Personen an Tuberkulose gestorben, als im gesamten Jahr 1921. Nach dem Absterben vieler Tuberkulöser in den beiden ersten Kriegsjahren und einem dadurch veranlaßten Stillstand steigt die bis dahin sinkende Kurve jetzt mit plötzlichem Aufstieg. Namentlich Jugendliche erliegen dieser schleichenden Krankheit immer mehr. Bei der Untersuchung der Kinder einer Volksschule wurden 10% der Kinder als tuberkulös festgestellt. Die Krankenanstalten können der Kosten nicht mehr Herr werden; Wasser, Kohlen, Personal, Beleuchtung kosten Riesensummen. Karitative Anstalten brechen zusammen. Es ist zwar eine Milliarde dafür ausgelegt, aber was ist das unter so viele? Man wartet mit der Verbringung der Kranken in die Krankenhäuser, bis es zu spät ist. Neuankommende sind oft in sterbendem Zustand. Die Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglings- und Kindersterblichkeit in Charlottenburg meldet, daß von den 1922 eingelieferten Kleinkindern 30% gleich am ersten Tag, 40% innerhalb der ersten drei Tage nach Einlieferung gestorben sind. Die Pflegeheime für alte, gebrechliche Leute haben zum Teil Pflegefälle (3000—4000 M. pro Tag), die niemand mehr aufbringen kann. Die Arzneiverteuerung wehrt der Rekonvaleszenz; 100 Gramm Verbandswatte kostete 1914: 45 Pfg., 1923: 2552 M., eine Mullbinde 1914: 20 Pf., 1923: 1270 M. Die Beerdigungskosten sind vollends unerschwinglich. Dabei hat — das fügen wir hinzu — die französische Besatzung des Ruhrgebiets die in der Rekonvaleszenz befindlichen Kranken rücksichtslos auf die Straße geworfen, die Pavillons für Infektionskranke sofort räumen lassen, um Raum zu gewinnen für ihre geschlechtskranken Soldaten (vergl. zwangsweise Errichtung von Bordellen u. a.) Und dabei erzählt man der Welt noch das Märchen von der „Humanität der großen Nation“, und die Welt glaubt Derartiges.

In der Reichstagsitzung vom 16. Februar 1923 zeichnete der (sozialistische) Arzt Dr. Moses ein noch erschütternderes Bild von dem Hungersterben in Deutschland. Er warnte ausdrücklich die Regierung davor, die Dinge rosiger erscheinen zu lassen, als sie sind. Viele sterben in Deutschland schamhaft im Dunkeln. Weite Schichten der Bevölkerung, besonders der ehemals geistig führenden Klassen, führen ein stetes Hungerdasein. Die Selbstmorde nehmen zu, die Irrenanstalten sind überfüllt. In 43 deutschen Großstädten sind 200 000 Kinder tuberkulös, annähernd eine Million in erbarmungswürdiger Weise unterernährt. Blutarmut, Skrofulose und Rachitis nehmen in erschreckendem Maße zu. Der Skorbut, seit 50 Jahren in Deutschland ganz unbekannt, taucht wieder auf. Milch ist für viele ein unerschwinglicher Luxus. Zum Hunger kommt der Mangel an Wäsche und Kleidung. Der Reichsminister des Innern, Dr. Dezer, erklärte in seiner Statsrede, daß Dr. Moses nicht zu grell gemalt habe und das amtliche Material das Gesagte bestätige, ja noch schwerere Schatten zeige.

Die Heizungsschwierigkeiten, der Kohlenmangel und der Mangel an warmer Unterkleidung haben die sogenannten Erkältungskrankheiten (Erkrankungen der Atmungsorgane) stark gesteigert. Die Todesziffer auf je 10 000 Personen dieser Todesursache stieg von 23,6 im ersten Vierteljahr 1921 auf 39,9 im ersten Vierteljahr 1922. Das ist nur eine Stichprobe; ähnlich steht es mit der Sterbeziffer vieler andern Krankheitsgruppen. Dabei ist das kühle Jahr 1922 von eigentlichen Infektionskrankheiten noch verschont geblieben, abgesehen von Grippe, Masern, Scharlach und Diphtherie sind nicht sonderlich hervorgetreten, sie blieben unter dem Normalstand. Das wird schwerlich so bleiben. Kurz, man wird für 1922 und 1923 mit einer bedeutsamen Steigerung der Sterblichkeit zu rechnen haben.

d) Der Geburtenüberschuß.

Unter diesem Titel konnte Deutschland in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts einen Jahresgewinn von 700—800 000 Seelen verbuchen, der 1902 die Höhe von fast 900 000 erreichte. Dann ging's langsam abwärts infolge der Geburtenverminderung, die nur deshalb in vollem Umfang sich nicht auswirkte, weil es gleichzeitig gelang, die Sterbeziffer bedeutsam herunterzudrücken. Der Krieg mit seinen Verlusten machte naturgemäß jedem Geburtenüberschuß ein Ende. 1915 brachte einen absoluten Verlust von 67 874, 1916 steigerte er sich (ohne Einrechnung von Elsaß-Lothringen) auf 259 726, 1917 auf 433 315, 1918 auf 679 662. 1919 lieferte zum erstenmal wieder einen Überschuß von 282 120, der sich 1920 infolge der zahlreichen Geburten und der verhältnismäßig noch günstigen Sterbeziffer auf 666 358 hob und 1921 seinen Stand behauptete mit 686 655. Dies ist allerdings eine vorläufig ermittelte Zahl. Wir schrieben im Vorjahr (S. 41 des Jahrbuchs 1922): „Noch sind wir entfernt von der früher erreichten Höchstziffer von 800—900 000, aber vielleicht ist doch die seit den ersten Jahren des Jahrhunderts schleichende Krisis des stetigen Geburtenrückgangs mit dem Kriege zum Ausbluten gekommen. Die Entwicklung der nächsten Jahre wird bedeutungsvoll sein.“ Leider geben die in Vorabschnitten dargelegten Tatbestände dieser Hoffnung nicht Raum. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß das Jahr 1922 einen stark verminderten Geburtenüberschuß geben wird, daß also der Aufstieg der Jahre 1920 und 1921 nur ein vorübergehender gewesen sein wird. Die alte Stagnation wird wiederkehren. Das Problem, wie der fortschreitenden Geburtenverminderung beizukommen sei, wird in den kommenden Jahren besonders wichtig werden.

Wir geben hier absichtlich, als Material für die Zukunft, eine auf die Einzelländer berechnete Tabelle dieser Materie aus den drei Jahren 1918, 1919 und 1920 (nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, 42. Band 1921/22, S. 31—33, im Auszug):

Geburtenüberschuß der Jahre 1918, 1919 und 1920.

A. Preußen.

Provinz	1918		1919		1920	
	absolut	auf 1000	absolut	auf 1000	absolut	auf 1000
Ostpreußen	— 20 150	— 9,8	15 479	7,2	32 354	14,2
Westpreußen	— 15 546	— 8,9	16 153	9,2	—	—
Berlin	— 26 609	— 12,9	— 3 645	— 1,9	2 486	1,3
Brandenburg	— 57 238	— 13,4	633	0,1	24 219	5,5
Pommern	— 22 679	— 13,3	8 444	4,7	20 984	11,5
Posen (bezw. Grenz m.)	— 16 487	— 7,6	664	4,0	4 012	12,1
Niederschlesien . . .	} — 63 372	— 11,9	8 971	3,0	33 154	10,9
Oberschlesien			15 808	6,8	31 361	13,5
Sachsen	— 37 178	— 12,0	13 998	4,5	38 292	12,0
Schleswig-Holstein . .	— 13 853	— 8,2	7 668	4,7	15 368	10,4
Hannover	— 32 047	— 10,6	13 224	4,4	31 556	10,3
Westfalen	— 26 329	— 5,8	33 101	7,3	59 446	13,0
Hessen-Nassau	— 25 185	— 11,0	8 307	3,6	23 450	10,2
Rheinprovinz	— 68 495	— 9,1	38 457	5,2	83 065	11,1
Hohenzollern	— 1 060	— 15,2	181	2,5	601	8,4
Ganz Preußen	— 426 228	— 10,3	177 443	4,5	400 348	10,5

Die Reihe Posen bezieht sich in der Spalte des Jahres 1918 auf die alte verlorene Provinz, 1919 auf den kleinen verbliebenen Rest, 1920 auf die neugebildete Grenzmark Posen-Westpreußen. Ein statistisch einigermaßen geschultes Auge wird aus den Zahlenreihen dieser Tabelle allerlei herauslesen. Wir sagen nur einiges. Daß Rheinland und Westfalen an dem Geburtenunterschluß des Jahres 1918 am geringsten beteiligt waren, lag an der sozialen Lage. Überaus bezeichnend ist es, daß allein für Berlin der Unterschluß der Geburten für 1919 noch anhielt, derweil hatte Westfalen schon einen Überschluß von 7,3 aufs Tausend. Auch 1920 ist der Berliner Überschluß kaum nennenswert, auch in Brandenburg ist er gering, während alle andern Provinzen dem früheren Normalstand sich bedeutend annähern, ja ihn zum Teil übertreffen. 1921 bringt noch eine Steigerung — die Unterverteilung liegt noch nicht vor —, aber 1922 wird den Rückgang bringen. Es seien hier zum Vergleich einmal die Durchschnittsziffern des Geburtenüberschusses für ganz Deutschland aufgezeigt. Im Jahrzehnt 1871—1880 waren es 11,9, 1881—1890: 11,7, 1891—1900: 13,9, 1901—1910: 14,3, die folgenden Einzeljahre notieren 1911: 11,3, 1912: 12,7, 1913: 12,4, 1914: 7,8, 1915: — 1,0, 1916: — 4,0, 1917: — 6,6, 1918: — 10,5, 1919: 4,5, 1920: 10,8, 1921: 11,2. Wo die Regenerativkraft des Landes liegt, sagen diese Zahlen nach der negativen Seite hin sehr deutlich, gewiß nicht in Berlin, dem Zentrum der Kultur, überhaupt nicht in der Kultur als solcher. Die Aufstellungen für 1921 und 1922 werden das recht deutlich ans Licht stellen. Der September 1922 hat z. B. für Berlin überhaupt keinen Geburtenüberschuß mehr geliefert.

Die Tabelle der außerpreußischen Länder zeigt dieses Bild.

B. Außerpreussische Länder.

Staat	1918		1919		1920	
	absolut	auf 1000	absolut	auf 1000	absolut	auf 1000
Bayern rechtsrh.	— 56 046	— 9,1	33 010	5,3	74 454	11,8
„ Pfalz	— 6 793	— 7,1	7 034	7,3	12 313	12,0
Sachsen	— 59 839	— 12,3	15 502	3,3	54 708	11,5
Württemberg	— 25 421	— 10,2	13 849	5,5	27 792	10,9
Baden	— 26 365	— 12,0	11 353	5,1	25 756	11,5
Thüringen	— 19 049	— 12,4	7 566	5,0	19 269	12,6
Hessen	— 13 448	— 10,3	5 181	4,0	14 542	11,1
Hamburg	— 13 720	— 12,8	1 057	1,0	6 885	6,5
Mecklenburg-Schwerin	— 8 064	— 12,8	1 702	2,6	6 908	10,3
Oldenburg	— 3 907	— 7,6	4 043	7,8	6 978	13,2
Braunschweig	— 7 285	— 15,0	973	2,0	4 683	9,6
Anhalt	— 4 367	— 13,5	783	2,4	3 970	11,8
Bremen	— 3 320	— 10,4	908	2,9	2 786	8,8
Lippe	— 1 576	— 10,4	1 103	7,1	1 852	11,8
Lübeck	— 1 531	— 12,9	107	0,9	975	8,0
Mecklenburg-Strelitz	— 1 360	— 12,9	234	2,2	1 054	9,8
Waldeck	— 877	— 14,2	157	2,4	616	9,1
Schaumburg-Lippe	— 466	— 10,0	115	2,5	469	10,0

Koburg ist hier von Anfang an unter Bayern mit berechnet worden, um Verschiebungen zu vermeiden. Interessant ist auch hier die Kolonne des Aufstiegs 1919. Genau dieselbe Beobachtung, wie bei Preußen, die großstädtischen Bezirke nehmen am wenigsten und am spätesten am Aufstieg teil (vgl. die Hansestädte), wiewohl gerade auf die Städte die gesteigerten Heiratsziffern zumeist entfielen; auch 1920 stehen sie noch zurück. Die mittlere Ziffer des Jahres 1920 ist 10,8, damit vergleiche man die letzte senkrechte Zahlenreihe obiger Tabelle.

e) Überseeische Auswanderung.

In einem Nachtrag zur Statistik (S. 126) konnten wir schon im vorjährigen Jahrbuch die Zahl der überseeischen deutschen Auswanderer angeben für die Jahre 1920 und 1921. Es waren 1921: 23 451, davon 18 154 über deutsche Häfen. Nach den südamerikanischen Staaten gingen 32,1 %, nach Nordamerika 38,7 %.

Einem Bericht des Missionsinspektors der Ev.-luth. Auswanderermission, Pastor Hardeland in Hamburg, entnehmen wir folgende auf 1922 berechnete Zahlen. Über Hamburg fuhren nach Übersee 89 958 Personen, von diesen waren Deutsche nach dem Herkunftsland 51 774, nach der Staatsangehörigkeit dagegen nur 29 584. Nur diese letzteren dürften als „Auswanderer“ anzusehen sein. Der Rest entfällt auf den gewöhnlichen Passagierverkehr, besonders nach Nordamerika. Viele Deutsche haben als Angehörige der Vereinigten Staaten die alte Heimat besucht; diese dürfen bei der Rückfahrt natürlich nicht als „Auswanderer“ gebucht werden.

Nun gelten gesetzlich als „Auswanderer“ nur die Passagiere III. Klasse (früher Zwischendeck). Deren Zahl betrug im ganzen 49 817,

darunter aber nur 21 766 Deutsche. Da aber auch unter den Passagieren I. und II. Klasse solche gewesen sind, die das Vaterland endgültig verließen, dürfte die angegebene Zahl vielleicht um die Hälfte zu erhöhen sein.

Von den 21 766 deutschen Auswanderern stammten 11 189 aus Preußen, und zwar 1713 aus Berlin, 869 aus Brandenburg, 1338 aus Pommern, 1233 aus Schleswig-Holstein, 1040 aus Hannover, 943 aus Westfalen, 633 aus Hessen-Nassau, 1899 aus der Rheinprovinz, 455 aus Ostpreußen, 246 aus der Grenzmark, 562 aus Schlesien. Ferner aus Bayern 2854, aus Sachsen 1361, aus Württemberg 1430, aus Baden 1279, aus Mecklenburg 243, aus Braunschweig 73. Als aus Hamburg stammend sind 2331 angegeben, doch werden viele von diesen das Hamburgische Staatsgebiet wohl nur als Durchgangsstation für kürzere Zeit bewohnt haben.

Von den Ausfahrenden (die Passagiere eingerechnet) gingen nach den Vereinigten Staaten 58 237; von den Auswanderern: nach Brasilien 8339, nach Argentinien 7911, nach dem übrigen Südamerika 1298, nach Mittelamerika 1040, nach Afrika 1692, nach Asien 329. Alle diese Ziffern beziehen sich lediglich auf die über Hamburg Ausgewanderten. Die Zahl der über Bremen gehenden liegt uns noch nicht vor, sie ist viel geringer, etwa $\frac{1}{7}$ der hier notierten Ziffern. Ganz gering, kaum 100 im Jahr, ist die Zahl der über Emden Auswandernden, größer schon die von Antwerpen Ausfahrenden.

Über die Religionszugehörigkeit der Auswanderer gibt die Aufstellung des Statistischen Reichsamts leider keinerlei Andeutung. Die Hamburger Auswanderer-Mission bittet die Pastoren, etwa auswandernde Gemeindeglieder stets auch auf ihre Fürsorge hinzuweisen.

3. Bevölkerungsbewegung (Geburten, Eheschließungen, Todesfälle) des evangelischen Volksteils 1921.

Die Ergebnisse des Vorabschnitts waren interkonfessionell. Hier wird der Unterbau für die speziell kirchliche Konfessionsstatistik gegeben. Die hier mitgeteilten Ergebnisse beruhen nicht auf innerkirchlicher Erhebung, die nach der Natur der Dinge nur einen Bruchteil des Tatsächlichen zu erfassen vermöchte, sondern auf staatlich-statistischer Feststellung. Wir betonen das ausdrücklich, weil die katholische Statistik sich in weitem Umfang, auch bezüglich der externa: Geburten, Eheschließungen usw., auf ihre eigene Erhebung stützt, die keineswegs verlässlich ist. Die hier gegebenen, auf Preußen (alte und neue Provinzen) bezüglichen Zahlen verdanken wir handschriftlicher Mitteilung des Preuß. Statist. Landesamts, für die außerpreussischen Länder haben die zuständigen Landesämter den betreffenden Kirchenbehörden das Material geliefert. Es ist also alles authentisch. Die in der vorjährigen Aufstellung gebliebene Lücke für den Freistaat Danzig 1920 ist hier ausgefüllt, nachdem uns das Statist. Amt von Danzig die entsprechenden

Ziffern mitgeteilt hatte; sie sind jedoch, weil Danzig politisch nicht mehr zu Preußen gehört, in der Addition unberücksichtigt geblieben und darum in der Tabelle mit Kursivschrift eingesetzt. Von Memelland und dem die unierte evang. Kirche Polens bildenden Bezirk (Posen und das Hauptstück von Westpreußen) waren die einschlägigen Zahlen nicht erhältlich.

a) Lebendgeborene Kinder evangelischer Ehen und Mischehen.

Für Preußen gilt folgende Aufstellung. Die vier Kriegsjahre sind jeweils mit dem Durchschnitt der Kriegszeit angesetzt. Die Einzelwerte jedes Jahres finden sich im Jahrbuch 1920.

Preußen. Provinz	Das Normaljahr 1910 hatte:	1914	1915—18 Durchschn.	1919	1920	1921
Ostpreußen . . .	54 928	49 494	32 257	43 781	57 926	56 657
Westpreußen bez. Danzig	26 460	25 219	15 437	18 553	<i>[6 961]</i>	<i>[6 569]</i>
Berlin	37 846	31 456	19 520	23 653	28 143	45 282
Brandenburg . .	91 861	82 797	46 467	60 026	80 794	52 734
Pommern	48 320	45 312	25 165	34 400	47 804	47 514
Posen bzw. Grenzmark	20 792	18 896	11 306	1 823	5 464	5 452
Schlesien	72 908	67 320	38 102	51 650	69 747	68 461
Sachsen	82 610	74 495	41 921	58 982	80 806	78 268
Westfalen	66 253	64 403	36 624	43 830	58 904	61 145
Rheinprovinz . .	64 622	60 951	37 105	45 741	59 326	54 498
Ältere Provinzen	566 600	520 343	303 904	380 636	488 914	476 580
Schleswig-Holstein	43 547	40 973	24 182	29 056	33 997	32 889
Hannover	69 510	66 619	37 831	47 957	63 001	62 643
Hessen-Nassau . .	42 228	38 803	23 010	31 044	41 606	38 930
Ganz Preußen . .	721 885	666 738	388 927	488 673	627 518	611 042

Die ruckweise Zunahme der Geburten überhaupt im Jahre 1920 brachte der evangelischen Kirche einen Zuwachs von fast 140 000 Kindern gegen das Vorjahr von 100 000. Wäre die Steigerung in gleichem Maße fortgegangen, so würden wir 1921 trotz der Abtretungen den Normalstand der Vorkriegszeit erreicht haben. Aber 1921 bringt den im Vorabschnitt allgemein festgestellten Stillstand, ja einen geringen Rückgang, der sich 1922 — das kann mit Sicherheit vorausgesehen werden — zu einem nicht unbeträchtlichen Absturz gestalten wird. Ostpreußen, Pommern, die Grenzmark, Schlesien, auch Schleswig-Holstein und Hannover haben den Bestand von 1920 nahezu gehalten. Westfalen hat ihn sogar übertroffen. Wenn Berlin mit scheinbar stark erhöhter Ziffer zu Buche steht (1920: 28 143, 1921: 45 282), so ist das nur optische Täuschung. 1921 wurde Groß-Berlin eingesetzt. Brandenburg steht desto geringer zu Buche (1920: 80 794, 1921: 52 734). Im Gesamtergebnis (1920: 108 937, 1921: 98 016) liegt gerade hier der schärfste Rückgang vor.

Lebendgeborene Kinder evangelischer Ehen und Mischehen in den außerpreussischen Landeskirchen.

Landeskirchliche Gebiete	Das Normaljahr 1910 hatte:	1914	1915—18 Durchschn.	1919	1920	1921
Bayern	55 899	50 934	30 995	41 563	54 556	52 311
Sachsen	123 458	112 049	59 274	80 178	113 859	103 742
Württemberg . .	48 904	44 195	26 144	33 584	42 940	40 488
Baden	26 115	23 623	13 797	18 610	24 438	23 755
Hessen	24 125	21 566	12 425	16 408	22 620	21 461
beide Mecklenburg	18 293	16 923	9 779	12 441	18 397	18 210
Thüringen . . .	43 711	40 868	20 499	26 495	39 830	38 554
Anhalt	8 318	7 418	4 304	6 037	8 722	8 134
Oldenburg . . .	11 301	11 205	6 790	7 955	10 833	10 619
Braunschweig . .	11 816	10 753	6 048	8 232	11 430	10 755
bd. Lippe u. Walb.	6 850	6 408	3 673	4 774	6 142	5 966
Hansestädte . .	32 369	30 602	17 216	22 198	29 187	26 770
Zusammen . . .	411 159	376 544	210 792	278 475	382 974	360 765

Hier ist der Rückgang des Jahres 1921 in Sachsen, Thüringen und den Hansestädten besonders scharf ausgeprägt. Süddeutschland und die mehr ländlichen kleineren Landeskirchen haben den Bestand des Vorjahres wenigstens nahezu gehalten, völlig zwar keine.

Wenn wir im Vorjahr schrieben, der Geburtenzuwachs des evang. Volksteils sei auf dem Wege, dem von 1910 wieder gleich zu werden, vielleicht habe der akute Blutverlust des Krieges mit nachfolgender Regenerationskraft uns vor der chronischen Blutarmut gerettet, so müssen wir das jetzt zu den begrabenen Hoffnungen legen. Wir würden froh sein, wenn die Zukunft nur Aussicht gäbe, einigermaßen zu halten, was wir jetzt haben. Die im Vorabschnitt gegebene statistische Prognose berechtigt nicht zu dieser Erwartung.

b) Eheschließungen, rein evangelische und Mischehen, in denen ein Ehepartner evangelisch ist.

Die Eheschließungsziffer von 1919 und 1920 ging weit über das Normale hinaus, wie das ein Vergleich mit den Friedensjahren 1910 und 1914 ohne weiteres dartut. Die vorausgegangene Stauung während der Kriegszeit war die Ursache. Auch die von 1921 steht noch über dem Normalen aus. Es ist darum nicht nur zu erwarten, sondern mit einer gewissen Genugtuung zu begrüßen, wenn hier weiter eine rückläufige Bewegung eintritt. Wären Zeiten wirtschaftlicher Blüte, so könnte man die vorstehenden Eheschließungsziffern mit ungetrübter Freude ansehen, so aber steckt in ihnen doch ein gut Teil Leichtfertigkeit. Haus und Herd sind den Heiratslustigen dieser Jahre längst kein notwendiges Zubehör ihrer Ehe gewesen. Das ist altmodisch geworden. Aber die jungen Leute verdienen ja flott, da wurde gewagt. Die Teurungswoge der Gegenwart wird da manche Illusion hinwegschwemmen.

Für Preußen gilt diese Aufstellung:

Preußen. Provinz	Das Normaljahr 1910 hatte:	1914	1915—18 Durchschn.	1919	1920	1921
Ostpreußen .	12 613	9 170	8 566	29 854	27 155	22 116
Westpreußen . begw. Danzig	6 169	5 375	4 031	13 161	[3 096]	[2 849]
Berlin .	19 803	20 771	13 946	25 802	25 543	40 579
Brandenburg	31 280	31 595	20 152	56 261	59 211	29 775
Pommern	12 506	10 678	6 928	25 748	26 031	21 259
Posen Grenzgm.	4 760	4 043	2 688	1 402	3 096	2 526
Schlesien .	19 379	18 186	12 139	34 327	37 930	31 392
Sachsen .	24 600	22 202	15 117	45 528	49 597	39 011
Westfalen .	17 171	16 429	10 862	29 400	36 530	33 447
Rheinprovinz	20 291	20 400	15 017	33 137	41 733	34 516
Ältere Prov.	168 532	158 849	109 444	293 218	306 826	254 621
Schl.-Holstein	12 762	13 252	7 318	20 078	21 268	17 895
Hannover	20 597	20 523	11 302	34 493	39 774	32 985
Hessen-Nassau	13 274	12 571	8 397	23 667	26 562	21 697
Ganz Preuß.	215 165	205 195	136 460	372 857	394 430	327 198

Die außerpreussischen Landeskirchen notieren diese Ergebnisse:

Landeskirchl. Gebiete	Das Normaljahr 1910 hatte:	1914	1915—18 Durchschn.	1919	1920	1921
Bayern . .	16 464	15 576	10 911	32 850	33 371	27 094
Sachsen . .	38 015	39 012	24 660	58 293	69 487	56 032
Württemberg	13 033	11 789	7 177	22 718	23 614	18 333
Baden . . .	7 192	7 016	4 740	12 833	15 300	12 166
Hessen . . .	6 919	6 336	4 060	12 405	14 174	11 852
beide Meckl.	5 531	4 536	3 145	10 334	11 217	9 088
Thüringen .	12 276	11 510	6 857	19 260	24 055	18 802
Anhalt . . .	2 612	2 188	1 620	5 041	5 200	4 033
Oldenburg .	2 940	3 026	1 732	5 038	6 110	5 186
Braunschweig	3 791	3 683	2 279	7 126	7 721	6 335
bd.Lippe u. Walb.	2 114	1 694	1 085	3 306	3 935	3 121
Hansestädte .	11 760	13 900	8 416	19 165	21 640	18 386
Zusammen .	122 647	120 266	76 682	208 369	235 824	180 428

Der Rückgang des Jahres 1921 verteilt sich ziemlich gleichmäßig auf alle Landesteile. Für Berlin und Brandenburg gilt auch hier das vorstehend Gesagte. Zur Beurteilung der in diesen beiden Tabellen in die Erscheinung tretenden soziologischen Lage, die sehr doppelseitiger Beurteilung unterliegt, verweisen wir auf das im vorjährigen Jahrbuch S. 52 Gesagte.

c) Die Sterblichkeit des evangelischen Volksteils 1920 und 1921.

Für Preußen gilt die folgende Tabelle. — Überall zeigt diese Reihe verminderte Sterblichkeit — ein Ausdruck des günstigen Befundes, der 1921 noch vorlag. Der Abstieg des Jahres 1922 ist gewiß.

Provinz	Das Normaljahr 1910 hatte:	1914	1915—18 Durchschn.	1919	1920	1921
Ostpreußen . . .	32 134	29 514	42 706	30 068	30 216	27 428
Westpr. bezw. Danzig .	13 654	14 981	14 001	13 006	[3 553]	[3 191]
Berlin	28 307	27 809	30 852	29 370	28 116	32 521
Brandenburg . . .	47 427	51 762	58 192	52 398	51 230	34 165
Pommern	28 088	29 469	29 201	26 151	27 977	24 366
Posen bzw. Grenzmark	10 271	10 689	10 346	8 972	3 005	2 775
Schlesien	41 898	42 518	42 651	41 296	40 020	38 048
Sachsen	46 521	45 261	49 916	47 541	45 239	38 762
Westfalen	24 769	25 800	28 796	28 264	28 139	25 324
Rheinprovinz . . .	26 316	26 873	32 705	29 274	29 205	26 322
Ältere Prov. . . .	299 385	304 686	329 366	306 340	283 047	249 711
Schl.-Holstein . . .	21 286	21 553	21 817	21 605	19 077	16 886
Hannover	35 212	35 662	37 853	37 080	35 795	31 702
Hessen-Nassau . . .	20 972	20 122	23 126	22 985	22 026	19 543
Ganz Preußen . . .	376 855	382 023	412 162	388 010	359 945	317 842

Die außerpreussischen Landeskirchen zeigen diese Reihe:

Landeskirchliche Gebiete	Das Normaljahr 1910 hatte:	1914	1915—18 Durchschnitt	1919	1920	1921
Bayern	31 388	30 124	32 225	29 695	28 971	29 170
Sachsen	68 435	70 030	71 117	64 869	61 346	56 261
Württemberg . . .	27 528	26 471	27 998	24 438	23 675	23 248
Baden	12 801	12 179	13 645	12 690	12 278	11 729
Hessen	11 688	11 087	12 934	12 383	11 807	10 942
beide Mecklbg. . .	12 119	12 156	13 203	12 162	12 799	11 311
Thüringen	24 348	24 032	23 303	21 889	24 890	19 938
Anhalt	4 509	4 778	5 689	5 306	4 696	4 246
Oldenburg	5 115	5 847	7 336	5 357	5 463	4 762
Braunschweig . . .	6 957	6 221	7 383	7 157	6 954	6 238
beide Lippe u. Walb.	3 445	3 525	3 830	4 774	4 467	3 254
Hansestädte . . .	14 725	19 420	19 603	19 564	19 462	16 953
Zusammen	223 058	226 870	238 266	220 284	216 808	198 052

Nur Bayern hat 1921 eine geringe Vermehrung der Sterblichkeit. Sonst war der Stand durchweg gut, überall etwas geringer als unmittelbar vor dem Krieg. Die Verschlechterung wird mit 1922 einsetzen.

4. Verhältnis der Tausen zu den Geburten.

Von hier ab beginnt die innerkirchliche Statistik. Die Vorabschnitte waren ihr Unterbau. Die Vorbemerkungen des Vorjahrs zu diesem Abschnitt (Jahrb. 1922, S. 53/54) gelten auch hier.

Für 1920 war bemerkt, daß die Zahlen von Ostpreußen und Memelland noch einer kleinen Verschiebung gegeneinander unterliegen würden, weil die kirchliche Berichterstattung für den Gesamtbezirk gegeben war und die etliche Kreise durchschneidende politische Grenze eine Umrechnung der kirchlichen Ziffern bei der Kürze der Zeit nicht zuließ.

Die Ergebnisse der politisch nicht mehr zu Preußen gehörenden Gebiete — in den nachfolgenden Tabellen in Kursivdruck wiedergegeben — müssen ja in dem Gesamtergebnis ausgeschieden werden. Die im Vorjahr erwähnte Notwendigkeit, der Abtretung der Reststücke vom Landkreis Tilsit und Kreis Ragnit statistisch noch Rechnung zu tragen, ist hier erfüllt. So kommt's, daß die hier für 1920 in den nachfolgenden Tabellen eingetragenen Ziffern um ein wenig abweichen von dem im Vorjahr gemeldeten des gleichen Jahres, ebenso auch die Gesamtziffer von Preußen. Doch ist die Nachtragung von geringfügigem Zahlenwert und kommt vollends in der Verhältnisziffer nur sehr schwach zum Ausdruck. Wir erwähnen das nur, um uns vor dem Vorwurf der Ungenauigkeit zu schützen, wenn in den beiden Jahrgängen 1922 und 1923 die Zahlenwerte für 1920 nicht ganz übereinstimmen.

Es ist bei der bisherigen Unsicherheit der politischen Grenzen im Osten sehr wohl möglich, daß noch kleine Richtigstellungen nötig werden. Wenige mögen ahnen, welche statistische Mühsal die Umrechnung auf die neuen Grenzen verursacht hat. Danzig und Memelland sind kirchlich noch verbunden mit der Preussischen Landeskirche der älteren Provinzen. Deshalb und um der Vergleichsmöglichkeit willen mit der Vorzeit sind sie in den nachfolgenden Tabellen nicht ausgeschieden. Die Verhältnisziffern können aber nur für Danzig gegeben werden, für Memelland sind sie nicht festzustellen, weil die bürgerliche Gegenziffer (Geburten und Eheschließungen von Evangelischen) fehlt.

Auch die Evangelisch-unierte Kirche Polens (Posen, der größere Teil von Westpreußen und vier schlesische Diözesen, nebst dem früheren ostpreussischen Bezirk Soldau) ist verwaltungstechnisch noch mit der preussischen Landeskirche verbunden. Aus besonderen Gründen haben wir ihre kirchlich-statistischen Ziffern außerhalb des Rahmens der Tabellen besonders notiert. Die Verhältnisziffern sind auch hier nicht erhältlich.

*

*

*

Ganz Preußen hatte 1919: 399 035 evangelische Taufen, 1920 infolge der stark vermehrten Geburtenziffer: 561 513, 1921 ging die Zahl mit der allerdings nur geringfügigen Verminderung der Geburtenziffer (siehe Abschn. 3) auf 532 922 zurück. 1920 war die Zunahme der Taufziffer, nämlich 162 478, größer als die Zunahme der Geburtenziffer mit rund 139 000, ein Zeichen, daß 1920 viele im kirchenfeindlichen Jahr 1919 aufgeschobene Taufen nachgebracht hat. Auch die durch Geburtenvermehrung veranlaßte Stauung spricht hier mit. Das ergab für 1920 eine außerordentliche Hebung der Verhältnisziffer der Taufen, und zwar so sehr, daß dieses Jahr den Stand vor dem Kriege nahezu wieder erreichte. Es gab einen Ruck nach oben um fast 10 %. 1919 hatte (in rein evangelischen Ehen) die Taufziffer 86,92, 1920 jedoch 96,29. Wir schrieben im Vorjahr in freudiger Würdigung dieses Ergebnisses: „Es wird freilich abzuwarten sein, ob das Jahr 1921 die

Verhältnisziffer halten wird." In Preußen ist das nicht der Fall gewesen, wohl aber in nahezu allen andern Landeskirchen. Preußen hatte 1920: 627 045 evangelische Geburten, 1921: 604 473, die Geburtenziffer nahm also um 22 572 ab. Evangelische Taufen waren es 1920: 561 513, 1921: 532 922, die Abnahme betrug 28 591, war also größer als die der Geburten. Damit sank die Taufziffer in rein evangelischen Ehen von 96,29 auf 93,98. Dieses Sinken erstreckt sich jedoch nicht auf die Taufen in evangelischen Mischehen, da stieg sie vielmehr von 102,06 im Jahre 1920 auf 104,11, und ebensowenig auf die Taufen Unehelicher, die zum erstenmal eine kleine Steigerung von 77,72 % auf 79,10 % aufweisen.

Für die einzelnen Provinzen gilt folgende Tabelle:

Taufen in rein evangelischen Ehen.

Provinz	Gesamtzahl				im Verhältnis zu d. Geburten			
	1910	1915—18 i. Drchschn.	1920	1921	1910	1915-18 i. Drchschn.	1920	1921
Ostpreußen . .	47 048	26 435	47 532	45 860	96,59	99,44	99,79	94,53
Memelland . .	—	—	[3 508]	[3 408]	—	—	—	—
Westpreußen . .	21 662	12 185	—	—	97,00	99,15	—	—
Freist. Danzig	—	—	[4 814]	[4 614]	—	—	95,97	96,47
Grenzgm. Polen-Wstpr.	—	—	4 321	4 420	—	—	94,68	96,09
Berlin	23 523	14 727	17 371	30 091	91,45	115,08	89,02	92,64
Brandenburg . .	70 786	40 306	62 227	41 176	93,68	109,09	94,89	89,34
Pommern	42 065	21 258	39 549	38 676	98,53	100,43	98,20	95,54
Posen	18 161	9 598	—	—	97,56	97,81	—	—
Schlesien	49 562	25 463	45 540	44 123	98,30	99,90	97,37	94,06
Sachsen	66 229	35 108	61 280	59 526	95,95	103,34	92,64	92,61
Westfalen	54 356	29 472	45 139	44 189	98,54	100,96	98,74	92,05
Rheinland	44 263	24 444	36 343	34 793	96,82	99,39	95,44	96,88
Ältere Provinzen	437 655	238 992	359 302	342 859	96,41	102,58	95,75	93,62
Schlesw.-Holstein	36 723	21 517	28 380	26 364	96,27	104,24	97,24	91,80
Hannover	60 802	33 319	54 204	53 481	99,25	103,02	99,52	97,28
Hessen-Nassau . .	33 016	18 204	32 352	29 768	98,09	101,75	97,47	94,20
Ganz Preußen .	568 196	312 032	474 238	452 467	96,80	102,65	96,29	93,98

Die „Evangelisch-unierte Kirche Polens“ hatte 1920: 8435, 1921: 10768 Taufen aus rein evangelischen Ehen.

An dem Sinken der Taufziffer von 96,29 auf 93,98 % für 1921 sind Ostpreußen, Brandenburg, Westfalen und Schleswig-Holstein am stärksten beteiligt, eine etwas schwächere Senkung zeigen Pommern, Schlesien, Hannover und Hessen-Nassau; nahezu unberührt blieb Sachsen, eine Steigerung — also eine Ausnahme von dem allgemeinen Gesetz des Rückgangs — weisen auf: die Grenzmark, welche überhaupt gute Ergebnisse zeigt, die Rheinprovinz und — Berlin. Das ist eine etwas buntscheckige Gruppierung, die für irgend welche psychologische Unterbauung keinerlei Richtmaß hergibt. Man kann nur sagen, daß hier einstweilen das Moment einer ruhelosen

Unstetigkeit zum Ausdruck kommt, vielleicht die einzige bezeichnende statistische Erscheinung des unruhigen Jahres 1920. Der Zeiger des Manometers springt hin und her. Überraschend ist es, daß die Taufziffer von Berlin so überaus günstig steht, besser als im Normaljahr 1910; damals mit 91,45, 1913 mit 92,88, 1914 mit 95,92 notiert. Es ist uns tatsächlich eine Freude, Berlin hier einmal auf der Gewinnseite verbuchen zu können. Es liegen doch etliche Anzeichen innerhalb der kirchlichen Statistik vor, daß die Unkirchlichkeit mehr als zuvor auf dem Lande sich einnistet, während in den Großstädten, allerdings noch vereinzelt, ein Aufstieg des religiösen Lebens leise bemerkbar wird. Für die Berliner kirchliche Arbeit liegt hier ein günstiges Symptom vor; doch wird man gut tun, die Ergebnisse der kommenden Jahre abzuwarten. Der Atheismus rüstet sich zu neuen Vorstößen.

Die außerpreußischen Landeskirchen zeigen für Taufen aus rein evangelischen Ehen folgende Zahlen. Bayern hatte 1920: 50 431, 1921 nur 38 069; das ist im wesentlichen eine Folge der Geburtenverminderung. In der Verhältniszahl (siehe Tabelle auf S. 50) ist eine nennenswerte Verschiebung nicht eingetreten. Wir geben hier zunächst die absoluten Zahlen. In beiden zum Vergleich gestellten Jahren hatte Sachsen 105 801 und 79 345 (bezüglich der Verhältniszahl gilt das Bargesagte), Württemberg 40 797 und 32 674, Baden 21 372 und 16 073, Hessen 21 055 und 16 726, Thüringen 34 822 und 33 220, beide Mecklenburg 18 266 und 15 292, Oldenburg 10 253 und 9 090, Anhalt 8018 und 6383, Braunschweig 10 674 und 8635, beide Lippe und Waldeck 6097 und 5551, Hamburg 15 649 und 11 825, Bremen 5918 und 5052, Lübeck 2432 und 1997.

Aber hier ist die Verhältniszahl der Taufen zu den Geburten bezeichnender. Der Aufstieg derselben war im Vorjahr nur deshalb nicht so groß wie in Preußen, weil der Rückgang der Vorzeit — einige thüringische Bezirke ausgenommen — nicht so scharf in die Erscheinung getreten war. Für 1921 zeigen weitaus die meisten außerpreußischen Landeskirchen eine ruhige Konstanz. Bayern r. d. Rh. hatte 1920: 99,15, 1921: 98,82, die Pfalz 1920: 99,68, 1921: 99,02. Sachsen hat seine Taufziffer vom Vorjahr 95,31 % gehalten mit 95,60 %, ebenso Baden 98,40 und 98,72, Hessen 99,51 und 101,28, Oldenburg nahezu 95,49 und 95,11. Einen Rückgang wie Preußen zeigt nur Hamburg: von 89,95 auf 85,29 % — das ist in dieser Reihe die weitaus niedrigste Ziffer; man vergleiche damit nur den günstigen Stand von Berlin. Eine ganz unwesentliche Differenz für 1921 zeigt Württemberg 98,18 gegen 98,66 im Vorjahr. Für die einzelnen thüringischen Bezirke liegt die vorerwähnte Unruhe vor: während in Sachsen-Weimar die Taufziffer zurückging von 97,81 auf 94,85, zeigt z. B. Sachsen-Altenburg einen Aufstieg von 91,19 auf 96,39. Das können rein zufällige, durch die wirtschaftliche Lage verursachte Abweichungen sein. In ganz Thüringen stand die Taufziffer 1920 auf 94,97, 1921 auf 95,82. Die statistischen Ergebnisse kleiner Erhebungs-

bezirke darf man nicht ohne weiteres denen größerer Gebiete gleichstellen. Sie verlieren an symptomatischer Bedeutung nach dem Verhältnis der Ausdehnung des Erhebungsbezirks. In Zukunft werden diese Unterscheidungen auf thüringischem Boden überhaupt für uns entfallen, da die einheitliche Thüringische Landeskirche überhaupt nur mit der Gesamtziffer zu Buche stehen wird.

Die Verhältnisziffer der Taufen, fast überall 96—99% der Geburten, ist in den meisten Landeskirchen nahezu normal. In den kleineren Städten und auf dem Lande hat sich seither der Taufvöllzug als „christliche Sitte“ — mehr soll hier nicht behauptet sein — gegenüber dem Ansturm des Atheismus behauptet. Selbstverständlich bleiben, auch in normalen Zeiten, immer Taufausfälle. Sie fallen fast restlos auf die Großstädte und Industriebezirke. Wir schreiben hier die zahlenmäßige Tabelle der Taufausfälle der altpreussischen Landeskirche, die wir in den früheren Jahrbüchern gaben, bis auf die Gegenwart fort. Diese Tabelle umschließt, um ein Gesamtbild zu geben, die Taufen auch aus Mischehen und der unehelich Gebornen. Die Geburten aus Mischehen sind dabei überall, des korrekten Vergleichs wegen, mit der Hälfte in Anschlag gebracht.

Es zeigten die Jahre:

1910:	536 821	Geburten,	512 180	Taufen, also	24 641	Taufausfälle
1914:	492 005	"	470 811	" "	21 194	"
1915:	365 285	"	379 197	" "	13 912	Taufüberschüsse
1916:	277 457	"	285 158	" "	7 701	"
1917:	249 718	"	252 597	" "	2 879	"
1918:	252 595	"	243 392	" "	9 203	Taufausfälle
1919:	357 214	"	319 024	" "	38 190	"
1920:	459 462	"	431 591	" "	27 871	"
1921:	443 343	"	410 520	" "	32 823	"

Der Vermehrung der Taufausfälle in Alt-Preußen entspricht der Rückgang der Taufziffer von 96,29 auf 93,98. Die Taufziffer in Mischehen, für sich gesondert berechnet, zeigt nicht diesen für Alt-Preußen vorliegenden Rückgang.

Wir geben für alle Provinzen Preußens folgende Aufstellung auf S. 47 oben.

Hier hat Preußen im Gesamtergebnis das Jahr 1910 wieder erreicht, ja etwas überschritten. 1900 stand die evangelische Taufziffer in Mischehen in ganz Preußen noch auf 94,90, seitdem ist sie in langsamem Aufstieg begriffen. 1910 war die Ziffer 103,54, 1911: 105,58, 1912: 103,99, 1913: 106,35. Die Kriegsjahre mit ihrem überaus günstigen Stand mögen hier als anormal auscheiden. 1919, das kirchenfeindliche Jahr der einsetzenden Kirchenaustrittsbewegung, hatte nur 94,33, 1920 wieder 102,06, 1921: 104,11. Wie die folgende Tabelle zeigt, sind von den alten Provinzen nur Sachsen und Westfalen an diesem Aufstieg unbeteiligt, dagegen die neueren Provinzen sämtlich. Bedeutend dagegen ist der Aufstieg in der Grenzmark, Berlin,

Taufen in evangelischen Mischehen.

Provinz	Gesamtzahl				im Verhältnis zu d. Geburten			
	1910	1915—18 Dröschn.	1920	1921	1910	1915—18 Dröschn.	1920	1921
Ostpreußen . . .	319	245	707	594	77,71	76,42	81,08	82,10
Memelland . . .	—	—	[21]	—	—	—	?	?
Westpreußen . . .	792	534	—	—	81,36	88,48	—	—
Freistaat Danzig	—	—	[468]	—	—	—	[88,97]	[84,65]
Grenz-m. Posen-Wstpr.	—	—	154	136	—	—	78,17	94,86
Berlin . . .	2 754	2 061	2 061	3 445	116,23	150,45	101,38	112,36
Brandenburg . . .	3 732	2 883	3 199	1 266	109,01	159,26	110,88	116,36
Pommern . . .	290	196	376	381	91,05	97,20	92,04	98,96
Posen . . .	534	271	—	—	107,88	92,00	—	—
Schlesien . . .	8 272	4 382	7 487	7 200	112,78	113,53	111,50	114,52
Sachsen . . .	2 181	1 264	2 027	1 978	115,27	125,64	106,10	105,29
Westfalen . . .	3 929	2 700	4 687	4 494	88,64	92,73	91,78	88,39
Rheinland . . .	7 715	5 225	8 562	8 206	94,90	98,48	96,74	104,82
Ältere Provinzen .	30 518	19 759	29 260	27 700	102,48	110,85	100,97	103,87
Schleswig-Holstein	850	593	639	465	114,32	124,35	104,24	91,09
Hannover . . .	1 770	1 085	1 601	1 422	103,39	107,18	95,10	94,77
Hessen-Nassau . .	3 349	2 009	3 205	2 853	111,50	123,81	117,74	115,06
Ganz Preußen . .	36 487	23 445	34 705	32 440	103,54	112,64	102,06	104,11

Die „Evangelisch-unierte Kirche Polens“ hatte 1920: 178, 1921: 209 evangelische Taufen aus Mischehen.

Pommern und Rheinland, weniger bedeutsam in Ostpreußen und Schlesien. Wären die neueren Provinzen hier mitgegangen, so würde das Gesamtergebnis noch ein bedeutend günstigeres gewesen sein. Es ist mit ziemlicher Sicherheit vorauszusagen, daß die aufsteigende Linie auch in den kommenden Jahren noch anhalten wird. Doch allein das, was bisher festzustellen ist, wird psychologisch nicht uninteressant sein. Dieser Aufstieg ist erzielt trotz der überaus verschärften Mischehepraxis der katholischen Kirche, ja vielleicht geradezu durch sie gefördert worden, denn „das Gesetz richtet Zorn an“. Im öffentlichen Bewußtsein der Gebildeten lebt zwar die Vorstellung, als mache die katholische Kirche im Volksganzen, sowohl in Mischehen als bei den Übertritten hin und her, gewaltige Fortschritte. Das wird gestützt durch die allerdings wachsende politische Macht Roms. Dennoch muß hier geschieden und unterschieden werden. Die Statistik bestätigt keineswegs die Theorie von dem wachsenden religiösen Einfluß der katholischen Kirche auf weite Volkskreise, eine Theorie, die von der ultramontanen Presse, besonders der „Germania“, eifrigst unterbaut, und von vielen Evangelischen auch kraft der Unermüdblichkeit ihrer Wiederholung redlich geglaubt wird. Dabei werden alle Rückgänge sorgfältig verschwiegen, während die Protestanten nicht müde werden, auf die Rückstände und Schattenseiten der evangelischen Kirche aufmerksam zu machen. Wir verschweigen sie nicht — dieses Kapitel des Jahrbuchs durch alle seine Bände dürfen wir dafür wohl als Zeugen aufrufen, — aber wir

wollen unvoreingenommen die sachlichen Ergebnisse der Statistik zu Wort kommen lassen, ohne sie zu frisieren. Gewiß gehört eine methodisch geordnete Mischehenpflege zum kirchlichen Apparat. Was sie in geduldiger Arbeit zu erreichen vermag, dafür ist die Rheinprovinz ein drastischer Beleg.

Die einschlägigen Ziffern der außerpreußischen Landeskirche geben wir in den bezeichnenderen Verhältniszahlen (siehe Tabelle S. 50), weil die absoluten Zahlen in Abhängigkeit stehen von der schwankenden Geburtenziffer der Kinder aus Mischehen. In Bayern, wo stets schon die Taufziffer aus Mischehen einen hohen Stand hatte, hat das Jahr 1921 einen beachtlichen Aufstieg von 131,90 auf 170,76‰ gebracht. Immerhin möchten wir dem nicht das Gewicht beilegen, das in der Zahl zu liegen scheint. Der Erhebungsmodus ist uns nicht ganz zweifelsfrei. Sachsen hatte in den beiden Jahren 1920 und 1921 die Ziffer 161,95 und 158,19, Württemberg 116,83 und 123,80, Baden 112,52 und 111,33, Hessen 129,05 und 121,65, Thüringen 145,27 und 137,50, ja selbst Hamburg 85,83 und 103,31. Bei der Sensibilität der Ziffer in kleinen Erhebungsgebieten machen die Schwankungen der Jahresergebnisse allerdings nicht so viel aus, als die bloße Zahl vermuten läßt. Die Einzelziffer der übrigen Landeskirchen wolle man der einschlägigen Tabelle entnehmen. Das Gesamtergebnis ist jedenfalls nicht das einer weichenden Position der evangelischen Kirche in der Taufziffer der aus Mischehen geborenen Kinder, vielmehr das einer Festigung.

Die Frage ist nicht ganz leicht zu beantworten, welcher Anteil der der evangelischen Kirche entfallenden Kinder bei der Taufe der aus Mischehen geborenen der katholischen Kirche zufällt. So einfach ist die Sachlage nicht, als ob das der ungekürzte Rest wäre. Es bleiben doch auch aus dieser Gruppe Kinder ungetauft, und zwar nicht wenige, weil gerade mit der Mischehe oft genug eine gewisse religiöse und konfessionelle Indolenz verkoppelt ist. Wir haben gelegentlich nachgewiesen, daß z. B. in Hamburg von dem der evangelischen Taufziffer entfallenden Rest auf die katholische Kirche noch nicht ein Drittel entfiel. Zwei Drittel fielen beiden Kirchen aus. Das ist zwar ein vereinzelttes Ergebnis und wird nur da zutreffen, wo die katholische Kirche in Diasporastellung steht und gleichzeitig das evangelische Bewußtsein im Proletariat nahezu erloschen ist. Durch bloße Subtraktion ist also der katholische Anteil der Taufziffer in Mischehen nicht zu errechnen. Ein Konsistorium hat zwar in amtlichen Tabellen diese Rechnungsweise gepflogen ganz naiv und ohne Arg, wie sehr damit der katholische Nimbus gestärkt werde. Davon hätte schon die Erwägung abhalten sollen, daß es nicht nur evangelisch-katholische Mischehen gibt, sondern auch solche zwischen Evangelischen und Dissidenten und ebenfalls zwischen Katholiken und Dissidenten, wiewohl die letzteren nicht sehr zahlreich sind. Bei der ersten Gattung fällt die katholische Kirche automatisch aus, bei der letzteren die evangelische. Hier sind natürlich Mischehen aller Art in Rechnung gestellt; da ist von vornherein die rechnungsmäßige Beschränkung auf die

beiden Hauptkonfessionen ein rechnerischer Schnitzer der Rechnungsrate. Nun gibt uns eine Aufstellung im Kirchlichen Handbuch von P. Krose (10. Band 1921/22, S. 231) brauchbare Vergleichsreihen. Sie entstammen zwar dem Jahre 1919, neuere stehen nicht zur Verfügung. Aber da sie auf katholischer Seite errechnet sind, stellen wir sie mit den oben erwähnten Ziffern unserer Ergebnisse aus 1921 zum Vergleich, wiewohl sie sich der Zeit nach nicht völlig decken. Hier müssen wir nun unsere Prozentziffer auf die Hälfte herschreiben, weil nach evangelischer Berechnungsmethode die Taufziffer der aus Mischehen Geborenen immer nach der Hälfte der Geburten dieser Gruppe berechnet wird, von der toleranten Anschauung ausgehend, daß eben normalerweise die Hälfte evangelisch zu taufen sei; die andere Hälfte wird von vornherein dem nichtevangelischen Eheteil vorbehalten. Diese Rechnungsweise ist mit einigem Recht von katholischer Seite beanstandet worden. Wir hätten nichts dagegen, wenn man sie auch bei uns fallen ließe. Jedenfalls liegt für die folgenden Reihen einerlei Rechnungsart vor.

Die Taufziffer der aus Mischehen Geborenen war:

	in der ev. Kirche n. ev. Feststellung	in der kath. Kirche n. kath. Feststellg.
Preußen	52,05	40,1
Bayern	76,07	50,5
Sachsen	79,10	14,8
Württemberg	61,90	47,2
Baden	55,66	48,5
Hessen	60,82	51,5
Thüringen	68,75	69,0
Mecklenburg	96,08	?
Oldenburg	79,54	58,1
Braunschweig	60,88	33,6
Anhalt	63,96	67,7
Waldeck	90,91	38,5
beide Lippe	82,50	69,0
Lübeck	41,66	33,8
Bremen	28,75	18,3
Hamburg	51,65	23,7

Die Unvereinbarkeit beider Reihen springt ohne weiteres ins Auge. Für Preußen mag das errechnete Verhältnis nahezu stimmen, für Bayern aber gewiß nicht, für Württemberg schwerlich. Es werden zwar nicht immer die normalen 100% erzielt werden durch Addition des Anteils beider Kirchen, es kann möglichenfalls — in kleinen Erhebungsgebieten — eine überschießende Prozentziffer herauskommen, dann nämlich, wenn jede der beiden Kirchen an den zwischen ihren Angehörigen und Dissidenten geschlossenen Mischehen starken Anteil hat. Das ist aber schwerlich in größerem Ausmaß irgendwo der Fall. Wir halten es für eine beträchtliche Selbsttäuschung, wenn die katholische Kirche glaubt, in Thüringen 69,0% der Mischehekinder zu haben, in Oldenburg 58,1, in Anhalt 67,7, in beiden Lippe 69,0, P. Krose,

der vorsichtig wägende Statistiker, begegnet denn auch diesen Ergebnissen der katholischen Statistik mit wohlbegründeten Zweifeln „ob sich die Pfarrämter über die Zahl der ungetauft gebliebenen Kinder genügend unterrichtet haben!“ Sie haben vermutlich in größerer Zahl nur die Mischehen in die Erhebung einbezogen, deren Kinder sie taufte; und viele aus anderen Mischehen, zu denen sie keine Beziehung hatten, sind ihnen entfallen. Auf diese Weise sind die verhältnismäßig hohen Prozent-Anteilziffern berechnet — bona fide. Aber das ist eben keine exakte Statistik. Die katholische Kirche glaubt leider, durch innerkirchliche Erhebung hier die Tatbestände feststellen zu können. Die Erkundigung bei den Standesämtern genügt durchaus nicht, die Feststellung geschieht ja doch eben durch die Pfarrämter. Hier liegt der Fehler. Wieviel entfällt da! Auf evangelischer Seite werden alle aus Mischehen geborenen Kinder bei den zuständigen staatlichen statistischen Ämtern festgestellt, in Preußen provinzweise beim Preuß. Statist. Landesamt in Berlin, nicht bei den Pfarrämtern, die Taufziffer dagegen bei den Kirchenbehörden durch statistische Jahreserhebung aller Parochien. Nur durch Vergleichung beider Reihen gewinnt man zutreffende Anteilziffern. So glauben wir (außer für Bayern) für die obige evangelische Reihe eintreten zu können, und müssen der katholischen Reihe ihre Glaubwürdigkeit durchaus bestreiten. Krose selbst schreibt: „So sollen im Delegatenbezirk Brandenburg-Pommern 54,2 % der Kinder aus gemischten Ehen katholisch getauft sein, aber nur 24,8 % der Ehen katholisch getraut, und in Schleswig-Holstein 39,4 % katholisch getauft, 25,8 % katholisch getraut sein. Das kann unmöglich stimmen.“ Das stimmt in der Tat nicht. Aber nur darum stimmt's nicht, weil die katholische Kirche hier in statistischen wissenschaftlich rückständig ist. Von einem kundigen und ehrlichen Statistiker wird das hier rückhaltlos bezüglich eines Einzelfalls zugegeben. In der breiten Öffentlichkeit aber finden die stets tendenziös zugespitzten statistischen Veröffentlichungen, z. B. der Germania, immer noch einen ganz unberechtigten Köhlerglauben. Es kann uns ja recht sein, wenn diese Art Presse ihre eigenen Konfessionsgenossen in der Unklarheit der wirklichen Tatbestände befestigt, uns aber soll sie nicht dupieren und das allgemeine Urteil nicht irreleiten. Wir können den wirklichen Statistikern der katholischen Kirche nur den Rat geben, der Wirklichkeit fest ins Auge zu sehen und vor allem an der Tatsache nicht vorbeizusehen, daß die den konfessionellen Frieden auf eine so harte Probe stellende verschärfte Mischehenpraxis der katholischen Kirche auch vom katholischen Standpunkt aus angesehen nichts anderes gewesen ist, als ein Schlag ins Wasser.

Die Taufziffer unehelicher Kinder evangelischer Mütter war seither in langsamem, aber stetigem Abgleiten. Das Berichtsjahr 1921 hat für Preußen zum erstenmal einen kleinen Aufstieg gebracht, dem wir aber irgend welchen Dauerwert nicht beimessen wollen. Die Ziffer hob sich von 77,89 auf 79,10, aber sie stand 1910 noch 88,83. Hier sprechen natürlich soziale Untergründe stark mit.

Taufen unehelicher Kinder evangelischer Mütter.

Provinz	in absoluten Zahlen					im Verhältnis z. d. Geburten				
	1910	1915—18 Durchschn.	1919	1920	1921	1910	1915—18 Durchschn.	1919	1920	1921
Ostpreußen	4 796	4 489	5 294	6 134	5 925	88,83	88,92	87,53	86,36	88,
Memelland	—	—	—	(463)	(363)	—	—	—	?	—
Westpreußen	1 945	1 701	1 903	—	—	89,18	87,97	87,94	—	—
Freistaat Danzig	—	—	—	(770)	(682)	—	—	—	(86,23)	(88,
Grenz- u. Posen-Westpr.	—	—	—	418	435	—	—	—	82,61	88,
Berlin	4 486	3 080	2 384	2 669	4 359	60,74	76,71	64,52	58,48	68,
Brandenburg	7 796	5 111	5 291	6 949	4 126	82,45	85,83	78,41	73,58	74,
Pommern	4 458	3 315	3 880	5 509	5 243	89,30	89,64	82,57	82,04	83,
Posen	1 110	836	977	—	—	93,51	89,21	—	—	—
Schlesien	7 293	4 537	5 611	8 433	7 880	93,26	91,15	88,08	88,31	87,
Sachsen	8 065	5 165	5 764	7 865	7 601	82,28	83,97	74,85	72,51	74,
Westfalen	1 929	1 471	1 699	2 323	2 096	86,66	86,75	82,84	78,03	70,
Rheinprovinz	2 129	1 616	2 029	2 738	2 301	88,40	80,40	75,23	77,19	78,
Ältere Provinzen	44 007	31 319	33 855	43 038	39 466	82,88	86,05	80,28	77,89	79,
Schleswig-Holstein	2 862	2 318	2 156	2 413	2 254	73,08	82,04	69,86	67,29	70,
Hannover	4 259	3 242	3 598	4 271	3 967	87,91	89,56	83,50	82,63	85,
Hessen-Nassau	2 225	1 723	1 879	2 370	1 828	86,85	90,54	74,10	79,80	77,
Banz Preußen	53 353	38 602	41 488	52 092	48 015	82,82	86,47	79,12	77,72	79,

Die Evangelisch-unierte Kirche Polens hatte 1920: 931, 1921: 977 evangelische Taufen unehelich Geborener.

Die Einzelverrechnung der preußischen Provinzen gibt vorstehende Tabelle. Bezeichnend ist auch da, daß Berlin mit dem stärksten Aufstieg zur Stelle ist. Es war freilich auch das äußerste an Tiefe erreicht.

Von den außerpreußischen Landeskirchen stehen nur Anhalt und die drei Hansestädte unter der preußischen Ziffer. In einigen Landeskirchen, so Bayern, Mecklenburg, beiden Lippe, annähernd auch in Württemberg, steht die Taufziffer der Unehelichen der der ehelich Geborenen nahezu gleich. Über 90% haben die Pfalz, Baden und Hessen; darunter bleibt Thüringen, Oldenburg, Braunschweig. Die stärkere Belastung der Städte ist im vorjährigen Jahrbuch S. 61 erklärt.

5. Verhältnis der kirchlichen Trauungen zu den bürgerlichen Eheschließungen.

Die Trauziffer ist seit der Jahrhundertwende allmählich immer mehr der wunde Punkt der kirchlichen Statistik geworden. Ihr langsames Abgleiten scheint unaufhaltsam zu sein. Wir haben viel mehr kirchlich ungetraute Paare, als die kirchlichen Trauzahlen vermuten lassen. Die offensichtliche Besserung der kirchenstatistischen Ergebnisse im allgemeinen, im Sinn einer langsam einsetzenden Hebung des religiösen Lebens, die seit dem kirchenfeindlichen Jahr 1919 zu beobachten ist, tritt hier ver-

hältnismäßig am wenigsten in die Erscheinung. Die Ursachen sind zum Teil wirtschaftlicher Natur. Die Zahl der unfertigen Ehen ist nicht gering. Die „Leichtfertigkeit“ der Eheschließung, welche mit der überaus gesteigerten Heiratsziffer der letzten Jahre verkoppelt war, drückt auf die kirchliche Trauung. Dazu noch ein Moment, auf das wir früher schon hinwiesen. Die versäumte Taufe pflegt hinter sich noch eine lange „Deliberationsfrist“ zu haben, die versäumte Trauung nicht ebenso. Nachzügler sind hier seltener, das ist psychologisch verständlich.

Für ganz Preußen geben wir folgende Aufstellung der Trau-
ausfälle, zunächst in absoluten Zahlen:

in rein evangelischen Ehen				in Mischehen			
	bürgerl. Eheschl.	Trauungen	Ausfall	bürgerl. Eheschl.	Trauungen	Ausfall	
1910:	184 164	164 199	19 965	15 500	12 597	2903	
1914:	170 319	132 892	37 427	17 438	10 727	6711	
1919:	313 125	272 351	40 774	29 262	21 045	8217	
1920:	329 614	284 284	45 330	32 305	23 396	8909	
1921:	271 581	230 357	41 224	27 808	20 028	7780	

Die Reihe 1920 ist gegen die Angaben des vorjährigen Jahrbuchs (S. 64) durch Richtigstellung der Abgrenzung zwischen Ostpreußen und Memelland ein wenig geändert; doch sind die Unterschiede sehr unwesentlich, so daß sie für die Berechnung der Verhältnis-
ziffer kaum in Betracht kommen. Die Kriegsjahre sind als anormal außer Betracht gelassen. Bei den Mischehen sind die bürgerlichen Eheschließungen in Gegenüberstellung mit den kirchlichen Trauungen jeweils mit der Hälfte in Berechnung gestellt. Zur richtigen Einschätzung der Trau-
ausfälle in rein evangelischen Ehen darf nicht übersehen werden, daß für die Jahre 1919—1921 eine sehr viel höhere Zahl bürgerlicher Eheschließungen zu notieren war, als jemals vor der Kriegszeit. 1910 machten die Trau-
ausfälle in rein evangelischen Ehen 10,8% der bürgerlichen Eheschließungen aus, 1920: 13,7%, und doch war im letzten Jahr die Zahl der Trau-
ausfälle 45 330 gegen 19 965 im ersten. Die Zunahme des Jahres 1920 ist also in der Verhältnis-
ziffer keineswegs so bedeut-
sam, als es der absoluten Zahl nach erscheinen mag. Das Jahr 1921 brachte einen Rückgang der Trau-
ausfälle von 45 330 auf 41 224, steigerte aber die Verhältnis-
zahl von 13,7 auf 15,1. So liegen die Verhältnisse hier etwas verwickelter, als die statistischen Gelegenheits-
notizen der Presse vermuten lassen. Das eine Blatt mag den Finger auf die Verminderung der Trau-
ausfälle von 45 330 auf 41 224 legen, das andere auf die Vermehrung von 13,7 auf 15,1% — je nach der Tendenz, „wie's trifft“. Beide haben recht; aber beide haben auch unrecht, wenn sie dem Leser aus der einseitig gegebenen Zahlenreihe Schlüsse nahelegen oder sie selbst ziehen.

Bei den Mischehen ist die Linie ebenfalls nicht gleichlaufend. 1910 betrugen die Ausfälle 18,7%, 1919: 28,1%, 1920 trotz der Steigerung

kirchliche Leben aber primär. Wir ergänzen deshalb eine aus diesen Erwägungen aufgestellte Tabelle für Preußen (Jahrbuch 1922, S. 65), die erstmalig für 1920 gegeben wurde, durch die Zahlen von 1921 (s. nebenstehende Tabelle).

Nach dieser Aufstellung sind die Trauaustritte bei rein evangelischen Ehen in allen alten Provinzen Preußens, außer in Schlesien und Westfalen, rein zahlenmäßig geringer geworden, auch in Berlin-Brandenburg, das 1920 mit 23573 Ausfällen zu Buche stand, 1921 dagegen nur mit 20305. Doch hängt das mit der Verminderung der Eheschließungen überhaupt zusammen. Von den neueren Provinzen haben Schleswig-Holstein eine geringe, Hessen-Nassau dagegen eine stark vermehrte Zahl der Trauaustritte, trotz der Verminderung der Eheschließungen.

In der Spalte 3 und 6 nebenstehender Tabelle mußten wir um der Gerechtigkeit willen Berlin und Brandenburg zusammenziehen, um den Vergleich mit 1920 zu ermöglichen. Für die bürgerlichen Eheschließungen hat das Statistische Landesamt von 1921 ab die Zahlen von „Groß-Berlin“ zugrunde gelegt, daher die Steigerung der Eheschließungen von 20118 auf 31664, und die Verminderung bei Brandenburg von 52275 auf 27726. Die „Kirchenprovinz“ Berlin hat die Erweiterung, die ja auch wirtschaftlich stark umstritten und noch keineswegs für alle Ewigkeit festgelegt ist, noch nicht mitgemacht. Bei der Kürze der Zeit ist eine statistische Ausgleichsrechnung ganz unmöglich; sie wird jedoch für die Zukunft anzustreben sein.

Endlich muß noch beachtet werden, daß die Trauaustritte keineswegs gleichbedeutend sind mit den Trauversagungen. Es kommen hier auch die Trauversagungen in Betracht, d. h. die Ablehnung der beantragten Trauung durch kirchliche Organe, in Preußen auf Grund der Trauungsordnung vom 27. Juli 1880. Derartige Fälle, wenn etwa einer der Nupturienten aus der Kirche ausgetreten ist, oder auch bei verschuldeter Scheidung einer früheren Ehe, kommen doch nicht so ganz selten vor und werden sich nach der Kirchenaustrittsbewegung gewiß zahlenmäßig steigern. Darum ist in die statistischen Tabellen eine besondere Spalte dafür eingelegt, wie auch für Tauf- und Konfirmationsversagungen. Für 1921, dem ersten Jahre der Erhebung dieser Ziffer, hat die Preussische Landeskirche zwar erst 360 Fälle statistisch notiert, eine Zahl, die im Gesamten der Trauaustritte zwar wenig ausmacht, aber in der Zukunft wachsen wird. Wir sind überzeugt, daß auch jetzt schon die Ziffer bedeutend höher gewesen ist. Die statistische Notierung muß sich erst durchsetzen. Wenn z. B. die Provinz Hessen-Nassau keinen einzigen derartigen Fall notiert, Schleswig-Holstein nur 2, Hannover nur 7, so dürfte das dem wirklichen Tatbestand kaum entsprechen.

Die Trauaustritte rein evangelischer Ehen sind in den meisten außerpreussischen Landeskirchen von viel geringerem Gewicht als in Preußen selbst. Wir notieren folgende Zahlen für 1921:

	Eheschließungen	Trauungen	Ausfall
Bayern rechtsrheinisch	13 844	13 041	803
Pfalz	5 232	4 965	367
Sachsen	51 883	45 419	6 464
Württemberg	15 937	14 637	1 300
Baden	8 185	7 664	521
Hessen	9 495	8 788	707
Thüringen	17 825	16 341	1 484
beide Mecklenburg	8 884	8 657	227
Oldenburg	4 857	4 670	187
Braunschweig	5 814	4 875	939
Anhalt	3 774	3 388	386
beide Lippe und Waldeck	3 014	3 006	8
Lübeck	1 401	1 296	105
Bremen	3 489	2 638	851
Hamburg	10 791	7 103	3 688

Nur im roten Sachsen und in Hamburg sprechen die Trau-
ausfälle zahlenmäßig stark mit, im Prozentverhältnis wohl auch in
Braunschweig und Thüringen. Eigentümlicherweise steht auch
Württemberg schlecht. Wir konnten das schon im Vorjahr feststellen.
Die Zahl der Ausfälle ist hier größer als in Baden und Hessen zu-
sammen. Vielleicht trägt hier die mehr subjektivistische Form der
Frömmigkeit bei den Gemeinschaften etwas aus, die der kirchlichen Sitte
lockerer gegenübersteht.

Die Verhältnisziffer der kirchlichen Trauungen für Preußen
geben wir in folgender Aufstellung:

Provinzen	Kirchl. Trauungen wurden vollz. auf je 100 bürgerl. Eheschließungen							
	bei rein evangelischen Paaren				bei gemischten Paaren (zur Hälfte gerechnet)			
	1910	1915-18	1920	1921	1910	1915-18	1920	1921
Ostpreußen	95,91	91,37	92,91	92,39	78,70	63,23	71,54	68,13
Memelland	—	—	?	—	—	—	?	—
Westpreußen	100,34	93,22	—	—	75,94	64,99	—	—
Freistaat Danzig	—	—	[90,55]	[93,71]	—	—	[67,08]	[63,51]
Grenzgm. Posen = Westpr.	—	—	93,23	94,37	—	—	72,24	68,53
Berlin	54,60	57,33	47,62	48,66	40,33	38,93	29,24	26,63
Brandenburg	76,38	76,34	75,06	85,40	64,38	57,08	48,18	81,02
Pommern	95,32	91,26	94,04	93,22	81,31	72,66	67,66	74,60
Posen	100,21	98,00	—	—	101,71	81,55	—	—
Schlesien	96,81	90,78	94,31	91,36	106,57	87,42	97,75	98,85
Sachsen	91,73	89,65	85,31	83,96	90,34	82,70	75,60	72,45
Westfalen	97,50	95,75	93,94	90,88	84,12	76,19	75,21	70,05
Rheinprovinz	95,24	92,48	90,04	93,78	83,12	72,19	75,48	83,49
Ältere Provinzen	87,24	84,36	84,28	83,24	79,40	69,10	71,29	71,60
Schleswig-Holstein	94,70	89,95	89,48	86,42	96,50	78,70	80,59	73,91
Hannover	96,59	95,20	94,04	93,07	82,93	64,48	67,07	65,41
Hessen-Nassau	95,20	92,35	93,04	87,71	94,42	80,98	85,99	79,97
Ganz Preußen	89,16	86,14	86,25	84,85	81,27	70,08	73,04	72,02

Sie ist, rein statistisch angesehen, bezeichnender als die absolute Zahl der Ausfälle, weil sie die Schwankungen in der Zahl der Eheschließungen ausgleicht bezw. ausschließt.

Von dem leisen Nachgeben, das die Trauziffer 1921 in allen Provinzen zeigt gegenüber der von 1920, macht bezeichnenderweise wieder Berlin und Brandenburg, auch im Gesamtergebnis beider, eine Ausnahme. Es scheint wirklich, als ob Berlin sich kirchlich herausarbeitet. Möge es aushalten. Ergo — man gebe die Großstädte nicht verloren. Hinter all der Gottvergeßlichkeit, die sich noch breit macht und das öffentliche Leben beherrscht, stehen doch noch in der Stille Gottesfurcht und Kirchentreue.

In der Trauziffer der Mischehen, die im allgemeinen sich besser hält als die der rein evangelischen Ehen, haben die Westprovinzen Westfalen, Rheinland und Hessen-Nassau ihre Stellung bedeutend verschlechtert. Den Gewinn hat gewiß nicht Rom, sondern der Atheismus. Für die anscheinend starke Steigerung der evangelischen Trauziffer in Mischehen bei Brandenburg ist der vorerwähnte Umstand beachtlich, daß das Statistische Landesamt die Mischeheschließungen der früheren volkreichen Vororte nicht mehr einbezogen, sondern unter Berlin verrechnet hat, während die Trauungen der Mischehen auf das Konto von Brandenburg gebucht sind. Die Gesamtziffer, für beide gemeinsam berechnet, ist für die Trauung rein evangelischer Ehen 65,81 %, für die Trauung von Mischehen 36,79 %.

Die Verhältniszißern der außerpreußischen Landeskirchen geben wir in nachstehender Tabelle. In Zukunft wird die Thüringische Landeskirche (außer Reuß ä. L.) als einheitliche Größe aufgestellt werden. Einstweilen ist wegen der Vergleichsmöglichkeit mit früheren Jahren noch das alte Schema beibehalten. Ganz Thüringen steht für 1920 mit 112,64 %, 1921 nur mit 78,41 % zu Buche.

In rein evangelischen Ehen hat die Trauziffer in Bayern r. d. Rh. (nicht dagegen in der Pfalz) nachgelassen; auch Sachsen und Hessen sind etwas gewichen, während Württemberg und Baden den Stand des Vorjahres behauptet haben; ebenso nahezu Mecklenburg-Schwerin (M.-Strelitz ganz). Sonst ist die Trauziffer nur gewichen in Braunschweig, einigen thüringischen Bezirken und in Bremen; Hamburg hat wenig verloren, Lübeck zeigt sogar Aufstieg. Die kleineren Landeskirchen halten im allgemeinen ihren Bestand.

Die Trauziffer in Mischehen ist in Bayern von der überaus günstigen Stellung des Jahres 1920 zurückgefallen auf das Normalmaß der Vorjahre. Auch Sachsen zeigt einen nicht unbeträchtlichen Rückgang; den Gewinn hat natürlich nicht Rom, sondern der Atheismus. Früher fielen 7—8 Zehntel der dortigen Mischehen-Trauungen der evangelischen Kirche zu, 1919 z. B. 72 %; in demselben Jahre notiert die katholische Kirche (vgl. Krose, Handbuch, 16. Band, S. 231) nur 15,7 %. 1921 sind nur noch 47,5 % der geschlossenen Mischehen evangelisch getraut;

Evangelische Trauungen in den außerpreussischen Landeskirchen.

Landeskirche	Kirchlich getraut in rein evang. Ehen				Evangelisch getraut in Mischehen (Hälfte)			
	1910	1915—18	1920	1921	1910	1915—18	1920	1921
Bayern, rrbh.	96,53	89,43	96,06	94,20	92,25	83,31	112,90	91,10
„ Pfalz	96,34	90,17	94,36	94,90	113,57	89,87	106,83	100,27
Sachsen	95,63	95,32	91,23	87,54	168,02	152,32	126,55	94,09
Württemberg	94,95	80,66	91,90	91,84	111,89	75,53	94,07	88,81
Baden . . .	95,15	85,06	93,45	93,63	96,82	72,85	86,45	85,10
Hessen . . .	97,49	93,86	95,90	92,55	96,47	82,26	94,24	97,84
Meckl.-Schw.	99,98	99,06	98,93	97,43	183,78	187,40	178,38	165,59
S.-Weimar	99,85	90,91	90,64	91,22	127,50	114,50	101,75	67,67
Meckl.-Strel.	99,59	99,18	97,45	97,52	213,33	185,72	112,20	233,33
Oldenburg	97,72	92,08	97,56	96,15	119,27	98,65	96,43	91,18
Braunschweig	93,82	83,97	86,88	83,86	114,00	75,77	84,64	79,85
S.-Meiningen	97,59	93,32	97,75	96,53	160,00	136,23	147,92	142,27
S.-Altenburg	96,32	88,12	92,21	89,26	148,57	117,78	103,55	77,67
S.-R.-Gotha	91,38	90,32	86,33	84,83	147,22	101,92	94,13	57,15
Anhalt . . .	97,30	95,27	89,68	89,77	139,13	150,11	161,40	83,40
Schw.-Sondh.	98,20	95,12	95,97	96,16	183,33	129,54	137,14	91,30
Schw.-Rudol.	97,60	95,36	94,77	97,30	127,27	147,01	144,44	109,09
Waldeck-Pyr.	99,33	98,41	100,00	99,15	181,82	141,84	166,67	150,00
Reuß ä. L.	97,93	97,60	94,50	94,74	200,00	149,46	172,73	190,91
Reuß j. L.	89,89	88,98	86,62	85,59	109,38	110,46	75,59	46,15
Schaumb.-L.	100,25	99,87	100,65	98,45	150,00	200,00	189,47	189,47
Lippe . . .	100,00	100,00	100,60	100,41	170,00	177,77	175,34	178,79
Lübeck . . .	97,84	89,45	89,25	92,57	162,13	93,92	87,18	105,66
Bremen . . .	88,18	86,03	79,98	75,61	117,09	70,77	54,14	43,39
Hamburg . .	74,00	70,66	66,34	65,82	66,50	56,15	40,60	36,04

es wäre jedoch sehr voreilig, anzunehmen, daß damit die katholische Trauziffer gestiegen wäre. Wahrscheinlich ist auch sie gesunken; katholische Ziffern für 1921 liegen uns noch nicht vor. Es ist eine automatische Folge der Kirchenaustrittsbewegung, daß die Kategorie der Mischehen, die zwischen Evangelischen und Außerkirchlichen geschlossen werden, stark anwächst, gerade in Sachsen, dem einzigen Bezirk, in dem die Kirchenaustrittsbewegung nicht zurückgegangen ist. Das wird sich in Zukunft in der Statistik der Mischeheschließungen immer mehr auswirken. Der Abfluß wird für die evangelische Kirche bleiben, aber er geht nicht in das katholische Becken, sondern in das der Religionslosigkeit. Ebenso ist es in etlichen thüringischen Bezirken. Ein besonders drastisches Bild ist hier für 1921 Reuß j. L. Dort sind von 130 geschlossenen Mischehen nur 30 evangelisch getraut worden; die übrigen sind wohl — mit sehr geringen Ausnahmen — ungetraut geblieben. Krose notiert (a. a. O.) für 1919 in Thüringen 48,1% katholisch getrauter Mischehepaare. Wenn auch die Eheschließungen zwischen Katholiken und Atheisten seltener sind, als die zwischen Katholiken und Evangelischen und die zwischen Evangelischen und Atheisten, so dürfte hier doch eine Überschätzung vorliegen. In Hamburg, wo

unsere Mischeheziffer am schlechtesten steht — es wurden von 2092 Mischehen 1921 nur 377 evangelisch getraut — zeigt die katholische Kirche unter 1408 Mischeheschließungen 245 Trauungen, das sind nach gleichartiger Rechnungsweise (jeweils auf die Hälfte der bürgerlichen Eheschließungen berechnet) 36,0 evangelische gegen 34,8 % katholische. Wir erwähnen das nur, weil die „Germania“ schon oft auf die so überaus schlechte evangelische Trauziffer hinwies und diesen natürlich maßlos verallgemeinerten Tatbestand als Kennzeichen des demnächst an innerer Kraftlosigkeit erfolgenden Zusammenbruch des Protestantismus glaubte auswerten zu dürfen. Nach der eigenen Seite hin vermeidet sie solche Rückschlüsse, und doch darf hier wohl das Wort gelten: es kehre jeder vor seiner Tür. Gegenüber dem vordringenden, das Volksleben vergiftenden Atheismus haben beide christlichen Kirchen doch schließlich noch eine gemeinsame Aufgabe. Es wäre wohl zu wünschen, wenn die ultramontane Presse an diese etwas mehr, und an die Schäden der Gegenseite etwas weniger denken wollte. Wir vermeiden hier absichtlich ein angreifendes Vorgehen und haben oft geschwiegen, wo wir uns Hinweise hätten gestatten können. Aber die evangelische Pflicht der Kirchentreue gebietet uns auch, unzulässige Herabsetzungen von der andern Seite nicht unwidersprochen zu lassen.

Trauerversagungen seitens amtlicher Organe der Kirche, über welche die Statistik des Jahres 1921 zum erstenmal berichtet, werden in der Zukunft öfter zu buchen sein, entsprechend den in fast allen Landeskirchen gegebenen Bestimmungen betr. das Verhalten zu den aus der Kirche Ausgetretenen. Den in der preussischen Landeskirche notierten 360 Fällen (siehe S. 55) entsprechen in der Bayrischen Landeskirche r. d. Rh. 77, in der Pfalz 7, in Sachsen 138, in Württemberg nur 9, in Baden 7, in Hessen 154, in Thüringen 32, in Mecklenburg 19, in Oldenburg 4, in Braunschweig 3, in Anhalt 47, in Waldeck 6. Die Hansestädte haben Derartiges nicht notiert. Vielleicht wächst diese Reihe sich später einmal zu einer psychologisch interessanten Linie aus.

6. Mischeheschließungen.

Das vorjährige Jahrbuch brachte darüber ausführliche, von der Zeitlage gebotene schematische Aufstellungen (S. 66 ff.). Wir verweisen auf sie, um diesmal kürzer sein zu können. Die beiden Berechnungsweisen der Mischehestatistik, die allgemein bürgerliche und die vom Standpunkt einer Kirche gegebene (S. 68) wolle man wohl auseinanderhalten, um rechtzeitig Mißverständnissen auszuweichen.

Schon das Jahr 1919 hatte eine Höhe der Eheschließungen gebracht (844339), wie sie noch niemals zuvor in Deutschland erreicht war. 1920 hat die Zahl noch um etwas mehr als 50000 gesteigert.

Religionsbekenntnis der Eheschließenden in ganz Deutschland für 1920.

Religionsbekenntnis des Mannes	Religionsbekenntnis der Frau					Zusammen
	evangelisch	katholisch	anders christlich	israelit.	sonstige und un- bestimmt	
Evangelisch	537 571	41 712	1026	602	727	581 638
Römisch-katholisch	47 432	245 211	169	191	165	293 168
Anders christliches Bek. . .	1 330	248	1623	19	18	3 298
Israelitisch	927	294	19	7497	75	8 812
Sonstige oder unbestimmt	4 429	711	39	84	2858	8 121
Zusammen	591 689	288 176	2876	8393	3843	894 977

Konfessionell einheitliche Eheschließungen waren es in ganz Deutschland:

	1914	1919	1920
rein evangelische	277 707	498 686	537 571
rein katholische	123 781	247 420	245 420
anders christliche	781	1 431	1 623
rein jüdische	2 617	6 295	7 497
religionslose u. sonst.	459	3 473	2 858
Zusammen	405 345	757 305	794 969

Alle andern waren Mischehen, und zwar waren deren 1914: 55 263; 1915: 41 388; 1916: 39 853; 1917: 42 120; 1918: 46 416; 1919: 87 030; 1920: 100 008. Die Verhältniszahl der Mischehen allerlei Art war 1911: 9,99%; 1912: 10,28; 1913: 10,42; 1914: 12; 1915: 14,87; 1916: 12,46; 1917: 13,66; 1918: 13,17; 1919: 10,31; 1920: 11,17%.

In der Aufstellung 1920 ist bemerkenswert, daß bei der allgemeinen Steigerung der Eheschließungen, die alle konfessionell einheitlichen Ehen einbezieht, nur die Zahl der rein katholischen Ehen nicht gewachsen ist. Die Zahl der Mischehen allerlei Art hat zum erstenmal, und wohl auch das einzige Mal, die 100 000 erreicht. Es sind da allerdings manche eingerechnet, welche die evangelische Kirche nichts angehen.

In der Verhältnisziffer der Mischehen überhaupt ist 1920 gegen das Vorjahr eine Steigerung eingetreten, doch bleibt sie hinter 1914 und vollends hinter der der Vorjahre noch zurück.

Mischehen speziell zwischen Evangelischen und Katholiken wurden geschlossen:

1919: insgesamt	82 035,	38 225 evangelische Männer heiraten katholische Frauen.
	43 810 katholische	" " evangelische "
1920: "	89 114,	41 712 evangelische " " katholische "
	47 432 katholische	" " evangelische "

(Nach dem Statist. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 42. u. 43. Jahrg.)

In beiden Jahren war die Zahl der Männer, welche eine Mischehe schlossen, bei den Katholiken größer als bei den Evangelischen.

Das Religionsbekenntnis der Eheschließenden in Preußen war 1920:

Religionsbekenntnis des Mannes	Religionsbekenntnis der Frau					Zusammen
	evangelisch	katholisch	anders christlich	jüdisch	sonstige und un- bestimmt	
Evangelisch	328 015	26 796	675	449	484	356 419
Katholisch	30 304	145 839	117	141	83	176 484
Anders christlich	824	141	1 109	16	11	2 101
Jüdisch	698	217	12	5 022	55	6 004
Sonst. Bek. u. unbestimmt	3 038	504	22	57	1 678	5 299
Zusammen	362 879	173 497	1 935	5 685	2 311	546 307

Die entsprechenden Ergebnisse der Vorjahre finden sich in den Jahrbüchern 1920 S. 118, 1921 S. 68, 1922 S. 69. Die Ergebnisse des Jahres 1921 liegen noch nicht vor; die staatliche Statistik ist hier sehr rückständig.

1916 hatte Preußen nur 176 872 Eheschließungen, 1917: 198 573, 1918: 229 851, dann kam der Aufstieg 1919 auf 527 172, und das Jahr 1920 hielt diese Höhe mit 546 307. Konfessionell einheitliche Ehen sind die in obiger Tabelle diagonal gelesenen. Deren waren:

	1916	1917	1918	1919	1920
rein evangelische	99 697	110 310	123 931	314 334	328 015
rein katholische	50 066	59 248	72 236	147 321	145 839
anders christliche	281	323	406	1 063	1 109
jüdische	1 012	1 101	1 637	4 407	5 022
religionslos und sonstige	137	117	125	546	1 678
Zusammen	151 193	171 099	198 335	467 671	481 663

Die Gesamtzahl der Mischehen — allerlei Art — war:

1912: 34 748 = 10,58 vom Hundert	1917: 27 474 = 13,83 vom Hundert
1913: 34 582 = 10,68 " "	1918: 31 516 = 13,71 " "
1914: 35 496 = 12,40 " "	1919: 59 501 = 11,29 " "
1915: 27 409 = 15,43 " "	1920: 64 644 = 13,42 " "
1916: 25 679 = 14,51 " "	

In der obereren Reihe erscheint nicht unbeachtlich, daß die rein katholischen Eheschließungen an der Zunahme des Jahres 1920 überhaupt nicht beteiligt gewesen sind, desto mehr aber die jüdischen und religionslosen. Die Zahl der katholischen Männer, welche evangelische Frauen heirateten, war dagegen 1919: 28 893, 1920: 30 304. Wenn man diese Zahlen liest, versteht man wohl etwas von der so rigoros gewordenen Stellung der katholischen Kirche, man sieht aber zugleich auch ihre Ergebnislosigkeit. Sie datiert seit 1917 und konnte auch 1920 nicht hindern, daß mehr katholische Männer als jemals zuvor eine Mischehe schlossen.

Die Zahl der Mischehen überhaupt ist 1920 gegen das Vorjahr um rund 5000 gewachsen. Ihre Differenzierung nach bestimmten Gruppen

und deren Verschiebungen in den letzten Jahren wäre soziologisch nicht ohne Interesse, eine Doktorarbeit für künftige Kirchenstatistiker.

Im Vorjahr fiel trotz der starken Steigerung der absoluten Zahl der Mischehen von 31516 auf 59501 dennoch die Verhältnis­ziffer, weil die Eheschließungen überhaupt noch stärker gestiegen waren; aber unsere Voraussage (Jahrg. 1922, S. 70), daß sie bald wieder steigen werde, ist genau eingetroffen; 1920 hat 13,42% gegen 11,29 im Jahre 1919.

Wir gehen nun über zur speziell evangelisch-kirchlichen Mischehe­ziffer, d. h. wir berechnen unter Ausschluß aller Mischehen, welche die evangelische Kirche nichts angehen, das Verhältnis der Zahl der Mischehen, in denen ein Ehteil evangelisch ist (gleichviel welchem Bekenntnis der andere angehört) zur Zahl der Ehen überhaupt, die die evangelische Kirche angehen (d. h. der Summe der rein evangelischen und der Mischehen).

Mischeheschließungen hatten die Provinzen:

	1910	1914	Durchschnitt 1915-18	1919	1920	1921
Ostpreußen	432	498	677	1 637	1 783	1 409
Westpreußen [bzw. Freist. Danzig]	827	912	848	2 209	[978]	[844]
Berlin	3 977	4 569	3 240	5 422	5 425	8 915
Brandenburg	3 405	4 191	3 060	6 617	6 936	2 049
Pommern	337	423	368	939	937	748
Posen [bzw. Grenzmark]	409	433	430	—	407	286
Schlesien	5 285	5 417	4 077	9 389	10 224	8 303
Sachsen	1 408	1 390	1 257	3 086	3 215	2 915
Westfalen	3 288	3 617	2 916	7 177	9 121	8 628
Rheinland	6 814	7 736	6 521	13 183	16 802	14 292
Ältere Provinzen	20 182	29 186	23 412	49 659	54 950	47 545
Schleswig-Holstein . . .	771	1 067	663	1 243	1 221	939
Hannover	1 394	1 815	1 300	2 901	3 292	2 654
Hessen-Nassau	2 654	2 808	2 184	4 528	5 152	4 479
Ganz Preußen	25 001	34 876	27 559	58 331	64 615	55 617

Hier ist von bürgerlichen Mischeheschließungen die Rede und nicht von kirchlichen Trauungen. Wir erwähnen das, um alle Jahre einlaufende Anfragen bzw. naive Korrekturen von vorn­herein zu erledigen. Die oben gegebenen Zahlenreihen beruhen auf Angaben des Preuß. Statist. Landesamts.

Die Gesamtzahl der Eheschließungen, an denen die evangelische Kirche beteiligt war, betrug 1920: 394 430, 1921 brachte einen Rückgang auf 327 198. Dementsprechend fiel auch die Zahl der Mischeheschließungen von 64 615 auf 55 617; doch machten diese 1921 17,0% der Eheschließungen aus gegen 16,38% im Jahre 1920; sie stiegen also prozentual. Das ist rein statistisch wohl verständlich, auch ohne psychologischen Hintergrund und unter Absehen von konfessionellen Motiven oder Hinderungen. Je mehr die evangelische Bevölkerung eingebettet liegt in andersgläubige Elemente, desto mehr wächst die Gelegenheit der Mischehe. Die aus der Kirchenaustrittsbewegung sich ergebenden außer-

kirchlichen Massen — es sind ja meist unverheiratete Jugendliche — verschärfen diese Lage; die Durchrüttelung der Bevölkerung ebenfalls. Wir erwähnen das alles, um die Meinung in etwa einzuschränken, als sei mit der steigenden Mischeheziffer geradlinig ein Kennzeichen wachsender religiöser Indifferenz gegeben. Wir haben wohl selbst früher diesen nur relativ zutreffenden Schluß gezogen. Frühere Jahre mit geringfügigen Mischeheziffern, gemessen an der heutigen Lage (man vergleiche etwa 1890 und 1900), haben vielleicht kein reger ausgeprägteres konfessionelles Gefühl gehabt als unsere Zeit, aber die Gelegenheit der Mischeheschließung war damals in viel geringerem Maße vorhanden. Es ist nicht ganz leicht, hier innere und äußere Momente zu scheiden. Ganz unwidersprechlich wird die Grenzlinie nie gezogen werden können.

Doch die Kirche hat es im praktischen Leben ja mit dem wachsenden Stock der Mischehen an sich zu tun. Daß er weiter wachsen wird, daran ist gar kein Zweifel. Das allein legt die Pflicht einer geregelten, methodisch angelegten und von geistigen Motiven getragenen Mischehenpflege auf Herz und Gewissen. Wir verweisen auch hier wieder auf den dieser Aufgabe sich widmenden Verein „Philadelphia“ (Geschäftsführer Pfarrer G. Argensfeld, Lindau a. Bodensee). Auch etliche evangelische Volksbünde widmen dieser Aufgabe besondere Aufmerksamkeit, so der von Württemberg und in Frankfurt, auch der in Breslau und der sächsische. Das seien nur zufällige Erwähnungen, es könnten vielleicht noch viele genannt werden. Das Gute hat das rigorose Verhalten der katholischen Kirche jetzt schon zur Folge gehabt, daß die evangelische Aufmerksamkeit geweckt wurde. Vermindern kann man die Zahl der Mischeheschließungen nicht, aber die evangelische Stellung wahren in der Mischehe, das kann man, und das wird trotz des Entgegenstimmens Roms geschehen.

Die Darstellung der räumlichen Verteilung der Mischehen und ihr Steigen oder Fallen innerhalb dieser räumlichen Verteilung, wie wir sie seit etlichen Jahren im Jahrbuch stets gaben, ist keineswegs nur eine statistische Seminarübung, sondern mit absichtlicher Abspizung auf praktische Ziele gegeben. Überall da, wo die Mischehen besonders wachsen, oder wo ihre konfessionellen Ergebnisse ungünstiger werden, sollten sich Provinzial- oder örtliche Vereine für Mischehenpflege bilden. Wir können hier nur anregen und dazu Material geben.

In folgender und der vorhergehenden Aufstellung steht von 1920 ab das verkleinerte Preußen zu Buche; das wolle man beachten angesichts des Tatbestandes, daß 1920 trotzdem eine Vermehrung der Mischeheschließungen vorlag. Aus der vormaligen Provinz Posen waren für 1919 die einschlägigen Zahlen nicht erhältlich — sie sind unter polnischer Herrschaft nie zur Erhebung gekommen; von 1920 ab steht dafür die Grenzmark Posen-Westpreußen in dieser Reihe. Für die zweite Reihe „Westpreußen“ sind die Ziffern des Freistaats Danzig eingesetzt,

Die Verhältnisziffer der Mischehen war in Preußen:

	1910	1914	Durchschnitt 1915—1918	1919	1920	1921
Ostpreußen	3,43	5,43	7,85	5,48	6,57	6,37
Westpr. bzw. Freist. Danzig	13,49	16,97	21,17	16,79	[27,39]	[29,62]
Berlin	20,00	22,00	23,20	21,01	21,25	21,97
Brandenburg	10,89	13,26	15,33	11,76	11,71	6,81
Pommern	2,69	3,96	5,36	3,64	3,60	3,51
Posen bezw. Grenzmark	8,60	10,71	15,91	—	13,15	11,32
Schlesien	27,27	29,79	33,66	27,43	27,22	26,45
Sachsen	5,72	6,26	8,40	6,78	6,48	7,47
Westfalen	19,15	22,02	26,86	24,41	24,97	25,79
Rheinland	33,51	37,92	43,30	39,78	40,26	41,41
Ältere Provinzen	15,54	18,37	21,42	16,94	17,91	—
Schleswig-Holstein	6,04	8,76	9,08	6,19	5,74	5,25
Hannover	6,77	9,70	11,49	8,41	8,28	8,05
Hessen-Nassau	20,00	28,75	25,95	19,13	19,40	20,64
Ganz Preußen	14,41	17,00	20,20	15,69	16,38	17,00

vom Statistischen Amt der Stadt Danzig uns freundlich zur Verfügung gestellt. Doch entfallen diese Zahlen bei der Gesamtberechnung; sie sind deshalb in Kursivziffer gedruckt.

Der Anteil der Mischehen an den Eheschließungen überhaupt hob sich 1921 ein wenig, doch sind daran außer Sachsen eigentlich nur die drei Westprovinzen beteiligt: Westfalen, Rheinland und Hessen-Nassau; hier ist eben die konfessionelle Mischung am ausgeprägtesten, die bemerkenswerte scheinbare Verminderung der Mischehen in Brandenburg hat rein technischen Hintergrund. Von 1921 ab tritt „Groß-Berlin“ in die Rechnung ein. Die Provinz ist entlastet von der hohen Zahl der Mischeheschließungen in den Vororten; diese fallen nun Berlin zur Last. Wenn die Anteilziffer von Berlin gegen das Vorjahr nicht so bedeutsam gestiegen ist, wie man danach erwarten mußte, so ist das unter die „Besserungs“-Ergebnisse von Berlin zu rechnen.

Rückschauend geben wir folgende Gesamttabelle der Mischehen für Preußen:

	1910	Durchschn. 1915-18	1919	1920	1921
1. Eheschließungen überhaupt, an denen Evangelische beteiligt waren	215 165	136 458	371 455	394 430	327 198
2. Davon rein evangelische Eheschließungen	184 164	108 900	313 124	329 815	271 581
3. Mischeheschließungen	31 001	27 558	58 331	64 615	55 617
4. Prozentziffer der Mischehen	14,41	20,20	15,69	16,38	17,00

Noch hat das verkleinerte Preußen von 1921 nahezu ebensoviel Mischeheschließungen aufzuweisen, als das Preußen im alten Umfang von 1919.

Für die außerpreußischen Landeskirchen geben wir folgende Aufstellung, zunächst in absoluten Zahlen:

Zahl der Mischeheschließungen in den außerpreussischen Landeskirchen.

	1910	1914	Durchschnitt 1915—18	1919	1920	1921
Bayern	4 605	5 071	4 114	9 405	8 584	8 018
Sachsen	2 608	2 932	1 959	3 407	4 116	4 149
Württemberg	1 464	1 644	1 301	2 769	2 932	2 396
Baden	2 205	2 530	1 879	4 069	4 937	3 981
Hessen	1 419	1 416	1 133	2 568	2 778	2 357
beide Mecklenburg	90	72	83	196	226	204
Thüringen	471	411	413	755	957	977
Anhalt	91	77	89	249	228	259
Oldenburg	219	249	215	468	454	329
Braunschweig	200	267	203	537	612	521
beide Lippe und Waldeck	36	34	50	108	122	107
Hansestädte	1 146	1 956	1 189	2 254	2 936	2 705
Zusammen:	14 554	16 659	12 628	28 875	28 882	26 003

Die in allen Landeskirchen feststellbare Verminderung hat ihre Ursache allein in dem Rückgang der Eheschließungen überhaupt; inwieweit ein Rückgang der Verhältniszahl vorliegt, beantwortet die folgende Tabelle — nämlich nahezu gar nicht. Bayern hat, wie schon im Vorjahr, ein beträchtliches Nachlassen der Mischeheschließungen, während sie in dem konfessionell viel einheitlicheren Sachsen, das schon im Vorjahr eine starke Steigerung aufwies, die Höhe gehalten haben. Die Vermehrung wird nicht in erster Linie evangelisch-katholische, sondern dissidentische Mischehen treffen; die sächsischen Kirchenaustrittsziffern (siehe Abschn. 10^d dieses Kapitels) erheben diese Vermutung nahezu zur Gewißheit. Der starke Rückgang der Mischeheschließungen in Baden — um fast 1000 — ist nur ein Zurückgehen auf das Normalmaß und eine Korrektur der ungemeinen Steigerung von 1920.

Von 100 Eheschließungen waren Mischeheschließungen in

	1910	1914	Durchschnitt 1915—18	1919	1920	1921
Bayern	27,97	32,56	37,73	28,63	25,72	29,59
Sachsen	6,86	7,52	7,96	5,85	5,92	7,40
Württemberg	11,23	13,94	18,26	12,19	12,41	13,07
Baden	30,66	36,06	39,67	31,71	32,27	32,72
Hessen	20,56	22,35	27,97	20,70	19,60	19,89
beide Mecklenburg	1,63	1,59	2,60	1,40	2,01	2,24
Thüringen	3,83	3,57	5,60	3,92	3,97	5,20
Anhalt	3,48	3,52	5,47	4,83	4,38	6,45
Oldenburg	7,45	8,23	12,30	9,29	7,43	6,34
Braunschweig	5,25	7,25	8,86	7,54	7,93	8,22
beide Lippe und Waldeck	1,70	2,01	4,34	3,27	3,10	3,43
Hansestädte	9,74	14,07	14,21	11,76	13,61	16,24

Es ist doch zu beachten, daß das Jahr 1921 in der ersten dieser Tabellen ein Nachlassen, in der zweiten aber, mit einziger Ausnahme Oldenburgs, überall eine Steigerung aufweist; das heißt die Neigung und Gelegenheit der Mischeheschließung ist mit der verminderten Heirats-

ziffer keineswegs geringer geworden. In Bayern ist sogar die Verhältnis- ziffer nicht unbeträchtlich gestiegen.

Gesamtergebnis. Deutschland hatte an Mischeheschließungen, welche die evangelischen Landeskirchen irgendwie angingen, in

	1910	1914	Durchschnitt 1915—18	1919	1920	1921
Preußen	25 001	34 876	27 558	58 331	64 615	55 617
Außerpreußischen Landeskirchen	14 554	16 659	12 628	26 875	28 882	26 003
Zusammen	39 555	51 535	40 186	85 206	93 497	81 620

Diese Reihe wird in den kommenden Jahren sinken mit der zurück- gehenden Heiratsziffer, aber relativ wird sie nicht zurückgehen. Der Jahreszuwachs an Mischehen wird immer bedeutsam bleiben und damit eine Reibungsfläche zwischen der evangelischen und katholischen Kirche, die seit fünf Jahren einseitig verschärft wurde, immer rauher werden. Das mag uns lieb oder leid sein, wir haben damit zu rechnen. Was die prinzipielle Beurteilung dieser Lage anbetrifft, so verweisen wir für diesmal lediglich auf die Ausführungen im Jahrbuch 1920 S. 369 ff. und 1921 S. 74 ff., unterlassen jedoch nicht, auf die knapp gefaßte und doch sachlich ungemein reich orientierende Schrift von Prof. D. Mirbt hinzuweisen: „Das Mischeherecht des codex juris canonici und die interkonfessionellen Beziehungen in Deutschland.“

Wir haben leider seit Jahren keine umfassende Gesamtstatistik über die Zahl der zur Zeit bestehenden Mischehen. Ob wir sie von der demnächstigen Volkszählung, bezw. aus der Aufarbeitung ihrer Er- gebnisse erwarten dürfen, steht noch dahin. Die Neigung, auch die kirchlich-konfessionellen Resultate soziologisch auszuwerten, ist nicht sehr groß. Einschränkungen sind ohnehin bei der Not der Zeit unausbleiblich, und die kirchliche Statistik wird ihnen in erster Linie ausgesetzt sein.

Vollends über die Konfessionszugehörigkeit der aus Mischehen hervorgegangenen Kinder haben wir seit 1895 keine umfassenden Feststellungen mehr. Damals hatte die evangelische Kirche einen nicht unbeträchtlichen Vorsprung vor der katholischen; der dürfte sich seitdem, nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung der Trauziffer und der Taufziffer der aus Mischehen geborenen Kinder, nicht verkleinert, sondern vergrößert haben. Wir schätzen den Anteil der evangelischen Kirche an den evangelisch-katholischen Mischehen für ganz Deutschland auf nahezu 60 %, den der katholischen auf nicht viel über 40 %. Daran wird auch die verschärfte Praxis Roms, nach den Ergebnissen der letzten Jahre zu urteilen, nichts ändern.

Nun tritt eine neue Erscheinung auf die Bildfläche. Die christlich- konfessionslose Mischehe, früher ein verschwindender Bruchteil im Ganzen, gewinnt an Raum. Sie wird bald anfangen, statistisch meßbar zu werden. Welche Verluste beide Kirchen hier etwa erleiden, ist noch ganz unaufgeklärt. Daß sie auf die Dauer dennoch nicht so bedeutsam sein werden, als die Eheschließungsziffern des Augenblicks nahelegen, ist

einstweilen unsere subjektive Vermutung. Durch objektive Ergebnisse läßt sie sich noch nicht stützen. Aber eine Gefahr droht hier — und zwar beiden Kirchen. Um so verderblicher ist die hier durchaus auf einseitigen Gewinn eingestellte Praxis Roms, die zwar nach der Wesensart der katholischen Kirche gar nicht anders sein kann und trotz aller Indulgenzen opportunistischer Art stets dieselbe war. Man sollte alsdann nur den Sirenenfang von den gemeinsamen Interessen beider Kirchen gegen den Atheismus etwas leiser singen.

Im November 1922 wurde in sämtlichen katholischen Kirchen Deutschlands ein gemeinsames Hirtenschreiben der deutschen Bischöfe über die gemischten Ehen verlesen. In einem weiteren gemeinsamen Schreiben vom 7. Januar 1923 erteilen (nach der „Wartburg“ 1923 Nr. 4) die Bischöfe dem Klerus ihrer Diözesen Anweisung über die seelsorgerliche Behandlung der Mischehen (beigegeben dem Kirchlichen Anzeiger für die Diözese Köln Nr. 5, vom 1. März 1923). Nach den vorausgeschickten statistischen Angaben wurden 1919 in Deutschland 68 293 gemischte Ehen geschlossen, wovon 25 196 katholisch getraut wurden; 1920: 78 932 Mischehen, worunter 29 665 katholische Trauungen. Es seien also in zwei Jahren 92 364 katholische Brautpaare der kirchlich gültigen Eheschließung fern geblieben.

Die Nachprüfung dieser Statistik auf Grund der amtlichen Quellen (siehe Tabelle S. 60) ergibt, daß hier eine nicht unbeträchtliche Unterschätzung vorliegt. Die Zahl der Mischehen, die 1919 zwischen Evangelischen und Katholiken geschlossen wurden, betrug allein schon 82 035, außerdem kamen noch 1362 Mischehen für die katholische Kirche in Betracht, an denen Evangelische nicht beteiligt waren. Die Gesamtsumme aller Mischehen, an denen die katholische Kirche beteiligt war, betrug also 1919 nicht nur 68 293, sondern 83 497. 1920 wurden 89 114 Mischehen allein zwischen Evangelischen und Katholiken geschlossen, außerdem noch 1778 Mischehen zwischen Katholiken und anderen, nicht evangelischen. Also betrug die Zahl der Mischehen, an denen die katholische Kirche beteiligt war, 1920 nicht 78 932, sondern 90 892. Das sind in beiden Jahren zusammen 174 389. Wenn in den beiden Jahren je 25 196 und 29 665 katholisch getraut wurden, also zusammen 54 861, so sind nicht nur 92 364 „katholische Brautpaare der kirchlich gültigen Eheschließung ferngeblieben“, sondern sogar 119 528. Soviel zur Richtigstellung der dort gegebenen Statistik. Jedenfalls hat die katholische Kirche über starke Ausfälle zu klagen. Sie sind viel erheblicher, als die Statistik der Bischöfe angibt.

Niemand wird es der katholischen Kirche verargen dürfen, wenn sie durch seelsorgerliche Einflüsse ihre Stellung in der Mischehe zu bessern sucht. Doch scheint uns manches in dem Rundschreiben der Bischöfe darüber hinauszugreifen. Es wird vor weltanschaulicher Gemeinschaft mit Andersgläubigen gewarnt. Gesellschaftliche und gesellige Beziehungen sollen im Kreis der Glaubensgenossen angeknüpft und gepflegt werden. Die Teilnahme an geselligen Veranstaltungen in konfessionell gemischten

Bereinigungen (Sportklubs, Gewerkschaften u. dgl.) berge ernste Gefahren. Es wird dann ein systematisch aufgebauter Plan zur Bekämpfung der Mischehen vorgelegt. Den Schülern schon soll klar gemacht werden, 1. daß es für junge Katholiken gefahrvoll ist, Bekanntschaft mit Andersgläubigen anzuknüpfen, 2. daß Katholiken eine gültige Ehe nur vor dem katholischen Pfarrer schließen können, 3. daß der kirchliche Dispens für eine Mischehe keineswegs eine Billigung der Mischehe durch die Kirche bedeute und nur dann gegeben werde, wenn wirkliche Sicherheit für die Erfüllung der katholischen Forderungen vorliegt. Lehrern und Lehrerinnen sollen entsprechende Anweisungen zu „gelegentlicher Auswertung“ gegeben werden. In Jünglings- und Jungfrauen-Bereinen soll bei jeder Gelegenheit das Verderbliche der Mischehen beleuchtet werden. Die Mischehenpredigt soll nicht verlesen, sondern überzeugen; nicht abstoßen, sondern gewinnen. Statistische Angaben über die Zunahme der Mischehen seien höchstens beiläufig zu machen, weil ihre steigende Höhe deprimierend wirke und bei den Leichtfertigen die Scheu vor der Mischehe vermindern, ja vernichten könnte. Die Eltern werden an die Pflicht erinnert, sich um die Bekanntschaften ihrer Kinder zu kümmern. Sie dürfen nie zu einem gemischten Verhältnis ihre Zustimmung geben, es sei denn, daß sichere Aussicht auf die Bekehrung des andern Teils bestehe. Die verderblichen Folgen der Mischehe sollen deutlich und stark geschildert werden.

„Wenn die Katholiken immer wieder und immer deutlicher merken, daß unter den schlimmen Folgen der Mischehen jeder gesunde Organismus, sei es der Einzelpersönlichkeit oder der Familie oder der Kirche, in seinen Lebenskräften leiden muß, dann erst wird die richtige Überzeugung in allen Kreisen allmählich durchdringen.“ Kirchenzeitungen und Sonntagsblätter sollen die Gefahren der Mischehen an packenden Beispielen öfters beleuchten. Großes Gewicht legt das Hirtenschreiben auf die Behandlung gemischter Ehen im Beichtstuhl. Bei einer gemischten Bekanntschaft sind die Beichtenden vor der Eingehung einer gemischten Ehe zu warnen und anzuhalten, dem Pfarrer Befugnis zur Behandlung des Falles außerhalb des Beichtstuhles zu geben. Ein katholischer Verlobter, der die katholischen Bedingungen nicht erfüllen will oder an der gemischten Bekanntschaft festhält, ohne die Zustimmung des anderen Teils zu den katholischen Forderungen zu erlangen, darf nicht absolviert werden. Wenn ein gemischtes Paar sich beim Pfarrer zur Trauung anmeldet und die Auflösung des Verhältnisses nicht mehr zu erwirken ist, muß der Pfarrer die Dispensgründe nicht als bloße Formsache, sondern als „zentnerschwere Gewissenssache“ untersuchen und sich moralische Gewißheit über die Erfüllung der katholischen Forderungen verschaffen. Ist die gemischte Ehe abgeschlossen, bedarf sie einer besonderen Betreuung, der Versorgung mit katholischer Lektüre, der Einladung zu katholischen Veranstaltungen, des seelsorglichen Hausbesuches. Jeder Pfarrer soll eine besondere Liste oder Kartothek

über die Mischehen führen, Abwanderungen usw. mitteilen. Laienhelferinnen, Gemeindegewestern, Krankenpflegerinnen, Fürsorgerinnen sollen zum Mischehenapostolat erzogen werden. In diesem Zusammenhang empfiehlt das Hirtenschreiben als lehrreich die vom Evangelischen Bund über Mischehenpflege herausgegebene Schrift (3. Aufl. Berlin 1918, nebst Nachträgen von 1921). Die seelsorglichen Hausbesuche sollen sich auch auf die nicht katholisch geschlossenen Mischehen erstrecken. Es soll alles versucht werden, diese Ehen, die seit 1918 der kirchlichen Gültigkeit entbehren, zu „rekonziliieren“ und die „Restitution“ der Kinder an die katholische Kirche zu erlangen. Auf diese „Restitution“ soll auch bei der Einschulung der Kinder geachtet und der Einfluß der Mutter nach dem Reichsgesetz über die religiöse Kindererziehung vom 15. Juli 1921 ausgenutzt werden.

Die evangelische Kirche wird sich darauf einzustellen haben. Die steigende Zahl der Mischehen, durch den Geist der Zeit gefördert, wird sich, aufs Ganze gesehen, kaum eindämmen lassen. In dem Bestreben, sie zu mindern und im Einzelfall tunlichst zu verhüten, gehen wir mit der katholischen Kirche einig. In ihrer Praxis geht die evangelische Kirche ganz andere Wege. Soviel ist gewiß, ein harter, zäher Kampf um den Einfluß in der Mischehe ist unausbleiblich. Es war ein leicht-herziger Optimismus, wenn etliche geglaubt haben, der deutsche Episkopat werde sich für die Aufrechterhaltung der *constitutio provida* einsetzen. Man vergaß dabei, daß schon seit einem Jahrhundert das innere Gefüge der katholischen Kirche ein anderes geworden ist. Sie hat ja doch das Episkopalsystem längst endgültig verabschiedet zugunsten des Kurialsystems, und das Vatikanum hat das besiegelt.

Der erfahrene Superintendent einer Diaspora-Synode schloß schon vor vier Jahrzehnten, als wir ins Pfarramt gingen, jede Kreisynode mit seinem *ceterum censeo*: „Habt acht auf die Mischehen.“ Das gilt auch heute wieder.

7. Die Zahl der Konfirmanden.

Die Konfirmation als festeingewurzelte kirchliche Sitte hat in diesem Jahr ein Jubiläum erlebt. Sie ist 200 Jahre alt geworden. Das 16. und 17. Jahrhundert hat sie als feststehende kirchliche Sitte nicht gekannt. Die Ansätze in Straßburg¹⁾ und Hessen²⁾ sind bald verdorrt. Der Pietismus des aufsteigenden 18. Jahrhunderts hat sie wieder eingeführt. Am 4. April 1723 ist im „Herzogtum Württemberg“ die erste eigentliche Konfirmation öffentlich und feierlich gehalten worden. Das Konsistorium Stuttgart verfügte, daß die württembergischen Pfarrer dessen im Unterricht und im Gottesdienst, jedenfalls bei der Konfirmation selbst, Erwähnung tun und des Segens gedenken sollten, der seit zwei Jahrhunderten von ihr ausgegangen sei.

¹⁾ Bucer: „Ad Monasterienses“ und die Epitome 1548.

²⁾ Kasseler Kirchenordnung 1539.

Der Kirchenhaß hat längst erkannt, daß die Konfirmationssttte festgewurzelt ist und selbst durch die neuerfundene „Jugendweihe“ nur schwer entwurzelt werden kann. Man blickt schon auf eine ganze Reihe verunglückter Versuche zurück. Man will die Jugendweihe vollwertiger gestalten, damit sie konkurrenzfähiger werde gegenüber der Konfirmation. In Leipzig stellten sich etliche Intellektuellen in den Dienst dieser Sache, neuerdings selbst der Monistenbund. Machten die Freireligiösen bei den Klassikern ihre Anleihe (in vorsichtiger Auswahl) für eine „würdige Gestaltung der Jugendweihe“, so die Religionslosen bei Marx und dem von ihm inaugurierten neuen Zeitgeist. In Leipzig gab das „Allgemeine Arbeiterbildungsinstitut“ ein für die Jugendweihe hergestelltes Gedenkblatt heraus — Ersatz für den Konfirmationschein — mit einer lilienreinen Blume über dem berstenden, im Dunkel versinkenden Kreuz. Das soll wahrscheinlich ein Symbol der kommunistischen Ethik sein. Auch Glückwunschkarten zur Jugendweihe werden entworfen. Es wird der Jugend klar gemacht, daß die Zeit der Autorität vorüber und jeder Gedanke der Demut zu beseitigen sei. Schöne Früchte werden auf diesem Boden wachsen! Natürlich, der modernen Jugend gefällt das. Ob aber nicht auch hier allzuscharf schartig macht? Die Elternschaft bis weit hinein in die Kreise der kirchenfremden Massen bringt dem einstweilen noch geringes Verständnis entgegen. Wir glauben zwar, schon seit etlichen Jahren in den Großstädten eine Verminderung der Konfirmationsziffer unter das normale Maß wahrzunehmen; doch ist es schwer beweisbar, ob und inwiefern hier ein Einfluß der „Jugendweihe“ bemerkbar ist. Es kann auch eine andersartige soziale Schichtung die Ursache sein. Örtlich mag jene wohl mitsprechen.

Die Konfirmationsversagungen seitens kirchlicher Organe machen statistisch noch nicht viel aus. Preußen notierte 1921: 256, Bayern nur 13, sonst zeigt nur Sachsen eine höhere Zahl, 129. In den übrigen Landeskirchen — nur Anhalt hat 13 — bleibt sie unter 10, Hessen und die Hansestädte notieren gar keine. Vielleicht haben sich viele noch der Erhebung entzogen.

Die Konfirmandenziffern der letzten Jahre geben wir nachstehend. Für den Rückgang in Preußen seit 1920 sind die Abtretungen zu berücksichtigen. 1921 zeigt jedoch auch hier einen Aufstieg.

Die Gesamtzahl in Preußen war:

1914: 500 067	darunter aus Mischehen	19 025
1915: 523 301	„ „ „	19 550
1916: 547 400	„ „ „	20 047
1917: 529 461	„ „ „	19 537
1918: 528 989	„ „ „	20 253
1919: 522 259	„ „ „	18 705
1920: 500 948	„ „ „	19 449
1921: 507 357	„ „ „	18 976

Die Verteilung auf die einzelnen Provinzen ergibt für Preußen folgende Tabelle:

	1920		1921	
	Gesamtzahl	davon aus Mischehen	Gesamtzahl	davon aus Mischehen
Ostpreußen	42 476	189	42 580	166
Memelland	[2 236]	[3]	[2 212]	[7]
Freistaat Danzig	[4 837]	[244]	[4 375]	[181]
Grenz- u. Posen-Westpr.	4 476	60	4 530	55
Berlin	31 304	1 654	50 017	2 332
Brandenburg	64 380	1 487	49 030	681
Pommern	37 488	87	37 856	105
Schlesien	49 100	4 518	49 227	4 654
Sachsen	60 887	963	59 898	913
Westfalen	48 707	1 997	50 279	2 071
Rheinland	46 490	5 022	45 154	4 528
Ältere Provinzen	385 308	15 977	388 571	15 505
Schleswig-Holstein	28 682	301	29 673	346
Hannover	53 975	777	55 595	818
Hessen-Nassau	32 983	2 394	33 518	2 307
zusammen	500 948	19 449	507 357	18 976

Die unierte evangelische Kirche Polens hatte 1921: 14 419 Konfirmanden, darunter 185 aus Mischehen.

Die Schwankungen in der Reihe Berlin und Brandenburg erklären sich durch die mit der Bildung von Groß-Berlin gegebene anderweitige Abgrenzung. Die Gesamtsumme beider war 1920: 95 684, 1921: 99 047, also eine Steigerung. Gerade in Berlin hat sich die fest eingebürgerte kirchliche Sitte der Konfirmation als ein bedeutungsvolles Hindernis der Kirchenaustrittsbewegung bewiesen. Es ist bekannt, welchen Wert die Eltern, besonders die Mütter, auch bei religiöser Gleichgültigkeit der Familie auf die „Einssegnung“ ihrer Kinder legen. Darin steckt natürlich ein beträchtlicher sentimentalischer Einschlag. Dem wollen und müssen auch die Surrogate der Freigeister Rechnung tragen. Das wird mit allem Fleiß angestrebt, dennoch ist das Bewußtsein, daß hier ein Unzulängliches geboten wird, nicht auszutilgen. Mag die Jugendweihe nun im sentimentalischen Schwulst sich behaglich dehnen, oder in kommunistischem Kirchenhaß sich zuspitzen, beides ist nach dem gesunden Volksinstinkt kein Ersatz. Familien, die ohne Scheu bereit sind, ihre Kinder in religionslose Schulen zu geben, also von dem erzieherischen Wert der religiösen Gedankenwelt keine Ahnung haben, mögen doch die „Einssegnung“ ihrer Kinder nicht missen. Diese allein hat, in Berlin wenigstens, vielleicht auch anderwärts, wo man nicht ganz so sentimental gestimmt ist, manche Eltern abgehalten, den letzten Schritt zu tun. So hat die Konfirmation als bloße Sitte doch auch in etwa kirchenstärkend gewirkt. Das soll in ihrem Jubiläumsjahr nicht vergessen werden, gerade weil sie der Kritik so sehr ausgesetzt ist.

Die sogenannte „Konfirmationsnot“ — seit Jahrzehnten Gegenstand der kirchlichen Erörterung und der Besprechung auf mancher Synode und Pastoral-Konferenz — soll hier nicht erörtert werden. Nur eins

sei hier gesagt: Eine völlige Behebung dieser unzweifelhaften Not ist nicht zu erwarten, nur dem Idealisten erscheint sie leicht erreichbar. Alle Vorschläge — Verlegung der Konfirmation in ein reiferes Alter, Wegfall des Gelübdes — ziehen automatisch Schwierigkeiten hinter sich her, die die Not nicht abstellen, sondern wohl gar verschärfen. Es spricht in dieser Not der latente Unterschied zwischen Volkskirche und Freiwilligkeitskirche stark mit. Die Spannung zwischen beiden spricht sich aber nicht nur in der Konfirmation aus, sondern nahezu in allen kirchlichen Handlungen (Taufe, Trauung, Beerdigung). Es fällt eigentlich niemandem ein, das Gelübde der Taufpaten ebenso kritisch auf die Goldwaage zu legen, als etwa das Konfirmationsgelübde. Damit ist nicht gesagt, daß nicht manches an der Konfirmation zu bessern wäre (Trennung des gemeinsamen Abendmahls von der Konfirmationshandlung selbst, aber nicht Preisgabe desselben, natürlich ohne jeden auch nur den leisesten Zwang). Eine völlige Entleerung des Konfirmationsgelübdes, wie sie manche Neuerer wollen, würde die Konfirmation kirchlich entrechtet und ihren seit zwei Jahrhunderten bewährten Segen preisgeben. Zwischen dieser autoritätslosen Entleerung und der durchaus berechtigten Forderung der Wahrhaftigkeit und Freiwilligkeit dürfte ein Mittelweg wohl auffindbar sein. Schließlich wäre doch auch die ultima ratio der Konfirmationsversagung (siehe oben), wenn sie nur im seelsorgerlichen Sinn angewendet wird (nicht als Disziplinarakt, sondern als Bewahrung der Gutwilligen) noch zu handhaben.

Die übrigen Landeskirchen hatten folgende Konfirmandenziffern:

	1920		1921	
	Gesamtzahl	davon aus Mischehen	Gesamtzahl	davon aus Mischehen
Bayern r. d. Rheins . . .	30 911	2 924	32 872	3 339
Pfalz	12 529	1 694	12 803	1 722
Sachsen	93 676	3 182	93 527	3 381
Württemberg	39 210	1 856	38 942	1 763
Baden	21 507	2 494	19 483	2 735
Hessen	19 116	1 641	19 187	1 749
Thüringen	31 726	441	31 497	343
Anhalt	6 682	45	6 663	81
Mecklenburg-Schwerin	11 455	35	12 617	54
Mecklenburg-Strelitz .	2 055	1	2 112	7
Oldenburg	8 782	169	9 073	198
Braunschweig	8 454	205	9 330	224
Lippe	3 599	12	3 585	15
Schaumburg-Lippe . .	1 061	1	1 038	2
Waldeck	1 317	6	1 357	29
Hamburg	13 998	406	17 486	539
Bremen	5 328	130	5 778	116
Lübeck	2 321	23	2 404	18

Die Unterschiede der einzelnen Jahre sind im allgemeinen nicht so bedeutsam, um daraus sichere Rückschlüsse zu ziehen. Charakteristisch ist vielleicht der Aufstieg in Hamburg; Ähnliches beobachteten wir ja auch in Berlin. Die Jahre 1919 und 1920 standen noch unter dem Druck

der Kirchenfeindschaft. Sie ebbt ab, die kirchliche Sitte behauptet sich — mehr läßt sich hier nicht sagen. Vielleicht ist auch die steigende Zahl der aus Mischehen geborenen Konfirmanden ein günstiges Symptom. Ob hier eine Festigung der Mischehe im evangelischen Sinn vorliegt, oder ob das lediglich Ergebnis der Zunahme der aus Mischehen überhaupt geborenen Konfirmanden ist, läßt sich statistisch nicht zur vollen Gewißheit ausmachen.

8. Abendmahlsbeteiligung. Zahl der Kommunikanten.

Man lese vor den Tabellen dieses Abschnitts das im vorjährigen Jahrbuch S. 81 über die Wertung der Ziffern dieses Abschnitts Gesagte. Die für das Jahr 1920 festgestellte Zunahme der Kommunikantenziffer hat das Jahr 1921 fortgesetzt, sogar ein wenig, wenn auch nicht bedeutend, gesteigert. Aber es ist doch etwas, wenn endlich in die stete Abgleitung ein Stillstand gekommen ist, der nicht nur ein zufälliges Jahresergebnis war. Wir rechnen das unter die erfreulichsten Erscheinungsformen der kirchlichen Statistik.

Abendmahlsziffer für Preußen.

Provinz	Zahl der Abendmahlssteilnehmer				Vom Hundert der ev. Bevölkerung			
	1910	1919	1920	1921	1910	1919	1920	1921
Ostpreußen .	682 650	458 439	536 113	511 256	39,21	26,33	30,38	29,00
Memelland .	—	—	(44 788)	(41 739)	—	—	(33,70)	(31,31)
Westpreußen	344 326	252 480	—	—	43,64	31,99	—	—
Freist. Danzig	—	—	(57 961)	(55 316)	—	—	(27,96)	(26,69)
Grzm. Pos.-Wpr.	—	—	99 605	105 256	—	—	54,70	58,81
Berlin . .	245 076	214 618	219 041	331 430	13,91	12,70	12,97	19,62
Brandenburg	891 393	691 666	749 279	665 186	24,24	18,81	20,38	18,09
Pommern .	682 276	532 165	602 061	601 789	41,67	32,50	36,77	36,75
Posen . .	373 356	278 361	—	—	57,74	42,74	—	—
Schlesien .	866 835	721 947	797 467	788 558	39,42	32,83	36,26	37,03
Sachsen . .	904 861	632 962	668 592	648 405	31,97	22,36	23,63	22,91
Westfalen .	572 151	532 764	559 521	570 685	29,38	27,35	28,73	29,30
Rheinprovinz	442 698	418 653	422 493	437 389	21,07	19,92	20,11	20,83
Ältere Prov.	6 005 562	4 734 055	4 654 172	4 660 385	31,18	24,58	25,84	25,96
Schl.-Holstein	312 164	248 722	195 733	197 190	20,15	16,06	14,13	14,24
Hannover .	1 222 968	1 045 518	1 091 389	1 079 539	48,82	41,74	43,56	43,09
Hessen-Nassau	749 186	720 921	729 560	733 969	49,32	47,46	48,03	48,32
Ganz Preußen	8 289 881	6 749 216	6 670 854	6 681 083	33,39	27,14	28,48	28,59

Die unierte Kirche von Polen hatte 1920: 304 902 Abendmahlssteilnehmer; die Kommunikantenziffer war 79,62 %.

Wir haben in den obigen Spalten die Kriegsjahre mit ihrem Durchschnitt außer Ansatz gelassen (das vorjährige Jahrbuch gibt sie), da sie bezüglich der Abendmahlsziffer ganz anormal waren; dagegen ist, abweichend von den Vortabellen, das Jahr 1919 stehen geblieben, um den ruhigen Fluß der Entwicklung übersehen zu können. Scheinbar gibt ja

freilich das böse Jahr 1919 höhere absolute Ziffern; aber man wolle nur berücksichtigen, daß mit 1920 das verkleinerte Preußen zur Berechnung steht. Dieselbe Rechnungsweise, auf beide Jahre angewendet, würde für 1920 eine Kommunikantenziffer von 7 135 082 ergeben und für 1921 etwa 7,2 Millionen. Damit sind wir zwar hinter den Ergebnissen von 1910 noch weit zurück, aber der Anfang des Aufstiegs ist doch da. Ob er anhält, ist freilich zweifelhaft.

Beachtlich will uns erscheinen, daß an dem Aufstieg der Osten fast gar nicht beteiligt war, außer — Berlin. Doch ist hier die Grenze zwischen Berlin und Brandenburg wahrscheinlich anders gezogen, als in der staatlichen Statistik. Wir möchten also einstweilen dem Emporschnellen der Berliner Ziffern von 12,97 % auf 19,62 % keinen statistischen Wert beimessen. Doch hob sich die Gesamtzahl von Berlin und Brandenburg von 968 320 auf 996 616, also um rund 30 000. Das ist doch etwas, zumal sonst die Ergebnisse im Osten nicht gut sind. Die Besserung haben die drei Westprovinzen Rheinland, Westfalen und Hessen-Nassau gebracht. Einzelne Jahresergebnisse sagen freilich nicht viel, im Vorjahr waren Pommern, Schlesien und Hannover diejenigen Provinzen, die den Aufstieg in erster Linie veranlaßten. Dennoch scheint es uns beachtlich und für die kirchliche Zukunft nicht unbedeutsam, daß jetzt die Industrieprovinzen auf diesem Marsche an erster Stelle stehen. Ostpreußen steht schlecht und hat seit zehn Jahren nicht weniger als 10 % eingebüßt; dagegen weist die kleine Grenzmark die bei weitem beste Verhältniszahl unter allen preußischen Provinzen auf; sie steht gerade doppelt so hoch als die von Ostpreußen. Möchte die alte Treue der früher Posenschen Diaspora hier heimisch werden.

Über die Konstanz der Verschiedenheiten in den einzelnen Provinzen, die man nur vom Standpunkt der religiösen Volkskunde aus und mit Kenntnis der geschichtlichen Entwicklung versteht, ist im vorjährigen Jahrbuch S. 83 einiges gesagt. Man darf hier gewiß nicht die Kommunikantenziffer schlechtthin als Maßstab der Kirchentreue oder gar der Gottesfurcht hinstellen. Es ist nur einer unter vielen, allerdings einer der bedeutsamsten.

Für die außerpreußischen Landeskirchen geben wir — die drei letzten Berichtsjahre absichtlich nebeneinanderstellend — nebenstehende Übersicht der Abendmahlsteilnahme.

Diese Tabelle zum Reden zu bringen, lohnt sich schon. Man vergleiche zunächst einmal die Reihe der absoluten Zahlen in den Jahren 1919 und 1920. Da zeigen nahezu alle Landeskirchen — mit einziger Ausnahme von Hamburg und Bremen — daß sie an dem Aufstieg des Jahres 1920 teilnahmen. Auch Thüringen gehört dahin. Man muß nur bedenken, daß Koburg ausschied und hier mit dem Jahresergebnis von 10 260 Abendmahlsteilnehmern im Jahre 1920 Bayern zugerechnet wurde. Beläßt man diese um der gleichartigen Berechnung willen 1920 noch bei Thüringen, so stand die Kommunikantenziffer mit 358 739 nicht

Abendmahlsziffer sämtlicher deutscher Landeskirchen.

Landeskirche	Zahl der Abendmahlsteilnehmer				Vom Hundert der ev. Bevölkerung			
	1910	1919	1920	1921	1910	1919	1920	1921
Bayern rrbh. . .	870 540	872 951	913 153	932 826	61,02	61,19	60,55	62,23
„ Pfalz . . .	224 103	208 990	211 480	213 922	44,23	41,25	41,74	42,22
Sachsen . . .	1 561 392	1 222 073	1 276 336	1 217 160	36,88	27,11	28,30	26,99
Württemberg . .	694 836	687 067	694 329	697 038	41,64	41,18	41,61	41,77
Baden . . .	360 035	345 702	358 171	375 889	47,20	42,11	43,34	45,77
Hessen . . .	399 471	389 311	395 043	399 375	41,11	45,91	46,59	47,10
Thüringen . . .	459 964	352 054	348 479	346 342	30,90	24,11	24,17	23,79
Anhalt . . .	84 308	59 480	61 143	60 458	27,02	18,87	19,39	19,18
Mecklbg.-Schw. .	186 883	116 134	130 446	110 554	30,69	18,91	21,24	18,00
„ -Strel. . .	19 810	13 726	15 017	16 324	19,51	13,52	14,79	16,08
Oldenburg . . .	57 765	52 495	52 608	52 509	15,68	14,26	14,27	14,13
Braunschweig . .	120 722	81 771	84 597	87 892	26,01	17,62	18,23	18,76
Lippe . . .	72 611	55 921	61 075	59 760	52,65	38,84	42,42	41,33
Schaumb.-Lippe .	36 501	30 988	31 697	31 269	75,14	70,34	71,41	70,98
Waldeck . . .	40 277	33 563	36 018	34 957	71,48	58,05	62,30	62,05
Hamburg . . .	70 069	64 045	60 891	65 224	7,40	6,94	6,63	7,07
Bremen . . .	21 207	19 928	19 057	19 956	7,08	7,73	7,39	7,78
Lübeck . . .	16 463	14 872	15 437	15 195	18,87	13,33	13,84	13,82

unbeträchtlich über der von 1919. Auch wenn man diese Zahl von Bayern absetzt, bleibt doch noch eine sehr beträchtliche Zunahme auch für Bayern. Den gehobenen Stand von 1920 haben nun wieder die meisten Landeskirchen gehalten, selbst Braunschweig, Hamburg und Bremen; dagegen zeigt Sachsen einen sehr starken Rückgang, ebenso Mecklenburg-Schwerin, einen geringen Schaumburg-Lippe, Lippe und Lübeck.

Anders wird das Bild, wenn man die letzten Ergebnisse mit denen des Normaljahres 1910 vergleicht. Da zeigt sich, daß an dem oft beklagten Rückgang der Abendmahlsbeteiligung in den letzten 12 Jahren, an dessen Hebung man mit allerlei symptomatischen Mitteln gearbeitet hat, die süddeutschen Landeskirchen überhaupt nicht beteiligt gewesen sind. Die Last fällt — außer auf Preußen, das hier natürlich den Löwenanteil hat, — fast nur auf Sachsen, Thüringen und Anhalt, Mecklenburg und Braunschweig. Selbst die Hansestädte sind nicht nennenswert beteiligt, aber nur weil der denkbar tiefste Tiefstand von ihnen schon vorher erreicht war.

Recht drastisch treten die Verschiebungen des letzten Jahrzehnts in den Verhältniszißern obiger Tabelle zutage. Man darf nur nicht vergessen, daß die von 1910 noch zurückgerechnet sind auf den Bevölkerungsstand von 1905. Bayern, Württemberg und Hessen stehen besser als vor 12 Jahren, Baden nur wenig schlechter. Die kleineren Landeskirchen Oldenburg, Mecklenburg-Strelitz, Schaumburg-Lippe, Waldeck sind zwar gewichen, aber nicht so sehr bedeutsam. Auch die Pfalz gehört hierher. Böse aber ist der Rückgang in Sachsen von 36,88 auf 26,99%, in Thüringen von 30,90 auf 23,79%, in An-

halt von 27,02 auf 19,18 ‰, in Mecklenburg-Schwerin von 30,69 auf 18,00 ‰, in Braunschweig von 26,01 auf 18,76 ‰. Auch Lippe gehört hierher mit 52,65 und 41,33 ‰, und selbst Waldeck mit 71,48 und 62,05 ‰. Aber in den beiden letzten übertrifft der jetzige Stand doch noch weit den Durchschnitt. Mecklenburg-Schwerin, das typische Land für den Rückgang der Abendmahlsziffer, der hier unaufhaltsam zu werden droht, hatte zwar 1920 einen hoffnungserweckenden Aufstieg. Der ist schnell wieder zerronnen, die alte Lethargie ist wieder da. Nun gibt es auch in den günstig stehenden Landeskirchen Bezirke, die zwar unter demselben Gesetz der Entwicklung stehen, wir müssen jedoch um der Kürze willen auf die Einzelaufstellung verzichten. Nur einige Stichproben: die sächsischen Großstadt-Ephorien stehen weit unter dem Mittel: Chemnitz I: 18,9, II: 20,6; Dresden I: 18,2, II: 17,4; Leipzig I: 13,9, II: 18,2. Dagegen gehen ländliche Bezirke hoch über den Durchschnitt, so Annaberg mit 36,7, Dippoldiswalde mit 38,9, Grimma mit 36,1, Großenhain mit 42,8, Schneeberg mit 41,8, die ganze Oberlausitz (zum guten Teil Diasporagebiet) mit 38,1, die Spitze hält Marienberg mit 46,8.

In Hessen ist ein starker Unterschied zwischen Oberhessen und Starkenburg. Man berechnet dort die Kommunikantenziffer nach dem Prozentsatz der Erwachsenen, — eine allerdings korrektere, aber schwer durchführbare Rechnungsart (jährliche Verschiebungen). Dort zeigt die Sup. Oberhessen 113 ‰, Mainz 71,2, Darmstadt nur 47,1. Den tiefsten Stand haben in Starkenburg die Dekanate: Darmstadt (30,2) und Offenbach (31,5); in Rheinhessen Worms (47,8); den höchsten in Oberhessen Grünberg (151,6) und Hungen (154,9).

Im allgemeinen darf man mit der Entwicklung der Abendmahlsziffer in den letzten beiden Berichtsjahren 1920 und 1921 wohl zufrieden sein. Sie gestattet doch wohl, aus ihr auf eine in der Tiefe schlummernde Zunahme des religiösen Gefühls zu schließen. Oder sollte es nur eine Erstarkung der kirchlichen Sitte sein? Wohl kaum, denn auf andern Gebieten liegen bestimmte Parallelerrscheinungen für dies eingeschränkte Gebiet nicht so deutlich vor, um das zu bejahen. Oder ist es Begleiterscheinung zunehmender Mystik in der religiösen Gedankenwelt? Vielleicht spricht das schon mit. Der reine Intellektualismus verliert ja an Boden, automatisch gewinnt das Sakramentale (vgl. Hochkirche). Noch liegen die Ursachen nicht klar. Die Entwicklung der nächsten Jahre wird gerade hier bezeichnend sein. Die kirchliche Statistik von 1920 und 1921 gibt hier einiger Hoffnung Raum. Wenn das böse Jahr 1919 wohl den Eindruck erwecken konnte, als sei es in absehbarer Zeit aus mit aller Gottesfurcht im Lande, als sei die Kirche ein auf Abbruch zu versteigerndes haufälliges Haus, wie etliche höhnisch jubelten, andere pessimistisch befürchteten, so hat die Folgezeit doch wieder Raum gegeben für das alte Wort des Jeremias: „Ich will euch geben Zukunft und Hoffnung.“

9. Verhältnis der kirchlichen Beerdigungen zu den Sterbefällen. Feuerbestattungen.

In diesem Abschnitt müssen wir uns übler Nachrede des Berichtsjahres 1920 schuldig geben. Eigentümlich war's, daß das böse Jahr 1919 die kirchliche Beerdigungsziffer in keinerlei Weise beeinflusst hatte. Sie war nicht gesunken. Für 1920 glaubten wir im Vorjahr einen scharfen Rückgang von 89,63 % auf 81,61 % für Ostpreußen feststellen zu müssen; das ist in der Verhältnis-ziffer, Gott sei Dank, doch ein Irrtum gewesen; sie fiel zwar, aber nicht wesentlich, nur auf 87,67 %. Die im vorjährigen Jahrbuch S. 88 gegebenen absoluten Zahlen sind richtig, auch die Tatsache, daß der Ausfall kirchlicher Beteiligung bei der Beerdigung meist auf Berlin und die Provinz Sachsen entfällt, ein wenig auch auf das Rheinland. Die Zunahme kommunaler Friedhöfe erleichtert das.

Für Preußen gilt mit Hinzufügen des Jahres 1921 folgende Aufstellung:

Provinz	Verhältnis kirchlicher Bestattungen zu den Sterbefällen				
	1910	1915—18	1919	1920	1921
Ostpreußen	84,43	88,73	89,90	90,16	91,24
Memelland	—	—	—	73,81	65,26
Westpr. bezw. Freist. Danzig .	83,63	90,15	88,07	83,84	85,36
Posen bezw. Grenzmark .	88,71	—	92,59	93,18	91,52
Berlin	63,87	79,44	83,63	77,08	82,59
Brandenburg	80,12	84,14	88,50	86,54	86,16
Pommern	78,49	91,81	92,93	90,19	91,36
Schlesien	83,35	87,82	88,95	87,45	96,12
Sachsen	80,89	86,12	88,51	84,17	87,12
Westfalen	96,48	96,95	93,97	96,79	95,14
Rheinprovinz	87,56	92,07	94,26	91,38	91,28
Ältere Provinzen	80,19	88,14	89,63	87,67	87,61
Schleswig-Holstein	79,89	89,43	86,87	83,58	83,96
Hannover	95,45	97,63	95,22	94,29	95,24
Hessen-Nassau	93,85	96,99	92,60	92,26	90,81
Ganz Preußen	83,37	89,50	90,29	88,39	88,37

Die Unierte Evangelische Kirche von Polen hatte 91,91 %.

In der diesjährigen Tabelle holen wir auch die Verhältnis-ziffern der neuen Provinzen für 1920 nach, die vor Jahresfrist nicht feststellbar waren. Berlin zeigt eine Zunahme der kirchlichen Beerdigungsziffer; Hessen-Nassau eine Abnahme; im allgemeinen liegen Unterschiede zwischen 1921 und 1920 kaum vor; das Endergebnis ist nahezu gleichlautend. Wir legen der hier zu ermittelnden Zahl den geringsten Wert bei unter allen das „kirchliche Leben“ betreffenden Feststellungen. Berlin hatte 1921: 32521 Sterbefälle Evangelischer und 26860 kirchliche Beerdigungen. Trotz der oben erwähnten Besserung der Beerdigungsziffer sind doch hier die Ausfälle zahlenmäßig stark, nämlich 4730.

Etwas größer noch sind sie in Sachsen: 5052, und Schlesien: 5260, am geringsten in Hannover mit 1509 und Westfalen mit 1230. Die Ausfälle betreffen fast nur die Städte und Industriebezirke, aber auch hier vorzugsweise die ost- und mitteldeutschen. Der Unterschied tritt oft recht drastisch zutage. Wir gaben schon im Vorjahr die einschlägigen Zahlen einiger Großstädte, die klar erkennen lassen, wieviel stärker die christliche Beerdigungssitte im Westen steht. Die Todes- und Beerdigungsfälle Evangelischer waren 1921 in Magdeburg 2376 und 1721, in Halle 2307 und 1361 (also nur etwa die Hälfte aller Todesfälle hatte kirchliche Beerdigung). In Schlesien steht das Industriegebiet Waldenburg verhältnismäßig am schlechtesten mit 74,76 ‰, eine Ziffer, die noch hoch über den beiden erwähnten sächsischen Städten steht. Königsberg hat 3433 und 2642, Stettin 3080 und 2103. Und nun vergleiche man damit einmal die kirchliche Beerdigungszahl westlicher Großstädte und Industriemittelpunkte. In Westfalen hatten Dortmund 2753 und 2677, Bochum 2706 und 2616, Gelsenkirchen 2211 und 2184, Hagen 1396 und 1330, Recklinghausen 1892 und 1874.

Hier — im eigentlichen Industriegebiet — sind die Ausfälle kaum nennenswert, ein Zeichen, daß die dortige Arbeiterschaft keineswegs so im Bann des Kirchenhasses steht, wie etwa in der Provinz Sachsen. Bielefeld hat prozentual etwas stärkeren Ausfall, die Zahlen stehen 1900 zu 1673. Im Rheinland liegen ähnliche Verhältnisse vor: Köln hatte 1738 und 1426, Duisburg 2527 und 2084, Elberfeld 1606 und 1300, Barmen 1391 und 1140, Solingen 1483 und 1288, M.-Gladbach 1194 und 1114, Düsseldorf gar 1589 und 1524. Diese Unterschiede dürften für die religiöse Volkskunde nicht uninteressant sein.

Die außerpreußischen Landeskirchen hatten in den Jahren 1920 und 1921 folgende kirchliche Beerdigungsziffer: Bayern 98,69 und 99,09, Pfalz 94,02 und 96,16, Sachsen 97,15 und 97,30, Württemberg 94,83 und 93,19, Baden 94,2 und 95,5, Hessen 95,28 und 94,76, Thüringen 82,23 und 95,23. In den meisten ist die Inanspruchnahme der Kirche für die Bestattungsfeier noch ziemlich ungebrochene Sitte. Wo Reste vorliegen, werden auch diese durch kirchliche Sitte (bzw. Unsitte) bestimmt, z. B. Nichtbeteiligung bei der Bestattung von noch nicht konfirmierten Kindern, eine Nachlässigkeit, die immer mehr überwunden wird.

Feuerbestattungen.

Über die Zahl der Krematorien und Einäscherungen geben wir nebenstehende Aufstellung (nach der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, II. Jahrg., Heft 4):

Von den 19507 Eingäscherten des Jahres 1921 waren 16131 evangelisch, 914 katholisch, 77 altkatholisch, 452 jüdisch, 1933 freireligiös,

1910:	23	Krematorien	6 079	Einäschierungen
1911:	29	"	7 555	"
1912:	34	"	8 870	"
1913:	40	"	10 168	"
1914:	43	"	11 138	"
1915:	48	"	10 650	"
1916:	49	"	11 463	"
1917:	52	"	13 942	"
1918:	52	"	15 873	"
1919:	53	"	15 905	"
1920:	54	"	16 846	"
1921:	55	"	19 507	"

dissidentisch oder ohne Angabe des Bekenntnisses. Die Zunahme des Jahres 1921 beruht wesentlich auf der Verteuerung der Erdbestattung, besonders dem mit Dauerfärgen betriebenen Wucher.

Neuerdings hat der „Verein der Freidenker für Feuerbestattung“, von dem der Vorwärts behauptet, daß er nahezu 250 000 Mitglieder zähle, einen heftigen Vorstoß gegen die Kirche unternommen unter Vorspann seiner Tendenzen. Er hielt im Oktober in Berlin etwa 20 öffentliche Versammlungen ab, um für den Kirchenaustritt zu agitieren; der Erfolg war freilich geringfügig. Wichtiger als diese Aktion ist es, daß er auf seiner letzten Generalversammlung beschlossen hat, nicht nur, wie schon bisher, die Beteiligung eines Geistlichen an der Bestattungsfeier abzulehnen, sondern auch von den neu eintretenden Mitgliedern die Bescheinigung über den erfolgten Kirchenaustritt zu verlangen und unter den bisherigen Mitgliedern energisch für den Kirchenaustritt zu arbeiten (Vorwärts 1922, Nr. 515). Da die Bestattungskosten recht hoch sind und dieser Verein absichtlich niedrig gehaltene Beiträge fordert, liegt hier für viele eine gewisse Versuchung vor. Inzwischen aber haben die stark erhöhten Kohlenpreise hier doch ein Beto eingelegt. Der Vorstand des Vereins sah sich selbst zu der Erklärung veranlaßt, daß ein „Rechtsanspruch“ der Mitglieder auf die Ermäßigungen nicht bestehe — es soll sogar kostenfreie Feuerbestattung unter gewissen Voraussetzungen versprochen worden sein — und daß nötigenfalls erhöhte Beiträge und Nachzahlungen verlangt werden müßten. So sind die wirtschaftlichen Vorteile, mit denen man werben geht, doch nur täuschender Schein. Von dem genannten Verein zu unterscheiden ist der „Volksverein für Feuerbestattung“, der die Mitwirkung von Geistlichen freigibt und sich religiös völlig neutral hält. Bezeichnend ist, daß in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung eine Anfrage gestellt wurde, ob es Tatsache sei, daß der Magistrat in den beiden städtischen Krematorien auf Antrag die Kosten der Feuerbestattung ohne weiteres stunde oder gar erlasse (!). Die Berliner Stadtsynode hat einen Ausschuß eingesetzt, der die Möglichkeit der Errichtung eines kirchlichen Krematoriums prüfen soll. So berichtet wenigstens der Preßverband.

Da die Kosten der Erdbestattung sich ins Ungeheure gesteigert haben und die der Feuerbestattung künstlich niedergehalten werden, zeigt das

Jahr 1921 eine verhältnismäßig starke Zunahme der letzteren. Doch dürfte das Jahr 1922 wohl kaum eine weitere Zunahme in diesem Ausmaß zeitigen. Die Kirche Großberlins hat eine eigene, gut arbeitende kirchliche Beerdigungsverficherung ins Leben gerufen, wo der Einzelne bis zu 100 000 M. sich versichern kann. Auch in München und Mecklenburg sind ähnliche Organisationen geschaffen worden.

Interessant ist, daß der „Verein der Freidenker für Feuerbestattung“ in Nachahmung kirchlicher Sitte am letzten Totensonntag eine Gedächtnisfeier der Verstorbenen veranstaltete mit dem Abgeordneten Crispin als Redner. Ein gleiches tat auch der oben erwähnte „Volksverein für Feuerbestattung“, der die Mitwirkung von Geistlichen freigibt. Ihm diente sehr bereitwillig der Pfarrer Bleier aus Charlottenburg.

Über die kirchliche Beteiligung bei Feuerbestattungen in Preußen geben wir folgende Aufstellung:

Provinz	Kirchliche Beteiligung bei Feuerbestattungen				
	1917	1918	1919	1920	1921
Ostpreußen	27	37	82	117	147
Westpr. bezw. Freistaat Danzig	74	72	121	124	?
Grenzmark	—	—	—	2	—
Berlin	436	585	680	782	1105
Brandenburg	150	166	205	258	142
Pommern	37	27	41	49	31
Schlesien	179	232	280	230	244
Sachsen	173	212	213	240	275
Westfalen	17	3	33	17	17
Rheinprovinz	65	60	67	127	81
Ältere Provinzen	1158	1394	1722	1946	2042
Schleswig-Holstein	42	79	57	96	74
Hannover	12	7	6	3	3
Hessen-Nassau	260	306	149	299	294
Ganz Preußen	1472	1786	1934	2344	2413

Bayern r. d. Rh. hatte 1920: 548 (doch kamen davon 182 auf Koburg), 1921: 652. Die Pfalz in den beiden Jahren 25 und 32. Sachsen 2343 und 2570. Württemberg 577 und 722. Aus Baden liegen Ziffern nicht vor. Hessen hatte 1920: 197, 1921 fehlen Notierungen). Mecklenburg (beide) 11 und 5. Thüringen 1328 und 1317. Anhalt 1920: 45, 1921 ohne Angabe. Braunschweig 98 und 155. In Lippe, Schaumburg-Lippe und Waldeck sind keine Krematorien. Lübeck hatte 57 und 73. Bremen 658 und 650. Hamburg 590 und 360.

Von den 1317 kirchlichen Beteiligungen bei Feuerbestattungen in Thüringen sind eigentümlicherweise für Gotha, den Sitz des ältesten Krematoriums, nur 9 notiert. Wir können nicht entscheiden, ob nicht hier eine irrige Berichterstattung vorliegt. Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen.

10. Kirchen-Übertritte und -Austritte.

Aus besonderer Veranlassung war im vorjährigen Jahrbuch dieser Abschnitt ausführlich behandelt. Besonders auch der Konfessionswechsel zwischen evangelischer und katholischer Kirche, über den die breite Öffentlichkeit sich in stetem, von gewisser Seite gepflegtem Irrtum befindet, kam zur eingehenden Darstellung, sowohl bezüglich seiner Ergebnisse, als auch der hinter diesen stehenden psychologischen Wertung. Wir können diesmal kürzer sein. Wir verweisen auf die Sätze des Vorjahrs: „Schon die beiden Jahrzehnte vor dem Krieg brachten den Konfessionswechsel in lebendigeren Fluß; während des Krieges erstarrte er. Jetzt löst sich die Erstarrung, die Flüssigkeit ist größer als zuvor. Das ist geradezu das Charakteristikum der beiden Jahre 1919 und 1920, und wird auch 1921 noch einbeziehen, ja vielleicht noch lange nachwirken.“

Die Ergebnisse des Jahres 1921 bestätigen diese Vermutung durchaus. Die Übertritte von Katholiken zur evangelischen Kirche haben sich wieder etwas vermehrt. Dagegen sind der Übertritte von Evangelischen zur katholischen Kirche (NB. nach katholischer Aufrechnung) rund 500 weniger gewesen. Der Überschuß auf evangelischer Seite ist um rund 1000 gewachsen.

Im Konversionsausgleich mit Freikirchen und christlichen Sekten, der seit mehr als einem Jahrzehnt zuungunsten der evangelischen Kirche ausfällt, hält dieses Ergebnis an. Beiderseits bringt das Jahr 1921 eine Zunahme. Nur der Abschluß mit dem Judentum, statistisch wenig bedeutend, aber psychologisch interessant, steht ziemlich fest bei derselben Zahl. Auch der Austausch mit dem Atheismus fällt noch weitaus zuungunsten der Kirche, doch ist hier eine rückläufige Bewegung deutlich erkennbar für 1921.

Die Kirchenaustritte erfuhren eine Verminderung von 305 584 im Jahre 1920 auf 246 075 im Jahre 1921. Die Eintritte früherer Religionsloser jedoch, zum größten Teil „Rückwanderer“, hoben sich von 7211 auf 24 387. Das ist das Gesamtbild der Konversionsbewegung.

a) Der Konfessionsaustausch mit dem Katholizismus.

Für ganz Deutschland gilt umstehende Gesamtaufstellung.

In Preußen ist 1921 gegen das Vorjahr eine Zunahme der Übertritte von Katholiken um rund 300 zu verzeichnen. Auch in Bayern stehen sie verhältnismäßig hoch; eine Verminderung ist in Sachsen zu notieren. Doch steht das Gesamtergebnis um rund 430 höher als im Vorjahr. Daß wir dem zweiten Teil der Tabelle keinerlei statistischen Wert beimessen, ist von uns schon oft erwähnt (vgl. Jahrb. 1922, S. 93). Die evangelische Kirche kann von sich aus über die Austritte zum Katholizismus nicht vollständig orientiert sein. Wie die Gesamtbilanz der Konversionsbewegung zwischen beiden Kirchen sich stellt, haben wir im vorjährigen Jahrbuch aus besonderer Veranlassung ausführlich ab-

Landeskirche bezw. Provinz	1				2			
	Übertritte von Katholiken zur evangelischen Kirche				Austritte v. Evang. z. kath. Kirche (soweit amtlich festgestellt ist)			
	1910	1919	1920	1921	1910	1919	1920	1921
Ostpreußen	152	263	405	378	37	20	17	22
Memelland	—	—	(20)	(13)	—	—	—	—
Westpreußen	378	417	—	—	24	47	—	—
Freistaat Danzig	—	—	(191)	(267)	—	—	(4)	(12)
Grenzgm. Posen-Westpr. . . .	—	—	64	83	—	—	12	2
Berlin	672	554	490	606	34	14	50	34
Brandenburg	428	446	453	338	17	16	28	18
Pommern	101	162	213	169	5	10	13	4
(Posen)	241	137	—	—	30	30	—	—
Schlesien	1 707	2 120	2 754	2 903	92	165	154	247
Sachsen	314	256	384	368	21	20	32	30
Westfalen	645	1 049	1 362	1 557	112	140	152	207
Rheinprovinz	945	1 144	1 366	1 362	140	96	127	287
Ältere Provinzen	5 583	6 548	7 491	7 764	501	558	585	851
Schleswig-Holstein	104	130	145	156	6	4	11	5
Hannover	227	247	300	313	18	17	23	30
Hessen-Nassau	212	224	349	348	19	13	85	20
Ganz Preußen	6 126	7 149	8 285	8 581	544	592	704	906
Bayern	277	438	787	952	126	249	465	261
Sachsen	962	513	808	634	47	92	48	22
Württemberg	126	157	188	219	47	135	125	124
Baden	165	190	272	327	44	49	86	106
Hessen	196	188	231	257	20	23	38	37
beide Mecklenburg	37	67	71	82	—	3	—	3
Thüringen	58	68	85	68	13	25	34	8
Anhalt	20	22	15	32	1	—	—	5
Braunschweig	108	89	67	73	7	9	4	3
Oldenburg	63	84	76	103	5	3	1	1
beide Lippe u. Wald. . . .	10	32	16	22	—	—	2	3
Hansestädte	122	156	116	105	23	2	1	1
Ganz Deutschland	8 270	9 154	11 017	11 455	877	1 191	1 508	1 480

Die unierte Evang. Kirche Polens notierte 102 Übertritte von Katholiken und 51 Austritte zur katholischen Kirche.

gehandelt. Für 1920 standen den 11 017 Übertritten von der evangelischen zur katholischen Kirche nach katholischer Aufrechnung 8617 Übertritte von Katholiken zur evangelischen Kirche gegenüber.

Die Ruhmredigkeit der „Germania“ zwang uns im Vorjahr, auf den Konversionsausgleich zwischen der evangelischen und katholischen Kirche in Deutschland besonders einzugehen. Sie hatte behauptet, daß die katholische Kirche volle Ursache habe, damit zufrieden zu sein. Zahlenmäßig läßt sich jedoch nachweisen, daß der Katholizismus hier übel abschneidet. Natürlich macht das rein numerisch im Aufbau der Konfessionen nichts aus, ist aber doch psychologisch beachtlich insofern, als hier statistisch unter Nachweis gestellt wird, daß

es mit der behaupteten „Kirchentreue“ der Glieder der katholischen Kirche durchaus nicht so berühmt aussieht, als man uns dort glauben machen will. Noch in jedem Jahre war seither die Zahl der zur evangelischen Kirche übertretenden Katholiken weit größer, als umgekehrt die Zahl der zur katholischen Kirche übertretenden Evangelischen. Die Gesamtlage in ganz Deutschland wird durch folgende Zahlenreihe gekennzeichnet, worin a) die Zahl der zur evangelischen Kirche übergetretenen Katholiken, b) die der zur katholischen Kirche übergetretenen Evangelischen wiedergibt. Die Zahl a ist in der amtlichen evangelischen, die Zahl b in der amtlichen katholischen Statistik festgestellt.

	Jahresdurchschnitt					
	1910	1914	1915—18	1919	1920	1921
a)	8296	7372	5236	9154	11017	11454
b)	4779	4484	3870	7295	8565 *)	8035
Evangelischer Überschuß	3517	2888	1366	1859	2452	3419

Während des Krieges waren die Übertritte hin und her zwischen beiden Kirchen zurückgegangen. Seitdem tritt die Konversionsbewegung wieder in ein lebhafteres Tempo. Seitdem erreicht aber auch der evangelische Überschuß nahezu wieder den Stand von 1910. Das Jahr 1921 steht mit 11 454 Übertritten von Katholiken zur evangelischen Kirche zu Buche. Das ist um so bemerkenswerter, als durch die Abtretungen ein Zuflußgebiet von meist katholischer Bevölkerung in Wegfall gekommen ist. Das verminderte Preußen von 1921 hatte weitaus mehr katholische Übertritte zur evangelischen Kirche als das alte Preußen mit viel stärkerer katholischer Bevölkerung. Das heißt doch mit andern Worten, die Kirchentreue des katholischen Volksteils ist keineswegs gewachsen, sie befindet sich in dauerndem Niedergang gegenüber der evangelischen Kirche.

Der Statistiker der katholischen Kirche, P. Krose, erkennt natürlich das hier gegebene Zahlenmaterial durchaus an. Seine psychologische Begründung, zum Teil durchaus zutreffend, schließt jedoch auch sehr einseitig Geschehenes ein. Er schreibt im 11. Band des Kirchlichen Handbuchs S. 304 (es erscheint erst im Lauf dieses Monats, die Druckbogen sind uns freundlichst zur Verfügung gestellt): „Daß im Austausch mit dem Protestantismus die katholische Kirche in Deutschland nicht gewinnt, sondern verliert, ist sehr begreiflich. Die Übertritte hängen in weitestem Maße mit den gemischten Ehen zusammen. Denen ist aber die katholische Bevölkerung mit ihrer doppelt so großen Diaspora doppelt so stark ausgesetzt, als die evangelische.“ [Diese Rechnungsweise mischt Zutreffendes und Unzutreffendes; das erwähnte unstreitig vorliegende Zahlenverhältnis betrifft nur die Relation der Zahl der Mischehen zu der der einheitlichen Ehen jeder Konfession. In jeder geschlossenen Mischehe ringen zwei gleichartige Faktoren um den größeren Einfluß. Da steht alles gleich zu gleich. Wohl aber ist die Gefährzone des „Abfalls“ — hier ganz

*) Korrigierte Ziffer — im Vorjahr notierte die kathol. Statistik hier 8617.

abgesehen von der Mischehe — für den Katholiken doppelt so groß.] „Hinzu kommt, daß die katholische Kirche jedes ihrer Mitglieder, das die Pflicht der katholischen Kindererziehung durch eigene Schuld (!) nicht erfüllt, vom Empfang der Sakramente ausschließt. Solche Katholiken fühlen sich naturgemäß religiös vereinsamt und verstoßen und sind leicht zum Übertritt zum Protestantismus zu bewegen.“ Das ist völlig zutreffend, ist aber auch zugleich ein Zugeständnis, daß die rigorose Stellung der katholischen Kirche in der Mischehe nur förderlich wirkt auf die Übertrittsziffer. Eines „Bewegens“ bedarf es da meist gar nicht mehr. Wir könnten eine deutsche Großstadt nennen, in der scharenweis katholische Glieder aus Mischehen zur evangelischen Kirche drängen. Auch damit hat Krose recht, wenn er sagt, daß zwischen katholischer und evangelischer Diaspora ein großer Unterschied sei. Wir haben das unsrerseits oft betont, aber Krose und wir meinen das in sehr verschiedener Bedeutung. Gewiß ist die soziale Schichtung nicht dieselbe. Es ist aber ein großer Irrtum, als ob in der evangelischen Diaspora im wesentlichen nur Angehörige der gebildeten Stände den Protestantismus repräsentierten und nun, weil sie den gebildeten Ständen angehören, kirchentreuer seien. Und wieder ist's ein Irrtum, als ob in der katholischen Diaspora vorzugsweise nur Menschen der sozial niedrigeren Schichten zu finden seien und als ob dies allein oder doch in erster Linie der innere Grund ihres „Abfalls“ sei. Der Grund der größeren Kapitelfestigkeit der evangelischen Diaspora und der größeren Hilflosigkeit der katholischen Diaspora liegt viel tiefer. Er ist in der inneren Struktur beider Kirchen begründet. Wir haben uns früher des öfteren darüber ausgelassen, auf katholischer Seite ist man darauf nicht eingegangen. Nun möchten wir auch hier schweigen. Vollends unbegreiflich ist uns die völlig veraltete Anschauung Kroses, als ob der Übertritt zum Protestantismus sozialen und materiellen Gewinn, der zum Katholizismus sozialen Schaden bringt. Das war ja niemals in dem Umfang der Fall, als das katholische Vorurteil sich vorstellte, ist aber seit etlichen Jahren in sein offensichtliches und völlig unbestreitbares Gegenteil verkehrt. Die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche ist zurzeit ein sehr wertvoller Empfehlungsbrief für alle Staatsämter. In Berlin ist augenblicklich nichts vorteilhafter für einen jungen Mann, der Karriere machen will, als Katholik oder wohl gar Konvertit zu sein. Das ist doch ein offenes Geheimnis, das kaum noch bestritten wird. Es gibt ein Ministerium, in dem kaum noch evangelische Räte zu finden sind. Nun, es geht auch so; wir denken nicht daran, im Stil der Germania „Paritätsklagen“ anzustimmen, und würden das vollends in jetziger Zeit für höchst unangezeigt halten. Aber die oben erwähnte Scheinbegründung dürfen wir doch nicht unwidersprochen lassen.

Auf unsere im Vorjahr gegebene Berechnung der Verhältniszahlen geht Krose nicht weiter ein. Es ergab sich nämlich für 1920, daß auf je 100 000 Katholiken 57,01 Übertretende zur evangelischen Kirche kamen, auf je 100 000 Evangelische 22,57 Übertretende zur katholischen Kirche. Das wäre etwa die Schlüsselzahl der beiderseitigen Kirchentreue.

Wir verzichten aber gern darauf, diese Rechnungsweise auf 1921, wo sie noch viel ungünstiger für den Katholizismus sein würde, und auf die kommenden Jahre zu erstrecken, und möchten nicht unnötig verschärfen. Die Germania aber möge wissen, daß wir ihre tendenziösen „statistischen“ Spielereien, die keine Spur von objektiver wissenschaftlicher Erkenntnis zeigen, anfassen werden, wo wir sie finden. Krose als wissenschaftlich arbeitender Statistiker ist damit natürlich nicht zu identifizieren, geschweige denn dafür haftbar zu machen. Unsere vorjährige Widerlegung der Germania erwähnt er überhaupt nicht. Aber auch dieses Schweigen ist berecht.

Aus der Übertrittsbewegung beider Kirchen hin und her geben wir für die Jahre 1920 und 1921 folgende Gesamtaufstellung mit Unterscheidung der einzelnen Landesteile, wobei a auch hier die Übertritte von Katholiken zur evangelischen Kirche nach authentischer Feststellung der evangelisch-kirchlichen Statistik, b den Übertritt von Evangelischen zur katholischen Kirche nach authentischer Feststellung der katholisch-kirchlichen Statistik wiedergibt.

Provinzen und Länder	1920			1921		
	a.	b.	Evang. Überschuß	a.	b.	Evang. Überschuß
Ostpreußen	405	285	120	378	245	133
Grenzmark Posen-Westpr. . .	64	77	— 13	83	66	17
Berlin	490	827	116	606	728	216
Brandenburg	453			338		
Pommern	213	114	99	169	83	86
Schlesien	2 754	988	1 766	2 903	763	2 140
Sachsen	384	291	93	368	230	138
Westfalen	1 362	1 504	— 142	1 557	1 488	69
Rheinprovinz m. Hohenzollern	1 366	1 858	— 492	1 362	1 877	— 515
Schleswig-Holstein	145	79	66	156	95	61
Hannover	360	217	83	313	229	84
Hessen-Nassau	349	385	— 36	348	286	62
Preußen	8 285	6 625	1 660	8 581	6 090	2 491
Bayern	787	629	158	952	631	321
Sachsen	808	186	622	633	164	469
Württemberg	188	202	— 14	219	217	2
Baden	272	405	— 133	327	479	— 152
Hessen	231	184	47	257	143	114
beide Mecklenburg	71	25	46	82	31	51
Thüringen	85	68	17	68	55	13
Anhalt	15	20	— 5	32	11	21
Braunschweig	67	19	48	73	24	49
Oldenburg	76	63	13	103	47	56
beide Lippe und Waldeck . .	16	17	— 1	22	10	12
Hansestädte	116	122	— 6	105	128	— 23
Ganz Deutschland	11 017	8 565	2 452	11 454	8 030	3 424

Der evangelische Überschuß ist in einem Jahre um rund 1000 gewachsen. Krose (Kirchl. Handbuch, 11. Bd., S. 298. 299) weist darauf

hin, daß die unter b gegebene Aufstellung der Übertritte von Evangelischen zur katholischen Kirche keineswegs vollständig sei. Es seien nur die aufgezählt, die „nachweislich“ der evangelischen Kirche angehörten. Außer Ansatz gelassen seien ferner die gleichzeitig mit den Eltern aufgenommenen Kinder [was auch bei uns der Fall ist, die Konversionsstatistik bezieht sich nur auf Konfessionsmündige, die aus eigenem Antrieb kommen] und die Aufnahme „in der letzten Krankheit“, bei denen die vorherige Einholung der bischöflichen Genehmigung nicht möglich war. Es scheint demnach, als ob die Konversionen in periculo mortis kanonisch doch nicht für ganz vollwertig gelten; unsrerseits stände ihrer statistischen Aufrechnung nicht das mindeste im Wege. S. 299 meint Krose, „daß die Zahl der im Jahre 1921 übergetretenen Protestanten wohl noch mindestens um 1000 höher sei als angegeben“ (8044 resp. 8030); S. 305 schätzt er den Mehrertrag auf etwa 500 („die wirklichen Gesamtzahlen sind um mindestens 500 in jedem Jahre höher anzusetzen“). Das mag die katholische Statistik halten, wie sie will; Schätzungen haben vor dem Forum der exakten Statistik geringen Wert, jedenfalls keinerlei Beweiskraft. Über 1000 hinaus kann man hier aber nicht schätzen, da der Gesamtübertritt zur katholischen Kirche nur wenig über 9200 steht. Aber auch wenn man auf Grund der Vermutung der katholischen Kirche noch 1000 Konvertiten, die geschätzte Höchstziffer, zugesteht, bleibt doch noch ein sehr erklecklicher evangelischer Überschuß.

Für die evangelische Konfessionsstatistik ist es nicht uninteressant, zu wissen, woher wir diesen Überschuß nehmen und wo bei uns Verluste vorliegen. Eigentümlicherweise sind das seit Jahrzehnten ganz konstante Kurven, wenigstens in der Hauptlinie. Auf evangelischer Gewinnseite steht weitaus Schlesien an der Spitze, nach ihm Sachsen (Freistaat), doch sind dort die Übertritte von Katholiken in den letzten Jahren sehr zurückgegangen. Es gab früher Jahre, in denen sie nahezu 1000 betrugen. Der Abfluß geht dort nach anderer Richtung. Bezeichnend ist, daß Bayern seit Jahren evangelischen Überschuß liefert. Württemberg steht immer an der Grenze des Ausgleichs, so auch Westfalen unter den preußischen Provinzen. Stehende Verlustgebiete für uns waren in den letzten Jahren eigentlich nur die Rheinprovinz und Baden. Daß 1920 auch einige kleinere Bezirke dort stehen (die Grenzmark, Anhalt, selbst Hessen-Nassau) ist statistischer Zufall; Westfalen und Württemberg, 1920 auch dort befindlich, sind 1921 über die Mittellinie hinübergeschneilt. Eigenartig aber ist es, daß die Hansestädte, und zwar in den letzten Jahren dauernd (Hamburg) mehr katholische Konvertiten haben, als zur evangelischen Kirche übertretende Katholiken. Das schlägt der Kroseschen Theorie, wonach die soziale Stellung ausschlaggebend ist, direkt ins Gesicht.

Von der in obiger Tabelle sich darstellenden Gesamtlage hat das katholische Volk in seinen weiteren Schichten keinerlei Ahnung. Das darf's auch nicht wissen. Die Germania hat oder fühlt den Beruf, diese

statistischen Ergebnisse tunlichst zu frisieren und dem katholischen Laien ein ganz anderes Bild vorzuführen. Die katholische Kirche aber weiß genau Bescheid. Wir geben ihr und ihren Dienern jede gewünschte Auskunft und sind nach dem hier einschlägigen Zahlenmaterial in diesem Jahr mehrmals gefragt worden. Es scheint, als ob die katholische Kirche selbst erst seit etlichen Jahren hinter den wirklichen Stand der Dinge gekommen sei, z. B. daß die Mischehe schon seit 40 Jahren aufgeführt hat, Gewinn für Rom zu liefern. Vielleicht haben die sachkundigen statistischen Arbeiten Kroses drüben den Star gestochen. Sie werden auf die Dauer auch nicht daran vorbeikommen, die Illusion zu zerstören, auch gegenüber dem katholischen Volk, als stehe es mit der Konversionsbilanz zwischen beiden Kirchen sehr gut für Rom, wie die Germania bislang unentwegt behauptete.

Inzwischen werden Versuche bekannt, durch energische Propaganda, gerade in den „Mittelpunkten des protestantischen Heerlagers“ Roms Stellung aufzubessern. In der Provinz Sachsen halten katholische Diasporageistliche in den Zeitungen angezeigte aufklärende Vorträge, um den Protestanten die „Borurteile“ zu benehmen, mit denen sie von Jugend auf erfüllt sind gegen die katholische Religion. In Berlin hält ein Ordensmann in der Maria-Viktoria-Kapelle im vornehmen NW. („dem großen Schauspielhaus gegenüber“) sieben Wochen lang religiöse Vorträge über das Gesamtthema: „Des deutschen Volkes tiefste Sehnsucht und Erfüllung“. Diese Vorträge wollen — laut Anzeige — „dazu dienen, Nichtkatholiken ein wahres Bild vom Wesen und Wirken der Kirche Christi zu geben. Jede Polemik ist ausgeschlossen. Sie wollen lediglich belehren, nicht bekehren.“ Umrahmt werden sie von Orgelvorträgen. Es wird nicht unterlassen, zu betonen, daß der Eintritt für jedermann frei ist und die Kapelle eine der besten Orgeln Berlins besitzt. Katholiken ist jedoch der Zutritt nur gestattet unter der Bedingung, daß sie einen Nichtkatholiken einführen (!). Wir glauben, das alles wird eines erklärenden Kommentars kaum bedürfen. Vielleicht sieht die Konversionsstatistik in zehn Jahren anders aus. Wir möchten hier nur an ein recht deutliches, seinerzeit sehr zeitgemäßes Wort Luthers erinnern: „Dieweil wir nun einmal in das rechte Spiel gekommen, wollen wir sehen lassen, daß die Deutschen nicht so ganz grobe Narren sind, daß sie römische Praktiken gar nicht wissen oder verstehen.“

Von evangelischen Übertritten zur katholischen Kirche machte der von Frä. v. Jezschwitz, Tochter des vormaligen Prof. D. v. Jezschwitz in Erlangen, einiges Aufsehen. Romantische Neigungen waren wohl die Triebfeder; auch einige Geschwister der Konvertitin sollen vor ihr diesen Weg gegangen sein.

In Italien trat Msgr. Lorenzo Perosi, Dirigent der päpstlichen Kapelle und Präsident der römischen Hochschule für Kirchenmusik, der Waldenserkirche bei. Die „Volkskirche“ meldet den Übertritt des Prinzen Egon Karl Hohenlohe, erzbischöflichen Vikar und Pfarrer in Hermannstadt, zur evangelischen Kirche. Er soll Anwärter für einen bischöflichen

Stuhl gewesen sein. Die Frankfurter Zeitung (30. Jan. 1923) brachte zuerst diese Nachricht; ihr müssen wir die Verantwortung überlassen. Es wird wohl der Gedanke der Verehelichung im Spiel gewesen sein.

Die Germania bringt oft Notizen, die bei ihren Lesern den Eindruck erwecken sollen, als sei die katholische Kirche auf dem ganzen Erdenrund ein fester, unerschütterlicher Turm in ihrem äußeren Bestande. Eine Notiz (1923, Nr. 36) zieht einen Vergleich des Bestandes in den Missionsländern zwischen den Jahren 1822 und 1922 und kommt da zu Ergebnissen, die statistisch nicht angefochten werden, aber in Wirklichkeit sehr wenig besagen. Die nordischen Länder Schweden und Norwegen werden vor einem Jahrhundert mit 10, jetzt mit 5147 Katholiken aufgeführt. Dänemark mit 100 und 8780. Holland mit 350 000 und 1 950 000. Hinterindien mit 400 000 und 1 200 000. Japan und Korea mit 10 000 und 170 000. Kanada mit $\frac{1}{2}$ Million und 2 Millionen; es wird auch nicht unterlassen, den 5 Bischöfen und 30 Priestern von 1822 die jetzigen 38 Bischöfe nebst 6 Apostolischen Vikariaten in Kanada gegenüberzustellen. [NB.: 38 Bischöfe auf 2 Millionen Seelen in Kanada (!); in Deutschland zählt das Bistum Paderborn allein 1 688 106 katholische Seelen, Münster 1 700 000, das Erzbistum Köln, für sich ohne Suffragan-Bistümer, 3 418 442 Seelen; man kann aus diesen Zahlen ermessen, was es mit den 38 „Bischöfen“ in Kanada für 2 Millionen Seelen auf sich hat; der deutsche Katholik als Leser der „Germania“ überträgt die deutschen Vorstellungen aufs Ausland und macht sich natürlich ein der Wirklichkeit wenig entsprechendes Bild.] Die Vereinigten Staaten werden 1822 mit 400 000, 1922 mit annähernd 18 Millionen Katholiken aufgeführt, unter 16 Erzbischöfen, 93 Bischöfen und 21 650 Priestern. Australien und Neuseeland werden 1822 mit einem einzigen Priester genannt, der sich heimlich dort aufhielt, 1922 mit 1 200 000 Katholiken unter 9 Erzbischöfen, 19 Bischöfen und 1500 Priestern. Die Inseln Ozeaniens 1922 mit 270 000 Katholiken, 22 Vikariaten, 6 Präfecturen und 600 Priestern. Die Tendenz, mit Zahlen zu prunken, tritt hier sehr deutlich in die Erscheinung. All diese Zahlen sind natürlich Ergebnis der Aufschließung jener überseeischen Länder für den Völkerverkehr. Was sie beweisen sollen, beweisen sie durchaus nicht, nämlich den unaufhaltsamen Siegeslauf der katholischen Kirche auf dem ganzen Erdenrund. Von England und Amerika wird ja unermüdlich eine glanzvolle „Rekatholisierung“ behauptet. Es ist nur eigentümlich, daß die letzten Jahrzehnte durchaus kein prozentuales Wachstum des katholischen Anteils der Bevölkerung dort nachweisen. Die Niederlande mit 2 444 852 Katholiken nach der Volkszählung von 1920 hatten 1910: 35,04, 1920: 35,60 % Katholiken. Der prunkhafte Ausbau der Hierarchie in all den Ländern, die Neuland sind für Rom, verdeckt das, daher die Aufzählung der Bischöfe und Erzbischöfe. Gewiß leidet die evangelische Kirche Deutschlands durch die Austrittsbewegung zahlenmäßig auch jetzt noch starke Verluste (vgl. Ziffer c dieses Abschnitts). Die katholische Kirche ebenso. Daß auch eine Abfallbewegung größten Ausmaßes die katholische

Kirche im vormaligen Österreich drückt, erfahren viele Katholiken Deutschlands nur beiläufig. Nur die Kenner wissen davon. Eben die Gepflogenheit der Germania, den bevorstehenden Zusammenbruch des Protestantismus jahrzehntelang unentwegt zu weisagen und die eigenen Schäden zu verdecken, zwingt uns, davon auch ein Wort zu sagen.

In Wien war die Zahl der zur evangelischen Kirche übertretenden 1918: 1681, 1919: 7472, 1920: 7910, 1921: 8108. In der Tschechoslowakei wies die Volkszählung vom 15. Februar 1921 einen Bestand von 5216169 Katholiken auf gegen 6489818 in der früheren Zählung, also eine Abnahme von 1272649. Nicht weniger als $\frac{1}{5}$ ihrer Glieder hat die katholische Kirche dort verloren. Die neubegründete „romfreie“ tschechoslowakische Kirche zählt 437377 Glieder, die evangelische „Brüderische“ Kirche 236144 Seelen, 658076 haben sich als bekenntnislos bezeichnet. In Prag ist die Zahl der Katholiken von 92,64% im Jahre 1910 auf 58,4% im Jahre 1921 zurückgegangen; ein Drittel der Bevölkerung, früher fast alles Katholiken, ist konfessionslos. Zur tschechischen evangelischen Kirche traten 1921: 44862 Personen über. Der Abfluß zur romfreien tschechisch-nationalen Kirche geht weiter. Diese Kirche gab im Herbst 1922 bekannt, daß sie monatlich im Durchschnitt 3000 Glieder gewinne. Der Gesamtverlust Roms an diese Kirche wurde auf $1\frac{1}{2}$ Mill. geschätzt und wird jetzt wohl die zweite Million überschritten haben. Doch das ist nicht allein das Indizium der kritischen Lage. Die Allgem. Ev.-luth. KZ. (1922, Nr. 46) berichtet, daß es innerhalb der katholischen Kirche in Böhmen einen Verband gibt, die sog. Jednota, aus dem die Führer der Abfallbewegung hervorgingen, der bis zur Stunde die schismatische Idee weiter betreibt. Lange sah Rom diesem Treiben ratlos zu. Mitte Juli 1922 wurde der Verband durch päpstliches Dekret aufgelöst, sämtliche Mitglieder wurden exkommuniziert, falls sie nicht innerhalb vierzehn Tagen ihren Austritt anmeldeten und ihre Unterwerfung anzeigten. Aber der Verband ist geheim; die katholische Kirchenleitung weiß nicht, wie viele Priester ihm noch angehören. Sie kennt nur etliche Führer der Bewegung. Aus dem Aufruf der Jednota geht hervor, daß die Widerspenstigen sich zwar formell der Kirche unterworfen haben, um die Verbindung mit ihr nicht zu verlieren, aber ihre Ziele weiter verfolgen (Aufhebung des Zölibats, nationaler Kultus, schließlich völlige Romfreiheit). Der Aufruf sagt: „Es kann nicht geleugnet werden, daß die römisch-katholische Kirche die tschechische Nation niedergeschlagen hat. . . Wir erklären feierlich, daß wir uns nach dem göttlichen Muster Christi und nach dem leuchtenden Beispiel des Meister Johann Hus dem ungerechten Urteil unserer Bergewaltiger unterwerfen, der Kirche aber ebenso Treue bewahren.“ (!) Religiösen Wert hat dieser Abfall in sich freilich wohl nicht, den Mut offener Bekenntnistreue mit der Hinnahme aller Konsequenzen vermag er nicht aufzubringen. Eben das erschwert die Lage der katholischen Kirche. Mit Gewalt wird hier nichts ausgerichtet. Die Feinde im Haus sind verderblicher und für Rom gefährlicher als die Masse der Ausgetretenen.

Ein Führer der Jednota, Pfr. Zahradnik in Brodski, einer der Gründer und Hauptförderer der tschechoslowakischen Nationalkirche, ist völlig ausgetreten und konfessionslos geworden. Die 658000 Bekenntnislosen in Böhmen machen 9,87% der Bevölkerung aus. Dem inneren und äußeren Gefüge der katholischen Kirche wird diese Abfallbewegung gewiß keinen sonderlichen Schaden tun. Wir möchten die ultramontane Presse nur bitten, dasselbe Urteil auch ihrerseits auf die evangelische Kirchenaustrittsbewegung zu erstrecken und das Märchen vom „Zusammenbruch des Protestantismus“ dahin zu verweisen, wohin es gehört, nämlich in die Rumpelkammer.

b) Der Konfessionsaustausch mit Freikirchen und christlichen Sekten.

Wir geben nebenstehende Gesamtaufstellung.

Hier zeigt das Berichtsjahr 1921 keinen wesentlichen Unterschied gegen das Vorjahr, das Gesetz der „wachsenden Verflüssigung“ zeigt sich auch hier, und zwar diesmal — das ist eine kleine Abschattierung für 1921 — etwas stärker für die Eintritte in die Kirche (Zunahme von 1035 auf 1497), als für die Austritte (Zunahme von 7243 auf 8602). Doch überwiegen die letzteren noch durchaus. Das wird auch wohl noch für längere Jahre so bleiben. Die Zunahme der Eintritte fällt fast nur auf Hannover, ein wenig auch auf Ostpreußen, Rheinland und Westfalen. Die außerpreussischen Landeskirchen haben in beiden Jahren wenig Unterschied, nur Anhalt liefert Überschuß. Die Austritte zu außerkirchlichen Religionsgemeinschaften haben besonders in Ostpreußen zugenommen (Masuren), ein wenig auch in den vorhergenannten beiden Westprovinzen nebst Sachsen und Schleswig-Holstein. Berlin-Brandenburg zeigt eine wesentliche Abnahme der Austritte; die Austrittsbewegung geht hier in anderer Richtung — doch wird man sich bewußt bleiben müssen, daß hier die Ziffern der tatsächlich vollzogenen Austritte den Latbestand doch nur zum Teil wiedergeben. Die „ernsten Bibelforscher“ mit ihren konfuseen Aufstellungen machen rege Propaganda und sammeln mit ihrer phantastischen Eschatologie viele religiös ratlos Gewordene aus den unteren Ständen um ihr Panier, ohne daß diese sofort den Entschluß zum Austritt aus der Kirche fassen. In Bayern und Württemberg wuchs die Zahl, in Sachsen, von jeher lebhaft beteiligt, blieb sie konstant. Thüringen ging nach einem Aufstieg des Jahres 1920 auf das Normalmaß zurück.

Wohin die Austretenden, die andern Religionsgemeinschaften beitreten, sich wenden, kann für Preußen leider nicht beantwortet werden. Die sächsische Statistik zählt 546 Austritte zu den Methodisten, 86 zu den Baptisten, 547 zu andern christlichen Sekten, 43 zu den Apostolischen Gemeinden älterer und neuerer Ordnung; Württemberg: 346 zu den Apostolischen Gemeinden (alt: 10, neu: 336), 65 zu den Methodisten, 44 zu den Adventisten, 5 zu den Baptisten, 10 zu den

Konfessionsaustausch mit Freikirchen und christlichen Sekten.

Landeskirche bezw. Provinz	1				2			
	Übertritte v. Angehörigen christlicher Sekten zur ev. Kirche.				Austritte von Evangelischen zu christlichen Sekten			
	1910	1919	1920	1921	1910	1919	1920	1921
Ostpreußen . . .	60	71	68	138	185	116	391	1290
Memelland . . .	—	—	(4)	(3)	—	—	(18)	(22)
Westpreußen . . .	30	46	—	—	35	68	—	—
Freistaat Danzig	—	—	(8)	(13)	—	—	(2)	(23)
Grenzgm. Posen-Westpr.	—	—	8	7	—	—	15	4
Berlin . . .	104	56	194	34	103	61	23	49
Brandenburg . . .	77	30	51	18	278	214	535	193
Pommern . . .	35	31	62	43	63	305	271	317
Posen . . .	20	16	—	—	40	103	—	—
Schlesien . . .	45	52	40	93	238	311	220	158
Sachsen . . .	35	30	34	38	224	168	184	279
Westfalen . . .	173	74	89	107	488	490	573	674
Rheinprovinz . .	132	66	93	119	434	555	369	432
Ältere Provinzen .	711	472	639	597	2088	2391	2581	3396
Schleswig-Holstein .	17	7	3	9	41	76	126	375
Hannover . . .	52	41	18	252	171	206	133	285
Hessen-Nassau . .	42	30	19	35	286	218	501	330
Ganz Preußen . .	822	550	679	893	2586	2891	3341	4386
Bayern . . .	33	42	27	57	255	242	231	346
Sachsen . . .	130	90	122	121	960	1681	1289	1245
Württemberg . . .	48	100	94	84	244	428	813	1115
Baden . . .	4	10	2	17	137	153	324	361
Hessen . . .	17	20	48	65	92	208	555	643
beide Mecklenburg .	1	8	18	21	44	28	57	162
Thüringen . . .	32	20	12	46	82	199	403	198
Anhalt . . .	5	1	15	177	24	14	81	20
Braunschweig . . .	2	5	5	2	19	19	33	20
Oldenburg . . .	8	1	5	7	37	53	45	47
bd. Lippe u. Walb.	—	1	1	2	18	141	62	40
Hansestädte . . .	15	3	7	5	33	10	9	19
Ganz Deutschland .	1117	851	1035	1497	4531	5999	7243	8602

Die unierte Evang. Kirche Polens notierte 1921: 14 Übertritte aus christlichen Freikirchen und 61 Austritte.

Darbyisten, 70 zu der Russel-Sekte, 8 zu den Szientisten, Verschiedene 64.

Statistisch macht das alles wenig aus, doch sind diese Austritte qualitativ und im Einzelfall bedauerlicher, als die statistisch viel schwerer ins Gewicht fallenden Austritte zur Religionslosigkeit.

c) Der Konfessionsaustausch mit dem Judentum.

Darüber umstehende Gesamtaufstellung.

Die Übertritte von Juden zur evangelischen Kirche betrugen in Deutschland seit 1890 etwa 13400. 1910 waren es 467, 1914: 432,

Konfessionsaustausch mit dem Judentum.

Landeskirkh	1				2			
	Übertritte von Juden zur evangel. Kirche				Austritte von Evangelischen zum Judentum			
	1910	1919	1920	1921	1910	1919	1920	1921
Preußen	360	353	324	252	54	98	55	47
davon Berlin	196	129	119	108	37	22	14	10
Bayern	12	20	28	15	6	7	2	3
Sachsen	35	24	23	33	9	20	6	—
Württemberg	4	11	10	5	—	—	1	1
Baden	5	7	5	7	3	3	6	7
Hessen	5	6	5	11	—	2	2	9
beide Mecklenburg . .	1	5	1	2	—	—	—	1
Thüringen	12	10	3	1	1	4	8	3
Anhalt	—	1	1	3	—	2	—	—
Braunschweig	2	1	7	3	—	—	—	—
Oldenburg	—	2	—	1	—	—	—	—
beide Lippe u. Wald . .	3	—	1	2	—	—	—	—
Hansestädte	28	32	44	26	4	1	2	—
ganz Deutschland . . .	467	472	452	361	77	137	82	71

1915: 327, 1916: 358, 1917: 365, 1918: 375, 1919 brachte die Höchstziffer mit 472, 1920: 452, 1921: 361. Von den preußischen Provinzen hatten jüdische Übertritte in den Jahren 1920 und 1921: Ostpreußen 13 und 9, Berlin-Brandenburg 135 und 108, Pommern 10 und 11, Schlesien 37 und 36, Sachsen 17 und 16, Westfalen 12 und 6, Rheinland 20 und 25, Schleswig-Holstein 7 und 8, Hannover 17 und 15, Hessen-Nassau 16 und 17. Von den 33 jüdischen Übertritten in Sachsen kamen je 10 auf Leipzig und Dresden, 2 auf Chemnitz, 5 auf die Oberlausitz. Frankfurt hatte 1919: 15, 1920: 8, 1921: 8; Hamburg 1919: 26, 1920: 36, 1921: 23.

d) Der Konfessionsaustausch mit dem Atheismus.

Darüber nebenstehende Gesamtaufstellung — die erste authentische des Jahres 1921.

Die Kirchenaustrittsbewegung hat mit dem Jahre 1920 zwar ihren Höhepunkt überschritten, dennoch hat sie auch 1921 zahlenmäßig noch große Erfolge gehabt, größere, als wir nach den im Laufe des Jahres sich ansammelnden Stichproben glauben annehmen zu dürfen. Wieder haben rund 246 000 der Kirche den Rücken gekehrt. Die Zahl ist zwar um rund 60 000 geringer als im Vorjahr, aber es wird doch der Tatsache ins Auge zu sehen sein, daß in den drei Jahren 1919—1921 rund 780 000, die bisher evangelische Christen hießen, das Band, das sie mit der Kirche verband, zerschnitten haben. Das ist zwar, gemessen am Gesamtbestand des deutschen Protestantismus mit rund 40 Millionen, und verglichen mit den Verlusten der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei von über 2 Millionen, noch keine erschütternde Zahl, aber es steckt doch in ihr viel Verkennung, Bitterkeit und Verhegung.

Konfessionsaustausch mit dem Atheismus.

Landeskirche bzw. Provinz	1			2			
	Übertritte v. Religions- losen z. evangel. Kirche			Austritte aus der evangel. Kirche zur Religionslosigkeit			
	1919	1920	1921	1910	1919	1920	1921
Ostpreußen	10	53	636	31	182	607	4 890
Memelland	—	—	—	—	—	(10)	(12)
Westpreußen	9	—	—	29	1 123	—	—
Freistaat Danzig . .	—	(3)	—	—	—	(421)	(415)
Grenz- u. Posen-Westpr.	—	—	3	—	—	56	80
Berlin	95	211	723	3 726	41 341	48 663	33 548
Brandenburg	94	651	1 434	3 097	38 589	33 517	9 922
Pommern	15	28	155	154	2 768	2 271	1 111
Posen	1	—	—	6	62	—	—
Schlesien	16	1038	2 017	308	1 548	22 627	4 536
Sachsen	20	906	5 627	507	17 282	21 583	24 590
Westfalen	49	550	1 194	585	9 275	17 669	8 099
Rheinprovinz	148	356	717	817	20 279	16 826	12 655
Ältere Provinzen . .	457	3793	12 506	9 260	132 441	163 819	99 431
Schleswig-Holstein . .	22	151	1 070	665	8 472	24 429	8 146
Hannover	7	613	663	246	8 543	6 275	2 019
Hessen-Nassau	8	31	115	164	1 224	2 140	2 758
Ganz Preußen	494	4588	14 354	10 355	150 680	196 663	112 354
Bayern	31	38	190	176	396	1 695	2 283
Sachsen	63	789	3 802	336	16 069	50 759	96 367
Württemberg	26	21	26	137	640	1 159	1 722
Baden	31	18	20	252	596	1 243	950
Hessen	—	—	—	66	104	416	468
beide Mecklenburg . .	2	1	10	1	16	16	5 683
Thüringen	2	538	3 996	128	3 423	35 715	19 243
Anhalt	5	430	1 134	28	88	10 720	1 144
Braunschweig	2	4	11	98	1 089	799	1 868
Oldenburg	3	11	12	45	496	165	437
beide Lippe u. Walb.	—	—	1	—	30	9	23
Hansestädte	36	473	831	694	56 151	6 225	3 533
Ganz Deutschland . .	695	7211	24 387	12 296	229 778	305 584	246 075

Die unierte Evang. Kirche Polens hatte 3 Eintritte Religionsloser, und ebenso 3 Austritte zum Atheismus.

Dennoch entbehrt ein Blick in die vorstehende Tabelle auch nicht der beruhigenden Momente. Sehr lehrreich ist hier ein Blick auf die räumliche Verteilung der Austrittsziffern und der Vergleich auf diesem Boden mit dem Vorjahr.

Preußen hatte 1921 84 000 Kirchenaustritte weniger als 1920. Berlin-Brandenburg zählte 1919: 79 930, 1920: 82 180, 1921 aber nur 43 470. Westfalen ging von 17 669 auf 8 099 zurück. Rheinland von 16 826 auf 12 655. Schlesien von 22 627 auf 4 536. Schleswig-Holstein von 24 429 auf 8 146. Hier ist der

Niedergang in die Augen fallend. In Ostpreußen dagegen setzte die Bewegung 1921 überhaupt erst ein, in Sachsen behauptete sie ihre Höhe, ja stieg von 21583 auf 24590.

Die süddeutschen Landeskirchen haben überhaupt keine Massenaustrittsbewegung im norddeutschen Sinn erfahren. 1919 waren der Austritte in Süddeutschland 1736, 1920: 4513, 1921: 5423. In Thüringen hob sich die Zahl 1920 plötzlich zu steiler Höhe, um 1921 bedeutsam abzusinken. In Hamburg wütete der Sturm sofort 1919, seitdem wird's dort immer stiller. Was der Sturm an welken Blättern lösen konnte, scheint einstweilen gelöst zu sein.

Daß die Ziffer von 1921 nicht viel bedeutender absank, liegt lediglich an Mitteldeutschland, vor allem am Freistaat Sachsen. Hier hat sich die fast überall zurückgehende Austrittsziffer 1921 nahezu verdoppelt. Man vergleiche einmal die sächsische Zahlenreihe obiger Tabelle mit der anderer Bezirke. Natürlich spricht im roten Sachsen der fanatische Religionshaß stark mit, wie es z. B. in der Schulpolitik und in dem feindseligen Verhalten des Staates gegenüber den äußeren Lebensbedingungen der Kirche offen zutage tritt. Hier tritt der Sozialismus, der in Preußen als Partei eine gewisse Neutralität mit Vorsicht behauptet, ganz offen und ungeschönt, mit allen Mitteln parteiischen Nachdrucks, für den Kirchaustritt ein. Aushungerung der Kirche ist dort offene Parole. Das ist nicht ohne Wirkung geblieben auf die Massen. Niemand konnte sich der Erkenntnis der amboßartigen Lage der Kirche in Sachsen entziehen, es sei denn, daß man die Tatbestände nicht sehen wollte. Aber wie wenig selbst Theologen hier orientiert sind, dafür ein drastisches Beispiel. In der „Christl. Welt“ (1922, Nr. 32) lasen wir eine sehr sympathische Würdigung des leider so früh verstorbenen Prof. Gottfr. Naumann. Da wurde auch mit Recht seines Eintretens für die religiöse Gedankenwelt bei der Arbeiterschaft gedacht. Es wurde vom Berichterstatter (Pfr. Liebster in Thékla) dabei leider der Vermutung Raum gegeben, die verhältnismäßig geringe Zahl der Kirchaustritte in Sachsen (!) sei auf dieses Wirken Naumanns zurückzuführen. Man mag sich den Schreck eines Statistikers vorstellen, der Derartiges lesen muß. Eine der allernuesten Forderungen scheint uns die zu sein, aus der Welt der bloßen Vorstellung und parteipolitischen Orientierung zurückzukehren in die Welt der Wirklichkeit. Die Kirchenkunde hat mit den Tatbeständen doch etwas mehr zu tun als die Kirchenpolitik.

Bemerkenswert erscheint uns aber vor allen Dingen die erste Hälfte obiger Tabelle, welche die Übertritte aus der Religionslosigkeit zur Kirche aufzählt. Das sind mit verschwindender Ausnahme Rücktritte früher Ausgetreter. Deren waren 1919 erst rund 700, 1920 schon 7200, 1921 über 24000, davon über 14000 in Preußen. Daß selbst auf Thüringen fast 4000 und auf Anhalt über 1100 kommen, ist hoffnungsvoll für den Stand der Sache auch in Mitteldeutschland. Auch Sachsen, das hier mit 3800 einstweilen zu Buche steht, wird schon seine Rückwanderer liefern, wenn der Druck des

Janatismus seine Schärfe verloren hat. Bemerkenswert sind hier die Ergebnisse der Provinz Sachsen, die doch auch ein Herd der Kirchenaus trittsbewegung war und noch ist. Der Bericht zählt eine ganze Reihe von Diözesen auf, in denen die Wiedereintritte in die Kirche weit zahlreicher waren als die Kirchenaus tritte. Selbst Magdeburg notiert 692 Kircheneintritte, allerdings gegen 2827 Austritten. Über Tangermünde hat 54 Rückwanderer und nur 3 Austritte. Eisleben 177 und 117. Ermsleben 153 Rückwanderer und keine Austritte. Freiburg 70 und 1. Selbst Halle 388 und 211. Könnern 89 und 1. Lauchstedt 48 und 7. Schraplau 179 und 71. Wittenberg 255 und 149. Man wird mit einigem Recht sagen dürfen, daß mancherorts die Kirchenaus trittsbewegung sich totgelaufen hat. Auch da, wo die Bewegung in harter Verbissenheit sich zu behaupten sucht, wie im Freistaat Sachsen und Thüringen, wird eine rückläufige Bewegung einsetzen. In Thüringen ist das schon der Fall. — Dieser Tatbestand der wachsenden Kircheneintrittsbewegung wird die Kirche noch vor allerlei Probleme hinstellen, von denen hier einstweilen noch nichts geredet sein soll.

Damit wollen wir keineswegs behaupten, daß nicht auch die Aus trittsbewegung neu angeblasen werden könne. Wir halten das im Gegenteil für durchaus wahrscheinlich, so in Braunschweig, wo der rote Terrorismus den Kirchenhaß unablässig schürt (1922 über 12000 Austritte) und in Bremen. Der provisorische ideale „Kirchenschuß“ ist hier zur „Kirchensteuer“ geworden und wird in der Luft der Freiheit, die bis dahin von kirchlicher Verpflichtung nur auf dem Untergrund der Freiwilligkeit hören mochte, ein Hindernis werden. Und das trifft nicht nur für Braunschweig und Bremen zu. Überall steigen die kirchlichen Lasten; man müßte die Sozialdemokratie schlecht kennen und ihre „Neutralität“ sehr gutgläubig einschätzen, wenn man die Befürchtung ignorieren wollte, daß hier ein zwar nicht sehr nobles, aber wirksames Wiederbelebungs mittel für den Kirchenaus tritt am Wege liegt. — Aber mag die Kirche quantitativ weiteren Verlusten entgegengehen, qualitativ verliert sie wenig. Was sie verliert an Zahl, gewinnt sie an Kraft. Die Kirchentreue wird gestählt in harter Zeit. Sie wird das Feld behaupten.

11. Die Zahl der Theologie Studierenden.

Für ganz Deutschland geben wir umstehende Aufstellung der Frequenz des theologischen Studiums. Zum Vergleich der letzten Jahresziffern ist das Vorkriegsjahr 1914 angefügt.

Für das SS. 1914 war Straßburg mit 103 Theologie-Studierenden noch einzurechnen, insgesamt waren es also damals 4366. Um die Vergleichsreihe herzustellen, sind sie hier in Abgang gestellt. Die Zahlen der Kriegsjahre sind hier außer Ansatz geblieben, weil sie ja doch nur auf dem Papier vorhanden waren. Die Ziffern der Jahre seit 1918 sind authentisch und beruhen auf Mitteilungen der zuständigen Universitäts-Sekretariate. Man wolle bei Lesung etwa andersartiger Ziffern nicht

Frequenz des theologischen Studiums.

Universität	S.-S. 1914	S.-S. 1918	S.-S. 1919	S.-S. 1920	S.-S. 1921	S.-S. 1922	W.-S. 1922/23
Berlin . . .	486	509 (8)	468 (9)	311 (8)	341 (18)	295 (12)	298 (12)
Bonn . . .	181	179 (3)	139 (4)	122 (2)	108 (4)	104 (6)	86 (6)
Breslau . . .	191	172	198 (1)	180 (1)	115 (3)	103 (3)	90 (2)
Erlangen . . .	236	219	203 (1)	253 (1)	291 (3)	228 (6)	177 (5)
Gießen . . .	117	137	152 (2)	116 (1)	87	72 (—)	54 (1)
Göttingen . . .	268	246 (2)	314 (1)	273 (1)	191 (2)	197 (1)	161 (1)
Greifswald . . .	206	121	202	154	175	122 (1)	88 (1)
Halle . . .	448	373 (4)	344 (2)	273 (4)	242 (2)	229 (2)	203 (3)
Heidelberg . . .	204	179 (2)	176 (4)	156 (5)	145 (8)	131 (4)	91 (8)
Jena . . .	104	82 (1)	90 (1)	75 (2)	68 (1)	51 (1)	46 (1)
Kiel . . .	118	127	70	120 (3)	68 (2)	54 (1)	67 (1)
Königsberg . . .	173	164	?	145 (2)	98 (3)	80 (5)	93 (6)
Leipzig . . .	541	446	377 (1)	369 (1)	321 (3)	320 (4)	281 (4)
Märburg . . .	309	231 (3)	274 (3)	245 (7)	233 (12)	246 (10)	196 (9)
Münster . . .	—	75	156 (3)	124 (2)	91	74 (—)	73 (2)
Rostock . . .	55	41 (1)	63	70 (1)	75 (2)	85 (1)	62 (1)
Tübingen . . .	595	518 (3)	456 (1)	563 (11)	693 (3)	599 (10)	472 (12)
Zusammen . . .	4 263	3819 (27)	3682 (33)	3549 (52)	3342 (74)	2990 (67)	2538 (84)

Weibliche Studierende der Theologie sind in Klammern angefügt.

gleich auf Irrtum schließen. Es ist auch zu bedenken, daß innerhalb des Semesters kleinere Schwankungen sich ergeben.

Vor dem Krieg hatte es den Anschein, als ob der Theologen-Mangel, der in fast allen Landeskirchen anfang sich bemerklich zu machen, sehr bald beseitigt sein werde. Das Jahr 1900 wies nur 2472, das Jahr 1910: 2535 Theologie-Studierende auf. Die Überproduktion aus den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war aufgebraucht, der neue Zufluß durchaus erwünscht. Die Nachkriegszeit hat diese Hoffnung nicht gerechtfertigt. Seit 1918 geht die Zahl der Theologie-Studierenden stetig zurück. Das letzte Winter-Semester 1922/23 ist wieder auf dem Tiefstand von 1910 angelangt. Gewiß spricht die Schwierigkeit des akademischen Studiums überhaupt mit. Für vermögenslose Akademiker ist es fast unmöglich geworden, die Söhne irgend welchem akademischen Beruf zuzuführen ohne äußere Hilfe. Nun ist ja unsere akademische Jugend tapfer genug, auch ihrerseits den Kampf mit der äußeren Not unverzagt aufzunehmen. Den Typus des „Werkstudenten“ hat eigentlich erst die Nachkriegszeit geschaffen, und ihm gehören jetzt wohl 70% aller Musenöhne an, und die Theologen geben den andern nichts nach. Es hat auch allerlei Sonderhilfe für sie eingesetzt. Stipendien und Barzuschüsse der vergangenen Valuta sind freilich nahezu wertlos geworden. Studienhäuser und Konvikte für Theologen können doch immer nur einen verschwindenden Bruchteil aufnehmen. Dennoch war der Rückgang des theologischen Studiums unmittelbar nach dem Krieg eine Ausnahmeerscheinung, die zunächst in allen andern Fakultäten keine Parallele fand. Erst neuerdings tritt überall eine Verminderung der akademischen Über-

produktion in die Erscheinung. Wenn im theologischen Studium der Rückgang schon eher einsetzte, so sprach offenbar der Geist der Zeit mit, nicht nur die äußere Lage. Von einer Überfüllung des geistlichen Berufs, der etwa abschreckend hätte wirken können, war keine Rede, ganz abgesehen davon, daß diese überhaupt keineswegs die abschreckende Wirkung zeigt, die man, rein rechnerisch kalkuliert, vermuten sollte. Der unentwegte Andrang zu den philologischen Studienfächern, der trotz stark verminderter Anstellungsaussichten ungebührlich lange anhielt, beweist das. Genau dasselbe galt vor einem Jahrzehnt für das Studium der Jurisprudenz, und bis vor kurzem für das der Medizin.

Wir schätzen den Normalbedarf der deutschen Landeskirchen unter Berücksichtigung der unvermeidlichen Abgänge auf etwa 3800—3900 Theologie Studierende. Es darf auch nicht ganz übersehen werden, daß unter den Studierenden der Theologie sich Ausländer befinden, die auf den deutschen Kirchendienst überhaupt nicht reflektieren, daß die weiblichen Theologie Studierenden einstweilen für das Pfarramt überhaupt noch nicht in Betracht kommen, wohl aber für irgend welchen anderen Kirchendienst, sei es etwa in der Seelsorge an der weiblichen Jugend oder der kirchlichen Wohlfahrtspflege, endlich daß in der Zahl der immatrikulierten Theologen ein steter Prozentsatz steckt, der für den Gemeindedienst von vornherein nicht in Betracht kommt, weil er die Laufbahn des Religionslehrers an höheren Schulen oder die akademische Laufbahn sich zum Ziel gesetzt hat. Auch die Aufgabe des praktischen Theologen wächst über den Gemeindedienst hinaus. Wir haben Jugendpfarrer im provinzialkirchlichen Dienst, werden Arbeiterpfarrer gebrauchen und sonstige Spezialisten sozialer Gestaltung im Dienst der Wohlfahrtspflege u. dergl., die alle als Pioniere tätig sind. So legt sich eine losere Schicht um den Kern des Gemeindepfarramts, die auch aus dem akademischen Jungbrunnen ernährt und gespeist sein will. Dies alles eingerechnet — auch die 300—400 Pfarrer der Inneren Mission dürfen nicht vergessen werden, wiewohl jetzt der Übergang in den Dienst der Inneren Mission überaus erschwert ist um der Notlage willen —, dürfte der Normalbedarf vielleicht mit 4000 Studierenden anzusetzen sein. Davon haben wir zurzeit nur 63 %, nämlich 2538. Augenblicklich zwar tritt ein Notstand, wenigstens über das in den letzten Jahren übliche Maß hinaus, noch nicht in die Erscheinung. Im Gegenteil wird in etlichen Provinzen und Landeskirchen über zeitweise Überfüllung des Kandidatenstandes geklagt. Doch das ist, wie im nächsten Abschnitt ausgeführt werden wird, eine zeitweilige, wahrscheinlich sich bald lösende Stauung. Für die Folgezeit — wir müssen hier immer für ein kommendes Jahrzehnt prognostizieren — wird mit Theologenmangel zu rechnen sein, unter der Voraussetzung nämlich, daß der Gesamtbestand an Pfarrstellen erhalten bleibt, daß mit einer etwaigen Aufhebung von Zwergpfarrstellen die intensivere geistliche und kirchliche Durchforstung unserer Großstadt- und Industriegemeinden Hand in Hand geht. Die Unsicherheit der äußeren Lage der Kirche, ja ihre in einigen Ländern (Braunschweig, Sachsen) bis

zum Martyrium des Pfarrerstandes gesteigerte Notlage wirken natürlich abschreckend auf das theologische Studium. Es gehört schon eine gute Dosis Idealismus dazu, das alles nicht weiter mitsprechen zu lassen. Wir schrieben schon im Vorjahr: „Es ist nicht ohne Risiko, bei der pekuniären Abhängigkeit der Kirche vom Staat seine ganze Zukunft auf den Kirchendienst zu stellen.“ Die Mutigen und die, welche einen inneren Beruf zum geistlichen Dienst haben, werden es will's Gott, dennoch wagen und nicht bereuen. Ein gewisses Wagnis und ein Martyrium zugleich ist jetzt jeder akademische Beruf. Die „neue Kultur“, welche die rohe Kraft des ungelernten „Arbeiters“ weit höher einschätzt, als die Geisteskraft des Gebildeten, räumt hier auf, unbarmherzig, herzlos und sinnlos zu gleicher Zeit. Hinter dieser Kulturlosigkeit wird einmal eine bittere Reue stehen, und dann wird es nicht leicht sein, wieder aufzubauen, was jetzt leichtfertig niedergeworfen wird.

Dreiviertel unserer Studenten, wenigstens in Berlin, waren „Werkstudenten“, Leute, die ihren Unterhalt nebenher zu verdienen oder doch aufzubessern versuchten (vgl. Jahrb. 1922 S. 384). 3000 von 8000 Werkstudenten Berlins hatten täglich ihre 8 Stunden Arbeitszeit zu leisten. Daß darunter das Studium empfindlich leidet und die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit auf ein Mindestmaß zurückgeht, bedarf keines weiteren Beweises. Andere nehmen die Ferien zur Hilfe, um etwa als Land- oder Erntearbeiter so viel zu gewinnen, daß sie ein Semester zur Not durchhalten können. Aber auch dem Werkstudenten rückt die Not immer weiter auf den Leib durch die Geldentwertung des letzten Winters. F. Beck berechnet in den „Deutschen Akad. Stimmen“ (Nr. 25/26 vom 1. März 1923) das studentische Existenzminimum für den August 1922 auf 3000 M., für den Oktober auf 7000 M., für den November auf 9000 M., für den Februar 1923 aber bereits auf 60000 M. Bei monatlich 200 Arbeitsstunden konnte ein Werkstudent in dreimonatiger Arbeit für das W.-S. 1922/23 sich 20000 M. ersparen — der Stundenarbeitslohn für August 1922 mit 40 M., für September mit 55 M., für Oktober mit 80 M. berechnet. Also an ein Durchhalten für die Semesterdauer war entfernt nicht mehr zu denken. Schon im Winter 1921/22 wurden Studenten bei polizeilichen Razzien nächtens in den geheizten Wartesälen der Bahnhöfe betroffen. Als diese Fälle sich mehrten und natürlich dem Rektor der Universität gemeldet wurden, ergab eine Rundfrage, daß es zahlreiche Studenten gab, die nur einmal in der Woche ein warmes Mittagessen einnehmen konnten, andere, die kein eigenes Wohngemach hatten, sondern als Schlafburtschen in dunkeln, zuweilen fensterlosen ungeheizten Räumen hausten. Nun mag es in kleineren Universitäten wohl besser aussehen; in Berlin häuft sich ja alles Elend. Aber die Not drückt auch da hart.

Die „Studentenhilfe“ konnte dank ansehnlicher Spenden in Berlin einen „akademischen Tisch“ einrichten nach Art der Quäkerspeisung, inmitten des Studentenviertels. Innerhalb 2 Stunden können 2000 gespeist werden. Die Überwachung und Austeilung geschieht durch Damen ge-

bildeter Stände, die zu diesem Ehrendienst ohne Entgelt bereit sind. Der Preis ist so billig, daß große Zuschüsse erforderlich sind. Den Bedürftigsten werden halbe und ganze Freitische gewährt. Die Zahl der Mittagsgäste war im W.-S. 1921/22 etwa 1500, im Sommer 1922 etwa 1000 täglich, auch während der akademischen Ferien etwa 300. Ein studentisches „Wohnungsamt“ sorgt für einigermaßen menschenwürdiges Unterkommen, ein Bekleidungsamt für warme Unterkleidung, Wintermäntel, Anzüge und Schuhe. Leider mußte auch ein besonderer Tuberkulosefonds gebildet werden für Unterernährte und Lebensgefährdete. Inland und Ausland (hier besonders Schweden und Nordamerika) haben wacker geholfen, die junge Wissenschaft Deutschlands lebensfähig zu erhalten. Aber die Intellektuellen Deutschlands leiden längst an Finanzentkräftung, und die „Neureichen“ kümmern sich natürlich in ihrer großen Masse um „solchen Quark“ nicht sonderlich, höchstens paradien sie hie und da in den Gebelsten. Hier tut dauernde stille Fürsorge not, die nicht müde wird und nichts anders will, als helfen.

Nun kommen gerade die Theologie-Studierenden meist aus wenig bemitteltem Elternhaus. Sie bringen allerdings zum guten Teil die sehr zeitgemäße Prädisposition mit, daß sie das „Krummliegen“ von den Tagen der Jugend an gewohnt sind. Aber die Grenze des Möglichen ist längst erreicht, vielleicht schon überschritten. Mit dem sicheren Rückgang der Studentenzahl wird auch die der Theologie-Studierenden weiter fallen, wenn nicht sehr bald ein Stillstand im Abgleiten kommt oder eine ausgiebige Hilfe einsetzt. Unsere amerikanischen Glaubensbrüder bereiten eine solche vor. Gott wolle es ihnen lohnen, und wir wollen es ihnen herzlich danken. Sie tun der deutschen Kirche einen unschätzbaren Dienst damit.

Eine Reform der theologischen Examensordnung bahnt sich an. Es wird inhaltlich zwischen den Aufforderungen zum ersten theologischen Examen (pro licentia) und denen zum zweiten (pro ministerio) viel mehr geschieden werden müssen, als es seither Brauch war. Auch eine Verschiebung der Kompetenzen wird erstrebt. Ein theologischer Vertretertag in Jena, Herbst 1922, besucht von studentischen Vertretern fast aller theologischen Fakultäten und von theologischen Professoren aller Richtungen beschloß nach einem einleitenden Vortrag von Professor D. Feine-Halle, an die Kirchenregierungen der deutschen evangelischen Landeskirchen mit der Bitte heranzutreten, das erste theologische Examen an die Fakultäten zu verlegen und die gegenseitige Anerkennung dieses bei allen Landeskirchen in die Wege zu leiten. Bei aller Anerkennung des Zieles wird man doch die Schwierigkeiten nicht unterschätzen dürfen. Es liegen noch einige harte Steine auf dem Wege. Die anhaltische Landeskirche ist schon vorangegangen, hat ihre Prüfungskommission für das erste theologische Examen aufgelöst und verweist die Anwärter desselben an die Fakultät in Halle.

Im vorjährigen Jahrbuch, S. 108, brachten wir eine Aufstellung der Gesamtzahl der Studierenden bis 1921, welche erkennen läßt, daß nun endlich, seit 1921, die akademische Überproduktion rückläufig wird.

An rite immatrikulierten Studenten hatte
 Deutschland im S.=S. 1920: 75 179 | Preußen im S.=S. 1920: 42 065
 " W.=S. 1921/22: 68 838 | " W.=S. 1921/22: 36 464

Die Abnahme erstreckt sich auf alle Fakultäten, bis 1922 mit Ausnahme der rechts- und staatswissenschaftlichen. Stark ist der Rückgang besonders bei den Medizineren, von 22 505 im S.=S. 1920 auf 17 545 im W.=S. 21/22.

An den Neu-Immatrikulierten des ersten Semesters tritt die Umschaltung besonders in die Erscheinung. 1921/22 gingen 52,39% zu den verschiedenen Fächern der philosophischen Fakultät, 35,79% zur rechts- und staatswissenschaftlichen und nur noch 8,12% zur medizinischen.

Von der Gesamtzahl der Studierenden im W.=S. 1921/22 kamen 55,7% von Gymnasien, 25,85% von Realgymnasien, 18,44% von Oberrealschulen. In der philosophischen Fakultät beträgt der Anteil der von realistischen Schulen kommenden fast 54%, speziell bei der Mathematik und Naturwissenschaft 64%, bei der neueren Philologie 60,9%.

Das Frauenstudium an den preußischen Universitäten. Im Sommersemester 1922 waren an den preußischen Universitäten 4555 Frauen immatrikuliert. Gasthörerinnen waren es 936. Bei einer Gesamtzahl von 46 446 rite Immatrikulierten war der Prozentsatz der Frauen 9,78%. Von ihnen sind 4112 Reichsdeutsche, 443 Ausländerinnen, von denen 203 aus den Staaten des früheren Rußland kamen. Bemerkenswert ist das Verhältnis der Konfessionen: 2590 protestantischen Frauen stehen 1128 katholischer, 648 mosaischer Konfession gegenüber. 113 gehörten verschiedenen anderen Bekenntnissen an, Dissidenten waren 78. Die Verteilung auf die einzelnen Studienfächer ist folgende:

Evangelische Theologie	41	Mathematik u. Naturwissenschaft	744
Rechtswissenschaft	188	Staatswissenschaften	893
Medizin	777	Landwirtschaft	37
Zahnheilkunde	159	Sonstige Fächer	156
Philosophie, Philologie u. Geschichte	1560		

12. Die Zahl der Pfarramtskandidaten.

Alle akademischen Berufsarten haben eine starke Reserve von Anwärtern, nur nicht die Theologie. Vor dem Krieg zwar war das theologische Studium in starkem Aufstieg; es sah sogar aus, als ob die Zeiten der Überfüllung aus den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wiederkehren könnten. Doch das ist eben eine kurze Blüte gewesen, vom Winterfroste des Krieges geknickt. Gewiß haben sich unmittelbar nach Kriegsschluß der Theologie etliche zugewandt, die sonst beruflich oder akademisch entwurzelt waren, aber doch weitaus nicht in dem Umfang, wie es bei den praktisch-gerichteten Berufsarten der Fall war. Die kleine Stauung, welche die Nachkriegszeit für die theologischen Examen gebracht hat, läuft ab; eine wesentliche Auffüllung ist in absehbarer Zeit einstweilen nicht zu erwarten. Der im vorigen Abschnitt behandelte Stand des Theologie-Studiums stellt das unwidersprechlich

unter Nachweis. Die Frage: wird die Kirche in den kommenden Jahren in der Lage sein, ihren Bedarf an geistlichen Kräften zu decken, ist zur Zeit der reiflichen Erwägung wert. Sie kann nicht beantwortet werden aus subjektivistischen Eindrücken heraus, oder etwa aus der vereinzelter Lage einer bestimmten Landeskirche, oder gar aus rein örtlichen Situationen. Derartiges bestimmt leider oft sowohl die öffentliche Meinung, als auch das „sachliche Urteil“ in dieser Sache. Es geht hier ohne Beihilfe der rückschauenden und vorschauenden Statistik nicht ab.

Wir gaben im vorjährigen Jahrbuch nach längerer Pause — die Kriegezeit brachte ja ganz anormale Verhältnisse — zum erstenmale wieder einen Überblick des Kandidaten-Bestandes, im wesentlichen anknüpfend an die durch den Krieg geschaffene Lage und die neuesten Ergebnisse nach dem Krieg. Das ergibt insofern ein nicht ganz der Sachlage gerechtwerdendes Bild, als die Zahlen der kirchlichen Gegenwart hingestellt werden auf den Hintergrund der geringen Ziffern der Kriegezeit und damit relativ sehr viel günstiger erscheinen, als sie wirklich sind. Wir haben jetzt geringen Zugang zum praktischen Amt, wir haben aber auch geringen Abgang. Es ist eine anormale Stauung, sowohl hin als her. Die Wohnungsnot wirkt hemmend auf den Abfluß durch Emeritierung. Wer noch ein Dach über seinem Haupte hat, gibt's nicht ohne die äußerste Not preis. Unser Pfarrerstand ist zum Teil stark überaltert. Das ist durchaus verständlich bei der Zeitlage, das hemmt aber auch den Zufluß. Es werden nicht mehr ordiniert, als gebraucht werden. Würden mehr Lücken im praktischen Amt vorhanden sein, so wäre der vorhandene Zufluß sehr bald verbraucht. Wenn also augenblicklich, vom Standpunkt der das Amt suchenden Kandidaten aus angesehen, der Fluß noch nicht schnell genug geht, ja hie und da Füllung und Rückstau sich zeigt, so folgt daraus keineswegs, daß unser Bedarf an Anwärtern des geistlichen Berufs gedeckt wäre, oder wohl gar, daß wir der Zukunft in völliger Sorglosigkeit ins Auge sehen dürften. Genau das Gegenteil ist der Fall, wenigstens in den Norddeutschen Landeskirchen. Wenn nicht sehr bald eine Zunahme des theologischen Studiums eintritt — und bei der teuren Zeit ist das eigentlich kaum zu erwarten — wird die Kirche im kommenden Jahrzehnt mit Mangel an Anwärtern des geistlichen Amtes rechnen müssen. Wir wissen sehr wohl, daß das, was wir hier schreiben, von manchen energisch bestritten wird; man lasse sich nur durch die anscheinende Gleichgewichtslage des Augenblicks nicht allzusehr bestimmen.

Folgende, der preußischen Landeskirche der älteren Provinzen entnommene Zahlenreihe möge das illustrieren. Sie umfaßt längere Zeiträume und gibt somit ein objektiveres Bild von Angebot und Nachfrage auf diesem Boden, als es die augenblickliche Zeitlage darbietet.

	1890	1900	1910	1915	1919	1920	1921
Das 1. theol. Examen erledigten	460	259	179	46	189	286	218
2. „ „ „ „ „	447	170	157	101	155	229	272
Ordiniert wurden	329	295	150	68	180	207	231

Den Jahresbedarf an Anwärtern für das Pfarramt schätzen wir für die altpreußische Landeskirche auf etwa 260, da 40—50 auf Abgang zu rechnen sind vom Beginn des Studiums bis zur Kandidatur (durch Tod, durch Übergang in das Schulfach usw.), so müssen etwa 300—310 das erste Examen erledigen, um den Bestand zu halten. Das war 1920 nahezu erreicht, aber auch nur in diesem Jahr, weil da die Stauungen der Kriegszeit zum Abfluß aus dem Studium und zum Zufluß zur Kandidatur kamen. 1921 schon zeigt starke Verminderung, und für 1922 ist ein weiteres Nachlassen zu erwarten. Für das zweite Examen und auch für die Ordination ist die Höchstzahl etwas später anzusetzen. Mit der Erledigung des zweiten Examen steht das Jahr 1921 in obiger Reihe nahezu als Normaljahr zu Buche (272), und die Zahl der Ordinationen (231) erscheint auch befriedigend. Vielleicht wird auch das Jahr 1922 hier noch Ziffern bringen, die zu keinerlei Beunruhigung Anlaß zu bieten scheinen. Man beachte jedoch, wie sehr 1921 schon die Ziffer des ersten Examens hinter der des zweiten zurücksteht. Sonst ist doch eine um 50—60 höherstehende Zahl das normale; nur 1915 und jetzt 1921 zeigen das umgekehrte Verhältnis. Das ist doch stets ein Anzeichen kommenden Niedergangs.

Für die einzelnen Provinzen gilt folgende Aufstellung:

Provinz	Die 1. theologische Prüfung bestanden					Die 2. theologische Prüfung bestanden					Ordiniert wurden				
	1900	1910	1915	1920	1921	1900	1910	1915	1920	1921	1900	1910	1915	1920	1921
Ostpreußen	13	17	3	29	22	12	13	6	15	22	21	15	8	6	23
Westpr. (bezw. Danzig)	11	5	2	(8)	(2)	7	9	2	(11)	(2)	9	7	4	(10)	—
Brandenburg	58	44	8	64	42	43	48	16	74	58	61	47	15	73	50
Pommern	33	19	3	32	24	25	14	7	16	35	32	13	6	16	34
Posen (bezw. Polen) . .	9	8	1	(1)	(5)	6	4	4	(6)	(4)	17	3	—	(6)	(3)
Schlesien	17	23	14	56	23	17	14	22	27	60	45	11	13	22	38
Sachsen	51	26	8	39	38	34	20	18	35	37	51	19	6	28	42
Westfalen	31	16	2	27	28	6	13	16	28	20	38	12	3	28	18
Rheinland	36	21	5	30	24	20	23	10	17	34	21	23	13	18	23
Zusammen	259	179	46	277	218	170	158	101	212	266	295	150	68	191	228

In dieser Reihe sind um der Vergleichsmöglichkeit willen von 1920 ab für Westpreußen Danzig, für Posen die unierte evangelische Kirche Polens eingesetzt, bezw. weitergeführt. Die Grenzmark hatte seither noch keine eigene Examens-Kommission, ihre Zugänge entfallen also auf die Provinzen mit deren Konsistorien sie zeitweilig verbunden war, d. h. bis 1920 mit Brandenburg, von da ab mit Pommern. Die Zahlen der abgetrennten Gebiete gehören auch hierher, weil wir sie noch lange geistlich werden alimentieren müssen, doch sind sie bei der Aufrechnung von 1920 ab ohne Ansatz geblieben, weil es hier darauf ankommt, Bedarf und Nachfrage der altpreußischen Landeskirche festzustellen.

Der Abschluß dieser Tabelle erscheint auf den ersten Blick durchaus beruhigend; von Mangel anscheinend keine Rede. Die Zahl derer, die das zweite Examen erledigt haben, und die der Ordination erscheint besser als seit 20 Jahren. Aber man lasse sich nicht von Augenblicks-

eindrücken beherrschen. Jetzt eben löst sich die Stauung der Nachkriegszeit, jetzt eben ist Hochflut da, nach der Ebbe, die die Jahre 1915—1918 zeigten. Aber sie geht schnell vorüber. Das zeigt das erste Drittel der Tabelle; in der Erledigung des 1. Examens liegt der Höhepunkt schon in 1920. Der Abfall für 1922 und 1923 wird noch steiler sein als die Tabelle aufzeigt. Und dann setzt das etwa von 1925 ab scharf in der Praxis ein. Wir schreiben das alles, weil auf Grund unserer vorjährigen Darstellung mehrere Proteste einliefen, die mit Nachdruck betonten, wir redeten von Mangel, und es sei doch Überfluß da. Die diesjährige Darlegung, die absichtlich längere Zeiträume einbezieht, wird ja verstanden werden. Alles, was man hier „Auffüllung“ oder gar „Überfluß“ nennen möchte, ist rein örtlich, momentan oder flüchtig, aber nicht typisch für die Gesamtlage.

Die Bestände an „wahlfähigen Kandidaten“ waren in den einzelnen Provinzen folgende:

	1900	1905	1910	1914	1918	1919	1920	1921
Ostpreußen	69	34	27	14	20	18	2	2
Westpreußen bezw. Danzig	27	9	7	9	6	—	(1)	(2)
Brandenburg	267	90	17	12	17	7	10	16
Pommern	108	53	19	11	11	—	2	2
Posen bezw. Polen	27	10	4	2	6	3	(4)	(5)
Schlesien	49	14	4	4	2	2	7	29
Sachsen	272	143	82	96	104	90	15	10
Westfalen	111	52	20	19	20	11	8	12
Rheinland	84	79	44	40	28	42	11	24
Zusammen	1014	484	224	207	214	173	55	95

„Wahlfähige Kandidaten“ sind solche, die nach Erlangung der im zweiten Examen erworbenen Wahlfähigkeit sich noch nicht im kirchlichen Dienst oder Vorbereitungsdienst befinden. Es ist das also — in normalen Zeiten wenigstens immer nur ein verhältnismäßig kurzes Übergangsstadium. Mit der Ordination tritt man in den Kirchendienst, scheidet also aus obiger Liste aus. Nun haben leider etliche Konsistorien in der Aufzählung unter die „wahlfähigen Kandidaten“ jahrzehntelang alle ordinierten Vikare, Hilfsprediger usw. einbezogen, die noch nicht im ständigen Pfarramt standen, haben auch Männer, die längst zu streichen gewesen wären, z. B. Schulmänner in Amt und Würden (Direktoren und Provinzialschulräte) unentwegt weitergeführt als Anwärter des geistlichen Amts. So sind also die hohen Ziffern der Vorzeit, welche obige Tabelle angibt, nicht ohne weiteres mit dem jetzigen Stand vergleichbar. Den erwähnten Unfug einer ganz verschiedenartigen Auffassung bei einzelnen Konsistorien, der nur geeignet war, den Tatbestand zu verhüllen und den Anschein zu erwecken, als habe mancherorts der kirchliche Dienst noch starke Reserven, haben wir vergeblich in früheren Bänden des Jahrbuchs, schon vor 15 Jahren, statistisch oft genug gerügt. Jetzt ist er amtlich behoben.

Der geringe Zuwachs an zur Verfügung stehenden wahlfähigen Kandidaten erklärt sich aus der wirtschaftlichen Lage der Gegenwart.

Die ungeheure Teuerung verbunden mit der starken Steigerung der Gehälter hat manche Gemeinden gezwungen, nicht fundierte und nicht unbedingt nötige Hilfspredigerstellen einzuziehen oder doch wenigstens für den Augenblick unbesezt zu lassen. Das ist gewiß zu beklagen, wird aber im Handumdrehen schwerlich zu ändern sein. So kann's wohl geschehen, daß junge Anwärter des geistlichen Amts, die nach Erledigung ihrer Examen und des Vikariatsjahrs auf baldige Anstellung zu rechnen berechtigt waren, plötzlich den Zugang verriegelt fanden und nun geneigt sind, den Schluß auf Überfüllung der Laufbahn zu ziehen. Die pekuniäre Not im Stand der Hilfsprediger mag vielleicht auf dem Papier überwunden sein, insofern als die Kirche als Zentralinstanz die Versorgung, wenn sie immerhin auch noch sehr unbefriedigend bleibt im Einzelfall, zu übernehmen imstande ist. Bei fundierten Hilfspredigerstellen mag das zutreffen. Aber andererseits muß die Kirche bei der Not der Zeit die Gemeinden zur Tragung der kirchlichen Lasten viel schärfer heranziehen, als jemals zuvor. Und das Opfer dieser Notlage sind in erster Linie die jüngsten, die Hilfsprediger oder sonstige Pfarrgehilfen im Gemeindedienst. So erscheint hier eine künstliche Stauung, die keineswegs dem widerspricht, daß die Kirche ihre Not haben wird, im Jahrzehnt vor uns die lebendigen Kräfte für den geistlichen Dienst zur Verfügung zu stellen. Schon vor Jahrzehnten hätte jede Provinzialkirche ein Konvikt für Theologie-Studierende am Ort ihrer Universität begründen oder unterhalten sollen, wie das die rheinische Provinzialkirche in Bonn (theologisches Konvikt und Studienhaus), die westfälische neuerdings mit Begründung des Hamann-Stifts in Münster getan hat. Das wäre eine dankbare Aufgabe der Anregung für die Provinzialsynoden gewesen. Halle hat ja von altersher derartige Einrichtungen (das Tholuck'sche und Schlesi'sche Konvikt), auch in Breslau ist unseres Wissens vorgesorgt. Wir sind zur Zeit nicht in der Lage, einen Überblick zu geben, unsere Feststellungen blieben lückenhaft. In Göttingen errichtete der Reformierte Bund ein Konvikt für seine speziellen Zwecke, wie ein solches längst schon in Halle unterhalten wird. Die ref. Domgemeinde hat das Konvikts- haus gebaut, ein Domprediger ist Konviktsverwalter. Niemals war die Errichtung von Studienhäusern für junge Theologen nötiger als jetzt, niemals aber auch schwieriger. Das Hamannstift in Münster hat mit großen pekuniären Schwierigkeiten zu kämpfen, deren es ohne die Hilfe der Glaubensgenossen im Ausland wohl kaum Herr zu werden vermöchte.

Die württembergische Landeskirche nimmt die jungen Theologen sofort nach Erledigung der ersten Dienstprüfung in ihren Vorbereitungsdienst und sichert sich damit ein festes Reservekorps. Eine Übersicht vom 1. Januar 1923 ergibt folgenden Bestand. Im unständigen Kirchendienst standen 42, (27 Pfarrverwalter, 15 Vikare), im ständigen kirchlichen Vorbereitungsdienst 91, nämlich 62 Stadt- und Parochial-Vikare, 7 ständige Pfarrverweiser, 22 ständige Vikare. Das ergibt insgesamt eine Summe von 133 Anwärtern für das Pfarramt. Der Abgang durch Anstellung im ständigen Pfarramt war 1922:

28 (außerdem 3, davon 2 Übergang zum Lehramt, 1 durch Tod). Der Zugang durch Erledigung der 1. Dienstprüfung war nicht geringer als 92. Danach scheint die württembergische Landeskirche für Jahre hinaus ihren Zugang decken zu können.

In Baden war der Zugang zur ständigen aktiven Geistlichkeit im Jahre 1922/34, im Vorjahr 23.

Wir wiesen schon im Vorjahr darauf hin, das vor einem halben Jahrhundert mindestens 40—50% der Theologie-Studierenden aus Pfarrhäusern kamen. Das hat längst aufgehört. Das Pfarrhaus ist längst nicht mehr leistungsfähig genug dafür. Alle Stipendien und Stiftungen sind nahezu völlig entwertet. Sie haben fast keinerlei praktische Wirksamkeit mehr. Die Zeiten sind endgültig vorüber, wo junge Theologen bei einiger Geschlossenheit ihrer Persönlichkeit und bei treuem Pflichtgefühl, auch wenn sie wenig „einzubrocken“ hatten von Haus aus, ihr Studium getrosteten Muts beginnen durften. Mein Vater ging anno 1846 mit 80 Talern in der Tasche fröhlich nach Halle, sein theologisches Studium aufzunehmen, wohl wissend, daß er auf sich selbst gestellt sei. Er war noch dazu in einer farbentragenden Verbindung der Alt-Burschenschaft aktiv, und die gemeine Sorge konnte ihm dennoch Energie und Lebensmut nicht wesentlich beeinträchtigen. Damals galt den jungen Theologen das verheißungsvolle Wort trotz aller Schwierigkeit und gelegentlicher Not: „der himmlische Vater ernährt sie doch“. Das Pfarrhaus wird bei der Auffüllung des theologischen Nachwuchses fernerhin in einem Umfang ausscheiden, der im Interesse der Kirche nur zu beklagen ist. Woher der Ersatz kommen wird, ist einstweilen noch sehr ungewiß. Mit der Zeit werden ja die „Neuen Reichen“ in ihrer Provenienz den akademischen Nachwuchs stellen. Ob das gerade für die Kirche und den kirchlichen Dienst sehr heilsam sein wird, von dieser Linie aus Auffüllung zu erstreben, will uns einstweilen sehr fraglich erscheinen. Vielleicht bleibt er ohnehin aus. Der Mittelstand ist wirtschaftlich entrechtet. Die soziale Umschichtung der Gegenwart eröffnet überhaupt für den kirchlichen Dienst keine sonderlichen Aussichten. Ob der von uns im Vorjahr erwähnte sehr sympathische Aufruf von Professor Freiherr von der Goltz an seine Standesgenossen, den Kirchendienst zu suchen, nachdem vielen von ihnen der Staatsdienst ein Martyrium geworden und der Heeresdienst verschlossen ist, wesentliche Beachtung finden wird, ist natürlich zahlenmäßig noch durchaus nicht zu übersehen.

13. Der Bestand an Pfarrstellen.

Am Schluß des Jahres 1921 amtierten in ganz Deutschland rund 16 700 evangelische Geistliche. Die Zahl der katholischen Weltgeistlichen wird zur gleichen Zeit mit 19 503 angegeben, dazu kommen noch 2625 mit der Seelsorge oder sonstigem geistlichem Dienst betraute Ordenspriester.

Für die preußische Landeskirche der älteren Provinzen liegt eine genaue Bestandesaufnahme der Pfarrstellen vom 1. Jan. 1923 vor. Wir geben sie in folgender Tabelle:

Konfistorial-Bezirk	Zahl der Pfarrstellen am 1. Januar 1923		In der Zeit vom 1. 1. 1918—31. 12. 1922 sind Pfarrstellen:		
	überhaupt	davon am 1. 1. 1923 seit 6 Monaten oder länger unbesetzt	aufgehoben	infolge dauernder Verbindung mit anderen Pfarrstell. ihrer Selbstän- digkeit entkleidet	neu errichtet
Königsberg	578	33	—	—	5
Stettin	787	33	—	11	1
" Abt. Grenzsm.	83	2	—	—	1
Breslau (preußisch)	900	22	—	3	10
Berlin	1 624	52	—	2	25
Magdeburg	1 627	129	4	—	5
Münster	685	12	2	—	20
Koblenz (preußisch)	746	10	1	3	13
" (Saargebiet)	51	—	—	—	1
Stolberg-Stolberg	16	1	—	—	—
" =Wernigerode	17	—	—	—	—
" =Rohla	18	2	—	1	—
zus.: preußische Gebiete	7 132	296	7	20	81
Breslau (außerpreußisch) . .	23	1	—	—	—
Koblenz "	3	1	—	—	—
Danzig	74	1	—	—	1
Posen	413	86	—	—	1
zus.: außerpr. Gebiete . . .	513	89	—	—	2

Im Konfistorial-Bezirk Posen (unierte evangelische Kirche Polens) sind 80 Pfarrstellen tatsächlich, aber nicht rechtlich, mit anderen verbunden.

Für die Neubegründung von Pfarrstellen in Preußen gab Ministerialdirektor Dr. Fleischer im Hauptausschuß des preußischen Landtags folgende Zahlen: 1919: 23 evang., 33 kathol.; 1920: 20 evang., 65 kathol.; 1921: 9 evang., 40 kathol.; 1922: 4 evang., 15 kathol.; zusammen 56 evang., 153 kathol.

Pfarrer hatte die evangelische Kirche 9156, die katholische 4356; Hilfsgeistliche die evangelische Kirche 513, die katholische 3407. Pfarrer und Hilfsgeistliche zusammengerechnet hatte die evangelische Kirche Preußens (alte und neue Provinzen) Ende 1923: 9669 geistliche Kräfte, die katholische Kirche 7763. Durchschnittlich kommen im evangelischen Volksteil auf eine geistliche Kraft etwa 2400 Seelen, im katholischen Volksteil jedoch nur 1430. Auf einen Pfarrer kommen beim evangelischen Volksteil 2534, beim katholischen 2548 Seelen. Von dem Gesamtbestand Deutschlands sind 65,2% evangelisch, 33,1% (früher 36,7%) katholisch. Durch die Abtretungen ist der Prozentanteil der Katholiken vermindert. Das jetzige verminderte preußische Staatsgebiet hat nach der Zählung von 1919: 23,2 Millionen Evangelische, 11,1 Millionen Katholiken.

14. Ehescheidungen.

Die Zahl der Ehescheidungen in ganz Deutschland war 1910: 14 687, 1914: 17 349, 1918: 13 344, 1919: 22 022, 1920: 36 542, 1921: 39 167. Die Steigerung der absoluten Zahl im Jahre 1921

erscheint auf dem Papier nicht so bedeutend, als erwartet werden mußte. Es ist aber zu beachten, daß hier nur die rechtskräftig gewordenen und nicht die anhängigen Scheidungsurteile des Jahres 1921 zu Buche stehen. Nach dem Justizministerialblatt sind am Ende des Jahres 1922 allein in Preußen 26 614 Fälle unerledigt geblieben wegen der Häufung der Scheidungsanträge (vgl. Jahrb. 1922, S. 123). Lediglich diese Stauung hat die Ziffer theoretisch zurückgehalten.

Auf je 100 000 Einwohner kamen in der Zeit von 1909—1913 durchschnittlich jährlich 24,6 Scheidungen, auf das Jahr 1918 entfielen 20,6, 1919: 35,0, 1920: 59,1, 1921: 62,2. Von 1918—1921 ist also reichlich eine Verdreifachung der auf je 100 000 Menschen berechneten Verhältnisziffer eingetreten. Ein derartiger Sprung nach oben ist selbst in der Geschichte der Moralstatistik nicht häufig zu finden. Die Zahlen der Gegenwart 1922 und 1923 werden dem nicht nur nichts nachgeben, sondern sie vielleicht noch übertreffen. Das ist das Symptom einer schweren Erschütterung unsers soziologischen Bestandes. Tacitus hielt einst die Reinheit der Ehe bei den Germanen seinem entsittlichten Volk als Beispiel vor. Juvenals Satiren haben in Rom an der fressenden Eiterbeule der Entwertung, ja der Entsittlichung der Ehe nichts zu ändern vermocht. Wenn vordem die ganze Kultur des Altertums wie ein morscher kernfauler Baum zusammenbrach, so hat die Entweihung und Entwurzelung der Ehe, der ältesten Gottesordnung, dazu nicht wenig beigetragen.

Die Ehescheidungsziiffern, absolute und relative, waren in den einzelnen Ländern die umstehenden. (Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, 42. Jahrgang Seite 48.)

In den drei Jahren von 1918—1921 hat sich die Zahl der Ehescheidungen nahezu verdreifacht. Die Großstädte Berlin und Hamburg gehen noch weit darüber hinaus. Diese Entwicklung entspricht durchaus dem Zug der Zeit. Ist die Ehe neben allem andern auch eine Schule der Pflichttreue, eine Bewährungsstätte der Selbstverleugnung, so ist sie schon um deswillen unsern Modernen etwas Minderwertiges, ja Verhaßtes. Wäre der Sozialismus wirklich sozial, er würde für die Dauerhaftigkeit und nicht für die Leichtbrüchigkeit der Ehe eintreten, wie das seine Presse ausnahmslos besorgt. Aber er ist ja doch eben rein individualistisch orientiert. Wie Rousseau den Staat als Produkt eines sozialen Kontraktes ansah, so bewertet der Sozialismus die Ehe lediglich als zivilrechtlichen Vertrag, der nach Willkür gelöst werden kann. Der egoistische Individualismus hat hier das Wort. Der Materialismus des vergangenen Jahrhunderts war ja nur Vorfrucht für das alles. Zuerst die Verhimmelung der die Ehe begründenden natürlichen Zuneigung der Geschlechter — wehe dem, der an der Souveränität der alle Gesetze zur Seite stoßenden Liebe auch nur zu rühren wagte (vgl. unsere Romandichtung) — und dann, wenn der „holde Wahn“ vorüber und die unausbleibliche Enttäuschung gekommen, das souveräne Recht, dem heiligen Ich alle Pflichttreue zu opfern. Je leichtfertiger die Wahl (man denke an die ungeheure Zahl der Eheschließungen 1919 und 1920), je schneller

Länder und Landesteile	Zahl der rechtskräftigen Urteile, lautend auf Ehescheidung in den Jahren				Auf 100000 Einwohner kommen Ehescheidungen in den Jahren			
	1918	1919	1920	1921	1918	1919	1920	1921
Ostpreußen . .	300	514	983	928	14,6	23,9	43,3	40,3
Wipr. bz. Grzm.	233	242	39	86	13,3	13,8	11,7	25,5
Berlin	1 457	2 262	4 214	7 875	70,6	118,2	219,7	204,9
Brandenburg	1 448	2 486	4 286	1 443	33,8	56,9	97,5	59,9
Pommern . .	263	467	858	1 014	15,5	26,0	47,2	55,1
Posen	140	48	—	—	6,4	—	—	—
Schlesien . . .	640	1 084	1 719	2 044	12,0	20,2	43,3	51,5
Sachsen	785	1 081	1 762	2 251	25,4	34,4	55,4	69,9
Schl.-Holstein	448	650	1 324	1 559	26,7	39,8	89,2	103,9
Hannover . .	451	774	1 380	1 339	14,9	25,5	45,0	43,2
Westfalen . .	515	814	1 371	1 779	11,4	18,1	30,0	38,4
Hessen-Nassau	391	674	1 118	1 176	17,1	29,5	48,4	50,4
Rheinland*) .	1 444	2 252	3 475	3 902*)	19,2	30,2	46,5	51,9
Hohenzollern .	4	4	5	13	5,7	5,6	7,0	18,0
Preußen . . .	8 519	13 352	22 534	25 409	20,5	33,7	58,9	66,1
Bayern m. Kob.	1 158	2 225	3 627	3 308	16,3	31,0	50,0	45,6
Sachsen	1 390	1 812	3 247	3 689	28,5	38,7	68,5	77,0
Württemberg	325	604	879	853	13,1	23,9	34,4	33,0
Baden	426	720	1 142	1 046	19,4	32,5	50,9	46,1
Thüringen . .	217	490	719	741	14,2	32,4	46,9	47,7
Hessen	180	337	526	518	13,7	26,0	40,1	39,0
Hamburg . . .	611	1 454	2 376	2 028	57,2	137,8	223,6	189,2
M.-Schwerin	97	203	271	282	15,3	30,7	40,6	41,8
Oldenburg . .	59	107	156	207	11,4	20,6	29,6	38,7
Braunschweig	112	172	251	277	23,1	35,6	51,5	56,3
Anhalt	51	94	96	208	15,7	28,2	28,5	61,1
Bremen	141	280	471	429	44,2	89,6	149,2	134,8
Lippe	5	23	39	29	3,3	14,9	24,8	18,3
Lübeck	44	96	154	105	36,9	79,2	126,1	85,3
Mekl.-Strelitz	8	43	45	30	7,6	40,2	41,7	27,5
Waldeck . . .	1	4	4	2	1,6	6,0	5,9	2,9
Schmb.-Lippe	—	6	5	6	—	12,9	10,6	12,6
Deutsch. Reich	13 344	22 022	36 542	39 167	20,6	35,0	59,1	63,0

die Enttäuschung, desto selbstverständlicher das Recht, das Joch abzuschütteln. Wo die Pflichttreue auch Anstöße trägt und die Reibungen des Einlebens gern hinnimmt, da werden alsdann bei diesen doctores misericordiae, wie sie Augustin nennt, die kleinsten Nichtigkeiten zu Ehehindernissen und Scheidungsgründen. Wir möchten nicht unterlassen, hier auf einen das Gesamtgebiet der hier in Betracht kommenden ethischen und sozialen Fragen beleuchtenden Artikel von Präf. v. Zeller (Stuttgart) in der Allg. Ev. luth. A.-Z. 1922 Nr. 32 hinzuweisen, betitelt: „Erleichterte Ehescheidung?“

Den modernen Befürwortern der Lockerung des „Ehezwanges“ darf man freilich mit ethischen oder gar religiösen Einwänden nicht kommen. Die Souveränität ihres Menschentums und der heilige Subjektivismus leidet das nicht gern. Sie seien hier an ein Wort des klassischen Naturalisten Goethe erinnert, der in den Wahlverwandtschaften schreibt:

*) Mit Saargebiet.

„Die Ehe ist der Grund aller sittlichen Gesellschaft, der Anfang und der Gipfel aller Kultur. Sie macht die Rohen mild, und der Gebildete hat keine bessere Gelegenheit, seine Milde zu beweisen. Unauflöslich muß sie sein; sich zu trennen, gibt es gar keinen hinlänglichen Grund.“ Und an anderer Stelle sagt er noch drastischer: „Man sollte nicht so leicht mit Ehescheidungen vorseiten. Was liegt daran, ob einige Paare sich prügeln und das Leben verbittern, wenn nur der allgemeine Begriff der Heiligkeit der Ehe aufrecht erhalten bleibt. Jene würden doch auch andere Leiden zu empfinden haben, wenn sie diese los wären.“ Wir haben seitens des Goethebundes noch nie die Bezugnahme auf solche Goetheworte gelesen.

Wir erwähnten schon im Vorjahre (Jahrbuch 1922 S. 123) daß beim Reichsministerium ein, vom damaligen Justizminister Dr. Radbruch ausgearbeiteter Gesetzentwurf betreffend die Reform des Eherechts vorliege, der anstelle des Verschuldungsprinzips das sog. Zerrüttungsprinzip einsetzen wollte. Damit wäre der ohnehin dehnbare § 1568 des BGB. zu einer Rechtsnorm jedes willkürlichen Scheidungswunsches geworden. Die christliche Presse beider Kirchen ist nicht müde geworden zu warnen. Das Zentrum widersprach mit aller Energie.

Der deutsche evangelische Kirchenausschuß als Vertreter der evangelischen Landeskirchen Deutschlands richtete im Dezember eine Eingabe an die Reichsregierung folgenden Inhalts:

„Die evangelische Kirche betrachtet die Ehe nicht bloß als ein Vertragsverhältnis, das im Wege gegenseitiger Übereinkunft oder durch beliebigen Rücktritt des einen oder anderen Teils gelöst werden könnte. Sie sieht vielmehr darüber hinaus in der Ehe die einzigartige, auf innigste und dauernde Lebensgemeinschaft angelegte Verbindung, die grundsätzlich nur durch den Tod gelöst wird. Demgemäß ist die Möglichkeit einer Scheidung nur für ganz bestimmte, sicher abzugrenzende Fälle der Verschuldung eines oder beider Ehegatten offenzuhalten.“ Das bürgerliche Gesetzbuch hat, wie die Eingabe bemerkt, aus einer im wesentlichen gleichen Auffassung heraus das Ehescheidungsrecht geregelt, was auf evangelischer und katholischer Seite als ein wertvoller Fortschritt begrüßt worden ist.

Die besondere Dringlichkeit, mit der gerade jetzt eine Erleichterung der Ehescheidung gefordert wird, ist nach Meinung des Kirchenausschusses zu einem guten Teil üblen Erfahrungen mit zahlreichen Kriegsehen zuzuschreiben. Die seit Kriegsende steigende Ehescheidungsziffer zeigt, daß das „vorhandene Eherecht mit seinem Verschuldungsprinzip eine reichliche Möglichkeit der Scheidung gewährt“.

„Soweit wirklich anerkannt werden müßte, daß das bestehende Recht gewisse Härten und Unzuträglichkeiten im Gefolge hätte, so wäre dies immer noch weit eher zu ertragen als der Schaden, den ein laieres Ehescheidungsrecht anrichten müßte durch verhängnisvolle Erweichung der sittlichen Begriffe und Gefährdung der Würde und Heiligkeit der Ehe. In Fragen der Ehescheidung mehr als irgendwo darf der Gesetzgeber nicht einseitig die Wünsche und Ansprüche des ein-

zeln zum Maß der Dinge machen; vielmehr müssen ihm die unveräußerlichen Bedürfnisse menschlicher Gesellschaftsordnung maßgebend sein, und er soll sein Augenmerk darauf richten, durch Rechtssetzung das sittliche Empfinden des Volkes zu festigen und zu heben, nicht es zu verwirren und auf ein tieferes Niveau herabzudrücken. Dabei bleibt in besonderem Maße noch die Rückwirkung der Ehescheidungen auf die Kinder zu berücksichtigen."

"Die Verantwortung" — damit schließen die schlagkräftigen Ausführungen — „für alle Erschütterung von Ehe und Familie, dieser Grundsäulen eines gesunden Volks- und Staatswesens, wie für alle Einbuße an Sitte und Sittlichkeit, die unserem Volk aus einem auf naturrechtlicher Anschauung sich aufbauenden Ehescheidungsrecht erwachsen müßte, trafe diejenigen, die eine Änderung der in langer, allmählicher Entwicklung gewordenen und durch die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches zur Ruhe gekommenen Rechtslage herbeigeführt hätten."

Die Reichsregierung wird deshalb ersucht, „alle Bestrebungen auf Erleichterung der Ehescheidungen durch Einschränkung des Verschuldungsprinzips abzulehnen."

Die Reichsregierung scheint mit der Kraft des Widerspruchs, die sich aus allen Volkskreisen erhob, denen Zucht und Sitte noch nicht ganz gleichgültig geworden ist, nicht gerechnet zu haben. Schon Minister Dr. Radbruch hatte erklärt, der Reichsregierung sei die geplante Vorlage bedenklich und durch die Einwände einer der Koalitionsparteien (Zentrum) zur Zeit unmöglich gemacht. Jetzt liegt es an der sozialdemokratischen Partei, ihre Wünsche in der Form eines Initiativantrags durchzusetzen. Nach Radbruchs Sturz erklärte der neue Reichs-Justizminister Dr. Heinke in den Beratungen über die Justizform (Sitzung des Reichstags vom 12. Febr. 1923): „Die Ehescheidungsreform wird von weiten Kreisen der Bevölkerung als eine Vergewaltigung ihres Gewissens angesehen. Solche Punkte dürfen wir heute nicht anrühren. Diese Frage ist nicht so dringlich, daß sie diesen Volkskreisen gegenüber durchgesetzt werden müßte.“ (Darob links große Unruhe).

15. Selbstmorde.

Hier können wir diesmal nur dürftiges Rohmaterial geben. Mit der Moralstatistik sind unsere staatlichen statistischen Ämter noch arg im Rückstand. Die „Zeitschrift des Preuß. Statist. Landesamtes“ die hierfür stets auch psychologisch Brauchbares hergab, ist für 1922 überhaupt nicht erschienen.

Die Selbstmordzahlen in ganz Deutschland waren in den letzten Jahren nebenstehende — das Jahr 1910 zum Vergleich beigezogen.

Die Selbstmordziffer, die während der Kriegsjahre selbstverständlich nur geringfügig war, stieg seit 1918 allmählich wieder an. Auf 100 000 Bewohner kamen 1918: 15,7, 1919: 18,4, 1920: 21,7 Selbstmörder. So weist das Jahr 1920 ziemlich genau wieder die Ergebnisse von 1910 auf.

	Gesamtzahl der Selbstmorde					Auf je 100 000 Lebende kamen Selbstmörder				
	1910	1918	1919	1920	1921	1910	1918	1919	1920	1921
Ostpreußen . . .	294	182	241	330	363	14,3	8,82	11,59	14,5	15,8
Westpreußen . . .	189	135	173	—	—	11,1	7,93	9,80	—	—
Berlin . . .	677	805	904	937	1355	32,7	38,87	47,52	48,8	35,2
Brandenburg . . .	1273	1024	1269	1405	640	31,5	24,45	29,19	32,6	25,6
Pommern . . .	306	179	246	278	310	17,8	10,43	13,78	15,3	16,8
Posen bzw. Grenzgm.	203	148	33	49	39	9,7	7,05	20,11	14,7	11,6
Niederschlesien . .	1174	695	798	(843)	830	22,6	13,30	15,14	(27,8	
Oberschlesien . .				(160)	149				6,9	
Sachsen . . .	924	664	813	1002	974	30,0	21,49	25,98	31,5	30,2
Schleswig-Holstein	538	385	408	506	527	33,4	23,75	25,09	34,1	35,1
Hannover . . .	711	457	477	612	606	24,3	15,53	15,81	20,0	19,6
Westfalen . . .	491	337	360	450	529	12,0	8,17	8,02	9,9	11,4
Hessen-Nassau . . .	475	394	362	459	464	21,5	17,74	15,92	19,9	19,9
Rheinland . . .	912	709	691	865	767	12,9	9,96	9,31	11,6	11,0
Hohenzollern . . .	12	6	9	8	8	16,9	8,45	12,72	11,2	11,1
Preußen . . .	8179	6120	6784	7904	7559	20,5	14,43	17,24	20,7	19,9
Bayern . . .	1047	807	945	926	981	15,3	11,5	13,3	12,9	13,5
Sachsen . . .	1573	1299	1394	1730	1550	32,9	26,6	29,8	36,5	32,4
Württemberg . . .	427	324	376	463	381	17,6	13,0	14,9	18,1	14,7
Baden . . .	480	310	429	450	416	22,5	14,1	19,3	20,1	18,3
Hessen . . .	321	215	246	260	230	25,2	16,4	19,0	19,8	29,9
Thüringen . . .	499	314	408	459	464	31,9	20,5	26,9	29,9	17,4
Hamburg . . .	372	260	334	389	385	37,1	24,3	31,6	36,6	36,1
Meckl.-Schwerin . .	122	99	112	162	188	19,1	15,7	17,0	24,3	23,4
Oldenburg . . .	128	79	93	141	141	26,7	15,3	17,9	26,7	26,4
Braunschweig . . .	171	116	143	134	124	34,6	23,9	29,6	27,5	25,2
Anhalt . . .	119	64	85	114	136	35,9	19,8	25,5	33,9	39,9
Bremen . . .	123	83	115	121	133	41,5	26,0	36,8	38,3	41,8
Lippe . . .	22	14	11	32	15	14,6	9,2	7,1	20,4	9,4
Lübeck . . .	36	15	28	49	41	31,1	12,6	23,1	40,1	33,3
Mecklenb.-Strelitz	29	14	22	21	33	27,3	13,3	20,6	19,4	30,2
Waldeck . . .	9	7	4	10	8	14,6	11,3	6,0	14,8	11,8
Schaumb.-Lippe . .	4	4	5	7	9	8,6	8,5	10,7	14,9	19,0
Ganz Deutschland	13661	10159	11555	13372	12764	21,6	15,7	18,4	21,7	20,7

Die in obiger Tabelle für die Provinzen Preußens gegebenen Zahlen des Jahres 1920 weichen ein wenig, aber nur ganz unwesentlich, ab von den im vorjährigen Jahrbuch S. 124 aufgestellten. Diese hier beruhen auf den amtlichen Ziffern des Statist. Jahrbuchs für das Deutsche Reich (42. Bd. S. 49), die vorjährigen auf den Angaben der Zeitschrift des Statist. Jahrbuchs 18. Bd. S. 59 des Preuß. Statist. Landesamts. Die Ursache der Differenz vermögen wir nicht aufzuklären. Es liegt auch wenig daran.

Die Selbstmordhäufigkeit der einzelnen Länder ist sehr verschieden und diese Verschiedenheiten sind sehr konstant. Über den psychologischen Hintergrund dieser Tatsache haben wir uns früher oft ausgelassen, zuletzt noch im vorjährigen Jahrbuch S. 125 und 126.

Viertes Kapitel.

Innere Mission.

Bearbeitet von Direktor P. D. Ulrich in Magdeburg-Gracau.

(Abgeschlossen im Mai 1923.)

1. Einleitung. Der Kongreß in München. Zentralausschuß. Zentralverband. Wirtschaftsband.

Der Eröffnungsartikel des 17. Jahrganges der Innern Mission im evangelischen Deutschland betont einerseits die große Not der Anstalten und Vereine der christlichen Liebestätigkeit, wie sie die traurigen Zeitverhältnisse hervorgerufen haben, andererseits die wichtigen Aufgaben, die gerade dadurch der Innern Mission erwachsen. „Noch nie ist die Feindschaft wider sie so groß gewesen. Man läuft Sturm gegen sie, versucht den christlichen Einfluß in allerlei Anstalten von den Kindergärten an einzudämmen oder gar zu beseitigen; man höhnt und geißelt in der schmutzigsten Weise gegen die, welche für eine öffentliche Mission des Christentumes und für die guten Sitten eintreten und sucht sie in der Öffentlichkeit lächerlich und unmöglich zu machen; man bekämpft die christliche Kirche und die christliche Wortverkündigung auch außerhalb der Kirchenmauern; man sucht die christliche Schule in das Karitatenkabinett oder die Rumpelkammer zu verweisen; man kämpft mit wissenschaftlichen Mitteln und den alten, neu aufgeputzten Religionen des Orients gegen das Christentum. Tausende im Volke wissen nichts von der Innern Mission und schreien nur nach ihr, wenn es gilt, ein mißratenes, körperlich, sittlich oder geistig verunglücktes Mitglied der Familie irgendwo unterzubringen. Man hält gerade unter dem jungen Geschlechte die Innere Mission oft nur für einen Ambulanzwagen, der dem Zuge der Zeit und dem kämpfenden Heere der Volksmassen langsam folgt und die Verunglückten und Verwahrlosten, die Heimat-, Obdach- und Kraftlos gewordenen aufliest. Man kennt die Geschichte zu wenig, auch die Geschichte der letzten 70 Jahre in der evangel. Kirche Deutschlands und der Innern Mission, und versucht es, den großen Riß, der durch unser Volk geht, auf alle mögliche Weise zu kitten, ohne jedoch die Heilung zu kennen und Wege der Rettung zu beschreiten. Alle Welt redet vom Wiederaufbau Deutschlands, unsers Volkes, unserer Wirtschaft und unsers geistigen Lebens, und man denkt meistens nicht daran, daß es nur eine Möglichkeit zum Wiederaufbau gibt durch den, der gesagt hat: „Siehe, ich mache es alles neu! und durch die, welche durch Christum selbst er-

neuert wurden und nun bereit sind, sich ganz und gar in seinen Dienst zu stellen.“

Mit anderen Worten: ohne die Innere Mission gibt es keinen Wiederaufbau. Trotz aller Anfeindungen wird aber immer mehr anerkannt, was für eine heilsame Macht die I. M. ist. Pflegen sich doch jetzt weit mehr Personen und Behörden mit ihr zu beschäftigen. Mit Staunen sehen die Einsichtigen unter ihnen, was für segensreiche Werke die I. M. im Laufe ihrer Geschichte geschaffen hat. Der Staat, der durchaus nicht das tiefste Verständnis für den Wert und das Wesen des Christentumes hat, würdigt die Erfolge ihrer Liebesarbeit und ist ihr wiederholt mit reichen Mitteln vertrauensvoll zu Hilfe gekommen. Und wenn sich auf den Provinziallandtagen die Stimmen wider die Unterstützung der christlichen Anstalten erhoben, so ergaben doch die Abstimmungen eine bedeutende Überzahl für die Bewilligung der notwendigen Beihilfen. Die Eisenbahnverwaltungen kamen ihnen mit bedeutenden Frachtvergünstigungen entgegen und gaben ihnen sogar das Recht, durch Vermittelung des Zentralausschusses für I. M. die in der Umgegend gesammelten Naturalliebesgaben kostenlos befördern zu lassen. Auch die für eine Weile erheblich eingeschränkten Reisevergünstigungen für die Berufsarbeiter der karitativen Krankenpflege und verwandter Bestrebungen wurden wieder hergestellt.

Das bedeutendste Zeugnis für die Wichtigkeit der I. M. bildete der Kongreß in München vom 3. bis 7. September, an den sich die erste kontinentale Konferenz für I. M. und Diakonie angeschlossen.¹⁾ Das Unternehmen war ein Wagnis angesichts des großen Fremdenzustromes, den die Oberammergauer Passionsfestspiele, der Katholikentag und die große Gewerbeschau veranlaßte. Nach seinem Gelingen muß der Kongreß, der 40. in der langen Reihe, als ein Markstein in der Geschichte der I. M. angesehen werden. Er begann mit vorbereitenden Gottesdiensten, von denen 7 in München und 14 in der Umgegend gehalten wurden. Je einer war der Jugendpflege, der Stadtmision, der Arbeit des Blauen und Weißen Kreuzes und der christlichen Erziehungstätigkeit gewidmet. Verdient machte sich dabei das Dresdener Pastoren-Posaunenquartett, indem es durch seine Choralweisen von den Türmen im wahren Sinne Volksmission trieb. Dieser Aufgabe dienten auch zwei große Volksversammlungen in St. Lukas und St. Matthäus, in denen die bekannten Evangelisten Hölzel-Hagen, Monsky-Wien und Kern-Nürnberg redeten. Im Eröffnungsgottesdienste am Montag predigte der bayrische Kirchenpräsident D. Veit über 1. Petri 4, 7—11 mit dem Thema: „Auf zum Dienst! Je näher das Ende ist, desto gesammelter muß der Sinn, desto brünstiger die Liebe und desto selbstloser die Treue sein.“

Der Kongreß wurde von vier großen Verhandlungsgegenständen beherrscht. Der erste galt der Jugend. Pastor Dr. Ritter-Berlin sprach

¹⁾ Verhandlungen des 40. Kongresses für I. M. Berlin-Dahlem, Wichern-Verlag.

über Christentum und Jugendbewegung. Es war erfreulich, daß in der Aussprache auch die Jugendlichen sich zum Worte meldeten, darunter ein Kommunist, so daß nicht nur über die Jugend verhandelt, sondern die große Frage auch von ihren Vertretern besprochen wurde. Der Referent endete sein Schlußwort mit dem Satz: „Mit der Jugend zusammengehen in der Kritik der Zeit, diese Kritik vertiefen zum Selbstgericht und durch dieses Gericht die Wege zum Heil suchen und dann mit radikaler Entschlossenheit einschlagen, das ist die unausweichliche Forderung, die durch die Tatsache der Jugendbewegung an uns ergeht.“ — Das zweite große Thema war kirchliches Christentum und religiöser Sozialismus, worüber Dr. Schreiner-Hamburg treffliche Ausführungen darbot. Wohltuend berührte es, daß er der Persönlichkeit Adolf Stoeckers gerecht wurde, der ebenso freudig die Forderungen der Bergpredigt als auch die seines Volkstumes bejaht hatte. Noch immer gilt das Gleichnis vom Salz, das nur dann wirkt, wenn es in die Speisen eingeht. So muß der Geist der Liebe in die sündige Welt eingehen und sie durch die Kraft des Kreuzes umgestalten. — Zu dritt behandelte P. Steinweg das Thema: Die Innere Mission der evang. Kirche und die Wohlfahrtspflege. Der Vortrag führte zu einer Resolution mit folgendem Wortlaut:

Der 40. Kongreß für I. M. ruft alle Organe der Kirche und die Vereinigungen der I. M. auf, mit allen Kräften für die Erhaltung und Ausgestaltung der evang. Liebesarbeit einzutreten, 2. eine erspriessliche Zusammenarbeit zwischen dieser und der staatlichen und kommunalen Wohlfahrtspflege zu fördern, 3. zur Erfüllung dieser Aufgaben auf allen Stufen des kirchlichen Verfassungslebens unter strenger Zusammenfassung der vorhandenen Kräfte und Einrichtungen im Anschluß an die Organisationen der I. M. Organe der kirchlichen Liebestätigkeit zu schaffen bezw. auszubauen.

Diese Gedankengänge wurden in einem späteren Zusammensein von Fachleuten weitergesponnen, die über praktische Abhilfe der großen Gegenwartsnöte berieten und an den Zentralauschuß die dringende Bitte richteten, auch auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Maßnahmen die Führung zu übernehmen. Zu viert behandelte Professor D. Seeberg Das Christentum und die weltgeschichtliche Krisis der Gegenwart. Er schilderte die Symptome der letzteren und gab einen dunklen Ausblick auf den im Laufe der Jahrhunderte zu erwartenden Untergang des Abendlandes. Eingehend sprach er über das Ansehen der Geschichte, beschränkte aber die Bedeutung des Christentumes auf die Rettung der Seelen und vermied eine bestimmte Antwort auf die Frage, ob auch die Kulturen durch das Christentum gerettet werden könnten. Es fehlte in der Aussprache nicht an Widersprüchen gegen diese Aufstellung. Bedeutsam war das Wort, das Superintendent Rohde-Posen am Schlusse aussprach: „Wir müssen hindurchkommen vom heidnischen Nationalismus, wie er gegenwärtig in der angelsächsischen Welt blüht, durch das Übergangsstadium der christlichen Übernationalität zum wahren Nationalismus, wie er durch das Christentum wiedergegeben

wird. Christentum in deutscher Ausprägung und Deutschtum christlich durchtränkt kann uns allein aus dem drohenden Untergang retten."

Am Donnerstag der Kongreßwoche fand die stark besuchte Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der I. M. statt, wobei D. Füllkrug und Geheimrat Saran über die Arbeit und Finanzlage des Zentralauschusses berichteten. Dabei wurde die Monatsschrift des letzteren zum Organ des Zentralverbandes erklärt und ihr Bezug allen Anstalten und Vereinen der I. M. zur dringenden Pflicht gemacht.

Die letzten beiden Tage brachten die Kontinentale Konferenz, die durch verschiedene Reisen der Direktoren des Zentralauschusses ins Ausland vorbereitet worden war. Sie war besichtigt von Vertretern aus Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Finnland, Österreich, Ungarn, Kärnten, Lettland, Frankreich, England und Amerika. Vier Gegenstände wurden behandelt: Volksmission, Evangelisation, Apologetik (D. Hilbert und D. Füllkrug), Kirche und Arbeiterschaft (Dr. Slotemaker de Bruine-Utrecht und Franz Behrens), evangelische und katholische Liebestätigkeit (Prof. D. Wurster-Tübingen) und Notwendigkeit und Gestaltung der internationalen Beziehungen der I. M. (Prof. D. Westman-Upsala). Die Verhandlungen führten zu folgender Resolution:

„Die erste kontinentale Konferenz für I. M. und Diakonie in München begrüßt mit freudiger Zustimmung die Absicht, einen kontinentalen Verband für I. M. und Diakonie zu begründen. Sie hält den vorgelegten Satzungsentwurf für eine geeignete Grundlage und bittet, die in Betracht kommenden Organisationen der kontinentalen Länder auf dieser Grundlage zu einem kontinentalen Verband zusammenzutreten. Die Konferenz beauftragt eine Kommission mit der Weiterführung der in München begonnenen Einheitsarbeit."

Das war eine kirchengeschichtliche Stunde, in der die christliche Liebe die engen Grenzen der Länder Europas durchbrach zum Heil der nach dem Evangelium hungernden evangelischen Christenheit, die der Leib ist, dessen Haupt der Heiland Jesus Christus sein will, um alle, die an ihn glauben, zur ewigen Seligkeit zu führen. Damit ist dem Zentralauschuß eine neue und wichtige Aufgabe erwachsen, deren Ausbau sein neues Ziel sein soll.

Im Berichtsjahre hat der Tod wiederum eine Anzahl von Lücken in die Reihen der Vorkämpfer der I. M. gerissen. Im Juli schied unerwartet P. Reinhard Mettin aus dem Leben, der durch 11 Jahre zweiter Geistlicher des Zentralauschusses gewesen war und seitdem ihm als Mitglied angehört hatte. Am 3. September starb P. Rahlenbeck in Unna, von 1886—1891 Reiseagent, und von da ab Mitglied des Zentralauschusses. Am 4. September starb der greise Oberhofprediger D. von Dryander, der jahrelang die Verbindung der I. M. und des Kirchenregimentes dargestellt hatte. Am 15. September ging heim in Herrenalb der Verwaltungsdirektor Theodor Koch, durch viele Jahre der Mitherausgeber der süddeutschen Monatsblätter für I. M. Einen herben Verlust für die I. M. bedeutete der Tod des erst 62jährigen Theologieprofessors D. Dr. Paul von Wurster-Tübingen, der durch

sein pädagogisches Geschick nicht nur auf die theologische Jugend Württembergs, sondern auch auf die Jugend überhaupt und die Arbeiterbewegung von großem Einfluß war. Literarisch wirkte er durch die Monatschrift für Pastoraltheologie und andere hervorragende Werke. Seit dem Febr. 1912 war er Mitglied des Zentralausschusses. Einen Tag vor dem Jahreschlusse verlor die männliche Diakonie ihren bewährten Führer D. Paul Dehlers-Hannover, den Leiter des Stephanstiftes daselbst. In früheren Jahren war er Seemannspastor am Bristolkanal und in Bremerhaven gewesen. Seit 1908 gehörte er dem Zentralausschuß an. Von Veränderungen ist noch anzuführen, daß am 16. Januar 1923 zum allgemeinen Bedauern Präsident D. F. A. Spiecker sein Amt als Leiter des Zentralausschusses niederlegte, das er seit dem Jahre 1907 als Nachfolger des Präsidenten D. Gaebel in verdienstvoller Weise geführt hatte. Seine Geschäfte übernahm bis auf weiteres der Vizepräsident Geheimrat D. Reinhold Seeberg-Berlin. D. Spiecker bleibt weiter Mitglied des Zentralausschusses.

Die Zahl der Berufsarbeiter des Zentralausschusses wurde am Jahresanfang verstärkt durch den Eintritt des P. Dr. Karl Schweizer mit dem besonderen Auftrag der Vertretung der apologetischen Arbeit und des Kaufmannes Walter Schlunk, der zum Leiter der Wirtschaftsabteilung berufen wurde. Durch seine Wirksamkeit vermehrte sich die Zahl der dem Wirtschaftsbunde angeschlossenen evangelischen Anstalten von 141 auf 834, wodurch die bedeutende Verschiebung der Mitgliederzahl zugunsten der katholischen Kirche wieder ausgeglichen wurde. Zurzeit sind die evangelischen Anstalten am Betriebskapital des Wirtschaftsbundes mit einer Einlage von 6454000 M. beteiligt. Aus der Zahl der Volksmissionare schied Pastor Petersen aus, um die Seelsorge und das Pfarramt im Kreiskranken- und Mutterhause zu Lichterfelde zu übernehmen. Für ihn trat ein der Volksmissionar Berger-Halle und die Volksmissionarin Hermine Hardt-Stettin. Zum lebenslänglichen Mitglied des Zentralausschusses wurde aus Anlaß der 200jahrfeier der Brüdergemeinde in Herrnhut Bischof D. Jensen gewählt, wodurch zwischen dieser und dem Zentralausschuß das Band fester geknüpft wurde.

Neu schloß sich dem Zentralverband an der jüngst gegründete Provinzialverein für I. M. in der Grenzmark des Ostens mit dem Sitz in Dt.-Krone, der Landesverband für I. M. in Hamburg und der Verband der Binnenschiffermission, wozu jetzt alle Verbände und Vereine gehören, welche unter den Binnenschiffern arbeiten.

In der Osterwoche veranstaltete der Zentralausschuß in Verbindung mit dem Gnadauer Verbands im Spandauer Johannesstift eine Arbeitskonferenz für Volksmission und Evangelisation, woran 160 Berufsarbeiter und zahlreiche Gäste teilnahmen. In der Woche darauf folgte an demselben Orte ein achttägiger Instruktionskursus für I. M. und Wohlfahrtspflege mit 90 Teilnehmern. Im Juli hielt die Frauenbibelschule unter dem Vorsitz des Generalsuperintendenten D. Haendler-Berlin

eine Prüfung ab, in der alle Teilnehmerinnen gut bestanden. Ein neuer, gut besuchter Kursus bezeugte das Gedeihen der Arbeit.

In seinen Sitzungen verhandelte der Zentralauschuß u. a. auch über die Notlage der Emeriten und Relikten der theologischen Berufsarbeiter der I. M. und erwirkte vom Evang. Oberkirchenrat und dem General-synodalvorstand die Entscheidung, daß fortan diese die gleichen Vorteile wie die landeskirchlichen Pfarrer haben sollen. Für die nicht theologischen Berufsarbeiter wurde die Schaffung einer Hilfskasse ins Auge gefaßt.

Durch die ständigen Beziehungen des Zentralaussschusses mit dem Wohlfahrts- und Reichsarbeitsministerium gelang es, zur Erziehung evangelischer Kriegerwaisen für 1921 die Summe von 350 000 M. und für 1922 die Summe von 500 000 M. zu erhalten. Für die evang. Altersheime wurde die Summe von 2500 000 M. erbeten und erlangt.

Der Wichernverlag erzielte einen Umsatz von 150 000 M. gegen 113 583 im Vorjahre. Aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums der Krüppelfürsorge erschien die Schrift Hans Knudsen und die Krüppelfürsorge der evang. Kirche von P. Ulbrich.

Die große Kohlennot der Anstalten veranlaßte den Zentralauschuß diesen einen Heiztechniker zur Erzielung von Ersparnissen zur Verfügung zu stellen. Wird doch dieser Notstand allenthalben als am drückendsten empfunden. Eine Linderung ist eine Lebensfrage für die meisten Anstaltsbetriebe.

2. Die Diakonie.

a) Die männliche Diakonie.

Schon vor 70 Jahren sprach Wichern den Wunsch einer festeren Verbindung der männlichen Diakonie mit der verfaßten Kirche aus. Nach langem Warten und Werben wird dieser Wunsch in der Gegenwart immer mehr zur Erfüllung. Hat doch der evang. Oberkirchenrat in Berlin eine Prüfungsordnung für Gemeindediakone erlassen und diese den Brüderhäusern zum Unterrichtsziel gesetzt. Im Laufe der Zeit ist auch die Zahl der aus den Brüderhäusern hervorgegangenen Gemeindediakone, Küster und Jugendpfleger ganz erheblich gewachsen, und die Gemeinden haben mit ihnen keine unrichten Erfahrungen gemacht. Auch Kirchenrechner und ähnliche Beamte werden immer wieder begehrt. Nach und nach dämmert bei den kirchlichen Körperschaften das Verstehen, daß ein Küster oder Kirchendiener mit diakonischer Vorbildung und missionarischer Gesinnung, dem Pfarramte und der Gemeinde ganz andere Dienste leistet, als ein Laie, der nur um des Erwerbes willen die Geschäfte führt. Wenn aber die Kirche solche Kräfte braucht und vermehren will, dann muß sie aber auch ihre Stellungen derart ordnen und ausgestalten, daß die christlichen Jünglinge und Männer zum Eintritt in diese Arbeit ermutigt werden. Dazu gehört eine gesetzliche Vertretung, welche der Meinung vorbeugt, daß die Gemeindegemeinderäte es mit den

Diakonen halten können, wie sie es wollen. Besonders wichtig ist es, daß die Diakone nicht von den Beratungen der kirchlichen Körperschaften ausgeschlossen werden. Man Sorge dafür, daß sie daran teilnehmen können. Sodann muß man ihnen auch Raum in der christlichen Liebesarbeit geben, vor allem in den Ausschüssen für Jugend- und Wohlfahrtspflege. In diesem Sinne schafft die neue Kirchenverfassung den Diakonen weiten Spielraum.

Um aber auch die Gemeinden zur Anstellung von Diakonen zu ermutigen, müssen die Kirchenleitungen hinreichend Mittel zu ihrer Besoldung bereit stellen. Hier und da geschieht das auch, aber noch nicht überall. Gleichwohl kann man sagen, daß sich für die männliche Diakonie in der neuen Kirche wertvolle Aussichten eröffnen. Es ist aber notwendig, daß die neuen Wege mit der rechten Weisheit ausgebaut werden. Auf diese Weise wird die Werbekraft der männlichen Diakonie gestärkt, die noch immer nicht die schweren Verluste überwunden hat, welche der Weltkrieg ihr geschlagen hat.

Haben sich die 17 Brüderhäuser mit 3471 Angehörigen im wesentlichen in ihrem Bestande erhalten und sogar einen kleinen Zuwachs verzeichnen können, so muß doch der deutsche Diakonenverband eine schmerzliche Klage über den Stand der ganzen Diakonensache erheben, die durch die ungünstigen Zeitverhältnisse sich immer mehr verschärft und Mut und Kraft auf eine harte Probe stellt. Daher traf den Verband besonders schwer der Verlust seines bewährten Führers des Pastors D. Paul Dehlers, der erst sechzigjährig am 30. Dezember 1922 aus segensreichem Schaffen abgerufen wurde. Durch 25 Jahre hat er das Stephanstift in Hannover geleitet und durch 10 Jahre dem deutschen Diakonenverband vorgestanden, dessen Emporblühen vor allem sein Werk war. Außerdem war er Vorsitzender des hannoverschen Landesverbandes für I. M. Von seiner Wirksamkeit, die durch ganz Deutschland und darüber hinaus sich erstreckte, zeugen sichtbar das neue Mutterhaus der hannoverschen Bruderschaft, das er erbauen ließ, und das Rittergut Kronsberg, das er zu Versorgung seiner Anstalten erwarb. Daß sich die Diakonensache immer wieder durchgesetzt hat, ist nicht zuletzt seinem mutigen Auftreten auf den Kirchentagen zu Dresden und Stuttgart zu danken. In der Osterwoche 1923 verloren die bekannten Neinstedter Anstalten ihren durch 24 Jahre bewährten Leiter P. Johannes Steinwachs, der durch die Errichtung der großen Erziehungsanstalt Johannenhof für Anormale sich ein bleibendes Denkmal geschaffen hat. Bis auf wenige Jahre stand sein ganzes Amtsleben im Dienste der Innern Mission.

Am 13. und 14. März 1922 hielt der deutsche Diakonenverband seine Jahrestagung in Berlin ab. Der Bericht stellte fest, daß sich die Zahl der Diakone im Kirchendienst und in der Jugendpflege nicht unwesentlich erhöht hat. Sodann wurden mehr Hausväter für Waisenhäuser und Erziehungsanstalten begehrt. Die Versorgungskasse des Verbandes ist nach dreijährigem Bestehen auf 1000 Mitglieder an-

gewachsen. Die Vorträge behandelten folgende Gegenstände: „Kirchenverfassung und männliche Diakonie“ (P. Bunke-Spandau), „Männliche Diakonie und Wohlfahrtspflege“ (P. Steinweg-Dahlem) und „Der Wirtschaftsbund und seine Bedeutung für die I. M.“ (Dir. Schlunk-Berlin).

Zu den noch nicht überwundenen Härten der Gegenwart gehört die Not, daß die Mittel aus dem kirchlich-sozialen Fonds, die für die Vorkriegszeit genügten, jetzt bei weitem nicht mehr hinreichen, die davon abhängige diakonische Arbeit aufrecht zu erhalten. So kommt es vor, daß Diakonen, die mitten in gesegneter Arbeit stehen, aus Ersparnisgründen unerwartet gekündigt wird. Es geschah in einer größeren Industriestadt, daß der Parochialverband trotz des Protestes von drei Kirchengemeinden die Gehälter verschiedener Gemeindediakone nicht mehr bewilligen wollte, obwohl man ihre Mitarbeit nicht entbehren konnte.

Noch schwerer ist die Lage der Altdiakone und der Angehörigen verstorbener Berufsarbeiter, daß die Hilfskassen aus Mangel an genügend hohen Beiträgen sich immer weniger der unheilvollen Geldentwertung anpassen können, so daß mancher alte Diakon besorgen muß, im Falle seiner Erwerbslosigkeit der allgemeinen Armenfürsorge anheimzufallen.

Trotz dieser trüben Lage besteht im deutschen Diakonenverband die Entschlossenheit, der Kirche und der I. M. weiter mit ganzer Kraft und Liebe zu dienen. (Verbandsadresse: Diakon Lehmann, Berlin Tempelhofer Ufer 35.)

Neben dem großen deutschen Diakonenverband besteht der freie Diakonenverband, der in der Form eines eingetragenen Vereins den Zusammenschluß der Diakone und Berufsarbeiter der I. M. erstrebt, die keiner Brüderanstalt angehören. Auch er kann von einigem Wachstum sprechen, wenn auch die Fürsorge für brotlos gewordene Mitglieder ihm nicht geringe Schwierigkeiten bereitet hat. Die Verbandsleitung liegt in den Händen eines aus Brüdern bestehenden Ausschusses und einem Beirat, dem zwei Geistliche und ein Jurist angehören. Trotz der Geldentwertung beträgt der Jahresbeitrag nur 100 M. (Geschäftsführer Diakon Spahker Berlin Nr. 65. Nazarethkirchstr. 46.)

Die Konferenz der theologischen Berufsarbeiter der I. M. mußte sich der Zeitverhältnisse wegen auf eine außerordentliche Tagung im Anschluß an den Münchener Kongreß für I. M. beschränken, auf der P. Moeller-Potsdam über die Gleichstellung der theologischen Berufsarbeiter mit den landeskirchlichen Geistlichen berichtete. D. Füllkrug besprach die Gründung einer Hilfskasse zur Unterstützung der Emeriten und Relikten. P. Dorfmueller-Erlangen behandelte die Frage: Was haben wir zu tun, um uns unter allen Umständen den maßgebenden Einfluß auf das Erziehungswesen in unsern Anstalten zu erhalten? (Geschäftsstelle Potsdam, Mirbachstr. 2. Geschäftsführer P. O. Moeller.)

b) Die weibliche Diakonie.

Die Diakonissenhausfrage erlitt zwei große Verluste. In Frankenstein starb nach kurzer Krankheit am Ostersonntag 1923 P. Lic. Ernst Petran, durch 23 Jahre der Leiter des dortigen Mutterhauses, während in Spenyer am 1. April der langjährige Diakonissenhausvorsteher Kirchenrat D. Friedrich Krieg wegen schwerer Erkrankung sein Amt niederlegte. Beide gehörten zu den führenden Persönlichkeiten auf dem weiten Arbeitsgebiete, dessen wichtigste Zusammenfassung der Kaiserswerther Verband der deutschen Diakonissenmutterhäuser ist, der von der Kaiserswerther Generalkonferenz zu unterscheiden ist, die über Deutschland hinausgeht und auch die Mutterhäuser des Auslandes in sich begreift. In der Regel schließt sich ihre Tagung an die des deutschen Verbandes an. Letzterer zählt zur Zeit 65 Diakonissenmutterhäuser mit 21 259 Schwestern auf 8250 Arbeitsfeldern, die alle Gebiete christlicher Frauentätigkeit umfassen. Einem Zugang von 237 Schwestern steht ein Abgang von 264 Schwestern gegenüber, so daß der Gesamtverband mit einem Verlust von 27 zu rechnen hat. Zu dieser Aufstellung ist zu bemerken, daß im allgemeinen die süd- und westdeutschen Häuser eine Erhöhung der Schwesternziffern zu verzeichnen hatten, während die mitteldeutschen und östlichen Anstalten, zumal in der Grenzmark — z. B. Danzig und Mieschowitz —, größere Verluste erlitten. Die Gesamteinnahmen dieser Häuser stiegen von rund 98 Millionen im Jahre 1920 auf 141 Millionen im Jahre 1921. Die Ausgaben wuchsen von 108 Millionen auf 154 Millionen. So entstand ein Fehlbetrag von 13 Millionen gegen 10 Millionen im Jahre 1920. Inzwischen hat er sich durch die verschlechterte Valuta schätzungsweise mindestens verzehnfacht.

Mit den besonderen Sorgen, Nöten und Aufgaben, welche die Zeitverhältnisse stellen, beschäftigten sich vornehmlich die Bezirkskonferenzen, in denen sich die Häuser bestimmter Gebiete zusammengeschlossen haben. Es gibt eine schweizerisch-süddeutsche Konferenz, eine Nordwestdeutsche, eine ostdeutsche und eine Konferenz der Berlin-Brandenburgischen Mutterhäuser. In den Verhandlungen wurden die Richtlinien aufgestellt, wonach die Schwesternstationsgelder und die Wirtschaftskosten für die Außenschwestern zu berechnen sind. In den meisten Fällen blieben die Forderungen hinter den Vorkriegssätzen zurück. Ferner wurden die Fragen des Schwesterntaschengeldes, der Versicherung und Besteuerung und der Krankenpflegeprüfung erörtert.

In der Sache des Anschlusses des deutschen Gemeinschaftsdiakonieverbandes an den Zentralverband der I. M. wurde der Verband um eine gutachtliche Äußerung ersucht, das dahin abgegeben wurde, daß man nach Aufstellung gewisser Bedingungen dem Anschluß nichts in den Weg legte.

Im Zusammenwirken mit dem Zentralauschuß für I. M. und dem Reichsverband der privaten gemeinnützigen Kranken- und Pflgeanstalten Deutschlands war der Kaiserswerther Verband andauernd bemüht, der

wirtschaftlichen Not der Anstalten zu steuern und ihnen jede denkbare Erleichterung zu verschaffen. Auf eine Petition des Reichsverbandes an den Reichstag wurde vom Reich zur Unterstützung notleidender karitativer Anstalten die Summe von 500 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Davon entfielen auf die Anstalten der I. M. 195 Millionen. Von diesem Betrage wurden zwei Drittel auf die Krankenanstalten und sonst der Gesundheitspflege dienenden Häuser verteilt, während der Rest durch den Zentralausschuß für I. M. den übrigen Anstalten zugewendet wurde. Der Verteilung wurde ein von der zuständigen Kommission aufgestellter Schlüssel zugrunde gelegt, der neben der Bettenzahl die besonderen Verhältnisse, die Schuldenlast, die bisherigen Zuwendungen, akute Notstände oder die Lage im besetzten Gebiet berücksichtigte. Im ganzen wurden 541 evang. Anstalten bedacht. Die Überweisung der Beträge erfolgte zu 75 Proz. in bar und zu 25 Proz. in Waren durch den Wirtschaftsbund, der durch rechtzeitigen Einkauf das meiste davon weit unter dem Tagespreise liefern konnte. Diese Hilfe, die nicht einmalig sein soll, sondern Jahr für Jahr wiederholt werden wird, nach Maßgabe der zu erwartenden Mittel, bedeutet für alle Anstalten eine wertvolle Stärkung, die über ihren pekuniären Wert hinaus zu schätzen ist.

An Zeitschriften erscheinen innerhalb des Kaiserswerther Verbandes außer den Werbeblättern der einzelnen Anstalten der Armen- und Krankenfreund in 75. Jahrgang als das amtliche Organ und die evang. Gemeindegemeinschaft im 2. Jahrgang. Letztere dient vor allem der Gemeindediakonie, zu deren Übung und Belebung sie in biblischem Sinne Handreichung tun will. Verlagsort beider Blätter ist Kaiserswerth.

Was die Auslandsarbeit des Kaiserswerther Mutterhauses angeht, so sind wesentliche Änderungen nicht eingetreten, wenn auch die Anfänge einer Wendung zum Besseren sich zeigen. Die Anstalt Talitha kumi, arabisches Waisenhaus mit Tages- und Kleinkinderschule, arabischem Lehrerinnenseminar und Diakonissenschule nebst Gemeindepflege in Jerusalem, ist immer noch in den Händen des englischen Fräulein Warburton, die dort eine höhere Schule für zahlende arabische Mädchen unterhält. Die Aufsicht darüber führen drei englische Missionsgesellschaften, welche sich grundsätzlich bereit erklärt haben, im Jahre 1925 das Haus an Kaiserswerth zurückzugeben, so daß die Wiederaufnahme der Arbeit näher rückt. Leider ist das wertvolle Grundstück durch die Anlage einer 20 Meter breiten Prachtstraße auf dem Wege der Enteignung arg zerstückelt worden, wobei der wundervolle Garten mit vielen hohen Bäumen vernichtet wurde. Das Kaiserswerther Diakonissenhospital dient immer noch den Engländern als Lazarett für die Besatzungstruppen. Es ist aber jetzt ein Vertrag zustande gekommen, der für das Jahr 1924 die Rückgabe an den rechtmäßigen Besitzer vorsieht. Da aber Kaiserswerth die Wiederaufnahme der Hospitalarbeit aus eigenen Mitteln nicht wird leisten können, wird

die Gründung eines Zionsvereins zur Förderung der Diakonissenarbeit im Heiligen Lande beabsichtigt. Für die Wiederaufnahme der Arbeit in Bethlehäm hat sich eine Möglichkeit noch nicht gezeigt. Man hofft aber mit der Arbeit in Jerusalem auch hier beginnen zu können. Das Waisenhaus Zoar und die deutsche Schule in Beirut in Syrien sind weiter im Besitz der französischen Heeresverwaltung geblieben. Um Wandel zu schaffen hat Kaiserswerth beide Häuser dem Near East Relief mietweise zur Unterbringung arabischer Waisenkinder angeboten. Die Entscheidung steht noch aus. In Haifa am Karmel steht die Wiedereinsetzung der Gemeinde- und Kleinkinderschulschwestern, die bis 1917 in der deutschen Kolonie arbeiteten, in Aussicht. Wegen der Zurückgabe des Diakonissenhospitals in Kairo werden Verhandlungen gepflogen, die einen günstigen Ausgang erhoffen lassen. Im Diakonissenhospital Viktoria in Kairo arbeiten Kaiserswerther Schwestern nichtdeutscher Nationalität. In Smyrna sind die Gebäude der deutschen Schule und des armenischen Waisenhauses, die 1921 an eine amerikanische Missionsgesellschaft vermietet wurden, durch den großen Brand vom 14. September 1922 fast ganz in Asche gelegt worden. Kaiserswerth hat aber Schritte getan, um sich das Besitzrecht an den Grundstücken zu sichern.

Einen besonders schweren Stand hatte unter den Diakonissenmutterhäusern das zu Posen, das trotz aller seiner Nöte seine gesegnete Arbeit im Jahre 1922 fortsetzte. Da die Optionsfrist ablief, verließen nochmals 24 Schwestern das Haus, um nach Deutschland zurückzukehren. Trotzdem konnte das Mutterhaus 144 Stationen, darunter 87 Gemeindepflegen und 17 Krankenhäuser aufrecht erhalten. Durch Zutritt von 18 Probeschwestern stieg die Schwesternzahl auf 344. Bedeutungsvoll war eine am 12. und 13. Juli abgehaltene Tagung aller evang. Mutterhäuser Polens, nämlich Bieliß, Lodz, Stanislaw, Bardsburg, Warschau und Wolfshagen. Man besprach die Ausbildung und religiöse Förderung der Schwestern, Fragen der Verwaltung und die rechtliche Stellung der Mutterhäuser. Das Ergebnis war die Begründung eines Verbandes der evang. Diakonissenmutterhäuser Polens, zu dessen Vorsitzenden P. Sarowyn-Posen gewählt wurde. Zur Verbreitung des Interesses dient der evang. Volkskalender, der 1922 in einer Auflage von 25 000 Stück erscheinen konnte. Infolge der Geldentwertung war die Finanzlage des Posener Hauses besorgniserregend. Daher wirkte es wie ein Wunder, als man die Jahresrechnung 1922 ohne Fehlbetrag abschließen konnte. Für 1923 ist ein Bedarf von einer Milliarde vorgesehen. Nicht gering waren die Anfeindungen seitens der polnischen Regierung, die auf eine Eingabe des Deutschtumsbundes zu Bromberg an den Völkerbund erwiderte, daß das Posener Diakonissenhaus alle seine materiellen und moralischen Kräfte aus dem Ausland schöpfe, und daß seine Schwestern sich im polnisch-russischen Kriege an der Spionage beteiligt hätten. Die Anklagen konnten durch den Hinweis auf die Geschichte des Hauses widerlegt werden, das seit 1865 von keiner staat-

lichen und kommunalen Behörde abhängig stets nur religiös-karitative Zwecke verfolgt und niemals sich in politische Dinge eingelassen habe. So hofft man, daß endlich dem Hause die zu seiner gemeinnützigen Arbeit nötige Freiheit gewährleistet werde. (Adresse: Poznan, Ul. Grunwaldzka 49.)

Mit dem Deutschen Gemeinschaftsdiakonieverbande wurde durch die Verhandlungen vom 24. Oktober 1922 bestimmte Grenzen vereinbart, die jedoch nach den Vorgängen von ihm nicht immer eingehalten worden sind, so daß das Präsidium Verwahrung einlegen mußte. Er umfaßt die Häuser Neuvandenburg zu Elbingerode mit 484 Schwestern, Hebron in Marburg mit 326 Schwestern und Hensoltzhöhe in Gunzenhausen mit 394 Schwestern, zusammen 1204 Schwestern. Die Arbeit geschieht in der Kranken- und Gemeindepflege und in der Jugend-, Gemeinschafts-, Blaukreuz- und Magdalenenasche. Der Zuwachs von fast 200 Schwestern in einem Jahre gestattete erhebliche Ausdehnung der Stationen. Außerdem wurden von den Anstalten aus Evangelisationen, im Jahre 1922 etwa 100, veranstaltet zum Teil in kleinen oder unkirchlichen Gemeinden. Nach Berufung des Pfarrers Hans Schmidt aus Iggelheim-Rheinpfalz hat jedes Mutterhaus seinen eigenen Anstaltsgeistlichen. Das Verbandsorgan „Deutsches Gemeinschaftsblatt“ (Schriftleiter P. Krawitzki) soll zu einer Zeitschrift ausgebaut werden, die den äußeren und inneren Linien des Verbandes entspricht und Winke gibt, wie man die biblische Heiligung in die Tat umsetzt.

Zur Zehlendorfer Konferenz (Vorsitzender P. Großmann-Berlin-Zehlendorf) gehören 1. der Evangel. Diakonieverein zu Berlin-Zehlendorf mit 2070 Schwestern auf 270 Arbeitsfeldern. Dazu gehören 8 Seminare zur Ausbildung in der Krankenpflege und 2 Seminare für soziale Hilfsarbeit mit der Aussicht, die staatliche Wohlfahrtspflegerinnenprüfung abzulegen. 2. Das Staatliche Schwesternhaus zu Arnsdorf bei Radeberg (Sachsen). Es hat die Aufgabe, Schwestern für die staatlichen Heil-, Pflege- und Erziehungsarbeit und die gesamte Wohlfahrtspflege auszubilden. 328 Schwestern stehen im Dienst. Organ ist die Zeitschrift „Unser Blatt“. 3. Der Hessische Diakonieverein, 1906 von Pfarrer Guyot zur Linderung der Gemeindenöte in Hessen begründet. Nach zweijähriger Ausbildung in Krankenanstalten folgt einjährige Ausbildung im Gemeindepflegeseminar zu Darmstadt. Schwesternzahl 150. 4. Schwesternschaft des Evang. Bundes mit dem Mutterhaus in Dessau; Schwesternzahl 130. Die Ausbildung geschieht in drei Seminaren und einer Privatklinik, die im Besitz des Bundes ist. Mit den Schwestern werden versorgt 14 Anstalten und 15 Gemeinden. 5. Diakonissenmutterhaus der Rückenmühler Anstalten zu Stettin-Grünhof. Zur Zeit 85 Schwestern, die in der Arbeit an Schwachsinnigen, Epileptischen, Psychopathen, Kranken und Kindern stehen. Zum Hause gehören 20 Außenstationen. 6. Schwesternschaft der evang. Frauenhilfe, seit 1921. Die Mitgliederzahl beträgt 186. Die Schwestern arbeiten im eigenen Krankenhaus in Ehringshausen, in

Universitätskliniken, im Frauenheim Wengern a. R. und in Privatpflegen. 7. Rheinisch-westfälischer Diakonieverein zu Köln-Mülheim mit 53 angestellten Schwestern und 10 Lernschwestern. Die Ausbildung geschieht im Gemeindepflege seminar zu Köln-Mülheim und im Krankenpflege seminar zu Remscheid. 8. Diakonissenhaus in Hamburg-Borgfelde. 9. Schwesternschaft des Kreises Teltow (Stubenrauchkrankenhaus zu Lichterfelde) und 10. Der Bund zur Erhaltung und Mehrung deutscher Volkskraft in Halle a. S.

Seit etwa drei Jahren gibt es einen Verband der evangel. freikirchlichen Diakonissenmutterhäuser Deutschlands, der in Hamburg seine zweite Hauptversammlung abhielt. Dazu gehört das Diakonissenwerk der Methodistengemeinschaft, der evang. Gemeinschaft und der Baptisten. Der Verband umfaßt 10 Mutterhäuser mit 1614 Schwestern, die in 25 eigenen Anstalten, 121 Krankenhäusern und 132 privaten Anstalten arbeiten.

Der Deutsche Landpflegeverband mit dem Mutterhaus zu Hille bei Minden in Westfalen zählt nach 15jährigem Bestehen 170 Schwestern, die in 120 Landpflegestationen (Gemeindepflegen, Kinder- und Jugendheime) wirken. 80 Schwestern stehen in der Ausbildung. Der Verband hat die Form eines eingetragenen Vereins, der aus persönlichen Mitgliedern, Förderern, Ehrenmitgliedern, körperschaftlichen Mitgliedern, den Landpflegeschwestern und ihren Stationen besteht. Eine alle Jahre stattfindende Mitgliederversammlung ordnet die Angelegenheiten. Das Organ ist „Das Landpflegeblatt“, das im 5. Jahrgang steht.

3. Vereine und andere Organisationen.

Unter den karitativen Frauenorganisationen ist die im Jahre 1899 auf Anregung der Kaiserin Auguste Viktoria ins Leben gerufene evang. Frauenhilfe eine der größten. Zählt sie doch über 600 000 Mitglieder in 4020 Einzelvereinen. Landes- und Provinzialverbände bestehen in Preußen, Anhalt, Braunschweig, Freistaat Danzig und Polen. Die Frauenhilfen wollen sowohl eine Gesinnungs- als auch Arbeitsgemeinschaft sein, indem sie alle Fragen des Frauenlebens in Glaubenssachen und Erziehung, die Stellung der Frau im Hause und im öffentlichen Leben erörtern und zur Klärung bringen. Sodann suchen sie sowohl ihren Mitgliedern wie allen Hilfsbedürftigen in den Gemeinden helfend und fördernd zur Seite zu stehen. Eine wichtige Aufgabe der Verbände ist die Schulung der freiwilligen Kräfte aus der Gemeinde für die Gemeinde. Zu diesem Zwecke werden immer wieder Helferinnenkurse veranstaltet. Als besondere Ausbildungsstätten dienen das Diakonissenmutterhaus der Frauenhilfe fürs Ausland in Wittenberg mit 90 Schwestern, das Evang. Frauen seminar in Berlin, an welchem jetzt zum ersten Male 11 Schülerinnen die staatliche Prüfung für Wohlfahrtspflege abgelegt haben, der Luisenhof bei Bärwalde (Neumark) für landwirtschaftliche Haushaltungskunde und die Bibelschule in

Lichterfelde zur Ausbildung von Gemeindehelferinnen. (Geschäftsstelle Potsdam, Mirbarchstr. 1. P. D. Cremer.)

Von ebenso umfassender Bedeutung ist die Vereinigung evang. Frauenverbände Deutschlands, im Jahre 1918 zu gegenseitiger Förderung und gemeinsamer Interessenvertretung der Frauenwelt in evangelischem Sinne begründet. In ihr sind 18 Frauenorganisationen mit etwa zwei Millionen Mitgliedern zusammengeschlossen. Sie bilden eine starke Phalanx, die berufen ist, gegenüber der Öffentlichkeit, den Behörden und der Gesetzgebung die evangelische Weltanschauung aufrecht zu erhalten. Eine weitere Aufgabe ist die Fühlungnahme der Verbände untereinander zu gemeinsamer Stärkung und Vermittelung fruchtbarer Anregungen. Diesem Zwecke dient das Nachrichtenblatt und die Veranstaltung von Mitgliederversammlungen wie in Bielefeld, Stuttgart, Berlin und Braunschweig. An praktischen Aufgaben hat die Vereinigung durchgeführt die Schulung der Frauen für die kirchliche und politische Wahlarbeit. Daneben wurden Lehrgänge verschiedener Art veranstaltet. Von besonderem Erfolg war ein zehntägiger Kursus in Harzburg im Mai 1922 unter dem Gesamthema: Die evangelische Frau und die Öffentlichkeit. Im Juni 1922 wurde in Bonn der erste evangelische allgemeine Frauentag abgehalten, eine Veranstaltung, die nicht nur sich eines regen Besuches erfreute, sondern weit über die engeren Grenzen hinaus Beachtung fand. (Geschäftsstelle Berlin-Wilmersdorf, Uhlandstr. 135.)

Seit fünf Jahren besteht die Vereinigung der evangelisch-sozialen Frauenschulen als eine Sondervertretung in evangelischem Sinne. Während die Konferenz der sozialen Frauenschulen Deutschlands alle vollausgebauten konfessionellen und interkonfessionellen sozialen Frauenschulen vereinigt und in Verbindung mit dem preußischen Wohlfahrtsministerium die Eingliederung der sozialen Berufsschulen in die allgemeine Frauenbildung, die Einstellung zur öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege, die Festsetzung der Lehrziele und die Berechtigung der Lehrkräfte bearbeitet, will die Vereinigung der evangelisch-sozialen Frauenschulen ihrerseits für die Ausbildung evangelisch-kirchlicher Gemeindebeamtinnen Grundsätze und Formen schaffen. Sie will mit der evang. Kirche und staatlichen Wohlfahrtspflege Fühlung halten. Daher steht sie in engster Beziehung mit der Berufsorganisation des Verbandes der evang. Wohlfahrts-Pflegerinnen. Zur Vereinigung gehören zur Zeit folgende Schulen: 1. Das christlich-soziale Frauenseminar in Hannover Wedekindstr. 26 (Frl. Dr. Joerns). 2. Frauenschule der J. M. in Berlin W. 62 (Kalkreuthstr. 8 (Gräfin B. v. d. Schulenburg. 3. Evangelisch-soziales Frauenseminar in Elberfeld (P. Lic. Erfurth). 4. Evangelisches Frauenseminar in Berlin W. 57, Potsdamerstr. 73a (Studienrat Frl. Zoellner). 5. Evang. Frauenseminar in Kaiserswerth (P. Lic. Werdermann). 6. Soziale Frauenschule in Königsberg i. Pr. Ziegelstr. 7 (Frl. Bolte). 7. Evang. Diakonissenschule in Stuttgart, Büchsenstr. 36. (Frl. B. Schuster). 8. Schule für christl. Frauendienst in Dresden-A.,

Kaulbachstr. 7. (P. Drewes) und 9. Evang. Frauenberufsschule für kirchliche und soziale Arbeit in Freiburg i. Br. (Fr. Dr. Mayr-Kulenkamp). Die meisten Frauenschulen sind im Besitz der staatlichen Anerkennung und haben daher das Recht, Prüfungen für Wohlfahrtspflegerinnen abzuhalten. Vorbedingung der Aufnahme ist eine bereits vor dem Eintritt in die Schule erworbene praktische Berufsausbildung in einer staatlich anerkannten Ausbildungsstätte für Kranken- und Säuglingspflege, Haushaltungs- oder Handelsschule oder durch eine pädagogische Abschlußprüfung oder der zweijährige Besuch einer allgemeinen Frauenschule. Ziel ist Ausbildung für alle Zweige der sozialen Arbeit und der christlichen Liebestätigkeit durch theoretischen Unterricht und Einführung in die Praxis der Wohlfahrtspflege. Zugleich wird auf Gewinnung einer festen Weltanschauung und Schaffung einer christlichen Persönlichkeit hingewirkt. Die Ausbildung schließt nach zwei Jahren mit einer Prüfung je nach Wahl des späteren Berufszweiges in einer der drei Gruppen: Gesundheitsfürsorge, Jugendwohlfahrt, allgemeine und wirtschaftliche Wohlfahrtspflege. (Geschäftsstelle der Vereinigung: Berlin W. 63 Kalkreuthstr. 8. Fernsprecher Nollendorf 4570.)

4. Erziehungsweisen.

Auf keinem Gebiete offenbart sich so sehr die traurige Lage der Gegenwart wie auf dem des Erziehungswesens. Die Erziehungsnot ist nicht in letzter Linie Erziehernote. Dazu sagt P. Beutel, der Direktor des Reichserziehungsverbandes: „Es wird den Besuchern der Anstalten nicht entgehen, daß es oft an tüchtigen Erzieherkräften mangelt und daß es den vorhandenen Kräften meist an genügender Weiterbildung und an hinreichender Muße zu Erholung und innerem Wachstum gebricht. Wer die statistischen Zahlen der Erzieher und Erzieherinnen überfliegt und die ständige Nachfrage mit dem geringen Angebot vergleicht, erschrickt darüber, daß es in einer Zeit wie der unserigen immer noch nicht in der weitesten Öffentlichkeit bekannt ist, daß hier Nöte vorliegen, die dringend der Abhilfe bedürfen. Das Wort „Erzieher-nöte“ führt uns in eine besondere Welt, in die des werdenden Menschen, in die Welt des schulpflichtigen und schulentlassenen Minderjährigen, die sich im Leben zurechtfinden sollen und es oft nicht können — aus Not an Erziehern. Es fehlt ihnen ein Heim und darin eine Seele, die ihnen das Heim traulich macht. So irren die jungen Seelen mit einem immer gebieterischer auftretenden Hunger nach Freude umher; sie folgen Führern und Verführern, die nicht ihr Bestes wollen; sie verwahrlosen. Ihnen öffnen sich schließlich die Tore der Anstalten: Was für eine Welt tut sich ihnen da auf? Wird sie dem Schreckensbild entsprechen, davon ihnen Menschen im Zorn und Groll geredet haben? oder werden sie ein beseeltes Heim finden, wo ihr müder Leib zur Kraft, ihr unruhiger Geist zum Frieden kommt und beide zu gesunder Betätigung aufblühen.

Das hängt von den Menschen ab, die ihnen in den Toren der Anstalten entgentreten, sie aufnehmen und dort hegen und leiten."

Die große Not beginnt oft schon im frühesten Kindesalter und wird gesteigert durch die maßlosen Ernährungsorgen, die Mut und Kraft zermürben. Am 18. Februar 1922 entwarf Dr. Bumm, der Präsident des Reichsgesundheitsamts im Reichstage erschütternde Bilder über die schwindende Volksgesundheit. Die Sterblichkeitsziffer ist bei den Säuglingen beängstigend gestiegen; viele Kinderheime mußten aus Not ihre Pforten schließen. Seit dem Wegfall der Schulspeisungen hat sich herausgestellt, daß 50 Proz. der Kinder unterernährt sind. Eine in Frankfurt a. M. vorgenommene Untersuchung vor der Schulentlassung ergab, daß nur 69 Proz. der Untersuchten eine durch ihre Körperbeschaffenheit ungehinderte Berufswahl offen steht. In derselben Stadt konnten von den schulpflichtigen Kindern aus dem zweiten und dritten Kriegsjahre bis zu 10 Proz. wegen Körperschwäche nicht in die Schule aufgenommen werden. In Köln stieg diese Ziffer auf 19 Proz., in Berlin auf 20. In erschreckender Weise nahm die Rachitis zu, die in Köln von 14,7 % im Jahre 1921 auf 25,36 im Jahre 1922 anschwoll. So ist es denn kein Wunder, wenn die Beratungsstellen überfüllt sind, während die Mittel zur Linderung dieser Not fehlen. Vor allem drückt der Mangel an Milch. Erhielt Berlin 1914 täglich noch 1,2 Millionen Liter, so beträgt die jetzige Zufuhr nur noch 400 000. Ein Arbeiter mit drei Kindern, der täglich $4\frac{1}{2}$ Liter kaufen will, muß ein Drittel seines Einkommens darauf verwenden, ein Ding der Unmöglichkeit. Zu den traurigsten Notstandsgegenden gehört Thüringen. Man prüfte 24 Gemeinden und fand daselbst 61 Proz. der Kinder von 3—14 Jahren, die nur einen Anzug besaßen, 32 Proz. hatten doppelte Oberkleidung, und noch nicht 7 Proz. hatten diese doppelt. 71,65 Proz. waren mit nur einem Paar Schuhe versehen, von denen die meisten schadhaft waren. Zu allem kommt die himmelschreiende Wohnungsnot. Ein Berliner Arzt schrieb unlängst im Reichsboten: „Ich wurde heute nach der Sch. . str. im Norden gerufen, um einem Ehepaare ein Zeugnis über seine wohnlichen Verhältnisse auszustellen. Wie ich mich durch den Augenschein überzeugte, schliefen und lebten in der Wohnung, die aus einer einfenstrigen Stube und Küche bestand folgende Personen: In der Küche Onkel und Tante mit 4 Kindern, von denen das älteste (Mädchen) 12 Jahre ist, in der Stube das seit September v. J. verheiratete Ehepaar in einem Bette, im zweiten Bette die Mutter des Ehemannes mit dessen 15-jähriger Schwester, im dritten Bette der 19-jährige Bruder des Ehemannes. Die junge Frau war in gesegneten Umständen. Wie nun, wenn der neue Erdenbürger ankommt? Wahrlich Tolstois und Gorkis Nachstücke brauchen uns nicht mehr zu locken, wir erleben sie jetzt bei uns."

Daß in diesem Glendsumpfe allerlei Sünden gedeihen, vor allem die wider das 7. Gebot, darf uns nicht wunder nehmen. Reizt doch den Schwerbedrängten das Besitztum der anderen in weit höherem Maße

als den Versorgten. Aber der Kreis der Rechtbrecher ist noch viel größer. Es ist durch den Krieg und seine Folgen ein asoziales Gesellschaft herangewachsen, das sich mehr oder weniger bewußt mit allen Rechtsordnungen in Widerspruch setzt. Die Sucht, mühelos viel Geld zu üppigem Genuß zu gewinnen, hat Zehntausende mit unwiderstehlicher Gewalt ergriffen und reicht bis tief in die Kreise der Jugendlichen. Gerade ihre Kriminalität hat sich im Laufe der letzten Jahre besonders gemehrt. Im August 1922 suchten Einbrecher das Charlottenburger Schloß heim, stahlen 8 Kerzenhalter, 7 Flügelschrauben und anderes und durchwühlten Schubladen und Schränke. Die Fußspuren wiesen auf Knaben im Alter von 12 und 13 Jahren hin. In Röversdorf in Schlesien entwendete ein elfjähriger Knabe seinem Großvater 35 000 M. Dafür gelind bestraft äscherte er die elterliche Besitzung ein. Auffallend viele Jugendliche befinden sich unter den Bankräubern und Scheckfälschern. Mit den Gepflogenheiten der Banken vertraut, rafften sie Millionen an sich, um sie nach dem Muster von Schundromanen und Kinostücken zu verschlemmen und verprassen. Im Dezember 1922 wurde der Westen Berlins durch unglaublich freche Einbrüche heimgesucht. Als Urheber entpuppte sich der 17jährige Sohn eines Majors. Im Januar 1923 berichteten die Zeitungen von drei Fürsorgezöglingen, die ein Bahngleis aufgerissen hatten, um einen D-Zug zum Entgleisen zu bringen, den sie berauben wollten. Zur Untergrabung von Moral und Autorität tragen nicht wenig die kommunistischen Bestrebungen unter der Jugend bei, die alle Ordnungen auf den Kopf stellen wollen. Aus bewährten Schulbüchern werden kostbare Kulturgüter entfernt. In Thüringen strich das Ministerium für Volksbildung 27 Volkslieder, darunter: „Deutsches Herz verzage nicht“, „Ich hatt' einen Kameraden“, „Wem Gott will rechte Gunst erweisen“, „Was frag ich viel nach Geld und Gut“ und, was am bezeichnendsten ist, auch „Ob immer Treu und Redlichkeit“. In Blankenburg wurde bei der Weihnachtsfeier des städtischen Kindergartens das Lied: „Stille Nacht, heilige Nacht“ verboten. Bei einer kommunistischen Jugendtagung im Freistaat Sachsen setzte man den Katechismus, den Psalter und das evang. Gesangbuch auf die Liste der Schundliteratur. In der Bücherausstellung der Arbeiterjugend zu Sprottau erfachte man sich sogar, die ganze Bibel auf diese Liste zu bringen. Die Krone von allem bildet die erste Konferenz der kommunistischen Kinder Deutschlands in Suhle. In dem Berichte heißt es: Der deutsche Schulmeister stand vor einem Gerichte, wie er es noch nie erlebt hatte. Vernichtend war das Urteil. Rheinische Jungen traten für die weltliche Schule ein, deren Charakter ein Neuköllner in drastischem Berlinisch kennzeichnete. Er forderte die Zerreißung der nationalen Feststücke. Ein anderer tobte: „Zerbrecht die Prügelstöcke, wählt Schülerräte, verweigert: „Deutschland, Deutschland über alles“ zu singen!

In solcher Luft gedeiht das Verbrechen wie in Treibhauskultur. Es wurden im Jahre 1915 in den deutschen Oberlandesgerichtsbezirken 39 838 Straftaten abgeurteilt, davon 1906 durch die Schwurgerichte. So

entfielen auf das Jahr 1919 bereits 79853 Straftaten, davon 3490 schwurgerichtlich abgeurteilte, und auf das Jahr 1920 nicht weniger als 100068, davon 4713 schwurgerichtlich abgeurteilte. Diese letztgenannten Ziffern müssen um so höher bewertet werden, als sie aus dem erheblich verkleinerten Deutschland stammen. Dabei geht die Vermehrung der Straftaten immer weiter. Nichts wird von den Frevlern gesont, kein Gotteshaus, kein Friedhof, keine Gruft. Sogar die Stätten nationaler Verehrung werden von Bubenhänden geschändet. Von Zehdenick, einem etwa 10000 Einwohner zählenden Landstädtchen im Kreise Templin, hieß es unlängst: Auf je 50 Einwohner ein Einbruch. Die Übeltäter hatten sich zu einer Bande von 13 Mann vereinigt, die in wenigen Wochen 200 Einbrüche und zwei Morde verübte.

Angesichts dieses Elends erwachsen der evang. Kirche und der J. M. ganz bedeutende Aufgaben. Ihre erzieherischen Organisationen müssen aufgeboten und ausgebaut werden, die Zahl der Erzieher und Erzieherinnen vermehrt und diese zur Stufe höchster Tüchtigkeit gebracht werden.

Eine Organisation, die sich der Kinderwelt vom frühesten Alter annimmt, ist die im Jahre 1909 begründete Konferenz für christliche Kinderpflege. Sie umfaßt eine Anzahl von Diakonissenmutterhäusern bezw. deren Kleinkindergärtnerinnen- und Hortnerinnenseminare. Sie beklagt den Heimgang ihres jugendlich eifrigen Seniors Heinrich Fliedner, der im Alter von 72 Jahren am 4. Februar 1923 heimging, nachdem er lange Jahre das Kaiserswerther Lehrerinnenseminar geleitet hatte. Ende August 1922 hielt die Konferenz im Neulandhaus zu Eisenach einen Lehrgang für Lehrkräfte an Kleinkinder- und Hortnerinnenseminaren ab, der einen wohl gelungenen Versuch darstellt, die Besonderheiten der Kinderseelenkunde, die eigentümlichen Aufgaben der Erziehung im Kindergarten und Kinderhort, die gesundheitlichen Gefahren des Kindesalters und die große Bedeutung rhythmischer Übungen für Leib und Seele durchzuarbeiten. Daneben liefen biblische Ansprachen und der Austausch von Erfahrungen.

Aus der weiteren Arbeit ist hervorzuheben, daß auf Grund statistischer Erhebungen der Vorsitzende der Konferenz, P. Hoffmann-Altona, eine Karte Deutschlands mit den Orten herausgegeben hat, wo christliche Kinderpflege geübt wird. Ferner erschien eine Denkschrift des Vorstandes zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, die bei seiner Vorbereitung und Verabschiedung gebührende Aufmerksamkeit fand. Die von der Konferenz erstrebte Zulassung von Volksschülerinnen zur staatlichen Kindergärtnerinnenprüfung, wofür bisher Lyzeums- oder Mittelschulbildung gefordert wurde, ist durch Rundschreiben des preußischen Ministers für Volksbildung am 30. Januar 1923 genehmigt.

Von größter Wichtigkeit für diesen Kampf um die christliche Kinder- und Jugenderziehung ist der Evangelische Reichserziehungsverband. Aus seinen Sitzungen verdient der § 5 erhöhte Aufmerksamkeit: „Mitglieder des Verbandes werden die Organisationen und Einrichtungen der deutschen evangelischen Kirchen, die Erziehungsarbeit

treiben, sobald sie diese Absicht dem Vorstand mitteilen, und zwar die Landes- und Provinzialsynoden oder die ihnen entsprechenden Körperschaften.“ Damit wurde einer Entwicklung Rechnung getragen, die sich jetzt anbahnt. Die Folgen der Trennung von Staat und Kirche machen sich immer mehr geltend durch den Kampf bestimmter Volkskreise gegen eine bewußt kirchliche und evang. Kinder- und Jugenderziehung. Dagegen ist der Evang. Elternbund aufgestanden und erstrebt, daß die öffentlichen Schulen den christlichen Religionsunterricht beibehalten. Aber wer will sagen, wie der Kampf verlaufen wird? Man kann sich schon jetzt nicht mehr der Erkenntnis von den Vorteilen privater Schulen verschließen. Die deutschen evang. Kirchen werden in Zukunft allen Wert darauf zu legen haben, wie die freien Kirchen ihren Nachwuchs bewußt evangelisch zu erziehen. Das kann aber nur geschehen, wenn sie für private Schulen sorgen, die Unterricht und Erziehung ganz und gar auf evang. Grundlage aufbauen. Die Brüdergemeine und der Kaiserswerther Verband haben bereits derartige Schulen. Es wird sich daher empfehlen, daß die Kirchen sich den Weg offen halten, noch mehr derartige Anstalten einzurichten. Um diesem Gedanken Rechnung zu tragen, hat der evang. Reichserziehungsverband einer an ihn herangebrachten Anregung folgend einen Ausschuß für evangelischen Unterricht und Erziehung privater Unternehmungen ins Leben gerufen. Seine Aufgabe ist es, bei Beratungen des Privatschulgesetzes die Interessen der evangelischen Kirche wahrzunehmen.

Die Tätigkeit und das Interesse des evang. Reichserziehungsverbandes und der in ihm zusammengeschlossenen Organisationen wurden im letzten Jahre stark von dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vor und erst recht nach der Annahme am 14. Juni 1922 in Anspruch genommen. Es erhielt die Fassung, die ihm der 29. Reichstagsausschuß gegeben hatte. In der Einleitung wird das Recht jedes Kindes auf Erziehung festgestellt. Auf die Ausführung wirken die Jugendwohlfahrtsbehörden, Jugendämter, Landesjugendämter und Reichsjugendamt hin. Als obligatorische Aufgaben werden den Jugendämtern zugewiesen: Schutz der Pflegekinder, Fürsorge für die hilfsbedürftigen Minderjährigen, Mitwirkung im Vormundschaftswesen, in der Schutzaufsicht und Fürsorgeerziehung, Jugendgerichtshilfe, Mitaufsicht bei der Kinderarbeit, bei der Fürsorge für Kriegerwaisen und Kinder von Kriegsbeschädigten, Mitwirkung in der Jugendhilfe bei Polizeibehörden. Fakultative Aufgaben sind: Beratung in Angelegenheiten der Jugendlichen, Mutterschutz vor und nach der Geburt, Wohlfahrt der Säuglinge und Kleinkinder, der schulpflichtigen Jugend außerhalb des Unterrichtes und der schulentlassenen Jugend. Wichtig sind die Vorschriften über die Zusammensetzung des Jugendamtes, wonach als stimmberechtigte Mitglieder neben den leitenden Beamten in der Jugendwohlfahrt erfahrene Männer und Frauen insbesondere aus den freien Vereinigungen für Jugendwohlfahrt und der Jugendbewegung überhaupt auf deren Vorschlag zu berufen sind. Diese freien Vereinigungen haben den Anspruch auf Zweidrittel

der nichtbeamteten Mitglieder. Der J. M. werden durch das Gesetz wichtige Aufgaben gestellt. Daher müssen von evang.-kirchlicher Seite möglichst viele und gut unterrichtete Persönlichkeiten aufgeboten werden. Dringend ist zu wünschen, daß jeder evang. Kirchenkreis seinen kirchlichen Jugenddienst bekomme, am besten im Anschluß an die evang. Wohlfahrtsarbeit durch eine Abteilung Jugenddienst. Ähnlich muß jede Provinz ihren evang. Jugenddienst haben, der dem Landes- oder Provinzialjugenddienst gegenübertritt. Auch Jugendpfarrer müssen je nach der Notwendigkeit angestellt werden. Darin ist der Westen dem Osten um ein gutes Stück voraus. Das Gesetz soll mit dem 1. April 1924 in Kraft treten. Die Stellungnahme des evang. Reichserziehungsverbandes ist in einer Denkschrift dargelegt, die in der J. M. im evang. Deutschland, Januarheft 1923, abgedruckt ist. Das Novemberheft wurde als Sondernummer des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes ausgestaltet. Neben dem Wortlaut des Gesetzes enthält sie die folgenden einführenden Artikel: „Das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt und die Wohlfahrtsarbeit der evang. Kirche“, und „Welche organisatorischen Aufgaben stellt das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt der evang. Kirche?“ Auch sonst hat die J. M. hierhin gehörende Fragen behandelt. So in Heft 1: „Evang. Erziehung und öffentliche Jugendpflege“, in Heft 2: „Die Gemütspflege in unsern Anstalten“, in Heft 3: „Was ist für die geplante Ausstellung Jugendnot und Jugendhilfe zu beachten?“ in Heft 5: „Schutzaufsicht und Fürsorgeerziehung im neuen Jugendwohlfahrtsgesetz“, in Heft 9: „Was fehlt der christlichen Kleinkinderpflege?“ und in Heft 12: „Die freiwillige Tätigkeit der Jugendwohlfahrt und das Jugendamt.“

Das Erziehungsamt trat am 30. August zur sachungsmäßigen Sitzung in Berlin zusammen, die Mitgliederversammlung am andern Tage. P. Esche-Niederfinow sprach über das Thema: „Wie gewinnen und bilden wir für unsere Anstalten tüchtige Erzieherkräfte?“ Der Vortrag ist im Rettungshausboten Nr. 1/2 8. Jahrgang 1922 abgedruckt.

Einen Markstein in der Geschichte der Rettungshäuser, Erziehungsanstalten und Asyle bedeutet die Herausgabe des Leitfadens zur Ausbildung von Erziehern in Anstalten für männliche Zöglinge „Die evang. Anstaltserziehung mit besonderer Berücksichtigung der Fürsorgeerziehung.“ Es ist den Herausgebern Bachhausen, Steinwachs und Voigt besonders zu danken, daß sie in dieser mühevollen Zeit dieses Musterwerk von 353 Seiten Umfang zustande gebracht haben, das eine Lücke in der pädagogischen Literatur ausfüllt. Es ist auf evang. Seite das erste zusammenfassende Lehrbuch über Anstaltserziehung. Auch sonst waren die Anstaltsleiter rege. Es kam wieder wie in der Vorkriegszeit zu Vor- und Fortbildungskursen für Berufsarbeiter. Im November 1921 und 1922 hielt der westfälische Erziehungsverein „Eckart“ seine Kurse in Bielefeld. Für Brandenburg fand ein Kursus in Klein-Cammin statt. Neinstedt a. H. hielt in der Woche vom 20. zum 26. August 1922 einen recht fruchtbaren Kursus, der allen Teilnehmern aufs neue die Liebe und den Eifer für die wichtige Sache weckte. Eine

Übersicht über die dem Reichserziehungsverband angegliederten Anstalten und Organisationen findet sich im Handbuch der I. M. unter Gruppe II Erziehungsarbeit und Kinderpflege, S. 107—134.

Von dem, was in den 600 Erziehungsanstalten geleistet worden ist, kann sich nur der ein richtiges Bild machen, der sich an Ort und Stelle von der Arbeit und ihren Mühen überzeugt hat. Wenn auch die Willigkeit der Behörden und Kommunen, die Anstalten zu fördern, nicht verkannt werden darf, so war doch die Mittelbeschaffung überaus schwer. Eine statistische Aufnahme wegen der Pflegesätze in den einzelnen Anstalten gibt überraschende Aufschlüsse. Es gab Anstalten, die sich noch Anfang 1922 mit einem Tagesfah von 20 oder gar nur 10 Mark begnügen mußten. Andere forderten und erhielten um dieselbe Zeit schon 100 Mark, wieder andere stiegen Ende 1922 auf den Tagesfah von 600 M. Nach den neuesten Steuergesetzen dürfen den kommunalen Anstalten bis zu 75 Proz. der Gehälter wiedererstattet werden. Werden Staat und Kommunen auch den christlichen Anstalten diesen Vorzug gewähren? Es wird dringend notwendig sein, neue Wege zur Tilgung der ungeheuren Fehlbeträge zu finden, wenn die christlichen Anstalten vor dem Ruin bewahrt werden sollen. (Geschäftsstelle des Reichserziehungsverbandes: Berlin-Dahlem, Altensteinstr. 51, Fernspr. Steglitz 323.)

In näherer Fühlung mit dem Reichserziehungsverband steht die Deutsche evang. Asylkonferenz, die durch den Tod des hannöverschen Generalsuperintendenten D. Schwerdtmann und des D. Rühle-Gummersbach zwei treue Förderer verloren hat. Von ihren Anstalten gingen durch die Not der Zeit zwei ein, das Magdalenium Siloah in Braunschweig und das Magdalenenstift in Hamburg. Neu aufgenommen in die Konferenz wurden das Zufluchtshaus in Darmstadt, das Elisabethenstift in Köslin, das Fürsorgeheim in Kropp, das Fürsorgeheim in Ludwigslust und das Heim der Mädchenhilfe in Wiesbaden. Am 18. und 19. Oktober fand in Hannover die 15. Tagung der deutschen evang. Asylkonferenz statt. Neben wirtschaftlichen Gegenständen wurden die Fragen behandelt: „Wie gewinnen wir das Vertrauen unserer Zöglinge?“ (P. Lic. Erfurth) und „Was kann von seiten der Anstalten zur Bekämpfung der Vorurteile gegen die Fürsorgeerziehung und die Fürsorgeanstalten geschehen?“ (P. Blochwitz). Eingehend beschäftigte sich die Tagung mit der Frage der Aus- und Fortbildung der Erziehungsschwestern. Als praktisches Ergebnis der Verhandlungen ist zu verzeichnen, daß das Diakonissenhaus zu Teltow (P. Wießner) sich bereit erklärte, einen Lehrgang für Erziehungsgehilfinnen in der Magdalenenpflege zu veranstalten. Ebenso nahm sich das Kaiserswerther Mutterhaus einen Lehrgang für Diakonissen in dieser Arbeit vor unter Zugrundelegung eines Lehrplanes, der 1920 auf der Konferenz des deutschen Verbandes der Mutterhäuser aufgestellt wurde. (Geschäftsstelle: Kaiserswerth, Fürsorgehaus.)

Durch die Gefährdung der christlichen Erziehung in der Schule gewinnt das Erziehungswerk der Brüdergemeine eine höhere Bedeutung. Es gliedert sich nach dem Bericht der deutschen Unitätsdirektion in vier Gruppen. Die erste umfaßt die Anstalten für die männliche Jugend. Dazu gehört das Pädagogium zu Riesky, die Knabenanstalt daselbst und die zu Königsfeld. Leider hat das Pädagogium immer noch nicht die staatliche Anerkennung zur Abnahme der Reifeprüfung erhalten; doch werden die Verhandlungen mit den Behörden weitergeführt, da die Anerkennung eine Lebensfrage für die Anstalt ist. In der zweiten Gruppe befinden sich die Anstalten für die weibliche Jugend und zwar die Unterrichtsanstalten in Gnadau und Gnadenfrei, die höhere Mädchenschule in Neusalz und die Mädchenanstalten in Gnadenberg, Herrnhut, Königsfeld, Neudietendorf (Erdmuth-Dorotheenhaus, Neuwied (Zinzendorfschule) und Montmirail. In der dritten Gruppe befinden sich die Anstalten der einzelnen Gemeinden wie die Mädchenmittelschule in Berlin, die Ortsschulen zu Ebersdorf, Gnadau und Neudietendorf, die Schule zu Herrnhut und die Mädchenanstalt zu Riesky. Die vierte Gruppe wird von den Töchterheimen zu Ebersdorf, Gnadau, Gnadenberg, Gnadenfrei, Herrnhut, Kleinwelke, Neudietendorf, Neuwied und Riesky gebildet. In diesen Anstalten befanden sich im Jahre 1922 insgesamt 1808 Schulbesucher, von denen 286 Tagsschüler, die anderen Pensionäre waren. Der Brüdergemeine gehörten 324 an, den anderen Kirchengemeinschaften 1484. Schon diese große Ziffer beweist, was für ein wichtiger Sauerteig diese Schulen sind, in denen im Laufe der Jahre Zehntausende von Menschen eine tüchtige christliche Grundlage fürs Leben erhalten haben. Wer weiß, ob in dieser Zeit der Christentumsfeindschaft die brüdergemeindlichen Anstalten nicht noch eine besondere Bedeutung haben werden. Leider haben sie unter großen wirtschaftlichen Sorgen zu kämpfen. Daher ist an Neugründungen nicht zu denken, aber was gesund und lebensfähig ist, muß erhalten, ausgebaut und vertieft werden.

Die starke Zunahme der Rechtsbrecher stellte an die Gefängnisgesellschaften und Schutzvereine, die sich mit der Fürsorge für die Straffälligen befassen, keine geringen Anforderungen, die angesichts der sonstigen Zeitnöte die Kräfte doppelt anspannten. Lange wirkte der Krieg mit den Umsturzfolgen hindernd auf die gedeihliche Weiterarbeit ein. Daher war es mit Freuden zu begrüßen, daß nach neunjähriger Pause im September 1922 der Verband der deutschen Schutzvereine zu einer Tagung in Eisenach zusammentreten konnte. Er umfaßt zur Zeit etwa 600 Gefängnis Hilfsvereine, die in Provinzial- und Landesvereine zusammengeschlossen sind. Die durch den allgemeinen Niedergang hervorgerufene Entfittlichung zeigt sich vor allem bei den Jugendlichen, deren Vergehen und Verbrechen sich von Tag zu Tag mehren. Verderblich wirken die hohen Löhne und die Erteilung von Rechten, denen keine Pflichten gegenüberstehen. Es fehlt nicht an Gegenwirkungen, die namentlich von den Gefängnisgesellschaften nachdrücklich betrieben werden, und zwar theoretisch und praktisch. So beschäftigte sich die sächsisch-

anhaltinische Gefängnisgesellschaft eingehend mit der Frage des progressiven Strafvollzugs, mit dem man in dem preußischen Jugendgefängnis zu Wittlich, Bez. Trier, einen verheißungsvollen Anfang gemacht hat. In ähnlicher Weise sprach sich Dr. Biernstein, Gefängnisarzt in Straubing (Bayern) aus, der dem irischen System das Wort redet und die ganze Strafpraxis auf diesem Boden aufbauen möchte. Von härteren Strafen geht es zu Erleichterungen, wodurch ganz besonders der Resozialisierungswille des Rechtsbrechers gestärkt wird. Dr. Biernstein weist dabei auf England hin, wo der Erfolg sich vor allem dadurch offenbart, daß dort außerordentlich wenige rückfällige Rechtsbrecher vorkommen.

Die Rheinisch-westfälische Gefängnisgesellschaft ließ von hervorragenden Theoretikern den deutschen und italienischen Entwurf zu Strafgesetzbüchern behandeln. Daneben geht die praktische Fürsorge nach wie vor ihren Gang, wenn sie dabei auch neue Wege einzuschlagen sucht. So hat z. B. die Neuordnung des Arbeitsnachweises in Deutschland auch eine Neuordnung des Arbeitsnachweisverfahrens für entlassene Strafgefangene notwendig gemacht. Dazu gesellt sich die soziale Gerichtshilfe, die vor der Hauptverhandlung eine Untersuchung der wirtschaftlichen, häuslichen und sozialen Verhältnisse des Angeklagten vornimmt, um dadurch eine möglichst individuelle Beurteilung seiner Straftat zu erreichen. Auch will die Gerichtshilfe die Beaufsichtigung des Verurteilten während der Bewährungsfrist übernehmen.

Was die Tätigkeit der Hilfsvereine angeht, so ist das letzte Jahr ein Zeitabschnitt ungeklärter Verhältnisse. Es wird ein fortwährendes Ansteigen der Straffälligkeit beobachtet. Damit geht zusammen eine immer stärker werdende Inanspruchnahme der schwindenden Mittel und Leistungen der Gefängnisvereine.

Im allgemeinen war die Arbeitsvermittlung für die Arbeitswilligen nicht schwierig; dagegen hatten die Anstalten der Vereine mit erheblichen Nöten zu kämpfen, namentlich die von der rheinisch-westfälischen Gefängnisgesellschaft ins Leben gerufenen ländlichen Arbeitsheime für sittlich gefährdete Frauen und Mädchen. Diese Häuser sollten Rettungshäfen für die jugendlichen Opfer der Prostitution sein, die heute eine ungeheure Ausdehnung gewonnen hat. Die dunklen Fluten der Unzucht, Trunkenheit und der geschlechtlichen Erkrankungen steigen mit den Massen des allgemeinen Sittenverfalles. Dagegen gilt es Dämme aufzuwerfen und Warnungssignale aufzurichten, obwohl die Menschenhilfe fast am Ende ihrer Leistungsfähigkeit steht. Immer weiter zerstört die Geldentwertung wichtige Einrichtungen; so z. B. mußten die selbständigen Pfarrstellen bei den Untersuchungsgefängnissen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, die Schreibstuben für Stellenlose und die Arbeitstätten für Arbeitsuchende aufgehoben werden, und es ist nicht abzusehen, was alles noch eingehen wird. Aber es ist noch ein ansehnlicher Kreis von warmherzigen und sachkundigen Helfern und Helferinnen vorhanden. Diesen ist zu wünschen, daß sie feststehen und aushalten, bis der Morgen einer besseren Zeit wiederkehrt.

Über eine planmäßig ausgebauten Gerichtshilfe für Erwachsene weiß die Gefängnisgesellschaft für Sachsen und Anhalt zu berichten. Die erste Stelle dieser Art befindet sich in Halle und wird von zwei hauptamtlich angestellten Fürsorgerinnen und einer Schreibkraft versehen. Ihre Arbeit entspricht der Jugendgerichtshilfe und erstreckt sich auf allerlei für den Richter wichtige Ermittlungen, auf die hin vielleicht Strafaussetzung beschlossen wird. Im Jahre 1922 wurden dieser Stelle vom Land- und Amtsgericht Halle nicht weniger als 1000 Fälle zugewiesen, wovon etwa 750 eingehende Bearbeitung fanden. Den hauptamtlichen Kräften stehen viele freiwillige Hilfen zur Seite, unter ihnen Wohlfahrtsämter, Geistliche, Lehrer, Stadtschwestern usw. Wie weit das Institut der Gerichtshilfe auch anderswo eingerichtet wird, hängt von der finanziellen Hilfe des Staates ab.

Die Thüringische Gefängnisgesellschaft sieht ihre Hauptaufgabe in der Anregung zur Gründung von Vereinen und Anstalten, die sich mit der Fürsorge für Gefangene, Entlassene und deren Angehörige befassen. Nur ausnahmsweise tritt sie für einzelne Bestrafte ein. Ihr Wirken wurde in der letzten Zeit sehr durch die Nachkriegsverhältnisse geschädigt. Inzwischen ist es zu einer kirchlichen Einigung und neuen politischen Kreiseinteilung gekommen. Diese Veränderungen machen auch eine Umgestaltung der Gesellschaft notwendig, die auf der nächsten Generalversammlung angebahnt werden soll. Einstweilen leitet ein Vorstand die Geschäfte, an dessen Spitze Kirchenrat Dr. jur. Otto Volk-Eisenach steht.

Im Freistaat Sachsen hat sich der Verein zur Fürsorge für die aus Straf- und Besserungsanstalten Entlassenen in einen Schutzverein für Strafentlassene verwandelt. Sein Zweck ist, den Entlassenen brüderlichen Beistand im Geiste christlicher Liebe zu leisten, um ihnen sittlichen Halt, wirtschaftliche Selbständigkeit und bürgerliche Achtung wiederzuerwerben. Er besteht aus vielen über das Land verbreiteten Vereinen und Ausschüssen und ist darauf bedacht, diese zu vermehren, bis Sachsen ganz mit einem lückenlosen Netz bedeckt ist. An der Spitze steht ein Hauptausschuß, dessen Leitung mit dem Vorsitz im Landesamt für Wohlfahrtspflege zusammenfällt. Damit ist die Strafentlassenenpflege als Zweig der Landeswohlfahrtspflege gekennzeichnet. In dem seit dem 1. Februar 1922 tätigen Staatsbeauftragten, einem früheren Strafanstaltspfarrer, ist dem Hauptausschuß ein Geschäftsführer gegeben, der sich mit ganzer Kraft den Strafentlassenen zuwenden kann. In seiner Doppellstellung hat er mit dem Arbeitsministerium, Abt. Landesamt für Arbeitsvermittlung, und den öffentlichen Arbeitsnachweisen ein Abkommen getroffen, wonach die Strafanstalten befugt sind, vier Wochen vor einem Entlassungstage durch den Hauptausschuß des sächsischen Schutzvereins Anträge auf Stellenvermittlung einzubringen. Die weitere Betreuung der Entlassenen bleibt der J. M. und der Kirche überlassen. (Geschäftsstelle: Dresden, im Wirtschaftsministerium, Wilhelmplatz 4.)

5. Die Jugendfürsorge.

Zur Reichserziehungswoche vom 14. bis 21. Januar 1923 schrieb der „Reichsbote“ unter der Überschrift: Die Jugend unsere Hoffnung: „Das deutsche Volk ist auf dem Tiefpunkt seiner Not angelangt. Was die nächsten Wochen an Schlägen und Erschütterungen bis in das letzte deutsche Haus hineinbringen werden, weiß niemand. Sicher ist, daß schwerster seelischer Druck und hartes Entbehren des Lebensnotwendigsten auf uns warten. Wo bleibt unsere Hoffnung? Einzig und allein die deutsche Jugend, die — das ist unser Glaube — dem deutschen Volk und Staat eine neue und hellere Zukunft erarbeiten und erkämpfen wird. Entscheidend über Leben und Tod unseres Volkes ist daher nicht der Vernichtungswille des äußeren Feindes, sondern die Frage, ob es gelingt, die Jugend innerlich gesund zu erhalten und stark zu machen für die Aufgaben, die ihrer warten. Um sie geht der Schicksalskampf des deutschen Volkes.“

Zu keiner Zeit ist die Jugend so sehr gefährdet gewesen wie in der Gegenwart. Die größte Gefahr ist die ungezügelte Freiheit, die durch die viele Verführung zu Sünden und Lastern in Zuchtlosigkeit ausartet; so daß die Jugendlichen zuletzt allen Halt verlieren und auf der abschüssigen Bahn dem Abgrunde zutreiben. So muß zur Jugendrettung eine ungeheure Arbeit geleistet werden. Nicht nur wider den radikalen, alljüdischen und internationalen Geist muß gekämpft werden, sondern vor allem auch wider die Irreligiosität und Sittenlosigkeit. Für unser Volksleben ist es vernichtend, wenn mitgeteilt wird, daß die Besserungsanstalten für Jugendliche derart überfüllt sind, daß für Neuaufnahmen kein Raum mehr ist. Ein Berliner Jugendpfarrer klagte mit Schmerz, daß im vorigen Jahre die Jugendheime der Großstadt mehr denn 10000 Insassen gehabt hätten. Schuld an dem Elend trägt der schamlose Lebenswandel. Unsere Großstadtyugend wird durch die undeutschen und unchristlichen Einflüsse systematisch vergiftet. Wo ist die deutsche Kunst, die deutsche Bühne, das edle deutsche Fest? Schandstücke, Schmutzfilms und Schundromane werden über sie ausgeschüttet, und aus den Großstädten dringt die Elendsflut in die Provinz und auf das flache Land, bis zuletzt kein unverseuchter Winkel mehr vorhanden ist. Der wirksamste Kampf geht von der Jugend selber aus, wenn sie unter rechter Führung wieder zu den heiligen Gütern des Deutschtums und Christentums zurückkehrt und von Gottes Geist gestärkt sich auf ihre großen Zukunftsaufgaben mutig einstellt.

Es darf nicht übersehen werden, daß die deutsche Jugendbewegung in den letzten fünf Jahren eine durchgreifende Wandlung durchgemacht hat. Sie zeigt sich in der Abkehr von der Problematik zur Aktion, vom Gefühlsmäßigen zum Willensmäßigen. An die Stelle einer Bewegung, die lange Selbstzweck war, ist eine Bewegung mit festen Zielen geworden. Das ist für die Stellung des evangelischen Jugendwerkes innerhalb der allgemeinen Jugendbewegung von nicht abzuschätzender

Tragweite. Es ist der Wille da, das Gottesreich unter der Jugend zu bauen und über ihr die Königsherrschaft Jesu aufzurichten. In diesem Ziel liegt ein großer Vorsprung, den die evangelische Jugendbewegung vor allen andern Bestrebungen, welche die Jugend fördern, voraus hat.

Es ist ein eigenartiges Zeichen, daß die mit so großer Begeisterung begonnene Jugendringbewegung zum Kampfe wider alles Herabziehende und Gemeine nicht standgehalten hat. Im verflossenen Jahre trat sie in eine schwere Krisis, die zu einem Zusammenschmelzen der Jugendringe um die Hälfte führte. An vielen Orten ist der Kampf gegen Schmutz und Schund, der im Jahre 1921 von der Dresdener Reichsgeschäftsstelle ausging, aufgegeben worden. So sind etwa nur noch 40 Städte übrig geblieben, wo die Jugend weiter gegen den Buchschund vorgeht. Daneben wird auf die Zurückdrängung von Alkohol und Nikotin hingearbeitet. Neu ist die Unterstützung guter Volksspielgruppen, um das gute alte Volksspiel wieder zu Ehren zu bringen. In Dresden und Kassel wurden Kinderlesestuben eingerichtet. Einige Ringe nahmen auch das Kurrendesingen auf. Von verschiedenen Staatsbehörden wurde die Arbeit der Jugendringe geldlich unterstützt.

Die Vorgänge lassen erkennen, daß allen Bewegungen, die auf das Volkswohl hingerichtet sind, doch ein wesentliches Stück fehlt, wenn sie nicht auf religiöser Grundlage sich aufbauen. So darf denn die bewußt evangelische Jungmännerarbeit, wie sie sich im Reichsverband der evangelischen Jungmännerverbände Deutschlands und verwandter Bestrebungen darstellt, mit großer Freude von einem weiteren Aufstieg berichten, der sich vor allem durch den Drang nach Verinnerlichung und Vertiefung kundgetan hat. Dieser Wesenszug der von den Lebenskräften des Evangeliums erfaßten Jugend kam besonders zum Ausdruck in der Pfingstfreizeit 1922 in Bennekenstein (Harz). Der Einladung zu einem schlichten Bibelkurs waren über tausend junge Männer aus allen Teilen Deutschlands gefolgt. Um diese großen Scharen wirklich innerlich zu erfassen, wurden Gruppenteilungen nach den Führern vorgenommen. Damit bot sich Gelegenheit, den jungen Leuten ein Stück Vereinsgeschichte praktisch vor die Augen zu stellen. Die in Bennekenstein gegebenen Anregungen wirkten fruchtbar auf weite Kreise und führten zu Freizeiten in allen Teilen Deutschlands in kleinerem Umfang; so in Lyck (Ostpreußen), in Sarow für den C. B. j. M., im Monbachtale für die Süddeutschen, auf der Bundeshöhe für den Westen und auf dem Heideberge für den Norden. Neben der Harztagung ist der Werbetag zu bemerken, der nach einem Versuch im Vorjahre sich immer mehr als Vereinseinrichtung einbürgert. Durch ein Preisausschreiben wurde ein Werbeplakat beschafft, um damit an die bisher unerreichte Jugend heranzukommen. Zur Pflege der Leibesübungen wurde ein Ausschuß für Turnen und Sport begründet und Gymnasiallehrer W. Müller in Witten zum Reichsturnwart berufen. Seine Aufgabe ist es, innerhalb der einzelnen Bünde die Turnabteilungen zu organisieren, ihnen ein einheitliches Lehrverfahren zugrunde zu legen und eine Turn-

zeitung herauszugeben. Dafür wurde ihm von der Behörde ein einjähriger Urlaub bewilligt. Die Sekretärschule des Reichsverbandes, die dem Johanneum in Barmen angegliedert ist, hat in einem einjährigen Kursus vier Sekretäre für den Vereinsdienst vorbereitet. Neben dem Reichswart Lic. Stange und dem Reichssekretär E. Lüst waren noch drei evangelistisch wirkende Berufsarbeiter im Bunde tätig. Der Reichsverband umfaßt zur Zeit in den ihm angeschlossenen 12 Jungmännerbünden 2527 Vereine mit 123 968 Mitgliedern (mit den verwandten Bestrebungen 159 188), 226 eigenen Heimen und 299 Berufsarbeitern. Im Verlage des Reichsverbandes (Barmen, Allee 191) erscheinen folgende Zeitschriften: Die Rundschau, Monatschrift für Jugendführung und Jungmännermission (Aufl. 2100), Der Ruf, Monatschrift für das Alter von 18 Jahren und darüber (Aufl. 20 000), Der junge Tag, Monatschrift für das Alter von 14—18 Jahren (Aufl. 30 000), Die junge Schar, Halbmonatschrift für das Alter von 10—14 Jahren (Aufl. 10 000), Der Pfad, Organ der christlichen Pfadfinderschaft (Aufl. 5000), Turnzeitung, Organ des Ausschusses für Turnen und Sport (Aufl. 3000). Außerdem erscheint in Dresden: Die Pflugschar, Monatschrift für Mitglieder der großstädtischen E. V. j. M.

In der Studentenschaft wirkt in evangelischem Sinne die Deutsche christliche Studentenvereinigung. Sie hat ein großes und wichtiges Arbeitsfeld unter den etwa 100 000 Studierenden aller Fakultäten. Was diese große Schar an Hoffnung, aber auch an Kampf und Not in sich birgt, ist nicht auszusagen. In ihre Reihen will die D. C. S. V. die Botschaft vom lebendigen Christus tragen und im Leben des Einzelnen die Herrschaft Gottes aufrichten. Dieser Aufgabe dienen die Konferenzen, die je nach dem Bedürfnis immer mehr ausgebaut werden. Anfang August 1922 tagte eine Hauptkonferenz in sieben Teilkonferenzen in verschiedenen Teilen Deutschlands und behandelte in einer Themenreihe persönliche religiöse Fragen, in einer andern Reihe die Frage nach dem Reiche Gottes und der Gegenwart. Einige der Vorträge erschienen in der „Furche“ und in den „Stimmen aus der deutschen christlichen Studentenbewegung“. In den Pfingstferien wurden Freizeiten für Studenten gehalten. In jedem Semester kommen die Leiter der örtlichen Arbeitskreise zu Arbeitskonferenzen in Dassel (Söling) zusammen. Der erste Versuch einer christlichen Medizinerkonferenz hat die Notwendigkeit solcher Zusammenkünfte bewiesen, in denen die Aufgaben und Konflikte des praktischen Berufslebens zu besprechen sind. Die Kreise an den einzelnen Hochschulen tragen ein sehr verschiedenes Gepräge je nach ihrer Zusammensetzung und der Lebendigkeit des Missionsgedankens. Sie sind interkorporativ und verstehen die Mitgliedschaft als Pflicht zu persönlicher Mitarbeit. Nach den Studienfächern war im Sommer 1922 die Zusammensetzung folgendermaßen: Theologen 38 %, Philologen 14 %, Juristen 8 %, Mediziner und Pharmakologen 8 %, Handelswissenschaftler 3 %, Landwirtschaftler 4 % und Techniker 25 %. Regelmäßige Bibelstunden bilden den Mittelpunkt des Lebens und der Arbeit. Daneben

finden sich in 37 Kleinkreisen Studenten zu intensiverem Bibelstudium zusammen. An 14 Hochschulen wurden vor Kollegbeginn öffentliche Morgenandachten gehalten. Durch einen Missionsstudienkurs und kleinere Missionsstudienkreise wird das Missionsinteresse gefördert. Durch öffentliche Evangelisationen und Flugschriften wird auf die studentische Öffentlichkeit eingewirkt.

Die Leitung der Arbeit liegt in den Händen eines aus Studenten und älteren Herren zusammengesetzten Vorstandes, an dessen Spitze Excellenz D. Dr. Michaelis steht. Im Hauptamt wirken 4 Sekretäre. Seit Jahresfrist ist für die Arbeit an den in Deutschland studierenden Ausländern, vor allem den Ostasiaten, in dem Kandidaten Leo Leithäuser ein besonderer Sekretär angestellt. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin N. 4, Tieckstr. 17. Daneben besteht in Sarow (Mark) ein zweiter Mittelpunkt der Arbeit mit einem Zelt- und Barackenlager, um an verschiedenen Gruppen der christlichen Jugendbewegung Freizeiten zu ermöglichen.

Nicht minder günstig stellte sich die Entwicklung des Deutschen Verbandes des Jugendbundes für entschiedenes Christentum dar, was schon äußerlich die Zuwachszahlen beweisen. Betrug die Zahl der Vereine nach dem Friedensschlusse 707, so stieg sie im Jahre 1920 auf 954, im Jahre 1921 auf 1182 und im Jahre 1922 auf 1333. Davon sind 1097 Jugendbünde mit 35 865 Mitgliedern und 235 Kinderbünde mit 6029 Mitgliedern. Dazu kommen noch 861 Sonntagsschulen mit 32 707 Besuchern. Von den Mitgliedern sind 14 450 tätige, 16 652 freundschaftliche, 2482 Ehrenmitglieder und 6281 Freundeskreismitglieder. Ihre Losung ist: „Ganz los von der Welt und ganz hin zum Sünderheiland Jesus Christus!“ Diese Tendenz wird durch Wort und Wandel bezeugt. So stellt sich in tiefstem Grunde der Jugendbund als eine fruchtbare Erziehungsschule auf Christum hin dar. In der Leitung des Verbandes steht seit 1921 P. Schürmann als hauptamtlicher Direktor, während P. Blecher seit 1894 als Generalsekretär wirkt. Beide wohnen im Bundeshause zu Friedrichshagen, Uhornallee 52 (Fernspr. 116). Dasselbst befindet sich auch die Buchhandlung des Verbandes. Außerdem dienen den Vereinen 5 Brüder als Reisesekretäre, unter ihnen ein Dr. jur. und 3 Schwestern.

Im Verband zusammengeschlossen sind 21 Provinzialverbände, denen verschiedene Provinzialsekretäre dienen. Aus dem Verbande sind im Laufe der Jahre 1369 Reichsgottesarbeiter hervorgegangen, darunter 22 Pastoren, 23 Diakonen, 76 Evangelisten, 24 Missionare und 1224 Diakonissen. Daß die Musik gepflegt wird, beweisen 675 Bläser, 1841 Mandolinenspieler und 7655 Sänger.

Den Höhepunkt des Berichtsjahres bildete die Nationalkonferenz in Breslau mit dem Thema: „Neue Jugend.“ Sie wurde in der Jahrhunderthalle, welche 10 000 Zuhörer füllten, durch den Vorsitzenden des deutschen Gemeinschaftsverbandes, P. D. Michaelis-Bielefeld, eingeleitet und fortgeführt von den Pastoren Minor, Reupp und Herrich, welche zu den Kraftquellen der neuen Jugend hinführten und ihr Wesen

betonten. Die finanzielle Seite der Arbeit wurde durch den Vorschlag gelöst, daß jedes Mitglied als Monatsbeitrag einen Tageslohn spenden möge. Zeitgemäß waren die Ansprachen von D. Michaelis: „Zivilisation oder Christentum“ und von Regroth: „Die Jugend und die Bibel.“ Zur inneren Förderung der Jugendbundmitglieder wurden seitens der Provinzialverbände besondere Kurse angelegt, dazu ein allgemeiner im Zeltlager zu Sarow, die alle der Vertiefung und Verinnerlichung dienen. Bald nach dem Kriege hatte der Jugendbund Anschluß an den Weltbund gesucht, der in 100 000 Vereinen etwa 5 Millionen Mitglieder zählt. Sein Präsident ist seit 43 Jahren der greise Dr. Clark, der im letzten Jahre auch Deutschland besuchte und im alten Herrenhause zu Berlin über seine Arbeit und die Sache des Weltbundes berichtete. Es ist gewiß, daß in der Jugendbundbewegung Kraft und Leben ist. Seine Mitarbeit ist für die Erneuerung des deutschen Volkes von größter Wichtigkeit.

Dieser Aufgabe strebt auch der Deutsch-evangelische Verband sozialer Jugendgruppen nach, der in seinem Werbeflugblatt unter dem Titel: „Was wir wollen“ ausdrücklich sagt: „Wir wollen mitarbeiten an Deutschlands innerer und äußerer Gesundung. Wir wollen kämpfen gegen den Geist, der in unserm Volke zur Herrschaft zu kommen droht und sich äußert in Materialismus, Haß, Ungerechtigkeit, Unsitlichkeit und Unglauben.“ Als letztes Ziel wird bezeichnet: „Wir wollen helfen, die Kirche als den Hort wahren Christentums mitzubauen.“ Dann wird am Schlusse gesagt: „Die Kraft zu solchem ersten Wollen suchen wir im Evangelium in der Überzeugung, daß nur lebendiger, tätiger Christenglaube für den Einzelnen und unser Volk wahre Erlösung bringen kann. Der Verband wurde 1912 begründet. Seine Mitgliederzahl beläuft sich auf 2100, die in 50 Gruppen zusammengefaßt sind. Eine Anzahl derselben dient der Mittellandsfürsorge, bemüht sich um Alte und Kleinrentner und beschert zu Weihnachten armen Familien. Viele Mitglieder helfen in Kindergottesdiensten, treiben Bibelstudien und befassen sich mit Weltanschauungsfragen. Von größeren Veranstaltungen sind zu nennen im Oktober 1921 die Jugendwoche in Springe, zugleich Hauptversammlung des Verbandes, im Februar 1922 der Kreistag der sächsischen Gruppen in Magdeburg, im April und Mai Freizeiten in Oslebshausen, Medingen und Kaufbeuren, Kreistag der niedersächsischen und westfälischen Gruppen in Bethel, im Juni Kreistag der norddeutschen Gruppen in Leer, im September Freizeit in Rotenburg und Kreistag der rheinischen Gruppen in Neuwied. Verbandsorgan ist die Zeitschrift „Werden und Wirken“, herausgegeben von Cäcilie Brinckenstein, Bremen, Schönhausenstr. 9.

Die Arbeit der Bibelkreise unter Schülern höherer Lehranstalten stand im Jahre 1922 unter dem Zeichen ruhiger Weiterentwicklung. Sie besteht nunmehr seit 40 Jahren und findet immer mehr Anerkennung in der Kirche, bei den Behörden und auch in der Schule. Die Kirche sieht in ihr einen wertvollen Bundesgenossen für

ihren Einfluß auf die Gebildeten, während die Schule ihr keine Hindernisse mehr in den Weg legt. Wiederholt sind Direktoren offen dafür eingetreten, wenn sie auch nicht immer ihre Grundsätze teilten.

Die Wirksamkeit der B.K. dient schon insofern der Kirche, als aus ihnen wiederholt nicht nur Pfarrer, sondern auch christliche Laien hervorgegangen sind, welche freudig die Botschaft vom Heiland bezeugten und damit zum kirchlich-religiösen Aufbau beitrugen. Doch sind die B.K. keineswegs kirchenpolitisch eingestellt. Es gehören ihnen Schüler aus dem ganzen Schulbezirk unbekümmert um ihre kirchliche Zugehörigkeit an, daher auch Freikirchliche, Mennoniten, Baptisten usw. Daher ist der Geistliche, der einen B.K. leitet, nicht auf Grund seines kirchlichen Amtes dazu bestellt, sondern kraft innerer Berufung und des ihm von seiten der Jugend geschenkten Vertrauens. Deshalb ist in den B.K. viele Gelegenheit zur Laienmitarbeit, wie denn auch unter den 545 Leitern von B.K. sich außer 181 Pastoren 96 andere Akademiker (Juristen, Philologen, Mediziner), 75 Studenten, 31 Jugendsekretäre und 162 Angehörige sonstiger Laienberufe finden.

Der B.K.-Reichsverband ist ein Zusammenschluß der Leiter und Freunde der Arbeit und hat zur Zeit 1200 Mitglieder. Einen Verband der Schüler gibt es juristisch nicht, und doch ist er auch ohne Satzungen und Paragraphen ideell da. Gerade in der letzten Zeit hat sich das Zusammengehörigkeitsbewußtsein verstärkt und vertieft. Die Teilnehmer wissen sich als eine große Schar junger Menschen im gleichen Kampfe für die gleiche große Sache. Die Arbeit trägt in die Welt der höheren Schüler die Frage: „Wer will ein Streiter Jesu Christi sein?“ Heute umfaßt der Reichsverband 411 B.K. mit 702 selbständigen Abteilungen in 382 deutschen Städten mit rund 20 000 Mitgliedern. Außer den wöchentlichen Bibelstunden werden Wanderungen, Ferienfahrten und Gauditage veranstaltet. Ostern 1922 fand im Eckartsheim zu Bethel eine fünftägige Reichsprimanertagung statt, wozu sich aus allen Gegenden 70 Teilnehmer eingefunden hatten.

Die Verbandszentrale, genannt Reichs-B.K.-Geschäftsstelle, befindet sich seit Juni 1922 in Bohwinkel, Solingerstr. 99. Hier wohnt auch der Generalsekretär Dr. Killinger. Neben ihm stehen berufsmäßig in Rheinland, Westfalen, Württemberg, Niedersachsen, Sachsen und Groß-Berlin Gausekretäre in der Arbeit. Die Jahresausgaben betrugen 1922 830 000 M., wovon die Schüler etwa ein Drittel aufbrachten. Die andern Mittel flossen aus freiwilligen Gaben. Die beiden Organe „Jugendkraft“ für die jüngeren Mitglieder und „Neue Jugend“ für die älteren mußten aus Ersparnisgründen Anfang 1923 unter dem Titel „Neue Jugend“ zusammengelegt werden (13 000 Bezahler). Das B.K.-Liederbuch erschien im 110. Tausend, der Bibellesekalender im 24. Jahrgang und das Taschenbuch (Schülerkalender) im 3. Jahrgang. Neu erschienen sind „Unsere Geschichten“ und die „Zeitfragen der Jugend“.

Der Christliche Bund für Gasthausangestellte (C.B.f.G.) erhielt im Berichtsjahre einen Zuwachs von 67 Mitgliedern; die Zahl

der Ortsgruppen stieg auf 17. Im Besitz des Bundes sind 7 Heime und zwar in Berlin, Breslau, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln und Leipzig. Das Heim in New-York mußte wegen der Schwierigkeit es zu halten verkauft werden. An Berufsarbeitern (Heimverwalter, Sekretäre) stehen 16 in der Arbeit. Neben der lokalen Tätigkeit wurden Werbereisen unternommen. Die Ausdehnung des Bundes auf die weiblichen Angestellten steht unter verheißungsvollen Anfängen. Die Leserschaft des Verbandsorgans „Der Bote“ (früher Kellnerfreund) beträgt 12000. Mit der Agitation für ihn geschieht die Ausbreitung guter Schriften im eigenen Verlage. Neuerscheinungen sind Gilweitz, „Der Liebe Kampf und Sieg“ (Aufl. 5000), Eismann, „Für stille Minuten“, Heft 6 (5000), desgl. Sammelheft (5000), D. Schäfer, „Rein, frei!“ eine Sittlichkeitschrift (10 000), ferner eine orientierende Werbeschrift von Geheimrat D. Eismann, dem derzeitigen Bundesleiter „Die Arbeit des E. B. f. G. mit einem Anhang über die geschichtliche Entwicklung des Werkes“ (3000). In der Zeit vom 26.—29. Sept. 1922 tagte in Hamburg die 11. Konferenz des Bundes unter Anwesenheit von mehr als 100 Vertretern. Eine wesentliche Neuerung ist der Beschluß, die Mitgliederbeiträge fallen zu lassen und die Arbeit ganz auf Freiwilligkeit zu stellen. Die Verhandlungen der Konferenz betrafen Sonntagsruhe, Erholung, Sonntagsheiligung im Gastwirtsgewerbe und die Folgerungen der christlichen, idealistischen und materialistischen Weltanschauung fürs praktische Leben. (Geschäftsstelle Berlin NW, Albrechtstraße 17.)

Die Fürsorge für die weibliche Jugend hat ihre ausgedehnteste Vertretung im Evang. Verband für die weibliche Jugend Deutschlands (Geschäftsstelle Berlin-Dahlem, Burckhardtshaus, Vorf. P. Thiele). Er umfaßt in 27 Unterverbänden und 5285 Vereinen nicht weniger als 230 000 Mitglieder. Trotz der Not der Zeit zeigen sich in seinem Leben mit Kraft die Nachwirkungen der ersten großen Jugendtagung in Marburg 1921. Bei den Mitgliedern wuchs das Verantwortlichkeitsgefühl für die Vereins Sache und fand seinen Ausdruck in der Mehrung der Helferinnenkurse und Freizeiten zum Herausgehobenwerden aus der Alltagsarbeit zu innerer Sammlung, Gemeinschaft mit gleichstrebenden Gefährtinnen, Vertiefung in der Bibel und Wanderungen in die schöne Gottesnatur. Die Tagung Mitte Mai 1922 in Potsdam rief nur die Führerinnen zusammen, war aber mit der brandenburgischen Provinzialtagung verbunden, so daß das jugendliche Gepräge durchaus nicht fehlte. Über das Hauptthema „Und die Anderen“ sprach Generalsuperintendent D. Arenfeld, der in geistvoller Weise in die Tiefen der Arbeit einführte. In die Öffentlichkeit lenkte am 14. Mai ein Jugendsonntag mit Gottesdiensten in den beiden Potsdamer Kirchen, Garnison- und Nikolaikirche, an die sich ein Festzug und eine größere Feier auf dem Brauhausberge schloß, wobei Hofprediger Richter-Charlottenburg und Sup. Augustat-Spandau Ansprachen hielten.

Die Zentralstelle diente den Vereinen durch zahlreiche Reisen der Sekretärinnen zu Vorträgen und Evangelisationen. Der Vorsitzende und

die Geschäftsführerin nahmen auch an der Tagung des Weltbundes christlicher Jungmädchenvereine in St. Wolfgang-Salzburg teil, wo sie im Verkehr mit Auslandsvertretern viel zur Aufklärung über die Lage in Deutschland beitragen konnten. Wiederholt unterstützten Weltbundsmitglieder die Verbandsarbeit durch namhafte Geldzuwendungen.

Neuaufgenommen, vor allem von der Jugend selbst vorgetrieben, konnte der Kampf wider den Alkohol werden, zu dessen wirksamer Durchführung eine Kampfgruppe gebildet wurde. Eine andere die Verbandsleitung beschäftigende Aufgabe war die erzieherische Ausgestaltung der Jugendabteilungen in den einzelnen Vereinen, die mit frischem, jugendgemäßem Tone verbunden sein muß.

In Sachen des Verbandsblattes „Weibliche Jugend“, das im Jahre 1891 von Pastor Burckhardt begründet im 32. Jahrgange steht, kann festgestellt werden, daß sich die Leserschaft trotz der Zeitnöte nicht nur erhalten sondern sogar etwas vermehrt hat. Überhaupt ist die Opferwilligkeit der Mitglieder nicht zurückgegangen, sondern stets bereit gewesen, die wichtigen Vereinsaufgaben unverdrossen zu fördern. Das ist ein Beweis für das stärker gewordene Zugehörigkeitsbewußtsein zu der großen und wichtigen Aufgabe.

Die Buchhandlung des Verbandes im Burckhardthause konnte einige Neuerscheinungen veranstalten, darunter eine Anzahl von Auführungen für Vereinsfeste und ein Heft „Heiliger Dienst“ mit Programm für Jugendgottesdienste.

Im allgemeinen darf mit Freuden bekannt werden, daß gerade in der weiblichen Jugend ein starker Drang nach wahren, freiem Leben vorhanden ist, der zur Verinnerlichung treibt. Die in Marburg aufgenommene Lösung „Für die Königsherrschaft Jesu“ ist zum Programm und zur Aufgabe geworden. Und wo Führer auf diesem Wege vorhanden sind, die mit der Jugend gehen und sie recht anleiten, wächst die evang. Jungmädchenarbeit zu einem Lebensfaktor der Gemeinde und Kirche heran.

Derselben Wurzel entsprossen ist der Verein Wohlfahrt für die weibliche Jugend, der seit 33 Jahren seine Arbeit treibt, in Berlin 5 Mädchenheime für die erwerbstätige weibliche Jugend des Mittelstandes unterhält und darin seinen Gästen billige Pension gewährt. Diese sind die beiden Marienheime in der Werffstraße 9 mit 45 und in der Wassertorstraße 35 mit 65 Plätzen, das Charlottenheim in der Marburgerstraße 4 mit 57, das Elisabethheim in der Veröhnungsstraße 1 mit 38 und das Klubheim in der Wilhelmstraße 115 mit 36 Plätzen. Das Charlottenheim ist mit einer Stellenvermittlung und einem Passantenheim mit 30 Betten verbunden. Für erholungsbedürftige junge Mädchen sind zwei Heime vorhanden: „Bergsegen“ in Bad Sachsa und „Meeresfrieden“ in Heringsdorf mit zusammen 120 Plätzen.

Denjenigen jungen Mädchen, die zwar in Berlin Wohnung haben, aber ohne Anschluß an gleichgesinnte christliche Mädchen sind, dienen die Klubs, die sowohl Geselligkeit und Unterhaltung als auch Fortbildung

bieten. Zur Zeit bestehen 10 derartige Einrichtungen, die über alle Stadtteile ausgebreitet sind, sowie ein Abendheim im Osten Mühlenstraße 58. Dem Verein gehört auch das Hospiz des Westens, Marburgerstraße 4 an, mit 100 Gastbetten für durchreisende Fremde, dessen Überschüsse der Vereinskasse zugute kommen. Die Arbeitsleitung liegt in den Händen des Vereinsdirektors Pfarrer Jaehn, Tieckstr. 17, wo sich auch die Geschäftsstelle befindet. Vorj. Geh. Oberfinanzrat Dr. von Grimm.

Der Verein ist mit der Berliner Bahnhofsmission verbunden, die mit 5 Berufsarbeiterinnen und 60 freiwilligen Helferinnen zum Schutz der neuanziehenden Mädchen wirkt und sie zum Besuch der evang. Jugendvereine schriftlich oder mündlich auffordert. Diese ist ein Stück der Deutschen Bahnhofsmission e. V. (Geschäftsstelle Berlin-Dahlem, Friedbergerstraße 25. Vorj. Ministerialdirektor Dr. F. Meister, Generalsekretärin Frä. Th. Reineck). Sie umfaßt 211 evang. Bahnhofsmissionen in allen größeren Verkehrsorten und arbeitet in engster Verbindung mit dem Verein der Freundinnen junger Mädchen und anderen Organisationen, welche die Bahnhofsarbeit in ihr Programm aufgenommen haben, z. B. der Evang. Verband für die weibliche Jugend, die Frauenhilfe und der deutsch-evang. Frauenbund. Im September 1922 beging die Bahnhofsmission in Kassel ihr 25jähriges Jubiläum durch eine von verschiedenen Staatsbehörden beschickte Tagung. Der Hauptverhandlungsgegenstand lautete „Bahnhofsmission als Volksmission“. Ziel und Zweck der Arbeit ist Aufklärung, Schutz und Beratung der weiblichen Jugend. Die Fürsorge wird unentgeltlich geübt. Eine Anzahl von Bahnhofsmissionen, welche Abholung nur auf Anmeldung treiben, wirken außerdem auf Verbreitung der Kenntnis im Volke. Soweit die Kräfte es gestatten, wird auch Reisehilfe für Blinde, Krüppel, Flüchtlinge, Greise und Auswanderer geleistet. Die Fachschrift mit Nachrichten aus der Arbeit ist das „Rundschreiben“. Genaue Listen der angeschlossenen Stellen und Vertrauensadressen enthält das „Verzeichnis“. Im Jahre 1922 wurde die 5. Auflage der Interkonfessionellen Eisenbahnwagenplakate mit einem Aufwand von 8 Millionen Mark veranstaltet. Die Einnahmen flossen zum größten Teil aus freiwilligen Gaben.

Der Deutsche Nationalverein der Freundinnen junger Mädchen, der dem internationalen Verein angeschlossen ist, zählt 33 Landes- und Provinzialvereine mit 9200 Mitgliedern. Die Not der Zeit zwang ihn, manches seiner Heime zu schließen, so daß ihre Zahl nur noch 40 beträgt. Seine Hauptaufgabe ist Schutz und Beratung junger Mädchen, die fern vom Elternhause der Gefahr des Alleinstehens ausgesetzt sind. Neuerdings hat er seine besondere Fürsorge auch der Gründung und Ausgestaltung von Hausgehilfinnen- und Arbeiterinnenvereinen zugewendet. Die Vereine dieser Art, welche in Baden, Württemberg und Hessen bestehen, haben sich zu einer besonderen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Die an vielen Orten begründeten kleineren Stellenvermittlungen sind im Laufe der letzten Zeit zumeist von den

entsprechenden kommunalen Einrichtungen übernommen worden. Um so mehr haben die größeren Stellenvermittlungen sich wirksam betätigt, z. B. in Stuttgart, München und Dresden. Die Zahl der Stellensuchenden blieb leider weit hinter der Menge der angebotenen Stellen zurück. So zählte München bei 3736 angebotenen Stellen nur 2263 Stellenbewerberinnen. Auch die Auswanderungsberatung, die in 32 Städten geübt wird, gewann an Bedeutung. Ein wesentlicher Fortschritt ist es, daß viele auswanderungslustige Mädchen von den amtlichen Stellen erst dann ihre Auslandspässe bekommen, wenn sie nachweisen, daß sie vom Freundinnenverein beraten worden sind. In 10 Städten sind die Vereinsbüros vom Reichswanderungsamt als öffentliche gemeinnützige Beratungsstellen anerkannt worden. Vom 5.—7. September hielt der Verein in Heidelberg seine satzungsgemäß alle zwei Jahre vorgesehene Mitgliederversammlung, die aus allen Teilen Deutschlands beschickt wurde. Die dabei gehaltenen Vorträge betrafen die Auswanderungs- und die Hausangestelltenfrage. Dabei wurde beschlossen, daß die Freundinnen sich nachdrücklich für die gründliche Ausbildung der Hausangestellten einsetzen sollen. (Vors. Fürstin Marie zu Erbach-Schönberg, Schriftführerin Frau Blank, Heidelberg.)

Der Deutsche Bund der Mädchenbibelkreise kann von erfreulichem Wachstum berichten. 1919 zur besseren Verfolgung der Ziele und gemeinsamen Stärkung durch Zusammenfassung der durch ganz Deutschland zerstreuten Bibelkreise begründet, sah er die Zahl der in ihm zusammengefaßten Bibelkreise von 150 im Anfang und 350 im Jahre 1921 im letzten Jahre auf 600 steigen, von denen eine Anzahl sich in der Schweiz, Österreich und im Baltikum befindet. In Blankenburg (Harz) fand 1921 die erste große Bundestagung statt. Die Arbeit soll in erster Linie Volksmission sein; das Arbeitsfeld ist die gesamte gebildete weibliche Jugend Deutschlands, das Ziel der Arbeit ihre Gewinnung für Christus durch persönliche Lebenserneuerung auf Grund der Heilswahrheiten der Bibel. Als Organ dient den Älteren die Monatschrift „Unser Blatt“ (Aufl. 6000), den Jüngeren „Kleine Lichter“ (Aufl. 3000), den Leiterinnen die „Leiterinnenhilfe“. Weitere orientierende Schriften sind die Hefte: Was wir wollen, Die Bedeutung der Bibel und der Führer zu Christus von D. Laible, „Der Kampf um Reinheit“ von Nelly Luz und die losen Blätter der Bibelkreisbewegung.

Ebenfalls an die gebildete weibliche Jugend wendet sich die Neulandbewegung, die ihre Vertretung im Verband der Studien- und Neulandkreise hat, der seit 1917 bestehend 20 Teilgruppen mit etwa 2000 Mitgliedern umschließt. Die Bewegung erstrebt das Durcharbeiten wichtiger persönlicher und sozialer Lebensfragen in christlichem Geiste zum Wiederaufbau unsers Vaterlandes, der ohne Neuwerden der Einzelnen nicht möglich ist. Das seit 1916 erscheinende Blatt „Neuland“ (Aufl. 8000) trägt den Kampfzug in weitere Kreise und will die gebildete weibliche Jugend anfeuern zu ernstem Ringen um Reinheit, Gerechtigkeit, Wahrheit und Liebe in Arbeits- und Gesinnungsgemeinschaft. Die Wirksam-

keit geschieht in der Art, daß die eigentlichen Neuländerinnen zu bestimmten Kreisen zusammengefaßt werden, in denen die einzelnen in voller Mitverantwortung stehen. Die Übrigen sind Gäste. Solche Kreise, die erst in den Neulandgedanken hineinwachsen wollen, heißen Studienkreise, in denen mehrere Neuländer oder Neuländerinnen zur Weckung und Förderung tätig sind. Jede Teilgruppe wird von drei Scharhelfern geleitet, die jährlich wechseln, indem in jedem Jahre ein anderer Ort Vorort wird. Neuerdings haben sich auch junge Männer der Bewegung unter Führung des Pfarrers Meincke, Sonneberg (Thür.) der Bewegung angeschlossen. Der Arbeit dienen Versammlungen, Kurse und Freizeiten. Die Verbandszentrale ist das 1920 erworbene Neulandhaus in Eisenach, eine Viertelstunde von der Wartburg gelegen. Dort ist auch der Neulandverlag mit einer Buchhandlung zur Verbreitung guter Schriften. Im Jahre 1922 fanden daselbst folgende Veranstaltungen statt: Gemeinsame Feier der Karwoche und der Osterzeit, Pfingstfreizeit, Augustkonferenz und der Neulandtag in der ersten Oktoberwoche. Außerdem hielten die Teilgruppen längere Freizeiten oder kürzere Freizeittage ab. Ostern 1922 wurde nach Art der bekannten staatlichen Einrichtungen eine Neulandwohlfahrtschule eröffnet, ebenso ein Gemeindehelferinnenseminar mit Abschlußprüfung von der thüringer Oberkirchenbehörde. Unter den praktischen Bestrebungen steht obenan die Ausbildung im Hausdienst für den Aufbau der deutschen christlichen Familie. Der schon seit einiger Zeit bestehende Hilfsdienst für die in Not befindlichen Familienmütter soll weiter ausgestaltet werden. Zu den Zukunftsplänen gehört die Zusammenfassung der auf diese Weise tätigen jungen Mädchen zu einer fester geordneten Schwesternschaft.

Das Jahr 1921 war eine Zeit der Krisis und Sichtung, der 1922 ruhigere Weiterarbeit gefolgt ist. Es ist notwendig, daß die Arbeit nüchtern, besonnen und klar in gesunden Bahnen weitergeleitet wird, um ihren Dienst am deutschen Volke in gesegneter Weise zu erfüllen. (Vors. Guida Diehl, Geschäftsstelle Eisenach-Neulandhaus.)

Eine neue Erscheinung ist die Christdeutsche Bewegung mit rund 1000 Mitgliedern, deren Verbandsorgan die „Christdeutschen Stimmen“ sowie die christdeutschen Hefte aus dem Oranienverlag in Herborn sind. Die Vereinigung hielt Freizeiten zu Ostern in Frankfurt, zu Pfingsten in Thale, im Sommer und Herbst zu Dillenbourg, Rothenburg o. T., Spandau und Barmen (Bundeshöhe) ab. Darauf folgte der Versuch einer Wanderfreizeit im Neckartal. Den Abschluß bildete ein Führertreffen zu Gießen.

Noch sei an dieser Stelle des Vereins deutscher evangel. Lehrerinnen mit 600 Mitgliedern gedacht, dessen Hauptarbeit dem Kampf um die evang. Schule und den Religionsunterricht gilt, damit auch im neuen Deutschland das evang. Erziehungs- und Bildungsideal verwirklicht werde. Abgewehrt wird die Herabsetzung der Stundenzahl für die religiöse Unterweisung und die Einführung der Märchen als Ausgangspunkt dafür sowie die Simultanisierung und Verweltlichung

der Schulen. Hervorgehoben wird die Bedeutung der christlichen Erzieherpersönlichkeit, gegründet auf die Heilswahrheiten der Bibel. Mit besonderem Eifer wirbt der Verein um die jüngere Generation des Lehrerinnenstandes durch Freizeiten (Bundeshöhe b. Barmen, Winterborn). In den Osterferien hielt er seine gut besuchte Jahrestagung, auf der Frä. Heinemeyer, Hannover auf Grund des Auftrags Jesu „Weide meine Lämmer!“ das Bild der rechten christlichen Erzieherpersönlichkeit zeichnete. Die übrigen Vorträge betrafen die Stellung der Lehrerin zur modernen Gemeinschaftserziehung, zur Reform der Lehrerinnenbildung und zum Gesamtunterricht. In den Sitzungen der 15 Gruppen wurden allerlei Fragen der Schulpraxis behandelt. Abgelehnt wurde das Verbleiben der verheirateten Lehrerinnen im Amte und noch mehr die weitere Verwendung unehelicher Mütter im Schuldienst. Beklagt wird sehr, daß vielen evangelischen Lehrerinnen immer noch das rechte Erkennen für die Wichtigkeit konfessionellen Zusammenschlusses fehlt, zumeist infolge der Furcht vor Anfeindung durch die Massen. Das Vereinsorgan ist „Die evang. Lehrerin“, die als Monatsbeilage zur deutschen Lehrerzeitung erscheint. (Geschäftsstelle Barmen, Al. Werth 62. Vorfr. Frä. Frieda Cramer.)

6. Die evangelische Arbeiterschaft.

Es ist kein Wunder, wenn in der Gegenwart die evangelischen Arbeitervereine einen schweren Stand haben. Mögen sie doch mit dem Geist des Internationalismus und des materialistisch-marxistischen Sozialismus, der die ganze übrige Arbeiterschaft beherrscht, nichts zu tun haben. Trotz der Phrase der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ist dieser Geist ein Geist der größten Unduldsamkeit und treibt seine Bekenner dazu an, brutal alles niederzutreten, was sich seiner Macht nicht beugt. Wiederholt sind Fälle des schlimmsten Terrors wider christliche Arbeiter vonseiten der sozialistisch organisierten Arbeiterschaft im Parlament zur Sprache gebracht worden. Nach dem Rathenaumord war die Hege am ärgsten. Im preußischen Landtag berief sich der Abgeordnete Paul Rüffer in der Sitzung am 24. November 1922 auf 500 Fälle schwerster Mißhandlung, von denen einige zum Tode geführt hatten. Tags darauf stellte der Abgeordnete Dallmer fest, daß die Terrorakte von fast allen Parteien eingestanden worden seien. Nicht minder oft ist es vorgekommen, daß christliche Arbeiter um ihres Bekenntnisses willen aus der Arbeit gedrängt wurden, obwohl die Bestimmungen der Reichsverfassung ihnen zur Seite standen. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, wenn mancher christliche Arbeiter, der Drangsale müde, wankend wurde und abfiel. Gleichwohl darf von der evangelischen Arbeiterbewegung mit Freuden berichtet werden, daß es mit ihr nicht rückwärts, sondern vorwärts und aufwärts geht. Ja es kann von der Nähe einer Erntezeit gesprochen werden. Haben sich doch die internationalen Ideen, die allzulange in den Köpfen der mißgeleiteten Arbeiter spukten,

durch das Diktat von Versailles und die brutale französische Politik als Hirngespinnste erwiesen. Immer mehr versagt das marxistische System der sozialistischen Parteien und „freien“ Gewerkschaften beim Einlösen der Versprechungen. Immer deutlicher spüren viele die innere Leere, über welche keine materielle Besserstellung hinwegtäuscht. Ganz leise, aber doch immer deutlicher spürbar meldet sich in vielen Arbeiterherzen die Sehnsucht nach dem lebendigen Gott. Lange unterdrückt oder durch künstliche Beweisführungen beiseite geschoben, schweigt sie nicht länger, sondern will befriedigt werden. Überraschend ist es, wie oft gerade die Arbeiter ausschlaggebend wurden für die Beibehaltung der evangelischen Schule. So gaben bei der diesjährigen Anmeldung der Schulpflichtigen in der Arbeiterstadt Chemnitz nicht weniger als 90% der Eltern die Erklärung ab, daß sie die Teilnahme ihrer Kinder am christlichen Religionsunterricht wünschten. Dabei gehörte die Mehrzahl zu den Wählern des sozialistischen Kultusministers, welcher der Bekenntnisschule den Vernichtungskampf angesagt hatte. In Erwägung dieser Verhältnisse sind überall in deutschen Landen die evangelischen Arbeitervereine rege geworden, das Feld zu bestellen. Ihre Angehörigen bemühen sich, unter ihren Berufsgenossen Mitglieder zu werben, dem christlichen Sozialismus die Bahn zu brechen, den Schwachen den Glauben zu stärken und die Kirchenfremden der Kirche und dem Reiche Gottes zurückzugewinnen. In Vereinsversammlungen, Unterrichtskursen, Vortrags- und Diskussionsabenden wird reiche Arbeit an den Mitgliedern getan. Die noch Fernstehenden sucht man durch öffentliche Kundgebungen unter freiem Himmel, durch Aufzüge und Umzüge auf die evangelische Vereins Sache aufmerksam zu machen. Damit hat man vor allem in den Industriezentren gute Erfolge erzielt. Nicht selten schlossen sich Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen an und begannen einzusehen, was für eine Macht, und was für ein Segen in der christlichen Arbeiterbewegung liegt. Im ganzen großen Verbandsregt sich immer mehr das Bestreben, die einzelnen Verbände stärker in sich zu festigen. In dieser Hinsicht weist der rheinisch-westfälische Provinzialverband besondere Fortschritte auf, der am 20. März 1922 in Essen eine Tagung aller verbandstreuen Bezirksverbände und Vereine abhielt, von der folgende Erklärung ausging:

„Die versammelten Verbände und Vereine sehen nach wie vor ihre besonderen Aufgaben in dem Kampfe gegen die kirchen- und christentumsfeindlichen Mächte und in der Mitarbeit an dem Aufbau unsers Volkslebens, insonderheit der sozialen Versöhnung und einer gesunden sozialen Reform auf christlicher und sozialer Grundlage. Sie halten dafür, daß diese Aufgaben bei grundsätzlicher Neutralität gegenüber den sozialistischen Parteien und deren gewerkschaftlichen Richtungen nicht gelöst werden können; denn diese bekämpfen auch heute noch mit aller Schärfe die evangelische Kirche wie überhaupt die christliche Weltanschauung. Machen sie sich doch gerade in der Gegenwart daran, nicht nur ideell durch Vertretungen innerhalb der Partei und der Gewerkschaftsversammlungen, sondern auch materiell durch starke finanzielle Unterstützung die religionslose Schule zu fördern. Zudem stehen sie immer noch auf dem Boden eines den nationalen Lebenswillen hemmenden Internationalismus... Wir sind der Über-

zeugung, daß unsere Vereine nur dann, vor allem aus den Kreisen der Arbeiterschaft, größere Scharen für Christentum und Kirche, für nationales Bewußtsein und für bewußt evangelisch-soziale Arbeit zurückgewinnen werden, wenn sie eine Gesinnungsgemeinschaft derer bilden, die von entschieden christlichem, vaterländischem und evangelisch-sozialem Geiste erfüllt sind."

In ähnlicher Weise verlief am Ostermontag 1922 die erste evangelische Arbeitnehmertagung für Groß-Berlin im Johannesstift zu Spandau, die über tausend evangelische Arbeiter und Angestellte zu einer imposanten Kundgebung vereinigte. Hierbei sprach P. Bunke-Spandau über „Das Verhältnis der evangelischen Arbeiter zur Kirche“, der Reichstagsabgeordnete Georg Streiter über „Die Arbeitnehmer und ihr Vaterland“ und der ebenfalls dem Reichstag angehörende Gewerkschaftssekretär Franz Behrens über „Die evangelische Arbeiterschaft und ihre Standesbewegung“. Am Schlusse der Tagung kam es zu einer kräftigen Resolution der Versammelten wegen ihrer Wünsche zur neuen Kirchenverfassung und über ihre Aufgaben in der Arbeiterbewegung. Sie hatte folgenden Wortlaut:

„Die Vertretung der evangelischen Arbeitnehmerschaft Groß-Berlins erwartet von der Neuordnung der Kirche, daß in ihr der Charakter der sozialen Volkskirche in entschiedener Weise auf dem Grundsatz des allgemeinen Priestertums zum Ausdruck kommt als bisher. Sie gelobt an ihrem Teile in Treue der Kirche anzuhängen und für sie mit Wort und Tat einzutreten. Sie erwartet ferner, daß die deutsche Staatsautorität sich auf dem Boden der christlichen Weltanschauung aufbaut und dementsprechend auswirkt. Die Tagung fordert endlich von der evangelischen Arbeitnehmerschaft Groß-Berlins ein energisches Eintreten für das nationale Deutschtum und treueste Mitgliedschaft und Mitarbeit in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, damit der Marxismus überwunden und aus deutscher, christlich-nationaler Gesinnung eine neue deutsche Zukunft erstehen kann.“

Leider war es dem greisen und bis zuletzt tatenfrohen Vater und Führer der evangelischen Arbeitervereine, dem D. Ludwig Weber, nicht mehr vergönnt dieses Morgenrot zu erleben. Bereits am 29. Jan. 1922 war er aus dem Leben geschieden. In der Ausschussitzung am 7. Juni in Kassel gedachte seiner warm und herzlich sein Mitarbeiter P. Lic. Franke. Trotz der hohen Reise- und Werbekosten wurde beschlossen, mit allem Nachdruck des Verewigten Werk weiter auszubauen und fester zu gründen. Zu seinem Nachfolger wurde P. Werbeck, Elberfeld gewählt, der kurz zuvor an die Spitze des rheinisch-westfälischen Verbandes berufen worden war. Zum zweiten Vorsitzenden wurde der Gewerkschaftsführer W. Koch, M. d. R., gleichfalls in Elberfeld, bestellt, wo sich seitdem die Geschäftsstelle des Gesamtverbandes befindet.

Ebenso wie die evangelischen Arbeitervereine können die Arbeiterinnenvereine das Jahr 1922 als ein günstiges verzeichnen, obwohl die Stellung der evangelischen Arbeiterin in einer anders gerichteten Umgebung weit schwieriger als die des Mannes ist, der sich in ganz anderer Weise wie sie gegen Angriffe zu schützen weiß. Der Zuwachs betrug nicht weniger als 19 Vereine, teils durch Neugründungen, teils durch Eintritt schon bestehender Vereine in den Gesamtverband.

Dieser besteht somit aus 114 Vereinen mit rund 11000 Mitgliedern. Die Zahl der organisierten Jugendgruppen ist auf 18 gestiegen. Außerdem haben sich zwei neue Landesverbände für Bayern und Niedersachsen gebildet. Diese Erfolge sind vor allem den treuen Bemühungen der drei Sekretärinnen, die aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, zu verdanken. Die eine von ihnen wirkt schon seit mehreren Jahren im Osten, die zweite ist im Freistaat Sachsen und in Mitteldeutschland tätig; die dritte ist seit einem Jahre für Rheinland und Westfalen angestellt; zugleich versorgt sie auch Niedersachsen. Die Weiterentwicklung der Arbeit hängt wesentlich von der Möglichkeit ab, weitere geeignete Werbekräfte aus dem Arbeiterstande zu gewinnen; denn solche Persönlichkeiten können ganz anders zu den Arbeiterinnen sprechen und finden auch weit mehr Vertrauen bei ihnen als Frauen aus anderen Ständen. Die Reisetätigkeit der Generalsekretärin und der anderen Verbandsbeamtinnen war sehr ausgedehnt, konnte aber dank der Opferwilligkeit der Mitglieder fast ohne pekuniäre Belastung der Geschäftsstelle durchgeführt werden. — In zahlreichen Organisationen der Wohlfahrts- und Jugendpflege ist der Gesamtverband mit als einziger Verband tätig, der die Interessen der evangelischen Arbeiterinnen wahrnimmt. Zu vielen Gesetzesvorlagen nahm er Stellung und brachte durch geeignete Abgeordnete seine Wünsche zu Gehör. Für das innere Wachstum wurden von der Generalsekretärin sieben Lehrgänge abgehalten. Außerdem richteten die Landesverbände je nach Bedarf Kurse ein. In Gemeinschaft mit der evangelisch-sozialen Schule in Spandau wurde ein Frauenkursus veranstaltet. Nach Möglichkeit wurde auch für die Heranziehung der Jugend gewirkt und durch ein Rundschreiben die einzelnen Vereine auf die Durcharbeitung besonders wichtiger Tagesfragen hingewiesen. — Der Verband sucht durch seine Geschäftsstelle echte deutsche Kultur in das Arbeiterhaus zu tragen. Diesem Zweck dient eine Sammlung von Vortragsanleitungen, Festprogrammen und Aufführungen aller Art. Dem gleichen Zwecke dient eine gute Bücherei, die erfreulicherweise immer mehr in Anspruch genommen wird. Die Interessen des Verbandes in der Öffentlichkeit vertritt die Zeitschrift „Die deutsche Arbeiterin“, die monatlich in 7000 Stück erscheint. Mit Freuden muß festgestellt werden, daß die evangelische Arbeiterinnenbewegung nicht bloß ziffermäßig sich ausbreitet, sondern daß auch ihre Sache in immer weiteren Kreisen Verständnis, Anerkennung und Unterstützung findet zum Segen von Tausenden, die durch sie dem Evangelium gewonnen wurden.

Im November 1922 traf den Verband ein schwerer Schlag durch den Heimgang seiner langjährigen Generalsekretärin Maria Schirmer. Ihr ist vor allem zu danken, daß die evangelische Arbeiterinnenbewegung in Fluß kam. Während des Krieges siedelte sie mit der Hauptgeschäftsstelle von Barsinghausen bei Hannover nach Bethel bei Bielefeld über, weil diese Stätte durch die evangelische soziale Schule und ihre sonstigen Verbindungen für die evangelische Arbeiterinnensache die besten Aussichten darbot. Wertvoll erwies sich Maria Schirmers Gabe zur Schriftleiterin,

die sie in der Verbandszeitung oft und mit gutem Erfolge betätigt hat. — Zu den sonstigen Einrichtungen von Seiten der Inneren Mission, die besonders dem Wohle der Arbeiterschaft dienen, sei der deutsche Verein „Arbeiterheim“ zu Bethel genannt, den P. D. von Bodelschwingh vor 38 Jahren ins Leben rief, um dem deutschen Arbeiter die Möglichkeit zu schaffen, auf eigener Scholle ein eigenes Heim zu besitzen. Er war die erste zentrale Organisation auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge überhaupt. Die Arbeit ist vierfach: 1. Weckung des Interesses für die Wohnungsfrage in allen Kreisen, 2. Untersuchung der Wohnungsverhältnisse in zahlreichen Städten und Aufdeckung der Mißstände durch die Presse, 3. Vorschläge zur Abhilfe der Wohnungsnot und 4. Rat und Hilfe bei Begründung von Baugenossenschaften und Einzelsiedlungen. Zu diesem Zweck wurde alljährlich der Verwaltungsbericht in 4000 Stück an die Behörden, Landesversicherungen und privaten Interessenten versendet. Ferner wurden 22 Schriften über das Siedelungswesen und 10 Flugblätter über Kleinsiedelungen in tausenden von Exemplaren kostenlos verbreitet. Im Laufe der Jahre wurden die Wohnungsverhältnisse in 382 deutschen Städten untersucht und in 39165 Fällen Rat in Ansiedlungssachen erbeten und erteilt. Mit Nachdruck wurde die gesetzgeberische Tätigkeit der Parlamente beeinflusst und zur Gewinnung von praktischen Unterlagen eine Versuchsstation eingerichtet, die in und um Bielefeld bis Ende 1922 nicht weniger als 231 Eigenheime errichtete. Davon sind 107 Zweifamilienhäuser, 44 Dreifamilienhäuser, 7 Vierfamilienhäuser und 73 Einfamilienhäuser. Diese Baulichkeiten enthalten zusammen 447 Wohnungen. Nach den Erfahrungen stellte es sich heraus, daß das Einfamilienhaus am billigsten kommt. Dazu tritt der Vorteil, daß, je kleiner das Haus ist, desto mehr vom Grundstück übrig bleibt, was der Gesundheit der Ansiedlung förderlich ist. Der Weltkrieg brachte in die Vereinstätigkeit eine unerwünschte Pause. Sie wurde benützt, um eine Bilanz der Wohnungsfürsorge auf gemeinnütziger Grundlage zu ziehen. Sie ergab, daß in den letzten 50 Jahren nur 4% des Wohnungsbedarfs für die minderbemittelten Klassen beschafft worden war, ein kümmerliches Resultat. Die Schuld daran trägt neben dem Mangel an Kapital das Fehlen geeigneter Organisationen. Das Ansiedelungsgesetz vom Jahre 1904 war ein Fehlschlag, weil es in keiner Weise dem Bodenwucher und der Bodenspekulation entgegenarbeitete. Im Jahre 1917 stellte der Verein neue Richtlinien für ein gesundes Kleinsiedelungswesen auf. Durch ein Flugblatt wurde zu kräftiger Selbsthilfe aufgefordert und die Gründung kleiner Siedelungsvereine angestrebt. Bis Ende 1921 kamen 69 zustande. Zur dauernden Regelung der Sache, die nicht bloß eine Wohnungsfrage ist, sondern auch für die Volksgesundheit und für einen gesunden Nachwuchs wesentlich ins Gewicht fällt, wird seitens der Inneren Mission die Errichtung von Siedelungsämtern gefordert, die jedem Familienvater, der es wünscht, den Weg zur eigenen Scholle und eigenem Heim ebnen. Ernst Moritz Arndt sagt: „An einem gesicherten Besitz des Bodens festigen sich Gesetz, Sitte, Ehre, Treue und

Liebe". Diese Arbeit ist jetzt besonders wichtig, wo fast alles zusammengebrochen ist. Hier kann die deutsche Arbeiterschaft viel zum eigenen Wohl und zum Wiederaufbau des Vaterlandes tun.

7. Fürsorge für die wandernde Bevölkerung.

Zu den Zeitererscheinungen gehört die erhebliche Zunahme derjenigen Personen, die sich auf der Wanderschaft befinden. Das Erwerbsleben hat an Stetigkeit verloren, wozu die Not um feste Wohnsitze kommt. Das fahrende Volk füllt daher wieder die Landstraßen und brandschaft unter allerlei Aushängeschildern die kleineren Orte und das platte Land. Noch niemals sind so viele Wandergewerbescheine gelöst worden wie in den letzten beiden Jahren. Vor dem Kriege war die Ziffer am höchsten im Jahre 1911. Während der Kriegszeit war die Abnahme ganz bedeutend, um nach dem Friedensschlusse sich wiederum zu erheben. Im Jahre 1921 erreichte sie eine Höhe wie noch niemals zuvor, was um so mehr auffällt, als das Reich erheblich kleiner geworden ist. Zum fahrenden Volk gehören die Hausierer, Kunststreiter, Seiltänzer, Musiker, Schausteller usw. Allein in Preußen wurden im Jahre 1920 ausgegeben 156 233 Berechtigungsscheine gegen 137 913 im Jahre 1913; das sind auf je 1000 Einwohner 4,5. Besonders auffällig war die Zunahme in der Provinz Sachsen, wo 1920 nicht weniger als 21 782 Scheine ausgegeben worden sind, d. h. auf je 1000 Einwohner 7. Dieser Zuwachs ist nicht bloß auf die Kriegsbeschädigten zurückzuführen, sondern auch auf die Lockerung aller Verhältnisse, welche die Sucht fördern, sich durch Handel zu bereichern, sei es auf reelle oder auf unreele Weise, wobei die Scheu vor geregelter Arbeit keine geringe Rolle spielt. Dadurch werden an die Wandererfürsorge der Inneren Mission nicht geringe Anforderungen gestellt.

Trotz der Not der Zeit, die überall Verluste verursacht hat, darf der Deutsche Herbergsverein, der seinen Sitz in Bethel bei Bielefeld hat, bekennen, daß die Zahl seiner Herbergen sich nicht wesentlich verringert hat. Es bestehen 15 Verbände, von denen jeder selbstständig arbeitet: 1. der ostdeutsche, 2. der pommerische, 3. der schlesische, 4. der brandenburgische, 5. der mecklenburgische, 6. der nordelbische, 7. der niedersächsische, 8. der sächsisch-anhaltische, 9. der sächsische, 10. der thüringische, 11. der hessen-nassauische, 12. der westfälische, 13. der rheinische, 14. der württembergische und 15. der bayrische Verband. Diese 15 Verbände unterhielten im Jahre 1921 im ganzen 350 Herbergen mit 1004749 Gästen, in 3422085 Schlafnächten gegen 898308 Gäste in 3101099 Schlafnächten im Jahre vorher. Vereinsorgan ist der „Wanderer“, der in Verbindung mit dem Zentralvorstand deutscher Arbeiterkolonien und dem Gesamtverband deutscher Verpflegungsstationen (Wanderarbeitsstätten) herausgegeben wird. Schriftleiter P. Lemmermann, Hildesheim.

Im Zentralvorstand deutscher Arbeiterkolonien (Z. D. A.) haben sich zu einheitlicher Interessenvertretung die deutschen Arbeiter-

kolonievereine zusammengeschlossen. Die laufenden Geschäfte erledigt der Vorsitzende, z. B. Ministerialdirektor von Meyeren (Berlin W 9 Leipzigerstraße 2). Er beruft die angeschlossenen Vereine zu regelmäßigen Mitgliederversammlungen, die mindestens alle zwei Jahre einmal stattfinden, und veranstaltet alljährlich eine Konferenz der Leiter der Arbeiterkolonien (A. K.). Die Arbeiterkolonievereine haben den Zweck, die Gründung und Unterhaltung von Arbeiterkolonien zu veranlassen, wo arbeitslose, aber arbeitsfähige Wanderarme so lange gegen Arbeitsleistung Unterkunft und Verpflegung erhalten, bis ihnen eine geeignete Arbeitsstelle nachgewiesen ist. Jeder Pflegling muß sich verpflichten, mindestens drei Monate lang in der Kolonie zu bleiben. Die Beschäftigung geschieht durch land- und forstwirtschaftliche Arbeiten, durch Urbarmachung von Ödländereien, hier und da durch gewerbliche Tätigkeit. In allen A. K. herrscht eine christliche Hausordnung mit konfessionellem Gepräge. Zur Zeit bestehen 24 Arbeiterkolonievereine mit 34 A. K., von denen 28 evangelisch sind und im Sinne der Inneren Mission geleitet werden. Ferner ist dem J. D. U. der Provinzialverband für Brandenburg mit 7 Wanderarbeitsheimen angeschlossen. Zahl der Plätze 6000. Organ wie oben „Der Wanderer“.

Der Gesamtverband deutscher Verpflegungsstationen schließt die gesetzlichen und freien Kräfte der Wanderarmenfürsorge zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, um mit ihnen zu raten und zu taten, wie man dem Elend der wandernden Bevölkerung begegne und sie vor den Zeitgefahren schütze. Seit dem 28. Juni 1921 besteht laut Beschluß der Stuttgarter Tagung eine gemeinsame deutsche Wander- und Arbeitsordnung, die unter Berücksichtigung der inzwischen erlassenen Gesetze einer Umgestaltung entgegensteht. Das Bestreben der Verpflegungsstationen geht auf Schaffung von produktiver Erwerbslosenfürsorge hin, die dem entnervenden Einfluß der bloßen, durch Geldunterstützung geübten Arbeitslosenfürsorge entgegenwirken will. Im Jahre 1921 wurden in den mit Herbergen zur Heimat verbundenen Wanderarbeitsstätten versorgt 64618 Personen in 89691 Nächten gegen 45580 Personen in 82982 Nächten im Vorjahre. Vorj. Schatzrat von Campe, Hannover. Geschäftsführer P. Lemmermann, Hildesheim.

Trotz der gewaltigen Teuerung setzte der Berliner Verein „Dienst an Arbeitslosen“ (Ackerstr. 52) seine Tätigkeit durch den 40. Winter fort. Seine Eigenart ist die bekannte Schrippenkirche, worin sich sonntäglich etwa 500 Arme sammeln, um nach der Morgenandacht durch einen Topf heißen Kaffee und zwei Schrippen erquickt zu werden. Nur durch wiederholte Auslandshilfe gelang es, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Die Gesamtzahl der in 40 Wintern bewirteten Gäste — jeder Winter zu 33 Wochen gerechnet — beträgt rund 800 000. Zur Arbeitsvermittlung für die Nachfragenden erließ der Vorstand in 40 Zeitungen von Brandenburg, Pommern und Mecklenburg Inserate, um auf diese Weise Arbeitsuchende auf dem Lande unterzubringen. Wer auf seiner Arbeitsstelle durch drei Monate aushielt, bekam ein Kleidungsstück ge-

schenkt. Sowohl zur Vermehrung der Einnahmen als auch zur einseitigen Beschäftigung der Arbeitslosen dienen die Brocken Sammlung und die Schreibstube. Leider verlor der Verein am 14. November 1922 unerwartet seinen wackeren Direktor Richard Geißler, der erst 40jährig auf einer Dienstreise nach Frankfurt a. M. starb. Als Vereinsorgan dient das Blatt „Aus dem dunkelsten Berlin“. Vorsitzender ist Geheimrat D. Eismann, Berlin.

Einen schweren Stand hatte infolge der Zeitwirren die Arbeit an den Seeleuten, die nach dem Kriege fast ganz daniederlag. Doch hat der Aufbau wiederum begonnen. Davon weiß der deutsch-lutherische Seemannsfürsorgeverband zu berichten. Nach und nach sind die Seemannsheime bis auf das zu Harburg wieder in Gang gekommen. Neue Heime wurden in Kuxhaven und Nordenham käuflich erworben. Ende 1922 eröffnete die Estländische Synode zu Reval ein Lesezimmer und Heim für deutsche Seeleute. Das Seemannsheim in Philadelphia konnte erweitert werden. Der großen New-Yorker Arbeit ist die Einwanderermission der vereinigten lutherischen Kirchen angegliedert worden. Trotz dieser Erfolge darf nicht übersehen werden, daß infolge der Geldentwertung und des Mangels entsprechend hoher Liebesgaben die Lage der Arbeit recht ernst ist. Sind wohl die Seemannsheime im ganzen imstande sich selber zu erhalten, so erfordert doch die eigentliche Missionsarbeit (Berufsarbeiter, Bureaus, Reisen, Presse) bedeutende Unterstüzungen. Aus diesem Grunde konnte die Seemannspastorstelle in Kuxhaven nach dem Weggang des P. Gabriel nach Halle a. S. nicht wieder hauptamtlich besetzt werden. Auch ist zu befürchten, daß man andere Stellen nicht halten kann, wenn sich nicht die Landeskirchen verpflichten, wenigstens einen Teil der Gehälter aufzubringen. Bis jetzt hat die durchgreifende Hilfe der nordamerikanischen Lutheraner, des National Lutheran Council, der Jowasynode und der New-Yorker Station die Fortführung der Arbeit ermöglicht. Schwer traf den Verband der schnelle Heimgang des P. D. Paul Oehlkers. Vor mehr als 30 Jahren Seemannspastor am Bristolkanal blieb er dauernd mit der Seemannsmission in Verbindung, und oft genug hat er dem deutschen Volke zugerufen: „Vergiß deine Seeleute nicht!“ — Dem Verband waren im Jahre 1922 14 größere Stationen angeschlossen. Auf ihnen arbeiteten 6 Seemannspastoren, davon 5 im Hauptamte und 18 Seemannsmissionare, davon 13 im Hauptamte. An Seemannsheimen waren 11 vorhanden, die über 451 Betten verfügten. Beherbergt wurden 12726 (1921: 6129) Seeleute in 107221 (1921: 91515) Schlafnächten. Die 14 Lesezimmer wurden von 140000 (1921: 72000) Besuchern benutzt. An den Gottesdiensten nahmen 6600 (1921: 3400) Seeleute teil, an den Unterhaltungsabenden 6000 (1921: 3400) und an den Weihnachtsfeiern 1440 (1921: 1340). Von den Berufsarbeitern wurden 7543 Krankenbesuche und 8021 Schiffsbesuche gemacht. Den Stationen wurden zur Aufbahrung 130 Millionen, zur Heimsendung 17 Millionen und zur Sparkassenanlage 9 Millionen, zusammen 156 Millionen Mark anvertraut. (Geschäftsstelle: Hannover, Friedrichstr. 8 b.)

Auch das Berliner Komitee für Seemannsmission berichtet über vermehrte Arbeit, die ihre Ursache in dem gewachsenen Schiffsverkehr in der Ostsee hat. In Finnland, Schweden und Norwegen erfuhr die Mission rege Förderung durch die deutschen Gemeinden selbst. Nicht geringe Sorge bereiten die Verhältnisse der baltischen Häfen. In Petersburg versuchten die Sowjetleute gefährliche Kulturpropaganda an deutschen Seeleuten. Das frühere deutsche Seemannsheim auf dem vom Zaren geschenkten Kriegsschiff Morjak, das in der Revolutionszeit arg verwüstet wurde, erforderte schon vor Monaten eine halbe Million Erneuerungskosten. Von seiten des auswärtigen Amtes wurde Seemannspastor Münchmeyer aufgefordert, an Ort und Stelle zu prüfen, was notwendig geschehen müsse, um die deutschen Seeleute vor dem bolschewistischen Gifte zu bewahren. In London gelang es dem Pastor Wehrhahn im Skandinavien Sailors Temperance Home neben der Westindia Dock Station London eine einstweilige Stätte für die deutschen Seeleute zu beschaffen. Für Rotterdam wurde der Seemannspastor Riehn, der schon als Kandidat in der Seemannsmission tätig war, ordiniert. In Antwerpen besteht die Aussicht, daß das frühere große Seemannsheim zurückerstattet wird. Über die erfreuliche Lage der Seemannsmission in den Häfen von Valparaiso, Montevideo, und Buenos Ayres konnte der auf Urlaub in Deutschland weilende Seemannsmisionar Tieze berichten. (Geschäftsstelle: Berlin-Dahlem, Altensteinstr. 50.)

Was die Missionsarbeit auf den deutschen Strömen angeht, so haben sich neuerdings die einzelnen Schiffermissionen zum Evang. Verband der Binnenschiffermissionen Deutschlands zusammengeschlossen. Sie fanden Aufnahme in den Zentralverband der Inneren Mission. Die Berichte der einzelnen Arbeitsgebiete sprechen von großer Not, die überall zu großen Einschränkungen zwang, leider zum Schaden des Schifferstandes, der von der Heimat gelöst jetzt mehr denn je der sittlich-religiösen Förderung bedarf. Wo wie am Rhein, in Hannover und im Freistaat Sachsen die Arbeit ausschließlich von der Inneren Mission getragen wird, liegen die Schwierigkeiten in der Unmöglichkeit, die Gehälter der Berufsarbeiter auf die Dauer aufzubringen. Bisher unterhielt die Rheinschiffermission vier Diakone und eine Schwester, dazu ein großes Schiffer- und Schifferkinderheim. Leider steigerte die gegenwärtige Bedrängnis des Rheinlandes die Schwierigkeiten der Weiterarbeit schier ins Unabsehbare. Das blühende Kinderheim in Mannheim wurde bei der furchtbaren Oppauer Explosion schwer beschädigt, ohne daß genügend Mittel zur Wiederherstellung zu beschaffen waren. In Hannover haben die Berufsarbeiter der Fluß- und Kanalschifferfürsorge ihren Dienst mit anderen Berufen vertauscht. Nur in Linden an der Weser wird die Arbeit in bescheidenem Maße fortgesetzt. In Harburg und Stettin halfen die größeren Seemannsmissionen aus. In Hamburg konnte die 1920 eingestellte Arbeit immer noch nicht aufgenommen werden. Die Schulkinderfrage wurde durch städtische Fürsorge gelöst. In Berlin, Magdeburg und an der Oder wird der Schul-

dienst in besonderen Schifferkinderschulen durch die Missionen versehen. In Breslau und Cosel ist für die Versorgung der Flußschiffer die Kirche eingetreten. In Schlesien ist von seiten der Schiffsbevölkerung die kirchliche Nachfrage besonders groß, so daß die Arbeit in vollem Umfange erhalten werden muß. Die Station Cosel-Hafen an der Oder hatte schwer von polnischen Banden zu leiden. Der von der Eisenbahn zur Verfügung gestellte Raum wurde von ihnen verwüstet, das Gestühl und der Altar zerschlagen, die Bekleidungen gestohlen, das Harmonium und der Lichtbilderapparat unbrauchbar gemacht. Die Hoffnung auf Ersatz ist gering, obwohl die Schiffer selbst sich nach Kräften deswegen bemühen. In Magdeburg wird das Schifferheim durch einen besonderen Verein für kirchliche Schifferfürsorge erhalten. In Berlin ist neuerdings der Flußschifferpastor als Stadtynodalspfarrer für die Fluß- und Kanalschiffer angestellt worden. Die schwimmende Schifferkirche bedarf großer Reparaturen, die leider immer wieder aus Geldmangel hinausgeschoben werden müssen. Trotz ihrer ungünstigen finanziellen Lage gibt die Berliner Vereinigung zur kirchlichen Fürsorge für Fluß- und Kanalschiffer immer noch ihr Halbmonatsblatt „Gute Fahrt“ heraus, jetzt das einzige christliche Standes- und Sonntagsblatt der Schiffer. Für die Zukunft droht die ernste Frage, wie weit die gesamte Arbeit noch aufrecht erhalten werden kann. Leider passen sich die Kollekten und Beiträge nur schwer dem sinkenden Geldwerte an; doch ist von der Opferwilligkeit der Schiffer Gutes zu erhoffen. Eine Schicksalsfrage für die gesamte Schiffermission ist die Stellungnahme der Kirche. Was will und kann sie tun? Wie jeder getaufte Christ hat auch der Flußschiffer ein Recht auf kirchliche Versorgung. Sein Beruf bringt ihn um viele Vorteile der ortsansässigen Bevölkerung. Daher darf er von der Kirche nicht enttäuscht werden.

8. Die Fürsorge für die Gebrechlichen.

Die Anstalten und Vereine, welche sich mit der Anormalenfürsorge beschäftigten, haben unter einer doppelten Not zu leiden: auf der einen Seite drängt die Zahl der Aufnahmesuchenden immer stärker, auf der anderen wird die Frage nach der Beschaffung der Mittel immer schwieriger. Gerade im Jahre 1922 erfuhr die Teuerung durch die rapide Geldentwertung eine derart bedeutende Steigerung, daß der Nennwert der Lebenshaltung sich verfünffzigfachte. Vor allem stiegen die Preise der Heizmaterialien auf eine schier unerschwingliche Höhe, so daß viele Betriebe nur dem außerordentlich gelinden Winter 1922/23 ihr Durchkommen zu verdanken hatten. Die Folgen der allzu sparsamen Heizung zeigten sich in der Mehrung der Erkältungskrankheiten, die mehr Opfer als unter normalen Verhältnissen forderten. Wiederholt wurde über die stärkere Einwirkung der Grippe geklagt, die nicht nur die Pfleglinge, sondern auch das Personal ergriff. Vor allem hatten

die Imbezillen zu leiden, deren Widerstandskraft gegenüber den normalen Menschen erheblich herabgesetzt ist.

Im Anfang des Jahres 1922 stellten sich die täglichen Kosten für einen Anstaltspflegerling wie folgt: Für Heizung, Licht und Wasser 6,50 M., für Verwaltung, Porto, Löhne 2,95 M., für Inventar, Geschirr- und Glasbruch 1,80 M., für Kleidung, Schuhwerk und Wäsche 2,90 M., für Krankenpflege und Arznei 1,50 M., für Beköstigung 6 M., zusammen 21,75 M. Ein Jahr darauf war das Bild folgendermaßen: Für Heizung, Licht und Wasser 185 M., für Verwaltung, Porto und Löhne 115 M., für Inventar, Geschirr- und Glasbruch 75 M., für Kleidung, Schuhwerk und Wäsche 90 M., für Krankenpflege und Arznei 110 M. und für Beköstigung 500 M., zusammen 1075 M. Jeder neue Monat brachte eine weitere Erhöhung von 20 bis 30 %, ohne daß eine Ende der Teuerung abzusehen war. So ist es denn kein Wunder, wenn die Provinzial- und Kreisverwaltungen auf den Gedanken kommen, mit der allgemeinen Fürsorge abzubauen, weil die Frage der Geldbeschaffung immer kritischer wird. In den Anstalten spielt ferner der Verschleiß des Inventars und der Wäsche eine große Rolle. Bei den ungeheueren Preisen für diese Artikel ist an eine hinreichende Füllung der Depots nicht zu denken. Dieser Mangel wird deswegen besonders hart empfunden, weil die meisten Pfleglinge mit recht ungenügender Ausstattung eingeliefert werden, so daß manche Anstalt, die vor zehn Jahren in muster-gültiger Weise dastand, jetzt immer mehr auf das Niveau eines Armenhauses herabsinkt, ein Übelstand, der nicht nur die Heilerfolge, sondern auch die Arbeitsfreudigkeit und den Mut der darin tätigen Diakone und Diakonissen hemmt.

Die Fürsorge für die Gebrechlichen gliedert sich nach der Art der Leiden in die Fürsorge für die Blinden und Ertaubten, die Schwachsinnigen und Epileptischen und die Krüppel. Darüber ist in den Jahrgängen des Kirchlichen Jahrbuches 1921 S. 204 ff. und 1922 S. 169 ff. ausführlich berichtet worden, so daß sich angesichts der geringen Veränderungen in der Arbeit eine nochmalige Aufzählung der verschiedenen Gebiete erübrigt. Leider muß festgestellt werden, daß die Not der Gebrechlichen auf der ganzen Linie gewachsen ist, nicht nur durch die Unterernährung, deren Folgen sich besonders unter den Kindern in erschreckender Weise zeigen, sondern vor allem auch durch die entsetzliche Familienzerrüttung, so daß viele Familien gar nicht in der Lage sind, die an sie gerichteten Anforderungen wegen der Pflege und Erziehung ihrer Kinder zu erfüllen. Die starke Vermehrung der Geschlechtskrankheiten wirkt schädigend auf den Nachwuchs, der nicht mehr die erforderlichen Lebenswerte mit auf die Welt bringt, sondern infolge der ungenügenden Widerstandskraft schweren Krüppelleiden anheimfällt. Die vielen Knochenverbiegungen und Einsmelzungen des Rückgrates und der Brustwirbelknochen sind auf diese Ursache zurückzuführen. Dazu kommen die Eiterfisteln, die den körperlichen Haushalt derart schwächen, daß von einem Gedeihen der Erkrankten keine Rede

mehr sein kann. Zu den sexuellen Sünden gesellen sich die Rauschsünden, die vor allem die Intelligenz des Nachwuchses beeinträchtigen. Aus Trinkerfamilien stammen viele kleinköpfige und daher schwachsinige Kinder, die, zu dauernder Erwerbsunfähigkeit verurteilt, durch viele Jahre schwere Armenpflegelasten bedeuten und den karitativen Anstalten nicht geringe Mühen bereiten. Häufig genug wirken die Sünden wider das 6. Gebot und der Alkoholismus zusammen, so daß eine doppelte und dadurch um so verhängnisvollere Belastung entsteht, die allen Bemühungen Besserung zu schaffen spottet. Da man die Zahl der Anormalen im heutigen Deutschland auf eine volle Million schätzt und auf den Lebensunterhalt eines Menschen jetzt jährlich eine halbe Million rechnen muß, so bedeuten diese Unglücklichen für die Allgemeinheit eine Jahresausgabe von 500 Milliarden, eine Summe, die bei der Verarmung des deutschen Volkes immer schwerer aufzubringen ist. Es ist kein Wunder, wenn angesichts dieser Notlage manche auf den Gedanken kommen, ob es nicht besser sei, die bei vielen aussichtslosen Leiden durch Anwendung eines schmerzlosen Giftes zu beendigen. Dadurch würde nicht nur eine bedeutende Ersparnis erzielt und eine große Summe für die Förderung der gesunden Menschen freigemacht werden, sondern man sparte auch an wertvollen Arbeitskräften, die bisher, ohne sichtlichen Nutzen zu schaffen, durch die Anormalenfürsorge gebunden waren. Bereits im Jahrgang 1921 war auf eine in diesem Sinne abgefaßte Schrift der Professoren Binding und Hoche, betitelt „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“¹⁾ hingewiesen worden, die mit bestechenden Gründen für den Freitod Propaganda machte. Noch eindringlicher tritt dafür die Schrift des Dr. Heinrich Hoffmann „Tod dem Tode, Aus den Erinnerungen Ahasvers“²⁾ ein, die ein Land „Neuvitalien“ konstruiert und staatliche Sterbeämter eingerichtet wissen will, die über das Recht des Fortlebens und die Lebensvernichtung entscheiden sollen. Auch hier spricht eine glänzende Beweisführung für die Zweckmäßigkeit der Sache. Zu diesen Vorstößen ist neuerdings der sorgsam ausgearbeitete Gesetzesentwurf des Liegnitzer Stadtrates Borchardt getreten, der, in der deutschen Strafrechtszeitung 1922, S. 206 veröffentlicht, fordert, daß die Tötung minderwertiger Menschen straflos sein soll, wenn sie unter Beachtung bestimmter gesetzlicher Vorschriften erfolgt. Antragberechtigt sind die gesetzlichen Vertreter, die Eltern, Geschwister und der für die Kosten aufkommende Armenverband des Erkrankten. Der gesetzliche Vertreter kann dem Antrag der Eltern und Geschwister widersprechen, nicht aber diese ihm. Antragsempfänger ist das Vormundschaftsgericht, das zunächst den behandelnden Arzt anzuhören hat. Äußert sich dieser zustimmend, so geht der Antrag an den Freigabeausschuß, der aus einem Senatspräsidenten, einem Oberlandesgerichtsrat und drei von der medizinischen Fakultät bestimmten Fachärzten besteht. Der Ausschuß muß

¹⁾ Leipzig, Felix Meiner.

²⁾ Magdeburg, Creutzsche Buchhandlung.

den Erkrankten in Augenschein nehmen, Zeugen anhören und sonstige Ermittlungen anstellen. Er verhandelt und entscheidet in nichtöffentlicher Sitzung. Der Tötungsbeschuß ist gültig, wenn mehr als drei Stimmen dafür sprechen. Der Auftrag zur Tötung wird dem Kreisarzt übergeben, der verpflichtet ist, sie auf Verlangen des Antragstellers zu vollziehen. Der Vollzug erfolgt im Beisein eines Richters und eines Gerichtsschreibers. Zu dieser Vorlage sagt Oberreichsanwalt Dr. Ebermaier in der medizinischen Wochenschrift Nr. 49 vom 8. 12. 22: „Dem Verfasser ist Dank zu wissen, daß er sich bemüht hat, den Gedanken der Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens in Gesetzesparagraphen zu formulieren. Daß er dadurch sympathischer wird, möchte ich nicht behaupten. Es soll nicht auf die Bedenken im einzelnen eingegangen werden, die dem Entwurf entgegenstehen. Gerade aber in der nackten Sprache des Gesetzes tritt das Abstoßende und Gefühlverletzende, was darin liegt, daß Menschen über Leben und Tod eines schuld- und willenlosen Nebenmenschen entscheiden, besonders scharf zutage. Die sozialen, wirtschaftlichen und praktischen Gründe, die für die Freigabe sprechen, sind nicht von der Hand zu weisen; und doch sträubt sich das Gefühl dagegen, Menschenleben, mögen sie noch so wertlos sein, ohne den Willen des Betroffenen zu vernichten. Die Todesstrafe schafft man ab und füttert den schwersten Verbrecher auf Staatskosten bis zu seinem seligen Tode, und den elenden, schuldlosen Krüppel tötet man, um der Allgemeinheit die Kosten für seinen Unterhalt zu sparen.“ — Wie früher, so haben sich auch diesmal die Stimmen der Anormalenfürsorger, die als die eigentlichen Fachleute anzusehen sind, wider eine derartige Maßnahme erhoben. Vor allem muß die Innere Mission jeder gewollten Lebensvernichtung Anormaler sich widersetzen, weil nach christlicher Anschauung nur der das Leben abfordern darf, der es gepflanzt hat. Jede Abweichung von dieser Norm ist ein Rückfall ins Heidentum und eine Auslöschung christlicher Kultur. Die Anormalen sind Aufgaben, die der ewige Gott der christlichen Liebe stellt. Und diese sind nicht auszustreichen, sondern zu lösen, soweit wir Menschen es vermögen. Bei vielen hat sich Gott selber die endgültige Lösung vorbehalten, der wir nicht vorgreifen dürfen. Über allem Erdenelend aber steht geschrieben: Was hier kranket, leuszt und fleht, wird dort frisch und herrlich gehen.¹⁾

Das größte Anormalengebiet, das Krüppeltum, wird in 65 deutschen Anstalten versorgt und behandelt, von denen 23 der evangelischen Kirche angehören. Leider ist ein Krüppelheim, das des Paul-Gerhardt-Stiftes in Berlin, der Not der Zeit weidend eingegangen. Von den anderen haben einige wie die Pfeifferschen Anstalten zu Magdeburg-Gracau, das Oberlinhaus zu Nowawes, das Annastift in Hannover und das Johanna-Helenenheim in Wolmarstein zur Ausführung des Krüppelfürsorgegesetzes vom 6. Mai 1920 ihr Arbeitsfeld vergrößert und namentlich auf der chirurgisch-orthopädischen Abteilung mehr geleistet.

¹⁾ Vergl.: D. Ulbrich, Dürfen wir minderwertiges Leben vernichten? Hamburg, Wichernverlag.

Eine Heerschau über die gesamte Krüppelhilfe war der 7. Kongreß der deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge, der am 8. und 9. Juni 1922 im Dresdener Ausstellungspalaste tagte und etwa 250 Anstaltsvorsteher, Vereinsleiter, Ärzte, Erzieher und Schwestern vereinigte. Das überreiche Programm wies 25 Vortragsnummern auf, die in 9 Gruppen geteilt waren: Bedeutung des Krüppeltumes, Entstehung, Erscheinungsformen, gesetzliche Fürsorge, Helfer derselben, Erziehungsfragen, Arbeitbeschaffung, pflegebedürftige Krüppel und Kostenfragen. Es kamen die verschiedenen Richtungen zum Worte, nicht in letzter Linie die Innere Mission, der im Gegensatz zum 6. Kongreß ein breiter Raum gelassen war. Aus ihren Reihen sprachen: D. Ulbrich (Krüppeltum und Vererbung, Krüppelberufe), P. Hoffmann, Altona (Erziehungsfragen im Krüppelheim), P. Vietor, Bolmarstein (Krüppelhilfebedürftige Fürsorgezöglinge, Finanzlage der Krüppelheime) und P. Arends, Hannover (freiwillige Liebestätigkeit für die Krüppelheime). Eine sehr bedeutende Leistung war der Vortrag des Ministerialdirektors von Wulffen über den Krüppel in der Kriminalistik. Leider ließ die Stofffülle nirgends eine richtige Aussprache zu; doch war die Wärme des Tons wohlthuend; da sie erkennen ließ, daß man den ganzen Krüppel mit Leib, Seele und Geist erfassen müsse, um ihm vollkommenen Dienst zu tun. Dazu gab den Grundton die Knudsenehrung, womit der Kongreß aus Anlaß des 50jährigen Gedenktages (5. Mai 1872) der modernen Krüppelhilfe eingeleitet wurde.

Zum Unterricht der Berufsarbeiter der Krüppelfürsorge erschien in neuer Auflage der Leitfaden des Prof. Dr. Biesalki, völlig umgearbeitet, erweitert und mit 100 Abbildungen und 2 Tabellen ausgestattet. Daneben hat der hannoversche Landeskrüppelarzt Dr. Peter Bade einen zweiten Leitfaden unter dem Titel: Was muß die Fürsorgerin von der Krüppelheilkunde wissen? herausgegeben, der gleichfalls gut illustriert den Hebammen, Säuglingspflegerinnen, Krüppelschwestern und Wohlfahrtsbeamtinnen Handreichung tun will. Beide Bücher sind gut und klar geschrieben und geeignet sowohl den Berufsarbeitern angemessene Winke zu geben, als auch im allgemeinen das Verständnis für die Wichtigkeit der Krüppelfürsorge zu vermehren.

Was die Kriegskrüppelfürsorge angeht, so hat die Innere Mission keinen Grund mehr, sie als Spezialarbeit zu treiben, nachdem der Staat durch allerlei gesetzliche Bestimmungen und ausreichende Renten für die Kriegsbeschädigten Sorge getragen hat. Sie beschränkt sich daher darauf, den Siechen und Erwerbsunfähigen unter ihnen, wenn die Familienfürsorge nicht hinreicht, unter mäßigen Bedingungen ihre Heime zu öffnen, falls die Betreffenden die Wohltat einer christlichen Hausordnung zu schätzen wissen.

In der Schwachsinnigen- und Epileptischenfürsorge stehen von den 30 deutschen Anstalten dieses Arbeitsgebietes auf dem Boden der Inneren Mission 11. Sie haben ihren Zusammenschluß in der Konferenz der Vorsteher evangelischer Idioten- und Epileptikeranstalten, und zwar sind es folgende: Bethel, Fürstenwalde, Hamburg,

Idstein, Kreuznach, Lemgo, Neinstedt, Neuerkerode, Niederlöfth, Scheuren, Schreiberhau, Sohland, Stetten, Stettin, Treysa und Wittekindshof. Wie die Krüppelfürsorgeanstalten haben auch sie schwer um ihren Bestand zu kämpfen, da außer den allgemeinen Nöten bei ihnen die Tariflöhne der nichtdiakonischen Arbeiter — etwa 40% der Angestellten — keine geringe Rolle spielen. Die Zahl der besetzten Plätze belief sich auf rund 7000. Vors. P. Burgdorf, Fürstenwalde. Schriftf. P. Karig, Rückenmühle-Stettin.

Von verschiedenen Seiten wird von stärkerem Auftreten der Psychopathen berichtet, weshalb die Fürsorge für diese Anormalen immer mehr die Innere Mission beschäftigt, die gerade um ihrer Eigenart willen besonders dazu berufen ist, diesem Elend, das durch die schwüle Revolutionsatmosphäre mit ihrer Zuchtlosigkeit und Gottesleugnung besonders gefördert wird, zu wehren. Hier und da haben sich Vereine zur Vinderung dieser Not gebildet, z. B. in Halle a. S. unter Leitung von Geheimrat D. Feine der sächsische Provinzialverein für psychopathische Kinder, der seit 1920 tätig ist und ein Heilerziehungsheim für 50 Jugendliche in Altscherbitz bei Schkeuditz eröffnet hat. Der Geschäftsführer P. Jacobi schrieb eine Broschüre unter dem Titel: Was sind Psychopathen, und wie ist ihnen zu helfen?¹⁾ Das Leiden wird an Beispielen dargetan. Dazu werden 18 Kennzeichen angeführt wie sprunghaftes Wesen, schnelle Erregbarkeit der Affekte, Zornwütigkeit ohne Ursache, auffallende Erschreckbarkeit, Gleichgiltigkeit gegen die Umwelt, die Unfähigkeit sich zu sammeln, Phantasterei, Unehrlichkeit, Roheit, Unsauberkeit, Viederlichkeit, krankhafter Wandetrieb, sexuelle Reizbarkeit, Vorliebe für Kranksein und Neigung zu Anfällen usw. Damit ist die Reihe nicht erschöpft, ohne daß die Aufstellung besagen soll, daß schon ein oder mehrere Kennzeichen den einwandfreien Beweis für bestehendes Psychopientum liefern. Gibt es doch normale Menschen mit psychopathischen Zügen, die man deswegen nicht ohne weiteres als krank ansehen darf.

Weiter gibt es den Deutschen Verein zur Fürsorge für jugendliche Psychopathen mit einem Beirat für Deutschland und Groß-Berlin. (Geschäftsstelle Berlin N, Monbijouplatz 3. Vorsitzender D. Siegmund-Schulze.)

Bei der ganzen Arbeit ist das Meiste noch im Werden. Es ist aber wichtig, daß sie immer intensiver betrieben wird und nicht bloß die einzelnen Psychopathen erfaßt, sondern vor allem auf die Wurzeln des Elends zurückgeht, die in unharmonischen Ehen und Familien liegen, deren Reform in christlichem Sinne die beste Prophylaxe sein wird.

Eine wertvolle Handreichung für die Arbeit an den Schwererziehbaren gibt P. W. Pfeiffer, Direktor des Rauhen Hauses zu Hamburg, in einem Sammelwerke mit dem Titel „Sorgenkinder“. Darin werden von verschiedenen Verfassern: Richter-Neinstedt, Mößner-Karlsöhne,

¹⁾ Halle a. S., Carl Marhold's Verlag.

Bollrath-Hardehausen, Dr. Seher-Hamburg, Backhausen-Kronsberg und Ulbrich-Magdeburg behandelt das geisteschwache, das frühreife und das zurückgebliebene, das gemütsarme, das phantastische, das nervöse, das willensschwache, das lügnerische, das eigen sinnige, das unehrliche und das verkrüppelte Kind. Die Arbeiten zeugen von jahrelangen Beobachtungen und weisen nach Möglichkeit die Wege der Hilfe und Heilung. Das Buch ist ein wertvolles Zeugnis von dem, was die evangelische Kirche und die Innere Mission auf diesem mühsamen und schwierigen Gebiete bislang geleistet haben.

Daß die Fürsorge für die Gebrechlichen bis in die Gegenwart durchgehalten werden konnte, ist nicht in letzter Linie der umfangreichen Auslandshilfe deutscher Glaubensgenossen in Nordamerika, Brasilien, Südafrika und Australien zu danken. Von Seiten des National-lutherischen Konzils, dessen trefflicher Präsident D. Lauritz Larsen Anfang 1923 aus dem Leben schied, sind etwa 17 Milliarden Mark nach Deutschland gesendet worden. Nicht minder umfangreich wirkte die Hilfe der deutschen evangelischen Synode, deren Vertrauensmann Dr. Krusius in Halle ist. Sie sorgt vor allem für die von Diakonissen verwalteten Anstalten. Ein eifriger Werber für die deutsche Not ist der in St. Louis erscheinende „Friedensbote“, das Organ der genannten Synode, dessen rühriger Schriftleiter D. Wilhelm Theodor Jungk am Morgen des 2. Januar 1923 unerwartet rasch heimgerufen wurde. Seit etwa vier Jahren bringt der Friedensbote auf der letzten Seite jeder Nummer eine lange Liste von Liebesgaben unter dem Titel „für bedürftige Glaubens- und Stammesgenossen in Deutschland“. In Südafrika wirkt eifrig die deutsche lutherische Synode, die dem hannoverschen Konsistorium unterstellt ist. Weitere Hilfsaktionen wurden in Schweden, Norwegen, Finnland, Holland und der Schweiz eingeleitet. Speziell für die deutschen Kinderheime ist die Zentralhilfe in Elberfeld (Zimmerstr. 38) tätig, die neuerdings in New-York eine besondere Organisation unter dem Namen „American Central Relief for German Protestant Children Homes“ (149 Madison Ave) geschaffen hat, um die Gabenverteilung in Geld und Naturalien für etwa 200 Anstalten nach einem festen Plane für mehrere Jahre durchzuführen. Um die Arbeit hat sich besonders Direktor Wilhelm Kniepkamp verdient gemacht, der die bedeutendsten Städte der Union bereist hat. Die Zentralhilfe wirkt in Amerika um Patengemeinden, von denen jede ein Kinderheim zu versorgen übernimmt. Man hat die Heime je nach ihrer Größe in vier Gruppen geteilt und will ihnen Jahresbeiträge von 50, 100, 150 bzw. 200 Dollar zuwenden, um sie auf diese Weise durch die Zeit der Not über Wasser zu halten. Aus jüngster Zeit ist die großzügige Samariterspense der Schweden zu nennen, zu der in etwa vier Wochen 1200 evangelische Gemeinden nicht weniger als zwei Milliarden Mark beisteuerten. Daneben ist man in der Heimat nicht müßig gewesen. Verhandlungen mit Behörden und Parlamenten haben die Bewilligung von Milliardenbeihilfen bewirkt zugunsten einer Arbeit, die der Staat sich selber mit seinen Organen bei weitem nicht so wohlfeil und zweckmäßig leisten kann.

Die Aktion liegt in den Händen des Reichsverbandes der privaten gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Deutschlands, der durch einen dazu bestellten Ausschuß die Bedürftigkeit und Würdigkeit der Bittsteller prüft und je nach der Notlage die Verteilung der ausgeworfenen Mittel bewirkt.

Es ist unter allen Umständen wichtig, daß die Arbeit der Inneren Mission gerade auf dem Gebiet der Gebrechlichenfürsorge erhalten werde. Ihr Erlöschen würde einen unersehblichen Verlust bedeuten, der in Menschengedenken nicht wieder eingebracht werden kann. An einen Ersatz durch humanitäre Einrichtungen ist nicht zu denken, weil diesen das Beste für die Arbeit, die Kraft des Kreuzes Christi fehlt, die allein die rechte Auffassung der Hilfe und die rechte Art ihre schweren Aufgaben zu lösen zu schaffen vermag.

9. Der Kampf wider die Volkslaster.

A. Die Bekämpfung der Trunksucht.

Auf dem 10. Bundesfeste der Evangelischen kirchlichen Blaukreuzverbände am 1. Juli 1922 zu Münster i. W. berichtete der Bundeschriftführer P. Wöhrmann, Herford über die 20jährige Arbeit des großen Liebeswerkes, das aus kleinen Anfängen zu einer Macht im Reiche Gottes geworden ist, die reichen Segen in der Trinkerrettung gewirkt hat. Im Jahre 1902 schlossen sich 41 Vereine mit 1136 Vereinsgenossen zum Bunde zusammen. Seine Blüte erreichte dieser im Jahre 1914, wo er 267 Vereine mit 11116 Mitgliedern zählte. Leider brachte ihm der Krieg einen schmerzlichen Rückgang; doch hat die Arbeit sich wieder derart erholt, daß beim letzten Bundesfest 227 Vereine mit 6233 Mitgliedern gezählt werden konnten. Die Aufgabe des Bundes ist nach seiner revidierten Satzung, „mit der Hilfe Gottes und seines Wortes für die Rettung der Opfer der Trunksucht und der Trinksitte zu wirken, die Alkoholnot zu bekämpfen und die Gewissen zur Teilnahme an diesem Werke aufzurufen“. Besonders wichtig ist die Geschichte der letzten zehn Jahre. Auf der 6. Mitgliederversammlung 1912 wurde der Pfarrer Dr. Rudolf Burckhardt als Generalsekretär eingeführt. In diesem Amte blieb er bis Ende Oktober 1919, wo er in seine alte Heimat, die Schweiz, zurückkehrte. 1913 wurde in Berlin W 15 ein Blaukreuzverlag für den ganzen Bund eingerichtet, der mit der Herausgabe des Liederbuches: Mit Herz und Mund und des Bundesorgans „Das Blaue Kreuz“ seine Wirksamkeit begann, das vom Berliner Verlage übernommen wurde. Im Januar 1914 erschienen die ersten 10 Hefte der Blaukreuzschriften. Im Februar trat der Generalsekretär eine Werbereise nach den russischen Ostseeprovinzen an und brach der Blaukreuzarbeit im Baltikum die Bahn. Kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges tagte in Berlin die 7. Bundesversammlung, welche zur Anstellung eines 2. Bundesgeistlichen in der Person des P. Lic. Leese führte, die aber infolge der Kriegsereignisse nicht aufrecht erhalten werden

konnte. Seit 1915 wurden vom Blaukreuzverlag „Kriegsflugblätter“ herausgegeben und in großen Mengen ins Feld geschickt, um die Soldaten vor der Alkoholgefahr zu warnen. Um die Mitte des Juni wurde in Berlin eine außerordentlich gelungene Kriegstagung gehalten. Anfang 1916 zog das Bundesorgan ein neues Gewand in schmücker Form mit dem Blauen Kreuz auf dem Titel an. Im Februar 1920 wurde der Blaukreuzverlag nach Herford verlegt. Der Juli brachte das 8. Bundesfest zu Hannover, dem im Oktober 1921 das 9. in Hamburg folgte. Die Agitation des Bundes wurde außer durch Schriften durch die Reisen der Bundesbeamten ausgerichtet. Der Sekretär verzeichnete 1920 nicht weniger als 240 Reisetage mit 61 Blaukreuzvorträgen, 60 Evangelisationsansprachen, 45 Bibelstunden, 6 Jugendvorträgen und 21 Hoffnungsbundstunden. Im Jahre darauf hatte er 209 Reisetage mit 276 Versammlungen, darunter 65 Evangelisationsansprachen, 75 Blaukreuzvorträge, 63 Bibelstunden, 5 Jugendversammlungen und 15 Hoffnungsbundstunden. Der Blaukreuzsekretär Kunstmann machte im Frühjahr 1922 eine Vortragsreise durch das Ravensberger Land. Leider fehlt seit 1919 immer noch ein geeigneter Bundesgeistlicher im Hauptamte. Die angeknüpften Verhandlungen zerschlugen sich meist wegen der Schwierigkeit des Anschlusses an die kirchlichen Kassen und aus Mangel einer passenden Wohnung. Das Jahr 1922 brachte dem Bunde einen Zuwachs von 31 neuen Vereinen für Erwachsene und 26 für Jugendliche. Auch wurde das Bundesorgan von 37 Vereinen in 387 Exemplaren mehr gehalten. Im ganzen wird es in 2590 Exemplaren verbreitet. Zwischen dem Bunde und den evangelischen Trinkerheilanstalten besteht eine freundschaftliche Verbindung, insonderheit mit der Heilstätte und Abstinenzschule Elim in Diebrock, der Heil- und Erholungsstätte Mara für alkoholranke Frauen in Herford, den Heilstätten in Lintorf (Rheinland) und Siloah in Hamburg, den Trinkerasylan in Peipe bei Jauer, Salem in Rickling bei Neumünster, Stift Ikenwald bei Gifhorn, Johannishaus und Maria-Marthahaus (für Frauen) in Belgard, den westpreußischen Heilstätten in Sagorsch, der hessischen Heilstätte Burgberg-Bieber, der badischen Heilstätte Renchen, der ostpreußischen Trinkerheilstätte Carlshof bei Rastenburg und dem Frauenasyl zum guten Hirten in Hannover. (Geschäftsstelle in Herford, P. Wöhrmann, Vorf. Sup. Alar, Belgard.)

In ähnlichen Bahnen geht der Deutsche Hauptverein des Blauen Kreuzes einher, der von seinen Mitgliedern und Anhängern Enthaltksamkeit vom Alkohol fordert, Abendmahlsgenuß und ärztliche Vorschriften ausgenommen. Bei denen, welche nicht zum Verein gehören, verurteilt er mäßigen Genuß gegorener Getränke nicht, sofern er mit Gebet und Danksagung geschieht. Neben der Rettungsarbeit geht eine umfassende Aufklärungsarbeit einher. Die Arbeitsmittel sind Vereinsstunden mit teils evangelistischem, teils belehrendem Gepräge, Hausbesuche der Mitglieder bei trunkengefährdeten Personen und in Trinkerfamilien und Schriftenverbreitung. Dazu gehört die Herausgabe je eines Kalenders

für Erwachsene und für Jugendliche und der Zeitschriften „Rettung“, illustriertes Wochenblatt, „Bewahrung“, illustriertes Jugendblatt, und „Der Herr ist mein Panier“, Monatsblatt. Am 1. April zählte der Hauptverein in 668 Vereinen 25 867 Vereinsgenossen, davon 20 037 eigentliche Mitglieder und 5830 Anhänger. Unter ihnen befanden sich 3542 ehemalige Trinker und Trinkerinnen. Der Hoffnungsbund sammelte in 147 Bünden 6938 Angehörige im schulpflichtigen Alter, die Jugendabteilungen 950 jugendliche Mitglieder. Nähere Auskunft über den Verein und sein Wirken gibt die Schrift: „Was man wissen sollte von der Arbeit des deutschen Hauptvereins vom Blauen Kreuz“. Darin wird gesagt: „Der deutsche Hauptverein steht auf dem Boden der Landeskirche und lehnt sich überall an diese an, wo in ihr das Evangelium schriftgemäß verkündigt und ernstes, biblisches Christentum gepflegt wird. Wir sind gewissermaßen ein Teil der innerkirchlichen Gemeinschaftsbewegung. Überall suchen wir mit den Kreisen derer, die Jesus als ihren Herrn und Heiland anerkennen, enge Fühlung zu halten und sind dabei auch weitherzig gegen solche Gläubige, die in Nebendingen anderer Meinung sind. Wir weisen darum auch keine freikirchlichen Gläubigen ab, wenn sie sich auf den Boden unserer Arbeit stellen und mit Hand anlegen bei dem großen Werke.“ (Geschäftsstelle Barmen-K., Oberwallstraße 62/64. Verbandsdirektor Wilhelm Goebel.)

In der Zeit vom 8.—11. September 1922 fand in Weimar die Jahresfeier des Deutschen Vereins gegen den Alkoholismus (früher Deutscher Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke) statt. Zwei Ereignisse gaben der Tagung ein besonderes Gepräge; der Eisenbahn-Alkoholgegnerverband stellte den Antrag, dem Verein angegliedert zu werden; sodann schloß sich ihm die Methodistenkirche Deutschlands an. Der doppelte Zuwachs wurde mit Freuden begrüßt. Die Vereinsarbeit ist in der letzten Zeit nicht unerheblich gewachsen. Für sie wirken z. B. 3 akademisch gebildete und 24 andere Beamte. Die Mitgliederzahl beläuft sich auf 38 390. Im Jahre 1922 unternahm außer anderen Reisen der Direktor eine Reise nach Westfalen, um vor der Synode 13 belehrende Vorträge zu halten. Der Verlag gab umfangreiche Literatur über die Antialkoholbewegung in Nordamerika heraus, deren Wirkungen in deutschen Zeitungen häufig verzerrt wiedergegeben worden sind, schuf eine größere Zahl eindrucksvoller Anschauungsplakate, versandte eine Pressekorrespondenz in 22 000 Stück und verbreitete zahlreiche Flugblätter. Die „Alkoholfrage“ erschien in einer Auflage von 1400 Stück, die „Blätter für praktische Trinkerfürsorge“ in 1500, „Auf der Wacht“ in 32 500 und die „Blätter zum Weitergeben“ in 2200 Stück. Leider zwang die Pressenot die beiden letztgenannten Zeitschriften vom Januar 1923 ab zusammenzulegen. An 14 Orten wurden Anti-alkoholausstellungen veranstaltet, die von 48 000 Personen besucht wurden.

Es ist notwendig, daß in der Gegenwart der Kampf wider den Alkoholismus auf der ganzen Linie mit besonderem Nachdruck geführt wird, weil trotz der erheblichen Verteuerung der Rauschgetränke die

Trunksucht weiter ihre Kreise zieht. Die hoffnungsvollen Anzeichen der Besserung, die beim Kriegsbeginn beobachtet wurden, sind längst geschwunden und haben bedenkenregenden Ziffern Platz gemacht. Wir verdanken sie dem Direktor der psychiatrischen Klinik in Königsberg, Geheimrat Dr. Meyer, der 1921 feststellte, daß sich in den letzten drei Jahren das Trinkerelend verdreifacht hatte. Unter 795 Männern, die 1921 der Klinik zugeführt wurden, befanden sich 100 oder 12,58% Trunksüchtige, und unter 503 aufgenommenen Frauen 11 oder 2,18% Trunksüchtige. In der Abteilung für Geisteskranke verdankten 16,72% Männer und 2,57% Frauen ihr Leiden dem Alkohol. Stadtschuloberarzt Dr. Bandel in Nürnberg teilte auf dem 10. Trinkerfürsorgetag am 11. September 1922 in Weimar mit, daß die Nürnberger Trinkerfürsorgestelle in den letzten vier Jahren aufgenommen habe 76, 105, 220 und 442 Alkoholiker. Für 1922 wurde die Zahl auf 1200 geschätzt. Wegen Gewalttaten im Alkoholausfluß gelangten 1919 allein vor dem Landgericht Nürnberg nicht weniger als 1560 Personen und im Jahre darauf 2025 vor den Strafrichter. In ganz Deutschland gibt es zur Zeit etwa 300 000 Trunksüchtige, von denen sich 150 000 straffällig machen, während 32 000 in Irrenanstalten landen. Leider begnügen sich die fortgeschrittenen Trinker nicht mit den üblichen Rauschgetränken wie Bier, Wein und Schnaps, sondern sie greifen zu Ätherpräparaten, Opium und Kokain. Auch der Absinthgenuß nimmt zu und fördert die Epilepsie, weshalb von der Regierung ein besonderes Gesetz dagegen vorbereitet wird. In den meisten größeren Städten gibt es Lasterhöhlen der schlimmsten Art, weshalb der Handel mit den eben genannten beiden Giften überaus lohnend ist. In Hamburg beschlagnahmte die Polizei an einer Stelle für 18 Millionen Mark Opium, in Berlin, Flottwellstraße, in einer Kneipe für homosexuellen Verkehr ansehnliche Vorräte des anderen Rauschmittels.

Durch die Herstellung der Rauschgetränke werden dem deutschen Volk Millionen von Zentnern wertvoller Nahrungsmittel entzogen. So wurden dazu 1919 an Gerste verbraucht 2 630 000 Zentner, 1920 5 390 000 Zentner, 1921 7 800 000 und 1922 15 000 000. Dazu kommen bedeutende Mengen von Malz, Zuckerstoffen und Maisgries. Im Jahre 1921 stellte der Reichswirtschaftsminister der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein zur Likörbereitung 20 000 Doppelzentner Zucker zur Verfügung. In demselben Jahre wurden an die Winzer zur Weinverbesserung 144 000 Zentner Zucker abgegeben. Zu allem kommt der Kohleverbrauch, der in derselben Zeit 22 700 000 Zentner zu Lasten der Trinkalkoholerzeugung ausmachte. Wie ein Hohn klingt es, wenn „Die Likörstube“, Organ des Reichsverbandes der Likörstubenbesitzer, unter der Überschrift „Edle Räusche“ schreibt: „Sie bekommen ausgezeichnet, entfesseln keinen Kater; es bleibt nur eine leichte Benommenheit, die gründliche Reinigung fast völlig hebt. Wunderbar ist nach durchzechter Nacht die Nachwirkung am Nachmittag, wenn man das leichte, warme, niemals saure Mittagbrot mit Kaffee hinter sich hat. Man ist auf eine

äußerst angenehme Art faul, zum Handeln ganz und gar nicht aufgelegt, aber höchst empfindlich und aufnahmefähig für jeden Nerv." In derselben Zeitschrift wird das „ausgezeichnete“ Taschenbuch für Lebenskünstler, das „Schlemmerparadies“ von H. W. F. empfohlen, fürwahr ein wichtiges Preßzeugnis in dem jammervoll daniederliegenden deutschen Vaterlande. Unter diesen Umständen ist es nicht zu verstehen, wenn sich Pastor Reek in Körlin a. d. Persante, Vereinsanwalt des deutschen Vereins für Gasthausreform, bereit findet zu einer Schrift „Kirche und Antialkoholbewegung“, die von den verfahrenen Wegen dieser Arbeit spricht, dem mäßigen Alkoholgenuß das Wort redet und der evangelischen Kirche zumutet, vor der Antialkoholbewegung die Türen zuzuschlagen. Anders klingt da ein Laienwort aus dem Munde von J. P. zum Busch, einem früheren Auslandsdeutschen, der in Nr. 19 der medizinischen Wochenschrift 1922 schreibt: „Man braucht kein eingeschworener Abstinenzler zu sein, um zu sehen, daß in Deutschland für Gesundheit und Geldbeutel noch viel zu viel getrunken wird . . . Wer Gelegenheit hat, oft mit Ausländern in Berührung zu kommen, wird sich immer wieder von neuem schämen, wenn er hören muß: Überall bittet ihr um milde Gaben, laßt euch von den Quäkern und andern speisen und dabei vergeudet ihr Milliarden in Alkohol.“

Der Alkoholismus ist daher nicht als eine vorübergehende Zeiterscheinung, sondern als eine schwere Volkserkrankung anzusehen, deren Bekämpfung nicht einzelnen Organisationen überlassen werden darf, sondern sie muß zur Sache der ganzen evangelischen Kirche werden. Nicht bloß die Blaukreuzvereine, der Bund Enthaltamer Pfarrer und der deutsche Bund abstinenten Frauen muß dawider die Stimme erheben, sondern alle evangelischen Christen in allen deutschen Gauen mögen aufstehen, kraftvoll abwehren und handeln. Daher war es zeitgemäß, daß das Konsistorium der Rheinprovinz in Nr. 12 des Amtsblattes 1922 nachdrücklich zum Kampfe wider den Alkoholismus aufrief und vor allem die Seelsorgerschaft aufforderte, in die Reihen der Führer zu treten. In erster Linie muß die Arbeit der Jugend gelten; denn nur eine von der Macht des Alkoholismus freie Jugend wird fähig sein, für den Wiederaufbau unseres Volkes schaffensfroh tätig zu sein.

B. Die Bekämpfung der Unzucht.

Wo der Alkohol sein Reich aufschlägt, pflegen auch die Sünden wider das 6. Gebot häufig zu sein, die seit dem Weltkrieg die raffiniertesten Formen angenommen haben. Einmal haben viele Soldaten in Belgien, Frankreich und Rumänien allerlei Verirrungen kennen gelernt, die man früher bei uns nicht ahnte; sodann drücken die zahlreichen Ausländer, die vor allem die modernen Schlemmerlokale bevölkern, in verhängnisvoller Weise bei uns das sittliche Niveau, so daß es kein Wunder ist, wenn der Niedergang sich immer deutlicher ausprägt. Ein Zeichen der Zeit ist der Kampf um die Anerkennung gewisser Perversi-

täten. Obwohl der § 175 des Strafgesetzbuches immer noch zu Recht besteht, werden ganz offen in großstädtischen Straßen Schriften unter der Devise „Anders als die Anderen“ angeboten, dazu Blätter mit widerlichen Inseraten, worin Homosexuelle Anschluß suchen. Man schildert die Seelenqual homosexueller Richter, die mit sich in Zwiespalt geraten, wenn sie über himmelschreiende Perversitäten richten sollen. Nicht minder aufdringlich geschieht die Reklame für Arzneimittel, welche den durch Alter und Mißbrauch gesunkenen Geschlechtstrieb schüren sollen. Sie ist überschrieben mit Worten wie „Wider Neurasthenie und Schwäche“ oder „Wie stärkt man schwache Nerven?“ oder „Lebenslust im Alter“ usw. In den Anzeigen handelt es sich meist um Firmulin, Yohimbin, Mura-zithin, Erektol oder das gerade in der letzten Zeit besonders markt-schreierisch angepriesene Satyrin von der Düsseldorfer Aktiengesellschaft Hormona. Es werden zwei Sorten, „Gold“ für Männer und „Silber“ für Frauen unterschieden. Das Plakat zeigt einen senilen, freudig grinsenden Lebegreis, dem ein Satyr das mit dem türkischen Halbmond geschmückte Präparat darreicht. Man sah es immer wieder in den Schaufenstern von Apotheken und Drogenhandlungen, um zahlungswillige Käufer anzulocken. Dieser Handel ist nichts anderes als ein Seitenstück zu den Steinach'schen Verjüngungsversuchen, die keine wirkliche Verjüngung bedeuten, sondern nur die letzte Aufpeitschung unsauberer Gelüste, die nach den Ordnungen der Natur längst zur Ruhe gekommen sein sollten. Da das Interesse für die „Verjüngung“, die nach ärztlichen Aussagen meist recht unharmonisch auszufallen pflegt, in der letzten Zeit im Publikum erheblich zu schwinden begann, hat die Filmindustrie einen Steinachfilm hergestellt, der unter lebhaften Anpreisungen unlängst über die großstädtischen Lichtbildbühnen wanderte, um den Neugierigen zu zeigen, wie es gemacht werden muß. Es herrscht weithin eine schwüle, unsaubere Atmosphäre, die unser Volk gefährdet, vor allem die Jugendlichen und auch die Kinderwelt; denn immer häufiger tauchen die Meldungen vom Treiben sogenannter Kinderfreunde auf, die, allen Altersstufen bis hinauf zum Greisentum angehörend, sich gegen die Kinder schwerer sittlicher Verfehlungen schuldig machen. Im September 1922 wurde in Wschersleben ein älterer Mann zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er mit seinen schmutzigen Handlungen nicht einmal seine eigenen Enkel verschont hatte. In gewissen Straßen großer Städte kann man es erleben, daß um des Gewinns willen sogar Mütter ihre eigenen Kinder senilen Wüstlingen zu unzüchtigen Zwecken darbieten. Im Laufe des Sommers 1922 meldeten die Zeitungen von zahlreichen, anscheinend planmäßig vorbereiteten Überfällen auf junge Mädchen von Automobilen aus, die zum nicht geringen Teil gelangen und die Verschleppung der Unglücklichen in Bordelle zum Ziele hatten. In Hamburg trieben in dieser Art fremdländische Seeleute ihr Unwesen, wahrscheinlich um ihre Opfer nach Nord- oder Südamerika zu verschleppen. Sie machten sich an Mädchen von 14 oder 15 Jahren heran und köderten sie durch glänzende Versprechungen. Aber auch auf das platte Land wagten sich

die Schurken. Mit Mühe verhinderte man in Barel in Oldenburg die Verschleppung von sechs jungen Mädchen, die für Amsterdam geworben waren.

Hand in Hand mit der Unsittlichkeit geht die Lockerung der Familie, an deren Stelle die Fanatiker des radikalen Umsturzes die Ehe auf Zeit oder freie Liebe setzen wollen. Auf der vorjährigen Tagung des Bundes entschiedener Schulreformer in Berlin wurde Klage geführt über das bürgerliche Jugendrecht, welches aufgebaut sei auf dem Gedanken der Familie und der kapitalistischen Auffassung von der Ehe. Dabei sei — so verkündigt ein sicher nicht christlich-germanischem Stamme entsprossener Dr. Danziger — dieses Grundfundament längst morsch und brüchig und dadurch reif zur Beseitigung geworden. Die Genossin Antonie Pülff zeigte, daß die Familie längst bloße Besitzgemeinschaft mit einem Schuß von Gartenlaubenromantik geworden sei. Von der Familie zum Mutterwesen müsse die Lösung sein. Deswegen ist aufzuheben die privatrechtliche Vererbung und an ihre Stelle zu setzen die Gemeinwirtschaft, die Mutterschaftsrente, der moderne Kindergarten und die Produktionschule.

Unter diesen Einflüssen schreitet die Familiengerrüttung langsam vor. Während im Jahre 1913 die Zahl der Ehescheidungen in Deutschland erst 16100 betrug, stieg sie im Jahre 1920 auf 36550. Diese Ziffer wird weiter wachsen, wenn die Bestrebungen des Vereins „Ehereform“ Erfolg haben, die darauf ausgehen, daß eine Ehe schon dann als zerrüttet gelten soll, wenn nur ein Teil die Lösung begehrt. Zugleich soll die Unterhaltungspflicht des Ehemannes beseitigt werden. Damit würden viele Frauen der Pflichtvergeßlichkeit brutaler Ehemänner ausgeliefert werden. Der Sitz des Vereins ist in Köln, während in vielen Großstädten Zweigstellen bestehen. Auf diesem Wege wird die Eheerweichung immer stärker gefördert. Zugleich zeigt sich ein erheblicher Rückgang der Geburten, obwohl nach dem Kriege die Eheschließungen sich erheblich gemehrt hatten. Im Jahre 1913 kamen auf 1000 Einwohner 7,7 Eheschließungen, 1919 aber 13,32, 1920 gar 14,44, worauf 1921 ein Rückgang mit 12,02 aufs Tausend erfolgte. Gab es im Jahre 1913 auf 1000 Einwohner noch 29,03 Geburten, so sank die Zahl 1920 auf 26,57 und 1921 auf 26,12. Nicht unwesentlich wirkt dabei die Scheu vor dem werdenden Kinde, die viele angehende Mütter den Winkelhebammen und Kurpfuschern in die Arme treibt. Neben den Mitteln, welche das werdende Kind töten sollen, werden anstößige Ratgeber zur Mutterschaftsverhütung verbreitet, unter anderen eine, die ein Astrologe Friedrich Glahn verfaßt hat und sich „Blicke hinter den Schleier der Isis“ nennt. Ein angeblicher Dr. med. Kaufmann hat dazu ein Vorwort geschrieben. Erschreckend nahmen bei manchen Schwurgerichten die Prozesse gegen Frauen und Mädchen zu, welche gegen die Schutzbestimmungen des Strafgesetzes zugunsten des keimenden Lebens verstoßen hatten; so z. B. in Dessau wo sich im Frühjahr 1922 nicht weniger als 24 Angeklagte zu verantworten hatten. Ihnen folgten im November 15 nach, darunter einige im Alter von erst 17 Jahren.

Gefördert durch diese Umstände nimmt in weiterer Folge die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten unheimlich zu, wie der Zuspruch der Infizierten bei den öffentlichen Beratungsstellen zeigt. Bis hinab in die Kreise der Schulkinder erstrecken sich die Auswirkungen der unheilvollen Seuchen, die nicht nur ihren Opfern ein frühes Siechtum bereiten, sondern auch den Nachwuchs in verhängnisvoller Weise verderben, falls überhaupt darauf zu rechnen ist. Hauptverbreiter der Ansteckungen ist das immer mehr sich ausbreitende Dirnentum, sei es, daß es sich um Kontrollbirnen handelt, sei es daß es unter dem Deckmantel des Verhältniszweus einhergeht. Dr. Genrich hat berechnet, daß eine Dirne, welche etwa acht Jahre lang ihr Gewerbe betreibt, nicht weniger als 80000 Männer geschlechtskrank machen kann; Dr. Borre hat den Geburtenausfall durch venerische Krankheiten auf jährlich 200 000 geschätzt, den Ausfall durch Abtreibungen auf mindestens 500 000. Das sind Zahlen, die zum nachdrücklichsten Kampfe wider die Sünden der Unzucht auffordern. Er wird geführt von verschiedenen Organisationen, die unter dem Zeichen des weißen Kreuzes ihre Arbeit ausrichten und dem Unheil in der Kraft rettender Heilandsliebe starke Dämme entgegensetzen.

Seit mehr als drei Jahrzehnten treibt gefördert durch seinen wackeren Generalsekretär Lic. Bohn-Plözenssee der Deutsch-evangelische Verein zur Förderung der Sittlichkeit seine Arbeit. Er umfaßt in allen Teilen Deutschlands 600 Gruppen mit 20 000 Mitgliedern. Anstelle seines langjährigen Vorsitzenden D. Ludwig Weber-Bonn, der am 29. Januar 1922 starb, wählte der Verein den seit Jahrzehnten um die Sittlichkeitsache verdienten Pfarrer Mähold-Dresden zu seinem Leiter.

In den letzten beiden Jahrzehnten geschah die Vereinsarbeit vornehmlich durch die Bekämpfung des Schmutzes, wie er sich in den kleinen Witzblättern Sekt, Satyr, Kaviar, intime Geschichten usw. breit machte. Nicht nur in Buchbinder- und Papierläden lagen diese Giftblüten aus, sondern sie drängten sich durch ihre buntfarbige Aufmachung auch auf der Straße den Vorübergehenden auf, namentlich der Jugend, und vergifteten die Leser durch ihre pornographischen Darbietungen und Inserate. Unter diesen waren Anzeigen zu finden, die nichts anderes als Kuppelei bedeuten. Nebenher ging der Kampf wider die großen Witzblätter wie die Münchener Jugend, Simplicissimus, Lustige Blätter usw. Ein Prozeß gegen den Simplicissimus brachte in den Kampf lebhafte Bewegung. Eine große Zahl von Flugblättern ging ins Land und klärte das Publikum über die Gefahren auf. Die öffentliche Meinung wurde mobil gemacht, und der Kampf so lange fortgeführt, bis den vielen Unheilstiftern der Atem ausging. Anstelle des Schmutzes traten gute Volkschriften wie die Wiesbadener Volksbücher, die in 30 Niederlagen Aufnahme fanden. Die Firmen Hillger-Berlin und Enßlin & Laiblin-Reutlingen folgten nach. Der Dürerbund gab seine Schatzgräberbücher heraus. In Hamburg entstanden nach englisch-amerikanischem Vorbild 2 Kinderlesehallen; 4 andere

folgten in Berlin nach. Vor etwa 15 Jahren trat ein neuer Feind in der Nik-Karter-, Texas-Jack- und Buffalo-Billliteratur auf den Plan, die durch ihre sadistische Blutrünstigkeit nachteilig auf die jugendlichen Gemüter wirkte. Auch dieser Schädling wurde niedergekämpft. Eine Ausstellung im Jahre 1910 im preußischen Abgeordnetenhaus zeigte die Schundliteratur auf und das, was man ihr entgegensetzen müsse. Mit dem Aufkommen des Kinos entstand eine weitere Aufgabe, da der sog. Kinoroman zuweilen geradezu pornographischen Unterricht erteilte. Es lag auf der ganzen Reinigungsarbeit ein sichtlicher Segen, der weithin dem deutschen Volke zugute kam.

Am 15.—17. Oktober hielt der Deutsche Sittlichkeitsverein in Görlitz seine 23. Jahresversammlung ab. Festgottesdienste und Gemeindeabende durch die ganze Stadt unterrichteten die Bevölkerung über die Bedeutung der Tagung. Die Fachverhandlungen betrafen brennende Fragen der Sittlichkeitsbewegung: Prostitution, Schund, Schmutz, Theater, Kino. Zum Schlusse wurde folgende Resolution gefaßt:

„Der Deutsche Sittlichkeitsverein stellt bei seiner 23. Tagung in Görlitz die Forderung auf, daß das kommende Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Prostitution jeden Schein der Reglementierung und jede Kasernierung der Prostitution ausschließt und ein sorgfältiges Ausheilen und ein möglichstes statistisches Erfassen der Geschlechtskrankheiten gewährleistet. Öffentliches Ausstellen und Anpreisen der Schutzmittel halten wir für höchst bedenklich. Der Verein erwartet ein baldiges Einbringen des von der Verfassung versprochenen Gesetzes zum Schutz der Jugend gegen Schund und Schmutz.“

Drei Jahre jünger ist der Deutsche Sittlichkeitsbund vom Weißen Kreuz mit dem Sitz in Nowawes bei Potsdam (Weiß Kreuzhaus, Heinestr. 1) dessen Wesen in dem Gelöbnis zu sittlicher Reinheit liegt, das jeder Bundesangehörige zu leisten hat. Der Bund wirkt besonders durch seine Blätter „Weißes Kreuz“ (Auflage 10 000) und „Freiheit und Kampf“ (Auflage 40 000), sowie durch sein an 3000 Orten ausgehängtes gewissensthärfendes Werbeplakat. Groß ist die Opferfreudigkeit seiner Mitglieder, die im letzten Jahre 742 653 M. für Bundeszwecke aufbrachten. Am 1. Dezember siedelte in das Weißkreuzhaus die Geschäftsstelle des Deutschen Frauen- und Mädchenbundes für sittliche Reinheit über. Am 17. und 18. Februar 1923 tagte im Hause des Christlichen Vereins junger Männer in Berlin die Konferenz des Weißkreuzverbandes für Groß-Berlin unter Anwesenheit von 600 Mitgliedern. Vortragsgegenstände waren „Feine Gebundenheiten“, „Verlobungs- und Ehefragen“ und „Der Wille zur Reinheit“. Eine Abendmahlsfeier vereinte beim Beginn des zweiten Tages die Anwesenden. Eine Kollekte von 154 000 M. wurde der Schriftenverbreitung überwiesen.

In Westdeutschland wirkt seit 1886 der von D. L. Weber begründete Westdeutsche Sittlichkeitsverein, der am 12. November 1922 in Oberhausen seine 36. Jahresversammlung hielt. Nach einem Festgottesdienst in allen Kirchen der Stadt fand die Generalversammlung und darauf eine Frauenversammlung statt, in der Fräulein Dr. med. Holland-Barmen über „Die Aufgaben der Frauen in der Sittlichkeitsbewegung“ sprach. In der Volksversammlung am Abend behandelte der Vorsitzende Professor Dr. Sellmann das Thema „Ehe oder freie Liebe“. Der Verein wirkt vornehmlich durch seine Vertreter, die er in den Synoden Rheinlands und Westfalens hat. Sein Organ ist der Wächterruf, als dessen Herausgeber Dr. Sellmann-Hagen und Lehrer Seumer-Barmen zeichnen. (Geschäftsstelle: Hagen, Buschenstr. 48 II.)

Hauptsächlich in Hamburg und Altona arbeitet unter Leitung von Adolf Müller seit 1909 die Mitternachtsmission, die ihr Vorbild in Amsterdam hat, wo zwei christliche Jünglinge G. Volthausen und Joh. van der Steur durch Postenstehen vor den Bordellen und mit Warnreden auf öffentlichen Plätzen den Kampf wider die Unsittlichkeit begonnen hatten. Von der Arbeit der Sittlichkeitsvereine unterscheidet sich die Mitternachtsmission hauptsächlich durch die Praxis. Ihre Sendboten gehen nachts aus und suchen durch Belehrung und Warnung die Leute vom Besuch der Bordelle oder Dirnenlokale abzuhalten. Außerdem wird durch Wort und Schrift weithin Aufklärungsarbeit getrieben. Die Berufsarbeiter haben es nicht immer leicht, weil sie sich dem Zorn der Bordellwirte und Zuhälter aussetzen. Wiederholt sind auf sie schwere und lebensgefährliche Angriffe vorgekommen. Die Mitternachtsmission ist dem Zentralauschuß für Innere Mission, dem Nationalkomitee zur Bekämpfung des Mädchenhandels und der Internationalen abolitionistischen Föderation angeschlossen. Mit der Zeit hat sich die Arbeit auf 99 Orte ausgedehnt, wo Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften bestehen. In Hamburg und Lemsahl-Mellingsstedt (Holstein) werden zwei Mädchenschulheime unterhalten. Als Organ dient die Halbmonatschrift Christliche Volkswacht mit 10 000 Beziehern. (Geschäftsstelle: Hamburg 5, Alexanderstr. 24.)

Eine Frucht der unausgesetzten Bemühungen der Sittlichkeitsbestrebungen ist das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, dessen Entwurf im Reichstag Aktenstück Nr. 2523 abgedruckt ist und 16 Paragraphen umfaßt. Darin wird gefordert, daß jeder Geschlechtskranke sich ärztlich behandeln lassen muß (§ 2). Jede bewußte Gefährdung anderer durch sexuellen Umgang wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft, sofern nicht noch härtere Strafe verwirkt ist (§ 4). Die Behandlung Geschlechtskranker darf nur durch anerkannte Ärzte geschehen (§ 6). Die geschäftsmäßige Anpreisung oder Ausstellung von Mitteln oder Heilverfahren, auch wenn sie verschleiert geschieht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 100 000 M. belegt. Auch über die oft recht bedenkliche Ammenwirtschaft sind Bestimmungen getroffen, und Amme und Säugling werden widereinander geschützt.

Wenn das Gesetz auch nicht alle Wünsche der Vorkämpfer für christliche Sittlichkeit befriedigt, so bedeutet es doch einen ansehnlichen Fortschritt und weist gute Handhaben auf, dem Unheil zu begegnen. Es wird nun Aufgabe der Organisationen der Inneren Mission sein, nach der definitiven Annahme von den Gesetzesbestimmungen den rechten Gebrauch zu machen und sie mit christlichem Geiste zu durchdringen und zu betätigen. Es wäre erfreulich, wenn auf gesetzgeberischem Wege weitergebaut und die Gelegenheiten zur Unzucht noch weit nachdrücklicher eingeschränkt würden. Allerdings werden auch die besten Gesetze niemals neue Menschen schaffen; aber sie können helfen die Bahn frei zu machen für die Boten dessen, der auch die größten Sünder durch sein Erbarmen frei, rein und neu machen möchte.

10. Die Förderung der christlichen Volksbildung.

Drei Faktoren wirken heute besonders auf das Volk, das gesprochene Wort, wie es in Vorträgen und von der Bühne aus laut wird, das gedruckte Wort, das die Presse und die Unterhaltungsliteratur verbreitet, und das Kino. Obwohl letzteres bei uns erst zwei Jahrzehnte alt ist, wurde es doch in dieser kurzen Zeitspanne sozusagen zur Kirche der Massen. Man zählt in Deutschland nicht weniger als 3568 Lichtbildbühnen, die von 248 Filmfabriken bedient werden. Jeden Tag versammeln sich etwa 6 Millionen Zuschauer vor der flimmernden Leinwand. Da man die kleinen Kinder, die Greise und viele ernste Christen abrechnen muß, so wiegt diese Ziffer um so schwerer. Seit drei Jahren haben wir eine Filmzensur, die gegen den ärgsten Schund vorgeht, indem sie alles streicht, was Ordnung, Sicherheit und sittliches Empfinden schädigt. Dennoch laufen viele Kinostücke über die weiße Leinwand, um deren willen man sich über die Nachsicht der Zensoren wundern muß. Man nehme nur einige Titel, wie Narren der Liebe, Roman einer Halbweltldame, Die Beichte der Mörderin, das Mädel vom Ballett, Menschliche Bestien, Die Zigarettengräfin, Das Liebesnest, um zu sehen wie sehr die Pornographie im Vordergrunde steht. Wer sie nicht sofort erkennt, wird durch die Reklame darauf gestoßen, von der ein Muster die Ankündigung des Chimayfilms war, die mit der Überschrift „Die Skandalaffären der Prinzessin Chimay“ in zollhohen Buchstaben versehen in den Zeitungen und an den Liffassäulen prangte. Unheimlich wird mit den „Riesenmonumentalfilms“ geprozt, von denen der eine den andern durch Aufmachung und Menschenfülle zu überbieten sucht, obenan der Ehebruchsroman Mona Banna mit 80 000 Darstellern, dessen Zugkraft dadurch gesteigert wurde, daß man hinzusetzte, „für anderthalb Milliarden nach Amerika verkauft“. Etwaigen patriotischen Bedürfnissen kam man entgegen durch die Filme Friederikus Rex, Leuthen und andere, deren Spielerlaubnis durch manche Konzession erkaufte worden war. Dem feinen Empfinden eines patriotischen Herzens aber kamen die Handlungen nur mäßig entgegen, wenn auch der Ausklang versöhnlich wirkte.

Was die Bühne angeht, so muß man dem Wort D. Mumms aus der Reichstagsrede vom 3. April 1922 recht geben: „Unsere Theater machen heute den Ehebruch zur Selbstverständlichkeit. Heute gilt in manchen und weiten Kreisen der Spott der Keuschheit und die Verehrung dem Dirnentum. Alle Dämonen des Abgrundes werden auf unser armes Volk losgelassen, und dabei handelt es sich zu einem starken Prozentsatz um eine Überfremdung, um eine Invasion des Auslandes. Wieviele Theater dienen denn heute noch der deutschen Kunst? Erich Schlaikjer, der verdienteste Kämpfer auf diesem Gebiete sagt mit Recht: Während Frankreich uns das Messer an die Kehle setzt und uns endgültig morden will, jagen sich auf den Berliner Bühnen die französischen Schwänke, einer immer wertloser, einer immer unsauberer als der andere. Auch in diesen Tagen bietet sich uns der elendeste französische Import. . . . Wo sind in Berlin die Bühnenleiter, die das Land der Deutschen mit der Seele suchen? Geschäftsleute sind es zum großen Teil, die mit schellenlauter und geschäftstüchtiger Reklame die Gimpel heranziehen, wohlversehen mit Soldschreibern, die aller deutschen und christlichen Empfindungen bar sind.“

Und mit diesen Bühnenproben wetteifert der Romanschund, wie man ihn in reichster Fülle in den Auslagen der Bahnhofsbuchhandlungen, angetan mit marktschreierischen Umschlägen und zu wahnsinnig hohen Preisen, findet. Eine Probe ist der Roman *Villi*, Sittenbild aus Berlin W., mit der Bemerkung „200 000 Stück in vier Wochen verkauft“. Mit Schmerzen stellt der Evang. Preßverband für Deutschland fest: „Die Schundliteratur ist nach dem Kriege üppiger gediehen denn je. Auf Schritt und Tritt begegnen uns die bekannten Hefte, die infolge des ungeheuren Absatzes immer noch weit billiger geliefert werden können als die guten Sammlungen, von denen viele längst die Konkurrenz aufgeben mußten. Sie erscheinen in der Regel in Auflagen nicht unter 100 000. Nach sorgfältiger Berechnung kann man die augenblicklich umlaufenden Schundhefte auf drei Milliarden schätzen. Dabei sind nur solche Serien berücksichtigt, über deren Zugehörigkeit zum Schund kein Streit ist.“ Von seiten der Hauptstelle zur Bekämpfung der Schundliteratur (Berlin W 8, Unter den Linden 4) ist als Unterlage des Vorgehens eine Reichschundliste erschienen, die nicht weniger als 123 Serien nichtswürdigster Art umfaßt, und zwar nur solche, die bei Schulkindern ermittelt wurden. Gleichzeitig ist eine Liste guter Bücher herausgegeben worden, die allen, denen Erziehung und Bildung unserer Jugend am Herzen liegt, gelegentlich empfohlen sei.

In der Reihe der Vorkämpfer christlicher Volksbildung sind leider mehrere schmerzliche Lücken entstanden. Obenan ist die Zentralstelle zur Verbreitung guter deutscher Literatur (Geschäftsstelle: Neuhof Kreis Teltow) zu nennen. Sie wirkte unter anderem auch für das Deutschtum im Auslande, und zwar versorgte sie in Deutsch-Österreich hundert Volksbüchereien mit Bücherbeihilfen und versandte allein für die

Innere Mission 150 Postpakete. In Böhmen und Mähren wurden 148 Volksbüchereien gefördert. Nach Jugoslawien und Rumänien gingen ansehnliche Geldbeihilfen und nach Rußland für die deutschen Kolonistengemeinden 11 400 Schulbücher. In Holland wurde eine Bücherei für die Deutschen im Untersuchungsgefängnis in Amsterdam zusammengestellt. In Memel wurde die Landesbibliothek unterstützt. Leider machte die fortgeschrittene Geldentwertung die Fortführung der Arbeit auf karitativer Grundlage unmöglich, weshalb die Zentralstelle auf rein geschäftliche Grundlage umgestellt wurde, wodurch sie aus der eigentlichen Arbeit der Inneren Mission ausschied.

Bereits beim Kriegsausgang büßte die Innere Mission ihre bedeutende wissenschaftliche Vierteljahrschrift ein, die, 1890 von D. Schäfer als Monatschrift begründet, es auf 37 stattliche Bände gebracht hat. Im letzten Jahre verabschiedeten sich die Monatsblätter für Innere Mission, Organ der südwestdeutschen Konferenz für Innere Mission nach 40jähriger Wirksamkeit von ihren Lesern. Man wollte das Blatt als Vierteljahrschrift fortführen; aber der Preis von 72 000 M. für eine nur 16 Seiten starke Nummer schreckte von dem Vorhaben ab. Zur gleichen Zeit trat das fast ebenso alte von Friedr. von Bodelschwingh, Kögel, Frommel, Baur und Steinhausen begründete „Pfarrhaus“ vom Schauplatz ab, zwar kein eigentliches Organ der Inneren Mission, doch ihr sehr nahestehend und in vieler Hinsicht ihr dienstbar gewesen. Zu dem gleichen Schritte mußte sich die im 28. Jahrgang stehende Christliche Post entschließen, welche die ganze Zeit ihres Erscheinens über nichts anderes gewollt hatte als „Jesum Christum verkündigen, der uns zur Weisheit, zur Gerechtigkeit, zur Heiligung und zur Erlösung gemacht ist“. Die Menge der in der letzten Zeit verschwundenen Sonntags- und Gemeindeblätter ist nicht zu zählen. Sogar der Christliche Zeitschriftenverein, einst das größte christliche Presseunternehmen der Welt, ist in nicht geringer Bedrängnis. 1880 von Prediger Ernst Hülle in bescheidenem Umfange begonnen, wuchs er durch seine Sonntagsblätter zu bedeutendem Umfange und zählte 1905 in seinem Jubeljahre für seine Zeitschriften 685 565 Abonnenten, während seine Kalender in 512 587 Exemplaren in alle deutschen Gaue gingen. Daneben verbreitete er 117 883 Jugendschriften und 444 000 Flugschriften eigenen Verlanges. Jetzt noch vorhandene Blätter sind das Evangelische Sonntagsblatt in 47 000 St., das Neue Sonntagsblatt in 25 000 St., der Neue deutsche Volksfreund in 23 000 St., die Frohe Botschaft in 14 000 St. und die Erholungstunde in 3000 St. Dazu kommt Jungdeutschland mit 14 000 St. und die Sonntagspredigt „Durchs Kreuz zur Krone“ mit 4000 St. Auch die Kalender haben am allgemeinen Rückzug teilgenommen, was erklärlich ist, da sie von seiten der gegenwärtigen Behörden schwerlich irgendwelche Förderung erwarten dürfen. Immerhin bestehen noch der Reichsbote, Hauskalender, Feierabend, Eisenbahner- und Jugendkalender. Zugenommen hat der Hefeverlag durch die beliebten Kranzhefte, die bereits 38 Nummern zählen und zu Weihnachten sehr begehrt wurden. Die Vereinsbuch-

handlungen in Berlin, Frankfurt a. O., Kottbus und Görlitz konnten aufrecht erhalten werden. In der letzten Zeit stieg die Nachfrage nach gediegenen Schriften und Gesangbüchern. Trotz aller Not hofft der Zeitschriftenverein unter Führung seines gegenwärtigen Leiters, des rührigen Superintendenten Theodor Brandin weiter durchzuhalten. Verschiedene Darlehen und Auslandsspenden haben ihm Hilfe geleistet und dadurch über die schwerste Krise hinweggeholfen.

Einen schmerzlichen Verlust erlitt der Verein durch den Tod seines zweiten Direktors Wilhelm Fahrenhorst, der 80jährig am 9. Febr. 1923 heimging. Treu in seinem Wirken war er ein verständnisvoller Mitarbeiter an verschiedenen Werken der Inneren Mission, wozu besonders der Trostbund gehörte, dem er vom Gründungstage an innig zugetan war. Auch hier war die Frage brennend: Können wir den Trostbund weiterführen? Ein Appell an die Mitglieder wegen Erhöhung der Beiträge half, so daß die Arbeit fortgeht. Er wirkt am Krankenbette und in Trauerfällen und nützt die Gelegenheit, wo das Menschenherz für die Ewigkeitsaat besonders empfänglich ist. Außer den trefflichen Schriften eigenen Verlages führt er zur Ausrüstung der Seelsorger die apologetischen Hefte des Lutherverlages zu Witten und das Kampfbüchlein wider die Freidenker von Lic. Werdermann, eine brauchbare Klinge in der Hand des schlichtesten Christen. Dazu kommen aus dem Verlag des Rauhen Hauses die Antworten auf Gegenwartsfragen, die in schmucker Ausstattung recht zeitgemäß sind.

In besonderem Maße dient der christlichen Volksbildung die zu Wicherns 100. Geburtstage von D. Hennig begründete Wichernvereinigung, die seit einem halben Menschenalter im Geist ihres Namensträgers durch Wortverkündigung, Freizeiten, Flugblätter und Traktate für den Bau des Reiches Gottes in Deutschland und darüber hinaus wirkt. Ihr Organ ist die Monatschrift „Aus Gottes Garten“. Außerdem gibt sie das unter Leitung von D. Paul Blau stehende Jahrbuch „Am Wegesaum“ heraus. Neben dem Geschäftsführer P. Joh. Bretschneider sind für die Vereinigung tätig Dr. Hans Berg und P. Heldmann, alle drei in Hamburg. Die Geschäftsstelle ist das Rauhe Haus. Das letzte Werbeblatt stellt den Jahresbedarf auf eine Million fest. Man hofft ihn decken zu können.

Einen überaus schweren Stand hatten im letzten Jahre die Preisverbände, die durchweg über Mangel an Kräften und Mitteln und über Arbeitsüberlastung zu klagen hatten, wodurch nicht unwesentliche Arbeitseinschränkungen notwendig wurden. Diese Not betrifft vor allem den ältesten Verband in Halle, der durch seinen weitverbreiteten vaterländisch-sozialen Volkskalender bekannt ist.

Um für das evangelische Schrifttum Rat zu schaffen, fand am 15. Dezember 1922 in Berlin unter dem Vorsitz des früheren Oberpräsidenten D. Dr. von Hegel ein außerordentlicher Pressetag statt, zu

dem die Delegierten der Presse und Presseverbände, der Gemeinde- und Synodalblätter, Kirchenzeitungen, Vereins- und Fachorgane und des evangelischen Buchhandels in großer Zahl erschienen waren. Nach der Begrüßungsansprache wies Lic. Dr. Dibelius auf das Verhältnis des evangelischen Schrifttums und der organisierten Kirche hin, das seit dem Wegfall der staatlichen Stütze um vieles enger geworden sei. Was die Volkskirche von der Presse erwarte, sei Stärkung des kirchlichen Gesamtbewußtseins und Erziehung der Kirchenglieder zum Verantwortlichkeitsgefühl. Direktor Hinderer schilderte die Not der Presse, die mit einer Leserschaft von zwölf Millionen im allgemeinen Elend zu versinken drohe. Der Weg der Rettung sei ein enger Zusammenschluß zu einer festen Notgemeinschaft im Geist christlichen Vorwärtswillens. Niemals dürfe sich durch das Eingehen eines Blattes die Lesergemeinde verlaufen. Im besonderen ist tatkräftige Selbsthilfe, gesunde Preispolitik, emsige Werbearbeit, Zusammenlegen ähnlicher Blätter und Verminderung der Herstellungskosten anzustreben. Das Ergebnis war die Errichtung einer Preisbildungsstelle, eine Not- und Kreditaktion und die Veranstaltung eines Pressesonntags am 10. Dezember (2. Advent) 1922, dem eine Werbewoche vorangeschickt wurde. Darauf folgte im Januar 1923 ein zweites Hilfswerk mit Notopfer und Darlehnsammlung. Was auf dem Spiele steht, zeigt ein Flugblatt des Ev. Presseverbandes für Deutschland welches 2455 rein evangelische Zeitschriften, Sonntags- und Vereinsblätter anführt. Mit großer Freude konnte festgestellt werden, daß die Hilfsmaßnahmen nicht vergeblich waren. Besonders rührig gingen an den meisten Orten die Pfarrer vor, manche unter Gewährung zinsloser Darlehen in beträchtlicher Höhe. Aber auch andere Hilfen kamen, so daß gefährdete Blätter sich aufraffen und andere anschwellende Lesierzahlen verzeichnen konnten. Was die evangelische Presse für unsere Kirche und das deutsche Volk bedeutet, hat Professor D. Mirbt treffend in einem Artikel „Wider die geistige Hungersnot“ ausgedrückt. Er schreibt: „Durch die evangelische Presse redet die Kirche zu allen ihren Gliedern, auch zu denen, welche dem Gottesdienste fern bleiben. Durch sie trägt sie Ewigkeitsworte in die Massen, wirkt auf die öffentliche Meinung und dadurch auf Gesetzgebung, Regierung und Volksvertretung. Durch die Presse stellt sie die Ereignisse und Fragen des Tages unter die Gesichtspunkte, die evangelischer Glaube und Lebenserfahrung darbieten, protestiert sie gegen Schmutz, Verwilderung und Verwirrung des sittlichen Urteils. Ihr Zusammenbruch wäre eine Lahmlegung unserer Kirche auf einem ihrer wichtigsten Lebensgebiete, würde ihr Wege versperren, die ihr den Zugang zu den Herzen aller Klassen und Berufe eröffnen, würde sie als Erzieher unseres Volkes für viele ausscheiden, würde sich die geistige Verbindung mit Gleichgesinnten lösen. Das Buch ist ein Lurusartikel geworden. Stirbt auch die christliche Presse dahin, was dann? Es geht um unsere evangelische Kirche. Wer sie lieb hat, wird wissen, was die Stunde von ihm fordert.“

Dieser Satz kann auf die ganze Innere Mission bezogen werden, die in allen ihren Teilen und Arbeitsgebieten erhalten werden muß. Nur mit der Inneren Mission kann die Kirche bestehen. Fällt die Innere Mission durch die Not dieser schweren Zeit, dann sind der Kirche die Hände abgehauen, und sie scheidet als wichtiger Lebensfaktor aus unserm Volke und der Völker überhaupt. Gott wolle in Gnaden diese Katastrophe verhüten und alle Christen wacker machen für ihre Kirche einzutreten, indem sie die Werke der Inneren Mission bauen und fördern. Dadurch werden sie einen Segen schaffen, wovon ihnen selber die reichsten Früchte zufallen werden.

Fünftes Kapitel.

Die deutsche evangelische Heidenmission.

Von Pfarrer Paul Richter, Werleshausen.

(Abgeschlossen April 1923.)

1. Allgemeine Lage.

„De Profundis“ überschreibt die Allgem. Miss.-Ztschr. ihren diesjährigen Neujahrsartikel und charakterisiert dadurch mit einem Worte die Notlage der deutschen evangelischen Heidenmission. Wie eine verheerende Sturmflut droht die grenzenlose Valutanot und Teuerung sie zu verschlingen. Auf sich allein und die Hilfe der heimatischen Missionsfreunde angewiesen, stände manche Missionsgesellschaft und in erster Linie die größten vor der Gefahr des Zusammenbruches. Was ist in unsern Tagen noch eine Million! Vor dem Kriege empfing die Mission aus ihren Freundeskreisen nicht ganz 10 Millionen Mark jährlich; unter Zugrundelegung eines Teuerungsindex von 2800, würden das heute etwa 2,8 Milliarden ausmachen. Es ist ausgeschlossen, daß die meist selbst unter der wirtschaftlichen Not schwer ringenden Missionskreise auch nur den zehnten Teil davon aufzubringen vermöchten. Die Arbeit draußen kann infolge dessen zum großen Teil nur mit auswärtiger Unterstützung aufrecht erhalten werden, was auf die Dauer aber doch kein befriedigender Zustand genannt werden kann und auch manche Schattenseiten hat. Es bringt die Missionsgesellschaft, die auf Unterstützung einer fremden Regierung angewiesen ist, doch in eine gewisse Abhängigkeit von dieser, unterbindet die nötige Ausdehnung der Arbeit u. a. Doch von diesen Mißständen war auch schon in den letzten Jahresberichten die Rede gewesen; verschärft hat sich die Situation seitdem insofern, als neuerdings immer mehr auch der heimatische Missionsbetrieb bedroht wird. Die gewiß ganz beträchtlich gesteigerten Missionsgaben genügen schließlich nicht einmal mehr, um die ins Unermeßliche anschwellenden Betriebskosten der Missionsanstalten zu befriedigen. Es waren die denkbar ernstesten Ausführungen, die der rheinische Missionsdirektor Fries Mitte v. J. vor der Hauptversammlung der Rheinischen Mission über „die menschlich gesprochen unhaltbare Lage“ der Rh. M. abgab (vgl. Rhein. Miss.-Ber. 1922 Nr. 8). Und wenn er zu jener Zeit den Bedarf für den Heimatbetrieb auf 38 Millionen (!) abschätzte, so erfordert er jetzt sogar nach dem katastrophalen Valutasturz seit Januar d. J. 100—120 Millionen (!). Nicht minder erschütternd ist, was die Berliner Missionsberichte im November v. J.

über „den Ernst der Wirklichkeit“ zu veröffentlichen sich gedrungen fühlten. („Wir stehen vor einem harten Entweder-Oder. Entweder erhalten wir die Summen, die zur geordneten Fortführung unseres Werkes notwendig sind — oder wir wissen nicht mehr, wie wir auch nur den heimatischen Betrieb aufrecht erhalten sollen.“) Inständig beschwört auch Missionsinspektor Steck von der Neuendettelsauer Mission die für die Mission interessierten Pfarrer und Laien, die Mission nicht sterben zu lassen. Gott sei Dank, haben solche Appelle denn doch ein lautes Echo, fast möchte man sagen, ein unerwartet lautes Echo bei der Missionsgemeinde gefunden. Ein Strom von Liebesgaben ergoß sich in den letzten Monaten in die Missionshäuser, so daß z. B. die Rheinische Mission im Rechnungsjahre 1922 auf eine Einnahme von 21 Millionen Mark gekommen ist (gegen $3\frac{1}{4}$ Million 1921 und $2\frac{1}{4}$ Million 1920). Die Berliner Mission konnte im Dezember 1922 über ca. $3\frac{1}{3}$ Million und im Januar 1923 über ca. $5\frac{1}{2}$ Million Mark Einnahmen quittieren. Auch die Leipziger Mission kann es dankbar rühmen, daß sie anlässlich der Wiederausendung der zwei ersten Missionare nach Ostafrika (s. u.!) mit einer reichen Segensfülle von Missionsgaben bedacht worden ist.

Auf eine Summierung der Missionsgaben der einzelnen Gesellschaften müssen wir verzichten, da die Gesellschaften darüber meist keine Angaben machen. Eine Statistik hierüber hat zur Zeit auch kaum Wert, da ja eine Million, vor einem Jahre gegeben, einen ganz anderen Wert darstellt als gegenwärtig.

Es ist selbstverständlich, daß unter diesen Umständen die Missionsleitungen auf das sorgfältigste darauf aus sind, jede irgend mögliche Einschränkung vorzunehmen. Aber leider ist es doch nur wenig, was sich dadurch erzielen läßt, hat man sich ja auch in besseren Zeiten in der deutschen Mission größtmöglicher Sparsamkeit beflissen. Es ist der Gedanke der Verschmelzung verschiedener Missionsgesellschaften aufgeworfen. In der Tat sind 30 Missionsgesellschaften ein Luxus, den wir uns jetzt eigentlich nicht mehr leisten können. Indessen was in der Theorie allein vernünftig erscheint, ist darum in der Praxis doch nicht so ohne weiteres durchführbar. Die verschiedenen Missionsgesellschaften haben zumeist doch jede ihr eigenes geschichtliches, konfessionelles oder lokales Gepräge, so daß es für sie doch keine leichte Zumutung ist, sich selbst aufzugeben und in einer anderen Gesellschaft aufzugehen. Wenn z. B. die Göttnersche Mission sich nicht entschließen kann, ihre Sonderexistenz aufzugeben, so tut sie das doch keineswegs nur, weil sie sich verpflichtet fühlt, pietätvoll das Gedächtnis eines großen, vor zwei Menschenaltern heimgegangenen Evangelisten zu pflegen (Allg. Miss.-Ztschr. 1923, S. 4), sondern weil sie die Hoffnung noch nicht fahren lassen kann, daß sie ihr reichgesegnetes Werk in Indien doch einmal noch zu seinem Abschluß wird bringen dürfen. Oder wenn die Norddeutsche Mission auf die ihr von der Rhein. Mission nahe gelegte Nierung schließlich nicht eingegangen ist, so hat ihr die folgende Entwicklung der Verhältnisse, die ihr nun mit einemmal wieder die Wiederaufnahme ihrer früheren Arbeit ermöglicht, recht gegeben. Die

rheinischen Missionarskonferenzen auf Sumatra und Nias erließen unter Führung von Miss.-Insp. D. Warneck im letzten Jahre eine eindringliche Kundgebung, in deren zweiter Hälfte sie die deutschen Missionsgesellschaften, zumal die ihrer Arbeitsfelder beraubten, zum Zusammenschluß aufforderten, damit man mit vereinten Kräften wenigstens das, was einigen von ihnen an Missionsarbeit geblieben sei, halten könne. („Helfen wir jetzt in der höchsten Not einander nicht, dann könnte der Tag kommen, wo der Herr Deutschland auch das noch nehmen wird, was ihm bisher gelassen ist.“) Gewiß ein Appell ernstester Beherzigung wert. Aber wenn man dazu das liest, was z. B. die Leipziger Mission dagegen geltend macht — die fortbestehende Verpflichtung der alten, wenn auch jetzt, darum aber nicht für immer geraubten Missionsfelder, der ausgesprochen konfessionelle Charakter der Leipziger Mission und was damit zusammenhängt — (Leipz. Miss.-Bl. 1922 S. 213), so kann man auch dem die Berechtigung nicht absprechen. Daß übrigens auch durch den Zusammenschluß zweier Gesellschaften zu gemeinsamer Arbeit nicht viel gewonnen ist, ersieht man aus der Vereinigung der Seminararbeit der Berliner und Gohrnerschen Mission.

In der Einschränkung des Personals der Missionshäuser fahren die Missionsleitungen fort. Aus der Berliner Mission ist so Insp. D. Glüer ausgeschieden (nach Direkt. D. Arenfeld und Insp. Wilde der dritte in leitender Stellung befindliche), ohne daß Ersatz an ihre Stelle eingerückt wäre: wie lastet die vermehrte Arbeitslast auf der zusammengeschmolzenen Schar der übrigen! Aus der Leipziger Mission ist Kondirektor D. Öpke ausgetreten; er hat eine Professur an der Universität angetreten. Das Kuratorium der Gohrnerschen Mission hat sich zu „einschneidenden Veränderungen im Personalbestande in der Heimat“ entschlossen, die tunlichst bald vorgenommen werden müssen.¹⁾ Die Neuendettelsauer Mission wird sich zur Entlassung des zweiten Inspektors entschließen müssen, wenn nicht die Missionsgemeinde durch energisch gesteigerte Opferfreudigkeit diesen Abbau-Beschluß hinfällig macht. Eine rechte Sorge macht die Fortführung der Missionsseminare. Wenn auch die verminderte Missionsarbeit erheblich weniger Missionare erfordert, so kann die Ausbildung solcher nicht völlig eingestellt werden. Eine Mindestzahl von Zöglingen ist aber erforderlich, damit der kostspielige Betrieb eines Missionsseminars sich aufrecht erhalten läßt und sich lohnt. Man sucht diesen Schwierigkeiten auf allerlei Weise zu begegnen. Die Berliner und die Gohrnersche Mission haben ihre beiderseitigen Seminare bekanntlich zusammengelegt. (Allerdings hat letztere dabei zurzeit nur 2 Zöglinge.) Die Schleswig-Holsteinische Mission gibt ihre Zöglinge zur Ausbildung nach Hermannsburg. Die Rheinische Mission hat ihr Seminar mit dem Holzwickeder Seminar für den kirchlichen Hilfsdienst verschmolzen, ein eigenartiger Versuch, der vielleicht für beide Teile ersprießlich sein wird. Die Leipziger Mission hat, den veränderten Verhältnissen, infolge deren sie augenblicklich für neue Missionare kaum Verwendung hat, Rechnung tragend, es übernommen, in ihrem Seminar für die evang.-luther. Kirche in Rußland

¹⁾ Missionsinspektor Roterberg ist in ein Pfarramt getreten.

einen gut vorgebildeten Clerus minor auszubilden und damit einem dringenden Bedürfnis abzuheffen. Die Neuendettelsauer Mission wird aus finanziellen Gründen davon absehen müssen, in diesem Jahre neue Aspiranten in ihr Seminar aufzunehmen. In einer verhältnismäßig günstigen Lage ist die Basler Mission. Das Komitee beschloß, wenn auch der Jahresbedarf an jungen Missionaren vorläufig ein geringerer sein wird, so soll eine Frequenz von 50 Zöglingen — was jährlich fünf Neuaufnahmen bedeutet — durchgeführt werden. Um die Verwendung derjenigen Brüder, die zur Zeit nicht auf das Missionsfeld gesandt werden könnten, brauche man sich, wie die Erfahrung gelehrt habe, keine Sorge zu machen.

Eine weitere nicht geringe Schwierigkeit bildet die Herausgabe der Missionsblätter. Als das wichtigste Verbindungsband zwischen der Missionsleitung und der Missionsgemeinde ist das Missionsblatt schlechterdings unentbehrlich. Die Unkosten aber, die den Gesellschaften daraus erwachsen, gehen in jedem einzelnen Falle in die Millionen. Wohl oder übel haben darum die Gesellschaften so manche Blätter, die besonderen Zwecken dienen, eingehen lassen müssen, um wenigstens das Hauptblatt weiter erscheinen lassen zu können. Aber auch dies ist in seinem Umfange ganz außerordentlich eingeschränkt, wird auch bei einzelnen Gesellschaften nur noch zweimonatlich oder vierteljährlich oder gar noch seltener herausgegeben. Manche Gesellschaften haben die Haltegebühr auf etliche 100 M. heraufgesetzt, andere haben mit Rücksicht auf weniger bemittelte Leser von einer angemessenen Erhöhung der Haltegebühr noch Abstand genommen, indem sie auf freiwillige Gaben zur Deckung des dadurch entstehenden Ausfalls hoffen.

Eine dankenswerte Hilfe für die Missionshäuser ist es, wenn sich immer mehr der Brauch einbürgert, zum Unterhalt der vielköpfigen Missionshausfamilie Naturalgaben zu spenden. Von reichen Gaben dieser Art wissen z. B. das Hermannsburger Missionshaus in der Lüneburger Heide, das Berliner Missionshaus, die Neukirchner Missionsanstalt, das Leipziger Missionshaus zu erzählen. Und welcher Gesellschaft wären derartige Sendungen nicht hoch willkommen!

Ob die deutschen Missionsgesellschaften angesichts dieser Gesamtlage imstande sein werden, von der Möglichkeit, wieder Missionare auf die früheren Missionsfelder zu schicken, wenn sich diese Möglichkeit ihnen demnächst erschließt, in größerem Umfange Gebrauch zu machen? Die Sperrfrist für deutsche Missionare war für die englischen Kolonien im allgemeinen auf drei Jahre festgestellt, für Indien auf fünf Jahre. Die dreijährige Sperrfrist wäre jetzt abgelaufen; für einige Kolonien und für die „Mandatsgebiete“ (die ehemals deutschen Kolonien) ist die Ausschließung deutscher Missionare um ein Jahr verlängert. Die Wiederzulassung deutscher Missionare bedeutet aber noch nicht, die von deutschen Missionsgesellschaften; es würde sich vorläufig immer nur um einzelne Personen handeln, die sich draußen unter die Leitung einer britischen oder amerikanischen Mission zu stellen hätten. Wahrlich keine sehr er-

freuliche Situation! Praktische Bedeutung hat die Frage bisher erst für die Norddeutsche Mission genommen; sie hat allerdings kein Bedenken getragen, um der einer festen europäischen Führung bedürftigen Missionsgemeinden willen von der ihnen erteilten Rückkehrerlaubnis für einige ihrer alten Missionare Gebrauch zu machen. Die Neukirchner Mission, der die Frage vorgelegt wurde, ob sie in der Lage sein würde, in die Pokomo-Mission (Tanasi, Brit.-Ostafrika) wieder einige Missionare hinauszuschicken und für ihren Unterhalt aufzukommen, hat sich über ihre Entscheidung wegen ihrer finanziellen Tragweite noch nicht schlüssig werden können. Mit der Ausendung zweier Leipziger Missionare nach (Deutsch-) Ostafrika hat es eine andere Bewandnis; denn beide sind der Nationalität nach Nicht-Deutsche, ein Südrusse und ein Elsässer.

Mit der Frage der Wiederbeteiligung am internationalen Missionsleben beschäftigte sich die Vertreterkonferenz der deutschen Missionsgesellschaften in Halle a. S. am 5. und 6. April 1922. Die internationale Missionskonferenz in Lake Mohonk (Nord-Amerika) hatte die deutschen Missionen zum Wiedereintritt in die internationale Arbeitsgemeinschaft eingeladen und sie aufgefordert, für diesen Zweck ihrerseits 6 Mitglieder für den von ihr (an Stelle des Edinburger Fortführungsausschusses) geschaffenen „Internationalen Missionsrat“ zu nominieren. Man einigte sich in Halle — wenn auch nicht einstimmig — darauf, daß man diese Einladung nicht ablehnen solle. In der nach Amerika gegebenen Antwort heißt es:

Nachdem der I. M. R. die während des Krieges gegen deutsche Missionare und Missionsgesellschaften erhobenen Vorwürfe nachträglich zurückgewiesen hat und die Bereitschaft ausgesprochen, für die Befreiung der deutschen Missionen einzutreten, haben wir aufs neue erwogen, ob wir nicht jetzt Recht und Pflicht haben, dem Ruf zur Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen zu folgen und damit eine für uns selbst überaus schmerzliche Schranke fallen zu lassen. Noch aber leidet die deutsche Mission schwer unter der grausamen und ungerechten Behandlung, die das deutsche Volk fortgesetzt erfährt. Noch steht sie infolge des Versailler Vertrages außerhalb des Völkerrechts. Dadurch wird ihre Mitarbeit auf den Missionsfeldern dauernd gehemmt und ihr Bestand ist für die Zukunft ernstlich gefährdet. Noch steht auch das Verhalten mancher Missionare und Gesellschaften in den bisher feindlichen Ländern in schroffem Widerspruch zu der Erklärung von Lake Mohonk. Durch diese beklagenswerten Verhältnisse fühlen wir uns äußerlich und innerlich noch zu sehr gehemmt, als daß wir schon jetzt in derselben Weise wie die Missionen anderer Länder vorbehaltlos in die internationale Arbeitsgemeinschaft eintreten könnten. Wir wissen aber, wie notwendig es ist, durch Pflege brüderlicher Gemeinschaft mit allen Christen ein Grundgesetz christlichen Glaubens zu verwirklichen, und wollen uns an der internationalen Gemeinschaft der christlichen Missionen, soweit es uns jetzt schon möglich ist, beteiligen.“ Man beschränkte sich auf die Nominierung von vorläufig zwei Mitgliedern zum Internationalen Missionsrat (D. Würz, Basel und D. Schlunk, Hamburg).

Auf einer späteren Vertreterkonferenz der deutschen Missionsgesellschaften, die im Herbst 1922 in Bethel stattfand, berichteten die beiden Delegierten D. Würz und D. Schlunk über die Verhandlungen, die sie mit dem Internationalen Missionsrat während mehrerer Tage in London gepflogen hatten. Sie hatten Gelegenheit gehabt, fast wegen aller den deutschen Missionsgesellschaften entzogenen Arbeitsfelder ein-

gehende Rücksprache zu nehmen, die Fragen ihrer Rückgabe an die Muttergesellschaften und der allmählichen Rückkehr wenigstens einzelner deutscher Missionare auf ihre Felder durchzusprechen. Ihr Eindruck war, daß zweifellos, zumal bei den Sekretären des Internationalen Missionsrates, aber auch wenigstens bei der Mehrzahl der englischen Missionsführer der aufrichtige und dringende Wunsch vorhanden ist, die entrissenen Missionsfelder den deutschen Gesellschaften so bald zurückzugeben, als es irgend die Landesregierungen oder Kolonialverwaltungen erlaubten. Über von bereits erreichten Erfolgen war leider noch nicht sehr viel zu sehen.

Gelegentlich dieser Betheler Tagung wurde ein Deutscher Evang. Missionsbund gegründet. Er will eine Vereinigung evangelischer Missionsgesellschaften zur Stärkung der Einigkeit im Geist und Pflege persönlicher Beziehungen, zur Verhandlung und Förderung wichtiger gemeinsamer Fragen und Aufgaben und zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen sein. Die Selbständigkeit und Verantwortlichkeit der einzelnen Gesellschaften soll durch ihn in keiner Weise beschränkt werden. Der neue Missionsbund setzt sich damit ungefähr dieselben Aufgaben, die bisher der Deutsche Evang. Missionsausschuß erfüllte, nur daß dieser nur eine engbegrenzte Mitgliederzahl (7) hatte und auch nicht alle Missionsgesellschaften ihm angegliedert waren. Diese letztere Korporation besteht fort und wird in Zukunft die Geschäfte des Missionsbundes führen. In den Missionsbund deputieren alle Missionsgesellschaften je nach ihrer Größe einen oder mehrere Vertreter. Auch Verbände und Körperschaften, die, ohne selbständige Sendungsarbeit zu tun, doch hierbei Hilfsdienste leisten oder an der Pflege des heimatlichen Missionslebens beteiligt sind, wie der Verband der ärztlichen Missionsvereine, der Missionsfrauenverbände, der Missionskonferenzen, der Missionslehrerbünde usw., können Mitglieder werden. In der Regel wird jährlich ein Vertretertag dieses neuen Deutschen Evangelischen Missionsbundes abgehalten werden. (Sagungen desselben siehe Allgem. Miss.-Ztschr. 1922 S. 344 ff.!)

Sonst sind noch folgende Tagungen erwähnenswert: Die Königsberger Missionsgesellschaft feierte am 25. Juni ihr 100jähriges Jubiläum. Sie hat wiederholt die Gelegenheit, selbständig Mission zu treiben, von sich gewiesen, um ihre Kraft lediglich der Pflege der bestehenden Gesellschaften, besonders der Berliner und daneben der Gofßnerschen Mission zu widmen, und hat sich hierum in der Provinz Ostpreußen große Verdienste erworben. Aus Anlaß der Jubelfeier wurden der Basler Missionsinspektor Würz von der theologischen Fakultät der Universität Königsberg zum Doktor und der ehemalige Brüdergemeinliche Missionar Stern (Ostafrika) zum Lizentiaten der Theologie ernannt. Ein ähnliches Jubelfest beging am 18. November der Evangelische Missionsverein in Hamburg, der seinerzeit im Verein mit dem Bremischen Missionsverein die Norddeutsche Missionsgesellschaft ins Leben gerufen hat. Bei dieser Gelegenheit wurde Missionsinspektor Lic. Schlunk doktoriert. In Tübingen fand zum erstenmal nach dem Kriege in den Tagen vom 27.—29. September eine Jahresversammlung des Deutschen Institutes für ärztliche Mission statt.

Die unter der Leitung des Stuttgarter Großkaufmanns Dr. P. Lechler und des Prof. Dr. Olpp, des Institutsleiters, stehende Tagung war aus allen Teilen Deutschlands besucht. Neben den Leitern der missionsärztlichen Vereine, Missionsdirektoren und anderen führenden Missionsmännern sah man viele durch den Krieg in die Heimat zurückgeführte Missionsärzte. Es herrschte in der ganzen Versammlung ein freudiger Geist, man war der sicheren Zuversicht, vor einer neuen Periode des Aufschwungs zu stehen. Das Tropengenesungsheim hat durch Errichtung eines Missionskinderheims eine Erweiterung erfahren, wozu eine ungebrauchte Baracke aus der Kriegszeit erworben wurde. Eine bedeutende Schuldenlast wurde durch die Freigebigkeit eines anwesenden amerikanischen Freundes mit einem Schläge gedeckt. Doch ist trotzdem die wirtschaftliche Lage des ganzen missionsärztlichen Anwesens nicht leicht, und freiwillige Beiträge darum sehr erwünscht. Die anwesenden Missionsärzte gründeten einen Missionsärzteverein.

Die Missionslehrkurse für Pastoren in Berlin, Barmen und Freudenstadt (Schwarzwald) gehören zu den regelmäßigen Missionsveranstaltungen. Der Berliner Lehrkursus vereinigt im Anschluß an die Brandenburgische Missionskonferenz alljährlich eine größere Anzahl von Freunden der Berliner und Gohnerschen Mission aus den östlichen Provinzen; nach Barmen lädt die Rheinische Mission ihre Freunde ein; in Freudenstadt pflegen sich die Missionsfreunde aus Süddeutschland, die sich zur Basler Mission rechnen, zu versammeln. Alle drei Tagungen erfreuten sich eines guten Besuches, und es gingen reiche Anregungen von ihnen aus. Das Programm des Freudenstadter Kursus wies eine stattliche Reihe von Namen führender Missionsmänner auf: Prof. D. Haugleiter, Miss.-Dir. D. Hennig, Miss.-Dir. Prof. D. Paul, Miss.-Insp. D. Würz, Miss.-Dir. Dipper, Prof. Dr. Olpp, Prof. Heim. In dem Jugendheim in Benneckenstein wurden im Herbst 1922 und Frühjahr 1923 Studienkurse für Damen, meist Lehrerinnen, und für Mitglieder Christlicher Vereine junger Männer, in Dassel (Solling) ein solcher für Angehörige des Studentebundes für Mission veranstaltet. Die Lehrer an Missionsseminaren vereinigten sich zu einer gemeinsamen Beratung in Hermannsburg, und eine große Schar zur Zeit in der Heimat weilender Missionare hielt eine dreitägige Konferenz auf Kloster Arnburg (Wetterau), auf der sie ihre verschiedenen missionarischen Erfahrungen gegenseitig austauschten.

Eine Glaubensstärkung eigener Art bildete für die Missionsfreunde in Leipzig, Berlin, Halle, Hamburg und Kiel der Besuch des bekannten christlichen „Sadhu“ (Bettelmönches) Sundar Singh im Frühjahr v. J. Lebensbeschreibungen dieses merkwürdigen Mannes, der als 16jähriger Jüngling zum Christentum übergetreten, seitdem schon 16 Jahre lang Indien kreuz und quer durchzieht, überall Christum verkündigend, haben die meisten Missionsblätter gebracht. Die erschütternden Nachrichten von dem Verfall des Christentums in Europa veranlaßten ihn, auch vor der alten Christenheit sein Zeugnis abzulegen. Hier in Europa sei man daran, das Christentum aufzugeben und dafür einen indischen Pantheismus

oder Theosophie einzutauschen. Welch eine unbegreifliche Torheit! Er kenne diese hohle, armselige, trostlose Theosophie aus eigener Erfahrung und könne nur dringend davor warnen, den wertvollen Schatz des Christentums für dies gänzlich wertlose Gebilde dahinzugeben.

Er habe — so führte er in einem in Leipzig gehaltenen Vortrage über Hinduismus und Christentum aus — alle Zweige indischer Religion und Philosophie durchsucht und Antwort auf die tiefsten Fragen gesucht. Welche Antworten bekam er? „Alles ist im Grunde Maja (Täuschung).“ „Vernichte alles Wünschen in dir, so wirst du frei.“ „Warte, bis der Tod dich mit Gott vereinigt, wie der Fluß durch die Mündung mit dem unendlichen Meer vereinigt wird.“ Was hilft es aber dem Durstenden, zu warten, den Durst in sich ertönen? Das ist der Tod, aber nicht Erlösung. Erlösung gibt dem verschmachtenden Menschenherzen allein der lebendige Christus. Das Christentum ist nicht eine Religion unter anderen, sondern es ist Christus. Die indischen Religionsbücher enthalten viele gute Lehren, aber sie wenden sich an den Verstand und lassen das Herz leer. Christus aber gibt Leben. Viele zwar wissen nichts von diesem Leben, darum leugnen sie es. Sie haben keine Erfahrung, weil sie nicht beten uff.

Dankbar sei schließlich der weitgehenden Hilfe gedacht, die in diesen Notzeiten die deutschen Missionen von den Glaubensgenossen in Amerika, in der Hauptsache von den dortigen Lutheranern (deutschen und skandinavischen) erfahren. Die Allgem. Miss.-Ztschr. bringt eine Zusammenstellung der hierfür gespendeten Beträge. Das lutherische National-Konzil hat zur Weiterführung der Missionsarbeit in China an die Berliner Mission 49 812 Dollar, zur Weiterführung der Kols-Mission in Indien 21 459 D., für die Leipziger Dschagga-Mission (Ostafrika) 2973 D., für die Hermannsburger Mission in Südafrika 32 457 D., insgesamt rund 120 000 D. aufgebracht. Die Iowa-Synode für die beiden deutschen Missionen in Neu-Guinea 44 441 D., dazu für die Leipziger Dschagga-Mission 11 143 D. Die Ohio-Synode für die Fortführung der ehemaligen Hermannsburger Telugu-Mission 44 000 D. Die Vereinigte lutherische Kirche für die Fortführung der Breklumer Mission in Indien 25 000 D. Die (deutsche) evangelische Synode von Nordamerika für die Rheinische Mission in China 6156 D. und für die Basler Mission ebenda 12 212 D. Hierdurch ist ein Band der Gemeinschaft zwischen den lutherischen Kirchen von Nord-Amerika und den Heimatkirchen der lutherischen Reformation geknüpft, von dem zu hoffen steht, daß es in Zukunft noch eine festere und dauerhafte Gestalt bekommen wird. Ein Mann, der sich um dies Hilfswerk besondere Verdienste erworben hat, Dr. Lauritz Larsen, der Präsident des Nationalen Lutherischen Konzils, ist leider am 28. Jan. d. J. durch einen plötzlichen Tod allzufrüh dahingerafft. Die deutschen Missionen werden ihm ein dankbares Gedächtnis bewahren.

2. Die Missionsgesellschaften und ihre Arbeitsfelder.

Die Brüdergemeine feierte am 17. und 18. Juni 1922 das Jubiläum des 200jährigen Bestehens von Herrnhut. Von nah und fern, aus dem Inlande und dem Auslande waren Gäste herbeigeströmt, die von dem reichen Segen Zeugnis ablegten, der von Herrnhut auf die

evangelische Christenheit gekommen. Die theologischen Fakultäten von Greifswald, Leipzig und Jena ernannten den Bischof Jensen, den Vorsitzenden der Unitätsdirektion, den Lizentiat Reichel, Dozenten der theolog. Schule, und Miss.-Insp. Baudert zu Doktoren der Theologie. Professor D. Mirbt überreichte als Jubelgabe eine von Missionsfreunden gesammelte Gabe von $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Im Lauf des Jahres hat sich diese Spende noch verzehnfacht (ca. 15 Mill. M., wovon $10\frac{3}{4}$ Mill. aus der Schweiz, $2\frac{2}{3}$ aus Holland, 1,3 aus Deutschland usw.). Die reiche Gabe kam der Brüdergemeinde bei ihren gegenwärtigen nicht geringen Schwierigkeiten außerordentlich zustatten.

Eine bedeutame Unitätskonferenz, auf der sämtliche vier Unitätsprovinzen vertreten waren, wurde im August gehalten. (Die Einberufung einer Generalsynode wäre jetzt zu kostspielig gewesen.) Ihre Beratungen hatten die Fortführung des Missionswerkes als eines einheitlichen Werkes zum Gegenstand. Infolge des Krieges mußten ja die Missionsfelder in drei Gruppen geteilt werden, deren eine der Fürsorge des englischen Zweiges der Brüderunität, die zweite der des amerikanischen Zweiges übergeben wurde, so daß nur eine Gruppe in der Pflege des deutschen Zweiges verblieb. Wenn nun der Verhältnisse halber die Trennung in drei Verwaltungsgruppen auch in Zukunft noch weiter bestehen muß, soll das doch nicht eine Aufteilung des Missionswerkes unter die drei Unitätsgruppen bedeuten, vielmehr soll die prinzipielle Einheit des Werkes unter gemeinsamer Verantwortlichkeit der gesamten Unität für das Ganze wie seine einzelnen Teile festgehalten werden. Die verschiedenen Missionsbehörden werden in ständiger, lebendiger Fühlung bleiben. Wenn auch jede Gruppe für die ihr unterstellten Missionsfelder sich verantwortlich fühlen soll, darf doch im Notfall jede Gruppe auf die Hilfe der andern Provinzen sich verlassen, soweit diese zu helfen imstande sind. Im besonderen wurde noch über die kaffrische Mission und die Uniamwesi-Mission beraten (darüber gleich näheres).

In Südafrika-West (Hottentotten-Mission) ist die neue Kirchenordnung nun in den meisten Gemeinden zur Einführung gekommen. In Gnadental war es noch nicht tunlich, da dort erst noch die Mission Act, durch welche die Landbesitzverhältnisse geregelt werden, eingeführt werden muß. Im September wurde dann in Elim auf Grund dieser neuen Kirchenordnung die erste Kirchenkonferenz der südafrikanischen Brüdermissionsprovinz gehalten — ein Schritt weiter zur Verselbständigung der Missionskirche. Zur Brüdermission gehören 14 656 Mitglieder.

Das kaffrische Missionsgebiet hat dank der zielbewußten Leitung der Missionare und der Mitarbeit der eingebornen Christen einen hohen Grad der Reife erreicht und strebt bewußt auf das Ziel einer sich selbst erhaltenden, sich selbst leitenden und sich selbst ausbreitenden Kirche zu. Leider befindet sich aber diese Missionsprovinz in großen finanziellen Schwierigkeiten, da hier die Mission nicht über einen so ausgedehnten Grundbesitz verfügt wie in Südafrika-West. Die Herrnhuter Missionsverwaltung, der die kaffrische Mission untersteht, ist nicht in der Lage,

zu helfen. Deshalb ersucht die Unitätskonferenz (s. o.!) die andern Unitätsprovinzen, nach Möglichkeit hilfreich einzugreifen. Wenn sich die Verhältnisse aber in den nächsten Jahren nicht günstiger gestalten, soll die Arbeit allmählich abgebaut werden.

In Uniamwesi ist dem einsam dort verbliebenen Missionar Gaarde, einem Dänen, endlich nicht nur die Erlaubnis gegeben, die Missionsarbeit auf seiner Station wieder aufzunehmen, sondern auch die übrigen Stationen zu besuchen. Er hat das getan und mit der Wiedersammlung der zerstreuten Christen begonnen. Da ein Preisgeben dieses Missionsfeldes eine Auslieferung an den Islam bedeuten würde, so beschloß die Unitätskonferenz eine tatkräftige Wiederaufnahme dieser Arbeit unter der Direktion der britischen Brüderunität. Verschiedene dänische Missionsgeschwister schickten sich an, ihrem einsamen Landsmann in Uniamwesi zu Hilfe zu kommen. — Die Nyassa-Mission steht noch unter der Leitung der Vereinigten schottischen Freikirche. Es scheinen sich nach und nach wieder geordnetere Verhältnisse anzubahnen und neues geistiges Leben sich zu regen. — Die Himalaja-Mission leidet sehr unter dem Mangel an Arbeitern.

Über Suriname (Holländ. Guayana), das größte in der Pflege der deutschen Brüdergemeinde verbliebene Missionsfeld, heißt es im Jahresberichte:

5. gehört zu den ungleichartigsten Missionsgebieten, die es gibt. So wie sich hier das seltsamste Völkergemisch zusammenfindet, so hat man es mit den verschiedenartigsten Entwicklungsstufen von völkischem Leben, von Kultur und Bildung zu tun. Selbst innerhalb derselben Rasse kann es hier Unterschiede geben, die kaum zu überbrücken sind. Neben Volksgruppen in fast unberührtem Naturzustand gibt es andere, die, gut unterrichtet und gebildet, durchaus mit der Zeit mitleben. Die Kluft zwischen gebildet und ungebildet ist oft so groß, daß es schwer hält, die rechten Verbindungslinien zu finden. Namentlich in Paramaribo, wo die Gegensätze oft unvermittelt nebeneinander liegen, erschwert der Umstand dem Missionar die Arbeit. Auch in anderer Beziehung bestehen Gegensätze. Da gibt es noch ganz unentwickelte Gruppen der Missionsgemeinde, die sich leiten und im übrigen die Dinge gehen lassen, wie sie wollen, wenn sie selbst nur unbehelligt bleiben. Daneben sind andere Gruppen, in denen gärt es. Sie sind empfänglich für moderne Bewegungen, verfechten eine fast unbegrenzte Freiheit, das Recht der Mitregierung und Selbstregierung und sind für jede Aufwärtsbewegung zu haben. — Gegenüber der gewaltigen Propaganda der katholischen Mission hat sich erfreulicherweise ein Kreis gebildeter Gemeindeglieder zu einem „Herrnhuter Komitee“ zusammengeschlossen, das sich zur Aufgabe gesetzt hat, christlichen Bruder- und Gemeinsinn zu fördern, alte und neue soziale Werke in der Gemeinde zu unterstützen oder ins Leben zu rufen, an der Entfernung etwa vorhandener Mißstände mitzuarbeiten usw.

Für die Buschland-Mission wie auch für die Mission unter den Javanen und Britisch-Indiern stehen leider zu wenig Kräfte zur Verfügung, sonst ließe sich wohl mehr in ihnen erzielen.

Über die beiden westindischen Missionsprovinzen ist nichts von Belang zu berichten. —

In Nikaragua geht die Missionsarbeit erfreulich vorwärts. Im allgemeinen herrscht Leben in den Gemeinden. Mancherorts bestehen lebendige Gebetsvereine; eine rühmliche Opferwilligkeit für kirchliche

Zwecke wird entfaltet; mancher Christ beweist einen warmen Zeugeneifer; auch auf einsamen Außenposten entwickeln sich die Gemeinden äußerlich wie innerlich. Das Wachstum während der letzten vier Jahre betrug 2000 Seelen. Die Reisen ins Innere zu den Sumuindianern bringen zwar viel Mühsal mit sich; um so wohlthuender ist aber der Empfang, der dem Reisenden dann zu teil wird. Verwaltet wird diese Missionsprovinz durch den amerikanischen Zweig der Brüderunität.

Die kleine kalifornische Indianer-Mission ist und bleibt eine große Geduldsarbeit. In anderer Weise sind das ja auch die beiden Eskimo-Missionen in Alaska und Labrador. Es ist bekannt, unter welchen klimatischen Schwierigkeiten die Missionare hier Jahr für Jahr arbeiten, auch daß ihre Arbeit auf den einzelnen Stationsgebieten nur wenig 100 Eingeborenen gilt. Doch läßt sie die Empfänglichkeit der Eskimo, ja das Verlangen nach dem Heil ihre mühselige Arbeit mit Freuden verrichten. Das gilt wenigstens von Alaska. In Labrador ist ja die Missionsarbeit allgemach zur Pastoration geworden. Die Sorge für Alaska trägt die amerikanische Brüderunität, die für Labrador die englische.

Basler Mission. Die Hauptverantwortung für die Fortführung der Missionsarbeit liegt finanziell auf den Schweizer Freunden und ihren Gaben (1921: 808 851 Fr.). Wenn die Gaben aus Deutschland auch 2½ Mill. Mark betragen haben, so wäre damit doch draußen nicht viel auszurichten gewesen. Aus dem Vorjahre war noch ein Defizit von 194 823 Fr. vorhanden; dies wäre um 241 461 Fr. erhöht worden, wenn dieser Fehlbetrag nicht aus einem für Kamerun und Togo angesammelten Fonds hätte gedeckt werden können.

Auf dem chinesischen Arbeitsfeld (Prov. Quangtung) stehen zur Zeit 33 Missionare und 9 Missionschwestern. Das Verhalten der Chinesen dem Evangelium gegenüber ist im ganzen freundlicher geworden; auch ist mehr Friede im Lande als 1920. Durch die Heidenwelt geht eine Bewegung, viele suchen einen neuen Halt. Die Missionare werden freundlich aufgenommen, zu den Schulen herrscht Zudrang. Bei manchen ist ein Verlangen nach Jesus. Aber das Heidentum ist immer noch eine Macht, und die modernen Geistesströmungen, die vom Ausland hereindringen, finden in Jung-China mächtigen Widerhall. Die Missionsarbeit muß sich den neuen Verhältnissen anpassen, unter andern durch Gewährung von mehr Selbständigkeit und Mitarbeit der eingebornen Christen. Den erweiterten Rechten müssen vermehrte Pflichten entsprechen. In diesem Sinne soll die neue Verfassung der Hakkakirche wirken. Für junge Missionare soll eine Sprachschule eröffnet werden, die ihnen die Bewältigung der chinesischen Sprache erleichtert. Durch Ordination bewährter Gehilfen soll eine Entlastung der Missionare von der Gemeindearbeit erzielt werden, damit sie sich mehr der Heidenpredigt widmen können.

An der großen Nationalen christlichen Konferenz in Schanghai (2.—11. Mai) war die Basler Mission durch sechs eingeborne Abgeordnete der Hakkakirche und außerdem durch den Präses Maisch und den Tübinger Prof. Heim vertreten. Das

beherrschende Thema der Konferenz bildete die Verselbständigung der chinesischen Kirche. So manches Ausländische, was der Missionsarbeit noch angehaftet hat, muß abgestreift werden, auch schon um deswillen, damit den heidnischen Chinesen das Christentum fortgesetzt als eine fremde Sache, als ein Import und darum verdächtig und unsympathisch erscheint. — Eingehenderes über die Konferenz bietet das diesjährige Jahrbuch der vereinigten deutschen Missionskonferenzen.

Auf dem neuen Arbeitsfelde in Süd-Borneo haben sich die Basler allmählich orientiert. Die dajakischen Christen kommen ihnen mit Vertrauen entgegen. Ihre Hauptarbeit besteht neben dem Einleben in das fremde Volkstum und dem Sprachstudium (Malaiisch und Dajakisch) darin, daß sie den zerstreuten Christen nachgehen. In vielen glüht noch ein Funke christlichen Lebens, der neu angefaßt werden muß. Es gibt viel zu regeln und zu schlichten. Das schlimmste ist die innere Gleichgiltigkeit und Erstorbenheit vieler, doch finden die Missionare auch viel Empfänglichkeit. Erschwert wird die Arbeit durch den Kampf mit dem Islam, der ein gefährlicherer Gegner ist als das animistische Heidentum. Zu den drei anfangs übernommenen Stationen hat sich Basel auf dringendes Gesuch der Rheinischen Mission entschlossen, noch eine vierte, das verlassene Pudjun am Kapuas, mitzuübernehmen.

Berliner Mission. Von der äußerst bedrohlichen finanziellen Situation ist in Abschnitt I schon die Rede gewesen, aber auch von der tatkräftigen Hilfe, welche auf die Mitteilung davon in den Freundeskreisen ausgelöst wurde. Das wichtigste Ereignis des Jahres war die Visitationsreise des Direktors Knak nach China. Er hat seine Reise programmgemäß durchführen können, hat auch an der Schanghaier Konferenz teilgenommen, hat dann die Rückreise über Amerika gemacht, um vor den amerikanischen Missionsfreunden Bericht über seine Eindrücke und Erfahrungen abzustatten und um fortgesetzte Teilnahme und Hilfe zu werben, und wurde Anfang März 1923 in Berlin zurückerwartet.

Ihr ausgedehntestes und ältestes Missionswerk hat die Berliner Mission in Südafrika. Wie mannigfaltig sind die Schwierigkeiten der Gegenwart für die missionarische Wirksamkeit! Eine starke wirtschaftliche Depression lastet schwer auf dem Lande, in ihrem Gefolge viel Arbeitslosigkeit und Teuerung. Dadurch erhält die ohnehin schon unheimlich große Gärung, die unter den Eingebornen herrscht, neue Nahrung. Ein Geist der Auflehnung gegen alle alte Ordnung macht auch an den Grenzen der Missionsstationen nicht halt. Die Saat moderner Zügellosigkeit und Sünde, die in den Großstädten und Minenbezirken ausgestreut wird, fällt bei dem regen Wechselverkehr von Stadt und Land auch in den Landgemeinden bei schwachen Charakteren auf empfänglichen Boden und zeitigt traurige Früchte namentlich bei den Jugendlichen beiderlei Geschlechts, allerdings nicht ohne auf energische Abwehr seitens festgegründeter Gemeindeglieder zu stoßen. Sezessionsbewegungen ziehen schwankende Elemente an sich. Sekten schießen wie Pilze aus der Erde. Auch das Heidentum regt sich noch immer wieder kräftig. Missionsarbeit ist also in Hülle und Fülle da. Ihr Schwerpunkt liegt einerseits in den Großstädten, andrerseits in den Stammesstätten der Eingebornen.

Besonders bei den Swazi scheinen sich die Türen hoffnungsvoll aufzutun. Von den Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Notlage der Mission ist im vorigen Jahresbericht berichtet. Die allgemeine wirtschaftliche Depression erschwert allerdings zur Zeit deren Ausführung (z. B. den Verkauf von Grundstücken).

In China hat Missionsdirektor Knak Station um Station besucht, Gottesdienste, Gemeindeversammlungen und Gehilfenkonferenzen gehalten. Besonders wichtig waren ihm die letzteren, auf denen er manche Anregungen geben konnte. Überall bemühte er sich, ein Bild von dem Stande des christlichen Lebens zu gewinnen. Seine Eindrücke waren im allgemeinen nicht ungünstig; wenn man will, kann man allerdings auch viel „Chinesisches, Allchinesisches“ zusammentragen. Wiederholt machte er die Beobachtung, daß in den älteren Gemeinden, die von der Mission im Anfangsstadium verwöhnt worden sind, das Leben nur schwach pulsiert, wohl gar stagniert, in den jüngeren aber viel erfreuliche Ansätze sind. Da ist überall Mitraten, Beweglichkeit, lebhaftes Interesse für das Wachstum der Gemeinde. Eine Schlußkonferenz hielt der Direktor in Kanton mit den Missionaren und chinesischen Gehilfen, in deren Mittelpunkt die Verhandlungen über eine Kirchen- und Gemeindeordnung standen, welche die Fundamente zu einer selbständigen Kirche legen soll.

Leider verlor die Berliner Mission in China in schneller Aufeinanderfolge zwei — menschlich gesprochen — unentbehrliche und unersehbliche Männer, den Missionssuperintendenten Leuschner in Schaudschufu († 24. 8. 22) und Missionar Kunze in Kiautschu († 2. 9. 22). Eine stattliche Schar von Missionsgeschwistern (5 Missionare mit ihren Frauen und 1 Missionschwester) wurden anfangs Februar nach China abgeordnet.

Zum Schluß einige statistische Angaben:

Südafrika: Stationen 49, Missionare 54, Helfer 1305, Getaufte 62 961.

China: Stationen 15, Missionare 18, Schwestern 7, Helfer 90, Getaufte 7678.

Rheinische Mission. Die sehr kritische finanzielle Lage wurde im Berichtsjahre noch kritischer. Die Verhandlungen mit der holländischen Regierung wegen Weitergewährung der Subsidien zum Unterhalt der Missionen in Holländisch-Indien zogen sich sehr in die Länge. Der eigentliche holländische Plan, den der Mission zu gewährenden Kredit (jährlich 240 000 Gulden) in einer Frist von sieben Jahren planmäßig abzubauen, hätte die Mission bereits nach drei Jahren zum völligen Abbruch verurteilt. Schließlich wurde erreicht, daß der laufende Kredit für weitere drei Jahre verlängert wurde. Auch mit der Amsterdamer Handelsgesellschaft mußte wegen Verlängerung des von derselben gekündigten Kredits verhandelt werden. Für die aufgelaufene Schuld von 550 000 Gulden mußte man sämtliche Depositen (4 $\frac{1}{4}$ Millionen) zur Verfügung der Bank stellen. Um für die südwestafrikanische Mission die erforderlichen Betriebsmittel zu gewinnen, war die Veräußerung entbehrlichen

missionarischen Grundbesitzes vorgesehen. Über die wirtschaftliche Depression in Südafrika machte den Verkauf von Missionsfarmen, wenn man sie nicht geradezu verschleudern wollte, in letzter Stunde unmöglich. Hoffentlich stundet die Regierung noch weiter der Mission die Schuld, die sie bei ihr hat. Für die Aufbringung der Mittel für die chinesische Mission bemüht sich fortgesetzt Präses Genähr in Amerika. In der Heimat hatte die Gesellschaft — eine Wirkung der rückhaltlosen Darlegung der Schwierigkeiten — die erstaunliche Jahreseinnahme von 21 Millionen Mark. Und seitdem (Mitte Januar bis Ende Februar, also in $1\frac{1}{2}$ Monaten) sind weitere 21 Millionen Mark in die Missionskasse geflossen!

Die Zahlen der Jahresstatistik zeigen teilweise die erforderlich gewordenen Einschränkungen: die Zahl der Hauptstationen ist von 110 auf 92 vermindert (allerdings kommen dabei die Stationen in Kaiser-Wilhelmsland auch mit in Abzug). Die Zahl der Missionare und Schwestern ist von 202 auf 139 zurückgegangen. Gemeindeglieder werden 312 288 gezählt, Heiden wurden 8073 getauft. Taufbewerber sind 31 012 vorhanden. Die Zahl der Gehilfen ist 1431, die der ordinierten Gehilfen 44, die der Ältesten 3027.

Über die Batak-Mission auf Sumatra liegt wieder ein instruktiver Ephoralbericht von Inspektor D. Warneck vor. Der Mangel an europäischen Arbeitskräften macht immer wieder die Zusammenlegung von Stationen nötig; das ist allerdings nicht zum Vorteil der Arbeit und hat schließlich auch seine Grenzen. Mit aller Energie müssen die eingebornen Christen zur Mitverantwortlichkeit für das Missionswerk erzogen werden. Deshalb sind in allen Gemeinden Kirchenräte eingesetzt, in denen die Gemeindeglieder zur Mitarbeit herangezogen werden. Ein weiteres Mittel zu diesem Zweck sind die Synoden, die zum erstenmal im vergangenen Jahre getagt haben und bei denen eine erfreuliche innerliche Beteiligung zutage traten. Besonders verspricht sich Warneck viel von einer Neubelebung der Zendingatak, deratakischen Missionsgesellschaft. Indem er ihr neue praktische Aufgaben setzte: Pflege und Unterstützung der vorhandenen Missionsarbeit, Sorge für das geistliche Wohl der Christen in der Diaspora und endlich, wenn Gott die Wege öffnet, auch eigentliche Missionsarbeit im Neuland, erweckte er vermehrtes und erhöhtes Interesse für sie. Sonstige wichtige Gegenwartsaufgaben sind und bleiben: Hebung der Panditaatak, literarische Arbeiten, neue Regelung und Verbesserung des Schulwesens, Neugestaltung der Kirchenzuchtordnung, Versorgung der Diaspora und vor allem Weckung und Vertiefung des geistlichen Lebens. Nur auf solchem Wege kann wirklich das Ziel einer innerlich selbständigen Volkskirche erreicht werden.

Die niasische Mission hat eine Neugruppierung erfahren, durch Neuverteilung der Stationen ist die ganze Insel möglichst gleichmäßig besetzt. Ein wesentlicher Grund für diese Maßnahme war auch hier der Rückgang an europäischen Arbeitern. Zu jedem Stationsbezirk kommen etwa 15 Filiale und 13—14 000 Eingeborne, also verhältnismäßig übersichtliche

Zahlen. Daß die vielen Veränderungen ohne große Störungen durchgeführt werden konnten, ist ein Zeugnis dafür, daß die Mission doch in der Bevölkerung feste Wurzel geschlagen hat. Für ihre vergrößerten Arbeitsprengel bedürfen die Missionare vermehrter eingeborner Hilfskräfte. Da kommt es ihnen zu statten, daß als eine Frucht der Erweckungsbewegung eine größere Zahl von Evangelisten und Gemeindegliedern zur Verfügung steht, die allerdings für ihren Dienst noch besser geschult werden müssen. Auf der Station Ombolata ist auch ein neuer Pandita-Lehrgang mit sieben Teilnehmern eröffnet worden. Die bisherigen acht Pandita (Pastoren) haben sich bewährt. Die Zahl der niasischen Christen ist 46 000 (über $\frac{1}{4}$ der Gesamtbevölkerung), dazu die der Taufbewerber 24 000.

Die borneische Mission leidet mehr als je unter Arbeitsmangel; eine Station nach der andern muß preisgegeben werden. Der Islam triumphiert darüber. Die ganze Arbeit zu übernehmen, ist Basel leider nicht imstande. Eine vierte Station, Pudjun, hat es, wie erwähnt, übernommen.

Die Leitung und Fürsorge für die Mission in Kaiser-Wilhelmsland ist seit vorigem Jahre auf die Vereinigte Evang.-luther. Kirche Australiens übergegangen. Es geht doch jetzt überaus erfreulich voran. — Über die kleine, auch nur allzu schwach besetzte Mission in Quangtung ist nichts weiter zu berichten. Und auch die Missionen in Kapland und in Südwestafrika sind ohne besondere Ereignisse oder Zwischenfälle ihren geordneten Gang weiter gegangen.

Leipziger Mission. In der tamulischen Kirche und der Tamulen-Mission scheint die Krisis, die durch die Einführung des Episkopates und das befürchtete Eindringen einer hochkirchlichen (anglikanischen) Strömung auszubrechen drohte, abgewandt. Die Gemüter haben sich wohl wieder beruhigt. Sonst ist das Jahr ein Jahr stiller Arbeit gewesen. Im Stationsbezirk von Tirupur, wo in einem Orte ein Gözentempel in eine Kirche verwandelt wurde, gab es eine erfreuliche Bewegung; 285 Heiden wurden dort getauft — etwa der vierte Teil der Heidentaufen des Jahres (1184). Die Gesamtseelenzahl beträgt 22 444 auf 37 Stationen, 17 289 davon im nördlichen, die übrigen im südlichen Bezirk. Die Arbeit tun 10 Missionare (eine allzu geringe Zahl), 27 indische Pastoren und 51 Katecheten. In 329 Schulen werden 12 405 Schüler und 3415 Schülerinnen von 530 Lehrern und 183 Lehrerinnen unterrichtet.

Die Oshagga-Mission (Ostafrika) ist seit vorigem Jahre der Augustana-Synode übergeben. Das Feld dürfte zur Zeit wieder einigermaßen ausreichend mit 8 Missionaren und 1 Schwester besetzt sein, von denen vier Leipziger sind (jedoch Nichtdeutsche, 2 Esten, 1 Russe und 1 Elsässer), die übrigen Amerikaner. Zwei von ihnen hatte die Leipziger Mission die große Freude, zu Anfang dieses Jahres wieder ausenden zu können. (Allerdings betrugen allein die Reisekosten mehr als 3 Millionen Mark.) Man kann sich nicht genug wundern, wie die Oshaggamission durch all die schweren Jahre seit 1914 hindurchgekommen ist. Zwar die Stationen

weisen verfallende Gebäude und verwilderte Gärten und Felder auf, aber die Gemeinden haben sich gehalten und weisen kirchliches Leben auf. Die Zahl der Getauften ist von 3663 (1913) auf 6060 im Jahre 1921 gestiegen. Die Zahl der Heidentaufen betrug im vergangenen Jahre immer noch 92; sie wird sich voraussichtlich von nun an bedeutend heben. Das Schulwesen hat zwar den Umfang der Vorkriegszeit noch nicht wieder erreicht, ist aber auch im Steigen begriffen (3247 Schüler).

Die Jahreseinnahme der Leipziger Mission überschritt zum erstenmal die Million (1 086 746 M.).

Göbnersche Mission. Die Generalkonferenz der jungen lutherischen Kolskirche beschloß auf ihrer Tagung in Rantschi am 28. März v. J. einstimmig, um die Rückkehr von 7 Göbnerschen Missionaren und 3 Missionarinnen zu petitionieren. Vorausgesetzt ist dabei, daß diese Missionare die Selbständigkeit der lutherischen Kolskirche anerkennen und sich ihr willig als dienende Glieder einfügen. Die Petition wurde dem „Beirate“, der der Kolskirche von der Regierung gegeben ist, zur Übermittlung an die Regierung übergeben. Dieser hielt jedoch die Zeit für noch nicht gekommen, deswegen an die Regierung heranzutreten; er empfahl zunächst einige vorbereitende Schritte in der Angelegenheit zu unternehmen. Es besteht allerdings zur Zeit erst schwache Hoffnung, daß die englische Regierung, die eben erst äußerst rigorose Bestimmungen über etwaige ausnahmsweise Niederlassung von deutschen Missionaren in Indien erlassen hat, der Petition Folge gibt. — Über Leben und Entwicklung der Gemeinden hörte man gern näheres. Die Seelenzahl hat sich von 88 255 zu Anfang des Krieges auf 101 819 gehoben; größeren Zuwachs von außen her hat es während dieser Jahre nicht gegeben. Die Schularbeit hat den Stand von 1914 noch immer nicht ganz erreicht (222 Schulen mit 326 Lehrern und 45 Lehrerinnen für 7032 Schüler). Im theologischen Seminar zu Rantschi studieren unter Missionar Cannady etwa 50 junge Leute.

Die heimatlichen Einnahmen der Göbnerschen Mission für 1921 betrugen 645 443 Mark.

Hermannsburger Mission. Missionsuperintendent Jensen, ein erfahrener alter Afrikaner, gibt folgendes Urteil über die Betschuanenmission ab:

„Bei ruhiger Beobachtung muß man doch über die großen Wandlungen staunen, die unter den Betschuanen in der verhältnismäßig kurzen Zeit der Aussaat des Wortes Gottes vor sich gegangen sind. Wie sah es hier noch vor 30 Jahren aus! Man fällt so leicht ein schnelles Urteil und vergißt ganz, daß die Umgestaltung eines Volkes sehr viel Zeit nötig hat. Und können wir einen noch schnelleren Fortschritt von einem Volk erwarten, das Jahrhunderte hindurch unter dem Einfluß des Heidentums gestanden hat und das, wo ihm erst jetzt das Licht des Evangeliums aufging, von gewissenlosen Weißen zu größeren Lasten und Schändlichkeiten verführt wird, als es jemals vorher im Heidentum gekannt hat. Muß man sich nicht wundern, daß unsere Schwarzen noch so sind, wie sie sind, wenn man das Leben in Johannesburg und in den Städten in Betracht zieht? Gottes Wort übt langsam, aber immerfort einen unverkennbaren Einfluß auch auf das Heidentum aus.“ Als Symptome dafür führt er den Rückgang der Polygamie auch bei den Heiden und das allmähliche Aussterben der Bonali (der Beschneidungsschulen mit all ihrer Unsitlichkeit) an.

Die Betschuanen-Mission zählt 69 156, die Sulu-Mission 17 372 Seelen (etwa 12 000 mehr als die letzte Statistik vor dem Kriege) auf. Eine merkliche Abnahme des Abendmahlsbesuches setzt man wohl nicht mit Unrecht der starken Abwanderung nach den Goldfeldern und Städten auf Rechnung. Das Verderben, das von den Goldfeldern ausgeht, ist unsäglich. Sonst machen auch die Sekten und die katholische Propaganda viel Not.

Die evangelistische Arbeit unter den syrischen Christen auf der Urumiahochebene (Persien) und die Kurdenmission sind vorläufig ganz sistiert.

Die Jahreseinnahme erreichte die schöne Höhe von ca. 3 Millionen Mark. Allerdings wurde die Kasse allein durch drei Auswendungen mit reichlich $2\frac{1}{4}$ Millionen Mark belastet; es wurde mit einer Gesamtausgabe von $4\frac{3}{4}$ Millionen Mark gerechnet.

Die **Hannoversche Evang.-luth. Freikirche** missioniert in Südafrika auf 2 Stationen unter den Betschuanen und 7 Stationen unter den Sulu. Sie hat 8702 Getaufte in ihrer Pflege; 161 Heidentaufen wurden vollzogen. Auch auf dieser Mission lastet die wirtschaftliche Depression schwer. Dennoch konnten 3 junge Missionare ausgesandt werden, die jedoch vorerst nicht in der Mission selbst, sondern im kirchlichen Hilfsdienst in deutschen Gemeinden Beschäftigung finden werden.

Der **Norddeutschen Mission** ist eine große Freude geworden, sie darf wieder 3 Missionare auf ihr altes Arbeitsfeld bei den Ewe (Westafrika) aussenden. Dieselben werden allerdings der Mission der Vereinigten Schottischen Freikirche unterstellt sein. Zunächst war ihnen auch nur die Arbeit im Bereich der Goldküstenkolonie frei gegeben; auf Verwendung der Schottischen Freikirche ist die Arbeitserlaubnis dann aber auch auf die im englischen Mandatsgebiet liegenden Stationen ausgedehnt worden. Damit dürfen die Missionare sowohl nach Peki und Keta als auch nach Ho, Umedzowe, Akpafu und Kpando zurückkehren. Das französische Mandatsgebiet bleibt noch verschlossen. Der dortigen Gemeinden sich anzunehmen, erbot sich die in der angrenzenden französischen Kolonie arbeitende englische Wesleyanermission. Aber zu deren Solidität haben nicht einmal die Ewe-Pastoren rechtes Zutrauen. — Sonst ist noch mitzuteilen, daß die Ewe-Christen ganz selbständig eine Synode abgehalten haben, die von 166 Vertretern von allen Gemeinden beschickt war. Die Vertreter setzten sich zusammen aus 14 Osofo (Pastoren), 14 Katechisten, 45 Lehrern, 58 Ältesten und 35 anderen Deputierten.

Die **Bethel-Mission** hat vier weitere Missionschwestern nach Java abgeordnet, so daß sie dort jetzt 1 Missionsarzt und 6 Schwestern in der Arbeit stehen hat. Sie schließen sich dort der Neukirchener Mission als willkommenen Gehilfen an. — Die von Missionaren entblößten Stationen in Usambaro wurden wenigstens einmal von den Leipziger Dschagga-Missionaren (s. o.!) besucht. In Ruanda arbeitet unter der Belgischen Missionsgesellschaft der ehemalige Betheler Missionar von der Henden. — Missionsinspektor Trittelwitz ist auf einer Werbereise durch Nordamerika begriffen.

Die **Schleswig-Holsteinische Mission** hat endgiltig von der Kieler Mission deren beiden Stationen in Süddchina, Pakhoi und Limchow übernommen. Die beiden ausgesandten Missionare haben durch wiederholte Orientierungsreisen festgestellt, daß diese Posten ein dichtbevölkertes Hinterland haben. Der Limchower Kreis, zu dem auch Pakhoi gehört, 980 000 Seelen, der Lengschaner Kreis mit 390 000 Seelen, der Hamchower Kreis mit 263 000 Seelen, der Watlamer Kreis mit 570 000 Seelen, der Schekschenger und Kauchower Kreis mit 586 000 und 704 000 Seelen, d. h. insgesamt $3\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner. Also Arbeitsgelegenheit in Hülle und Fülle.

Im Jahre 1922 hatte die Gesellschaft reichlich 4 Millionen Mark Einnahme.

Die **Neukirchner Mission** arbeitet seit 40 Jahren auf Java. Sie hält 11 Stationen besetzt, auf denen 16 Missionare und 6 Schwestern in Arbeit stehen. Ihnen gesellen sich neuerdings 1 Missionsarzt und 6 Schwestern der Betheler Mission zu. Die Arbeit unter den Mohammedanern Javas ist bis heute vorwiegend Kleinarbeit und Einzelarbeit. Beim Rückblick auf ein zurückgelegtes Jahr will es manchem Missionar manchmal scheinen, als ob es statt Fortschritt Rückschritt gebracht habe. Die Zahl der getauften Erwachsenen ist erst 1548; im letzten Jahre wurden 37 Erwachsene getauft. Eine wichtige Rolle spielt die ärztliche Mission, von der man hofft, daß sie dem Evangelium den Weg in die spröden Herzen bahnen soll. Neuerdings erfreuen sich auch die Schulen eines starken Zuspruchs (2341 Schüler); denn auch in Java erwacht das Verlangen nach Schulbildung. Besonders sind die Schulen gesucht, in denen Holländisch gelehrt wird. Die Betheler Schwestern, ausgebildete Lehrerinnen sind hier sehr am Platze. An tüchtigen eingebornen Mitarbeitern (25 Helfer, 66 Lehrer, 41 Älteste) mangelt es noch sehr. Die Gemeinde in Salatiga besteht zum großen Teil aus Chinesen; auch die in Samarang hat manche Chinesen als Mitglieder.

Die Einnahme im Rechnungsjahre war 895 613 Mark. Von der Leitung der Vereinigten Methodistenkirche, die bisher nach der Pokomo-Mission (am Tana, Britisch-Ostafrika) gesehen hat, ist der Neukirchner Mission die Frage vorgelegt, ob sie geneigt und auch ob sie in der Lage sein würde, diese Mission wieder zu übernehmen. Selbstverständlich würde sie es brennend gern tun; nur ist es eine ernstlich zu erwägende Frage, ob sie dazu auch jetzt imstande sein würde; denn es würden monatlich dazu mehrere Millionen Mark erforderlich sein.

Der **Neuendettelsauer Mission** ist seit vorigem Jahre die Leitung ihrer schönen, blühenden Missionsarbeit aus der Hand genommen. Ihre Missionare aber dürfen draußen wenigstens weiterarbeiten. Die Mission hat so keine Unterbrechung oder Störung durch den Übergang der Leitung an die australischen Lutheraner erlitten. Von allen Stationen liegen Berichte über einen gedeihlichen Fortgang des Werkes vor. Besondere Ereignisse werden nicht gemeldet.

Die ernste Mahnung der Missionsleitung, die Mission nicht verhungern zu lassen, war in Abschnitt 1 erwähnt.

Der Allgemeine Evang.-Protest. Missionsverein vertritt als einzige deutsche Gesellschaft in Japan die deutsche evangelische Mission. Bei seinen beschränkten Mitteln ist seine Tätigkeit nicht sehr ausgedehnt. Von den zwei Missionaren hat der eine gesundheitshalber Japan verlassen müssen. Prof. Gundert von der Universität Tokio leistet der Mission nebenamtlich Hilfsdienste. Einige japanische Pastoren sind im Dienste des Vereins tätig. Nach seinen Grundsätzen wird das Hauptgewicht bei der Arbeit auf christliche Beeinflussung besonders der gebildeten Kreise gelegt, weniger auf Proselytierung und Gemeindefammlung. Doch haben sich im Laufe der Zeit auch kleine Gemeinden gebildet (488 Seelen). Die Mittelpunkte der Arbeit sind Tokio (Gemeindefarbeit, Evangelisation, Studentenheim, Kindergarten), Kyoto (Gemeindefarbeit und Evangelisation), der Chiba-Bezirk, Tokyojassi und Osaka. An letzterem Orte entfaltet Pastor Aoki eine vielseitige eifrige Tätigkeit. Pastor Akashi gibt eine christliche Zeitschrift „Shinri“ heraus.

In Nordchina hat der Verein durch Pfr. D. Wilhelm nun auch in der Hauptstadt Peking Fuß gefaßt. Er ist mit der Gründung eines religiös-wissenschaftlichen Institutes beschäftigt, das vor allem gebildete Chinesen dem Christentum nahe bringen will. In Tsingtau verfolgt das deutsch-chinesische Seminar des Vereins ähnliche Zwecke. Außerdem besitzt der Verein dort das Faber-Hospital. Erfreulich ist, daß die japanische Regierung den deutschen Missionen (auch der Berliner) die bisher nur gepachteten Grundstücke in Anbetracht ihres humanitären Charakters nunmehr als rechtliches Eigentum übergeben hat. Das heidnische Japan ist dem christlichen oder sagen wir richtiger dem unchristlichen England ein gut Stück voraus.

Die **Liebenzeller Mission** in China ist durch manche Not hindurchgegangen. Der Bürgerkrieg und das damit zusammenhängende Räuberunwesen hat Hunan, das Arbeitsfeld der Gesellschaft, nicht zur Ruhe kommen lassen. Ganze Orte wurden niedergebrannt, und solche Nöte griffen sehr spürbar in die Missionsarbeit ein. Das Reisen wurde sehr erschwert oder unmöglich gemacht. Besonders erschwerend war die Hungersnot, von welcher elf der missionierten Distrikte heimgesucht wurden. Dennoch ist die Arbeit nicht vergeblich gewesen, 333 Chinesen wurden getauft. Ein paar Außenstationen wurden neu besetzt. Es wird von 15 Hauptstationen aus missioniert. Die Gesamtzahl der Christen ist 2167. Von den 126 chinesischen Helfern sind 39 Evangelisten, 14 Lehrer, 1 Bibelpote, 18 Bibelfrauen und 64 unbesoldete. In neun Schulen, einschließlich der Blindenschule in Tschangtscha, werden 214 Schüler unterrichtet. — Auf den Admiralitätsinseln harret in geduldiger Pionierarbeit noch immer ein einsamer Missionar aus, — Die Betriebsmittel für ihre chinesische Arbeit erhält die Gesellschaft hauptsächlich aus Amerika.

Die **Allianz-China-Mission** (Barmen) ist wohl auf ihren Arbeitsfeldern (10 Stationen in den Provinzen Kiangsi und Tschekiang) von den Notständen, unter denen die Liebenzeller zu leiden hatten, unmittelbar nicht berührt worden. Doch die Wirkungen der verworrenen politischen

und der damit zusammenhängenden trostlosen wirtschaftlichen Lage machten sich auch auf ihren Arbeitsfeldern geltend. Der Revolutionsgeist, der Geist der Unbotmäßigkeit und Zuchtlosigkeit der Jugend — früher in China ganz unbekannt — der mächtig ins Land hereinflutende europäische Unglaube, daneben ein beträchtliches Wiederaufleben des Götzendienstes, sind gewaltige Hindernisse für das Evangelium. Auch in den Christengemeinden und Schulen dringt mancherlei von dem bösen Zeitgeist ein und bekundet sich in ungehörlichen Ansprüchen der Angestellten, auch wohl in Schul- und Versammlungstreiks. Eine Sorge anderer Art ist der Gabenrückgang in der Heimat. Es wäre sehr bedauerlich, wenn aus Mangel an Mitteln zu Entlassung von chinesischen Mitarbeitern (98) geschritten werden müßte. Je sparsamer man mit der Aussendung europäischer Missionare sein muß, desto unentbehrlicher sind tüchtige chinesische Evangelisten, Lehrer, Bibelfrauen usw. Zur Allianz-China-Mission rechnen sich 2682 Gemeindeglieder; 170 wurden neu getauft. — Die Jahreseinnahme war 352 174 M. und 67 273 (schweizerische) Franks.

Die **Pilgermission von St. Chrichona**, die im Anschluß an die internationale China-Inland-Mission auf 2 Stationen in Kiangsi arbeitet, hat ihren kleinen Arbeiterstab erfreulich ergänzen können (10 Missionsgeschwister).

Von der **Hildesheimer chinesischen Blindenmission**, welche zur Leitung des kleinen Blindenheims auf der Basler Missionsstation Kagitjchu eine Schwester ausgesandt hat, ist sonst nichts weiter zu melden. — Die Baptistische Missionsgesellschaft treibt zur Zeit keine eigentliche Missionsarbeit, sondern ist evangelistisch in den früheren russischen Ostseeprovinzen tätig.

Die **Sudan-Pionier-Mission** hat sich entschlossen, da eine Rückkehr auf das alte Missionsfeld im Sudan noch im weiten Felde zu liegen scheint, eine neue Arbeit in Palästina aufzunehmen, wozu ihr die deutsche Karmel-Mission den Weg bahnte. Anfangs 1923 sind ein Missionar nebst Frau und eine Missionschwester dahin abgeordnet worden. Die Ausrüstungs- und Ausreisekosten machten die horrende Summe von 6 Millionen Mark aus.

Das **Syrische Waisenhaus** ist nun seit zwei Jahren wieder in deutscher Verwaltung und wird von ihr ganz in alter Weise fortgeführt. Einen großen Zuwachs erhielt die Zahl der Zöglinge durch die Aufnahme von 93 arabischen Waisen aus dem aufgelösten, früher dem Jerusalemsverein gehörigen Waisenhause in Bethlehem. Auch die Ackerbaukolonie Bir Salem mit ihren wertvollen Apfelsinenplantagen wird im Lauf dieses Jahres dem Syrischen Waisenhause zurückgegeben werden. Nicht geringe Sorge bereitet dem Vorstand die Aufbringung der Unterhaltskosten für die großen Anstalten; denn das Neare East Relief trägt nur die Hälfte der Kosten. Und wenn die deutsche Verwaltung innerhalb von fünf Jahren finanziell zusammenbräche, würde das Syrische Waisenhaus wieder an die Engländer zurückfallen.

Die Tätigkeit des **Jerusalemsvereins** ist, soweit sie sich auf die eingeborne Bevölkerung bezieht, noch auf die Arbeit einiger arabischer

Prediger, die ihre kleinen Gemeinden in Bethlehem, Bethjala, Bethsahur und Hebron bedienen, und auf eine Missionschule in Hebron beschränkt. Prof. D. Alt, der Propst der Erlöserkirche, führt die Oberaufsicht.

Erschütternde Nachrichten kommen aus Anatolien. Ganz Kleinasien ist in der Hand der Kemalisten. So sehr den alliierten Mächten auch dieser fast unerwartete Rückschlag und Zusammenbruch ihrer Pläne zu gönnen ist, so bedauernswert ist die Lage, in die dadurch die morgenländischen Kirchen und Christen gekommen sind. Der Angorastaat scheint sich die Ausrottung der christlichen Bevölkerung ebenso zum Ziel gesetzt zu haben wie der alttürkische. Im Innern Kleasiens werden Christen kaum noch am Leben sein. Die Republik Armenien, die man sich gern als sichere Zufluchtsstätte für das bedrängte armenische Volk vorstellte, steht mehr oder weniger nur auf dem Papier, zumal seit sie dem Einfluß der Sowjets unterlegen ist. Das amerikanische Hilfswerk hat bei dieser Sachlage alle Waisenhäuser in der Türkei, auch das in Urfa aufgelöst und die Kinder nach Syrien, besonders nach Beirut, überführt. Alle armenischen Männer aus der Umgegend von Urfa flohen nach Süden, nur Frauen und Kinder blieben zurück. Der deutsche Hilfsbund für christliches Liebeswerk wird seine Waisenkinder wohl auch dahin in Sicherheit bringen müssen. Die deutsche Orientmission ist, nachdem der von ihr unterstützte Missionar Kunzler Urfa verlassen hat und die Leitung eines amerikanischen Waisenhauses im Libanon übernommen hat, arbeitslos geworden.

Über die „Ärztliche Mission und Evangelisation in Armenien“ des cand. med. Arm. Baronigian haben wir im letzten Jahresbericht geschwiegen; glauben aber doch eine Erklärung des schweizer Hilfskomitees (vgl. *Allg. Miss.-Ztschr.* 1922 S. 379) nicht ganz mit Stillschweigen übergehen zu sollen, in der sich daselbe gezwungen fühlt, vor der aufdringlichen Propaganda dieses Armeniers zu warnen, nachdem es in gemeinsamer Arbeit mit ihm zu der Erkenntnis gekommen sei, auf wie unsolidem Grunde B.s Werk stehe usw. — Baronigian selbst schreibt in seinem Blatte „Das neue Armenien“:

Man fragt uns, warum wir eine neue Mission für Armenien gegründet haben, wo doch bereits drei derartige Gesellschaften in Deutschland bestehen. Antwort: Wir haben unsere Mission nicht deshalb gegründet, um Konkurrenzarbeit zu treiben, sondern wir verfolgen Ziele und stellen uns Aufgaben, die trotz ihrer Wichtigkeit bis jetzt in der Weise noch von keiner Mission getrieben wurden. Ferner können wir aus Gewissensgründen unmöglich mit den schon bestehenden Missionen zusammenarbeiten, haben aber trotzdem seit der Gründung unserer Mission direkt und indirekt Fühlung mit den leitenden Männern derselben genommen, um mit ihnen wenigstens, wenn auch nicht zusammenzuarbeiten, so doch getrennt zu marschieren und vereint zu schlagen. Doch alle diese drei Gesellschaften haben verachtend zum Teil jede Annäherung abgelehnt. (Warum?)

Wichtigste Missionsadressen.

1. Brüdergemeine.

Die Missionsdirektion der evangelischen Brüder-Unität.

D. P. Hennig, J. L. Hamilton, A. Ward, Bischöfe; D. Baudert, D. Leonh. Reichel, J. Hettafch.

Sitz: Herrnhut, Sachsen.

Postfcheck: Missionsverwaltung Herrnhut, Leipzig 7669. Fernruf: Herrnhut 20.

2. Evangelische Missionsgesellschaft in Basel.

Präs.: Pfr. W. Burckhardt.

Dir.: H. Dipper.

Insp.: Pfr. D. Würz, Pfr. W. Dettli, Johs. Müller.

Anschrift für Briefe: Leopoldshöhe, Baden, Postfach 14.

Postfcheck: Basler Miss.-Verwaltung, Leopoldshöhe, Karlsruhe 6743.

Fernruf: Basel 2625.

3. Berliner Missionsgesellschaft.

Präs.: D. F. A. Spiecker, Berlin-Dahlem, Miquelstr. 58.

Miss.-Dir.: S. Anak; Miss.-Insp.: PP. W. Gründler, G. Beyer, S. Schoene. Berlin NO, Georgenkirchstr. 70.

Postfcheck: Berlin 3771. Fernruf: Königstadt 3468.

4. Rheinische Mission.

Präs.: Komm.-Rat Colsmann, Langenberg (Rheinland).

Dir.: Fries. Insp.: PP. Kriele, Wegner, Krafft, Becker, Hoffmann, Heinrichs.

Sitz: Barmen, Rudolfstr. 137/139.

Postfcheck: Köln 6683. Fernruf: Barmen 639.

5. Norddeutsche Missionsgesellschaft.

Präs.: Prof. Dr. med. Stoevesandt, Bremen, Städt. Krankenanstalt.

Insp.: D. Schlunk, Hamburg 23, Blumenau 144.

Sitz: Bremen, Am Dobben 123.

Postfcheck: Hamburg 1621. Fernruf: Bremen, Hanja 8861.

6. Götterische Missionsgesellschaft.

Dir.: D. H. Kaufsch.

Insp.: Roterberg und J. Zernick, Berlin-Friedenau, Handjerystr. 19/20.

Postfcheck: Berlin 7950. Fernruf: Pfalzburg 2175.

7. Evang.-luth. Mission zu Leipzig.

Vors.: Landesbischof D. Ihmels, Leipzig.

Stellvertr. Vors.: Oberkirchenrat Sup. D. Cordes, Leipzig.

Dir.: Prof. D. Paul, Missionshaus, Carolinenstr. 19.

Insp.: P. Weishaupt, Carolinenstr. 17 I.

Theol. Lehrer: P. Lic. Priegel, Missionshaus, Carolinenstr. 17.

Postfcheck: Leipzig 168.

8. Frauenverein für christliche Bildung des weiblichen Geschlechts im Morgenlande.

Vorsteherin: Frau Claußen von Fink, Berlin W 35, Derfflingerstr. 19 a.

Schatzmeister: Geh. Hofrat Steller, Berlin-Steglitz, Kurfürstenstr. 7.

Geistliche Berater: P. Israel, Berlin, Matthäuskirchstr., und Prof. D. Haußleiter, Halle a. S., Zietenstr. 10.

9. Hermansburger Mission.

Dir.: P. D. Haccius.

Mitarbeiter für die Heimat: P. Schomerus, Celle; für Persien: P. Röbbelen; für die Schulen: Oberlehrer Habenicht; für die Volkshochschule: Dr. Möller.

Sitz: Hermannsburg, Prov. Hannover. Fernruf: 5. Postcheck: Hannover 6176.

10. Berliner Frauen-Missionsverein für China.

Stellv. Vorsteherin: Frä. Iher. Hengstenberg, Berlin, Baireutherstr. 39.

Stellv. Schatzmeister: Architekt Zachan, Berlin-Friedenau, Thormwaldstr. 2.

Postcheck: 36 606 Berlin.

Verantwortlicher Schriftleiter: Sup. a. D. Petri, Berlin-Dichterfelde, Holbeinstr. 45.

11. Jerusalemsverein in Berlin.

Vorj.: D. Graf von Schwerin, Hohenbrünzow (Mark).

Schriftf.: Pfr. Ulich, Berlin-Wilmersdorf, Günstelstr. 35.

Schatzmeister: Verlagsbuchhändler Ulrich Meyer, Berlin-Wilmersdorf, Günstelstr. 35.

Postcheck: Jerusalemsverein, Berlin NW. 7, 16 777.

12. Breklumer Mission.

Vorj.: P. Bahnjen, Altona-Othmarschen.

Miss.-Insp.: P. Bracker, Pohl.

Sekretär: Chr. Wienberg.

Adresse: Schleswig-Holstein. evang.-luth. Missionsgesellschaft zu Breklum, Reg.-Bezirk Schleswig. Postcheck wie die angegebene voranstehende Adresse, Hamburg 3232.

13. Neukirchener Mission.

Vorj.: Insp. Nitsch.

Insp.: P. Pajchen, Neukirchen. Kreis Mörs, Reg.-Bez. Düsseldorf.

Für das Missionshaus: Insp. H. Schiefer.

14. Allgemeiner Evang.-Protestantischer Missionsverein.

Präsident: Pfr. Habicht, Berlin C. 19, Friedrichsgracht 53/55.

1. Vizepräsident: Pfr. Dr. Pfister, Zürich, Schienhutgang 6.

Miss.-Dir.: Pfr. D. Dr. J. Witte, Berlin-Steglitz, Sedanstr. 40.

Miss.-Insp.: Pfr. E. Knodt, Berlin-Friedenau, Stubenrauchstr. 17. Pf. Devaranne.

Zentralbureau: Berlin W. 57, Pallasstr. 8/9. Fernruf: Kurfürst 4613.

Schatzmeister: P. Günther, Berlin S. 59, Freiligrathstr. 6.

Postcheck: Berlin 6457.

15. Bethel-Mission.

Vorj.: P. D. F. von Bodelschwingh, Bethel bei Bielefeld.

Miss.-Insp.: P. Lic. Trittelvitz, Bethel bei Bielefeld.

Postcheck: Hannover 1115. Fernruf: Bielefeld 478.

16. Neuendettelsauer Mission.

(„Gesellschaft für Innere und Äußere Mission im Sinne der lutherischen Kirche.“)

Vorj.: Kirchenrat E. Stirner, Neuendettelsau.

Miss.-Dir.: Pfr. Ruf, Neuendettelsau.

Miss.-Insp.: Pfr. Steck und Pfr. Zahn, Neuendettelsau.

Postcheck: Direktion der Missionsanstalt Neuendettelsau (Bayern), Nürnberg 3070.

17. Allianz-China-Mission, e. V.

(Barmer Zweig der China-Inland-Mission.)

Geschäftsstelle: Missionsleiter A. Engler, Barmen, Seifenstr. 3—5. Fernruf 773.

18. Deutsche Blindenmission unter dem weiblichen Geschlecht in China.

Vors. des Missionsvorst.: P. i. R. Müller, Hildesheim, Kesslerstr. 52.
 Vorsteherin: Frä. Luise Cooper, Hildesheim, Sedanstr. 33.
 Schatzmeister: W. Kalkkuhl, Hildesheim, Sachsenring 62.

19. Missionsgesellschaft der Deutschen Baptisten, Sitz: Berlin.

Miss.-Dir.:
 Miss.-Insp.: E. R. Süvern, Neuruppin.
 Geschäftsstelle: Missionshaus Neuruppin. Fernruf: Neuruppin: 328.
 Postcheck: Missionsgesellschaft der Deutschen Baptisten in Berlin, Berlin 5939.

20. Mission der Hannoverischen evang.-luth. Freikirche.

Vors. des Missionsausschusses: Sup. J. Böttcher, Molzen b. Ülzen.
 Leiter des Missionsseminars: P. Blanke, Bleckmar, Post Bergen b. Celle.
 Fernruf: Bergen b. Celle (Hilfsstation Bleckmar).
 Missionskasse: P. Bingmann, Celle. Postcheck: Hannover 2209.

21. Pilgermission von St. Chrißhona b. Basel.

(Auch Chrißhona- und Zweig der China-Inland-Mission.)

Inspektorat: St. Chrißhona, Post Riehen b. Basel, Schweiz.
 Insp.: J. Beiel. Fernruf: 9502. Telegr.-Adr.: Chrißhona, Basel.

22. Liebenzeller Mission (i. Verband der China-Inland-Mission), B. m. b. S., Liebenzell (Württemberg).

Direktor: Pfr. Heinr. Coerper, Liebenzell, Württemberg.
 Fernruf: 12. Postcheck: Stuttgart 3865.

23. Sudan-Pionier-Mission. S. P. M.

Vors.: P. W. Ziemendorff, Holzappel, Bez. Wiesbaden. Fernruf: Holzappel 18.
 2. Vors.: P. Mockert, Waldbrohl (Rheinland).
 Miss.-Insp.: P. Held, Wiesbaden, Balkmühlstr. 8. Fernruf: 6550.
 Geschäftsstelle: Wiesbaden, Emserstr. 12.

24. Deutsche Orient-Mission. Potsdam.

Vors.: P. Winkler, Berlin-Wilmersdorf, Lübingerstr. 5.
 Stellv. Vors.: P. Lic. Ulrich, Berlin SW. 68.
 Geschäftsstelle: Potsdam, Wilhelmplatz 16/17. Fernruf: Potsdam 228.
 Postcheck: D. O. M. Potsdam-Berlin 6698.

25. Evangelischer Verein für das Syrische Waisenhaus in Jerusalem.

Sitz: Köln a. Rh.
 Vors.: P. D. Schneller, Köln-Marienburg, Ulmenallee 96.
 Postcheck: D. Schneller, Köln-Marienburg, Köln 6874.

26. Deutscher Hilfsbund für christliches Liebeswerk im Orient.

Frankfurt a. M., Fürstenbergerstr. 151.

Vors.: P. Ernst Lohmann, Achtenhagen.
 Dir.: J. Schuchardt, Frankfurt a. M., Fürstenbergerstr. 151.

27. Missionsgesellschaft der Siebenten-Tags-Adventisten, Hamburg,

Grindelberg 15 a. Fernruf: 8, 980.

Vors.: Missionsdirektor L. R. Conradi. Vizeworst.: H. J. Schubert.
 Sekretär und Schatzmeister R. Rühling.

28. Deutsch-Österreichischer Hauptmissionsverein für Evang. Heidenmission.

Stz.: Wien VII, Rennongasse 15.

Postcheck: 151 491.

Vors.: Prof. J. G. Haberl, Wien IV, Schelleingasse 41.

Stellvertr. Vors.: Oberkirchenrat P. Prof. Zwernemann, Wien I, Dorotheengasse 18.

Sekretär: Miss.-Pred. E. Bufe, Wien XII, Strohberggasse 2.

Schatzmeister: Rat Josef Th. Eder, Wien XIII, Meiselfstr. 55.

29. Deutsches Institut für ärztliche Mission in Tübingen mit Schwesternheim und Tropengenesungsheim.

Vorsitzender des Verwaltungsrats: Dr. med. h. c. Paul v. Lechler, Stuttgart, Kronenstr. 50.

Rechner: Kommerzienrat Max Hartenstein, Cannstatt-Stuttgart, Freiligrathstr. 8.

Schriftführer: Oberlehrer Im. Kammerer, Stuttgart, Hauptstätterstr. 101.

1. Dir.: Prof. Dr. G. Olpp, Tübingen.

Postcheck: Deutsches Institut für ärztl. Mission in Tübingen, Stuttgart 20 956.

30. Der Deutsche Evangelische Missionsauschuß.

D. Hennig, Herrnhut, Vorsitzender.

D. Haußleiter, Halle, Zietenstr. 10.

D. J. Richter, Berlin-Steglitz, Grillparzerstr. 15.

D. Paul, Leipzig, Carolinenstr. 19.

Miss.-Dir. Dipper, Basel.

P. Kriele, Barmen.

D. Arenfeld, Gen.-Sup. Berlin.

D. Schlunk, Hamburg, Blumenau 144.

31. Deutsche Evangelische Missionshilfe.

Vors.: D. Dr. med. h. c. von Hegel, Wirkl. Geh. Rat und Oberpräsident a. D., Merseburg.

Schriftführer: Prof. D. Julius Richter, Berlin-Steglitz, Grillparzerstr. 15.

Schatzmeister: D. F. A. Spiecker, Berlin-Brunewald, Miquelstr. 58.

Direktor: D. A. W. Schreiber, Berlin-Steglitz, Humboldtstr. 14 I.

Geschäftsstelle, an die alle Zuschriften und Zahlungen zu richten sind, ist in Berlin-Steglitz, Humboldtstr. 14 I. Fernruf: Steglitz 1775. Postcheckkonto: Berlin NW. 7. Nr. 19 012.

32. Der Verbandsauschuß der Deutschen evang. Missionskonferenzen.

1. Dekan Haller, Freudenstadt (Württemberg).

2. Prof. D. Haußleiter, Halle a. S., Zietenstr. 10, Vorsitzender.

3. Missionsdirektor D. P. D. Hennig, Herrnhut (Sa.), Schriftführer.

4. Pfr. Hendrich, Krögis, Bez. Dresden.

5. Pfr. Lic. Johannsen, Essen (Ruhr), I. Weberstr. 20.

6. Prof. D. Mirbt, Göttingen, Ritterplan 5.

7. Prof. D. Jul. Richter, Steglitz (Berlin), Grillparzerstr. 15, und Sup. a. D. D. Petrich, Berlin-Halensee, Augusta-Viktoria-Str. 3/4, Ehrenvorsitzender.

Verbandskasse: Postcheck 85 683 Leipzig, Miss.-Insp. Theod. Bechler, Herrnhut i. Sa.

33. Deutsche Gesellschaft für Missionswissenschaft.

Vors.: Geh. Rat Prof. D. Mirbt, Göttingen, Ritterplan 5.

Stellv. Vors.: Prof. D. Jul. Richter, Berlin-Steglitz, Grillparzerstr. 15.

Schriftführer: Miss.-Insp. D. M. Schlunk, Hamburg, Blumenau 144.

Kassierer: Mart. Möller, Othmarschen b. Hamburg, Reventlowstr. 5.

Sechstes Kapitel.

Juden und Judenmission.

Von Lic. E. Schaeffer, Pfarrer in Berlin-Oberschöneweide.

(Abgeschlossen Anfang Mai 1923.)

Besondere Umstände nötigen dazu, in diesem Jahre auf die sonst regelmäßig gegebene Übersicht über die Angelegenheiten der Judenheit zu verzichten. Der Berichterstatter hat sein Amt als Missionsdirektor der Berliner Landeskirchlichen Judenmission aufgeben und in das Pfarramt übergehen müssen, da deren Mittel nun endgültig erschöpft sind. Unter diesen Umständen sind ihm die Rohmaterialien zur Bearbeitung der Judenfrage in der bisherigen Weise nicht mehr so zugänglich wie früher, und wenn jüdische Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren ihn erreichen, so fehlt es in einer großen Industriegemeinde an der Zeit, die erforderlich wäre, mit der Bearbeitung dieser Dinge auf dem laufenden zu bleiben. Leider haben die bisher noch im Missionsbureau tätig gewesenen Hilfskräfte das in sie gesetzte Vertrauen nicht gerechtfertigt, daß sie das Jahr hindurch die Materialien gehörig verarbeiten würden. So müssen also in diesem Jahre der Herausgeber wie der Leser sich mit einem kurzen Überblick über den Stand der deutschen Judenmission begnügen.

Wer jedoch den neusten Stand der Judenfrage in christlicher Beleuchtung zusammenfassend vor Augen haben möchte, der sei hingewiesen auf das Heft von Julius Hahn „Die Judenfrage“, 1922 in der Agentur des Rauhen Hauses in Hamburg erschienen. Freilich wird der Verfasser inzwischen wohl schon selbst die Erfahrung gemacht haben, daß seine wohlgemeinten, auch den deutschnationalen Gefühlen Rechnung tragenden Darlegungen gewisse Kreise keineswegs zufriedengestellt haben. Denn wer trotz allen Geschreis von anderer Seite noch immer zu behaupten wagt, daß der Herr Christus ein geborner Jude gewesen sei, der hat nun einmal bei gewissen Leuten verspielt. Wer sich aber sachlich unterrichten will, sei auf diese kleine Schrift hingewiesen.

Die Judenmission in der Welt und so auch in Deutschland nimmt durchaus an der allgemeinen Lage teil: soweit valutastarke Völker sie treiben, blüht und gedeiht sie und macht Fortschritte. Soweit aber valutaschwache sich dazu berufen fühlen, heftet sich in der Gegenwart der Mißerfolg an ihre Sohlen. Die schwedische Judenmission hat im

vergangenen Jahre in Wien auf ziemlich großem Fuße eine Missionsstation neu einrichten und sie mit dem trefflichen und schon früher in Czernowitz erprobten Pastor Schalin, einem Missionar und zwei Schwestern besetzen können. Die Barbican Mission in London, deren um sie hochverdienter Missionsdirektor C. I. Lipshyß im Berichtsjahr gestorben ist, hatte noch durch diesen kurz vor seinem Heimgange eine Reise nach dem Osten unternehmen lassen, deren Zweck war, einen geeigneten Platz für die neue Begründung einer Station ausfindig zu machen. Wir freuen uns herzlich solcher Fortschritte und wünschen ihnen den reichsten Segen des Herrn aller Mission.

Um so schmerzlicher ist es uns, berichten zu müssen, daß die gesamte deutsche Judenmission unter der Not der Zeit arg zu leiden hat. Bei der Berliner und der Kölner Mission ist der Mangel an Mitteln der Grund, daß sie mehr und mehr ihre Arbeiten beschränken mußten. Die Leipziger Schwestergesellschaft hat nicht unter dem gleichen Mangel in gleicher Schwere zu leiden, da sie nach mündlichen Mitteilungen mit mancherlei Mitteln aus Amerika und Australien unterstützt wird; aber auch da fehlt die frische, fröhliche Regsamkeit der Arbeit, weil der Zeitgeist ihr nicht günstig ist und die Leipziger Gesellschaft keinen Widerhall mit ihrem Werben in der deutschen Christenheit findet. Dankbar sei übrigens anerkannt, daß mehrfach die auswärtigen Judenmissionsgesellschaften Europas, namentlich die niederländische, schwedische, dänische, norwegische und schweizerische Schwestergesellschaften, den deutschen Missionen Hilfe erwiesen haben. Doch wenden wir uns näher nach diesen Vorbemerkungen zu den einzelnen deutschen Judenmissionsgesellschaften.

Die Berliner Gesellschaft zur Beförderung des Christentums unter den Juden hat leider in dem Berichtsjahr mehr und mehr in die Stille gehen müssen. Nach dem Weggang des Missionsdirektors Pastor Lic. Schaeffer und seinem Übertritt in ein Pfarramt hat zunächst die Missionarin Fräul. Tilscher, soweit es ihre Kräfte erlaubten, die Arbeit weitergeführt. Als im Laufe des Sommers mehrere größere Auslandsspenden der Berliner Gesellschaft zugeflossen waren, glaubten die Herren des Vorstandes, trotz der überaus bedrohlichen Anzeichen für die Zukunft noch einen Versuch mit der Einstellung eines hauptamtlichen Berufsarbeiters machen zu können: der Kandidat Hermsdorf wurde vom 1. November ab als nichtordinierter, vom 1. Januar 1923 ab als ordinierter Hilfsprediger angestellt. Er hat sich redlich bemüht, in die ihm bis dahin völlig fremde Materie sich einzuarbeiten. Leider übertraf die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands die schlimmsten Erwartungen noch um vieles, so daß in diesem Augenblick der Berichtserstattung die Mittel der Gesellschaft völlig erschöpft sind. Infolgedessen hat der Vorstand der Berliner Gesellschaft den Entschluß nicht weiter hinauschieben dürfen, auch diese beiden letzten hauptamtlichen Berufsarbeiter zu entlassen. Damit wird der unmittelbare Missionsbetrieb der Berliner Gesellschaft eingestellt sein. Es ist aber nicht der Gedanke,

daß die Berliner Mission nun tot sei. Vielmehr wird sie, wie schon einmal in ihrer hundertjährigen Geschichte, solange es dem Herrn der Mission gefällt, ruhen, um — will's Gott — einmal neugekräftigt wieder zu erwachen. Der frühere Missionsdirektor Pfarrer Lic. Schaeffer wird, soweit seine amtlichen Pflichten als Pfarrer einer großen Industriegemeinde es ihm gestatten, das Interesse und die Arbeit der Berliner Landeskirchlichen Judenmission weiterhin vertreten. Der Vorstand ist mit ihm der Zuversicht, daß die Kreise, die bisher die Arbeit getragen haben, auch weiterhin so weit sie schützen werden, daß, wenn nicht ein stattliches Haus, so doch eine „Hütte im Gurkenfeld“ stehen bleibt, bis einmal, wenn des Herrn Zeit gekommen ist, ein neuer Anfang gemacht werden kann.

Nachrichtlich sei hinzugefügt, daß in Berlin die Hebrew Christian Testimony, in deren Hause in der Oranienburgerstraße jetzt der greise und in seinem hohen Alter fast erblindete Chef des Werkes, Pastor Schönberger, Aufenthalt genommen hat, mancherlei Arbeit treibt. — In Hamburg hat Rev. A. Frank im Berichtsjahr seine Arbeit fortführen können.

Der lutherische Zentralverein für Israelmission in Leipzig hat, wie schon gesagt, nicht in gleicher Weise unter den Geldnöten der Gegenwart zu leiden. In ausgiebiger Weise ist er vielmehr von den lutherischen Synoden in Amerika und Australien mit Mitteln unterstützt worden. Dazu kommt, daß die Zweigvereine in Sachsen, Bayern, Hannover, Thüringen, Oberhessen, beiden Mecklenburg, in Hamburg und der Gemeinde Balhorn fleißig für den Zentralverein in Leipzig geworben haben. Freilich hat die Steigerung der Einkünfte durch die Zweigvereine auch nicht annähernd mit der Steigerung der Teuerung Schritt halten können. Ohne die Auslandshilfe wäre auch Leipzig nicht imstande, in dem bisherigen beschränkten Umfange die Arbeit fortführen zu können. So aber war es möglich, in Leipzig selbst, in dem alten unzulänglichen und doch sehr gemüthlichen Heim am Markt 2, kleine Versammlungen von Juden und Judenchristen abzuhalten, die beiden Blätter „Saat auf Hoffnung“ und „Friede über Israel“ auch dieses Jahr hindurch hinausgehen zu lassen und dann und wann Freunde der Arbeit zu sammeln. Aber der Missionsdirektor Pfarrer von Harling klagt, daß auch der Leipziger Arbeit ein frischer, fröhlicher Schwung fehlt, da sie in der Christenheit, die heute mehr als je über die Auswüchse jüdischer Geldwirtschaft erbittert ist, nicht genügend lebendige Teilnahme findet. — Die Missionsstation in Breslau ist weiter durch den Missionar Jahnke versorgt worden. Zeitweilig hat der schwedische Missionar Ginsburg ihn unterstützen können.

Dagegen herrscht in dem **Institutum Delitzschianum** ein regeres Leben. Zur Zeit sind dort als Lernende zwei dänische Missionarinnen, ein holländischer Pastor, ein deutscher Kandidat der Theologie und ein

judenchristlicher Missionskandidat, mit denen wissenschaftliche Übungen gehalten werden über alle Gebiete der Judenmission. Außerdem finden von Zeit zu Zeit Vorträge für Studierende im Institutum statt.

Der Westdeutsche Verein für Israel in Köln hat im Oktober des vergangenen Jahres sein 79. Jahresfest gefeiert. Auch er ringt um seine Existenz. Sein Monatsblatt hat er zuerst zweimonatlich und neuerdings vierteljährlich erscheinen lassen. Die Stelle eines Missionsdirektors hat immer noch nicht besetzt werden können. Die Missionare Mäder und Löwy sind die beiden Träger der Arbeit. Eine beachtliche Reisetätigkeit ist auch dieser Gesellschaft durch die Kosten verboten.

Der Verein der Freunde Israels in Basel unter der Leitung seines Missionsdirektors Pastor Laub hat ein gesegnetes Missionsjahr hinter sich. In Süddeutschland ist in Stuttgart eine Missionsstation von den Schweizern begründet und mit dem Pastor Gerhardt besetzt worden. In der welschen Schweiz hat Pastor Raymark von seinem Sitz Lausanne aus unter Juden und Christen gearbeitet. Im Osten haben die Schweizer Brüder die Stationen Wilna und Lodz weiterhin besetzt gehalten. Wenn auch — namentlich in Wilna — manche politischen Schwierigkeiten zu überwinden sind, so ist doch überall rege und erfolgreiche Arbeit festzustellen. Die im Osten stationierten Missionare Salzberg, Kohl und Wolf schreiben übereinstimmend in ihren Berichten von erhebenden Beispielen jüdischer Aufnahmehereitwilligkeit gegenüber dem Evangelium.

Zum Schluß seien aus dem Gebiet der Judenmission **einige besonders bedeutsame Ereignisse** noch hervorgehoben.

Zuerst ist zu berichten, daß der verdiente und gelehrte Professor D. Dr. Herm. L. Strack im Berichtsjahre heimgegangen ist. Sein Tod bedeutet für die gesamte Judenmission der Welt einen sehr bedeutenden Verlust. Er war nicht bloß einer der wenigen christlichen Gelehrten, die eine gediegene Kenntnis der rabbinischen Wissenschaften haben, sondern er hat auch um alttestamentliche und Talmudwissenschaft durch zahlreiche und gründliche Veröffentlichungen sich hervorragende Verdienste erworben. Auch die Juden haben an ihm viel verloren, denn er hat sich allezeit als ein Freund des alten Gottesvolkes erwiesen und seine große Gelehrsamkeit und vielgewandte Feder oftmals dazu benutzt, die Juden gegen ungerechtfertigte Angriffe zu verteidigen. Ob er freilich dabei immer das rechte Augenmaß für die vorhandenen Schäden und das wünschenswerte Geschick in der Geltendmachung seiner Polemik gehabt hat, muß man leider mit Bedauern verneinen. Zu beklagen ist es, daß seine eigenste Schöpfung, das Institutum Judaicum Berolinense ihn — wenigstens in seiner ursprünglichen Form — nicht überlebt. Es ist von der theologischen Fakultät der Berliner Universität übernommen und in ein Seminar für neutestamentliche Zeitgeschichte umgewandelt worden.

Eine zweite wichtige Nachricht soll hier ihre Stelle finden: die Falaschamission, die christliche Missionsarbeit unter den schwarzen Juden Abessinians, hat einen neuen Anfang erleben dürfen. Der Sohn des Gründers der Falaschamission, des „Vaters“ Flad, hat die Möglichkeit gehabt, nach Abessinien hineinzukommen, und mit den treubewährten eingebornen Missionsarbeitern eine Konferenz zur Neuorganisation der Falaschamission veranstalten dürfen. Das war um so erwünschter, als bekanntlich die Juden durch Faitlowitsch große Anstrengungen machen, die Juden Abessinians gegen das Christentum zu festigen und die schon getauften zurückzugewinnen.

Endlich kommt eine interessante Nachricht über Leipzig aus London. Der jetzt dort stationierte, feinsinnige, tieffromme und sehr gelehrte Missionar Levertoff hat seitens des Bischofs von London den Auftrag erhalten, für eine sich bildende judenchristliche Gemeinde eine Gottesdienstordnung im Anschluß an das jüdische Gebetsbuch zu verfassen. Gleichzeitig hat der Bischof eine im Osten Londons gelegene Kirche seines Sprengels für diese Gemeinde zur Verfügung gestellt, die dann einen jüdischen Zweig der anglikanischen Kirche bilden soll. Seit langen Zeiten spielt in der Judenmission die Frage eine wichtige Rolle, ob die getauften Juden in der übrigen Christenheit aufgehen oder zu besonderen judenchristlichen Gemeinden zusammengeschlossen werden sollen. Eine Reihe namhafter Judenchristen, vor allen Dingen der im November 1916 verstorbene Ch. Th. Lucky, aber auch viele in der Judenmission bekannte Christen wie der kürzlich verstorbene Professor Ströter und die Pastoren Wiegand in Plau (Meckl.) und Weidauer in Brigidau (Galizien) haben es immer beklagt, daß die getauften Juden ihrem Volke verloren gehen. Sie haben ständig die Forderung judenchristlicher Gemeinden erhoben. Die 1911 tagende internationale Judenmissionskonferenz in Stockholm hatte die wichtige Angelegenheit auf ihre Tagesordnung gesetzt und wurde dadurch überrascht, daß der Hauptreferent, der damalige Missionsdirektor Pastor Lindhagen, rückhaltlos der Forderung einer judenchristlichen Gemeinschaft zustimmte. Der Gründe dafür und dawider sind natürlich viele. Das steht aber ganz fest, daß das Judenchristentum für die im Zionismus sich sammelnde Judenheit niemals irgendwelche Bedeutung wird gewinnen können, wenn es nicht als selbständige Größe mit jüdisch-nationaler Bestimmtheit hervortreten vermag. Es scheint nun also, als wenn dort in London ein Versuch dieser Art greifbare Gestalt gewinnen soll. Wer Levertoff persönlich kennt, weiß auch, daß er vor anderen für diese Aufgabe die geeignete Persönlichkeit ist. Nur wird nötig sein, rechtzeitig für Nachwuchs zu sorgen, der einmal, wenn Levertoff nicht mehr ist, das Werk weiterführen kann. Auch die vielversprechenden Unternehmungen des bekannten Rabinowitsch in Bessarabien sind daran gescheitert, daß nach seinem Tode niemand bereitstand, das Werk weiterzuführen.

Die mitgeteilten Nachrichten haben gezeigt, daß die Judenmissionsarbeit in Deutschland gegenwärtig eine Zeit der ernstesten Krise durch-

lebt. Wo noch vor wenigen Jahren frisches Leben und Gedeihen war, da ist nun Rückgang und Stillstand eingetreten. Wer aber mit uns der Meinung ist, daß die Judenmission eine Pflicht der Christenheit und ein Werk barmherziger Jesusliebe den Juden gegenüber ist, der kann nicht daran zweifeln, daß Gott ihr wohl eine Zeit der Stille, aber nicht den Untergang bereiten kann. So wird auch in Deutschland eine neue Zeit der Judenmissionsarbeit wieder anheben. In der Zwischenzeit gilt es, der unscheinbar gewordenen Arbeit die Treue zu bewahren und Kräfte und Mittel zu sammeln. Möchten alle, die diese Zeilen zu Gesicht bekommen, zu denen gehören, die einem neuen Aufstieg in Gebet und Fürsorge für eine der deutschen Gesellschaften vorarbeiten.

Anschriften der deutschen Judenmissionsgesellschaften.

Gesellschaft zur Beförderung des Christentums unter den Juden (Berliner landeskirchliche Judenmission). Vorsitzender: Gen.-Sup. D. Keffler. Mit der Wahrnehmung der Direktoratsgeschäfte bis auf weiteres beauftragt: P. Lic. Schaeffer, Berlin-Oberschöneweide, Wilhelminenhofstr. 42. Berufsarbeiter: P. Hermsdorf, Berlin N 37, Kastanien-Allee 22. Fernsprecher: Humb. 775. Postcheckkonto: Berlin Nr. 34 655.

Westdeutscher Verein für Israel in Köln a. Rh. Vorsitzender: Pfarrer R. Fliedner, Köln-Nippes. Schatzmeister: P. K. Pellmann, Essen, Laden-spelderstraße 46. Postcheckkonto: Essen 6806. Missionshaus: Köln a. Rh., Moltkestr. 80. Berufsarbeiter: Missionar Maeder und Missionar Löwy.

Evangelisch-lutherischer Zentralverein für Mission unter Israel. Vorsitzender: D. Dr. Jeremias. Missionsdirektor: P. D. v. Harling. Missionsbureau: Leipzig, Markt 2. Postcheckkonto: Leipzig 51 878.

Berein der Freunde Israels für Judenmission in Basel. Vorsitzender: P. a. D. Mare Hoch, Basel. Missionsdirektor: P. Paul Laub. Missionsbureau: Basel, Hebelstr. 129. Postcheck: Basel V 3176.

Siebentes Kapitel.

Innerkirchliche Evangelisation.

Bearbeitet von Pastor Ernst Bunke, Spandau.

(Abgeschlossen am 10. Mai 1923.)

1. Innerkirchliche Evangelisation und vaterländische Not.

Die Zeit ist vorüber, wo man den Freunden der I. E. den Vorwurf machen konnte, daß sie über dem Ausblick nach dem himmlischen Vaterland gegen das irdische und sein Geschick gleichgültig würden. Vor Zeiten hieß es: „Christen wählen nicht“. Jetzt tun die Christen auch allenthalben darin ihre Schuldigkeit. Sie leiden mit unter der Not des Vaterlandes und beugen sich darunter, nehmen ihren Anteil an der Gesamtschuld auf sich und empfinden ihre Verantwortung.

Während des Krieges hatten die Gemeinschaften ihre regelmäßigen Gebetsstunden. Die Zeit ist jetzt gekommen, wo die Beter an die Front gerufen werden. So erließ nach dem Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet Pastor D. Michaelis, der Vorsitzende des Gnadauer Verbandes, im „Gnadauer Gemeinschaftsblatt“ einen Aufruf zu gemeinsamem Gebet unter der Überschrift: „Deutschland zwischen den Ägyptern und dem Roten Meer“. Wir lesen da: „Ihr Beter Deutschlands wacht auf! Die Lage unseres Volkes ist furchtbar ernst. Hinter uns sind die Ägypter, vor uns liegt das Rote Meer. Nur Gott kann uns retten. Die Franzosen wollen mit aller Macht Deutschlands endgültige Unterwerfung unter die französische Vorherrschaft. Es ist eine Torheit, auf Verständigung mit ihnen zu hoffen . . . In mehr als einem Sinne liegt vor uns das Rote Meer. Eine rote Flut von Blut und Tränen, welche da sich ergießt, wo Krieg ist, eine rote Flut von bolschewistischer Gottlosigkeit. Wir dürfen nicht vergessen, daß bis zur Stunde die Sowjetregierung in Rußland keine Bibel über die Grenze läßt . . . Ihr Beter in Deutschland wacht auf! Laßt uns ablegen alle Sünde, die Sünde in jeder Gestalt, die den Gebetsgeist hemmt und die Gebetserhörung zunichte macht. Sagt auch nicht so rasch: Es ist die letzte Zeit. Petrus sagt uns, daß der Herr mit seiner Wiederkunft verzieht, damit noch jedermann zur Buße sich kehre. Das ist der Sinn wahren Erbarmens.“

Als Gebets-Anliegen empfiehlt der Gnadauer Verband:

Ausrüstung der Gemeinde Gottes mit viel größerer Geistesmacht für die Kämpfe und Versuchungen der Gegenwart,

Reinigung der Jünger und Jüngerinnen vom Verstricktsein in die Zeitünden, die Mammonsünden, Sorgengeist, Zuchtlosigkeit der Jugend, Selbstsucht, Lieblosigkeit,

Wiedereröffnung der unseren deutschen Missionaren von unseren Feinden verschlossenen Missionsgebiete,

Göttlichen Trost für die Opfer französischer Gewaltpolitik (die Ausgewiesenen, die Mißhandelten, die Hinterbliebenen der Ermordeten), Geduld und Ausharren der Ruhrbevölkerung,

Weisheit, Festigkeit und Gerechtigkeit unserer Regierung.

Man sieht, daß sich mit den Gesichtspunkten des Reiches Gottes die innere Teilnahme für Volk und Vaterland verbindet.

Gegenüber der äußeren Not der Ruhrbevölkerung haben sich selbstverständlich auch die Kreise der J. E. gebefreudig betätigt. Die Frage war nur die, wohin die Gaben zu richten seien. D. Michaelis schreibt: „Wem werden wir lieber helfen als unseren Glaubensgenossen? Es erging an mich die Anregung, einen Weg ausfindig zu machen, wie wir Gaben an notleidende Mitglieder unserer christlichen, kirchlichen (und auch freikirchlichen) Gemeinschaften und Vereine im Ruhrgebiet sicher gelangen lassen könnten. Ich wandte mich an unseren Bruder, Kaufmann Wilhelm Böhm, Essen. Es hat sich unter seinem Vorsitz ein Ausschuß gebildet, welcher die eingegangenen Gelder auf das gewissenhafteste verwenden und durch geeignete Organe (Gemeindehelfer, Diakonen und andere freiwillige Schwestern) an Bedürftige verteilen will. Wir werden uns alle freuen, daß ein Weg gefunden ist, um unsere Gaben ohne große Abzüge durch einen teuren Verwaltungsapparat in die Hände unserer Brüder und Schwestern zu bringen.“

Die J. E. hat aber auch selbst die Not der Zeit verspürt. Betroffen sind in erster Linie Gemeinschaftspfleger und die Zeitschriften.

Die Not der Gemeinschaftspfleger, Prediger, Evangelisten oder wie sie sonst genannt werden, beschäftigt die führenden Männer seit Jahren. Es fehlt nicht an scharfen Urteilen. Prediger Heinrich Dallmeyer, der sich um die Weckung der Gewissen in dieser Richtung oft bemüht hat, schreibt gelegentlich in anderem Zusammenhang — nämlich bei einer Erörterung der Notlage des Diakonenstandes in „Auf der Warte“ — kurz und bündig: „Die Christenheit ist ebenso vergeist, wie die russischen Gefangenen verlaust waren“. Finanzinspektor Eggers urteilt (A. d. W. 22, 45, 46): „Wo das Gehalt eines Reichsgottesarbeiters hinter den Einkünften eines Beamten sogar der untersten Besoldungsgruppe weit zurückbleibt, da sollte schleunigst Abhilfe geschaffen und eine einigermaßen entsprechende Angleichung der Bezüge gewährleistet werden.“ Das ist schwerer zu verwirklichen als berechtigt zu fordern. Es gibt Fälle, wo Gemeinschaftspfleger ohne feste Bezüge auskommen mußten und nur auf Liebesgaben angewiesen waren. Aus

Ostpreußen wurde berichtet, daß Gemeinschaftspfleger im Jahre 1922 nicht mehr als 3—4000 M. monatlich erhielten. Allerdings waren die Aufrufe um Erntedankspenden und öftere Darreichung von Lebensmitteln allenthalben nicht vergeblich. Doch bleibt die Besoldung weit hinter der Not der Zeit zurück, selbst wo es am guten Willen der Gemeinschaftsglieder nicht fehlt.

Der Pommersche Brüdererrat, dessen Vorsitzender Kaufmann Fischer (Demmin) ist, hat die Gehaltsfrage seiner Berufsarbeiter entschieden angefaßt und vom 1. Februar für einen unverheirateten Bruder bis zum 30. Lebensjahre monatlich 90000 Mark gefordert. Verheiratete sollen Frauen- und Kinderzulagen erhalten. Die Alterszulage soll vom 30. Lebensjahre an bis zum 46. von zwei zu zwei Jahren je 400 M. betragen. Außerdem soll jede Gemeinschaft die Durchschnittszahl ihrer Versammlungsbesucher feststellen und für die Person vierteljährlich 3. Qrt. 14 Mark abliefern.

Dieser Beschluß bedeutete ohne Zweifel einen erheblichen Fortschritt. Aber die Kinder- und Alterszulagen reichen an die wirklichen Bedürfnisse nicht heran, selbst wenn man das Grundgehalt als ausreichend ansehen wollte. Die Gemeinschaftsprediger bleiben auf Liebesgaben angewiesen, schlagen sich unter Gebet und Seufzen durch. Mancher wird gekündigt, andere suchen einen günstigeren Arbeitsplatz oder gehen in den bürgerlichen Beruf über. Ostern 1922 waren von 150 Predigern, die aus dem Johanneum in Barmen hervorgegangen sind, 20 wieder in den bürgerlichen Beruf zurückgekehrt. Seitdem werden es noch mehr geworden sein — eine Parallelercheinung zu den Erlebnissen des Diakonenstandes. Weder I. E. noch Innere Mission noch Kirche haben sich der vaterländischen Not gewachsen gezeigt.

Auch die Zeitschriften der I. E. haben unter der Not gelitten, z. T. ihr Erscheinen eingestellt, oder ihren Umfang eingeschränkt, ihre einzelnen Blätter seltener ausgegeben, auf alle Fälle aber ihre Bezugspreise gewaltig erhöhen müssen, da Papier und Druckkosten ganz außerordentliche Steigerung erfahren. Das Märzheft des „Gnadauer Gemeinschaftsblattes“ kostete z. B. 125 M., „Licht und Leben“ eine Aprilnummer 250 M. Daß die Leserschaft zwar zurückgeht, sich aber doch in ihrem Hauptstamm behauptet, zeigt die feste Einwurzelung dieser Blätter in den Kreisen der I. E. Durch Liebesgaben wird außerdem meist eine Zuschußkasse gespeist, die Minderbemittelten den Bezug verbilligt. Es geht durch Nöte — aber es geht. Pfarrer Gauger hat mit einem Aufruf für L. L. sogar einen über Erwarten großen und ihn hoch beglückenden Erfolg erzielt — ein schöner, wohlverdienter Lohn für langjährigen treuen Dienst in der Schriftleitung. Er ist übrigens auch derjenige, der wohl am erfolgreichsten sich darum bemüht, die Freunde der I. E. auch zur inneren Teilnahme an der vaterländischen Not zu bewegen. Neuerdings dienen diesem Zweck die vertraulichen „Gotthardbriefe“, die eine Ergänzung zu L. L. bilden.

2. Innerkirchliche Evangelisation und Kirche.

Die Arbeit an der neuen Kirchenverfassung, die in Folge des Zusammenbruchs des landesherrlichen Kirchenregiments nötig wurde, hat überall auch die Kreise der J. E. auf den Plan gerufen. In der alt-preussischen Landeskirche haben die Gemeinschaftsfreunde eine eigene Gruppe gebildet und innerhalb der „Vereinigten Rechten“ und durch sie den Gang der Verhandlungen wirksam beeinflusst. P. Michaelis, der nach Beendigung des Verfassungswerkes von der theologischen Fakultät zu Greifswald die Würde eines Dr. theol. erhielt, und P. Gauger waren besonders einflussreiche Mitglieder und haben an dem Zustandekommen des unzweideutigen Bekenntnisvorspruchs sich wesentliche Verdienste erworben.

D. Michaelis schrieb dazu im „Gnadauer Gemeinschaftsblatt“: „Was ist mit diesem Bekenntnisvorspruch erreicht? Wenig und viel. Wenig sage ich, denn dieser Vorspruch kann und wird nicht plötzlich eine allgemeine Veränderung in der Kirche hervorrufen. Man kann nicht plötzlich mit ihm wie mit einer Elle alle Pfarrer und Religionslehrer messen und die unzulänglichen von Kanzel und Katheder herunterholen. Gegen solches Verfahren müßten gerade wir Gemeinschaftsleute Einspruch erheben. Denn uns genügt die rechte Lehre allein nicht. Wir wollen an Predigern und Lehrern das Leben sehen, das aus Gott ist. Messen kann eine Kirche aber nur die Lehre. Wie schon in unseren Gemeinschaften die Übung einer wahrhaft geistlichen Zucht an den Mitgliedern eine schwere und zarte Sache ist, so ist vollends die Lehrzucht in der Kirche eine schwere Sache. Sie muß sein, das Evangelium darf nicht angetastet werden. Aber sie kann nicht geübt werden mit einer Form, worein man jeden preßt. Auch können wir nicht mit einem Sprung aus allen bestehenden Verhältnissen heraus. Bis die Wahrheit, die in diesem Bekenntnisvorspruch bezeugt ist, sich weithin durchsetzt, muß vieles neu werden; andere Männer auf vielen Universitätskathedern, andere Männer in vielen Synoden und Kirchenbehörden, andere Männer in vielen Schulen, und vor allem: ein neuer Geist, durch den Gott von innen heraus der Wahrheit zum Siege hilft. Ohne dies alles würde der Vorspruch wenig bedeuten.“

Und doch bedeutet der Vorspruch auch viel. Es ist viel, daß diese 127 Männer und Frauen nicht nach Kirchenpolitik gefragt haben, sondern nach der Forderung ihres Gewissens. Das wird der Herr segnen. Es ist viel, daß ins Volk hinausgerufen wird: Die Kirche gründet sich auf das Evangelium von Jesus Christus, dem Sohn des lebendigen Gottes, dem für uns Gekreuzigten und Auferstandenen, dem Herrn der Kirche. Dazu wird sich der Herr bekennen. Es ist viel, daß vor aller Welt festgestellt ist: nur dies Evangelium hat Heimatrecht in der Kirche und ist ihre unantastbare Grundlage. Das wird hier anspornen, dort in Schranken halten und legt Grund für weitere Arbeit. Darum Gott sei Dank, der diesen Sieg gab.“

Begreiflicher Weise sind die Gegner des Bekenntnisvorspruchs über die Verstärkung der Rechten durch die Kreise der I. E. nicht entzückt gewesen. Ja manche sind geneigt, sowohl ihren Einfluß, als auch ihre kirchenpolitische Einstellung weit zu überschätzen: So wurde hinter der Einladung der Kirchenversammlung durch die Wuppertaler Gemeinden ein kirchenpolitischer Schachzug der Gemeinschaftsleute gewittert. So schrieb ein Kirchenpolitiker der „Magdeburger Zeitung“ (30. 4. 22):

„Mit einem weitausschauenden Antrag kommen die Gemeinden des Wuppertales. Sie bitten die Verfassungsgebende nach Elberfeld-Barmen.

Kindliche Gemüter können wohl denken, es sei ja herrlich, nicht in das traurige Berlin zu müssen. Wir betrachten die ganze Sache als äußerst gefährliches Bemühen der rechtsradikalen Gemeinschaftskreise. Ihnen allein ist die bedenkliche Zuspitzung der Bekenntnisfrage zu danken, sie haben einen Machtwillen in dem Bewußtsein, daß sie allein dem Evangelium ganz treu sind . . . Nur den engherzigen Bestrebungen der Gemeinschaftsleute ist es zuzuschreiben, daß die Rechtsgrundlagen unserer Landeskirche dem Staate gegenüber in Frage gestellt werden können. Nur sie sind schuld, daß die Glieder der Kirche, die sich einem Bekenntniszwang nicht fügen wollen, daran denken müssen, dem Landtag ein Gesetz vorzulegen, wonach Minderheiten beim Austritt vollen Anspruch am Besitz der Kirche behalten. In diese Luft möchte man die Verfassungsgebende bekommen. Die Vertreter der Rechten, die sich bisher gewehrt haben gegen den Zwang der Rechtsradikalen, sollen in Elberfeld bearbeitet und zum Umfall gebracht werden.

Wir glauben nicht an die Selbstlosigkeit der Gemeinschaftskreise in kirchenpolitischer Hinsicht. Wir müssen fordern, daß die Verfassungsgebende sich frei entschließen kann.“

Es leuchtet ein, daß diese Kritik P. Gauger „ein paar Augenblicke reinen Vergnügens“ verschafft hat. Die finsternen Absichten sind bekanntlich nicht verwirklicht worden, die Kirchenversammlung hat in Berlin getagt und auch dort den unzweideutigen Bekenntnisvorspruch beschlossen.

Übrigens sind es nicht bloß die altpreussischen Kreise der I. E., die sich kirchenpolitisch betätigt haben. Auch handelt es sich nicht allein um die Bekenntnisgrundlage der Kirche, sondern ebenso um die Bewegungsfreiheit der I. E. innerhalb der Kirche, insbesondere um die der Pastoren.

Der Hannoversche Verband landeskirchlicher Gemeinschaften hat an die Verfassungsgebende Synode einen Antrag gerichtet, daß ihr mehr Bewegungsfreiheit gewährleistet werde. Gefordert wird:

1. Der Schutz der Minoritäten im Rahmen der kirchlichen Ordnungen.
2. Aufhebung der Härten des Parochialzwanges.
3. Anerkennung der Laienarbeit in Wortverkündigung, Seelsorge usw.

4. Anerkennung der biblischen Berechtigung einer Gemeinschaftspflege und Befriedigung der sich in Gemeinschaftskreisen zeigenden geistlichen Bedürfnisse (einschließlich des Heiligen Abendmahls).

Zur Erläuterung wird dazu angeführt: „Damit die Gemeinschaften landeskirchlich bleiben, halten wir es für notwendig, daß ihrer Bedienung durch landeskirchliche Pfarrer, welche der Gemeinschaft angehören, keine unnötigen Schranken gezogen werden. Daß der Parochialzwang schon jetzt die landeskirchlichen Pfarrer nicht hindert, in fremden Gemeinden religiöse Versammlungen zu halten, die keinen gottesdienstlichen Charakter haben, ist uns nicht genügend, denn wenn wir ehrlich sein wollen, so können wir es eben nicht verschweigen, daß unsere religiösen Versammlungen wesentlich gottesdienstlichen Charakter tragen. Auch die Abendmahlsfeier in Gemeinschaftskreisen können wir nicht mehr aufgeben, selbst wenn wir wollten; denn wenn wir es täten, würden unsere Glieder sich zu größerer Zahl den außerkirchlichen Gemeinschaften zuwenden, welche ihnen das bieten, was sie bei uns vermissen würden. Wir legen aber den größten Wert darauf, den kirchlichen Charakter dieser Abendmahlsfeiern zu wahren dadurch, daß es möglichst landeskirchliche Pfarrer sind, welche das Abendmahl verwalten. Die Freiheit dazu darf ihnen aber nicht verkümmert werden.“ Diese Wünsche sind keine hannoversche Eigentümlichkeit, sondern Allgemeingut des Gnadauer Verbandes und haben weitgehende Berücksichtigung in den neuen Kirchenverfassungen gefunden. Die kirchenpolitische Betätigung der zur J. E. gehörenden Kreise ist also auch nach dieser Richtung nicht umsonst gewesen.

Trotzdem zeigt sich die frühere Stimmung der Ablehnung aller praktischen Kirchenpolitik auch heute noch lebendig.

Pastor Fabianke in Stettin, Mitglied der verfassungsgebenden Kirchenversammlung, z. B. schrieb (A. d. W. 22, 49. 50): „Ob er will oder nicht wird der Gnadauer Vorstand sich kirchenpolitisch einstellen. Durch diese kirchliche Betätigung, die schon unter Direktor Haarbeck anhub und durch die jetzige Führung folgerichtig weitergepflegt wird, werden die Gemeinschaften kirchenpolitische Gebilde. Diese logische und darum naturnotwendige Entwicklung ist nicht mehr aufzuhalten und hat für die Kirche und unser Volk ihren Segen. Es wird das Salz in den Teig hinausgestreut und — verschwindet. Ich bin von der Kirchenversammlung und von den Brüdern der Gemeinschaftsgruppe geschieden mit der inneren Überzeugung: Was uns nottut, ist eine unpolitische, unabhängige Gemeinschaftsbewegung. Wir brauchen zu unseren kirchenpolitischen Führern prophetisch begabte Evangelisten. Wir brauchen Lehrer, die das Volk Gottes tiefer in das stille heilige Gottesleben einführen, wir brauchen mehr Heiligung.“

Der Gegensatz zwischen praktischer Kirchenpolitik und geisterfüllter Fortsetzung der J. E. wird von anderen nicht als solcher empfunden. Es verträgt sich beides in geistgesalbten Persönlichkeiten sehr wohl. Denn die Belange der Kirche und der J. E. sind in entscheidenden

Punkten dieselben, z. B. in der Frage der Vorbildung der Pfarrer an den theologischen Fakultäten.

So schrieb D. Michaelis im „Gnadauer Gemeinschaftsblatt“: „In Tübingen tritt mit Ablauf des Wintersemesters Professor Schlatter in den Ruhestand. Tief greifende Wirkungen sind von ihm auf ganze Scharen von Theologen ausgegangen. Er grub tief in Gottes Wort. Als seinen Nachfolger hat die Fakultät den Professor Heitmüller von Bonn vorgeschlagen. Kopfschüttelnd und Schmerzerfüllt steht man vor dieser Wahl. Professor Heitmüller ist von allen akademischen Professoren für das Neue Testament einer der radikalsten der linken Seite. Seine Berufung würde ein Schlag in das Gesicht des Geistes sein, in dem die früheren Inhaber dieses Lehrstuhles in Tübingen (Beck, Kübel und Schlatter) gewirkt haben, ein Schlag auch in das Gesicht der bibelgläubigen Gemeinde in Württemberg. Wie man hört, hat das Stuttgarter Konsistorium gegen die Berufung Heitmüllers Verwahrung eingelegt. Die Entscheidung ruht nun beim württembergischen Staatspräsidenten — wahrlich auch ein Zeichen der Notlage unserer Kirche, daß in solch tief ernstem Streit nun der Präsident eines Staates entscheiden soll, der als solcher (ich meine den Staat) religionslos ist.“

Später nahm er noch einmal das Wort: „Die Berufung des Professors Heitmüller als Nachfolger des Professors Schlatter in Tübingen ist Tatsache geworden. Der württembergische Staatspräsident, der zwischen dem Ergebnis der Wahl durch die Fakultät und dem Einspruch des Konsistoriums zu entscheiden hatte, hat sich für die Fakultät entschieden. Wenn nun Professor Heitmüller dem Rufe folgt, woran wohl nicht zu zweifeln ist, so wird seine Übersiedelung nach Tübingen Tatsache. Es ist zuzugeben, daß der Staatspräsident in einer schwierigen Lage war, weil die Wahl der Fakultät eine einstimmige gewesen ist. Es wird nun erst recht deutlich, welch einen folgenschweren Fehler die Mitglieder der Tübinger Fakultät begangen haben, welche ihre Stimme auch für Heitmüller abgegeben haben, obwohl sie auf einem völlig anderen Standpunkt stehen, als er. Es mag ihnen schwer genug geworden sein, und ich weiß die Gründe, die sie dazu bestimmt haben, nicht. Aber hätten sie, anstatt mit den übrigen Genossen der Fakultät zu stimmen, ein Separatvotum, ein Sonderurteil abgegeben, so hätte der Staatspräsident eher eine Möglichkeit gehabt, gestützt auf das Sonderurteil dem Einspruch des Konsistoriums Raum zu geben. Nun tragen sie die volle Verantwortung für alles, was die Berufung von Professor Heitmüller in sich schließt. Und diese Verantwortung ist eine sehr schwere. Sie hätten sie nimmermehr auf sich nehmen dürfen! . . . Gott kann auch aus diesem Vorstoß gegen die bibelgläubige Theologie und Gemeinde Segen kommen lassen. Ein Mann wie Heitmüller trägt zur Scheidung der Geister bei. Und die Scheidung der Geister wirkt der Verwischung der Gegensätze entgegen, die sich so leicht lähmend auf das Glaubensleben einer Kirche legt. Dies ist wohl gerade auch in der württembergischen Kirche eine große Gefahr, obwohl diese Kirche sich

sonst vieler Vorzüge vor anderen Kirchen erfreut. Möchte nun von der gläubigen Gemeinde und zumal von den Theologen das Zeugnis vom Christus der Schrift um so deutlicher im schwäbischen Volke und in der württembergischen Kirche ertönen. Möchten die schwäbischen Gemeinschaftsleute sich wegen des Vorkommnisses nicht von Kirche und Theologie abwenden. 'Wer glaubt, der fleucht nicht.' Der priesterliche Sinn erkennt solche Schäden in ihrer ganzen Tiefe und Schwere. Aber er trägt sie fürbittend vor Gott, daß der Herr sie heile. Und so behält er schließlich in der Scheidung der Geister den Sieg."

Finden wir so eine weitere grundsätzliche Annäherung an die Kirche seitens der I. E. vollzogen, so ist damit die Reibung in der praktischen Arbeit noch keineswegs beseitigt. Stehen I. E. und Kirche in der Bekenntnisfrage und in der Verfassungsarbeit auf gleichem Boden, so ist doch die Kirche keine einheitliche Größe, sondern in der Bekenntnisfrage gespalten und auch die I. E. hat mancherlei Strömungen und Geister. Gemeinde und Gemeinschaftsarbeit haben es häufig schwer miteinander im Frieden auszukommen. Die Lage ist auch in den verschiedenen Kirchengebieten nicht die gleiche.

Bundessekretär Engel in Liegnitz vom Schlesischen Gemeinschaftsbunde schreibt über die 25jährige Geschichte der I. E. in Schlessien, daß die Spannung zwischen Kirche und Gemeinschaft nie wirklich gehoben worden ist. „Die stürmischen Wellen haben sich gelegt, stellenweise hat sich ein Weg herausgebildet, miteinander auszukommen, gelegentlich zeigt sich ein gewisses Entgegenkommen kirchlicherseits, aber zu einer wirklichen Verständigung ist es nie gekommen. Die Gemeinschaften mit ihren Arbeiten werden doch im tiefsten Grunde als Fremdkörper empfunden. Auch die Lage der Inneren Mission in Schlessien steht nicht viel anders. Zu ihren Zusammenkünften wegen der Evangelisation des Volkes werden alle eingeladen, nur wir nicht. Die jüngeren Pastoren aus dem christlichen Studentenbund gehen alle an dem schlesischen Gemeinschaftsbund vorüber. Ist nur das der Grund dafür, was mir ein Bruder auf meine Anfrage in unserer letzten Vertreterversammlung schrieb, daß man ihnen nicht freundlich und ehrerbietig genug entgegenkomme? Es mag wohl sein, daß auch da viel gefehlt wurde, aber der Grund der Ablehnung liegt sicher wo anders. Ob er in östlich-schlesischer kirchlicher Befangenheit oder in Beeinflussungen von oben herab zu suchen ist?"

Auch aus ganz anderer Gegend kommen Stimmen, die darauf schließen lassen, daß zwischen Gemeinde und I. E. nicht überall das richtige Verhältnis gefunden wird.

Der Aarauer Verband von kirchlichen und freikirchlichen Arbeitsgemeinschaften veröffentlicht aus der Feder von Pfarrer W. Schlatter, St. Gallen in der Schweiz, einige Grundsätze über Missionswochen, die Missionsinspektor Heinrichs, der berufene Evangelist der rheinischen Provinzialkirche der Beachtung empfiehlt.

1. Die Evangelisationswoche, als außerordentliche Veranstaltung zum Zweck anhaltender, eindringlicher Verkündigung des göttlichen Heilsratschlusses, ist in gegenwärtiger Zeit als ein von Gott gegebenes Mittel zu begrüßen und zu gebrauchen, um den Weckruf zur Glaubensentscheidung an solche heranzubringen, die der reguläre Dienst der Christengemeinde augenscheinlich nicht mehr erreicht. Darum wäre ihre grundsätzliche Ablehnung Ungehorsam, Dienstverweigerung und Lieblosigkeit, wovon uns Gott bewahre.

2. Da nun aber die Evangelisation in entscheidender Weise das Evangelium in die Öffentlichkeit hinausrufen will, muß mit um so größerer Sorgfalt über ihr gewacht werden, daß alles an ihr bis ins Kleinste des Evangeliums würdig sei und dem heiligen Namen Christi zur Ehre, seiner Gemeinde zur Erbauung gereiche.

3. Da die Evangelisation gewissermaßen ein Kriegszug ist, liegt die Gefahr nahe, die Kriegsmoral auf sie anzuwenden und z. B. von den Mitteln der List und der Überraschung des Gegners ausgiebigen Gebrauch zu machen durch schlaue und undurchsichtige und zugleich reklamehafte Wortfassung der angekündigten Themata. Die geistliche Klugheit kann Gott segnen, aber die Hinterlist ist ein unlauteres und unbrauchbares Mittel für seine Zwecke.

4. Um die Evangelisation im göttlichen Sinn rein zu erhalten, ist es unerlässlich, daß die Persönlichkeit, die ihr Werkzeug ist, in jeder Hinsicht bescheiden auftritt. Es wäre ihrem einen, wahren Zweck, der Verherrlichung Christi, unbedingt zuwider, wenn der Evangelisationsredner reklamehaft empfohlen würde oder gar sich selbst in den Vordergrund drängte. Jede Abweichung von den Regeln der christlichen Demut müßte der großen Sache zum Schaden gereichen. Die Freunde der Evangelisation leisten ihr schlechten Dienst, wenn sie in ungezügelter Verehrung und Dankbarkeit die Person des Evangelisten über Gebühr erheben und dadurch in die Gefahr des Hochmuts bringen. Er ist, wenn er richtig wirkt, Diener seines Herrn und richtet aus, was ihm von oben her vertraut wird.

5. Um gute und gesunde Frucht zu bringen, muß die außerordentliche Veranstaltung der Evangelisation in innern Zusammenhang gestellt werden mit dem bestehenden, regelmäßigen Dienst am göttlichen Wort und seinen Organen, ob diese nun, — je nach den besondern Verhältnissen — landes- oder freikirchlich sind. Der Segen der Evangelisation ist in großer Gefahr, zu verkümmern, wenn dieser Zusammenhang mißachtet wird.

6. Kein „Evangelist“ hat das innere Recht, lediglich kraft seiner unmittelbaren, persönlichen Berufung und vielleicht unterstützt durch vereinzelte Privatpersonen, die ihm als seine Ergebenen zur Hand gehen, in eigener Initiative irgendwo seine Sache zu veranstalten. Ist seine Berufung zu solchem Dienst echt, so erträgt, ja fordert sie selbst den ehrlichen Zusammenhang und die Arbeitsgemeinschaft mit denjenigen Korporationen, denen am betreffenden Ort, oder doch in jener Landes-

gehend, regelmäßiger Dienst am Evangelium und an den Seelen obliegt. Er ist es diesen und dem ihnen anvertrauten Werk schuldig, daß er sie nicht überrascht und befremdet durch unerwartetes Erscheinen und rücksichtsloses Auftreten, sondern sein Wirken von ihrem Einverständnis abhängig macht. Unterläßt er dies, betreibt er sein Werk auf eigene Faust, oder wie er sich ausdrücken mag, „ganz unter göttlicher Leitung“, so kann es geschehen, daß durch sein Auftreten sorgfältig erwogene und den Verhältnissen angepasste Evangelisationspläne gestört und zerstört werden. Wie kann er dies rechtfertigen? Und wenn er, der Zusammenhangslose, durch seine „Woche“ Menschen anregt zum Fragen nach Gott, wohin sollen sie fortan sich wenden? Soll er nunmehr ihr Mann sein? Nein, sie bedürfen weiterer Pflege durch den geordneten Dienst in der christlichen Gemeinde. Wer aber ohne Rücksicht auf diese Evangelist sein will, also selbst von ihr getrennt ist, der ist unfähig, zur rechten Mitgliedschaft in ihr einzuladen, und die Anregungen, die er vermittelt, dienen der Zerstreuung und der Zerfahrenheit.

7. Die Evangelisationswoche hat sich ausgewiesen als eine Veranstaltung, die starke Anziehungskraft auszuüben vermag. Dadurch ist sie in die große Gefahr geraten, als ertragreiches Feld in Unlauterkeit mißbraucht zu werden, in der Aussicht auf Einfluß, Ehre und Gewinn. Um solchem Schaden zu wehren, haben die auf biblischem Grund stehenden Korporationen die ernste Aufgabe, die Geister, die sich zu diesem Dienst melden, mit größter Sorgfalt zu prüfen, und es ist ihr Recht und ihre Pflicht, ihrerseits allen möglichen Einfluß aufzuwenden, damit die Evangelisation sich ihrem Zusammenhang nicht entzieht und eingegliedert bleibt in ihre beständige Wirksamkeit.

Der „Aarauer Verband“ möchte diesen Grundsätzen Nachdruck verleihen und bittet alle verbundenen Korporationen um ihre Beachtung, damit die Evangelisation ihren Weg gehe in Lauterkeit und unter Gottes Segen.

Sind hier Wünsche ausgesprochen, die sich an die J. E. wenden, um das richtige Verhältnis und Verhalten zur Kirche anzubahnen, so nennt Missionsinspektor Heinrichs einige praktische Aufgaben, die von der Kirche erfüllt sein wollen, wenn sie die Volksmission oder J. E. fördern will.

Das Konsistorium ist zu bitten, die Sache der Evangelisation zu fördern. (Etwa durch Behandlung bei den Kreissynoden.)

Die Provinzialsynode muß in der Provinzialkirche dem Gedanken zum Durchbruch verhelfen, daß von der Kirchenleitung aus Evangelisation dringend gewünscht wird.

Die Superintendenten müssen die Pfarrer zur Evangelisation ermuntern und darauf sehen, daß in ihrer Kreissynode möglichst jede Gemeinde sich zur Evangelisation entschließt. (In der rheinischen Kirche hatten sich im Jahre 1922 schon 12 Kreissynodal-Ausschüsse und in der westfälischen 5 Bezirksauschüsse für Evangelisation gebildet.) Dem Berufsarbeiter des Evangelisationswerkes muß von Synoden und Pres-

hyterien auf ihren Konferenzen und Sitzungen Gelegenheit zur Berichterstattung und aufklärenden Aussprache gegeben werden.

Ganz besonders aber müssen evangelisationsbefähigte Pastoren zur Mitarbeit sich bereitstellen. Ohne sie kann die kirchliche Evangelisation ihr Werk überhaupt nicht treiben.

Dadurch, daß der Pfarrer im Amt sich auch noch der Evangelisation widmet, ist ihm nicht nur mehr Arbeit und mehr Verantwortung auferlegt, sondern es kann ihm solche Zweiteilung seiner Arbeit auch Gewissenskonflikte bringen insofern, als ihm sein Gemeindedienst, der ihm ja in erster Linie obliegt, meistens nur mit Zögern und nicht ohne innere Not die Übernahme einer Evangelisation zuläßt. Diese Gewissensnot muß ihm aber unbedingt genommen werden. Er darf einfach bei einer Evangelisationsreise nicht das Gefühl eines Verschäumnisses der eigenen Gemeinde gegenüber haben! Dazu gehört aber, daß Amtsbrüder, Presbyterium und Gemeinde der zeitweiligen Ausübung seines Evangelistendienstes nicht nur kein Hindernis entgegenstellen, sondern ihn mit Freuden ziehen lassen, das heißt aber, daß die Amtskollegen mit Liebe und Freude daheim für ihn einspringen und um der Wichtigkeit der Sache willen die Mehrarbeit in dieser Woche gern auf sich nehmen. Die Pfarrer im Amt können sich dem provinzialkirchlichen Ausschuß (für I. E.) nur dann freudig und willig zur Verfügung stellen, wenn die Evangelisation wirklich auch Sache der ganzen Provinzialkirche ist, d. h. wenn der Blick über die eigene Gemeinde hinausgeht und das Wohl der Gesamtkirche dem Wohl der Ortsgemeinde an die Seite gestellt wird.

Hier sind also von beiden Seiten die Wege gewiesen, um I. E. und Kirche in das richtige Verhältnis zu setzen.

3. Innerkirchliche Evangelisation und Volksmission.

Wie im vergangenen Jahre berichtet ist, hat durch die Spandauer Osterkonferenz eine brüderliche Aussprache und Annäherung zwischen I. E. und Volksmission stattgefunden. Die Erörterungen sind fortgesetzt worden. D. Füllkrug, der Führer der Volksmission beim Zentral-Ausschuß für Innere Mission hat die Spandauer Vorträge unter dem Titel „Brennende Fragen der Evangelisation und des kirchlichen Volkslebens“ (Handbuch der Volksmission, 2. Band., Schwerin, Fr. Bahn) herausgegeben. Daraus ist sowohl das Gemeinsame, wie das Unterscheidende zu ersehen.

Von der Gemeinschaft wird an der Volksmission folgendes bemängelt:

1. Die Volksmission habe das Dogma von der Tauf-Wiedergeburt.
2. Sie treibe zuviel Apologetik und wende sich überwiegend an den Verstand.
3. Sie spreche nicht klar von Bekehrung sondern davon, daß der Mensch zum Glauben komme.

4. Sie folge auch dem Rufe liberaler Pastoren.
5. Sie ginge auch in solche Gemeinden, wo eine Nacharbeit nicht von vornherein verbürgt ist.
6. Sie habe keine ungebrochene Stellung zur Schrift.
7. Sie lasse die von der Volksmission Erweckten oft allein oder überlasse sie Pastoren, die nicht lebendig seien.

Hinsichtlich der Apologetik verhält sich übrigens die J. E. nicht durchaus ablehnend. P. Simsa, Barmen stellte z. B. in Spandau folgende Sätze auf:

„Für die Evangelisation selbst hat die Apologetik eine vierfache Bedeutung:

a) Sie macht solche Zuhörer, welche durch das antichristliche Leben und Denken mit Vorurteilen gegen das Evangelium erfüllt sind, überhaupt erst willig und fähig, das Evangelium zu hören.

Die Apologetik vertritt in solchen Fällen die Glocken, welche die Hörer rufen. Daß der apologetische Vortrag diesen Glockendienst hat, weiß ich aus langer Erfahrung und halte schon darum die Apologetik hoch.

b) Manche Menschen kommen erst zum Glauben, nachdem ihnen ein bestimmtes Vorurteil — z. B. das, daß sie vorurteilslos sind — durch die apologetische Arbeit entfernt worden ist.

c) Die neu zum Glauben gekommenen sind im Glauben zu festigen. Sie dürfen keine Gespenster aus ihrem früheren ungläubigen Gedankenleben behalten. Da hat die Apologetik ein besonders dankbares und wichtiges Gebiet ihrer Betätigung. Sie hat überhaupt weniger den Ungläubigen als den Gläubigen zu dienen.

d) Erfahrene Gläubige brauchen die Ausrüstung zum Dienst, besonders auch für unvorhergesehene Kämpfe. Die Apologetik bietet die Steine für die Hirtentasche. Nur bleibe jeder in seiner, d. h. seinem inneren und äußeren Werdegange entsprechenden Rüstung (1. Sam. 17, 38 ff.)

Die Notwendigkeit der apologetischen Hilfsarbeit wird besonders dann fühlbar, wenn einschneidende Zeit- und Lokalgänge das Vorurteil gegen das biblische Evangelium ins außerordentliche gesteigert haben. Die Arbeit wird hier ganz besonders durch die vorliegende Aufgabe bestimmt.“

Unders steht es mit der Pflege der Angeregten:

Pastor Le Seur schreibt im „Hochweg“: „Auf meinen Vortragsreisen empfinde ich immer aufs neue eine Not so schmerzlich, daß ich darüber fast die Freude zu solchem Dienst verlieren könnte. Oft ist es so, daß man es spürt, wieviele tief ergriffen sind. Aber dann zeigt sich kein Weg sie festzuhalten. Man wirft sie aus dem Netz wieder in den See. Die sozialdemokratische Propaganda packt die Angeregten sofort mit den recht festen Klammern der Partei. Die katholischen Missionen fügen die Leute in die feste kirchliche Organisation ein. Bei uns ist immer wieder guter Rat teuer, und die Wege, die man geht, führen nur zu oft nicht an das gewollte Ziel. Die Gemeinschaften sind besser daran bei ihren Veranstaltungen. Hier ist einer der Punkte, wo

sich das Elend unserer Gemeinden besonders scharf zeigt. Man kann sich in der evangelischen Kirche, zumal in der Großstadt, gar verlassen fühlen. Hier ist noch viel, sehr viel aufbauende Arbeit zu tun."

"Auf der Warte" bemerkt dazu: „Das ist die schwache Seite der Volksmission. Es wird ihr immer guter Rat teuer bleiben, wenn sie an die durch ihre aggressive Arbeit Ungerechten denkt; denn die Kirche wird immer wieder versagen und das, was vielleicht eingerichtet wird, reicht nicht hin, um den Neuerweckten und Bekehrten das zu geben, wonach die erwachte Seele verlangt."

Eingehender äußert sich P. Modersohn in seinem Spandauer Vortrage („Brennende Fragen"):

„Es ist ein verhängnisvoller Fehler, wenn man meint, jeder Pfarrer könne, weil er Pfarrer ist, suchenden und neubekehrten Seelen dienen. Man soll doch nur einmal den Versuch machen und Seelen zu einem unbekehrten Pfarrer schicken. Er weiß nichts mit ihnen anzufangen. Wie soll er auch? Wer selber kein Leben aus Gott hat, der kann andern nicht dienen, die Leben aus Gott empfangen haben."

Dies ist ein Punkt, auf den ich besonders hinweisen muß, weil sonst die so gut gemeinten Pläne von Professor Hilbert in der Gefahr stehen zu scheitern. Man kann nicht ohne weiteres jeden Pfarrer gebrauchen, Träger einer Evangelisation und Pfleger neubekehrter Seelen zu sein. Im besten Falle wird eine kirchliche Bibelfunde daraus, aber eine wirkliche Pflege der Seelen gibt es nicht und kann es nicht geben. Er hat das auch selbst empfunden, wenn er an einer Stelle seines Buches „ecclesiola in ecclesia" sagt, daß dann die Pfarrer zum Teil auf einen höheren inneren Stand gebracht werden müßten. Soll die Volksmission, die sich viel mehr als die alte Evangelisation auf die Pfarrer stützt, Erfolg haben, dann muß zuerst Pastorenmission getrieben werden. Man verübe mir das Wort nicht. Es spricht daraus keine Verachtung, sondern herzliche Liebe. Woher sollen die Pfarrer denn wissen, was Evangelium ist? Auf der Universität haben sie vielfach nur Bibelkritik gelernt, oder es war doch vorwiegend Philologie und Theologie, was sie lernten; aber für ihr Herz und Leben bekamen sie wenig genug. Wie dünn gesät sind die Professoren, die ihren Studenten etwas für ihr Herz mitgeben! So kommen viele ins Amt, die selber nicht wissen, was Evangelium eigentlich ist. An denen müssen wir Mission treiben. Der Weg, den wir als einen guten und gangbaren in den letzten Jahren erprobt haben, ist der Weg der Kurse oder Freizeiten für Pfarrer. Dazu hat der Herr sich ganz wunderbar bekannt. Wenn die Pfarrer aus eigenem Erleben heraus die Bedürfnisse einer gläubig gewordenen Seele kennen, dann können sie auch in gesegneter Weise andern Seelen dienen.

Über solange ein Pfarrer unbekehrt ist, mag er den besten Willen haben, von der redlichsten Absicht beseelt sein — ich spreche das keinem ab — aber er kann den Seelen nicht dienen, die zum Glauben gekommen sind, weil es eine innere Unmöglichkeit ist.

Darum erscheint es mir als eine Pflicht des Evangelisten — ich rede hier wieder aus der Erfahrung der alten Evangelisation heraus, wie sie durch Schrenk aufgebracht worden ist —, sich vor Übernahme einer Evangelisation zu vergewissern, ob eine Nacharbeit gewährleistet wird.“

Anders beleuchtet wird diese Frage durch das Brandenburgische Konsistorium, das sich im Anschluß an die Verhandlungen der Kreis-synoden mit der Sache der Volksmission befaßt. Es schreibt dazu unter Verzicht auf eingehendere Stellungnahme folgendermaßen: „Die bezüglichen Fragen theoretischer und praktischer Art sind — wie die Verhandlungen zeigen — noch nicht genügend geklärt, und die bisher gesammelten Erfahrungen reichen noch nicht aus, um über den besonderen Wert der Volksmission und die richtigen Formen ihrer Gestaltung ein sicheres Urteil zu gewinnen. Wir wollen aber doch nicht unterlassen, einiges von grundsätzlicher Bedeutung auszusprechen. Die Volksmission soll in jeder Hinsicht erwecklich sein, sie muß sich aber davor hüten, eine methodistische Betriebsweise anzunehmen und dadurch an ihrem evangelisch-kirchlichen Charakter Einbuße zu erleiden. Die Wortverkündigung in der Form evangelischer Erweckungspredigt kann nicht von jedem Geistlichen gefordert werden, sie setzt eine besondere Gabe voraus. Die in dieser Hinsicht besonders Begabten werden also vorzugsweise zur Mitwirkung bei der Volksmission heranzuziehen sein. — Evangelisation und pfarramtliche Arbeit sollen sich ergänzen. Wie darum die Veranstaltung einer Evangelisation durch parochialfremde Geistliche in einer Gemeinde nicht ohne Zustimmung ihres Pfarrers geschehen soll, so liegt in der erteilten Zustimmung auch die Verpflichtung des Pfarrers, jene pastorale Vor- und Nacharbeit zu tun, ohne die eine nachhaltige Wirkung solcher Veranstaltung nicht zu erwarten ist. Bei dieser Vor- und Nacharbeit sind willige Laien möglichst zu beteiligen. Andere Wege sind in ländlichen als in städtischen und namentlich großstädtischen Gemeinden einzuschlagen. Für beide kommen auch freie Vorträge und regelmäßige Besprechungsabende in außerkirchlichen Räumen in Betracht.“

Wir begrüßen die Beschlüsse einzelner Synoden, in der Sache der Volksmission mit praktischen Versuchen vorzugehen, und möchten dazu auch andere Synoden und Gemeinden hiermit anregen.“

Eine einschneidende Kritik ist der Volksmission aus ihrer eigenen Mitte erwachsen. Zu den Volksmissionaren gehört auch der greise Pastor D. Traugott Hahn, der aus den Ostseeprovinzen vor der Revolution fliehen mußte und in Deutschland mit großem Erfolg Vorträge gehalten hat. Er beanstandet aber sowohl den Namen Evangelisation wie Volksmission. Der Evangelist Ludwig Henrichs, der Beauftragte der Rheinischen Provinzialsynode, schreibt in seinem neuen Buche „Etliche zu Evangelisten“ (Verlag Bucherei Montanus, Barmen) davon.

Das Rundschreiben D. Hahns war auf einer rheinischen Kreis-synode erörtert worden. Hahn äußert sich folgendermaßen: „Den mißverständlichen Namen Evangelisation, als wäre erst in dieser Arbeit volle

Darbietung des Evangeliums vorhanden — und den unrichtig neuerdings gewählten Namen Volksmission — an die Praxis der römischen Kirche anklingend — möchte ich am liebsten ganz aufheben und statt dessen „freie Wortverkündigung“ setzen. Die Bezeichnung Erweckungspredigt oder erweckliche Predigt als Unterscheidungsmerkmale dieser Wortverkündigung von der amtlich pastoralen halte ich für falsch und unbiblisch. Nach der Schrift soll und muß jede Predigt das Gewissen als ihr Ziel ansehen (strafend, tröstend, aufrüttelnd, schärfend, aufrichtend, erleuchtend, zum Frieden führend, fest und stark machend). Nur die auf das Gewissen gerichtete Predigt kann Leben aus Gott — d. h. Buße, Glaube, Heilsgewißheit, Heiligung — wirken, denn erst im Gewissen berührt sich Gott mit dem Menschen. Alle Predigt soll erwecklich sein . . . Wie unterscheidet sich denn die freie Wortverkündigung von der amtlich pastoralen? Ist sie denn wirklich eine notwendige Ergänzung derselben, so daß es eine Pflicht wäre, sie überall einzuführen und auszuüben? . . . Der wesentliche Unterschied liegt — in dem Inhalt und dem Stoff der freien Verkündigung. An die sogenannten Massen des Volkes kommen wir mit der jetzigen Evangelisation doch nicht mehr heran. Lockende Reklame-Themen, die zur Anziehung hin und wieder verwandt werden, tun es auch nicht. Vielleicht kommen einige Duzend Entfremdete herein. Was hat man damit gewonnen, kommen sie hernach noch weiter in die Kirche? . . . In Wirklichkeit sind es doch die alten treuen Kirchenteute, welche den weit überwiegenden Bestandteil der Besucher der Evangelisation ausmachen. Aber gerade sie suchen und entbehren etwas, was die Sonntagspredigt ihnen nicht bietet und bieten kann . . . zusammenhängende konzentrierte Einführung in die Heilserkenntnis . . . Glaube ohne Wachstum in der Erkenntnis bedeutet Kinderstand im geistlichen Leben der einzelnen und der Gemeinde . . . Darum haben es die Sekten so leicht, unsere Gemeinden zu verwirren und oft gerade die geistlich angeregtesten Gemeindeglieder einzufangen, weil es diesen fehlt an geübten Sinnen zum prüfen und untersuchen von Wahrheit und Irrtum. Hier kann nur zusammenhängende, in die elementare Heilserkenntnis einführende Wortverkündigung helfen.“

Missionsinspektor Heinrichs erkennt das Berechtigte in diesen Ausführungen voll an, macht aber folgendes Bedenken geltend: „Paulus spricht von einem Wachstum in der Gnade und der Erkenntnis Gottes doch immer nur zu Gläubigen, zu Heilsgewissen. Wohl gab es unter seinen Gemeindegliedern verschiedene Grade des Glaubens und der Erfahrung, aber alle waren doch gerechtfertigte geistgetaufte Menschen in Christo, neugeborene Kinder, die nun gepflegt werden sollen, damit sie zum vollen Mannesalter in Christo heranreifen können. Sind unsere Kirchengemeinden im ganzen nun solche, die in Christus eingepflanzt sind, die auf Heilsboden stehen, um nun von hier aus zur vollen Höhe des Christenstandes hinaufgeführt zu werden? Von Wachstum in der Gnade im biblischen Sinne kann doch nur dann geredet werden, wenn zuvor eine Einpflanzung in Christus durch Buße und Glauben stattgefunden

hat. — Während also die freie Wortverkündigung durch Einführung in die Heilserkenntnis das Wachstum des Glaubens befördert, zur inneren Festigung der Gemeinde beitragen will, damit sie nicht von jeder neuen Geistesströmung mit fortgerissen werde, wobei sie natürlich auch Heilungswisse zum Glauben führen möchte, so will die Evangelisation für solchen Dienst überhaupt erst die Voraussetzungen schaffen helfen. Die freie Wortverkündigung in allen Ehren, aber wenn sie sich mit ihrer oben bezeichneten Aufgabe an unsere Kirchengemeinde ohne weiteres wendet, ergeht ihre Botschaft an eine falsche Adresse . . . Will daher D. Hahn die freie Wortverkündigung an die Stelle der Evangelisation setzen — nicht Evangelisation sondern freie Wortverkündigung — so möchte ich dem entgegenstellen, Evangelisation und freie Wortverkündigung, aber immer denen, welchen sie gehört.“ (S. 167 ff.)

Ohne Zweifel steht die Volksmission auf der Seite von Henrichs. Ihr geht es gerade darum, auch an die Entfremdeten heranzukommen, und sie berührt sich aufs engste mit der J. E. in Österreich, wie sie dort von Pf. Monsky unter Arbeitern, Freidenkern, Katholiken getrieben wird.

Bei der Potsdamer Konferenz der Volksmissionare (Ostern 1923) war der Vortragende über „Volksmission und Arbeiterschaft“ Stadtmissionsinspektor Pastor Dr. Schreiner in Hamburg, der dort schon Erfahrungen auf diesem Gebiete gesammelt hat. Er schreibt darüber selbst im „Aufwärts“ (1923, 100):

„Es kam mir darauf an, auf Grund der Hamburger Erfahrungen und einer historisch-psychologischen Einfühlung in die gegenwärtige Lage des Arbeiters die Ansätze und Möglichkeiten zu verfolgen, die sich heute dem zeigen, der Mission treibt aus innerster Herzensnötigung. Wie ist es möglich von Gott zu sprechen, von Sünde und Ewigkeit, so daß die Masse der Großstadt es wirklich hört und versteht? Wie ist es möglich, den Fluch der Masse, die Entpersönlichung zu durchbrechen und den Einzelnen persönlich zu fassen und auch zu wecken? Die Opfer eines mechanisierten Zeitalters rufen in ihren Herzen lauter denn je nach Geist, nach Liebe und Leben, und nur einer allein vermag sie ihnen zu bringen: der Lebendige, der den Fluch der Erde trug und ihn überwand. Aber das ist ja nun gerade das Problem, daß dem Arbeiter von heute die christliche Verkündigung nur in dem Kleid des bürgerlichen Lebens entgegentritt, in dem Kleid der Ruhe und des Friedens. Sein Element aber ist der Kampf. Die bürgerliche Sphäre des Christentums muß er zunächst ebenso wie die der Gemeinschaften als eine ihm fremde Welt empfinden. Dennoch ist die Stunde da oder steht dicht bevor, in welcher Enttäuschungen und ganz andere Hoffnungen als bisher die Seele des Proletariats vorbereiten zu einem neuen Verstehen; aber auch auf der anderen Seite unserem Wort und unserer Liebe Wege weisen zu neuem Mitleiden und Mitkämpfen.“

Soweit die Lage des Arbeiters in der Großstadt eine besondere Einstellung für den Volksmissionar fordert, wies der Schluß des Vortrages

in besonderen Einzelforderungen für eine neue Art und Technik der Evangelisation darauf hin."

Die Vertreter der I. E. haben das willig anerkannt, daß die Volksmission ihnen neue Anregung gibt, wirklich zu missionieren und sich nicht an der Gemeinschaftspflege genügen zu lassen.

Die Volksmission hat inzwischen unbeirrt durch allerlei Kritik, von der sie zu lernen bereit ist, ihre Arbeit getan. Soweit sie durch den Zentralausschuß für Innere Mission getrieben wird, hat sie erfreuliche Ausdehnung zu verzeichnen. Zu seinen bisherigen Volksmissionaren P. Hölzel und P. Hagen sind hinzugekommen P. Dr. Schweitzer als Apologet, Kammerherr von Engel, der die Sommerkonferenzen in Gutshäusern von Großgrundbesitzern hin und her veranstaltet, Prediger Berger, ein Diakon, der in den an Polen abgetretenen Gebieten, aber auch in Schlesien, Pommern und Mecklenburg gearbeitet hat, und Fräulein Hardt, die unter dem weiblichen Geschlecht missionarisch wirkt. Für das Jahr 1923 ist ein Kostenvoranschlag von 17 500 000 M. vorgesehen. Die Mittel sind zum Teil aus dem Auslande zugeflossen. D. Füllkrug hat z. B. in der Schweiz (Zürich) evangelisiert, P. Hölzel in Holland gewirkt. Nebenamtlich hat Sup. Eiter sich für die Volksmission zur Verfügung gestellt. P. Max Braun (Berlin-Schöneberg) hat in Köln missioniert.

Neben dieser Volksmission des Zentralausschusses geht die der provinziellen Organisationen her, die sich innerhalb Preußens und sonst im Reiche gebildet haben, z. B. auch in Braunschweig.

Es ist der Volksmission übrigens nicht nur um Anregung und Erweckung, sondern auch um Nachpflege zu tun. Daher wird die Bildung von Kerngemeinden immer wieder betont. Gewiß besteht für sie die Gefahr, mehr in die Breite als in die Tiefe zu gehen. Aber sie wird durch den Zusammenhang mit der bisherigen I. E. davor immer wieder gewarnt und erstrebt mit Ernst Ewigkeitsfrucht.

Anmerungsweise sei noch mitgeteilt, daß die Volksmission auch in der theologischen Welt Anerkennung gefunden hat. D. Füllkrug hat die Einladung erhalten, an der Berliner Universität eine Gastvorlesung über die Volksmission zu halten.

Auch das sei erwähnt, daß es auch schon ein liberales Gegenstück zur Volksmission des Zentralausschusses für Innere Mission gibt. Im Neuen Sächsischen Kirchenblatt 1922, 31 ist zu lesen: „Der apologetische Ausschuß für moderne Volksmission (Leiter Professor Kruschwitz, Cavertitz) vermittelt jederzeit moderne religiöse Volksredner und nimmt Meldungen von Mitarbeitern an. Sein Ziel ist, durch Abhaltung von Vortragsreihen, Diskussionsabenden usw. im Geiste des freien Protestantismus starkes religiöses Leben zu wecken. Immer deutlicher erkennt man die Pflicht, neben der Vertretung der Kirche und des evangelischen Christentums die bisher in festen Händen der einen Richtung lag und für die man alle Gunst von oben und alle Unterstützung der Geistlichen und Kirchen-Gemeinden in Anspruch nahm, auch eine Vertretung der

Kirche und des evangelischen Christentums im Geiste des freien Protestantismus zu stellen." Im gleichen Sinne hat Professor D. Bornhausen, Breslau, in Schlesien gewirkt.

4. Innerkirchliche Evangelisation und allerlei Strömungen.

In dem weiten Gebiet des Deutschen Reiches und über seine Grenzen hinaus hat sich die J. E. im Laufe eines Menschenalters ausgebreitet und eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Fast ist die Zeit gekommen, eine Geschichte der Bewegung zu schreiben. Denn sie ist aus dem stürmischen Wogen der ersten Begeisterung heraus und in ein ruhigeres Fahrwasser gelangt. Ihre eigenen Freunde urteilen so. Es ist also kein unfreundliches Werturteil, sondern die Beugung unter ein geistgeschichtliches Gesetz, wenn Missionsinspektor Henrichs in dem erwähnten Buch folgende Bemerkung macht:

„Daß der Evangelist unserer Tage sich mit diesen Vätern der Evangelisation nicht mehr messen kann, scheint auf einem bestimmten Gesetz zu beruhen, nach dem bedeutende Männer, die ihrer Zeit eine neue Richtung und ein neues Gepräge geben, überall nur periodisch auftreten. So schenkt Gott einem Volk und Land auch nur einmal in großen Zeiträumen den Mann oder die Männer, in denen der Evangelisationsgedanke mit überwältigender Klarheit und Lebendigkeit in die Erscheinung tritt. Ihre Nachfolger erreichen deren Geistesgröße kaum mehr. In ihrem Wirken tritt das Ursprüngliche unmittelbar mehr zurück. Das Abgeleitete, Nachgeahmte ist überall wahrzunehmen. Es fehlt ihrer Sendung zwar nicht die göttliche Leitung, aber doch die überwältigende Gewißheit der Gottesoffenbarung in ihrem Auftrag, womit die alten Zeugen auf den Schauplätzen erschienen. Sie brachen der Evangelisation die Bahn, wir fahren auf gebauten Gleisen. Sie waren die Schöpfer des Werkes, wir empfangen es aus zweiter und dritter Hand.“ (S. 246 f.)

Aber die Antriebe der verschieden geprägten Persönlichkeiten wirken noch nach und gleichen sich erst allmählich aus, so z. B. der Unterschied der westlichen und östlichen Richtung in der J. E.

Wir haben im vergangenen Jahre über den Streit berichtet, der sich zwischen den sächsischen Gemeinschaftskreisen und dem Baudsburger Diakonie-Verband erhoben hatte. Für die J. E. war dies ein sehr ärgerliches Vorkommnis. Es widerspricht dem Gemeinschaftsgedanken. Es ist also sehr begreiflich, daß sich der Vorstand des Gnadauer Verbandes bei der Pfingstkonferenz in Halberstadt sehr gründlich mit dieser Frage beschäftigte. Das Ergebnis war ein Beschluß, der dem Streit ein Ende zu machen suchte. Er lautete: „Die Brüder des Vorstandes haben es als den Willen Gottes erkannt, daß wir als die von einem Stamme in Bruderliebe verbunden, miteinander das uns vom Herrn aufgetragene Werk auszurichten haben, in dankbarer An-

erkennung der verschiedenen Gaben. Wir erbitten uns dazu den Beistand des Heiligen Geistes und Eure Fürbitte."

Der Gedanke, daß es sich bei diesem Friedensschluß nur um einen Scheinfrieden handeln könnte, dürfte abwegig sein. Der Bandsburger Gemeinschafts-Diakonie-Verband hat offenbar die ernste Absicht, die vorhandenen Schwierigkeiten auch an seinem Teile zu beseitigen. Wir ersehen das daraus, daß er auch mit dem Zentralverband für Innere Mission in Verhandlungen eingetreten ist, um in diesen aufgenommen zu werden. Der Bericht darüber hat folgenden Wortlaut:

"Am 24. Oktober 1922 hat im Wichernhaus eine Verhandlung zwischen dem Gemeinschafts-Diakonieverband und dem Kaiserswerther Verband stattgefunden, an der vom Gemeinschafts-Diakonieverband die Pastoren Krawielizki und Schmidt, vom Kaiserswerther Verband Pastor Thiel und vom Zentralausschuß die Pastoren D. Füllkrug und Steinweg teilnahmen. Die Vertreter des Gemeinschafts-Diakonieverbandes haben in dieser Besprechung folgende Erklärung abgegeben:

1. Was die in den Anfängen unserer Bewegung an den Diakonissenmutterhäusern des Kaiserswerther Verbandes von unserer Seite geübte Kritik betrifft, so weisen wir darauf hin, daß der Vorsitzende unseres Verbandes in seiner in der „Reformation“ veröffentlichten Erklärung vom 17. April 1904 diese Kritik, soweit sie über den Rahmen der sachlichen Erörterung hinausging und kränkend war, öffentlich zurückgenommen hat, und daß er die Segnungen, die von den Anstalten des Kaiserswerther Verbandes ausgegangen sind, ausdrücklich anerkannt hat. Wir erkennen die Grundsätze, nach denen die Mutter- und Brüderhäuser ihre Schwestern und Brüder herangebildet und geleitet haben und noch heranbilden und leiten, als dem Evangelium gemäß an. Es ist nicht unsere Auffassung, daß unsere Brüder und Schwestern vor den Diakonen und Diakonissen berufen seien, Seelen zu dienen.

2. Wir verpflichten uns, in Arbeitsgebiete der alten Mutter- und Brüderhäuser nur nach Benehmen mit diesen einzutreten. Sind in einem Bezirk unsere Brüder und Schwestern neben Diakonen und Diakonissen tätig, so werden unsere Mutterhäuser das ihre tun, um mit dem in Frage kommenden Mutterhause des Kaiserswerther Verbandes bezw. dem Brüderhaus Vereinbarungen über die Begrenzung der Arbeit zu treffen, damit jede Unzuträglichkeit und Reibung vermieden werde.

3. Wir werden unsere Brüder und Schwestern dahin beeinflussen, daß sie unsere grundsätzliche Stellung der alten Diakonie gegenüber, wie wir sie oben zu Nr. 1 ausgesprochen haben, sich zu eigen machen und werden sie anhalten, sich in jedem Falle streng an die unter Nr. 2 gekennzeichneten Richtlinien zu binden.

Der Zentralausschuß hat darauf in seiner Sitzung vom 14. Nov. die Aufnahme des Gemeinschafts-Diakonieverbandes beschlossen, unter der bestimmten Voraussetzung, daß der Gemeinschafts-Diakonieverband dem Jugendverband der Inneren Mission gegenüber zu der gleichen grundsätzlichen Stellung und zu der gleichen Rücksicht bei der Abgrenzung der

gegenseitigen Arbeit bereit sei wie gegenüber den Brüder- und Mutterhäusern."

Der Vorstand des Gnadauer Verbandes hat sodann in seiner Sitzung vom 5. Januar in Bethel-Bielefeld beschlossen, den Vandsburger Gemeinschafts-Diakonieverband als solchen in den Gnadauer Verband aufzunehmen, während bisher die führenden Persönlichkeiten nur für sich selbst dem Vorstande angehörten. Hinsichtlich des Dienstes der Frau am Wort besteht auf beiden Seiten Übereinstimmung darin, daß die Gabe und Aufgabe der Frau sie an ihr eigenes Geschlecht weist und daß, wo diese Grenze durch die Not überschritten ist, die Rückkehr zum normalen Zustand anzustreben ist. Das ist ein voller Friedensschluß.

Auch zwischen den Gemeinschaften und den Jugendbünden für entschiedenes Christentum kam es hie und da zu Reibungen, auf deren Beseitigung man bedacht sein mußte.

Am 26. Februar trat der Ausschuß zur Verhandlung über die Beziehungen von Gemeinschafts- und Jugend-Bund in Berlin zusammen. Pastor Michaelis hatte den Vorsitz. Die Gemeinschaften waren durch Graf Pückler und Prediger W. Weisenbach, der Jugendbund durch Direktor Schürmann, Generalsekretär Blecher, Pastor Minor und Prediger Bartsch vertreten. Von der Hauptleitung des Jugendbundes wurde mit größter Bestimmtheit ausgesprochen, man denke nicht an eine Änderung oder Lockerung der bisherigen Verbindung von Jugendbund und Gemeinschaft. Im Mittelpunkt der Verhandlung stand die Besprechung über das Wesen der Gemeinschaft, woraus sich ihr Verhältnis zum Jugendbund von selbst ergebe. Eine Gemeinschaft ist ein Organismus, d. h. ein lebendiger Körper, der gleich der biblischen Gemeinde beide Geschlechter sowie alle Stände und Altersstufen umfaßt. Gerade dadurch wird sie zu einer Stätte der Erziehung durcheinander und des Austausches der Gaben untereinander. Insbesondere darf auch das Alter nicht ohne die Jugend sein und ohne die Aufgabe, die ihm die Jugend stellt. Das Alter muß ihr Vorbild sein, ihre jugendliche Art verstehen, ihr die nötige Freiheit lassen und doch erziehend auf sie wirken. Die Jugend darf nicht ohne das Alter sein und ohne die Stellung, an die sie die Bibel dem Alter gegenüber weist. Wo dieser Gedanke der Zusammengehörigkeit begriffen und in die Tat umgesetzt wird, da werden sich die richtigen Formen des Zusammenlebens von innen heraus ergeben. Paragraphen aufzustellen ist schwer und nicht ratsam, da das Leben sich verschiedene Formen schafft." Auch hier ist grundsätzlich der Friede hergestellt, muß freilich an den einzelnen Orten durchgeführt werden.

Wie es in früheren Jahren der Klärung des Verhältnisses von Gemeinschaften und Blaukreuzvereinen bedurfte, so hat sich das gleiche Bedürfnis in neuerer Zeit hinsichtlich des Weißen Kreuzes herausgestellt.

Der Generalsekretär des Weißen Kreuzes, von Dobbeler, empfahl im Anschluß an jede Gemeinschaft die Gründung einer Gruppe des

deutschen Sittlichkeitsbundes vom Weißen Kreuz und des Deutschen Frauen- und Mädchenbundes für sittliche Reinheit. „Wer von der Notwendigkeit und Wichtigkeit solcher planmäßigen Arbeit überzeugt ist, aber allerlei Bedenken hat, lasse sich unsere neueste Schrift: „Anleitung zu zeitgemäßer Sittlichkeitsarbeit“ kommen, in welcher die Bedenken widerlegt werden, in welcher aber auch klar davon gehandelt ist, wie man eine Gruppe gründen und wie man sie leiten und die Arbeit im Segen betreiben kann. Wenn unsere deutschen Gemeinschaften sich heute nach neuen Wegen umschauen, um den furchtbaren Mächten der Unsittlichkeit zu begegnen, hier ist der beste Weg, beschritten ihn! Aber laßt keine Zeit verstreichen!“

Bei voller Anerkennung der Wichtigkeit und Notwendigkeit dieser Sittlichkeitsarbeiten schreibt doch (A. d. W. 1922, 26) Prediger Franke: „Wir möchten diese Weißkreuzarbeit in unseren Gemeinschaften nicht so verstanden wissen, daß nun möglichst alle unsere Alten und Jungen, Männlein und Weiblein, Weißkreuzmitglieder werden, sondern so, daß die Gemeinschaften den Kampf gegen die Unsittlichkeit in jeder Form unter Gläubigen und Ungläubigen vom W. K. B. lernen und ihn unter seinem Rat und Beistand systematisch und energisch treiben. Von der Notwendigkeit dieses Kampfes sind wir alle durchdrungen. Aber die Frage erhebt sich, wie das nun gründlich geschehen kann, ohne daß die Vielgestaltigkeit unserer Arbeit darunter leidet. Regelmäßige Männer- und Mütterstunden für diese Sache einzulegen, wird kaum angehen. Dafür sind unsere Leute schon zu sehr mit Versammlungsmöglichkeiten überlastet. Ich kann mir eine erspriessliche Sittlichkeitsarbeit in den Gemeinschaften nur so denken, daß die Sittlichkeitsfrage in den schon bestehenden Abteilungen in gewissen Abständen hauptgegenständlich behandelt wird und daß in jeder Arbeitsabteilung ein kleiner Kreis sich findet, der die Sittlichkeitsfrage beständig studiert und unermüdlich Anregungen zu weiterer Arbeit gibt. Diese kleinen Kreise können sich gliedlich den beiden von von Dobbeler genannten Bündeln anschließen, deren Organ studieren und die gegebenen Anregungen weitergeben und verwirklichen. Nicht Bundespflege, sondern Retterarbeit muß die Lösung bleiben.“

Das Bestreben, die innere Einheit der I. E. herzustellen und zu pflegen, wird durch D. Michaelis mit sichtlichem Erfolge fortgesetzt. Das bedeutet jedoch nicht, daß man gegen die vorhandenen Schäden blind ist oder sie vertuscht. Der Vorsitzende des Gnadauer Verbandes beleuchtet ganz deutlich gewisse Mängel der Gemeinschaftsleute. Er schreibt z. B. im Anschluß an seine Reise nach Ostpreußen im Herbst 1922:

„Tilsit ist eine Stadt der Gemeinschaften. Auf 60 000 Einwohner kommen 25 kirchliche und freikirchliche Gemeinschaften und Vereine. Schön ist solch reges Leben, aber die Menge der Gemeinschaften in einer verhältnismäßig kleinen Stadt birgt eine Gefahr in sich. Die Gemeinschaftsleute werden leicht satt. Es wird ihnen soviel geboten, bald hier bald dort, und die Menge der Gemeinschaften begünstigt einen

flatterhaften Schmetterlingsgeist, der naschend von einer Blume zur andern fliegt. Auch wird die Treue des Ausharrens bei einer Gemeinschaft, bei ihren Freuden und Leiden, bei Hochstand und auch bei Tiefstand, gefährdet."

Mit aller Entschiedenheit aber wird die Scheidung von der schwarmgeistigen Zungenbewegung aufrecht erhalten. Um ihres früheren Zusammenhanges willen mit der J. E. berichten wir über die neueste Entwicklung.

Die Zungenbewegung, die neben der J. E. hergeht, seitdem zwischen beiden die Trennung vollzogen ist, hat weitere Schritte getan, um Schäden abzustellen. Prediger Edel schreibt in Nr. 6 der „Grüße aus dem Heiligtum" (Monatschrift der Zungenbewegung) über den letzten Hauptbrüdertag in Charlottenburg vom 3. bis 7. April 1922: „Jesus wird praktisch nicht anerkannt als Haupt und Herz seiner Gemeinde. Man hat nicht verstanden, daß er selbst seine Kirche regieren will durch seine Diener. Man hat das Amt in eigene Hände genommen. Man eiferte für die Reinheit des Werkes und der Lehre nach eigenen Vorstellungen. Die Schrift mußte dazu dienen, die eigenen Überzeugungen und Pläne zu stützen. — Auch unter uns hat dieser Geist vielfach sein Wesen gehabt. Wohl haben wir in allen diesen Jahren ernst danach getrachtet, daß die Herrschaft Christi unter uns in Wahrheit aufgerichtet werden möchte; aber es fehlte uns an Licht, zu erkennen, wie tief eingewurzelt der Schaden des Eigenwesens und der Selbstbehauptung auch in den Dingen Gottes unter uns war. Seit 1919 setzte dann die Bußbewegung ein. Sie erreichte ihr Ziel nicht mit einem Mal, sie ist noch nicht abgeschlossen. Aber eine kostbare Frucht hat sie gezeitigt, nämlich die Entschlossenheit, unerbittlich mit allem Selbstleben, auch in unserem Dienst am Werke des Herrn ins Gericht zu gehen. Gott antwortete auf unser Verlangen und ließ ein Gericht nach dem anderen über uns kommen. Er fing an, unseren Schaden aufzudecken mehr und mehr. Er benutzte dazu u. a. auch unsere Brüder aus anderen Verbänden. Wir sind ihm dafür Dank schuldig. Die fortwährende Kritik, welche von bestimmten Kreisen an uns geübt wird, ist ein großer Segen für uns."

Es waren erschienen 57 Brüder aus allen Teilen Deutschlands und Hollands. Der aus sieben Brüdern zusammengesetzte Ausschuß, der seit der vorigen Tagung und als Organ des Hauptbrüdertages die Geschäfte geführt hatte, gab einen Bericht über seine Tätigkeit. Das Wichtigste aus diesem Bericht waren die Mitteilungen über die vom 13. bis 15. Dezember 1921 in Berlin gepflogenen Verhandlungen mit einer kleinen Zahl von Vertretern anderer christlicher Kreise. — Eine Wiedervereinigung war, wie im vorigen Jahrbuch berichtet, von seiten der J. E. abgelehnt worden. —

Prediger Edel schreibt weiter: „Wir möchten ja nichts Eigenes und nichts Widergöttliches unter uns festhalten oder dulden. Darum stellen wir uns weiter freiwillig und mit Freuden dem Gericht des übrigen Volkes Gottes. Wir sind bereit zu jedem Opfer, das nötig wäre, um

fernere Verhandlungen zu ermöglichen, insofern es sich nicht um Zugeständnisse handelt, die gegen unser in Gottes Wort gebundenes Gewissen sind. Denn mit großer Freude und Dankbarkeit gegen den Herrn bekennen wir uns nach wie vor zu den unter uns geschenkten pfingstlichen Segnungen mit Einschluß dessen, was der Herr seit 1919 hat wirken können."

Hierzu schreibt Prediger Franke (A. d. W.): „Wenn sich die Zungenbrüder wiederum freiwillig dem Gericht anbieten mit der Aufforderung: ‚Zeigt uns unsere Fehler, wenn wir solche haben,‘ so erwidern wir, daß dieselben ihnen wahrlich schon genug gezeigt worden sind, und wenn sie sehen wollten, könnten sie erdrückend viel mehr Fehler in ihren Reihen sehen. — Wie wenig das Bekenntnis von der Schuld auch positiv gemeint ist, zeigt der Satz: ‚Wir bekennen uns nach wie vor zu den unter uns geschenkten pfingstlichen Segnungen.‘ Da wird mit der zweiten Hand wiederholt (wieder zurückgenommen), was man mit der ersten glaubte anbieten zu müssen; denn die pfingstlichen Segnungen sind in deren Sinne nicht nur Bekehrungen und Neugeburten aus dem Heiligen Geist, sondern es sind die sogenannten Geistesgaben, deren man sich so rühmte und die ja gerade der Schandfleck der Bewegung geworden sind."

Das Ergebnis der Beratungen in Charlottenburg war: Der Hauptbrüdertag wird nicht wieder zusammentreten. Es wird darauf Bedacht genommen werden müssen, daß statt dessen eine das Ganze zusammenfassende neue Vertretung sich als Frucht der Neugestaltung unserer Arbeit ergibt. Die bisherige Grundlage der Konferenzen und der wachsende Zulauf zu denselben beeinträchtigte eine gründliche Arbeit je länger je mehr. Der geistliche Gewinn der großen Jahresversammlungen drohte den gemachten Aufwendungen an Geld, Zeit und Mühe nicht mehr zu entsprechen. Es wurde daher beschlossen, die Mülheimer Konferenz im Jahre 1922 nicht zu halten, dafür sollten die einzelnen Kreise durch besonders dazu bestellte Brüder durchgearbeitet werden. Die beiden Brüder Pastor Paul und Bogert übernahmen die Hauptleitung der Bewegung. Diese beiden Brüder sollten sich die nötigen weiteren Mitarbeiter nach eigenem Ermessen beordnen. Die beiden Pfarrer erklären: „Wir sehen es nicht als unsere Aufgabe an, eine gesonderte Denomination zu bilden. Wir bedauern, daß wir durch die Umstände dazu genötigt worden sind, hin und her uns selbständig zu organisieren. Natürlich werden wir diesen Gemeinden und Gemeinschaften in erster Linie zu dienen haben. Sie bilden unser nächstes Arbeitsfeld. Unsere Liebe und unser Dienst aber gilt der ganzen Kirche Christi. Wir haben allenthalben, wo man auf uns hören will, das zu stärken, was sterben will. (Offenb. Joh. 3, 2.) Die bestehenden Ordnungen in der Landeskirche, in Freikirchen und Gemeinschaftsbewegungen haben wir durchaus zu respektieren. Der echte Pfingstgeist läßt sich nicht in den Wagen einer Partei spannen: Er ist der ganzen Kirche gegeben und umfaßt mit gleicher Liebe alle Teile des Leibes Christi. Dieses Geistes Diener möchten wir sein."

Prediger Franke bemerkt dazu, daß der Hauptbrüderstag einen gewaltigen Ruck vorwärts auf dem Wege zur absoluten Zentralisation bedeute. Die beiden Leiter Paul und Boget geben nun sowohl die Zeitschrift „Lied des Lammes“ als auch die neue Zeitschrift „Pfingst-Botschaft“ heraus. Leitung und Presse sind in einer Hand. Prediger Edel ist zurückgetreten und die „Grüße aus dem Heiligtum“ haben ihr Erscheinen eingestellt. Welche weitere Entwicklung nun die Zungenbewegung haben wird, muß sich zeigen. Sehr hoffnungsvoll darf man die Entwicklung nicht ansehen, wenn man weiß, welchen Schaden Prediger Edel und P. Paul angerichtet haben. Der jüngst heimgegangene Vater Seitz schreibt darüber in seinen Lebenserinnerungen:

„Es ist zum Weinen, wenn man sehen muß, welchen Schaden und welche Verstörungen anzurichten ihrer List gelungen ist. Wenn uns der Geist Gottes die Erlösung, die Reinigung, die Heiligung durch Christi Tod vor Augen hielt und wir solche Worte verstehen durften: „Und wir sind geheiligt auf einmal durch das Opfer des Leibes Jesu Christi“ (Hebr. 10, 10), so stellte der Teufel dieser herrlichen Wahrheit gegenüber die Irrlehre auf: „Ihr seid schon jetzt sündlos, ihr habt gar keine Sünden mehr“. Dem Trachten nach den wirklichen Gaben und Kräften der apostolischen Zeit stellte der Teufel das erbärmliche, armselige Zerrbild der Pfingstbewegung entgegen. Diese traurige Karikatur, welche nur die Hölle aufstellen konnte, soll ein Pfingsten sein wie zur Apostelzeit. Von dieser Pfingstbewegung aber erkannte und bekannte einer ihrer ersten Führer, der Pfarrer Regehl, noch vor seinem Heimgang, daß 99 % nur seelisches Treiben seien und 90 % ihrer Weissagungen und Botschaften sich nicht erfüllt hätten und darum unter das Urteil 5. Mose 18, 21. 22 fallen. Es ist nicht zu ermessen, welcher namenlosen Schaden dieses Zerrbild eines neuen Pfingsten dem Trachten nach der wirklichen Kraft aus der Höhe, nach dem Heiligen Geist und seinen Gaben und Kräften angerichtet hat. Durch die Irrlehre, daß wir schon jetzt in diesem sterblichen Leib ganz sündlos geworden sind und keine Sünde mehr haben, ist es dem Teufel bei Unzähligen gelungen, daß sie jetzt das Kind mit dem Bad ausgeschüttet haben, indem sie nicht nur diese Irrlehre sondern auch das Trachten nach biblischer, wahrer Heiligung über Bord geworfen haben, ganz entgegen dem Worte: „Jaget nach der Heiligung, ohne welche wird niemand den Herrn sehen“ (Hebr. 12, 14). Wenn der Apostel seine Zeitgenossen, die den Heiligen Geist schon empfangen haben, ermahnt, voll Geistes zu werden, so ist man in großen, weiten Kreisen, wo man dieses Trachten nach des Geistes Fülle hat, vor Schrecken über das Zerrbild der sogenannten Pfingstbewegung in eine hölzerne, kraft-, saft- und ziellose sogenannte Nüchternheit zurückgesunken.“

Ohne Zweifel hat Seitz recht, wenn er auf den Rückschlag hinweist, den die J. E. durch die Zungenbewegung erlitten hat. Aber es ist nicht zu verkennen, daß dieser Rückschlag in der Hauptsache überwunden ist. Das zeigt der Blick auf die Gesamtbewegung.

5. Rundschau.

Die Pfingstkonferenz des Gnadauer Verbandes in Halberstadt war so gut besucht wie je. Die Antwort der Bibel auf das Fragen der Zeit nach dem Erleben Gottes war der Hauptgegenstand, über den P. Simsa, Barmen, P. Mumßen, Hamburg, Inspektor Beiel, Christhona und Prediger Heinrich Dallmeyer sprachen. In der geschlossenen Versammlung wurde über Stellung und Aufgabe des Weibes nach der Schrift eingehend verhandelt. Die Begrüßungsversammlung fand in der Liebfrauenkirche statt, um auch den Gliedern der Kirchengemeinden etwas zu bieten. P. Michaelis nahm an der Zusammenkunft der Reichsgottesarbeiter teil, um mit diesen die innere Gemeinschaft zu befestigen.

Der Gnadauer Verband hat im vergangenen Jahre zwei Herbstkonferenzen abgehalten. Die erste im Oktober in Zwickau, die zweite im November in Dortmund. Beide waren trefflich besucht. Die Abendmahlsfeier fand in Zwickau nach der Ordnung der Brüdergemeinde statt. Pfarrer Monsky aus Wien war auch zum Vortrag eingeladen über die Frage: „Kann auch ein Arbeiter von heutzutage an Christus glauben?“ Es war sogar die Aussprache freigegeben, aber die Arbeiter kamen nicht. Das war eine Enttäuschung bei der sonst gesegneten Konferenz. In Dortmund konnte eine Evangelisationsversammlung vor 3000 Menschen in der Reinoldi-Kirche stattfinden, die seinerzeit durch Pfarrer Traub ein unrühmliches Aufsehen gemacht hatte. Pastor Hesse aus Elberfeld sprach über die Verwirklichung des Gemeinschaftsgedankens in der Gegenwart, in den verschiedenen Formen des geistlichen und kirchlichen Lebens.

Bei der Tersteegensruh-Konferenz in Essen 13.—15. Juni sammelte sich eine große Gemeinde. Es wurde über die Grundlage (Inspektor Dannert), Auferbauung (Pastor Hellbarth), Einheit (Inspektor Pastor Nijssch) und den Dienst (Pastor Schmidt) der Gemeinde verhandelt.

Besondere Erfolge hat wie in den Vorjahren die Zeltmission zu verzeichnen. Sie steht auf Allianzboden. Zu der Deutschen Zeltmission, welche die größte Arbeitsgemeinschaft dieser Art darstellt, sind die in Baden, Berlin-Lichterfelde und Ostpreußen hinzugekommen.

Die Allianz-Zeltevangelisation arbeitet im brüderlichen Einvernehmen neben dem Südweig der Deutschen Zeltmission, hat aber bewußt eine andere Aufgabe als diese. Während die Deutsche Zeltmission in Großstädten und größeren Städten dient, arbeitet die Zeltevangelisation in mittleren und kleineren Städten sowie großen Landorten. Sie steht unter Leitung von Prediger Eduard Trenkel in Karlsruhe. Begründet ist sie am 16. April 1920.

Die Ostpreußische Zeltmission von Prediger Ernst Krupka verfügt über ein Zelt und ein Zeltauto. In Insterburg und Tilsit hat sie eine außerordentliche Wirkung erzielt. In Tilsit machte die Polizei

viel Schwierigkeiten. Eines Tages sperrte sie den Eingang und räumte die Menge im Zelt. Die Arbeiter in den Fabriken wollten in den Streik treten, so lange bis die Gottesbude vom Ager verschwunden sei. Hier und da ertönten draußen laute Schimpfworte und Verwünschungen, nach und nach beruhigten sich die Gemüter. Zuletzt schickte die Polizei Beamte hin, um alles zu kontrollieren. Bei den Nachversammlungen zeigte es sich, wie viele erweckt waren, sie zählten nach hunderten.

Die Ostpreußische Zeltmission hat mit der Deutschen Zeltmission eine Auseinandersetzung über ihre Eigenart gehabt. Diese hatte geschrieben: „Da das neue ostpreußische Zelt allein im Dienste eines landeskirchlichen Brüderrates steht, ist ein Zusammengehen leider nicht möglich.“ Darauf erwiderte die Ostpreußische Zeltmission, daß sie eine G. m. b. H. sei und außerhalb aller Verbände stehe. „Wir stehen in der Hauptsache allen Kreisen zur Verfügung, die dem Gnadauer Verband angeschlossen sind, machen also zwischen den einzelnen Verbänden gar keinen Unterschied. Auch die freikirchlichen Kreise bitten wir, sich an den Zelt-evangelisationen rege zu beteiligen, möchten aber unseren Dienst von ihrer Zustimmung nicht abhängig machen. Nach jeder Arbeit werden die Versammlungs-anzeiger sämtlicher Kreise, die sich beteiligt haben, ganz unparteiisch veröffentlicht und die Neubekehrten gebeten, sich völlig unbeeinflusst zu einem dieser Kreise zu halten.“

Pastor Lange in Pr. Bahnau schreibt: „Wir sind in Ostpreußen an Erweckungen gewöhnt, aber Erweckungen in solchen Ausmaßen (wie in Insterburg, Tilsit und Gumbinnen durch die Zeltmission) sind in der Geschichte des Reiches Gottes in Ostpreußen wohl noch niemals vorgekommen.“ In Eydkuhnen ist eine Erweckung durch Prediger Gehrman, Osterode, geschehen. Die Baptisten-Gemeinde hat ihre Säle für die Versammlungen zur Verfügung gestellt. Etwa 100 Seelen wurden neu gewonnen. Die Gemeinschaft hat es gewagt, neben der Bandsburger Schwester einen Prediger anzustellen und ein Haus für 2700 000 M. zu kaufen. Von Beamten, Arbeitern und kleinen Besitzern wurde zusammengesteuert, sogar von Witwen Summen für den Hauskauf von 10—150 000 M.

Im Preußischen Gemeinschaftsverein sind die Ehrlichona-Gemeinschaften des Ostens, soweit sie keinem anderen Verband angehören, sondern freistehende (aber nicht freikirchliche) Gemeinschaften sind, zusammengeschlossen. Bei der ersten Tagung im Mai 1922 waren 27 verschiedene Arbeitsfelder vertreten, in denen 30 berufsmäßige Reichsgottesarbeiter wirken.

Infolge einer Anregung des Litauischen Pfarrers Kibelka hat der Reise-Evangelist des Ostpreußischen Gemeinschaftsbundes Mažik, der im Gofnerschen Missionshause seine Ausbildung genommen hat, die Evangelisation im Staate Litauen übernommen. Das Litauische Konsistorium hat ihm das Recht zuerkannt, in den Kirchen und Schulen zu evangelisieren. Die ostpreußische Zeltmission trägt einstweilen die Kosten für den Evangelisten und alle sachlichen Ausgaben.

In Mitau tagte vom 8.—12. Juni eine Gemeinschaftskonferenz im Gemeinschaftssaal. Für die Evangelisation stand die reformierte Kirche zur Verfügung. Die drei letzten Sendschreiben der Offenbarung wurden behandelt. Die Konferenz hat die Gemeinschaftsbewegung in Lettland gefestigt. Es wurde eine klare Stellung zu den Freikirchen angenommen. Die Gemeinschaftsbewegung soll innerhalb der lutherischen Kirche bleiben, wenn auch diese Kirche noch kein richtiges Verständnis für die Bewegung zeigt.

In Pommern wird die Pflege der Gemeinschaften und der Jugendbünde unter vielen Schwierigkeiten fortgeführt.

Der Pommersche Gemeinschaftsbund hielt seine Mitgliederversammlung in Röslin im Februar 1923 ab. Vertreten waren die Gemeinschaften in Pyritz, Zeitar, Stolp, Schlawa, Rügenwalde, Röslin, Rummelsburg, Kolberg, Belgard, Dramburg und Schivelbein, Labes, Stettin, Greifenhagen, Anklam, Stralsund; Stargard und Rügen müssen mit Gemeinschaftspflögern neu besetzt werden. Swinemünde wird einstweilen nicht wieder besetzt.

Die Straßenpredigt in Berlin hat teils erfreuliche Aufnahme gefunden, so z. B. im Treptower Park, wo Prediger Großmann, Pastor Hölzel vom Zentralausschuß für Innere Mission und Pastor Ungnad am 13. Juni gemeinsam eine Versammlung hielten. In gleicher Weise fanden später Versammlungen statt. Nicht überall ging die Arbeit so ungestört. Im Friedrichshain, mitten in Berlin am Königs- tor gelegen, hatte unter Leitung von Prediger Köhler von der St. Michaels- gemeinschaft die Arbeit einen gesegneten Anfang genommen. Mitte Juli aber begannen hier planmäßig vorbereitete Störungen der Christus- feinde. Man begnügte sich nicht mit höhnischen Zwischenrufen, sondern mietete einen Leierkasten, der spielend unter die Versammlungsbesucher gefahren wurde und eine Fortsetzung der Ansprache unmöglich machte. Daß es in erster Linie Haß gegen die Kirche und den Pfarrerstand ist, der sich in diesen Tumulten kundgibt, dafür zeugt der Umstand, daß die Heilsarmee ihre Versammlungen im Friedrichshain ungestört halten konnte. Am schlimmsten ging es im Humboldthain am Gesundbrunnen zu. Auch hier sprachen landeskirchliche und freikirchliche Brüder in derselben Versammlung. Aber allmählich — wie zu der Apostelzeit — brach der Sturm los. Organisierte Sprengkolonnen von Männern und Frauen drangen unter Absingung der gemeinsten Lieder in die Versammlung ein und sprengten sie auseinander. Nach ernstlicher Beratung beschloßen die Brüder, für diesen Sommer die Straßenpredigt einzustellen, um ihre Gemeindemitglieder nicht größeren Gefahren auszusetzen. Pastor Hölzel, der diesen Bericht schreibt, fügt hinzu: „Dieser Rückzug ist aber nur ein strategischer, wir räumen das Feld nicht.“

Ein Gemeinschaftsverband der Berliner Stadtmission hat sich aus 12 Gemeinschaften gebildet. Vorsitzender ist Pastor D. Philipps. Einmal im Monat kommen die in den Gemeinschaften mitarbeitenden und am Wort dienenden Laienbrüder zu einer Gebetsstunde zusammen.

In der Provinz Brandenburg geht die Arbeit in den alten Bahnen weiter. In Senftenberg (Niederlausitz) hat die Gemeinschaft die Freude, daß sie ihr eigenes Grundstück in Kürze schuldenfrei haben wird.

Durch die Jungenbewegung ist die I. G. in Schlesien im Jahre 1910 in zwei ziemlich gleiche Teile zerrissen worden. Auf der Seite der I. G. sind nach dem Rückschlag, der infolge der Spaltung eingetreten ist, wieder Fortschritte zu verzeichnen. 210 größere und kleinere Kreise wurden 1922 von 21 angestellten Predigern bedient. 58 organisierte Gemeinschaften bestehen. 131 Brüder, die im irdischen Beruf stehen, dienen dem Herrn mit dem Worte. Zwischen dem Gemeinschaftsbund und dem kirchlichen Gemeinschaftsverband besteht ein brüderliches Einvernehmen. Sie gehören beide dem Gnadauer Verbands an.

Der kirchliche Gemeinschaftsverband in Schlesien hat für den nach Westfalen berufenen Bruder Halstenberg noch keinen Ersatz gefunden. Pastor Teschner, der Leiter des Verbandes, hielt mit nur fünf Brüdern in Kaufung seine Zusammenkunft. Auch der Schlesiische Gemeinschaftsbund konnte seinen Reisesekretär nicht im Hauptamt weiter behalten. Er bemüht sich, die Gemeinschaftsglieder zur Wortverkündigung heranzuziehen, da die Gemeinschaftspfleger die Arbeit in den vielen Orten nicht bewältigen können. Von Grünberg aus werden z. B. zehn Stationen bedient. Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder in Stadt und Land beträgt 199. Neun Brüder helfen in der Wortverkündigung. In Dels zählt die Gemeinschaft in Stadt und Land (sechs Außenplätze) 130 Mitglieder. Acht Brüder unterstützen den Gemeinschaftspfleger in der Wortverkündigung.

In Breslau hielt der Jugendbund für I. G. seine Hauptversammlung für Deutschland ab unter weitgehender Beteiligung der christlichen Jugend und ihrer Freunde. P. Michaelis konnte in der Jahrhunderthalle vor etwa 10000 Zuhörern sprechen.

Im Freistaat Sachsen macht die I. G. weitere Fortschritte. In Hartha sprach Pfarrer Monsky vor kirchenfeindlichen Arbeitern in großer Versammlung. Im Anschluß an die Zwickauer Herbstkonferenz fand für sämtliche Gemeinschaftspfleger in Leichwolframsdorf ein Bibelkursus statt.

Daß Erweckungsluft in Deutschland weht, wird auch aus Hamburg berichtet. Die Philadelphia-Gemeinschaft hat im Laufe des Winterhalbjahres 12 Evangelisationen veranstaltet, meistens in den Sälen der Gymnasien und Oberrealschulen. Der Besuch war so stark, daß zuweilen Leute wieder umkehren mußten.

Auch die Wichernvereinigung, die, von D. Hennig begründet, im Rauhen Hause zu Hamburg ihren Sitz hat, von Verlagsbuchhändler Fischer dort besonders gefördert wird, hat von reichen Segnungen zu berichten. P. Bretschneider im Rauhen Hause und der frühere Bürgermeister Dr. jur. Hans Berg aus Neustrelitz dienen ihr haupt-

amtlich. Dr. Berg bleibt aber nebenamtlich Altfreunde-Sekretär der Deutschen Christlichen Studenten-Vereinigung.

In Westfalen hat die Arbeit der I. E. dadurch einen Fortschritt gemacht, daß Diakon Halstenberg, der bis dahin im Dienste des kirchlichen Gemeinschaftsverbandes in Schlesien gestanden hat, am 1. Okt. 1922 nach Herford übersiedelte. Maurermeister Wolk, Bethel-Bielefeld, der Vorsitzende des Minden-Ravensberger Verbandes, empfahl ihn den Gemeinschaften und Gemeinden hin und her. Pastor Koch, Oberlütbe, Kreis Minden, unterstützte die Sache aufs eifrigste. Die Gemeinschaft in Herford hat für ihr eigenes Haus noch 250 000 M. Schulden, muß außerdem den Umzug und Wohnungsumbau für den Berufsarbeiter bezahlen. Aber der Mut zum Vorwärtsgehen und die Bereitwilligkeit zum Opfern ist da.

Die Pilgermission St. Chrichona hat für ihre hessischen Gemeinschaften ein Bibelheim eingerichtet. Die Leitung des Heimes übernimmt Pastor Dr. Eichhorn, der in den Ruhestand getreten ist. Das Heim hat Raum für 50 Gäste. Bei Konferenzen ist für mehrere hundert Herbergen möglich. Die Anschrift des Heimes ist: Bibelheim Flensungerhof, Mücke i. Hessen.

Der Rhein-Main-Gau-Bund erstreckt sich von Frankfurt a. M. über die hessischen Provinzen Starkenburg und Rheinhesen bis in den Taunus hinein. Er setzt sich aus drei größeren und in sich selbständigen Bundesbezirken zusammen, die ihren Mittelpunkt in Darmstadt, Frankfurt und Worms haben. Die Zahl der Berufsarbeiter wurde vermehrt. Durch die Zeltmissionswoche wurden neue Anregungen gegeben und reiche Belebung geschenkt. Der landeskirchliche Gemeinschaftsbund Rhein-Main-Gau hat sich Satzungen gegeben, denen wir folgende Sätze entnehmen:

Der Bund hat den Zweck, das christliche Gemeinschaftsleben zu wecken, zu pflegen und auszubreiten.

Dies sucht er zu erreichen durch allerlei Rat und Auskunft an die Gemeinschaftsverbände, durch Veranstaltung von Gemeinschaftskonferenzen in den einzelnen Verbänden, durch eine jährliche Bundeskonferenz, die abwechselnd in den einzelnen Verbänden gehalten wird, durch eine jährliche Vertrauensmännerversammlung, durch Verbreitung entschieden christlicher Schriften. Die Arbeit jedes einzelnen Gemeinschaftsverbandes bleibt selbständig.

Der Bund steht auf dem Boden der Heiligen Schrift und der reformatorischen Bekenntnisse.

Er treibt seine Arbeit im Anschluß an den Deutschen Gnadauer Verband für Evangelisation und Gemeinschaftspflege. Der Vorsitzende des Bundes ist Mitglied dieses Verbandes.

Der Evangelische Verein für Innere Mission augsburgischen Bekenntnisses (Gemeinschaftsverein) in Baden hat in 36 Bezirken 454 Gemeinschaften, 105 Männer- und Jünglingsvereine mit 2300 Mitgliedern, 187 Jungfrauenvereine mit 4000 Mitgliedern. Ein junger Mann trat

ins Baseler Missionshaus, einer in eine deutsche Diakonenanstalt, zwölf junge Mädchen in den Diakonissendienst.

Die zweite süddeutsche Evangelistenkonferenz fand vom 26.—29. Juni in Stuttgart in den Sälen des Vereinshauses Furtthbachstraße statt. Sie war einberufen von Evangelist Zimmermann und Generalsekretär Elsäßer. 20—25 Brüder waren zugegen in der Hauptsache Berufs-Evangelisten und einige Gemeinschaftspfleger aus Württemberg, Baden und Bayern. Verhandelt wurde u. a. über Erfordernisse und Fehler in der Seelsorge und Wortverkündigung, über Anlage und Aufbau einer geeigneten Evangelisation, über die Behandlung der Ehefrage in der Evangelisation und Sprechstunden. Stadtpfarrer Jehle aus Degerloch reichte das heilige Abendmahl.

In Bayern setzt sich der Gemeinschaftsbund aus verschiedenen Unterverbänden zusammen. Hier erhofft man durch die Einigung mit den Leitern des Gemeinschafts-Diakonie-Verbandes auch eine Verstärkung der brüderlichen Gemeinschaft zu erfahren. Da die bayrische Kirche in ihrer neuen Verfassung auch den Grundsatz vertritt, in den Gemeinden möglichst viel Mitarbeiter als Vertrauensleute heranzuziehen, so ist allen Brüdern und Schwestern ernstlich ans Herz gelegt, der Kirche bei diesem erfreulichen Vorhaben beizustehen.

Die vorstehenden Mitteilungen geben selbstverständlich nur einen geringen Ausschnitt aus der umfassenden Arbeit der I. E. Besonders erwähnt sei noch, daß die Freizeiten für Pastoren sowohl von der I. E. im engeren Sinne, als von der Volksmission wie auch seitens der Kirche mit Eifer gepflegt werden. Das ist die beste Vorbereitung für die weitere Ausbreitung der I. E.

Zum Schluß fügen wir eine Totenliste führender Männer der I. E. an.

Mathes Gilweit, der frühere Leiter des Vereins Dienst an Arbeitslosen und langjähriger Schriftleiter des Verteilblattes „Für Herz und Haus“, ist am 21. Juni in Berlin-Lichterfelde gestorben, 72 Jahre alt. Er hat durch das gesprochene wie das gedruckte Wort der I. E. mancherlei Dienste geleistet.

Johannes Seitz, seit vielen Jahren Vater Seitz genannt, ist hochbetagt am 4. Juli 1922 gestorben. Er war einer der bedeutendsten Evangelisten von nachhaltiger Wirkung, besonders in Württemberg, später auch im Osten Deutschlands, Begründer des Reichsbrüderbundes und des christlichen Seelsorgeheims Reichswolframsdorf bei Werdau i. Sachsen. Seine Wirksamkeit hat tiefe Spuren hinterlassen und reichte bis ins Heilige Land. Seine Selbstbiographie (Erinnerungen und Erfahrungen, erschienen bei der Buchhandlung des Gemeinschaftsvereins in Chemnitz) ist fesselnd und lehrreich. Innerhalb der I. E. ist sein Einfluß dauernd gestiegen, besonders seit dem Kampf mit der Zungenbewegung.

Professor F. E. Ströter ist am 29. August heimgegangen. Er hat früher eine bedeutende Wirksamkeit innerhalb der I. E. ausgeübt. In der Zeitschrift „Auf der Warte“ heißt es von ihm: „Sein Urteil im

Kampf gegen die Gefahr des Eindringens der Bibelkritik in die deutsche Erweckungsbewegung (Fall Lepsius) und gegen die Zungenbewegung war von weittragender, wenn nicht ausschlaggebender Bedeutung. Seine Schriftforschung bewegte sich weit über der Höhenlage der meisten seiner Zeitgenossen. Bei einem so selbständigen Schriftforscher ist es nicht befremdlich, daß er in einigen Punkten Lehrauffassungen vertrat, die von den Mitbrüdern nicht immer geteilt wurden. Seine Lehrauffassungen haben ihm eine große Gegnerschaft eingetragen." Bekanntlich hat er die Lehre von der Allversöhnung schriftstellerisch vertreten und sogar die Befeligung des Satans gelehrt. Dadurch geriet er in Widerspruch zu den Führern der I. E. Er hat sich später nach der Schweiz zurückgezogen, nachdem sich ihm die Türen in Deutschland zum Teil verschlossen hatten.

Freiherr von Thümmeler in Selka ist am 19. Oktober 1922 gestorben, eine Zeit lang Leiter der Blankenburger Allianzkonferenz, ein freudiger Bekenner des Heilandes.

Pfarrer Köhler von der Allianzbibelschule in Wiedenest ist am 29. Oktober 1922 abgerufen. Ehemals war er landeskirchlicher Pfarrer in Schildesche bei Bielefeld, wo er noch in gesegnetem Andenken steht. Dann legte er sein Pfarramt nieder, ließ sich noch einmal taufen und leitete die Bibelschule in Berlin, Hohenstauffenstraße, bis er mit ihr nach Wiedenest übersiedelte.

P. D. Dehlers, Vorsteher des Stephansstifts in Hannover und Vorsitzender des Deutschen Diakonenverbandes, ist am 30. Dezember abgerufen. Er wird hier als Bahnbrecher der Volksmission in der hannoverschen Landeskirche gewürdigt.

Das Bett der I. E. innerhalb der deutschen evangelischen Landeskirchen wird immer breiter. Daß es nicht flach werde, ist das Anliegen aller, die den Beruf der Landeskirchen erkennen, sich zu Missionskirchen und damit zu wahren Volkskirchen umzubilden. Denn die Landeskirchen haben nach ihrer Verselbständigung gegenüber dem Staat für die Zukunft nur soviel Aussicht auf Bestand und segensreiche Wirksamkeit, als Leben aus Gott in ihnen vorhanden ist. Dieses zielbewußt zu wecken und zu pflegen ist die Aufgabe aller Arbeit der I. E. im weitesten Sinne. Der Herr der Kirche, Jesus Christus, unser gekreuzigter und auferstandener Heiland, ist noch immer auf dem Plan mit seinem Geist und Gaben. Möchten alle berufenen Diener des Wortes und alle freiwilligen Mitarbeiter sich unter das Wort des Apostels stellen: „Darum, meine lieben Brüder, seid fest, unbeweglich und nehmet immer zu in dem Werk des Herrn, sintemal ihr wisset, daß eure Arbeit nicht vergeblich ist in dem Herrn!“ (1. Kor. 15, 58.)

Achtes Kapitel.

Das evangelische Auslanddeutschtum.

Bearbeitet von Pfarrer D.Dr. Schubert, Rom.

(Abgeschlossen am 15. Mai 1923.)

I. Die Abtretungsgebiete des Deutschen Reiches.

Unter der furchtbaren Tatsache des friedelosen Friedens leidet vor allem unser armes versklavtes deutsches Vaterland. Nach ihm aber wohl am meisten seine durch den Machtspruch von Versailles abgetretenen Gebiete, und in diesen wiederum besonders unsere Glaubensgenossen. $1\frac{3}{4}$ Millionen Evangelische in mehr als 750 Gemeinden wurden vom Mutterlande abgetrennt. Die Tragödie der nunmehrigen Grenzlanddeutschen ist in erster Linie eine Tragödie des Protestantismus. Wir beginnen mit einer Schilderung der kirchlichen Verhältnisse in dem größten Abtretungsgebiet, den an Polen gefallen Teilen Posens, West- und Ostpreußens und Mittelschlesiens.

1. Die unierte evangelische Kirche in den polnisch gewordenen Gebieten von Posen, West- und Ostpreußen und Mittelschlesien.

„Es fiel ein Reif in der Frühlingsnacht.“ So ist es der Reformation im Posenschen ergangen. $\frac{3}{4}$ der Posener Bürger und in der Provinz der größere Teil des Adels war sehr bald evangelisch geworden. Da kam, schon 1565, durch den Einzug der Jesuiten der Umschwung. Waren 1569 unter den weltlichen Mitgliedern des Seny noch 38, so 1618 nur noch 13 und 1660 kein einziger mehr. Die Regierung Augusts II., des Kurfürsten von Sachsen und ehemaligen Präsidenten der evangelischen deutschen Fürsten, brachte 1717 im sogenannten Warschauer Traktat die völlige Vernichtung des Protestantismus. „Alle evangelischen Kirchen, die nach 1632 erbaut sind, sind zu zerstören. Nur Familienandachten in den Häusern, doch nicht Zusammenkünfte und Versammlungen mit Predigt und Gesang sind den Dissidenten gestattet.“ Trotz des Protestes aller evangelischen Fürsten Europas geschah für das Thorner Blutbad, bei dem 1724 der Bürgermeister und neun angesehene Bürger um ihres Glaubens willen das Schafott besteigen mußten, keine Genugtuung. Endlich 1768 gewährte der polnische Reichstag den Evangelischen wenn nicht völlige Gleichberechtigung so doch religiöse Freiheit. Aber

noch immer hörten Bedrückungen und Verfolgungen nicht auf. Erst als durch die Teilung Polens Posen und Westpreußen an Preußen fielen, schlug den Evangelischen die Stunde der Befreiung. Und nun blühte das evangelische Gemeindeleben rasch und in immer steigendem Maße auf. Gab es 1768, d. h. unter polnischer Herrschaft, 48 evangelische Gemeinden und 30 Kirchen und Bethäuser, so stieg ihre Zahl 1806 auf 100 bezw. 120, 1890 auf 149 bezw. 208 und 1908 auf 242 bezw. 388. In diesen letzten Jahren zählte die Provinz Posen 645 000 Evangelische (unter ihnen etwa 10 000 polnischer Zunge), denen 323 Geistliche dienten. Dieses blühende Kirchengebilde, zu dem noch das westpreußische Gebiet mit 124 Gemeinden und 320 000 Seelen, Soldau mit 7 Gemeinden und 19 000 Seelen und 9 Gemeinden aus Mittelschlesien mit 10 000 Seelen hinzukommen, ist, durch den Versailler „Vertrag“ von seinem Mutterboden losgelöst, nun national wie konfessionell ein Fremdkörper in der katholischen Vormacht des Ostens.

Noch immer ist diese deutsche evangelische Kirche, der einst Valerius Herberger und Johann Heermann angehörten und die uns einen Rothe, Stier und Kögel geschenkt hat, eine *ecclesia pressa*. Auch wenn durch die um Ostern 1921 zustande gekommene polnische Staatsverfassung die Freiheit der Kirche ermöglicht wurde, insofern darin das Verhältnis des Staates zu den religiösen Minderheiten nach Verständigung mit ihren rechtlichen Vertretungen auf gesetzgeberischem Wege festgesetzt werden soll (vgl. Jahrbuch 1921 S. 427), so hat doch der Staat in praxi seine feindliche Haltung noch immer nicht aufgegeben, ja in letzter Zeit noch verstärkt.

Ende November 1921 konnte allerdings die 16. ordentliche Provinzialsynode, an der zum ersten Male Vertreter Pomerellens und des Soldauer Bezirkes teilnahmen, in Posen ohne Einmischung der staatlichen Behörden und ohne polizeiliche Überwachung ihre Tagung halten, aber sie mußte gegen die noch immer nicht beendeten Übergriffe der polnischen Behörden und die unablässige Vergewaltigung von Gemeinden und kirchlichen Anstalten den folgenden Protest erheben:

Mit tiefer Bewegung hat die Synode von den erlittenen Vergewaltigungen zahlreicher Einrichtungen der evangelischen Kirche und der evangelisch-freien Liebestätigkeit Kenntnis genommen, wie sie in der beantragten Enteignung des evangelischen Johannehauses in Posen, der Räumungsverfügung für die evangelische Kirche nebst Pfarrhaus in Kemsau und der noch immer nicht erfolgten Aufhebung der Beschlagnahme des Gemeindehauses in Obornik erneut zutage getreten sind. Synode erhebt auch ihrerseits bei der polnischen Staatsregierung Einspruch gegen diese Beeinträchtigung evangelischer kirchlicher Rechte, welche nicht nur eine äußere Schädigung, sondern auch eine empfindliche Störung des innern kirchlichen Lebens bedeuten. Sollte in diesem Verfahren der Staatsbehörden keine Wandlung zu erreichen sein, beauftragt die Synode ihren Vorstand, nötigenfalls diesen Einspruch dem Gesamtprotestantismus der ganzen Welt und dem Hohen Rat des Völkerbundes vorzulegen und beide um Beistand in der Wahrung ihrer Rechte als religiöse Minderheit anzurufen.

Ebenso protestierte die Synode gegen die Forderung des Ministeriums des ehemals preußischen Anteils, den Präsidenten und die Mitglieder

des Konsistoriums durch staatliche Stellen zu ernennen und in andere kirchliche Angelegenheiten sich einzumischen, und stellte fest, „daß keine die kirchliche Verfassung ändernde Unordnung ohne synodale Mitwirkung erfolgen kann“. Der mangelnde staatliche Minoritätenschutz ergibt sich ferner in erschreckender Weise aus dem Bericht, der der Synode über das evangelische Schulwesen erstattet wurde:

„Von den evangelischen Schulen sind in polnisch-katholische umgewandelt worden in Pomerellen 143, in Posen 214; von den paritätischen sind in katholische umgewandelt in Pomerellen 125, in Posen 86; paritätische sind in evangelische umgewandelt in Pomerellen 10, in Posen 4. Von vorhandenen evangelischen Lehrerstellen sind in Pomerellen 206, in Posen 347 unbesetzt; noch 138 evangelische Lehrerstellen in Pomerellen und 65 in Posen werden von katholischen Lehrkräften verwaltet. Zeitweise entbehren über 10 000 evangelische Kinder eines geordneten Schulunterrichtes; in Pomerellen müssen 3316, in Posen 1139 evangelische Kinder polnisch-katholische Schulen besuchen und weitere 5172 evangelische Kinder in Pomerellen und 1024 evangelische Kinder in Posen paritätische Schulen. Trotzdem sind noch 1149 evangelische Kinder in Pomerellen und 1330 evangelische Kinder in Posen ohne jeden Schulunterricht. 2889 evangelische Kinder in Pomerellen und 2207 evangelische Kinder in Posen entbehren jedes Religionsunterrichtes in der Schule, 1736 evangelische Kinder in Pomerellen und 1264 evangelische Kinder in Posen wachsen überhaupt ohne jeden Religionsunterricht auf.“

Auch die Abwanderung, oder vielmehr richtiger die Vertreibung der Deutschen nahm nicht etwa ab, sondern in immer größerem Umfang noch zu. Entgegen den Bestimmungen von Versailles bedroht die Liquidierung des Eigentums auch diejenigen deutschen Ansiedler, die bereits vor 1908 ansässig geworden waren. Nach der um die Jahreswende 1921/22 stattgehabten Volkszählung hat die Wojwodtschaft Posen 351 628 Deutsche gegenüber 677 990 Deutschen, die das gleiche Gebiet 1910 bewohnten; der Bezirk der Wojwodtschaft Pomerellen zählt jetzt 196 129 Deutsche gegenüber 424 367 auf demselben Territorium im Jahre 1910. Danach ist das Deutschtum in diesen Gebieten um 550 000 Seelen, d. h. um 50 % zurückgegangen. Wankenden Außenpfeilern des evangelischen Deutschtums gleichen die Gemeinden in Posen, die von 65 000 auf 8000, und in Bromberg, die von 65 000 auf 25 000 Seelen zusammengeschmolzen ist.¹⁾

Erfreulicherweise gibt es unter der deutschen Bevölkerung kaum einen Stand, der auch nur annähernd unter schwierigsten Verhältnissen so standhaft auf seinem Platz ausharrte wie der evangelische Pfarrerstand. Er hat seinen Gemeinden die Treue gehalten. Freilich, seine Reihen sind stark gelichtet; 97 Pfarrstellen sind unbesetzt; der

¹⁾ Bezeichnend für die Art, wie man mit Unterstützung der Regierung Evangelische zu polonisieren versucht, ist u. a. die Tätigkeit des Evangelisch-polnischen Vereins Mittelschlesien, der aus ein paar evangelischen Lehrern polnischer Zunge besteht, die aus Galizien bzw. Teschen dorthin versetzt sind. Sie bemühen sich, die Evangelischen für die Kirche Kongreßpolens zu gewinnen und spielen in einem offenen Brief im Kurjer Pohnanski, dem deutschfeindlichsten aller posenschen Blätter, das frühere gute gegen das jetzige schlechte Kirchenregiment aus, trotzdem doch Konsistorium und Geistliche dieselben geblieben sind.

theologische Nachwuchs ist gering; Zuzug aus Deutschland wird von der polnischen Regierung nicht gestattet; jedoch nur ganz wenige Pfarrer haben von ihrem Optionsrecht Gebrauch gemacht. Aber die Regierung arbeitet planmäßig weiter an der Dezimierung des Pfarrerstandes. Ende 1921 wurde Pfarrer Müller in Schönsee ausgewiesen: als „lästiger Ausländer“, d. h. allein weil er ein Deutscher war. Dasselbe Schicksal ereilte Ende 1922 den Vorsitzenden des evangelischen Pfarrervereins in Pomerellen Engelbrecht in Dirschau, der mit vierzehntägiger Frist samt seiner Familie unter Androhung sofortiger Verhaftung für den Fall der Rückkehr des Landes verwiesen wurde, ohne daß er sich irgend welcher Verfehlungen gegen den polnischen Staat schuldig gemacht hätte. Kurz darauf erhielten den Ausweisungsbefehl Vikar Gernhuber in Gostyn und Pfarrer Haak in Krostow, beide gleichfalls, ohne daß ein Grund zu der Maßnahme vorgelegen hätte. Ganz kürzlich — im Frühjahr 1923 — wurden sogar kurz nacheinander folgende zwölf Pfarrer in Posen und Pomerellen ausgewiesen: Sup. Mehlhorn-Thorn, Pfr. Lechner-Neumark, Heck-Waldau, Schroeter-Gr. Kersau, Freyer-Schwartau, Schloewe-Mockrau, Schroeder-Kesselbude, Balke-Steußitz, Dehmlow-Kentschkau, Heldt-Marzahn, Mund vom Diakonissenhaus Vandsburg, Engelbrecht-Lisnowo. In den Ausweisungsbefehlen war die Maßnahme als Repressalie gegen die ungerechtfertigte Ausweisung von zwölf polnischen Staatsbürgern aus den Grenzen Deutschlands bezeichnet. Diese von deutscher Seite Ausgewiesenen waren Erwerbs- und Obdachlose, die sich zum Teil strafgesetzhlich vergangen hatten und ohne Paß und Aufenthaltsbewilligung in Deutschland verweilten. Es ist kein Zufall, daß die „Repressalie“ evangelische Pfarrer traf. Sämtliche Ausgewiesene sind Reichsdeutsche, aber in keiner Weise auch nur im geringsten politisch belastet und zur Versorgung der Gemeinden durchaus nötig. Das evangelische Konsistorium in Posen hat gegen die Ausweisung der Geistlichen beim Ministerium in Warschau sofort entschieden Einspruch erhoben. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch die Verurteilung des Herausgebers des Evangelischen Gemeindeblattes Pfarrers Schwertfeger in Rosenau wegen eines Artikels, der die Beschlüsse und Reden auf der letzten Landeskonferenz wiedergab, zu 100 000 Mark Geldstrafe, trotzdem er den Wahrheitsbeweis erbringen konnte. Als Grund wurde angegeben: Verächtlichmachung polnischer Behörden und Bekundung polenfeindlicher Gesinnung.

Die Verhandlungen zwischen Staat und Kirche zogen sich endlos in die Länge. Sie kamen erst wieder in Fluß dadurch, daß die Verhandlungen in Genf betreffs der evangelischen Kirche in Oberschlesien eine nicht ungünstige Situation schufen (vgl. weiter unten Oberschlesien), die ihre Konsequenzen auch für die evangelische Kirche in Posen haben mußte. Am 17. und 18. März 1922 fand in Warschau zwischen Vertretern der polnischen Staatsregierung und Generalsuperintendent Burtsche einerseits und dem Posener Generalsuperintendenten Blau und zwei

Räten des Evangelischen Oberkirchenrates andererseits eine Besprechung über die Stellung des Staates zur unierten Kirche in Polen statt, in der wichtige Lebensnotwendigkeiten für die Kirche zugestanden und im Protokoll von den polnischen Vertretern anerkannt wurden. Der für gewöhnlich dem Generalsuperintendent Bursche nahestehende Zwiastun Ewangeliczny brachte über diese Besprechung in seiner Nummer 14 über die unierte Kirche einen Bericht, der in keiner Weise den Tatsachen entsprach und von den deutschen Tageszeitungen in Posen richtig gestellt wurde. Nicht im mindesten hätte der Nadersche Gesetzesentwurf (vergl. Jahrbuch 1921 S. 423), der eine Reihe innerkirchlicher Fragen rein staatsgesetzlich regeln wollte, die Grundlage der Verhandlungen gebildet, sondern allein Artikel 115 der Staatsverfassung, nach der die religiösen Minderheiten sich nach ihren eigenen Gesetzen regieren können.

Auf Grund der Warschauer Verhandlungen stellte der Verfassungsausschuß der unierten evangelischen Kirche in Polen Richtlinien auf, die die Grundlage für ein Staatsgesetz über die Regelung des Verhältnisses von Kirche und Staat bilden sollten. Erst ganz kürzlich, d. h. also erst nach einem Jahre ist auf diese Vorschläge eine Antwort erteilt worden, die noch keine Förderung der Angelegenheit bedeutet.

Trotz des loyalen Verhaltens und des weitgehenden Entgegenkommens, das die Kirche in diesen Vorschlägen dem Staat gegenüber gezeigt hatte, ließ letzterer es an neuen Angriffen nicht fehlen. Auf die Eingabe des Deutschtumbundes in Posen an den Völkerbund im April 1922, die die dringende Bitte um schnelle Sicherstellung der Minderheitsrechte enthielt, gab die polnische Regierung in einer Note vom 5. Juli 1922 eine Antwort, die in der unierten evangelischen Kirche nur die größte Entrüstung, ja Empörung hervorrufen konnte. Betreffs des Diakonissenmutterhauses in Posen, das trotz militärischer Beschlagnahme eines Teiles der Anstalt besondere Stationen für Pocken- und Fleckfieberkranke eingerichtet hatte und in der Stadt Posen die einzige Anstalt ist, die derartige Kranke aufnimmt, und zwar — und das natürlich auf allen Stationen — ohne Unterschied der Konfession und der Sprache, behauptete die polnische Regierung, das Diakonissenhaus schöpfe seine moralischen und materiellen Kräfte aus Deutschland und stehe dem Leben des Landes völlig fremd gegenüber. In Wahrheit besitzen von 341 Schwestern etwa 320 die polnische Staatsangehörigkeit, und die Gaben für die Anstalt kommen, bis auf 2% Spenden aus dem Auslande, aus dem heutigen Polen. Unter 2762 Kranken des letzten Jahres waren 1702 Katholiken, also überwiegend Kranke polnischer Nationalität. Noch unerhörter ist in der Note der Vorwurf, Diakonissen hätten sich während des russisch-polnischen Krieges an der deutschen Spionage beteiligt: „Die Umtriebe der Mitglieder dieser Gesellschaft gefährdeten die öffentliche Sicherheit und machten von seiten der Regierung strenge Maßnahmen nötig.“ Nachdem dann noch das alte Märchen von den politischen Zielen der unierten Kirche, ihrer Behörden und Synode, von

ihrer unverhohlenen feindlichen Haltung gegen den polnischen Staat und den Befehlen aus Berlin wieder aufgewärmt ist, schildert die Note die Rechtslage der Kirche:

„Sie wird gegenwärtig durch die vorläufigen Vorschriften des Jahres 1920 regiert. Bis zur gegenwärtigen Stunde gibt es kein besonderes Gesetz, das die Beziehungen dieser Kirche zum Staate regelt. Die katholische Kirche, wie auch die anderen Bekenntnisse finden sich dem Staat gegenüber in derselben Lage. Nach der Verfassung müßten diese Gesetze ausgearbeitet werden auf der Grundlage der von den betreffenden Bekenntnissen eingereichten Entwürfe. Nur die evangelisch-reformierte Kirche hat kürzlich einen Gesetzentwurf eingereicht, den das Kultusministerium nächstens dem Sejm vorlegen wird. Die auf die unierte Kirche bezüglichen Rechte stehen einstweilen dem Staatsoberhaupt zu und werden von einer beim Kultusministerium geschaffenen Abteilung ausgeübt, die ausschließlich aus Protestanten besteht. Jede den Interessen der Kirche nachteilige Behandlung ist also ausgeschlossen.“

Die glatte Unrichtigkeit des grundsätzlichen letzten Satzes — ganz abgesehen von der Ignorierung des von der unierten Kirche eingereichten, oben erwähnten Entwurfes — beweist unter vielem andern auch der ganz unvoreingenommene Protest des Schweizer Zentralaussschusses der Evangelischen Alliance, der im Bewußtsein der gemeinsamen evangelischen Sache an den polnischen Staatsoberhaupt eine Denkschrift sandte, in der er in verbindlicher, aber entschiedener Weise für die evangelischen Gemeinden eintritt. Wie er von zuverlässigen Neutralen erfahren habe, „genießen die von Preußen losgelösten evangelischen Gemeinden das durch Artikel 113 und 115 gegebene Recht nicht völlig; sie sind Opfer zahlreicher Bedrückungen; es sind schwere Fälle uns zu Ohren gekommen, die uns mit Schmerz erfüllt haben“. Mit Berufung auf die Verfassung und das Gerechtigkeitsgefühl des polnischen Staates erbittet die Denkschrift Anerkennung der unierten Kirche seitens des Staates, das Recht, ihre Gemeinden nach ihrem Belieben einzurichten und ihre geistlichen Behörden ohne Einmischung des Staates zu ernennen, Erhaltung bezw. Rückgabe ihrer Besitztümer, Anstalten, Schulen, Belassung der Geistlichen und Lehrer in ihren Kirchspielen und Schulen. Bisher hat das Zivilkabinet des polnischen Staatsoberhauptes die Denkschrift nur mit einem formell den Empfang bestätigenden Satze beantwortet.

Eine bitter-schmerzliche Erklärung dieses Schweigens gibt in jüngster Zeit das Auftreten des polnischen Ministerpräsidenten Generals Sikorski, bei seinem Besuch in Posen am 10. April d. J., das einen offenen und brutalen Kampf gegen das Deutschtum und damit vor allem gegen die deutsche evangelische Kirche in Posen und Pomerellen proklamiert. Als einzige deutsche Abordnung empfing er zwei Vertreter des Posener Evangelischen Konsistoriums. Auf die ihm in deutscher Sprache gemachten Ausführungen, die sich namentlich auf die seit über einem Jahre ausstehende Antwort der Regierung auf Vorschläge des Konsistoriums über die Regelung des Verhältnisses der Kirche zum Staat (vgl. oben S. 245) bezogen, antwortete der Ministerpräsident, der auch

die deutsche Sprache beherrscht, mit einigen unverstanden gebliebenen polnischen Sätzen und brach die Unterredung ab, als ihm die Vertreter des Konsistoriums erklärten, daß ihr Polnisch nicht ausreiche, um über so schwierige kirchenpolitische Fragen sich ohne die Gefahr von Mißverständnissen zu verständigen.

In der Abendversammlung im Rathause, zu der kirchliche Vertreter nicht geladen waren, verkündete der Ministerpräsident, es müsse ein Abwehrezustand geschaffen werden zur Konsolidierung des Polentums. Das führe ihn zur Frage der nationalen Minderheiten, und er möchte vor allen Dingen, daß ihn die Bürger richtig verstünden, die sich zu den sogenannten nationalen Minderheiten rechnen, das seien in diesem Falle die Deutschen, und er benutze diese Gelegenheit zugleich, um den Vertretern des Evangelischen Konsistoriums zu antworten, mit denen er sich heute nicht habe verständigen können, da sie es nicht für nötig gehalten hätten, im Laufe der vier Jahre des Bestehens Polens die polnische Sprache so weit zu erlernen, daß sie dem polnischen Ministerpräsidenten in dieser Sprache hätten antworten können. Bezüglich der Forderungen der evangelisch-unierten Kirche stehe die Regierung auf dem Standpunkt des § 115 der Verfassung, die Auslegung dieses Paragraphen wolle sie aber nicht den Behörden dieser Kirche, sondern sich selbst vorbehalten. Die Auslegung müsse so durchgeführt werden, daß die Interessen des Staates gewahrt seien. Die heutige unregelmäßige Lage müsse aufhören; es müsse eine Repräsentation der Kirche geschaffen werden, mit der die polnische Regierung Verhandlungen aufnehmen könnte. Die gegenwärtigen Vorschläge von dieser Seite seien unannehmbar. Die Regierung werde ihren Standpunkt den betreffenden Faktoren unter Vermittlung der Wojwodschast mitteilen. Der große Beifall, den er in seiner Rede fand, wurde noch stürmischer, als er fortfuhr:

„In Ihrem unmittelbaren Interesse liegt es, daß der große historische Prozeß der Entdeutschung der westlichen Wojewodschaften sich in möglichst kurzer Zeit vollzieht... es ist immer so, daß der Starke recht hat und der Schwache als der Bezwangene gelten und in den Hintergrund treten muß, und ich erkläre hiermit, daß heute, am Vorabend der Vollstreckung der Liquidierung deutscher Besitzungen, die bisherige polnische Nachgiebigkeit und schwankende Haltung und Unentschlossenheit endgültig ein Ende finden müssen.“

Nach dieser großen politischen Rede sprach er noch mit 30 Vertretern der Presse über dasselbe Thema und verkündete als Absicht der jetzigen Regierung, das Deutschtum in den Westkreisen mit Entschiedenheit zu liquidieren, indem er zugleich in unverhüllter Form Entscheidungen des Völkerbundes oder des Haager internationalen Schiedsgerichtes als für die Regierung Polens nicht verpflichtend ablehnte. Dieser neue Regierungskurs, der einen Kulturkampf in schärfster Form ankündigt, dabei aber sowohl gegen die Staatsverfassung wie gegen den Minderheitenschutzvertrag und damit auch gegen den Friedensvertrag verstößt,¹⁾ stellt die deutsche

¹⁾ § 115 der Staatsverfassung lautet: „Das Verhältnis des Staates zu den Kirchen der religiösen Minderheiten wird auf gesetzlichem Wege nach Verständigung

evangelische Kirche vor neue schwere Gefahren und Bedrückungen, deren Ende noch nicht abzusehen ist.

Am guten Willen mit den Evangelischen im ganzen Bereich des polnischen Staates brüderlich sich zusammenzufinden, hat es den evangelischen Kirchen in Polen mit deutschstämmiger Bevölkerung nicht gefehlt. Bereits im Oktober 1920 hatte der Kirchenausschuß in Galizien den Generalsuperintendenten Bursche gebeten, die Initiative zu ergreifen und eine gemeinsame Besprechung von bevollmächtigten Vertretern sämtlicher evangelischer Kirchengemeinden des polnischen Staates zu veranstalten (Ev. Gemeindeblatt, Stanislaw, 15. X. 20, S. 151). Aber vergeblich. Die Warschauer Kirchenpolitik wollte es anders (vgl. auch den Beschluß der Warschauer Gemeinde vom 27. VIII. 22 im Zwiastun Nr. 32). Zu einem um so innigeren Zusammenschluß ist es aber zwischen den Kirchen in Posen-Pomerellen, in Oberschlesien, im Bielitzer Gebiet und in Kleinpolen (Galizien) auf der Kattowitzer Tagung am 18. und 19. Oktober 1922 gekommen. Die Vertrauensmänner dieser Kirchen vereinigten sich dabei zu folgenden Entschlüssen (auszugsweise wiedergegeben):

I. Die Erteilung des rechten evangelischen Religionsunterrichtes in der Volksschule erscheint als eine Lebensfrage. Der rechte Ort eines solchen Unterrichts ist die evangelische Schule. Zur Sicherung eines bodenständigen Lehrernachwuchses muß die bewährte Lehrerbildungsanstalt in Bielitz erhalten und gefördert werden.

II. Zur Frage der Ausbildung des theologischen Nachwuchses: zur wissenschaftlichen Ausbildung der zukünftigen Geistlichen gehört auch eine Einführung in Wesen und Gesamtgebiet der polnischen Kultur. Ein Besuch der evangelisch-theologischen Fakultät in Warschau kommt bei ihrer gegenwärtigen Verfassung nicht in Betracht. Über Studiengang und Prüfungswesen entscheiden allein die zuständigen kirchlichen Organe. Es wird ein freier Austausch von Geistlichen zwischen den deutschen und den genannten polnischen Kirchengemeinden und den genannten polnischen Kirchengemeinden untereinander in Aussicht genommen. Die Begründung der evangelisch-theologischen Schule in Posen wird freudig begrüßt und die Hoffnung ausgesprochen, daß diese Anstalt sich zu einer evangelisch-theologischen Fakultät entwickeln möchte.

III. Auf dem Gebiet der evangelischen Liebestätigkeit und Inneren Mission: 1. Die Anstalten und Vereine der Inneren Mission treten zu einer freien Arbeitsgemeinschaft zusammen. 2. Grundsätzlich soll das Arbeitsgebiet nicht auf das einzelne Kirchengemeinde beschränkt sein. 3. Bei der Aufnahme der Pflegebefohlenen soll kein Unterschied zwischen den Gliedern der genannten Kirchen gemacht werden.

IV. Ein engerer Zusammenschluß der genannten Kirchenkörper wird für dringend notwendig erachtet.

Über das innerkirchliche Leben der posenschen Kirche konnte ihr Generalsuperintendent auf der Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins anfangs Oktober 1922 in Erlangen trotz aller schweren Sorgen Erfreuliches berichten.

mit ihren rechtmäßigen Vertretern festgesetzt." Der ursprüngliche Wortlaut war „nach Anhörung". Wenn dafür in der endgültigen Fassung ausdrücklich gesagt ist „nach Verständigung", so kann kein Zweifel darüber sein, daß die Verfassung an zwei gleichberechtigte Vertragsschließende denkt.

„Nicht nur die Glaubensnot, auch die Glaubenskraft ist groß. In unseren Gemeinden treten überall freiwillige Helfer in die Lücke, selbst Kinder auf der Orgelbank, in der Leitung der Kirchenschöre usw. Älteste und Gemeindegeweihten halten Gottesdienste, Töchter vom Land tun Gemeindedienste. Die Gemeinden sind erstaunlich opferwillig. Sie tragen willig die Lasten hoher Kirchensteuern und sammeln ansehnliche Kollekten. Kirchenbesuch und Abendmahlsziffern sind im Wachsen.“

Von segensreichen kirchlichen Veranstaltungen seien u. a. genannt: die kirchliche Woche in Graudenz im November 1921, die Dorfkirchenältestenkonferenz in Langenolingen im Mai, die Konferenz evangelischer Diakonissenhäuser Polens in Posen im Juli, die kirchliche Woche in Bromberg im Oktober, die pädagogische Woche und der erste Lehrgang für Volksmission in Posen im November 1922 und die kirchliche Festwoche in Posen im Frühjahr 1923. Unter der Leitung von Lic. Schneider steht das im Herbst 1921 begründete Predigerseminar in Posen, dessen Arbeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders bedeutungsvoll ist. Ein Einheitsband der Kirche bildet das seit dem 1. Okt. 1922 bestehende, monatlich erscheinende Evangelische Kirchenblatt, das, als Führerblatt gedacht und gestaltet, von Superintendent Rohde, Pfarrer Rämmel und Lic. Schneider in großzügiger Weise geleitet wird.

Nicht überflüssig zu erwähnen ist ferner die vorbildliche Tatsache, daß auf der Synode 1921 in allen Fragen Einmütigkeit herrschte und die übliche Parteizersplitterung gänzlich fehlte. Und schließlich: evangelische Taten im katholischen Land sind auch die mannigfachen Aufführungen deutscher evangelischer Kirchenmusik, so z. B. in der Kreuzkirche in Posen des Weihnachtsoratoriums von Herzogenburg, der Matthäuspassion von Bach, des Requiems von Brahms.

Der Kopf des Evangelischen Kirchenblattes, vom Kunstmalers Willy Bleke entworfen, zeigt als Mittelbild ein altes Kirchensiegel Posenscher Gemeinden: einen abgehauenen Baumstamm, der unter den Strahlen der im Hintergrund dargestellten Sonne links einen neuen Zweig treibt; darunter steht: revirescit. Möchte die Glaubenszuversicht, der einst die Väter in Zeiten der Verfolgung in diesem Siegel Ausdruck gaben, auch in der Gegenwart der schwergeprüften posenschen Kirche die Kraft schenken, Not und Bedrückung siegreich zu überwinden!

2. Die deutsche evangelische Kirche im polnischen Oberschlesien.

Auch Oberschlesien ist in den Frühlingstagen der Reformation unter dem Schutze des Markgrafen Georg von Brandenburg, dem Bruder des ersten Herzogs von Preußen, ein fast evangelisches Land gewesen. Als es im Anfang des 17. Jahrhunderts österreichisch wurde, setzte die Gegenreformation ein. Im Dreißigjährigen Kriege führten Lichtensteinsche Dragoner evangelische Dörfer in den Schoß der katholischen Kirche zurück, und der Westfälische Friede bedeutete, abgesehen von dem

dem evangelischen Fürsten von Brieg gehörigen Kreuzburg, das Ende der evangelischen Kirche Oberschlesiens. Den Anfang einer neuen Entwicklung brachte die Hilfe Karls XII. von Schweden, der im Verträge von Altranstädt im Jahre 1707 den Bau der Gnadenkirche in Teschen durchsetzte. Als Schlesien unter preußische Herrschaft kam, schlug die Stunde der religiösen Befreiung. Ungehindert durften die dem Protestantismus Treugebliebenen, die nun durch böhmische Einwanderer verstärkt wurden, ihre Kirchen bauen. Beim Tode Friedrichs des Großen gab es bereits wieder 20 Gemeinden. Ein stärkeres Ansteigen brachte die industrielle Entwicklung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. 1815 gab es 53 000, nach der letzten Volkszählung 1910 gegenüber 2 Millionen Katholiken 190 000 Evangelische in 78 Gemeinden.

Nach dem Abschluß des Friedens von Versailles hatten die deutschen Truppen das Land zu räumen. Im Februar 1920 wurde Oberschlesien zur Vorbereitung oder vielmehr richtiger zur Präparierung der Abstimmung durch die Ententetruppen besetzt, und zwar in erdrückender Mehrzahl und in dem wichtigsten Teile, dem Industriebezirk, durch die polenfreundlichen Franzosen. Während die Grenzen nach Westen gesperrt wurden, blieben sie nach Osten offen. Es kam, was kommen mußte. Im östlichen Teile Oberschlesiens flackerte im August 1922 der längst vorbereitete polnische Aufstand auf. In vielen Dörfern bekamen die Polen das Heft in die Hände. Deutsche Bewohner mußten fliehen, Wohnungen wurden geplündert. Schießereien waren an der Tagesordnung. Der wildeste Ausbruch der Wut richtete sich gegen Anhalt, ein deutsches Ansiedlerdorf, aus der Zeit Friedrichs des Großen stammend, dessen erster Pfarrer Schleiermachers Vater gewesen war. Am 20. August wurde es von 3—400 Polen überfallen. „Ganz strategisch ging man gegen das wehrlose Dorf vor. Zunächst besetzte man die niedere Kirchengöhe, um jede Hilfe von dem deutschen Gacj aus unmöglich zu machen. Als dann alle Wege und Dorfausgänge abgesperrt waren, gingen die ausgeschwärmten Schützenlinien an den beiden Flanken des Dorfes vor. Polen brachen in die Häuser, raubten unter Androhung des Erschießens Geld und andere Werte. Hohnlachend entnahm man dem Pfarrhaus die Streichhölzer, mit denen man das Dorf in Brand steckte. Niemand durfte retten, niemand helfen, niemand flüchten. Auf jeden Deutschen wurde erbarmungslos geschossen. In den Nachbardörfern wurden die Spritzen angehalten: Anhalt brennt; Anhalt soll niederbrennen. Bierzehn Wirtschaften wurden mit aller Habe und allen Erntevorräten und vielem Vieh ein Raub der Flammen. Siebzehn Familien wurden zu Bettlern. Die Entente versprach wohl Schutz, aber erst nach vier Wochen, als in Gacj ein Meuchelmord verübt war, erhielt die geängstigte Gemeinde für 14 Tage eine schwache Besatzung.“

Wie wenig die Entente der übernommenen Aufgabe gewachsen war, die oberschlesische „Frage“ einigermaßen in gerechter Weise zu lösen, beweist, ganz abgesehen von der allgemeinen Schutz- und Rechtlosigkeit der Deutschen, die tiefbedauerliche Tatsache, daß besonders von der Wallfahrts-

stätte Czestochau aus die katholische Religion zu politischen Zwecken mißbraucht und immer wieder der leichtgläubigen Bevölkerung vorgeredet werden konnte, die evangelischen Kirchen wurden katholisch und die Besitze der Evangelischen wurden katholischen polnischen Eigentümern zugesprochen werden.

Und dennoch! Trotz des brutalsten polnischen Terrorismus, trotz raffinierter polnischer Abstimmungsabotage, trotz aller Einschüchterungen durch Mord und Totschlag, trotz der Entrechtung der seit 1904 ansässigen Bewohner, die nicht mitstimmen durften, ergab im März 1921 die Abstimmung eine zweifelsfreie deutsche Majorität. Fast $\frac{2}{3}$ der Stimmen waren für Deutschland abgegeben worden.

Da nun die Polen auch nicht mehr einen Schein des Rechtes hatten, entschlossen sie sich Gewalt anzuwenden, um vor der Entscheidung fertige Tatsachen zu schaffen. Im Mai und Juni 1921 brachte der sogenannte dritte polnische Aufstand, von dem polnischen Abstimmungskommissar Korfanty großartig organisiert, von der polnischen Regierung zweifellos unterstützt, von der Entente nicht gehindert, neues Martyrium über das oberschlesische Land. Fast 40 evangelische Gemeinden haben zwei Monate lang schreckensvolle Tage erlebt und furchtbare Nöte erfahren. Es herrschte das Gefühl völliger Rechtlosigkeit und Verlassenheit. Hab und Gut, Leib und Leben war im höchsten Maße gefährdet; zahlreiche Todesfälle waren zu verzeichnen. Drei Einzelbilder mögen zur Illustration dienen:

„Das zur Kirchengemeinde Buttentag gehörige Dorf Wilhelmshort hat unsagbar Schweres erlitten. Es ist fast ausschließlich von Evangelischen (Böhmen) bewohnt und war der fanatischen polnisch-katholischen Umgebung schon lange ein Dorn im Auge. Am Himmelfahrtstage drangen die Insurgenten vor. Todesmutig warfen sich ihnen die Männer der Gemeinde entgegen. Schließlich mußte die kleine Schar der Übermacht weichen. Der Ortsvorsteher und noch ein jüngerer Mann fielen für die Heimat, einige wurden verschleppt, die anderen wurden flüchtig. In das wehrlose Dorf drangen die Polen ein und hausten schrecklich darin. Die alten Männer wurden mit Erschießen bedroht, die Frauen und Kinder geängstigt und gequält, eine Frau im Stalle vergewaltigt. Die Häuser wurden der Reihe nach geplündert, den armen Leuten alles genommen, was sie hatten . . . Die Gemeinde hat in allem Leid Treue gehalten.“

In Rosenberg, wo ein evangelischer Kreiskontrolleur mit der dortigen interalliierten Kommission fluchtartig seinen Posten verlassen hatte, war die Gemeinde dem Wüten der Banditen völlig preisgegeben. Es ist erschütternd, was diese Stadt gelitten hat. Das Postgebäude wurde furchtbar zugerichtet und verwüstet. Der Postmeister entging mit Mühe und Not dem Tode, seine Frau wurde verletzt. Wilde Horden durchzogen dauernd die Straßen, roheste Lieder grölend, allerlei Schandtaten verübend. Das Bahnhofsgebäude mit seinem ganzen Inhalt wurde in bestialischer Weise durch drei Zentner Dynamit in die Luft gesprengt. Den Bewohnern — sechs Familien, sämtlich evangelisch — wurde untersagt, das geringste mitzunehmen. Sie mußten teilweise barfuß flüchten und haben alles verloren. Nach dem wurden die Trümmer von den entmenschten Scharen geplündert und schließlich angezündet. Im Keller des Postgebäudes lagen völlig sprengfertig mit Zündschnuren versehen 440 Dynamitpatronen. Sie hätten genügt, die ganze Stadt in Trümmer zu legen. Auf der weiteren Sprengungsliste standen neben Ständehaus und

Rathaus auch die evangelische Kirche und das evangelische Gemeindehaus, aber nicht die katholische Kirche und die Synagoge.

Die aus einem glaubensmutigen Privatunternehmen einer evangelischen Frau wundervoll herausgewachsene Kinderheilstätte Bethanien im Soolbad Jastrzemb ist von den polnischen Aufständischen mit brutaler Rücksichtslosigkeit verwüstet worden. Die Insurgenten drangen mit Gewalt in die Häuser, vertrieben unter Todesdrohungen die Oberin, die Schwestern und die Kinder und setzten sich, unbehindert von dem französischen Stellvertreter des Kreis-kontrolleurs, in den Besitz der Anstalt. Die Eigentümerin, die Rybnitzer Kirchengemeinde, bemüht sich bis jetzt umsonst die Anstalten frei zu bekommen; auch der englische Flüchtlingskontrollleur konnte nicht erreichen, daß die polnischen Insassen, die natürlich Häuser und Höfe aufs schauerlichste zugrunde richteten, wieder auszogen. Auch der Leiter der Anstalt, Pfarrer Reinhold in Rybnitz, hatte unter dem Terror der Polen schwer zu leiden. Wegen angeblichen Waffenschmuggels in Gefangenschaft gesetzt, wurde er doch vom Kriegsgericht freigesprochen; Pressehetze und Bedrohung an Freiheit und Leben lassen nicht nach, erst am 19. Oktober wurde wieder eine Sprengbombe ins Pfarrhaus geworfen.“

Auch wenn zunächst die Evangelischen wegen ihres Deutschtums gelitten haben und die polnischen Führer und Behörden den Schein konfessioneller Unduldsamkeit zu vermeiden suchten, so bildete zweifellos für die bedrohten Deutschen das evangelische Bekenntnis ein sehr erschwerendes Moment. An vielen Orten wurden fast ausschließlich oder doch überwiegend Evangelische bedroht und drangsaliert. Oft wurden die Gemeindeglieder in den eingepfarrten Ortschaften, wenn sie am Sonntag in die Kirche gehen wollten, von den polnischen Posten zurückgewiesen: „Geht in die katholische Kirche! Mit Eurer Kirche ist's bald aus!“ Oft wurden Drohungen ausgesprochen: „Euch Protestanten wird es schlecht gehen! Eure Kirchen werden euch genommen werden“. Oder „Habt ihr verfluchten Hussiten euch noch immer nicht taufen lassen?“ Insurgenten erklärten: „Wir sind das Heer der heiligen Madonna und sollen Oberschlesien für die katholische Kirche erobern“, „Wir Polen glauben wenigstens noch an Gott, die Deutschen glauben aber an nichts.“ Die Folgen des Aufstandes waren für viele evangelische Gemeinden ungemein schwer, ja fast vernichtend. Die große Mehrzahl erfuhr einen erschreckenden Rückgang in der Seelenzahl; einzelne bleiben in ihrem Fortbestand ernstlich bedroht. Aber sie alle zeigten im großen und ganzen ein Bild erhebender Einmütigkeit und Treue.

Auch in der offiziellen Lösung der oberschlesischen Frage ging Macht vor Recht. Trotz des eindeutigen Abstimmungsergebnisses mußte Deutschland sechs Monate später auf Beschluß des Völkerbundes „aus wirtschaftlichen und ethnographischen Gründen“ die Kreise Rybnitz, Pleß, Lublinitz und den größten Teil des Industriebezirkes: Myslowitz, Kattowitz, Königshütte, Tarnowitz an Polen abtreten. Durch diese Grenzziehung sind folgende evangelische Gemeinden zu Polen gekommen: 1. Unhalt, 2. Antonienhütte, 3. Golaszowitz, 4. Kattowitz, 5. Königshütte, 6. Laurahütte, 7. Loslau, 8. Lublinitz, 9. Ludwigsthal, 10. Myslowitz, 11. Nicolai, 12. Pleß, 13. Rodzin,

14. Ruptau, 15. Rybnik, 16. Schwientochlowitz-Bismarckhütte, 17. Sohrau, 18. Tarnowitz, 19. Warschowik.

Nach langen und zähen Verhandlungen in Genf haben diese Gemeinden für 15 Übergangsjahre bestimmte Rechte auf Grund des deutsch-polnischen Abkommens garantiert erhalten, deren wichtigste Bestimmungen auf kirchenrechtlichem Gebiet in den Artikeln 84—90 folgende sind (Reichsgesetzblatt 1922, Teil 2, Nr. 10): Die Kirchengemeinden verwalten und leiten ihre Einrichtungen und Angelegenheiten in voller Freiheit innerhalb der Schranken der Gesetze. Sie sollen in dem freien Gebrauch der Sprache nicht gehindert werden. Im Rahmen der allgemeinen Gesetze berufen sie ihre Geistlichen, Beamten, Gemeindeglieder, Schwestern, Diakonissen usw. selbständig. Soweit sie zu einer religiösen Minderheit gehören, ist es ihnen gestattet, die Personen aus dem Ausland zu berufen. Die zu berufenden brauchen ihre Staatszugehörigkeit nicht zu wechseln. Den Kirchengemeinden steht es frei, auch über die Staatsgrenzen hinaus kirchliche Beziehungen zum Zweck gemeinsamen Handelns auf dem Gebiet des Bekenntnisses, der Lehre, des Kultus und der Liebestätigkeit zu unterhalten und zu diesem Zweck Gaben ihrer Glaubensgenossen anzunehmen. Die Geistlichen werden ohne Unterschied ihrer Herkunft und Sprache in der freien Ausübung ihrer Tätigkeit nicht behindert werden.

Von größter Wichtigkeit ist unter diesen Zugeständnissen das Recht der Berufung von Pfarrern aus Deutschland und die Erlaubnis, die lebenswichtigen Beziehungen zur preußischen Mutterkirche unangefochten aufrecht zu erhalten, Rechte, die auch der unierten Kirche in Posen nicht vorenthalten werden dürfen. Nicht minder steht zu hoffen, daß die Vorrechte und Rechte der kleinen obererschlesischen evangelischen Kirche auch jederzeit von der polnischen Regierung respektiert werden.

Trotz dieser durch Staatsvertrag festgelegten Garantien steht dieses kleine, 56 000 Seelen zählende Kirchengebiet, dem 23 Geistliche und 4 ordinierte Vikare dienen, in größter Not. Die allerschwerste ist wohl die starke Abwanderung ins alte Vaterland: in Rattowitz, Königs- hütte, Lublinitz sind 50 %, in Myslowitz 60—70 %, in Tarnowitz gar 75 % der Gemeindeglieder verloren gegangen. Der Bestand der auf äußerstem Vorposten stehenden kleinen Gemeinde Ludwigsthal ist aufs stärkste gefährdet.

„Die Bedrohungen und Mißhandlungen“ — so berichtete Superintendent D. Voß, der verdienstvolle Führer der obererschlesischen Kirche, auf der Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins in Erlangen Anfang Oktober 1922 — „dauern noch immer an. Obwohl die polnischen Behörden bemüht sind, Ordnung zu halten, kommen Bedrohungen, Schmähungen und Vergewaltigungen der Minderheiten vereinzelt immer wieder vor. In einer Gemeinde wurde ein hochangesehener Kirchenältester schwer mißhandelt. In einer andern Gemeinde ist ein Mitglied der kirchlichen Gemeindevertretung in rohester Weise geschlagen worden, unter den Augen der Polizei; er mußte flüchten und durfte nicht wagen, an der Beerdigung seines Bruders teilzunehmen. Anderen Evangelischen ging es ebenso; ausdrücklich wurde betont, daß die

Mißhandlung nicht nur wegen der deutschen Gesinnung, sondern auch wegen des evangelischen Bekenntnisses erfolge. Die Betroffenen wagen es oft nicht, solche Fälle zur Anzeige zu bringen. Einem Pastor wurden eines Tages am Spätabend 13 Fensterscheiben zertrümmert; wie durch ein Wunder ist niemand durch die Steinwürfe zu Schaden gekommen. In unseren Gemeinden fehlt es an Mitteln. Die Steuerverhältnisse sind noch völlig ungeklärt. So gehen auch keine Kirchensteuern ein. Dabei gibt es in jeder Gemeinde nötigster Aufgaben und Arbeiten die Fülle: Myslowitz braucht im Winter für Gemeindehaus und Diakonissenstation etwa 150 000 M., Laurahütte für dringendste Reparaturen an Kirche und Pfarrhaus 170 000 M., Loslau — die Kirche ist im dritten polnischen Zustand aufs ärgste verwüstet und geschändet worden — für die gleichen Arbeiten 250 000 M., Lublinitz für unaufschiebbare Renovation der Kirche 150 000 M., Sohrau für unbedingt notwendige Reparatur der arg zugerichteten Orgel 50 000 M. Ähnlich ist es in allen anderen Gemeinden.

In besonderer Notlage befinden sich unsere Waisenhäuser und die anderen Anstalten christlicher Liebe. Die Kleinkinderschule in Tarnowitz mußte aufgegeben werden. In der dortigen mit einem Waisenhaus verbundenen Konfirmandenanstalt ist der Betrieb auf das Mindestmaß eingeschränkt worden. Alle Anstalten sind in bitterster Sorge, wie die Kartoffeln und Kohlen für den Winter beschafft werden sollen. Wer hätte früher je gedacht, daß im Kohlenlande Oberschlesien irgendwelche Not um Kohlen je eintreten würde? Die Kinderheilherberge Bethesda in Gottschalkowitz, Kr. Pleß, vom Superintendenten D. Kölling einst gegründet, ist seit dem 1. Juni 1921 bis heute von den polnischen Flüchtlingen besetzt, das Gebäude verwüstet, das Inventar total ruiniert. Auf die Geltendmachung der Entschädigungsansprüche (bis Ende 1921: 217 000 M.) ist überhaupt keine Antwort erfolgt. Das Lager ist aufgelöst, aber die Flüchtlinge hausen weiter in der Anstalt; der Vorstand wurde von der Polizeibehörde auf den Prozeßweg verwiesen! Die gegenwärtige Höhe des Gesamtschadens beträgt mindestens 500 000 M. Ähnlich ist es bei der Kinderheilstätte Bethanien in Bad Jastrzemb, Kr. Rybnitz.

In der Gemeinde Anhalt sind wiederum zwei Wirtschaften abgebrannt. Der Sachschaden ist überaus groß, die Versicherungssummen sind minimal. Die gesamte für diesen Herbst bereit gestellte Ausfaat ist mitverbrannt, in der einen Wirtschaft auch eine schöne Aussteuer. Der Gesamtschaden muß auf mindestens 600—700 000 M. geschätzt werden.

In einer Reihe von Gemeinden fehlen sämtliche Lehrer. Sie sind abgewandert oder von der polnischen Regierung nicht übernommen worden. Hier und da werden landfremde Lehrer gesandt, die die deutsche Sprache nicht ordentlich sprechen können, oder solche angestellt, die zu Religion und Kirche keine Liebe haben oder sonst nicht einwandfrei sind; das ist für unsere Gemeinden unerträglich. An vielen Schulen ist die Erteilung des Religionsunterrichtes schon lange unterblieben. Die Schulnot ist eine der größten im Lande.

Allen Nöten zum Trotz haben wir auch Grund zur Freude und Dankbarkeit. In einzelnen unserer Landgemeinden hat sich die Seelenzahl nicht verringert. Einer stärkt den andern zum Bleiben. Wo die Zahl kleiner geworden ist, halten die, die sich nicht haben verdrängen lassen, um so treuer zusammen, halten sich miteinander um so treuer zu Kirche und zum Worte Gottes. Noch haben wir da und dort volle Kirchen. Wir dürfen in unsern Gemeinden eine große Opferwilligkeit wahrnehmen. Wir sind eins geworden, zu halten was unsere Väter gebaut haben."

3. Die deutschen evangelischen Gemeinden des litauisch gewordenen Memellandes.

Das sogenannte Memelland, das in seiner fast ausschließlich evangelischen Bevölkerung (unter 140 000 Seelen 133 000), und zwar auch in seinem litauischen, aber ganz eingedeutschten Volksteil, ein jahrhundertaltes deutsches Kulturland ist, wurde ohne Abstimmung durch das Diktat von Versailles rechtlich am 10. Januar, tatsächlich am 26. Febr. 1920 durch französische Besetzung vom Deutschen Reiche losgerissen. Jahrelang blieb sein politisches Schicksal in der Schwebe. Im Namen des Völkerbundes führte die Regierung ein französischer Oberkommissar, der die Großlitauer begünstigte. Die von Herrn Petisné im Mai 1921 veranlaßte Elternabstimmung ergab freilich das ihm unerwartete Resultat, daß nur für 365 Schüler (von 22 000) litauischer Schreib- und Leseunterricht gewünscht wurde. Trotzdem wurde, von ihm angeregt, in der Stadt Memel eine litauische Schule eingerichtet — für 20 Knaben und 4 Mädchen.

Im Februar 1923 entschied der Völkerbund, daß das Memelland endgültig zu Litauen gehören soll. Im Januar 1923 wurde durch den Litauerputsch unter Simonaitis das alte Landesdirektorium beseitigt. Präsident der neuen Regierung ist Gailus. Nach dem Statutenentwurf der Botschafterkonferenz soll das Memelgebiet auch in Kultus- und Kirchenangelegenheiten Autonomie erhalten. Die Geistlichen und Gemeinden wünschen Aufrechterhaltung des Zusammenhanges mit der Mutterkirche.

4. Die deutsche evangelische Kirche im Freistaat Danzig.

In Danzig, der auf altem Germanenboden erbauten und in allen politischen Wechselfällen stets deutsch gebliebenen Stadt, hat der Protestantismus frühzeitig Boden gefunden — 1557 wurde zum ersten Male in der Marienkirche das Abendmahl nach evangelischer Weise gefeiert — und dank der klugen Politik des Rates und der duldsamen Haltung des bischöflichen Offizials in ruhiger Entwicklung immer weiteren Boden gewonnen. 1910 war die Danziger Bevölkerung zu 62,8 % evangelisch.

Auf Grund des Diktates von Versailles wurde ohne Abstimmung die Stadt Danzig, die Stadt Zoppot, der Kreis Danziger Höhe, Danziger Niederung und Großer Werder mit zusammen 330 000, darunter 207 000 evangelischen Einwohnern zum Freistaat Danzig erklärt, dessen Autonomie freilich durch polnische Vorrechte und Aspirationen stark beeinträchtigt ist. Mit der Abtretung von Preußen hat freilich der kirchliche Zusammenhang des evangelischen Danzigs mit der Mutterkirche nicht aufgehört. Sämtliche 62 evangelische Gemeinden des Freistaates, denen 78 Pfarrer dienen, haben ihren Willen kundgetan, auch in alle Zukunft zur preußischen Landeskirche zu gehören, und der Staat hat seine Zustimmung dazu gegeben in dem Gesetz vom 7. Juni 1921,

betreffend eine außerordentliche Kirchenversammlung zur Feststellung der künftigen Verfassung der evangelischen Landeskirche:

Artikel I. Nachstehendes für die evangelische Landeskirche der älteren preußischen Provinzen erlassene Kirchengesetz vom 19. Juni 1920 wird mit der durch Artikel II gegebenen Maßgabe bestätigt. Die Bestätigung erfolgt unter der Bedingung, daß gemäß § 23 des Gesetzes die evangelischen Kirchengemeinden im Gebiet der Freien Stadt Danzig zu einer besonderen Kirchenprovinz, die einen eigenen Wahlkreis bildet, zusammengefaßt werden; das Gesetz tritt zu demselben Zeitpunkt in Kraft, an welchem diese Zusammenfassung erfolgt ist.

Artikel II. Die von der außerordentlichen Kirchenversammlung festgestellte künftige Verfassung für die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen Preußens gelangt im Gebiet der Freien Stadt Danzig zu dem gleichen Zeitpunkt zur Einführung, in dem die Mitglieder der Vorstände der Kreissynoden des Gebiets der Freien Stadt Danzig in gemeinsamer Tagung sich mit der Verfassung durch Mehrheitsbeschluß einverstanden erklärt haben.

Die Vorstände der Kreissynoden werden erweitert durch die ordnungsmäßig gewählten Vertreter des Freistaates Danzig zur Kirchenversammlung und je einem Vertreter der Kirchengemeinden des Freistaates, die von den Gemeindeorganen zu ernennen sind.

Von den zu diesem Gesetz im Einvernehmen mit der kirchlichen Behörde erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 6. Januar 1922 lautet § 1 folgendermaßen:

Die Versammlung, die über ihr Einverständnis zu der von der außerordentlichen Kirchenversammlung der altpreußischen Landeskirche festgestellten Kirchenverfassung der Landeskirche zwecks deren Geltung im Gebiet der Freien Stadt Danzig beschließen soll, besteht aus:

1. Den im Gebiet der Freien Stadt Danzig wohnhaften Mitgliedern der Vorstände der Kreissynoden Danzig Stadt, Danziger Höhe, Danziger Werder, Danziger Nehrung und Marienburg.

2. Den sechs Abgeordneten des Wahlkreises Freie Stadt Danzig zur verfassunggebenden Kirchenversammlung der altpreußischen Landeskirche.

3. Je einem Vertreter der Kirchengemeinden, die im Gebiet der Freien Stadt Danzig ihren Sitz haben, wobei pfarramtlich verbundene Kirchengemeinden als eine Gemeinde gelten. Der Vertreter wird von einer beschlußfähigen Versammlung der vereinigten kirchlichen Körperschaften aus deren Mitte nötigenfalls durch engere Wahl mit absoluter Stimmenmehrheit, wobei bei Stimmengleichheit das Los entscheidet, gewählt.

Dank dieser erfreulichen Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche haben sechs Danziger Abgeordnete als vollberechtigte Mitglieder an der verfassunggebenden Kirchenversammlung in Berlin teilgenommen, wozu als siebentes Mitglied noch der Generalsuperintendent hinzutrat.

Mit Zustimmung des Staates wird eine neue Diözese Großer Werder mit dem Sitz in Neuteich eingerichtet. Bisher gehörten die betreffenden Gemeinden zur Superintendentur Marienburg, die jetzt dem ostpreußischen Konsistorium unterstellt ist.

5. Die an Dänemark gefallenene deutschen evangelischen Gemeinden Schleswigs.

Auf Grund des Versailler Diktates fand in der ersten, nördlichsten Zone bis zur sogenannten Klausenlinie (nach dem dänischen Regieruns-

sachverständigen bei der Friedenskonferenz) unter Besetzung des Landes mit französischen Truppen am 10. Februar 1920 die Abstimmung statt, die 75 % der Stimmen für Dänemark ergab.¹⁾ Damit schieden 166 000 aus dem Deutschen Reiche aus, die fast ausschließlich der evangelisch-lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins angehört hatten und unter denen 50 000 Deutsche waren, nämlich 1. Propstei Hadersleben mit 22 Kirchspielen und 24 Pfarrstellen, 2. Propstei Törningeahn mit 24 Kirchspielen und 22 Pfarrstellen, 3. Propstei Apenrade mit 17 Kirchspielen und 19 Pfarrstellen, 4. Propstei Sonderburg mit 19 Kirchspielen und 21 Pfarrstellen, 5. Propstei Nordtondern mit 24 Kirchspielen und 24 Pfarrstellen.

Sämtliche Kirchspiele wurden unmittelbar mit dem Tage des Überganges der Hoheitsrechte an Dänemark der dänischen Staatskirche einverleibt, die eine völlige Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse in Nordschleswig anordnete. Die Propsteien Törningeahn und Nordtondern wurden dem Bistum Ripen unterstellt, die übrigen Propsteien bilden mit einigen jütischen Propsteien das neuerrichtete Bistum Hadersleben, dessen erster Bischof der auch in Deutschland bekannte Professor Amundsen geworden ist. Sämtliche Pfarrer wurden ohne Entschädigung für abgesetzt erklärt, da in der dänischen Staatskirche die Pfarrer vom König ernannte Staatsbeamte sind; sie erhielten allerdings zugleich das Recht, sich neu zu bewerben und von ihren Gemeinden wiederwählen zu lassen. Dabei ging die Voraussetzung der dänischen Regierung davon aus, daß nun überall reichsdänische Pfarrer berufen werden würden, und sie beabsichtigte dann, für die deutsch gesinnten Teile besondere Pfarrer anzustellen, d. h. sie rechnete mit einer Neuordnung auf nationaler Grundlage.

Die Neuwahlen im September 1921 ergaben aber ein ganz anderes Bild, nämlich den Beweis, daß die ehemaligen Pfarrer aus preußischer Zeit doch in weitgehendem Maße das Vertrauen ihrer Gemeinden besaßen: fast alle, die sich zur Wahl stellten, reichlich 40 von ihnen, wurden wiedergewählt. Die meisten hatten die Notwendigkeit einer Wiederwahl als eine kränkende Zumutung empfunden und sich überhaupt nicht zur Wahl gestellt; sonst wären noch viel mehr wiedergewählt worden. Einige der Pfarrer, die sich diesem Volksgericht zu stellen weigerten, hat man noch, nachdem sie in Deutschland Gemeinden übernommen hatten, von den alten Gemeinden aus gebeten, zurückzukehren.

Nun änderte die dänische Regierung ihre ursprüngliche Absicht. Sie übertrug den 40 Wiedergewählten neben dem Gemeindeamt die Versorgung der Deutschen in den Nachbargemeinden, ordnete eine gewisse Zahl von deutschen Gottesdiensten an und schuf die Möglichkeit, daß die kirchlichen Handlungen bei den Deutschen in deutscher Sprache vollzogen

¹⁾ Die Abstimmung in der zweiten Zone am 14. März 1920 ergab 80 % deutsche Stimmen; auf die Abstimmung in der dritten Zone verzichtete man; sie hätte nur 1 % Dänen ergeben.

wurden, eine Ordnung, die freilich keine dauernde und endgültige sein konnte.

Der theoretisch anerkannte Anspruch der Deutschen auf deutsche kirchliche Versorgung wurde praktisch nicht befriedigt. In den Städten Hadersleben, Apenrade, Sonderburg und Tondern ist ja ein deutscher Pfarrer angestellt, dessen Stellung und Wirkungsfeld hinreichend frei ist, um diese Ordnung als genügend anerkennen zu können. Auch Hoyer und Uberg werden überwiegend deutsch bedient. Aber in den weiten Landdistrikten, wo die Deutschen viel zerstreuter wohnen, wurde eine befriedigende Lösung nicht erzielt. Es kam zu einer gewissen Aufteilung der Gemeinden unter die deutsch ausgebildeten Pfarrer, die verpflichtet wurden, auf Verlangen deutsche Amtshandlungen zu verrichten. Aber regelmäßige deutsche Gottesdienste finden nur an ganz wenigen Orten statt. Und erst recht wird eine wirkliche deutsche Gemeindebildung nicht erreicht, ja eine Schädigung des religiösen und kirchlichen Lebens der deutschen Minderheit würde die Folge sein. Für einen Pfarrer, der eine Gemeinde zu bedienen hat, die in der Hauptsache dänisch gesinnt ist, und daneben in zwei, drei Gemeinden die Deutschen kirchlich betreuen soll, werden diese immer Stiefkinder bleiben, und durch die Rücksicht auf die dänische Gemeinde wird er innerlich behindert sein, auch wenn er deutsch empfindet, den Deutschen ein Seelsorger zu sein, der sie auch in ihren nationalen Nöten und Bedürfnissen begreift und ihnen hilft. Auf der anderen Seite fordert es die Gerechtigkeit, zuzugeben, daß der dänische Staat von sich aus nicht verpflichtet ist, sich stärker für die deutsche kirchliche Versorgung einzusetzen.

Es ist deshalb freudig zu begrüßen, daß die Deutschen unter großer Opferwilligkeit soeben den Weg der Selbsthilfe beschritten haben, zu der nach den dänischen Gesetzen die Möglichkeit leicht gegeben war. In Tingleff hat sich die erste deutsche Freigemeinde gebildet, die sich an die heimatliche Landeskirche in Schleswig-Holstein anlehnen wird. Am 29. April 1923 wurde durch Generalsuperintendent Petersen der erste junge deutsche Freigemeindepfarrer eingeführt, der zugleich die Deutschen der Nachbargemeinden bedienen soll. Außerdem ist bereits ein zweiter Hilfsgeistlicher angestellt, der die nordschleswigschen Gemeinden bereisen wird, namentlich in der Umgegend von Lügumkloster, um dort womöglich ein zweites festes Amt einzurichten. Es steht zu hoffen, daß es gelingen wird, allmählich 4 bis 6 deutsche Freigemeindepfarrer zu berufen und dadurch die Frage der deutschen kirchlichen Versorgung befriedigend zu lösen.

Auch über das innerkirchliche Leben der Gemeinden ist Erfreuliches zu berichten. Gewiß, viel Deutschtum ist abgewandert; aber was geblieben ist, ist wurzelfest, sammelt sich immer stärker und bekommt eine innerlichere und tatkräftigere Art durch die Not der Zeit und die Notwendigkeit, viele Aufgaben selbst in die Hand zu nehmen. Und wenn es den Deutschen schwer geworden ist, sich an den Gedanken der Freigemeinde zu gewöhnen, so ist das ein sie ehrendes Zeichen; denn sie

fürchteten, sich dem Vorwurf auszusetzen, daß sie Politik in die kirchlichen Dinge mischten.

Nicht eigentlich zum Thema gehörig, aber bezeichnend für die gespannte Lage ist die Tatsache, daß die Dänen auch südlich der Grenze eine lebhaftere Agitation entfalten und in Flensburg, dessen Einwohner auch ohne Kenntnis der dänischen Sprache dänisch gesinnt seien, im Anschluß an die dänische Staatskirche eine dänische Freigemeinde mit zwei Pfarrern, einem Jugendsekretär und kirchlicher Gemeindepflege errichtet haben.

6. Die deutschen Evangelischen im belgisch gewordenen Eupen-Malmedy-Monschau.

In diesem, ohne Abstimmung, auf Grund einer sogenannten Volksbefragung abgetretenen, in Wirklichkeit aus strategischen Gründen von Belgien annektierten Gebiet, das unter 60 000 Einwohnern 50 000 Deutsche umfaßt, ist die Zahl der Evangelischen sehr heruntergegangen; sie beträgt nur 600 in vier Gemeinden. Es herrscht aber ein außerordentlich reges kirchliches Leben in diesen Gemeinden. Mit großer Treue halten sie das von den Vätern überkommene Erbe deutscher Kultur und evangelischen Glaubens aufrecht.

7. Die deutschen evangelischen Kirchen in dem an Frankreich abgetretenen Elsaß-Lothringen.

Nicht nur unter national deutschem, auch unter protestantischem Gesichtspunkt ist die Geschichte Elsaß-Lothringens eine Tragödie sondergleichen. Erst seit der Reformation und durch sie trat die Reichsstadt Straßburg und mit ihr das Elsaß in den Vordergrund der Geschichte. Wir denken nur an ihren Reformator Martin Bucer, den besten politischen Kopf unter den Reformatoren, oder an ihren Bürgermeister, den auch von einem Karl V. hochgeachteten Jakob Sturm. Die Macht des Deutschen Reiches war leider zu schwach, die Grenzstadt zu halten. Sie ging, seit 1681 in französischen Händen, ihrer Freiheit verlustig und verlor zugleich ihre protestantische Führerstellung. Das Münster wurde den Evangelischen genommen — ein schmerzliches Sinnbild ihrer Herabdrückung — und in der in viele Herrschaften zerrissenen Landschaft Elsaß sammelten sich die evangelischen Glaubensgenossen in kleinen Territorialkirchlein, die das bescheidenste Winkeldasein fristeten. In Lothringen, das vom Bischof von Metz und fanatischen Herzögen regiert wurde, war in der Reichsstadt Metz sehr frühe reges evangelisches Leben. Aber sie wurde 1552 durch Moritz von Sachsen an Frankreich verraten, und von da ab ist die Geschichte des lothringischen Protestantismus eine Geschichte der Märtyrer.

Den fast rechtlosen Evangelischen in Elsaß-Lothringen gab erst Napoleon I. 1802 eine staatsrechtliche Verfassung und Verwaltung und

Napoleon III. fügte 1852 dieser Rechtsgrundlage ergänzende Dekrete hinzu, nach denen die Protestanten in zwei voneinander unabhängigen Verbänden zusammengefaßt sind: in die Kirche Augsburgischer Konfession, die im Direktorium in Straßburg ihre führende Behörde hatte, und in die reformierte Kirche, die vom Zentralrat in Paris verwaltet wurde. Der Staat, der die Pflicht übernahm, für das eingezogene Kirchengut die Pfarrer auskömmlich zu besolden — die bürgerlichen Gemeinden sorgten für die sachlichen Kultusaussgaben — brachte die Kirchen dadurch in völlige Abhängigkeit von sich, daß er ihnen das Recht der Selbstbesteuerung verweigerte und sich das Recht der Bestätigung aller Pfarrer und Kirchenbeamten vorbehielt.

Die Rückkehr Elsaß-Lothringens zum Deutschen Reich bedeutete zugleich ein Wiederaufblühen des dortigen Protestantismus. Ihm kam im wesentlichen die Einwanderung nach 1871 zugute (in diesem Jahre ergab die Volkszählung neben 1234 000 Katholiken 271 000 Evangelische, 1905 neben 1348 000 Katholiken 349 000 Evangelische; 1918 verlor das Deutsche Reich 408 000 Evangelische; von den 300 evangelischen Pfarrern stammte wenigstens $\frac{1}{5}$ aus altdeutschen Familien). Viele neue Kirchen und Pfarrhäuser wurden gebaut. Allein im Mezer Bezirk entstanden von 1871—1914 13 neue Pfarreien (Ars, Dieuze, Diedenhofen, Hayingen, Deutsch-Orth, Groß-Moneuvre, Montigny, Avricourt, Algringen, Rombach, Alberschweiler, Plantières-Queuleu und Niederzeuß) sowie 7 Hilfspfarreien (Bolchen, Fentsch, Langenheim, Großhettingen, Hagendingen, Macheren und Nibingen). Die Straßburger Fakultät blühte. Zahlreiche, an deutsche Hauptverbände angeschlossene kirchliche Vereine wurden gegründet, so der „Evangelische Bund“ mit zwei Hauptvereinen in Straßburg und Metz und über 60 Zweigvereinen; die „Evangelisationsgesellschaft“ in Straßburg schloß sich als elsäß-lothringischer Hauptverein der „Gustav-Adolf-Stiftung“ an und bereitete ihr 1908 eine großartige Gustav-Adolf-Hauptversammlung. Die 40 Millionen Protestanten im Deutschen Reich boten den evangelischen Kirchen in Elsaß-Lothringen einen starken Rückhalt: sie konnten voller Zuversicht und ungehindert durch staatliche Mächtigkeiten in die Zukunft schauen.

Da kam nach kurzem Höhepunkt der Rückschlag, und die Tragödie begann von neuem. Durch das Diktat von Versailles fiel das „befreite“ Elsaß-Lothringen mit einer Einwohnerzahl von 1 874 000, von denen 1 634 000 Deutsche sind, aus militärischen und Prestige-Gründen wieder in die Hände Frankreichs.

Die evangelischen Kirchen erhielten zunächst einen neuen Kurs. Der Präsident des reformierten Konsistoriums Metz, der alte elsäßische Pfarrer Bath wurde wegen seiner deutschen Gesinnung wochenlang mit seiner Frau im Gefängnis gehalten und dann natürlich Landes verwiesen. Die Kirchenbehörde in Straßburg wurde ebenfalls abgesetzt und auch in schimpflichster Form ausgewiesen. Es bildete sich eine von Frankreich bestätigte Direktorialkommission, die allen Pfarrern, die sich nicht den neuen Verhältnissen, anbequemen wollten, den chauvinistischen Rat gab,

Amt und Land zu verlassen. Dieser Wunsch der neuen Kirchenbehörde ging überreich in Erfüllung. Von den 300 Geistlichen haben 80 das Land geräumt, darunter 27 Altelsässer. Von 284 Stellen mußten 112 neu besetzt werden. Am 1. Dezember 1922 waren noch 63 Pfarrstellen unbesetzt, 32 Stellen hatten pasteurs auxiliaires inne, d. h. Geistliche, die keine akademische Bildung aufweisen konnten. Der überall sich zeigende Mangel an geistlichen Kräften droht noch immer größer zu werden. Im letzten Studienjahr ist an der Straßburger theologischen Fakultät mit ihren zehn Dozenten nicht ein einziger Student immatrikuliert worden. Der „Friedensbote“, das Sonntagsblatt der strengen Luthieraner schreibt dazu:

„Die Tatsache, daß kein einziger Abiturient im Herbst als Theologe eingeschrieben wurde, beleuchtet blickartig die katastrophale Lage unserer Kirche. Seit den Zeiten des 30jährigen Krieges und der großen Revolution hat sich unseres Wissens solch ein Mangel nicht fühlbar gemacht. Die Gründe sind mancherlei. Viele Eltern wollen nicht, daß ihre Söhne von vornherein einer unsicheren Zukunft entgegengehen. Da ist ferner das sogenannte bachot (Abiturientenprüfung). Die Prüfung wird mit Recht ein Lotteriespiel genannt; denn nicht Fleiß, Führung und gründliches Wissen sind da entscheidend, sondern die Kunst, Worte zu machen in einer Sprache, die für den größten Teil der zukünftigen Pfarrer nicht die Kanzel- und nicht die Unterrichtssprache und nicht die Sprache des Seelsorgers sein wird. Französische Redegewandtheit ist keine Qualifikation für einen Pfarrer in unserem Elsaß.“

Aber nicht nur die Zahl der Theologen, auch die der Gemeindeglieder ist rapid heruntergegangen. Von den von Frankreich seit 1918 ausgewiesenen 150 000 Altdeutschen sind weit über 100 000 Evangelische. Die beiden Kirchen umfassen heute kaum noch 300 000 Seelen, d. h. nur noch ein Drittel des Gesamtprotestantismus im neuen Frankreich, dem 40 Millionen Katholiken gegenüberstehen.

Daß und wie durch den Friedensschluß der Protestantismus Elsaß-Lothringens einen starken Rückhalt verlor, beweist ferner das rechtliche Verhältnis zum Staat, d. h. die in Zukunft brennend werdende Frage der radikalen Trennung von Staat und Kirche. Noch gelten die alten deutschen, d. h. ursprünglich französischen Grundgesetze von 1802 und 1852. Noch sind die beiden Kirchen selbständig, und ihre Bezirke decken sich mit den früheren Grenzen des Reichslandes. Aber diese ihre Vorrechte sind äußerst bedroht. Auf der einen Seite erhofft der französische Protestantismus durch rechtliche Angliederung der Kirchen Elsaß-Lothringens eine große Stärkung. Auf der anderen Seite drängt die französische Assimilationspolitik konsequent trotz aller feierlicher Zusagen auf Aufhebung aller elsäß-lothringischen Sonderrechte. In der Kammer wird sowohl von der sozialistischen Linken wie von der nationalistischen Rechten immer dringender die Einführung der französischen Trennungsgesetze vom Jahre 1905 auch in Elsaß-Lothringen gefordert. Erfolgt sie, dann würden die staatlichen Zuschüsse, so wenig genügend sie zurzeit sind, wegfallen, und die Gemeinden müßten, was sie seit 120 Jahren nicht getan haben, das Einkommen ihrer Pfarrer selbst aufbringen. Man sucht deshalb schon jetzt durch Werbearbeit in den Gemeinden und

durch besondere Festversammlungen eine Gesamtkirchenkasse zu begründen. Die letzte Pfingstkonferenz der elsäß-lothringischen Pfarrer hat bereits einen Kirchenbeitrag von jeder evangelischen Familie des Landes ins Auge gefaßt, damit die Gemeindeglieder zunächst einmal so viel aufbringen, daß das Existenzminimum der Pfarrgehälter erreicht wird.

Aber noch viel schwerer als diese äußeren Schwierigkeiten sind die Bedrückungen, die das innerkirchliche Leben betreffen. Zunächst die Schulfrage. Die konfessionelle Schule besteht gemäß dem alten Recht noch heute dem Buchstaben nach. Aber Frankreich hat die weltliche Schule und ist auch in dieser Beziehung nicht gewillt, die Überlieferung des Landes nicht anzutasten. So wird z. B. schon jetzt das katholische Lehrerseminar in Kolmar von einem evangelischen Direktor, andererseits drei evangelische Lehrerbildungsanstalten von Katholiken geleitet. Im Oberelsäß genügen über ein Viertel der Lehrer und drei Siebentel der Lehrerinnen auch den bescheidensten Ansprüchen an konfessionelle Lehrerschaft nicht mehr. Nur zu begreiflich ist deshalb das schmerzliche Urteil im evangelisch-protestantischen Kirchenboten für Elsaß und Lothringen (1923 S. 54): „Die konfessionelle Volksschule im Elsaß gehört der Geschichte an.“ Gewiß sucht der Protestantismus mit der katholischen Kirche, die in derselben Verteidigungsstellung sich befindet, einen gemeinsamen Abwehrkampf zu kämpfen. Aber die protestantische Basis ist schwächer. Die evangelischen Kirchen sind durch ihre jahrhundertalten Beziehungen zum deutschen Protestantismus belastet und verdächtig. Galt doch im katholischen, französisch Sprechenden Lothringen, ganz ähnlich wie in Polen, die Gleichung: protestant = prussien.

Zur Schulnot kommt die sprachliche Not. Daß die Muttersprache des elsäß-lothringischen Volkes in seiner erdrückenden Mehrheit (im Elsaß 75 % der Stadt- und 95 % der Landbevölkerung) deutsch, und zwar das allgemeine Schriftdeutsch ist, haben selbst französische Zeitungen bestätigt. Auch hatte Frankreich bei der Besitzergreifung ausdrücklich die Zusicherung gegeben, daß den Evangelischen der Gebrauch der Lutherbibel und des bisherigen deutschen Gesangbuches in keiner Weise geschildert, d. h. daß das Deutsch als Kirchensprache beibehalten werden dürfe. Aber die Praxis zeigt ein anderes, trauriges Bild. Elsaß-Lothringen ist auf dem Wege, d. h. wird gezwungen, von Grund auf Französisch zu lernen. Auf dem im März 1922 in Straßburg abgehaltenen Sozialistenkongreß erhob der Elsässer Kuhn Einspruch gegen „die Brutalität der französischen Behörden, die den Elsässern die Muttersprache rauben wollen“, gegen „die nationalistische Ausbeutung durch das weltbefreiende Frankreich“. „Wie ist es möglich“, fragt ein elsässischer Pfarrer, „den Religionsunterricht in der Volkssprache zu erteilen, wenn der Religionsunterricht in Deutsch erst im vierten Schuljahr beginnt?“ Und bereits vor 1½ Jahren klagt ein lothringischer Lehrer:

„Der deutsche Religionsunterricht beim Pfarrer wird immer schwieriger. Nächste Ostern kommen Kinder zum Pfarrer, die nicht mehr deutsch lesen und schreiben können. Wir machen die merkwürdige Erfahrung, daß viele

abstrakte Begriffe nicht mehr auf deutsch erklärt werden können, sondern daß die Kinder eine französische Erklärung besser verstehen. Ich bezweifle auch stark, daß die im Elsaß belassene Zweisprachigkeit einen Erfolg haben wird. Für die Volksschule sind zwei Sprachen zuviel. Es kommt hinzu, daß die Eltern anfangen, nicht mehr den Wert der deutschen Sprache zu erkennen, sondern drängen, daß die Kinder genügend französisch lernen, um im Leben fortzukommen. Ich neige immer mehr der Ansicht zu, daß in 30—40 Jahren die alte Kultur in die Binsen gegangen sein wird."

Noch ist die Predigt und das Lied in der Kirche deutsch. Aber in wenigen Jahren, wenn die aufgenommenen Schulkinder Schulentlassen sind, wird der Jugend-, dann der Hauptgottesdienst französisch sein müssen. Schon ist das deutsche Kirchenlied außerhalb des Gotteshauses verboten; schon ist — so berichtet ein Kenner der Verhältnisse — die Einfuhr deutscher Bibeln aus Deutschland unter Strafe gestellt. Schon ist eine Neuauflage des einst bahnbrechenden elsass-lothringischen Gesangbuches unmöglich, da keine elsass-lothringische Druckerei die besonderen Lettern besitzt. Ja, im ganzen scheint es, als ob die evangelische Kirche keinen andern Weg sieht, als sich vom Strom der allgemeinen Verweltlichung mittreiben zu lassen. So erscheint z. B. das Sonntagsblatt, das für die Industrie- und Landgemeinden in Lothringen herausgegeben wird, zweisprachig. In Montigny bei Metz waren kürzlich im Programm eines Familienabends Lieder und Gedichte in französischer und deutscher Sprache und in elsässischem Dialekt gedruckt. In einem neuen Liederbuch des Christlichen Vereins junger Männer finden sich unter 400 Gesängen 225 in deutscher Sprache und 70, die sich zugleich in deutsch und französisch singen lassen. Auf dem Fest der Straßburger Bibelgesellschaft am 1. Nov. 1922 sprach ein Pfarrer deutsch, ein anderer aber französisch. Das Direktorium der lutherischen Kirche gab im vergangenen Jahr einen Erlaß heraus, in dem es hieß: „Das Direktorium bringt erneut in Erinnerung, daß die offizielle Sprache des Direktoriums das Französische ist. Infolgedessen sind die Herren Geistlichen eingeladen, sich im Verkehr mit dem Direktorium so viel als möglich der französischen Sprache zu bedienen.“ Der zweite Satz beweist freilich, daß die französische Amtssprache nur Schein ist, wie denn auch immer wieder die Notwendigkeit, deutsch zu sprechen, hervortritt. Als im Evangelischen Volksbund zu Barr anfangs dieses Jahres ein Redner aus der französischen Schweiz über die Ukraine sprechen wollte, mußte er, „um allgemein verständlich zu sein“ deutsch reden. Die Verhandlungssprache des Christlich-Sozialen Kongresses in Straßburg im Juni 1922 war französisch; aber Professor Förster mußte wenigstens zur Hälfte, Professor Ragaz völlig deutsch sprechen, und der Vorsitzende des Straßburger Aktionskomitees erklärte bedauernd, daß der Kongreß infolge der Sprachschwierigkeiten die Arbeiterwelt nicht zu erreichen vermöge.

Immerhin, so schmerzlich es ist, es muß damit gerechnet werden, daß die deutsche Sprache dank der nationalen Energie des in Elsaß-Lothringen eindringenden französischen Volkstums allgemein wie besonders in der Schule immer mehr zurückgeht. Um so größer und dringender

wird für die Kirche die Aufgabe, das Deutsch als Kirchensprache zu retten und zu verteidigen. Ein Anfang dazu ist gemacht in dem Hilfsbüchlein für die religiöse Unterweisung der Kleinen, „Der Kinderfreund“, der zunächst für die Hand der Mutter bestimmt ist. Eine weitere Hilfe wird der neue Katechismus sein, der auf der letzten Pfarrkonferenz beschlossen wurde.

Ein weiterer Kampf ist im vergangenen Jahre zwischen der evangelischen Bevölkerung Elsaß-Lothringens und der französischen Regierung um den Karfreitag entbrannt. In Paris beabsichtigte man — der Antrieb dazu kam bedauerlicherweise von den drei Verbänden der Großindustrie Elsaß-Lothringens — den Karfreitag als bürgerlichen Feiertag in Elsaß-Lothringen abzuschaffen. Mit erfreulicher Entschiedenheit setzte sich die evangelische Bevölkerung zur Wehr. In kurzer Zeit waren die Protesterklärungen mit etwa 100 000 Unterschriften bedeckt. Das Vorgehen der entrüsteten Protestanten fand auch auf katholischer Seite Verständnis. So schrieb der katholische „Elsässer“: „Die sehr berechtigten Protestbewegung, die sich der protestantischen Kreise bemächtigt hat, zeigt, daß man nicht einfach und gegen jedermann die Assimilationspolitik betreiben kann. Welche Lehre für unsere Gleichmachungsfanatiker! Wenn wir als Katholiken die Karfreitagsfrage vom rein religiösen Standpunkt aus betrachten, dann stellen wir uns rückhaltlos auf die Seite der Protestanten, die im Elsaß so zahlreich sind, daß es ungerecht wäre, ihren Feiertag zu mißachten, den sie so streng halten.“ Die erfreuliche Folge der energischen Haltung der Evangelischen ist, daß die Regierung die Vorlage zurückgezogen hat und in eine neue, die durch die elsässische Tradition notwendig gewordenen Gesetzesbestimmungen über Feiertags- und Sonntagsruhe hineinbringen will.

Wenn man sich schließlich die Frage vorlegt, wie stellen sich die von der deutschen Heimat losgerissenen elsäß-lothringischen Kirchen innerlich zum französischen Protestantismus, so ist zunächst nicht zu übersehen, daß bei Pfarrkonferenzen, bei den Examina der Theologen die Fragestellungen der deutschen theologischen Wissenschaft nicht vergessen sind, daß die deutsche Kirchenmusik noch immer in den Gottesdiensten und bei den Gemeindefeiern eine große Rolle spielt; auch Bachs Todestag wird nach wie vor in der Thomaskirche in Straßburg gefeiert. Aber allerdings mehrten sich die Anzeichen, daß der elsäß-lothringische Protestantismus sich westwärts orientiert. Noch ist die Zahl der französischen Pfarrer gering; aber sie wird planmäßig nach Möglichkeit vergrößert. Die theologische Fakultät, deren Vorlesungsverzeichnis französisch erscheint, hat die Kirchensprache mit der Staatsprache vertauscht. Was aber bedeutungsvoller und auch verständlich ist: die geistige Spannkraft der Hugenottenkirche übt, nicht wegen ihrer Nationalität, sondern als staatsfreie Volkskirche eine nicht geringe Anziehungskraft auf die Protestanten in Elsaß-Lothringen aus, umsomehr, als sie dieselben auch äußerlich an sich heranzuziehen müht (vgl. die Reise von 50 elsässisch-lothringischen Pfarrern im vergangenen Sommer nach Paris zur Be-

sichtigung der Erinnerungszeichen der Hugenottenkirche). Aus früheren Zeiten stammt ein Einheitsband zwischen französischem und elsäß-lothringischem Protestantismus: die Pariser Missionsgesellschaft, deren hundertjähriges Bestehen im vergangenen Winter auch in Elsaß-Lothringen mitgefeiert wurde. Vor allem aber zieht den elsäß-lothringischen Protestantismus die durch die geschichtliche Entwicklung seit langem bedingte internationale Art des französischen Protestantismus an, der sowohl mit der Westschweiz wie mit den Angelsachsen in Fühlung steht. Aus diesem inneren Zusammenhang heraus versteht es sich wohl auch, daß der Allgemeine evangelisch-protestantische Missionsverein als einziges Werk des deutschen Protestantismus in Elsaß-Lothringen unterstützt wird, und ein Elsässer auf der letzten Generalversammlung im September 1922 in Hannover sich in den Vorstand desselben hat wählen lassen. Ebenso erfreulich ist in diesem Zusammenhang die jüngst berichtete Tatsache, daß französische Freunde der „Evangelischen Einheit“ dem Zentralvorstand der Gustav-Adolf-Stiftung eine Summe zur Unterstützung der evangelischen Glaubensgenossen in Posen übersandten und damit die seit 1914 abgerissenen Fäden wieder anknüpften.

Aber so hoch und so wertvoll man auch den geistigen Einfluß des französischen Protestantismus auf die deutschen evangelischen Kirchen in Elsaß-Lothringen einschätzen mag, er kann ihnen die Kräfte nicht ersetzen, die ihnen das Jahr 1918 mit seinen Folgen entzissen hat. Wenn es ihnen nicht gelingt, ihre so schwer gefährdete, ja fast zu Tode getroffene Eigenart zu retten und neu zu stärken, so bleibt wahr, was bereits 1919 ein schweizerischer Theologe, der ausdrücklich seine Sympathien für Frankreich erklärt hatte, aus Lothringen an seine heimische Zeitung schrieb: „Ich erlebe hier die Tragödie einer Kirche“.

II. Einzelbilder aus dem evangelischen Auslandsdeutschtum in Europa.¹⁾

Das Bild, das wir oben von den abgetretenen Gebieten des Deutschen Reiches im Osten zeichneten, wird noch wirksamer durch den Rahmen, den die evangelisch-kirchlichen Verhältnisse in den Annerxionsstaaten selbst bilden. Wir beschäftigen uns deshalb zunächst mit Polen, d. h. mit der deutschen evangelischen Kirche Augsburger Bekenntnisses in Kongreßpolen und mit der deutschen evangelischen Kirche in Kleinpolen, d. h. Galizien.

1. Die deutsche evangelische Kirche in Kongreßpolen.²⁾

Wie viel verständlicher wird uns das Martyrium der unierten evangelischen Kirche in Posen, wenn wir uns den höchst unerfreulichen Kampf gegen eine angeblich deutsch-völkische Agitation vergegenwärtigen, der im letzten Jahre in der überwiegend deutschen (80 %) Kirche Augsburger Bekenntnisses in Kongreßpolen stattgefunden hat: infolge nationalpolitischer Tendenzen einer kleinen polnischen Partei, vor allem des Kirchenregiments in Warschau selber, desselben Kirchenregiments, das auch der Posenschen Kirche das Leben so schwer macht.

Im Frühjahr 1922 veranlaßte das Warschauer Konsistorium die Einbringung des Dringlichkeitsantrages Bobek im Sejm, der von 28 katholischen und zwei evangelischen Abgeordneten unterzeichnet war und eine konstituierende Synode für die Augsburger Kirche Kongreßpolens einberief, der sämtliche Pastoren, die Mitglieder des Konsistoriums und der theologischen Fakultät und außerdem je ein weltlicher Vertreter jeder Pfarrgemeinde angehören sollten. Demgegenüber wurde am 5. April in Lodz in einer von mehr als 3000 Personen besuchten Versammlung Verwahrung eingelegt und ausgesprochen, daß der Antrag Bobek den Wünschen und Rechten der Gemeinden nicht im mindesten entspreche und daß das zahlenmäßige Verhältnis der Geistlichen zu den Laien auf der Synode 1:2 sein müsse. Bezüglich des Antrages Nader (vgl. Jahrbuch 1921, S. 423) wurde einstimmig beschlossen:

„Die versammelten Gemeindeglieder beider evangelisch-lutherischer Gemeinden zu Lodz protestieren gegen den von dem Abgeordneten Nader in

¹⁾ Da die Abtretungsgebiete des Deutschen Reiches eine eingehendere Behandlung erforderten, muß der Berichterstatter, dem der Raum vorgeschrieben ist, sich diesmal auf Einzelbilder aus Europa beschränken.

²⁾ Nach der Annexion Wilnas durch Polen wurde auch die evangelische Gemeinde in Wilna provisorisch zum Warschauer Bezirk geschlagen. Pfarrer Reedra nahm auf der Warschauer Synode eine zwischen Lodz und Warschau vermittelnde Stellung ein. Die Gemeinde, die sich ihres deutschen Kulturstandes wohl bewußt ist, sucht die bereits seit 365 Jahren bestehende 50 Schüler zählende Schule, die in den letzten 100 Jahren unangefochten als öffentliche Gemeindefschule galt, jetzt aber die Staatsbeihilfe verloren hat, mutig durchzuhalten. Von der Wilnaer Gemeinde aus werden auch die Glaubensgenossen im polnischen Korridor (von Baranowitsch bis zur Düna) bedient.

dem Sejm eingebrachten Entwurf des neuen Kirchengesetzes, da dieser Entwurf ohne Befragen der Gemeinden verfaßt wurde und die Wünsche der Gemeindeglieder nicht berücksichtigt. Die Versammelten verlangten die Zurückziehung des Gesetzes aus der Seymkommission, da das neue Kirchengesetz dem Wunsch der Gemeinden entsprechend von der verfassungsgebenden Landessynode ausgearbeitet und beschlossen werden soll."

Die Lodzer Opposition war vergeblich. Am 27. April wurde der Antrag Bobek in dritter Lesung angenommen. Am gleichen Tag fand in Warschau eine außerordentliche Pfarrersynode statt, auf der aufs schärfste betont wurde, daß der deutsche Teil der Kirche, der die überwiegende Mehrheit bilde, sich benachteiligt und zurückgesetzt fühle. Nach sehr erregter Diskussion wurden folgende Punkte als berechtigt anerkannt und Abhilfe zugesagt: 1. die Verdächtigungen gegen die Deutschen sollen zurückgezogen werden, 2. das Konsistorium soll umgebildet werden durch Aufnahme von Vertretern der deutschen Bevölkerung, 3. in der theologischen Fakultät soll die Hälfte der Fächer deutsch gelesen werden.

Der Verlauf der gesetzgebenden Synode in Warschau erbrachte den Beweis, daß die Männer des Konsistoriums eine kurzsichtige Kirchenpolitik getrieben hatten. Das angeblich kleine Häuflein Lodzer Agitatoren zog mit über 60 Stimmen in die Synode ein und hat ihr durch Klarheit und Entschiedenheit den Stempel aufgedrückt. Sie setzte gegen den Entwurf des Konsistoriums mit großer Mehrheit die entscheidenden Paragraphen des Verfassungsentwurfes durch, nach denen einmal nicht das Konsistorium, sondern die Synode die Vertretung der Kirche und der Träger aller der Kirche zustehenden Rechte ist, nach denen zum andern Laien und Pfarrer in der Synode nicht im Verhältnis 1 : 1, sondern 2 : 1 stehen, eine Bestimmung, durch die die Herrschaft der polnischen Minderheit unmöglich gemacht ist. Die Folge war eine gehässige Polemik der polnischen evangelischen Blätter, besonders das *Zwiasztun*, aus der man fast den Eindruck gewinnen mußte, dem polnischen Protestantismus gelte die Gunst der großen katholischen Öffentlichkeit mehr als die Gemeinschaft mit den deutschen Glaubensbrüdern.

Die zweite Sitzung der konstituierenden Synode im August brachte keine entscheidenden Abstimmungen. Um so schärfer und rücksichtsloser sprach sich die Warschauer Richtung gegen die mit großer Mehrheit angenommene Wahlordnung aus. Die Aussicht auf Einigung innerhalb der lutherischen Kirche Kongreßpolens wurde immer geringer. Die Rattowitzer Tagung der übrigen deutschen evangelischen Kirchen Polens im Oktober (vgl. oben S. 248), verstärkte in dem mehrfach genannten Kirchenblatt *Zwiasztun* die Meinung, es wäre das beste, die unnatürliche Ehe zwischen deutschen und polnischen Protestanten aufzulösen, ja die Warschauer Partei erklärte kategorisch, wenn die strittigen Paragraphen nicht kassiert würden, könnte für polnische Evangelische in der Kirche kein Raum mehr sein, d. h. sie verlangten eine Änderung, durch die ihnen die erstrebte Minoritätsherrschaft gesichert würde.

Auf der dritten Tagung im Januar 1923 plakten die Parteien schärfer denn je aufeinander. Ja es kam zu einem offenen Konflikt,

da die Umstoßung der Wahlordnungsparagraphen abgelehnt wurde. Die polnischen Mitglieder, in der Zahl von etwa 60, verließen unter Protest die Synode. Die Deutschen machten einen letzten Versuch, einen endgültigen Bruch zu vermeiden, und wählten eine Kommission, die mit den Warschauern neue Verhandlungen anknüpfen sollten. Endlich kam es nach langen, sachlich ernsten und mit beiderseitigem guten Willen geführten Verhandlungen am 8. Februar in Lodz zu einer Verständigung. Beide Parteien gaben nach. Bezüglich der Wahlordnung wurde der Lodzger Kompromiß angenommen, nämlich die Zahl der Mandate für die einzelnen Diözesen gleich im voraus zu bestimmen, und zwar so, daß weder das Prinzip der Seelenzahl (ursprüngliche Lodzger Forderung) noch der Grundsatz des Rechtes der kleinen Gemeinden (Warschauer Forderung) zu kurz kommt.

Die vierte und letzte Tagung der konstituierenden Synode fand anfangs April in Warschau statt. Nachdem von beiden Parteien die Annahme der Gesetzesentwürfe warm empfohlen worden war und der Vertreter der Lodzger Gruppe, der Sejmabgeordnete Utta darauf hingewiesen hatte, daß nun die Hauptforderungen der Deutschen erfüllt seien und von einer Zurücksetzung und Bevormundung der Deutschen in der Kirche nicht mehr geredet werden könne, wurden bei drei Stimmenthaltungen die Entwürfe des Grundgesetzes und der Kirchenverfassung einstimmig angenommen. Da diese Entwürfe auch für die anderen evangelischen Kirchen im polnischen Staat ihre Bedeutung haben werden, insofern nun auch mit ihnen der Staat Verhandlungen eröffnen wird, so sei auf einige der Hauptpunkte im Grundgesetz hingewiesen:

Der vielumstrittene Artikel 1, der früher so lautete, als ob alle augsburgischen Gemeinden auch in andern Kirchenkörpern Polens zur kongregpolnischen Kirche gehörten, hat nun folgende Fassung, in der die Möglichkeit einer Trennung aus nationalen Gründen vorgesehen ist:

Die Pfarrgemeinden Evangelisch-Augsburgischen Bekenntnisses auf dem Gesamtgebiet der polnischen Republik, sofern sie nicht einer anderen kirchlichen Organisation angehören, bilden die Evangelische Augsburgische Kirche in Polen.

Im Fall einer Teilung aus nationalen Gründen wird nachstehendes Gesetz für jede auf diese Weise entstehenden Evangelisch-Augsburgischen Kirchen verpflichtend sein.

Artikel 5 lautet:

Die Wahl des Präses und des Vizepräses der obersten Bollzugsbehörde in der Kirche vollzieht die Synode im Einvernehmen mit der zuständigen Staatsbehörde.

Die in dieser Formulierung liegende Unklarheit wurde von dem deutschen Führer dahin klargestellt, daß auch nach der Erklärung des Generalsuperintendenten Bursche die Wahl ganz frei von der Synode und nur die Bestätigung der Wahl durch die Staatsbehörde zu erfolgen habe.

Art. 17. Im Verkehr mit den Staats- und Kommunalbehörden bedienen sich die Kirchenbehörden der Amtssprache des Landes bzw. der Kommunalbehörden, gemäß den in dieser Beziehung in jedem Teilgebiet geltenden Vorschriften.

In den inneren Angelegenheiten der Kirche, der Gemeinden und der von ihnen unterhaltenen Institutionen sind alle Landessprachen gleichberechtigt.

Art. 18. Die kirchlichen Feiertage der Evangelisch-Augsburgischen Kirche, welche nicht zugleich als allgemein staatlich anerkannt sind (Karfreitag, Bußtag, Aschermittwoch, das Reformationsfest am 31. Okt.), genießen staatlichen Schutz nach den allgemein geltenden Grundsätzen. Insbesondere ist die Schulpflicht evangelisch-augsburgischen Bekenntnisses an diesen Feiertagen vom Unterricht zu befreien.

Art. 19. Die Vorschriften über die Ausbildung und Prüfung der Theologen gehören mit Ausnahme der Vorschriften des Art. 20 zur kirchlichen Gesetzgebung.

Art. 20. Pastor oder Vikar kann nur ein polnischer Bürger werden, der wenigstens drei Semester lang an der evangelisch-theologischen Fakultät einer inländischen Universität studiert hat, und der nach Beendigung der vorschriftsmäßigen Studien die theoretische Schlußprüfung in sämtlichen Hauptfächern des theologischen Studiums bestanden hat, oder auch der eine von der Kirche erhaltene und vom Staate anerkannte theologische Hochschule, die auf gleichem Niveau mit der theologischen Fakultät steht, absolviert hat.

Der Minister für Kultus und öffentlichen Unterricht kann auf Antrag des Konsistoriums von den Vorschriften dieses Artikels Dispens erteilen.

In solchem Falle ist für diejenigen, welche ihren Studien im Auslande obgelegen haben, bei der Prüfung die Sprache zulässig, in welcher sie studiert haben.

Art. 21. Zur Abgabe eines Gutachtens bei der Berufung bzw. Entlassung von Professoren durch die theologische Fakultät besteht beim Ministerium für Kultus und öffentlichen Unterricht unter dem Vorsitz des Ministers eine Kommission. Dieselbe besteht aus dem Direktor des Departements für die Bekenntnisse, sowie den Delegierten der einzelnen evangelischen Kirchen, deren Anzahl für jede einzelne das Ministerium nach vorhergegangener Verständigung mit der höchsten Vollzugsbehörde der betreffenden Kirche bestimmt.

In den in Art. 1 Abs. 2 des Gesetzes vom 29. Juli 1921 (Gesetzblatt Nr. 69 vom Jahre 1921, Pos. 447) behandelten Angelegenheiten der Akademischen Lehranstalten tritt die Kommission mit einem entsprechenden Antrag an das Ministerium heran.

In dem letzten Artikel scheint vorausgesetzt zu sein, daß die theologische Fakultät in Warschau auch von den andern evangelischen Kirchen Polens als die für ihren Nachwuchs in Betracht kommende Bildungsstätte betrachtet würde, was nicht der Fall ist.

Leider hat die Synode, da sie sich aufgelöst und ihre Funktionen an das um vier Mitglieder erweiterte Präsidium abgegeben hat, keine Möglichkeit mehr, auf den Gang der Verhandlungen mit dem Staate einzuwirken, was, wie Pfarrer Needra in Wilna erklärte, um so bedauerlicher ist, als das noch vom Zaren ernannte Konsistorium nicht mehr als Vertretung der Kirche angesehen werden kann.

So sehr die in der einmütigen Annahme der Gesetzesentwürfe zutage tretende Einigung der Parteien in der evangelischen Kirche Kongresspolens zu begrüßen ist, so ist doch der Eindruck nicht beiseite zu schieben, daß diese Einigung noch kein festes Fundament besitzt. Bezeichnend ist ein Artikel des Zwiaſtun, der die Überschrift trägt: „Angesichts der

Einigung." Dankenswerterweise schreibt dieses Blatt: „Gott bewahre uns vor der Politik, sei es nun Parteipolitik oder Nationalitätenpolitik.“ Wie bedauerlich aber ist die Fortsetzung:

„Es haben in dieser Hinsicht die Polen, es haben hundertmal mehr die Deutschen gesündigt. Hier muß man rücksichtslos allen sagen: wenn ihr euch nicht von der Politik bekehrt, werdet ihr nicht ins Reich Gottes kommen. Diese Bekehrung beginnt mit der Erkenntnis der Sünde und der Buße: davon ist leider wenig zu sehen bei den Polen, aber so gut wie gar nichts bei den Deutschen.“

Ob diese Einigung in der Kirche Kongreßpolens eine wirkliche Einigung ist, das wird sich schließlich erst daraus erkennen lassen, daß überall die nationalistisch-polnische Agitation aufhört und daß vor allem endlich auch den deutschen Evangelischen in Polen ihr Recht wird.¹⁾

2. Die deutsche evangelische Kirche in Kleinpolen (Galizien).

Warschau oben mehrfach gekennzeichnete Kirchenpolitik zog noch weitere Kreise. Auch die evangelische Kirche Kleinpolens, die bereits 1920 freilich vergeblich eine auf der inneren Glaubensgemeinschaft beruhende Vereinigung aller Evangelischen im polnischen Staat angestrebt hatte und stets aufs gewissenhafteste die Rechte der polnischen Minderheit (10 %) zu wahren bemüht gewesen ist, hat im letzten Jahre unter nationalistisch-polnischen Hezereien zu leiden gehabt. Ende Mai 1922 beschloß mit 66 gegen 23 Stimmen die evangelische Gemeinde in Krakau trotz ihres konfessionell gemischten und national überwiegend deutschen Charakters sich an das Warschauer Konsistorium anzugliedern. Von deutscher Seite wurde erklärt, daß ein Terrorismus bei den Verhandlungen stattgefunden habe, und unmittelbar nach der Abstimmung ging der Superintendentenversammlung ein Protest gegen den Beschluß ein, der von 70 Gemeindegliedern unterschrieben war. Daß es sich bei diesem Lösungsversuch der Krakauer Gemeinden nicht um innerkirchliche, sondern um politische Gründe handelte, bewies unter anderem die von Haß triefende Polemik des Posel ewangelicki Nr. 27 gegen den

¹⁾ Auch ein unerfreuliches Zeichen polnisch-evangelischer Agitation ist die anfangs dieses Jahres von Pfarrer Glöp in Warschau begründete neue evangelische Zeitschrift *Gazeta mazurska*, die in den bei den Masuren gebräuchlichen gotischen Lettern gedruckt die Tendenz hat, die Masuren für die polnisch-evangelischen Ideen zu gewinnen und den deutschen Einfluß, unter dem sie gegenwärtig stehen, zu bekämpfen. Zunächst ist es nur auf die im polnisch gewordenen Bezirk Soldau wohnenden Masuren abgesehen; aber Soldau soll nur der Ausgangspunkt für eine große Propaganda sein, die sich auf die ganze Masse der Masuren erstreckt, die zu 90 % sich bei der Volksabstimmung für Preußen erklärt haben und infolgedessen bei Preußen verblieben sind. — Bezeichnend für die Einstellung der polnisch-evangelischen Presse ist z. B. auch das Urteil des *Zwiasztun Ewangeliczny* in seiner Nummer vom 1. Jan. 1923: „Der Gustav-Adolf-Verein, vor dem Kriege ein apolitischer Bund zur Stärkung der in der Diaspora lebenden Evangelischen ohne Unterschied der Nationalität, ist gegenwärtig eine reindeutsche, nationalistische Institution geworden.“

Herausgeber des Stanislawer Evangelischen Gemeindeblattes, den um die ganze Kirche in Kleinpolen so hochverdienten D. Zöckler. Ganz abgesehen von den zahllosen sachlichen Verdrehungen und Unwahrheiten forderte das polnische Blatt die Ausweisung Zöcklers seitens der polnischen Regierung, entsprechend dem Vorgehen der französischen Regierung gegen die deutschgesinnten Pfarrer in Elsaß-Lothringen. Die bedauerliche Folge dieser polnischen Agitation ist, daß es nun zwei evangelische Gemeinden in Krakau gibt.

Im Januar 1923 fühlten sich die evangelischen Polen in Lemberg gemüßigt in einer Versammlung des Kolo Polaków Ewangelików gegen die angeblichen preußischen Einflüsse und gegen die Germanisierungsversuche der evangelischen Kirche in Kleinpolen aufzutreten. Bezeichnend für dieses Vorgehen ist die von Unwahrheiten und Gehässigkeiten erfüllte Darstellung in der Rzeczpospolita:

„Noch vor 15 Jahren herrschte in der Lemberger evangelischen Gemeinde vollkommene Einigkeit, aber von der Zeit an, wo in Stanislaw sich D. Zöckler aus Preußen ansiedelte und eine Agitation in unserm Lande entwickelte, welche u. a. der Anlaß zur Gründung der deutschen Schule in Lemberg wurde, erfolgten Reibungen, und die Polen schlossen sich in dem Verein der evangelischen Polen zusammen. Trotzdem sind die Polen in der Gemeindevertretung im Nachteil und bilden in den Vertretungskörpern nur ein Drittel. Polnische Predigten finden nur jeden dritten Sonntag statt, die Pfarrbücher werden in deutscher Sprache geführt, was eine offenkundige Zurücksetzung der Polen ist, die in der Gemeinde 70 % bilden.“

In längerer Diskussion wurden die deutschen Bestrebungen hervorgehoben, die evangelische Kirche in Polen vom Oberkirchenrat abhängig zu machen, und weiter wurde festgestellt, daß es die Pflicht der evangelischen Polen ist, auf der Wacht zum Schutz des Polentums und des polnischen Besitzstandes zu stehen . . .“

Wie anders lauten demgegenüber die Tatsachen! Pfarrer Zöckler ist seit 33 Jahren in Stanislaw; sämtliche Beziehungen zum Wiener Oberkirchenrat sind endgültig aufgehoben; die evangelischen Polen nehmen nicht 70, sondern nicht einmal 10 % in der Lemberger Gemeinde ein. Nicht die Deutschen sind die Friedensstörer, sondern eine winzige polnische Minderheit will die deutsche Mehrheit mit Hilfe des Staates und durch Anrufung der polnischen Öffentlichkeit terrorisieren. Diese Absicht geht auch ganz klar aus der Denkschrift hervor, die die Lemberger evangelischen Polen der Wogewodschaft überreicht haben, in der sie wörtlich verlangen: „Auflösung der gegenwärtigen Vertretungskörperschaften der evangelischen Gemeinde durch die polnische Behörde, Einsetzung eines Regierungskommissars, oder Durchführung der Neuwahlen durch diesen Kommissar“!

Es steht zu hoffen, daß die Neuwahlen des Presbyteriums und der Gemeindevertretung in Lemberg, die längst hätten stattfinden sollen und nur durch den Einfluß einiger evangelischer Polen noch nicht stattgefunden haben, der polnischen Wühlarbeit ein Ende bereiten. Denn die Lemberger Gemeinde ist genau so wie die andern Stadtgemeinden aus deutschen Kolonisten entstanden und zieht auch heute ihre Kraft aus dem Nach-

wuchs, der aus deutschen Dörfern kommt und durchaus an der deutschen Muttersprache, an deutschem Religionsunterricht und deutscher Predigt hängt.

Auf der Ostertagung im April 1923 nahm der Kirchenausschuß zu diesen nationalen Parteikämpfen in einer würdigen, ernsten Entschließung Stellung, in der er die weitestgehende Befriedigung der religiösen Bedürfnisse der polnischen Gemeindeglieder in ihrer Muttersprache als selbstverständlich berechtigt anerkennt, zugleich aber gegen den verhehenden und verleumdenden Kampf der polnischen Minoritätenführer energisch Verwahrung einlegt.

Die kirchliche Verfassungsfrage wurde im letzten Jahre dadurch gefördert, daß der Kirchenausschuß den Gemeinden einen verbesserten Entwurf eines Grundgesetzes vorlegte, in dem in den neuen §§ 10 und 11 Bestimmungen über die kirchliche Besteuerung und die staatliche Unterstützungspflicht festgelegt wurden; sie lauten jetzt:

Art. 10. Die evangelische Kirche A. u. H. B. hat das Recht, ihren Mitgliedern kirchliche Steuern nach eigenem Ermessen aufzuerlegen. Einer Genehmigung der staatlichen Behörde bedürfen diese Steuern nur dann, wenn zu ihrer Eintreibung staatliche Hilfe in Anspruch genommen wird.

Art. 11. Die evangelische Kirche A. u. H. B. steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß Staat und Kirche getrennt voneinander unabhängige Gebiete sind, und daß demgemäß die Kirche ihre religiöse Arbeit ohne staatliche Unterstützung zu verrichten hat.

Insofern aber der Staat den andern anerkannten kirchlichen Gemeinschaften, insbesondere auch den anderen evangelischen Kirchen gewisse materielle Beihilfen gibt und insofern tatsächlich auch von den Organen der Kirche eine erhebliche Arbeit im Interesse des Staates geleistet wird, erhebt die evangelische Kirche A. u. H. B. Anspruch auf eine gleiche Beteiligung mit solchen Mitteln, wie sie die andern Kirchen erhalten. Die betreffenden Mittel werden der Kirchenleitung zur Verfügung gestellt, welche über deren Verwendung der obersten staatlichen Behörde für Bekenntnisangelegenheiten innerhalb einer Frist von 6 Monaten nach Schluß des Rechnungsjahres einen Ausweis vorzulegen hat.

Auf der Superintendentenversammlung im Juni 1922 in Biala beschlossen die Gemeinden endgültig eine eigene Kirche zu bleiben und nahmen einstimmig die Grundgesetze an, die nun dem Staate zur Genehmigung vorgelegt wurden.

Einen schönen Beweis für das trotz aller Not blühende kirchliche Leben erbrachte im September 1922 der von Schweizer Freunden besuchte und zugleich mit der Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins verbundene Kirchentag in Josefsberg, dem schmucken deutschen Dorfe, in dem die im Kriege zerstörten drei Wahrzeichen evangelischen Lebens, Kirche, Schule und Pfarrhaus wiederhergestellt sind. Die Opferwilligkeit, die die Kirche ihrem schwer gefährdeten Schulwesen entgegenbringt, bezeugte die einstimmig und mit großer Begeisterung angenommene Entschließung des Kirchentages zu einem allgemeinen Schulopfer. Der Appell an die Gemeinden war nicht umsonst; anfangs des Jahres 1923 waren fast 900 000 Mark beisammen.

Einen reichgesegneten Verlauf nahm auch Ende Oktober und Anfang November 1922 die Festwoche in Stanislaw, zu dessen dringend notwendigem Krankenhaus im vergangenen Jahre so viele Bausteine gesammelt wurden, daß die Errichtung desselben hoffentlich bald möglich sein wird.

Ende Oktober 1922 fand in schlichter Weise in Biala die Feier des 50jährigen Amtsjubiläums des Superintendenten Dr. Fritzsche statt, zu dem die evangelische Kirche Kleinpolens als ihrem Leiter in diesen schweren Übergangszeiten doppelt dankbar und vertrauensvoll emporblickt.

3. Die deutsche Synode in der evangelisch-lutherischen Kirche Litauens.

Im Juni 1921 war in Kowno auf Vorschlag der Deutschen (Propst Tittelbach) beschlossen worden, die lutherische Kirche Litauens in drei nach der Nationalität getrennte Synoden zu teilen, die sich nur zu einem gemeinsamen Konsistorium (bestehend aus den drei Senioren und drei weltlichen Mitgliedern) zusammenzuschließen hätten. Im Oktober desselben Jahres wurde diese einmütig angenommene Kirchenverfassung sowie ein Gesetzentwurf über das Verhältnis der Kirche zum Staat dem Ministerium des Innern eingereicht. Die Eingabe blieb ohne Antwort. Statt dessen ernannte im April 1922 der katholische Staatspräsident ohne Rücksicht auf die Beschlüsse in Kowno den Präsidenten des Konsistoriums und der Minister die Mitglieder desselben. Aus zwingenden Gründen mußten die Ernannten ihr Amt annehmen. Darauf erfuhr das Konsistorium, daß die Regierung nur einen Superintendenten — der Titel Senior wurde abgelehnt — als Oberhaupt der Gesamtkirche bestätigen werde, und dieser müsse ein nationaler Litauer sein. Endlich, im Herbst 1922 antwortete das Ministerium, daß die Eingabe vom Oktober 1921 ungenügend sei; das Konsistorium solle eine Neuarbeitung des russischen Kirchengesetzes für die lutherische Kirche Litauens vornehmen, ein Auftrag, der in Angriff genommen worden ist, trotz schwerer Bedenken, die ihm entgegenstehen.

Schwerer als diese noch ungelösten kirchenrechtlichen Fragen sind die inneren Nöte, die alle Synoden, aber besonders die deutsche bedrücken, die über die Städte und von Wladislawow bis Wiazyn im nördlichen Teil des ehemaligen Gouvernements Suwalki sich erstreckend, zahlenmäßig die größte ist (35 000 gegenüber 20 000 Litauern und 15 000 Letten). Es fehlt an geistlichen Kräften. Das Verhältnis zwischen den Gemeinden und den Pfarrern ist durch beider Schuld nicht immer erfreulich; bolschewistische Strömungen haben auf die Gemeinden eingewirkt: sie meinen, nach Belieben dem Pfarrer das Gehalt kürzen und ihn ohne Gericht absetzen zu können. Zersetzend wirkt auch die Hege, die von den Sekten ausgeht. Besonders groß ist die Schulnot. Es gibt zu wenig Schulen und zu wenig brauchbare Lehrer. Da der

Staat nur dann den Unterhalt übernimmt, wenn mehr als 40 Kinder zu einer Schule einer völkischen Minderheit gehören, so bleiben viele deutsche Kinder ohne Unterricht oder besuchen litauische Schulen, in denen es keinen Religionsunterricht gibt und die sie ihrem Volkstum entfremden. Um diesem Übelstande abzuhelpen, hat Propst Tittelbach ein evangelisches Schülerheim in Reidang errichtet, und die Kownoer Gemeinde arbeitet an der Errichtung einer deutschen Oberrealschule, die auf Kirchengrund erbaut wird und bis zu einem gewissen Grade einen konfessionellen Charakter trägt.

Seit dem Oktober 1922 erscheint in deutscher Sprache, herausgegeben von Pfarrer Katterfeld in Kowno, das evangelisch-lutherische Gemeindeblatt für Litauen. Zu Pfingsten 1923 soll ein deutsches Gesangbuch erscheinen, dessen Drucklegung mit Hilfe des National Lutheran Council ermöglicht wurde.

Die Aussichten für die Zukunft sind alles andere, nur nicht rosig. Schon vor dem Kriege waren die Verluste nicht gering, die durch die Mischehen und die Verschmelzung mit der andersgläubigen und andersstämmigen Mehrheit eintraten. Aber sie wurden durch Einwanderung aus kulturell höherstehenden protestantischen Ländern ausgeglichen. Jetzt ist die Einwanderung unterbunden, ja es macht sich eine stärkere Abwanderung nach Nordamerika bemerkbar. „Die deutschen Lutheraner sind morituri und ihre Pfarrer die Totengräber.“

Mit den deutschen evangelischen Gemeinden des nun zu Litauen gehörenden Memellandes hat die deutsche Synode der lutherischen Kirche Litauens keinerlei kirchliche Beziehungen angeknüpft.¹⁾

4. Aus Lettland.

Nachdem im Februar 1922 auf der gemeinsamen Synode in Riga die lettische Majorität und die deutsche Minorität zur Evangelisch-lutherischen Kirche Lettlands sich vereinigt hatten, erhielten ihre Bischöfe, der lettische Erbe in der Jakobikirche, der deutsche D. Pölkau in St. Peter am 16. Juli 1922 durch den schwedischen Erzbischof D. Söderblom unter Assistenz zahlreicher hoher Geistlicher der Nachbarländer und unter erfreulicher Beteiligung der Staatsbehörden ihre Amtsweihe. Dadurch, daß durch diese Feier die Jakobikirche, der D. Söderblom ein großes Bild Gustav Adolfs als Geschenk der schwedischen Kirche überreichte, zum lettischen Dom erhoben worden war, schien für sie die Gefahr, katholische Kathedralkirche zu werden, beseitigt zu sein. Und doch ist in diesem Frühjahr das schier Unmögliche wirklich geworden. Am

¹⁾ Die reformierte Kirche Litauens, die früher, über 350 Jahre, einen Synodalverband vom Baltischen Meer bis zu den Wäldern Wolhyniens mit dem Hauptsitz in Wilna bildete, hat jetzt, arg verkleinert, ihren Hauptsitz in Birski. Aus vier brüderlich sich vertragenden Nationen (Litauer, Polen, Letten und Deutsche) sich zusammensetzend, hat sie nähere Bestimmungen zur englischen und amerikanischen reformierten Kirche angeknüpft.

24. März 1923 wurde in der Sitzung des lettländischen Landtages folgendes Gesetz angenommen: „Dem evangelisch-lutherischen Bischof Lettlands ist das Recht der Benutzung der Rigaischen Domkirche mit den zu ihr gehörigen Gebäuden und Plätzen zuzusprechen. Dem katholischen Bischof ist die Rigaische Jakobikirche als katholische Bischofskathedrale zur Verfügung zu stellen.“

Der erste Teil dieses Gesetzes ist völlig unklar, da der evangelisch-lutherische Bischof Lettlands in seiner Eigenschaft als Bischof ohne dieses Gesetz das Recht hat, jede evangelische Kirche und damit auch den Dom für seine Amtshandlungen zu benutzen. Ganz eindeutig ist der zweite Teil des Gesetzes, nach dem die der deutschen und lettischen evangelischen Gemeinde gehörige Jakobikirche weggenommen und dem erst noch von der Kurie zu ernennenden katholischen Bischof gegeben wird. Dieser Beschluß ist umso unerhörter, als der Oberkirchenrat Lettlands und die Jakobikirche offiziell nicht einmal gefragt worden sind und als in Lettland die Trennung von Staat und Kirche durchgeführt ist, die Kirchen also überhaupt nicht mehr der Jurisdiktion des Staates unterstehen.

Der offizielle Anlaß für die Enteignung der Jakobikirche liegt darin, daß der lettische Staat, um die katholischen lettgalischen Gemeinden dem Einfluß des polnischen Episkopates zu entziehen und sie dem lettischen Staatsgedanken näherzubringen, ein Konkordat mit der Kurie abgeschlossen und für den zu ernennenden katholischen Bischof Lettlands eine Bischofskirche zur Verfügung zu stellen zugesagt hatte. Daß die Enteignung der Jakobikirche vor allem einen Schlag gegen das Deutschtum bedeutet und bedeuten soll, ist wohl kaum zu bestreiten.

Bei den Verhandlungen im Landtage, wo das Gesetz auf dem Wege der Dringlichkeit in einer Sitzung erledigt wurde, haben sich — man kann sagen — erfreulicherweise erregte Szenen abgespielt. Nicht nur die deutsche Partei, sondern auch alle anderen Minoritäten, wie Juden und Russen, ebenso die lettische Bergpartei und die lettische christlich-nationale Partei haben gegen diesen jedes Rechtsempfinden verhöhrenden Beschluß gestimmt.

Erfreulicherweise kämpfen die wirklich evangelischgesinnten Letten mit den evangelischen Deutschen in einer Front. Ein Zeichen dieser Einmütigkeit ist ein sehr energischer Artikel des bekannten lettischen Schriftstellers Apfischu Jehkabs in der lettischen Kirchenzeitung „Sweht-deenas Rihts“ Nr. 17. Nicht nur die Jakobikirche und der Bischof der deutschen Gemeinden, sondern auch der gesamte Oberkirchenrat Lettlands mit dem lettländischen Bischof an der Spitze haben gegen die Annahme dieses Gesetzes Protest erhoben. Ja die evangelischen Gemeinden haben von dem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch gemacht und folgenden Initiativantrag gestellt: „Kirchen und Bethäuser, die irgend einer Konfession zu Gottesdiensten dienen, dürfen weder enteignet noch einer anderen Kirche abgegeben werden. Die gegenwärtig bestehenden Kirchen und Bethäuser sind der Konfession zu belassen, in deren Nutzung sie auf

gesetzlicher Grundlage am 1. August 1914 standen.“ Die Volksabstimmung über diesen Initiativantrag findet vom 22. April bis 13. Mai statt.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, welche Geschichte die Jakobikirche in Riga hat — am 1. Advent 1522 hielt der Reformator Silvester Tegetmeyer aus Hamburg in ihr die erste evangelische Predigt; 1582 bis 1621 war sie in den Händen der Jesuiten; Gustav Adolf gab sie bei seinem Einzug in Riga den Evangelischen wieder, bei dem Übergang des Landes unter die russische Herrschaft wurden die Rechte der evangelischen Kirche vertraglich garantiert — dann begreifen wir erst ganz, daß der Schlag, der jetzt gegen sie geführt wird, nicht nur ein Schlag gegen die Deutschen, sondern eine Verhöhnung der ganzen evangelischen Kirche Lettlands, ja der evangelischen Christenheit der Welt ist.

5. Aus der Tschechoslowakei.

Das wichtigste Ereignis im vergangenen Jahr war für die deutsche evangelische Kirche die Genehmigung der „Grundsätzlichen Bestimmungen“ in der Sitzung des Ministerrates vom 19. Nov. 1922. Allerdings hatte der Staat einige wichtige und schmerzliche Änderungen des eingereichten Entwurfes verlangt: einmal statt des Namens „Deutsche evangelische Kirche in der Tschechoslowakei“ den Namen „Deutsche evangelische Kirche in Böhmen, Mähren und Schlesien“; zum andern den Ausschluß der Gemeinden in der Slowakei und in Karpathorußland.

Die Grundbestimmungen sind im übrigen vorbildlich. Kirchlicherseits könnte man nur noch dagegen Bedenken haben, daß die Trennung von Staat und Kirche nicht völlig durchgeführt ist, insofern der Staat sich das Recht des Einspruches bei den Pfarrwahlen reserviert und die Mitglieder der Kirchenregierung bestätigt. Die Aufnahme der großen Preßburger Gemeinde in den Verband der Kirche wurde durch den Widerstand der slowakisch-lutherischen Kirche, der diese Gemeinde früher angehört hatte, unmöglich. Sie wurde vom Ministerium der Slowakei nicht genehmigt.

In der Kirchenleitung hat sich nichts geändert. Das Kirchengebiet gliedert sich zurzeit in sieben Kirchenkreise mit folgender Bezeichnung: 1. Mährer Kirchenkreis: Misch; 2. Kirchenkreis des Mährer- und Egerlandes: Roßbach; 3. westböhmischer Kreis: Komotau; 4. mittelböhmischer Kreis: Dux; 5. ostböhmischer Kreis: Reichenberg; 6. mährischer Kreis: Brünn; 7. schlesischer Kreis: Troppau.

In Aussig wurde ein zweites Diakonissenmutterhaus gegründet, zugleich mit der Übernahme der Schwesternstation im Aussiger öffentlichen Krankenhaus, die bisher vom Gallneukirchner Mutterhaus verwaltet wurde.

Trotz der eigenen finanziellen Sorgen haben die Gemeinden für die Not der evangelischen Kirche in Deutschland vom Dezember 1922 bis April 1923 etwa 50 000 Kronen aufgebracht.

Die Kirche nahm teil an der Weltallianzkonferenz 1922 in Kopenhagen und wird im August 1923 bei der lutherischen Weltkonferenz in Eisenach vertreten sein.

6. Aus Siebenbürgen (Rumänien).

Einen unvergeßlichen Höhepunkt im Leben der evangelischen Landeskirche Siebenbürgens bildete im vergangenen Jahre die einem wirklichen Volksfest gleichende Feier des 70. Geburtstages ihres Bischofs D. Teutsch in Hermannstadt. Ja weit über den Kreis seiner Kirche hinaus wurden dem Jubilar dankerfüllte Glückwünsche dargebracht. Auch der König von Rumänien und seine Regierung verfehlten nicht, bei dieser Gelegenheit den Kulturwert deutscher evangelischer Arbeit in Groß-Rumänien nach voller Gebühr anzuerkennen. Der König verlieh ihm das Großkreuz des rumänischen Kronenordens, und der Ministerpräsident Bratianu übermittelte ihm folgenden Glückwunsch:

„Aus Anlaß Ihres Geburtstages flehe ich zu Gott dem Herrn, er möge Ihnen noch viele glückliche und erfolgreiche Jahre an der Spitze Ihrer Kirche schenken. Als Haupt Ihrer Kirche leisten Sie gleichzeitig auch dem sozialen und kulturellen Leben des rumänischen Staates unvergängliche Dienste.“

Außer den weiteren Beglückwünschungen durch die an die Siebenbürgische Landeskirche angeschlossenen Kirchen Bessarabiens, der Bukowina, Ultramäniens und des Banats seien genannt die herzlichen Begrüßungen durch die politische Leitung der vorwiegend katholischen Schwaben des Banats, durch die Siebenbürgener in Amerika, durch den Deutschen Evangelischen Kirchenbund, durch den Vorsitzenden des Zentralvorstandes des Gustav-Adolf-Vereins Geheimrat D. Rendtorff-Leipzig.

Entgegen der früheren traditionellen Zurückhaltung der politischen Stellen in Deutschland gegenüber dem Auslandsdeutschtum hatte dem Bischof auch der deutsche Reichskanzler folgendes warme Begrüßungsschreiben gesandt:

„Hochwürdigster Herr Bischof! Es gereicht mir zur besonderen Freude, Ihnen aus Anlaß Ihres 70. Geburtstages meine herzlichsten Glückwünsche zum Ausdruck bringen zu dürfen. Möchte es Ihnen vergönnt sein, sich bis in Ihr höchstes Alter hinein die geistige und körperliche Frische und Spannkraft zu erhalten, die es Ihnen ermöglicht hat, während der schweren Kriegs- und Nachkriegsjahre nicht nur Ihrem Volk ein Helfer und Berater in allen Nöten Leibes und der Seele zu sein, sondern daneben noch gründliche wissenschaftliche Arbeit zu leisten. Mit aufrichtiger Freude habe ich davon Kenntnis genommen, daß die Berliner Akademie der Wissenschaften als eine der führenden Körperschaften des wissenschaftlichen Lebens unseres deutschen Vaterlandes die Größe Ihrer wissenschaftlichen Leistungen dadurch anerkannt hat, daß sie Sie zu Ihrem korrespondierenden Mitglied ernannt hat. Ich sehe darin ein Symbol auch für das Bewußtsein der geistigen und kulturellen Zusammengehörigkeit zwischen dem Deutschen Reich und dem zähen Sachsenvolk am Fuße der Karpathen. Und ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß es Ihnen, hochwürdiger Herr Bischof, noch recht lange vergönnt sein möge, an der Pflege dieser Beziehungen führend mitzuarbeiten. Mit aufrichtiger Verehrung bleibe ich Ihr ergebener Wirth, Reichskanzler.“

Dem Manne der Wissenschaft, dessen grundlegendes Werk „Geschichte der evangelischen Kirche in Siebenbürgen“ 1922 vollendet erschien, galt die Verleihung der juristischen Doktorwürde seitens der Marburger juristischen Fakultät wie seine Ernennung zum Ehrenmitglied der Vereinigten Universität Halle-Wittenberg.

In der Hallenser Verleihungsurkunde heißt es: „Die vom Senat beschlossene Ehrung, die als solche noch über den Ehrenpromotionen der einzelnen Fakultäten steht, gilt dem aufrichtigen, tapferen und weisen Mann, dem Hüter und Lehrer des ihm von seinem ehrfürchtgebietenden Vater überkommenen deutschen, evangelischen und heimatlichen Erbes, dem Vorkämpfer des deutschen Volkes in der Fremde, dem geistigen und geistlichen Führer der evangelischen Kirche seiner Heimat, der sie Jahrzehnte hindurch lebendig mit dem deutschen Mutterlande verknüpft hat, dem Leiter der Erforschung des Siebenbürgischen Landes und dem Geschichtsschreiber der deutschen evangelischen Kirche Siebenbürgens.“

7. Aus Italien.

Die Kirchweihe in Rom.

Wohl nur wenige Auslandsgemeinden werden nicht nur von der Teilnahme der Heimat, sondern auch vom Interesse anderer Auslandsgemeinden, ja Kirchen so begleitet und getragen, wie die deutsche evangelische Gemeinde in der Hauptstadt des Papstes. Einen neuen Erweis dafür erbrachte die Einweihung ihrer Kirche am Reformationssonntag, den 5. November 1922.

Ehe noch die Gemeinde begründet war, ist bereits der Wunsch nach einer deutschen evangelischen Kirche in Rom ausgesprochen worden. Am 6. November 1817 fand als Echo der heimatlichen Jubelfeiern der Reformation in der Privatwohnung des preußischen Legationssekretärs Bunsen im Palazzo Aflalli zu Füßen des Kapitols unter freudiger Anteilnahme aller deutschen Evangelischen in Rom und ohne Einspruch der Kurie eine Reformationsfeier statt, ohne Anwesenheit eines Geistlichen. Bunsen leitete den Gottesdienst und schloß den Bericht darüber an seine Schwester in Deutschland mit den Worten: „Ich hoffe, unsere Enkel sollen 1917 die Reformation in einer Kirche feiern“. Nur der Weltkrieg hat diesem Wunsche die Erfüllung versagt.

Um die Evangelischen dauernd zusammenzuschließen und vor allem auch den Bekehrungsversuchen der zahlreichen Konvertiten entgegenzutreten, veranlaßte der preußische Gesandte Niebuhr durch eine ausführliche Eingabe an den für die römische Gemeindefrage so warm interessierten König Friedrich Wilhelm III. die Berufung des Gesandtschaftspredigers Schmieder, der am 27. November 1819 im Hause Niebuhrs, dem Palazzo Orsini, die erste Predigt hielt. Nach Niebuhrs Weggang 1823 wurde in der neuen Wohnung seines Nachfolgers Bunsen im Palazzo Caffarelli auf dem Kapitol, da, wo einst der strahlende Tempel des Juppiter gestanden hatte, im Erdgeschoß in einem ehemaligen Stall die neue Kapelle eingerichtet, die bis zum Ausbruch des Weltkrieges die

unscheinbare und doch so traute und an Erinnerungen reiche Andachtsstätte der deutschen Protestanten geblieben ist.

Gleich zu Anfang bildete sich auch ein Gemeindevorstand, dem Niebuhr, Bunsen und der Bronzegießer Hopfgarten, später die Diplomaten v. Sydow, Kestner, Mahler und der Fabrikant Söllner angehörten. Infolge der Kölner Wirren mußte er sich leider 1838 auflösen, da nun der Vatikan eine förmliche evangelische Gemeinde nicht mehr zu dulden gewillt war. Sein erstes Werk war die Gründung einer Krankenanstalt gewesen, für die der damals in Rom weilende Freiherr vom Stein eine größere Sammlung in Deutschland veranstaltete. 1835 wurde sie erweitert und in ein eignes, von der Gemeinde gekauftes Gebäude in der Via Monte Tarpeo verlegt, freilich aus kirchenpolitischen Gründen 1838 ihres gemeindlichen Charakters entkleidet. Das später ein Reichsinstitut darstellende Hospital erinnerte nur noch durch seine kaiserswerther Schwestern an seine evangelische Vergangenheit. 1918 ist es zugleich mit der Enteignung des Palazzo Caffarelli den Deutschen verloren gegangen.

Auch die deutsche Schule in Rom verdankt ihre Entstehung der evangelischen Gemeinde. Das bereits mit dem Krankenhaus verbundene Projekt mußte aus Rücksicht auf die Kurie fallen gelassen werden. Eine später eingerichtete Privatschule vermochte sich mangels der erforderlichen Mittel nicht zu halten. Erst 1868 konnte infolge des Vermächtnisses des Frh. v. Schwanefeld in den Räumen der Gesandtschaft eine zwar nicht rechtlich, aber tatsächlich evangelische, vom Gesandtschaftsgeistlichen geleitete Schule eröffnet werden, die 1899 vom neubegründeten Gemeindevorstand übernommen wurde, 1904 aber der paritätischen Schule weichen mußte.

Neben den genannten Staatsmännern nahmen die Künstler einen hervorragenden Anteil am Gemeindeleben. Besonders in der ersten Zeit bildeten sie geradezu das Rückgrat der Gemeinde: so vor allem Julius Schnorr v. Carolfeld, Passavant, Olivier, Rehbnitz, Luise Seidler, v. Kügelgen, Ludwig Richter.

Den ersten Geistlichen löste R. Rothe, später Professor in Heidelberg ab; ihm folgten der Hallenser Professor A. Tholuck (1828—1829), Fr. v. Trippelskirch (1829—1834), K. Abeken, der nachmalige vortragende Rat Bismarcks (1834—1841), H. Thiele, später Hofprediger in Braunschweig (1841—1848), C. Papst (1848—1851), C. Heinz (1852—1861), H. Frhr. v. d. Goltz, der spätere Vizepräsident des preußischen Oberkirchenrates (1861—1865), W. Leiboldt (1865—1869), A. Jeep (1869—1878), K. Rönneke 1878—1891), O. Frommel (1891—1897), M. Lang (1897 bis 1902), C. Peters (1902—1905) und der Verfasser dieser Zeilen (1905—1915 und seit 1921).

1870 wurde das Pfarramt der deutschen Botschaft beim Quirinal unterstellt, und der alte Wunsch der Gemeinde nach einer Organisation kam allmählich der Verwirklichung näher. 1879 wurde eine Privatkirchenkasse errichtet, 1885 ein Frauen-, 1888 ein Männerverein ge-

gründet. Und nachdem 1879 die Gemeinde ein Zweig der preußischen Landeskirche geworden war, konnte auch das Bunsensche Projekt, das bereits im Lutherjahr 1883 in Superintendent D. Terlinden einen neuen Propheten und gar bald in weitesten Kreisen der Heimat ein begeistertes, opferfreudiges Echo gefunden hatte, der Verwirklichung näher geführt werden; freilich erst nach langen, jetzt der Vergessenheit angehörnden Streitigkeiten. 1911 fand in der Via Toscana, in einem der höchsten und schönsten Stadtteile, dem Ladoriviertel, durch D. Terlinden, die Grundsteinlegung der Kirche statt, deren Bau vom Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß und damit vom gesamten evangelischen Deutschland übernommen worden war. Als am Pfingstsonntag 1915 der Rest der Gemeinde, Fürst v. Bülow an ihrer Spitze, ihren letzten Gottesdienst in der Kapelle auf dem Kapitol gehalten hatte und Rom verlassen mußte, war der nach den Entwürfen von Professor Fr. Schwedten-Berlin im romanischen Stil errichtete Bau bis auf die Inneneinrichtung vollendet.

Nach dem Kriege konnte mit der Fertigstellung des Baues erst begonnen werden, nachdem durch ein königliches Dekret vom April 1921 sämtliche deutsche evangelischen Kirchen in Italien seitens der italienischen Regierung freigegeben worden waren. Und endlich, am Reformationssonntag 1922, konnte Bunsens Hoffnung in Erfüllung gehen.

Unter größter Anteilnahme nicht nur der vollzählig erschienenen Gemeinde — an ihrer Spitze der deutsche Botschafter beim Quirinal — sondern auch die diplomatischen Vertreter der uns kultur- und glaubensverwandten Nationen sowie sämtliche italienischer evangelischer Gemeinden in Rom fand bei strahlendem Sonnenschein die Kirchweihe statt, die namens der Heimatkirche und im Auftrage des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses unter Assistenz des Pfarrers der deutschen evangelischen Gemeinde in Florenz Dr. Versing und des Ortspfarrers, der Vorsitzende des Zentralvorstandes des Gustav-Adolf-Vereins, Geheimrat D. Rendtorff vollzog. Seiner Weiherede lag das Schriftwort bei der Grundsteinlegung der Kirche, der 122. Psalm zugrunde. Der Text der Festpredigt des Gemeindepfarrers war das Wort unter dem Bilde des Heilandes in der mosaikgeschmückten Apsis, Hebr. 13, 8. Die musikalische Umrahmung des Gottesdienstes bildete ein Bachsches Geigensolo von Fr. Müller, ein Sologesang (Beethovens „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre“) von Frau B. Ibsen, geb. Björnson, ein Gemeindegchor, der den „Sanctus“ von Bach vortrug, und das von Kindern der Gemeinde gesungene alte Volkslied: „Schönster Herr Jesu“. Unter dem vollen Geläut der in Rom einzigartigen Glocken verließ die Gemeinde nach einer, man kann wohl sagen, kirchengeschichtlich bedeutsamen Stunde das vom Evangelischen Frauenverein mit Blumen reichgeschmückte Gotteshaus, das, als Ganzes eine kostbare Gabe der deutschen Heimatkirche, im einzelnen besonders durch die Stiftungen der deutschen Lutherstädte so reich geziert wird: Wittenberg schenkte die Glocken, Erfurt den Altar, Magdeburg die Kanzel, Eisleben den Taufstein, Mansfeld das silberne Taufbecken, dessen Lieferung freilich der Krieg bisher verhindert hat.

Nach der Feier vereinte ein festliches Mahl beim deutschen Botschafter die Ehrengäste, u. a. den 82jährigen Erbauer der Kirche, Professor Schwedtau, mit den Mitgliedern des Gemeindevorstandes. Am 6. Nov. fand im großen, dichtgefüllten Gemeindefaal ein Gemeindeabend statt, bei dessen Beginn der Gemeindepfarrer allen den tiefgefühlten Dank der so reich beschenkten Gemeinde, vor allem auch ihrer Freude über das Erscheinen von Professor Rendtorff zum Ausdruck brachte. Als erster entgegnete der deutsche Botschafter beim Quirinal Frhr. v. Neurath und betonte in warmen, anerkennenden Worten den nationalen Wert der kirchlichen Auslandsarbeit. Darauf übermittelte Professor Rendtorff die Grüße und Segenswünsche der Heimathkirche. Namens der reformierten Kirche Hollands sprach dann Pfarrer Dr. van Gheel-Gildemeister aus dem Haag, namens der italienischen Schwestergemeinden die deutschen Pfarrer Lessing-Florenz und Hassner-Bozen, der frühere Pfarrer von Palermo, Giese-Bingerbrück, sowie der deutsche Pfarrer Herbst-Haag. Noch einmal ergriff Professor Rendtorff das Wort, um auf besonderen Auftrag die Grüße der lutherischen Kirche Finnlands und der evangelischen Landeskirche Siebenbürgens zu überbringen. Den Schluß bildeten überaus herzliche Ansprachen der Vertreter italienischer kirchlicher Organisationen: Professor Comba, Vizemoderatore der Waldenser Kirche, Professor Luzzi, Dekan der Waldenser Fakultät, Pfarrer Fereri, Superintendent der italienischen Methodistenkirche, Professor Paschetto, Chefredakteur der Theologischen Zeitschrift Bilanzio und Vertreter der italienischen Baptistenkirche, Professor Filippini, Vertreter der Wesleyanerkirche, Rev. Landels, Vorsitzender des Ortsausschusses des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen. Infolge ungünstiger politischer Nachrichten aus Italien hatten verschiedene eingeladene ausländische Kirchen in letzter Stunde von der Entsendung ihrer Vertreter sich abhalten lassen, aber telegraphische Grüße waren in großer Zahl eingelaufen: aus Schweden (D. Söderblom), Norwegen (Bischof D. Land), Dänemark (Bischof D. Ostenfeld), Finnland (Bischof D. Gammerus), Österreich (Präsident D. Haase) und Schweiz (Ev. Kirchenbund); ferner von den deutschen Schwestergemeinden Neapel, Mailand, Bergamo, Meran, Amsterdam, Kristiania und Helsingfors (letztere hatte außerdem durch Professor Rendtorff ein kostbares Schreibzeug für die Sakristei überreichen lassen).

So zeigte der harmonische Verlauf der Einweihungsfeier der deutschen evangelischen Kirche in Rom das erfreuliche Bild der Einigkeit des europäischen Protestantismus und brachte der Gemeinde aufs neue ihre nicht kleine und nicht leichte Aufgabe in der Hauptstadt des Papstes zum Bewußtsein.

Literatur

(außer den örtlichen Kirchenblättern).

- Die evangelische Diaspora, insbesondere des Auslanddeutschtums. Zeitschrift des Gustav-Adolf-Vereins, herausgeg. von Fr. Rendtorff und B. Geißler. Leipzig, J. C. Hinrichs.
- Der Auslanddeutsche. Halbmonatschrift für Auslanddeutschtum und Auslandkunde. Stuttgart, Deutsches Ausland-Institut (Neues Schloß).
- Volk und Heimat. Zeitschrift des Vereins für das Deutschtum im Ausland. Leipzig, Ph. Reclam jun.
- K. Schirmacher: Die Beknechteten (die reichsdeutsche Irredenta). Berlin 1922, Brunnenverlag K. Winkler.
- Der Kampf der evangelisch=unierten Gemeinden in Polen und ihre Freiheit. Berlin=Steglitz o. J., Ev. Preßverband.
- Fr. Just: Kreuzkirche. Bilder aus Geschichte und Leben der evangelischen Kirche des Posener Landes. Berlin 1922, E. Röttger.
- A. Eichler: Die Deutschen in Kongreßpolen. Berlin 1919, Verein für das Deutschtum im Ausland.
- Die evangelische Kirche Oberschlesiens. Evangelischer Preßverband für Schlesien, 1920.
- M. Brunau: Die evangelische Kirche in Oberschlesien und die Schreckenstage in Anhalt. Heft 5 der Volkschriften des Gustav-Adolf-Vereins. Leipzig 1921, Strauch.
- B. Geißler: Hammer und Amboß. Heft 2 der Volkschriften des Gustav-Adolf-Vereins. Leipzig, Strauch.
- D. Boß: Die oberschlesischen evangelischen Gemeinden im dritten polnischen Aufstand.
- Veröffentlichungen des Berliner Auswärtigen Amtes: Der dritte Aufstand in Oberschlesien, 1921. Das Martyrium der Deutschen in Oberschlesien.
- A. Köster: Der Kampf um Schleswig-Holstein. Berlin 1921, Verlag für Politik und Wirtschaft.
- Fr. Rendtorff: Deutsche Kirchweihe in Rom. Beiheft 5 der Zeitschrift „Die evangelische Diaspora“. Leipzig, Hinrichs.

Neuntes Kapitel.

Bereine.

Bearbeitet von Constantin Frick, Pastor zu Unser Lieben Frauen und
Vorsteher des Diakonissenhauses in Bremen.

(Abgeschlossen Mai 1923.)

1. Gustav-Adolf-Stiftung.

Geschäftsstelle des Zentralvorstandes: Leipzig, Weststr. 4.

Der Jahresbericht des Gustav-Adolf-Bereins für 1921/22, erstattet von Generalsekretär D. Geißler, steht unter dem Gesichtspunkt: „nur das unbedingt Notwendige darf jetzt unsere Arbeit sein“. Geißler führt dies nach fünf Gesichtspunkten aus:

1. Die reichsdeutschen Gemeinden vermögen sich selber zu helfen. Bauen können sie nicht, und ihre Gehälter fallen den Landeskirchen zur Last.

2. Die Auslands-Diaspora bedarf umsomehr der Hilfe, soweit sie Deutsch-Evangelische angeht. Und diese Hilfe wird durch die Gründung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes, der sie in amtliche Obhut genommen hat, wirksam unterstützt. Das Auslandshilfswerk des Gustav-Adolf-Bereins gleicht nun nicht mehr der am Boden schwankenden Rebe.

3. Die Arbeit an der Auslands-Diaspora hat eine eigenartige Verschiebung erfahren. Nicht mehr Einzelgemeinden, sondern sich neu bildende oder neu ordnende Kirchenkörper verlangen teils zur Schaffung und Instandsetzung ihres ganzen Verwaltungsbetriebes, teils zur Aufrechterhaltung ihrer zentralen Liebes- und Erziehungswerke die Hilfe des Vereins. Dadurch bedingt ist die Konzentration großer Beträge. Besonders wichtig geworden ist die Mithilfe zur rechten Ausbildung des Nachwuchses an Seelsorgern und Predigern. So konnte der Zentralvorstand 61 Studenten der Theologie helfen und ihnen zum Teil auch persönlich nahetreten.

4. Große Sorgen machte die Frage der Devisenbeschaffung für die Auslandsgemeinden. Manche Länder können mit deutscher Papiermark nichts mehr anfangen und doch mußte mit Geldmitteln geholfen werden. Die Schwedischen und die Schweizer Freunde, aber auch die Holländer und die Buren und andere fremdsprachigen Kirchen haben wirksam geholfen.

5. Die innere Vereinsarbeit erforderte erheblich erhöhte Zuschüsse, denn weder das Werben noch das Sammeln konnte aufgegeben werden.

Bedauerlicherweise hat der Zentralvorstand bewährten Angestellten gekündigt und auch auf die wertvolle Mitarbeit von Pfarrer Brunau, der in seine ostpreussische Heimat zurückkehrte, verzichtet, während die Hauptvereine in Hannover und Leipzig durch Neuanstellung von theologischen Berufsarbeitern das Interesse und die Opferwilligkeit für die Gustav-Adolf-Arbeit wesentlich steigern konnten.

Die Preß-Arbeit, insonderheit die Zeitschrift „Die Evangelische Diaspora“ konnte im großen und ganzen aufrecht erhalten werden. Aus dem reichen Inhalt dieser Zeitschrift seien hervorgehoben: der Reisebericht von Lic. Otto Dibelius über seinen Besuch bei der deutschen evangelischen Synode von Nord-Amerika, D. Rendtorffs Bericht über seine Reise nach Finnland, der glücklicherweise wieder neuangetretene „Rundgang durch die innerdeutschen Arbeitsfelder“ von Lic. Dr. Rietschel-Leipzig und wertvolle Artikel über die verschiedenen Kirchen des Auslandes. — Der Zentralvorstand hielt am 20. Mai seine Frühjahrsitzung in Leipzig. Dabei erfolgte die Verteilung des sog. Verteilungsdrittels in Höhe von 229 650 M. Wichtig war ferner der Beschluß, die Hilfe des Vereins vor allen den Diasporakirchen des Ostens zuzuwenden.

Die 68. Hauptversammlung fand vom 2.—4. Okt. in Erlangen statt. Begrüßungsgottesdienste und Schulfeiern eröffneten wie üblich das Fest. Im Festgottesdienst predigte Sup. D. Boß-Kattowitz. In der ersten Hauptversammlung gab der Vorsitzende D. Rendtorff einen umfassenden Überblick über die gewaltig gestiegene Diasporanot und ihre immer wichtigere und weitverzweigte Bekämpfung. D. Geißler gab den Jahresbericht, und als Vertreter der Diaspora sprachen Bischof D. Poelchau-Riga, Magister Roos-Helsingfors, Gen.-Sup. D. Blau-Posen, Sup. D. Boß-Kattowitz, Senior Stöckel-Wien, Stadtpfarrer Dr. Roth-Mühlbach in Siebenbürgen und andere mehr.

Bei den Vorträgen kirchlicher Musik unter der Leitung von Universitäts-Musikdirektor Prof. Schmidt wurde unter andern der „Heldengesang auf Gustav-Adolf“, von Erasmus Widmann (1633) und die Reger'sche Phantasie über „Ein feste Burg“ zum Vortrag gebracht. In der zweiten nichtöffentlichen Abgeordnetenversammlung wurde über die Vereinsfinanzen und das Zurücktreten der Inlands-Diaspora gegenüber der des Auslandes gesprochen. Dem neugegründeten Hauptverein Grenzmark wurde die nachgesuchte Anerkennung gewährt. Bei der Rundgebung auf dem Marktplatz der Stadt legte Stadtpfarrer Dorn im Namen der drei Erlanger evangelischen Gemeinden ein „frei-öffentliches Bekenntnis zur Glaubensnot der Brüder und zum Glaubenswerk des Gustav-Adolf-Vereins“ ab.

Die dritte nichtöffentliche Abgeordnetenversammlung brachte im Anschluß an einen Vortrag von D. Geißler eine Aussprache über die Lage der evangelischen Kirche in Rußland, die zweite öffentliche Hauptversammlung hatte als Mittelpunkt den Vortrag von Bischof D. Poelchau-Riga über den deutschen Protestantismus in den baltischen Ländern. — An Liebesgaben wurden vom Gustav-Adolf-Frauen-Verein Erlangen

außer den üblichen Sachspenden, eine halbe Million in bar und von Pfarrer Uhlig-Bremen die Gustav-Adolf-Kindergabe 1921 für die Konfirmandenanstalt Wolfskirch bei Lissa in Posen in Höhe von 175 547 M. überreicht. Für das gemeinsame Liebeswerk wurden das Diakonissenhaus in Danzig, der Kirchbau in Hermagor, Kärnten und der Kirchbau in Heusenstamm in Hessen bestimmt. Danzig siegte mit 267 Stimmen. Dem Vorschlag für das Jahr 1923, von einer Hauptversammlung abzugehen, wurde nicht zugestimmt, die Wahl des Ortes und der Zeit aber dem Zentralvorstand überlassen. Den Beschluß machte eine Feier in Nürnberg, wo zwei Haupt- und drei Abendversammlungen mit Predigten von Pfarrer D. Ernst-Stuttgart und Hofprediger D. Döhning stattfanden.

Besonderen Anteil nahm der Gustav-Adolf-Verein an der am 5. Nov. 1922 erfolgten Einweihung der deutschen evangelischen Kirche in Rom, bei der D. Rendtorff zugleich den Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß vertreten konnte.

2. Evangelischer Bund.

Hauptgeschäftsstelle: Berlin W 35, am Karlsbad 5.

Der Evangelische Bund hatte in der Gesamt- und Zentral-Vorstandssitzung im Dez. 1921 den Entschluß gefaßt, trotz der finanziellen Schwierigkeiten die Arbeit des Bundes zu erhalten und nach Kräften auszubauen. Er hatte ferner die Aufgaben besprochen, die der Bund im Kampf um Volkstum und evangelisches Christentum, auf dem Gebiet der Mischehepflege, auf Staats- und Schulpolitischem Gebiet hat und schließlich das neue Reichsgesetz über religiöse Kindererziehung erörtert. Leider hat die Bundesarbeit des Berichtsjahres aber sehr darunter gelitten, daß der geschäftsführende Vorsitzende Reichstagsabgeordneter D. Otto Everling am 1. Oktober sein Amt niederlegte, um sich mehr als bisher seinen parlamentarischen Aufgaben widmen zu können. Zehn Jahre ehrenamtlich als geschäftsführender Vorsitzender des rheinischen Hauptvereins und mehr als 16 Jahre hauptamtlich als geschäftsführender Vorsitzender des gesamten Evangelischen Bundes tätig, hat er sich um die Sache des Bundes unvergängliche Verdienste erworben und in schweren Zeiten die größten Erfolge erzielt. Sein Scheiden weckte weit über die Kreise des Bundes hinaus großes Bedauern. Und wir möchten mit vielen andern dem Wunsche Ausdruck geben, daß D. Everling in seiner parlamentarischen Stellung künftig auch weiterhin die Lebensinteressen des Bundes und des Protestantismus vertreten möchte. D. Everling bleibt im Zentralvorstand und behält auch den Vorsitz der Bundes-Schwesterschaft bei. Die Leitung des Bundes, das Präsidium, besteht z. Zt. aus folgenden Herren: 1. Vorsitzender Staatssekretär a. D. D. Visko-Berlin, 2. Vorsitzender Geh. Konj.-Rat D. Scholz-Berlin, Fabrikbesitzer Dr. Eberhard-Spechtshausen bei Eberswalde, Korvettenkapitän A. Evert-Berlin.

Die für den September geplante Generalversammlung in Kassel konnte nicht abgehalten werden, wohl aber haben die einzelnen Landes- und Hauptvereine große Versammlungen abgehalten, die zum Teil, wie

z. B. die 30. Provinzialversammlung des Hauptvereins Westfalen in Gelsenkirchen überwältigende Kundgebungen evangelischen Geistes und protestantischer Treue waren. Im übrigen läßt sich nicht verkennen, daß das Vereinsleben im allgemeinen einer Neuorganisation, Unregung und Durchblutung bedarf. Natürlich litt der Verein auch unter der Geldentwertung und der Schwierigkeit, die Geldmittel zu steigern. Die Zeitschrift „Der Evangelische Bund“ erschien im verminderten Umfang. Die Deutsch-Evangelische Korrespondenz tat weiter ihren wichtigen Dienst zur Aufklärung der Presse und der Parlamente.

An den großen evangelischen Feiern, der Lutherfeier in Wittenberg und der Einweihung der evangelischen Kirche in Rom am 5. November nahm der Bund lebhaften Anteil und bemühte sich, die großen Fragen der Kirchenpolitik wirksam zu Gunsten der evangelischen Kirche zu bearbeiten. Leider mußte das Halbmonatsblatt, die „Volkskirche“ eingehen. Die Wartburg, die Vorkämpferin für die Förderung der evangelischen Kirche in Österreich wird mit ihr verbunden als Deutsch-Evangel. Monatsschrift im Sämman-Verlag, Berlin weiter erscheinen. Eine wichtige Neuererscheinung ist die von G. O. Sleidan verfaßte Schrift „Gegenreformation im deutschen Volks- und Staatsleben von einst und jetzt“.

3. Hauptstelle für evangelisch-lutherische Diasporapflege.

(Verbündete lutherische Gotteskasten in Leipzig.)

Vorsitzender P. em. Dr. Ahner, Leipzig, Waldstr.

Schriftführer: P. Bang, Leipzig bei St. Nicolai.

Zweck: Unterstützung der lutherischen Diaspora.

In Österreich: Zuschüsse zu Pfarrgehältern, Stipendien an Studierende.

In der Tschecho-Slowakei: Zuschüsse an das deutsch-lutherische Schülerheim in Eger.

In Polen: Unterstützung der freikirchlichen lutherischen Gemeinden, Stipendien an Studenten.

In der Schweiz: Sammlung der Lutheraner. Pfarramt in Zürich.

In Rußland und Wolhynien: Erhaltung und Stärkung der lutherischen Diaspora. Verbreitung lutherischer Literatur in den östlichen Ländern.

In Deutschland: Unterstützung lutherischer Freikirchen in unierter Umgebung. Diaspora in Bayern.

In Brasilien: Unterstützung der evangelisch-lutherischen Synode von Santa Catharina, Parana u. a. Staaten, und ihren Pfarrstellen. Reisepredigt. (65 Gemeinden, 31 Predigtplätze, ca. 30 000 Seelen.)

Unterstützung der Evang.-Lutherischen Auswanderermission in Hamburg.

Dem Verband gehören an: 18 Vereine: Baden, Bayern, Braunschweig, Elsaß-Lothringen (Gesellschaft für Innere und Äußere Mission), Hamburg, Hannover, Hessen-Kassel, Lauenburg, Lippe (Hilfsverein), Mecklenburg, Oldenburg, Preußen, Reuß, Sachsen, Schleswig-Holstein, Stade (Lutherverein), Thüringen, Württemberg.

Der Vertretertag der verbündeten lutherischen Gotteskasten fand am 12. Sept. 1922 in Leipzig statt.

Den Vorsitz führte der inzwischen 70 Jahre alt gewordene, in der Gotteskastenarbeit über 40 Jahre tätige Pastor Dr. Ahner.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die im Anschluß an den Stuttgarter Deutschen Evangelischen Kirchentag vom Gesandten von Stieglitz angeregte Schaffung einer Zentralstelle der verbündeten lutherischen Gotteskasten. Die Begründung dieser Neuschaffung lag vor allen Dingen auch darin, daß der für 1923 geplante lutherische Weltkonvent ein Zentralorgan für Diasporapflege zu schaffen beabsichtigt, dem ein entsprechendes Organ der lutherischen Gotteskasten entsprechen muß. Außerdem wurde von der Gründung eine wirksamere Vertretung der Gotteskastensache gegenüber der Öffentlichkeit, wie gegenüber den Behörden und Organisationen erhofft. Die einzelnen Punkte der weiteren Verhandlungen betrafen besonders den Unterstützungsplan. Über Brasilien berichtete Pastor Schmidt. Es ist daselbst die Gründung eines lutherischen Lehrerseminars und in Verbindung mit der Firma Hacker eine kirchliche Siedelung geplant. Für dringend notwendig wurde die Entsendung lutherischer Schwestern in das Krankenhaus in Joinville erklärt. Die Studienbeihilfen der österreichischen Stipendienkasse wurden verdoppelt. Das lutherische Schülerheim in Eger hat mit größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Über die österreichischen Vikariate berichtete Dr. Ahner, über die lutherische Kirche in Polen Pastor Hainmüller, über die Schweiz Gesandter von Stieglitz. Über die Verbreitung lutherischer Literatur in der östlichen Diaspora wurde eingehend verhandelt.

Auf dem Gemeindeabend im Saal der Nicolaigemeinde berichtete Erz. von Stieglitz über die evangelisch-lutherische Sache in der Schweiz, D. Neu über die lutherische Kirche Amerikas, Pfarrer Wieger-Metz über den elsässischen lutherischen Gotteskasten, Pastor Hainmüller über die lutherische Freikirche in Preußen. Auf dem Vertretertag wurde dann ferner noch über die Diaspora in Bayern, Lippe und dem ehemaligen Österreich verhandelt. Das Verbandsblatt der lutherischen Gotteskasten soll, wenn möglich, in erweiterter Form erscheinen, da anzunehmen ist, daß durch die Neuorganisation die Vereinsarbeit nicht unwesentlich wachsen wird. Das Vereinsorgan enthält wichtige Artikel über die lutherische Diaspora und unter andern auch über die Jensen'schen Anstalten für Innere Mission in Breklum, die allgemeineres Interesse beanspruchen können. Zu dem neu gegründeten Deutschen Evangelischen Kirchenbund wird, wie verständlich, nicht gerade zuversichtliche Stellung genommen: „Wir und unsere Freunde gehören wohl ausnahmslos nicht zu denen, die ihn mit großer Begeisterung und überschwenglichen Hoffnungen begrüßt haben. Uns erscheint er als ein Hindernis zu dem Wege der ‚Einen lutherischen Bekenntniskirche‘.“

4. Reformierter Bund.

Geschäftsführer: Fabrikant Karl Engel, Freudenberg bei Siegen.

Der reformierte Bund veranstaltete am 11. und 12. Juni 1922 eine Tagung seines Moderaments in Gildehaus. Vom Kirchenrat der reformierten Gemeinde eingeladen, nahm außer den Moderaments-

mitgliedern eine Reihe von Gästen aus den reformierten Gemeinden der Nachbarschaft, sowie der Generalsekretär der Presbyterianischen Allianz Reverend D. D. J. R. Fleming-Wien an der Tagung teil. An die Vormittagsgottesdienste in Gildehaus und Umgebung schloß sich nachmittags eine Versammlung in der Kirche zu Gildehaus. Der Ortspastor Lic. Dr. Hollweg begrüßte und Reverend D. Fleming brachte den Gruß des Weltbundes der reformierten Kirche, der 1877 in Edinburg gegründet ist. Sein Hauptwunsch sei, Frieden zu bringen und vor allen Dingen auch dem Mitgefühl der Schottischen Kirche Ausdruck zu geben. Wir brauchen den Geist Johann Calvins und müssen seine Grundwahrheiten festhalten, die Calvin nicht für ein Zeitalter sondern für alle Zeiten aufgestellt und ausgesprochen hat, als da sind die Majestät und die freie Gnade Gottes, die Christokratie, die Herrschaft Christi über Kirche und Welt, die Predigt des reinen Evangeliums und die Freiheit des christlichen Volkes unter dem göttlichen Gesetz. Wir hoffen das Wertvolle an unserer Tradition und unseren Geist in die größere Kirche der Zukunft hinüberzuleiten. Der Vorsitzende, Professor D. Lang, betonte dem Wort des Vorredners über den sterbenden Kriegsgeist in England gegenüber: Davon merken wir noch zu wenig. Der Kriegsgeist stirbt erst dann, wenn der Friede von Versailles nicht mehr ist.

Pastor Kolfhaus-Blottho sprach über das Thema: „Unsere reformierte Art“; Pastor Lic. Hesse-Elberfeld, „welche Bedeutung unsere reformierte Art für die Gegenwart habe“. Das Schlußwort hatte Pastor Bode-Neuenhaus. Nach der Feier zeigte Pastor Bonn-Brandlecht das kürzlich ins Leben gerufene Kinderheim Hestrup, das in unmittelbarer Nähe der Kirche sein Heim gefunden hat. In der Abendversammlung berichtete Pastor Heilmann-Göttingen über die Errichtung der reformierten Professur und über das reformierte Studienhaus in Göttingen. Pastor Kolfhaus-Blottho erzählte von seiner Kollektenreise nach Holland zum Besten der reformierten Gemeinden im abgetrennten Posen, und den Schluß der Tagung bildete ein Vortrag von Professor D. Lang über den „Heidelberger Katechismus und seine Bedeutung für Kirche und Schule“ auf einer Konferenz in Bentheim.

Eine zweite Tagung des Moderamens fand am 7.—9. Oktober in Minden statt. Auch hier wieder Predigten in verschiedenen Gotteshäusern und in der Kirche in Minden eine nach reformierten Grundsätzen entworfene Feier, die in dem Hymnus der Gemeinde „Danket dem Herrn“ ihren kraft- und eindrucksvollen Höhepunkt fand. Bei der Nachmittagsversammlung sprach Pastor Lic. Hollweg-Gildehaus über die „presbyterianische Kirchenverfassung in Vergangenheit und Gegenwart“. Professor D. Lang sprach über „die drei Brenn- und Quellpunkte deutschen reformierten Forschens in der Vergangenheit (Straßburg, Heidelberg und Bremen)“ und schilderte dabei besonders die Bedeutung Bucers für die deutsche reformierte Kirche. Professor D. Goeters-Bonn berichtete über die Gestaltung des evangelischen Gottesdienstes nach reformierten Grundsätzen, schilderte seine geschichtliche Entwicklung und seine Einwirkung auf

die süddeutschen, lutherisch gerichteten Kirchen. In den Sitzungen des Moderaments kam vor allem der Übelstand zur Sprache, daß ganz reformierte Gemeinden lutherisch gerichtete Pastoren berufen haben, deren Einfluß auf den reformierten Charakter naturgemäß nicht von Segen sei. Die von Lic. Hesse in Elberfeld redigierte Reformierte Kirchenzeitung brachte gute Artikel über biblische Themata und orientierte eingehend über die Lage der reformierten Sache in- und außerhalb der deutschen Grenzen. Bei verschiedenen Tagesfragen, vor allen Dingen auch den Verfassungsfragen der deutschen Landeskirche nahm sie entschiedene Stellung im reformierten Sinne.

5. Bibelgesellschaften.

Die Bibel ist heute ganz oder teilweise in 713 Sprachen übersetzt (Evang.-lutherische Kirchenzeitung 1923 Nr. 2), die von ungefähr $\frac{7}{10}$ der Bewohner der Erde gesprochen werden. Übertragungen in chinesische Dialekte gibt es allein 32. In vielen Fällen wurde die betreffende Sprache bei diesem Anlaß erstmalig schriftlich fixiert, und damit der Sprachwissenschaft und der geschichtlichen Forschung ein unschätzbarer Dienst erwiesen. Zum Vergleich sei bemerkt, daß von den sonst verbreitetsten Büchern der Weltliteratur Homer in 30, Shakespeare in 35, Bunyans Pilgerreise in etwa 80 Sprachen übersetzt ist. Die Bibelgesellschaften hatten, wie alle mit dem Papier- und Druckgewerbe in Verbindung stehenden Zweige der Kultur mit ganz unglaublichen Schwierigkeiten zu kämpfen, aber es muß ihnen zur Ehre gesagt werden, daß sie zum Teil mit großem Geschick der Schwierigkeiten Herr geworden sind und daß sie, bewußt den Partikularismus beiseite stellend, auch Mittel und Wege zu gemeinsamem Vorgehen gefunden haben. Doch bleibt hier noch viel zu tun, wenn unser Volk und besonders unsere Jugend auch weiterhin mit Gottes Wort versorgt werden soll. Könnte nicht als Notbehelf ein Bibelauszug hergestellt werden? Die Verhandlungen in Hannover, in Karlsruhe und Bremen bedeuteten Marksteine nach dieser Richtung. Auf der Konferenz in Bremen wurde unter anderem der wichtige Beschluß gefaßt, eine verbesserte deutsche Lutherbibel zu schaffen, und das 400jährige Jubiläum des Luther-Testamentes in besonderer Weise zu feiern. Diese Jubiläumsfeier hat in wirksamster Weise in allen Teilen Deutschlands stattgefunden und die Lutherbibel und vor allen Dingen Luthers September-Testament hat nicht nur kirchliche, sondern auch literarhistorische Würdigung erfahren, voran nicht zum wenigsten durch die Deutsche Luthergesellschaft und die Vereine für Religiöse Kunst.

Am 17. und 18. September tagte der Ausschuß der Bibelgesellschaften in Stuttgart und diese Tagung war mit einer Bibeljubiläumsfeier verbunden. Prälat D. Schmitthenner-Karlsruhe hielt Festpredigt und Kindergottesdienst in der Stiftskirche. Bei der Gemeindefeier am Abend sprachen Stiftsprediger Groß und Inspektor Luz aus Stuttgart, Superintendent D. Zwegnert-Pirna, Großkaufmann Schlunk-Bremen und General-

Superintendent D. Kessler-Berlin. Mittelpunkt der Verhandlung war ein Vortrag von D. Risch-Landau „Das Ausreifen des Neuen Testaments unter Luthers Hand“. In dem Bericht der Bibel-Revisionsgesellschaft, zu dem Professor D. Herrmann Erläuterungen der Übersetzungsgrundsätze gab, konnte mitgeteilt werden, daß der deutsch-evangelische Kirchenauschuß seine Mithilfe zugesagt hat. Die neue Bibelbearbeitung, deren Vollendung noch eine geraume Zeit erfordern wird, wird dem Kirchenauschuß vorgelegt und darauf abschließend bearbeitet werden. Für die neue Konferenz möchten wir dem dringenden Wünsche noch einmal Ausdruck geben, daß die Herstellungsgemeinschaft der Bibelgesellschaften, die übrigens schon 1886 von dem Vorsitzenden der Bergischen Bibelgesellschaft Friedenhaus angeregt wurde, zum Ziel kommen, und daß auch möglichste Einheitlichkeit über die Regelung der Doppelausgaben erzielt würde, um das so dringend notwendige Werk der Bibelverbreitung noch anders als bisher zu fördern.

Sehr beachtenswert ist übrigens auch die zunehmende Bibelverbreitung in der katholischen Kirche; sind doch während der Kriegsjahre durch katholische Verlagsbuchhandlungen hergestellt und verbreitet worden 10500 Bibeln, 96485 Neue Testamente, 1396318 Bibelteile, zusammen 1503303 Heilige Schriften. Von sämtlichen Bibelgesellschaften und Verlagsbuchhandlungen, einschließlich der katholischen, sind in den vier Kriegsjahren 1914—1918 verbreitet worden: 23400 Bibeln, 4852639 Neue Testamente, 3605918 Bibelteile, zusammen 6246133 heilige Schriften. Den eingehendsten Bericht über die Arbeit der letzten Jahre hat wie immer die Privilegierte Bibelanstalt in Württemberg erstattet. Aus dem Jahr 1919 konnte sie berichten, daß sie mit Beginn des Jahres mit etwa 120 Angestellten den Friedensstand ihres Personals erreicht hatte. Die Vergrößerung der Betriebe durch Herstellung von Neubauten mußte verschoben werden, aber die Lagerräume wurden vermehrt und Maschinen neu eingestellt, um vor allen Dingen auch den Aufträgen anderer Bibelgesellschaften genügen zu können. Besonders hoch war der Bedarf an Traubibeln. Von ihnen konnten 12000 Exemplare ausgegeben werden. Für die Versorgung der Truppen wurde nach Kriegsschluß für den Grenzschuß Ost und für die Durchgangslager gesorgt. Für die Blinden wurde neu hergestellt das Bibelbüchlein „Lebensweisheit aus den Sprüchen und dem Prediger“ und „Spruchweisheit aus alter Zeit“. Für die Heidenmission wurde das Neue Testament in der Dualsprache gedruckt, und im allgemeinen einige während der Kriegsjahre vergriffene Ausgaben neu aufgelegt. Die 10 Pfennigbüchlein mit ausgewählten Bibelworten, besonders die mit Bildern von Rudolf Schäfer geschmückten, waren weit verbreitet. Die Jubiläumsbibel mit Erklärungen und die 14. Auflage für die Miniaturbibel von Schlachter wurden neu ausgegeben. Das Verlagskontor des Gesangbuchs für die evangelische Kirche Württembergs brachte 70000 Gesangbücher zum Versand.

Gesamteinnahmen von 934 056 M. standen Gesamtausgaben von 934 056 M. gegenüber.

Der Bericht des Jahres 1920 erwähnt starke Betriebschwierigkeiten durch Herabminderung der Zufuhr des elektrischen Kraftstromes. Nur durch die Einführung von Nachtarbeit in Nachtschichten und die Verbesserung der technischen Einrichtungen gelang es, die Betriebschwierigkeiten zu überwinden.

Es herrschte starke Nachfrage nach Bibeln und Bibelteilen. Die Miniaturbibel wurde in 15. Auflage in 10 000 Exemplaren ausgegeben. Die 5. Auflage der Jubiläumsbibel war in wenigen Monaten abgesetzt, so daß die 6. in Angriff genommen werden konnte. Bibelbüchlein, Neue Testamente und Traubibeln wurden rege begehrt. Vom Nestleschen griechischen Neuen Testament wurde die 11. Auflage ausgegeben. Die „Bibel für die Hausandacht“ in drei Jahrgängen wurde fast ganz abgesetzt. Ein neues „Tägliches Andachtsbuch“ als Auszug der genannten „Bibel für die Hausandacht“ wurde in Arbeit genommen, um vor allen Dingen auch die Freude an der Hausandacht wieder zu stärken nach dem Worte Schleiermachers: „Ohne Hausandacht keine Hauszucht“. Die Blindenbibelteile wurden neu ausgegeben. Sie sollen in Zukunft, da in den Blindenanstalten nur noch in Blindenkurzschrift unterrichtet wird, in Blindenkurzschrift ausgegeben werden. Es wurden ausgegeben Vollbibeln 200 476, Neue Testamente 263 928, Bibelteile 139 829, zusammen 604 233 gegen 618 893 im Vorjahr. Im Vergleich mit früheren Zeiten, etwa mit 1915, scheint der Gesamtabsatz bedeutend zurückgegangen zu sein, aber 1915 wurde 1 Million kleiner Bibelbüchlein ins Feld gesandt. Dagegen ist der Absatz von Vollbibeln um fast 44 000 Exemplare höher als im Vorjahr und um 56 000 gegen 1918.

Die Beziehungen zum Ausland, besonders nach Amerika, wurden wieder aufgenommen. Nach Kamerun ging das Duala-Neue Testament durch Vermittlung der Pariser Mission. Der Gesangbuchversand belief sich wiederum auf 70 000. In dem Verwaltungsrat trat durch den Tod von Prälat D. von Römer eine tief einschneidende Veränderung ein. Seit 1911 an der Spitze des Verwaltungsrats stehend, war er mit dem großen Aufschwung der Bibelanstalt auf das Innigste verknüpft. An seine Stelle trat Stiftsprediger Groß. Dem Geschäftssekretär Herrn Böchner wurde in verdienter Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Bibelanstalt der Titel Direktor verliehen. Wertvolle Mitarbeit leisteten die Bibelagenten und die Bibelboten, von denen einer, Martin Glog, aus diesem Leben abgerufen wurde. Den Gesamteinnahmen von 2 400 049 M. stand eine Gesamtausgabe von 2 399 561 gegenüber.

Der Bericht über das Jahr 1921 nimmt zunächst auf die infolge der Teuerung notwendigerweise erheblich gesteigerten Bibelpreise Bezug. Auch bei dieser Steigerung kann die Bibel noch als das billigste Buch bezeichnet werden. Ein hervorragend gutes Verhältnis aller Mitarbeiter zu einander und dauernd verbesserte Betriebseinrichtungen haben der Bibelanstalt es ermöglicht, die Verbreitungszahl trotz aller Schwierigkeiten

Gesamt-Bibelverbreitung in Deutschland im Jahre 1920.

Name der Gesellschaft	Bibeln	N. T.	Teile	Summa 1920	Summa 1919
1. Priv. Württ. Bibelanstalt, Stuttgart, Gesamtabsatz 494626 Expl., davon an hier aufgeführte Gesellsch. und nach dem Auslande geliefert: 69467 B., 67145 N. T., 41511 Bibelteile, mithin	128464	100757	87282	316503	365427
2. Preuß. Hauptbibelgesellschaft, Berlin	46934	38208	2197	87339	129405
3. Bergische Bibelgesellschaft, Elberfeld	37925	27853	12626	78404	80402
4. Sächsische Hauptbibelges., Dresden	14035	12546	172	26753	35881
5. von Cansteinsche Bibelanst., Halle S.	8984	2308	—	11292	13704
6. Badische Landesbibelges., Karlsruhe	7091	7722	7001	21814	22745
7. Zentral-Bibelverein, Nürnberg	4449	6995	12132	23576	34282
8. Bremische Bibelgesellschaft, Bremen	2143	31	—	2174	3971
9. Hann. Bibelgesellschaft, Hannover	5113	864	—	5977	5274
10. Schesw.-Holst. Bibelges., Hamburg-Altonaer Bibelges. usw., sowie Buchhändlerverleger, annähernd	4000	12000	24000	40000	54000
11. R. Brochhaus, Elberfeld, Gesamtabs. 13188 Expl., davon an hier aufgef. Gesellschaften 117 Bibeln, mithin	8218	1946	2907	13071	19088
12. Kath. Verlags-Buchhandlungen	3500	21500	75000	100000	115000
13. Brit. und Ausländische Bibelgesellschaft (Berlin), Gesamtabsatz 93046, davon an hier aufgeführte Gesellschaften 1649 Bibeln, 58 N. T., 8 Bibelteile, mithin	43230	37466	10635	91331	141918
1920 Gesamtbibelverbreitung	314086	270196	233952	818234	
1919	353603	341324	326170		1021097
Verbr. auf 1000 der Bevölkerung				13 $\frac{1}{2}$	15

auf guter Höhe zu erhalten. Es wurden verbreitet 191224 Vollbibeln, 146235 Neue Testamente, 149187 Bibelteile, zusammen 486646 Schriften. Die Beziehungen nach dem Ausland erweiterten sich noch erheblich. Für die Liebenzeller Mission wurde das Evangelium Markus in der Nguor-Sprache hergestellt. Auffallend war das zunehmende Verlangen nach Vollbibeln und die geringe Nachfrage nach Neuen Testamenten, vielleicht aus dem Grunde, weil der auch für das Neue Testament verhältnismäßig hohe Preis manche Bibelleser veranlaßte, sich gleich eine ganze Bibel anzuschaffen. Die Blindenbibel wurde auf Anregen der „Gesellschaft für Christliches Leben unter den deutschen Blinden“ in Form der Jubiläumsbibel mit Erklärungen in Angriff genommen. Die „Täglichen Andachten aus der Heiligen Schrift“ fanden in wenigen Monaten weiteste Verbreitung. Weitere Fortschritte wurden durch Neuerwerbungen und Verlagsübernahmen erzielt. Aus dem Verlag von J. C. Hinrichs-Leipzig wurde die hebräische Bibel von D. Rudolf Kittel übernommen als Seitenstück zu dem Nestle'schen griechischen Neuen Testament, von dem die griechisch-deutsche und die griechisch-lateinische Ausgabe in neuer Auflage erschienen. Durch Zuwendungen der Vereinigung von Förderern und

Gesamt-Bibelverbreitung in Deutschland im Jahre 1921.

Name der Gesellschaft	Bibeln	N. L.	Teile	Summa 1921	Summa 1920
1. Priv. Württ. Bibelanstalt, Stuttgart, Gesamtabsatz 581 314 Expl., davon an hier aufgeführte Gesellsch. und nach dem Auslande geliefert: 80 556 B., 78 400 N. L., 52 277 Bibelteile, mithin	111 704	119 851	138 526	370 081	316 503
2. Preuß. Hauptbibelgesellsch., Berlin	32 852	59 109	80 25	99 986	87 339
3. Berg. Bibelgesellschaft, Elberfeld	37 673	29 010	27 009	93 692	78 404
4. Sächsische Hauptbibelges., Dresden	14 298	10 246	—	24 544	26 753
5. von Canstein'sche Bibelanst., Halle S.	24 220	6 661	—	30 881	11 292
6. Badische Landesbibelges., Karlsruhe	7 084	6 024	10 795	23 903	21 814
7. Zentral-Bibelverein, Nürnberg	3 551	5 205	10 81	9 837	23 576
8. Bremische Bibelgesellsch., Bremen	4 504	12	18	4 534	2 174
9. Hann. Bibelgesellsch., Hannover	3 865	5 21	—	4 386	5 977
10. Schlesw.-Holst. Bibelges., Hamburg= Altonaer Bibelges. usw., sowie Buch= händlerverleger, annähernd	3 500	12 000	18 000	33 500	40 000
11. R. Brockhaus, Elberfeld, Gesamtabs. 13 188 Expl., davon an hier aufgef. Gesellsch. 103 B., 1 N. L., mithin	11 457	19 51	24 45	15 853	13 071
12. Kath. Verlags-Buchhandlungen	5 000	59 000	176 000	240 000	100 000
13. Brit. und Ausländische Bibelgesellsch. (Berlin), Gesamtabsatz 79 124, davon an hier aufgeführte Gesellschaften 2448 Bibeln, 1215 N. L., 117 Bibel= teile, mithin	24 260	36 886	14 198	75 344	91 331
1921 Gesamtbibelverbreitung	283 968	346 476	396 097	102 6541	
1920	314 086	270 196	233 952		818 234
Verbr. auf 1000 der Bevölkerung				17	13 ¹ / ₂

Freunden der Universität Leipzig, sowie der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften konnte die hebräische Bibel den jungen Theologen sehr billig überlassen werden. Ebenso wurde das Neue Testament in der Übersetzung von Menge übernommen, und wegen Übernahme des Alten Testaments vom gleichen Übersetzer Verhandlungen angeknüpft. Von der Septuaginta-Ausgabe in der Bearbeitung von D. Rahlfs wurde das Buch Ruth in Druck gegeben. Das Neue Testament von Wiese erscheint in 4. Auflage. Die Jubiläumsbibel mit Erklärungen fand in einer Reihe von Strafanstalten Eingang. Von Gesangbüchern wurden 50 000 abgesetzt. Gesamteinnahmen von 5 104 000 M. standen Ausgaben von 5 105 000 gegenüber.

Die Preussische Hauptbibelgesellschaft (Geschäftsstelle Berlin C, Klosterstraße 65/66) war in ihrer Arbeit im Jahr 1922 sehr behindert. Neues konnte nicht begonnen werden. Aber es wurde mit dem Druck und der Verbreitung der bestehenden Ausgaben fortgefahren. Die Bibelgesellschaft beklagt vor allen Dingen, daß den Kindern in Schule und Konfirmandenunterricht die nötigen Bibeln fehlen, und daß es ihr trotz aller Aufrufe nicht gelungen ist, die Mittel zur Verbilligung der

Gesamt-Bibelverbreitung in Deutschland im Jahre 1922.

Name der Gesellschaft	Bibeln	N. T.	Teile	Summa 1922	Summa 1921
1. Priv. Württ. Bibelanstalt, Stuttgart, Gesamtabsatz 595 977 Expl., davon an hier aufgeführte Gesellsch. und nach dem Auslande geliefert: 66 504 B., 72 560 N. T., 48 908 Bibelteile mithin	116469	121310	170226	408005	370081
2. Preuß. Hauptbibelgesellschaft, Berlin, Gesamtabsatz 101 729 Expl., davon an hier aufgeführte Bibelgesellschaften 372 Bibeln, mithin	49336	38297	13724	101357	99986
3. Bergische Bibelgesellschaft, Elberfeld	36979	40249	28772	106000	93692
4. Sächsische Hauptbibelges., Dresden	14645	15487	—	30132	24544
5. von Cansteinsche Bibelanst., Halle S.	23128	833	—	23961	30881
6. Badische Landesbibelges., Karlsruhe	7317	11205	6617	25139	23903
7. Zentral-Bibelverein, Nürnberg	3420	6416	735	10571	9837
8. Bremische Bibelges., Hannoversche Bibelgesellschaft, Schlesw.-Holstein. Bibelges., Hamburg-Altonaer Bibelgesellschaft. usw. sowie Buchhändlerverleger, annähernd	10000	16000	20000	46000	42420
9. R. Brockhaus, Elberfeld, Gesamtabs. 15 800 Expl., davon an hier aufgef. Gesellsch. 104 Bibeln, mithin	15361	335	—	15696	15853
10. Kath. Verlags-Buchhandlungen	4000	32000	400000	436000	240000
11. Brit. und Ausländische Bibelgesellschaft. (Berlin), Gesamtabsatz 184 459, davon an hier aufgeführte Gesellschaften 629 Bibeln, 201 N. T., 160 Bibelteile, mithin	72921	78956	31592	183469	75344
1922 Gesamt-Bibelverbreitung	353576	361088	671666	1386330	
1921	283968	270196	233952		1026541
Verbr. auf 1000 der Bevölkerung				23	17

Bibeln zu gewinnen. Wenn aber 1 558 873 M. Einnahmen 1 534 111 M. Ausgaben gegenüberstehen, so scheint die Bibelgesellschaft immerhin einen nicht unbedeutlichen Absatz gehabt zu haben.

Der Beschluß, Bibelausgaben in kleinem Format auf dünnem Florpapier drucken zu lassen, war zu begrüßen, da gerade nach solchen Ausgaben ein starkes Bedürfnis besteht, und es uns auch nicht unwahrscheinlich erscheint, daß gerade für diese Ausgaben nicht unerhebliche Preise gezahlt werden.

Zum Sekretär der Gesellschaft wurde Superintendent Brandin erwählt, an Stelle des am 8. Juli heimgegangenen Pastor Reinhard Mettin, der nach nur vierjähriger Arbeit abgerufen wurde. Stellvertreter wurde Pastor Beutel. —

Die Sächsische Bibelgesellschaft bedauert, daß das Schlußtestament vergriffen ist und daß sie ihre Arbeit im wesentlichen auf die Bibelverbreitung im engeren Vaterland beschränken muß.

Die Bremer Bibelgesellschaft ist mutig an die Neu-Herausgabe der Bremer Schulbibel gegangen und hat gerade den rechten Zeitpunkt für die Neuauflage erfaßt.

Die Bergische Bibelgesellschaft berichtet aus dem Jahr 1920 von erfreulicher Tätigkeit des Bibelboten in Waldeck und Wittgenstein. Sie verbreitete 37925 Bibeln, 27853 Neue Testamente und 12626 Bibelteile in ihrem Absatzgebiet Rheinland und Westfalen. Darunter waren 1000 Nama-Testamente und 1754 Ovambo-Evangelienbücher. Im Jahre 1921 verbreitete sie 93692 Stück Heilige Schriften und zwar 37673 Bibeln, 29010 Neue Testamente und 2709 Bibelteile. Der Absatz steht unter dem Zeichen des Warenmangels, d. h. es konnte der Nachfrage an Bibeln nicht genügt werden, die Auflagen waren schnell vergriffen, und das Kapital zu neuen Drucken fehlte. Immerhin hat die Gesellschaft eine Neuauflage der vier Evangelien in der Ovambosprache bei der Firma C. Bertelsmann in Gütersloh bestellt.

Die von Cansteinsche Bibelanstalt in Halle verkaufte 1922 19570 Bibeln mit revidiertem Text, 1773 Neue Testamente. An Bibeln mit altem Text wurden 3558 und an Neuen Testamenten 60 Stück verkauft. Der Absatz hat sich im allgemeinen gehoben, und die Summe war trotz der Einführung des Schlüsselsystems für den Buchhandel bedeutend höher.

6. Vereine für religiöse Kunst.

Wie die Kunst überhaupt, so haben auch die Vereine für religiöse Kunst schwere Zeiten durchzumachen. Der sächsische und der bayrische Verein haben ihre Tätigkeit auf ein Mindestmaß einschränken müssen. Der Sächsische, dessen Geschäftsstelle nach wie vor in Dresden, Lüttichaustraße 1 ist, konnte bei einer Reihe von Kirchenerneuerungen, bei neuen Gottesackeranlagen, bei Bauten von Gottesackerhallen und kirchlichen Gemeindehäusern, bei Orgelherstellungen und Kriegererehrungen helfen.

Der Berliner Verein für religiöse Kunst in der evangelischen Kirche (Geschäftsstelle Berlin W 66 Wilhelmstr. 90) machte aber entschiedene Fortschritte trotz aller äußeren Schwierigkeiten. Ihm gelang es, am 9. Dez. 1921 eine Berliner Ortsgruppe zu gründen. Bei der Gründungsversammlung waren vom Kultusministerium Geh. Rat Dr. Wähold und der Landes-Konservator Ministerialrat Hieke anwesend. Am 12. Jan. 1922 fand, leider schwach besucht, die erste öffentliche Versammlung statt. Der rührige Schriftleiter Pfarrer Köhrig, Potsdam sprach über „Kirche und Kunst“ und verlangte Synodal-Vertreter für kirchliche Kunst und Prüfung der Kandidaten in diesem Fach. In dem ersten Wunsch wurde er von Oberhofprediger D. v. Dryander warm unterstützt. Der Reichskunstwart Dr. Redslob hat um kirchliches Interesse für die Handwerkskunst. Die Regierungsvertreter forderten praktisches Zusammenarbeiten mit den staatlichen Beratungsstellen. In der Ver-

sammlung am 9. Februar in der Universität sprach Prof. Hofäus unter reger Teilnahme über Kriegerehrungen in Kirchen.

Eine bedeutsame Tagung der Vereine für kirchliche Kunst und evangelische Kirchenmusik fand im Sommer in Stendal statt. Von dem kunstsinnigen Sup. Alberts, dem feinen Kenner der altmärkischen Kunst, geleitet, bestand sie, außer in Führungen durch die alten Stendaler Kirchen, in einem Festgottesdienst im Dom mit Festpredigt von General-Sup. Stolte, einer musikalischen Abendfeier im Dom, unter Leitung von Domorganist Wapenhensch, bei der die protestantischen Meister des 16. und 17. Jahrhunderts zu Worte kamen, und mancherlei Versammlungen. In diesem würdigte Gen.-Sup. D. Schöttler Meister Steinhäusen, vor allen Dingen nach seinem inneren religiösen Wesen, Seminarmusiklehrer Emilius behandelte die Frage: Wie gelangen wir in der evangelischen Kirche zu einem festen Stamm von nach Wort und Weise einheitlichen Chorälen?

Seiner These, die hymnologische Mainlinie werde nie verschwinden, wurde aus der Versammlung lebhaft widersprochen. Baurat Seidel-Stendal sprach über die Frage: Welche Aufgaben sind dem evangelischen Kirchbau in der Gegenwart gestellt?, im besonderen: Wie erhalten wir in unserer armen Zeit die von unsern Vätern überlieferten Baudenkmäler und ihre Kunstschätze?

In der Pfingstwoche fand in Danzig ein Lehrgang über evangelisch-kirchliche Kunst statt. Geh. Rat. Prof. Dr. Matthäi behandelte die Entwicklung der kirchlichen Malerei bis in die Neuzeit. Prof. Dr. Ernst Petersen sprach über die kirchliche Baukunst und beantwortete die Frage „Was soll und muß der evangelische Pfarrer wissen und tun, um der deutschen Kirchbaukunst förderlich zu sein und ihr nicht zu schaden?“ General-Superint. Dr. D. Kalweit behandelte die Verwendung der Musik im Gotteshaus und Prof. Fischer sprach über den künstlerischen Wert unserer Backsteinbauten. Pfarrer Schwandt und Prof. Dr. Petersen sprachen über Friedhofskunst und Friedhofspflege. Petersen verlangte in den Friedhofsordnungen auch Bestimmungen über Friedhofskunst und Friedhofspflege. Pfarrer Schwandt betonte, daß die Liebe zu den Friedhöfen ein deutscher, von den Ausländern nicht verstandener Zug sei. Schließlich sprach Prof. Petersen unter Vorführung von Lichtbildern über das kirchliche Kunsthandwerk. Führungen durch St. Marien und die Dorfkirche von Trutenau, sowie eine Ausstellung liturgischer Handschriften und Frühdrucke in der Stadtbibliothek, erläutert durch Bibliotheksdirektor Dr. Schwarz ergänzten die Vorträge wirksam und lebendig. — Auf der Kreisynode Soest wurde auf Antrag von Pfarrer Dr. Girkon ein Ausschuß zur Pflege der kirchlichen Kunst gegründet.

Die Zeitschrift „Die religiöse Kunst“ behandelte u. a. Leben und Wirken von Prof. Dr. Rudolf Stang, von Eugen Burnand und brachte auch einen beachtenswerten Aufsatz über die als Notkirche gedachte sog. Sternkirche von Otto Bartning. Bei dieser ist durch logische Anordnung und neue Konstruktionsmethoden eine Ersparnis von gut ein Drittel des üblichen umbauten Raumes und damit der Kosten erzielt. Der Bau,

streng zentral, zeigt in seiner Mitte Altar und Kanzel in ganz neuer Anordnung, um die auf der einen Seite die Sitzreihen der Predigtkirche, auf der andern in einem erhöhten Abschnitt, die Feierkirche liegt.

Im Juli und August fand in Stuttgart eine Ausstellung für Kirchengeräte und Kirchenschmuck statt, die von der evangelischen und katholischen Kirche, sowie auch aus israelitischen Kreisen reich beschickt, alles zeigte, was auf dem Gebiet religiöser Kunst und kirchlicher Gebrauchsgegenstände zur Zeit hergestellt wird.

Der Evangelische Kirchengesangverein für Deutschland

(Vorsitzender Geheimrat Professor D. D. Floering-Darmstadt) mußte leider sein Vereinsorgan, das Korrespondenzblatt eingehen lassen. Seine letzte Tagung hielt er am 10. und 11. Mai 1921 in Mannheim.

7. Verband Deutsch-Evangelischer Pfarrervereine.

Vorsitz: Präses Superintendent D. Kockelcke-Schwelm. Kassensführer Kirchenrat D. Arper-Eisenach. Schriftführer Pfarrer Kopp-Ruhlsdorf bei Pritzwalk. Stellvertretender Vorsitzender Stadtpfarrer Schnizer-Bad Mergentheim und sieben Beisitzer. Ehrenvorsitzender Dekan D. Deißmann-Cubach.

Zeitschrift: Deutsches Pfarrerrblatt des Verbandes der evangelischen Pfarrer, erscheint monatlich. Herausgeber Pfarrer Kopp-Ruhlsdorf bei Pritzwalk. Rund 15 000 Mitglieder.

Bereinigung Preußischer Pfarrervereine.

Vorsitz: Superintendent D. Dr. Schäfer-Kemscheid.

Ehrenvorsitz: Superintendent D. Pasche-Dieskau.

Kassensführer: Pfarrer Meyer-Berlin.

Schriftführer: Pfarrer Linzel-Kriegstedt.

Umfaßt die Pfarrervereine: Berlin (350), Brandenburg (950), Frankfurt (54), Hannover (lutherisch 1050), Hannover (reformiert 119), Kassel (508), Nassau (270), Ostpreußen (441), Pommern (661), Rheinprovinz (608), Sachsen (1378), Schleswig-Holstein (390), Westfalen (673), Schlesien (945), Grenzmark Posen-Westpreußen (60).

Nichtpreußische Pfarrervereine:

Pfarrerverein Baden (543), Anhalt (159), Gotha (79), Hamburg (83), Hessen (375), Lübeck (15), Mecklenburg-Schwerin (292), Mecklenburg-Strelitz (64), Oldenburg (90), Pfalz (264), Reuß j. Linie (54), Reuß ä. Linie (32), Sachsen (1500), Schwarzburg-Rudolstadt (59), Schwarzburg-Sondershausen (62), Waldeck (48), Weimar (232), Schaumburg (21), Württemberg (1080).

Die einzelnen Pfarrervereine haben Wohlfahrtseinrichtungen: Unterstützungskassen für Witwen und Töchter, Kranken- und Sterbekassen, auch Heime für ältere Pfarrertöchter. Alumnate. Der Verband hat eine Pfarrhaus-Nothilfe gegründet. Von Blättern der Einzelvereine erscheinen 3. Zt. Hessisches Kirchenblatt. Württembergisches Kirchenblatt, Mitteilungen des Pfarrervereins Sachsen.

Der Verband hat jährlich im September den deutschen Pfarrertag mit Abg.-Versammlung.

Der deutsche Pfarrertag fand am 25.—27. September in Leipzig statt. Aus allen Teilen Deutschlands zahlreich beschickt, wurde die Tagung mit einem Gottesdienst in der Thomaskirche eröffnet, bei dem Generalsuperintendent D. Schöttler-Magdeburg die Festpredigt hielt. Bei den Verhandlungen in der Universitätsaula hielt der Präses D. Kockelcke-

Schwelm die Eröffnungsansprache mit dem Hinweis auf die nationale, soziale und religiös-sittliche Not des deutschen Volkes und betonte dabei, daß diese letztere dem Pfarrerstand, der sich in Liebe zu Volk und Vaterland von niemand übertreffen lasse, besonders bewußt sei. Der Rektor der Universität Professor Dr. Heinze brachte den Gruß der Universität, der Dekan der theologischen Fakultät, Professor D. Haas verkündete die Ernennung von Kirchenrat Siebenhaar und Oberkonsistorialrat Dr. Koelhsch zu Doktoren der Theologie. Den Hauptvortrag hielt Geheimrat Professor D. Rendtorff-Leipzig über die Stellung des Pfarrers zu den geistigen Strömungen der Gegenwart. Er betonte, daß der Pfarrer mitten im modernen Geistesleben stehen müsse, daß er dieses aber immer im Lichte des unvergänglichen Evangeliums beurteilen müsse, wenn er zeit- und ewigkeitsgemäß leben und wirken wolle. Der Nachmittag brachte Führungen durch die deutsche Bücherei und die mit ihr verbundene Zentralstelle für Familienforschung, sowie ein Konzert des Röhlig-Quartetts in der Kuppel des Völkerschlachtdenkmals. Den Abend füllte ein liturgischer Gottesdienst in der Universitäts- oder St. Pauli-Kirche aus. Pfarrer Lic. Dietrich hielt eine kurze Ansprache über das Wort: „Daß sie alle eines seien“. Als Liturg fungierte Pastor Zeuschner, und der Universitätschor unter Professor Hoffmann bestritt den musikalischen Teil. Der erste Teil des Gottesdienstes war der Wortverkündigung, der zweite der Anbetung gewidmet, und den Höhepunkt bildete die einige Minuten währende schweigende Anbetung, während die Betglocke läutete. In der Abendversammlung berichtete Professor Dr. Woerner über die Helfersache in Leipzig.

Die mit einer Morgenandacht von Pfarrer Frölich-Leipzig eröffnete Abgeordnetenversammlung erledigte die üblichen Verwaltungsgeschäfte, brachte Entschließungen gegen die kirchenfeindlichen Maßnahmen der mitteldeutschen Regierungen und behandelte u. a. die Hilfe der Landpfarrer für die Stadtpfarrer durch Überlassung von Garten- und Felderträgen, die Gründung einer freiwilligen Krankenkasse, Stellung zum Reichsbund der höheren Beamten, die Erleichterung für den Übertritt von Geistlichen aus einer Landeskirche in die andere und gipfelte schließlich in dem Vortrag von Reichswart Lic. Stange über das Thema: Seelsorge an werdenden Seelsorgern. Den Schluß bildete eine Feier beim Gustav-Adolf-Denkmal in Lützen, bei dem außer Geheimrat D. Rendtorff Universitäts-Kanzler Kroneborg aus Stockholm und Legationsprediger Sebardt sprachen.

8. Luthergesellschaft.

Die Luthergesellschaft ist am 26. September 1918 in Wittenberg gegründet. Sie geht zurück auf eine Anregung von Professor Dr. Rudolf Gucken-Jena, die er bei einem Vortrag im Reformationsjubiläum in Wittenberg aussprach und im Kunstwart der breiteren Öffentlichkeit weitergab. In Wittenberg bildete sich ein Ausschuß, der die Gründung

vorbereitete. Ein einladender Aufruf fand binnen kurzem die Unterschrift von 260 bekannten Persönlichkeiten aus ganz Deutschland und zwei Vertretern des neutralen Auslands. Die meisten Gelehrten auf dem Gebiete der Reformationsforschung waren darunter, und neben den Theologen auch Vertreter aller Fakultäten und Stände.

Die Gründung wurde in der Aula des Melanchthon-Gymnasiums vollzogen. Der Vorsitzende des vorbereitenden Ausschusses Superintendent D. Orthmann eröffnete die Sitzung, und nach Begrüßung durch den Oberbürgermeister Dr. Schirmer und den Merseburger Regierungspräsidenten D. von Gersdorff hielt der Greifswalder Oberbibliothekar und Lutherforscher Professor D. Dr. Luther über die Bedeutung Martin Luthers für seine und unsere Zeit den Festvortrag über D. Martin Luther. In der geschäftlichen Sitzung überbrachte der Schriftführer Pfarrer Knolle Rudolf Euckens Grüße, die als Flugblatt unter dem Titel „Warum bedürfen wir einer Luthergesellschaft“ erschienen sind. Es lag die Anmeldung von 400 Mitgliedern aus allen Landen vor, und es wurde Mitteilung davon gemacht, daß sowohl dem Verein für Reformationsgeschichte, wie dem Archiv für Reformationsgeschichte gegenüber schiedlich-friedliches Benehmen beabsichtigt sei. In den Vorstand traten ein als 1. Vorsitzender Geheimrat Professor D. Dr. Eucken-Jena, als Mitglieder Geheimer Archivrat D. Friedensburg-Magdeburg, Geheimrat Professor D. Voofs-Halle, Geheimrat Professor D. Holl-Berlin u. a. neben den Wittenberger Herren D. Orthmann, Oberbürgermeister Dr. Schirmer, Ephorus Professor D. Jordan und Kaufmann Paul Friedrich.

Die Luthergesellschaft teilt sich ein in Ortsgruppen, in denen sie ihre Mitglieder zusammenschließt. Von Mund zu Mund durch Vorträge, Leseabende und musikalische Darbietungen, wie durch das gedruckte Wort will sie für ihre hohe Aufgabe wirken: Mehr Kenntnis von Luther, mehr Verständnis für Luther, mehr Bekenntnis zu Luther zu wecken. Ihre Veröffentlichungen sind die Zeitschrift „Luther“, das Lutherjahrbuch und die Lutherflugschriften.

Die Jahresversammlung am 7. Oktober 1919 wurde mit einer Festversammlung eröffnet. Professor Eucken sprach über „Luther und die geistige Erneuerung Deutschlands“, Professor Dr. Arnold E. Berger-Darmstadt über „Luther und der deutsche Staatsgedanke“. Der Geschäftsbericht verzeichnete ein Wachstum der Mitglieder von 400 auf 920. Viel Anklang gefunden haben die Lutherabende, deren künstlerische Leitung Fräulein Ida Maria Eucken-Jena übernommen hat und die in einer Reihe von thüringischen Städten veranstaltet wurden. Den Beschluß der Tagung bildete ein Luther-Abend in der Schloßkirche.

In Berlin wurde am 1. November eine Martin Luther-Volkshochschule eröffnet, die ihre besondere Aufgabe darin sieht, die Lebenskräfte der Reformation den weitesten Kreisen des Volkes dadurch zugänglich zu machen, daß in ihren Veranstaltungen die brennenden Fragen der Gegenwart im Lichte des reformatorischen Persönlichkeits- und Kultur-Ideals behandelt werden. Die Hauptversammlung des Jahres 1920

fand am 31. Oktober in Berlin statt. Die liturgische Andacht im Dom unter Leitung von Hofprediger D. Döhring und Mitwirkung des Domchors war als Lutherfeier ausgestaltet. In der Festszigung in der Universitätsaula sprach Geheimrat Professor Dr. Dietrich Schäfer über „Luthers Sendung für das deutsche Staatsleben“. An Stelle des wegen Arbeitsüberlastung aus seinem Amte scheidenden Geheimrats Professor D. Dr. Eucken, der zum Ehrenmitglied ernannt wurde, wurde Oberpräsident a. D. D. von Hegel-Magdeburg zum Vorsitzenden gewählt.

Die Luthererinnerungsfeier vom 9.—10. Dezember 1920 galt dem Tage, da Martin Luther die päpstlichen Reichsbücher und die Bannandrohungsbulle des Papstes verbrannte. In der Eröffnungsfeier sprach Professor D. Dr. Boehmer-Leipzig über seine Forschungsergebnisse über die Tat des 10. Dezember. Am Abend kam Lienhardts Schauspiel „Luther auf der Wartburg“ durch Wittenberger Bürger zur Darstellung. Der nächste Tag, mit Morgenmusik vom Stadtkirchturm eröffnet, brachte eine Feier am Elstertor mit Ansprache von Professor D. Jordan und einen Festgottesdienst mit Reden von Superintendent D. Orthmann, Generalsuperintendent D. Schöttler, Bischof D. Rundgreen aus Schweden. Der Nachmittag sah die Festgäste in der Lutherhalle und später zu einem Festkonzert in der Stadtkirche, bei dem Pfarrer Knolle als Liturg tätig war und D. Dr. Ficker-Halle eine tief durchgeistigte Seelenschilderung Luthers gab.

In Erfurt vom 6.—7. April 1921 fand ein Festgottesdienst in der Augustinerkirche statt. Pfarrer Kurz' Festspiel „Luther in Erfurt“ wurde aufgeführt. Bei der Feier im Rathausaal sprach Professor D. Loofs über „Luthers Bedeutung für die Wissenschaft der Vergangenheit und Gegenwart“, in der Akademie Professor D. Scheel über den Prozeß Luthers, Pfarrer Knolle über die Aufgabe und Bedeutung der Gesellschaft.

Am 17.—19. April 1921 große, allgemeine, vom In- und Ausland besuchte Feier in Worms. In der Lutherkirche Bachs Reformationskantate: Gott der Herr ist Sonn und Schild, vor dem Lutherdenkmal Professor D. Schians Festrede, im städtischen Spiel- und Festhaus das Oratorium „Luther in Worms“ von Ludwig Meinardus. Am Hauptfesttag Festpredigt von Geheimrat D. Conrad-Berlin in der Dreifaltigkeitskirche, bei der akademischen Feier in der Lutherkirche Vorträge von Geheimrat Professor D. Dr. Berger-Darmstadt über die „nationalen und kulturellen Grundlagen zum Verständnis des Wormser Reichstags“ und von Geheimrat Professor D. Dr. Krüger-Gießen über „Luthers Bekenntnis in seinen religiösen Voraussetzungen“. Bei der Hauptfeier in der Dreifaltigkeitskirche sprach Geheimrat Professor D. Smend-Münster über „Luthers Wormser Tat in ihrer doppelten Bedeutung für uns Protestanten, ein unwiderrufliches Nein gegründet auf ein herzhaftes unbewegliches Ja“. Am dritten Festtag sprach D. Everling von dem Ehrentag des deutschen Gewissens, und schließlich fand noch eine Schlußfeier am Lutherdenkmal statt.

In Wittenberg am 17. April Gottesdienst mit Predigt von Superintendent D. Orthmann und Jugendgottesdienst. Am Nachmittag Weihefeier in der Stadtkirche. Lutherworte im Rahmen Bachscher Musik. Am Abend Festversammlung mit Vortrag von Geheimrat D. Roethe-Berlin „Luther in Worms und auf der Wartburg“. Am folgenden Tage Gedenkfeier des Evangelischen Bundes mit Ansprache von Generalsuperintendent D. Schöttler bei der Kranzniederlegung am Lutherdenkmal und Festpredigt von Hofprediger D. Döhring-Berlin im Festgottesdienst.

In Eisenach am 4. und 5. Mai stand der Vortrag von Professor D. Viehmann-Jena über „Luther auf der Wartburg“ im Mittelpunkt der Festfeier.

Die Wormser Erinnerungsfeier in Stuttgart am 15. und 16. Sept. brachte zunächst eine Vorfeier in der Liederhalle mit Ansprache von D. Wilhelm Freiherrn von Pechmann, Begrüßungsreden von Vertretern ausländischer Kirchen, einen Gruß der Luthergesellschaft von D. Dr. von Hegel und einer Festrede von Professor D. Dr. Scheel-Tübingen über die „Stellung der Kirche der deutschen Reformation im Protestantismus der Gegenwart“. In der Hospitalkirche brachte den Gruß der Luthergesellschaft Professor D. Jordan-Wittenberg und Professor D. Schian-Gießen hielt die Festrede über „Martin Luther und den Protestantismus der Gegenwart“. Bei der Gedenkfeier in der Markuskirche sprach Präsident D. Möller-Berlin über den „Bund der deutschen Reformationskirchen als einen Dank für Luthers Tat in Worms“. Erzbischof D. Soederblom-Upsala sprach über „Martin Luthers universale Bedeutung“, Geheimrat Professor D. Smend-Münster über „die religiösen Kräfte der Reformation in ihrer Bedeutung für die Gegenwart“. Die Luthergesellschaft hielt eine Weihefeier ab, bei der Pfarrer Knolle Lutherworte zitierte und Professor D. Viehmann Weiheworte sprach.

Die Jahresfeier in Lübeck in der ersten Septemberwoche 1921 während der nordischen Woche, begann mit einem Festgottesdienst in der Marienkirche mit einer Predigt von Landesuperintendent D. Tolzien-Neustrelitz und Pfarrer Gunnar Bergström aus Lund. Bei dem volkstümlichen Festabend in der Jacobikirche sprach Professor D. Scheel-Tübingen über „Luther und Gustav-Adolf“, bei der Festszung Professor D. Lehmann-Lund über „schwedisches Luthertum“, Professor D. Scheel und Professor D. Dr. Lenz-Hamburg über die Aufgabe der Luthergesellschaft. Der Jahresbericht von Pfarrer Knolle konnte von erfreulichen Fortschritten berichten. Bei den Wahlen wurde u. a. Erzbischof D. Soederblom in den Vorstand gewählt.

Die Invokavitfeier in Wittenberg am 4.—6. März 1922 zur Feier dessen, daß Luther das Neue Testament deutsch in der Handschrift fertig den Freunden überbringen konnte, begingen Lutherhalle und Luthergesellschaft gemeinsam miteinander, und zahlreiche Vertreter des In- und Auslandes nahmen daran teil. Am Nachmittag des 4. durch Glockengeläute und Choralblasen und am Abend durch Begrüßungsversammlung eröffnet, bei der namhafte Vertreter des In- und Aus-

landes zu Worte kamen, setzte sich die Feier am Sonntag in der Stadtkirche, in der Luther einst seine gewaltigen Invokavitpredigten gehalten hatte, fort. Oberkirchenrat D. Cordes-Leipzig sang die Liturgie, Bischof D. Gummerus-Borg^h hielt die Festpredigt. Am Nachmittag kam die Musica sacra in der Stadtkirche zur Geltung, und eine Weiherede von Geheimrat D. Dr. Ficker-Halle krönte die Feier. Der dritte Festtag wurde durch eine Frühfeier in der Schloßkirche eingeleitet, bei der Studiendirektor Schmeling im Wechselgesang mit Konfirmanden und Gemeinde die der Matutin der Reformationzeit angepaßte, aber in neueren Formen gehaltene Liturgie hielt. Die Ansprache hielt D. Alfred Jørgensen-Kopenhagen. Bei der Festszung der Luthergesellschaft sprach Geheimrat D. D. Holl-Berlin über „Luther und die Schwärmer“, und bei der Schlußfeier Erzbischof D. Soederblom über „Christliche Arbeits- und Liebesgemeinschaft“.

Die Hauptversammlung der Luthergesellschaft in Erfurt am 11. und 12. September 1922 wurde eingeleitet durch eine Begrüßungsfeier in der Augustinerkirche. Bei der Festszung im Rathaus hielt Geheimrat Professor D. Roethe-Berlin den Festvortrag über Luthers September-testament. Pfarrer Knolle konnte von erfreulichen Fortschritten der Vereinsarbeit berichten. Die Besichtigung der Lutherstadt unter Leitung von Geheimrat Dr. Bierene leitete zu einer Weiherede in der Thomaskirche über, bei der der musikalische Teil von der Erfurter Bachgemeinde unter Direktor Hansmann bestritten wurde. Die Weiherede hielt Hauptpastor D. Schöffel-Hamburg über die „Bedeutung der Lutherbibel“. Pfarrer Knolle sprach über die Lutherworte: „Gottes Wort wird und muß bleiben, wenn gleich der Teufel und die Welt noch so sehr wüteten und tobten“. Beim Volksabend des Evangelischen Bundes in der Barfüßer Kirche sprach Hofprediger D. Döhring-Berlin über „Luthers Bibel als das Zukunftsbuch des deutschen Volkes“.

9. Der Bund und die Gesellschaft zur Förderung der evangelischen theologischen Wissenschaften.

Die furchtbare Notlage des Büchermarktes im allgemeinen und wissenschaftlicher Zeitschriften im besonderen veranlaßte einen Kreis von Theologen und Freunden der theologischen Wissenschaft am 17. September 1919 in der Aula der Berliner Universität eine Versammlung einzuberufen, um über mögliche Wege und Methoden zur Weiterführung der wissenschaftlichen Arbeit der deutsch-evangelischen Theologie zu beraten. Geheimrat Professor D. von Harnack sprach über die wirtschaftliche Notlage der deutsch-evangelischen Wissenschaft und Professor D. Hugo Greßmann über die Mobilmachung der Kirche und der Laien für die deutsch-evangelische Wissenschaft. Ein in der Versammlung gewählter Ausschuß erwählte einen Arbeitsausschuß, der aus den Herren Geheimrat Professor D. Mahling, Professor D. Greßmann, Hofprediger Lic. Döhring, Professor D. Julius Richter und Verlagsbuchhändler D. Oskar Siebeck bestand.

Die Gesellschaft will der deutsch-evangelischen Wissenschaft mit allen Mitteln helfen, die geeignet sind, sie trotz der Not der Zeit auf ihrer bisherigen Höhe zu erhalten. Unter evangelischer Wissenschaft sollen nicht nur die Fächer verstanden werden, die in allen evangelisch-theologischen Fakultäten vertreten sind, sondern auch jüngere Disziplinen, wie z. B. Archäologie und christliche Kunst, Mission und religiöse Wissenschaften, Kirchenkunde und Territorialgeschichte. Die Ziele der Gesellschaft sollen nach den jeweils vorhandenen Mitteln erweitert oder beschränkt werden. Zunächst sind in erster Reihe wissenschaftliche Zeitschriften, Bibliographien und wichtige Monographien und Quellenwerke zu unterstützen. In zweiter Linie sind theologische Bibliotheken, Seminare und Institute bei der Beschaffung von Büchern und Lehrmitteln zu bedenken, auch soll versucht werden, den Mitgliedern beim Bezug derjenigen Zeitschriften und Bücher einen Vorzugspreis zu verschaffen, bei denen sie durch finanzielle Beiträge beteiligt ist, und durch Berichte und Vorträge soll das Interesse der Gesellschaft wahrgenommen werden. Die Geschäftsstelle wurde in die Hände des Bibliotheksekretärs Hildebrandt, preußische Stadtbibliothek, Berlin NW 7, Unter den Linden 38, gelegt.

Die Versammlung führte zur Gründung der Deutschen Gesellschaft zur Förderung der evangelisch-theologischen Wissenschaft, Abteilung Berlin-Brandenburg, bald darauf folgte Lübeck und Kiel, dann Breslau und Tübingen.

Der erste Versuch zur Gründung einer Zentrale am 24. Juni 1920 in Eisenach schlug fehl. Am 18. Mai 1921 traten in Halle Vertreter von acht Universitäten zusammen, um einen Zusammenschluß der inzwischen in schneller Folge gegründeten Gesellschaften mit gleichem Zweck zu beraten. Es wurde beschlossen, einen Bund deutscher Gesellschaften zur Förderung der evangelisch-theologischen Wissenschaften mit dem Sitz in Leipzig zu gründen. Außer den genannten haben sich noch angeschlossen: Greifswald (Pommern), Halle (Sachsen), Jena (Thüringen), Kiel (Schleswig-Holstein), Königsberg (Ostpreußen), Leipzig (Freistaat Sachsen), Gießen (Hessen-Darmstadt), Göttingen (Niedersachsen), Rostock (Mecklenburg), Münster (Westfalen). Die einzelnen Gesellschaften haben ihre Arbeiten gegenüber dem Bund in der Weise abgegrenzt, daß sie sich die Unterstützung der Theologen im Bereich ihrer Fakultät, die Veranstaltung von theologischen Wochen für Pastoren oder interessierte Laienkreise, Unterstützung bei der Drucklegung wissenschaftlicher Arbeiten und Patenschaften für theologische oder kirchliche Zeitschriften vorbehalten haben. Dagegen liegt dem Bunde ob, nach Kräften teils für eine anregende Subventionierung der als lebensnotwendig für den deutschen Protestantismus anerkannten wissenschaftlichen Zeitschriften Sorge zu tragen, und wenn möglich auch die angeschlossenen Gesellschaften und Vereine mit Geldmitteln, die vom Ausland eingegangen sind, zu versorgen.

10. Reichsverband evangelischer Eltern- und Volksbünde. (Reichselternbund.)

Vorsitzender: Oberpräsident a. D. D. Dr. von Hegel,
Reichsgeschäftsstelle beim Evangelischen Presseverband für Deutschland, Berlin-
Steglitz, Bismarckstr. 8.

Fernsprecher: Steglitz 3808 und 3809.

Postcheckkonto: Evang. Presseverband für Deutschland, Berlin NW 7, 6477.

Bankkonto: Deutsche Bank, Depositenkasse G. H. Berlin-Steglitz.

Konto: Evang. Presseverband für Deutschland.

Der Reichsverband gliedert sich in Landesverbände, diese wieder in Kreisverbände und Ortsgruppen. Bisher bestehen Landeselternbünde in: Brandenburg (398 Bünde); Groß-Berlin (105); Braunschweig (110); Hannover (165); Ostpreußen (109); Pommern (165); Rheinland (55); Prov. Sachsen (350); Freistaat Sachsen (420); Schlesien (1048); Schleswig-Holstein (54); Thüringen (54); Westfalen (525); Württemberg (752); Frankfurt a. M.

Die Gesamtzahl der erwachsenen, zahlenden Mitglieder beträgt etwa 2 Millionen.

Die Staatsumwälzung und die neue Reichsverfassung haben auch Bestrebungen geweckt, die Verweltlichung des Schulwesens auf gesetzlichem Wege durchzusetzen. Dadurch sah sich das deutsch-evangelische Volk vor eine ernste Gefährdung seiner Zukunft gestellt, deren Folgen es nur abwenden konnte, wenn es selbst gestaltend in die Entwicklung eingriff und als ein wirklicher Machtfaktor auf den Plan trat. Durch den Evang. Presseverband wirksam vorbereitet kam es im Januar 1922 zur Gründung des Reichsverbandes evangelischer Eltern- und Volksbünde. Die Bewegung wuchs gewaltig, und seit den Elternbeiratswahlen im Mai 1922, die den ersten Erfolg der Bewegung zeigten, ist auf allen Gebieten grundlegende Arbeit geleistet und mancher Kampf siegreich bestanden. In vielen Landesteilen, besonders im roten Mitteldeutschland, in Sachsen, in Braunschweig, in Thüringen kam es zu lebhaften Kämpfen gegen eine mit allen Machtmitteln versehene Gegnerschaft. Erlasse des sächsischen Kultusministers (Verbannung allen religiösen Stoffes aus dem Unterricht, keine Schulandacht, kein religiöses Lied), Grotewohl'scher Erlass in Braunschweig (Umwandlung der lutherischen Schulen in weltliche Gemeinschaftsschulen), Thüringer Erlasse zum Schutze der Republik, Schulbehördliche Richtlinien für die Feier des ersten Mai, das vom Ministerium korrigierte Liederbuch, der Braunschweiger Bußtagstreik, sowie der sächsische Feiertagskandal versetzten die evangelische Elternschaft in begreifliche Erregung. Durch den Protest der örtlichen Bünde, den die Reichsgeschäftsstelle wirksam unterstützte, kam es in Braunschweig und Sachsen zu einem Einschreiten des Reiches, und in Braunschweig konnte wenigstens ein Druck ausgeübt werden, daß die behördlich vorgesehene Bestrafung der Kinder, die am Bußtag die Schule versäumt hatten, fast in allen Fällen unterblieb. An andern Orten entbrannte der Kampf durch die Errichtung von weltlichen Sammelklassen. Man wollte diese Klassen in evangelischen Schulen unterbringen und so oft in gewaltsamer Weise die evangelische

Erziehungseinheit zunichte machen. Geschlossener, einmütiger Protest der Elternschaft, im äußersten Notfall auch Schulstreik, erwies sich an vielen Orten, wie in Berlin, Dortmund, Breslau, Harburg, Hannover, Bielefeld, Magdeburg und andern Orten wirksam.

Die Reichsgeschäftsstelle suchte wirksamen Einfluß auf die Schulgesetzgebung auszuüben, um von der Regierung nicht vor fertige Tatsachen gestellt zu werden, sondern auch hier das Elternrecht zur Geltung zu bringen. Es galt die neue Bekenntnisschule als Rechtsnachfolgerin der evangelischen Schule gesetzlich zu verankern und ihr Sicherungen für eine Entfaltung des evangelischen Charakters zu erwirken. Wirksam wurde mit Hilfe der evangelischen Presseverbände die öffentliche Meinung beeinflusst, dies wurde besonders im Anschluß an die Braunschweiger Tagung möglich. Immer bedeutsamer wurde die Herausgabe der „Schulfrage“, die Bereitstellung von Flugblättern, die Schaffung einer eigenen Fachliteratur, die Abhaltung von Führerkursen. Natürlich mußte auch das Interesse der Elternschaft an der Bildung der Lehrer geweckt werden, und erfreulicherweise gestaltete sich das Verhältnis zu manchen Lehrern freundschaftlich. Vielfach wurden Elternbundsmitglieder in die städtischen Schuldeputationen und andere öffentliche Körperschaften gewählt. Die Tätigkeit der christlichen unpolitischen Elternbeiräte in enger Fühlung mit den Elternbünden erwies sich als sehr erfolgreich und gleichzeitig auch belebend für das evangelische Gemeindeleben.

Zur Unterweisung der Elternschaft in schultechnischen und pädagogischen Fragen, sowie zur Vertiefung der christlichen Erziehungsauffassung in Fragen der religiösen Erziehung in Haus und Schule, wurden mancherlei Veranstaltungen getroffen. Die Reichserziehungswoche im Januar wurde zur ständigen Einrichtung erhoben. Eingeleitet durch einen Erziehungsgottesdienst werden in meist drei öffentlichen Versammlungen Erziehungsfragen behandelt.

Die Reichsgeschäftsstelle beschäftigt sich ferner mit der Lesebuchfrage und hat eine Kommission zur Wahrung des christlichen Erziehungsgeistes der Lesebücher ins Leben gerufen, um der Reinigung der Schulbücher von allen christlichen Stoffen entgegenzutreten. Wie neben den Führerkursen auch Führertagungen der Leiter stattfanden, so wurde in der ersten Gesamt-Bundestagung vom 3. bis 6. April 1923 eine Heerschau über die Bünde in Braunschweig abgehalten. In wirksamem Protest wurde dort gegen die Verschleppung der reichsgesetzlichen Regelung der Schulfrage gekämpft, und es herrschte bei aller Trauer über die Unmaßnahme der Gegner evangelischer Schulbildung und christlicher Erziehung doch eine siegreiche „Dennoch-Stimmung“.

11. Gesellschaft zur Ausbreitung des Evangeliums.

Hauptgeschäftsstelle: Frankfurt a. M., Darmstädter Landstr. 20.

Sie verlor am 31. Oktober 1921 den langjährigen Vorsitzenden, Pastor Dr. Busch, Frankfurt-Sachsenhausen, der mit großen Gaben und

heiliger Energie ausgerüstet, die Sache der Ausbreitungsgesellschaft lange Jahre hindurch ganz wesentlich gefördert hat. An seine Stelle wurde der bisherige Leiter des Rheinischen Zweigvereins, Pastor Keeser-Düsseldorf zum 1. Vorsitzenden und zum stellvertretenden Vorsitzenden für den Osten Pastor Horst-Berlin und für den Westen Pastor Henje-Elberfeld gewählt. Der Berufsarbeiter, Prediger Vogt, Frankfurt a. M. konnte auf der in der Pfingstwoche in Halberstadt abgehaltenen Jahresversammlung von erfreulichen Fortschritten der Arbeit berichten, in deren Dienst wenn möglich noch zwei neue Bibelboten je für den Osten und für den Westen angestellt werden sollten. Die Arbeit an den Mischehen, der vor allem das Monatsblatt „Der Schatzgräber“ gilt, wurde eifrig fortgesetzt und den Berufsarbeitern der Volksmission, die sehr häufig auch auf Katholiken Einfluß gewinnen, geeignete Literatur nachgewiesen.

12. Der Verein Philadelphia zur Pflege gemischter Ehen.

Geschäftsführer: Pfarrer Gottfried Arenfeld zu Lindau am Bodensee.

Der Verein entfaltete im Jahre 1920 eine rege Vortrags- und Kursusarbeit. Mehrtägige Kurse in Frankfurt a. M. und Nürnberg-Erlangen dienten der vertieften Einführung von Gemeindefehlern und Helferinnen in die Gemeindepflege und speziell Mischhehenpflege. Der Erlanger Kursus, verbunden mit der 22. Diaspora-Anstaltenkonferenz, trug vor allen Dingen der veränderten Rechtslage der Mischhehenkinder Rechnung.

Zehntes Kapitel.

Kirche und Schule.

Von Prof. D. Bachmann, Erlangen.

(Abgeschlossen Ende Mai 1923.)

I. Der allgemeine Gang der Dinge und das Schicksal des Reichsschulgesetzentwurfs.

Der Bericht des Vorjahres endigte, was das Schicksal des „Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Art. 146, 2 der Reichsverfassung“ (Reichsschulgesetzentwurf = RSchE.) betrifft, mit der Mitteilung, daß die Arbeiten des zu seiner Behandlung eingesetzten parlamentarischen „Bildungsausschusses“ ins Stocken geraten seien. Dank dem Zusammenwirken der der christlichen Schule zugeneigten Parteien war der § 1 des Entwurfs in die Form gebracht: „Die Volksschulen sind entweder Gemeinschaftsschulen oder Bekenntnisschulen oder bekenntnisfreie Schulen. Den drei Schularten dieses Gesetzes ist gleichmäßig freie Entwicklungsmöglichkeit zu geben.“ Die Reichsregierung zog sich dem gegenüber in ein unentschiedenes Schweigen zurück. Ihrem Wunsche folgend gab ihr der Bildungsausschuß Bedenkzeit und vertagte seine Beratungen bis zum Herbst (20. Juni 1922). Die beiden Rechtsparteien (Deutsch-nationale und deutsche Volkspartei) hatten Fortsetzung der Beratung gewünscht. Den Ausschlag für deren Unterbrechung gab, doch wohl den Koalitionsverhältnissen der Reichsregierung sich ansmiegender, das Zentrum. Merkwürdig, wie wichtige Dinge oft doch auch unter der Einwirkung von Zufällen oder Umständen stehen, die an sich mit ihnen nicht zusammenhängen. Im Bildungsausschuß verschob sich infolge von Veränderungen in der Besetzung der Ausschüsse überhaupt das Zahlenverhältnis. Ein Freund der Bekenntnisschule schied aus, ein Gegner derselben trat ein, und damit standen die Stimmen der beiden Gruppen einander gleich (14:14). Daß übrigens in die Behandlung der Angelegenheit auch sachfremde, nämlich allgemein-politische Gesichtspunkte hineinfielen, sagt das zur Vertagung ratende Schreiben des Reichsministers Koeper an den Bildungsausschuß mit dürren Worten: „Die Reichsregierung sieht aus verschiedenen Gründen davon ab, im gegenwärtigen Zeitpunkt abschließend Stellung zu nehmen, behält sich aber vor, die Frage auch unter Würdigung ihrer politischen Bedeutung alsbald (!) im Benehmen mit den Parteien ihrer endgültigen Lösung

entgegenzuführen.“ Im modernen Staat sind ja wohl solche Motive, wie sie da angedeutet werden, gar nicht auszuschalten. An sich aber und im tiefsten Grunde ist es sachwidrig, wenn eine Angelegenheit wie die Schulfrage nicht aus den reinen Motiven innerer sachlicher Notwendigkeiten und Ideale, sondern nach politischen Macht- und Parteiverhältnissen geregelt wird bzw. geregelt werden muß. Kein Wunder denn auch, daß die ganze schwebende, stockende Lage der Dinge den Gedanken wachrief, auf Anwendung der für solche und ähnliche Verhältnisse in der Reichsverfassung vorgesehenen besonderen Mittel, nämlich des Volksbegehrens und des Volksentscheides zu sinnen. Dies umso mehr, als einerseits im Lager der Gegner des RSchG. schon die Siegeshoffnung auftauchte, der Entwurf sei endgültig gefallen, andererseits aber Gerüchte durch das Land gingen, daß das Zentrum unter Preisgabe seiner bisherigen Stellung an Seite der Bekenntnisschulfreunde mit der Sozialdemokratie und den (damaligen) Koalitionsparteien überhaupt über ein Kompromiß verhandle, von dem man doch nach Lage der Dinge nichts anderes erwarten konnte, als daß es die Bekenntnisschule in der ihr in der neuen Form des § 1 zugebilligten Stellung schwäche.

Am 10. Oktober 1922 nahm der Bildungsausschuß seine Arbeit am RSchG. wieder auf. Die Reichsregierung selber war freilich auch jetzt noch mit ihrem Nachdenken nicht zu Ende gekommen, und die Kompromiß-Parteien hatten eine Einigung auch nicht erreicht. So mußte sich die Erörterung auf die weniger wichtigen Bestimmungen des Entwurfs beschränken, dann überhaupt vertagt werden. Das Spiel wiederholte sich, als am 23. Januar 1923 endlich der § 2 des Entwurfs, der die nähere Regelung der Gemeinschaftsschule bringen soll, in Angriff genommen wurde. Inzwischen hatte sich ja eine folgenschwere Umbildung der Reichsregierung vollzogen, und dem Kabinett Wirth war das Kabinett Cuno gefolgt. Dieser Wendung gehorchten auch die Kompromißverhandlungen über den RSchG. Von jetzt ab waren es nämlich Zentrum, demokratische und deutsche Volkspartei, die es unternahmen, miteinander den siegreichen Ausgleich zu schaffen. Man konnte, wenn man die Dinge von längerer Zeit her verfolgt hatte, erraten, was kommen würde. Denn des öfteren schon hatte gerade die lehterwähnte Partei, sei es als Ganzes, sei es in einzelnen Vertretern, zu erkennen gegeben, daß sie die sog. christliche Simultanschule als das Ideal betrachte. Nach etlichen Wochen vertraulicher Verhandlungen lüftete sich endlich der Schleier. Am 28. Februar fand der Bildungsausschuß (ohne daß Schicksal und Problem des § 1 geklärt waren) einen Antrag vor, der die Gemeinschaftsschule des ursprünglichen Entwurfs ohne Umschweif beseitigte, indem er in seinem entscheidenden Hauptabsatz besagte: „Die Gemeinschaftsschule erteilt den Unterricht auf christlicher Grundlage ohne Rücksicht auf die Besonderheiten der einzelnen Bekenntnisse für alle Kinder gemeinsam; der Religionsunterricht wird nach Bekenntnissen getrennt erteilt. Bei Besetzung der Lehrerstellen an der Gemeinschaftsschule soll auf das religiöse Bekenntnis der die Schule besuchenden Kinder nach Möglichkeit

Rücksicht genommen werden.“ Wie sich mit der letzteren Bestimmung der christliche Charakter des Unterrichts vertragen solle, falls etwa irgendwo die Mehrzahl der Kinder einem nichtchristlichen Bekenntnis angehören sollte, blieb dunkel. Dunkel blieb auch einigermaßen der Schlußsatz des Vorschlags: „Die Gemeinschaftsschule verliert ihren Charakter nicht dadurch, daß Lehrer an ihr tätig sind, die einem christlichen Bekenntnisse nicht angehören.“ Sollte das heißen, daß solche Lehrer sich dem Charakter der Gemeinschaftsschule unterwerfen müßten? Oder sollte es heißen, daß es diesem Charakter nicht schade, wenn auch (etliche oder viele) Lehrer nichtchristlichen Bekenntnisstandes an ihr tätig seien?

Die Vertreter des Zentrums, der Demokratie, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei hatten ihre Namen unter den Vorschlag gesetzt. Ihm gegenüber vereinigten sich die sozialistischen Gruppen des Bildungsausschusses und zwar sie sämtlich, also Mehrheitssozialdemokratie, Unabhängige und Kommunisten, zu dem gerade entgegengesetzten Vorschlag: „Die Gemeinschaftsschule ist grundsätzlich und ihrem Wesen nach unabhängig von dem Bekenntnis oder der Weltanschauung der Kinder, die sie besuchen, und der Lehrer, die an ihr tätig sind . . . Sie erteilt den Unterricht für alle Kinder gemeinsam auf allgemein sittlicher Grundlage im Sinne sittlicher Volksgemeinschaft . . . Nur der RU., der nach 149, 1 der RB. ordentliches Lehrfach ist, wird für die Bekenntnisse getrennt und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betr. Religionsgemeinschaft erteilt. Bekenntnisfreier Religions- oder Moralunterricht (so!) ist an den Gemeinschaftsschulen ordentliches Lehrfach . . .“ Die Reichsregierung ihrerseits hielt sich zwar mit ihrer Stellung auch jetzt noch merklich zurück, man wollte und will sich offenbar nicht festlegen, sondern für den letzten Augenblick sich eine Tür zu einem zustimmenden Ja! offen halten. Sie äußerte aber doch Bedenken, da der neue Vorschlag auf etwas den bisherigen christlichen Simultanschulen (in Baden, Hessen, Bayern) Ähnliches ziele; mit der Weimarer Verfassung sei aber auch den nichtchristlichen Bekenntnissen und bekenntnisfreien Weltanschauungen der Anspruch auf Berücksichtigung in der Gemeinschaftsschule eingeräumt. Stärker als die Reichsregierung wirkten augenscheinlich auf das Schicksal des Vorschlags außerparlamentarische Einflüsse, vielleicht auch Erwägungen ein, die es wünschenswert erscheinen ließen, einer Verwechselung zwischen dieser dem Licht der Welt entgegenstrebenden Simultanschule und der eigentlich christlichen Schule tunlichst vorzubeugen. Wie dem aber auch sein mag, schließlich fand am 24. April ein abermals wesentlich abgeänderter Entwurf die Mehrheit (16 bürgerliche gegen 10 sozial.-kommun. Stimmen): „Die Gemeinschaftsschule erteilt den Unterricht auf religiös-sittlicher (so jetzt!) Grundlage ohne Rücksicht auf die Besonderheiten einzelner Bekenntnisse für alle Kinder gemeinsam. Insbesondere hat sie die aus dem Christentum erwachsenden Werte der deutschen Volkskultur unterrichtlich und erziehlich lebendig zu machen. Der RU. wird nach Bekenntnissen getrennt erteilt.“ Ein zweiter Absatz regelt im einzelnen, wie bei Besetzung der Lehrerstellen dieser Gemein-

schaftsschule die Rücksicht auf die Bekenntnis- (oder auch Nicht-Bekenntnis-) Zugehörigkeit der Kinder geübt werden soll. Minderheiten mit mehr als 40 (bei im ganzen 2—3 Lehrerstellen) bezw. mit mehr als 30 (bei mehr als 3 Lehrerstellen) sollen einen Lehrer ihrer Konfession oder Weltanschauung erhalten. Der neue Schultypus unterscheidet sich immerhin beträchtlich von dem Gemeinschaftsschul-Typus des allerersten (Regierungs-) Entwurfs. Dieser hatte ja jedes religiöse Motiv aus dem allgemeinen Leben der Gemeinschaftsschule verbannt und es in die Religionsstunde verschlossen. Jetzt aber soll doch der ganze Unterricht auf eine „religiös-sittliche“ (ist das nicht ein Lieblingsausdruck der Herbart-Ziller'schen Schule und der aus ihr hervorgewachsenen, jetzt freilich stark im Abblühen begriffenen sozusagen offiziellen Seminar-Pädagogik?) Grundlage gestellt werden. Niemand kann aber auch verkennen, daß diese Grundlage an sich schon sehr dünn und etwas mürb ist; und die Bestimmungen über die Lehrerbewerbung bestätigen es ja, daß von Geschlossenheit und Kraft religiöser Motive in diesem Schulleben und dieser Schularbeit wohl wenig zu spüren sein wird. Es kommt dazu, daß Vertreter der Deutschen und der Demokratischen Volkspartei und zwar auf Verlangen der Sozialdemokratie im Bildungsausschuß ausdrücklich erklärten, es sei bei dieser und bei der Bestimmung über die christlichen Kulturwerte bloß an die Ethik, nicht an die Dogmatik gedacht. Dem (von deutsch-nationaler Seite ausgesprochenen) Urteil, in dem Begriff „religiös-sittlich“ sei der Glaube an Gott mit enthalten, ward keinerlei Echo. Nicht unbeachtet darf hinsichtlich des kommenden Charakters dieser Schulart bleiben, daß ein den RL. darin betreffender Antrag abgelehnt wurde. Er wollte aussprechen, daß in der Gemeinschaftsschule der RL. in allen Klassen und auf allen Stufen zu erteilen sei. Man führte gegen ihn den Grund ins Feld, daß er der Durchführung des sog. Gesamtunterrichts in den ersten Schuljahren hinderlich wäre. Es dürfte aber die Sorge berechtigt sein, daß innerhalb dieses Gesamtunterrichts das religiöse Motiv nur äußerst schwach mitschlingt. Und wenn der Gesamtunterricht doch den Schülern aller Bekenntnisse gemeinsam erteilt werden soll, wie soll dann durch einen hier eingeschalteten RL. dessen bekenntnismäßige Art gewahrt werden? Dem Interesse von Lehrern, die aus der Freikirche oder andern kleineren Kirchengemeinschaften stammen, kommt ein erfreulicherweise angenommener Antrag entgegen: „die Anstellungsbehörde kann, soweit es sich um Anstellung eines Lehrers eines bestimmten Bekenntnisses handelt, statt seiner einen Lehrer aus einer bekenntnisverwandten Religionsgesellschaft berufen . . .“ Die Bestimmungen über die Besetzung der Lehrerstellen sind wohl ziemlich zweischneidig. Sie beugen einer Überflutung von Schulen, deren Kinder der Mehrzahl nach der christlichen Kirche angehören, etwa durch religionslose Lehrer — eine Gefahr, die für einzelne deutsche Gebiete nicht fern liegt — vor; sie liefern aber natürlich auch umgekehrt christliche Minderheiten einem sehr andersartigen, vielleicht sogar geradezu feindlichen Gesamtschulgeist aus.

Innerhalb des Ausschusses selbst dürfte der neue Paragraph 2 wohl vor weiteren Veränderungen gesichert sein. Und der ehemalige sächsische Kultusminister (und demokratische Reichstagsabgeordnete) Dr. Senfert sang in der „Deutschen Schulpraxis“ schon dem ursprünglichen Lieblingskind seiner Richtung, der Gemeinschaftsschule des allerersten Entwurfs, das Grablied: „Die Gemeinschaftsschule ist tot.“ Was im Plenum und sonst aus der Sache wird, steht freilich noch sehr dahin. Vollends unbestimmt aber ist doch wohl das Schicksal der andren, noch zu keinen Beschlüssen gediehenen Bestimmungen des Kompromiß-Vorschlags. Der Bildungsausschuß begann wohl noch eine grundsätzliche Aussprache über die Bekenntnisschule, vertagte sich aber dann wieder bis zum 4. Mai, ist aber auch an diesem Tage an die unterbrochene Arbeit nicht wieder gegangen, so daß die Sache augenblicklich wieder völlig ruht. Es erscheint uns aber für die künftige Beurteilung des weiteren Ganges der Dinge wichtig, wenigstens die Anträge der Kompromißparteien zu den übrigen Hauptpunkten des Gesetzentwurfes hier mitzuteilen. Das Wesen der Bekenntnisschule soll folgendermaßen geregelt werden (§ 3): „Die Bekenntnisschulen sind entweder evangelische oder katholische oder jüdische Volksschulen und als solche zu bezeichnen. In der Bekenntnisschule werden Kinder des gleichen Bekenntnisses von Lehrern ihres Bekenntnisses im Geiste dieses Bekenntnisses unterrichtet und erzogen. Die dem Bekenntnisse eigenen und in der Schule herkömmlichen religiösen Übungen und Gebräuche sind zu pflegen, ohne daß dadurch der Unterrichtsbetrieb im Ganzen beeinträchtigt werden darf. Die für alle Schulen geltenden Lehrpläne und die Lehrbücher sind für die Bekenntnisschule der Eigenart dieser Schule anzupassen. Auch in der Bekenntnisschule ist die lehrplanmäßige Selbständigkeit der einzelnen Lehrfächer und das Recht der staatlichen Schulaufsicht zu wahren. — Die Länder haben auf dem Gebiet der Ausbildung der Lehrer in ausreichendem Umfange Maßnahmen zu treffen, um unbeschadet der Einheitlichkeit der Lehrerbildung den besondern Erfordernissen der Bekenntnisschule zu entsprechen. In den örtlichen Schulverwaltungen (Schuldeputationen, Schulpflegschaften, Schulpfständen) haben Vertreter der Religionsgesellschaften, für die innerhalb der Gemeinden Bekenntnisschulen bestehen, Sitz und Stimme. Bei Besetzung der Stellen von Schulaufsichtsbeamten (Kreis- und Bezirksschulräten) ist auf die Art der ihnen innerhalb ihres Verwaltungsbezirks unterstellten Schulen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen. — Stellt die Schulaufsichtsbehörde auf Grund eigener Wahrnehmungen oder einer etwaigen Beschwerde der Erziehungsberechtigten oder der beteiligten Religionsgesellschaften Tatsachen fest, aus denen sich ergibt, daß der Lehrer einer Bekenntnisschule die Kinder nicht im Geiste des Bekenntnisses, für das die Schule bestimmt ist, unterrichtet und erzieht, so hat die Aufsichtsbehörde für Abhilfe zu sorgen, erforderlichenfalls durch eine Versetzung auf eine möglichst gleichartige Stelle einer andren Schulart. Die letzte Entscheidung liegt bei der obersten Landesbehörde. Scheidet ein Lehrer an einer Bekenntnisschule aus dem Bekenntnis aus, für das

die Schule bestimmt ist, so ist er auf eine möglichst gleichartige Stelle einer andren Schulart zu versetzen. — Die Bekenntnisschule verliert ihren Charakter nicht dadurch, daß Schulkinder sie besuchen, die dem Bekenntnis nicht angehören, für das die Schule bestimmt ist, ferner nicht dadurch, daß technische Lehrerinnen oder Lehrer, die RL. für konfessionelle Minderheiten erteilen, oder ausnahmsweise aus zwingenden Gründen auch andre dem Bekenntnis nicht angehörende Lehrer an ihr tätig sind.“ Der Vorschlag bringt wichtige Neuerungen gegenüber dem ursprünglichen Regierungsentwurf, nämlich die Vorschrift, daß Unterricht und Erziehung im Geiste des Bekenntnisses geschehen, eine Vorschrift, der ein Gegengewicht gegeben ist in dem Satze über die lehrplanmäßige Selbständigkeit der einzelnen Lehrfächer und das Recht der staatlichen Schulaufsicht; weiter die Vorschriften über die Berücksichtigung der Erfordernisse der Bekenntnisschule in der Lehrerbildung, über die Vertretung der Bekenntnisschule in den Schulverwaltungs- und Schulaufsichtsstellen, endlich über die Entfernung eines Lehrers aus dem Dienst an der Bekenntnisschule. Es scheint uns in dem allen nichts enthalten zu sein, was nicht in dem Begriff der Sache enthalten wäre und der Gerechtigkeit entspräche. Weitergehende Forderungen, wie sie dann und wann von seiten katholischer Stellen und Organisationen aufgestellt worden sind (vgl. Jahrbuch 1922, S. 318 f.), sind übergangen, und zwar mit Recht, da sie die Möglichkeit in sich trugen, die gewissenmäßige Selbständigkeit des Lehrers zu beeinträchtigen. Wenn die Opposition diese so gestaltete Bekenntnisschule mit dem Namen Kirchenschule brandmarkt, so ist das eine grundlose Verdrehung. An den Bestimmungen des Regierungsentwurfs über die bekenntnisfreien Schulen ändert der Kompromißvorschlag nichts, was verwundern muß, da ja jene ursprüngliche Formel auch die Weltanschauungsschule kennt, der neue § 1 aber bekanntlich diese unter den Tisch fallen läßt. Von besonderer Wichtigkeit ist aber, daß der Kompromißvorschlag einen eigenen Paragraphen über den Religionsunterricht einfügt (§ 4^a). Er soll lauten: „In allen Volksschulen mit Ausnahme der weltlichen Schule ist Religion ordentliches Lehrfach (A. 149 RB.). Alle Schüler haben an ihm teilzunehmen, wenn sie nicht durch diejenigen abgemeldet worden sind, die über die religiöse Erziehung zu bestimmen haben. — In allen Schulen ist für Kinder, für die lehrplanmäßig RL. ihres Bekenntnisses oder Unterweisung in sittlicher Lebensführung nicht erteilt wird, der entsprechende Unterricht einzurichten, sofern ihn die Erziehungsberechtigten von mindestens 12 Schulkindern beantragen. Wird diese Zahl nicht erreicht, so sind für die Erteilung privaten RL. oder privaten lebenskundlichen Unterrichts auf Verlangen Schulräume nebst Heizung und Beleuchtung unentgeltlich bereitzustellen. — Der RL. wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betr. Religionsgesellschaft unbeschadet des Aufsichtsrechtes des Staates erteilt. Lehrplan und Lehrbücher für den RL. werden von der zuständigen Landesbehörde im Einvernehmen mit der betr. Religionsgesellschaft festgestellt, ebenso die Bestimmungen

über die Prüfung der Religionslehrer. Die Staatsaufsicht erstreckt sich auf die Überwachung der äußeren Schulordnung, der Schulzucht, des Schulbesuchs und der Beachtung der allgemeinen pädagogisch-methodischen Grundsätze. Die oberste Landesbehörde trifft im Einvernehmen mit der betr. Religionsgesellschaft die Bestimmungen und Einrichtungen, durch welche die in A. 169, 1, 3 der RB. vorgeschriebene Übereinstimmung des RL. mit den Grundsätzen der betr. Religionsgesellschaft gewährleistet wird. Die Religionsgesellschaften sind befugt, durch ihre berufenen Vertreter nach vorheriger Benachrichtigung der zuständigen staatlichen Schulaufsichtsbeamten sich darüber zu unterrichten, ob die Erteilung des RL. mit ihren Grundsätzen übereinstimmt. Diesen Vertretern der Religionsgesellschaften stehen gegenüber den Lehrern, die RL. erteilen, Dienstaufsichtsbefugnisse nicht zu.“ Der RL. bildet ja — insonderheit in der Staatschule — in Hinsicht auf Schulorganisation immer ein Grenzgebiet. Die vorgeschlagenen Bestimmungen gehen augenscheinlich von dem Grundsatz aus, daß diesem Grenzgebiete am besten dadurch gedient wird, daß in gerechter Abgrenzung der Befugnisse ein friedliches Einvernehmen aller hier zusammenwirkenden Kräfte geschaffen wird. In dieser Richtung darf der Weg, den der Vorschlag geht, klug und sachgemäß genannt werden. In bezug auf den Zutritt, der den Vertretern der Religionsgesellschaften zum RL. gewährt wird, regte sich allerdings alsbald eine gewisse Opposition in der Lehrerschaft. Doch ist immerhin zu beachten, daß selbst die Allg. Deutsche Lehrerzeitung, das Organ des Deutschen Lehrervereins sich mit dem Entwurf im Ganzen einverstanden erklärt: „Unklar bleibt allerdings auch nach dieser im ganzen gemäßigten Fassung, ob dem Vertreter der Kirche ein Fragerrecht an die Kinder und eine Besprechung mit dem Lehrer zugestanden wird; die Verweigerung der Dienstaufsichtsbefugnisse schneidet hier, wie das Beispiel von Baden zeigt, noch keineswegs alle Bedenken ab.“ Seltsame Ängstlichkeiten, die augenscheinlich doch nicht sowohl durch das Interesse an der Sache selbst, um die es sich handelt, aufgenötigt werden, sondern in andersartigen Erwägungen wurzeln.

Wir fügen diesem Überblick über die Vorschläge der Koalitionsparteien die Bemerkung an, daß auch die Sozialdemokratie Anträge zu eben diesen Punkten, die noch der Regelung harren, eingebracht hat. Sie bilden ein wichtiges Dokument für das sozialistische Schulideal überhaupt und für die Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit der besonderen schulpolitischen Lage von heute. Sie lauten zu § 3: „Die Bekenntnisschulen und Weltanschauungsschulen sind grundsätzlich und deren Wesen nach abhängig von dem Bekenntnis oder der Weltanschauung der Kinder, die sie besuchen. Sie sind daher für Kinder desselben Religionsbekenntnisses oder derselben Weltanschauung bestimmt, und Lehrer desselben Bekenntnisses oder derselben Weltanschauung sollen an ihnen unterrichten . . . Die Schule verliert ihren Charakter als Schule eines bestimmten Bekenntnisses oder einer bestimmten Weltanschauung nicht dadurch, daß auch Kinder anderer Bekenntnisse und anderer Welt-

anschauungen sie besuchen und an ihr den RL. ihres Bekenntnisses erhalten oder auch Kinder keines Bekenntnisses sie besuchen und religionskundlichen Unterricht erhalten; oder dadurch, daß Lehrer eines anderen Bekenntnisses oder keines Bekenntnisses an ihr dauernd oder vorübergehend unterrichten. — Die Bekenntnisschulen oder Weltanschauungsschulen sind entweder evangelische, katholische, jüdische Volksschulen oder Volksschulen anderer Bekenntnisse und Weltanschauungen. Der RL. ist ordentliches Lehrfach im Sinne des § 149, 1 RB.; der religionskundliche Unterricht ist nach eigenen Bestimmungen eines Landesgesetzes einzurichten."

§ 4: „Die weltlichen Schulen sind grundsätzlich und ihrem Wesen nach unabhängig von dem Bekenntnis oder der Weltanschauung der Kinder, die sie besuchen. Sie ist daher für Kinder aller Bekenntnisse und Weltanschauungen bestimmt und Lehrer aller Bekenntnisse und Weltanschauungen können an ihr unterrichten, sofern sie auf dem Boden der weltlichen Schule stehen (NB. Eine sehr beachtenswerte und weittragende Voraussetzung in diesem: sofern . . . D. V.) . . . Der gesamte Unterricht wird für alle Kinder gemeinsam auf allgemein sittlicher Grundlage im Sinne sittlicher Volksgemeinschaft erteilt. In den weltlichen Schulen ist Religionskunde ordentliches Lehrfach. RL. nach den Grundsätzen eines Bekenntnisses ist nach den näheren Bestimmungen eines Landesgesetzes einzurichten."

§ 4^a: „In allen deutschen Volksschulen ist bei allen unterrichtlichen und erziehlichen Maßnahmen darauf zu achten, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden. In allen Volksschulen eines Bezirks sind im Unterricht die gleichen Lehrpläne und die gleichen Lehrbücher zugrunde zu legen . . . Lehr- und Lernbücher für den RL. sind von den zugehörigen Landesregierungen zu bestimmen, der kirchliche Lehrgehalt nach Anhörung der betr. Religionsgesellschaft, die unterrichtliche Eignung nach Anhörung der Landesvertretung der Volksschullehrerschaft, die erforderlichenfalls weitere Sachverständige hinzuziehen kann . . . Für die Lehr- und Lernbücher für den Unterricht in Religionskunde gilt sinngemäß das gleiche mit der Maßgabe, daß an Stelle der Religionsgesellschaften ein Kollegium von Personen tritt, die auf dem Boden der weltlichen Schule stehen . . ." Endlich § 4^b: Sind für die staatliche Aufsichtsbehörde auf Grund der unterrichtlichen Tätigkeit eines Lehrers ausreichende Tatbestände für die Annahme gegeben, daß er die Kinder nicht in den der Eigenart der Schule entsprechenden Grundsätzen unterrichtet, oder hört der Lehrer eines Bekenntnisses oder einer Weltanschauung auf, Mitglied der betr. Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft zu sein, oder erklärt der Lehrer einer weltlichen Schule, daß er nicht mehr auf dem Boden der weltlichen Schule steht, so ist der Lehrer nicht zu entlassen, sondern unter Vergütung etwaiger Umzugskosten auf eine gleichwertige Stelle zu versetzen. Ist eine solche Stelle nicht vorhanden, so ist er unter Wahrung aller seiner Rechte mit vollem Gehalt zur einstweiligen Verfügung zu stellen." Die hier vorgesehenen Bestimmungen über die weltliche Schule decken sich dem Inhalt nach größtenteils mit den Bestimmungen des sozialistischen Antrags zur

Gemeinschaftsschule, wie er durch die Abstimmung des Ausschusses zu § 2 (dem Gemeinschaftsschul-Paragraphen) bereits überholt und abgelehnt ist; beiderlei Anträge differieren nur unter dem Zwang der RV., hinsichtlich der Stellung des RL. in beiden Schularten. Im übrigen aber dürfte folgendes an diesen sozialdemokratischen Anträgen zu beachten sein: 1. der Verzicht auf restlose Durchführung der im Parteiprogramm geforderten „Weltlichkeit“ der Schule; 2. während der Entwurf der Koalitionsparteien die Weltanschauungsschule zu einer Nebenerscheinung der weltlichen Schule macht, gibt der sozialistische Antrag der Weltanschauungsschule eine volle Ebenbürtigkeit und Gleichartigkeit mit der Bekenntnisschule: er sucht also die Weltanschauungsschule zu begünstigen; 3. die Gestaltung sogar der weltlichen (bekenntnisfreien) Schule zu einer Art von Weltanschauungsschule (vgl. die Bestimmung: „sofern sie auf dem Boden der evangelischen Schule stehen“); 4. die Vorschrift über die Entfernung eines Lehrers aus einer Schule, der er einst homogen war, jetzt aber nicht mehr ist; 5. die starke Zurückdrängung und Beschneidung der Befugnisse der Kirche. Im ganzen sind diese sozialistischen Anträge nichts anderes als ein Kompromiß des sozialistischen Schulideals mit andersartigen Bestimmungen der RV. und den hemmenden tatsächlichen Machtverhältnissen im Reichstag. Sie bilden damit und schon durch ihren allgemeinen Inhalt einen Beweis von der Stärke ihres Verlangens, die Schule solle in Deutschland einen bestimmten, sie zusammenhaltenden Charakter bewahren, ebenso aber auch von der Einsicht und der Notwendigkeit, daß der Lehrer in innerer Übereinstimmung mit dem Charakter seiner Schule lebt und bleibt, mit beidem eine ungewollte Rechtfertigung des Bekenntnisschulgedankens. Auf den Umstand, daß die Sozialdemokratie sich nicht scheut, Bestimmungen vorzusehen, wonach ein Lehrer, der die innere Übereinstimmung mit dem Bekenntnis (der Weltanschauung) seiner Schule verloren hat, von dieser Schule weichen muß, sei noch besonders verwiesen — auch das ist ja eine Maßnahme, die sofern sie für die Bekenntnisschule vorgesehen ist, alsbald den leidenschaftlichsten Anforderungen ausgesetzt war und ist. Die Freunde der Bekenntnisschule werden also von diesen sozialistischen Anträgen guten Gebrauch zur Verteidigung ihrer eigenen Stellung machen können. Ihrem innersten Gehalte nach bedeuten jene Anträge freilich, daß die Sozialdemokratie ihr Bündnis mit der freigeistigen und freidenkerischen Weltanschauung nach wie vor gehorham und getreulich aufrechterhält.

Einschlägig in dieses Gebiet der Reichstagsentscheidungen über Angelegenheiten der christlichen Schule und des Religionsunterrichts ist auch das Schicksal eines Antrags Everling und Genossen, der schon vor längerer Zeit eingebracht worden ist und die Durchführung der Vorschriften des Art. 149, 2 RV. über das Recht betrifft, sich des RL. zu entshlagen. Der Antrag will mit Gesetzeskraft ausgesprochen wissen, daß in den Schulen mit RL. als ordentlichem Lehrfach eine Willenserklärung über die Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern und an kirchlichen Feiern seitens der Person, die über die religiöse Erziehung

des Kindes zu bestimmen hat, nur dann erforderlich sein soll, wenn das Kind an religiösen Unterrichtsfächern und an kirchlichen Feiern nicht teilnehmen soll. Solange eine solche Willenserklärung nicht vorliegt, soll das Kind den RU. zu besuchen haben. Am 20. April 1923 verhandelte der Rechts- und Verfassungsausschuß des Reichstags über den Antrag. Der sozialdemokratische Sprecher fand in ihm einen Widerspruch zu Sinn und Zweck (!) des Art. 149 RB. Der Vertreter des Reichsministeriums des Innern hielt eine gesetzliche Regelung angesichts des Wortlauts der RB. nicht für erforderlich. Der Ausschuß selbst beschloß nach längerer Beratung Vertagung — merkwürdige Zaghaflichkeiten in so einfachen und durchsichtigen Angelegenheiten.

Um die zögernde und stockende parlamentarische Behandlung der Dinge her wogte auch in diesem Berichtsjahr lebhaft und erregt

Die allgemeine schulpolitische Bewegung.

Wir versuchen, sie wenigstens in ihren wichtigsten und charakteristischen Erscheinungen zu fassen. In den Anfang unserer Berichtsperiode fällt die von den süddeutschen katholischen Bischöfen ins Werk gesetzte Unternehmung, das katholische Volk zu einer geschlossenen Erklärung zur schulpolitischen Lage zu vereinigen. Die Hauptforderung in den Rundgebungen der Bischöfe richtete sich auf die volle Gleichberechtigung der katholischen mit der unchristlichen Schule und auf endliche baldige und endgültige Regelung der Angelegenheit überhaupt. Im einzelnen besagte die in Bayern zur Unterschrift vorgelegte Erklärung: „Das Verlangen, daß in jeder Gemeinde zunächst eine Gemeinschaftsschule eingerichtet werden müsse, ehe zur Errichtung einer Bekenntnisschule geschritten werde, widerspricht ganz offensichtlich dem Wortlaut und Sinn von 146, 2 RB. . . Die einklassige Schule muß als geordneter Schulbetrieb anerkannt werden. . . . Der Geist der Bekenntnisschule muß wirklich dem Bekenntnis entsprechen . . . Eine Behinderung oder Beschränkung des Elternwillens über die in Art. 146 gezogenen Grenzen hinaus würden wir als Verfassungsbruch ansehen . . . Einer Verkürzung unserer Elternrechte würden wir unter keinen Umständen uns fügen.“ Ein Schulsamstag, für den der 2. April 1922 bestimmt wurde, leitete die Unternehmung ein und die Verlesung eines bischöflichen Hirtenbriefs. In Bayern kamen im ganzen 2170000 Unterschriften zustande, in den übrigen Diözesen, Rottenburg-Württemberg, Mainz-Hessen, Freiburg-Baden (Baden, wo offiziell die Simultanschule Alleinherrschaft übt), weitere 1100000, im ganzen also rund 3300000 Stimmen zugunsten der Konfessionschule bei einer Gesamtzahl von etwas über 7 Millionen Katholiken in den beteiligten Gebieten. Angesichts dessen ist das Urteil berechtigt, daß die katholische Bevölkerung, soweit sie berufen war, in dieser Sache ein Urteil abzugeben, sich fast restlos für die Konfessionschule ausgesprochen hat. Die Gründung von Elternbünden ging mit der Unterschriftensammlung naturgemäß vielfach Hand in Hand.

Auch weiterhin arbeitete man auf katholischer Seite rührig. Vom 5.—7. Juni 1922 tagte die Vertreterversammlung des Katholischen Lehrerverbandes des Deutschen Reiches in Fulda. Seine Erklärungen zu der schulpolitischen Frage bewegten sich natürlich durchaus in der Richtung der oben vorgetragenen bischöflichen Kundgebungen. Schwerer noch als jene fielen vor der Öffentlichkeit natürlich in die Waagschale die Beschlüsse des Münchener allgemeinen Katholikentages (27.—30. Aug. 1922). Die Schulfrage bildete einen der hauptsächlichsten Verhandlungsgegenstände. Schon der Gruß des Papstes mahnt, in der Erziehung der Kinder die heiligen Rechte der Kirche und der Eltern zu wahren. Der Führer der katholischen Schulorganisation, Senatspräsident Marx, und Kardinal Faulhaber bestimmten Ton und Geist der Erörterungen. Im Hintergrunde der Verhandlungen rührte sich die ernste große Frage nach dem Verhältnis des Staats- und Elternrechtes. „Reichsrecht bricht nie Naturrecht und göttliches Recht“ (Gräfin Tattenbach). Aus den Vorträgen und Aussprachen ging folgende Entschließung hervor: 1. „Der Katholikentag hält an der katholischen Auffassung von Elternpflicht und Elternrecht fest. Er weist deshalb mit Entschiedenheit jeden Versuch zurück, dieses Recht einzuschränken oder zu beseitigen. Er erkennt deshalb auch die alleinige und absolute Schulhoheit des Staates nicht an. 2. Der Kirchentag fordert freie Entwicklungsmöglichkeit der Bekenntnisschule, die dem Geist des Bekenntnisses entsprechen muß, und lehnt unter allen Umständen auch die sogenannte christliche Simultanschule als Regelschule ab. 3. Der Katholikentag fordert genügende Berücksichtigung des RL. und Pflege der religiösen Erziehung auch in den mittleren und höheren Lehranstalten und in der Berufsschule. Er hält auch bei allen diesen Schularten die konfessionelle Gestaltung für die beste und verlangt ihre Durchführung, wo immer sie möglich ist. 4. Der Katholikentag fordert alle Eltern auf, sich in den Elternvereinigungen der katholischen Schulorganisation zusammenzuschließen. 5. Die katholische Schulorganisation empfiehlt Pflege und Ausbau der christlichen Erziehungswissenschaft im weitesten Umfang, begrüßt die Gründung des Instituts für wissenschaftliche Pädagogik in Münster als einer Pflanzstätte für erziehungswissenschaftliche Bestrebungen im gesamten katholischen Deutschland.“ Man beachte daran insbesondere die entschiedene Ablehnung der „christlichen“ Simultanschule und das Prinzip der konfessionellen Gestaltung des höheren Schulwesens (auch des Hochschulwesens?).

Wie in allen Dingen, so kennzeichnet sich auch in den Schulangelegenheiten die eigentümliche Kraft des Katholizismus, alle Strebungen zu gemeinsamer Wirkung zusammenzubringen. Unter dem Vorsitzenden des oben bereits erwähnten Senatspräsidenten Marx bildet diesen Zentralkpunkt aller Bemühungen die „Organisation der Katholiken Deutschlands zur Verteidigung und Förderung der christlichen Schule und Erziehung“. Ihr trat auch der Katholische Lehrerverband des Deutschen Reiches, eine schon seit längerer Zeit bestehende Organisation, alsbald bei. Eine Frucht dieser Vereinigung aller

Kräfte ist die Errichtung eines katholischen pädagogischen Instituts in Münster. Behufs seiner Durchführung wurde im März 1922 ein eigener „Verein zur Pflege wissenschaftlicher Pädagogik“ gegründet, dem u. a. sämtliche Mitglieder des katholischen Lehrerverbandes und des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen beitraten. Schon im Mai 1921 hatte das Institut mit Kursen für wissenschaftliche Pädagogik begonnen. Am 27. November 1922 wurde es dann offiziell eröffnet. Nach den dabei aufgestellten Grundsätzen soll es Forschungs- und Lehranstalt zugleich sein. Als Lehranstalt sammelt es die Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaften zur Lehrerfortbildung“ zu wissenschaftlich vertiefter Einführung in die Pädagogik. Als Forschungsanstalt will es zu selbstständiger Aufstellung und Lösung von Problemen reizen. Der Universität Münster gegenüber ist das Institut natürlich selbständig und unabhängig. Doch ruht seine Leitung in der Hand des Univ.-Prof. Dr. M. Etlinger. An Einrichtungen sind vorgesehen eine Übungsschule, ein pädagogisch-psychologisches Laboratorium, ein Seminar für stammesvölkische Psychologie, ein Archiv, eine Bücherei, ein pädagogisches Museum. Seine besondere Aufgabe erblickt das Institut in der Heranbildung katholischer Dozenten für Pädagogik für das Schul- und Hochschulwesen. Als Gegenstand der Lehre und Forschung ist nicht bloß die Pädagogik selbst, sondern auch die Philosophie ins Auge gefaßt. Bald nach der Gründung in Münster selbst sind Zweiganstalten in Trier und in München errichtet worden. Ein auf vier Semester berechneter Kurs für Pädagogik in Münster und kürzere Fortbildungskurse, wie deren ein erster im Nov. 1922 in München begann, sind, soviel wir sehen, bisher die wichtigsten tatsächlichen Arbeiten der beachtenswerten Unternehmung. Nach einer andern Seite hin betätigte sich dann die katholische Schulorganisation dadurch, daß sie im Januar 1923 das süddeutsche Beispiel der Unterschriftensammlung — im Einverständnis mit dem Episkopat — für Norddeutschland übernahm. Die Sammlung erstreckt sich auf Preußen, Sachsen, Thüringen, Braunschweig usw. Ein Gesamtergebnis ist zur Stunde noch nicht bekannt geworden. Die Teilergebnisse, die an die Öffentlichkeit kamen, zeigen einen ähnlichen Erfolg, wie er in den oben mitgeteilten Zahlen aus Süddeutschland enthalten ist.

Natürlich fehlte es auch von der ganz entgegengesetzten Seite her nicht an lebhaften Bemühungen. Auf dem sozialdemokratischen Lehrertag in Hamburg (Ostern 1922) wurde dem Elternrecht nicht bloß das Staatsrecht weit übergeordnet, sondern auch das Recht des Kindes proklamiert, das freilich in diesem Zusammenhang bloß eine Verschleierung für irgend eine andere Größe bildet. Für welche, mag aus dem Worte von Stadtschulrat Kerlow-Löwenstein in Neukölln erhellen, der (im Sozial. Erzieher, 10. April 1922) schreibt: „Wir Sozialisten haben allen Grund, den reaktionären Charakter der Erziehungsberechtigten zu erkennen, gegen den Erziehungsberechtigten das Klasseninteresse des Proletariats zu setzen . . .“ Es verträgt sich dem nächsten Anschein nach gar nicht damit, in tieferem Sinne aber ganz gut, wenn im Bildungsausschuß die Abgeordneten Löwenstein und Hoffmann-

Kaiserslautern mit dem allergrößten Nachdruck geradezu für die Souveränität der Erziehungsberechtigten eintreten: einzig und allein die Erziehungsberechtigten hätten zu bestimmen, was Weltanschauung sei — fürwahr, eine „Kirchenschule“ und „Bekenntnisschule“ vollster Form bei den leidenschaftlichsten Gegnern der Kirchen- und Bekenntnisschulen. Der Vorwärts (10. Mai 1922) verlangt, indem er rundweg den Schulkampf für innerpolitischen Kampf erklärt und für ein wesentliches Stück des proletarischen Klassenkampfes, daß die Elternbeiräte als politische Körperschaft auftreten. Nach der „Freiheit“ (10. Mai 1922) sind die Elternbeiratswahlen der Auftakt zum Kultur-Machtwillen des Proletariats. Für den Vollzug dieser Wahlen vereinigten sich dann im Frühsommer 1922 die drei sozialistischen Parteien zu gemeinsamem Vorgehen im „Kampf gegen die Schulreaktion“ und für die „weitere Arbeit an der Revolutionierung der Schulen“. Das Programm, das dafür ausgegeben wurde, verlangt u. a.: „Umgestaltung des veralteten Schulbetriebes in Richtung auf die Arbeits- und Produktionschule, obligatorische Kindergärten, Zusammenfassung der 5—7 jährigen Kinder als Anfang, Weltlichkeit der Schule, Propaganda für die Abmeldung der Kinder vom RL., Säuberung der Bibliotheken und Lehrbücher auch von allem „pfäffischen“ Schrifttum, Erweiterung des Einflusses der Eltern- und Schülerschaft auf das gesamte Schulwesen, Öffentlichkeit des gesamten Unterrichts, Einblick in sämtliche behördlichen Erlasse und Verfügungen, Teilnahme an allen Konferenzen des Lehrkörpers.“ Kein Wunder, daß es der Lehrerschaft, auch und gerade der nach links gerichteten, wie manche Stimmen aus den Organisationen der Lehrerschaft bezeugen, ziemlich bange wird und daß im Vergleich zu dieser politisch aufs Sozial-kommunistische, religiös aufs Atheistische eingestellten „weltlichen“ Schule die Bekenntnisschule selbst für manche ihrer bisherigen Gegner ein freundlicheres oder wenigstens ein erträglicheres Aussehen gewinnt. Ende September fand in Nürnberg der Einigungs-Parteitag für die beiden vordem getrennten Richtungen, die Mehrheits- und die Unabhängige Sozialdemokratie statt. Das dabei aufgestellte Programm (29. Sept. 1922) verlangt kurz und bündig: „Vergesellschaftung der Erziehung und Bildung. Einheitschule mit weltlichem Charakter. Erklärung der Religion zur Privatsache. Ausgestaltung der Schule nach sozialistisch-pädagogischen Grundsätzen. Verbindung der Erziehung mit wirtschaftlicher Produktion.“ Spurlos vorübergegangen war also an dieser Gruppe politischer Führer, was einer aus ihrer eigenen Mitte eben damals (Aug. 1922 — Schwäbische Tagwacht in Stuttgart) erklärte, nämlich der ehemalige württembergische Revolutions-Kultusminister Heymann: „Wer angesichts des absoluten Fiaskos der Freidenker- und Kirchenaustrittsbewegung . . . noch immer behauptet, daß es möglich wäre, unserer Gesamtbevölkerung eine Schulform aufzuzwingen, die den RL. grundsätzlich aus ihrem Unterrichtsstoffe ausschheidet, mit dem ist natürlich keine Verständigung möglich, weil er in einem Wolkenkuckucksheim lebt.“ Die Krone vielleicht setzte dem sozialistisch-kommunistischen „Pädagogismus“ auf die Freie Lehrer-

gewerkschaft Thüringens und ihr Betriebsrätekongreß am 24. November, indem sie die Aufgabe der Familie darauf beschränkte, Kinder hervorzubringen, Ernährung, Pflege, Erziehung aber ganz der Gesellschaft überträgt. Die heutige Schule ist mit ihrer widernatürlichen Lehrweise das geistige Zucht haus der verhungern den Proletari er kinder. Die Schulen sollen zu Heimstätten der proletarischen Jugend eingerichtet, alle „reaktionären“ Lehrer und Schulaufsichtsbeamten entfernt und durch „Junglehrer und Frauen und Männer aus dem Wirtschaftsleben ersetzt, unter Beihilfe pädagogisch-interessierter Arbeiter die Wirtschaft in das Unterrichtsgebiet der Volksschule einbezogen werden. Es fehlt also wahrlich nicht an wildem ausschweifendem Radikalismus, und er mag wohl der günstigen Gelegenheit harren, sich zu verwirklichen. Abgesehen von ihm aber darf man vielleicht urteilen, daß die sozialistische Führung in Angelegenheiten der Schulfrage schwankt, indem sie bald eine extrem proletarische Freidenkerschule für die proletarische Klasse, bald eine neutral-weltliche Schule als Zwangsordnung für alle sich zum Ziele setzt. Die oben (S. 314) mitgeteilten Anträge der sozialistischen Gruppen im Bildungsausschuß mit ihrer Betonung einerseits der weltlichen, andererseits der Weltanschauungsschule bestätigen das. Beachtet man aber, daß die Weltanschauungsschule erst eigens wieder aus der Versenkung hervorgeholt worden ist, und erwägt man Ton und Richtung der aus jenem Lager erklingenden Stimmen, so scheint die Sache so zu liegen, daß für die sozialistische Richtung der Schwerpunkt mehr und mehr auf eine bewußt proletarische und atheistische Schule zu liegen kommt.

Auch zwischen diesen Polen spielte sich naturgemäß eine mannigfaltige Bewegung um die Schule und ihr Schicksal her ab. Wir erwähnen dies und das aus ihr, was die Sachlage etwa besonders beleuchtet oder als einzelnes wichtig ist und festgehalten zu werden verdient. Im Juni 1922 wurde Lehrer Runge aus Düsseldorf als Hilfsarbeiter in das preußische Kultusministerium einberufen, was einigermaßen befremden konnte, da Runge bis dahin Geschäftsführer der „Katholischen Schulorganisation“ gewesen war. In einer Rede im August urteilte der preußische Kultusminister Dr. Boelitz, die sog. Sammelschulen (für religionsunterrichtslose Kinder — also weltliche Schulen ohne diesen Namen, wie sie neuerdings unter manchen Kämpfen auch in Berlin und in Breslau errichtet worden sind), könnten den Vergleich mit den übrigen Schulen seiner Ansicht nach nur schwer aushalten, da ein starkes pädagogisches Streben in ihnen kaum erkennbar sei; die konfessionelle Schule stelle zweifellos für die Zukunft für einen großen Teil des Volkes den geltenden Schultypus dar; alle Versuche, die Simultanschule heute als die einzig gültige Norm für unsere Volksschule einzuführen, würden an dem Willen der Eltern scheitern. In Württemberg entschloß sich die Regierung, der geltenden gesetzlichen Ordnung gemäß, ein paar Lehrer, die aus der Kirche ausgetreten waren, ihres Schulamtes zu entheben, hob aber auf Drängen des Württ. Lehrervereins die Maßregel nach einiger Zeit wieder auf. Im preußischen Landtage hielt der Kultus-

minister seinen Standpunkt, daß Dissidenten wenigstens nicht als Leiter an die Spitze evangelischer Schulen gestellt werden könnten, nachdrücklich fest (Erklärung vom 23. Nov. 1922). Ebendort berechnete (schon 8. März 1922) der Abg. Lukassowiz auf Grund genauer Unterlagen, daß sogar innerhalb des Allg. Deutschen Lehrervereins mindestens 78 000 Lehrer den Gedanken der Bekenntnisschule vertreten. Der Reichsverband der jüdischen Lehrervereine erklärte Juli 1922 auf seinem Verbandstag: „Der Verband steht grundsätzlich auf dem Boden der Gemeinschaftsschule, in welcher ohne Rücksicht auf das Bekenntnis Lehrer mit gleichen Rechten und Pflichten angestellt werden. Die gegenwärtige Volksschule in Preußen und Bayern, auch die meisten sog. Simultanschulen tragen offiziell den Charakter rein christlicher Volksschulen. Solange die Gemeinschaftsschule in unserem Sinn nicht verwirklicht ist, treten wir für die Erhaltung der bestehenden und für die Neugründung jüdischer Volksschulen ein. Träger der Schullasten ist die Kommune.“ In Bayern wurde am 27. Juli das neue Gesetz über Schulpflege, Schulleitung und Schulaufsicht angenommen, das mit seinen Bestimmungen auch das Verhältnis von Schule und Kirche berührt. Die Aufgaben der Schulpflege sind darin gegenüber dem bis dahin geltenden Zustand erweitert, indem in sie auch die Förderung der Beziehungen zwischen Schule und Elternhaus und die Anteilnahme an der Erziehung der schulpflichtigen Jugend einbezogen wurde — eine Vertiefung, welche ohne Zweifel eine leise Annäherung an den Schulgemeinde-Gedanken im Dörpfeld'schen Sinne in sich trägt. Wahrgenommen wird die Schulpflege von den aus Vertretern der bürgerlichen Gemeinde, der Lehrerschaft, der Elternschaft gebildeten Schulpflegschaften. Ihnen gehören kraft Gesetzes auch die Pfarrvorstände der beteiligten Konfessionen an. Bei Schulpflegschaften, die ausschließlich für die Schulen eines Bekenntnisses errichtet sind, müssen auch die zu ihnen abzuordnenden Gemeindevertreter diesem Bekenntnis angehören. Auch für die Bildung der Schulsysteme selber ist dem Gedanken der Bekenntniseinheit Rechnung getragen, so daß — unter Umständen unter dem gleichen Dache — katholische, evangelische, simultane Schulsysteme nebeneinander gebildet werden. An die Stelle der durch das Ministerium Hoffmann eingeführten kollegialen Schulleitung tritt jetzt wieder die autoritative, aber in sehr gemäßigter Form. Ein „Schulleiter“ steht an der Spitze jeder Schule; er trifft aber in Angelegenheiten, die sich zu gemeinsamer Beratung eignen, seine Maßnahmen nach Anhörung des Lehrerrats. Dem Lehrerrat gehören von jetzt ab auch die Religionslehrer (d. h. die in der Schule neben dem Lehrer Kll. erteilenden Geistlichen) an; sofern sie hauptamtlich angestellt sind, haben sie das aktive und passive Wahlrecht hinsichtlich der Vertretung der Lehrerschaft in den Schulpflegschaften. Die Schulaufsicht endlich wird durch Staatsbeamte, natürlich durch Bezirksschulräte ausgeübt, und zwar im Hauptamt, also unter Preisgabe des von der Lehrerschaft mit besonderem Nachdruck verfolgten Grundsatzes, daß der Bezirksschulrat auch Lehrer einer Klasse sein solle. Die Bildung der Aufsichtsbezirke geschieht nicht nach dem Bekenntnischarakter

der Schulen, sondern nach örtlichen Grenzen; doch soll und kann dabei dem ersteren Gesichtspunkt wenigstens in beschränktem Umfang Rechnung getragen werden. (Über die Bestimmungen des Gesetzes hinsichtlich des RL. siehe weiter unten S. 339.) Durch Verordnung vom 6. Nov. 1922 wurde übrigens weiter angeordnet, daß am Anfang und Schluß des Schuljahres ein feierlicher Schul-Gottesdienst abgehalten werde, eine Einrichtung, die für die höheren Schulen schon bisher bestand und nun auf die Volksschulen ausgedehnt wurde. Teilnahme ist natürlich Lehrern und Schülern freigestellt. Sehr bemerkenswert und höchst bedauerlich war, was um diese Zeit mehr und mehr heraustrat, daß die Bemühung sich ausbreitet, aus den Schulbüchern und dem Schulleben den religiösen Einschlag zu entfernen. Lesebücher, Bibeln, Niederbücher erschienen in „gereinigter“ Gestalt. Begreiflich und verdienstlich daher, daß der Verband evangelischer Lehrervereine einen Ausschuß zur Bearbeitung der Lesebuchfrage einsetzte und ähnlich der Reichselternbund eine Reichskommission zur Wahrung des christlichen Erziehungsgeistes der Lesebücher ins Leben rief. Unbegreiflich muß es aber erscheinen, daß von seiten der Reichsregierung eine Rechtsauffassung vorgetragen werden konnte, die geeignet ist, alle Begriffe zu verwirren. Bei einer Besprechung nämlich über die Braunschweiger Verhältnisse (im Januar 1923) wurde seitens der Vertreter des Ministeriums ausdrücklich festgestellt, daß die Schulen in Braunschweig konfessionell seien; wenn nun trotzdem die Braunschweiger Regierung diesen Rechtscharakter zerstöre, so biete der — doch eigens für solche Verhältnisse geschaffene — Art. 74 RB. („bis zum Erlaß des in 146, 2 vorgesehenen Reichsgesetzes bleibt es bei der bestehenden Rechtslage“) keine Handhabe dagegen. Das innere Recht der Bekenntnisschule wahrte in erfreulicher Weise Dr. Boelitz, indem er am 5. April 1923 im Hauptausschuß des preußischen Landtags erklärte, es sei nicht angängig, daß Eltern, die aus der Kirche ausgetreten seien, aber trotzdem ihre Kinder (trotz des Bestehens weltlicher „Sammelklassen“) in der Konfessionschule ließen, nun sich gegen die hier geschehende Behandlung des Gesamtunterrichtsstoffes (insonderheit in Geschichte und Deutsch) auflehnten. Nimmt man zu dem allen hinzu, daß in vielerlei örtlichen Erregungen und Auseinandersetzungen der Kampf um die Schule weiter und weiter gefochten wurde, daß Rechtlosigkeit und Willkür einzureißen im Begriff ist, daß radikale Regierungen mit aller Macht an der Zerstörung der christlichen Schule arbeiten (vgl. darüber später), daß vielfach Unruhe und Verwirrung aus dem allen ins Schulgebiet hineinfließt, so ist klar, daß baldige Verabschiedung eines Reichsschulgesetzes ein dringendes Bedürfnis ist. Es muß in der Tat mit dem größten Nachdruck gefordert werden, daß nun endlich dem deutschen Volksschulwesen klare gesetzliche Grundlagen gegeben werden.

Von Bedeutung für den Gang der Dinge ist selbstverständlich die Stellung der Lehrerschaft. Soweit sie im Deutschen Lehrerverein und um ihn her organisiert ist, hat sie ihre Stellung im Berichtszeitraum auf eigentümliche Art entwickelt. Der vorjährige Bericht mußte

feststellen, daß der Deutsche Lehrerverein auf seiner Stuttgarter Tagung 1921 dem RSchG. den entschlossensten Kampf angesagt habe, ohne bestimmt zu erklären, zu welcher Schulart er sich für die Zukunft bekenne. Doch war schon von der Versammlung Hannover 1919 her kein Zweifel, daß der Verein eine weltliche Gemeinschaftsschule im Auge habe, die den religiösen Unterricht den religiösen Gemeinschaften überläßt. An anderen gemäßigteren Stimmen und Strebungen fehlte es freilich auch jetzt nicht ganz, und der vom Verein bestellte Siebzehnerausschuß hatte (Berlin Okt. 1921) in einer formell und materiell höchst unzulänglichen Erklärung (vgl. Kirchl. Jahrb. 1922, S. 327), die noch dazu bloß eines Mehrheitswillens Ausdruck war, zu den Fragen im Sinne eben jener weltlichen Gemeinschaftsschule, die zwar ein sittliches Leben und Kulturgüter kennt, die Religion aber in die Peripherie verweist, Stellung genommen. Diese Sätze wurden dann im April 1922 vom Siebzehnerausschuß noch einmal überprüft. Dabei ergab sich eine wichtige Neuerung, sofern nun mit einem Male ausgesprochen wurde, daß auch die religiösen Anlagen des Kindes im Schulleben zu pflegen seien. Die Vertreterversammlung selbst tagte vom 5.—7. Juni 1922 in Hannover. Etwas diktatorisch klang es, wenn von ihr „gegen die Nichtbeachtung der von der großen Mehrheit der deutschen Volksschullehrer vertretenen Auffassungen und Forderungen schärfster Einspruch“ erhoben wurde. Ausdrücklich wurde erklärt: „Die deutsche Einheits- und Gemeinschaftsschule, die dem freien erziehungswissenschaftlichen Schaffen Raum gibt, ist diejenige Schule, die dem deutschen Volke und Staate am sichersten ein staats- und volksbewußtes Geschlecht zu erziehen vermag.“ Zu den schwebenden Angelegenheiten direkt endlich wurde von einer Mehrheit folgendes beschlossen: „Der Deutsche Lehrerverein hält nach wie vor die in seinen Schulforderungen von 1919 (Hannover) gekennzeichnete Regelung (NB. weltliche Einheitschule, kirchlicher RU.! D. V.) der Beziehungen zwischen Staat, Schule und Kirche auf dem Gebiete der religiösen Erziehung, eine Regelung, die der staatlichen Schule die Erziehung zur sittlichen Persönlichkeit als höchste und wichtigste, durch das gesamte Schulleben zu lösende Aufgabe zuweist, den nach den Grundsätzen eines bestimmten Bekenntnisses zu erteilenden RU. aber den Bekenntnisgemeinschaften selbst überläßt, für die zweckmäßigste und allen Seiten am besten gerecht werdende. Da indes die Reichsverfassung der Durchführung dieser Forderung entgegensteht, tritt der Deutsche Lehrerverein ein für die allen Kindern gemeinsame Schule, in welcher der RU. nach den Bekenntnissen getrennt erteilt wird. Insbesondere fordert er, daß diese Schule in den Ländern, wo sie als gesetzliche Einrichtung besteht, uneingeschränkt erhalten bleibt und daß durch die in der Verfassung zugelassene Einrichtung von Sonderschulen (Bekenntnisschulen und bekenntnisfreie Schulen) weder der Aufbau der einzelnen Schulen noch der des gesamten Schulwesens eines Ortes beeinträchtigt werden darf.“ Die Sätze rücken in die richtige Beleuchtung, wenn man hinzunimmt, daß ihnen die Vorschläge des Siebzehnerausschusses mit ihrer Anerkennung

auch einer religiösen Aufgabe der Schule geopfert wurden. Der Berichterstatter des siegreichen Vorschlags lehnte diese Anerkennung sogar ausdrücklich ab. Es siegte also in Hannover die radikale Richtung. Sie siegte aber doch nur mit einer Mehrheit von 284 unter im ganzen 511 Stimmen. Der offizielle Pressebericht besagte denn auch: „Die Ansichten gingen sehr weit auseinander. Die sämtlichen Wortführer der Vereine der einzelnen Länder gaben sich alle Mühe, eine Formel zu finden, die die Vergangenheit des Deutschen Lehrervereins nicht verleugnet, aber den Mitgliedern in dieser wichtigen Frage Bewegungsfreiheit läßt.“ Die schließlich durchgedrungene Formel tut letzteres freilich nicht. Wie sehr übrigens das Zünglein an der Waage schwankte, zeigt das Schicksal eines Antrags Scherer-Worms. Er wollte unter die „Erziehung zur sittlichen Persönlichkeit“ auch die Entwicklung der religiösen Anlagen des Kindes mit einbeziehen. Der Antrag wurde zuerst mit großer Mehrheit angenommen, dann bei nochmaliger Abstimmung mit großer Mehrheit abgelehnt.

Neben der zentralen Organisation dieser Gruppe der deutschen Lehrerschaft gaben natürlich auch die einzelnen Teilorganisationen ihre Auffassung kund. Schon am 11. April 1922 hatte eine Magdeburger Vertreterversammlung des Preussischen Lehrervereins aufs schärfste sich gegen den RSchGE. und insonderheit gegen die Ergebnisse der Arbeit des Bildungsausschusses gewandt und die Gleichstellung der drei Schularten geglaubt geradezu als verfassungswidrig erklären zu dürfen. Der Ostpreussische Lehrerverein begann eine Sammlung von Unterschriften für die Gemeinschaftsschule zu organisieren. In Leipzig versuchte man es von Lehrerseite gar mit der Gründung von „christlichen Elternvereinigungen für weltliche Einheitschulen“. Der Sächsischer Lehrerverein hatte schon vor Hannover die Milderung des Siebzehner-Vorschlags in Sachen des RU. abgelehnt. Der Anhalt'sche Lehrerverein trat für die Gemeinschaftsschule im Sinne des RSchGE. ein und wollte der Gemeinschaftsstelle die Stellung der fast zwangsläufigen Normalschule geben, während der Osnabrücker Lehrerverein den RU. für die Schule reklamierte. In Bayern hatte man besonderen Anlaß auf vorsichtige und gemäßigte Haltung in diesen Grundfragen bedacht zu sein, da sich im Herbst und Winter 1922 die Gefahr einer größeren Spaltung in Abwehr radikalerer kulturpolitischer Stellung ergab. In Berlin siegte am 12. Dezember, als die Lehrer und Lehrerinnen der Volks-, Hilfs- und Mittelschulen der Stadt die Lehrervertreter bei der städtischen Schuldeputation für die sechs Innenbezirke zu wählen hatten, die Liste der Anhänger der Bekenntnisschule mit 2178 unter 4314 Stimmen. Die Allg. Deutsche Lehrerzeitung, das Organ des Deutschen Lehrervereins, arbeitete unverdrossen mit starken und stärksten Mitteln, um die Stimmung gegen die Bekenntnisschule vor der da und dort spürbaren Gefahr der Ermattung zu sichern. Der zweite Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins, Hr. Günther, glaubte trotzdem am 17. Dezember 1922 in einer Münchener Lehrerversammlung mit allem Nachdruck versichern zu können, daß sich

der Deutsche Lehrerverein keineswegs von seiner parteipolitischen Neutralität abdrängen lasse, wie denn der Beschluß des Halle'schen Vertretertags von 1920 nach wie vor in Kraft stehe: „Der Deutsche Lehrerverein ist ein Berufsverein. Seine Mitglieder sind in religiöser und politischer Beziehung durch keinerlei Satzungsbestimmungen gebunden.“ (NB. Es mag für die praktische Auseinandersetzung mit der Lehrerschaft übrigens dienlich sein, aus diesen Halle'schen Beschlüssen noch folgendes auszuheben: „Die Beschlüsse der Vertreterversammlung haben in allen inneren Vereinsangelegenheiten (Vereinsbeiträge, Rechtsschutz, Haftpflicht usw.) für die Mitglieder und die einzelnen Zweigvereine bindende Kraft. Die Abstimmungen in Fragen der Schulpolitik sind maßgebend für die Leitung des Vereins bei allen Kundgebungen nach innen und außen; in ihrem Sinne hat der Vorstand den Verein zu vertreten. Bindend sind die Beschlüsse der Vertreterversammlung auch für die Zweigvereine insofern, als sie es sich versagen müssen, bei einer Reichsstelle Forderungen anzumelden, die den Beschlüssen des Deutschen Lehrervereins zuwiderlaufen. Halten Zweigvereine in Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse ihres Landes die Durchführung der Beschlüsse nicht für angängig, so ist ihnen für ihre Wirksamkeit innerhalb der Landesgrenzen Bewegungsfreiheit erlaubt. Das Recht der persönlichen Überzeugung und der freien Meinungsäußerung wird den Mitgliedern des Deutschen Lehrervereins durch die Beschlüsse der Vertreterversammlung nicht genommen und darf ihnen auch durch die Beschlüsse der Zweig- und Einzelvereine nicht beschränkt werden; doch erwartet der Deutsche Lehrerverein von seinen Mitgliedern, daß sie seine Beschlüsse außerhalb des Vereins nicht bekämpfen“ — im ganzen ein künstliches System, das im Grunde doch die Minderheit einer vielleicht ganz knappen Mehrheit ausliefert und sie mundtot macht, und zwar in Fragen, in welchen gerade Grundsätze und Charakter eine öffentliche und freie Bekundung der persönlichen Überzeugung erfordern. Die gewerkschaftliche Organisation, zu der der Deutsche Lehrerverein sich entschlossen hat, droht übrigens diesem Minimum persönlicher Freiheit der Mitglieder erst recht gefährlich zu werden. Anders hat es je und je der Deutsche Lehrerinnenverein gehalten; er hat es vermieden, in diesen kulturpolitischen Grundfragen seine Mitglieder irgendwie zu verpflichten oder einzunengen.) Der geschäftsführende Ausschuß des Bayerischen Lehrervereins erklärte am 24. Februar 1923: „Die Führer des Bayerischen Lehrervereins haben innerhalb des Deutschen Lehrervereines wieder mit aller Weitherzigkeit für Gewissensfreiheit und für gleiches Recht auch derjenigen gekämpft, die Anhänger der Konfessionschule sind.“ Ungefähr gleichzeitig erklärte aber die schulpolitische Hauptstelle des Bayerischen Lehrervereins, daß und weshalb sie gegen die Bekenntnisschule gekämpft habe — in dem Sinne, daß sie bloß eine Bekenntnis-Staatschule, nicht eine Bekenntnis-Kirchenschule zulassen wolle. Ein Münchener Oberlehrer wieder sagte frank und frei: „Ich stehe wie alle vernünftigen Menschen auf dem Boden der weltlichen Schule.“ Kurz, es geht stark hin und her, es wogt auf und ab.

Schließlich erließ der geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Lehrervereins im April 1923 „zum Reichsschulgesetz“ folgende Kundgebung: „... In dieser Stunde, da die parlamentarischen Verhandlungen zum Abschluß zu kommen scheinen, hält es der Deutsche Lehrerverein für seine Pflicht, noch einmal mit allem Nachdruck auf die der Schule und dem Lehrerstande, dem Volk und dem Vaterland durch dieses Gesetz drohenden Gefahren aufmerksam zu machen. Er bedauert und beklagt es aufs tiefste, daß in dieser Notzeit, die das deutsche Volk über die Unterschiede der Stände, Parteien und Bekenntnisse hinweg zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammenschmieden sollte, durch das Gesetz vorhandene Gegensätze verschärft werden und das Einigende hinter dem Trennenden zurücktreten soll. Unter allen Umständen aber ist zu fordern, daß dieses Gesetz eine gerade, ehrliche und sinngemäße Ausdeutung des Art. 146, 2 ist und jede unsachliche Auslegung vermeidet. Insonderheit müssen wir von jedem zu Art. 146, 2 erscheinenden Gesetze die Beachtung folgender Forderungen verlangen: „Die öffentliche deutsche Schule muß in allen ihren Arten Staatschule sein, eine Schule, die vom Staate eingerichtet, geleitet und von ihm allein beaufsichtigt wird. Die berufliche Freiheit und Selbständigkeit der Lehrenden ist vom Staat in allen Schularten sicherzustellen und gegen unstaatliche Wünsche und Forderungen anderer Körperschaften zu schützen. Die Kinder aller deutschen Schulen sind im Geiste deutschen Volkstums und deutscher Volksgemeinschaft zu erziehen; der wissenschaftliche Charakter des Unterrichts in allen weltlichen Fächern darf durch weltanschauliche Bindungen nicht beeinträchtigt werden. Die für die Schule zur Verfügung stehenden Mittel sind zum Ausbau einer leistungskräftigen, gut durchgegliederten, planmäßig aufgebauten Schule anzuwenden und dürfen nicht für weniger leistungsfähige Zwergschulen hingegeben und zerplittert werden. Die Lehrerbildung, die nach Art. 143 nach den für höhere Berufe allgemein geltenden Grundsätzen einheitlich für das Reich zu regeln ist, darf nicht durch dieses Gesetz konfessionalisiert werden.“ Allerneuestens hat endlich der Hauptausschuß des Deutschen Lehrervereins sich die Erklärung des geschäftsführenden Ausschusses angeeignet (Berlin 22. April 1923), sie aber durch den Satz erweitert: „Die gemeinsame Schule, deren Unterricht sich auf dem gemeinsamen deutschen Bildungsgute ohne jede einseitige Färbung aufbaut und in der der R. L. nach Bekenntnissen getrennt erteilt wird, ist als Regelschule einzurichten und in den Ländern, in denen sie besteht, uneingeschränkt zu erhalten.“ Ein gutes Stück weiter ging der Bayerische Lehrerverein, der bei seiner Würzburger Vertretertagung 5.—6. April 1923 folgendes beschloß: „Für Eltern, Schüler und Lehrer gilt der Grundsatz der Gewissensfreiheit. In Anwendung des Beschlusses des Deutschen Lehrervereins zu Halle (vgl. oben S. 325) erklären wir deshalb, daß wir es nicht für angängig halten, unsere Mitglieder von Vereins wegen auf Anerkennung oder Ablehnung einer einzelnen der verfassungsmäßig zulässigen Schulformen zu verpflichten.“ Im großen und ganzen wird man urteilen dürfen, daß der Deutsche Lehrerverein

in seiner öffentlichen Stellungnahme von seiner aggressiven Haltung etwas zurückgekommen ist. Das dürfte eine Folge der Verschiedenheit der Auffassungen in der eigenen Reihe und eine Konzession an die Tatsache der erstarkenden Bewegung zugunsten der Bekenntnisschule, zugleich auch ein logisches Ergebnis des unsicheren Schwankens sein, das die Haltung des Deutschen Lehrervereins in den letzten Jahren überhaupt kennzeichnet. Im stillen und in der Allg. Deutschen Lehrerzeitung wird aber der Kampf fortgeführt. Auf den stillen Einfluß des Deutschen Lehrervereins dürfte wohl das Schwanken des Bildungsausschusses von der christlichen Gemeinschaftschule zur bloß religiösen Gemeinschaftschule zurückzuführen sein; und auch die allerneuesten Stockungen in jenem Ausschuß gehen auf die gleiche Einwirkung zurück. Man trägt sich in den Kreisen der Allg. Deutschen Lehrerzeitung noch immer mit der Hoffnung, daß es gelingt, den RSchGE. überhaupt zu Fall zu bringen.

Eine erfreuliche Einheelligkeit und Folgerichtigkeit hat dagegen im Berichtsjahre

die Arbeit von evangelisch-kirchlicher Seite her

— das Wort im weitesten Sinne genommen — gezeigt. Alle einschlägigen Organisationen waren rüstig und mutig an der Arbeit. Wir stellen die wichtigsten Tatsachen aus dieser evangelischen Eltern- und Lehrerbewegung zusammen. Im April 1922 bildete sich in Abwehr heftiger Angriffe seitens der Schlesiſchen Schulzeitung gegen die evangelische Schulbewegung eine Schlesiſche Lehrervereinigung zur Erhaltung der evangelischen Schule. Ende April 1922 hielt der Verband evangelischer Lehrerinnen (mit dem Rhein. Lehrerverein) seine Frühjahrstagung in Barmen ab mit einer großen öffentlichen Elternversammlung und einer eindrucksvollen Kundgebung zugunsten der evangelischen Schule. „Die am 20. April zu Tausenden im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses versammelten evangelischen Eltern, Lehrer, Lehrerinnen und Schulfreunde von Barmen und Umgegend bekennen sich aus vollster Überzeugung zur Schule mit der Bibel, die beseelt ist vom Geiste des alten Evangeliums von Jesus Christus, dem Gekreuzigten und Auf-erstandenen, aber auch zu einer gerechten und gesunden Schulverfassung im Sinne des großen rheinischen Pädagogen Dörpfeld, die auf Gewissensfreiheit und Elternrecht gegründet ist. Sie fordern darum die volle Gleichberechtigung der verfassungsmäßigen Schularten, wie sie von der Mehrheit des Bildungsausschusses des Reichstags beschlossen worden ist, und unter Ablehnung eines sog. Notgesetzes die baldmöglichste Verabschiedung des RSchGE.“ Ungefähr gleichzeitig (2. Mai 1922) setzte sich der Reichs-Elternbund gelegentlich einer Vertreterversammlung in Berlin mit dem damals hervortretenden Gedanken (Antrag der Deutschen Volkspartei) auseinander, die christliche Gemeinschaftschule in das Schulgesetz einzuführen. Er wollte nicht verkennen, daß sie eine bessere Grundlage der Jugendbildung gewähre, als die Gemeinschaftschule des ursprünglichen Entwurfs. Aber als Regelschule sei sie unmöglich, da sie von den

Freunden einer religionslosen Erziehung doch abgelehnt und im übrigen vermutlich vielfach dazu gebraucht werden würde, im Interesse der Herstellung einer äußeren Schuleinheit die Bekenntnisschule zu beseitigen. Damit sei aber gerade eine charaktervolle christliche Erziehung der deutschen Jugend gefährdet. Die Tagungen des Allg. Ev.-Luth. Schulvereins am 13. April in Chemnitz und des Bundes „Haus und Schule“ am 20.—24. April in Dessau bedeuteten nicht minder eine Befestigung des evangelischen Schulgedankens in den Herzen der Teilnehmer und vor der Öffentlichkeit. Alle diese Vereinigungen durften sich eines fortwährenden und stattlichen, oft sogar rasch fortschreitenden Wachstums in den verschiedensten Teilen des Reiches erfreuen, so in Hannover, Hamburg, Thüringen, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Westfalen, Braunschweig, Schlesien, Sachsen, Ostpreußen, Grenzmark. Der Verband deutscher evangelischer Lehrer- und Lehrerinnenvereine und der Verband evangelischer Religions-Lehrerinnen tagten beide Anfangs Juni, jener in Barmen, dieser in Breslau. Jener wandte sich scharf gegen die Verschleppung des Reichsschulgesetzes und gegen jede Verkürzung des Rechtes der Bekenntnisschule und der Elternrechte. Dieser erklärte es als seine besondere Arbeit, für Christusgläubigen RU. und für das deutsch-christliche Ideal der Frauenerziehung zu wirken und die auf Bibel und Bekenntnis stehenden Lehrerinnen aller Art innerhalb des Allg. Deutschen Lehrerinnenvereins zu sammeln. In Sachsen organisierten sich Oktober 1922 die Mitglieder der Vereinigung evangelisch-lutherischer Lehrer und Lehrerinnen als sächsische Lehrgemeinschaft. Eines ununterbrochenen Wachstums erfreute sich der Berliner evangelische Lehrerverein. Auch Pommern vollzog die Gründung eines Vereins evangelischer Lehrer und Lehrerinnen. Zu Anfang des Jahres 1923 veranstaltete der Reichs-Elternbund eine Reichserziehungswoche. Gottesdienste, Versammlungen mit Vorträgen und Kundgebungen fanden im ganzen Bereiche dieser Organisation statt. Eine Erklärung wird angenommen, die die ernste Tatsache feststellte, daß „in weiten Gebieten Deutschlands der christliche Erziehungsgeist mit den Gewaltmitteln des Staates unterdrückt oder ausgerottet ist. In anderen Gebieten wird die evangelische Schule von innen her ausgehöhlt durch Geister, die nicht aufbauen, sondern verneinen. Ebenso lange, seit drei Jahren, ruft das deutsche Volk nach einem Reichsschulgesetz, das die Verheißung der Verfassung erfüllt: Freie Bahn für den Erziehungswillen der Elternschaft. Statt diesen Ruf zu hören, arbeitet man hartnäckig daran, dem deutschen Volke eine „gemeinsame“ Zwangsschule aufzunötigen. Darüber leidet insbesondere die deutsche evangelische Jugend Not. Darum fordern wir evangelischen Männer und Frauen: keinen Schulkrieg mehr! Wir wollen den Schulfrieden! Wir wollen ein gerechtes, ein freies Reichsschulgesetz.“ Einen Reichs-Elterntag veranstaltete dann der Reichs-Elternbund vom 3.—6. April in Braunschweig, mit großen Versammlungen, einem Gottesdienst im Dom und einer großen öffentlichen Kundgebung, in der insonderheit die Schulzerstörung in Mitteldeutschland die Herzen bewegte. Gefordert wurde auch hier beschleunigte Verabschiedung des

RSchGE., zugleich aber erklärt, daß nur ein solches Gesetz annehmbar sei, das der evangelischen Schule volle Sicherheit und Entfaltungsfreiheit gewährt. Sollten alle Versuche, auf dem bisherigen Wege zum Schulfrieden zu gelangen, scheitern, so würde die evangelische Elternschaft mit allen gesetzlichen und verfassungsmäßigen Mitteln (NB. Volksbegehre, Volksentscheid) weiterkämpfen, bis das Ziel erreicht sei. Aus einer ähnlichen Kundgebung des Verbands evangelischer Lehrer- und Lehrerinnenvereine (vom 4.—6. April 1923) heben wir außer dem Verlangen nach Beendigung des Schulstreits durch Erledigung des RSchGE. hervor die Forderung, das Gesetz solle Sicherungen für eine dem Charakter der Schulen entsprechende Besetzung nicht nur der Lehrkörper, sondern auch der Schulaufsichtsstellen erhalten. Einer Anregung des Allg. Ev.-Luth. Schulvereins zufolge wurde in lutherischen Kirchengebieten (wie Sachsen, Bayern) der 15. April, der Sonntag vom guten Hirten, als Erziehungs-sonntag durch entsprechende Predigt und sonstige Veranstaltungen begangen.

Seiner Tradition, von zwei zu zwei Jahren zu tagen, getreu trat in der Pfingstwoche der Deutsche Evangelische Schulkongreß zum 20. Male zusammen, diesmal in Halle. Die ihm angeschlossenen Organisationen, z. B. der Verband evangelischer Religionslehrerinnen, der Bund Haus und Schule usw. benutzten die Tagung, um auch in ihrem besonderen Kreise zu beraten und zu handeln. Besonders eingehend verhandelte die Vertreterversammlung des Verbandes der deutschen evangelischen Lehrer- und Lehrerinnenvereine. Die Hauptarbeit galt der Durchberatung des vom Verbandsdirektor Grünweller aufgestellten Entwurfs eines Schulprogramms für den Verband Deutscher Evangelischer Schulgemeinden und Elternvereinigungen, Lehrer- und Lehrerinnenvereine, die Zusammenfassung der für die evangelische Bekenntnisschule kämpfenden organisierten Eltern und Lehrerschaft darstellt. Ausgehend vom Familienprinzip, baut sich das Schulprogramm auf der weitgehendsten Mitarbeit aller erziehungsberechtigten Kreise auf, verankert in Gewissensfreiheit und Elternrecht. Es ist durchdrungen vom Geiste sozialer Pädagogik und zielbewußt gerichtet auf das biblisch-christliche Erziehungsideal, die im Worte Gottes gegründete Persönlichkeit. Man erstrebt als Grundlage einer gesunden Schulverfassung im Sinne Dörfelds die gesinnungseingeeignete evangelische Schulgemeinde, deren besondere Aufgaben in Verbindung mit den übrigen erziehungsberechtigten Gruppen klar zum Ausdruck gebracht werden. Die kirchliche Schulaufsicht auch für den Religionsunterricht wird abgelehnt, jedoch ein Vertrauensverhältnis zwischen Kirche und evangelischer Schule als notwendig für ein gedeihliches Zusammenarbeiten erachtet. Entsprechend der Wichtigkeit des Lehrberufes wird für die Vorbildung des Lehrerstandes ein volles Universitätsstudium gefordert. — Im Anschluß an die Stellungnahme des Verbandes zur Kirche wurde folgende Entschließung angenommen:

Laut § 16 seines Schulprogramms lehnt der Verband Deutscher Evangelischer Lehrer- und Lehrerinnenvereine eine kirchliche Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes der Kirche ab. Diese Stellungnahme entspringt

keineswegs aus innerer Gegensätzlichkeit zur Kirche, zu der er in unverbrüchlicher Treue hält. Vielmehr ist er von Herzen bereit, das unbedingt wünschenswerte Vertrauensverhältnis zwischen Schule und Kirche fördern zu helfen. Dies kann seines Erachtens geschehen durch praktische Auswertung der Arbeitsgemeinschaften zwischen Pfarrern und Lehrern, z. B. bei der Aufstellung von Religionslehrplänen und der Auswahl und Beurteilung von Lehrbüchern für den Religionsunterricht, ferner dadurch, daß der staatliche Schulaufsichtsbeamte, der grundsätzlich auch der Vertrauensmann der Kirche sein soll, über den Stand des Religionsunterrichtes der Schule Bericht erstatten kann. Der Verband sieht darin einen gangbaren Weg, der Kirche die von beiden Seiten gewünschte Fühlungnahme (Kenntnisnahme) zu ermöglichen.

Einer Anregung der christlichen (evangelischen) Lehrerorganisation Hollands, vertreten durch Rektor Uittenbogaard aus Arnheim, folgend, wurde der Gründung eines Bundes evangelisch-christlicher und nationaler Lehrer- und Lehrerinnenvereine aus Deutschland, Holland, Schweden, der Schweiz und Finnland freudig zugestimmt.

Der Schulkongreß selbst begann mit einem Gottesdienst im ehrwürdigen Dome der Stadt; Oberkirchenrat D. Jahn-Greiz predigte über Joh. 17, 3. Eine abendliche Begrüßungsversammlung hörte die Vertreter und Vertreterinnen der wichtigsten angeschlossenen Organisationen über ihre Aufgaben und Ziele und Kräfte mannigfaltig berichten, empfing von dem Reichstagsabgeordneten D. Mumm die Versicherung, der Bildungsausschuß werde seine Arbeit so beschleunigen, daß bis zum Herbst der Entwurf zur Beratung im Plenum reif sei, und ließ sich dankbar von Rektor Uittenbogaard im Namen von 5000 christlichen Lehrern Hollands grüßen. Die beiden Hauptversammlungen am Pfingstmittwoch widmeten sich zwei zentralen Angelegenheiten. Vormittags sprach Prof. D. Bürckstümmer-Erlangen über das evangelische Schulideal und seinen Wert für Volk und Kirche. Deutsches Gemüt, Zucht und Treue sind die Gaben, mit denen das deutsche Volk seinen Sonderbeitrag zu der Menschheitsgeschichte leistet. Aufgabe der Schule ist es daher, jene Gaben und Eigenart im Kinde zu wecken und zu üben. Dazu brauchen wir aber die christliche Schule; denn erst die religiöse Verankerung des Lebens durch Christum in Gott gibt deutschem Gemüt, deutscher Zucht und Treue ihren tiefsten Sinn. Eine weltliche „Einheitschule“ könnte die Kinder äußerlich einigen, ließe sie aber innerlich arm. Die christliche Schule ist aber für uns notwendig die evangelische Schule. Luther, der Entdecker des reinen Evangeliums, verkörpert zugleich das deutsche Wesen. Eine Schule, die das Eigenartige des evangelischen Christentums in den RU. einschließt, wie das die Gemeinschaftsschule tut, läßt das Religiöse notwendig verkümmern. Mit dem evangelischen Schulideal dienen wir also im tiefsten Sinn dem Volke. Aber auch für den Bestand der Kirche ist die evangelische Schule grundlegend und unentbehrlich. Sollte man uns die Gemeinschaftsschule oder gar die weltliche Schule aufzwingen wollen, so müßte die Kirche nach der Kirchen-

schule trachten. Für die erste Hauptversammlung hatte der akademische Senat die schöne Aula zur Verfügung gestellt. Die zweite Hauptversammlung fand im Auditorium maximum statt und fand dieses wiederum gefüllt. Rektor Jetter aus Kannstatt, in der praktischen Schularbeit alt geworden, sprach über die psychologische Gestaltung des RL., ein Thema, das in der anschließenden Aussprache nicht weniger als 24 Redner das Wort ergreifen ließ, ohne daß auf gänzlich ferne Gebiete abgeschweift worden wäre. Die Kinder in die Schule des göttlichen Meisters und seines Wortes zu führen ist die Aufgabe des RL. in einer Didaktik, die sich an der Heiligen Schrift und der Lehrweise Jesu orientiert. Die tatsächlichen Ergebnisse erster Forschung und der vor Augen liegenden realen Erscheinungen lassen sich damit wohl vereinigen. Lehrbar ist die Religion, da sich ja Gott im Worte geoffenbart hat und Jesus selbst bezeugt, daß das Evangelium kindertümlisch ist. Berufen zum RL. ist aber nur der, der selbst ein persönliches Verhältnis zu Christus hat. Freilich ist auch die Lehrweise selber von der größten Bedeutung. Sentimentale Gefühlserregung ist nicht das Ideal. Herz, Gemüt und Geist müssen ergriffen werden. Die Kleinsten sind für Gemütsstöße besonders empfänglich. Vom 12. Jahre ab erwacht das Interesse an den großen religiösen Persönlichkeiten. Bekehrung gar mit unnüchternen Mitteln anzustreben ist nicht Sache des RL. In der Lehrbesprechung gilt es den Abweg in den Intellektualismus zu vermeiden. Anschauen, Denken, Anwenden sind die naturgemäßen Stufen der Lehrdarbietung. Das ganze innere Lebensverlangen des Kindes soll in Bewegung gesetzt, alles gewissenmäßig vertieft werden. Am Abend sprachen in einer großen Elternversammlung Frau Bültmann aus Dresden, Mitglied des Sächsischen Landtags, und Frau Stadtdirektor Buchholz aus Elberfeld, jene über das Recht der Eltern auf ihre Kinder, diese über das Recht des Volkes an seine Kinder. Dem Volke, dem Staate, den Eltern, der Kirche, dem Kinde zu geben, was jedem gebührt, in allem aber Gott zu geben, was Gottes ist, in diesem Ideal von der Aufgabe der Schule faßte sich der Gedankengehalt der ganzen Veranstaltung zusammen. Ihm entsprach auch die Erklärung zur schulpolitischen Lage, die im Namen des Vorstands vorgelegt und einmütig gutgeheißen wurde. Sie hält die feste Richtung auf die christliche Schule ein und nimmt zugleich zu besonderen Problemen spezifischer Art Stellung, wenn sie sagt: „Seit Jahrzehnten, im besonderen seit der Staatsumwälzung steht das deutsche evangelische Volk in dem entscheidenden Kampf um den Geist seiner Schule. In dieser uns aufgenötigten Verteidigung harren wir entschlossen aus bis zum siegreichen Ende. Daß es noch immer nicht gelungen ist, die gesetzlichen Grundlagen für die sichere und gerechte Gestaltung des öffentlichen Schulwesens zu schaffen, beklagen wir; Verwirrung und Leidenschaft wird dadurch gemehrt; wir fordern energisch Abhilfe. In dem ganzen Gang der Dinge im Bildungsausschuß sehen wir — ohne zu Einzelheiten jüngster Vorschläge Stellung zu nehmen — einen Beweis von der wachsenden Kraft des christlichen

Schulgedankens in unserem Volke, ein Auftauchen ernster Scheu vor der Zertrümmerung seiner innersten Lebensgrundlagen, eine Frucht der Aufrüttelung des evangelischen Gewissens durch den Ernst der Zeit. Freudig bekennen wir uns zu dem Grundsatz, daß jede Schule in Deutschland verpflichtet ist, den Sinn für unser Volkstum und seine Einheit zu pflegen. Die Gemeinschaftsschule können wir auch in ihrer geplanten neuesten Form nicht als die Schule für unsere deutsche evangelische Jugend anerkennen; ihre Anlage ist verschwommen und widerspruchsvoll; sie droht die Schularbeit innerlich zu zermürben und zu verwirren. Von dem immer neuen Wehen des Pfingstgeistes erhoffen wir einen Lehrerstand, der fort und fort berufliche Selbständigkeit und evangelische Bekennerbereitschaft miteinander verbindet, der die edlen Kulturgüter unseres Volkes und das heilige Erbgut ungebrochenen evangelischen Glaubens der Jugend übermittelt. Unberührt von den Schwankungen der Tagesüberzeugungen, im Herzen tief erregt von der Lage unseres Volkes, im Gewissen ganz an Gottes Wort nach dem biblischen Evangelium und Bekenntnis gebunden, bleiben wir bei der Forderung: „der deutschen evangelischen Jugend die deutsche evangelische Bekenntnisschule.“

Versammlungen, Vorträge, Entschließungen — liegt darin die Stärke eurer Sache? Man sage nicht so. Es gibt einen Weg, der vom Reden zum Handeln, vom Ideal zur Realisierung führt. Die

Elternbeiratswahlen

des Jahres 1922 haben gezeigt, daß die evangelische Christenheit Deutschlands diesen Weg zu finden weiß. Mit dem Frühjahr 1922 lief die Funktionsdauer der im allgemeinen 1920 erstmals gewählten preußischen Elternbeiräte ab. Neuwahlen wurden ausgeschrieben, die binnen acht Wochen nach Schulbeginn zu vollziehen seien. Die drei sozialistischen Gruppen einigten sich zu raschem Vorgehen, mit dem Entschluß, für die Trennung von Schule und Religion mit allen Kräften zu wirken, im Grunde allerdings auch dafür, daß die Schule tunlichst den parteipolitischen Macht-Strebungen unterworfen werde. Ihr Aufruf sprach geradezu vom Kampfscharakter der Elternbeiräte. Entpolitisierung der Schule und Erhaltung des christlichen Charakters der Schule war demgegenüber die Losung der christlichen Kreise. Das Stichwort ihrer Listen wurde „christlich-unpolitisch“. An den 522 (evangelischen) Gemeindeschulen Groß-Berlins wurden 4256 christlich-unpolitische gegen 2350 vereinigte sozialistische Elternbeiratsmitglieder gewählt, an 62 höheren und Mittelschulen 608 christlich-unpolitische gegen 48 andere — Zahlen, die eine starke Niederlage der Sozialdemokratie einschließen. Ähnliche erfreuliche Zahlen ergaben sich anderwärts, so in der Provinz Schlesien (8292 gegen 2927), Brandenburg 12538 gegen 4130 Anhänger der weltlichen und nur 90! der Gemeinschaftsschule, in sechs preußischen Provinzen im ganzen 37760 gegen 11577, so daß in der Tat das Urteil der „Schulfrage“ berechtigt ist: Mehr als drei Viertel aller Eltern, die ihre Stimme abgegeben haben, sind für die evangelische (NB. die katholische Elternschaft

ist bei der vorgetragenen Statistik außer acht gelassen) Schule eingetreten. Weniger günstig war das Ergebnis in Hamburg, das gleichfalls Elternbeiräte schon eingeführt hat; hier erreichte die christlich-unpolitische Liste unter im ganzen 1800 Sitzen nur 289. In Sachsen schwankte das Ergebnis ziemlich; Chemnitz gewährte den christlich-unpolitischen Vertretern sogar eine (kleine) absolute Mehrheit (253 gegen 230); Leipzig zwar nicht dies, aber doch die größte Stärke unter allen an der Wahl beteiligten Gruppen (395 gegen 352 + 58 + 20); anderwärts war das Verhältnis beträchtlich ungünstiger. Im ganzen ergaben die sächsischen Wahlen aber doch eine wenn auch nicht starke christliche Mehrheit. Nachwahlen in Sachsen im Mai 1923 haben bewiesen, daß die christliche Elternbewegung unterdessen wieder kräftig fortgeschritten ist (Leipzig hat jetzt eine christliche Mehrheit von 404 gegen 395).

Rüstig haben im Berichtsjahre die einschlägigen evangelischen Organisationen ihr Werk getan. Die Not der Presse ist nicht ganz spurlos auch an diesem Gebiete vorübergegangen. Aber es hielten sich doch wacker und fest die meisten und wichtigsten der vorhandenen Organe, wie Deutsche Lehrerzeitung, Haus und Schule, Das christliche Haus, Evang.-luth. Volksblatt, Verband ev. Religionslehrerinnen, Die evangelische Lehrerin. Auch des württembergischen Evangelischen Lehrerboten und des bayerischen Evangelischen Schulblattes sei gedacht. Zur Pflege evangelischen Erziehungs- und Unterrichtswesens ist eine Reihe von Abhandlungen eröffnet worden, für die sich in dem lange bewährten „Pädagogischen Magazin“ Raum und in dem Verlag von Beyer und Mann in Langensalza ein rühriger Verleger gefunden hat. Die Reihe bildet trotz jener Eingliederung eine völlig selbständige Sammlung und wird von Prof. D. Bachmann-Erlangen herausgegeben. Bis jetzt sind erschienen: 1. Prof. Bachmann, Ein Volk — Ein Staat — Eine Schule. 2. D. Chr. Bürckstümmer, Das „Erlebnis“ im RL. 3. Elisabeth Weber, Sonnenschein fürs Gemüt in der Schule. 4. D. Mahling, Soziale Gesichtspunkte im RL., zugleich eine Einführung in die soziale Gedankenwelt des Neuen und Alten Testaments. 5. Lic. Dr. Dietrich, Was lernen wir aus der Psychotherapie für die Methodik des RL.? Es wird gehofft und gewünscht, daß durch das Unternehmen evangelische Gedanken über Unterricht und Erziehung kräftig und wirksam in weiteren Kreisen vertreten werden.

Ohne die Schulfrage wäre das Leben der evangelischen Christenheit in Deutschland vielleicht wesentlich gemächlicher und bequemer. Aber ist das die Bestimmung der Christenheit? Selbstverständlich, die still wirkende Sauerteigskraft ist das Wichtigste. Aber Arbeit und Kampf gehören dazu. Die Schulfrage tut der deutschen evangelischen Christenheit einen wichtigen Dienst. Sie setzt sie in Unruhe, treibt sie zu inneren und äußeren Entscheidungen, nötigt ihr eine feste Haltung ab, verlangt Mannhaftigkeit und Zielbewußtheit. Etwas von diesem Segen hat, des sind wir sicher, auch das vergangene Jahr in sich getragen.

Etlliche der deutschen Gebiete sind aber auch jetzt von dem Ernst und dem Trüben der seit dem Umsturz herrschenden Lage leider ganz besonders schmerzlich und mit zerstörenden Wirkungen betroffen. Wir wenden uns diesen

Borgängen in Einzelländern

zu, indem wir in tunlichster Kürze die wichtigsten Tatsachen aufzählen.

1. In Braunschweig ordnete ein Erlaß des Unterrichtsministeriums im April 1922 an, daß Schulgebete, Andachten, religiöse Lieder, auch allgemeine Lehrstücke religiöser Tendenz, Schulfeiern religiöser Art fortan nur im R.M. Raum haben dürften; daß die in der Religionslehre erteilten Noten keinen Einfluß auf die Verletzung üben dürften. Die Kinder sollten auf die Teilnahme am lebenskundlichen Unterricht hingewiesen werden. Der Erlaß mußte aufs höchste befremden, da er der Sache nach nichts anderes bedeutete als willkürliche Umwandlung der erst durch das Gesetz vom 5. April 1913 in ihrem christlichen und konfessionellen Charakter bestätigten evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen des Landes in Gemeinschaftsschulen und da selbstamerweise die katholischen Schulen des Landes nicht betroffen wurden. Die im Mai erfolgende Umbildung der Braunschweig'schen Regierung brachte zwar die Zusage, die Verordnung sollte insoweit abgeändert werden, als das Reich es verlange; evtl. solle der Staatsgerichtshof entscheiden. Irgend eine Auswirkung scheint aber dieser Zusage nicht beschert gewesen zu sein. Auf Anfrage des Abgeordneten Schulze im Reichstag wurde seitens der Reichsregierung wenigstens das erklärt, daß die Braunschweig'sche Regierung darauf hingewiesen werde, daß eine Beeinflussung zugunsten des lebenskundlichen Unterrichtes unstatthaft sei (Mai 1922). Im Juni 1922 erhob der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß beim Reichsministerium des Inneren Beschwerde wegen Verletzung des Art. 174 R.V., der bekanntlich bis zum Erlaß reichsgesetzlicher Ordnungen über den Charakter der Schulen jede Änderung des Rechtsstandes untersagt. Schon vorher hatte aber der Reichsminister die seltsame Rechtsauffassung vertreten (12. Mai), daß eine Umwandlung von Bekenntnisschulen in Simultanschulen nicht stattgefunden habe, also auch Art. 174 nicht verletzt sei; die Braunschweiger evangelischen Schulen seien keine reinen Bekenntnisschulen gewesen, da sie auch von Kindern andersgläubiger Eltern besucht würden — ein Einwand, der kaum ganz ernst genommen werden kann, da man kaum weit über Berlin oder sonst einen Ort in Deutschland hinauszureisen braucht, um auf Schulen zu stoßen, die volle und echte Bekenntnisschulen der Tat und dem Rechte nach sind, wiewohl sie auch von Kindern anderer Konfessionen besucht werden. Doch war die Reichsregierung immerhin bereit, über die Untersagung des Gebetes usw. mit Braunschweig zu verhandeln. Dort handelten inzwischen in gar nicht seltenen Fällen die Kinder, indem sie ihrerseits auf dem Schulgebete beharrten. Die Regierung fuhr fort und stellte das Versäumnis der Schule an kirchlichen, aber vom Staate nicht mehr anerkannten Feiertagen unter

Strafe. In ganzen Trupps aber verließen am Reformationsfest die Schüler höherer Schulen die Klassen und zogen zum Gottesdienst. Die Behörden verhängten Strafen, doch im April 1923 sprach das Amtsgericht in Blankenburg Eltern, die gegen den Strafbefehl Einspruch erhoben hatten, frei. Die beste Wirkung des Ganzen war, daß die christliche Elternbewegung im Lande einen bedeutenden Aufschwung nahm. Der Reichselternbund fand unter diesen Umständen für seine Braunschweiger Tagung am 4./5. April 1923 in Stadt und Land ein lebhaftes Echo. Zu Ende ist aber dieser doch wohl vom Zaun gebrochene Braunschweiger Kulturkampf noch nicht.

2. Sachsen durchlebte unter einer der Braunschweiger Regierung gesinnungsverwandten Regierung ganz ähnliche, vielleicht noch heftigere Stürme. Die radikal kirchenfeindliche, ja atheïstische und politisierende Stellung großer Teile der Lehrerschaft schuf in immer neuen Einzelfällen Konfliktsstoff und Probleme, so z. B. Erteilung evangelischen RU. durch Lehrer, die aus der Kirche ausgetreten waren, in Dresden, oder den Einspruch eines Leipziger Lehrerrats gegen eine an religiöse Gedanken sich heranwagende Behandlung eines Lesebuchstückes oder, was viel ernster noch ins Gewicht fällt, die Verdrängung der kirchlichen Religionslehrkräfte durch Wiederübernahme des RU. seitens solcher Lehrer, die sich vor kurzem aus zwingenden inneren Gründen dem RU. entzogen hatten (so in Gröditz bei Riesa). Im September 1922 stellte ein Abgeordneter im Landtag fest, es gebe eine Masse Schulen, in denen überhaupt kein RU. erteilt wird. Am 12. Aug. 1922 erließ das Ministerium die Anordnung, daß Lehrer und Schüler nicht mehr Urlaub zum Besuch des Gottesdienstes an staatlich nicht anerkannten Feiertagen erhalten dürften. Am 24. August wurde verfügt, daß jede Art religiöser Beeinflussung von Schülern außerhalb des RU. zu unterbleiben habe; Andachten, Gebete, Kirchenlieder werden in die Religionsstunde verwiesen. Schulfeiern dürfen keinerlei religiösen Charakter tragen. Der Beifall der Freidenkerkreise war stark, der Einspruch der christlichen Organisationen lebhaft. Im Landtag wie im Reichstag, nicht minder in der sächsischen Landessynode wurde die Lage besprochen und Zurücknahme gefordert. Die Hoffnung, daß die allgemeinen Wahlen den Sturz der radikalrn Regierung herbeiführen würden, verwirklichte sich nicht. Am Reformationsfest und Bußtag blieben viele evangelische, am Allerheiligen 1923 viele katholische Kinder von der Schule weg, letztere auf Anordnung des Meißener bischöflichen Ordinariats. Die Regierung antwortete mit Geldstrafen. Schließlich aber ging es wie in Braunschweig. Die Regierung erkannte (oder erkannte an), daß den Schulen katholischer Minderheitsgemeinden eine andere Rechtsstellung zukomme (11. Nov. 1922), als den evangelischen, jene seien reine Bekenntnisschulen und hätten darum ein Recht auf Wahrung ihrer Rechtsstellung bis zu dem Zeitpunkt, wo das Reich sein Schulgesetz erlassen hätte. Im weiteren Verlauf der Dinge griff die Regierung sogar zu dem Versuche, die gesetzmäßige freie Meinungsäußerung und Betätigung etwa staatlicher Beamter innerhalb

der organisierten Elternbewegung zu verfolgen. Die Zugeständnisse aber, die sie — u. a. durch Einstellung der Strafverfolgung — den katholischen und auch den israelitischen Schülern gemacht hatte, auch auf die evangelischen Kinder auszudehnen, lehnte sie am 22. Februar 1923 erneut ab. Am 22. März kam die Angelegenheit im Reichstag zur Verhandlung. Die Reichsregierung zog sich auch hier auf die Unterscheidung unechter und echter Bekenntnisschulen zurück. Im März 1923 ließ sich der Leipziger Lehrerverein soweit fortreißen, im Bund mit den freien Gewerkschaften für Abmeldung der Kinder vom RL. zu agitieren. An Himmelfahrt 1923 mußte gelegentlich seiner Tagung in Dresden der Sächsische evangelisch-lutherische Landesschulverein in einer öffentlichen Erklärung die Forderung abermals vertreten, daß den lutherischen Eltern und Schülern ihre Gleichberechtigung mit den übrigen nicht vorenthalten werde, auch daß das Schulgebet wieder gestattet werde.

3. In Thüringen enthält sich die Regierung solcher direkter und amtlicher Angriffe, aber es scheint doch im stillen ein starker Einfluß — auch durch die Personalpolitik der Regierung — im Sinne einer noch weiteren Zurückdrängung des christlichen Grundzugs des Schullebens geübt zu werden. Konnte doch über den Kultusminister, ohne daß bisher ein Widerspruch erfolgt wäre, die öffentliche Behauptung aufgestellt werden, er habe der Lehrerschaft wegen mangelnder Förderung der Kirchenaustrittsbewegung sein Mißfallen ausgesprochen. Nicht ohne Grund wird es geschehen sein, daß der Landeskirchenrat in einer Bekanntmachung vom 17. Mai 1922 es den Erziehungsberechtigten, den Elternvereinigungen und den Kirchenvorständen zur Pflicht machte, darauf zu achten, daß nicht durch willkürliche Eingriffe die Rechtslage im Schulwesen widerrechtlich zuungunsten der Kirche geändert werde. Verschiedentlich kam es vor, daß Lehrer nach ihrem Austritt aus der Kirche fortfuhren RL. zu erteilen, bis die Regierung das doch am 31. Mai 1923 als unstatthaft erklärte. Im Widerspruch zu noch geltender Ordnung ist in den verschiedensten Teilen die Einübung der Choräle aus der Singstunde in die Religionsstunde verbannt worden; auch das Schulgebet ist vielfach, gleichfalls im Widerspruch zu der noch bestehenden Rechtslage, beseitigt worden.

Durch kleine und große Kämpfe also hindurch ringt das evangelische Volk in seiner Eltern- und zugleich auch in seiner kirchlichen Organisation und gottlob! doch nicht überall ohne Rückhalt an der Lehrerschaft um die Behauptung evangelischen Schulwesens in Deutschland. Dieser Kampf wird kaum erleichtert werden dadurch, daß man im Schulgesetzentwurf statt der ursprünglichen a-religiösen Gemeinschaftsschule (mit angehängtem RL.) nun eine Gemeinschaftsschule geschaffen hat, die auf religiös-sittliche Grundlage gestellt ist. Mit der zur Zeit in einigen deutschen Ländern bestehenden „Simultanschule“ ist diese Gemeinschaftsschule der Zukunft keineswegs identisch. Simultanschulen, wie sie als Erbe der Kulturkampfstimmung (Bayern?) oder aus noch älteren, unter dem Geist der Aufklärung stehenden Zeiten (Nassau?) bestehen oder aus neueren Er-

wägungen mehr statistischer Art (Mischung der Bevölkerung — Thüringen) geschaffen wurden, prägten ihren im allgemeinen christlichen Charakter darin aus, daß nur Lehrer einer christlichen Konfession an ihnen wirken konnten, daß sich auch das Schulleben der im deutschen Schulwesen überlieferten religiösen Sitte anpaßte. Die neuere Entwicklung raubt dieser Simultanschule mehr und mehr die ihr eine Zeit lang zugewandt gewesene Sympathie der städtischen Bevölkerung. In München z. B. geht der Prozentsatz der Einschreibungen für die (fakultative) Simultanschule langsam, aber stetig zurück. In Baden und in Nassau tolerieren die katholischen Organisationen und Volksteile die Simultanschule zwar im Augenblicke noch; aber „die Füße derer, die sie begraben wollen, sind vor der Tür“. Aus Baden bezeugt E. Kriek in seinem Artikel: „Bier Jahre badische Schulreform“ (Bad. Schulzeitung 1922, Nr. 41), daß die Simultanschule „trotz Fortschritt in allen Fugen kracht“. Die Lehrerschaft hängt sich freilich immer noch an diese Schulart, weil sie sich da Sicherheit vor außerschulischen Einflüssen und Abhängigkeiten verspricht. Aber es gilt in dieser Hinsicht und ebenso für die aus gleichen Beweggründen geliebte künftige Gemeinschaftsschule sicher, was ein Artikel der Bayerischen Lehrerinnenzeitung (1922, S. 151) verrät: „Übrigens würde die allgemeine Einführung der Gemeinschaftsschule die befürchtete Nebenbeaufsichtigung der Lehrer durch Eltern und Schüler gewiß nicht verringern, sondern vermehren; man hat in dieser Beziehung in den letzten Jahren an unseren Simultanschulen schon manche merkwürdige Erfahrung gemacht.“ Nicht minder aber darf behauptet werden, daß die Simultanisierung des Schulwesens im großen und ganzen bisher auf Kosten des Protestantismus geschehen ist. Sie hat die hohen Hoffnungen auf Ausgleichung konfessioneller Spannungen nicht erfüllt. Sie setzt in der Regel unter den in der Simultanschule vereinigten Gruppen die evangelische in bezug auf die Berücksichtigung ihrer Eigenart stärker zurück als etwa die katholische. Insofern darf denn auch unbedenklich behauptet werden, daß die Gemeinschaftsschule der Zukunft, diese entchristlichte und verallgemeinerte Simultanschule, die Hoffnungen nicht erfüllen wird, die Freunde von Volk und Vaterland im Interesse der Volkseinheit an sie knüpfen, und daß sie in dem Maße, in dem sie sich ausbreitet, von dem Marke des deutschen Protestantismus sich nähren und zehren wird. (Man beachte, daß im Jahre 1911 Preußen 30246 Schulorte besaß, aber nur 3398 davon hatten mehr als eine Schule. Die Vereinigung mehrerer Schulen eines Ortes zu einem einzigen Schulsystem, eine Maßnahme, die als Verbilligung bewertet zu werden pflegt und daher oft zugunsten der Gemeinschaftsschule ins Feld geführt wird, kann also selten genug platzgreifen. Jene Ein-Schulsysteme sind aber wohl mindestens zur wesentlich größeren Hälfte evangelisch. Ihre Verwandlung in Gemeinschaftsschulen trifft also in erster Linie die evangelische Bevölkerung.) Katholische Schüler werden in ihr verhältnismäßig wenig zu finden und doch andererseits der Natur der Dinge nach immer in so großer Zahl vorhanden sein, daß sie den Charakter der Schule wesentlich mitbestimmen. Letzteres aber wird sich in dem Verhältnis der christlichen und evangelischen zu

den freidenkerischen usw. Gruppen in gar manchen Gebieten Deutschlands wiederholen. Und immer wird in erster Linie der Protestantismus von den damit verbundenen Verhältnissen betroffen sein. Diese Gemeinschaftsschule der Zukunft auch in ihrer neuesten Form unternimmt ja ein großes Wagnis. Sie stellt sich auf religiös-sittlichen Grund. Wie wenig verlässlich aber diese Grundlage in der Praxis sein dürfte, zeigen die Auffassungen, die ein in der pädagogischen Welt so einflussreicher Mann wie Rütjesius-Weimar am 24. Februar 1923 in Leipzig bei dem Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei in einem Vortrag über „Religion und Schule“ vertreten hat: Die religiöse Anlage hat zwar Anspruch auf pflegliche Entwicklung, aber notwendig ist Hinausschiebung des Beginns des RL., Einschränkung der Stundenzahl, Entbindung von allem, was erstarrte Form ist usw. Überdies aber nimmt sie gleichzeitig in Lehrern und Schülern den großen Gegensatz von Gott und gottesleugnerisch in sich auf, und zwar nicht, wie das selbstverständlich schon bisher in manchen Fällen geschehen mußte und geschieht, als stillschweigend geduldete und geduldig getragene Ausnahme, sondern als grundsätzlich anerkanntes Verhältnis (vgl. den Wortlaut des Entwurfs, S. 309f.). Für die Organisation der Schule in sich selbst bedeutet das Hemmung, Verwirrung, Zerklüftung, Unsicherheit, Widersprüche. Aber auch über das Innerste des Schullebens hinaus wird, so ist zu besorgen, eine unwillkommene Wirkung jenes Verhältnisses sich äußern. Die neueste Entwicklung hat die Eltern plötzlich in ein viel näheres Verhältnis zur Schule gerückt, als es vordem bestand; niemand wird diesen Tatbestand rückgängig machen können, auch wenn er es wollen sollte. Ist nicht zu besorgen, daß die im Innern der Schule angelegten Widersprüche in diesem weiteren Kreis auch zum Vorschein kommen und sich geltend machen? Ein christlich gesinnter Lehrer und ein Elternrat mit freidenkerischer Mehrheit? Oder umgekehrt. Oder eine geschlossene, politisch und dogmatisch radikale Minderheit innerhalb einer andersgerichteten Mehrheit. Die Gemeinschaftsschule wird, das ist unvermeidlich, ärmer sein an erzieherischem Gut als die Bekenntnisschule. Aber wird sie denn auch nur reicher sein an Frieden, sicherer vor Zerklüftung in sich und um sie her? Diese Fragen aufwerfen, heißt sie auch verneinen. Auch angesichts der neuesten Wendung in den Schicksalen des RSchGE wird daher der deutsche Protestantismus, wenn er sich recht versteht, keinen anderen Weg in der Schulpolitik einschlagen können, als wie ihn der Stuttgarter Evangelische Kirchentag 1921 in dem Schulprogramm des deutschen Protestantismus (vgl. Jahrb. 1922, S. 341) gezeichnet hat.

Wir schließen diesen allgemeinen Überblick mit einem Ausdruck des Schmerzes über die Schulnot der Jugend in dem Einbruchsbereich am Rhein und an der Ruhr. Zahlreiche Schulen sind und werden ganz oder zum Teil beschlagnahmt, Lehrer aus Wohnung und Heimat vertrieben. Die Schularbeit stockt für zahlreiche deutsche Kinder ganz oder zum wesentlichen Teile — wahrlich ein tief ernstes Seitenstück zu den Bedrängnissen, die das deutsche und insonderheit auch das deutsch-evangelische Schulwesen in den Abtretungsgebieten oder in der Tschechoslowakei über sich ergehen lassen muß.

II. Der Religionsunterricht.

Auf Einladung der „Arbeitsgemeinschaft Schule, Kirche, Eltern“ versammelten sich für 3.—6. April 1922 in Leipzig fast 1000 Teilnehmer aus Sachsen und anderen deutschen Ländern zum Kongreß für zeitgemäßen evangelischen RU. Mehr als die Hälfte der Teilnehmer gehörten dem Lehrerstande an. Neben einer großen Reihe von Vorträgen (z. B. Die Religion im Weltanschauungskampfe der Gegenwart — Religiöse Bedeutung der biblischen Urgeschichten — Konfessioneller Charakter des RU. — Christliche Lebenskunde und Bedeutung des Dogmas usw.) fanden auch Muster-Unterrichtsstunden statt, dargeboten von Oberstudiendirektor Gaudig und Oberschulrat Bang. Einen einheitlichen Eindruck scheint das Unternehmen bei seinen Teilnehmern nicht hinterlassen zu haben. Aber es war doch bedeutungsvoll als Zeichen der wachen Teilnahme, die der RU. findet, und der Strebungen und Spannungen, die in ihm wirken. Wir blicken aber am Anfang unseres Berichtes darauf zurück, weil ja auch dieser Bericht von Strebungen und Spannungen zu sagen hat, in denen der RU. in der deutschen evangelischen Christenheit im Berichts-Zeitraume stand.

Spannung liegt nicht zum wenigsten darin, daß das Verhältnis des RU. der Schule zur Kirche noch nicht geordnet ist. Und zwar betrifft das Problem ebensosehr das Gebiet der Volksschulen wie das der höheren Schulen. Welchen Anspruch die Reichsverfassung den Religionsgesellschaften hinsichtlich des RU. in den Schulen einräumt, ist bekannt. Aber die Sicherung dieses Anspruchs auf „Übereinstimmung des RU. mit den Grundsätzen der betr. Religions-Gesellschaft“ bildet bis heute einen Streitpunkt. Und zwar weniger wohl zwischen den staatlichen Stellen und der Kirche als zwischen der Lehrerschaft und der Kirche. Von staatlicher Seite aus ist in Bayern die Sache dadurch geregelt, daß das Gesetz vom 1. August 1922 über Schulpflege, Schulleitung, Schulaufsicht (vgl. oben S. 321) in § 28 bestimmt: I. Die staatliche Schulaufsicht über die Erteilung des RU. an den Volksschulen beschränkt sich auf die Überwachung der äußeren Schulordnung, der Schulzucht und des Schulbesuches. Die Bestimmung des Lehrinhalts und der Methode der Erteilung des RU. ist Sache der zuständigen Stellen der Religions-Gesellschaften. Die Religions-Gesellschaften können durch Beauftragte den RU. ihres Bekenntnisses besuchen lassen und sich durch diese von dem Stande der Kenntnisse in der Religionslehre und der religiös-sittlichen Erziehung der bekenntniszugehörigen Schüler überzeugen. II. Die Religions-Gesellschaft und ihre Vertreter haben gegenüber den Volksschullehrern, die bei der Erteilung des RU. mitwirken, keine dienstaufsichtlichen Befugnisse. Jedoch können sich die Beauftragten der Religions-Gesellschaften mit den Lehrkräften, die den RU. erteilen, über die Abstellung wahrgenommener Mängel verständigen. Auch ist ihnen unbenommen, die Schulaufsichtsbehörde anzurufen, wenn Beanstandungen zu erheben sind.“ Damit war auch der schon im Jahrbuch 1922, S. 369 mitgeteilten kirchlichen Verordnung vom

23. Dezember 1921, die bisher ihren Rückhalt an der Ministerial-Berordnung vom 12. Januar 1921 gehabt hatte, ein gesetzlicher Rückhalt gegeben. Das Jahr 1922/23 brachte dann die Anfänge der Durchführung. Dabei machte der evangelisch-lutherische Landeskirchenrat von der in den staatlichen Vollzugsvorschriften zum Gesetze vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch und gewann auch Lehrer und Schulaufsichtsbeamte für die Durchführung jener Obliegenheiten der Kirche. Insonderheit in München und in Nürnberg üben Lehrer in Teilbezirken den von zwei zu zwei Jahren stattfindenden Besuch der einzelnen Klassen aus, während in anderen Teilbezirken Geistliche dieses Amtes walten. Die Durchführung stieß allerdings da und dort auf Widerstand seitens der Lehrerschaft. Doch war dies nur vereinzelt der Fall und ließ sich wohl beheben. In vielen Bezirken verlief die erstmalige Durchführung nicht bloß reibungslos, sondern auch erfreulich. Es ist damit für die Volksschulen die Angelegenheit jetzt ähnlich geordnet, wie sie schon lange für die höheren Schulen geordnet ist, in deren RU. es freilich hier die Kirche nicht mit „Oberlehrern“, sondern mit Theologen zu tun hat, die alle durch die Ordination in ein näheres Verhältnis zur Kirche getreten sind und durch das kirchliche Amt durchgegangen sind, bezw. in vielen Fällen noch in diesem stehen. Auch hier machte sich freilich augenscheinlich etwas von der Stimmung geltend, die in jedem organisatorischen Anteil der Kirche am RU. der Schule etwas von kirchlicher Bevormundung sieht. Der Erlaß des Landeskirchenrats über den RU. an den höheren Schulen im Schuljahr 1921/22 sagt darüber: „Die kirchliche Bevormundung ist nichts anderes als die Vergewisserung der Kirche, ob die ihr zugehörige Jugend im Geist und Sinn ihres Bekenntnisses unterrichtet wird. Wohl stehen die Religionslehrer im Dienst des Staates, der in seinen Schulen zu seiner Selbsterhaltung Religion gepflegt haben will; aber sie unterrichten im Auftrag der Kirche und sind darum der Kirche verantwortlich. Auch der Staat von heute erkennt, wie eine neuerliche Ministerial-Entscheidung ausspricht, keinen als Religionslehrer an, dem die Kirche den Lehrauftrag entzieht . . .“

In vielen anderen Gebieten Deutschlands sind aber die Dinge noch gar nicht geklärt und sehr in Gärung. Einzelne Belege dafür seien gegeben. In Nr. 17, 1922 brachte die „Christliche Welt“ einen Aufruf von zehn evangelischen Pfarrern gegen jede von der Kirche amtlich ausgeübte Beeinflussung und Beaufsichtigung des RU., das gebe keine Bürgschaft nach Art. 149 RB., schaffe Konflikte mit dem modernen Staatsgedanken und dem Selbstgefühl der Schule; dem Art. 149 sei ausschließlich durch freie Arbeitsgemeinschaften zwischen Pfarrern und Religionslehrern zu genügen. Dieser einen Stimme folgten, wie das im Vorjahrs-Berichte auch schon zu beobachten gewesen war, viele andere gleiche nach. Am 11.—13. Juli 1922 tagte in Wandsbeck die Allg. Schleswig-Holstein'sche Lehrerversammlung. Für die von ihr geforderte schleswig-holstein'sche Heimatschule (Deckname für Gemeinschaftsschule!) sprach sie u. a. aus: „Eine kirchliche Beaufsichtigung des RU. findet

nicht statt. Die Kirche verzichtet auch darauf, Einsicht in die Erteilung des RU. zu nehmen. Ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit der Kirche hat die Schulaufsichtsbehörde dadurch herbeizuführen, daß sie für die Verhandlung der einschlägigen Fragen Vertreter der Lehrerschaft und der Kirche heranzieht. Die Entsendung dieser Vertreter steht der Lehrerschaft und der Kirche zu." Der ursprüngliche Entwurf hatte auch den Satz enthalten: Das durch 149, II verbürgte Recht der Kirche darauf, daß der RU. in Übereinstimmung mit ihren Grundsätzen erteilt wird, ist gesetzlich sicherzustellen; er wurde aber bei der Abstimmung gestrichen. Angenommen wurde aber der Antrag, eine Urabstimmung der Lehrerschaft über ihre Bereitschaft zum RU. zu veranstalten. Die zweite Frage sollte dabei lauten: Würden Sie den RU. niederlegen, wenn die Kirche ein Aufsichts- und Einsichtsrecht bei der Erteilung des RU. fordert? Das Ergebnis dieser Umfrage: Von 3591 Abstimmenden erklärten sich 3572 bereit einen RU., der „den erziehungswissenschaftlichen Grundsätzen“ entspricht, zu erteilen. Zur Ablehnung des RU. in dem oben angenommenen Falle erklärten sich 3364 entschlossen. Die „Vereinigung der evangelischen akademisch gebildeten Religionslehrer an den höheren Schulen Westfalens“ lehnte bei ihrer Tagung in Hamm am 18. September 1922 jede besondere kirchliche Aufsicht ab; die für die Kirche erforderliche Bürgschaft liege in der Zugehörigkeit der Religionslehrer zu einer evangelischen Religionsgemeinschaft, ihrer Vorbildung, einer rege zu pflegenden Arbeitsgemeinschaft; für Begutachtung der Lehrpläne und der Lehrbücher sowie für besondere Konfliktsfälle sollen Ausschüsse gebildet werden aus Vertretern der Kirche, der Religionslehrer, der theologischen Fakultät. Ganz besonders radikal äußerte sich der ehemalige sächsische Kultusminister und Abgeordnete der Deutschen Demokratischen Partei Dr. Senfert (vgl. seine Abhandlung „Aufsicht über den RU.“ Bayr. Lehr.-Ztg. 1922, Nr. 42). Er glaubte behaupten zu dürfen, daß in Weimar ein Aufsichtsrecht der Kirche ausdrücklich ausgeschlossen worden sei; das sei protokollarisch festgelegt. Der RU. unterstehe nicht der Leitung durch die Religions-Gesellschaft. Jede andere Auslegung sei willkürlich und Rechtsbeugung. „Die Gewähr dafür, daß der RU. in Übereinstimmung usw. erteilt wird, liegt in der Freiwilligkeit, ihn zu erteilen. Das ist die einzige, aber auch sicherste Gewähr.“ Befremden muß es aber, wenn Dr. Senfert nun alsbald ganz harmlos zweierlei Recht als vorhanden annimmt, eins für die katholische und eins für die evangelische Seite. Für jene erkennt er nämlich ohne weiteres das Prinzip der *missio canonica* als rechtsgültig an und glaubt, sein Standpunkt lasse sich ganz damit vereinigen. Der Staat könne eben mit der Erteilung des katholischen RU. niemand beauftragen, der die *missio canonica* nicht besitzt; das widerspräche ja den Grundsätzen, zu deren Einhaltung sich der Staat in der RB. verpflichtet hat! In der ganzen Angelegenheit fällt besonders stark ins Gewicht, daß auch die organisierte bewußt evangelische Lehrerschaft sich zu allem, was irgendwie nach einem Recht der Kirche an den RU. der Schule und der einzelnen Schulklasse aussieht, kritisch gestellt hat und stellt.

Der Direktor des Verbands evangelischer Schulgemeinden, Lehrer- und Lehrerinnenvereine hat in mehreren Artikeln der Deutschen Lehrerzeitung immer wieder den Standpunkt vertreten, der schließlich in dem Schulprogramm dieses Verbands Aufnahme fand und gelegentlich des Schulkongresses in Halle dort innerhalb dieses Verbandes so zusammengefaßt wurde (Erklärung vom 26. Mai 1923): „Laut § 16 seines Schulprogramms lehnt der Verband deutscher evangelischer Lehrer- und Lehrerinnenvereine eine kirchliche Beaufsichtigung des Rl. der Schule ab. Diese Stellungnahme entspringt keineswegs aus innerer Gegen-sätzlichkeit zur Kirche, zu der er in unverbrüchlicher Treue hält. Vielmehr ist er von Herzen bereit, das unbedingt. wünschenswerte Vertrauens-verhältnis zwischen Schule und Kirche fördern zu helfen. Dies kann seines Erachtens geschehen durch praktische Auswertung der Arbeitsgemeinschaften zwischen Pfarrern und Lehrern, z. B. bei der Aufstellung von Religionslehrplänen und der Auswahl und Beurteilung von Lehrbüchern für den Rl., ferner dadurch, daß der staatliche Schulaufsichts-beamte, der grundsätzlich auch der Vertrauensmann der Kirche sein soll, über den Stand des Rl. in der Schule Bericht erstatten kann. Der Verband sieht darin einen gangbaren Weg, der Kirche die von beiden Seiten gewünschte Fühlungnahme (Kenntnisnahme) zu ermöglichen.“ Ein staatlicher Schulaufsichtsbeamter, der zugleich Vertrauensmann der Kirche sein kann, ist natürlich mit Sicherheit nur in einem geschlossenen System evangelischer Bekenntnisschulen denkbar; dies ist also augenscheinlich die Voraussetzung jener Erklärung. Was nun die Rechtsfrage anbetrifft, so sei hier doch erwähnt, daß ein so erprobter und tatkräftiger Vor-kämpfer der Freiheit der Schule und der Rechte des Lehrerstandes wie Jak. Benhl, Würzburg in seiner „Freien Deutschen Schule“ 1922, Nr. 1, S. 3 sagte: „Daß der Rl. im Einvernehmen mit der kirchlichen Ober-behörde geregelt, daß der Kirche die Aufsicht über die religiöse Unter-weisung und Anordnung der Lehrbücher zugestanden werden muß, ist eine selbstverständliche Sache.“

Die Abstufungen sind auf diesem Gebiet also noch sehr weit. Es war unter diesen Umständen wohl getan, daß — auf Anregung des Reichselternbundes — der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß die Frage in einer Erklärung vom 20. November 1922 behandelte. Er gab als das Ergebnis seiner Beratungen folgendes bekannt: „Nach der Deutschen Reichsverfassung soll der Rl. in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betr. Religions-Gemeinschaft erteilt werden. Ob diese Übereinstimmung vorhanden ist, kann allein die Religionsgesellschaft be-urteilen; sie hat zugleich, zusammen mit den Eltern, das entscheidende Interesse daran. Im Sinne der evangelischen Kirche ist diese Überein-stimmung überall da, aber auch nur da vorhanden, wo der Unterricht mit persönlicher Teilnahme und innerer Freudeigkeit des Lehrers im Geiste des Evangeliums, und gemäß der geschichtlichen Sonderart der betreffenden Landeskirche erteilt wird. Ob der Unterricht diesen Grund-sätzen entspricht, läßt sich nicht lediglich durch gelegentliche Kenntnisnahme

feststellen, noch weniger kann dadurch eine solche Übereinstimmung herbeigeführt werden.

Wir fordern deshalb, in Gemäßheit mit den Beschlüssen des Stuttgarter Kirchentages, eine geordnete Mitwirkung der Kirche bei der Vorbildung der Religionslehrer sowie bei Feststellung des Inhalts, der Lehrmittel und der Stundenzahl des Religionsunterrichts.

Daneben bleibt eine gesetzliche Regelung des kirchlichen Rechtes auf Kenntnisaufnahme des Religionsunterrichtes und Abstellung begründeter Beschwerden unerlässlich. Nicht um eine Dienstaufsicht des Geistlichen, wie sie früher im Auftrage des Staates gehandhabt wurde, nicht um Ausübung einer Vorgesetztenstellung darf es sich dabei handeln, sondern um Dienst an dem Evangelium und um Förderung des Unterrichts.

Zum Ziele einer inneren Übereinstimmung des Religionsunterrichts mit den Grundsätzen der evangelischen Kirche werden freilich alle Sicherungen nur da führen, wo der Religionslehrer sich dessen bewußt bleibt, daß das Evangelium den teuersten Besitz der evangelischen Kirche bildet, und daß er, welches immer seine amtliche Stellung sein mag, dem Geiste nach seinen Unterricht als Glied der evangelischen Kirche in ihrem Auftrage und in ihrer Vollmacht erteilt. Daher legt die evangelische Kirche den größten Wert darauf, daß die Regelung des Religionsunterrichts vom Vertrauen aller ernstdenkenden und wahrhaft evangelischen Lehrer getragen ist.

Es wird bei der Regelung die Eigenart der Landeskirchen wie der Länder ins Gewicht fallen. Aber überall wird man, um Mißverständnisse auszuschließen, davon absehen müssen, den Ortsgeistlichen mit der Kenntnisaufnahme des Religionsunterrichtes zu betrauen. Grundsätzlich darf auch bei der Auswahl der Personen, die mit der Wahrnehmung des kirchlichen Interesses an der Schule betraut werden, nichts anderes als die Befähigung für diesen Auftrag entscheiden."

Der Nassauische verfassunggebende Kirchentag hat aber andere Wege eingeschlagen. Er verzichtet auf „Aufsicht und Leitung“, und beansprucht lediglich ein Feststellungsrecht; dieses aber wird durch einen gemischten Ausschuß ausgeübt, der zur Hälfte seine Mitglieder durch freie Wahl der Religionslehrer aller Schulen erhält und seine Tätigkeit nur „unbeschadet der staatlichen Aufsicht“ ausübt. Es wäre sehr zu beklagen, wenn Kirchenbehörden oder Synoden in Deutschland in dieser Angelegenheit nur auf ihren besonderen Bereich und Bezirk ihre Aufmerksamkeit einschränken wollten. Es ist aus sehr dringenden Gründen nötig, hier tunlichst ein einheitliches Recht für das evangelische Deutschland wenigstens anzubahnen. Es ist unter diesen Umständen besonders bedeutungsvoll, daß in dem Reichsschulgesetzentwurf (vgl. oben S. 312) auch diese Sache gemeinsam geregelt werden soll.

In die Frage nach der rechten Ordnung dieser Angelegenheit spielte ein Streit hinein, der „Präambelstreit“ der preussischen Landeskirche und ähnliche Vorgänge in anderen Landeskirchen wie z. B. Hannover.

Es wurde in diesen Kampf von Seiten der Religionslehrerschaft dadurch ein besonderes evtl. wohl auch erhitzendes Element hineingetragen, daß schwere Gefahren für das innere Leben aus jenem Bekenntnis zum Bekenntnis abgeleitet wurden. Wir illustrieren die Lage durch folgende Auswahl von Tatsachen. Der Verein akademisch gebildeter evangelischer Religionslehrer für Groß-Berlin und Brandenburg erklärte am 14. Okt. 1922: „Wir . . . können in dem Vorpruch zur neuen Kirchenverfassung einen zutreffenden Ausdruck der Grundsätze der evangelischen Kirche nicht erkennen und sprechen ihm auf jeden Fall die Kraft lehrgesetzlicher Bindung ab. Wir fordern die Kirche auf, durch ihre Organe eine öffentliche unzweideutige Erklärung abzugeben, daß diesem Vorpruch irgend ein Recht lehrgesetzlicher Bindung nicht zusteht. Wir werden niemals eine Anklage gegen einen von uns anerkennen, die auf Grund des Vorpruchs erhoben wird . . .“ Vielleicht wäre es gut gewesen, wenn der Verein einmal seinerseits sich näher darüber verbreitet hätte, was denn nun eigentlich unter den Grundsätzen der evangelischen Kirche zu verstehen sei. Ähnliche Erklärungen ergingen von den entsprechenden Organisationen in Schleswig-Holstein und in Hannover, für die preußische Landeskirche im engeren Sinn in Westfalen und Sachsen. Eine Ortsgruppe der schlesischen Vereinigung für Reform des RL., eines Glieds des größeren „Bundes für RL. und religiöse Erziehung“, wandte sich sogar an den Minister mit einer Eingabe vom 6. Dezember 1922, die mit dem Hinweis auf die evtl. Notwendigkeit schließt, den in Übereinstimmung mit der Religionspädagogik und der Religionswissenschaft auszugestaltenden RL. von dem konfessionell gebundenen RL. zu trennen. Gemäßigter äußerte sich die (interparteiliche) Vereinigung akademisch gebildeter Religionslehrer in Westfalen, wenn sie am 15. Juni 1922 empfahl, statt der Ausschuß-Präambel die vom Oberkirchenrat und Generalsynodalvorstand empfohlene Formel zu wählen. Sie sehe in der Präambel die schwerste Gefährdung des RL., dessen Wirkung in erster Linie auf dem Vertrauen der Schüler zur Aufrichtigkeit ihrer Lehrer beruht. Die gleichzeitig tagende positive Gruppe der akademisch gebildeten Religionslehrer Westfalens erklärt dagegen: „Die Versammlung sieht in der dem Verfassungsentwurf für die evangelische Kirche der altpreußischen Union vorausgeschickten Einleitung die am besten geeignete Grundlage eines fruchtbringenden und gedeihlichen RL. und begrüßt diese Einleitung besonders auch um deswillen, weil mit der Namhaftmachung einzelner Bekenntnisschriften, der Conf. Augustana, des Kleinen Katechismus Luthers und des Heidelberger Katechismus, dem § 149 der RV. voll Genüge getan wird. Sie erkennt voll und ganz das Recht und die Pflicht der evangelischen Kirche an, den RL. durch geeignete Organe zu überwachen.“ Auch der preußische Kultusminister äußerte sich zu der Sache, einmal im Hauptausschuß des Preußischen Landtags, 11. April 1923, einmal am 16. Januar in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei in Magdeburg: von einer lehrgesetzlichen Bindung des RL. durch die Präambel könne keine Rede sein; zu einem derartigen Zwange

könne der Staat niemals die Hand bieten usw. Merkwürdig, daß der Gegensatz sich immer gleich an etwaige Rechtsfolgen klammert, anstatt die Lage religiös-ethisch zu würdigen. Auf alle Fälle muß aber doch klar sein, daß ein Unterricht, der nicht in die Kirche und ihr Bekenntnis hineinführt, für die Kirche beständig eine sehr schwere Lage schafft, nicht eine rechtliche, sondern eine geistige, und daß man von der Religionslehrerschaft doch auch eine innere und ernste Hingabe an das Letzte und Innerste der Kirche erwarten und verlangen muß, wiederum nicht im Namen des Rechtes und des Gesetzes, sondern des Geistes, ja des Heiligen Geistes.

In bezug auf die allgemeine Lage des R.U. mag zunächst die Aufmerksamkeit darauf gelenkt werden, daß dem Anschein nach die Neigung, sich dem R.U. zu entziehen, auf Seiten der Schüler wie der Lehrer geringer wird. Zwar in den Kreisen des atheisticen Sozialismus wirkt ein kräftiger Wille, sich zu trennen. An immer mehr Orten kommt es daher zur Bildung von religionslosen Sammelklassen und zu ihrer Vereinigung zu förmlichen Schulsystemen, so neuerdings in Berlin, Bielefeld, Breslau, Magdeburg, Hannover usw. Und wenn z. B. in Sachsen viele Lehrer zum R.U. zurückkehren, so geschieht es leider anscheinend zum Teil mit der Nebenabsicht, dem kirchlichen Ersatz-R.U. das Wasser abzugraben. Aber andererseits ist es doch bedeutungsvoll, daß selbst in Sachsen im Schuljahr 1923 doch nur 14% aller Kinder vom R.U. abgemeldet sind und daß in Leipzig, wo 1920 fast 50% aller neu eintretenden Kinder dem R.U. fern blieben, jetzt zu Anfang des Schuljahres 1923 von vornherein gleich 66% für den R.U. gemeldet wurden. Was die Lehrerschaft Sachsens anbetrifft, so ergab eine Erhebung des Unterrichtsministeriums vom August 1922, daß von 15809 Lehrern 5505 = 35% den R.U. überhaupt ablehnten; 7151 = 45% erteilten ihn auf Grund der „Zwickauer Thesen“, 3153 = 20% ohne diese Einschränkung. Vergleicht man damit die vorhin mitgeteilten Zahlen oder gar die Tatsache, daß 1922 in Chemnitz für 90% der neu eintretenden Kinder der R.U. gefordert wurde, so scheint sich zu ergeben, daß die kritische Haltung gegenüber dem R.U. bei der Lehrerschaft viel stärker ausgeprägt ist als bei der Elternschaft, d. h. bei dem Volke. Ähnliches ist aber auch anderwärts zu beobachten. In Bayern waren am Schluß des Schuljahres 1921/22 0,15 vom Hundert der Gesamtschülerzahl in den Volksschulen und 0,50 in den höheren Schulen dem R.U. ferngeblieben. Von den Lehrern hatten dagegen im ganzen 747 d. i. 3,6% den R.U. abgelehnt. Merkwürdig und erfreulich, daß Preußen ein anderes Verhältnis zeigt. Hier waren im März 1922 117994 Kinder = 2,2% dem R.U. fern; unter dem Lehrpersonal aber hatten nur 625 = 0,5% sich diesem Unterricht entzogen. In Stuttgart vermieden in den Bezirken der Stadt selbst unter 17727 Schulkindern 2,62%, nämlich 465 den R.U.

Dem revolutionären Ansturm selber gegenüber, der gegen ihn in Szene gesetzt worden ist, hat sich also der R.U. im allgemeinen kräftig,

da und dort leidlich, da und dort sehr kräftig behauptet. Der Moralunterricht scheint keine Aussicht auf dauernde starke Anziehungskraft zu besitzen. Das besagt aber nicht, daß nun alles in guter Ordnung sei. Gelegentlich des Reichselterntages in Berlin im Januar 1923 führte Oberkonsistorialrat D. Dibelius u. a. aus, daß es doch recht unhaltbare Zustände auf diesem Gebiete gebe. Die Zahl der Religionsstunden in der Grundschule sei noch immer ungeklärt, ebenso die Frage der Aufsicht über den RU. Niemand wisse mehr, was eigentlich im RU. der Grundschule getrieben wird. Es gebe evangelische Schulen, an denen einfach Moralunterricht erteilt wird. Auch in Thüringen konnte es vorkommen, daß verschiedentlich Lehrer, die aus der Kirche ausgetreten waren, RU. erteilten. Eine eigentümliche Schwierigkeit trat bei der Regelung dieser Frage, für die staatlicherseits anerkannt wurde, daß ein solcher Lehrer RU. im Sinne der RB. nicht erteilen soll, zutage. Die neueren pädagogischen Bestrebungen haben vielfach zur Anwendung des sog. „Gesamtunterrichts“ im ersten oder in den ersten Schuljahren geführt. D. h. die Gliederung der Schularbeit in einzelne „Fächer“ fällt mehr oder weniger ganz weg; geeignete Einheitsstoffe werden nach seiten der verschiedenen Fächer ausgewertet. Wie wird es nun mit dem RU. innerhalb dieses Gesamtunterrichts überhaupt, insonderheit aber dann, wenn ein aus der Kirche ausgetretener Lehrer den Gesamtunterricht erteilt? Die Thüringer Schulbehörde hat diese Frage bisher noch nicht erledigt. Im übrigen ist die Sache des RU. in Thüringen nunmehr dahin geordnet (Bekanntmachung des Thüringer Volksbildungsministeriums vom 18. April 1922), daß bis auf weiteres und versuchsweise nach den „Grundsätzen für den evangelischen RU.“ und nach der „Vereinbarung“ verfahren werde, die gemeinsam von den Vertretern der Kirche und denen der Lehrerschaft aufgestellt worden sind — allerdings mit der Einschränkung, insoweit und insolange die Grundsätze und Vereinbarungen von allen Beteiligten (Kirche, Lehrerschaft, Elternschaft) freiwillig anerkannt werden. Der Thüringer Lehrerverein hat es dabei übernommen, in einer vereinsamtlichen Kundgebung darauf hinzuweisen, daß von den RU. erteilenden Lehrern nun auch die gewissenhafte Durchführung der Vereinbarungen erwartet werde; wer dazu nicht in der Lage sei, möchte vom RU. zurücktreten. Für den RU. an höheren Schulen sind ähnliche Verhandlungen und Verabredungen gepflogen worden.

In Preußen hat die Frage der Stundenzahl des RU. in den höheren Schulen und der inneren Gestaltung und Einordnung des RU. in der Volksschule und in der Grundschule insonderheit gespielt. In ersterer Hinsicht hatte sich das Gerücht verbreitet, es sei beabsichtigt, die Stundenzahl in den vier oberen Klassen von 2 auf 1 zu vermindern und eine diesbezügliche Maßnahme sei in dem vom Reichsministerium des Innern den Ländern vorgelegten Entwürfe für die künftigen Lehrpläne der höheren Schulen vorgesehen. Eine nachdrückliche Eingabe des Verbands akademisch gebildeter evangelischer Religionslehrer Deutschlands vom 7. Juni wurde vom Reichsministerium am 19. Juni dahin beantwortet, eine solche Absicht

habe nicht bestanden; zu den Erwägungen des Reichsschulausschusses über eine allgemeine Herabsetzung der Wochenstundenzahl hätten sich die Unterrichtsverwaltungen der Länder dahin ausgesprochen, daß für den RL. die bisherige Stundenzahl beizubehalten sei. Bemerkenswert ist übrigens nicht minder, daß auf Eingabe der gleichen Vereinigung und den Hinweis darauf, es sei unklar, ob die Bestimmungen der RB. über den RL. sich auf alle Schulen erstreckten oder bloß auf die Volksschulen, am 18. April 1922 vom Reichsminister erwidert wurde: „Nach 149, 1 der RB. ist der RL. ordentliches Lehrfach der Schulen mit Ausnahme der bekennnisfreien (weltlichen) Schulen, d. h. . . . in allen öffentlichen und privaten Schulen, die im Gegensatz zu besonderen Fachschulen (z. B. Musikschulen) der allgemeinen Volksbildung dienen, also auch in den höheren Lehranstalten.“ Der preußische Unterrichtsminister andererseits bejahte am 12. November 1922, daß der RL. nach wie vor Prüfungsgegenstand an den höheren Schulen bleibe. Im Dezember 1922 erschienen in Preußen die amtlichen Richtlinien zur Aufstellung von Lehrplänen für die oberen Jahrgänge der Volksschule in Preußen. Sie erstrecken sich auch auf den RL., bestimmen sein Ziel, als seinen Inhalt das Evangelium mit der Persönlichkeit Jesu im Mittelpunkt des gesamten Unterrichts und empfehlen ungezwungene Einordnung der Stoffe aus Katechismus, Kirchenlied, Bibelsprüchen in die Darstellung der Biblischen Geschichte. „Die Einordnung des Katechismus kann entweder abschnittsweise geschehen oder so vorgenommen werden, daß seine Behandlung im Anschluß an die Geschichte der Reformation erfolgt. Auch bei der letztgenannten Form der Einordnung darf die Gründlichkeit der Durcharbeitung des Katechismusstoffes nicht leiden. Es unterliegt aber auch keinem Bedenken, den Katechismus im Zusammenhang im vorletzten oder letzten Schuljahr abschließend zu haben.“ Das vierte und fünfte Hauptstück des Kleinen Katechismus werden dabei dem kirchlichen Unterricht überwiesen; vom dritten ist in der Schule bloß der Text zu erlernen. (Charakteristisch übrigens, was die Richtlinien für den katholischen RL. in den Mittelpunkt stellen: „Die Seele der gesamten religiösen Unterweisung muß die Lehre von der katholischen Kirche sein, wie sie in dem von ihr vorgeschriebenen Katechismus zum Ausdruck kommt.“) Für den RL. in der Grundschule, für den sich, soweit wir sehen, ganz besonders der Verein deutscher evangelischer Lehrerinnen um Abänderung der unbefriedigenden erstmals getroffenen Ordnung bemüht hat, wurde endlich im Febr. 1923 wenigstens das erreicht, daß für den 2. 3. und 4. Jahrgang die gleiche Stundenzahl gewährt wird (4 Wochenstunden), wie sie dem katholischen RL. von Anfang an eingeräumt worden war. In Württemberg rief die Absicht, die Stundenzahl für den evangelischen RL. zu verringern, den Evangelischen Volksbund, den Evangelischen Lehrerverein und andere Organisationen auf den Plan. Eine Massenkundgebung mit über 500 000 Unterschriften ging an den Landtag. Sie erreichte, daß man von dem Plane Abstand nahm. Der Württembergische Lehrerverein freilich zürnte über diese Durchkreuzung seiner Wünsche so, daß er sich unter wenig

einleuchtenden Vorwänden dazu fortreißen ließ, unter seinen Mitgliedern Unterschriften für die Erklärung zu sammeln, sie seien bereit, in dem Zeitpunkt, wo vom Vereinsvorstand die Lösung dafür ausgegeben werde, vom RII. zurückzutreten.

Mit viel Hingabe und mannigfaltigen Vorträgen widmete sich der Verband evangelischer Religionslehrerinnen bei seiner Tagung in Breslau (Pfingsten 1922) den speziellen Angelegenheiten des RII. Im Juli 1922 fand wie schon 1920 ein von Lehrern, Lehrerinnen und Geistlichen gut besuchter religionspädagogischer Ferienkursus in Erlangen statt. Manche bedeutsame literarische Neuerscheinung und eine fast massenhafte Produktion von Lehrplänen und Lehrplanentwürfen zeugen von dem Leben, aber auch von der Unruhe dieses Zweiges der öffentlichen Unterweisung und Erziehung. Die Fürsorge für freie, außerschulische Hilfskräfte für den RII. geht weiter. Aus Bayern und aus Sachsen hört man dankbare Anerkennung der von diesen geleisteten Arbeit. Doch bereitet die sächsische Regierung und ein Großteil der sächsischen Lehrerschaft der Einrichtung tunlichste Hemmung. In Hamburg hat die Not der Zeit und der Schule zur Einrichtung von Katechismuskursen für Eltern und Helfer geführt.

Wolken mannigfaltiger Art liegen also auf dem RII., durch den die deutsche evangelische Jugend zu bewußtem Anteil an dem christlichen und kirchlichen Leben gebildet werden soll. Es liegt auf dieser Arbeit aber auch ein stilles Licht: Kinder, in deren Gesichtskreis der Herr Christus tritt, Kinder, über denen der Name Gottes aufleuchtet! Möchte ihm nie der reine Glanz der treuen, glaubenden und betenden Arbeit und des geistlichen Segens fehlen.

Bemerkung. Aus räumlichen Gründen sind wichtige Einzelgebiete wie Lehrplanentwürfe, Arbeitsgemeinschaften u. dgl., Lehrerbildungsbewegung, Entwicklung der Schulgesetzgebung in den einzelnen Ländern, Beziehungen der neuen Kirchenverfassungen zu der Lehrerschaft und der Schule, näheres über Entwicklung und Tätigkeit der großen Einzelorganisationen des Gebiets u. dgl. außer Betracht geblieben; es soll ihrer im nächsten Jahrbuch gedacht werden.

Elftes Kapitel.

Kirchliche Zeitlage.

Von Prof. D. Schneider = Berlin, Ref. im Evang. Oberkirchenrat.

(Abgeschlossen Mitte Juli 1923.)

I. Der Untergrund der kirchlichen Zeitlage.

Allgemeines. Unsere Kriegsschuld. Der Ruhreinbruch. Stimmen zum Ruhreinbruch.

Im Jahrbuch 1921 begannen wir die Schilderung der kirchlichen Zeitlage mit dem Satz: „Jetzt erst beginnt Deutschlands tiefste Not — seine politische Verknechtung, seine wirtschaftliche Verarmung, seine geistige und moralische Verelendung“. Das hat uns etliche scharfe Widersprüche eingetragen. Es war noch das geringste, daß wir der Schwarzseherei beschuldigt wurden. Einer meinte, die „Kulturidee“ sei doch auf dem Marsche; solche Urteile seien doch nur Steine auf ihrem Weg. Wie weltfremd sind doch die Utopisten! Der Illusionismus ist bis hart an die Gegenwart heran geradezu Zeitkrankheit gewesen. Ist er nun endgültig bekehrt und kuriert? Ist es eigentlich so unendlich schwer, von der Psychologie der Menschen und der Völker auch nur die Anfangsgründe zu begreifen? Es wäre uns wahrlich eine lebhaftere Genugtuung gewesen, wenn unser Urteil tatsächlich als falsch und voreilig sich erwiesen hätte. Die Geschichte dieser beiden Jahre hat es Silbe für Silbe als zutreffend nachgewiesen. Mit welchen Gefühlen werden unsere Nachfahren in 100 Jahren einmal die innere Geschichte Deutschlands aus diesen Jahren lesen? Sehr schmeichelhaft für die Intelligenz unserer hochgebildeten Zeit wird das gewiß nicht sein. Vielleicht hat gerade die bis ins feinste getriebene Spezialisierung aller Wissenschaften die Grundelemente der Erkenntnis lahmegelegt. „Da sie sich für Weise hielten, sind sie zu Narren geworden.“ Die Erscheinung ist nicht ganz neu, daß Höchstgebildeten, Führern der Wissenschaft, das Abc der Volkskunde und Psychologie völlig abhanden kam. Einsicht und Weisheit sind zwei sehr verschiedene Dinge.

So arm, so geknechtet, so verlassen von aller Einsicht als heute, war Deutschland kaum jemals in der Geschichte. Der Wehrlose ist auch ehrlos im Urteil der Welt, und freundlich dazu. Wo ist nun der sozialistische Wahn: Legt Deutschland nur seine Waffen ab, so wird die Welt ihm gerührt in die Arme sinken? Diese kindliche Phantasie ist verstorben in alle Winde. Es waren ja doch nur politische Kinder, die derartiges glauben konnten. Aber schier unausrottbar scheint etwas von

dieser weltfremden Naivität in der deutschen Volksseele zu stecken. Die eigenen Ideenkreise legt man unwillkürlich den andern unter. Gewiß, nie würden Deutsche, und wenn sie Sieger gewesen wären über das Weltall, sich zu so schonungslosem Gebrauch ihrer Macht erniedrigt haben, wie das jetzt Frankreich tut. Aber konnte man davon eigentlich gar nichts ahnen? Die Geschichte hätte es uns hundertmal sagen können, daß der Machtlose auch rechtlos ist. Aber nein — man wußte es besser. Von der „Mentalität“ Frankreichs erzählt ja ohnehin nicht nur die Geschichte mit unmißverständlicher Deutlichkeit, tausend Ruinen in Deutschland aus der Zeit Ludwigs XIV. und der „Réunions“, die rücksichtslosen Gewalttaten der Napoleonischen Ära malten uns das deutlich genug vor die Augen. Aber nein, man sah das nicht. Man hörte nicht auf alle Warnungen. Man vertiefte sich mit kindlichem Eigensinn in diese weltfremden, angeblich so humanen, in Wirklichkeit unglaublich dummen Ideen.

Vor der harten Wirklichkeit ist schon manche utopistische Idee zusammengebrochen. Oft geschah das lautlos und fast unbemerkt. Keine aber mit solchem lauten Krach, mit so erschütterndem Sturz, mit solcher mitteillosen Folgerichtigkeit, als die Kulturidee des 19. Jahrhunderts. Daß der Machtlose auch rechtlos ist, wird dem deutschen Volke jetzt mit solcher unbarmherzigen Konsequenz eingehämmert, daß man glauben sollte, es werde das nie mehr vergessen. Noch nie ist die Tatsache so ungeschminkt und unwidersprechlich ans Licht getreten, als in unsern Tagen. Wir wollten aus der Geschichte, dieser angeblich so großen und erfolgreichen Lehrmeisterin der Geschlechter, nicht lernen, nun muß die harte Gegenwart die Rolle des unerbittlichen Lehrmeisters übernehmen.

Ist das nicht ein pazifistischer Satz: die Macht an sich ist böse. Sie auch nur anzustreben ist ein Unrecht? Es wurden in Deutschland auch von 1807—1812 solche Stimmen laut, auch auf den Kanzeln. Gewiß ihre Versuchlichkeit wird allseitig zugegeben. Vielleicht sind wir von dieser Versuchung nicht ganz frei geblieben im letzten halben Jahrhundert. Aber einen derartigen Mißbrauch der Macht, wie er jetzt von Frankreich offen als Recht proklamiert und betätigt wird, wie er vom „Weltgewissen“, dieser undefinierbaren Größe, mit Selbstverständlichkeit ertragen wird, wird man doch in der deutschen Geschichte vergeblich suchen. Die Macht an sich ist weder gut noch böse. Sie wird es erst durch den Willen, der sie gebraucht. Keine Macht haben kann Schicksal sein. Ohnmächtig sein ist keine Schande. Ohnmächtig sein und bleiben wollen, das ist Schande. Nationen, die sich mit Bewußtsein auf diesen Standpunkt stellen, sind reif zum Untergang, wert ausgelöscht zu werden aus der Geschichte. Wenn die harten Tage der Gegenwart diese Gewißheit in weiten Kreisen wieder erwecken, dann sollen sie trotz allem gesegnet sein. Jetzt müssen es tausend Unschuldige an Ehre und Habe, ja etliche an Leib und Leben büßen, daß eine feminine und zugleich hoffärtige Kultur unter uns ein halbes Jahrhundert lang ihr Wesen treiben durfte, ohne

erkannt zu werden als das, was sie ist, nämlich rund heraus gesagt als utopistische Dummheit, zurückgehend auf den Rousseauschen Wahn von der angeborenen Edelmütigkeit des menschlichen Geschlechtes. In ihr wurzelt die ganze Marxsche Theorie und in dieser wieder unser politischer Sturz und unser wirtschaftliches Elend.

* * *

Trotz der Phrase, daß „Lügen kurze Beine haben“, marschiert die Weltkluge noch munter über das Erdenrund. In Amerika tut die Hearstpresse ihr mutig Abbruch, in England sind es nur vereinzelte (Morel u. a.), die ihr zu widersprechen wagen. Das in seiner Plastik so erschütternde Wort „an England“ von „Meister Guntram von Augsburg“ ist noch nicht ins Englische übersetzt, in keiner englischen Zeitung zum Abdruck gekommen. Wir können es uns nicht versagen, hier einige Sätze, die von Deutschlands Aushungerung reden, wiederzugeben.

„Als Paris im Jahr 1871 fiel, da standen die deutschen Proviantzüge schon bereit, um die belagerten Feinde vom Hunger zu erretten.

Als 1918 nach vierjähriger Belagerung und Aushungerung Deutschland fiel, da warteten — da drangen ein —

die Vollzieher des Friedens und forderten von dem halbverhungerten Volk, das schon in den reichen Tagen vor dem Krieg nicht von seinem eigenen Boden konnte ernährt werden,

zum ersten: daß es seine Kornkammern, die es ernährten, sein Westpreußen, sein Posen, seine Kolonien — und seine Werkstätten, die ihm das Brot schufen, seinen Linksrhein, sein Saarland, sein Oberschlesien — ausliefere und nach dem Krieg noch bitterer Hunger leide als im Krieg;

zum zweiten: daß es, während die Kinder vor Hunger kaum mehr leben konnten und die Säuglinge der Milch entbehrten, binnen drei Monaten abliefere: 140 000 Milchkühe, 4000 Stiere, 40 000 Stück junges Rindvieh, 700 Zuchthengste, 40 000 Stutenfüllen und Stuten, 1200 Schafböcke, 120 000 Schafe, 10 000 Ziegen und 15 000 Mutter Schweine, und daß es diesen Tribut nur als Abschlagszahlung zu betrachten habe;

zum dritten: daß es seine gesamte Übersee-, ja fast seine ganze Handelsflotte abliefere, mit der es die fehlende Nahrung für seine 60 Millionen Menschen hätte heranholen können; und die 60 Millionen blieben im Hunger;

zum vierten: daß es einen großen Teil seines Handwerkszeuges, mit dem es sich hätte heraufarbeiten können, seiner Motoren und Maschinen abliefere, und daß, was ihm gehöre, grundsätzlich dem Dienst der Feinde zur Verfügung stehen müsse, soviel nur gewünscht wird; und es wird viel gewünscht: Steine, Ziegel, Bauholz, Fensterglas, Stahl, Kalk, Zement, Maschinen, Heizenrichtungen, Möbel und anderes.

Dabei ist Shylock barmherzig und will Deutschlands Leben nicht vernichten, sondern „das allgemeine Interesse berücksichtigen, das die alliierten und assoziierten Regierungen daran haben, das gewerbliche Leben Deutschlands nicht so weit zu stören, daß ihm die Möglichkeit, die anderen Wiederherstellungspflichten zu erfüllen, genommen wird“; nicht aber das Leben deutscher Menschen zu berücksichtigen, deren einem Franzosen 20 Millionen zu viel sind;

zum fünften: daß deutsche Äcker, deren jeder Fußbreit uns mehr als nötig ist, um einige deutsche Menschen weniger an Hunger sterben zu lassen, französische Flug- und Exerzierplätze werden;

zum sechsten; daß uns an Kohlenlieferungen eine Schuld auferlegt worden ist, daß alle zehn Minuten ein viele Waggon langer Zug deutscher Kohlen über den Rhein nach Frankreich fahren muß, so daß deutsche Bahnen und Werke still-

liegen und deutsche Arbeit erfriert auf zehn Jahre hinaus; und dabei sind uns unsere besten Kohlengruben weggenommen. „Aber Frankreich braucht doch Kohlen?“ Ja. Um sie an alle Welt weiterzuverkaufen;

zum siebenten, achten, neunten, . . . vierhundertvierzigsten — lest die Paragraphen selbst nach: von der Rechtlosigkeit unserer Patente, von unseren abgelieferten Eisenbahnwagen, die nun in Frankreich auf Abbruch verkauft werden, von dem vogelfreien Daliegen unserer Staats- und Privatgüter für den französischen Zugriff; und was nicht in den Paragraphen steht, aber nun Wirklichkeit geworden ist: von der Emporfütterung unserer Fronvögte und ihres Anhangs vom Mark unseres Landes, von den 40 Milliarden Goldmark, die wir euch bis zum Dezember 1922 ausgeliefert haben an Sach- und Barleistungen, von den Befugnissen der Wiedergutmachungskommission, von dem, was ihr genau wißt, daß es nicht geleistet werden kann und den Tod bedeutet und das Verhungern.

Wie glaubt ihr euer Gewissen beruhigen zu können, wenn ihr auf die bisher hochbeschäftigte deutsche Industrie hinweist? Sklavenarbeit für euch!

Ich sage, was ich gesehen habe — anders und genauer, als eure schnellen Oberammergaureisenden und Königsseefahrer: unsere Kinder verhungern. Unsere alten Leute verhungern. Nicht in ein paar Fällen, sondern zu Tausenden. Sie verhungern leise und klaglos. Aber ich klage für sie und sag' euch vor Gott: das Elend der Masse derer, die den brutalen Kampf ums Dasein nicht verstehen, ist in aller Stille so fürchterlich, daß alle Almosen von Schweden, Holland, Amerika ihm bei weitem nimmer nachkommen. Es ist der stille Tod: Schwindsucht in allen Formen, Rachitis, Verhungern — und schlüpft alle Tage aus den Sägen des Versailler Vertrages, und alle Tage bringt er seine Ernte ein — alle Tage, alle Tage.

Ihr wißt es so gut wie die Franzosen, und wenn ihr's nicht wissen solltet, so schreien wir doch diesen Mord euch ins Gesicht, und die Weltgeschichte wird diesen Schrei nicht mehr unterdrücken können.

Um dieses Mordes willen komm vor Gottes Bericht, englisches Volk!”

Die Anklage geht weiter über die schwarze Schmach, die Mädchen und Frauen zuschanden richtet. Und endlich:

Ich müßte den Ruf vor Gottes Bericht noch vielmal wiederholen: darüber, daß ihr die Verantwortung tragt, daß das Wort von der Freiheit der Nationen so schändlich entehrt worden ist; daß ihr noch von Gerechtigkeit und Mäßigung und anderen süßen Dingen zu reden wagt angesichts dieses Elends in Mitteleuropa; daß wir in unserem Land nichts tun können, über das ihr euch nicht das Auftrittsrecht anmaßt; daß ihr uns überall niederhaltet, wo wir atmen und genesen wollen; und daß ihr den Vertrag so mit des Teufels Meisterschaft gedehnt und geflochten habt, daß er euch jederzeit zu irgendeiner neuen Folterung unseres Volkes eine Handhabe bietet — so viele Paragraphen, so viele Anklagepunkte, die euch vor das Gericht Gottes rufen.

Aber eines zum Schluß und über alles. Ihr habt nun auch über Mitteleuropa einen solchen Zustand der Dinge gebracht, daß die Verzweiflung gekommen ist, und daß zum Mord der Freiheit, zum Mord der Kinder und Alten, zur Schande der Frauen im besetzten Gebiet nun auch die Seele unseres Volkes vergiftet worden ist. Es ist Sintflut und Untergang bei uns, und allenthalben, wo das ist, beginnen viele Seelen in Verderben und Verdammnis zu fallen. Unter dem Hölleleben, das ihr uns bereitet habt, versinkt ein Teil unseres Volkes in Bier und Laster und Schmutz, weil ihr den Weg zu Ehre und freier Arbeit uns verbaut habt. Darüber mögt ihr denken, wie ihr wollt — ihr habt dafür mehr Verantwortung, als ihr zu glauben imstande seid. Ja, daß ein Teil unseres Volkes, um Leben und Freiheit, Hoffnung, Ehre und Gut, um alles, was Menschenrecht ist, betrogen, die große Lüge und das beispiellose Elend sieht, das ihr uns und unseren Kindern bereitet habt und ferner bereiten wollt — daß dieser Teil des Volkes nun, wie ihr selbst es nicht anders könntet, einen unsäglich, bitteren Haß in sich trägt und nichts mehr empfinden kann als Elend und Haß,

und daß ihr ihm mit dem Versailler Gebäude den lebendigen Gott vor seiner Seele vermauert habt —

das ist's, was wir euch am allerlautesten ins Gesicht schreien, und warum wir euch am allerungestümtesten als wegen eines Überstevens gegen die ewigen Gesetze vor Gottes Gericht laden, daß er selbst spreche."

Noch wird mit Erfolg die Fabel von der alleinigen Schuld Deutschlands am Weltkrieg aufrecht erhalten. Unsere genialen Politiker haben ja auch unterschrieben. Wenn erst die Archive sich öffnen, wird diese schmachvollste und verderblichste Lüge, von der die politische Geschichte weiß, zum Grauen der Nachwelt in ihrer ganzen Blöße dastehen. Auf ihr beruht ja Englands kaltherziger Egoismus, Frankreichs sadistische Wollust und Amerikas Begriffstugzigkeit. Eben jetzt gibt Frankreich sich redliche Mühe, nachdem Clemenceau mit seinen deutlich erkennbaren gewissenlosen Übertreibungen in Amerika ziemlich abfiel, sie wieder zu neuem Leben zu erwecken. In ruhiger Würde hat der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß im November 1922 Verwahrung eingelegt gegen die Kriegsschuldlüge und ihre das wirtschaftliche und geistige Leben Deutschlands so hart drückenden Konsequenzen in einem an den Protestantismus der Welt gerichteten Protest.

An die evangelischen Kirchen des Auslands.

Nicht als Staatsmänner und Politiker, sondern als Männer der Kirche und Vertreter des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes wenden wir uns an die evangelischen Kirchen und Christen des Auslands.

Seit der Gründung unseres Kirchenbundes am Himmelfahrtstage 1922 zum ersten Male wieder versammelt, findet der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß Volk und Vaterland in der Lage eines sinkenden Schiffes. Menschengenossen sehen nicht, wie der Untergang noch abgewendet werden soll. Es bleibt uns nur übrig, bis zur letzten Stunde glaubend und wider alle Hoffnung hoffend zu tun, was uns für Kirche und Volk zu tun befohlen ist.

Dazu gehört, daß wir gegen das Unrecht und gegen die Unwahrheit von Versailles mit dem vollen Nachdruck des Gewissensernstes auch unsere Stimme erheben.

Der Friede von Versailles ist nur eine Fortsetzung des Krieges mit andern Waffen. Er läßt die Welt nicht zur Ruhe kommen und stößt ein großes Volk wie das deutsche zusehends in den Abgrund. Deutschland, völlig wehrlos gemacht, und wichtigster Gebiete beraubt, muß sich unter immer neuen Formen und Drohungen Milliarden um Milliarden abpressen lassen und soll zudem noch die ungeheuerlichen Kosten für die feindliche Besatzung aufbringen. Infolge davon ist unser wirtschaftliches Leben ruiniert und werden Hunger und Not verewigt, die geistige Kultur ist tödlich bedroht; unsere vordem blühenden Liebeswerke gehen zugrunde; unser wieder erstarkendes religiöses und kirchliches Leben erliegt unter dem Mangel der unentbehrlichen äußeren Mittel. Die Gefahr besteht, daß ein wilder Ausbruch des Elends und der Verzweiflung schließlich alles verschlingt.

Die unmenschliche, auf völlige Vernichtung hinauslaufende Behandlung Deutschlands soll mit der Behauptung gerechtfertigt werden, daß Deutschland die Schuld am Kriege trage und dafür bestraft werden müsse. Aber diese Behauptung ist durch und durch unwahr: das erklären wir feierlich vor Gott und dem Gewissen. Man kann sich auch auf das Schuldbekenntnis von Versailles nicht berufen, das wider göttliches und menschliches Recht einem wehrlos gewordenen Volke durch die schwersten Drohungen abgezwungen worden ist und durch feststehende Tatsachen widerlegt wird. Einwandfreie Zeugnisse, auch aus dem gegnerischen Lager, werden es, wenn auch langsam,

so doch unaufhaltsam aller Welt klarmachen, wo die eigentlich Schuldigen sind. Deutschland jedenfalls braucht die volle Wahrheit in dieser Sache nicht zu scheuen.

Den auf jenes Schuldbekenntnis aufgebauten Frieden und alles, was uns seitdem angetan worden ist, können wir nur als einen schreienden Widerspruch gegen die Forderung empfinden, daß christliche Grundsätze auch im Völkerleben anzuwenden seien: eine Forderung, die gerade von den gegen uns verbündeten Völkern so oft und so laut erhoben wird. Solange mit der bisherigen Haltung nicht gebrochen wird, kann von einem wirklichen und dauerhaften Völkerfrieden, wie auch wir ihn aufrichtig wünschen, nimmermehr die Rede sein.

Wir schätzen dankbar, was christliche Bruderliebe für deutsche Kinder und Notleidende und für deutsche Anstalten getan hat und nicht müde wird zu tun. Aber auch die bestgemeinte und wohlthuendste Unterstützung kann uns nicht helfen. Was wir brauchen, ist die Möglichkeit, zu leben, zu arbeiten und unser eigenes Brot zu essen; und nicht minder die Möglichkeit, unsern altererbten geistigen Besitzstand zu erhalten und die Güter christlicher Frömmigkeit und Gesittung zu pflegen. Wir haben Anspruch darauf, in den Grenzen deutscher Sprache und deutscher Kultur in gesicherter Freiheit und unter Bedingungen zu leben, welche uns in den Stand setzen, den uns von Gott gewiesenen Beruf innerhalb der Völkerwelt zu erfüllen. Für diesen Anspruch, für die Erhaltung des deutschen Volkes und seiner alten christlichen Kultur treten wir ein. Wir erfüllen damit, als die berufenen Vertreter der deutschen evangelischen Kirchen, eine heilige Pflicht. Aber mit uns dafür einzutreten, halten wir für eine Christenpflicht, der wir auch die Glaubensgenossen im fremden Lande herzlich und ernstlich bitten, sich nicht zu entziehen.

Alle deutschen Pfarrer und Professoren, die das Ausland bereist haben, um Aufklärung zu geben und zu erhalten, sind darin einig, daß die Mär von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands und der behauptete „Neutralitätsbruch“ gegen Belgien der Angelpunkt der Weltlüge und das Hindernis der aufklärenden Gerechtigkeit sind bis zu dieser Stunde, besonders in England und Amerika, zumal für diese beiden Momente Zugeständnisse Deutschlands mit einem „Schein des Rechtes“ ins Feld geführt werden können. Für jenes die allerdings nicht so weit greifende Unterschrift des Friedenstraktates — eine politische Kurzsichtigkeit ersten Ranges, die jetzt in ihren bösen Folgen sich auswirkt und eine ganz andere Wirkung gezeitigt hat, als die verblendeten „Diplomaten“ sich vorstellten; für dieses die rein formalistisch philosophisch gefaßte Erklärung Bethmann-Hollwegs. Immer wieder werden auf diese beiden Momente hin unsere das Ausland bereisenden Theologen interpelliert. Es sei uns darum gestattet, zu diesen, das nationale sowohl als das kirchliche Interesse berührenden Punkten — man denke nur an die „Auslandhilfe“ — etliches zu sagen.

Die Aufklärung zu geben, wäre längst Sache unserer Staatsregierung gewesen. Sie hat es versäumt oder doch nur unvollkommen und zaghaft versucht, um „die Feinde nicht unnötig zu erbittern“. Eine Auffassung, die die Nachwelt kaum begreifen wird. Nun klärt sich in der Tat das Dunkel ein wenig. Frankreich in seiner frivolen, kaum noch verhüllten Herrschsucht und sadistischen Grausamkeit muß wider Willen dazu helfen, daß dem Ausland doch allmählich der Star gestochen wird. In England fängt eine Schrift des Parlamentsmitgliedes

E. D. Morel, der einst durch Aufdeckung der belgischen Greuel im Kongostaat sich einen Namen machte, mit dem Titel: „Das Gift, das zerstört“, allmählich an, die Sicherheit des bisherigen selbstgerechten Urteils zu erschüttern, wenigstens bei denen, die das „Nachdenken“ noch nicht ganz aufgegeben haben aus national-egoistischen Erwägungen. Morel beruft sich auf Rußlands aus den diplomatischen Akten klar nachgewiesenen Kriegswillen, und Frankreichs Bereitwilligkeit, den reinen Angriffsplan Rußlands durch fortgesetzte Hilfsversprechungen und Darlehen, ausdrücklich bestimmt zum Ausbau strategischer Bahnen, zu ermutigen. England ist hineingezogen worden durch seine Geheimdiplomatie, von der weder das Volk noch das Parlament etwas erfuhr. Er beruft sich dafür auf eine unwidersprochen gebliebene Äußerung Chamberlains im Unterhause, daß, wenn die von den englischen Ministern ohne Volksgenehmigung gegenüber Frankreich und Rußland eingegangenen Verpflichtungen dem Volk und der Welt bekannt gewesen wären, die Tragödie von 1914 sich nicht ereignet hätte. Die englische Demokratie — so sagt Morel — habe sich als eine absolutere Diktatur erwiesen, als sie jemals von autokratischen Monarchen ausgeübt wurde. Morel beweist ferner, daß die Rüstungsausgaben Deutschlands und der Mittelmächte überhaupt während der 10 Jahre vor dem Weltkrieg weit hinter denen Rußlands und Frankreichs zurückgeblieben seien, ohne jede Einrechnung Englands und Italiens. Deutschland hätte bei seiner Volkszahl mit Leichtigkeit 600 000 Mann mehr in Friedenszeiten unter die Fahnen stellen können. Es hat das geflissentlich vermieden. Die französischen Munitionsvorräte allein waren, wie rechnerisch nachgewiesen wird, den deutschen weit überlegen. Wo lag nun der Kriegswille? Morel bezieht sich auf das Urteil des französischen Generals Buat in der Nachrichtenabteilung des französischen Generalstabs: „Das deutsche Heer während des Krieges 1914—1918“, das verächtlich von Deutschland spricht, weil es vor dem Kriege keinerlei Anstrengungen gemacht habe, die sich mit denjenigen Frankreichs vergleichen ließen.

Was die angebliche Verletzung der Neutralität Belgiens durch Deutschland angeht, so kann sich Morel mit Recht darauf berufen, daß die belgische Regierung durch ihre geheimen Traktate ihrerseits längst den Boden der Neutralität verlassen hatte. Er erinnert auch an den Plan des französischen Generals Michel, 1910 Vizepräsident des Obersten Kriegsrats und für den Kriegsfall Generalissimus der französischen Heere, der die Ansetzung eines Teils der französischen Streitkräfte „zu einer kräftigen Offensive in Belgien“ vorsah. Auch Haldane beabsichtigte 1906 die Versammlung eines britischen Heeres von 160 000 Mann „an einem Punkt gegenüber der belgischen Grenze“. Diese Kräfte hätten angreifen müssen, wenn Deutschland im Westen defensiv geblieben wäre. Mit ihnen wäre sofort der Krieg in unser Land getragen worden. Der Einmarsch deutscher Heere in Belgien war Notwehr im eigentlichen Sinn des Worts; nur formal anfechtbar, sachlich gerechtfertigt. Das und nicht mehr wollten Bethmann-Hollwegs biedere, aber diplomatisch höchst un-

glücklichen und verhängnisvollen Worte besagen. Morel weist auch auf den Bruch der perijischen Neutralität durch Rußland, der chineijischen durch Japan, und vor allem der griechischen durch England und Frankreich hin, wiewohl bei allen diesen von einer „Notwehr“ keine Rede war. Aber davon wird nicht geredet im Völkerbund, das wird bis auf diese Stunde in England und Frankreich für recht und billig gehalten.

In Amerika hat die Schrift des Historikers Herbert Adams Gibbons: „Einführung in die Weltpolitik“ Sommer 1922, den Nebel ein wenig zur Auflösung gebracht. Seitdem haben die wackern Deutsch-Amerikaner, die, bei uns anfänglich viel verkannt, ein Martyrium getragen haben und jetzt ihre Liebe zum alten Vaterland so glänzend betätigen, auch bei den „Amerikanern ohne Bindestrich“ gewissen Sukkurs erhalten (Hearst-Presse). Aber noch immer überwiegt der Einfluß der Weltlüge bei weitem. Die Vereinigten Staaten ließen sich seinerzeit, als sie noch „neutral“ waren, die von England vollzogene Hungerblockade Deutschlands gefallen, wiewohl sie wider das Seekriegsrecht verstieß, protestierten aber gegen den Versuch des Unterseebootkrieges, diese Hungerblockade zu brechen. Inzwischen hat ein amerikanischer Gerichtshof klargestellt, daß die Lusitania, deren Torpedierung einst einen Sturm der Entrüstung erregte im Lande, Kontrebande und Munition geführt hat. Aber dies Urteil wird von der angelsächsischen Presse sorgfältig verschwiegen. Ebenso das gerade Urteil des Admiral Sims, der einst als Deutschenhasser sich hervortat, als ob der Unterseebootkrieg mit unnötiger Grausamkeit geführt worden sei. Er ist, wie er offen bekennt, mit Ritterlichkeit und Schneid geführt worden. Alle Heße wider ihn war opportunistische Lüge.

Es ist noch ein weiter Weg bis dahin, daß die Weltlüge zur Strecke gebracht wird und die Wahrheit zum Durchbruch kommt. Aber wir sehen doch wenigstens ihre Morgenröte. Die Dämmerung steigt auf. Warum aber muß das Dunkel so lange dauern? Diese dunkle Zeit entnervt unser Volk, zerstört unsere Wirtschaft, zerbricht unsere Kultur, verdirbt unser Nationalgefühl und liegt wie ein Bann auf allem, was etwa emporheben könnte, auf Ordnung und Zucht, auf der öffentlichen Moral und auch auf dem Wirken der Kirche. Morel bekennt in der oben genannten Schrift, er könnte nicht anders als „staunen über die Gleichgültigkeit, mit der das deutsche Volk diese Frage von überragender Bedeutung ansehe“. Es weiß nicht, daß es leider in unserm Vaterland Leute gibt, denen das Märchen von der „deutschen Kriegsschuld“ unentbehrlich ist um ihrer Politik willen. Er schließt: „Wir, die wir in England für die internationale Versöhnung und den Wiederaufbau arbeiten, werden immer wieder dadurch gehindert, daß es so schwer ist, über die Zustände in Deutschland die wirklichen Tatsachen zu erfahren. Ich habe den Eindruck, daß man in Deutschland noch nicht genügend begriffen hat, wieviel davon abhängt, daß Unwahrheiten rasch widerlegt werden, und wie nötig es ist, daß die öffentliche Meinung in England genaue Information erhält.“ Die Deutschen, so schließt er, täten gut,

Gladstones Mahnung zu beherzigen: iteration, iteration, damnable iteration. Wenn unser Presseamt die auch ins Deutsche übersehte Schrift Morels (Frankfurt, Sozietäts-Druckerei) auf dem ganzen Erdenrund verbreitet hätte, schon vor Jahren, das wäre heilsamer gewesen, als die Verbreitung so mancher politischen Agitations- und Streitschrift.

Der Ruhreinbruch. Niemals würde Frankreich gewagt haben, unter völliger Kaltstellung der „hohen Kommission der Alliierten“, mit bewaffneter Macht in das Ruhrgebiet einzubringen, wenn es nicht auf die Macht der Weltlüge hätte vertrauen dürfen, wenn es nicht gewußt hätte, daß der „Völkerbund“ lediglich ein Instrument in der Hand der Starken sei, die Schwachen zu knebeln nach Herzenslust, daß das sog. „Weltgewissen“ in tiefem narkotischen Schlaf liege. Es war ein verhängnisvoller Tag für die „Kulturidee“ unserer Zeit, als am 11. Jan. 1923 50 000 Mann französisch-belgischer Truppen, die inzwischen auf 250 000 vermehrt wurden, als „friedliche Ingenieur-Kommission“ in das Ruhrgebiet einbrachen, angeblich um die rückständigen „Sanktionen“ — das Fremdwort überseht man hier am zutreffendsten mit „Erpressungen“ — sicherzustellen. In der Tat ist Deutschland, trotz der einschneidendsten Anstrengungen der Erfüllungspolitik, mit geringen Resten seiner festgesetzten Lieferungen im Rückstand geblieben. Aber das eben war von Frankreich nicht nur gewollt, sondern geradezu herbeigeführt durch allerlei Bemäkelung und Zurückweisung unserer Lieferung wegen angeblich mangelnder Qualität. Aber auch eine schuldhafte Minderlieferung würde Frankreich und Belgien nicht ermächtigt haben, einseitig vorzugehen und die Rolle des Klägers und Richters zugleich in einer Instanz zu vereinigen. Gibt es nicht einen „Völkerbund“ und eine „Alliierte Kommission“, die hier nach dem Diktat von Versailles ihres Amtes hätte walten sollen? England, als führende Macht, ließ sich dieses „zur Seite schieben“ ruhig gefallen, und die andern folgten ihm. In Wirklichkeit waren es natürlich nicht unsere „unerfüllten Verpflichtungen“, die Frankreich zur sofortigen Selbsthilfe greifen ließen, sondern der heiße Wunsch, Deutschland wirtschaftlich zu zertrümmern, politisch zu zerreißen, ja dem Bolschewismus preiszugeben. Englands Egoismus ist hier überaus kurzfristig gewesen. Grauenvoll ist der Hohn, mit dem die französisch-belgische Kultur das alles mit dem Mantel der Gerechtigkeit, ja der „Humanität“ zu umkleiden sucht. Bezeichnend für diese Heuchelei ist eine Ausführung der Pariser Zeitung „Deuvre“ vom 5. Januar 1923, die sich übrigens durchaus gegen die Absicht der Ruhrbesetzung ausspricht: „Die Gefahr (!), daß Deutschland vom heutigen Tag bis zum Jahresende 27 Milliarden Goldmark bezahlen könnte, ist nicht so groß, wie Poincaré zu glauben scheint. . . Es ist doch besser, man zeigt keinen großen Schrecken angesichts der Perspektive, daß man wirklich bezahlt werden könnte. Allerdings würde es angenehm sein, sich einzubilden, daß Deutschland jahrhundertlang und regelmäßig uns eine Kontribution zahlte, die uns gestattete, uns lustig zu entwickeln und die es Deutschland untersagen würde, jemals wieder stark und frei zu werden.“ Das ist in der Tat die immer unverhüllte

zutage tretende Politik Frankreichs. Sie wird an Frivolität nur übertroffen durch die ungeheure Dreistigkeit, mit der das trotz offenkundiger Klarheit immer noch abgestritten wird. Für diese Herrschsucht, die ja im französischen Nationalcharakter liegt nach Ausweis der Geschichte, ist der Erdkreis unter die Waffen getreten, hat Englands durch Mammonismus verblendete kurzsichtige Politik sich eingelegt, hat Amerikas Rührseligkeit zur „Rettung der Kultur“ seine junge Mannschaft ins Feld geschickt — ein wahres Satyrspiel der Geschichte, dem eine grauenvolle Tragödie nachgefolgt ist. Jetzt erkennt auch der vormalige englische Premier Lloyd George den „verhängnisvollen Wahnsinn der französischen Politik“, will heißen: den verhängnisvollen Fehler seiner früheren Nachgiebigkeit gegen die Annahmen Poincarés. Jetzt endlich dämmert's auch in Amerika, wo D. G. Billard, ein glanzvoller Publizist und wackerer Kämpfer für die Wahrheit, in seiner Wochenschrift *the Union* — nach Wiedergabe all der von Deutschland geleisteten „Reparationen“ — unter dem Titel: Die Demaskierung der Franzosen schreibt: „Für die Amerikaner ist das Erniedrigende daran nicht, daß 100 000 unschuldige amerikanischen Soldaten ihr Leben lassen mußten, um diese Verhältnisse zu schaffen, sondern daß im „Weißen Haus“ und im Ministerium des Auswärtigen weder eine moralische noch politische Führerschaft vorhanden ist. Niemand, der eine Konferenz zusammenruft, um eine Situation zu enden, die, wie jeder zugeben muß, ob er die Franzosen, Engländer oder die Deutschen unterstützt, die Grundlagen aller Zivilisation in Europa bedroht.“

Was sich nun inzwischen im Ruhrgebiet zugetragen, schlägt in der Tat aller Zivilisation ins Gesicht, ist so unaussprechlich roh, herrschsüchtig und gemein, daß man nur tiefstes Mitleid haben kann mit dem Elend der betroffenen Bevölkerung und — mit der Kultur Frankreichs und Belgiens. Auf dem Papier ist der Friede geschlossen, aber im Ruhrgebiet sprechen die französischen Kriegsgerichte, nicht etwa Recht, sondern rechtlose Urteile. Nicht nur „rechtlos“ in sinnloser Härte und zutage-liegender Voreingenommenheit, sondern auch rechtlos vor dem Forum des Völkerrechts, weil den „Militärgerichten“ jede Kompetenz von vorn-herin abgeht. Nur die Macht hat sie gesetzt und nur im Kriegszustand dürften sie gesetzt werden. Wenn deutsche Beamte das nicht anerkennen wollen, und nicht anerkennen dürfen, ohne sich des Landesverrats schuldig zu machen, wenn sie ihrer rechtmäßigen Obrigkeit mit buchstäblicher Drangsal von Gut und Blut, von Leib und Leben, Treue halten, so nennt man das „passiven Widerstand“. So wirft man sie ins Gefängnis, oder man treibt sie aus dem Lande unter Zurücklassung ihrer Habe, nächstens, mit Säuglingen und schwangern Frauen. Man wirft die Kranken aus den Krankenhäusern auf die Straße, um Raum zu schaffen für die Besatzungen. Säbel und Karabiner sitzen lose, das beweist das Blutbad von Essen. Die Offiziere gehen mit Reitpeitschen über die Straße, um jeden vom Bürgersteig zu prügeln, der ihnen nicht ausweicht. Auch die Gottesdienste werden zum Zweck der Überwachung

von mit Reitpeitschen bewehrten Offizieren heimgesucht. Französische Kultur! Hin und wieder hört man von braven Offizieren, denen dieses anmaßliche Wesen ein Greuel ist, aber sie müssen gehorchen, sie können nur mildern. In der Besatzungsarmee steckt viel Abschaum des Landes, denen es ein Vergnügen ist, ohne Hemmung ihren rohen sadistischen Gelüsten zu frönen. Vergewaltigungen von Mädchen und Frauen sind an der Tagesordnung und werden, wenn überhaupt, so nur sehr leichtthin bestraft. Spielende Kinder, die der Wache ein kindisches Scherzwort zuriefen (Monsieur, nicht Brot?), werden niedergeschossen. In einer Nacht werden in Dortmund sechs Straßenpassanten erschossen, eben weil sie draußen gingen, ohne jede Provokation. Mittags war von der französischen Besatzungsbehörde der „Belagerungszustand“ angeordnet, der den Straßenverkehr von 9 Uhr ab untersagt, mit sofortiger Inkraftsetzung. Die Ausflügler konnten nichts davon wissen; die Bitte des Magistrats um einen Tag Aufschub, bis die Bevölkerung in Kenntnis gesetzt sei, wurde kalthertzig abgelehnt. Was liegt auch an dem Leben etlicher „Böches“?

Die einheimische Polizei wurde sofort aufgelöst, doch nur, damit das Gesindel freie Hand habe, und daß es am Gesindel nicht fehlt, dafür sorgte schon der Kommunismus, dieses Krebsgeschwür am deutschen Volkskörper. Tagelang durften plündernde Banden unreifer Burschen in Bochum und Gelsenkirchen ihr dunkles Handwerk treiben. Ihrer Bewaffnung sah die französische Besatzung mit Lammesgeduld zu, während sonst jeder Bürger, der auch nur eine Halbwaffe führt, geschweige denn eine Schußwaffe, rettungslos vor das Besatzungsgericht gezogen wird. Es wurde sogar behauptet — wir können dafür eine Bürgschaft nicht übernehmen —, daß die Plünderer direkt unterstützt worden seien von der Besatzung durch Waffenlieferung oder geheimes Einverständnis. Dieses Spiel mit dem Feuer hat zwar nicht lange gedauert. Es war doch wohl zu gefährlich und auch politisch abträglich.

Unsere deutschen Leser wissen zur Genüge, wie es im Ruhrgebiet zugeht. Zur Illustrierung geben wir nur eine Stichprobe, da im Ausland Einzelheiten unter Zensur stehen. In Gelsenkirchen hält ein Schutzpolizeibeamter ein rasendes Auto an, das ohne Beleuchtung fährt, ohne zu wissen, daß französische Offiziere seine Insassen sind. Er wird sofort niedergeschossen. Seine Kameraden erwidern das Feuer und verwunden einen Offizier. Sofort wird ein Strafzug unternommen. Kavallerie und Infanterie besetzen das Rathaus, die Schutzpolizei wird entwaffnet; mit aufgehobenen Händen, von Kolbenstößen getrieben müssen die Beamten an den französischen Truppen vorbei in Haft gehen. Die beiden Bürgermeister, der Polizeipräsident, der Kommandeur der Schutzpolizei, der Reichsbankdirektor werden verhaftet und in der Haft wie gemeine Verbrecher behandelt, die Stadt soll 100 Millionen Buße zahlen. Da die Zahlung verweigert wird, auch unmöglich war, wird andern Tags die zwangsweise Beitreibung versucht. Banken werden beschlagnahmt, in Geschäften die Kassen geplündert, Passanten auf der Straße die Brief-

taschen gewaltsam abgenommen. Kolbenstöße ersetzen die Quittung. Das alles nach dem Bericht des Reichskanzlers im Reichstag am 6. März 1923. Es ist kein Wunder, wenn nach solchen Vorgängen der Straßenraub Gewohnheit französischer Soldaten wird. Sie gehen nahezu straflos aus, wenn sie Straßenpassanten mit Gewalt am offenen Tage berauben. — Schon Anfang Februar wurden nach einer Denkschrift des Reichsministers des Innern folgende Opfer der Untaten von 1922 festgestellt: getötet 22 Frauen, 54 Männer; schwer mißhandelt 33 Frauen, 98 Männer. Sittlichkeitsverbrechen der Soldateska fielen zum Opfer 177 Frauen, 52 Männer. Französische Truppen waren an solchen beteiligt in 291 Fällen, in 100 Fällen weiße, in 191 farbige. In Trier allein waren schon im letzten Vierteljahr 44 Fälle vorgekommen, in denen Frauen angegriffen wurden, darunter Mädchen von 14—15 Jahren, fünf Fälle versuchter Päderastie wurden festgestellt. Mit Ausnahme eines einzigen Falles hat die französische Behörde in all diesen 49 Fällen ein Einschreiten abgelehnt. In Siegburg wird ein 16jähriges Mädchen von vier Farbigen überfallen und vergewaltigt. Eine Anzeige blieb erfolglos. Auf die Vorstellung der deutschen Regierung (schon 1922) wurde geantwortet, die Anzeige sei zu den Akten gelegt, weil sie von minderer Bedeutung sei. Derartiges ist dann später sehr oft zu verzeichnen gewesen, — die viehische Roheit der Farbigen hat volle Freiheit; und die weißen Tyrannen stehen ihnen wenig nach.

Ein wahres Martyrium tragen die Eisenbahner, die ihrem Dienstleid getreu sich weigern, ohne weiteres in den Dienst Frankreichs zu treten. In Scharen werden sie, nicht ausgewiesen, nein ausgetrieben. Die Rheinland-Kommission hat in der Zeit vom 26.—29. Mai allein 1384 neue Ausweisungen angeordnet. Wo überall eine Gewalttat gegen französische Soldaten vorliegt, auch wenn, wie in Duisburg nachträglich festgestellt wird, rebellierende Soldaten die Urheber waren, werden schonungslos die Städte gebrandschatzt. Unter der Überschrift: „Eine Statistik des Schreckens“ gibt der „Ev. Pressedienst“ vom 20. Juni folgende Zahlen: Seit Beginn der militärischen Invasion an der Ruhr sind durch Angehörige der Besatzungsmächte 64 Deutsche getötet, darunter nicht wenige nach vorausgegangener schwerer Folter, außerdem eine Reihe von Kindern. 52 000 freie Reichsangehörige, Beamte, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Private aller Berufe, Kinder in den ersten Lebenstagen, Greise und Greisinnen über 80 Jahre haben seit dem 11. Januar 1923 Haus und Heimat verlassen müssen. 707 Jahre Freiheitsstrafen wurden verhängt, davon allein 486 Jahre über öffentliche Beamte und Angestellte. Hunderte von Deutschen schmachten in Gefängnissen und Zuchthäusern oft unter entwürdigendsten Verhältnissen. Die Höhe der verhängten Geldstrafen betrug etwa 1320 Millionen Mark. Über 2500 Zeitungsverbote, teils für Dauer, teils für vorübergehende Zeit, sind ergangen; die noch erscheinenden Zeitungen unterstehen Kontrollmaßnahmen, die jede freie Meinungsäußerung ausschließen. Nach amtlichen Feststellungen (Denkschrift des Reichsministers Dezer) war die

Zahl der Sittlichkeitsverbrechen, die sich Angehörige der Besatzungstruppen am Rhein und an der Ruhr schuldig gemacht haben, bereits im April d. J. auf 170 angewachsen. Neuerdings sind gegen Zechendirektoren Strafen verhängt worden, die gleich in die Milliarden gehen. Man will eben einen Rechtstitel für jede beliebige Konfiskation haben. Gewalttätig beschlagnahmt wurden von französischen und belgischen Besatzungsbehörden von Mitte Februar bis Ende Mai über 127 Milliarden Mark (!). Sie wurden herausgeholt aus den Reichsbankgebäuden in Essen, Koblenz und Dortmund und bei der Wegnahme eines Transportes der Reichsbankhauptkasse, der für Lohnzahlungen bestimmt war, aus dem D.-Zug Berlin-Köln. Bis Ende Mai wurden von der Besatzungsbehörde, so berichtet das „Echo de Paris“, für 200 Millionen Frank = 1400 Milliarden Mark chemische Produkte weggenommen. Was ist das anders als offener Raub!

Unser Vaterland leuchtet unter dem furchtbaren Druck eigener selbstmörderischer und mörderischer fremder Schuld. Was die Griechen der Klassischen Zeit die „Hybris“ nannten, tritt hier vollstättig in die Erscheinung. Aber der Hybris ist noch stets das Gottesgericht gefolgt. Einen Todesmartyrer des Deutschtums hat die harte Not schon gestellt (Schlageter), andere werden ihm folgen. Der Sieg der rohen Gewalt ist immer nur kurzfristig gewesen. Wir gehen hinein in entscheidungsvolle Zeiten. Wird Deutschland jetzt endgültig zerbrochen und entrechtet, so haben die Generationen nach uns ein Sklavendasein zu ertragen.

Eins hat die harte Not zuwege gebracht. Da wo sie sich auswirkt, hat sie die unselige Sinnlosigkeit des Klassenkampfes beseitigt. Arbeiterschaft und Bürgertum, sie wissen wieder, daß sie in ein und demselben Boden wurzeln. Der kommunistische Haß wider die „Besitzenden“ blieb dem Gesindel überlassen. Die bodenständige Arbeiterschaft weist die Verlockungen Frankreichs mit derselben Energie zurück, wie die Bevölkerung überhaupt. Da ist kein Unterschied. Man duldet miteinander und sorgt füreinander. Das Nationalgefühl wird wieder wach im ganzen Lande. Man merkt doch, was der „Schwindel der internationalen Solidarität“ wert ist — endlich; man spürt's ja täglich am eigenen Leibe. Freilich: ein brennender Haß gegen Frankreich und Belgien, gegen alles französische Wesen und seine Kulturheuchelei, ist für Generationen hinein gebrannt in die Volksseele. Man darf sich nicht wundern, daß nach den unmenschlichen Quälereien Äußerungen des Hasses zutage treten. Zu Gewalttaten war es bis Juni nicht gekommen, wohl zu Sabotagen und stillem trotzigem Widerstehen. Neuerdings wird derartiges aus Marl gemeldet. Die Besatzung legt es geradezu darauf ab, sie zu provozieren. Mit bewundernswerter Geduld trägt die Bevölkerung des Ruhrgebietes den harten Druck. Aber das eben ist der stille Ärger der fremdländischen Befehlshaber. Ihr Auftreten legt den Verdacht sehr nahe, daß ihnen nichts lieber wäre als ein offener Ausbruch der Empörung. Dann hätte man ja guten Vorwand zum Vernichtungskrieg wider Deutschland — und das ist doch die Sehnsucht Frankreichs. Neuerdings sperren die fran-

zösischen Besatzungsbehörden die Nahrungsmittelzufuhr. In Essen ist die Milchzufuhr des Landes, für die Säuglinge und Kinder unentbehrlich, mit rücksichtsloser Härte unterbunden. Was liegt den Franzosen am Tode der Kleinen? Die Hungerblockade war ja auch im Kriege ein so vortreffliches Mittel. Von „Humanität“ redet die moderne Kultur zwar viel, aber sie weiß nichts von ihr. Da hilft nun nichts als Festbleiben in stiller Entschlossenheit. Der Märtyrermut, um des Rechtes willen auch das äußerste zu dulden, steht über der Zorneswut. Im ganzen Lande hat der Sadismus der Fremdherrschaft eine Opferwilligkeit ausgelöst, die der ersten Kriegsjahre nichts nachgibt. Jeder deutsche Beamte läßt sich willig Gehaltsabzüge in beträchtlicher Höhe für die Notleidenden und Vertriebenen des Ruhrgebiets gefallen. In privaten Kreisen, bei Vereinen, bei geselligen Veranstaltungen wird wacker für die Ruhrnot geopfert. Alle Zeitungen sammeln dafür. Unsere Tageszeitung notiert bis dahin Eingänge von 192 Millionen Mark — eine allein. Endlich scheint das Gefühl der Volksgemeinschaft über den seit Jahrzehnten gepredigten Klassenkampf, diese deutsche Erbsünde, zu siegen. Die schwachen Regungen des „Weltgewissens“, das allerdings anfängt zu reden, oder sagen wir lieber: aus der Narkose erwachend zu stammeln, werden uns nicht helfen. Fallen wir zurück in die alte Pethargie der Sentimentalität, lassen wir uns zermürben, so kommen Jahrzehnte über uns, denen gegenüber die letzten Jahre noch paradiesisch waren.

Die Einwirkungen des Ruhreinbruchs auf Kirche und Schule. Es war eine Vorahnung des Kommenden, daß der Kirchenauschuß allen Kirchenregierungen Deutschlands die Anregung gab, sofort nach erfolgtem Ruhreinbruch für Sonntag den 14. Januar einen Trauergottesdienst zu halten und die Gemeinden zur Anteilnahme an der Volkstrauer und zu brüderlichem Mitempfinden aufzurufen. Ein Trauergeläut zur Mittagsstunde von allen Türmen evangelischer Gotteshäuser gab dem auch nach außen hin Ausdruck. Der Landeskirkenauschuß der alt-preussischen Landeskirche gab den Kirchengemeinden und Angehörigen der Landeskirche folgende Kundgebung bekannt:

„Evangelische Glaubensgenossen! Der Feind hat der langen Reihe der Vergewaltigungen an einem wehrlosen Volke einen neuen, allem Recht hohnsprechenden Gewaltakt hinzugefügt. Mit euch empfinden wir auf das bitterste diese Schmach, die dem deutschen Namen angetan ist. Mit euch werden wir in tatkräftiger Teilnahme und herzlicher Fürbitte alles tragen, was über euch kommt. Steht fest in Treue als deutsche Männer und als deutsche Frauen! Wahrt eure Würde! Bewährt euren Glauben! Erbittet euch immer neue Kraft zum Leiden und Opfern, zum Durchhalten und Überwinden! Es geht um das Vaterland. Es geht um unsere evangelische Kirche! Seid fröhlich in Hoffnung, geduldig in Trübsal, haltet an am Gebet!“

Beiden Kirchen war von vornherein „freie Kultusübung“ von der französischen Besatzungsbehörde zugesichert. In der Tat zeigte, bis vor kurzem, die französisch-belgische Gewaltherrschaft hier eine gewisse Zurückhaltung. Die gut besuchten Gottesdienste waren darauf eingestellt, die Gemeinden im Glauben und Vertrauen zu stärken. Alles Politische

wurde ferngehalten. Die Amtshandlungen, später, als die Ausweisungen einsetzten, oft gehindert, wurden ein Quell der religiösen Kraft. Die gottesdienstlichen Gebäude blieben von Besetzung und Konfiskation verschont; aber der Konfirmandenunterricht, der vielfach in Schulen stattfand, litt erheblich. Weit mehr erschwert wurde in vielen Gemeinden die evangelische Vereinsarbeit infolge der Beschlagnahme der Vereins- und Gemeindehäuser. Ihr Dienst, in der seelischen Depression wieder aufzurichten, Leichtgläubigkeit und Gleichgültigkeit zu bekämpfen, Unbesonnenheiten zu wehren, ist doch sehr erschwert gewesen. Neue Aufgaben organisatorischer Art erwuchsen den Pfarrern und Gemeinden aus der Verteilung der staatlichen Ruhrhilfe, die ihnen mancherorts in erster Linie übertragen wurde. Auch die schwedische Milliardenspende, von der an anderer Stelle die Rede sein wird, hat in erfreulicher Weise geholfen, der äußeren Not zu wehren. Eine schwere Aufgabe war die Fürsorge für die von den Besatzungstruppen Gefangenen und die Familien der Verhafteten. Es war den Ortspfarrern erlaubt, allerdings nur im Beisein französischer Posten, ihre Gemeindeglieder im Gefängnis zu besuchen. Leider wurde das von Anfang an von widerwilligen Kommandeuren in schikanöser Weise hintertrieben. Im Verlauf der Ereignisse trat das anfänglich zugesagte Wohlwollen immer mehr zurück. Der kommandierende General in Bredenen lehnte schroff ab, daß die im Zuchthaus (!!) von Werden eingelieferten, zahlreichen, wegen irgend welchen Verdachtes Verhafteten, vom zuständigen Anstaltsgeistlichen besucht werden konnten, wiewohl sie des seelsorgerlichen Zuspruchs bedürftig waren und darum baten.

Allmählich hat auch in das gottesdienstliche Leben die harte Faust der Gewalthaber eingegriffen. Spione kontrollieren die Predigten, ja mit Reitpeitschen bewaffnete Offiziere mischen sich unter die Kirchgänger. Mehrfach wurde auf Grund ihrer Berichte Pfarrern die Ausweisung angedroht. In Alzen bei Worms wurde ein Lehrer, der der Konfirmation seiner Tochter beiwohnen wollte, aus der Kirche herausgeholt und vom Fleck weg ausgewiesen, in Gualgesheim ein Notar während des Gottesdienstes in der Kirche verhaftet. Bis Mitte April waren neun Pfarrer ausgewiesen: Pfarrer Korrell (Reichstags-Abgeordneter) in Nieder-Ingelheim, Pfarrer Berck-Mainz-Mombach, Lic. Fresenius-Nassau, Pfarrer Brauneck-Eschweiler, Pfr. Conrad-Bacharach, Pfr. Reiffenrath-Simmern, Pfr. Beisiegel-Meißenheim, Pfr. Hein-Kapellen, Pfr. Weber-Koblenz. Die Familien mußten innerhalb vier Tagen das besetzte Gebiet verlassen. Pfr. Berck wurde am Sonntag unmittelbar vor dem Gottesdienst verhaftet und sofort über die Grenze gebracht, kurz vor Karfreitag und Ostern und vor der Einsegnung der Konfirmanden. In den Gemeinden der Vertriebenen ist eine geordnete seelsorgerliche Bedienung nicht mehr möglich. Das hat sich mancherorts in der Osterzeit auf das Schmerzlichste bemerkbar gemacht. Irgend welche politische Betätigung lag niemals vor. Es genügte, wenn die Betroffenen, meist auf Anregung der Kirchenbehörde, für das Notopfer die Herzen erwärmten. Mehrere

evangelische Gemeindeblätter wurden auf Zeit verboten, so das Evangel. Sonntagsblatt in Koblenz für drei Monate. Alles Eintreten für die Not ist der Tyrannei Frankreichs ärgerlich. Sie weist tausende von Beamten aus, stößt ihre Familien ins Elend, beschlagnahmt Lohngelder, Lebensmittel, ja selbst Armen- und Erwerbslosen-Unterstützungen, und wenn die Barmherzigkeit helfen will, wird ihre Hand weggeschlagen.

Die deutsche Kirche läßt ihre Mätyrergemeinden nicht im Stich, weder geldlich noch seelisch. Das Kirchenopfer gab überaus reiche Erträge. Schon im Februar entsandte der Oberkirchenrat vier seiner theologischen Mitglieder in das besetzte Gebiet, um die Gemeinden zu stärken. Geh. Oberkons.-Rat Kiehl war in Bochum und Buer, Geh. Kons.-Rat. D. Rahlwes in Dortmund, Oberkons.-Rat Karow in Essen, Oberkons.-Rat Lic. Dibelius in Gelsenkirchen und Recklinghausen. Von den Vorstehern und Vertretern der kirchlichen Gemeinden feierlichst begrüßt, sprachen sie am Sonntag vor- und nachmittags in überfüllten Gottesdiensten und Gemeindeversammlungen und auch zu den Kindern. Mit den Gemeindevertretern trafen sie zu wichtigen Beratungen über die Kirchenlage zusammen. Die Bevölkerung bereitete den Vertretern der Oberkirchenbehörde, deren Besuch als ein Beweis der engen Verbundenheit der evangelischen Kirche des besetzten und unbesetzten Gebietes dankbar empfunden wurde, überall einen freudigen Empfang.

Auch die Provinzialkirchen treten treu für ihre gedrückten Gemeinden ein. Gen.-Sup. D. Klingemann in Koblenz erließ am 31. Januar eine ergreifende Kundgebung an alle Christen des In- und Auslandes, der wir folgende Sätze entnehmen:

„Im Namen der Menschlichkeit, die das Evangelium von Jesus Christus verkündet und uns zu predigen und zu üben gebietet, erhebt die Evangelische Kirche der Rheinprovinz Einspruch gegen die harten Maßnahmen der französischen Besatzung, die in alle Lebensverhältnisse mit zerrüttender und zerstörender Gewalt eingreifen.

Sind die Ausweisungen der Beamten, die nach ihrer eigenen und nach unserer gemeinsamen Überzeugung nichts anderes getan haben, als was bürgerliche und vaterländische Christenpflicht ihnen gebot, unserem Empfinden von Gerechtigkeit unverständlich, so vermögen wir vollends die Auflösung von Haushalten und Heimstätten nur als eine in keiner Weise gerechtfertigte Gewaltmaßregel anzusehen. In wenigen Stunden soll der Hausvater, der Beamte seine Geschäfte abgewickelt haben und zur Fahrt einem ungewissen Ziel entgegen gerüstet sein, in wenigen Tagen sollen die Angehörigen des Ausgewiesenen das gleiche Geschick erdulden und mit ihrer zusammengerafften Habe in die Ferne ziehen...

Auch unsere Kirche selbst wird in ihren Gemeinden von den immer sich mehrenden Ausweisungen hart getroffen. Es sind in vielen Fällen ihre getreuesten Glieder, in Rat und Tat erprobte Männer, im kirchlichen Leben gewurzelte Familien, die in die Ferne geschickt werden. Wie die geordnete Arbeit der Schule, so wird auch der Segen der Konfirmation in zahlreichen Fällen gefährdet. Wieviel Bitterkeit, wieviel Jammer und Elend, wieviel leibliche und geistige Not an der Heimatlosigkeit haftet, das empfinden wir im schmerzlichen Gegensatz zu der Pflege von Heimat und Heimatfinn, die unsere Kirche stets geübt hat. Es kann uns nicht genug sein, daß wir unsere Getreuen mit teilnehmender, fürbittender Liebe auf ihrem harten Weg begleiten. Um der Wahrheit, um des Rechtes, um der Liebe willen muß unsere Kirche ihre Stimme erheben, und wo

ihr bittendes Wort nicht gehört wird, soll zum wenigsten gegen das Unrecht, das einen weiten Bezirk ihres Arbeitsgebietes betroffen hat, mit Ernst und Nachdruck Verwahrung eingelegt werden.

Im Frieden werden an einer friedlichen Bevölkerung, deren Schuld keine andere ist, als daß sie eine Grenzprovinz bewohnt, die härtesten Gewalttaten verübt. Wir verlangen Gerechtigkeit, Billigkeit, Menschlichkeit!"

Die Glieder des Westfälischen sowie des Rheinischen Konsistoriums, an der Spitze die General-Superintendenten, stärken durch oftmalige Anwesenheit mit Wort und Tat die Gemeinden. Ihre Anwesenheit hat mehr als nur repräsentativen Wert. Ihr Hirtenwort tut wohl. Gen.-Sup. D. Zoellner hat an vielen exponierten Orten, in Dortmund, Bochum, Recklinghausen, Wanne, Hattingen, Herne, Gladbeck u. a., die Gemeindevertretungen und Synoden gesammelt zu aufrichtender Aussprache, Rat und Hilfe bringend auch in materieller Not, vor allem aber zu seelischer Aufrichtung. So fühlt sich die evangelische Kirche des besetzten Gebiets getragen und gestärkt von der Fürsorge der Gesamtkirche und ist dessen gewiß, daß ihr Martyrium nicht ohne Frucht bleiben wird. Es zeigt sich doch trotz aller Zerstörung auch die Wahrheit des Satzes: „Anfechtung lehrt auf das Wort merken.“ Eine Bestätigung dieses Worts — gleichsam als Stichprobe — sei gegeben in dem Bericht eines Geistlichen bei den Ruhrgefangenen (nach dem Evangel. Pressdienst vom 13. Juni 1923) in Zweibrücken, wo sie unterschiedslos im Zentralgefängnis interniert sind.

„Schon beim Beschreiten des Marktplatzes grüßten uns die kleinen Bitterfenster im Hintergrund, hinter denen so viele deutsche Männer für ihr Vaterland leiden. Als wir in den ersten Korridor eintraten, erhoben sich etwa 12 Herren in einer Seitenzelle, die mit — Kartoffelschalen beschäftigt waren...“ Ähnlich in den andern Zellen. „Es war uns eine wehmütige Freude, all' den treuen Menschen die Hand zu drücken, ihnen einen Herzensgruß aus der Heimat bringen und ihre besonderen Wünsche und Anliegen mit nach Hause nehmen zu können. Die Stimmung all' dieser Männer und Jünglinge war erhebend. Man gewann den Eindruck, daß hier etwas von dem guten Kern unseres Volkes beisammen war. Wie viele haben mir gesagt: „Wir wollen hier gern noch Monate sitzen, wenn nur unser Opfer nicht vergeblich ist.“ Der soziale Unterschied, die gesellschaftliche Schichtung war aufgehoben, der Oberbürgermeister stand mit dem Eisenbahner, der Zollbeamte neben dem Postdirektor, der Schupmann mit dem Grubeningenieur zusammen, oft Arm in Arm. Wenn das unser Gesamtvolk, das doch auch wie in einem großen Gefängnis sitzt, lernen wollte!

Der Höhepunkt unseres Besuchs war der für die Katholiken und nachfolgend der für die Evangelischen gehaltene Gottesdienst am Mittwochmorgen. Die würdig ausgestattete Kapelle war überfüllt. Die nicht Platz nehmen konnten, standen an den Wänden in langen Reihen. „Halte aus, halte aus, Zion halte deine Treu“ brauste es durch den gotischen Raum. Ich brachte den Brüdern das Wort 1. Petri 5, 6—7. Ich habe selten eine aufmerksamere und herzenseffenerere, wie aber auch eine mich innerlich mehr bewegende Zuhörerschaft gehabt als diese. Wie nun das Treugelöbniß, hier im ganzen Ernst des persönlichen Erlebens geleistet, gesungen wurde: „Nehmen sie uns den Leib, Gut, Ehr, Kind und Weib, laß fahren dahin...“, wie dann hernach kaum einer sich auschloß vom heiligen Mahl, das läßt sich nicht beschreiben, das kann man nur nachempfinden. Mir sind die Tränen im Auge von Männern, mir sind der bewegt gestammelte Dank, der Abschiedshändedruck beim Hinausgehen etwas gewesen, das ich zum Geweihtesten meines Lebens zähle.“

Schwer getroffen ist die Schul- und Bildungsarbeit. Das Schulwesen wird systematisch ruiniert, vorher schon, in den ersten Tagen des Einbruchs, durch massenhafte Beschlagnahme der Schulhäuser für das Militär, lehtthin durch Massenausweisung von Lehrern, die jeden auch nur provisorisch geordneten Schulbetrieb unmöglich machen. Wurden doch selbst in Wiesbaden an einem Tage 13 Lehrer ausgewiesen. Die Allg. Deutsche Lehrer-Zeitung bringt in jeder Nummer eine „Ehrentafel von Rhein und Ruhr“, welche die Namen vertriebener Lehrer höherer und niederer Schulen aufzählt. Nr. 20 vom 18. Mai enthält allein 47 Namen, darunter 1 Oberschulrat, 1 Stadtschulrat, 1 Seminaradministrator, 5 Kreisschulräte, 5 Rektoren, 5 Hauptlehrer, 2 Lyzeallehrer, die andern Volksschullehrer und Lehrerinnen. Nr. 21 vom 25. Mai zeigt 50 Namen vertriebener Lehrer. Es genügt ein patriotisches Wort, ja nur ein Aufruf zu helfen, um die Volkserzieher ins Elend zu jagen. Im Regierungsbezirk Münster sind bis Ende Mai 39 Schulen mit 266 Klassen beschlagnahmt, im Reg.-Bez. Arnsberg 60 Schulgebäude mit 323 Klassen, in der Stadt Essen 16 Volksschulen mit 156 Klassen, in der Stadt Düsseldorf 327 Klassenzimmer. In Recklinghausen sind von 4800 Schülern der Altstadt 3300, also 81%, ausquartiert. In einzelnen kleineren Gemeinden sind sämtliche Schulräume beschlagnahmt.

* * *

Stimmen zum Ruhreinbruch. Zu den von Gott geschenkten segensvollen Auswirkungen der bösen Not an Ruhr und Rhein gehört nicht nur ein Wiedererwachen des deutschen Nationalgefühls in allen Ständen und politischen Parteien, ein in der allgemeinen Befreiungssucht sich äußerndes Zurücktreten des Egoismus und der Habgucht, die geradezu zu Volkslastern zu werden drohten, sondern auch ein Heraustreten des evangelischen Gemeingefühls der protestantischen Welt, wie wir es seit dem Dreißigjährigen Krieg kaum je erlebt haben. Die Weltklüge hat doch das Weltgewissen nicht ganz umbringen können. Man merkt doch, was es mit Frankreichs „Humanität“ auf sich hat, überall, nur da nicht, wo man es vorzieht blind zu bleiben aus politischen Erwägungen und selbstsüchtigen Beweggründen. Die Brutalität, die sich im Ruhrgebiet offen zur Schau stellt, hat doch den ungewollten Erfolg gezeitigt, daß die Weltklüge anfängt, lendenlahm zu werden. Es steht auf dem ganzen Erdenrund ein Mißtrauen auf gegen Frankreichs Kultur, das zwar noch in seinen Anfängen steht, aber sich auswachsen wird zu heute noch ungeahnten Wirkungen.

Chorführer des Weltgewissens war der schwedische Episkopat. Er darf die Ehre in Anspruch nehmen, als erster deutlich und furchtlos der verwirrten Zeit und ihrer dämonischen Diplomatie den Protest des sittlichen Empfindens ins Gesicht geworfen zu haben. Wie im Dreißigjährigen Krieg erfuhr es die evangelische Sache wieder: im Nordland wohnen noch Bannerträger des Evangeliums und Hüter germanischen Rechts. Die schwedischen Bischöfe haben bei ihrem Konvent in Upsala

unter Führung des Erzbischofs D. Söderblom einen Aufruf an die Mitchristen aller Länder und die verantwortlichen Staatsmänner unterzeichnet, der dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Harding, dem Erzbischof von Canterbury, dem Präsidenten Poincaré und dem Kardinal von Paris besonders übermittelt wurde, folgenden Wortlauts:

„Niemand kann die Vielen zählen, die überall in der Welt von dem, was jetzt geschieht, in ihrem Innersten empört werden. Wir hoffen nach dem Kriege auf den Segen des Friedens, aber das Zusammenleben der Völker Europas hat sich verschlimmert. Der Hunger, das Gift der Bitterkeit in den gekränkten Seelen, körperliche und sittliche Ansteckung verheeren ununterbrochen edle Teile der mitteleuropäischen Menschheit. Jetzt schneidet vollendete Waffengewalt unter dem Deckmantel des Friedens große Stücke aus dem Lande des entwaffneten Nachbarn und verschlimmert dadurch seine himmelschreiende Not. Der Fluch, der dadurch gesät wird, wird neue und noch entsetzlichere Kriege zeitigen, denn was der Mensch sät, wird er ernten. Das hat der Weltkrieg zur Genüge bestätigt.

Der Grund des Unheils ist offenbar. Man setzt Machtgier und kurzfristige Selbstsucht zum höchsten Gesetz, statt Christi Gebot zu gehorchen. Wir richten niemand, denn unser Wissen ist Stückerwerk, aber wir verurteilen die Methode der Gewalt. Das Gewissen und die Herzen der ganzen Welt werden von der Frage erregt, was nun geschehen soll.

Wir Diener der Kirche Schwedens ermahnen unsere Mitchristen in Frankreich und allen Ländern, mit uns Gott anzurufen um Klarheit und Kraft. Die Frage nach Frieden und notwendiger Entschädigung muß aus dem gegenwärtigen Sumpf von Vergeltung und Kriegsdrohung auf den höheren Plan gegenseitigen Vertrauens und guten Willens erhoben werden. Die Menschen sollen vergeben, wie sie selbst Vergebung erhoffen. Wir stellen den verantwortlichen Staatsmännern, besonders dem deutschen Reichskanzler und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten höflichst anheim, durch Herbeiführung einer Begegnung und durch ehrliche Verabredung zwischen den Vertretern der Mächte sobald wie möglich einen Ausgleich der täglich mehr und mehr unendlich und unheilvoll werdenden Spannung zu veranlassen.“

Ende Februar wendete sich der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß mit folgendem Aufruf

An die evangelischen Kirchen des Auslands!

Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß, in diesen schicksalsschweren Tagen hier in Berlin versammelt, kann an den außerordentlichen Ereignissen der letzten sieben Wochen nicht schweigend vorübergehen.

In tiefer Bewegung schließt er sich dem Dank an, den sein Präsident dem schwedischen Episkopat, voran dem hochwürdigsten Erzbischof Herrn D. Dr. Söderblom, für die Kundgebung der schwedischen Bischöfe vom 2. 2. d. J. bereits ausgesprochen hat. Diese Kundgebung ist ein kirchen- und weltgeschichtliches Dokument, von unvergänglicher Bedeutung nicht nur für die evangelische Kirche in Deutschland und für das deutsche Volk, sondern für die Mission der ganzen christlichen Kirche als der berufensten Zeugin für die unwandelbaren Gebote Gottes.

Was auf dem uralten deutschen Boden am Rhein und an der Ruhr vor sich geht, widerspricht diesen Geboten nicht weniger als dem elementarsten menschlichen Empfinden. Würden wir irgend ein anderes Volk auf der weiten Erde, und wäre es in der aufsteigenden Reihe das letzte, wehrlos solcher Gewalttat ausgesetzt sehen, so würden wir es als Christenpflicht erkennen, unsere Stimme dagegen zu erheben. Und nun, da es für unser eigenes Volk und mit ihm für unsere eigene Kirche um Leben und Sterben geht, sollten

wir stumm bleiben? Wir sollten stumm bleiben, obwohl wir wissen, daß die schwere sittliche Schuld, die das Unglücksdokument von Versailles uns zuschiebt, nie existiert hat, daß vielmehr das Sinnen und Trachten des deutschen Volkes nie auf etwas anderes gerichtet war, als darauf, im ruhigen Besitz schwer erkämpfter Einheit und Freiheit friedlicher Kulturarbeit nachzugehen?

Die zunächst und am schwersten betroffene Heimatkirche hat ihren schwergeprüften Glaubensgenossen zugerufen: Steht fest in Sinnen als deutsche Männer und als deutsche Frauen! Wahr! eure Würde! Bewährt euren Glauben! Erbittet euch immer neue Kraft zum Leiden, zum Opfern, zum Durchhalten, zum Überwinden!

Über die Grenzen der altpreußischen Landeskirche und des deutschen Vaterlandes hinaus zwingt uns nun aber unser christliches Gewissen, zu reden, und zwar zu allen zu reden, mit welchen unser evangelischer Glaube uns für Zeit und Ewigkeit verbindet.

Im Namen der im Deutschen Evangelischen Kirchenbund zusammengeschlossenen Landeskirchen, im Namen des ganzen evangelischen Deutschland wenden wir uns an die evangelischen Kirchen des Auslands, an alle ohne Unterschied, und rufen sie auf, ihre Stimme mit der schweidischen und mit der unsrigen zu vereinigen.

Wir waren und sind bereit, in den Grenzen unseres Volkstums in Frieden mit dem Nachbarn im Westen zu leben. Er aber will das deutsche Volk nicht leben lassen, und tut uns an, was nicht recht ist vor Gott und den Menschen. Das vielberufene Weltgewissen schweigt.

Möge das christliche Gewissen der ausländischen Bruderkirchen an solchem Schweigen nicht mitschuldig werden!

Auch die katholischen Bischöfe des besetzten Gebiets, der Erzbischof von Köln, Kardinal Dr. Schulte, und die Bischöfe von Münster und Paderborn richteten einen Appell an das Ausland, indem sie unter Hinweis auf die „geradezu himmelschreiende Not“, um dem „Umsichgreifen von Hunger und Siechtum zu steuern, die uns überall, wohin wir kommen, entgegenstarren“, dringend bitten, von Tod und Untergang zu retten, was noch zu retten möglich ist. Der Schluß lautet:

„Wir können nicht anerkennen, daß die feindlichen Okkupationsbehörden das Recht besitzen sollen, die Bewohner unserer Diözesen mitten im Frieden gegen ihre rechtmäßige Obrigkeit zum Ungehorsam und zur Untreue, ja zum Landesverrat zu zwingen, ehrenwerte Männer wie gemeine Verbrecher zu behandeln und mit Verbannung, Kerker und Fesselung in Ketten gegen sie vorzugehen. Wir Bischöfe erklären schmerzbewegt, daß solche im Namen einer Friedensaktion getroffenen Maßnahmen eine neue tiefe Kluft zwischen den Völkern schaffen und unsere gequälten Volksgenossen bis zum äußersten zu reizen, ja zu Verzweiflungstaten herauszufordern geeignet sind.“

Die „Reformierte Schweizer Zeitung“ richtete die Frage an die protestantischen Völker der Welt, ob sie dem Überhandnehmen unchristlichen Geistes im Herzen Europas noch länger tatenlos zusehen wollten. Der im April in Zürich versammelte „Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen“, besucht von Vertretern von 24 Ländern (darunter Deutschland, Frankreich, England, Belgien) wies allen christlichen Nationen die Pflicht zu, für eine dauernde und gerechte Lösung des Ruhrproblems einzutreten. Der Aufruf wurde dem Generalvertreter des Völkerbundes in Genf zugestellt.

Auch in den kirchlichen Kreisen Englands werden Stimmen laut gegen die französische Ruhrpolitik. Der Nationalrat der evangelischen

Freikirchen von England hat auf einer Jahresversammlung im April 1923 einmütig die Erklärung abgegeben, daß er „bei allem Mitgefühl mit den Nöten der zerstörten Gebiete Frankreichs“ mit schwerer Sorge die gegenwärtige Politik der französischen Regierung betrachte. Die Lage erfordere ein Eingreifen des Völkerbundes. Der Nationalrat appelliert an die christlichen Kirchen — Amerikas, ihren Einfluß auf die amerikanische Regierung geltend zu machen, daß sie an der Wiederherstellung der Ordnung in Europa vollen Anteil nehme. [Dieser Appell scheint uns offene Türen einzustoßen. Warum der Nationalrat der englischen Freikirchen sich nicht lieber an die eigene Regierung wendet, ist uns unerfindlich, oder sollen wir lieber sagen: wohlverständlich?] Auch die britische Abteilung des „Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen“ stellt fest, daß „vier Jahre nach Kriegsende die physische Gewalt in ihrer nackten Wirklichkeit zur einzig wirksamen Waffe erhoben werde“. Sie teilt mit, daß sie Schritte getan habe, die internationale Organisation des Weltbundes in Bewegung zu setzen, um „die Stimme des christlichen Gewissens so wirksam wie möglich zu Gehör zu bringen“.

Das Manifest der schwedischen Bischöfe hat einen Teil der französischen Protestanten schwer verdrossen. Die *Fédération Protestante de France* bringt im *Bulletin Protestant Français* vom April 1923 eine Antwort, deren Inhalt in der Zeitung „*Le nouveau Rhin Français*“ (geleitet von dem früheren Abbé Wetterlé) mit Behagen wiedergegeben wurde.

Das Schreiben beschuldigt die Christen der neutralen Länder der parteiischen Haltung. „Niemals haben sie ein Wort des Vorwurfs gegen die Zentralmächte gehabt, welche den Krieg ausgedacht haben, welche ihn seit langem gewollt haben (!), welche ihn unter lügnerischem Vorwand erklärt haben, welche ihn im Widerspruch zu allen internationalen Abmachungen geführt haben.“ ... „Passiv und stumm gegenüber allen Verletzungen des Rechts haben sie (die neutralen Christen) sich nicht eine Gelegenheit entgehen lassen, die Lehren des Evangeliums denen ins Gedächtnis zu rufen, die diese Verletzungen erlitten, und nicht denen, die sie begingen, und machten sich so zum Anwalt der Ungerechten.“ Die französischen Protestanten fühlen sich verletzt durch dieses Verhalten von „Christen, deren Charakter und Frömmigkeit wir stets verehrt haben, aber die wir verwirrt wußten durch schamlose Entstellungen“ (*égarés par de faussés audacieuses*).

Französische Annerkennungs- oder Vernichtungsabsichten gegen Deutschland werden feierlich bestritten, obwohl diese Befürchtung — worauf auch eine Besprechung in der keineswegs deutsch gesinnten „*Semaine religieuse*“ hinweist, — ihre Nahrung aus fast täglichem französischen Presseäußerungen und Reden führender Politiker zieht. „Das einzige, was Frankreich brechen will, ist ein schlechter Wille, welcher faktisch den Krieg fortzusetzen bestrebt ist unter der Form der Weigerung, irgend eine (!) der durch den Vertrag auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Nicht Frankreich verhindert den Frieden, sondern es ist Deutschland, das die versteckten Feindseligkeiten fortsetzt.“ „Anstatt seine verfügbaren Hilfsquellen zur Ausführung der notwendigen Reparationen zu verwenden, hat es sie in enormen Maßstäben verwandt zur Erneuerung seiner eigenen Transportmittel, zur Ausdehnung seines Flußnetzes, zur Ermutigung der großen Industriemagnaten, die gleichzeitig sich der Steuerpflicht entziehen. Es hat vorgezogen, einen Bankrott seiner Finanzen zu wagen, der oft betrügerisch erschien, anstatt die Schulden zu bezahlen, die die Folgen seines verbrecherischen Angriffs von

1914 waren." . . . Das Schreiben schließt: „Wir bitten Sie nicht, uns aufs Wort zu glauben. Aber wir bitten Sie, auch denen nicht weiter aufs Wort zu glauben, welche die deutsche These verfechten. Wir beschwören Sie, selbst die Versicherungen unserer Regierung zu prüfen, und nicht alles, die Menschen, die Ereignisse und die Dinge durch die entstellende Brille der deutschen Propaganda anzusehen.“

Unterzeichnet hat für den „Auschuß des Kirchenbundes“ der Vorsitzende E. Gruner und der Schriftführer E. Bonnet. Vergeblich sucht man hier nach einem Wort des Bedauerns über die unchristliche Härte der Ruhrpolitik. Diese Auslassung ist ein Dokument der Blindheit und nationalen Selbstgerechtigkeit. Wäre das die Meinung des „französischen Protestantismus“, so müßte man die vollendete Ergebnislosigkeit einer Verständigung mit Männern, die mit deutschen Glaubensgenossen am selben Verhandlungstisch gesessen haben, feststellen. Aber es sind auch andere, kompetentere Stimmen laut geworden. Eine Erklärung französischer protestantischer Laien und Geistlichen, Theologie-Professoren und Studenten, erklärt in einem Schreiben an den „Auschuß der Föderation der protestantischen Kirchen Frankreichs“, daß sie schwer enttäuscht seien von der Antwort auf den Appell der schwedischen Bischöfe. Wie sie vordem im Krieg wider deutsche Gewaltakte protestiert hätten, so verdammt sie auch jetzt „im Namen desselben Evangeliums Maßnahmen, die, mögen sie auch noch so geschickt sein, Deutschland der Willkür überantworten und ganze Bevölkerungsgruppen aufs neue der Arbeitslosigkeit, der Kälte und dem Hunger ausliefern. . . „Die Personalhaftung für Staatsschulden mit Leib und Leben ist aus der modernen Gesetzgebung verschwunden. Es scheint uns ein Widerspruch gegen den Geist der Bergpredigt zu sein, sie in den Beziehungen von Volk zu Volk wieder in Geltung zu setzen.“ Wenig gefallen wird es der französischen Regierung, wenn die Protestler hervorheben: wenn sie ihrerseits auch den „oft falschen und tendenziösen Anklagen“ betreffs des unsittlichen Verhaltens der französischen Truppen keinen Glauben schenken wollten [sie dürften das ruhig unternehmen], ein Schandfleck bleibe doch — die reglementierte Prostitution. Die Mehrheit der Pariser Theologie-Studenten hat das unterzeichnet, und bekannte Professoren, wie Eugène de Faye und Charles Gide, die Pastoren Jézéquel (Paris), Poulain (Boulogne).

In England hat, soweit wir zu sehen vermögen, weder die anglikanische Staatskirche noch auch der englische Adressat des schwedischen Manifestes, der Erzbischof von Canterbury, sich geäußert. (Von der von letzterem lebhaft geförderten Hilfe für die Universitäten und Studierenden Deutschlands wird an anderer Stelle zu reden sein.) In den Kreisen der Dissenters, die politisch nicht so eingeschnürt sind, bricht die Wahrheit besser durch. So hat z. B. Rev. Norwood in London im Citytempel (11. Febr. 1923), einer bekannten Predigtstätte der Kongregationalisten, eine „Predigt“ gehalten, in der er die Friedensschlüsse mit Deutschland und Österreich auf das schärfste angriff und die englische Politik rücksichtslos bloßstellte. „Ein Parlamentsmitglied sagte noch neulich in einer Rede, daß England in dem Ruhrabenteuer mit Frank-

reich völlig einig sei. Der einzige Zweifel sei der, ob Frankreich das Geld bekommen werde. Es ist bei uns nicht die Frage, ob die französische Ruhrbesetzung eine politisch kluge Tat war oder nicht. Es handelt sich einfach um eine Frage der Gerechtigkeit. Das Parlamentsmitglied meint: „Wir dürfen die Henne nicht töten, die uns die goldenen Eier legt. Wir würden sie wohl gern töten, aber dann würden wir die goldenen Eier verlieren.“ Solange Politiker im Parlament so sprechen, so lange werde ich — Gott helfe mir — auf der Kanzel anders sprechen.“ Diese im Druck bekanntgegebene Predigt hat in England Aufsehen erregt. Es meldete sich schon längst eine starke Opposition in den Kreisen des altenglischen ehrenwerten Bürgertums gegen Poincarés Gewaltpolitik. Die Bewegung wächst. Prof. D. Deißmann von der Berliner Universität, der zu Vorträgen nach England berufen war, hat für seine freimütigen Schilderungen über die harte wirtschaftliche, politische und seelische Lage des deutschen Volkes, über die Not in den Pfarrhäusern, die Verelendung des Mittelstandes, den harten Daseinskampf der Theologie-Studierenden offene Ohren und Verständnis gefunden. Tiefen Eindruck machte es, als D. Deißmann den Wortbruch geißelte, der hinsichtlich der 14 Punkte Wilsons am deutschen Volke begangen worden ist; der Nachweis des „nicht gentlemanlike“, der doch dem Engländer sehr peinlich ist, trifft hier die englische Politik mit vollem Recht. — Die englische Friedensgesellschaft nahm, nach einer Begründung des Dean of Worcester, einstimmig eine Erklärung an, die britische Regierung aufzufordern, ihren Einfluß zu gebrauchen, um die militärische Besetzung des Ruhrgebiets zu Ende zu bringen. Ja, sie forderte eine solche Revision des Friedensvertrags von Versailles, die zu einem dauernden und gerechten Frieden führe, und spricht die Hoffnung aus, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich diesen Bestrebungen bald anschließen werde.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika verharret in ihrer Passivität, wiewohl der Kongreß für Aktivität eintrat; der Senat, d. h. die hohe Finanz, wußte derartiges bisher zu vertagen. Von englischen Ministern hat man zwar manches Wort über die Unklugheit des Ruhreinbruchs gehört, aber keins über die Unmoral. Auch die Eigenmächtigkeit Frankreichs wird ertragen, eine Tatsache, die dem angelsächsischen Selbstbewußtsein in späteren Zeiten einmal sehr abträglich sein wird.

Das schwedische Volk hat es nicht beim Protest seiner Bischöfe bewenden lassen. Alle evangelischen Gemeinden des Landes haben sich zu einer großen Hilfeleistung zusammengetan, die tatsächlich viele Anstalten der Inneren Mission vom Untergang gerettet hat, die der deutschen Kirche in ihrer Armut erst ermöglichte, für die Glaubensbrüder im Ruhrgebiet mit helfender Hand zureichend einzutreten. An der schwedischen Samaritergabe waren 1200 schwedische Kirchengemeinden beteiligt, die in den ersten vier Monaten etwas über 400 000 Kronen (= 2 Milliarden Mark) aufbrachten. Noch läuft die Sammlung. Über 40 000 Kronen

konnten für persönliche Nothilfe verwendet werden. — Der im März in Stockholm tagende Allgemeine Schwedische Kirchenkongreß, der auch Vertreter Norwegens, Dänemarks, Schottlands, Finnlands, Estlands und Lettlands versammelte (auch zwei deutsche Lutheraner waren geladen, Gen-Sup. D. Raftan und Frhr. D. von Pechmann), trat rückhaltlos für die deutsche Not ein. Auch hier sprach Erzbischof D. Söderblom in der Blasiholmskirche ergreifende Worte, Worte, die dem Druck der brutalen Gewalt mannhaft entgegentraten. Ja, wir können sagen, das ganze schwedische Volk in all seinen Ständen trägt mit an Deutschlands Last und Not. Der Schwedische Reichsverband des Mittelstandes hat dem deutschen Gesandten in Stockholm ein Schreiben gesandt, dem wir folgende Sätze entnehmen:

„Mit blutendem Herzen folgen wir dem mutigen Existenzkampf unserer unglücklichen Standesgenossen in Ew. Erzelenz so grausam behandelten Vaterlande, und, soweit es unsere schwachen Kräfte nur gestatten, werden wir alles aufbieten, um auch unser Scherflein zur Linderung der zum Himmel schreienden Not laufend beitragen zu können. Der ganzen Menschheit gereicht es zur **unauslöschlichen Schande**, die es unberührt mit ansieht, wie ein auf dem Schlachtfelde unbefiegtes und durch Hunger, List und Verrat zur Niederlegung der Waffen verleitetes, überaus hochstehendes Kulturvolk staatlich, gesundheitlich und ökonomisch zugrunde gerichtet wird.“

Neben Schweden stand das glaubensverwandte Finnland. Unter Führung der Bischöfe Gummerus und Collander haben 75 Pfarrer der evangelisch-lutherischen Kirche Finnlands, Universitätsprofessoren und Reichstagsabgeordnete an das „Christenvolk Deutschlands“ im März 1923 folgende Adresse gerichtet:

„Schon seit Martin Luthers Zeiten haben starke Bande das deutsche und das finnische Volk miteinander verbunden. Manch geistiger Führer des finnischen Volkes hat zu den Füßen der großen Lehrer Deutschlands geknien. Die Werke der großen geistlichen Schriftsteller Deutschlands haben von jeher zu den beliebtesten Erbauungsbüchern des finnischen Volkes gezählt. Und im Kampf um unser teuerstes Gut, unsere nationale Selbständigkeit, hat Deutschland uns kräftig unterstützt.“

Es ist somit natürlich, daß unser Mitgefühl für Deutschland stark und tief ist. Mit blutendem Herzen haben wir von den Gewalttaten vernommen, die das deutsche Volk erdulden muß. Aber als Christen wissen wir auch, daß Gott, der Leiter der Völker, den Unterdrückten und Leidenden, die ihn anrufen, hilft und beisteht. Für die, die ihr Schicksal der ewigen Gerechtigkeit und Liebe anvertrauen, wird auf die finstere Nacht ein herrlicher Tag folgen. Wir sind der festen Zuversicht, daß das Christenvolk Deutschlands diese Freude erleben wird.

Wir Diener der evangelisch-lutherischen Kirche Finnlands sprechen dem Christenvolke Deutschlands unser tiefstes Mitgefühl aus. Wir wollen in Geistesgemeinschaft mit euch und für euch beten.“

Unter der Überschrift „Weh denen, die schweigen!“ veröffentlichten finnische Kreise einen Aufruf an ihre Landsleute, sich zu Massenprotesten beim Völkerbund gegenüber dem Vorgehen der französischen Regierung zu sammeln, „das in Wahrheit ein Verbrechen an der ganzen Menschheit bedeutet.“ „Sollen wir, die wir, als es des freien Finnlands Sein oder Nichtsein galt, wirksame Hilfe von Deutschland empfangen, stillschweigend zusehen, wie das Volk der Reformation, das edle Volk der großen Dichter und Denker, zu Tode gequält wird?“

Gleichzeitig wird ein feierlicher Protest von 240 finnischen Rechtsgelehrten bekannt; sie erinnern daran, daß vor zehn Jahren finnische Männer vor russische Gerichte geschleppt wurden, weil sie sich weigerten, russischen Befehlen gehorham zu sein, die im Widerspruch standen zu den Befehlen und Interessen ihres eigenen Landes; die Proteste hervorragender Rechtslehrer Deutschlands und Frankreichs waren dem finnischen Volk damals eine moralische Stütze. Heute sei die Welt eines ähnlichen Rechtsverstoßes Zeuge. „Als Mitglieder einer kleinen Nation, die einen langen und ungleichen, schließlich aber doch siegreichen Kampf für ihr Recht hat bestehen müssen, sprechen wir finnländischen Juristen hiermit im Namen des Rechts unsere tiefe Mißbilligung des Rechtsverstoßes aus, dem deutsche Bürger innerhalb der Grenzen ihres eigenen Landes von seiten einer fremden Macht ausgesetzt gewesen sind.“

Die Hochschulen Finnlands traten mit folgender, von 117 Professoren der Universitäten Helsingfors und Abo sowie der technischen Hochschule Helsingfors unterzeichneten Adresse an die deutschen Universitäten für die deutsche Wissenschaft ein:

„Die reichen Gaben tiefgehender Forschung, welche die deutsche Wissenschaft der Menschheit geschenkt hat, gehören zu dem allen Völkern gemeinsamen Besitz, der ebensolange bestehen wird, wie die Kultur selbst.

Dank dem Forschergeist, der Pflichttreue und der Arbeitslust, die dem deutschen Volk eigen sind, haben die Gelehrten Deutschlands trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die sie während des Krieges und noch mehr nach dem Kriege zu überwinden hatten, sich nicht abhalten lassen, mit derselben unermüdlichen Hingebung wie früher sich der wissenschaftlichen Forschung und dem akademischen Unterricht zu widmen.

Die Gewalttaten immer schwererer Art, die jetzt gegen eines der ersten Kulturvölker der Welt ausgeübt werden, haben auch in unserm Lande den tiefsten Unwillen hervorgerufen, und wir Unterzeichneten haben es als ein Bedürfnis empfunden, diesem Unwillen Ausdruck zu geben.

Zugleich bitten wir die Universitäten und Hochschulen Deutschlands, den Ausdruck unserer warmen Sympathie und unseres tiefempfundenen Dankes für alles, was wir von ihnen empfangen haben, entgegennehmen zu wollen und unserer unbeschränkten Bewunderung versichert zu sein für die großartige Arbeit, die sie, allen äußeren Hindernissen zum Trotz, im Dienste der Wissenschaft ausführen.“

Die in Ostland lebenden Deutschen haben dem Reichspräsidenten 61 Millionen Mark als Spende für die Ruhrbevölkerung zur Verfügung gestellt.

Die protestantische Kirche Österreichs hat durch den Oberkirchenrat in Wien dem Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß die wärmste Anteilnahme an der deutschen Not ausgesprochen. Trotz der bedrückten Lage der evangelischen Gemeinden des Landes ist auch dort eine Kirchensammlung für die Not an Ruhr und Rhein im Gange.

In der deutschen Schweiz regt sich das alte Freiheitsbewußtsein des Landes. Der Schweizer Kirchenbund organisiert die außerdeutsche Hilfsaktion in selbstloser Weise. Viele Schweizer Gemeinden treten treu für die deutsche Not ein. Die Leitung der Nationalkirche von Genf hat eine Osterbotschaft an die Völker erlassen, die zum Frieden und zur Menschlichkeit mahnt. Es sind gute, aus der Tiefe der Seele kommende Worte; sie vermeiden jedoch jede Präzision und haben nicht den Mut, den Friedensstörer der Welt beim Namen zu nennen. Die „Wartburg“

(1923 Nr. 4) meint dazu: „Vor acht Jahren war man nicht so zurückhaltend in der Stadt Calvins.“

Die Deutschen der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Evangelische wie Katholiken, werden nicht müde, für den Bestand und die Ehre des alten Vaterlandes einzustehen gegenüber der Weltflüge, die ja dort im Lande des Mammonismus bei der harmlosen Leichtgläubigkeit und politischen Ahnungslosigkeit des amerikanischen Staatsbürgers besonders breitspurig auftreten durfte. Von der wahrhaft großzügigen Hilfstätigkeit der Deutschen in Nordamerika, denen sich doch auch viele englischredende Bürger angeschlossen haben, wird an anderer Stelle die Rede sein. Das National-Lutheran-Council redet vor allem durch werktätige Liebe. Politisch völlig neutral, benutzt es bei den Glaubensgenossen in Amerika jede Gelegenheit, die Not Deutschlands in das Licht gerechter Beurteilung zu stellen. Der Verwaltungsrat des *Fédéral Council of the Churches of Christ* richtete an die amerikanische Staatsregierung eine Erklärung, in der gefordert wurde: Verzicht auf die egoistische Politik des Sichfernhaltens von internationalen Angelegenheiten, Initiative zur Einberufung einer internationalen Konferenz zur Beratung der europäischen Probleme. Das Scheitern der Diplomatie sei ein Ruf an die christlichen Kirchen, der Barmherzigkeit aufzuhelfen. Die Erklärung ist 150 000 protestantischen Kirchengemeinschaften Amerikas zugegangen, mitzuwirken und die Schaffung einer öffentlichen Meinung in ethischem Sinn zu unterstützen. Die „Kirchliche Zeitschrift“ (Organ der Iowa- und Ohio-Synode), redigiert von Prof. D. Reu, der mitten im Welthafß wider Deutschland furchtlos für die deutsche Ehre eintrat, bringt manches aufklärende gute Wort, ja sie gibt in der Februarnummer 1923 den Abdruck des vorerwähnten Aufrufs (S. 351) von Meister Guntram von Augsburg: „An England“, den die anglikanische Presse sorgsam unterdrückt, ausführlich wieder. Die „Evangelische Synode von Nordamerika“ stellt in einer öffentlichen Erklärung die französischen Gewalttaten auf eine Stufe mit den Greueln gegen die armenischen Christen.

„In Erkenntnis dieser gen Himmel schreienden Ungerechtigkeit treibt uns das Gewissen, öffentlich gegen solche den Frieden der Welt gefährdenden Gewaltmaßnahmen eines Volkes gegen seinen Nachbarn zu protestieren. Die Zeit des geduldigen Wartens und Schweigens geht zu Ende. Das Gewissen der christlichen Welt muß erwachen und an jedes Volk und jede Regierung appellieren, um, nicht mit Blut und Eisen, sondern durch die Gewalt der Wahrheit und Gerechtigkeit dem Weltfriedensstörer den Arm zu lähmen, damit sich Gott unserer armen verirrtten Welt erbarmen kann.“

Der „Lutherische Herald“ (Philadelphia, vom 3. Mai 1923) ruft in einem warmherzig geschriebenen Artikel von E. Ortlepp unter der Überschrift: „Die schweigende Kirche“ die Kirchen zur Tat auf. Ein Hinweis auf die im August d. J. in Eisenach tagende lutherische Weltkonferenz schließt mit dem Satz:

„Die Konferenz muß alle christlichen Kirchen auf ihre heilige Zeugenpflicht verweisen und besonders alle Lutheraner im Protest gegen das Schandmal unserer

Tage zusammenführen. Tut sie das nicht, so haben die Delegaten dort nichts zu suchen, ihre Reise ist zur Vergnügungsfahrt und die Konferenz zum Kaffeekränzchen geworden. Und die Schmach der schweigenden Kirche bleibt."

Die Zeitschrift „The Lutheran“ schreibt am 22. März:

„Der Ruhreinfall ist eine dunkle Wolke, die den friedensliebenden Völkern zum Bewußtsein bringt, daß der Krieg, den man 1918 beendet glaubte, von neuem begonnen hat. Wenn nur die Militaristen und gegenwärtigen Gewalthaber darunter zu leiden hätten, so möchten wir sagen: Laß sie sich gegenseitig vernichten. Aber die große Mittelklasse, die christlichen und gesehestreuen Bürger, unschuldige und hilflose Männer, Frauen und Kinder sind die wirklich Leidenden. Niemals schien die Kluft zwischen dem Geist und der Politik der Regierungen und dem Geist, den Zielen und Lehren der christlichen Kirchen so tief wie jetzt. Regierungen, die jetzt untätig abseits stehen, unsere unter ihnen, waren schnell genug bereit, sich in den Krieg zu stürzen. Jetzt waschen sie wie Pilatus ihre Hände in Unschuld und tun nichts, um den Frieden wiederzubringen. Von den Hauptstaaten der Völker ist keine Hilfe zu erwarten. Gott allein kann uns helfen. Laßt die Gebete der Kirche emporsteigen zum Thron Gottes."

Auch der Bischof Blake von den bischöflichen Methodisten fordert im „Christian Advocate“ vom 8. Febr. 1922 ein tätiges Eingreifen Amerikas. Er scheut sich nicht zu sagen, die amerikanische Politik sei die der reinen Selbstsucht, die aber nicht vor Schaden schützen werde. Ähnlich schreibt Bischof Ruessen im „Christlichen Apologet“, dem Zentralorgan der amerikanischen Methodisten: „Amerika ist verantwortlich für den Sieg und für den Frieden. Diese Verantwortlichkeit können wir nicht abschütteln, auch nicht durch die Liebesgaben. Ich halte es für die sittliche Pflicht Amerikas, einzugreifen. Möge es bald geschehen!"

Soeben kommt uns auch das die Gerechtigkeit und soziale Menschenliebe aufrufende Sendschreiben des Papstes an den Kardinal-Staatssekretär vor Augen, das in der Folgezeit der französisch-belgischen Rachepolitik sehr unangenehm werden dürfte.

Schließen wir mit dem Zeugnis eines Neutralen. Der Niederländer C. P. van Rossum, während des Krieges ein ausgemachter Deutschenfeind, schreibt in der verbreiteten holländischen Wochenschrift „Haagsche Post“:

„... Laßt uns ehrlich sein. Der Krieg hat viele von uns aus dem Gleichgewicht gebracht, wir haben sinnlos gebrüllt und gezankt... Die gefährliche Psychose ist vorbei, die Ruhe ist zurückgekehrt, wir gehen unsern Geschäften nach und prüfen unsere Gefühle und Übertreibungen. Unser nüchterner Verstand fordert seine Rechte und straft uns mit dem einen Wort: Idioten! Wir sind leidenschaftlich antideutsch gewesen, haben die Deutschen als Hunnen, Barbaren und noch mehr hingestellt, haben uns in Ehrfurcht vor „La douce France“ gebeugt, und wenn wir besonders arg unsern Koller bekamen, riefen wir: „Jeder hat zwei Vaterländer, das seine und Frankreich.“ Wir hatten alles Recht der einen und alles Unrecht der andern Seite zugeteilt. In Frankreich hatten wir das ideale Menschentum, im Osten die Kinder des Teufels gefunden...“

Wir hatten die Franzosen als ritterliche Figuren in den großen modernen Roman eingeführt. Wie oft haben wir nicht gesagt: „Wenn sie erst Sieger sind, wird sich zeigen, wie ein wahrhaft kultureller Sieger sich zu benehmen versteht.“ Sie sind es inzwischen geworden, sie zogen in friedliches Land, besetzten erobertes Gebiet und konnten der Welt ein prächtiges Vorbild von Ritterlichkeit und Humanität geben. Und das Resultat? Daß die Besetzungsgeschichte zum Himmel schreit, daß der Ruf des edlen und hochherzigen Frankreich

ins Reich der Fabeln zu verweisen ist, daß sie recht zu siegen verstanden, aber den Sieg nicht würdig zu tragen wußten.

Denn was hier in Deutschland geschieht, ist einfach schrecklich. Französische Arroganz und französischer Terror, französisches Unrecht und französischer Militarismus auf deutsche Leisten geschult. Alles Ableugnen von französischer Seite kann beiseite geschoben werden, denn hier handelt es sich um Tatsachen. Der stärkste Beweis ist wohl in den Gefühlen der besetzten Bevölkerung zu finden. Wo man auch hinkommt, überall Verfluchung der Franzosen aus Herzensgrund. Zwar drückt die angelsächsische Hand schwer, aber es bleibt die Hand eines Gentleman. Die französische Faust aber drückt wie die Faust eines brutalen Siegers."

* * *

Dies alles sind nur Stichproben, in ihrer Häufung vielleicht geeignet, den Irrtum zu erwecken, als sei die Weltlüge innerlich schon überwunden. Vor solchem Optimismus müssen wir warnen. Die amerikanische Volksseele ist sentimental. Ihr Mitleid ist noch nicht Erkenntnis der Wahrheit. Die Regierung hier wie dort in England wird durch keinerlei Sentiments bestimmt, sondern lediglich von den Motiven des eignen Nutzens. Auch der soeben von einer Amerikafahrt zurückgekehrte Kardinal Faulhaber aus München bezeugt, daß die Weltlüge in Amerika trotz allem noch eine große Macht ist. Das Beste, das Durchschlagende werde das deutsche Volk selbst tun müssen.

II. Die äußere Lage der Kirche.

1. Die Umwelt: wirtschaftliche und moralische Verelendung.

Niemals zuvor hatte die evangelische Kirche Deutschlands einen schwereren Stand als in der Gegenwart. Sie ist beides in gesteigertem Maß: Gegenstand der Anfeindung — und Zuflucht der Elenden, weggestoßen und festgehalten zu gleicher Zeit. Das widerspricht sich nicht. Die einen möchten sie endgültig hinauswerfen aus der Volksgemeinschaft, die andern merken immer deutlicher, daß sie, und zwar sie in allererster Linie, die Hoffnung unserer Zukunft ist. Die Scheidung hat längst schon eingesetzt; sie setzt sich immer klarer durch. Der Prozeß geht weiter. Der „Kirche“ schadet das nichts, nur der Anschauung derer, die unter dem Begriff der „Volkskirche“ die genuin christliche Volksgemeinschaft verstehen.

Die Verelendung, sowohl die wirtschaftliche als die moralische, macht Riesenschritte. Der kulturelle Verfall des öffentlichen Lebens hat eine Höhe erreicht, von der man glauben sollte, daß sie kaum noch übertroffen werden könne. Der unaufhörliche Verfall der Währung erdrückt den Mittelstand. Er fördert auf der einen Seite Wucher und Raffgier und macht wieder auf der andern Seite aus dem normalen Spartrieb eine Torheit. Sinnlose Vergeudung ist bei einem großen Teil der Massen alltägliche Gewohnheit — trotz aller Not, ja eben wegen der Not. Die reichlich verdienende Arbeiterjugend entbehrt nichts, gönnt sich aber alles, was ihr „Genuß“ ist. Sie hat gelernt, das Geld zu verachten, aber

nicht im guten Sinn des Worts. Selbstbewußt werfen die unreifen Burschen mit Tausendmarksheinen um sich. Das Vergeuden ist ihnen eine stolze Genugtuung. Jede Geste, jeder Blick zeigt: „Wir können uns das leisten.“ Die Alten, die keine körperliche Arbeit mehr leisten können, verfallen dem Elend. Alle staatlichen Maßnahmen (Kleinrentnerhilfe und sonstige soziale Fürsorge) sind doch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die Tragödie des Mittelstandes ist ein stilles Heldendrama, größer, als je eins über die „Bretter“ ging, „die die Welt bedeuten“. Wir würden jetzt schon Grauensvolles erlebt haben, wenn das Ausland und besonders die Auslandsdeutschen nicht geholfen hätten. Millionen sind auch durch unsere Hand gegangen und haben mancher Einsamen, mancher sorgenbeladenen Familie, die ihre Last und Not klaglos in der Stille trug, das Herz erquickt, daß sie merken durften und bekennen konnten: Es gibt in dieser erbarmungslosen Welt der Selbstsucht und Raffgier doch noch Barmherzigkeit. Und sie spüren: die Liebe Christi steht dahinter. Eine Proletarierfrau, von ihrem kommunistischen Mann schmählich im Stich gelassen, in einem pommerschen Dorf aufgewachsen, in der Großstadt an Sorge und Qual gewöhnt, sagte uns ungelentk und naiv: „Schließlich sind's doch nur die ‚Frommen‘, die wirklich helfen.“ Welchen Beruf hat jetzt die Kirche, den Tatbeweis des Glaubens zu geben! Sie tut's redlich, trotz aller Not, die sie drückt.

Unzählige Witwen, die, einst vielleicht mit gutem Vermögen, einen sorgenfreien Lebensabend zu erleben hofften, sind jetzt Almosenempfängerinnen geworden. Ihr Kapital ist dahingeschmolzen, wie der Schnee im Mai. Der Zeitgeist will ja doch dem „bösen Kapitalismus“ ein Ende machen. Die Stifte und Altersheime ringen um ihre Existenz. Alle Stiftungen sind völlig entwertet. Der Haß gegen den „Kapitalismus“ hat den Barmherzigkeitssinn ihrer Urheber völlig lahmgelegt. Krankwerden ist für die gebildeten Stände jetzt nahezu wirtschaftlicher Ruin. Vollends der Tod eines Familiengliedes stürzt die Hinterbliebenen in brechende Sorge. Man begräbt die Toten in Zement- und Pappsärgen; bald wird's auch für die nicht mehr reichen. Von der stillen Not, die manche Einsamen zu tragen haben, weiß die Umwelt wenig. Eine alte Arztwitwe in Berlin fand man mit ihrer Tochter tot — beide verhungert. Ein früherer Generaloberarzt in München, ein Pfarrer in Sachsen (Pfl. in A.) tragen auf ihrem Totenschein den Satz: — „an langdauernder Unterernährung gestorben“. Die Neureichen, und vollends die Schieber und Prasser, wollen vom Elend der Zeit, das sich still in den Häusern birgt, nichts sehen und hören. Für das Bettlertum, das sich in Berlin in unverschämter Weise breit macht, für die heuchlerische und betrügerische Not, haben sie eher etwas übrig.

Nach einer Aufstellung des Statistischen Reichsamts betrugen die reinen Lebensunterhaltungskosten im Dezember 1922 das 685fache der Vorkriegszeit 1913. Seitdem erst trat die schärfste Steigerung ein. Der ungelernete Arbeiter verdiente das 592fache. Sein wirklicher Lohnertrag war 89% der Vorkriegszeit. Der jugendliche ungelernete

Arbeiter steht sich weit besser als vor dem Krieg. Der gelernte Qualifikationsarbeiter verdiente das 339fache, sein Lohnertrag war, gemessen am früheren Einkommen, nur 58⁰/₁₀₀. Der Lohnertrag des mittleren Beamten (Gruppe VII) war 35⁰/₁₀₀, der des höheren Beamten (Gruppe XI) war 26⁰/₁₀₀. Das ist doch nichts weiter, als eine Proletarisierung der Geistesbildung, ja der Kultur überhaupt. Was hat „Lernen“ noch für einen Sinn, wenn der „Ungelernte“ mit seiner Unbildung dasselbe erreicht? Im Frieden hatte der gelernte Qualitätsarbeiter rund 50⁰/₁₀₀ mehr Lohn, jetzt knapp noch 5⁰/₁₀₀. Es ist also fast zur Gleichstellung gekommen. Wir gaben schon im Jahrbuch 1922 (S. 384) eine ähnliche Aufstellung; seitdem ist die „Gleichheit“ noch viel größer geworden. Was diese Wirtschaftsordnung für Folgen bringt in soziologischer Beziehung, machen unsere Wirtschaftspolitiker sich wohl kaum klar. Sparen ist altmodisch geworden, fachliche Ausbildung wird's bald auch sein. Der Klassenegoismus, der den Geistesarbeiter völlig deklassiert, treibt hier wunderliche Blüten. Er wird, wenn es so weitergeht, Deutschlands wissenschaftliche Überlegenheit völlig zerstören. Und dabei hatte ein kommunistischer Redner die Stirn, im Reichstag zu behaupten, die schwere Last der Zeit werde lediglich vom Proletariat getragen. Von der Notlage des Mittelstandes wollte er nichts hören.

Die Vergeudungssucht der Jugend ist der beste Helfer der Raffgier und des Wuchers, die üppig gedeihen. Mit Gesetzesverschärfung kommt man ihm nicht bei, auch drakonische Verbote treffen nur hier und da die Symptome. Der Eiter sitzt tiefer. Der Zwischenhandel nimmt wucherischen Gewinn. Die Familien darben, die verantwortungslose, früh und schnell verdienende Jugend bewilligt jeden Preis. Reicht's nicht, so wird eben gestreikt. Dabei spielen die unreifen Heher die Hauptrolle, ja sie terrorisieren die ruhigen und soliden Elemente der Arbeiterschaft und setzen sich über die Beschlüsse der Standesgewerkschaften rücksichtslos hinweg. Das Streikrecht ist zur Streikwillkür des Terrorismus geworden. Und nahezu jeder Streik geht ja erfolgreich aus. Warum also sich einschränken? Und wenn man selbst erwerbslos würde, die Erwerbslosigkeit ist noch lange nicht verderblich. Von der Autoritätslosigkeit und ethischen Verwilderung der Jugend wird jetzt viel geredet. Die Kriminalstatistik bietet ein sehr ernstes Bild. Die Fäden, die hin und her laufen zwischen der Staats- und Wirtschaftspolitik und dem ethischen Kulturstand, liegen hier offen zutage. Wir bedürfen einer „aktiven Säuberung des Volkslebens“, wie es der Reichskanzler Dr. Cuno im Reichstag am 14. Mai erklärte, der „Wiedererweckung aller sittlichen und religiösen Kräfte“. Privat- und Klassenegoismus beherrschen jetzt das öffentliche Leben. Die gesamten Gewerkschaften werfen der jetzigen Staatsregierung einseitige Parteinahme für den Egoismus des Unternehmertums vor. Gewiß steckt da viel Ursache zu gerechter Anklage. Aber wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Sie verlangen für den Arbeiter Freistellung von der Erfüllungslast Deutschlands. Er soll „mindestens dem durchschnittlichen Stand in

den Industrieländern Europas" gleichgestellt sein. Und der deutsche Arzt und Professor, der Handwerker und arbeitende Bürger, der ganze Mittelstand und alle Akademiker, haben auch die den Mut, die Gleichstellung mit dem englischen und amerikanischen Kollegen zu verlangen? Für den Arbeiter wird's verlangt. Wenn das nicht Klassenegoismus ist, so wissen wir kaum, was man noch so nennen soll.

Ein Aufsatz unseres Mitarbeiters D. Ulbrich im „Geisteskampf der Gegenwart" (Heft 6, 1923) behandelt die „Not der Asozialen und ihre Abwehr", aus dem wir zum Zeitspiegel einige Sätze anziehen.

„Vor dem Krieg gab es nur wenig Menschen, die unfähig waren, sich in feste Ordnungen zu fügen und sich beharrlich jeder bessernden Einwirkung widersetzen. Polizeiliche und gerichtliche Maßnahmen genügten, sie in Schach zu halten. Seitdem ist es anders geworden. Die Not der „Asozialen" hat einen Umfang erreicht, daß sie eine wesentliche Gefahr für Staat und Volk bedeuten. Der Krieg hat dazu gedient, derartige Menschen in großer Menge zu züchten und ihre schlechten Anlagen zu verhängnisvoller Entwicklung zu bringen. Da ihnen die sittlichen Grundlagen des Pflichtbewußtseins und des Verantwortungsgefühls fehlen, geraten sie dauernd mit der allgemeinen Ordnung und mit den Anschauungen von Zucht und Sitte in Widerspruch. Sie begehen Gewalttaten, schädigen Eigentum, Ehre und Leben ihrer Mitmenschen, während der Strafrichter nichts Rechtes mit ihnen anzufangen weiß. Oft werden sie wegen geringer Zurechnungsfähigkeit freigesprochen und weiter auf die menschliche Gesellschaft losgelassen, bis irgend ein gewaltsamer Vorgang ihnen den Hals bricht.

Es war ein schwerer Fehler der Militärbehörden, daß sie zur Ergänzung des kämpfenden Heeres die Fürsorgeheime und Strafanstalten nach solchen absuchten, die sich auf den Kriegsschauplatz schicken ließen. Ihnen gesellten sich aus der Umwelt allerlei Asoziale: Sadisten, Arbeitscheue, Epileptiker und Phantasiekranken, die nur zur Verschlechterung der Truppe beitragen konnten. Nach der Heimkehr waren sie nirgends einzuordnen. Bei allen Krawallen und Puffschen erschienen sie als Mitläufer, verübten Roheiten, Einbrüche und Überfälle und vermehren nun die öffentliche Unsicherheit.

Während der alte Staat bei der Verleihung seiner Rechte eine gewisse Vorsicht walten ließ, beglückten die Revolutionsgesetze damit allerlei unreifes Volk, das damit nichts Besseres anzufangen wußte, als Kinder mit Feuerzeug und Schußwaffen. Der Umsturz schaffte den Asozialen die Möglichkeit der freiesten politischen Betätigung. Wer das nötige Mundwerk und hinreichenden Radikalismus besaß, fand sogar den Weg zu führenden Stellen und parlamentarischen Mandaten. Es entstand der Typ der Verfallsadisten, die von Zeit zu Zeit auf ihre Gegner die wütesten Schimpfkanonaden loslassen. Nichts ist ihnen heilig, und der Mangel jeder Geschichtskennntnis läßt ihnen jede Vergangenheit als verrottet und die Gegenwart als völkerbeglückend erscheinen. . .

Es war nicht notwendig, daß diese Leute entarteten. War doch das Schlechte und Gemeine in ihnen zuerst nur Anlage. Viel Schaden wird durch den törichtsten Humanitätsdusel angerichtet, der nichts von Vaterliebe weiß, die mit heiligem Ernst züchtigt. Oft ist sogar die Notwehr wider die Ausartungen der Asozialen untersagt, so daß Frechheit und Zuchtlosigkeit gute Tage haben. Den heranwachsenden Kindern werden Auswege genug gebahnt, sich der Elternzucht zu entziehen. Der Lehrling darf unbesorgt der Autorität des Meisters spotten. Was für Unheil bedeutet die Politisierung der Jugendlichen, die ungestraft den geheiligten Anschauungen des Elternhauses ins Gesicht schlagen dürfen! Kein Vater hat noch gesetzliche Macht, seinen heranwachsenden Sohn zu verhindern, einem radikalen Schreier nachzulaufen; der leichte Erwerb löst die Töchter frühzeitig vom besorgten Mutterherzen. Einem Meister oder einem Fabrikherrn ist es zuweilen unmöglich, einen üblen Angestellten zu entfernen, dessen Treiben wie das Aufkommen eines bösen Geschwürs wirkt. Greift er zu, so marschieren kampfbereite Verbände auf, um dem Störenfried den Rücken zu stärken."

Es wird weiter hingewiesen auf die zersezenden Einflüsse von Schundromanen und pornographischen Films, auf das Treiben der Schlemmerlokale und ähnliches. Die angebliche „Humanität“ der Amnestien (selbst für den Mordbrenner Hölz wird sie ja mit Leidenschaft gefordert) wirft immer neue Infektionsherde des „Wozialismus“ ins Volk. Man darf sich nicht wundern, daß es so aussieht in den Tiefen unseres Volkstums, wie es der Fall ist. Es gehört auch zu den ironisierenden Zügen der Geschichte, daß der politische Sozialismus eine völlig asoziale Gesinnung durch seine Wirtschafts- und Staatspolitik herangezüchtet hat. Es ist die unendlich schwere, aber nicht hoffnungslose Aufgabe der Kirche, dem Geist der Kraft und der Liebe und der Zucht wieder Raum zu schaffen im Volksleben.

In allen Großstädten, nicht nur in Berlin, treiben sich ganze Banden dieser asozialen Elemente umher. Es gibt in Berlin kaum noch eine Kirche, die nicht schon durch Einbruchsdiebstahl geschädigt wäre. Gestohlen wird nahezu alles, was nicht niet- und nagelfest ist. Wilmersdorf hat alle Bronzedenkmäler entfernt, um sie vor dem Raube zu retten. Auf den Friedhöfen werden am hellen Tag Grabornamente gestohlen. Im Juli 1922 dringt eine Rote angetrunkener Burschen gegen das Ende des Gottesdienstes in die Golgathakirche in Berlin und stört durch Absingen unsflätiger Lieder und lautes Debattieren den Geistlichen in seinem Altardienst. Der Aufforderung, das Gotteshaus zu verlassen, setzen sie tätlichen Widerstand entgegen. Die herbeigerufene Polizei muß sie entfernen. Der Alkoholismus nimmt trotz der hohen Preise für geistige Getränke grauenvoll zu. Es ist eine unheilvolle Indolenz gewesen, daß man die Bars und Likörstuben so üppig hat ins Kraut schießen lassen. Sie tragen die Zucht- und Gesetzmäßigkeit immen wieder hinein in das Land. Ein Professor der Theologie beobachtet im D-Zug Hamburg-Berlin einen Trupp junger Arbeiter, bei denen die Kognakflasche kreist, während bei jedem Trunk die Einsetzungsworte des heiligen Abendmahls travestiert und Hurenlieder heruntergegröhlt wurden. Anständige Reisende waren entsetzt; aber herausgesetzt wurden die Spötter nicht.

Aus allen Volkskreisen, auch aus denen des politischen Sozialismus, werden jetzt Stimmen laut, daß es so nicht weitergehen kann. Das Gute haben diese verrotteten Zustände doch gewirkt, daß die Vorurteile gegen das Wirken der Kirche bis weit hinein in die Kreise der Linken sich auflösen. In Braunschweig, Sachsen und zeitweise auch in Thüringen darf der Kirchenhaß sich noch behaglich in der Macht fühlen. In Preußen ist es anders, vollends in ganz Süddeutschland. Der Braunschweiger Radikalismus ist ja zwar bald ein Gespött der Welt geworden. Der frühere „Staatspräsident“, ein ehemaliger Schneider, und die zeitweilige „Kultusministerin“, eine frühere Aufwасьfrau, sind wegen Unterschlagung vor Gericht gefordert. Ein Kommunist, der früher das Justizministerium leitete, hatte sich wegen desselben Delikts zu verantworten; er wurde lediglich freigesprochen, weil er sich der „Rechtswidrigkeit seines Tuns nicht bewußt“ gewesen sei. Und der Mann war —

Justizminister! Solche Leute hat der rote Umsturz als Abschäum auf die Oberfläche gespült. Vestigia terrent — der Umschwung ist unterwegs. Man hat von der roten Moral zuviel erlebt, um ihrer menschenbeglückenden Freiheit noch zu trauen. Der frühere Reichsjustizminister Dr. Radbruch, politisch Sozialdemokrat, schreibt in der „Kulturlehre des Sozialismus“: „Eine so gewaltige Geistesmacht wie die Religion kann in der Erziehung des künftigen Geschlechts nicht totgeschwiegen werden . . ., unsere Kultur ist ohne das Christentum gar nicht verständlich.“ Diese Worte behalten ihren relativen Wert, auch wenn Dr. Radbruch die „überkommene Religion“ als eine Stufe betrachtet wissen will „zu einer neuen ganz diesseitsfrohen Religiosität“. Von der neuen Ethik, die der Sozialismus uns bringen werde nach der Versicherung des früheren Kultusministers Hähnisch, die weit besser sein solle als die alte, ist auch in ihren etwaigen Vorläufern noch nichts zu sehen. Es ist nicht mehr Zeit, noch lange darauf zu warten. Die Kirche steht und tut ihren Dienst, auch den, das Gewissen des Volks zu sein.

2. Die Kirchen unter dem Druck.

Pekuniäre Lage der Kirchen. Druck in Sachsen, Thüringen, Braunschweig.

Die harte Zeit hat die Finanzlage nahezu aller Landeskirchen überaus erschwert. Vorhandene Stiftungskapitalien sind völlig entwertet; ihre nach dem heutigen Geldwert überaus geringen Zinserträge geben jetzt nur einen minimalen Bruchteil des zur Besoldung der Kirchenbeamten Nötigen her. Die Steuerkraft der Gemeinden wird ganz anders angespannt als jemals zuvor. Umgelegt wird die Kirchensteuer bekanntlich nach der Höhe des Staatseinkommensteuersolls. Die beschlossenen Umlagen bedürfen in vielen Gemeinden bei der unaufhörlichen Steigerung des Unterhalts und dem steten Sinken des Geldwerts auch im laufenden Jahresetat stetiger Nachforderungen. Dem aber ist nach oben hin eine Grenze gezogen. Art. 137 der Verfassung des Deutschen Reichs gibt zwar den Kirchen das Recht der Steuerumlage auf ihre Glieder nach Maßgabe der bürgerlichen Steuerlisten, doch haben die Religionsgesellschaften die Pflicht, die staatliche Genehmigung nachzusuchen, die bei allzu scharfer Heranziehung verweigert werden kann. In Preußen sind zwar von staatlicher Seite keinerlei Schwierigkeiten gemacht worden, wenn die Kirchensteuern gegen früher ganz ungewohnte Prozentsätze der Einkommensteuer erreichten. Im Westen stehen sie mancherorts der Staatssteuer gleich, ja übertreffen sie sogar. In Sachsen aber, um nur dieses Beispiel zu nennen, sind sie nur in engen Grenzen (bis zu 15% der Staatssteuer) erlaubt. Die Regierung will diese Quelle nicht erschließen, die Selbsthilfe wird der Kirche ungeheuer erschwert. So ist es freilich wohlfeil zu sagen, die Kirche möge sich selber helfen. Dazu kommt, daß die Finanzgesetzgebung des Reiches immer nur die Heranziehung der das Jahr vorher laufenden Einkommensteuer zur kirchlichen Veranlagung gestattet. Der ungeheure Verfall der Währung wird

also beispielsweise für 1923, auch bei hohen Kirchensteuersätzen, nur einen Bruchteil des Benötigten hereinbringen, weil die Staatssteuersätze von 1922 zugrunde gelegt werden für die Umlage der Kirchensteuer. Die Lohnsteuergesetzgebung — wohl 80—90 % aller Steuerzahler gehören doch zu Lohn- und Gehaltsempfängern — ist ihrer Zeit ohne jede Rücksicht auf die Kirche erfolgt. Der Staat nimmt sofort seine 10 % von allen Bezügen, die Kirche darf das erst tun, wenn sie um das Hundertfache entwertet sind.

Da, wo das kirchliche Vermögen einer Gemeinde in Land und Liegenschaften besteht, ist zwar eine Entwertung nicht eingetreten, aber der sachlichen Auswertung stehen dennoch große Schwierigkeiten entgegen, die nur in mühseliger Kleinarbeit zu überwinden sind. Die Steigerung der Landpächte hielt durchaus nicht Schritt mit der Steigerung der auf den Ländereien erzeugten Lebensmittel. Die Versuchung der bäuerlichen Pächter, sich hier zugunsten des Kirchenärars zu bereichern, war doch zu verlockend. Den Pfarrern waren zum Teil die Hände gebunden; viele hatten es lange schon versäumt, hier die Interessen des Kirchenärars energisch zu wahren, sei es aus Gutmütigkeit, sei es aus Besorgnis, es mit den Pächtern und Gemeindegliedern zu verderben. Nun ist ja zum guten Glück die Regelung dieser Seite der Sache auf gutem Wege, einmal dadurch, daß wohl überall Naturalpacht an die Stelle der reinen Geldpacht getreten ist, und weiter dadurch, daß den Ortspfarrern die Mühsal der Pachtverhandlungen, im Prinzip wenigstens, zum großen Teil abgenommen wurde. In Anhalt hat, unter völliger Auflösung des Pfründensystems, eine kirchliche Pachtkammer, wenn man das so nennen darf, diese Regelung übernommen. Nun gibt es freilich überall im Reich staatliche Pachteinigungsämter, die bei Streitigkeiten zwischen Eigentümern, hier also Kirche resp. Gemeinde, und Pächter entscheiden. Aber diese Einigungsämter haben wieder nicht das Recht einer Ansetzung von Naturalpacht. Es bleibt also noch genug Reibungsfläche. Vor allem aber war die Tatsache ein Haupthindernis zur Hebung der Finanzlage der Gesamtkirche, daß diese Erträge zunächst Eigentum der Ortskirchengemeinde waren. Es entstand dadurch eine große Ungleichheit. Landgemeinden mit großem oder sehr fruchtbarem Grundbesitz erzielten durch Pächte weit mehr als den Ortsbedarf zur Aufrechterhaltung des kirchlichen Wesens, solche ohne Grundbesitz oder mit karger Landausstattung, vor allem aber die Stadtgemeinden, gerieten in bittere Not. Der radikale Ausweg Anhalts, alles in einen Topf zu werfen, war nicht überall durchführbar; auch da hat er die ersehnte Gesamtentlastung nicht gebracht. Für größere Landeskirchen verbot er sich von vornherein, wiewohl diese Lage Anlaß sein wird, dem überalterten Pfründensystem noch viel energischer als seither zu Leibe zu gehen. In Preußen ist schon seit zwei Jahren ein gewisser Ausgleich geschaffen dadurch, daß die den Normalbedarf überschreitenden Einkünfte gedrittelt werden, von denen freilich nur ein Drittel dem Gesamtfonds zufließt. Selbst gegen diesen vorsichtigen und überaus schonenden Eingriff in das Pfründen-

vermögen wurden Stimmen laut, aus denen nicht immer nur der Lokalpatriotismus sprach, die zuweilen auch ethisch sehr unterwertige Motive erkennen ließen. Als 1898 die Landgemeinden gestützt wurden durch die zentralisierende Neuordnung des kirchlichen Finanzwesens, wobei die Zentralinstanz der Alterszulagekasse und Ruhegehalts- und Reliktenkasse vieles übernahm, was seither der Ortsgemeinde oblag, waren die städtischen und besonders die großstädtischen Gemeinden die Hauptlastträger dieser Reform, stellenweise so sehr, daß diese Lasten kaum tragbar waren und z. B. in den geld- und industriereichen Städten des Westens, die nun unerhörte Aufwendungen für das große Ganze zu tragen hatten, protestierende Stimmen laut wurden, wie auch in Berlin. Aber es blieb doch schließlich bei dem guten Motto dieser Finanzgebarung: „Einer trage des andern Last.“ Dessen sollte man auf dem Lande, wo jezt allerlei Murren laut wird, auch jezt eingedenk sein.

Gewiß wird es ein erstrebenswertes Ziel sein und ein der Zukunft noch abzuringender Erfolg, daß die Kirche sich aus eigener Kraft finanziell erhalte und von allen Staatszuschüssen frei werde, die nicht auf besonderem Rechtstitel beruhen. Der Weg bis dahin ist noch ziemlich weit. Man soll doch nicht tun, als ob er jezt schon gangbar wäre. Man soll auch nicht die Theorie aufstellen, als habe die Kirche überhaupt keine moralischen Ansprüche auf Staatsdotation, oder als gäben diese automatisch dem Staat ein Recht, in das innere Wesen der Kirche hineinzugreifen. Daß die Kirche ein Kulturfaktor ist, und zwar der bedeutungsvollste, den es gibt, daß sie der älteste und erfolgreichste Träger der allgemeinen Wohlfahrtspflege ist, der barmherzige Samariter, der die vom harten Leben Niedergeschlagenen sucht und aufrichtet, wird eigentlich kaum geleugnet; nur der allerroteste Radikalismus bestreitet das. Auch die Sozialdemokratie erkennt das, wenn auch nicht einhellig, so doch vielerseits an. In Preußen hat die Staatsregierung sich den vorsorglich eingeleiteten und mit ruhiger Klarheit durchgeführten Verhandlungen der Kirchenbehörde von vornherein geneigt gezeigt, und das hat dahin geführt, daß die Gehälter sämtlicher Pfarrer der Gehaltsstufe 10 entsprechend normiert werden konnten. Auch ein Aufsteigen des dritten Teils derselben in Stufe 11 ist gesichert. Freilich die Geistlichen der Inneren Mission haben noch nicht einbezogen werden können, doch steht das durch weiter zu erwähnende subsidiäre Maßnahmen des Reichs wohl ziemlich sicher in Aussicht. Alle bisher gewährten Zuschüsse des Staates sind zwar dem Namen nach auf Vorschuß bewilligt auf das Konto der später zu bewirkenden grundsätzlichen Finanzauseinsetzung zwischen Staat und Kirche. So ist es in Preußen zu einer eigentlichen Notlage der Pfarrer, wenigstens zu einer solchen, die über das Normalmaß der allgemeinen Notlage hinausgriffe, nicht gekommen, wohl zu gedrückter Lage mancher Gemeinden, derart, daß Hilfsprediger, Gemeindehelfer, Diakonissenstationen usw. nur mit Mühe erhalten werden konnten. Ohne die Auslandhilfe wäre das nicht möglich gewesen. Reduktionen sind dennoch nicht ganz zu vermeiden gewesen.

Daß die Pfarrer nach Maßgabe der allgemeinen Not mitbelastet sind, gehört sich freilich so. An der Not des „Mittelstandes“ tragen sie ihr redlich Teil. Dank der staatlichen Vorschüsse an die Kirchen wurden sie aber doch über Wasser gehalten. Die ständigen Veränderungen in der Gehaltskala und die mit dem stetig sinkenden Geldwert kaum Schritt haltenden Nachzahlungen mit ihren obligatorischen Verspätungen haben aber doch in manches Pfarrhaus zeitweilig herbe Not und Sorge getragen, so lange wenigstens, als es zu jeder Erhöhung der staatlichen Zuschüsse neuer Verhandlungen zwischen Kirchen- und Staatsbehörden bedurfte. Jetzt ist für Preußen auch hier ein automatisch einsetzendes Verfahren gesichert. In etlichen kleinen Landeskirchen fehlte es noch seither, ist aber wohl überall auf dem Wege der Entwicklung.

Bittere Not aber ist überall da gewesen, wo der Staat sich von vornherein gleichgültig oder gar feindselig dem kirchlichen Wesen gegenüberstellte, ohne Erkenntnis, daß es doch das Bestreben und der Wille der Kirche ist, dem Volke zu dienen. Das ist in besonders schroffer Weise hervorgetreten in den Stammburgen des roten Radikalismus, der ja meist mit dem Kirchenhaß versippt ist, so in Braunschweig und Sachsen. Auch Thüringen ist nicht davon verschont geblieben, gestreift sind Mecklenburg und Anhalt. In manchen kleinen Landeskirchen Norddeutschlands — von Süddeutschland sei hier abgesehen — ist die Lage noch ungeklärt und sorgenvoll. Das trifft besonders solche Gegenden, in denen die Gemeinden und Kirchen seither noch nicht gewohnt gewesen waren, sich aus eigener Kraft zu erhalten, sondern als Kostgänger des Staates sich, etwas allzulange, wohlgeföhlt hatten. Die Kirchenhoheit geböhrt ja nun nicht etwa dem Reich, sondern den Einzelstaaten. Und da in diesen die finanzielle Lage, die Initiative und die Stellung zur Kirche eine sehr verschiedene ist, je nach der politischen Konstellation, so ergeben sich für die Frage, die uns kürzlich ein Ausländer vorlegte: welches ist die finanzielle Lage der evangelischen Kirche in Deutschland? — die verschiedenartigsten Antworten. Sorglos und gesichert ist sie natürlich nirgends. Es gibt kaum eine Schattierung unter der Linie des einigermaßen befriedigenden, die nicht vertreten wäre. Daß die Kirchen den Druck der Zeiten mitzutragen haben, daß sie an der Verarmung Deutschlands mitzuleiden haben, wird niemand beklagen dürfen. Aber was ihnen in Sachsen und Braunschweig geschieht, dürfte doch tief unter der Erwartung dessen liegen, was man bei der „Kulturhöhe“ unserer Zeit bisher für möglich hielt.

In Braunschweig hat die Staatsregierung ganz offen zur Schau getragen, daß es ihr Bestreben sei, der Kirche den Brotkorb so hoch zu hängen wie nur irgend möglich. In den Pfarrhäusern ging schon im Vorjahr der bittere Hunger um; nur wo ländliche Pfarrstellen gute Naturalpächte hatten, war die Lage befriedigend. Der letzte Winter steigerte die Not fast ins unerträgliche, besonders die Stadtpfarrer waren dem Elend preisgegeben und mußten z. T. durch buchstäbliche Almosen erhalten werden. Im Herbst 1922 erreichte der Viertelsjahrsgehalt eines

Pfarrers der Braunschweigischen Landeskirche nicht ganz den Wochenlohn eines ungelerten Arbeiters. In den Landgemeinden hat sich die freiwillige Liebe sehr verschiedenartig geltend gemacht. Teils geschenksweise, teils als Darlehen sind 50—60 Millionen aufgebracht, z. B. aus einem einzigen Bauerndorf $1\frac{1}{2}$ Millionen, aus einer Kreisstadt — weniger als 50 000 M. (!). Auf dem Stadtkirchentag wurde festgestellt, daß der älteste Geistliche an einer der Stadtkirchen im letzten Winter ein Vierteljahrsgehalt von 66 000 M. gehabt habe; das entsprach etwa dem viertägigen Tagelohn eines Arbeiters. Die Erhöhung der Kirchensteuer zieht nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern gerade auch in weiten Kreisen des religiös gleichgültigen Bügertums die Gefahr des Kirchenaustritts hinter sich her. Viele Pastoren suchen durch Nebenbeschäftigung etwas zu erwerben. Der Pfarrer B. zu T. im Harz ging jede Woche vier Tage in die Kalksteinbrüche, andere sind Gehilfen in Kontoren und Banken. Hart war vor allem das Schicksal der Alten, der Emeriten und Pfarrwitwen. Sie wären ohne Hilfe aus Holland, Schweden und Amerika kaum zu retten gewesen. Schon im Sommer 1922 bat der ref. Pfarrer D. Knap in Groningen in der holländischen Presse um Hilfe. Er wollte 2000 Gulden haben, um ein Duzend der allerbedürftigsten Pfarrerrfamilien vor dem Verelenden zu retten. Er empfing über 10 000 Gulden, sowie Lebensmittel und Kleidungsstücke. Knap reiste selbst nach Braunschweig und konnte 18 Pfarrerrfamilien so viel darreichen, daß sie durch den Winter kamen. Doch sind von den 260 Pfarrern der Landeskirche Braunschweig mehr als zwei Drittel notleidend. Nun haben die Lutheraner von Nordamerika und die schwedische Samariter-spende wacker geholfen, der Not des Augenblicks zu wehren. Die Lage der Braunschweigischen Kirche bleibt dennoch kritisch.

Die Regierungen von Sachsen, Thüringen, Mecklenburg und Braunschweig weigerten sich, die seither geleisteten Zuschüsse an die Religionsgesellschaften, soweit Artikel 173 der Reichsverfassung deren Fortzahlung vorsieht, dem jetzigen Geldwert anzupassen. Der Evangelische Kirchenausschuß hat im November 1922 beim Reichsminister des Innern Beschwerde eingelegt und mit Rücksicht auf die schreiende Not der Pfarrer und Gemeinden um baldiges Eingreifen von Reichs wegen gebeten. Der Reichsminister hat auch in diesem Sinn seinen Einfluß geltend gemacht, ohne jedoch der Rechtsfrage vorzugreifen. Es wird also möglichenfalls die Entscheidung des Reichsgerichts angerufen werden müssen. Bis dahin kann aus den weiter unten (S. 388) erwähnten, zur Verfügung gestellten Reichsmitteln Abhilfe geschaffen werden.

In Sachsen hat die politisch radikale Staatsregierung eine unerträgliche Last auf die Kirche gelegt dadurch, daß sie die Staatsdotations, auch die auf rechtlicher Verpflichtung beruhende, nahezu völlig unterband. Der Kultusminister Fleißner (unseres Wissens früher Volksschullehrer) will keinerlei rechtliche Verpflichtung des Staates gegen die Kirche anerkennen trotz des Artikel 173 der Reichsverfassung, der die bisherigen Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften sicherstellt. Ein Rechts-

gutachten der Leipziger Juristenfakultät stellt das nicht nur zweifellos fest, sondern führt auch den Nachweis, daß der Verpflichtung unter Berücksichtigung des sinkenden Geldwertes zu genügen sei. Es war vergeblich — die sächsische Regierung weigerte sich sogar zeitweilig, die vom Reich den Einzelländern zur Verfügung gestellten, für die dringendsten Bedürfnisse der Kirche bestimmten Zuschüsse, auch nur abzunehmen und der Kirche zuzuführen. „Wir haben das größte Interesse daran, daß die Kirche schwach ist und schwach bleibt“ — das war Parole der sächsischen Regierung, also die offene Ansage des Kulturkampfes. Es hat zwar an energischem Widerspruch nicht gefehlt und der Radikalismus in Sachsen wird gewiß seinen Kirchenhaß einmal bitter bereuen; aber einstweilig trägt die Kirche die Last und die Kriegskosten fallen auf die armen Pfarrhäuser.

Im Winter 1922/23 hat die Verelendung des sächsischen Pfarrerstandes eine unerträgliche Schärfe angenommen. Unter den 1500 Geistlichen des Landes sind kaum 100, die ein auskömmliches Gehalt beziehen. Hunderte suchen Nebenerwerb. In einer einzigen Dresdener Großbank sind neun Pfarrer als Gehilfen tätig; etliche wirken als Lagerhalter, als Gärtnereihilfen, als Fabrikarbeiter. Pfr. R. in S. ist Heizer in einer Fabrik, seine Frau macht für die Bauernfrauen Flickarbeiten. Ein anderer fährt für eine Dorfbäckerei das Brot in die Stadt. Die armen Pfarrfrauen erliegen fast der Last. Eine Rundfrage in 1500 Pfarrhäusern meldet in 600 derselben schwere Erkrankung. werdende Mütter brechen zusammen, dringende Operationen können nicht ausgeführt werden. Die Tuberkulose fordert ihre Opfer. Das Pfarrhaus, eine Stätte der Kultur und Bildung, sinkt von Stufe zu Stufe, sonst die Zufluchtsstätte der Elenden, leidet es nun selbst an Verelendung. Manche Pfarrer haben die Doppelarbeit nicht aushalten und durchführen können. Sie selbst brachen zusammen und der Gemeindedienst verwahrloste. Auch Pfarrfrauen haben hie und da ins Erwerbsleben gehen müssen. Doch hat hier die Doppelarbeit noch verheerendere Folgen gehabt. Schweigend tragen die meisten Pfarrhäuser ihre Not. Oft wissen es nicht einmal die eigenen Gemeinden, wie hart ihr Seelsorger mit den Seinen ums tägliche Brot zu ringen hat. Die „Sächsische Pfarrhaushilfe“ (Leitung Pfr. Spranger-Dresden), aus dem ganzen Lande unterstützt, der wohl kaum ein deutscher Pfarrer seinen Obolus geweigert hat, gibt erschütternde Bilder von der in der Stille getragenen Not. Wohl ist im Lauf des Jahres 1923 eine gewisse Abänderung eingetreten. Nach langem Sträuben hat der Kultusminister endlich die vom Reich gebotenen Darlehnsmittel angefordert. Aber das ist angesichts der neuen Teuerung nur ein Minimum des Bedarfs. Regierung und Landtag lehnen vorläufig die Bemessung der Staatszuschüsse nach dem Geldwert der Gegenwart noch ab. Hier wird wohl der Staatsgerichtshof oder das Reichsgericht, wie früher einmal in Braunschweig, das letzte Wort sprechen müssen. Mehrere in letzter Zeit freigewordene Pfarrstellen haben nicht wieder besetzt werden können. Nicht nur das Pfarrhaus leidet, die Gemeinden sind tief ver-

schuldet durch Vorschüsse, manche können die Gehälter ihrer sonstigen Beamten, Gemeindegelber, Organisten usw. nicht mehr aufbringen. In dem erzgebirgischen Städtchen M. ist fast der gesamte kirchliche Besitz verpfändet, die Gemeindepflege leidet unsäglich.

Natürlich hat die Sächsische Kirchenbehörde längst schon dem Übel zu steuern gesucht; aber ihre Hände sind gebunden. Die Verschmelzung von Staat und Kirche auf finanz- und verwaltungstechnischem Gebiet hat in Sachsen länger gewährt, als in den meisten anderen Landeskirchen, etliche ganz kleine Landeskirchen etwa ausgenommen. Eine Landeskirchensteuer, wie sie Bayern, Hessen, auch Preußen, dieses in Form der Gemeindezuschüsse zu den kirchlichen Zentralfonds, längst hatte, war wohl vor dem Kriege in Aussicht genommen; sie ist aber nicht mehr zu Stand und Wesen gekommen. Sie wäre schon vor Jahrzehnten am Plage gewesen. Die sächsische außerordentliche 7. Landesynode hat in zwei Sessionen im März und April 1923 eingehende Beratungen gepflogen über die Notlage der Kirche, deren Ergebnisse der Hoffnung Raum geben, daß in absehbarer Zeit der dringendste Notstand behoben oder doch bedeutsam abgemildert sein wird. Ein besonders schwieriges Problem war das der Nuhbarmachung der Ortspfründen für die Gesamtkirche ohne Rechtsbruch.

Inzwischen hat sich nun auch der Protestantismus des Auslandes der lutherischen Glaubensbrüder in Sachsen angenommen. Für die vorerwähnte Pfarrhaushilfe tritt in Holland und der Schweiz ein Komitee ein, letzteres unter dem Vorsitz von Pfr. D. Benz in Basel, auch Braunschweig und Thüringen sind in die Hilfsaktion eingeschlossen. Aus der Schweiz ist schon die erste Gabe des Hilfskomitees für die gemeldeten 600 schweren Krankheitsfälle eingetroffen. Vor allem aber hat das „National Lutheran Council“ und andere amerikanische Synoden (Iowa) es schon seit mehr als Jahresfrist an tatkräftiger, werktätiger Liebe nicht fehlen lassen.

Auch in Anhalt, wo schon vor dem Krieg durch ein zentralisiertes Finanzsystem das Pfründenystem sozusagen erledigt war, ist neuerdings wieder eine Notlage eingetreten, veranlaßt durch den Fall der Valuta, ein Zeichen, daß die Zentralisation an sich auch noch kein Heilmittel ist, wie voreilig behauptet wurde. Der Landeskirchenrat hat den Haushalts-etat für 1923—24 auf 1053 Millionen Mark angesetzt und erhebt acht Hundertteile der Reichseinkommensteuer als Landeskirchensteuer. Eine wertbeständige Roggenanleihe ist beschlossen worden. Bis zur Jahreswende konnten die Anhaltischen Geistlichen ihre Bezüge nach Maßgabe der gleichen Stufe der Staatsbeamten empfangen, seitdem sind arge Rückstände eingetreten, besonders auch bei den Pfarrwitwen und Waisen. Die Ursache ist auch hier die, daß der Staat die bisherigen Verpflichtungen nicht dem Geldwert der Gegenwart angleichen will.

Im Geburtsland der Reformation, in Thüringen liegen ähnliche Schwierigkeiten vor. Der Tätigkeitsbericht des Landesoberpfarrers D. Reichardt, dem Thüringer Landeskirchentag am 1. Mai 1923 erstattet,

läßt erkennen, daß die Kirchenbehörde redlich bestrebt gewesen ist, mit der Staatsregierung ein Abkommen zu treffen dahin, daß der Staat die kirchlichen Lasten in der Übergangszeit, d. h. in der Zeit bis zur endgültigen vermögensrechtlichen Auseinandersetzung zwischen ihm und der Kirche, insoweit als er sie bisher getragen hat, auch weiter trage. Dann werde die jetzt noch anhaltende übermäßige Not des Pfarrerstandes wenigstens in seiner schärfsten Form beseitigt sein. Aber es hat doch in drei Fällen der Rechtsweg eingeschlagen werden müssen, wobei auch das vorerwähnte Gutachten der Leipziger Juristenfakultät angezogen wurde. Kirchensteuer und Pfründeneträge sind bis aufs äußerste angespannt. Wenn erst der Thüringer Staat der Thüringer Kirche die gleiche Behandlung zuteil werden lasse, wie sie außer Braunschweig und Sachsen fast alle Landeskirchen erfahren, werde die gegenwärtige wirtschaftliche Not zu beheben sein. Inzwischen stehen die Thüringer Pfarrer in ihrer Mehrzahl mit ihren Bezügen weit unter den mittleren Beamten, geschweige denn, daß sie den Akademikern gleichkämen. Ohne die schwedische Samariterspende wäre ein Durchhalten unmöglich gewesen. Gleichwohl sind zehn Pfarrstellen mit geringer Seelenzahl aus Ersparnisgründen unbesezt geblieben.

Es ist nicht möglich, die finanzielle Lage jeder Landeskirche hier darzulegen. Zwischen dem verhältnismäßig günstigen Befund in der altpreußischen Landeskirche, der durch geschickte Verhandlungen erreicht wurde, und den hier geschilderten Extremen von Braunschweig und Sachsen liegen allerlei Abstufungen in bunter Schattierung. Auch in Hamburg und Mecklenburg klopft die Not an, dort veranlaßt durch die rein großstädtische Lage, hier gemildert durch Landbesitz, aber verstärkt durch staatliche Zurückhaltung. In Preußen ist es gelungen, für die Besoldung der Hilfsprediger, die Dienstaufwandsentschädigungen der Superintendenten und Generalsuperintendenten größere vorläufige Staatszuschüsse zu erwirken.

Es steht nunmehr zu hoffen, daß der Kirche auch die Hilfe des Reichs zuteil werde, wie ja die Einzelländer und Gemeinden schon längst auf Reichshilfe angewiesen sind. Bisher war das Reich nur dadurch tätig gewesen, daß es durch Vermittlung der Einzelländer Vorschüsse gewährte. Daraus sollen sich nun dauernde Zuschüsse gestalten. Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat im Mai 1923 in den außerordentlichen Haushalt als kulturellen Notfonds 12 Milliarden¹⁾ eingesetzt, von denen 9 Milliarden für die notleidenden Religionsgesellschaften (natürlich aller Konfessionen, d. h. der anerkannten Religionsgemeinschaften) ausgesetzt sind. Aus diesen Mitteln sollen die Körperschaften öffentlichen Rechts und die studentische wirtschaftliche Selbsthilfe Unterstützung erfahren; die Richtlinien bedürfen der Zustimmung des Reichsrats und des Haushaltsausschusses. Auch für die Erhaltung des Liebesdienstes, den die Innere Mission unermüdlich tut, würde die Durchführung segensreich gegenüber der Not der Zeit sein. Beim Reichsarbeitsministerium ist die

¹⁾ Inzwischen beträchtlich erhöht.

Bewilligung einer nicht unbeträchtlichen Summe für die Not der Anstalten beschlossen worden. Die sozialdemokratischen Stimmen waren dafür freilich nicht zu haben, alle bürgerlichen Parteien traten geschlossen dafür ein.

Die Umschaltung des finanziellen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, eine Entwicklung, die noch Jahre lang laufen wird, macht natürlich eine wahre Riesenarbeit, nicht nur den Behörden, auch den Kreissynoden und Gemeinden. Die Klagen darüber, wie sie besonders im Verbandsblatt der Pfarrervereine laut wurden, reißen nicht ab. Sie sind oft sehr voreiliger und kurzichtiger Natur. Aus der örtlichen Lage heraus darf ein derart schwieriger Prozeß nicht beurteilt werden, zumal wenn persönliche Interessen mitsprechen. Es geht um den äußeren Bestand der Kirche, das sollen alle bedenken, die damit aktiv oder passiv zu tun haben.

3. Der Kampf um die Feiertage.

Artikel 139 der Reichsverfassung spricht aus, daß der „Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage geschützt bleiben“ sollen. Gleichwohl wurden in Thüringen, hier durch Landesgesetz vom 8. Nov. 1921, Sachsen und Braunschweig der Landes- Buß- und Betttag von der Landesregierung aufgehoben, in Thüringen auch das Reformationsfest. Auch der Schutz anderer altchristlicher Feiertage, des Himmelfahrtsfestes, ja des Karfreitags und der zweiten Feiertage der drei großen Feste schien gefährdet. Das christliche Bewußtsein im Heimatland der Reformation bäumte sich auf wider diesen kirchenfeindlichen dem Reichsrecht widersprechenden Zwang (siehe Jahrb. 1922 S. 399—402). Ein Appell an die Reichsregierung brachte leider einen sehr unbefriedigenden Bescheid, nämlich der Artikel 139 der Reichsverfassung besage nicht, daß alle Feiertage in der bisherigen Zahl „geschützt“ bleiben müßten, sondern nur die, welche in den Einzelländern jeweils als Feiertage anerkannt seien. Nach Artikel 12 Absatz 1 der Reichsverfassung stehe den Einzelländern das Recht der Gesetzgebung hinsichtlich der religiösen und weltlichen Feiertage zu. Diese Auslegung entsprang offensichtlich opportunistischen Motiven. Es war gerade die Absicht des Artikels 139 gewesen, dieses Recht bis zur allgemeinen Regelung zu suspendieren und einstweilen keine Neuerungen zu schaffen. Der Schutz der Feiertage aber sollte sichergestellt werden, ihre Erhaltung war überhaupt einstweilen nicht in Frage gestellt. Das Wort „geschützt“ war sogar — wie aus der Entstehungsgeschichte des Artikels nachgewiesen werden konnte — in jener unruhigen gewalttätigen Zeit als eine Verstärkung des „bleiben erhalten“ gemeint gewesen. Einstweilen hatte nun aber diese Erklärung der Reichsregierung, die wir nur als eine Verdunkelung der Rechtslage anzuprechen vermögen, der Kirchenfeindschaft ein Feld der Tätigkeit eröffnet. Nach dem Vorgang Thüringens hoben auch Braunschweig und Sachsen sofort noch im Herbst 1922 die Feier des Bußtages auf. Das Landesrecht konnte ja freilich die religiöse Feier nicht

verbieten, und diese gestaltete sich zu einem Protest, zumal an die Lehrer ein Verbot der Urlaubserteilung für die Schulkinder gegeben wurde. In Braunschweig waren in den Städten die Kirchen so gefüllt, wie kaum je zuvor. Alle Geschäfte und Banken waren geschlossen. In den Schulen blieb die Mehrzahl der Kinder auf Geheiß der Eltern dem Unterricht fern, wiewohl die Verfügung der Schulbehörde vorher in den Klassen verlesen und von den Lehrern zum Teil stark unterstrichen war. Katholischen und jüdischen Kindern war von jeher an den Feiertagen ihrer Konfession Dispens gewährt worden, hier wurde er nicht nur generell untersagt, sondern den Schülern höherer Schulen Verweisung von allen Schulen des Landes angedroht. Auch die „Vossische Zeitung“ nennt das „Kulturschande“ und „Mittelalterlichen Zwang“. Massenhaft wurden Schulstrafen verhängt. Übrigens ist in den Fällen, wo die Eltern Einspruch gegen die Versäumnisstrafen erhoben, ein Freispruch gefällt, mit der Begründung, daß, da die Katholiken an ihren Feiertagen auch dispensiert würden, der evangelische Volksteil nicht schlechter gestellt werden dürfe. Schon vorher war von parlamentarischer Seite der Reichspräsident um sein Eingreifen ersucht worden, der seinem Bedauern Ausdruck gab, keine verfassungsmäßige Grundlage dafür zu haben, aber zusagte, sich mit dem Reichsminister des Innern in Verbindung setzen zu wollen; das Braunschweigische Ministerium hat darauf nichts gegeben. Die Zahl der evangelischen Elternbünde ist gewachsen. Als in Blankenburg die Weihnachtsfeier des städtischen Kindergartens verboten wurde vom Braunschweigischen Landes Schulamt, weil dabei „Stille Nacht“ und andere Weihnachtslieder gesungen würden und die Feier sich damit auf das religiöse Gebiet begeben (!), wurden sofort 30 Kinder von den Eltern angemeldet; die Elternschaft veranstaltete von sich aus eine Weihnachtsfeier.

Auch in Sachsen wurde eine Eingabe von 400 000 Mitgliedern evangelischer Elternvereine, darunter wohl ein Viertel sozialdemokratischer Wähler, um Befreiung der Kinder vom Schulunterricht zum Zweck des Besuches des Gottesdienstes, schroff zurückgewiesen, und wenige Tage vor dem Fest ein ausdrückliches Verbot der Urlaubserteilung ausgesprochen. Aus religiösen Beweggründen solle evangelischen Kindern überhaupt kein Dispens erteilt werden. Katholischen und jüdischen Kindern wird er gegeben, aus irgendwelchem häuslichen Anlaß auch evangelischen Kindern. So tritt auch hier der Religionshaß offen zutage. Im Bildungsausschuß des Reichstags erregte diese einseitige Stellungnahme einen Entrüstungsturm. Ein demokratischer Parteivertreter stellte fest, daß die sächsische Schulbehörde wohl Urlaub gebe zum Schweineschlachten (!) aber nicht zum Besuch des Gottesdienstes. Selbst die kommunistische Sprecherin redete der Duldsamkeit das Wort. Das Evangel.-luth. Landeskonsistorium zu Dresden hat beim sächsischen Gesamtministerium gegen die Verordnungen des Kultusministeriums betreffend den Schulbesuch an staatlich nicht anerkannten Feiertagen und das Verbot der Schulandachten, des Schulgebets und des Choralgesangs in den Schulen Verwahrung eingelegt und ihre Aufhebung beantragt.

Die Unsicherheit der Rechtslage und die völlig unterschiedliche praktische Gestaltung in den Einzelländern macht eine reichsgesetzliche Regelung zur unabweisbaren Notwendigkeit. Im März beantwortete der Reichsminister des Innern eine Anfrage des Zentrums und der Rechten dahin, daß eine reichsgesetzliche Regelung bevorstehe, bis dahin aber die Landesgesetzgebung berechtigt sei, Feiertage zu setzen oder abzuschaffen. Die Einbeziehung des Bußtages in das die Feiertage schützende Reichsgesetz wurde von allen bürgerlichen Parteien der Parlamente gefordert. Der 1. Thüringische Landeskirchentag beschloß im Mai 1923 eine Eingabe in diesem Sinne an den Deutschen Reichstag. Ein vom Reichsminister Dieser dem Reichstag im April 1923 vorgelegter Entwurf schloß zwar den Bußtag prinzipiell in den Feiertagschutz ein, erstreckte diesen Schutz aber nur auf die Länder, in denen „dieser Tag nach dem am 1. Jan. 1923 bestehenden Landesrecht staatlich anerkannter Feiertag ist“. Damit wäre die Bußtagfeier in Sachsen, Thüringen und Braunschweig preisgegeben gewesen und die Intoleranz des roten Radikalismus hätte nachträglich wider das Volksempfinden eine gewisse Rechtfertigung erfahren. Der Kirchenausschuß hat an die Mitglieder des Reichstags die dringende Bitte gerichtet, den Stichtag weiter zurück zu datieren nicht nur um der tunlichsten Einheitlichkeit der Feiertagsordnung willen, sondern auch aus praktischen Erwägungen, da durch die Lage vieler Orte auf der sächsisch-preußischen und thüringisch-preußischen Grenze eine würdige Feier sehr erschwert werde. In der Vorberatung des Gesetzes ist von den Ausschüssen derartiges auch erwogen worden. Der vorläufige Gesetzentwurf nahm darauf Rücksicht. Das Reichsministerium des Innern hat inzwischen verfügt, daß außer den reichsrechtlich anerkannten kirchlichen Feiertagen auch der Karfreitag, der Bußtag und für die Katholiken der Fronleichnamstag geschützt sein sollen, soweit diese Tage nach dem am 11. August 1919 bestehenden Landesrecht öffentliche Feiertage waren. Das schließt in den drei genannten Ländern den Bußtag ein und hebt dessen voreilige „Abschaffung“ auf. Aber es darf doch nicht übersehen werden, daß das eine auf dem Verwaltungswege geschehene vorläufige Regelung sein wird. Die endgültige gesetzliche Regelung steht noch aus. Zu den Feiertagen religiöser Art sollen nämlich noch staatliche Feier- und Gedenktage hinzutreten. Als solche sind der Verfassungstag und der Gedenktag für die Opfer des Krieges gedacht. Letzterer am 6. Sonntag vor Ostern. Neuerdings versucht die Linke, hier den 1. Mai, den Arbeiterfeiertag der Internationale, mit einzubeziehen und will das ganze Gesetz zum Scheitern bringen, wenn das nicht durchgeht. So ist eine dauernde Sicherheit noch nicht gegeben.

In Thüringen, dem Heimatland der Reformation, ist der 31. Oktober als Reformationsfeier kirchlich zwar eingebürgert, aber ein anerkannter öffentlicher Feiertag ist er nicht. Es wird jedoch gehofft, daß die Regierung ein Entgegenkommen insoweit beweise, daß sie den Tag schulfrei läßt. In Sachsen verbietet das Ministerium für Volksbildung das Schulgebet und ordnet Urlaubsverweigerung für die Schul-

kinder an den Festtagen ihrer Konfession an. Der Bischof von Meißen, der diese Verordnung als ungesetzlich zu bezeichnen und Eltern und Kinder zur Erfüllung ihrer religiösen Pflichten aufzurufen sich gestattet, muß vor dem Strafrichter erscheinen. Die Strafverfolgung gegen jüdische und katholische Eltern wurde vom Kultusministerium am 29. Januar sistiert. Das Gesuch des „Landesverbandes der christlichen Elternvereine“, ihre Kinder nicht schlechter zu stellen als die Juden und Katholiken und ihnen den Besuch des Gottesdienstes am Bußtag freizustellen, wurde am 23. Febr. 1923 (laut Allgem. Ev.-luth. A.-Z. 1923 Nr. 9) dahin beantwortet, „daß eine Befreiung evangelisch-lutherischer Kinder vom Schulunterricht zum Zweck der Teilnahme an den Bußtagsgottesdiensten unter keinen Umständen in Frage kommen könne“. Neuerdings wird sogar berichtet, daß versucht werde, gegen die Führer der christlichen Elternbewegung, soweit sie Beamte sind, disziplinarisch vorzugehen. Das Schulgebet wird generell verboten. Bezeichnend ein Vorkommnis in Sachsen: Einige Schülerinnen der Mädchenschule wollten ein Weihnachtslied singen. Die Lehrerin antwortete, daß sie dazu nicht die Hand bieten dürfe; es sei verboten, außer wenn die ganze Klasse es wünsche. Alle wollten es, außer einer. Um dieser einen willen mußte es unterbleiben. (Luthardts A.-Z. 1922 Nr. 50). Die Ausrottung des christlichen Gedankens durch Ideenpropaganda ist dem Radikalismus nicht gelungen, sie hat im Gegenteil völlig Schiffbruch gelitten, nun greift man zu rohen Mitteln der Gewalt und hebt im „Namen der Freiheit“ die Freiheit der Religionsübung auf. Das Protestantenblatt (Nr. 1/2 1923) schreibt mit Recht: „Christenverfolgung, nein offene Religionsbekämpfung treibt man in den mitteldeutschen Staaten gegen Evangelische und Katholiken nach dem Jahrhunderte alten Rezept — peinlich für die Betroffenen, hochinteressant für den Kirchenhistoriker, erfolgreich für die religiösen Gemeinschaften“; wir fügen hinzu: lehrreich auch für den Psychologen, bezeichnend für den Toleranzbegriff unserer Kultur. Auf die Hebung des evangelisch-christlichen Bewußtseins haben diese Vorgänge in ihrer bezeichnenden Gehässigkeit, die doch so leicht zu vermeiden gewesen wäre, nur förderlich gewirkt. Im Interesse unseres so hart geprüften Vaterlandes und der so oft betonten Volkseinheit wäre es zu wünschen gewesen, daß diese Provokation des christlichen Bewußtseins unterblieben wäre. Dem Volksfrieden ist sie gewiß nicht förderlich gewesen.

4. Auslandhilfe.

Das hier zu Berichtende niederschreiben zu dürfen, gehört zu den erfreulichsten Aufgaben des Chronisten. Noch hat die Barmherzigkeit eine Heimstätte auf Erden. Noch gibt's auf dem Erdenrund nicht nur eine national-deutsche Verbundenheit, sondern auch eine Internationalität des christlichen Gedankens und der christlichen Liebe. Das zu erfahren, davon zu reden, erhebt über manche Bitterkeit. Wir geben hier nur Stichproben; der reiche Strom helfender Liebe ist fast unübersehbar. Der

Bericht des Jahrbuchs 1921 stellte an seine Quelle, der von 1922 an den Oberlauf. Viele Anstalten der Inneren Mission danken es der glaubensbrüderlichen Hilfe, daß sie noch bestehen und im zusammenbrechenden Volk ihr Liebeswerk treiben können.

Die internationalen kirchlichen Kongresse des letzten Jahres, über die im einzelnen zu berichten uns hier der Raum fehlt — wir verweisen auf die Berichte von D. Schreiber in den Kirchenzeitungen, besonders auch dessen Schrift: „Internationale Einheitsbestrebungen“ — zielten doch in der Hauptsache auf eine Behebung der Notlage des europäischen Protestantismus ab. Von der auf anglikanischem Boden eingewurzelten „Welt-Konferenz für Glaube und Kirchenverfassung“ (conference on Faith and Ordre), die ihre Ziele sehr weit steckt, bis zum Versuch der Vereinigung der ganzen Christenheit, ist wohl zu unterscheiden der „Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen“, der in erster Linie humanitäre und soziale Ziele verfolgt und gegenseitiges Verständnis der Kirchen fördern will unter Verzicht auf alle äußeren Vereinigungsbestrebungen, und von beiden wieder die Allgemeine Konferenz der Kirche Christi für Leben und Arbeit (conference on life and work), welche die Kirchen zu gemeinsamer praktischer Arbeit unter Ausschaltung alles Dogmatischen und Konfessionellen zusammenführen und in den Nöten der Zeit die Stimme des christlichen Gewissens zum Ausdruck bringen will. An die Konferenzen des zu zweit genannten Bundes in Kopenhagen (6.—10. Aug. 1922) und der oben zu dritt genannten Konferenz in Helsingborg (12.—15. Aug.) schloß sich eine Einladung des Schweizerischen Evang. Kirchenbundes an offizielle Vertreter evangelischer Kirchen in Europa zur Prüfung der Lage des gesamten europäischen Protestantismus, an der (10.—12. August) aus 20 Ländern 72 offizielle Vertreter von 37 europäischen Kirchen teilnahmen. Unter Leitung von D. Herold-Winterthur und D. Keller-Zürich wurden Grundsätze vereinbart, welche in die bisher schon wirkenden Hilfsaktionen Regel und Ordnung bringen sollen. Hier war auch der neubegründete Deutsche-Evangel. Kirchenbund durch offizielle Abgeordnete vertreten. Erstrebtes Ziel ist die Einleitung einer umfassenden Hilfsaktion und Schaffung einer europäischen Zentralstelle für kirchliche Hilfswerke. Der Evangelische Kirchenbund der Schweiz hat die weitere Organisation in Angriff genommen. Als deutsche Zentralstelle ist der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß bestimmt. Auf ausdrücklichen Wunsch des Schweizerischen Kirchenbundes und im Einvernehmen mit ihm werden die Pfarrämter, Gemeinden und Anstalten der im Kirchenausschuß vereinigten deutsch-evangelischen Landeskirchen dringend gebeten, von unmittelbaren, an bestimmte Einzelstellen gerichteten Gesuchen, besonders in der Schweiz und Schweden, durchaus abzusehen und alle Anträge dieser Art dem Kirchenausschuß zu unterbreiten. Die bei der wachsenden Unübersehbarkeit der Not zu befürchtende Zersplitterung macht solche Zentralisation zum Bedürfnis. Festgefügtten Hilfsorganisationen der Vorzeit, wie z. B. dem Fédéral Council

von Nordamerika, das wesentlich presbyterianisch-reformierte Kirchenkörper umfaßt, dem National Lutheran Council, das die Mehrheit der lutherischen Synoden der Vereinigten Staaten einschließt, dem American Board, das ebenfalls Lutheraner Missourischer Richtung vereinigt, ist natürlich die weitere direkte Pflege ihrer Pflegebefohlenen in keinerlei Weise verwehrt.

Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß hat als deutsches Organ der Zentralstelle für kirchliche Hilfswerke der protestantischen Kirchen der Welt eine Arbeitsteilung vorgenommen in der Art, daß für die einzelnen Zwecke und Ziele besondere Sonder- und Unterausschüsse eingesetzt wurden, so für den Zentral-Ausschuß für Innere Mission (D. Philipps), für die lutherischen Landeskirchen (Kirchenpräsident D. Veit-München), für die reformierten Landeskirchen (Gen.-Sup. D. Möller-Kassel), für die theol. Fakultäten und zugleich für den Gustav-Adolf-Verein (Prof. D. Rendtorff-Leipzig), für das Ruhrgebiet (Gen.-Sup. D. Zoellner-Münster), für die Auslandsarbeit (Miss.-Dir. D. Schreiber-Berlin), für die altlutherische Kirche (Kirchenrat D. Nagel-Breslau), für die Brüdergemeinde (P. Beutel-Neukölln), für den Bund deutscher Freikirchen (Prediger Weerts-Berlin). Der Schweizer Kirchenbund hat als erste Rate der Schweizer Sammlung für dieses Zentral-Hilfswerk 100 000 Fr. überwiesen, das sind über 500 Millionen Mark. D. Keller-Zürich, der Leiter der Schweizer Zentrale, hat sich nach Amerika begeben, um dort auch die großen Kirchenkörper, die sich bisher an dem allgemeinen Hilfswerk für alle europäischen notleidenden Kirchen noch nicht beteiligt haben, oder die von ihrem besonderen denominationellem Standpunkt aus nur die ihnen besonders nahestehenden deutschen und sonstigen europäischen kirchlichen Denominationen unterstützt haben, für den Anschluß an das allgemeine Hilfswerk zu gewinnen. Manche Kirchen werden bei aller Anerkennung des zentralisierenden Systems doch an ihrer Sonderpflege festhalten wollen; die Zentralisation wird ja auch wohl elastisch genug sein, das herzugeben. Einstweilen ist für das Jahr 1922 noch über die besonderen völkischen und denominationellen Unterstützungsaktionen zu berichten.

Trotz allem, was an Zentralisation erstrebt wird, und in voller Würdigung dessen, was insbesondere die amerikanischen Synoden getan haben, steht doch die Schwedische Samariterspende für die deutschen Kirchen und ihre Nöte, als Volkshilfe aus der Tiefe der Volksseele herausgeboren, von evangelischer Bruderliebe getragen, fast einzigartig da in der Geschichte. Sie galt der Rettung des Evangeliums wie einst zu Gustav Adolfs Zeit. Auf Anregung des Erzbischofs D. Soederblom rief die Schwedische Bischofskonferenz das schwedische Volk zur Rettung auf. Eine großzügige Organisation umfaßte alle schwedischen evangelischen Gemeinden. Die Anstalten der Inneren Mission sollen durch die Notzeit hindurchgerettet, der Mittelstand vor dem gänzlichen Versinken bewahrt, der studierenden Jugend geholfen, auch notleidenden Familien und Einzelpersonen der christlichen Gemeinden, besonders Witwen und Waisen, das Durchhalten ermöglicht werden. In

vier Monaten während des Winters 1922 brachte die Samariterspende, wiewohl auch in Schweden der wirtschaftliche Druck spürbar ist, über 400 000 Kronen auf; bis zum Juni 1923 ist die Summe auf 523 000 Kronen gewachsen. Mehr als 1900 schwedische Gemeinden haben dazu beigesteuert. Zu „Kuratoren“ einer sachgemäßen Verwendung sind in Deutschland der Präsident des Kirchenausschusses D. Moeller, der Landesbischof D. Ihmels-Dresden, der Reichsgerichtspräsident Dr. Simons-Leipzig und der um den Ausgleich der internationalen Spannungen auf kirchlichem Boden so verdiente Prof. D. Deißmann-Berlin bestellt, denen in Berlin der schwedische Gesandtschaftspfarrer Seebarth zur Seite tritt. Ohne die bald einlaufenden ersten Erträge dieser Spende von je 82 000 und 76 000 Kronen, die schon im März 1923 zur Verfügung standen, hätten manche Anstalten der Inneren Mission die neue Teuerungswelle kaum überstanden. Große Beträge sind seitdem den großen Verbänden der Inneren Mission zur Verfügung gestellt. Ein erheblicher Betrag wurde auf Wunsch der Spender auch für Einzelfürsorge bestimmt, Witwen und Waisen, alte erwerbslose Pfarrerstöchter und dergl. Die Verteilung erfolgt durch die einzelnen Landeskirchen (bezw. Konsistorien) und ihre Organe. Direkte Bittgesuche nach Schweden zu schicken, oder wohl gar private Kreise dort anzugehen, soll von allen evangelischen Christen, zumal von Pfarrern und kirchlichen Instanzen vermieden werden, da das gesamte schwedische Kirchenvolk an dieser Sammlung beteiligt ist.

Zum Schwedischen Kirchentag in Stockholm, März 1923, waren zu den skandinavischen, finnischen, estnischen und lettischen Bischöfen auch zwei deutsche Kirchenmänner geladen, der Präsident der Bayrischen Synode D. Freiherr von Pechmann und Gen.-Sup. D. Kaftan. Die Geistes- und Glaubensgemeinschaft zwischen Schweden und Deutschland tritt in der Not der Zeit in erquicklicher Weise zutage. Außer der direkten Hilfe von Kirche zu Kirche, der Samariterspende, haben Volk und Regierung in Schweden vorher schon oft ihre Hilfsbereitschaft gezeigt. Königin Viktoria, eine Enkelin Kaiser Wilhelms I., war die treibende Kraft für die Hilfe, die den deutschen Gefangenen in Sibirien gebracht wurde, und der Heimbeförderung der Invaliden durch Schweden. König und Königin haben die Akademiker, Offiziere und Beamten zur Studentenhilfe mit großem Erfolg aufgerufen. Handwerker, Bürger- und Bauernkreise sandten vielen Kinder- und Altersheimen Lebensmittel; der Mittelstand in den Städten, der Bauernstand auf dem Lande war unermüdlich in der Aufnahme deutscher Ferienkinder. Nach dem Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet bildete sich sofort in Stockholm ein „Hilfskomitee“, das seither viel Gutes gewirkt hat. Für die Familien der am Karstadttag erschossenen Kruppschen Arbeiter wurden sofort 10 Millionen Mark bereitgestellt. Deutsche Heime wurden übernommen und besonderen Instanzen in Schweden in Pflege gegeben; so unterhalten die Schülerinnen eines Lyzeums in Stockholm das deutsche Kinderheim Freiengrund bei Siegen, andere das Tropenheim bei Tübingen, das „Upsalaheim“ bei Halver i. W. In Essen bewirkt ein Hilfskomitee die

tägliche Speisung von 1100 Kindern und 50 Alten, und hielt eine Kinderkrippe durch; für die Verhafteten und oft Mißhandelten sorgte mehrfach die schwedische Vermittlung.

In Dänemark ist zwar die Kirche als solche nicht so aktiv geworden wie in Schweden. Das Volk steht uns ferner und Frankreich näher. Die Gebildeten nennen sich ja gern die „Franzosen des Nordens“. Doch haben unsere Ferienkinder dort stets willkommenen Aufenthalt gefunden. Seit 1917 haben die dänischen Gewerkschaften etwa 42 000 Kinder aus Deutschland und Deutsch-Österreich zur Erholung untergebracht, viele für 4—5 Monate. Im Sommer 1923 sind wieder 4000 Kinder da, davon die Hälfte aus dem Ruhr- und Rheingebiet. Für 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Kronen (seit 1917) wurden seither Lebensmittel nach Deutschland geschickt, außerdem Schuhzeug, Kleidung und Wäsche. In 15 deutschen Städten sind Kinderspeisungsanstalten eingerichtet. Im Winter 1922/23 wurden täglich 20 000 Kinder gespeist.

Nächst Schweden hat uns Finnland in der Not der Zeit als Volk am treuesten zur Seite gestanden (vgl. S. 372). Zahlreiche Sammlungen, deren Einzelheiten uns nur in Bruchstücken vorliegen, geben davon Zeugnis. Unsere Ferienkinder gehen bis dahin, und die jemals im „Land der Seen“ weilten, sind seines Lobes voll. Aus Estland wurden für die Ruhrhilfe 61 Millionen zur Verfügung gestellt. Auch der Evangelische Oberkirchenrat in Wien hat trotz des harten Drucks, in dem die evangelischen Gemeinden in dem verstümmelten Österreich stehen, eine Kirchensammlung zur Linderung der Ruhrnot in Gang gesetzt.

Der Schweizer Kirchenbund hat, wie vorseitig erwähnt, die Organisation der gesamten kirchlichen Hilfsaktion in selbstloser und tatkräftiger Weise in die Hand genommen, die einzelnen Kirchenkörper der Schweiz, die Kantone und Einzelgemeinden, viele Verbände und Private haben es an Erweisungen der Glaubensgemeinschaft nicht fehlen lassen. Die Evangelische Gesellschaft des Kantons Zürich hat alle Christen in allen Gemeinden des Kantons jeden Monat um einen Franken für die Not der Inneren Mission in Deutschland. Diese Spende lief von November 1922 bis April 1923. Schon vor Weihnachten konnte die 1. Rate ausgeschüttet werden, wobei in erster Linie die Anstalten der Inneren Mission in Süddeutschland, im übrigen die für die Volksmission arbeitenden Vereine bedacht wurden. Da überaus zahlreiche Bittgesuche einliefen, auch solche einzelner Anstalten, die in ungebührlicher Weise ihre Einzelnot in den Vordergrund stellten, mußte die Anordnung getroffen werden, daß nur Bayern, Württemberg und Baden direkt von Zürich (Pfr. Greminger hat die Zentralleitung) bedacht würden. Die Verteilung auf die Anstalten Norddeutschlands ist dem Zentralausschuß für Innere Mission übergeben, der dafür einen eigenen Ausschuß berufen hat (D. Füllkrug, P. Beutel, D. Philipps); nur so ist ein gerechtes Abwägen der Einzelbedürfnisse gewährleistet. Die Züricher Franken-Notopfer-Spende hat bis April d. J. 29 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark und 20 400 Schweizer

Franken betragen, zusammen etwa 107 Millionen Mark, wovon auf Süddeutschland etwa 70 Millionen entfallen sind.

Die früher erwähnte ganz allgemeine Hilfsaktion der Schweiz für die notleidende Presse Deutschlands hatte bei den Verteilungsinstanzen in Deutschland zunächst die evangelisch-kirchliche Presse unberücksichtigt gelassen, wiewohl neben den neutralen Berufsorganisationen, denen 18 Millionen Mark überwiesen wurden, auch der katholische Augustinusverein und die sozialistische Arbeiterpresse mit je 2 Millionen bedacht worden waren. Einem Antrag der deutsch-evangelischen Pressverbände entsprechend hat der Reichspräsident eine vorläufige Nachtragsbewilligung ausgesprochen und dem Evangelischen Pressetag einen vollständigen Ausgleich in Aussicht gestellt.

Die Zahl der in der Schweiz untergebrachten deutschen Kinder war von Juli 1919—1922 etwas über 30 000, mehr als 20 000 kamen davon auf das Jahr 1919/20; fast $\frac{2}{3}$ waren evangelische Kinder. 4600 davon Schweizer Kinder, die in Deutschland wohnen. Die Verkehrs-schwierigkeiten haben die Zahl im Jahre 1922 auf etwa 2500 heruntergedrückt, meist aus Süddeutschland. Von den 20 000 Ferienkindern des Jahres 1919/20 kamen etwa 10 000 aus Preußen, über 5000 aus Sachsen. Die Hälfte etwa gehörte Arbeiterfamilien, die andere Hälfte dem Mittelstand an. — Die meisten wurden in Schweizer Familien für 6—8 Wochen umsonst verpflegt, vielen Skrophulösen und Tuberkulösen wurde vom Schweizerisch-Deutschen Hilfsbund in Davos ein dreimonatlicher Kuraufenthalt ermöglicht. Leiter der „Zentralstelle der Schweizerfürsorge für deutsche Kinder“ ist der bekannte Physiolog Professor Dr. Abderhalden in Halle a. S., ein Schweizer von Abstammung. Die Jugendbewegung der französischen Schweiz hat bei den Protestanten im November 1922 einen „Fastensonntag für die hungernden Kinder“ angeregt, — zugleich als Protest gegen die oft so würdelose Art, Barmherzigkeit mit rauschenden Vergnügungen und Sport zu verbinden.

In England wird von privater Seite zur Linderung der Not, auch in Deutschland, viel getan. Darüber fehlt uns selbstverständlich jeder zusammenfassende Überblick. Die Kirchen selbst hielten sich seither noch zurück; die Dissenters vielleicht weniger als die Staatskirche. Seit Beginn des Jahres 1923 hat ein Universitäten-Komitee britischer Gelehrten und Kirchenmänner ein großes Liebeswerk für die notleidenden deutschen und österreichischen Studenten organisiert. Auf Einladung derselben sprach Prof. D. Deißmann-Berlin in Manchester und London über die gegenwärtige Lage der deutschen Wissenschaft und besonders die Notlage der Studierenden. Der „Manchester Guardian“ brachte daraufhin einen vom Bischof von Manchester und zahlreichen Universitätsprofessoren gezeichneten Aufruf, der bis Anfang Juni 1923 1120 Millionen Mark für diesen Liebesdienst aufgebracht hat. Leiter der Freikirchen sowohl als auch Bischöfe der high church traten dafür ein. Letztlich hat auch der Primas der anglikanischen Kirche, der Erzbischof von Canterbury in fördernder Weise eingegriffen. In einem offenen Schreiben an ein

Mitglied des Universitäten-Komitees wendet er sich gegen Vorurteile, die in einzelnen Kreisen gegen dieses Liebeswerk noch bestehen. Für ihn sei der Gedanke unerträglich, daß heute noch, 1923, um der Kriegeereignisse willen den bitter leidenden Studenten Deutschlands und Österreichs die Hilfe versagt werden solle. Es bedeute eine Katastrophe für die Wissenschaft, wenn der Beitrag der deutschredenden Universitäten aus dem europäischen Geistesleben ausgeschaltet oder auch nur verkümmert werde. Der Erzbischof, übrigens auch Präsident des „Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen“, gab die Erlaubnis zur weitesten Veröffentlichung seines Schreibens. Es darf darin wohl ein Anzeichen dafür erblickt werden, daß auch die englische Staatskirche sich, anständig, auf dem Boden des praktischen Christentums, Fühlung zu nehmen mit dem Protestantismus Deutschlands. Das Unterstützungswerk ist freilich ganz interkonfessionell; es verlautet, daß auch Kardinal Bourne die römisch-katholische Kirche Englands zur Teilnahme aufgerufen habe.

Die in drei Gruppen gesammelten amerikanischen Kirchenkörper der Vereinigten Staaten haben in ihren energischen Hilfsaktionen fortgefahren. Was seit dem vorjährigen Bericht zahlenmäßig an Unterstützungen geleistet ist, vermögen wir nicht anzugeben, — wir spüren diese Hilfe aber im kirchlichen Leben Deutschlands allerorten. Das National Lutheran Council unterhält neben dem Zentralbureau in New York eine tätige Unterstützungsstelle in Deutschland (Leipzig, Karolinenstr. 19), wo ihr Präsident D. Morehead lange weilte (nach Reisen in Rußland, wo seine Tätigkeit Tausende vom Untergang rettete). Ihr Außenwerk, abgesehen von Amerika, hat zwei Abteilungen: Unterstützung und Wiederaufbau in Europa, und Erhaltung der Heidenmission. Das letztere scheide hier aus (von lutherischen Missionsgesellschaften geleitete Missionen in China, Indien, Japan, Afrika und Südamerika wurden mit mehr als 400 000 Dollar unterstützt). Für die lutherischen Glaubensgenossen in Europa wurden bis zum 1. Aug. 1922 mehr als 1 561 000 Dollar aufgewendet, davon kamen auf Deutschland rund 300 000, auf Polen rund 300 000, auf Rußland 125 000, auf Frankreich 112 000 Dollar. Leitende Grundsätze sind 1. die Hilfe geschieht von Lutheranern für Lutheraner, 2. sie will ein Liebeswerk sein zur Erhaltung der Liebeswerke (Anstalten der Inneren Mission, Diakonissenhäuser usw.), 3. sie enthält sich der direkten Unterstützung kirchlicher Organisationen, 4. ebenso der besonderen Pflege der kirchlichen Presse und 5. aller Bestrebungen mit nationalem Einschlag. Die Punkte 3—5 müssen erklärt werden aus dem Bestreben, zwischen den einzelnen zum Lutheran Council verbundenen Synoden keine Spannung zu erzeugen. Wir gaben im vorjährigen Jahrbuch S. 455—457 über die tiefgreifende Hilfswirkung ausführlichen Bericht — es ging in gleichen Linien und gleicher Tatkraft weiter. Weihnachten 1922 wurden allein wieder über 40 Millionen angewiesen, so daß etliche Anstalten der Inneren Mission je 1 Million und mehr empfangen durften.

Das Fédéral Council, aus reformierten Denominationen zusammengesezt, arbeitet ebenfalls unverdrossen, doch kommt ihre Hilfs-

aktion für Deutschland nicht ebenso in Betracht, wie die vor-
genannte.

Der „American Lutheran Board for Relief in Europa“ umschließt die Lutheraner strengster konfessioneller Observanz (Synode von Missouri, Ohio und andern Staaten). Unsern vorjährigen auf irriger Information beruhenden Bericht über die Missouri-Synode, Kirchl. Jahrbuch 1922, S. 458, müssen wir um der Gerechtigkeit willen richtigstellen. Verbindung mit lutherischen Kirchenkörpern in Deutschland hat die Missouri-Synode bei ihrem Hilfswerk wohl nicht gesucht (auch die altlutherische Kirchengemeinschaft bestätigte uns auf Anfrage, daß sie ohne Verbindung mit ihr sei). Träger und Vermittler ihrer Hilfe war die missourisch gerichtete Evang.-lutherische Freikirche in Sachsen. Darum erwähnten wir sie im vorjährigen Bericht an dieser Stelle als die allein bezugsberechtigte. Diese aber hat, wovon uns jetzt zahlreiche Zeugnisse zufließen, eine Menge Anstalten in allen Landesteilen und Landeskirchen ohne engherzige Auswahl unterstützt und durchgewintert; wir nennen nur: die Brüderanstalt Moritzburg, das Krankenhaus Neinstedt, Sarepta in Bethel, Bethel selbst, die Anstalt Pollertshof in Pr.-Oldendorf, das Kinderheim in Seidenberg O.-L., das Diakonissenhaus Karlsruhe, das Friedrichstift Trachenau, das Paulinenstift Wiesbaden, das Kinderheim Kobbenen in Hannover, das Ferienheim in Springe, das Johanniter-Krankenhaus Bronau, das Pfarrtöchterheim Windsheim in Bayern, das Marienheim (Alterstift) in Dresden, die Anstalt Bethesda in Niederlöbnitz, die Erzgebirgshilfe, die Diakonissenanstalt Stuttgart, „Bethanien“ in Berlin und „Elisabethstift“ in Nürnberg, das Krüppelheim Volmarstein u. a. Viele dieser Anstalten haben beträchtliche Mengen von Nahrungsmitteln und Kleidungsstücken neben laufender Geldunterstützung erhalten.

Für den Ausbau der Lutherhalle in Wittenberg hat die Missouri-Synode schon vor dem Kriege erheblich beigetragen.

Es ist auch nicht zutreffend, wie wir im Vorjahr schrieben, daß das meiste der Hilfeleistung ins Ausland gegangen sei (Polen, Frankreich), sondern umgekehrt ist neben Polen und Elsaß Deutschland weitaus am reichlichsten bedacht gewesen. Von 1919 bis zum 1. Mai 1923 hat — nach dem „Lutheraner“, St. Louis, 1923, Nr. 11 — das Hilfskomitee in New York 660 000 Dollar aufgewendet, wovon 604 000 nach Deutschland gingen, davon 212 000 Dollar in Bar, 392 000 in Nahrungsmitteln, Kleidung und Sonstigem.¹⁾ Daß die Missouri-Synode mit keiner der

¹⁾ Ein Hinweis in der oben erwähnten Nummer des „Lutheraner“, der mit diesen Zahlen unsern vorjährigen Bericht richtigstellt, zitiert nur zum Teil den vorjährigen Passus auf S. 458 des Jahrbuchs 1922 und gibt damit unwillkürlich den Lesern, die das Jahrbuch selbst nicht einsehen, ein verzerrtes Bild. Der Satz: „Es gibt ja in Amerika immer noch Leute, die an Hunnengreuel glauben . . .“, hat keinerlei Bezug auf die Missouri-Synode. Wäre das Zitat des „Lutheraners“ etwas weiter erstreckt worden, so würde das ohne weiteres klar gewesen sein, daß hier von anglikanischen Denominationen die Rede war. (Es wird ein Beispiel dieser Kreise nominativ angeführt.) Vorher steht ein Punkt, der dies scheidet von den vorausgehenden, die Missouri-Synode betreffenden Sätzen; im Manuskript war sogar ein leider im Druck übersehener Absatz.

deutschen Kirchen, auch der lutherischen nicht, Verbindung suchte in der Ausrichtung ihres Liebeswerkes — außer der ihr wohl innerlich ganz zugehörigen Ev.-luth. Freikirche in Sachsen — entspricht wohl ihrer Tradition und soll keineswegs inkriminiert werden. Es war ihr gutes Recht, die Vermittlung nach ihrem Ermessen einzurichten, wiewohl die andern lutherischen Denominationen andere Wege gingen. Das legte freilich allerlei Irrtum nahe. Uns in Deutschland hat die brüderliche Aufrichtung und Verbindung mit den Kirchenkörpern der Vereinigten Staaten — ganz abgesehen von der äußeren Hilfe — seelisch wohlgetan, als wir von aller Welt verlassen waren. Das hat die Missouri-Synode vermieden. Jedenfalls aber ist die äußere Hilfsaktion des „American Board“ nicht hinter den andern zurückgeblieben.

Auch die Iowa-Synode ist unermüdlich gewesen in der Hilfeleistung und ist es noch bis heute. Sie hat sich ihre eigene Aktion neben dem Lutheran Council vorbehalten und ist besonders der deutschen Not gerecht geworden. Durch unsere Hand allein sind wohl 500 Millionen ihrer Unterstützungsgelder gegangen, für Studenten- und Dozentenhilfe, Unterstützung der Berliner Stadtmission, Aufrichtung des Mittelstandes, besonders der Witwen und alten erwerbslosen Pfarrers- und Beamtentöchter. Zur Abwehr der Not durch den Ruhreinbruch hat sie reichlich gespendet, den Gefangenen dort etliche Millionen. Auch die auf uniertem Boden stehende Evangelische Synode, welche ein eigenes Unterstützungs-Komitee in Halle unterhält, war rührig und regsam.

Außerdem haben viele Einzelverbände, Synoden, Gemeinden und sonstige humanitäre Gesellschaften die Not Deutschlands redlich tragen helfen. Besonders erwähnenswert erscheint uns die unter Pastor Buttinghausens (Bloomfield) stehende Leitung der deutschen Kinderheimhilfe (American Central Relief for German Protestant Childrens Homes). Sie unterhält, zum Teil durch amerikanische Patenschaften,

Ja, es sind im Kriege und noch lange nach Friedensschluß aus allerlei Denominationen von der „Weltlüge“ befangene Urteile laut geworden, auch aus den Kreisen der Missouri-Synode — dafür treten wir, wenn es gewünscht wird, den Beweis an. Wir möchten einstweilen schweigen; erwähnen nur die Tatsache, daß die Missouri-Synode 1918 das Wort „deutsch“ aus ihrem amtlichen Namen gestrichen hat, und erinnern an ein Wort von Prof. Th. Gr. vom theologischen Concordiaseminar in St. Louis im „Lutheran Witness“ vom Januar 1918: „Keine Propaganda ist notwendig, um das Deutsche aus den lutherischen Kirchen zu entfernen. Es entfernt sich von selber. . . . Niemals sind unsere Schulen Träger deutscher Kultur gewesen.“ War das nicht Kriegsspionage und Abhängigkeit von der Weltlüge? Ja, unsere vorjährige Berichterstattung über das Hilfswerk der Missouri-Synode war irrig. Wir stellen das gern richtig. Aber die Absicht einer tendenziösen Berichterstattung, etwa aus Vorurteil, lag uns sehr fern. Das sollte eigentlich vorausgesetzt und von vornherein begriffen gewesen sein. Die Bezeichnung eines „großen Verleumders“, die wir auf einem offiziellen Schriftstück des „American Lutheran Board“ lasen, setzt bei uns eine mala fides voraus. Wir lehnen diese Unterstellung ab, setzen dies drastische Wort auf das Konto einmal eines vielleicht nicht ganz unberechtigten Unwillens, dann aber auch der amerikanischen „Hemdärmeligkeit“, und legen es danach in den Schrein der Vergessenheit.

230 Kinderheime in Deutschland mit rund 10 000 Kindern. Ihr Vertrauensmann ist Direktor Kniepkamp in Elberfeld. Für 50, 100, 150 oder 200 Dollar, die eine Patenschaft für zwei Jahre übernimmt, werden Heime der Gruppen von je 25, 50, 100 und mehr Kindern versorgt.

Überaus störend und ärgerlich ist es, wenn Einzelanstalten, wie das wohl vorkam, besondere Sammler nach Amerika sandten, um den Rahm abzuschöpfen; oder wenn sehr wenig berechnigte Bettelbriefe an alle möglichen amerikanischen Adressen losgelassen werden. Das lähmt doch nur die Gefebfreudigkeit, steht auch einem empfangenden Volke übel an.

Nicht erwähnt ist bisher die außerkirchliche, auf dem Boden des nationalen Bewußtseins oder der fremdländischen Sympathie mit unserer Not erwachsende Hilfsbereitschaft an allen Enden der Erde. Das Gute hat das verächtliche Niedertreten der deutschen Ehre in Frankreichs Ruhreinbruch gehabt, daß deutsches Blut auf dem ganzen Erdenrund sich wieder verwandt fühlt. Die Weihnachtsgabe der Deutsch-Amerikaner, von der New-Yorker Staatszeitung veranlaßt, brachte 280 Millionen Mark zu Händen des Reichspräsidenten. Zur Linderung der Not unter den deutschen Kindern brachte das Amerikanische Rote Kreuz 200 Millionen Mark auf. Die 25 000 Deutschen in Argentinien wollen 1 Million Pesos stiften, über 7 Milliarden, und haben die Summe nahezu beisammen. Die Deutschen in Okahandja, dem verlorenen Südwestafrika — es sind kaum noch 100 da — bringen für die Ruhrhilfe 30 englische Pfund, über 8 Millionen Mark auf. In Spanien bildet sich ein Zentral-Hilfskomitee für deutsche Kinder unter Führung des Journalisten Guervós, mit 20 000 Mitgliedern. Die Deutschen im Kapland senden 1050 englische Pfund zur Ruhrhilfe. Professor Maruyama vom Obergymnasium in Tokio, einst Pfarrer im Dienst des Allgem. Ev. prot. Missionsvereins, hat seine Landsleute willig gemacht, für deutsche Kinder und notleidende Studenten beträchtliche Summen zu opfern. Die Not der Studenten hat den Papst bewogen, durch Kardinal Faulhaber 40 000 Lire (3. Zt. 50 Millionen) für lungenleidende Studenten zur Ermöglichung eines Kuraufenthalts dem deutschen Fürsorgebund in Leipzig zu überreichen. In Chile rüsten sich die Deutschen, von der Sympathie des ganzen Landes getragen, zu energischer und weitgreifender Hilfe. Der deutsche Wohlfahrtsausschuß in Caracas (Venezuela), die Deutschen Brasiliens gedenken der deutschen Kinder zu Weihnachten. Das Niederländische Zentral-Komitee zur Linderung der Wäsche- und Kleidernot gedenkt des Mittelstandes. Selbst Handelsvertreter der Republik Buchara geben dem Magistrat Berlin etliche Millionen für arme Kinder. Dies alles sind nur Stichproben, die zufällig zur Hand liegen. Ein vollständiges Bild läßt sich noch nicht, vielleicht niemals geben.

Die Gaben unserer Glaubensbrüder in Schweden und Nord-Amerika, die Spenden der Deutschen in den fernen Ländern, sind weitaus nicht alle aus dem Überfluß herausgeflogen. Sie sind oft vom Munde abgepart, in ehrlicher Arbeit ratenweis gewonnen. Das sollte man in Deutschland nicht übersehen, damit auch die ethische Pflicht des Nehmens

nicht vergessen werde. Wir sind jetzt die Almosenempfänger des Erdkreises geworden. Das jetzt so arme Deutschland hat einst die Welt bereichert mit Kultur und Wissen, oft auch mit dem Besten, was in Deutschland wieder ans Licht gekommen ist, dem Evangelium. Die Treue, das Erbe der Väter zu wahren trotz der bösen Zeit, wird der beste Dank sein.

III. Die innerkirchliche Zeitlage.

1. Gesamtbild. Jahreschronik.

Die uns im Jahresverlauf, besonders vom Ausland her, oft vorgelegte Frage: wie sieht's eigentlich in der evangelischen Kirche Deutschlands aus, schlecht oder gut? erträgt die verschiedenartigsten Antworten, auch in spezifizierten Unterfragen. Vielseitig, ja buntschekig, wie das öffentliche Leben, ist auch das Bild der Kirche. Bittere Not bis zum Zusammenbrechen — festes Aufstemma in trotziger Kraft; feiges Verleugnen — treues Bekennen — das liegt in vielen Gemeinden schroff nebeneinander, ja ineinander. Es sind eben Tage der Scheidung. Vom „ändern Gesicht“ Deutschlands redet man auf dem Kulturgebiet, von dem Deutschland, das nicht schiebt und jobbert, das nicht streikt oder Warenhäuser plündert, das nicht Dollars fixt und in Vikörstuben sitzt, nein von dem Deutschland, das still in den Häusern sitzt, spart und darbt, lernt und arbeitet und die Grundlagen legt für das neue Deutschland, das einst sein wird, wenn das unerbittliche Gericht der Zeit mit der geistigen Impotenz der jetzigen ein Ende gemacht haben wird. Dort in jenen stillen Winkeln, bei diesen schlichten und so altmodischen Menschen-seelen, hat die Kirche ihre feste Burg. Von da aus ringt sie um die Seele des Volks, soviel auch kurzfristige Ratgeber ihr empfehlen, ihre Grundmauern der neuen Zeit zuliebe, auf den versinkenden Schlamm-boden der modernen Zeit- und Weltanschauung zu bauen, von der bald niemand mehr weiß, was sie eigentlich ist. Daß die Kirche immer mehr anfängt, es als Notwendigkeit zu empfinden, ja gerade als Rettung vor der Not des Versinkens, nicht mehr fragen zu wollen: womit gefalle ich dem Zeitgeist oder den Massen? daß sie für das, was man eigentlich „Religion“ nennt, keinerlei Anlehnung oder Akkomodation mehr sucht, etwa bei der Philosophie oder Naturwissenschaft, das gerade halten wir für ein hoffnungsreiches Zeichen —, diese Konzentration in der Richtung der Verinnerlichung unretwegen der Vereinzelnung. Es ist nach der Gegenseite hin viel gesündigt worden, besten Willens, man ist von einem Ismus in den andern gestiegen, man hat alle möglichen Geister der Kultur und der Zeit zu Hilfe gerufen und darüber die schlichte Erklärung Luthers vom 3. Artikel fast vergessen. Auch die Moderne bestätigt es uns von sich aus, daß ein Zurückgehen auf die einfache Linie das Zeitnotwendige ist, ein Besinnen darauf, was Religion eigentlich ist, nämlich etwas Supranaturales und Gottgewirktes, etwas Eigengesetzliches und Sonderwertiges, „erlebte Metaphysik“, wie Spengler sagt, die das Undenkbare als Gewißheit, das Übernatürliche als Ereignis, das Un-

begreifliche als Tatsache empfindet. Das Kokettieren mit religiösen Anfärbungen in der modernen Vergesellschaftung wird von einem ganz Modernen drastisch so beleuchtet: „Sie entwerfen eine persönliche Religion mit Buddhaausgaben auf Büttenpapier; sie entwerfen einen Staat aus dem Gros. Sie möchten seit der Revolution alles „entwerfen“, auch Wissenschaft, Handel und Industrie. Diese Ideale soll man in Scherben schlagen. Je lauter es klirrt, desto besser; Härte, römische Härte ist es, was jetzt in der Welt beginnt. Für etwas anderes wird bald kein Raum mehr sein. Kunst ja — aber in Beton und Stahl. Dichtung ja — aber von Männern mit eisernen Nerven und unerbittlichem Tiefblick (nicht romantisches Zuckerwasser von ästhetisierenden Genüßlingen. Die schwachnervigen Ästheten haben unserer Zeit nichts zu sagen. Sie sind Drohnen. D. S.). Religion ja — aber dann nimm dein Gesangbuch, nicht den Konfuzius auf Büttenpapier, und geh in die Kirche.“ (D. Spengler: Pessimismus. 1921. S. 19.)

Nie war trotz dieser aufdämmernden Erkenntnis des Geschlechts um uns her die Aufgabe der Kirche schwerer als heute. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die kirchlichen Traditionen auf dem Land brüchig werden, daß ein fanatischer Kirchenhaß systematisch gepflegt wird in den Herzen der kommunistischen Arbeiterjugend. Den Verheßten und Verirrten, den Ratlosen und verschrobenen Köpfen wird die Kirche in geduldiger Kleinarbeit mit tragender Langmut und suchender Liebe nachzugehen haben, aber der Verschrobenheit und Verstiegtheit hat sie nicht nachzulaufen, sondern eisenfest zu bezeugen: für Konzessionen ist das Evangelium nicht zu haben; die ewige Wahrheit ist weder politische noch gesellschaftliche Parteilache, sie kann auch nicht im Kuhhandel verhökert werden, wie die parlamentarischen Interessen.

Die harte Zeit stellt an die Arbeitskraft der Pastoren und aller, die der Kirche dienen, z. T. auch an ihre Entbehrungsfreudigkeit, die denkbar höchsten Anforderungen. Die völlige Umschaltung des kirchlichen Finanzwesens erfordert eine Unsumme von Arbeit. Manche Superintenden ten lösen sich um der Überlastung mit äußeren Verwaltungsgeschäften willen von ihrem Spezialamt. Der geistliche Dienst leidet. Mancherorts ist der Pfarrerstand überaltert; eine gewisse Stagnation des Stellenwechsels ist eingetreten — kein Wunder bei der Unmöglichkeit für die treu gedienten Emeriten, alsbald ein Obdach zu finden. Immer neue Flüchtlingspastoren müssen untergebracht werden. Die rapide Geldentwertung wirft alle Haushaltspläne über den Haufen, das kirchliche Vereinswesen verfällt dem Abbau, es fehlt gerade den Gemeinden an Geld für Miete und Heizung. Die Anstalten der Inneren Mission sind reichlicher bedacht als die Gemeinde-Institute, durch die Nothilfe aus Schweden und Nordamerika. Die Pflicht der Hausbesuche wird für die Pfarrer dringender, als jemals zuvor; aber in großen Gemeinden ist's kaum zu schaffen. Auf dem Lande hat die Kirchenflucht, wie aus einigen Landesteilen berichtet wird, ein Ausmaß, und das sittliche Epfinden einen Tiefstand erreicht, wie lange nicht, durch lattes Leben der Landbevölkerung gefördert.

Und doch schlummert überall unter der Decke die Saat der Zukunft, sowohl im Taumel der Großstadt als auch in der Satttheit des platten Landes. Ein Bericht sagt: „Trotz allem gelingt es zuweilen jungen geistesfrischen Pastoren, den sterilen Acker neu zu befruchten“, und manche Ernte ist völlig unverhofft und überraschend.

Das Jahr 1921, und soweit bisher erkennbar auch 1922, zeigte trotz allem einen Aufstieg des religiösen Lebens. Schon im Kapitel „Kirchliche Statistik“ ist das, soweit es meßbar in die Erscheinung tritt, zur Darstellung gebracht. Die Kirchenaustrittsbewegung ist an einen toten Punkt angelangt, außer in Sachsen, wo sie mit Hochdruck gefördert wird. Die Wiedereintritte in die Kirche wachsen bedeutsam (siehe Abschnitt 10d des Kapitels Statistik), auch für 1922 ist das festzustellen, wenngleich erst Teilresultate vorliegen. Doch soll damit nicht gesagt sein, daß sie in Erfolglosigkeit auslaufe. Es ist im Gegenteil wahrscheinlich, daß die um der Finanznot der Gemeinden willen ins unsehbare wachsende Kirchensteuerlast sie neu beleben wird. Damit wird nur der Beweis erbracht werden, daß sie nicht ethisch, sondern materiell unterbaut war.

Berlin hatte im vergangenen Winter gesteigerten Kirchenbesuch. Eine vielgelesene, durchaus nicht kirchenfreundliche Tageszeitung stellt fest: Schon am Vorabend zu Weihnachten hatten die Gotteshäuser einen Massenbesuch zu verzeichnen. In der Pfingstkirche im Osten der Stadt, wo die reinen Arbeiterviertel liegen, war der Andrang so stark, daß die Türen nicht geschlossen werden konnten und jeder Winkel, selbst um Kanzel und Altar, für Stehplätze benutzt werden mußte. Der Prediger stellte fest, daß die Kirche noch niemals seit ihrem Bestehen auch nur annähernd so besucht gewesen sei. Auch die Gotteshäuser im Norden der Stadt wiesen Massenbesuch auf. Am Jahreschluß und zur Osterzeit war es ähnlich. Auf der andern Seite spitzt sich der Kirchenhaß bis zur Gewalttätigkeit zu. Eine Arbeitsgemeinschaft aus kirchlichen, freikirchlichen und Gemeinschaftskreisen propagiert die Straßenpredigt in englisch-amerikanischem Stil, besonders im Friedrichshain im Osten Berlins, der Sonntags überfüllt ist. Schon im Sommer 1922 waren die Versammlungen planmäßigen Störungen, höhnischen Zurufen, der Übertönung durch absichtlich aufgefahrene Leierkästen und dergl. ausgesetzt. Am ärgsten war es im Humboldthain, wo Sprengkolonnen von Männern und Frauen unter Absingen gemeinster Lieder sich eindrängten.

Im besetzten Westen Deutschlands sind die Gottesdienste zu Kriegsgottesdiensten geworden. Die Gemeindeglieder merken, daß die Kirche sie innerlich emporzuheben vermag aus der täglichen Not. Ein tiefer Ernst des Ausdrucks liegt auf den Mienen der meisten Kirchgänger. Die stille Sehnsucht, Halt zu finden bei Gott, führt manchen ins Gotteshaus, der es in satten Zeiten zu meiden sich gewöhnt hatte. Die Opferwilligkeit, auch für kirchliche Zwecke, ist groß. Die Kirchenkassen sind leer; die Gemeinden opfern freiwillige Gaben.

So fehlt es weder an guten ermutigenden noch an schlechten entmutigenden Indizien. Die Raffgier der Schieber demoralisiert weite

Kreise des Bürgertums. Bei den Neureichen darf man einstweilen ethische Grundsätze nicht suchen. Die allgemeine Not hat aber auch bei dem gehaltvolleren Volksteil eine Opferwilligkeit ausgelöst, die auch der Kirche dienlich ist. Die längst zur Selbsthilfe erzogenen Kirchengemeinden des Westens belegen sich selbst mit einer Steuerlast, die oft das Mehrfache der Staatssteuer ausmacht, andere erheben ohne weiteres ein 5. und 6. Quartal. In Barmen waren die Kirchen eine Woche lang täglich offen zur Niederlegung eines Kirchenopfers auf dem Altar, dem sich kein rechtschaffenes Gemeindeglied entzog. Der in Barmen und Elberfeld im Juni 1923 tagende zweite deutsche evangelische Volkstag war eine imposante Kundgebung für den Geist der Gottesfurcht und Treue. Die „öffentliche Mission des Christentums“ (Direktor P. Stuhmann) kam dort zur bildhaften Darstellung. In 28 Kirchen der beiden Städte und Vorstädte wurden vollbesuchte Gottesdienste gehalten. Zwei riesige Festzüge, an denen wohl 80000 Personen teilnahmen, bewegten sich von den beiden Städten zur „Bundeshöhe“, wo von 23 Stellen aus allerlei Redner die Feiernden zum Festhalten in der Kraft des Glaubens, zur Gottesfurcht und deutschen Treue aufriefen. Die Not des Volkes, der Kirche und der Schule stand im Mittelpunkt der Ansprachen. Kundgebungen für den evangelischen Glauben auf den Rathausplätzen beider Städte und öffentliche Volksversammlungen schlossen die Feier, die an den Kirchenfeinden nicht eindrucklos vorübergegangen ist. Sie haben doch sehen und erleben müssen, daß sie das öffentliche Leben noch lange nicht unbestritten beherrschen.

Auch Württemberg hat auf Anregung von Prälat D. Schoell und mit Hilfe des rührigen Volkskirchenbundes im Oktober 1922 einen Volkskirchentag in Reutlingen gehalten. Am Sonntag predigten in sämtlichen Kirchen der Stadt auswärtige Festpredner. Der Zubrang war ungeheuer. Von einem Sonntag zum andern füllte sich die Marienkirche fünfmal bis zum letzten Platz, viele fanden keinen Raum mehr.

Auch in der Jugend regt sich's. Die evangelische Jugendbewegung in Deutschland ist, was die großen Jugendtage in Dresden und Halle in der Pfingstwoche eindrucksvoll bekundeten, in den letzten Jahren insbesondere seit Kriegsende zu einem mächtigen Baum herangewachsen. Die in einem Reichsverband zusammengeschlossenen evangelischen Jungmännerbünde zählen z. Bt. 156865 Mitglieder. 275 hauptamtliche Berufsarbeiter und 199 eigene Häuser stehen in ihrem Dienst. Evangelische Jungmädchenvereine gibt es 5316 mit 172492 Mitgliedern; ihre Spitzenorganisation ist der Evangelische Verband für die weibliche Jugend. Die Schülerbibelkreise finden starke Ausbreitung. In ganz Deutschland sind etwas über 300 Kreise mit über 18000 Mitgliedern. 1904 entstand der erste Bibelkreis in Dresden, heute sind selbst im roten Sachsen in 22 Städten 50 Einzelkreise an höheren Schulen, dazu noch 12 Seminaristen-Bibelkreise in 12 Städten.

Der Pfarrerstand auf dem Lande leidet unter zunehmender Verein-samung. Die brüderliche Aussprache wird behindert durch die wachsende

Reißeerschwernis. Der Mangel an Bildungsmitteln wird immer drückender, die wissenschaftlich-theologische Literatur immer unerschwinglicher; die kirchliche Presse hat trotz aller Nothhilfe schweren Stand. „Rüst- und Freizeiten“ für Pfarrer — Zusammenkünfte zum Zweck der geistigen Sammlung und geistlichen Verinnerlichung — werden immer dringender gefordert. In etlichen Provinzen (Westfalen u. a.) sind sie schon seit Jahren eingeführt gewesen, in andern wünschen sie die Oberhirten dringend und führen sie ein, wo sie können.

Die Volkshochschulen in den Städten haben die auf sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Nur dort, wo von vornherein große Summen für sie eingelegt waren, ist noch einiges Leben. Viele Stadtverwaltungen (z. B. Hamburg) ziehen die Zuschüsse zurück, die geringe Zahl der Teilnehmer lohnt nicht mehr. Es ist von Anfang an zuviel Phantasmus und Illusion dabei gewesen. Das wirkliche „Bildungsbedürfnis“ der Arbeiter wurde gutgläubig weit überschätzt. Gewiß soll man den geistig Aufstrebenden die Hand zum Aufstieg bieten. Die große Mehrzahl aber will sich gar nicht fortbilden — nur ein treuer Rest wirklich Aufstrebender hält aus. Bezeichnend war von vornherein, daß all das bevorzugt wurde, was dem flüchtigen Unterhaltungsbedürfnis diene, aber nicht das, was der wirklichen inneren Durchbildung förderlich war. Nur der Typus der Volkshochschulen hält sich, bei denen nicht in erster Linie intellektuelle Förderung das Hauptziel war, sondern Heranbildung von Gesinnungsgemeinschaften zur Gemüts- und Willensbildung. Dem dienen Volkshochschulheime in Mecklenburg, Hannover, Ostpreußen, Thüringen, Westfalen, Württemberg, am Niederrhein u. a. Orten.

Die Zerrüttung und Verwirrung unserer Zeit wird von verschiedenen Sekten benutzt, um die Weltuntergangsstimmung in kommunistisch-chiliasstischem Sinn zu fördern. Die Adventisten, die Neu-Apostolischen, vor allem aber die sog. „Internationale Vereinigung ernster Bibelforscher“ treiben ihr flaches, aufreizendes Unwesen bis zur Zerrüttung des Volkes. Mit der Bibel und den Schriften ihres konfusen Sektenbegründers Russel gehen ihre Sendboten von Dorf zu Dorf. Mit marktschreierischen Plakaten sammeln sie die ziellosen Haufen der Großstädte. Die naive Frömmigkeit vieler unter dem Druck der Zeit directionslos gewordenen Menschen wissen sie für ihre Ideen zu entflammen, besonders aber dadurch, daß sie der kommunistischen Vorstellungswelt sehr entgegenkommen. Neuerdings empfehlen sie sogar kurzerhand Zertrümmerung der bestehenden Weltordnung, Lehrer und Geistliche sollen einfach totgeschlagen werden (biblische Begründung: Elias und die Baals-pfaffen). Da das 1000jährige Reich im Anbruch sei, lohne sich die Erhaltung des Bestehenden schon längst nicht mehr. Das gefällt der robusten Art des Kommunismus sehr wohl. Diese Agitation, die zu völlig bolschewistischen Zuständen zu führen geeignet ist, wird leider von Amerika aus mit großen Geldsummen finanziert. Sie verwirrt religiös, sie unterbindet den Rest nationaler Kraft. Wozu die heiße Liebesmühe um Erhaltung und Wiederaufrichtung des deutschen Volkes, wenn das

alles doch zum Untergang reif ist? — Diese Frage löst sie aus in den unteren Volksmassen, und lähmt damit allen Aufschwung.

Chronik. Der kirchliche Parteigeist ist schweigsamer geworden, seit die Erregung nach Erlaß der Verfassungsurkunde für die altpreußische Landeskirche (Streit über den Vorpruch) in etwa abgeflaut ist. Von „Fällen“ sind — abgesehen von etlichen Kleinigkeiten, die sich zu solchen in ruhigeren Zeiten vielleicht ausgewachsen hätten — die Landeskirchen verschont geblieben. Die Not eint und zeigt ihre einende Kraft auch im kirchlichen Wesen.

Die Aufgaben, nicht nur auf innerkirchlich-religiösem, nein auch auf organisatorischem Gebiet, die den Kirchenbehörden sowohl als auch den Gemeinden gestellt werden, sind größer als sie seit Jahrhunderten gewesen sind. Es wird gearbeitet mit aller Kraft; das sollten die nicht übersehen, denen irgendwelche Entwicklungswünsche nicht schnell genug ans Ziel zu kommen scheinen.

In der preußischen Landeskirche wird die Grenzmark Posen-Westpreußen zu einem eigenen Konsistorialbezirk ausgebaut. Der Generalsuperintendent ist ernannt und wird seinen Sitz in Schneidemühl nehmen. Eine Provinzialsynode wird ebenfalls gebildet. Sie hat sieben Ephorien und 69 Gemeinden. Die Zahl der Evangelischen dieser neuen kleinen Provinzialkirche beträgt rund 180 000. Auch die katholische Kirche hat eine von den Bistümern Posen und Pöplin unabhängige Apostolische Administration dort eingerichtet, die außer der Grenzmark einige Kreise Pommerns umfaßt (Bütow, Lauenburg und die Hälfte von Neustettin). Sie zählt 7 Dekanate, 74 Pfarreien mit 114 Geistlichen und ungefähr 150 000 Seelen.

In München ist die über die ganze Stadt sich erstreckende Stadtpfarrei aufgehoben und die Bildung von sieben Kirchengemeinden mit selbständigen Pfarreien durchgeführt worden. Pfr. Pauli in Regensburg, der zu den Protestlern im Fall Leimbach gehörte und sein Amt zur Verfügung stellte (siehe Jahrbuch 1922 S. 436), hat jetzt sein Amt freiwillig niedergelegt und hält anthroposophische Vorträge. Es ist wohl einer der „50“, die Kittelmeyers „Christengemeinschaft“ dienen wollen. P. Hendorn, das theologische Schmerzenskind der Hamburger Kirche (siehe Jahrbuch 1922 S. 505), der wegen Nichtübereinstimmung seiner Lehre mit dem Bekenntnis der Kirche in den Ruhestand versetzt wurde, ist durch Erkenntnis des Kirchenrats völlig ausgeschieden unter Entziehung des Titels, der Anstellungsfähigkeit und der Berechtigung zur Vornahme geistlicher Amtshandlungen. Er hatte in den Tagesblättern bekannt gegeben, daß er „dogmenfreien“ Konfirmanden-Unterricht erteile, die Konfirmation aber auch ohne vorhergegangenen Unterricht vornehme. Mit unendlicher Geduld hat die Kirchenbehörde diesen systemlosen Wirrkopf, dem alles Geordnete im ziellosen Subjektivismus zerflossen war, jahrelang getragen. Dank hat sie davon nicht gehabt. Die protestlerische Rücksichtslosigkeit will gerade diesen Ausgang.

Der Absplittierungsversuch in der Thüringischen Landeskirche (vgl. Jahrb. 1922 S. 439) ist erfolglos geblieben. Auf die den staatlichen Instanzen (!) vorgelegte Beschwerde der Gemeinde Dorffilm hat das Thüringische Ministerium für Volksbildung unter ausdrücklicher Anerkennung, „daß die Landeskirchenräte in Rudolstadt und Gera als Organe selbständiger Körperschaften des öffentlichen Rechts uns nicht in dem Verhältnis nachgeordneter Behörden unterstehen, so daß eine Aufsichtsbeschwerde gegenüber ihren Entschlüssen zulässig wäre oder ihre Entschlüsse unmittelbar von uns aufgehoben werden könnten,“ im Oktober 1922 entschieden:

„... Die Auffassung, daß mit dem Wegfall des landesherrlichen Kirchenregiments die „Glaubens- und Vereinigungsfreiheit“ an die einzelnen Kirchengemeinden oder gar an die einzelnen Kirchenmitglieder zurückgefallen sei, trifft für die Gebiete Gera-Greiz und Rudolstadt nicht zu, da die oberste Kirchengewalt zunächst auf die obersten freistaatlichen Gewalten übergegangen ist. Dies wird für das Gebiet Rudolstadt ausdrücklich durch § 7 des erwähnten Landesgesetzes bestätigt.

Dieses Gesetz steht auch nicht in Widerspruch zu Art. 137 Abs. 2 Satz 2 der Reichsverfassung, denn auch wenn die evangelischen Kirchengemeinden, was zweifelhaft ist, als Religionsgesellschaften im Sinne dieser Bestimmung anzusehen sind, so hat doch die genannte Bestimmung nur den Zweck, staatliche Beschränkungen des Zusammenschlusses von Religionsgesellschaften auszuschließen, nicht aber Religionsgesellschaften, die bereits organisch aus Einzelgemeinden bestehen, zwangsweise in ihre Gliedkörperschaften aufzulösen.“

Für die Gemeinde Lohra-Altengesees wurde ebenso entschieden. Zu dem Antrag des Lutherischen Schutzbundes wurde bemerkt: daß Bestimmungen darüber, unter welchen Voraussetzungen eine Abscheidung selbständiger Körperschaften aus öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften bzw. Religionsverbänden stattfinden kann und wie in solchen Fällen die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zu erfolgen hat, nur auf gesetzlichem Wege getroffen werden können und daß in dem in Aussicht genommenen Landesgesetz über die Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts darauf Rücksicht genommen werden wird.

Der Landeskirchenrat der Thüringer Evangelischen Kirche hat unter Bezugnahme auf vorstehendes dem Thüringer Ministerium die Bitte ausgesprochen:

Den Entwurf des in Aussicht genommenen Landesgesetzes über die Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts rechtzeitig vor seiner Mitteilung an den Landtag zu überfenden, „damit uns Gelegenheit gegeben wird zu seinem Inhalt Stellung zu nehmen. Vielleicht ist das die beste Möglichkeit, Bedenken zu beheben, die wir voraussichtlich gegen einzelne Bestimmungen des Entwurfs werden geltend machen müssen. Schon jetzt bemerken wir, daß es uns z. B. nicht zulässig erscheint, wenn dieser Entwurf, wie es dort in Aussicht genommen worden ist, Bestimmungen über das Ausscheiden selbständiger Körperschaften aus öffentlichen rechtlichen Religionsgesellschaften bzw. Religionsverbänden und eine sich dann anschließende vermögensrechtliche Auseinandersetzung enthalten würde.“

Die Thüringische Landeskirche gab eine Studienordnung für das im Mai 1922 in Eisenach mit neun Kandidaten eröffnete Prediger-

Seminar. Auch im bayrischen Franken wurde in Nürnberg (Veilhof) ein Prediger-Seminar eröffnet. Das schlesische Prediger-Seminar in Raumburg a. Queis konnte im Juni 1923 in schlichter aber eindringlicher Feier den Gedenktag seines 25 jährigen Bestehens feiern.

Die Bayrische Landeskirche r. d. Rh. ordnete in der Tagung der Landessynode im August 1922 das Lehrzuchtverfahren: „Jeder Geistliche, der zum Predigt- und Lehramt in der Landeskirche berufen wird, wird auf das Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche verpflichtet.“ Rein wissenschaftliche Betätigung soll nach einer Erklärung nicht unter die Maßnahme des Lehrzuchtverfahrens fallen. Das „kann“ der etwaigen Einleitung des Verfahrens bleibt durchaus der Kirchenbehörde anheimgegeben. Für die Durchführung ist ein besonderes Spruchkollegium bestellt. Der Ausbau der Kirche (Beschlüsse zum Kirchensteuergesetz, Regelung der Einkommenverhältnisse der Pfarrer und Kirchenbeamten) wurde energisch gefördert, eine nicht unbeträchtliche Zahl neuer Pfarr- und Hilfsgeistlichenstellen begründet. Eine zusammenfassende kirchliche Lebensordnung regelt unter klarer Herausstellung der kirchlichen Pflichten für die Gemeindeglieder auch das Verfahren für Versagung oder Gewährung der Trauung, das Verhalten der kirchlichen Organe bei Selbstmord (nicht passives Verhalten, sondern Aktivität nach Maßgabe des Einzelfalls), die Mischehenfrage, Entziehung des Paten- und Wahlrechts. Auch die so schwierige Patronatsfrage wurde angeschnitten.

Von den sechs Gemeinden der Konföderation reformierter Gemeinden in Niedersachsen: Celle, Münden, Altona, Bückeburg, Braunschweig und Göttingen haben sich die drei erstgenannten um der Not der Zeit willen der reformierten Landeskirche von Hannover angeschlossen. Der preußische Kultusminister hat sich bereit erklärt, ihren Geistlichen dieselben Zuschüsse zu gewähren, wie sie (nach Gruppe X) alle Pfarrer in Preußen empfangen. Die Gemeinde Braunschweig zog den Antrag zurück. Den außerpreußischen Gemeinden konnte eine solche Zusage natürlich nicht gemacht werden. So besteht die Konföderation, die mit Nachdruck ihre rein presbyterianische Verfassung betonte, nur noch aus den drei Gemeinden Bückeburg, Braunschweig und Göttingen; losen Anschluß sucht die reformierte Gemeinde Lüneburg, die der dortigen lutherischen Landeskirche nicht eingegliedert ist. Altona suchte um der gleichen Lage in Schleswig-Holstein willen Anschluß an die reformierte Kirche Hannovers. Diese wird da also über die Provinzialgrenzen hinausgreifen.

In der hartbedrückten sächsischen Landeskirche wäre es beinahe zu einem „Fall“ gekommen. Der Pfarrer der reformierten Gemeinde Leipzig, Dr. Mehlhose, Herausgeber der „freien Volkskirche“, forderte im Neuen Sächsischen Kirchenblatt die Amtsbrüder auf, in geschlossenen Reihen die „veralteten liturgischen Ordnungen“ zu durchbrechen mit eigenmächtiger Abänderung der Agende, damit die „geweihte Luft des Mittelalters“ ausgetrieben und durch Zuführung moderner Luftströme die Kirche wahrhaft volkstümlich werde. Von der Synode sei nichts zu

erhoffen, der einzelne könne nicht vorgehen, ohne gemäßregelt zu werden. Nur durch Eintreten einer großen Zahl von Geistlichen sei etwas zu erreichen. „Wird jemand es auf den Versuch ankommen lassen, gegen eine große Organisation einzuschreiten?“ Agendenreformen sind überall unterwegs; der vorgeschlagene Weg ist aber gewiß der denkbar schlechteste zu diesem Ziel, herausgeboren aus dem Geist des modernen Subjektivismus mit seiner Zwangsnatur. Das Konsistorium hat in der mildesten Form die Sache als Ordnungswidrigkeit im Sinn des § 19 der Sächsischen Disziplinarordnung behandelt. Es ist dafür freilich in der Presse all-er-hand Anfeindungen ausgesetzt gewesen.

Die Sächsische Landeskirche leidet ja besonders unter dem Druck der Zeit, nicht äußerlich auch innerlich. Der Massenabfall ist groß. Zum Reformationsfest 1922 schon wandte sich das Konsistorium mit einer Ansprache an die Gemeinden:

„Wir kommen vom Jubiläum der Lutherbibel, und dies Jubiläum hat uns mit neuem Nachdruck erinnert, wie viel wir der Reformation verdanken. Es dünkt uns eine erschütternde Tatsache, daß heute weite Kreise nicht nur persönlich an diesem Wort vorübergehen, sondern es auch unserm Volk nehmen und vor allem ganz aus unsern Schulen entfernen möchten. Unser Kindergebet soll in den Schulen verstummen, ja außerhalb des Religionsunterrichts will man den Namen Gottes überhaupt nicht mehr hören. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen: es geht um keine geringere Frage als um diese, ob unsere Kirche Volkskirche bleiben soll oder nicht... Im Kampf für die christliche Schule laßt uns fest zusammenstehen.

Vor allem bitten und ermahnen wir, daß das Wort unseres Gottes in den eigenen Häusern und Herzen wohne. Es geht nicht an, Gott für sein Wort zu danken und doch nicht selbst durch dies Wort zu leben. In stillen Stunden anbetender Versenkung, in gemeinsamer Hausandacht, in regelmäßigem Besuch unserer Gottesdienste laßt uns Hörer des Wortes sein, daß wir darnach auch hingehen und Täter werden... Das allein ist eine rechte Reformationsfeier, wenn wir dem alten Wort Gottes neue Treue geloben für uns persönlich, für die Kirche Jesu, für unser Volk.“

Zwei sächsische Geistliche, die Pfarrer Schlosser und Berthel in Chemnitz, haben, so berichtet der Epd. des Preßverbandes, ihr Pfarramt niedergelegt, um sich freier sozialer Tätigkeit zu widmen. Sie sind beide politisch Mitglieder der sozialdemokratischen Partei.

Sehr trübe gehalten ist eine von tiefem Ernst getragene Darlegung der kirchlichen Lage in der Allgemeinen Evang.-luth. K.-Z. (1923 Nr. 18): ... Erfahrene Geistliche sagen: wir haben das Volk nicht, ja einige, daß man nicht von einer untergehenden, sondern von einer bereits untergegangenen Volkskirche reden müsse. Die Opferwilligkeit sei dünn gesät... „Viele haben keine Freude an der Kirche um ihrer inneren Leere willen. Wir denken dabei nicht an die aufgepeitschten Massen, auch nicht an die Gleichgültigen, sondern an die, die Gottes Wort und Sakrament von Herzen lieb haben, die aber an der heutigen Kirche sich nicht mehr freuen können. Sie suchen Gottes Wort im Gotteshaus und hören das Klingen menschlicher Schellen und menschlicher Rhetorik. Sie suchen Auslegung der Bibel und hören Kritik an der Bibel. Sie kommen

leer aus der Kirche zurück, innerlich traurig, wie zerschlagen, mit zerstörtem Vertrauen. Für diese Kirche sollen sie Opfer bringen?

„Man hat viel geredet und geschrieben von kirchlicher Weitherzigkeit, von Rücksicht auf den Zeitgeist, von der Pflicht, die „Volkskirche“ zu erhalten. Die Gemeinde will das alles nicht, kennt das nicht, löst innerlich das Band mit der Kirche. Nun kommt die Feuerprobe: die treuesten hat man verloren, das Volk ist nicht zum Opfern bereit. Solange es ohne Opfer ging, ließ sich das Volk die Kirche gefallen . . .“

„Die Kirche muß sich ganz anders einstellen, auf eine wirklich neue Zeit. Was bisher an Neubau geschehen ist, war mehr Fortbau des Alten, nur da neue Formen suchend, wo sie durch Zusammenbruch des Staatskirchentums förmlich aufgezwungen wurden. Man übersieht den radikalen Umsturz aller Dinge in Staats-, Volks- und Kulturleben. Die Kirche ist mit hineingezogen, sie mag sich sperren, soviel sie will. Bisher war sie Volkskirche — kann sie es noch bleiben? Wir sehen doch, wie das Volk vielfach nicht mehr hinter ihr steht; es wird auch durch die Künste einer demokratischen Verfassung nicht wieder gewonnen.“ (Gewiß nicht d. R.)

Wir lesen mit Erstaunen, daß hier, auf der Rechten, der Begriff „Volkskirche“ immer in numerischem Sinn gefaßt wird; gerade wie im trivialen Sprachgebrauch vieler auf der Linken. Gewiß ist der Massenabfall in Sachsen groß, den reinen Begriff der „Volkskirche“ erschüttert das nicht im mindesten,¹⁾ geschweige denn, daß „Volkskirche“ und „Bekenntniskirche“ Gegensätze sein müßten. So wird's freilich oft gedeutet; und daß mit Konzessionen zugunsten der „Allerweltskirche“ nicht nur nichts gewonnen, sondern nur die Treuen verärgert werden, ist freilich wahr. Daß die Kirchen etwas ganz anderes geworden sind, als sie es zuvor waren, in ihrem äußeren Wesen, besonders aber in ihrem Verhältnis zum Staat, springt doch jedem, der die Reichsverfassung ansieht, sofort ins Auge (siehe Art. 137). Das „Einstellen“ auf die neue Lage geschieht unseres Erachtens mit ernstster Gewissenhaftigkeit und großem Fleiß, überall — auch in Sachsen. Vor treiberischer Voreiligkeit wird man sich auf diesem Gebiet gewiß zu hüten haben. Die Verantwortung ist zu groß. Gut Ding will Weile haben. Eindrücke des Moments, signifikante Erscheinungen der Zeitlege entscheiden da nicht allein. Wir erinnern an ein ruhiges Wort, das Prof. D. Ihmels, jetzt Bischof der Sächsischen Landeskirche, 1919 schrieb nach dem Umsturz der alten Staatskirchen in einem Aufsatz: „Die Zukunft der Kirche“ (vergl. Jahrb. 1919 S. 367):

¹⁾ Wir verweisen auf die Schrift von W. Büdk: Begriff und Aufgabe der Volkskirche. 1922. Weder das Indizium der Masse noch demokratische Verfassungsformen machen das Wesen der „Volkskirche“ aus. Es ist das vielmehr die Organisation, welche das Volksganze umfassen und christlich beeinflussen will. Ob ihr das in größerem oder geringerem Umfang gelingt, trägt für die Begriffsbestimmung gar nichts aus. Muß denn immer der Erfolg für die eigentliche Wesenheit bestimmend sein? Das sind ganz moderne Maßstäbe des Impressionismus.

„Wenn gewünscht ist, daß die Kirche dem Staat jetzt dadurch zuvor- kommen sollte, daß sie ihrerseits die Trennung ausspreche, so ist das bestimmt abzulehnen . . . Soll die Volkskirche erhalten bleiben, so wird es darauf ankommen, zunächst jedenfalls nach aller Möglichkeit an die bestehenden Kirchenformen anzuknüpfen . . .“ Man lese das Weitere am angegebenen Ort, da auch die etwa aufsteigenden Konsequenzen dort ins Auge gefaßt werden. Wir verstehen es sehr wohl, wenn der harte Druck, der in Sachsen auf der Kirche liegt, Umwandlungen auslöst, die uns von donatistischen Einschlägen nicht frei zu sein scheinen. Sie stehen in sonderbarem Kontrast zu einer diagnostischen Untersuchung aus derselben Feder, die wir im Kirchl. Jahrbuch 1914 S. 86—88 wiedergaben. Wir vertrauen, daß auch in Sachsen noch Tausende leben, die dem Baal des Zeitgeistes und dem Moloch des Kirchenhasses die Knie nicht gebeugt haben und nicht beugen werden. Und wo die sind, da ist die „Volkskirche“, ganz gleichgültig, ob sie nach Millionen zählt oder nach wenigen Tausenden. Eine ecclesia pressa ist noch niemals um dieses Prädikats willen verloren gewesen. Auch der Abfall der Massen wirkt sie nicht. Die derzeitigen trostlosen politischen Zustände in Sachsen werden auch nicht ewig dauern. Es hat in der Geschichte oft genug Zeiträume der geistigen Verödung gegeben. Schon oft ist der „Rationalismus“ — es hat solchen gegeben, ehe man das Wort prägte — durch den Geist Gottes, der alles neu macht, überwunden worden. Vollends dem modernen Rationalismus und Intellektualismus gilt das Wort, daß die Füße derer schon vor der Tür stehen, die ihn hinaustragen werden. Hinter dem Abfall unserer Tage steht dennoch das Wort: „Dennoch“.

Auch in Hannover wird neuerdings ein pekuniärer Druck auf die Kirche versucht. Die sogenannte Klosterkammer verwaltet den für kirchliche und kulturelle Zwecke ausgesonderten Teil des alten säkularisierten Kirchenvermögens, aus welchem z. B. die Ausgaben der alten Domkirche in Verden a. d. Aller bestritten werden. Nachdem die Klosterkammer schon des öfteren Schwierigkeiten gemacht hat, die Leistungen dieses Fonds der Geldentwertung anzupassen, hat sie neuerdings ihre früher bedingungslos anerkannte Pflicht gegen die nahezu vermögenslose Domgemeinde abzustreiten begonnen, insbesondere die Pflicht, den Domorganisten und Kirchendiener voll zu besolden. Der Neujahrsgottesdienst mußte ohne Orgelspiel vor sich gehen, da die betroffenen Beamten ihren Dienst einstellten. Wir konnten nicht erfahren, ob inzwischen das Ministerium auf die Klosterkammer eingewirkt hat. Möglichenfalls wird auch hier das Reichsgericht das letzte Wort zu sprechen haben.

Der Dorfkirchenbewegung ist längere Zeit in unserem Jahrbuch nicht mehr Erwähnung getan. Im Juli 1922 fand eine gut besuchte Tagung in Marburg statt unter Leitung des Sup. v. Lüpke. Der Name dieser Bewegung wird oft mißverstanden. Sie ist doch mehr als nur eine äußere Verknüpfung des religiösen Lebens mit dem Heimatlischen und Volkstümlichen. Sie will eine Gestaltung des religiösen Lebens auf dem Lande aus der Seele des Landes heraus und dadurch

ein Verhältnis gegenseitiger Durchdringung zum Volkstum und zur Heimat gewinnen, freimachen von aller akademischen Weltfremdheit, von aller pastoralen Technik, von aller Mache, auch frei sein von aller nur spielerischen Verknüpfung mit dem Heimatlichen und Volkstümlichen. Sie sieht ihre Aufgabe nicht darin, das religiöse Leben auf dem Lande in den überlieferten Formen, wie es früher in dem Agrarstaat erwuchs, zu erhalten, sondern es in solcher Form zu pflegen, wie sie der Entwicklung der Zeit entspricht. Das Volk will, auch auf dem Land noch, die Kirche, aber nicht immer die überlieferten Schablonen des kirchlichen Wesens. Die Bewegung will der Kirche und der praktischen Theologie (rel. Volkskunde) Dienste leisten, nicht einseitige Standespflege oder Verengung des gesamtkirchlichen Horizonts in der Ausbildung der Pfarrer und in der Art ihrer Arbeit. Die katholische Kirche hat hier eine große Anpassungsfähigkeit gezeigt. Die Grundsätze der Dorfkirchenbewegung wollen sich ausdrücklich auch auf die Industriegemeinden des Landes erstrecken und die alten Kräfte der Sitte, der Geschichte erhalten und wo sie sterben wollen neu beleben. Sie hat mit den Wissenschaften der Demographie und Volkspsychologie zu tun, um welche sich die zünftige Theologie bei uns leider viel zu spät gekümmert hat. Gewiß ist die Menschenseele etwas Einheitliches, aber auch etwas unendlich Kompliziertes, je nach Stand, Beruf und Volkscharakter. Gerade an dies Spezifische will sie anknüpfen. Die vortrefflich geleitete Zeitschrift „Die Dorfkirche“ hat in den vergangenen Jahren viel dazu geholfen, diese Bestrebungen verständlich zu machen und durchzusetzen.

Aus der Zeitlage heraus hat auch die Apologetik neue Anregungen empfangen (vgl. vorj. Jahrb. S. 411). Die Tagungen des Apologetischen Seminars in Wernigerode haben zu beachtlichen Höhenlagen emporgehoben und sind für Akademiker eine unentbehrliche Rüstkammer geworden. Die gut besuchte (10.) Tagung vom Herbst 1922 brachte folgende Vorlesungen: Das Vaterunser (Stange), Die religiösen Strömungen des ersten christlichen Jahrhunderts (Geffken-Rostock), Unsere Stellung zu Kant und die Philosophie des Christentums (Hagenwald-Bielefeld), Die apriorische Gültigkeit der religiösen Erfahrung (D. Nygren-Schweden), Das Verhältnis von Leib und Seele (Girgensohn-Greifswald), Der Wesensunterschied der katholischen und evangelischen Kirche (Zänker-Soest), Das Alte Testament und die Dogmatik (Stange), Eschatologie (Althaus-Rostock). Den Vorsitz hat nach D. Blau, dem Verkehrsschwierigkeiten hinderlich sind, Landesbischof D. Ihmels übernommen. Die Tagung 1923 (17.—21. Sept.) findet in der Burse in Helmstedt statt, mit folgendem Programm: D. Blau: Das Gebet; D. Hirsch-Göttingen: Die Frömmigkeit des deutschen Idealismus; D. Althaus-Rostock: Glaube und Geschichte; Dr. Vogel-Helmstedt: Geschichte Helmstedts und seiner Universität; D. Stange-Göttingen: Die Person Jesu; Dr. Max Wundt-Jena: Hegel; Prof. Dr. Ehrenberg-Göttingen: Biologie und Metabiologie.

Die sog. Keutzhener Woche, die den „Pförtner Studentenkreis“ umschließt, tagte in Weißenfels (24.—26. Februar) 1922. Eger und

Gogarten: Gedanken zum Verhältnis von Religion und Sittlichkeit; P. Molsnick: Unser Volk und die Religion; Dr. Weber-Jena: Religion und Kunst; Dr. Krischtjan-Berlin: Der Märtyrergang des armenischen Volkes. 1923 sieht eine Doppeltagung vor, eine ostdeutsche in Wahlstatt (Schlesien) und eine westdeutsche im Predigerseminar Hofgeismar.

Zwei internationale Kongresse mit konfessionellem Charakter vereinen Vertreter je des reformierten und lutherischen Lehrtropus. Die auf Ausgestaltung eines reformierten Weltbundes bedachten Kirchenmänner aller Nationen kommen am 20. Juli in Zürich zusammen, (die Weltlage und das Evangelium, die protestantische Krisis in Europa, das Friedensproblem, soziale Probleme der europäischen Kirchen, die Bedeutung der Bibel in der Gegenwart). Die Lutheraner aller Zungen sammeln sich in Eisenach im August: Ökumenizität der lutherischen Kirche (Ihmels), ihre Bekenntnisgrundlage (D. Jørgensen-Kopenhagen), ihre Beziehungen zu andern Kirchen, lutherische Diasporapflege und Mission. Es wird die Errichtung einer Zentralstelle des Luthertums erhofft.

Der Tod hat unter den Kirchenmännern der Gegenwart reiche Ernte gehalten. Wir nennen hier — unter Verweisung auf die Totenschau am Schluß dieses Bandes — nur die Namen Dryander, Reinhardt-Stettin, Giese-Mecklenburg, Rode-Hamburg. Von Männern der Inneren Mission: Wurster, Dehlers, Steinwachs, Schuchard, der Äußeren Mission: v. Schwarz, Fries, von Professoren: Troeltsch, Simons, Strack, dazu manche treue Pfarrer. An dieser Stelle erwähnen wir nur den Heimgang der Großherzogin-Witwe Louise von Baden, der leidgeprüften und glaubensbewährten Tochter Kaiser Wilhelms I., die am 23. April 1923 auf Schloß Baden heimging. Ihr Abscheiden war ein herber Verlust auch für die evangelische Kirche Badens. Am Beisetzungstag (30. April) erklang in allen Gotteshäusern des Landes Trauergekläut. Der Nachruf des Oberkirchenrats sagt: „Die gesegneten Spuren ihres Lebens sind unserm badischen Land fest eingeprägt. Viele Anstalten und Einrichtungen der Menschenliebe zeugen allenthalben von einer hingebenden mehr als sechzigjährigen Arbeit, die kein Ermüden kannte. Den Christen aber und uns Evangelischen zumal war an ihr besonders teuer die aufrichtige Herzensfrömmigkeit, der dieses reiche Lebenswerk entsprang. Aus dieser nahm die Entschlafene auch die Kraft, die großen Schicksale ihres Lebens in vorbildlicher Weise zu tragen. Tief bewegt stehen wir an ihrer Bahre, danken Gott für allen Segen, den er durch sie unserm Lande und unserer Kirche bescherte und preisen sie glücklich, daß sie nun schauen darf, was sie geglaubt hat.“

2. Kirchliche und antikirchliche Bewegungen: religiöse Orientierung der Sozialdemokratie, freigeistige Organisationen. Anthroposophie. Christengemeinschaft Mittelmeiers.

In den Volkskirchlichen Heften (Nr. 13) erschien ein bemerkenswerter Aufsatz von Gen.-Sup. D. Stolte-Magdeburg: „Gräben und

Brücken zwischen dem Evangelium und dem Seelenleben des modernen Arbeiters". Wir möchten wünschen, daß kein Pfarrer und vollends kein Großstadtpfarrer das dort Gegebene ungelesen und unerwogen lasse. Unendlich viel kommt darauf an den Arbeiterstand für die christliche Gedankenwelt (wir sagen hier absichtlich nicht: Kirche) zurückzugewinnen. Es ist geradezu das Problem unserer Tage. Man wird der evangelischen Kirche nicht vorwerfen können, daß sie an diesem Problem nicht mit allem Fleiß gearbeitet habe. Eine ausgiebige Literatur der letzten Jahre behandelt es. Daß u. E. noch keine Spur des Erfolges dieser Bemühungen zu sehen ist, darf gewiß nicht müde machen. Der Erfolg steht, wie immer so auch hier, in Gottes Hand. Man soll aber auch hier nicht Erfolge sehen wollen, wo sie nicht sind (vgl. Lic. Dr. Piechowski, Pfarrer in Neukölln: Denkschrift des Bundes religiöser Sozialisten. 1922). Unter der Überschrift: „Volksmission und Arbeiterschaft" schreibt P. Schreiner-Hamburg (Allg. Ev.-luth. K.-Z. 1923 Nr. 21. 22): „Unser Ziel ist doch, die entkirchlichte Masse zum Hören zu bringen und zum Aufhören, um dann den Einzelnen in ihr, der sich führen läßt, hinzuführen vor die verschlossene Himmelstür. Aufschließen können wir freilich nicht. Das vermag selbst keine Bibelfunde und keine Predigt. Das hat sich der Eine vorbehalten, der allein rechte Zeit und Stunde weiß." Als Richtlinien stellt Schreiner zusammen:

1. Es zeuge von geringer Erkenntnis des Evangeliums und von mangelndem Instinkt für das Fragen des modernen Menschen, wenn man meint, im Kampf um die Seele des Arbeiters von der herben Wucht und der unbedingten Forderung des Evangeliums etwas abbrechen zu müssen. Der volle Inhalt des biblischen Grundgedankens bis hin zu seiner trinitarischen Ausgestaltung bietet die einzige Möglichkeit der Überwindung von Unglauben und Abglauben.

2. Volksmission unter Arbeitern ist ebenso wie die Apologetik unter den Gebildeten zum Tode verurteilt, wenn der Arbeiter fühlt, daß wir den Vögeln gleichen, die ihr eigenes Nest beschmutzen. Eine Freigabe der Kirche, der Theologie, oder der persönlichen politischen Überzeugung ist gründlich abzulehnen, so sehr uns die Barmherzigkeit auch zwingen mag, diese Dinge gehörig in den Hintergrund zu stellen. Aber die Barmherzigkeit des Neuen Testaments ist nicht Weichheit, und seine Liebe nie ohne Wahrheit. Der entscheidende Punkt der Auseinandersetzung mit den Arbeitern ist immer wieder Schuldfrage, die Schuld der Kirche, die Schuld der Pastoren oder die Schuld des Arbeiters. Sie kann im einzelnen bejaht werden; auf das Ganze gesehen ist sie aber für beide Seiten uferlos und unlösbar. Sie ist umzulegen auf die Frage nach der Ursache, und religiös zurückzuführen auf die eine einzige Schuld aller, in der wir vor Gott gleich sind.

3. Arbeiter-Volksmission ohne psychologische Einstellung auf das Problem der Masse ist unmöglich. Das Ideal des Arbeiters ist der Mensch, erwachsen unter dem Druck der Entpersönlichung zwischen Maschine, wirtschaftlichen Verhältnissen und Dingen. Das Problem der Menschwerdung der guten Menschen, d. h. der Wiedergeburt, führt notwendig zu der Frage nach der Sünde und damit zur Gottesfrage.

4. Arbeiter-Volksmission in der Sprache der kirchlichen Predigt oder in den Formen der Laientheologie der Gemeinschaftsbewegung ist ein Widerspruch in sich.

Gewiß, es werden aus Arbeiterkreisen massenhaft „religionsfreundliche" Stimmen laut, aber diese Stimmen meinen in den seltensten Fällen das, was wir „Religion" nennen, Hingabe des ganzen Menschen an

ewige Ziele, Erkenntnis des eigenen Unwertes und Suchen der Gottesgnade. Sie meinen ja romantische Stimmung, oder, wenn's hoch kommt, Förderung eines ethischen Idealismus, oder auch ganz trivial ein zusammengestrichenes Proletarier-Evangelium, das ihnen allerlei Kastanien aus dem Feuer holen soll. Das alles aber ist ja gar keine „Religion“. Dieselben Leute, die der Kirche in Bausch und Bogen den in seiner Allgemeinheit wahrhaftig nicht zutreffenden Vorwurf machen, sie habe Sonderinteressen vertreten, des Kapitalismus, ja des Mammonismus, verlangen nun, daß die Kirche, ehe sie ihr irgendwie entgegenkommen, auf ihre Sonderinteressen sich einschwöre und für ihre politischen und sozialen Interessen rückhaltlos eintrete. Dann wollen sie kirchenfreundlich sein — sonst nicht. Die Kirche ist politisch neutral und war es von jeher. Es mag doch hier, gegenüber den stetig wiederholten Anwürfen, die alte Kirche sei arbeiterfeindlich gewesen, erinnert sein an die These, welche die Innere Mission schon im Juni 1870 auf einer internationalen Konferenz der Arbeitgeber in Bonn aufstellte: „Die Arbeiter sollen uns nicht als lebendige Maschine gelten. Die Arbeiter sind unsere Brüder“. Die Kirche hat nicht gegen politische Programme geeifert, wohl aber gegen die Verquickung solcher Programme mit gottesfeindlichen Ideen, sei es des Materialismus, der Ichsucht oder der Genußsucht. Sie dient jedem, der empor will, los von sich selbst, sei er Proletarier oder Aristokrat. Ohne innere Umkehr geht's nicht.

Der grauenvolle Zustand unserer Volksmoral läßt viele, denen das früher höchst gleichgültig war, ehrlich wieder ausschauen nach religiöser Erneuerung. Beachtenswert war es doch, daß auf dem Leipziger Kulturtag der Demokraten im Frühjahr 1923 ein vielbeachteter Vortrag von Frau Dr. G. Bäumer über „Religion und Kultur“ im Mittelpunkt stand. Ein „Unbedingtes als Quelle der Kraft“ wird da die Religion mit Recht genannt. Von einem „Bedürfnis nach Religion“ wird geredet, aber auch von dem „innigen Verhältnis des germanischen Menschen zur Natur und von der Notwendigkeit neuer Kulturformen“. So sprach auch der Sozialist Dr. Radbruch von der „gewaltigen Geistesmacht der Religion“, aber auch davon, daß die überkommene Religion nur eine Stufe sei zu einer neuen „diesseitsfrohen Religiosität“. Das kommt doch schließlich alles heraus auf einen utilitaristisch unterbauten ethischen Idealismus. Der hat in der Geistesgeschichte schon mehr als einmal bankerott gemacht. Von wirklich religiösem Verlangen verspüren wir in der Arbeiterschaft als solcher, abgesehen von Einzelpersonlichkeiten, nichts.

Der Sozialdemokrat Schreck redete im Reichstag von dem „tiefen religiösen Gefühl, das in der Arbeiterschaft vorhanden sei“; wobei er zugab, daß in den sozialistischen Parteien die Duldsamkeit noch viel zu wünschen übrig lasse. Wir bestreiten gewiß nicht seine Behauptung, „daß Männer und Frauen in seiner Partei stehen, die sich nicht nur zu irgend einer Kirche, sondern tatsächlich zu einem Gottesglauben bekennen,“ zumal er sich selbst freimütig in diese Linie stellte. Aber der Bebel'sche Satz, das religiöse Ziel der Sozialdemokratie sei der Atheismus, wird

doch noch lange nachwirken. Der süddeutsche Sozialist Dr. Diez bekämpft in Karlsruhe die „irrigte Meinung“, als müsse der Sozialist in Weltanschauungsfragen, um als voll zu gelten, Atheist, Monist, Materialist, Freidenker, zum mindesten aber persönlich Religions- und Kirchenfeind sein. Der Sozialismus sei weder Weltanschauung noch ein Ersatz für eine solche, wolle es auch gar nicht sein, vertrage sich daher mit jeder Religion und Weltanschauung, die nicht mit Kapitalismus und Unkultur auf Gedeih und Verderb verbunden sei. Das alles ist Theorie. Der Marxismus ist tatsächlich Weltanschauung, eine materialistisch-egoistische, trotz aller altraiistischen Verbrämungen, eine dem Geist aller Religion widersprechende Weltanschauung und nicht nur ein Wirtschaftssystem. Man möge ihn dahin reduzieren, dann haben die oben genannten Worte sozialistischer Führer einen Untergrund. Die harte Wirklichkeit ist schließlich ehrlicher als alle Theorien, entscheidender auch als der illusionistische Optimismus so mancher Theologen. Wenn erst einmal wirklich religiöses Suchen in unserer Arbeiterschaft wach wird, dann erlebt Deutschland noch eine große Zeit — vielleicht will uns die Not dazu helfen. „Selig, die nicht sehen und doch glauben.“ Über das „Nichtsehen“ wollen wir einstweilen ehrlich zugeben.

In der „Christlichen Welt“ war im Sommer 1922 eine ergiebige Aussprache über diese Fragen. D. Fuchs-Eisenach redete in unerschütterlichem Illusionismus von dem hohen Idealismus der Arbeiterschaft. Pfarrer Beller in Mainz hat ihm in einer nüchternen Entgegnung den unsers Erachtens zutreffenden Nachweis geliefert, daß das eine grundlose Überschätzung sei, der in der Wirklichkeit wenig entspreche. Der so früh verstorbene Prof. D. Gottfried Naumann, der nach väterlichen Traditionen das Ringen um die Arbeiterseele geradezu zu seinem Beruf gemacht hat, gab sechs Volkshochschulvorlesungen heraus: „Sozialismus und Religion in Deutschland“, und führt — wir möchten sagen fast wider Willen — den Nachweis, daß der Sozialismus schon in seinem Ursprung antichristlich war und daher alle Versöhnungsversuche von Prinzip zu Prinzip vergeblich seien. Möglich sei dagegen 1. die Verbindung von Christentum und sozialistischen Persönlichkeiten, 2. die Verbindung des Sozialismus mit christlichen Persönlichkeiten, 3. die Verbindung von Christen und Sozialisten. Letztere sei besonders zu erstreben. Noch kein deutscher Pastor habe in besonderem Maße Sozialisten für das Christentum gewonnen. Immerhin ist hier ein Rahmen, in dem mit Erfolg gearbeitet werden kann; und da wird und darf die Kirche nicht müde werden. Denn auch die Sozialisten sind unsere Brüder. Nur keine Abstriche vom Christentum, um die Prinzipien zu verschmelzen — es wird ja doch nur eine unterwertige Legierung, ja eine Fälschmünzerei daraus.

Einstweilen sehen wir aus dem blinden Religionshaß des Kommunismus nur neues Feuer aufsteigen, das auch religionsfreundliche Ansätze der Sozialdemokratie zu verbrennen droht. Der Vorwärts, der sonst mit einer gewissen Vorsicht das Gesicht zu wahren sucht zugunsten des Satzes des Erfurter Programms, daß Religion Privatsache sei, empfiehlt

unter dem Strich die Verwendung von Kirchen zu sozialistischen Klubgebäuden. Nachdem der Berichterstatter geschildert, wie gemütlich es sich im Vorgarten einer ehemaligen Belgrader Kirche mit serbischen Genossen in lauen Sommernächten habe pokulieren lassen, fährt er fort: „Wenn heute die Russen das gleiche tun, so sind sie eigentlich sehr spät auf die Idee gekommen, Kirchen praktisch zu verwenden. Aber immerhin — besser spät als gar nicht. Es wäre zu wünschen, daß die halb leerstehenden und nur mangelhaft benützten Tempel (NB. sollte dies Wort etwa unwillkürlich die Konfession des Schreibers verraten? D. R.) aller Richtungen auch bei uns einer notwendigeren und nützlicheren Verwendung zugeführt würden. Der „Tag“ (Nr. 96 1923) schreibt dazu: „Mit einer Partei, die solche Auffassungen über geistige und religiöse Werte hat, hat das Zentrum politische Geschäfte gemacht, sucht sie weiter zu betreiben und ist gern bereit, die christlichen Gesinnungsgenossen auf der Rechten als persönliche Feinde zu betrachten, die man unter Ausnahmegeetze stellt.“ Gewiß mit Opportunismus kann man oft dem Augenblick große Erfolge abgewinnen. Das hat Rom von jeher meisterlich verstanden. In diesem Stück können und wollen wir nicht mit ihm konkurrieren. Die evangelische Kirche wird nach wie vor, unentwegt durch Mißerfolg, unverstanden vielleicht durch ihre „Einseitigkeit“, die Seele des Arbeiters zu suchen haben, nicht für sich, sondern für Gott und die Ewigkeit, aber sie soll sich dabei nicht wegwerfen.

Der Freigeisterei der Vergangenheit war der Katholizismus das, was das rote Tuch dem Stier ist; jetzt ist die evangelische Glaubensauffassung ihr wohl noch verhaßter. Soll uns dieser Rollenwechsel grämen oder beunruhigen? Gewiß nicht. Man werfe nur einmal einen Blick in den proletarischen Freidenkerkalender (Dresden), da wird einem eine Ahnung aufsteigen, welch infernalischer Haß gegen alles Christliche, ja alles moralische, dort gepflegt wird. Das zeigt so recht deutlich die Travestie „Die heiligen 10 Gebote“. Das 4. Gebot hat die Randglosse: „Gebietet den Eltern, daß sie ihre Kinder ehren . . . beugt euch ihr Alten vor den Märtyrern eurer Lust“. Das 7. Gebot: „Du sollst nicht stehlen? höre, du Armer und verrecke; im Himmel der seligen Räuber wirst du entschädigt werden“. Ein Volk, in dem solche Sumpfgase aufsteigen, kann ja gar nicht anders zurechtkommen, als durch die bitterste Not. Wo sind in der Arbeiterschaft die Stimmen, die von solcher Geistesgemeinschaft mit Entrüstung und Entsetzen sich abwenden?

Und nun das Unverständlichste (oder müssen wir wirklich sagen: das so leicht Verständliche?): Mit Menschen solcher Gesinnung haben die Monisten und die Freireligiösen im Oktober 1922 eine Arbeitsgemeinschaft gebildet. Der „Volksbund für Geistesfreiheit“, welcher seither schon die Freireligiösen und den Bund der Freidenker umfaßte (vgl. Jahrb. 1922 S. 425), ferner der Monistenbund, der bisher eine gewisse geistige Höhenlage zu halten bestrebt war und eine Grenzlinie zog zwischen sich und dem fressenden Kirchenhaß, und der Bund proletarischer Freidenker haben sich zu einer „Arbeitsgemein-

schaft der freigeistigen Vereinigungen Deutschlands" zusammengeschlossen. Die Freireligiösen wollen Religion pflegen, so behaupten sie wenigstens, natürlich eine „zeitgemäße, die mit den Ergebnissen der Wissenschaft im Einklang steht“. Die proletarischen Freidenker bekennen sich ausdrücklich zum vollen Atheismus. Scharf sind auch die sozialen Gegensätze; die Freireligiösen und Monisten rechnen sich ihrer ganzen Weltanschauung nach fast restlos zum „Bürgertum“, die andern zum Sozialismus, ja teilweise zum Kommunismus. Trotz allem diese Gruppierung. Liegt nicht doch in dem allen ein Gesetz der chemischen Affinität? Wir erinnern uns noch sehr deutlich der Entrüstung der Monisten und Freidenker, wenn sie etwa in summarischer religionsstatistischer Zusammenfassung mit den Bekenntnislosen und Atheisten in eine Kolonne gestellt wurden. Das Statistische Reichsamt hatte für beide bei den Religionszählungen der Zukunft verschiedene Kolonnen in Aussicht genommen; das dürfte sich also vielleicht erübrigen.

Noch im Juli 1922 erklärte, nach einem Bericht von Pfr. Stäglich in der „Volkskirche“ (1923 Nr. 2), eine Bezirkskonferenz der proletarischen Freidenker es für unvereinbar mit ihren Tendenzen, wenn der Vorsitzende der Gesamtorganisation, Heinecke in Dresden, gleichzeitig Mitglied des Monistenbundes sei. Man forderte seinen Austritt, hüben wie drüben, also beiderseits reinliche Scheidung (Atheist, Oktober 1922). Wenn solche feindlichen Brüder sich drei Monate später in den Armen liegen, so wird das nur erklärlich durch „die bittere Erkenntnis, daß die einzige, große, internationale Feindin, die Kirche, sowohl sozial als auch im Schul- und Bildungswesen Schritt um Schritt Boden gewinne“. So der freireligiöse Prediger E. Tschirn in der Zeitschrift: „Es werde Licht“ (1922 Nr. 12). Das Arbeitsprogramm der vereinigten Gruppen enthält nichts besonders Bezeichnendes: Ausbau der freigeistigen Bewegung, Verwirklichung der Geistes- und Gewissensfreiheit (vgl. den kommunistischen Terror für Kirchenaustritt), Trennung von Schule und Kirche, rein weltliche Schule, Verurteilung jeglichen Krieges (vgl. Agitation der Proletarier für den Bürgerkrieg), Abschaffung des Gotteslästerungsparagraphen (vgl. prolet. Freidenkerkalender), Forderung des allgemeinen weltlichen Eides, der weltlichen Friedhöfe — das sind alles längst bekannte Ladena-hüter. Trotzdem nennt Tschirn, dem wir ein geistig tieferes Urteil zugestanden hätten, das eine epochemachende Tat, die er emphatisch begrüßt, und nennt die Magdeburger Tagung, die das beschloß, das Freigeistige Nicæa, das einen Aufstieg des Freidenkertums bringen werde, wie einst das alte Nicæa den Siegeslauf des Christentums eingeleitet habe. Die Geschichte der letzten Jahrzehnte sollte eigentlich Anlaß geben — trotz der Kirchenaustrittsbewegung, deren Motive und treibenden Kräfte allmählich immer sichtbarer geworden sind — hier etwas nüchterner zu urteilen. Aber wir leben ja freilich im illusionistisch erleuchteten Zeitalter. — Das weiland „Weimarer Kartell“ ist zu seinen Vätern bestattet; das Komitee „Konfessionslos“ ist als leichtes Bächlein eingemündet in die Zeitbewegung des Kirchenaustritts. Was wieder hervorkommt, gravi-

tätischen Schritts und rollenden Auges, das sind eigentlich immer nur die längst bekannten Bühnenfiguren, nur in neuem Kostüm. Uns sind sie schon seit vier Jahrzehnten bekannt; aber Kleider machen Leute. Auch daß die Freidenker Deutschlands mit denen der Schweiz, der Tschechoslowakei und Deutsch-Osterreichs, hier unter jüdischer Führung, eine internationale Arbeitsgemeinschaft („Ifa“) abgeschlossen haben mit dem Sitz in Zürich, der auch die französische Freidenkergruppe „action sociale“ zugehört, liegt ganz in der Linie. Aber das Internationale hat doch seit etlichen Jahren für die Kulturmelt und besonders auch für die Geschichtsphilosophie viel von seinem Nimbus verloren, den es früher für den deutschen Spießbürger hatte.

An Stelle des freireligiösen Predigers Thirn hat Dr. Kramer-Bochum, durch atheistische Volkschriften bekannt, den Vorsitz des „Bundes für Geistesfreiheit“ übernommen. Die Leitung des Monistenbundes ist von Graf Arco auf den langjährigen Geschäftsführer, Reese-Homburg, übergegangen.

In Berlin hat die Gemeinschaft proletarischer Freidenker eine Freidenkerschule errichtet. In ihren Kursen soll „zunächst die grundsätzliche Stellung der proletarischen Kultur zu wissenschaftlichen, religiösen, ethischen, künstlerischen und erzieherischen Problemen geklärt werden“. Aus Thüringen wird berichtet, was wir übrigens nicht nachzuprüfen vermögen, (Altensburger Landeszeitung 1923 Nr. 60), der Kultusminister Greil habe in einer Lehrerversammlung die Lehrerschaft gerügt, daß von ihr die Kirchenaustrittsbewegung nicht stärker gefördert worden sei. In Summa: die Fronten bilden sich, die Lage klärt sich, die Christen wissen wohin sie gehören — auch sie sammeln sich. Vor der werdenden Klarheit wird noch mancher Phantasmus in Nebel zerfließen. Das wird nur dankbar zu begrüßen sein.

Anthroposophie. Die Brandzerstörung des anthroposophischen Tempels in Dornach erscheint fast als ein Symbol der Zeitslage. Auch im System wütet der Brand. Schon im Vorjahr (vgl. Jahrbuch 1922, S. 419—421) wiesen wir darauf hin, daß die exakte Philosophie der anthroposophischen Bewegung nicht nur immer entschiedener sich entgegenstellt, sondern sie überhaupt als Wissenschaft immer einhelliger ablehnt. W. Bruhns (Theosophie und Anthroposophie. Bd. 775 von Teubners: Aus Natur- und Geisteswelt) kommt zu dem Ergebnis, daß Steiner lediglich aus dem Sicherheitsgefühl einer rein persönlichen Gewißheit heraus ein objektiv gültiges Wissen vom Übersinnlichen ableite, und die eigenen rein subjektiven Erzeugnisse seines Unterbewußtseins für erwiesenes objektives Wissen nehme. Kurt Leese untersucht in seiner Schrift: Moderne Theosophie (2. Aufl. 1921, Furcht-Verlag) die erkenntnistheoretische Begründung, die Steiner selbst seinen Aufstellungen gibt. Indem er von den Voraussetzungen der Anthroposophie selbst ausgeht, kommt er zu dem Resultat, daß ihr Anspruch, die Lebensrätsel zu lösen, unberechtigt sei. Es werde eben lediglich eine Verschiebung dieser Lebensrätsel in ihre „Hinterwelt“ bewirkt, wo sie ebenso rätselhaft bleiben,

wie in der uns zugekehrten „Borderwelt“. Auch J. W. Hauer (Werden und Wesen der Anthroposophie, Stuttgart 1922 — eine Wertung und eine Kritik) bestreitet betreffs des Verhältnisses von Christentum und Anthroposophie die Behauptung der letzteren, endgültige religiöse Erkenntnisse bringen zu können, durch den Nachweis, daß auch das hellseherische Erlebnis nicht zur letzten Wirklichkeit führe. Im übrigen wertet er das anthroposophische System als Vorboten neuen Geisteslebens. Die zünftige Philosophie urteilt bezüglich dieses Punktes bekanntlich anders. Auch Gogartens feines Schriftchen: „Von Glauben und Offenbarung“ (Diederichs-Jena) streift diese Fragen. Unendlich reichhaltig ist die Literatur zur Frage der Anthroposophie geworden. Wir erwähnen nur noch die Aufsätze von Peters-Hannover in der Allgem. Evangel.-luth. K. Z. 1922 und P. Stokmann in der Ref. K. Z. 1922.

Die Schrift von P. Nagel-Breslau (Zeitschrift für Theologie und Kirche. 1. Hest. 1923): „Der moderne Okkultismus in seinem Verhältnis zur geistigen Krisis der Gegenwart und zum Christentum“ bespricht besonders eingehend die so oft behauptete religiöse Wertung dieser Geistesrichtung.

Materialismus, Intellektualismus und Individualismus nennt er als Charakterika unserer Zeit. Die Theosophie ist nur scheinbar ein Gegensatz gegen diese. In Wirklichkeit wird sie durch alle drei bestimmt. Im gesamten Okkultismus tritt klar eine Materialisierung der geistigen Welt zutage. Es verrät sich überall die vom Materialismus herkommende Auffassung, die dem Gegenwartsmenschen noch tief im Blute sitzt (trotz der fast bis zum Überdruß wiederholten Behauptung von der Überwindung des Materialismus), daß nur das empirisch Wahrnehmbare wirklich sei und daß die Schau beweiße. Dieser Wahn ist typisch für den im Materialismus hängen gebliebenen modernen Menschen und zugleich auch für den Okkultismus. Es ist doch kein Zufall, daß Steiner trotz seines immer wieder betonten Gegensatzes gegen den Materialismus sich als Schüler und Verehrer Haeckels bekennt. Beide gehören zusammen. Und es ist ebenfowenig Zufall, daß weite Kreise des Gegenwartsmenschtums sich der Theosophie und Anthroposophie zugewendet haben. Diese Lehre ist von derselben materialistischen Grundauffassung getragen, wie sie die Seele des modernen Menschen unter den Nachwirkungen des Materialismus beherrscht. Im ganzen Okkultismus besteht die vorkantische Vorstellung von der unermeßlichen Reichweite des menschlichen Intellekts. Man glaubt allen Ernstes, mit der menschlichen Denktätigkeit, gestützt auf Erfahrung, die letzte Wirklichkeit erfassen, das Leben in seiner Gesamtheit durchdringen und in gedanklichen Formen pressen zu können. So entstehen jene Gedankengebäude, welche die überfinnliche Erfahrung zu deuten suchen und dabei mit dem Anspruch auftreten, die Wahrheit der überfinnlichen Welt gedanklich deutlich ablesbar zu erhalten. Gerade den Intellektualismus glauben die Jünger Steiners durch ihres Meisters Lehre ebenso gründlich wie den Materialismus überwunden zu haben. Eine tiefere Besinnung erweist das als Selbsttäuschung. Steiner sagt (Theosophie. 9. Auflage. S. 157): „Nicht glauben sollst du, was ich dir sage, sondern es denken, es zum Inhalt deiner eigenen Gedankenwelt machen, dann werden meine Gedanken schon in dir bewirken, daß du sie in ihrer Wahrheit erkennst, dies ist die Besinnung des Geistesforschers.“ Seine und seiner Anhänger Parole: durch Denken zum Geist — klingt deutlich genug durch die ganze anthroposophische Literatur hindurch. Ebenso die nachdrückliche Behauptung, daß die Lehre der Anthroposophie sich vor dem gesunden Menschenverstand bestätige. Bezüglich des individualistischen Einschusses bemerkt Nagel, es diene in diesen Systemen doch schließlich alles zur

Pflege des Ich. Irgendwo findet schließlich auch Gott seinen Ort, aber er wird im Grunde dann immer nur als letztes Prinzip des Seins genau an die Stelle gesetzt, wo er dem ganzen System und dem Menschen in seiner „Mittelpunkts-
sehn sucht“ nicht allzu störend werden kann. Nicht etwa „Ihn haben“ ist das letzte Ziel, sondern man fragt viel angelegentlicher nach Himmel und Erde und — nach sich selbst. Es ist bezeichnend, daß Steiner seine Lehre Anthroposophie nennt. Der Mensch steht im Mittelpunkt seines Weltbildes, nicht Gott. Um dieses „Ich“, seine Entfaltungsmöglichkeit, seine Entwicklung, seine Ziele gruppiert sich schließlich alles, was Steiner zu sagen hat. In den Christustaten wird ihm nicht das „Reich Gottes“ lebendig, sondern sie stellen ihm lediglich das Ideal hin: Euer Ich soll Herr werden über den Ästral — Äther — und physischen Leib.

Vom Verhältnis von Religion und Okkultismus sagt Nagel: Religion ist jedenfalls nicht ein Handeln, ein „In-Betriebsetzen“, ein Machen. Auch nicht ein Schreien nach Gott (Geyer), überhaupt nicht eine Haltung der Seele, etwa in der völligen mystischen Passivität und Demut oder eine sonstige psychische Einstellung. Ihre Wahrheit ist vielmehr ihre Jenseitigkeit. Da ist sie, wo das allem Subjektiven entgegengesetzte Objektive durch alle Zustände äußerer und innerer Art durchbricht und zwingend wirkt; da wo das völlig Unbegreifliche Ereignis wird, wo das „ganz Andere“ (totaliter — aliter) als letzte und einzige Wirklichkeit erfahren wird. „Du bist mir zu stark geworden und hast mich überwunden“ — das ist Religion. Die Propheten und Apostel wollten nicht etwa sein, was sie heißen, sie mußten es sein und darum waren sie es. Sie „machen“, „handhaben“, „betreiben“ nichts, sie werden gebraucht, getrieben — von der einzig objektiven Macht, von Gott selbst. Die Menschen der Bibel haben nur ein Interesse, und das sind nicht sie selbst, ihr Tun, ihr Zustand, sondern Gott, seine Sache, sein Reich. Das ist Religion, und nicht nur die Religion der Bibel, sondern auch die Luthers, Calvins und aller religiösen Genies. — Der Okkultismus hat nun freilich erfasst, daß die materielle, intellektuell und individuell begründete Diesseitigkeit nicht die ganze Wirklichkeit sein könne. Er sucht nach übersinnlichen Welten. Aber er schleppt die Tradition jener im Grund genommen antireligiösen Geistesrichtung in seine Forschungen mit hinein und baut seine „höhere Welt“ daraus auf. So gelangt er nicht zum Jenseits, sondern höchstens zu „Jenseitigkeiten“ und diese sind in Wahrheit nur vergeistigte Diesseitigkeiten. Nun wird's offenbar, daß die Anthroposophie nichts religiöses an sich hat. Geyer wird ja auch nicht müde, zu betonen: Anthroposophie ist Wissenschaft; sie begründet ein erweitertes Weltbild, nicht Religion. Aber sie trat doch mit dem Anspruch auf, intellektuell vertiefte Religion zu sein. Sie ist eben nur ein Surrogat gewesen, passend für Leute, die religiös sein möchten, ohne wirklich „Religion“ haben zu müssen. Man erkennt das jetzt deutlicher als zuvor.

Aus dieser Wendung erklärt sich vielleicht auch Rittelmeyers Schritt, der sein Pfarramt aufgab, um der „Christengemeinschaft“ zu dienen, die er von Stuttgart aus leitet. Die Nürnberger Monatschrift: „Christentum und Gegenwart“, deren Mitbegründer und Mitbesitzer Rittelmeyer war, ist, nachdem Rittelmeyer zunächst in einer Zweiteilung des Blattes zu Worte kam, völlig von diesen Bestrebungen losgelöst, seit April 1923. Die „Christengemeinschaft“ will, wie Rittelmeyer in der Christlichen Welt (Nr. 19 und 20/21 1923) darlegt, „an Stelle des Wortchristentums, in dem der Protestantismus mehr oder weniger stecken geblieben ist, ein Tatchristentum, das den Menschen lebensorganisch zur eigentlichen Christen-tat erzieht, an Stelle der Vereinigungen aus Gewohnheit, Zufall oder Überlieferung eine innerliche Kampfesgemeinschaft, ein Gemeinschafts-christentum setzen“. Mit selbstverleugnender Begeisterung, reichlich mystischem

Einschlag und kultischem Hochgefühl will die von der anthroposophischen Bewegung organisatorisch völlig unabhängige neue Richtung ihr Werk tun. Als Aufgabe hat sie sich gestellt, durch Veranstaltung von „Lebensweihen“ begeisterter Anhänger die „Christuskraft in die Welt einströmen zu lassen und dadurch neue Zeiten der Christusoffenbarung vorzubereiten“. Wie Rittelmeyer mitteilt, haben 50 Menschen ihre Stellung aufgegeben, um in 25 deutschen Städten gleichzeitig mit der Bewegung zu beginnen. Drei eben geprüfte junge Kandidaten aus der Provinz Sachsen haben sich ihr angeschlossen und arbeiten für sie in Erfurt und Raumburg. Das Hauptarbeitsfeld ist einstweilen Süddeutschland. Die „Menschenweihe“ ist eine Art Messe mit Kerzen, Weihrauch, Wein-Wasser-Opfer. Neben dem Kultus ist die Meditation ein Hauptstück der Gemeinschaft.

In Leipzig ist Joh. Perthel, Sohn eines evangelischen Pfarrers, Sozialdemokrat und aus der Kirche ausgetreten, der „Pfarrer“ der anthroposophischen Christuskirche. In der Ankündigung dort gehaltener Vorträge war lediglich von „religiöser Erneuerung“ die Rede (6.—10. Dez. 1922. Lic. Dr. Rittelmeyer, Lic. Bock und Perthel), aber nichts von Anthroposophie gesagt. In der Aussprache gab Prof. D. Girgensohn seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß Rittelmeyer trotz seines Christuserlebnisses nicht innerhalb der Kirche weiterwirke, obwohl er doch den Gekreuzigten, Auferstandenen und bis heute Gegenwärtigen verkünde. Bei Rittelmeyer scheine aber die „Gnosis“ mit vielen ihrer Eigenschaften wieder aufzuleben. Wie die Kirche einst die alte Gnosis überwunden habe, so werde sie auch die neue überwinden, nicht ohne allerlei Anregung zu empfangen, wie in den ersten christlichen Jahrhunderten auch. Lic. Fiebig schreibt (Geisteskampf der Gegenwart 1923 Heft 4):

„Weit verbreiteten Zeitströmungen kommt diese anthroposophische Christuskirche entgegen 1. durch Betonung eines neuen Kultus, 2. durch Betonung des Mysteriösen und Sakramentalen, 3. durch Ablehnung des Dogmatischen, 4. durch Betonung der Erkenntnisarbeit. 5. durch Bevorzugung freier Aussprachen und der Vortragstätigkeit, 6. durch Anregung zum Bibelstudium. Aber auch die Gefahr liegt in dieser Neugründung, daß sie denen weit entgegenkommt, die zum Katholizismus neigen, und zwar zum Kultischen, Symbolischen, Bildhaften, Sakramentalen. Daß geschickte Theologen, wie Rittelmeyer, diese Bewegung tragen, macht sie für die Kirche wichtig.“

3. Innerkirchliche und theologische Umschaltungen.

Die Brücke vom vorgesagten zu diesem Abschnitt möge das Wort aus Luthers Tischreden sein: „Sie wollen Gott mit ihrem Spekulieren ergreifen. Da wird nichts aus; ergreifen den leidigen Teufel dafür. Der will auch Gott sein. Aber ich ermahne und warne jedermann, daß man das Spekulieren anstehen lasse und flattere nicht zu hoch, sondern bleibe hienieden bei der Krippe und den Windeln, darin Christus lieget, in welchem wohnet die ganze Fülle der Gottheit leibhaftig. Da kann man Gottes nicht fehlen, sondern trifft und findet ihn gewißlich. Ich wollte gern, daß man diese Regel nach meinem Tode hielte.“

Es ist eigentlich verwunderlich, wie schnell Luthers Epigonen in der Zeit der lutherischen Orthodogie dies Wort vergessen haben. Wie schnell wurde die Dogmatik zur spekulierenden Philosophie und wie hartnäckig verfocht der in derselben Ebene liegende Rationalismus das rein Intellektuelle, so sehr, daß ihm das schließlich allein „religiös“ war und alles Irrationale Überglaube. Der Pietismus mit seiner prinzipiellen Geringschätzung der *fides quae creditur* hat eigentlich eine andersartige tiefgehende religiöse Fundamentierung auf theologischem Gebiet dauernd nicht durchzusetzen vermocht, wohl auf der Fläche der Gemeindeptheologie. Jetzt erst zeigen sich Ansätze, und zwar solche, die aus der Spekulation heraus der Spekulation der Erkennbarkeit widersprechen — eine feine Ironie der Tatsachen — Ansätze, die zu völliger Umschaltung zu führen scheinen. Und diese Ansätze sind nicht richtungsmäßig limitiert; sie kommen aus allen Winkeln, von der liberalen Theologie nicht weniger als von der orthodoxen, von der Religionsphilosophie so gut wie aus der hochkirchlichen Bewegung. Der reine Intellektualismus steht derzeit tief im Kurse, eine neue Mystik steht auf; das Pendel schlägt plötzlich um nach einer hundertjährigen Bewegung in der einen Richtung, — eine jahrhundertelange Bewegung in der Wissenschaft ist ja nur ein Pendelschlag in der Geschichte — und zwar so sehr, daß man fast besorgt werden kann und von einer „Gefahr des Irrationalismus“ anfängt zu reden.

Ob Luther noch Reformator war, stand im scholastisch-theologischen Betrieb seiner Zeit hinter den Thomisten und Skotisten der „neue Weg“ (Occan). Das alles hat zunächst den theologischen Betrieb umgeschaltet zugunsten des Humanismus, und dann hat's der Reformation dienen müssen. Die Geschichte geht in Spiralen, auch die der Geistesbewegungen. Dieselben Windungen und Wendungen wiederholen sich. Es war schon einmal da, was wir heute erleben. Nichts ist absolut neu. Instruktiv für das, was hinter den theologischen Umschaltungen der Gegenwart steht, ist der offene Briefwechsel in der Christlichen Welt (1923) zwischen Barth und Harnack. Wir können hier nicht darauf eingehen. Es sei nur das eine überaus bezeichnende Wort Harnacks angeführt (Christl. Welt 1923 Nr. 20/21): „Der wissenschaftliche Theologe, der auf Entzündung und Erbauung ausgeht, bringt fremdes Feuer auf seinen Altar; denn wie es nur eine wissenschaftliche Methode gibt, so gibt es auch nur eine wissenschaftliche Aufgabe — die reine Erkenntnis ihres Objekts. Was der Wissenschaft außer dieser Frucht als Erfolg zuteil wird, das ist unberechenbares Geschenk.“

Ist die Mystik eine andere Form des Denkens, eine intuitive, neben der rationalistisch-intellektualistischen, so wird sie freilich alles, was auf diesem Boden wächst, die religiösen „Nebenprodukte“, die Harnack vom Boden der eigentlichen Wissenschaft hinwegweist, in sonderlicher Weise fördern. In diese Linie drängt die neuere Entwicklung des theologischen Denkens, sowohl Elert („Der Kampf um das Christentum“), als auch Otto (Das Heilige), um nur diese ganz verschiedenen Geister zu nennen; sowohl Gogarten („Die religiöse Entscheidung“ und „Von Glauben und

Offenbarung“) als auch Scholz (Religionsphilosophie), sowohl Heiler als auch Spengler („Religion ist Metaphysik, nichts anderes“). Gewiß eine bunte Reihe von Namen. Nichts hält sie zusammen, als die erwähnte Wendung. Wir haben eine romantisch-mystische Reaktion auf eine Zeit, die wesentlich im Zeichen des „reinen Begriffs“ gestanden hat. Das gibt gewiß einen Zug zur Verinnerlichung und Bereicherung her, kann aber auch zur Verengerung führen, wenn der „neue Weg“ mit dem Anspruch belastet werden sollte, der einzig zielsichere zu sein. Hier gilt gewiß das Wort: Alles ist euer, ihr aber seid Christi (sitis nicht estis). — In ihm münden alle Wege. Er ist „der Weg“. Wir lasen kürzlich die Worte, die so recht aus der Zeitlage und für sie geschrieben erscheinen: „Die Art und Weise, wie wir zu Gott kommen, kann ihn selbst nicht kümmern. Die Wege, die wir gehen, je nach der Persönlichkeit und psychischen Eigenart, fallen nur uns selbst zur Last. Keiner kann an sich vor dem andern einen absoluten Vorzug behaupten. Durch die verschiedenen Türen kommen wir ins Heiligtum. Das entscheidende ist, daß wir wirklich hineingelangen und nicht unterwegs stecken bleiben. Diese Wege haben alle ein relatives Recht, sofern sie zu Gott führen können. Ob sie mit Notwendigkeit zu Gott führen müssen, mag strittig sein.“ Bezeichnend ist es immerhin, daß die mystischen Schriften der Vorzeit wieder aufgelegt werden, Tersteegen: „Der köstliche Weg der wahren Liebe“, Alexander Vinet: „Freuet euch“, Chr. Blumhardt u. a.

Derselbe Zug nach Verinnerlichung geht auch durch die katholische Kirche. Abt Ildefons Herwegen von Maria Laach (vgl. dessen Schrift: „Alte Quellen neuer Kraft“, 1920) zählt die weltpolitische Organisation der katholischen Kirche, ihren sozialen Einfluß, ihre kulturelle Wirksamkeit, so bedeutsam sie sein mögen, zum Accidens, zu den Dingen, die das Wesen der Kirche nicht darstellen. Sie sind ihm nebensächliche Erscheinungen, die das tiefste Wesen der Kirche, ihre eigentliche Seele, überhaupt nicht berühren. „Diese lebenspendende Seele der Kirche aber zu kennen, aus ihr zu atmen, ist für uns heute Lebensfrage.“ Der Erneuerung des religiösen Innenlebens dient eine ganze Reihe von Schriften der Benediktiner, so die „ecclesia orans“ (Herder, Freiburg, bisher 9 Bände).

Nach einer bestimmten Richtung hin hat die „Umschaltung des Religiösen“, von der wir hier ganz allgemein reden, abgrenzend und klärend gewirkt, nämlich gegenüber dem ästhetisierenden Moralismus und dem philosophisch unterbauten Idealismus. Hier ist Lütgerts Werk: „Die Religion des deutschen Idealismus und ihr Ende“ richtungsgebend gewesen (Bd. I: Die religiöse Krisis des deutschen Idealismus, Bd. II: Idealismus und Erweckungsbewegung im Kampf und im Bund, Verlag C. Bertelsmann, Gütersloh. Der 3. Band steht noch aus.). Überaus stoffreich, in glänzender Diktion geschrieben gibt dieses Werk von der oben erwähnten Denklinie aus ein durchsichtiges Bild der geistesgeschichtlichen Entwicklung von dem Ende des 18. Jahrhunderts an bis zur

Gegenwart, worin es unter Nachweis stellt, daß so vieles, was das 19. Jahrhundert für „Religion“ gehalten hat, nichts weniger gewesen ist als das. Der philosophisch unterbaute Idealismus der klassischen Zeit ist voreilig und allzu gutgläubig von der Theologie des 19. Jahrhunderts als „Religion“ in Anspruch genommen worden, während ihm gerade das Spezifische des Religiösen gemangelt hat. Es hat nicht an Stimmen gefehlt, welche auf das Verhängnisvolle dieser Verwechslung hingewiesen haben. Einer der ersten, der das tat, war wohl Dunkmann in der schon vor dem Kriege erschienenen Schrift „Idealismus oder Christentum“ mit dem vorausschauenden Untertitel: „Die Entscheidungsfrage der Gegenwart“. Sie blieb in der Unruhe der Zeit zu wenig beachtet. Die christlich orientierte Wissenschaft und auch viele Theologen hatten sich gewöhnt, im Idealismus einen wertvollen Bundesgenossen gegen den Materialismus der Zeit zu sehen (Messer: Geschichte der Philosophie: „Auf dem gemeinsamen Boden eines moralischen Idealismus sollten sich die Gottesgläubigen verständigen mit denen, die den Glauben an einen persönlichen Gott nicht mit innerer Wahrhaftigkeit zu teilen vermögen“). Die Schwärmerei für den idealistisch-konfusen Jatho war ganz auf diesem Boden gewachsen. Wie kümmerlich erscheint uns jetzt v. Zastrows: „Geheimreligion der Gebildeten“. Wir haben schon vor Jahren darauf hingewiesen, daß sie weder „Religion“ gewesen sei noch auch etwas „Geheimen“, sondern die idealistisch verbrämte Nützlichkeitsphilosophie der Bierbank. Mit Recht schreibt Fiedler im „Geisteskampf der Gegenwart“ (1923, Heft 4): „Diejenige Theologie, die sich bewußt darauf eingestellt hatte, die Gebildeten für die Kirche zurückzugewinnen und den Idealismus mit der christlichen Religion zu vermählen, die sich deshalb gern als die „moderne“ bezeichnete, ist nach einem welterohebenden Optimismus heute bei einer offenkundigen Verzichtstimmung angekommen. Sie hat ihre Aufgabe nicht lösen können. Stimmen aus dem eigenen Lager sagen das laut genug. Deshalb ist der eine Flügel (Barth, Bogarten) zur schärfsten Trennung von Kultur und Religion fortgeschritten, der andere (Rittelmeyer, Geyer) hat sich dem Idealismus in der Form der Anthroposophie in die Arme geworfen — beides deutliche Zerfallserscheinungen im Neuprotestantismus.“ Hierher gehört auch Brunstädts (Rel.-Philosoph in Erlangen) Schrift: „Die Idee der Religion“, die sowohl dem Kulturprotestantismus als der flachen Gemeindetheologie deutliche Wahrheiten sagt, und vor allem die Geistesart des rationalistisch unterbauten Neuprotestantismus, der sich heute noch so gern „modern“ nennt, als völlig veraltet ausweist. Auch die Schrift von Professor Grützmaier (Erlangen) „Alt- und Neuprotestantismus“ (Erlangen-Leipzig, Deichert) schon 1920 verfaßt, liegt wesentlich in derselben Linie. Schon 1920 schrieb Bultmann in der Christl. Welt (18. Nov. 1920): „Der tiefste Fehler der „liberalen Theologie“ war m. E. die Verwechslung des religiös gefärbten Moralismus mit ethischer Religion.“ Stange („Luther und das sittliche Ideal“), Böllner („Was gilt Luther der neueren idealistischen Theologie?“ in der Allgem. Evang.-luth. A.-Z. Sept. 1922

und in der Schrift: „Alare Fronten“), Elert (in dem schon vorgenannten Werk) haben die gelösten Grenzpfähle wieder eingeschlagen. Pfarrer Beller sagt geradezu: „An diesem Zwiespalt von idealistischem und neutestamentlichem Christentum ist die Kirche schon lange krank“ (Christl. Welt 17. Aug. 1922) und: „Der deutsche Idealismus ist in allen seinen philosophischen, literarischen und ästhetischen Schattierungen religiöser Moralismus, während das Neue Testament, vor allem Paulus, eine supramoralistische Religion verkündigt“. Ja er bekennt (Christl. Welt 1922 Nr. 44/45): „Auch ich empfand das als tief tragisch, daß Luthers Evangelium vom deutschen Idealismus vor 100 Jahren nicht aufgefangen werden konnte, zumal ich dies lange für einen häßlichen Zufall hielt. Aber es lagen doch wohl innere Unmöglichkeiten vor. Der deutsche Idealismus ist in allen seinen philosophischen, literarischen und ästhetischen Schattierungen religiöser Moralismus.“ Welche Mühe hat man sich gegeben, unsere Klassiker (z. B. Goethe um seiner christlich klingenden Anklänge willen) zu genuinen Christen zu stempeln (z. B. auf der Rechten noch D. Bollert), den tiefen Graben, der zwischen Kants Moralismus (Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft, 3. Stück, 7. Abschnitt) und dem Evangelium liegt, zu überbrücken. All diese „inneren Unmöglichkeiten“, von denen Beller redet, stellt Lütgert in genannter Schrift in das Licht hellster Beleuchtung, und zwar so eindringlich, daß der Idealismus unserer literarischen und philosophischen Klassiker schließlich jemals das Ansehen wiedergewinnen wird, das es bei der Theologie des ausgehenden 19. Jahrhunderts gehabt hat. Wir urteilen so, wie wohl wir die andersgestimmte sehr eingehende Rezension von Hirsch-Göttingen in der Theol. Literaturzeitung kennen. (Es wird ja von demselben die „Frömmigkeit des Idealismus“ auf der vom Apologetischen Seminar nach Helmstedt berufenen Tagung referiert werden). Leider hat die vorerwähnte Vermischung und Verwischung die Theologie des 19. Jahrhunderts zum großen Teil beherrscht. Jetzt kommt die Scheidung, wie in Luthers Tagen die Fortentwicklung der reformatorischen Gedanken über Erasmus hinaus. Wir sehen in dem allen keinen Verlust, sondern Gewinn, auch für die christliche Gemeinde. Der Synkretismus war üppig ins Kraut geschossen. Jetzt kommt auch hier die Umkehr zur klaren, ruhigen, einfachen Linie. Der Leidtragende ist lediglich der Neuprotestantismus. Seine rationalistischen Reste waren schon im Zerschmelzen, jetzt wird ihm mit einem Ruck das Fundament seiner Existenz unter den Füßen weggezogen. Er wird nun sehr schnell alt werden. Es ist ein verdientes Schicksal. Er gerierte sich in naiver Selbstüberschätzung als Erbpächter der Wissenschaft (wir erinnern uns noch seiner Scheidung zwischen „positiver“ und „wissenschaftlicher“ Theologie). Das bleibt ja nicht ungestraft. Er war des zweifelhaften Vorzuges gewiß, die Massen der Gebildeten, ja des Volkes hinter sich zu haben. Etliche unter seinen Vertretern glauben das immer noch, wiewohl diese vermeintlichen Massen kirchlich-parlamentarisch völlig versagt haben. Baumgarten hat ihm seine Wirkungslosigkeit auf das Volksganze sozusagen

amtlich attestiert. Die Tage des Orthodoxismus sind längst vorüber, die Tage des Neurationalismus nun ebenfalls. Beide haben ihrerzeit ihren Beruf gehabt, auch die liberale Theologie. Sie hat doch nicht nur destruktiv gewirkt, wie ihr ihre Widersacher gern nachsagen. Man verdankt ihr bleibende Werte und unverlierbare Erkenntnisse, nicht nur auf dem Gebiet der Text- und Litterarkritik. Aber nun will ein Neues werden — alles Ding hat seine Zeit. Hoffnungslos ist die Zeit in geistiger Beziehung nicht. In den von der Pflugschar der Trübsal aufgerissenen Boden des deutschen Landes legt Gottes Hand neue Saat. Kirche und Theologie gehen nicht müßig. Es wird in ihnen mehr gearbeitet als bei den Arbeitern und Handwerkern. Eins ist schon erarbeitet: die Erkenntnis der gutgläubigen Irrwege der Vergangenheit. Man fängt wieder an zu wissen, wer Gott ist, was wir sind vor ihm, und was „Religion“ ist. Das ist schon etwas. Das war immer so in der Theologie: je größer die ratio, desto geringer die gratia. Das Irrrationale hat seit Christi Tagen eine Verheißung gehabt (Matth. 11, 25. 26). Gott helfe uns von der Verheißung zur Erfüllung. Das Gleichnis Jesu von der langsam wachsenden Saat (Mark. 4) wird auch hier gelten.

Die Theologie der Zukunft, einer harten Zeit entsprossen, will nicht mehr viel wissen von dem alten Optimismus gegenüber dem Menschen und seinem Tun; sie ist vielmehr ein klarer Protest gegen die Oberflächlichkeit des Moralismus und die Selbstbewußte Seichtigkeit des Intellektualismus. Augustins Wort fängt wieder an, etwas zu gelten: „Intellectus merces est fidei. Ergo noli quaerere intelligere ut credas, sed crede ut intelligas,“ quoniam „nisi credideritis, non intelligetis“ (Jes. 7, 9).

4. Katholica. Katholizismus und Protestantismus in Deutschland.

Es ist in Deutschland recht deutlich zu merken, daß die katholische Kirche „Sieger im Weltkrieg“ geblieben ist, sich wenigstens dafür hält und dementprechend disponiert. Wir halten es durchaus nicht für übertrieben, wenn Kenner der Sachlage behaupten, insonderheit solche, die zuweilen einen Blick hinter die politischen Kulissen zu tun vermögen, daß wir in den Anfängen einer Gegenreformation stehen. Rom müßte ja doch seine Natur völlig verleugnen, wenn es die Gunst der politischen Lage nicht dahin ausbeuten würde, seinen geistigen Einfluß in Deutschland zu vermehren. Wer die Geschichte auch nur oberflächlich kennt, wird das durchaus nicht verwunderlich und absonderlich finden. Es ist das gute Recht jeder Geistesgemeinschaft, auch jeder Religionsgesellschaft, Propaganda zu machen für ihre Ideen. Dies Recht soll auch der katholischen Kirche nicht im geringsten abgestritten sein. Aber es kommt doch sehr auf die Art und Weise an. Geschieht das offen und ehrlich, wird dieser Kampf ausgefochten auf der Wahlstatt des

Geistes (nach 2. Kor. 10, 4: arma enim militiae nostrae non carnalia sunt), so wäre im Prinzip gewiß nichts dagegen einzuwenden. Aber hier hat eben die katholische Kirche von alters her einen anderen Begriff als wir. Nicht umsonst wird ihre Mobilmachung sorgsam im Dunkel gehalten, ihre Propaganda mit der Etikette versehen: „Des deutschen Volkes tiefste Sehnsucht und ihre Erfüllung“, nicht etwa: der römisch-katholischen Kirche Ziele und Wünsche. Es sind auch gar nicht die Äußerungen ausbrechender Intoleranz seitens etlicher Eiferer, z. B. in Mischehen, die der evangelischen Sache schaden — ganz im Gegenteil. Rom weiß das sehr wohl. Sein diplomatisches Geschick versteht es, zur rechten Zeit die Boreiligen zu zügeln. Was unter der Oberfläche liegt, ist hier das Beachtliche. Wir verweisen hier auf einen das Grundsätzliche der beiderseitigen Psychologie gut ans Licht stellenden Artikel von Dekan Dr. Ulmer in Dinkelsbühl in der Volkskirche (1923 Nr. 3): „Ein beachtenswerter Unterschied in der Einstellung der Konfessionen zueinander“.

Im August 1920 wurde in Fulda am Grabe des Bonifatius der Winfried-Bund begründet mit der Aufgabe:

1. mitzuarbeiten an der Wiederherstellung der Glaubensarbeit in dem in zwei Heerlager gespaltenen Vaterland,
2. den Nichtkatholiken durch Wort und Schrift die Mißverständnisse und Vorurteile zu nehmen und ein treues Bild vom gesamten Denken und Leben der katholischen Kirche zu geben,
3. die Katholiken anzuhalten immer und überall vollen Ernst mit der religiösen Überzeugung zu machen und durch tadellosen Lebenswandel die Kirche zu verteidigen und zu verherrlichen,
4. im eifrigen Gebet zu Gott zu flehen, daß er den Anbruch des Tages, da eines Glaubens Botschaft in allen deutschen Gauen erklingt, beschleunige.

Das Gebet um „Deutschlands Wiedervereinigung im Glauben“ muß von jedem eifrigen Katholiken an jedem Tage gesprochen werden. Der Sitz des Winfried-Bundes ist Paderborn. Er will vor allem propagandistisch auf die Protestanten wirken, und zwar nicht bloß auf solche, die irgendwie angeregt sich selbst zur Belehrung und zum Übertritt melden, sondern auch auf solche, die dazu noch keinen Drang verspüren. Besondere Fürsorge wird den Convertiten zuteil. Die Convertiten-Literatur zu fördern war ja von jeher eine Gepflogenheit Roms. 1921 teilte der Fürstbischof Kardinal Bertram dem Generalvorstand des Winfried-Bundes mit, daß die Bischofskonferenz beschlossen habe, den Bund allen Diözesen zu empfehlen und besonders Klerus und Volk auf die Pflicht des Gebets um Wiedervereinigung im Glauben aufmerksam zu machen, in jeder Diözese einen Vertrauensmann des Winfried-Bundes zu bestellen, Ablässe vom Heiligen Stuhl zu erbitten und endlich dem Winfried-Bund zu überlassen, bei den bischöflichen Ordinariaten Unterstützung für die Erreichung seiner Ziele nachzusuchen.

Über die Tätigkeit des Bundes drang bis 1922 wenig in die Öffentlichkeit; man hielt es für richtig, zunächst mit größter Vorsicht zu

Werke zu gehen. Der Berliner Zweigverein (Pfr. Kaller von St. Michael) trat unter Mitwirkung etlicher Konvertiten, die evangelische Herren und Damen in Privathäusern zu vertraulichen Besprechungen einladen, in Lichterfelde, Zehlendorf und Charlottenburg hervor. Im Februar wurde Pfarrer Maiworm aus Schönebeck a. d. Elbe zu einem Vortrag in der Aula des Louisestädtschen Gymnasiums verschrieben. „Eintritt frei.“ Durch 7000 Handzettel war ein bestimmter Häuserblock geladen worden. Der Effekt scheint nicht besonders groß gewesen zu sein. Ein Schweizer Missionsvikar hielt in der Michaelkirche eine die Pflicht der Katholiken zur Bekehrung der Protestanten betonende Predigt. Ebenso in der Pfingstwoche der Jesuitenpater Cohausz, wo der katholischen Kirche die Ehrentitel gegeben wurden, sie sei: sichere Zuflucht in der allgemeinen Verwirrung, der wahre Völkerbund in der Völkerentzweiung, die Säule der Wahrheit im Streit der schwankenden Meinungen, der Sieg des Rechtes inmitten der Auflösung, der Hort des Glaubens inmitten des Unglaubens, die Quelle der Heiligung inmitten der sittlichen Entkräftung, das Heerlager Gottes inmitten einer gottentfremdeten Wüste, die Arche des Heils in den brandenden Fluten des Verderbens. Auch ein holländischer Jesuit van Ginneken, der mit Hilfe einer bekehrten Jüdin (Fr. van Leer) in seinem Vaterland im Sinn des Winfried-Bundes gewirkt hat, setzte diese Tätigkeit fort, und endlich der Jesuitenpater Muckermann in Vorträgen der Maria-Viktoria-Kapelle, worauf schon auf S. 87 dieses Bandes hingewiesen wurde. Das alles ist in Berlin natürlich nicht unbemerkt geblieben. In etlichen evangelischen Gemeinden (so z. B. Liebensee-Charlottenburg) wurde darüber Entrüstung laut; der Univ.-Prof. Dr. Jakob Schmidt hat in öffentlichem Vortrag darauf hingewiesen. Einstweilen ist von Erfolgen noch nichts zu spüren; aber Rom arbeitet zähe. Die Arbeit an den Protestanten soll nach Pfarreien gegliedert werden, in jeder soll der Winfried-Bund eine Sektion bilden, welche die Aufstellung von Konvertiten-Kartotheken, die Einladung von Protestanten zum Konvertiten-Unterricht, der Bevölkerung zu Versammlungen und Missionen in die Hand nimmt. Der obengenannte Pfarrer Maiworm hat sich in der Provinz Sachsen schon längst bemüht, ähnliches zustande zu bringen und sich in der General-Anzeiger-Presse zur vertraulichen und verschwiegenen Beantwortung in Religions- und Gewissensfragen angeboten.

Wohl absichtlich geschah die Weihe des Fürstbischöflichen Delegaten Prälat Deitmer zum 2. Weihbischof von Breslau mit dem Sitz in Berlin unter pompöser Entfaltung des katholischen Ritus in der Hedwigskirche. Eine Festnummer der Germania bezeichnet das Ereignis als einen Freuden- und Ehrentag für den gesamten deutschen Katholizismus. „Die Erhöhung der Delegatur zur bischöflichen Würde ist keine einfache Rangerhöhung, sondern gleichzeitig der Ausdruck des Ansehens und der Macht der katholischen Kirche in der Reichshauptstadt, ein äußeres Zeichen dafür, daß die moralischen Kräfte des Katholizismus heute ein freieres Betätigungsfeld finden.“

Gleichzeitig eifert die Germania gegen die unparitätische Besetzung der Weltanschauungsfächer an der Berliner Universität. Ihre nachdrücklich erhobene Forderung lautet: Besetzung des durch den Tod von Professor E. Troeltsch (!!) vakant gewordenen philosophischen Lehrstuhls mit einer Persönlichkeit, die von Haus aus praktisch im Katholizismus wurzelt, und ebenso baldige Vertretung der Geschichte durch einen Katholiken. Das Mittel der „Weltanschauungsprofessuren“ wird von Rom mit Geschick gebraucht. Für Breslau ist ein Ordensmann berufen, P. Guardini, der auch Lehrauftrag für Berlin hat. In Köln erstrebt man die Wiederherstellung der alten katholischen Universität, die einst am Scholastizismus der Jesuiten zugrunde ging. Schon Kardinal v. Geißel war 1863 diesem Ziel einmal nahe. Im Januar 1923 ist dort die Albertus-Magnus-Akademie eröffnet als Institut für katholische Philosophie.

Das Prozessionswesen wird lebhaft gefördert. Dieser Teil des katholischen Kultus ist ja in Wahrheit nie etwas anderes gewesen als Straken-Demonstration, Darstellung der Macht der Kirche in der Öffentlichkeit; vor allem die Fronleichnamsprozession dient ausgesprochenemmaßen diesem Zweck, gemäß dem Beschluß des Tridentinums von 1551. Früher waren sie nur in der herkömmlichen Form und nur dort gestattet, wo sie durch langen Gebrauch von alters her ein Servitut geworden waren. Erweiterungen waren ohne staatliche Genehmigung nicht zulässig. Jetzt ist man auf Neueinführung und Erweiterung der üblichen eifrig bedacht, z. B. in Halberstadt, das 1923 zum erstenmal eine Fronleichnamsprozession hatte. Auch an andern Orten geschah gleiches. Auf die Beschwerde eines zuständigen Konsistoriums hatte der Regierungspräsident den Bescheid gegeben, daß nach Art. 123 und 135 der Reichsverfassung es der Genehmigung nicht mehr bedürfe. Nach der Wiederherstellung des Bistums Meissen hofft man auch die Restitution von Halberstadt zu erreichen. Es sind schon katholische Wünsche laut geworden auf den Besitz des Domes in Halberstadt, der alten Lorenzkerkirche in Nürnberg und anderer Gotteshäuser. Man begreift das, wenn man an den, durch einen politischen Kuhhandel erzielten Erfolg in Riga denkt.

Wir ergänzen hier den S. 275 gegebenen Bericht über dieses Vorkommnis, welches uns ahnen läßt, wie wohl Konkordate zwischen dem römischen Stuhl und Deutschland aussehen könnten. Der lettische Landtag hatte die Auslieferung der Jakobikirche an das neue Bistum Riga gutgeheißen. Ein Volksreferendum, dem man nach der gesetzlichen Lage nicht ausweichen konnte, für das sowohl die lettischen als die deutschstämmigen Lutheraner eintraten, verwarf die Übergabe mit mehr als 150000 Stimmen und sprach sich für den Initiativantrag eines Kirchenschutzgesetzes aus, welches den Besitzstand der Gotteshäuser sicher stellen sollte. Nach äußerst stürmischen Beratungen hat der Landtag das durch Initiativantrag geforderte Kirchenschutzgesetz verworfen und mußte sich von einem Redner zurufen lassen: „Sie werfen ein Gotteshaus in die Wagschale, wenn es darauf ankommt, ein politisches Geschäft abzuschließen.“ Mit dankenswerter Offenheit erklärte ein Vertreter der katholischen Minorität, dieses

Gesetz sei deshalb für die katholische Kirche unannehmbar, weil es für die Zukunft der katholischen Kirche eine Expansion auf Kosten der lutherischen Kirche unmöglich machen würde. Der Jakobikirchenrat hat gleichwohl die Übergabe der Schlüssel geweigert, um es auf eine Exmissionsklage ankommen zu lassen. Als jedoch am Sonntag den 10. Juni der Gottesdienst zu Ende war, überfielen zwei Leute, die im Auftrag des Ministeriums zu handeln vorgaben, die Beschließerin, entwandten ihr gewaltsam die Schlüssel, versiegelten das Gotteshaus mit dem ganzen kostbaren Inventar, darunter auch das von Erzbischof Soederblom noch 1922 gestiftete Bild von Gustav Adolf. So benutzt Rom die politischen Gelegenheiten; es war ja von jeher Meister in der Bevormundung schwacher Regierungen. Die Entrüstung in der protestantischen Welt ist allgemein. Sowohl die schwedische lutherische Kirche als die nordamerikanischen Synoden haben Protest eingelegt.

Das Aufsehen, welches dieser Fall in der ganzen Kulturwelt erregte, scheint doch nicht eindrucklos zu bleiben. Im Juli 1923 hat der Staatspräsident das von der Landtagsmehrheit abgelehnte Kirchenschutzgesetz „der Abstimmung des Volkes übergeben“. Der Gesetzentwurf lautet: „Kirchen und Bethäuser, die irgend einer Konfession zu Gottesdiensten dienen, dürfen weder enteignet noch einer andern Konfession abgegeben werden. Die gegenwärtig bestehenden Kirchen und Bethäuser sind der Konfession zu belassen, in deren Nutzung sie auf gesetzlicher Grundlage am 1. August 1914 standen.“ Am 1. und 2. September 1923 wird das Volk Lettlands darüber befinden. Die Abstimmung wird nicht nur über den Besitzstand der Jakobikirche, sondern über die Stellung der evangelischen Kirche in Lettland überhaupt zu entscheiden haben. Es steht zu hoffen, daß dieser unverfrorene Einbruch Roms in alter evangelischen Besitzstand doch wohl mit Energie zurückgewiesen wird.

Man erinnert sich noch der früheren Paritätsklagen des Zentrums, die in der Germania jahrzehntelang eine stehende Rubrik bildeten, wenn irgendwo einmal die Zahl der Beamten oder der Lehrer höherer Schulen hinter der Normalzahl der Katholiken zurückblieb. Nur sehr naive Gemüter vermuteten dahinter den Schrei nach Gerechtigkeit. Wie es jetzt aussieht, darüber gibt eine Schrift von Prof. Dr. Goerbigenwied: „Die Parität in den höheren Schulen der Rheinprovinz“ genügende Auskunft. Die Schrift hält sich an den in der Schulstatistik allgemein anerkannten Grundsatz, die Parität nach dem konfessionellen Verhältnis der Schüler zu bemessen. Daraus ergeben sich für die Rheinprovinz im Jahre 1921 folgende Verhältnisse:

1. Zahl der Schüler an den höheren	
Lehranstalten	53 385, davon kath.: 28 327, evang.: 23 085
Zahl der Schülerinnen an den	
höheren Lehranstalten	22 355, davon kath.: 8015, evang.: 13 018
Gesamtzahl	75 740, davon kath.: 36 342, evang.: 36 103

Von der Gesamtzahl waren 47,9% katholisch, 47,7% evangelisch.

2. Zahl der Lehrer (Direktoren, Studienräte, Assessoren und Referendarien):
 an den Knabenschulen 2636, davon kath.: 1618 evang.: 1018
 an den Mädchenschulen 579, davon kath.: 288 evang.: 291
 zusammen 3215, kath.: 1906 evang.: 1309

Bon der Gesamtzahl waren 59,3% katholisch, 40,7% evangelisch.

Bei den Schülern war bei beiden Konfessionen das Verhältnis 1 zu 1, bei den Lehrern 3 zu 2.

Die Schrift enthält reiches Tabellenmaterial über die einzelnen Anstalten und Fächer. Die von dem Verband der Rhein. Studien-Assessoren und Referendare herausgegebenen Mitteilungen lassen erkennen, daß die bisherige Imparität zu ungunsten der evangelischen Lehrerschaft sich noch zu verschärfen droht. Nach dem Stand vom 1. Januar 1922 waren an den rheinischen höheren Schulen für alte Sprachen 198 katholische und nur 11 evangelische Assessoren für Deutsch, Geschichte und Erdkunde 375 katholische und nur 72 evangelische Assessoren angestellt. In den höheren Regierungsämtern, soweit sie nicht von Dissidenten besetzt sind, sieht es so aus, daß die Katholiken unter allen Umständen den Vorzug haben. Es ist merkwürdig, wie wenig diese offenkundige Tatsache bekannt ist, und wie energisch sie von zuständiger Seite geleugnet wird. Schon im Winter 1920/21 teilte der damalige Kultusminister Hähnisch im Preussischen Landtag mit, daß von allen Neueinrichtungen seines Ressorts mehr als zwei Drittel sich in den Händen von Katholiken befänden und schloß bezeichnenderweise mit den Worten aus Faust: „Ich habe schon soviel für euch getan, daß mir zu tun fast nichts mehr übrig bleibt.“ Der katholische Staatsminister a. D. Wallraf aus Köln durfte auf der Tagung deutschnationaler Katholiken in Halle am 10. Dez. 1922 ohne Widerspruch feststellen, der angebliche Nepotismus der Kaiserzeit zu ungunsten des Katholizismus sei eine Kinderei gewesen gegen die heutige Klüngelwirtschaft des Zentrums.

Die Zahl der Ordensleute, die seit 1918 immer mehr an der Seelsorge und dem Gemeindedienst teilnehmen, mehrt sich außerordentlich. Den 16700 evangelischen Geistlichen entsprechen ohnehin schon 19503 katholische Weltgeistliche. Die Zahl der Niederlassungen männlicher Orden betrug 1920: 366, 1921: 418, die der weiblichen Orden 5746 und 6106. Die männlichen Ordensmitglieder wuchsen an Zahl von 7030 auf 8026, die weiblichen von 60791 auf 64250, die männlichen Novizen von 616 auf 642 (die geringe Steigerung erklärt sich daher, daß die Franziskaner und Jesuiten ihre Noviziatshäuser vielfach im valuta-starken Ausland haben), die weiblichen von 5521 auf 6603. Im Oktober 1921 zählte Deutschland 6524 Ordensniederlassungen mit 79521 Ordensleuten, etwa die Hälfte kommt auf Preußen.

Die hinter dieser Schilderung der Sachlage aufstehende Frage: was soll der Protestantismus Deutschlands, was sollen die evangelischen Kirchen und Gemeinden tun? — möchten wir lediglich mit dem apostolischen Wort beantworten: Seid nüchtern und wacht. Klaren Kopf, offene Augen und feste Hand — nur kein nervöses Erschrecken, aber auch keine

lethargische Gleichgültigkeit. Es darf der katholischen Kirche bei den für sie durchaus nicht ruhmreichen Ergebnissen der Kirchlichen Statistik, z. B. der Mischehen, der Übertrittsbilanz zwischen beiden Kirchen, an sich durchaus nicht verdacht werden, wenn sie aufzurücken sich bemüht. Die innere Haltlosigkeit ihrer norddeutschen Diaspora ist ganz ungeheuer; es wurde das sorgfältig verdeckt durch hierarchischen Berpuß. Eine so durch und durch morische Diaspora gibt es in der evangelischen Kirche überhaupt nicht. Bei uns wohnt die Kirchentreue gerade in der Diaspora, bei der katholischen Kirche nicht. Ihre Verluste, durch Mischehen gefördert, sind seit Jahrzehnten erheblich gewesen. Freilich dem katholischen Volk wurde das sorgfältig verheimlicht. Die ultramontane Presse ist seit Jahrzehnten gewöhnt worden, nur das der Kirche Günstige zu erwähnen und alles Abträgliche sorgfältig zu verschweigen. Besonders die Germania war groß in dieser renommistischen und doch sehr kurzsichtigen Praktik. Nie ist sie von kundiger Seite daran gehindert worden. Es ist die alte Praxis Roms, stark mit Stimmungen zu arbeiten, unbewegt von Tatsachen. Unermüdlich mußte dem Volke klar gemacht werden: die katholische Kirche hat eine unwiderstehliche Anziehungskraft. Bald hier bald da wurde von großen Konversionsbewegungen gesprochen, oft gutgläubig, denn dem katholischen Denken erscheint das ja so ungeheuer folgerichtig. Noch kürzlich wurde von München derartiges behauptet — ohne jeden Schein der Tatsächlichkeit. Es ist der ultramontanen Presse immer eine heimliche Genußnahme gewesen, wenn protestantische Kreise nervös wurden und kleinmütige Besorgnisse laut wurden. Es will uns auch zuweilen scheinen, als ob erst seit einem Jahrzehnt die Arbeiten der interkonfessionellen Statistik dem deutschen Katholizismus selbst die Augen aufgetan hätten über den wirklichen Stand der Dinge. Mit überlegener Sicherheit wurde jede Möglichkeit abgewiesen, als ob Rom im freien Geisteskampf je ins Hintertreffen kommen könne. Was sind wir verlacht und verspottet worden, als wir vor langer Zeit die Vermutung äußerten, daß der Konfessionsausgleich zwischen beiden Kirchen durchaus nicht zu Roms Gunsten falle. Bis in die Gegenwart hinein wurden alle Künste gebraucht, diese Fiktion aufrecht zu erhalten (siehe Jahrb. 1922 S. 89—96). Man überließ das gern unverantwortlichen Stellen und schwieg dazu.

Daß die evangelische Kirche rettungslos aufgezogen werde vom Atheismus war der andere Glaubenssatz, der der Welt unermüdlich gepredigt wurde. Daß mit dem Wegfall der Staatskirche ihr alle Stützen weggeschlagen seien, und sie selbst nun eine auf Abbruch zu versteigernde haufällige Hütte sei, war vielen durchaus gewiß. Gutgläubige Katholiken, die durchaus nicht der Bildung und des geschichtlichen Weitblicks ermangelten, haben uns ganz brav und bieder, manchmal nicht ohne leises Bedauern, ihre Meinung verraten, es werde in 50 oder 100 Jahren ja doch keine Protestanten in Deutschland mehr geben. Von der ungeheuren Geistesmacht und Lebenskraft des Protestantismus, die sich gerade in der Ungunst der Zeiten bewährt, hat der Katholik der

Gegenwart, dank der suggestiven Beeinflussung seiner Presse, gar keine Vorstellung. Von der protestantischen Zerrissenheit sieht er nur die Schattenseite, die gewiß nicht in Abrede gestellt werden soll. Von dem geistigen Erfolg steter Friktion, die immer neue Wärme schafft, kann Rom nicht wissen. Zerklüftung ist seinem Unitarismus nichts als sicherer Tod.

Es soll auch durchaus nicht in Abrede gestellt sein, daß Rom auf gewissen Gebieten des öffentlichen Lebens die ausgegebene Parole, daß die christlichen Kirchen sich solidarisch fühlen müßten gegenüber dem Atheismus, getreulich innehält. So in der ganzen Schulpolitik, in der staatlichen Dotation der Kirchen, in der staatlichen Gesetzgebung (Eherecht und dergl.). Aber diese Bundesgenossenschaft wird Rom niemals etwas anderes sein, als ein pactum leoninum. Seine eigenen Interessen lassen diese Bundesgenossenschaft rätlich erscheinen. In dem Momente, wo das nicht mehr der Fall wäre, ist natürlich alles erledigt.

Es ist wohl so, daß manche Vorurteile, auch auf wissenschaftlichem Gebiet, in protestantischen Kreisen umgehen über den religiösen Gehalt des Katholizismus, seine energischen Lebensäußerungen auf dem Gebiet der caritas und des sozialen Lebens. Auch die katholische wurzelechte Frömmigkeit erscheint uns oft in mißverständener Beleuchtung. Fendt-Magdeburg, früher katholischer Priester und Seminar-Regens, wird nicht müde, das evangelischen Kreisen zum Bewußtsein zu bringen. Dennoch möchten wir den katholischen Vorwurf, als ob man geneigt sei, den Katholizismus bei uns nur in der Karikatur zu sehen, in seiner Allgemeinheit nicht gelten lassen. Jedenfalls liefert die katholische Kirche ihren Gläubigen ein weit verzerrteres Zerrbild von dem, was evangelisches Wesen und evangelischer Glaube heißt. Auf katholischer Seite hat der Konvertit Fendt kein Gegenstück. Roms Konvertiten schmähcn nur die evangelische Kirche. Ihre Selbstrechtfertigung verlangt das. Es wäre in der Tat zu wünschen, daß man sich innerlich besser zu verstehen anfange. Dieser Wunsch aber muß zuerst — um der Gerechtigkeit willen — der katholischen Seite vorgetragen werden, und wir fürchten, daß man da in absehbarer Zeit auf nichts anderes stoßen wird, als auf ein: non possumus.

Die Verschärfung der Situation mag beklagt werden, aber sie kann nicht geleugnet werden. Ausbrüche der Empörung auf unserer Seite oder wohl gar Kennzeichen fiebernder Furcht wäre die törichteste Gegenwehr. Für die evangelische Kirche fürchten wir einstweilen nichts, aber eine neue Zerreißung wird ins Volk getragen, als ob wir daran nicht schon genug hätten.

Löst das Wort „Gegenreformation“ — wir gebrauchten es zwar referierend, aber absichtlich — harte Empfindungen oder gar Befürchtungen aus, so wollen wir auch das nicht übersehen, daß in der Gegenreformation des 16. und 17. Jahrhunderts nicht etwa Roms überlegene Geistesmacht ein gut Teil des verlorenen Bodens wiedergewonnen hat, sondern seine brutale Gewalt. Und außerdem ist die evangelische Kirche in ihrer äußeren Erscheinungsform nicht mehr das hilflose Gebilde, die

rein auf ideelle Sympathie eingestellte nebuloſe rudis indigestaque moles, wie vor 300 Jahren. Die Geſchloſſenheit des Protestantismus, der ſogar eine Weltmacht geworden iſt, iſt für Rom etwas Überraschendes. Der Kirchenbund fängt an, die erſten Früchte zu zeitigen. Rom merkt, daß ihm auch auf organiſatoriſchem Gebiet etwas Unerwartetes in den Weg tritt. Aber auf das alles ſtützen wir uns nicht. Je treuer wir das Evangelium pflegen und das Erbe der Väter hüten und wahren, deſto unüberwindlicher werden wir ſein.

IV. Verfaſſungsfragen.

Der innerkirchliche Neubau in den einzelnen Landeskirchen.

Die Kirchbaumeiſter, das Wort in geiſtigem Sinn geſaßt, haben in den letzten vier Jahren reichlich Arbeit gehabt, beträchtlich mehr als die Kirchen-Architekten. Auf dem Verfaſſungsgebiet war eine ſo rege Bautätigkeit wie ſeit Jahrhunderten nicht. Nahezu alle Kirchenverfaſſungen der Neuzeit ſind wenigſtens im Rohbau fertig. Etliche Landeskirchen haben ihr neues Haus bewohnbar gemacht und bezogen (Baden, Bayern), andere ſtehen noch vor der Tür, des Einzugs gewärtig (z. B. Preußen, Sachſen). Faſt überall aber iſt der innere Ausbau, die Beſchaffung des Inventars, die eigentliche Wohnlichmachung, noch im Werke, und es werden noch Jahre vergehen, bis alles Inventar an Ort und Stelle ſteht. Die Einzelgeſetzgebung wird noch jahrelang laufen.

Welch eine Summe von Umſicht ſeitens der planenden Architekten, und von Fleiß ſeitens der Bauleute (auch von Geld, ſeitens der Bauherren, der Landeskirchen und ihrer Gemeinden) aufzuwenden war oder noch aufzuwenden ſein wird, entzieht ſich leicht der Wahrnehmung des Augenblicks. Über allem Beiwerk der Einzelheiten vergißt man leicht die Anerkennung und den Dank für das Ganze. Man mäkelte ja gern an Neubauten, das iſt alte deutſche Art und Unart. Die überaus lebhaſte Debatte über kirchliche Verfaſſungsfragen, die in den letzten Jahren laut geworden iſt, beſtätigt ja nur das alte Wort: „Wer an die Straßen baut, hat viele Meiſter.“ Es gibt auf dieſem Gebiet allerlei Stilliebhaber, auch allerlei Unbeſchäftigte, vorübergehende Spaziergänger der Kirche, die mit der Kritik nicht kargen. Nicht die zufälligen Ornamente ſollten in erſter Linie Gegenſtand der Beurteilung ſein, ſondern der Bau an ſich, ſeine Grundmauern und ſein Gefüge. Auf das Urteil der Fachleute wird's doch etwas mehr ankommen, als auf die impressioniſtiſchen Eindrücke der Spaziergänger die in der Tagespreſſe laut zu werden pflegen. Die Solidität des Baus, die Feſtigkeit der Mauern, die tiefgreifende Fundamentierung, die Raumeinteilung, d. h. die richtige Dislozierung der Kompetenzen — derartiges iſt ſchließlich maßgebend für die Bewohnbarkeit und Zweckmäßigkeit und Dauerhaftigkeit. Auch der Blitzableiter der Diſziplinargeſetzgebung wird am Neubau nicht fehlen, dürfen, ſo wenig wie der Schutzaun. Eine allezeit offene Markthalle für allerlei Tagesmeinungen ſoll die Kirche gewiß nicht ſein, ſo wenig

wie eine verbarrikadierte Burg, in die man nur mit Sonderschlüsseln einzudringen vermag. Ein Tempel Gottes will die Kirche sein, zu Ehren des Allerhöchsten erbaut, ein Sanatorium der Kraftsammlung für Menschen, die der harte Kampf des Lebens müde und kraftlos gemacht hat. Nun mag die Zukunft ausweisen, was der Neubau wert ist.

1. Die altpreußische Landeskirche.

Die auf Grund des Kirchengesetzes vom 19. Juni 1920 im Frühsommer 1921 gewählte „Außerordentliche Kirchenversammlung zur Feststellung der künftigen Verfassung“ tagte von Ende August 1922 ab in mehrwöchigen Beratungen in Berlin in den Räumen der Universität und verabschiedete nach sehr eingehenden oft dramatisch bewegten Sitzungen die „Verfassungsurkunde für die Evangelische Kirche der altpreußischen Union“. Schon im September 1921 war die Kirchenversammlung zu einer kurzen Beratung einberufen (vgl. Jahrb. 1922 S. 462), mit diesem Tag (24. Sept.) gingen die Kompetenzen der drei Minister (die ehemaligen Rechte des Königs als des Trägers des landesherrlichen Kirchenregiments), die ihnen § 82 der Preussischen Verfassung auf Zeit eingeräumt hatte, auf ein innerkirchliches Organ, den Evangelischen Landeskirchenauschuß über. Die Vorberatungen, der Inhalt der vorliegenden Entwürfe, auch der aufsteigende Dissensus über die Fassung des Vorspruchs, ist schon im vorjährigen Jahrbuch gegeben worden (S. 462—480). Wir verweisen hier nur darauf. Die Leitung lag in den kundigen und geschickten Händen des leider bald nach Vollendung des schweren Verfassungswerks in die Ewigkeit abgerufenen Generalsuperintendenten D. Reinhard-Stettin.

Der erst in der dritten Lesung, nach mancherlei diplomatischen Verhandlungen zwischen den drei Gruppen der positiven Majorität zustande gekommene Vorspruch hat folgenden Wortlaut:

„Getreu dem Erbe der Väter steht die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen Preußens auf dem in der Heiligen Schrift gegebenen Evangelium von Jesus Christus, dem Sohn des lebendigen Gottes, dem für uns Gekreuzigten und Auferstandenen, dem Herrn der Kirche, und erkennt die fortdauernde Geltung ihrer Bekenntnisse an: des Apostolischen und der andern altkirchlichen, ferner der Augsburgerischen Konfession, der Apologie, der Schmalkaldischen Artikel und des Kleinen und Großen Katechismus Luthers in den lutherischen Gemeinden, des Heidelberger Katechismus in den reformierten, sowie der sonstigen Bekenntnisse, wo solche in Kraft stehen.

Das in diesen Bekenntnissen bezeugte Evangelium ist die unantastbare Grundlage für die Lehre, Arbeit und Gemeinschaft der Kirche.

Die Kirche führt hinfort die Bezeichnung: Evangelische Kirche der altpreußischen Union.

Für ihre äußere Ordnung gibt sie sich nachstehende Verfassung. Bekenntnisstand und Union in der Kirche, den Kirchenprovinzen und

Gemeinden werden dadurch nicht berührt. Demgemäß steht den Gemeinden und ihren Gliedern wie bisher neben der allgemeinen Bezeichnung „evangelisch“ auch das Recht auf Gebrauch der besonderen Bezeichnung „evangelisch-lutherisch, evangelisch-reformiert, oder evangelisch-uniert zu“.

Der Name wurde so geprägt um der kirchenrechtlichen Korrektheit willen, um die Rechtskontinuität allem Zweifel zu entheben, nicht etwa um einen neuen (etwa absorptiven) Unionsbegriff zu propagieren. Die Benennung, die wir unbedenklich in der Überschrift dieses Abschnitts gebraucht haben, konnte in einer Verfassungsurkunde, die auf peinliche Korrektheit im Wort zu achten hat, nicht gebraucht werden, weil die neu zu verfassende Kirche räumlich und sachlich nicht mit der preußischen Landeszugehörigkeit zusammenfällt. Die neuen Provinzen haben nie der „Landeskirche“ von Preußen angehört — eine solche gibt es in juristischem Sinn nicht — andererseits sind frühere altpreußische Gebiete, die durch den Schandfrieden von Versailles leider von uns politisch losgerissen wurden: Memelland, Danzig, die abgetretenen Teile von Westpreußen und Posen, das polnisch gewordene Oberschlesien u. a. noch mit der „altpreußischen Landeskirche“ verbunden und werden es, wie wir hoffen, auch in Zukunft bleiben. Etwaige konfessionelle Ausprägung der Gemeinden oder Gemeindeglieder wird ausdrücklich garantiert. Die „altpreußische Union“ ist hier im historischen Sinn gemeint, mit Einbeziehung der Kabinettsordres von 1830 und 1834, welche die Fortdauer der Bekenntniskirchen innerhalb der Union gewährleistet. Erklärend wurde dazu die Entschliehung gefaßt: die Kirchenversammlung erklärt einmütig, daß wir durch die Verfassung überhaupt, so insonderheit durch den Namen der Kirche an dem zu Recht bestehenden Verhältnis von Bekenntnisstand und Union in der Kirche, den Kirchenprovinzen und Gemeinden nichts geändert wird. Das Auf- und Abwogen der Meinungsverschiedenheiten über das „bekenntnismäßige“ des Vorstands kann hier in den einzelnen Stadien seines Verlaufs nicht dargelegt werden. Dazu fehlt der Raum. Es mag in Sonderschriften verwiesen sein. Der geschichtliche Ablauf der Einsprachen, der noch fort dauert, und die sich aus dem Dissensus ergebenden etwaigen Folgeerscheinungen kommen nachher in den Hauptzügen zur Erwähnung.

Die einleitenden Bestimmungen der Verfassungsurkunde sind in folgende drei Artikel verfaßt:

1. Die Kirchengewalt steht ausschließlich der Kirche zu. Die Kirche ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes.
2. Die Kirche, ihre Provinzial- und Kreissynodalverbände, ihre Gemeinden und Gemeindeverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts.
3. Die Kirche ist Mitglied des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes und nimmt nach Maßgabe der Verfassung dieses Bundes an dessen Aufgaben tätigen Anteil.

Sie tritt ferner ein für ein auf gegenseitigem Vertrauen ruhendes Zusammenwirken mit den Reformationskirchen außerhalb Deutschlands, insonderheit denen deutscher Zunge, und ist bereit, sich mit andern Kirchengemeinschaften über gemeinsame christliche Aufgaben zu verständigen.

In 165 Artikeln gibt die Verfassungsurkunde Vorschriften über

1. Die Kirchengemeinden (Gemeindegörperschaften, Pfarramt, Kirchengemeindebeamte, Art. 4—59).

2. Die Kirchenkreise (Kreisynoden, Kreisynodalvorstände, Superintendenten Art. 60—80).

3. Die Kirchenprovinzen (Provinzialsynode, Provinzialkirchenrat, Generalsuperintendenten und Konsistorien, Art. 99—108).

4. Die Gesamtkirche (Generalsynode, Kirchenсенат, Ev. Oberkirchenrat, rechtliche Vertretung der Kirche, Art. 109—135).

5. Die Rechtsausschüsse (Art. 136—139).

6. Gemeinsame Bestimmungen (Art. 140—151).

7. Schlußbestimmungen (Art. 152—165).

Wir geben hier nur einige Charakteristika des Verfassungswerks, dessen Kommentierung auch nur strichweise hier nicht gegeben werden kann, im Anschluß an eine Zusammenstellung in Nr. 12 der Preuß. K.-Z. (Pfr. A. Hein). Getragen ist das Ganze vom Prinzip des Gleichgewichts der drei typischen Verfassungsformen: des presbyterial-synodalen, des konsistorialen und des episkopalen Schemas. Keins der drei steht derart im Vordergrund, daß man es als das maßgebende ansprechen könnte. Die rein synodalen Aspirationen der Vorjahre sind stark zurückgedrängt, bezw. aus dem Stadium einer optimistischen Begeisterung auf das Maß der praktischen Besinnlichkeit reduziert. Die Kirche wird gemäß Art. 1 der einleitenden Bestimmungen staatsfrei sein ihrem inneren Wesen nach, entsprechend Art. 137 der Reichsverfassung. Träger der Kirchengewalt ist weder eine Einzelperson (Landesbischof) noch die oberste Kirchenbehörde, noch die Generalsynode, sondern eine aus den drei Regierungen gebildete besondere Instanz: der Kirchenсенат. Der Vorsitz kann durch Kirchengesetz einem besonders dazu berufenen Präsidenten übertragen werden, einstweilen führt ihn der Präses der Generalsynode.

Die Kirche soll Volkskirche sein, bezw. bleiben und immer mehr werden; man tritt nicht erst in sie ein wie in einen Verein, jeder evangelisch Geborene und Getaufte gehört ihr so lange an, als er nicht seinen Austritt erklärt. Es wird also das Bestehende übernommen mit der Tendenz, das Kirchenvolk zu immer aktiverer Betätigung der Kirchengemeinschaft zu erziehen. Die Kirche soll Gemeindekirche sein. Die Gemeinde ist die Urzelle alles kirchlichen Lebens, daher ist tunlichst Selbstbetätigung des Lebens der Gemeinde zu erstreben. Beschränkung des Siebhsystems. Zurückdrängung alles hierarchischen sowohl (Rangordnung der Pfarrer und dergl.), als auch des autokratischen (Behördenkirche), aber auch des schrankenlosen Gemeinde-Independentismus, Vermehrung der Kompetenzen der Kreisynoden in verwaltungstechnischer

Beziehung, der Provinzialsynoden in juridischer Beziehung. Aufrechterhaltung der alten Kirchenbehörden, als Träger der Sachkunde und als Element der Stetigkeit, doch Beschränkung ihrer Tätigkeit in erster Linie auf das verwaltungstechnische Gebiet: Durchführung der Kirchengesetze. Leitung des Provinzialkonsistoriums durch die Generalsuperintendenten. Die geistlich-religiösen Gesichtspunkte sollen in der Arbeit der Kirche den Vorrang haben vor den juristisch-verwaltungsmäßigen („Verkirchlichung der Kirche“). Die Generalsynode wird die Legislative haben, nicht mehr die Behörden; die „Leitung“ der Kirche jedoch hat der Kirchenrat, dem der Präses der Generalsynode und seine beiden Stellvertreter, zehn weitere von einer Etatsperiode zur andern gewählte Mitglieder der Generalsynode, der Präsident und die Vizepräsidenten des Oberkirchenrats, sowie zwei weitere Mitglieder desselben, sämtliche Generalsuperintendenten als Vorsitzende der Konsistorien und die Vorsitzenden der Provinzialkirchenräte angehören. Zur Erweiterung der kirchlichen Arbeit können Spezialpfarrer ohne Gemeindeamt seitens der Provinzialkirchen berufen werden. Der Belebung der Gemeinden sollen Gemeindeversammlungen dienen, der Aktivität im Gemeindedienst auch über den Kreis der Gemeindevertreter hinaus soll die Bahn gebrochen werden.

Für alle Wahlen wird das Verhältniswahlrecht eingeführt. Urwahl für die Gemeindevertretungen, nicht aber für Provinzial- und Generalsynode. Die in zweiter Lesung beschlossene Wahl der Generalsynode direkt aus den Gemeindevertretungen wurde in dritter Lesung wieder beseitigt und die Zwischeninstanz der Provinzialsynode wieder hergestellt. Die Kreisynode aber bleibt beseitigt aus dem „verbesserten Siebssystem“.

Der Antrag auf sofortige Einführung des Bischofstitels fiel mit knapper Majorität, doch wurde der Antrag zum Beschluß erhoben, daß durch Kirchengesetz den Generalsuperintendenten (dieser lange Titel wird wohl nur noch kurze Lebensfrist haben) der Titel „Bischof“ beigelegt werden kann. Jeder hierarchisch katholisierende Gedanke, wohl gar apostolische Sukzession, Bischofsweihe usw. wurde einhellig abgewiesen. (Ein Generalsuperintendent der Rechten: „Wir wollen keine Kirchenfürsten“.)

Am heftigsten wogte der Streit bezüglich der Formulierung des Vorspruchs. Schon vorher war in der Kirchenpolitischen Kontroverse diese Frage viel diskutiert (vgl. Jahrb. 1922 S. 477 ff.). Wiewohl der Bekenntnisvorspruch den Zweck hat, die innere Rechtskontinuität zwischen der früheren und der neuverfaßten Landeskirche festzustellen, wurde behauptet, daß der vom Verfassungsausschuß 1921 aufgestellte Vorspruch eine neue Bekenntnisbindung darstelle (vgl. Prof. Freiherr v. Soden: „Das Ende der evangelischen Volkskirche Preußens“). Dabei gingen viele von der unseres Erachtens unzutreffenden Voraussetzung aus, als ob die rechtlich verfaßte Kirche bis dahin keinerlei Bekenntnisgrundlage gehabt habe, weil die Kirchengemeinde- und Synodalordnung von 1873 eine solche veris expressis nicht stipuliert. Es wurde dabei übersehen, daß das in den einleitenden Paragraphen der Rheinisch-Westfälischen

Kirchenordnung tatsächlich der Fall ist und bei der östlichen Kirchenordnung stillschweigend vorausgesetzt und niemals im Ernst bestritten wurde. Andere — und das ist wohl die Mehrzahl der Widersprechenden — perhorreszierten keineswegs einen die Bekenntnisgrundlage der Kirche präzisierenden Vorpruch an sich, hielten aber den vom Verfassungsausschuß vorgelegten für eine dogmatische Einschnürung. Endlich sahen etliche in der Aufstellung der gewählten Präambel eine Kompetenzüberschreitung der Kirchenversammlung, die lediglich den Auftrag empfangen habe, die Verfassung zu entwerfen.

Der schon 1921 tagende Verfassungsausschuß hatte den gemeinsam vom Evang. Oberkirchenrat und Generalsynodalvorstand vorgeschlagenen kurzen Vorpruch: „Getreu dem Erbe der Väter steht die Kirche auf dem in der Heiligen Schrift gegebenen, in den Bekenntnissen der Reformation bezeugten Evangelium“ nicht für ausreichend erachtet und eine erweiterte Präambel vorgelegt (Wortlaut Jahrb. 1922 S. 470). Auch diese mit 23 gegen 18 (unter Absplitterung von 4 Stimmen von der Majorität der Rechten) gewählte Fassung fand nicht die Zustimmung des Plenum, so daß man vor einem Vakuum stand. Auch ein Vermittlungsantrag eines Teiles der Rechten wurde von beiden Seiten verworfen. Die in diesem Stadium der Beratung von etlichen aufgestellte Meinung, es sei, um zu einem tunlichst einhelligen Beschluß zu kommen, vielleicht angezeigt, auf den Vorpruch überhaupt zu verzichten, fand nicht den Beifall der positiven Majorität. Ihre drei Gruppen einigten sich in dritter Lesung auf den S. 437 angegebenen Wortlaut, der die „fortdauernde Geltung der Bekenntnisse“ in dem bisher schon anerkannten Sinn betont, ohne diese zu einer dogmatischen Lehrverpflichtung zu machen. Um den Schein der willkürlichen Auswahl zu meiden, wurden alle reformatorischen Bekenntnisse namentlich aufgeführt.

Vor der mit Spannung erwarteten Abstimmung gab namens der vereinigten Rechten der Vorsitzende derselben Graf von Seidlitz-Sandreczki folgende Erklärung ab:

„Nachdem in der zweiten Lesung keiner der Vorschläge für die Gestaltung des Bekenntnisvorspruchs in der Einleitung zur Annahme gelangt ist, hält es die vereinigte Rechte entsprechend ihrer von vornherein eingenommenen Stellung für ihre Pflicht, eine Fassung für den Bekenntnisvorspruch vorzuschlagen.

Zur Begründung desselben bemerken wir:

1. Der Vorpruch stellt durch die Aufzählung aller in Geltung stehenden Bekenntnisschriften fest, daß durch ihn der Bekenntnisstand der Kirche weder verengert noch erweitert wird, also unverändert bleibt.

2. Mit unserer Erklärung des Evangeliums wollen wir vor den Gemeinden und unserem Volk unsere unerschütterliche Gewißheit von der erlösenden Heilstat Gottes in der Sendung, Dahingabe und Auferweckung seines Sohnes bezeugen und das Wesen des Glaubens als das persönliche Vertrauen auf den lebendigen Gott und seinen Sohn bekunden.

3. Wir nennen das Evangelium die unantastbare Grundlage. Dies kann seinem Wesen entsprechend nur mit evangelischen Mitteln gesichert werden. Der Vorwurf einer lehrgesetzlichen Bindung trifft daher auf unsern Bekenntnisvorspruch nicht zu.

Aus diesen Gründen entspricht seine Fassung und die der ganzen Einleitung der Bedeutung der gegenwärtigen Stunde sowie dem Wesen der Kirche.“

Der Antrag der vereinigten Rechten wurde schließlich bei vier Stimmenthaltungen mit 127 gegen 81 Stimmen angenommen. Drei Mitglieder der Rechten stimmten gegen den Vorschlag, weil er ihnen nicht weit genug ging. Unmittelbar nach der Abstimmung gab die Gruppe der „Freien Volkskirche“ (Linke) die Erklärung ab (Justizrat Hallensleben):

„Wir sehen in der Definition des Bekenntnisstandes unserer Kirche im Rahmen des Verfassungswerkes eine unzweifelhafte Überschreitung der gesetzlichen Zuständigkeit der Kirchenverfassung — wir stellen dies ausdrücklich fest — und einen schweren Verstoß gegen den protestantischen Grundsatz der Scheidung von Glaube und Recht. Daher ist die soeben vollzogene Abstimmung für unsere Stellung zur Gesamtverfassung von entscheidender Bedeutung. Wir beklagen es aufs tiefste, daß die überaus zahlreichen Eingaben aus den Gemeinden unserer Kirche, die sich gegen eine verfassungsmäßige Festlegung des Bekenntnisstandes und besonders gegen einen Mehrheitsbeschluß in dieser innersten Frage aussprachen, unbeachtet geblieben sind. Dadurch ist ein verhängnisvoller Konflikt zwischen der Kirchenverfassung und den Gemeinden geschaffen worden, der zu schweren, den Bestand der Kirche gefährdenden Rechtsstreitigkeiten führen kann.

Wir bedauern, daß sich die größte deutsche Landeskirche in der Behandlung der Bekenntnisfrage in Widerspruch setzt zu den Verfassungen anderer deutschen Landeskirchen sowie zu dem Beschluß des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Stuttgart (? d. H.). Äußerungen, die von führenden Vertretern der Mehrheit unwidersprochen gemacht sind, lassen keinen Zweifel über die Motive, die zu dem gefaßten Beschluß geführt haben, und die Folgen, die ihm im Sinne der Entscheidung bestimmt bezeichneten Richtungen unserer Kirche gegeben werden (lebhafter Widerspruch rechts).

Demgegenüber sind wir entschlossen, unsere Rechte in der Volkskirche in vollem Umfang und mit allen Mitteln zu wahren und unsere gottgegebene Aufgabe in ihr zu erfüllen. Wir vertrauen, daß die Glieder der Gemeinden und ihre Pastoren sowie Religionslehrer und Professoren der Theologie sich in der evangelischen Freiheit ihrer Überzeugung und Verkündigung durch keinen Kirchenmehrheitsdruck hemmen, sondern sich allein durch die Wahrhaftigkeit und Gewissenhaftigkeit leiten lassen werden und ihre Mitarbeit an unserer Kirche sich nicht verleiden lassen.

Unser Verhalten bei den Wahlen und den Verhandlungen des Ausschusses wie in der Vollversammlung hat unsern Willen zur Einheit und zum Frieden erwiesen. Wir empfinden es bitter, daß uns in schwerster Notzeit unseres Volkes und seiner Kirche ein innerer Kampf aufgezwungen wird. Die Verantwortung tragen ausschließlich diejenigen, die ihre Macht glauben brauchen zu müssen, um zu scheiden, statt zu sammeln.

Der Ausfall dieser Abstimmung veranlaßte später die in der Minorität verbliebene vereinigte Linke und Mittelpartei, in der Schlußabstimmung über das ganze Verfassungswerk dieses abzulehnen. Dazu gab der Vorsitzende der Volkskirchlichen Evangelischen Vereinigung, Prof. D. Kahl eine auch im Druck vorgelegte Erklärung ab folgenden Wortlauts:

Wir Mitglieder der Volkskirchlichen Evangelischen Vereinigung ohne Ausnahme sind nicht in der Lage, in der nun folgenden namentlichen Gesamtabstimmung für die neue Kirchenverfassung zu stimmen.

Wir sprechen dieses Nein mit aufrichtigem Schmerz. In vielen Teilen des Entwurfs erkennen wir gesunde Ordnungen für das zukünftige Rechtsleben der Kirche. Wir alle haben mit freudiger Hingebung in den Wochen der Kirchenversammlung daran mitgearbeitet, manche von uns mit hoffender Seele seit Jahren, seit den Tagen des Zusammenbruchs.

Das Nein, das wir sprechen müssen, beruht nicht auf einem formalen Beschluß der Fraktion. Ein solcher würde an sich unserer Gemeinschaft nicht entprochen haben, war aber auch nicht nötig. In tiefster Stunde des gestrigen Abends hat jeder einzelne von uns aus persönlichen inneren Notwendigkeiten dieses Nein bekannt. Möchten dabei die Vorstellungen von dem, was tragbar sei oder nicht, sowie über das Warum auseinandergehen. Einig waren alle darin, daß ein Nein nur verantwortet werden könne, wenn in der zu beschließenden Verfassung dem Gewissen etwas schlechthin Unerträgliches zugemutet werde, einig darin, daß dieses schlechthin Unerträgliches in der durch Mehrheitsbeschluß und Parteidisziplin erzielten Annahme des Bekenntnisvorspruches gelegen ist. Stehe man religiös zu seinem Inhalte wie immer, eine Majorisierung in Bekenntnisfragen geht gegen das Wesen der evangelischen Kirche. Wir haben Verständigung rebellisch gesucht und erbeten. War sie nicht zu erreichen, so war es geboten, auf Entfaltung von Evangelium und einzelner Bekenntnisschriften überhaupt zu verzichten. Zu einer Auflage durch Mehrheitswillen hat keine Synode der ganzen evangelischen Christenheit Recht und Zuständigkeit, hatte diese Kirchenversammlung im besonderen nicht Auftrag oder Vollmacht.

Wir fühlen in uns an diesem entscheidenden Wendepunkt eine kirchengeschichtliche Verantwortlichkeit für das Grundgesetz evangelischer Gewissensfreiheit. Niemals werden wir zugeben, daß in Anwendung dieser Verfassungseinleitung an irgend einer Stelle eine lehrgezügliche Bindung sich durchsetze. Wir vermissen in dem Beschluß das unerschütterliche Vertrauen und den felsenfesten Glauben, daß Gottes Geist Seine Kirche in alle Wahrheit leiten werde. Menschliche Formeln können es nicht schaffen.

Wir werden treue Glieder unserer lieben Evangelischen Kirche der altpreußischen Union bleiben. Keinerlei Mißstimmung hat Raum in unseren Herzen. Wir werden mit gesteigertem Pflichtgefühl jederzeit dafür arbeiten und wirken, daß bei aller Gebundenheit an das Evangelium von Jesus Christus, unserm Heiland und Herrn, die Freiheit des evangelischen Christenmenschen im Geiste der Reformation nicht gefährdet werde.

Wir ermahnen unsere Gemeinden zur fortdauernden Liebe für unsere evangelische Kirche und zur Einigkeit im Geist. Wir bitten insonderheit alle Ältesten, Gemeindevertreter, Religionslehrer, in Treue ihrer evangelischen Ämter weiter zu walten. Wir hoffen, daß die Zeit nicht ferne sei, in der die sonst lebensfähige neue Verfassung von dieser unerträglichen Belastung wieder befreit werde. Unser Protest soll das lebendig klopfende Gewissen in der Kirche sein, diesen Tag heraufzuführen.

Für heute aber und in dieser feierlichen Stunde höchster Verantwortlichkeit sind wir im Angesichte Gottes der Wahrhaftigkeit und unserem Gewissen schuldig, einmütig die Annahme der Verfassung zu verneinen.

Bei Abgabe dieser Erklärung bemerkte Graf von Seidlitz namens der Rechten:

Aus innerster Bewissensnot und Überzeugung, nicht aus Parteidisziplin, haben wir im vollen Bewußtsein der Verantwortung, welche uns als der an Zahl stärksten Gruppe zufällt, in weitem Entgegenkommen und unter Zurückstellung weitergehender Wünsche in der Bekenntniseinleitung nur festgestellt, was unserer Herrn und Heiland Jesus Christus, bezeugt in allen geltenden Bekenntnissen. Wir glauben, daß das ausdrückliche Festhalten an der durch Jahrhunderte bestehenden Grundlage der Kirche kein Grund zur Ablehnung der Verfassung sein könne.

In den der positiven Theologie nahestehenden Kreisen der Landeskirche ist dieser Ausfall mit lebhafter Genugtuung begrüßt worden, während alle zur freieren Theologie neigenden eine unverhehlte Be-

stürzung zeigten und unerquickliche dogmatische Kämpfe glaubten voraussetzen zu müssen.

Letztere Befürchtung und besonders auch die vermeintliche Gefahr einer Einengung der freien theologischen Forschung — man ist ja bezüglich dieses Punktes sehr sensibel — eignete sich eine Eingabe von 23 Professoren der Theologie an. Besonders scharf hatte schon im Herbst Prof. D. Bornhausen-Breslau sich geäußert (Christl. Welt 1922 Nr. 48), der sogar von einem „rechtswidrigen Verhalten eines Kirchenparlaments“ redet. Wiewohl Mitglied der verfassungsgebenden Kirchenversammlung hat er doch während der Beratungen selbst derartiges nicht moniert, was doch wohl bei dem wirklichen Tatbestand unerlässlich gewesen wäre. Die 23 Protestler redeten nicht im Auftrag ihrer Fakultäten. Prof. D. Procksch-Greifswald weist in der Allgem. Evang.-luth. K.-Z. Nr. 29, 20. Juli 1923, in einem Artikel: „Der Kampf um die Fahne“, diese Bestreitungen zurück.

Zu Anfang des Jahres 1923 ging folgende Erklärung aus gegen den Bekenntnisvorspruch der Verfassungsurkunde, die bis Ende 1922 die Unterschrift von 191 Pfarrern und 208 Religionslehrern an höheren Schulen fand, wozu noch die Unterschrift des „Neuprotestantischen Lehrerbundes“ kommt:

„Wir unterzeichneten Pfarrer erklären gegenüber dem von der Mehrheitspartei der K. V. angenommenen Bekenntnisvorspruch, daß wir uns in der evangelischen Freiheit unserer Überzeugung und Verkündigung durch keinen Mehrheitsdruck hemmen, sondern auch weiterhin uns allein durch Wahrhaftigkeit und Gewissenhaftigkeit im Sinn und Geist Luthers leiten lassen werden. Wir bitten alle Glieder der Kirche, die gleich uns durch die Beschlüsse der Kirchenversammlung enttäuscht sind, in ihrer Liebe zu unserer Kirche nicht wankend zu werden und sich die Mitarbeit in ihr nicht verleiden zu lassen.“

D. Traub hatte zum Präambelstreit (Eiserne Blätter 4. Jahrgang Nr. 16) geschrieben:

„Ob es nicht trotzdem nützlich gewesen wäre, etwa unter offener Rechtsverwahrung für das gesamte Werk zu stimmen, lassen wir dahingestellt. Darüber könnte nur aus dem Miterleben jener Tage heraus selbst entschieden werden. Gewünscht hätten wir's. Der Ehrlichkeit hätte es, soweit wir sehen, keinen Abbruch getan, und nach außen wäre erreicht worden, daß die Feinde der evangelischen Kirche stiller geworden wären. Sie hätten erkannt, daß hier eine Einheit protestantischer Christen steht, die entschlossen ist, an christlicher Kirche und christlicher Schule nicht rühren zu lassen.“

Die Preußische Kirchenzeitung 1923 Nr. 1 lehnt das ab:

D. Traub möge versichert sein: Diese Gedanken haben auch unsere Freunde auf der Kirchenversammlung aufs stärkste bewegt. Nichts wäre ihnen lieber gewesen als wenn eine solche Einheitsfront sich hätte bilden lassen. Und unsere Freunde haben alles getan, sie zustande zu bringen. Der Antrag Kahl mit dem paulinischen Bekenntnispruch ist des Zeugnis. Aber es war nicht möglich. Nicht möglich, weil innerhalb der „Vereinigten Rechten“ der intransigente Teil die Oberhand gewonnen hatte. Diese Kreise wollen keine Verständigung, wollen ein Joch aufrichten, wollen ihren Willen haben (!) . . . Im übrigen stimmen wir Traub darin zu, daß wir ein Eingreifen des Staates in dieser Angelegenheit ablehnen. „Es wäre noch schöner, wenn Sozialdemokraten, Unabhängige und

Kommunisten nun zum „Retter“ protestantischer Freiheit sich berufen fühlten. Das will niemand [?] in der evangelischen Kirche. Sie steht in sich selbst fest da. Sie braucht keine andere Hilfe als die ihrer treuen und überzeugten Kirchengenossen.“ Wir jedenfalls wollen und wünschen keine Einmischung des Staates und haben daran auch andern gegenüber keinen Zweifel gelassen. Wir werden auf dem Boden der Kirchenverfassung für Änderung des nach unserer unerschütterlichen Überzeugung unglücklichen und verhängnisvollen Bekenntnisparagrafen nachdrücklich kämpfen. Aber es ist uns ebenso Gewissenspflicht, „nun aus der Kirche alles zu machen in treuer Hingabe an die Gemeinschaft“.

Auf der Linken war man nicht ebenso abgeneigt, durch Anrufung der Staatsmacht ein Eingreifen in diese innerste Angelegenheit der evangelischen Kirche zuwege zu bringen. Zwar die „Christliche Freiheit“, Organ der kirchlich Liberalen des Westens schreibt in der Nr. 49/50, 1922:

Da kann man nicht, wie Traub es in seinem letzten Aufsatz meinte, einfach stillhalten und sich beugen; das geht um des Gewissens willen nicht an. Wir haben damals die Worte Traubs mit Wehmut gelesen und mit Schmerz abgedruckt; er ist uns kirchenpolitisch fremd geworden. . . . Wir müssen unsere Freunde bitten, dringend bitten: Kein begreifliches Nachgeben der Verbitterung gegenüber der Gewissensmißhandlung (!), kein Spielen mit Kirchenaustritten; damit würden wir manchem — gottlob wohl nicht den meisten unserer Gegner — ja nur einen Gefallen tun. Nein, nun erst recht der Kirche treu bleiben. Nicht nur um unsertwillen allein lassen wir uns nicht hinausdrängen, auch gerade um unserer evangelischen Kirche willen selbst und um unseres Volkes willen, dem wir in ihr und mit ihr dienen wollen und müssen.

Und in Nr. 16/17 der „Christlichen Freiheit“:

Die unter dem erhebenden Eindruck der Jathoseier stehende Hauptversammlung der Freunde christlicher Freiheit hat es gutgeheißen, daß der Verband nicht an die politischen Parteien herangetreten ist, um die Beseitigung der unglücklichen Kirchenverfassung mit parteipolitischen Mitteln zu verhindern. Sollte aber der Staat von sich aus Einspruch tun gegen die Rechtslosmachung der starken unterlegenen Minderheit der A.-B., so halten wir es nicht für unsere Pflicht, uns dagegen zu verwahren.“

Dagegen hat eine von Prof. D. Bornhausen-Breslau verfaßte Eingabe des „Bundes für evangelische Geistesfreiheit“, mit 2476 Unterschriften versehen, beim Preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Einspruch eingelegt gegen die Einleitungsformel der Kirchenverfassungs-Urkunde. Der Bund verlangt:

1. Schutz gegen die vorliegende Rechtsanmaßung.
2. Rechtliche Bürgschaften für die Religionsfreiheit.
3. Ablehnung des Bekenntnisvorspruchs als Zusammenfassung der im Religions-Unterricht oder in den theologischen Fakultäten geltenden Grundsätze der evangelischen Kirche.
4. Klare Begrenzung des Anspruchs auf staatliche Vollstreckung von Zwangsmaßnahmen gegen Lehrer und Pfarrer, die von der zur Zeit in der Landeskirche herrschenden Majorität etwa getroffen werden sollten.
5. Schutz vor Gewalt gegen Kirchengemeinden.

Auf die an die Beschlußfassung über die Verfassungs-Urkunde sich anhängende Preßfehde einzugehen verbietet der Raum. Nur zwei Stimmen seien erwähnt: eine von zitternder Nervosität durchbebt abweisende und eine von überlegener Sachkunde getragene zustimmende.

In dem periodisch erscheinenden Blatt: „Mutiges Christentum“, dessen Titel eine prätendierte Selbsteinschätzung zur Schau stellt, schreibt Pastor Zauleck, Wetter a. d. Ruhr (Nebelung 1922, Nr. 11):

„Wir werden diese Verfassung, die von 77 berufenen Vertretern vollständig und scharf abgelehnt ist, nicht anerkennen. Sollte sie Gesetz werden, verweigern wir die Zustimmung (!) und tragen die Folgen. Zunächst aber werden wir versuchen, die Rechtskräftigwerdung der Verfassung zu verhindern, die Arbeiten dazu sind im Gange. Wir wollen uns weder einen katholischen Kirchenbegriff aufzwingen lassen, noch einer theologischen Deutung einzelner christlicher Lehren zuschwören, wie sie die führenden Theologen, Halbtheologen und Nichttheologen in der Mehrheit für allein berechtigt in der evangelischen Kirche Preußens erklärt haben. . . . Wir warten auf deutliche Erklärungen der Mittelpartei. Wir warten auf die angekündigte Entschließung des Vertreters vom Oberkirchenrat, der die vereinigte Rechte vor den Folgen fanatischer Unbelehrbarkeit (!) in letzter Stunde warnte. Um es offen zu sagen: Wir erwarten und sehen voraus ganz gewaltige fürchterliche Folgen des düstern Tages, da man sich über das Gewissen von 77 nicht gewöhnlichen Mitchristen päpstlich erhob. . . .“

Die Form dieses anathema ex cathedra bedarf wohl keines Kommentars.

In überlegener Ruhe und sachlicher Erwägung schreibt Oberpräsident v. Hegel im „Tag“ (Nr. 14, 12. Juli 1923):

Was die so heftig umstrittene Präambel anlangt, welche den Bekenntnisstand der Landeskirche durch Aufzählung sämtlicher in Geltung befindlichen Bekenntnisschriften feststellt, so wird tatsächlich dadurch an dem bestehenden Rechtszustand nicht das geringste geändert. Wie unter diesen gegenwärtig schon der modernen Theologie der Zutritt zu den Kanzeln der Landeskirche nicht verschlossen ist, so wird er es auch künftig nicht sein. Eine ausdrückliche Anerkennung ihrer Berechtigung hätte sie auch dann nicht erhalten, wenn die von der rechten Seite her eingebrachte Präambel gefallen und nach der Vorlage des Evangelischen Oberkirchenrats und des Generalsynodalvorstandes eine neue Feststellung des Bekenntnisstandes unterblieben wäre. Übrigens hat auch die rechte Seite in der außerordentlichen Kirchensammlung sich ausdrücklich davor verwahrt, daß die Anführung der Bekenntnisschriften eine gesetzliche Bindung der Geistlichen auf ihren Wortlaut zur Folge haben solle. Nach wie vor werden daher diese Gegenstände in der Kirche im Ringen der Geister in evangelischer Weise mit geistlichen Waffen ausgetragen werden.

Trotz der Ablehnung durch seine Gruppe hat doch der sachkundige Führer der Opposition, Prof. D. Dr. Kahl in der „Zeit“ (5. Okt. 1922) über die Kirchenverfassung selbst geurteilt:

„Sie ist lebensfähig. In ihren rechtlichen Grundlagen bietet sie bei allen Unvollkommenheiten gesunde Grundlagen und erfreuliche Fortschritte. Sie eröffnet reiche Möglichkeiten für ein lebendig-religiös-kirchliches Leben in den Gemeinden. Das ist die Hauptsache. Alle evangelischen Christen seien zu freudiger Mitarbeit aufgerufen. Die Kämpfe um ihr Zustandekommen müssen vergessen sein.“

Auf eine Reihe Eingaben an den Landeskirchenausschuß ist am 9. Mai 1923 folgender Bescheid gegeben worden:

Dem Evangelischen Landeskirchenausschuß sind nach Feststellung der Verfassung der evangelischen Kirche der altpreußischen Union eine Reihe von Eingaben zugegangen, die sich kritisch mit dem Ergebnis der Verhandlungen der außer-

ordentlichen Kirchenversammlung beschäftigen, vor allem mit der Fassung, die der sogenannte Bekenntnisvorspruch der Verfassung erhalten hat.

Im einzelnen bewegt sich der Inhalt dieser Eingaben in verschiedenen Richtungen. Während die einen die Fassung des Bekenntnisvorspruchs beanstanden, weil sie eine Gefährdung des inneren Lebens der Kirche befürchten lasse, wird in anderen gegen die Rechtsgültigkeit der Verfassung Einspruch erhoben mit der Begründung, daß die Kirchenversammlung mit ihrer Behandlung der Bekenntnisfrage über ihre Befugnisse hinausgegangen sei, und daß in der evangelischen Kirche diese Frage nicht durch Mehrheitsbeschluß erledigt werden könne. Wiederum andere sehen in der öffentlichen Erörterung, die nach Schluß der Kirchenversammlung an den Bekenntnisvorspruch angeknüpft hat, Anlaß zu der Besorgnis, daß von einflußreichen Kreisen der Kirche eine Auslegung des Vorspruchs versucht werde, die jedenfalls nicht so weitherzig sein werde, wie die Verhandlungen der Kirchenversammlung selbst es noch hätten erhoffen lassen. Von diesen Erwägungen ausgehend sind an den Landeskirkenauschuß bestimmte Forderungen gestellt, die teils auf Einberufung der Kirchenversammlung zu einer erneuten Beratung der Verfassung, teils auf eine maßgebende Auslegung des Bekenntnisvorspruchs, teils auf allgemeine Maßnahmen zur Sicherung des Friedens der Landeskirche abzielen.

Sämtliche Eingaben sind vom Landeskirkenauschuß zur Kenntnis genommen und sorgfältig geprüft worden. Dabei bedurfte es zunächst der Feststellung, wie weit der Landeskirkenauschuß zuständig sei, den vorgebrachten Wünschen zu entsprechen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in den schweren Fragen, um die es sich bei den Eingaben handelt, Kirchenglieder und -Gemeinden, kirchliche Körperschaften und kirchliche Verbände sich an den Landeskirkenauschuß als die oberste für die Leitung der Kirche verantwortliche Stelle zu wenden haben; wohl aber blieb zu erwägen, wieweit der Landeskirkenauschuß verfassungsmäßig über die Anträge selbst zu befinden oder sie an andere kirchliche Stellen weiter zu leiten habe.

Hierbei war davon auszugehen, daß die Beschlüsse der Verfassungsgebenden Kirchenversammlung nicht, wie die Beschlüsse der bisherigen Generalsynode, den Charakter eines bloßen Gesetzesvorschlages tragen und gesetzliche Kraft erst durch die Zustimmung des landesherrlichen Kirchenregiments erhalten. Der außerordentlichen Kirchenversammlung ist vielmehr durch Kirchengesetz die Befugnis verliehen, die Verfassung selbständig und abschließend festzustellen und zu erlassen. Demgemäß ist der Landeskirkenauschuß nicht in der Lage, eine innerhalb dieser Befugnis erlassene Verfassung zu beanstanden und ihre erneute Beratung durch die Kirchenversammlung zu fordern.

Nur dann würde sich der Landeskirkenauschuß nicht der Pflicht haben entziehen können, als oberstes Organ der Kirche einzugreifen, wenn etwa die außerordentliche Kirchenversammlung die Rechtsgrundlagen, die in dem ihre Existenz begründenden Kirchengesetz vom 19. Juni 1920 gegeben ist, verlassen hätte, so daß daraus die Unwirksamkeit des Verfassungswerkes zu folgern wäre. Ein derartiger Verstoß ist zwar auch vereinzelt behauptet, aber in keinem Punkte in rechtlich greifbarer Form begründet worden. Weder der Vorwurf, daß die Kirchenversammlung in der Wahlrechtsfrage durch die Art der Beschlußfassung wesentliche Bestimmungen der Geschäftsordnung verletzt habe, noch die Einwendungen gegen den Verfassungsvorspruch können den Bestand des kirchlichen Verfassungswerkes selbst erschüttern. Für die Geschäftsordnung ist in dem maßgebenden Kirchengesetz vom 19. Juni 1920 keinerlei Vorschrift gegeben, ihre Feststellung und Handhabung vielmehr der eigenen Entschließung der Kirchenversammlung überlassen geblieben. Was aber den Vorpruch anbetrifft, d. h. die den Verfassungsbestimmungen über den neuen Namen und die künftige äußere Ordnung der Kirche vorausgeschickte Erklärung über den Bekenntnisstand, so würde diese eine Anfechtbarkeit des gesamten Verfassungswerkes nur dann als denkbar erscheinen lassen, wenn etwa damit der bisherige Bekenntnisstand geändert wäre. Das ist nach der ausdrücklichen Erklärung der Antragsteller nicht beabsichtigt (vgl. die gedruckten Verhandlungen der Kirchenversammlung S. 1349).

und auch aus dem Wortlaute nicht zu entnehmen. Aus diesen Gründen fehlt für den Landeskirkenausschuß jede Grundlage, seinerseits das Verfassungswerk zu beanstanden, er ist vielmehr entschlossen, die ihm durch das Einföhrungsgefetz zur Kirckenverfassung übertragene Aufgabe der Einföhrung und Durchföhrung der Verfassung sobald wie möglich mit allem Nachdruck zu übernehmen.

Den verschiedentlich laut gewordenen Wünschen nach einer maßgebenden Auslegung des Bekenntnisvorspruchs vermag der Landeskirkenausschuß nicht zu entsprechen, da seine Befugnisse sich darauf beschränken, innerhalb des kirchlichen Rechtslebens das ihm zustehende Recht der Interpretation bei der Anwendung des Bekenntnisvorspruchs im Einzelfalle geltend zu machen. Aus diesem Grunde können auch die mannigfachen Anregungen, die in den Eingaben für die Auslegung und Handhabung der Verfassung und insbesondere des Bekenntnisvorspruchs gegeben sind, lediglich den künftigen, nach Inkrafttreten der Verfassung zuständigen Organen der Kirche als Material übermittelt werden.

Der Landeskirkenausschuß verkennt nicht, daß die Verbindung der Bekenntnisfrage mit der Verfassungsfrage in der Kirche schwere innere Kämpfe ausgelöst hat. Von der einen Seite ist diese Verbindung begrüßt, ja gefordert, von der anderen Seite mit gleicher Entschiedenheit bekämpft worden. Ohne zu diesem Gegensatz Stellung zu nehmen, nimmt der Landeskirkenausschuß gegenüber der dadurch geschaffenen Lage in der Kirche nicht nur aus seiner gesetzlichen Zuständigkeit, sondern auch aus dem evangelischen kirchlichen Gemeingefühl heraus zu einem Zweifachen das Recht für sich in Anspruch.

Zunächst zu der Feststellung, daß die hier entstandenen Fragen und Kämpfe immer nur als innerkirchliche bewertet und daher ausschließlich auf dem Boden der Kirche ausgetragen werden sollten. Recht der Staat oder irgend eine staatliche Instanz ist berufen, hier regelnd und bessernd einzugreifen; vielmehr ist gerade unter den heutigen Zeitverhältnissen höchster Wert darauf zu legen, daß innerkirchliche Fragen lediglich an die höchste kirchliche Instanz gebracht werden und alles vermieden wird, was als eine Heranziehung staatlicher Einflüsse in innerkirchliche Fragen erscheinen könnte. Erfreulicherweise spricht sich auch die Mehrzahl der Eingaben in diesem Sinne aus.

Hieraus aber ergibt sich die weitere Schlußfolgerung, daß die vorhandenen Gegensätze — bei aller Betonung des Rechts der eigenen Überzeugung und bei allem notwendigen Kampf für das Recht des Evangeliums in reformatorischer Auffassung innerhalb der Kirche — als rein kirchliche immer nur im Geiste evangelischer Bruderliebe und in der Bereitwilligkeit, einander zu verstehen, unter Vermeidung sachlicher oder gar persönlicher Verschärfung ausgetragen werden sollten. Nur wenn alle Kräfte der Kirche sich vereinigen, wird es gelingen, ungeachtet aller Schwierigkeiten, die der Kirche aus der augenblicklichen politischen, wirtschaftlichen und geistigen Lage erwachsen, neben den großen Gegenwartsaufgaben der Kirche in unserem innerlich schwer zerrütteten Volksleben zugleich auch den Neubau unserer Kirche auf der veränderten Grundlage unseres staatlichen Lebens durchzuführen und glücklich zu vollenden.

Aus Anlaß dieses Bescheides schrieb das Protestantentblatt (1923, 8. Juli, Nr. 23/24) — es ist, soweit wir zu sehen vermögen, zitat aus dem Berliner Tageblatt (1923, Nr. 200) —

„. . . Diejenigen kirchlichen Kreise, die heute fordern, daß der Staat den Bekenntnisvorspruch nicht anerkenne, stellen diese Forderung gerade, um zu verhüten, daß staatliche Machtmittel in den geistigen Kampf innerhalb der Kirche eingreifen. Aber jedenfalls bleibt die Frage, ob wir nicht aus staatlichen und politischen Interessen (!) im Gegensatz zum Landeskirkenausschuß einen Eingriff des Staats in das Verfassungswerk wünschen müssen.“

Diesen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Kirche wird also im Interesse der — „Kirchlichen Freiheit“ empfohlen. Das ist doch die Höhe der Sophistik. Das „Berliner Tageblatt“ als Hüter evangelischer Freiheit — wer glaubt eigentlich derartiges? Anfangs wurde auf der radikalen Linken der Unentwegten — die Mittelpartei und der große Teil des theologischen Liberalismus hat stets etwas staatsmännischer Gedacht — der Wunsch eines staatlichen Eingriffs sehr ungeniert geäußert; jetzt wird es stiller. Es wäre nämlich das sicherste Mittel, sich völlig zu diskreditieren. Aber auch der unentwegte Territorialist E. Förster-Frankfurt ließ im Vorjahr — aus rein doktrinären Erwägungen heraus — in der Christlichen Welt solche Wünsche laut werden. Die unsererseits den angeblich modernen und doch so gründlich veralteten Territorialisten vorgelegte Frage, ob sie auch bei Verfassungsfragen der katholischen Kirche (z. B. der Verschärfung des kanonischen Rechts, der Aufhebung der Constitutio Provida u. dergl.) ein staatliches Plazet fordern, wird mit Konsequenz überhört. Wir möchten endlich einmal darauf eine Antwort hören, vom Berliner Tageblatt auch, ob der Staat über jüdische Kultusfragen zu wachen habe. Wenn das alles mit Ja beantwortet werden soll, so bitten wir, sich verlaublich zu lassen und nicht länger zu schweigen; wenn aber mit Nein, so werden wir auf die Begründung der Differenzierung etwas neugierig sein. Wenn irgend etwas, so ist die Erörterung über Bekenntnisfragen innerkirchliche Angelegenheit, deren Erledigung Art. 137 der Reichsverfassung der staatlichen Aufsicht und Rechtsbestätigung entzieht. Das ist zu allem Überfluß durch einen Spruch des Reichsgerichts, als in Braunschweig die Staatsregierung das kirchliche Wahlverfahren unter seine genehmigende Aufsicht zu stellen versuchte, entschieden, ist also res judicata. Selbstverständlich greift vieles aus dem Umkreis der Verfassungsurkunde in die staatliche Kirchenhoheit hinüber. Über die Frage, wie sich hier das Verhältnis von Staat und Kirche regeln werde, hat der heimgegangene Präsident der verfassungsgebenden Kirchenversammlung, Gen.-Sup. D. Reinhard, noch kurz vor seinem Tode sich so geäußert:

„An sich bestehen drei Möglichkeiten, von denen die beiden ersten nach meinem Rechtsempfinden Unmöglichkeiten darstellen. Die Staatsregierung kann dem Landtag die ganze Verfassung zur staatsgesetzlichen Genehmigung vorlegen. Das ist für mich unfassbar, da sie selbst bei engster Auslegung in der Hauptsache innerkirchliche Angelegenheiten regelt, die den Staat schlechterdings nichts angehen. Oder aber: die Staatsregierung kann unter Berufung auf das Staatsgesetz vom 28. Mai 1894 diejenigen Punkte der Kirchenverfassung, durch welche die Vertretungen der kirchlichen Verbände als öffentlich-rechtlicher Körperschaften geregelt werden, herausziehen und ihre Genehmigung durch Staatsgesetz dem Landtag zuweisen. Auch dieser Weg scheint mir ungangbar. Einmal hat bereits das Staatsgesetz durch Bestätigung des betr. Kirchengesetzes vom 19. Juni 1920 der Kirchenversammlung die Vollmacht erteilt, die Verfassung der Kirche festzustellen und zu erlassen, dann aber hat im erwähnten Braunschweiger Fall das Reichsgericht entschieden, daß sogar die Wahl zur obersten Synode eine unter dem Schutz der Reichsverfassung stehende innerkirchliche Angelegenheit ist. Es bleibt also nur der dritte Weg, daß nämlich der Landtag ein Staatsgesetz verabschiedet, durch das alle der Kirchenverfassung entgegenstehenden

gesetzlichen Bestimmungen aufgehoben werden. Hätte der Staat einen andern Weg einschlagen wollen, so hätte er rechtzeitig durch ein Gesetz anordnen müssen, welche Bedingungen eine Kirchenverfassung erfüllen müsse, wenn sie auf staatsgesetzliche Genehmigung rechnen wolle.

Anhangsweise noch zwei Ausführungen über Gegenstände, die hin und wieder schon in der Öffentlichkeit besprochen wurden. Man hat gesagt, die Mehrheit, die die Verfassung der Kirche der altpreussischen Union annahm, sei zu gering gewesen und stelle nicht die Vertretung der Mehrheit des „Kirchenvolkes“ dar. Immerhin betrug sie $\frac{3}{5}$ der Mitglieder und war nicht allzuviel kleiner als die Mehrheit, die i. Jt. in Weimar die Reichsverfassung annahm. Die Wahlen aber zu den kirchlichen Körperschaften, die den Wahlkörper zur Kirchenversammlung abgaben, sind nach den demokratischen Grundsätzen der Wahlen zur Nationalversammlung und zu den neuzeitlichen Parlamenten erfolgt. Demokratischer Grundsatz aber ist es weiter, daß ein Parlament mit Stimmenmehrheit endgültig entscheidet. Das ist geschehen. Man hat weiter gefordert, daß, falls die staatsgesetzliche Genehmigung der Kirchenverfassung erfolgen sollte, in das betr. Gesetz ein Artikel aufgenommen werde, durch den solche Kirchengemeinden, die, weil sie die Verfassung nicht billigen, aus der Landeskirche geschlossen austreten, weiter Körperschaften des öffentlichen Rechts im Genuß der der evangelischen Landeskirche zustehenden und zugebilligten Staatsleistungen bleiben. Von dem innerkirchlichen Gegengrunde, daß solche Gemeinden sehr bald auf den Standpunkt von Sekten herabsinken würden, abgesehen, scheinen mir auch staatsrechtliche Bedenken entgegenzustehen. Der Bekenntnisvorpruch gibt den Beweggrund zu diesem Plan ab. Gerade dieser Vorpruch aber stellt die innere Rechtskontinuität zwischen der früheren und der neuverfaßten Landeskirche fest. Gemeinden, die sich aus diesem Grunde von ihr trennen, stehen nicht mehr unter dem in Art. 137 Abs. 5 der Reichsverfassung ausgesprochenen Schutz.“

Über die Stellungnahme der Staatsregierung kann zur Zeit noch nichts gesagt werden. Ist die neue Verfassung bis zum 1. Oktober 1924 noch nicht in Kraft getreten, so hat der Evangelische Landeskirchenausschuß die verfassungsgebende Kirchenversammlung noch einmal einzuberufen.

In den Einwänden gegen den Bekenntnisvorpruch war auch hie und da eine Bemängelung ausgesprochen über den Wahlmodus, aus welchem die verfassungsgebende Kirchenversammlung hervorgegangen war. Das gibt uns Veranlassung, eine statistische Lücke des vorjährigen Jahrbuchs nachträglich auszufüllen. Die Wahl geschah auf Grund des Kirchengesetzes vom 19. Juni 1920 (Kirchl. Gesetz- und Verordnungsblatt 1920, Nr. 5, S. 124 ff.). Wahlkörper waren die aus Urwahlen hervorgegangenen kirchlichen Körperschaften — unter Vermeidung jedes Siebhsystems. Wahlbezirke waren die Provinzen, die Wahl selbst war Verhältniswahl. Ihre Ergebnisse zeigt nebenstehende Tabelle.

Man wird nicht sagen können, daß die Beteiligung sehr stark gewesen wäre. Wo waren die Säumigen? Richtungsmäßig läßt sich diese Frage kaum ausreichend beantworten. Doch wolle man beachten, daß die Eintragung in die Wählerliste (Spalte 4 der Tabelle) am zahlreichsten war in Rheinland (22,70 %) und Westfalen (21,50 %), am geringsten in Berlin (11,91 %) und Ostpreußen (10,42 %). Von den in die Wählerlisten Eingetragenen, d. h. von denen, die den Willen hatten, sich an der Wahl zu beteiligen (Spalte 6^b), haben dagegen die meisten gewählt in Berlin (66,66 %), die wenigsten in Westfalen (39,32 %) und

Rheinland (33,18 %). Das gibt doch für den, der Tabellen zu lesen versteht, etliche psychologische Denklinien her. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß überall da, wo Einheitslisten bestanden, die Zahlen wenig mitsprachen.

* * *

Die Westprovinzen Rheinland und Westfalen sind keineswegs automatisch in die neue Verfassung eingeschlossen. Die Verfassungs-Urkunde bestimmt in Art. 161: „Für die Provinz Westfalen und die Rheinprovinz verbleibt es bei der Kirchenordnung für die evangelischen Gemeinden dieser Provinzen (1835), soweit sie gegenüber den Vorschriften des ersten und zweiten und des Unterabschnitts I des dritten Abschnitts dieser Verfassung Sonderrecht enthält . . .

Werden Bestimmungen der Kirchenordnung durch ein Kirchengesetz betroffen, so sind die Provinzialsynoden der beiden Kirchenprovinzen zu hören. Das Ergebnis ihrer Abstimmung wird festgestellt, indem die Stimmen beider Synoden durchgezählt werden. Dabei ist den rheinischen und westfälischen Stimmen entsprechend der Gesamtzahl

1	2	3		4	5		6
Landeskirchengebiet (Konfistorialbezirk)	Seelenzahl	In der Wählerliste eingetragen		In die Wählerl. haben sich ein- tragen lassen	Ihr Wahlrecht haben ausgeübt		Gewählt haben also
		a männl.	b weibl.		a männl.	b weibl.	
Preußen nach Provinzen:							
a) Ostpreußen . . .	1 700 242	85 828	91 438	177 266	38 396	36 593	74 989
b) Westpreußen . . .	481 264	31 041	36 872	67 913	15 016	16 140	31 156
c) Stadt Berlin . . .	3 258 597	153 793	234 479	388 272	103 871	154 950	258 821
Prov. Brandenburg (ohne Berlin) . . .	2 199 212	158 128	161 407	319 535	74 730	59 132	133 862
d) Pommern . . .	1 727 573	109 191	108 906	218 097	53 708	44 775	98 483
e) Polen . . .							
f) Schlesien . . .	2 157 736	168 762	196 767	365 529	79 991	83 393	163 384
g) Sachsen . . .	2 827 600	211 784	225 873	437 657	92 451	80 370	172 821
h) Westfalen . . .	2 103 404	219 060	234 499	453 559	87 540	90 789	178 329
i) Rheinlande mit Hohenzollern . . .	2 254 481	262 492	249 361	511 853	84 593	85 219	169 812
a—i) ältere preuß. Prov. .	18 710 109	1 400 079	1 539 602	2 939 681	630 296	651 361	1 281 657
				15,71 %			6,85 %
							43,60 %

Zugezogenen unter Erweichung des Parochialzwangs, die Vertretung der Kirchenbeamten, Religionslehrer, Kirchenchorleiter usw. auf den Kreis-synoden, alljährliche Gemeinde-Versammlungen und dergl.

Der Verfassungsbau ist also noch lange nicht abgeschlossen. Er bedarf auch im Osten noch des Ausbaus durch allerlei Spezialgesetze: der Dienstanweisungen für Pfarrer, Superintenden ten und General-superintenden ten mit ihren erweiterten Kompetenzen, neuer Examens-Ordnungen für die Theologie-Studierenden und Kandidaten und manches andere. Noch hat der Fleiß und die Umsicht der Kirchbaumeister ein weites Feld der Betätigung.

2. Die neueren preußischen Provinzen.

Die Vorbereitungen zum endgültigen Verfassungsausbau (Wahl der verfassungsgebenden Landessynoden, vorgelegte Entwürfe usw.) wurden im vorjährigen Jahrbuch dargelegt (S. 480 ff.). Jetzt kann überall von der Vollendung des Verfassungswerks an sich geredet werden. Wann die beschlossenen Verfassungen in Kraft treten, hängt wie in Altpreußen von einem demnächst zu erwartenden Staatsgesetz ab.

a) Schleswig-Holstein.

Tagung der Landeskirchenversammlung vom 18.—30. Sept. 1922 in Rendsburg. Die Verfassungs-Kommission hatte einen Vorpruch vorgelegt, welcher lediglich betont, der Bekenntnisstand der Landeskirche werde durch die neue Verfassung nicht berührt. Dann Bezugnahme auf den Spruch 1. Kor. 3, 11: „Einen anderen Grund kann niemand legen, außer dem, der gelegt ist, Jesus Christus.“ Das Plenum beschloß, wie in Altpreußen, eine Präzisierung (mit 50 gegen 47 Stimmen), Wortlaut: „Ihr (der Landeskirche) Bekenntnis bleibt in voller Geltung. Sie steht daher nach wie vor auf dem Grunde der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments und des in ihr gegebenen Evangeliums von Jesus Christus, dem Gekreuzigten und Auferstandenen, wie es in dem Bekenntnis der lutherischen Reformation, im besonderen im kleinen Katechismus bezeugt ist. Einen anderen Grund kann niemand legen, außer dem, der gelegt ist, welcher ist Jesus Christus (1. Kor. 3, 11).“ Ein Teil der Abgeordneten legte eine Rechtsverwahrung ein, in der sie der Verfassungsgebenden Synode das Recht bestreiten, Beschlüsse über das Bekenntnis zu fassen. Nach und mit dieser Rechtsverwahrung nahmen sie das ganze Verfassungswerk um seiner unbestrittenen Vorzüge willen an.

Im Verfassungsausschuß hatte der Wahlmodus zur Landessynode verschiedene Stadien divergierender Beschlüsse (vgl. Prof. D. Baumgarten: „Die Aussichten der Schleswig-holsteinischen Kirchenverfassung“ — in der Kieler Zeitung 310. 317. 326. 332). Das Plenum beschloß Urwahl in der Form der Verhältnisswahl. Dagegen werden die Propsteisynoden durch die Gemeindevertretungen gewählt.

Bischöfliche Spitze, beide Gen.-Sup. haben diesen Titel und die geistliche Leitung ihres Sprengels, aber nicht den Vorsitz im Konsistorium und keine Verwaltungsgeschäfte; sie werden von der Landessynode auf Lebenszeit gewählt. Die Kirchengewalt steht ausschließlich der Landeskirche zu. Deren Organe sind: 1. die Landessynode, 2. die Kirchenregierung, 3. die Bischöfe für Schleswig und für Holstein und der Landesuperintendent für Lauenburg, 4. das Landeskirchenamt. Die Landessynode setzt sich zusammen aus gewählten und ernannten Mitgliedern; die Wahl erfolgt durch Ur- und Verhältniswahlen. Sie kann über alle Angelegenheiten der Landeskirche beraten und beschließen. Die Kirchenregierung besteht aus den beiden Bischöfen, 7 von der Landessynode gewählten Mitgliedern, von denen 2 geistlich und 5 nicht-geistlich sein müssen, dem Präsidenten und dem Vize-Präsidenten des Landeskirchenamts. Den Vorsitz führt der eine von der Landessynode auf Amtszeit dazu erwählte Bischof. Den Bischöfen bzw. dem Landesuperintendenten von Lauenburg liegt die geistliche Leitung ihres Sprengels ob. Der vorsitzende Bischof vertritt die Landeskirche in allen nicht-vermögensrechtlichen Angelegenheiten nach außen. Das Landeskirchenamt besteht aus einem Präsidenten und einem Vize-Präsidenten, die die Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst haben müssen, den Bischöfen und dem lauenburgischen Landesuperintendenten und geistlichen und weltlichen Räten. Die Bischöfe unterstehen jedoch nicht der Dienstaufsicht des Präsidenten und sind nicht verpflichtet, Aufträge des Landesamts entgegenzunehmen.

Die Pröpste werden von der Kirchenregierung ernannt, die Propsteisynoden erhalten einen größeren Aufgabenkreis und werden wie bisher von den Gemeindevertretungen gewählt. Die Wahlen für die Kirchenvertreter erfolgen auf Grund einer Wählerliste, zu der sich die wahlberechtigten Gemeindeglieder anmelden müssen. Wo Verhältniswahlen stattfinden, kann jeder Bewerber nur in einem Wahlvorschlag genannt werden. Den Vorsitz in den örtlichen Kirchenkörperschaften führt der Pastor, in Gemeinden mit mehreren Geistlichen der Dienstälteste. Durch Gemeindefassung kann aber bestimmt werden, daß sämtliche Geistliche von drei zu drei Jahren im Vorsitz wechseln; falls aber einer Propst ist, hat dieser immer den Vorsitz. Alle Pastoren sind künftig im Range einander gleich. Besondere Amtsbezeichnungen (Hauptpastor) werden vorbehaltlich der Rechte der gegenwärtigen Inhaber aufgehoben.

Sehr bemerkenswert ist das Bestreben, neben der Verwaltung die eigentliche kirchliche Arbeit zu fördern. Die Bestimmungen über die Aufgaben des Kirchenvorstandes, die Heranziehung freiwilliger Kräfte, den Ausbau der Seelsorgebezirke (Bezirksvorstand), das Recht der Propsteisynode, dauernd bestehende Arbeitsausschüsse zu bilden, gehen in diese Linie.

Durch besondere Bestimmungen wird der Parochialzwang gelockert und den Minderheiten Schutz gewährt. Für die Vertretung der

Religionslehrer, der Kirchenmusiker, Kirchenbeamten und der christlichen Liebestätigkeit in den Synoden ist Sorge getragen.

Die Sonderrechte Lauenburgs bleiben bestehen und werden zum Teil erweitert (z. B. Wahl des Superintendenten durch die Lauenburgische Synode). Die Aufhebung der Kirchenpatronate ist anzustreben.

b) Hannover.

Lutherische Kirche. Beratung im Plenum Okt. und Nov. 1922. 3. Sitzung im Dezember, und endgültige (einstimmige) Annahme der neuen Verfassung am 20. Dezember 1922. Diese hat folgenden Eingang: „Die evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers gibt sich nach dem Aufhören des landesherrlichen Kirchenregiments eine neue Verfassung. Sie tut dies im Hinblick zu Gott und im Vertrauen auf Jesus Christus, den Sohn Gottes, den Gekreuzigten und Auferstandenen, den erhöhten Heiland und Herrn. Sie bittet um den Heiligen Geist, damit durch die geordnete Verkündigung des Evangeliums und die stiftungsgemäße Verwaltung der Sakramente ihre Glieder und Gemeinden erbaut werden zur Gemeinschaft des Glaubens und der Liebe.“

Artikel 1. Unverändert bleibt der Bekenntnisstand der Landeskirche, nach welchem in ihr das Evangelium verkündet wird auf Grund der Heiligen Schrift in Übereinstimmung mit dem Glaubenszeugnisse der lutherischen Bekenntnisschriften. Ihre Lehre ist nicht Gegenstand der kirchlichen Gesetzgebung.“ Dieser Vorschlag wurde von den 3 Gruppen gemeinsam beantragt und einstimmig angenommen.

Der Landesbischof ist geistlicher Leiter der Kirche, vom Landeskirchentag auf Lebenszeit gewählt. Er steht der Kirchenregierung vor, die den Namen „Kirchenrat“ führt und die Befugnisse des bisherigen landesherrlichen Kirchenregiments, das Recht gesetzgeberischer Initiative (die Legislative liegt bei der Landessynode) und das Vetorecht ausübt. Von den Verwaltungsgeschäften, die dem unter eigenständiger Leitung eines Juristen stehenden Landeskirchenamt (früher Landeskonsistorium) obliegen, ist der Landesbischof befreit. Zum Kirchenrat gehören außer dem Landesbischof der Präsident des Landeskirchenamts (Konsistorium), der dienstälteste Generalsuperintendent und vier weitere vom Landeskirchentag gewählte Mitglieder. Der Landeskirchentag alle drei Jahre zu Beratungen zusammentretend, geht als oberstes Organ der kirchlichen Gesetzgebung in der Mehrzahl seiner Mitglieder aus Urwahlen hervor. Jedoch kann, wenn $\frac{2}{3}$ der sämtlichen Kirchenvorsteher des Wahlkreises sich auf einen Vorschlag geeinigt haben, von der Vorname einer Urwahl abgesehen werden; die Stimmen etwa vorhandener Minderheiten werden dann auf andere in der Minderheit gebliebene Kandidaten übertragen. In den Einzelbestimmungen ist verhältnismäßig wenig geändert, der Landeskirchentag (Gesamtynode) ist im Interesse der Aktivität zahlenmäßig verringert. Neu sind Bestimmungen über den Schutz der Minderheiten. Von der grundsätzlichen Wahl der Pfarrer durch die Gemeinde wurde abgesehen.

Die größten Schwierigkeiten bereitete das Wahlrecht zum Landeskirchentage. Es handelte sich darum, ob direkte oder indirekte Wahl stattfinden soll. Noch am Schluß der zweiten Lesung scheiterte die einstimmige Annahme der Verfassung am Wahlgesetz. Diese erfolgte in der dritten Lesung, nachdem noch einige Zugeständnisse von beiden Seiten gemacht waren. Die Regel sind Urwahlen. Es braucht jedoch auf Beschluß von mindestens $\frac{2}{3}$ der Kirchenvorsteher eines Wahlkreises eine Wahl nicht stattzufinden; gewählt sind dann diejenigen Kandidaten, auf die sich eine Zweidrittelmehrheit der vorhandenen Stimmen der Kirchenvorstandsmitglieder geeinigt haben. Zur Vertretung der Minderheiten sind neun Mandate hinzugefügt. Wird zur Erreichung der neun Minderheitsmandate nicht die genügende Stimmenzahl erreicht, so hat der Kirchenrat diese neun Mandate unter Berücksichtigung der Minderheiten zu besetzen.

Die Kirchenkreise sollen durch Vermittlung zwischen den Kirchengemeinden und der Landeskirche an der Erfüllung der Aufgaben der letzteren mitwirken, sowie die in ihr zusammengeschlossenen Kirchengemeinden unterstützen. Jeder Kirchenkreis hat einen „Kreis Kirchentag“ — früher Bezirksynode — zu bilden unter Vorsitz des Superintendenten (der Name wie auch Gen.-Sup. wurde beibehalten). Die Superintendenten werden nicht gewählt, sondern ernannt vom Landeskirchenamt, aber im Einverständnis mit dem Kreis Kirchenvorstand. Von großer Bedeutung ist die neue Einrichtung der Gemeindevertretung, die aus den Mitgliedern des Kirchenvorstandes und zweimal soviel anderen Gewählten besteht. Es ist keine juristische Einrichtung, keine Art zweiter Kirchenvorstand, sondern es handelt sich um einen Dienst des Glaubens und der Liebe.

Die Wahlen zum ersten Landeskirchentag, der seinerseits den Landesbischof zu wählen haben wird, sind für den Herbst 1923 in Aussicht genommen. Der Landesbischof kann zugleich Abt von Loccum sein, denn die Rechte über das Kloster Loccum, die früher im Komplex staatlicher und kirchlicher Kompetenz standen, sind bereits an die Landeskirche übergegangen, wie die Regierung erfreulicherweise anerkannt hat.

Reformierte Kirche. Schon am 22. September kamen die Beratungen der verfassungsgebenden Kirchenversammlung, die vom 18. bis 22. September in Auriach tagte, zum Abschluß. Als Vorpruch wurde lediglich das Schriftwort Eph. 2, 19—22 gewählt und im übrigen erklärt, daß der Bekenntnisstand durch die Verfassung nicht berührt werde. Der Heidelberger Katechismus wird an geeigneter Stelle erwähnt.

Aufbau von unten. Alle über 24 Jahr alten Mitglieder der Gemeinde, Männer und Frauen haben das Wahlrecht, sowohl bei der Wahl der Kirchenältesten und der Gemeindevertretung, als auch bei der Pastorenwahl. Verhältniswahl ist Regel bei Wahl der Gemeindeorgane, doch können einzelne Gemeinden durch Sonderstatut das Frauenwahlrecht aufheben und statt der Verhältniswahl Mehrheitswahl einführen. Wahlfähigkeitsalter für die Kirchenältesten 30 Jahre. Für die Pastoren-

wahl bildet der Kirchenrat eine Dreizahl, an welche die Wähler gebunden sind. Durch Gemeindestatut kann die Dreizahlbildung den vereinigten Gemeindeorganen übertragen werden. In dringenden Fällen kann der Landeskirchenvorstand die Besetzung einer erledigten Stelle für sich in Anspruch nehmen. Ist dies einmal geschehen, darf es bei den drei nächsten Erledigungsfällen, jedenfalls in den nächsten 50 Jahren, in derselben Gemeinde nicht wieder geschehen. Versetzung aus dringendem Interesse durch den Landeskirchenvorstand ist an die Anhörung der Gemeindeordnung und die Zustimmung des Bezirkskirchenrats gebunden.

Die Kirche nennt sich „Landeskirche“. Träger der obersten Kirchengewalt ist der Landeskirchentag, aus 38 Mitgliedern bestehend, 3 vom Landeskirchenvorstand berufen, die andern gewählt (15 Pastoren), nicht durch Urwahl, sondern durch das Siebssystem. Außerdem gehören ihm der „Landesuperintendent“ und der juristische Leiter des Landeskirchenrats an. Der Landeskirchentag bestellt in ständiger Kompetenz den Landeskirkenauschuß (5 Mitglieder) und den Landeskirchenrat (4 Mitglieder). Die Zusammenfassung beider ist der Landeskirchenvorstand. Der Landeskirchentag beruft auf je 12 Jahre den Landesuperintendenten und den Leiter des Landeskirchenrats. Der Titel „Superintendent“ kommt in Wegfall, die Vorsitzenden der Kreiskirchentage werden durch diese selbst gewählt. Im Landeskirchenvorstand bildet der Landeskirkenauschuß immer die Mehrheit. Den Vorsitz im Auschuß und im Landeskirchenvorstand führt der Vorsitzende des Landeskirchentags, der „Kirchenpräsident“. Er wird vom Landeskirchentag gewählt und braucht nicht dem Pastorenstand anzugehören.

Die früheren Synodalbezirke heißen Bezirkskirchenverbände. Ihre Selbstverwaltungsbefugnisse sind gegen früher erweitert. Die Wahlen zu den Bezirkskirchentagen erfolgen durch die Gemeindeorgane, ihm müssen, um die Fühlung zwischen Kirche und Schule zu erhalten, mindestens 1—2 Lehrer angehören. Kommen sie nicht durch Wahl hinein, werden sie vom Bezirkskirchenrat berufen; dieser ist der Auschuß des Bezirkskirchentags. Den Vorsitz führt ein Pastor, der für dieses Amt auf 6 Jahre gewählt wird, er übernimmt die Aufgaben der früheren Superintenden ten (ohne den Titel). Die lebhaft erörterte Zusammenlegung von kleinen Gemeinden fand, trotz starker innerer Bedenken, schließlich doch die Billigung der Mehrheit. Die Verfassung wurde schließlich einstimmig angenommen. Die Abgeordneten aus Bentheim, denen manches noch zu zentralistisch-konsistorial erschien (!), machten Bedenken geltend, ließen sie aber bei der Abstimmung zurücktreten.

c) Hessen-Nassau.

Landeskirche des Konsistorialbezirks Kassel. Die am 17. Februar 1923 von der verfassungsgebenden Kirchenversammlung endgültig verabschiedete Verfassungsurkunde sieht bezüglich der äußeren Struktur der Landeskirche tiefgreifende Änderungen vor. Sie setzt an

Stelle der seit 1886 im Konsistorialbezirk Kassel bestehenden drei Kirchengemeinschaften, die reformierte, lutherische und unierte, eine einheitliche evangelische Landeskirche, ohne den Bekenntnisstand der Einzelgemeinde zu alterieren. Die Sprengel der drei Generalsuperintendenten des lutherischen, reformierten und unierten, die seither ineinander lagen, werden räumlich umgrenzt, so daß sie in Zukunft nebeneinander liegen unter einem Landesoberpfarrer und zwei Landespfarrern. Diese treten an Stelle der drei Generalsuperintendenten. Die drei Sprengel zerfallen in Zukunft in 26 Kirchenkreise und Kreisparolen. Die Zwischeninstanz der Metropolitane kommt in Wegfall. Die Superintendentenbezirke werden geändert. Maßgebend für diese Umschaltung war die Idee der verfassungsmäßigen Einigung, nicht theologisch-dogmatischer Synkretismus. Von einer Bekenntnis-Union soll keine Rede sein. Reformierte und Lutheraner sollen nach wie vor ihren Bekenntnisstand behalten. Fast die Hälfte der Gemeinden ist reformiert, etwas über ein Viertel lutherisch, der Rest uniert. Es fehlte in der gesetzgebenden Kirchenversammlung nicht an solchen, die in der bisherigen Sonderung einen Vorzug, ja eine Notwendigkeit sahen, dennoch siegte der Wille zu engerem Zusammenschluß, Widerspruch fand er sowohl bei etlichen Reformierten, als auch bei den oberhessischen, schauburgischen und schmalkaldischen Lutheranern. Als Entgegenkommen gegen diese wurde die Bestimmung getroffen, daß, wenn keiner der drei Landesoberpfarrer dem lutherischen Bekenntnis angehören sollte, alsdann die Kirchenregierung durch Hinzuziehung eines lutherischen Kreispfarrers diese Lücke ergänze. Selbstverständlich wurde das gleiche den Reformierten zugestanden für den wohl kaum denkbaren Fall ihres Unvertretenseins in dem geistlichen Triumvirat.

Ein Vorspruch war nicht Gegenstand der Debatte. Als Art. 1: „Die Evangelische Landeskirche in Hessen-Kassel steht, getreu dem Erbe der Väter, auf dem in der Heiligen Schrift gegebenen, in den Bekenntnissen der Reformation bezeugten Evangelium von Jesus Christus, unserm Herrn. Dies Evangelium ist für die Arbeit und Gemeinschaft der Kirche die unantastbare Grundlage.“

Der Bischof wurde abgelehnt; es war wohl etliche Stimmung für eine episkopale Spitze, doch ohne sonderliche Lebhaftigkeit. Träger der Kirchengewalt (mit dem Recht der Legislative) ist der aus Urwahlen (mit Verhältnismahl) hervorgehende Landeskirchentag, mit sechs-jähriger Sessionsdauer. Er zählt 48 Mitglieder, ein Drittel Geistliche. Die geistliche Leitung der Landeskirche liegt in der Hand des Landesoberpfarrers, der vom Landeskirchentag auf Lebenszeit gewählt wird. Die Befugnisse des landesherrlichen Kirchenregiments gehen auf die Kirchenregierung über, die aus dem Landesoberpfarrer als Vorsitzenden, dem Vorstand des Landeskirchentags, dem Direktor und zwei Mitgliedern des Konsistoriums gebildet wird. Sie hat die dem Landeskirchentag zu unterbreitenden Gesetze vorzubereiten und in Entwürfe zu fassen, und besitzt das Recht, Notverordnungen zu erlassen.

Die Kirchenvorstände werden in allgemeiner, gleicher und direkter Wahl gewählt. Die Gemeindeversammlungen sind obligatorisch. Freie Pfarrwahl ist nicht Vorrecht einzelner Orte, sondern überall Rechts, aber im Wechsel mit kirchenregimentlicher Besetzung. Die Kirchenvorstände entsenden ihre Vertreter zum Kreiskirchentag. Dessen Vorsitzender ist ein auf 12 Jahre gewählter Geistlicher — der Kreispfarrer. Der Verzicht auf die altheftliche Gliederung der Metropolitane und Superintenden ten wurde manchem schwer. Kreise soll es 26 geben auf 3 Sprengel verteilt, mit je etwa 160 Pfarrstellen. Wo in den Gemeinden konfessionelles Bewußtsein lebt, bleibt es geschützt. Wo die Gemeinden auf lutherischem oder reformiertem Bekenntnisgrund stehen, bestimmen sie demgemäß Kultus und geistliche Arbeit. Der Vorschlag des Ausschusses, den Ortslehrer, der den Religionsunterricht erteilt, zum geborenen Mitglied des örtlichen Kirchenvorstandes zu machen — sofern er die äußere Eignung zum Kirchenvorstandsmitglied besitze, wurde abgelehnt, da keine Landeskirche eine derartig weitgehende Bestimmung getroffen hat.¹⁾

Die Verfassung wurde bei der Schlußabstimmung mit 57 gegen 6 (lutherische) Stimmen angenommen bei 3 Stimmenthaltungen.

Konsistorialbezirk Wiesbaden. Die verfassungsgebende Kirchenversammlung, aus Urwahlen, aber auf Grund einer Einheitsliste hervorgegangen (30 Mitglieder der Rechten und der Mitte, 15 der Linken), konstituierte in ihrer Tagung Anfang Dezember 1922 die Evangelische Landeskirche in Nassau.

Die Verfassungsurkunde gibt an Stelle eines Vorspruchs die Bibelworte Joh. 4, 24, 1. Kor. 3, 11 und Röm. 3, 28 und fügt die Erklärung an, daß an Lehre und Bekenntnis nichts geändert wird. Oberster Träger der Kirchengewalt ist der Landeskirchentag, bestehend aus 25 Geistlichen, 25 Laien aus kirchlichen Körperschaften, 25 Laien ohne diese Beschränkung, durch Urwahlen in 4 Wahlkreisen gewählt mit Verhältniswahl und Landesliste für Reststimmen. Die laufende Verwaltung führt das Landeskirchenamt (früher Konsistorium). Die Landeskirchenregierung besteht aus Delegierten der beiden erwähnten Instanzen. Die geistliche Pflege gebührt dem Landesbischof, der in der Landeskirchenregierung den Vorsitz führt und dem Landeskirchenamt angehört. Die 3 Vorsitzenden des Kirchentags, Kirchenamts und der Kirchenregierung können durch gemeinsamen Beschluß den Kirchentag auflösen, dieser wieder kann mit einer Zweidrittel-Mehrheit dem Kirchenamt das Vertrauen versagen. Die Gemeinden wählen ihre Körperschaften mit einfacher Mehrheit, sie können aber Verhältniswahl einführen. Die Pfarrbesetzung steht alternierend dreimal der Gemeinde,

¹⁾ Die Christliche Welt meint (1923, Nr. 14/15): „Das wäre in der Welt eines langen Haders eine Tat der Versöhnung gewesen“ — Kirchenverfassungen haben einen andern Beruf. Eine Standesbevorzugung würde dem demokratischen Sinn widersprechen. Geistliche, die kraft ihres Amtes fungieren, sind Organe der Kirche, die Lehrer nicht; das letztere wird ja stets mit Emphase betont.

zweimal der Kirchenregierung zu. Bei den Pfarrern einer Gemeinde wechseln Vorſitz und Geſchäftsführung alle 3 Jahre, Rangunterſchiede ſind aufgehoben. Der Kreiskirchentag, deſſen Abgeordnete von den Gemeinden gewählt werden, wählt den Dekan auf 12 Jahre. Ein Landesausschuß für den Religions-Unterricht (4 Lehrer, 2 Oberlehrer, 3 Geiſtliche, 2 Weltliche vom Kirchentag gewählt, für die erſteren 6 Vorſchlag der Religionslehrer), übt unter Vorſitz des Landesbiſchofs die Rechte und Pflichten der Kirche gegenüber dem ſtaatlichen Religionsunterricht. Ein Spruchkollegium beſteht aus dem Biſchof, dem Vorſitzenden des Kirchenamts und von der Kirchenregierung zu wählenden 2 Pfarrern, 3 Laien und 2 Profeſſoren.

Das Biſchofsamt war auch früher in der unierten Landeskirche Naſſaus heimlich.

Evangelische Landeskirche Frankfurt a. M. Die im Dez. 1922 tagende verfaſſungsgebende Kirchenverſammlung fügt die lutheriſche und reformierte Kirchengemeinſchaft (früher 2 Stadtkonſiſtorien, ſeit 1899 ein gemeinſames) zu einem Kirchenkörper zuſammen. Vorſpruch:

„Die evangelische Landeskirche Frankfurt a. M. bekennt ſich zum Glauben der Chriſtenheit, wie ihn die Evangelisten und Apoſtel verkündet haben, und erklärt das Evangelium von der Gnade Gottes in Jeſus Chriſtus, wie es die Reformatoren bekannt haben, als unantastbare Grundlage ihrer Arbeit, Lehre und Gemeinſchaft. Sie ſtellt den Bekenntnisſtand ihrer Kirchengemeinden als unerſchütterte feſt und gibt ſich durch die dazu berufene Kirchenverſammlung folgende neue Verfaſſung.“

Im Verfaſſungsausschuß war die Frage des Anſchlusses an eine größere Landeskirche (Naſſau) erwogen, wurde aber zugunſten der Autonomie der Frankfurter Kirche zurückgeſtellt.

Oberſtes Organ der Landeskirche und Träger der Kirchengewalt iſt die Landeskirchenverſammlung aus 60 Abgeordneten, davon 54 gewählt (18 von den 18 Kirchengemeinden, 18 weltliche und 18 geiſtliche von der Gesamtkirche), und 6 berufene (vom Landeskirchenrat in Gemeinſchaft mit dem Vorſtand der Landeskirchenverſammlung). Geſchäftsführendes Organ iſt der Landeskirchenrat (Konſiſtorium). Der Präſident, mit zweidrittel Mehrheit von der Landeskirchenverſammlung auf 12 Jahre gewählt, kann geiſtlichen oder weltlichen Standes ſein, haupt- oder nebenamtlich angeſtellt werden. Unter den beſoldeten Kirchenräten muß mindedeſtens einer Theologe ſein. Die nichtbeſoldeten Kirchenräte werden von der Landeskirchenverſammlung in mindedeſtens doppelter Anzahl der beſoldeten von der Landeskirchenverſammlung jeweils für die Dauer der Wahlperiode gewählt (Verhältniſswahl).

Selbſtverwaltungsorgan der Kirchengemeinde iſt der Kirchenvorſtand. Die Zahl der Kirchenälteſten beträgt mindedeſtens die zwölfſache der Pfarrer. Der Kirchenvorſtand bildet einen engeren Ausſchuß (mindeſtens das dreifache der Zahl der Pfarrer). Das geforderte Recht der Pfarrer auf den ſtändigen Vorſitz wurde abgelehnt. Der Kirchenvorſtand wählt ſeinen Vorſitzenden ſelbſt. Zu den Obliegenheiten des

Kirchenvorstandes gehört die Einberufung von Gemeindeversammlungen. Die Pfarrwahl ist der Kirchengemeinde übertragen, derart, daß der Kirchenvorstand aus den Bewerbern (Aus Schreiben durch den Landeskirchenrat) 3—6 auswählt, nach der Gastpredigt wieder 3 zur engeren Wahl vorschlägt (Siebsystem), von denen die Versammlung der stimmberechtigten Gemeindeglieder dann einen auswählt. Bestätigung und Berufung durch den Landeskirchenrat; Gleichstellung der Pfarrer einer Gemeinde, Verband aller endgültig angestellten Pfarrer zu einem Kollegium der Pfarrerschaft, welcher gemeinsame Interessen berät, Gutachten erstattet und das Recht hat, an den Landeskirchenrat Anträge zu stellen. Der Bekenntnisstand der lutherischen Gemeinden bleibt bestehen, die Gemeindegliedschaft richtet sich, abgesehen von Gliedern der beiden reformierten Personalgemeinden, nach dem Wohnsitz. Die völlig freie Option ist abgelehnt, dagegen die Seelsorgerwahl freigestellt.

Für die Verwaltung gemeinsamer finanzieller Angelegenheiten bilden die lutherischen Ortskirchengemeinden den lutherischen, die beiden reformierten Personalkirchengemeinden den reformierten Stadt synodalverband. Für die Zwecke der Kirchensteuerberatung vereinigen sich beide zu einheitlicher Versammlung. Die Kirchensteuer wird in allen Gemeinden nach gleichem Maßstab erhoben.

Die Klage eines Berichterstatters in der Allg. Evang.-luth. Kirchenzeitung (1923, Nr. 3): „Die lutherische Landeskirche in Frankfurt a. M. ist durch die neue Frankfurter Kirchenverfassung ausgelöscht worden“ — dürfte sich nach diesem Aufriß kaum als berechtigt erweisen. Die Verfassung wurde am 13. Dezember 1922 einstimmig angenommen.

B. Außerpreußische Landeskirchen.

In den außerpreußischen Landeskirchen ist fast durchweg das eigentlich kirchliche Verfassungswerk zum Abschluß gediehen. Wir verweisen bezüglich der einzelnen Landeskirchen auf die Zusammenstellung in den Jahrgängen 1920, 1921 und 1922 des Kirchlichen Jahrbuchs. Es handelt sich in der Folge und in dem hier Gegebenen fast nur um den Ausbau durch Spezialgesetze oder durch die Zeitlage bedingte Verordnungen.

Erlasse und Verfügungen rein äußerlicher Natur, die das pekuniäre Gebiet betreffen (Gehaltsregulierungen der Pfarrer und Kirchenbeamten, der Emeriten, Pfarrwitwen und Waisen), scheiden hier aus. Sie tragen ohnehin provisorischen Charakter.

1. Sachsen.

Die Verfassung der Evangelisch-lutherischen Landeskirche des Freistaats Sachsen vom 29. Mai 1922 wird im Wortlaut gegeben im Allgemeinen Kirchenblatt 1922, Heft 14. Sie wurde schon im vorjährigen Jahrbuch S. 488 in ihren Hauptzügen kurz skizziert.

Die im März und April tagende außerordentliche (12.) Landes-synode hat eingehende Beratungen sowohl über die innere als auch über die äußere Lage der Landeskirche gepflogen. Sie wurden in diesem Band (S. 385—387) schon berührt. Bezeichnend für die Zeitlage ist eine Verfügung des Landeskonsistoriums vom 23. Januar 1923 über die Nebenbeschäftigung der Geistlichen, aus der wir folgende Sätze anführen:

Unter dem Drucke der ungeheuren Not, die über die Landeskirche und ihre Gemeinden gekommen ist, haben zahlreiche Geistliche, die die ihnen zustehenden Dienstbezüge nicht erhalten können, sich genötigt gesehen, zur Beschaffung des täglichen Brots anderweite Nebenbeschäftigung zu suchen.

Wir sind, so sehr wir diese Zustände beklagen, im Hinblick auf die Notlage solcher Geistlicher nicht in der Lage, grundsätzlich hiergegen Einwendungen zu erheben, geben aber den kirchlichen Aufsichtsbehörden, deren Genehmigung hierzu nach der Verordnung vom 8. Juli 1898 einzuholen ist, anheim, bei der Prüfung der eingehenden Gesuche Folgendes zu berücksichtigen:

1. Die Genehmigung zu einer Nebenbeschäftigung kann durch die nach Abs. 2 der Verordnung vom 8. Juli 1898 zuständige Stelle einem Geistlichen dann ohne weiteres erteilt werden, wenn ihm weniger als zwei Dritteile des ihm gesetzlich zustehenden Dienst Einkommens zustiezen. Dabei ist sowohl auf die etwaigen Rückstände, als auch auf die voraussichtlichen Zahlungsschwierigkeiten in den kommenden Monaten Rücksicht zu nehmen.

Ist der Ausfall des Dienst Einkommens geringer als ein Drittel des gesetzlich zustehenden Dienst Einkommens, so darf die Genehmigung nur aus besonderen Gründen, etwa mit Rücksicht auf Familienverhältnisse oder dergleichen, erteilt werden.

2. Der Geistliche hat für die nötige Stellvertretung der Superintendentur Vorschläge zu unterbreiten. Im Hinblick auf die Bedürfnisse der Gemeindefürsorge hat der Geistliche mindestens dann, wenn seine Arbeitskraft durch die Nebenbeschäftigung täglich mehr als drei Stunden in Anspruch genommen wird, bestimmte Dienstsprechstunden einzuführen und diese in geeigneter Weise bekannt zu geben.

5. Die von der Superintendentur erteilten Genehmigungen gelten nur bis auf weiteres, weshalb der Pfarrer beim Abschlusse des Dienstvertrages auf kurzfristige Lösbarkeit Bedacht zu nehmen hat.

Wenn wir diese Verordnung in tiefstem Mitgefühl und Mitleiden mit der harten Bedrängnis unsrer Pfarrhäuser hinausgeben, so wollen wir uns mit den Geistlichen unsres Landes in dem Gebet vereinigen, daß die Zeit der Not bald vorübergehe. Der Herr kann Menschenherzen lenken wie Wasserbäche, und auch heute hat er noch Macht in den Ratsstuben der Mächtigen und in den Parlamenten. Ist seine Stunde gekommen, dürfen auch wir wieder danken „Der Herr ist mein Hirte; mir wird nichts mangeln. Er bereitet vor mir einen Tisch angesichts meiner Feinde“. Wir wollen unser Vertrauen nicht wegwerfen. Der Herr aber stärke unsern Glauben und unsre Beduld."

Ebenso folgende Verordnung vom 6. Februar 1923, betr. eine Hilfsaktion der gegenwärtigen finanziellen Not in den Kirchengemeinden:

„Die wirtschaftliche Not unseres Volkes hat die meisten Kirchengemeinden unsres Landes in schwerste finanzielle Bedrängnis gebracht, so daß viele vor dem Zusammenbruche stehen. Die Kassen sind leer, der Kredit selbst nach Verpfändung des kirchlichen Grundbesitzes erschöpft. Beträchtliche Mittel, die der Kirche früher zufließen, sind ihr genommen. Die Körperschafts-, Grund- und Grunderwerbssteuer darf sie nicht mehr erheben. Die Erträgnisse der Einkommensteuer sind in

der Zeit von der Veranlagung und Ausschreibung bis zum tatsächlichen Eingange fast völlig entwertet. Ob die vom Landeskonsistorium ununterbrochen angerufene Hilfe des Staates und des Reiches eintreten und durchgreifend sein wird, ist noch ungewiß. So ist die Lage jetzt dunkel und schwer. Um über die nächsten drückenden Monate hinwegzukommen, geben wir den Kirchengemeinden anheim, folgende Wege zu gehen.

Die Kirchengemeinden, die nicht imstande sind, ihr kirchliches Leben ordnungsgemäß aufrechtzuerhalten, namentlich ihren Geistlichen und kirchlichen Beamten den schuldigen Gehalt zu zahlen, werden möglichst sofort in eine bestimmte Anzahl von kleineren Bezirken eingeteilt. In diesen Bezirken besuchen Kirchenvorsteher, Kirchengemeindevertreter und sonstige geeignete kirchlich gesinnte Männer und Frauen die Familien und einzelne Personen und legen dabei Scheine mit der Bitte vor, unterschriftlich für eine Reihe von Monaten zu einer bestimmten monatlichen Zahlung sich zu verpflichten, die in keinem Zusammenhange mit der Kirchensteuer steht, sondern als ein freiwilliges Opfer anzusehen ist. Es empfiehlt sich, für die Höhe dieses Opfers sogleich einen bestimmten Prozentsatz des monatlichen Einkommens zu nennen. Auch kann es hier und da ratsam erscheinen, die einzelnen Berufskreise, Gewerbe, Innungen, Korporationen und Vereine um Besserungen unter sich in ihren Kreisen anzufragen, daß die Mitglieder über die Höhe ihres Beitrages, der immer die große Not der Kirche zur Richtschnur haben muß, sich vereinen. In ländlichen Kreisen könnte man gut tun, die Leistung in Naturalien, berechnet nach einer bestimmten Gewichtsmenge für den Scheffel des Landbesitzes, ans Herz zu legen!"

Wir raten dringend, daß alle Gemeindeglieder, seien es Kirchenvorsteher, Kirchengemeindevertreter, Helfer oder sonstige kirchenfreundliche Männer und Frauen, bei ihren Besuchen der Familien oder einzelner Parochianen und in den Versammlungen der Korporationen die große Not ihrer Kirchengemeinde und der Landeskirche mit ernstem und warmem Worte eingehend und eindringlich schildern, damit die Kirchengemeindeglieder immer mehr sich dessen bewußt werden, um was es geht, um den Bestand des kirchlichen Lebens. Jeder muß sich sagen, du darfst nicht schuld werden, daß die Geistlichen, um nicht ihre Familien in Hunger und Elend verkommen zu lassen, in Kontoren, Fabriken, Bergwerken, Ziegeleien Verdienst suchen müssen und damit Zeit, Kraft und Freudigkeit für ihr Amt verlieren, du darfst nicht schuldig werden, daß das Wort Gottes in verminderten Gottesdiensten und in den Häusern an den Kranken- und Sterbebetten selten werde, du darfst nicht schuldig werden, daß die Jugendpflege wegen Mangels an Raum, Beheizung und Beleuchtung zugrunde gehe und damit unseres Volkes Zukunft aufs ernsteste gefährdet wird. Du darfst nicht schuldig werden, daß in unseren Gemeinden die Kirche, unseres Volkes Gewissen, Trost, Halt, zum Schweigen gebracht wird. Wir brauchen jetzt in dieser schweren Zeit mehr als je unsern Herrn und Heiland, den und den ganz allein Gott auch uns gegeben hat als Fürsten des Friedens und Führer im Leben, in dem wir Gott selbst haben.

Haben wir unsern Herrn und Heiland, so brauchen wir nicht zu verzagen. Wir wissen: auch heute ist er Schutz und Schirmherr seiner Gemeinde. Im Gebet zu ihm haben wir die Zuversicht, daß unsere Hoffnung auf Hilfe in absehbarer Zeit sich erfüllt. Er hält sein Wort: Ich will dich nicht verlassen noch versäumen. Aber er wartet auf uns, auf die Treue seiner Jünger und Jüngerinnen. Seine Augen sehen nach dem Glauben. Bekennen wir uns zu ihm mit unserem Wort und unserer Tat, so wird er sich zu uns bekennen, und die Welt wird zu seiner Stunde, aber zu dieser ganz gewiß, es sehen: Er ist bei uns wohl auf dem Plan. Ein feste Burg ist unser Gott.

Beide Dokumente sind Schlaglichter für unsere Zeit, von kirchengeschichtlicher Bedeutung.

Eine Verordnung vom 16. Sept. 1922 (Allgem. R.-Bl. 1922, Heft 21) regelt die Verwaltung der Grundstücke der geistlichen Lehne. Eine vorläufige Kirchensteuerordnung vom 21. Nov. 1922 (Allgem. R.-Bl.

1922, Heft 24) gibt Grundsätze für die Erhebung der Kirchengemeindesteuern und der Landeskirchensteuern, rückwirkend vom 1. April 1922.

Eine Bekanntmachung des Sächsischen Ministeriums vom 5. Juli sagt: „Die Ev. Brüderunität in Deutschland und ihre sächsischen Unterverbände (Brüdergemeinden) werden als Körperschaften des öffentlichen Rechts im Sinn von Art. 137 Abs. 5 der R.-V. anerkannt. Mit dem Tage dieser Bekanntmachung scheidet die Brüderunität mit allen ihr zurzeit angehörigen Mitgliedern aus dem Verband der Landeskirche aus.“

2. Bayern.

Ein Kirchengesetz vom 5. Dez. 1922 betrifft die Erhebung von Landesumlagen für die Ev.-luth. Kirche in Bayern r. d. Rh. (Wortlaut: Allgem. R.-Bl. 1923, Heft 1). Es ergänzt das religionsgesellschaftliche Steuergesetz vom 27. Juli 1921 im Sinn einer Verstärkung der kirchlichen Finanzautonomie.

Die Landessynode von 1922 verabschiedete (17. Aug. 1922) eine Kirchenvorstandsordnung (Wortlaut: Allgem. R.-Bl. 1923, Heft 1), ebenso (21. Aug. 1922) ein Kirchengesetz betr. Lehrerbeirat in Sachen des Religionsunterrichts in der Volksschule (Wortlaut: Allgem. R.-Bl. 1923, Heft 1) und eine Emeritenordnung (18. Aug. 1922): Kirchengesetz betr. die Versetzung der Geistlichen in den Ruhestand, verkündet 5. Dez. 1922. Endlich: (14. Aug. 1922) ein Abkommen zwischen der ev.-luth. und der reform. Kirche in Bayern r. d. Rh., welches im Finanzwesen eine kirchliche Verbindung herstellt bei sonstiger kirchenrechtlicher Autonomie der letzteren Kirche, früher „reformierten Synode in Bayern“.

Von Wichtigkeit ist ein Kirchengesetz über das Verfahren bei Lehrrirrtümern (Lehrzuchtverfahren) in der ev.-luth. Kirche, welches von der Landessynode am 22. Aug. 1922 beschlossen und am 5. Dez. 1922 verkündet wurde (Wortlaut: Allgem. Kirchenblatt 1923, Heft 2). Für das innere Leben der Kirche bedeutsam ist die kirchliche Lebensordnung (5. Dez. 1922), welche 1. die „Hauptstücke christlichen Lebens“, 2. die „Hauptstücke christlicher Zucht“ kurz zusammenfaßt (Wortlaut: Allgem. Kirchenblatt 1923, Heft 2). Der Landeskirchenrat erließ Ausführungsbestimmungen dazu. Endlich beschloß die Landessynode (18. Aug. 1922) ein Kirchengesetz betr. die Wahlordnung für die Wahl zur Landessynode (Wortlaut: Allgem. Kirchenblatt 1923, Heft 4). Der Kirchenpräsident erließ eine Verordnung (19. Jan. 1923) betr. Vorschriften über kirchliche Handlungen und Führung der Kirchenbücher (Wortlaut: Allgem. Kirchenblatt 1923, Heft 5 u. 6). Der Landeskirchenrat gab am 2. März 1923 mit Zustimmung des Synodalausschusses eine Verordnung betr. die Dekanatsverweisung; sie soll bei zeitlicher Verhinderung oder Vakanz durch den Kapitelsenior geschehen.

3. Württemberg.

Im vorjährigen Bericht sind zwei Errata richtigzustellen:

1. Die „Kirchenregierung“ wurde nicht durch die — übrigens noch nicht in Kraft getretene — Kirchenverfassung vom 24. Juni 1920 berufen, sondern durch das vom König noch kurz vor seinem Thronverzicht sanktionierte kirchliche Gesetz vom 9. Nov. 1918.

2. Nicht die „württembergischen Kirchenbehörden“ tragen noch staatlichen Charakter, sondern nur das Konsistorium trägt einstweilen noch gemischten kirchlich-staatlichen Charakter. Die „Kirchenregierung“ ist ganz frei von staatlichem Einschlag.

Die evang. Kirchenverfassung vom 24. Juni 1920 (Jahrbuch 1920, S. 387 ff.) konnte wegen der entgegenstehenden staatsgesetzlichen Bestimmungen immer noch nicht in Kraft treten. Zwar bedeutete es einen wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zu diesem Ziel, als im Juli 1922 von der Regierung der langerwartete Entwurf eines Staatsgesetzes über die Kirchen eingebracht wurde, durch den das Verhältnis zwischen Staat und Kirche neu geordnet und das Inkrafttreten der evang. Kirchenverfassung ermöglicht werden sollte.

Dieser Entwurf (Landtagsverh. 1922, Beilage 850) bietet insofern allgemeineres Interesse, als er den ersten Versuch einer umfassenden Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche auf dem Boden der neuen Reichsverfassung darstellt. Er enthält Bestimmungen über die kirchlichen Rechtspersonen, den Kirchenaustritt, die kirchliche Besteuerung, das kirchliche Dienststrafrecht, den Verwaltungsrechtsschutz kirchlicher Körperschaften und Stiftungen und über einige weitere bedeutsamere kirchliche Fragen. Von der evang. Landeskirchenversammlung ist der Entwurf als eine geeignete Grundlage für eine Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche angesehen, jedoch der Wunsch geltend gemacht worden, daß die da und dort noch vorhandenen Überreste einer staatskirchlichen Auffassung beseitigt werden möchten (Verh. der Landeskirchenversammlung vom 22./23. Nov. 1922, Prot. S. 1929 ff.). Insbesondere richtete sich dieses Verlangen gegen die einigenden Vorschriften über Verwendungszwecke und staatliche Genehmigung der Kirchensteuer.

Bedauerlicherweise ist die Beratung des Staatsgesetzes noch nicht zum Abschluß gekommen. Stark angefochten bei der Ausschußberatung waren insbesondere die Bestimmungen über das kirchliche Besteuerungsrecht. Die vom Ausschuß beschlossene Beschränkung der staatlichen Einflußnahme auf diesem Gebiet gab Veranlassung, daß die im Gesetzesentwurf nicht berührte Frage der künftigen Staatsleistungen für die Kirche wieder in den Vordergrund gestellt und die Ausschußberatung über das Kirchengesetz bis zur Klärung dieser Frage vertagt wurde. Nunmehr soll in einem Nachtragsplan zum Staatshaushaltsplan bestimmt werden, welche Staatsleistungen den Kirchen nach Einführung der Landeskirchensteuer in den nächsten Jahren gewährt werden sollen. Das im letzten Jahr vom Landtag verabschiedete Gesetz über die Anrufung des

Verwaltungsgerichtshofs zur Klärung der Frage der finanziellen Verpflichtungen des Staats gegenüber den Kirchen (vgl. Jahrbuch 1922, S. 491 f.) harrt immer noch seiner Ausführung. Der Verwaltungsgerichtshof ist bis jetzt noch nicht angerufen worden und scheint in absehbarer Zeit auch nicht angerufen zu werden. Zunächst ist beabsichtigt, unter Zurückstellung der Rechtsfrage eine Regelung zu treffen, die den gegenwärtigen Zustand, wonach der Staat den gesamten landeskirchlichen Aufwand bestreitet, zwar beseitigen, aber die Fortreichung der Staatsleistungen unter Anpassung an den Geldwert den Kirchen sichern soll. Nach Klärung der finanziellen Frage sollen die Beratungen über das Staatsgesetz im Landtag vollends zu Ende geführt werden.

Das bei der Landeskirchenversammlung eingebrachte Wahlgesetz zum Landeskirchentag (Jahrbuch 1922, S. 492) ist inzwischen verabschiedet worden, und zwar im wesentlichen in der von der Kirchenregierung vorgeschlagenen Gestalt (Wortlaut siehe Allgem. Kirchenblatt 1922, Heft 23). Die vielumstrittene Frage, ob das System der Mehrheitswahl oder der Verhältnisswahl eingeführt werden und ob die Wahl in den gegebenen Kirchenbezirken oder in zusammengelegten Bezirken als Wahlkreisen stattfinden soll, wurde in ersterem Sinn zugunsten der Mehrheitswahl entschieden. Die Verhältnisswahl ist mit 60 gegen 15 Stimmen abgelehnt worden.

Da eine Neuwahl des Landeskirchentags nach den Bestimmungen der Kirchenverfassung und des Wahlgesetzes vor Inkrafttreten der Kirchenverfassung noch nicht möglich geworden ist, mußte die Wahldauer der Landeskirchenversammlung wiederholt (vgl. Jahrbuch 1922, S. 492) um ein Jahr verlängert werden. Die Neuordnung der Kirchengemeinde- und Kirchenbezirksverfassung soll in Angriff genommen werden, wenn das Staatsgesetz über die Kirchen verabschiedet ist.

4. Baden.

Die im Vorjahr als bevorstehend erwähnte Neuregelung der Besetzungsrechte über die standesherrlichen Patronatspfarreien (vgl. Jahrb. 1922, S. 493) hat ihren Niederschlag gefunden in einer Verordnung des Ev. Oberkirchenrats vom 26. Oktober 1922 (Wortlaut: Allgem. K.-Bl. 1922, Heft 23).

5. Hessen.

Die Verfassung der Hessischen Landeskirche vom 1. Juni wurde schon im vorjährigen Jahrbuch (S. 494) kurz skizziert. Ihr Wortlaut ist inzwischen gegeben im Allgem. K.-Bl. 1922, Heft 15. Aus den ersten Paragraphen: „Die Evangelische Landeskirche in Hessen umfaßt die evangelischen (lutherischen, reformierten und unierten) Kirchengemeinden Hessens, unbeschadet des Bekenntnisstandes der Einzelgemeinden. Sie erkennt es als ihre Aufgabe, die zu ihr gehörenden Kirchengemeinden zu kraftvoller gemeinsamer Arbeit im Sinn des Evangeliums zusammenzufassen, die in ihnen wirklichen Kräfte des Glaubens

und der Liebe zu fördern, und so zum Aufbau des Reiches Gottes zu helfen. . . . Die Kirchengemeinde hat die Aufgabe, durch Wort und Sakrament eine Pflanzstätte evangelischen Glaubens und Lebens und eine Gemeinschaft brüderlicher Liebe und Zucht zu sein."

Der geistliche Leiter der Kirche (der Landeskirchentag wählte den bisherigen Direktor des Predigersseminars Friedberg: D.Dr. Diehl) erhält den schon einheimischen Titel „Prälat“, nicht „Bischof“.

Ein Kirchengesetz vom 28. Juli 1922 regelt die kirchlichen Wahlen, und zwar sowohl die der örtlichen Gemeindevertretung (Kirchenvorstand), als auch die zu den Dekanatstagen und zum Landeskirchentag (Wortlaut Allg. R.=Bl. 1922, Heft 21).

6. Thüringen.

Die Thüringische Landeskirche setzt trotz der Not der Zeit und unter äußerem Druck ihren Konsolidierungsprozeß fort. Sie umfaßt die früheren Landeskirchen von Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Gotha, Reuß j. L., Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen. Nur die Landeskirche von Reuß ä. L. hat sich der Vereinigung entzogen. Der Bekenntnisstand der einzelnen zur Thüringer Gesamtkirche verbundenen früheren Landeskirchen bleibt unberührt. Eine aus angeblich konfessionellen Erwägungen versuchte Abspaltung in Dorf-Ilm und Altengesäß (vgl. Jahrb. 1922, S. 439) hat ihre rechtliche Erledigung gefunden. Es wurde das schon in der Chronik (S. 408 dieses Bandes) vorweggenommen.

Die Evangelisch-lutherische Kirche von Reuß j. L. hat sich noch vor dem Anschluß eine Verfassung gegeben, welche die bisherigen Regierungen des Staatskirchentums zum Aufschmelzen brachte. Sie ist schon im vorjährigen Bericht (S. 496) erwähnt (Wortlaut: Allg. R.=Bl. 1922, Heft 1. 2).

Eine Verordnung des Landeskirchenrats vom 30. November 1922 betrifft die Studienordnung des im Jahre 1922 neu begründeten Thüringer Predigersseminars in Eisenach (Wortlaut Allg. R.=Bl. 1923, Heft 4).

Die der Thüringer Gesamtkirche nicht angeschlossene Landeskirche von Reuß ä. L. hat sich im März 1922 die schon im Vorjahr (S. 497) erwähnte und kurz skizzierte Verfassung gegeben. Konsistorium und Kirchentag erließen gemeinsam am 8. Mai 1922 ein Ruhestandsgesetz (Wortlaut: Allg. R.=Bl. 1922, Heft 12), der Kirchenauschuß am 13. Juni eine „Prüfungsordnung für Theologen“, Bestimmungen für die erste und zweite theologische Prüfung (Wortlaut: Allg. R.=Bl. 1922, Heft 17), am 2. November 1922 eine kirchliche Lebensordnung (Wortlaut: Allg. R.=Bl. 1922, Heft 23), enthaltend in zehn Abschnitten:

1. Allgemeines. 2. Von Gottesdienst, Seelsorge und Gemeindeleben.
3. Von der Taufe. 4. Von der religiösen Unterweisung und Erziehung der Kinder. 5. Von der Trauung. 6. Vom heiligen Abendmahl. 7. Von

der Beerdigung. 8. Von der Kirchenzucht. 9. Vom Kirchen-Eintritt und -Austritt. 10. Schlußbestimmungen.

Ein Kirchengesetz vom 2. November 1922 stellt Richtlinien auf über die Möglichkeit kirchlicher Versorgung und die Rechte kirchlicher Minderheiten (Wortlaut: Allg. R.-Bl. 1922, Heft 23).

7. Beide Mecklenburg.

Mecklenburg-Schwerin. Die Kirchenverfassung vom 12. Mai 1921 ist bereits im Jahrbuch 1921 (S. 410) im Entwurf kurz dargestellt, im Jahrbuch 1922 in den Grundzügen aufgezeigt (S. 498). Ein Kirchengesetz vom 13. Mai 1922 betrifft die Besetzung der Pfarren und die Bestellung der Pröpste und Landesuperintendenten (Wortlaut: Allg. R.-Bl. 1922, Heft 13): Besetzung der Pfarren abwechselnd durch Oberkirchenrat und Gemeindewahl. Ein etwaiger Verzicht auf Gemeindewahl steht nur dem einstimmigen Beschluß des Kirchengemeinderats zu. Die Gemeindewahl ist nicht frei, sondern nur Auswahl zwischen drei vom Oberkirchenrat präsentierten Bewerbern. Die Pröpste werden vom Oberkirchenrat ernannt, aus einer Dreizahl, welche von den Pastoren der Propstei vorgeschlagen wird. Die Bestellung der Landesuperintendenten geschieht durch den Oberkirchenrat aus der Zahl der einheimischen Geistlichen nach Anhörung des Landesuperintendenten.

Ein Kirchengesetz vom 13. Mai 1922 regelt das Verhalten der Kirche und ihrer Organe gegenüber dem Austritt aus der Kirche und dem Wiedereintritt (Wortlaut: Allg. R.-Bl. 1922, Heft 13). Ein Kirchengesetz vom 15. Dezember 1922 setzt die Amtsobliegenheiten und Amtsbefugnisse des Pastors, des Propstes, der Landesuperintendenten, des Landesbischofs und des Oberkirchenrats fest (Wortlaut: Allg. R.-Bl. 1923, Heft 4).

Mecklenburg-Strelitz. Ein Gesetz vom 10. November 1922 regelt das Verfahren bei Austritt aus der Kirche, ein Gesetz vom 25. Oktober 1922 trifft Bestimmungen über die Landeskirchensteuer (beide im kirchlichen Amtsblatt für Mecklenburg-Strelitz, 1922, Nr. 5).

8. Oldenburg.

Die Verfassung der Evangelisch-lutherischen Kirche des Landesteils Oldenburg vom 12. November 1920 war schon im vorjährigen Jahrbuch erwähnt (S. 499). Das Diensteinkommengesetz für Pfarrer vom 23. Februar 1922 (Zentralpfarrkasse) findet sich im Wortlaut im Allg. R.-Bl. 1922, Heft 17. Das Verhalten der Kirche zu den Ausgetretenen wird durch Erlaß des Oberkirchenrats vom 18. Oktober 1922 geregelt (Wortlaut: Allg. R.-Bl. 1922, Heft 22). Ein Gesetz für die Wahl der Abgeordneten zur Landessynode ist am 23. Februar 1922 erlassen (Wortlaut: Allg. R.-Bl. 1923, Heft 11).

9. Unhalt.

Eine Verfügung des Landeskirchenrats vom 27. April 1922 betrifft die Regelung des Konfirmanden-Unterrichts (Allgem. K.-Bl. 1922, Heft 20), eine solche vom 10. Juni 1922 die Neuregelung der Jahrespacht für kirchliche Grundstücke (Allg. K.-Bl. 1922, Heft 22). Eine Verfügung vom 9. Januar 1922 schreibt die Anlegung von Gemeindelisten vor (Allg. K.-Bl. 1922, Heft 23).

10. Braunschweig.

Die Entscheidung des Reichsgerichts betr. die Rechtsbeständigkeit der verfassungsgebenden Synode, welche weitgreifende präjudizielle Bedeutung hat (siehe vorjähriges Jahrbuch S. 501) ist im Wortlaut im Allgem. K.-Bl. 1922, Heft 2 gegeben. Der Beschluß wurde vom VII. Zivilsenat am 26. Oktober 1921 gegeben. Möglichenfalls wird auf ihn in der Zukunft noch Bezug zu nehmen sein, daher hier Angabe des Datums und des erkennenden Senats.

Das Kirchengesetz betr. die Errichtung einer Landeskirchenkasse vom 23. Februar 1922 findet sich im Allg. K.-Bl. 1922, Heft 7. Die Wahlordnung für die Wahlen zum Landeskirchentag ist am 28. Februar 1922 gegeben (Allg. K.-Bl. 1922, Heft 8), am 7. März 1922 ein Kirchengesetz über die Besetzung der Pfarrstellen (ebenda). Eine Neufassung der Kirchengemeindeordnung von 1909 gibt das Kirchengesetz vom 31. Juli 1922 (Allg. K.-Bl. 1922, Heft 18). Ein Kirchengesetz vom 27. Dezember 1922 regelt die Rechtsverhältnisse der Geistlichen und andern Kirchenmitglieder (Allg. K.-Bl. 1923, Heft 3).

Eine Notiz des Ev. Presseverbandes vom 16. Mai 1923 besagt: „Der braunschweigische Landtag hat unter Zustimmung der christlich gesinnten Minderheit das Ministerium aufgefordert, die Aufhebung des evangelischen Konsistoriums als Staatsbehörde in die Wege zu leiten. Die Staatsbehörde steht nunmehr in diesbezüglichen Verhandlungen mit dem Kirchenregiment, nach deren Abschluß die Wahl des in der neuen Kirchenverfassung vorgesehenen Landesbischofs zu erwarten ist. Damit ist die Trennung von Staat und Kirche um ein entscheidendes Stück vorwärts gekommen, was bei der unwürdigen Behandlung der Kirche durch die gegenwärtigen Staatsleiter in Braunschweig nur zu begrüßen ist.“

11. Lippe.

Der Landeskirchenrat erließ unter dem 6. Juli 1922 ein Kirchengesetz betr. die Beiträge der Kirchengemeinden zum Pfarrgehalt (Allg. K.-Bl. 1922, Heft 17), mit Abänderungen vom 28. Sept. 1922 (Allg. K.-Bl. 1922, Heft 22).

Die 12. ordentliche Landesynode trat im April 1923 zu einer (8.) Vollversammlung zusammen, in der beschlossen wurde, dem Reichsminister des Innern die Bitte auszusprechen, bis zur endgültigen vermögensrechtlichen Auseinandersetzung zwischen Staat und Landeskirche die Leistung der

Staatszuschüsse (Art. 173 des R.-B.) nicht nach dem Nennwert, sondern nach dem wirtschaftlichen Wert gewähren zu wollen.

Bezüglich der Kompetenz-Abgrenzung zwischen Landeskirchenrat und Landesynode, deren verschiedene Auffassung dem Inkrafttreten der Kirchenverfassung bisher hinderlich war, wurden Erwägungen gepflogen.

12. Waldeck.

Die Verfassung „der evangelischen Landeskirche von Waldeck und Pyrmont“ (10. August 1921) ist schon im Vorjahr in den Grundzügen aufgezeigt (S. 503); ihr Wortlaut: Allg. R.-Bl. 1921, S. 618—651.

Eine Verordnung des Landeskirchenrats vom 9. August 1922 betrifft die Kirchensteuer in Mischehe lebender Eheleute. Sie wird nur dann erhoben, wenn der Mann der evangelischen Kirche angehört, und zwar in vollem Betrag, nicht geteilt. In Mischehe lebende Frauen sind steuerfrei.

Eine allgemeine Verordnung des Landeskirchenrats vom 12. Januar 1923 betrifft die wissenschaftliche Fortbildung der Pfarrer (Allg. R.-Bl. 1923, Heft 8). Jeder Pfarrer hat bis zur Vollendung des 10. Dienstjahres einmal jährlich eine wissenschaftliche Arbeit über ein freigewähltes Thema dem zuständigen Kirchenrat vorzulegen. Die Kirchenräte geben die Arbeiten eines Jahres, die ev. Gegenstand einer Besprechung im Kreise der Pfarrer gewesen sind, dem Landeskirchenrat weiter. Nur in besonderen Fällen haben die Kirchenräte das Recht der Dispensation.

13. Die Hansestädte.

Lübeck. Die „Verfassung der Evangelisch-lutherischen Kirche im Lübeckischen Staat“ vom 17. Dezember 1921 (Wortlaut: Allg. R.-Bl. 1922, Heft 9) wurde im Vorjahr S. 505 kurz skizziert. Art. 1 sei hier nachgeholt: „Als Glied der gesamten evangelischen Kirche bekennt sie sich auf Grund der Heiligen Schrift zu dem Evangelium von der Gnade Gottes in Jesus Christus, unserm Herrn, und weiß sich berufen, das Erbe der Reformation im Geist Luthers zu wahren, zu pflegen und für das Volksleben fruchtbar zu machen.“

Ein vom Senat am 16. März 1923 erlassenes Gesetz gibt den Religionsgesellschaften, welche Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, im Sinn von Art. 137 der R.-B. (ev.-luth., röm.-kath., ref. u. israelit. Gem. im Staat Lübeck) das Recht der kirchlichen Besteuerung nach Verhältnis der Reichseinkommensteuer. Der Senat ist berechtigt, Einspruch zu erheben, wenn die beschlossene Höhe der Zuschläge Bedenken erregt. In Mischehen teilt sich die kirchliche Steuerpflicht.

Bremen. Der Kirchentag der Bremischen Kirche beschloß am 13. November 1922 ein Gesetz betr. Erhebung einer Kirchensteuer (Allg. R.-Bl. 1923, Heft 1). Die Steuerpflicht tritt mit 1923 in Kraft. Der aus dem Idealismus herausgeborene „allgemeine Kirchen-

schuß" ist der Not der Zeit und wohl auch der etwas luftigen schwachen Konstitution seines eigenen Gebildes erlegen. Wir haben sein bald bevorstehendes Abscheiden schon im Vorjahr (S. 504) vorausgesagt. Derartige Produkte des Idealismus pflegen sehr schnell zu altern und früh zu sterben. Sie sind Wunderkinder ohne Dauer. Das Gute hat der Bremer Kirchenschuß wohl geleistet, daß er Wegbereiter gewesen ist für die kirchliche Steuerpflicht, deren Anerkenntnis Christenpflicht ist, gleichviel ob sie überkommene Freiheitsvorstellungen empfindlich anrührt, gleichviel auch, ob sie etwa zu neuen Kirchenaustritten führt. Zaungäste kann die Kirche in der harten Zeit ihrer Not immerhin missen.

Ein Gesetz vom 13. November 1922 regelt gleichzeitig (vielleicht in zutreffender Vorahnung) auch den Austritt aus der Kirche. Die Austrittserklärung ist mündlich in Person oder schriftlich mit notarieller Beglaubigung dem Kirchenauschuß einzureichen. Eine Bescheinigung (gebührenpflichtig) wird sofort erteilt. Der Austritt (resp. Mitaustritt) von Kindern regelt sich nach dem Reichsgesetz vom 15. Juli 1921 über die religiöse Kindererziehung. Der vollzogene Austritt befreit von der Kirchensteuer für das der Austrittserklärung folgende Kalenderjahr, sofern der Austritt drei Monate vor Ablauf des Jahres beantragt wird. Für das Kalenderjahr 1923 konnte der Austritt rechtswirksam bis 20. Februar erklärt werden. Der Austretende verliert alle Rechte der Kirchenmitgliedschaft, insbesondere das Recht auf kirchliche Amtshandlungen.

Hamburg. Die Kirchenverfassung vom 16. Juli 1919 ist unter Vorlegung einer Neuredaktion vom 30. Mai 1923 Gegenstand der Beratung der Synode gewesen im Juni 1923. Der Entwurf setzt das kirchliche Wahlrecht vom 25. auf das 20. Lebensjahr herab. Die „Synode“ wird „Kirchentag“. Eine Veröffentlichung liegt uns noch nicht vor.

* * *

Der Deutsche Evangelische Kirchentag — die parlamentarische Vertretung des Kirchenbundes — ist für den 5. Oktober 1923 nach Bielefeld-Bethel einberufen. Behandlungsgegenstände werden u. a. sein: Die Mitarbeit der evangelischen Kirche an der Gesundung des Ehe- und Familienlebens, Pflege der Auslandsdiaspora, u. a.

Zwölftes Kapitel.

Totenschau.

Vom 1. Juli 1922 bis 30. Juni 1923.

Bearbeitet vom Herausgeber.

Albrecht, Wilh., Pfr. der deutschen-ev. Gemeinde in Madrid, vormalig deutscher Botschaftsprediger in Madrid, † 30. Dez. 1922.

Bayer, Georg, Dekan in Raunheim, Hessen, † 18. Jan. 1923.

Bezold, Karl, D. Dr., bekannter Orientalist, † in Heidelberg im Dez. 1922.

Seit 1894 ordentl. Prof. in Heidelberg, katalogisierte 1888—1893 im British Museum die kurz zuvor entdeckten Tell el Amarna-Funde (1889—1899). Verf.: Überblick über die babylonische assyrische Literatur 1886. Ninive und Babylon 1904. Die Babylon.-assyrischen Keilschriften und ihre Bedeutung für das Alte Testament 1904 u. a.

Böckeler, Nathan, Dekan i. R. von Künzelsau (Württemb.), † 2. Aug. 1922.

Bräges, Ernst Friedrich, Missions-Sup. in Nederl. Indien, † 12. Nov. 1922.

Einer der bewährtesten Pioniere der Rhein. Mission auf den Sunda-Inseln. Geb. 1844 als Bauernsohn in Gräfrath bei Elberfeld, 1870 Kriegsfreiwilliger, dann als Missionar nach Borneo gesandt, wo er in stiller nachhaltiger Treue überaus erfolgreich wirkte. Übersetzer der Bibel in die Dajak-Sprache (der Druck ist noch unvollendet). Im Alter Führer und Vertrauensmann der jüngeren Missionare. Vertreter des Deutschtums in holl. Indien, bei den holländischen Behörden in hohem Ansehen. Er war von 1870 bis zu seinem Tode nur ein einzigesmal (1890) in der Heimat, verwurzelt mit der Stätte seines Wirkens und mit dem Dienst seines Gottes.

Braun, Wilhelm, Lic. theol., Pfr. in Neckargemünd und u. o. Professor der Theologie für Kirchengeschichte in Heidelberg, † 19. April 1923 in Neckargemünd.

Burchard, Deutscher Konsul in Davos. Dr. med. h. c. von Freiburg, † Febr. 1923 in Davos.

In Davos 25 Jahre unermüdlich tätig im Dienst der Wohlfahrtspflege. Begründer der deutschen Heilstätten in St. Wolfgang bei Davos und in Agra, für die er selbst reiche Opfer brachte an Arbeit, Geld und steter Fürsorge. Bei der Not der Zeit hat er dem Mittelstand durch Kurermöglichkeiten allerlei Art in Davos wertvolle Hilfe geleistet und den deutschen Namen kraftvoll vertreten. Ein in der ganzen Schweiz hochangesehener Mann.

Calaminus, Heinrich Ernst, Pastor i. Ruhestand und weiland Sup. der Diözese Elberfeld, † nahezu 80jährig in Elberfeld.

Einem alten hessischen Theologengeschlecht entsprossen (geb. 1842) wurde er 1876 von der Pfarre Wächtersbach bei Belnhausen an die ref. Gemeinde Elberfeld berufen, der er — ein Schriftgelehrter, gelehrt zum Himmelreich — 45 Jahre in Treue diente, zuletzt Senior der Wupperthaler Geistlichkeit. Mit unzerbrechlicher Arbeitsfreudigkeit verband er eine tiefe Liebe zur ref. Kirche, der er auch mit seiner fleißigen Feder literarisch diente. Lange Jahre redigierte er die „Ref.

Kirchenzeitung", war Moderator (zuletzt Ehrenmoderator) des Ref. Bundes. In Elberfeld als Mitglied der Schuldeputation um das Schulwesen verdient; viele Jahre Präses der Missionsgesellschaft in Elberfeld, des Jünglingsvereinshauses daselbst, des Kirchenchors der ref. Gemeinde. Ein Mann schlichter Treue, tiefer Bildung, von der modernen Erfolgsucht in steter Bediegenheit unangekränkt. Eine Berufung an die ref. Gemeinde Amsterdam, die dem 41 jährigen zuteil wurde, lehnte er ab, um seiner heimischen Gemeinde willen. Fromm, fleißig, gelehrt trug er — unter seinen Amtsbrüdern hochangesehen und von allen verehrt in seiner unentwegten Beharrlichkeit — viel vom Typus der Theologen der alten guten Art. Nach einem nur vierteljährigen „Ruhestand“, der ihm zum „Unruhestand“ wurde und ihn nicht rasten ließ, ging er nach schwerer, schmerzvoller Krankheit in festem Glauben heim. Einer seiner Vorfahren ist der Wittenberger Professor Petrus Calaminus gewesen († 1598 in Heidelberg).

Casermann, Hermann, Kirchenrat u. Pfr. in Aeschach bei Lindau, † 20. Okt. 1922.

Caspari, Walter, D., Ordentlicher Prof. der prakt. Theologie in Erlangen, † im Februar 1923.

Geb. 1847 in Sommerhausen (Unterfranken), in Bayern Pfarrer, 1885 als Universitätspred. und außerordentl. Prof. nach Erlangen berufen, 1887 Ordinarius. Verf.: Die epistol. Perikopen nach der Auswahl von Thomasiaus exegetisch-homiletisch bearbeitet (1803). 2. Aufl. 1904. Die historischen Grundlagen unseres gegenwärtigen Gemeindelebens (1908), Hyperius: elementa pietatis, neu ediert. Die Evangel. Konfirmation 1890.

Cremer, Ernst, D., Sohn von Prof. D. H. Cremer-Greifswald, † 4. Juli 1922 als P. i. R. in Bethel.

Geb. 1863 in Ostönnen bei Soest, 1891 Pfr. in Lich, 1895 Extraord. in Marburg, seit 1902 Pfr. in Rehme (Westf.). Verf.: Die stellvertretende Bedeutung der Person Christi 1892. 1900. Die Entstehung der christlichen Gewißheit 1893. Die Vergebung der Sünden 1895. Positiv oder liberal, alter oder neuer Glaube? 1902. Die Wiederkunft Christi und die Aufgabe der Kirche 1902. Vom Kinder glauben 1902. Die Gleichnisse Luk. 15 und das Kreuz 1904. Biographie seines Vaters.

Criso III, Rudolf, Dr. jur., Geh. Oberkonsistorialrat und Mitglied des Evangel. Oberkirchenrats, † 26. Sept. 1922 in Berlin.

Geb. 1854 war er zunächst Rechtsanwalt und Notar und trat 1901 einer inneren Neigung folgend in den Dienst der kirchl. Verwaltung, zunächst beim Konsistorium in Berlin, seit 1914 im Oberkirchenrat. Schon als Notar verdient um den Ausbau der kirchlichen Einrichtungen in Berlin hat seine Kenntnis des Kirchenrechts die Vorarbeiten zur kirchlichen Neuverfassung lebhaft gefördert. Kurz vor Erreichung des beantragten Ruhestandes ging er heim.

Däublin, Carl, Kirchenrat, früher Pfr. in Hohenjachsen (Baden) und Dekan des Dekanats Ladenberg-Weinheim, † 7. Febr. 1923 in Weinheim.

Delitzsch, Friedrich, D. Dr., Prof. für orientalische Philologie, † Dezember 1922 in Langenswalbach.

Geb. 3. Sept. 1850 in Erlangen als jüngster Sohn des bekannten Prof. der Theologie Franz Delitzsch, in Leipzig für Assyriologie habilitiert, 1878 Extraordinarius, begründete er dort eine Assyriologenschule. Einer der gründlichsten Kenner der babylonisch-assyrischen Keilschrift. 1893 als Ordinarius nach Breslau, 1899 nach Berlin berufen, Gründer der deutschen Orientgesellschaft, Direktor der vorderasiatischen Abteilung der Museen. Seine Bibel-Babel-Veröffentlichungen erregten vor 20 Jahren beträchtliches Aufsehen. Seine letzte antilemische Schrift: „Die große Täuschung“ wurde von den Fachgelehrten als „Schmähschrift gegen das A. L.“ meist abgelehnt. Nach Rücktritt vom Lehramt in Leipzig starb er, der Typus des tiefgrabenden deutschen Gelehrten, einsam. Autorität auf dem Gebiet

der ſemit. Philologie. Verſ. u. a.: „Geſchichte Babylo niens und Aſſyriens“ 1891. Entzifferung der kappadokiſchen Keilſchrifttafeln 1893. Das Buch Hiob 1902. Entſtehung des älteſten Schrifttums oder der Urſprung der Keilſchriftzeichen 1897. Aſſyriſche Grammatik 1889. 1906. Aſſyriſches Wörterbuch 1887. Babel und Bibel 1902. Im Lande des einti gen Paradieses 1903. Mehr Licht 1907. Zur Weiterbildung der Religion 1907. Herausgeber (mit P. Haupt) der Aſſyriologiſchen Bibliothek.

v. **Demmler**, Emil, Prälat i. R., vormal s in Ulm, erſter Pfarrer am Münſter, und Generalſup. des Generalats Ulm, † 16. Juni 1922.

Belehrt, verwaltungskundig, vormal s Mitglied des Evangel iſchen Synodus in Stuttgart.

Devaranne, Geh. Konſiſtorialrat und Prediger der franz.-ref. Gem. in Berlin, † Ende Febr. 1923 im 72. Lebensjahr in Berlin.

Dickel, Pfr. in Urfeld, vormal s Superintendent der Syn. Wittgenſtein in Weſtfa len, † 4. Dez. 1922.

Drömann, Chriſtian, Paſtor in Elze, Hannover, † daſelbſt 28. Febr. 1923.

Berdient um die Pflege der Kirchenmuſik, beſonders auch des luther iſchen Gefanges. Verſ. des muſikal. Anhangs der Agende der Hannov. luth. Landeskirche, des Anhangs der geiſtl. Volkslieder zum Gefangbuch und der liturgiſchen Formulare für die kirchl. Feſte.

v. **Dryander**, Erniſt, D., Wirkl. Geh.-Rat, Oberhof- und Domprediger, Gen.-Sup. a. D., geiſtl. Vizepräſident des Ev. Oberkirchenrats, Ephorus des Domkandidatenſtifts, † 4. Sept. im 80. Lebensjahr in Berlin.

Der „Primas unter den deutſchen Theologen“, väterlicher Berater der Kirche der Gegenwart, einſt Schloßpfarrer und Seelſorger des kaiſerlichen Hauſes, in der milden Klarheit ſeiner Perſönlichkeit vielen durch Predigt und Seelſorge ein Führer zum Glauben. Geb. 18. April 1843 in Halle a. S. Studium in Halle und Tübingen, 1870 im Berliner Dom, der Stätte der Wirkſamkeit ſeines Alters, ordiniert, 1872 Pfr. in Torgau, 1874 nach Bonn berufen, wo er durch ſeine gehaltvollen Predigten viele gewann, 1882 auf Schleiermachers Kanzel als erſter Pfarrer an die Dreifaltigkeitskirche berufen und Sup. der Diözefe Friedrichswerder, 1887 in das Konſiſtorium berufen, 1890 Gen.-Sup. der Kurmark und Schloßpfarrer, 1898 Oberhof- und Domprediger, 1902 Abgabe des Amtes als Gen.-Sup. und 1903 Mitglied des Ev. Oberkirchenrats, vom Kaiſer in das Herrenhaus berufen, 1906 geiſtl. Vizepräſident des Ev. Oberkirchenrats. Aus Anlaß ſeines goldenen Dienſtjubiläums 1920 ernannte ihn der Senat der Univerſ. Halle zum Ehrenmitglied der Univerſität. Dieſer Weg, der eine Fülle der Ehren in ſich ſchloß, hat ihn weder zum Kirchenfürſten gemacht noch zum Verwaltungsmann geſtempelt. Das Wort: „pectus est, quod facit theologum“ war und blieb das Primäre in ihm und an ihm. Wege der Kirchenpolitik iſt er nie gegangen. Seines Lebens Arbeit und ſeines Herzens Freude war es, in der Kirche und durch ſie das Reich Gottes zu bauen. Er war ein Prediger von Gottes Gnaden, der aus der Tiefe der Schrift ſchöpfte und aus innerſtem Erleben heraus das Wort der Schrift lebendig machte. Viele Predigtbände liegen vor und wurden erbeten, auch ſolche aus ſeinen früheren Jahren. Typus ſeiner Predigtweiſe ſind die Predigten über die Johanne iſchen Briefe — er ſelbſt eine Johannes-Natur. Als Muſter von Zeitpredigten dürfen ſeine während des Krieges erſchienenen Heſte gelten: „Evangel. Reden in ſchwerer Zeit“. Er führte als Prediger ſtets auf die Höhe und blieb doch dem Schlichteſten verſtändlich. Als Seelſorger gewann er weitgreifenden Einfluß in Berlin, beſonders auch am Hof. Konfirmator der Söhne des Kaiſers. Als Kirchenmann lag ihm, mehr als der äußere Ausbau, der innere Einbau der Kirche in Gottes Reich und ihre geiſtliche Verlebendigung am Herzen. Ein Patriot vom Scheitel bis zur Sohle blieb er in ſeiner inneren Reinheit und Höheit völlig frei von jedem Byzantinismus. Das gab ſeiner Seelſorge am Hof

den inneren Gehalt. In seiner Person waren deutsches Wesen und evangelischer Glaube, in seiner Theologie klare Bestimmtheit und weitherziges Verständnis, in seiner Menschlichkeit ungesuchte Bornehmtheit und brüderliche Gleichstellung miteinander zur Einheit verschmolzen. Allerlei häusliche Trübsal traf auch ihn; er trug sie in stiller Geduld, in voller Abgeklärtheit des Glaubens. Deutschlands Sturz und Not erschütterte ihn tief. Sein offenes Sendschreiben an den Primas von England, Erzbischof v. Canterbury zeigt, wie seine Seele litt unter der Heuchelei der Zeit. Seine „Lebenserinnerungen“ werden noch für lange ein wertvolles Dokument der kirchlichen Zeitgeschichte bleiben. Nach kurzem Krankenlager brach seine Kraft schnell. Seine Bestattungsfeier im Dom, in der nur Gottes Wort zur Geltung kam, war ganz in seinem Sinn geprägt. Einer der großen Heerführer des Krieges sagte bei der Nachricht seines Todes: „Mit ihm hat unsere deutsche evangelische Kirche ihren Patriarchen, unser Vaterland einen seiner wertvollsten Männer, eine Lichtgestalt in der trüben Gegenwart, verloren.“

Eggerling, Carl, Pfr. in Versmold und Sup. der Diözese Halle i. W., † 30. Juli 1922 in Versmold.

Ein in der Leitung seiner Diözese treubewährter Superintendent, besonders kundig auf dem Gebiet der Verfassung und der kirchlichen Verwaltung. Geistlicher Besucher des Vorstandes der Westfälischen Provinzial-Synode.

Eichhorn, W. D., vormalig Rektor der Diakonissen-Anstalt Neuendettelsau, † 16. Jan. 1923.

Ein Mann genuin luth. Gepräges — gelehrt, charakterfest, tief fromm. Sohn des um des Unionstreits willen aus der Badischen Landeskirche ausgetretenen Pfr. C. Eichhorn, der später in der Gemeinde Corbach in Waldeck in reichem Segen wirkte. 1899 Stadtpfr. in Erlangen, 1909 als Nachfolger Bezzels zum Rektor in N. gewählt. Für den luth. Gotteskasten (1893—99 Redakteur des Verbandsblattes derselben) unermüdlich tätig. Von Erlangen zum D. theol. promoviert.

Fahrenhorst, Wilhelm, Direktor im Christl. Zeitschriftenverein, † 9. Febr. 1923 im 80. Lebensjahr in Berlin.

1895 als Kaufmann in Magdeburg zur Leitung des Christl. Zeitschriftenvereins nach Berlin berufen, hat er hier eine lebhafte und erfolgreiche Tätigkeit für die christl. Presse entfaltet. Verf. einer Monographie über das Sonntagsblatt. Mitglied des Provinzialausschusses für J. M. Mitbegründer des Evang. Preßverbandes in Halle a. S., der Magdeburger Stadtmission und Arbeiterkolonie, des christl. Erholungsheims Haus Hagenthal, des Ev. Trostbundes. Lange Jahre Vorsitzender des Verwaltungsausschusses des Reichsboten. Tiefe evangelische Frömmigkeit einte sich in ihm mit flammender Vaterlandsliebe.

Gliedner, Heinrich, Pastor, der letzte der noch lebenden Söhne des Diakonissenvaters, † 4. Febr. 1923 in Kaiserswerth im 73. Jahr eines arbeitsreichen Lebens.

Mitbegründer und Vorsitzender der Rhein.-Westf. Vereinigung der Freunde des kirchl. Bekenntnisses und des Ev.-theol. Studienhauses in Bonn.

Van der Floe, Wilhelm, Kirchenrat, Pfr. an der Schloßkirche und Dekan in Pforzheim, Mitglied des Vorstandes der Badischen Landes-Synode, † 14. Jan. 1923 in Pforzheim.

Frädrich, Daniel, vormalig erster Pfr. an der Philippus-Apostel-Kirche und Sup. der Diözese Berlin II, † 5. Febr. 1923 in Bremen.

Freiseldt, Conrad Raimund, Bischof der Ev.-luth. Kirche in Rußland, † 31. Mai 1923 in Petersburg, 76 Jahr alt.

Seit 1871 in Petersburg, 1887 geistl. Mitglied des General-Konsistoriums, Gen.-Sup. des Petersburger Kons.-Bezirks, 1902 Präses des Kons., 1918 nach

Zusammenbruch der bisherigen kirchl. Ordnung von der kirchl. Repräsentation zum Vorst. der 5 Distrikte und zum Bischof erwählt hat er die Weisheit und Erfahrung seines Alters restlos, getreu bis in den Tod, für die Erhaltung des luth. Kirchenwesens eingesetzt. Die lettische Kirche seiner Heimat wollte ihn zum Erzbischof, er zog es aber vor, beim Zusammenbruch auf seinen Posten zu bleiben. Er lebte die letzten Jahre und starb in großer Dürftigkeit. Sein Schmuck war die Treue und Glaubenskraft des inneren Menschen. Es gelang ihm, unter dem Druck einer bösen Zeit die luth. Kirche Rußlands vor dem Zusammenbruch und inneren Spaltungen zu bewahren.

Frenbe, Oswald, vormalig Sup. und Pastor prim. in Bunsdorf-Hannover, † 10. Dez. 1922.

Fries, Eduard, Direktor der Rhein. Missionsgesellschaft, † 10. Mai 1923 in Barmen.

Sohn des Direktors der Frankeschen Anstalten in Halle a. S. Geb. in Barmen, nach theol. Studium wissenschaftl. Lehrer im Missionshaus. Als Missionar auf Nias, dort Seminarleiter, Präses und Neuorganisator der Nias-Mission in Ombolata, 1919 zum Direktor der Rhein. Mission berufen wurde er in der Blüte der Jahre aus hoffnungsreichem Wirken erst 46-jährig hinweggerafft. Hochbegabt, glaubensstark und reich an Liebe.

Giese, Adolf, D. Dr. jur., Oberkirchenratspräsident der Mecklenburgischen Landeskirche, † 1. Juni 1923 in Nienhagen bei Wustrow.

Einer der führenden Männer im kirchlichen Gestaltungsprozeß der Neuzeit. Hervorragender Jurist, ein treugläubiger Christ, sachkundiger Leiter seiner heimischen Kirche (seit 37 Jahren Mitglied, seit fast 29 Vorsitzender des Oberkirchenrats in Schwerin), mit ihrem inneren Wesen und äußeren Rechtsverhältnissen vertraut, wie sonst keiner im Lande. Über dem Recht der Kirche wachte er mit sachkundiger Sorgfalt; für das äußere Wohl des Geistlichen trat er warmherzig ein. Die theologische Fakultät Rostock ehrte ihn schon vor Jahren mit Verleihung des D. theol. Die Landeskirche verehrte in ihm den väterlichen Führer. Er ging vom Schlag getroffen plötzlich heim, als er eben die Worte des Tischgebets gesprochen hatte: Komm, Herr Jesu . . . — Es ist für die Neugestaltung der Mecklenburgischen Landeskirche eine glückliche Fügung gewesen, daß sie noch von dem Entschlafenen in die Wege geleitet werden konnte. Der politische Umsturz traf ihn tief und schmerzlich, weckte aber die volle Schaffenskraft seines Alters. Das Vertrauen seiner Heimatkirche beließ ihm bei der Umschaltung der Verfassung mit episkopaler Spitze die Führerstellung ad dies vitae. — Die Kanzelverkündigung seines Todes sagt: „Festgewurzelt im Glauben und im Bekenntnis der Evang.-luth. Kirche hat er in unwandelbarer Treue und unermüdlicher Arbeit bis in die letzten Stunden seines Lebens die ihm von Gott verliehenen reichen Gaben in den Dienst unserer Landeskirche gestellt, die kirchlichen Rechte gewahrt, die kirchlichen Aufgaben gefördert und in mannhafter Vertretung seiner christlichen Überzeugung nach außen wie nach innen dem Leben der Kirche die Spuren seiner Wirksamkeit aufgeprägt.“

Berß, Adolf, weiland Sup. der Diözese Sensburg (Ostpr.), † 22. Febr. 1923.

Graeber, Wilhelm, D., Geh. Konf.-Rat und Mitglied des Konsistoriums der Provinz Pommern, † 26. Sept. 1922 in Stettin.

Im Rheinland geboren, dort zuerst Pfarrer, wurde er an die deutsch-reform. Gemeinde Stettin berufen. Sup. der reformierten Synode von Pommern und Mitglied des Konsistoriums. Seit 1904 Vorsitzender des Prov.-Hauptvereins des Evang. Bundes.

Großcurth. Früher 1. Pfr. der oberen Stadtgemeinde in Iserlohn, † als Pfr. i. R. in Arolsen im 85. Lebensjahr 14. Jan. 1923.

Brünberg, D., Generalsuperintendent in Petersburg, † 8. Juni 1923 in Petersburg.

Bischof der lettischen luth. Gemeinde in Rußland. Bei der Totenfeier des entschlafenen Bischofs Freisfeld wirkte er noch amtlich mit. Sein Tod ist ein fühlbarer Verlust für die hartbedrängte Sache des Evangeliums in Rußland.

Brznbowski, August, Lic. theol., vormalig Pfr. an der Steindammer Kirche in Königsberg i. Pr., † 6. Dez. 1922 in Königsberg i. Pr.

Seß, Wilhelm, Kirchenpropst und Hauptpastor in Rendsburg, † daselbst 4. Dez. 1922.

Mitglied des Landeskirchenausschuß und des Gesamtsynodalausschuß der Evang.-luth. Kirche von Schleswig-Holstein. Ein aufrechter, in treuer Arbeit bewährter Mann. Seit 1917 Propst der Rendsburger Propstei, die er mit hervorragendem Geschick verwaltete.

Holstein, Friedrich, Pfr. an der Gnadenkirche in Berlin, † 26. Febr. 1923.

Einer der kraftvollsten Berliner Kanzelredner, ein Mann offenen, geraden Wesens, treuer Seelsorger, literarisch bewährt als Verfasser zahlreicher Festartikel. Warmer Patriot, von Deutschlands Sturz tief getroffen. In der Blüte der Jahre aus hoffnungsreichem Wirken hingerafft.

Jordan, *) Theodor. Weiland Pfr. der Neustädter Kirchengemeinde in Bielefeld, † als Pfr. em. in Detmold 6. April 1921.

Geb. 1837 in Halberstadt als Sohn des späteren Gyn.-Dir. A. Jordan (Soest). Nach theologischem Studium und mehreren Vikariatsstellen in Westfalen Div.-Pfr. in Münster 1865—1869 (Mainfeldzug), Celle und Berlin. Darnach als 1. Pfr. an die Neustadt-Gemeinde Bielefeld berufen, entfaltete J. hier eine überaus regsame Tätigkeit im äußeren und inneren Ausbau der Gemeinde (Bau neuer Pfarrhäuser und der Küsterei, Renovierung der Kirche, Kleinkinderschulen, Einrichtung von Kindergottesdiensten, Jünglings- und Jungfrauen-Vereine, Missionsverein). Langjähriges Mitglied des Synodal-Vorstandes, des Vereins für J. M. in Minden-Ravensberg; literarisch tätig im Westf. Sonntagsblatt, Verf. einer Geschichte der Neustädter Gemeinde. — Nach erfolgreicher, im Glauben gegründeter, in Werken der Liebe bewährter Tätigkeit im Pfarramt, 1908 im Ruhestand in Detmold, ging J. im gesegneten Alter von 84 Jahren heim.

Juchow, Wilh., Pfr. an St. Johannis in Dortmund, † 7. März 1923.

Jungk, Wilh. Theodor, D., Pastor in St. Louis (Mo.), † daselbst 2. Jan. 1923.

Amerikanischer Theologe deutscher Herkunft, geb. 1851 in Rhauen bei Simmern, als Sohn des Sup. Jungk. Früh verwaisst, nach Amerika ausgewandert wurde er durch P. Voigt in Buffalo der Theologie zugeführt, 1873 ordiniert und Pastor in verschiedenen Gemeinden der Staaten Missouri, New-York und Illinois. Die Generalsynode bestimmte ihn zum Leiter ihres literarischen Komitees, 1898 Hauptschriftleiter des „Friedensboten“, den er durch seine rastlose und geschickte Feder zu einem der bedeutendsten kirchlichen Organe der Vereinigten Staaten erhob. Während des Weltkrieges trat D. Jungk furchtlos und geschickt für Deutschlands Ehre ein. Die Kraft seines Alters setzte er ein für die Behebung der deutschen Not, wofür sein „Friedensbote“ unermüdlich wirkte. Aus voller Arbeit wurde er 72jährig unerwartet abgerufen.

Kähler, Wolfgang, Sup. a. D. der Diözese Darkehmen (Ostpr.), † 25. Mai 1922 in Darkehmen im 82. Lebensjahr.

Einer der Senioren der Ostpreussischen Geistlichkeit. In langem Dienst treu bewährt.

Kisting, Georg, Pastor i. R. in Salzfüßen, vormalig Pfarrer in Unterbarmen, † 11. Mai 1923 in Bethel. — Evangelistisch begabt.

Klaus, Carl, Oberpfr. an St. Johannis-Baptista in Staßfurt, † 26. Okt. 1922.

*) im Jahrgang 1921 übersehen — hier nachgeholt.

Aleppel, früher 1. Pfr. in Bochum, † 28. Sep. 1922 als Pfr. i. R. in Wiesbaden.

Röbler, Christoph, Pfr. i. R. in Berlin, † 29. Okt. 1922 in Wiedenest (Rheinland).

Röbler, Ernst, Geh. Kirchenrat, † 30. Sept. 1922 in Eisenach.

Mitglied des Thüringischen Landeskirchenrats. Geb. 1862 in Saalfeld, nach kurzem Dienst als Pfr. Religionslehrer am Bismarckschen Gymnasium in Dresden, dann Archidiaconus in Saalfeld und Sup. in Heldburg, Pfr. in Untermaßfeld bei Meiningen und Seelforger an der Thüringer Strafanstalt daselbst. Mitglied des Oberkirchenrats in Meiningen und der theolog. Prüfungs-Kommission, Vorsitzender des Landesvereins für I. M. Er verunglückte tödlich durch einen Straßenbahnunfall, als er an einer Konferenz der Thüringer Oberpfarrer in Eisenach teilnahm. Als Theologe durchgebildet, anseßlicher Prediger und bewährter Seelforger.

Ariele, Heinrich, 1. Pfr. der Stadtkirchengemeinde Neukölln, Sup. a. D., † 8. März 1923 in Buckow.

1906—1914 1. Pfr. am Diakonissenhaus Posen, seit 1914 Oberpfr. und Sup. in Sonnenburg, 1917 in Neukölln.

Krüger, Karl, Pfr. und Sup. i. R., normals Sup. der Diözese Bahn in Pommern, † 4. März 1923 80jährig in Berlin.

Rühn, Ernst, D., Geh. Konf.-Rat und außerordentl. Mitglied des Evang.-luth. Landeskonsistoriums in Dresden, † daselbst 23. Juni 1922.

Im pfarramtlichen Dienst treu bewährt, im kirchlichen Verwaltungsdienst wohl erfahren.

Lauritz Larsen, Dr., Präsident des Hilfs-Komitees des National Lutheran Council von Nordamerika, † 20. Jan. 1923 in Erie (Pennsylvania).

L., Norweger von Geburt, hat sich im Dienst der helfenden Liebe geopfert. Mit Unerblichkeit rief er, als die Weltlüge noch hohe Wellen warf, die Christen der Vereinigten Staaten auf, um der brennenden Not in Deutschland und Rußland zu wehren. Seiner Organisationsgabe und seinem unermüdblichen Eifer sind zum großen Teil die Erfolge der Hilfsaktion des Luth. Council zu danken. 1922 war er in Deutschland und Rußland, um der Not ins Auge zu sehen. Die Anstrengungen einer Reise durch Rußland, verbunden mit den Schreckenszenen eines vertierten Menschenhasses, die ihn tief erschütterten, warfen ihn nach der Heimkehr aufs Krankenlager. Er vermochte sich nicht zu schonen; da die schriftlichen Bitten um Hilfe nicht genügend Erfolg zeigten, reiste er persönlich von Stadt zu Stadt, um durch das Feuer seiner Rede und die ergreifende aus dem Herzen kommende Schilderung des gescheuten Elends die helfende Liebe zu fördern. Am 18. Jan. noch leitete er in Cleveland (Ohio), anscheinend in guter Frische, eine Jahresversammlung des National Lutheran Council, dann brach er plötzlich zusammen und wurde am 20. Januar heimgesucht. — Die deutsche evang. Kirche hat allen Anlaß, das Andenken dieses treuen Helfers über das Grab hinaus in dankbarem Erinnern zu halten.

Leuschner, Missions-Superintendent, † 24. August 1922.

Langjähriger und erfahrener Leiter der Berliner Mission in Süd-China, Begleiter des Missionsdirektors Knak auf seiner Visitationsreise durch China.

Bierse, Gustav, 1. Pfr. in Wollstein und Sup. der Diözese W. (ehemalige Provinz Posen), † 14. Dez. 1922. — Vorbildlich für die Posensche Diaspora.

Lorenz, Adolf, Prof. Dr., Musikdirektor und Organist an St. Jacobi in Stettin, † 3. März 1923.

Dirigent des von ihm begründeten Oratorienvereins, Chor-Komponist. Verdient um die Pflege der musica sacra, besonders in Pommern.

Frhr. v. Maltzahn-Gülz, Helmuth, D. Dr., Staatssekretär u. Oberpräsident a. D., † 11. Febr. 1923 auf Gülz, Pommern, im 84. Lebensjahr.

Geb. 1840. Gymnasium in Wittenberg (D. Schmieder), das der hochbegabte, noch nicht 17 Jahr alt, absolvierte. Zuerst im Staatsdienst (Reg.-Assessor in Koblenz), an den Feldzügen 1866 und 1870 als Leutnant des Kürassier-Reg. Königin beteiligt, trat er, 1871 als Reichstagsabgeordneter erwählt, in eine erfolgreiche parlamentarische Laufbahn. 1888 Staatssekretär des Reichshofamts, 1899 Oberpräsident, 1892 Commendator und 1916 Kanzler des Johanniterordens der pommerischen Genossenschaft. Erblandmarschall in Alt-Borpommern. — In all seinen Ämtern und mit seinem weitreichenden Einfluß trat er für die evangelische Kirche mit treuem Zeugenmut ein; schon 1869 als 29-jähriger Mitglied der außerordentlichen Generalsynode; von 1906—1912 ständiges Mitglied, zuletzt Präses der Pommerischen Provinzialsynode. Von der Universität Greifswald zum D. theol. promoviert. Mitglied des Hauptvorstandes der Konfessionellen Gruppe (Lutheraner innerhalb der Preussischen Landeskirche). Fromm, tätig in vielen Werken der Barmherzigkeit. Ein preussischer Edelmann alten Schlages, dessen offener Bekennermut verwurzelt war mit Königstreue und Glaubenskraft.

Manger, Christian, Metropolitan a. D., Pfarrer an der Elisabethkirche in Marburg, † 28. Nov. 1922 in Marburg a. d. Lahn.

Marohn, Rudolf, D., Pfarrer und geistlicher Rat im Wiener Oberkirchenrat, † 8. März 1923 in Wien.

1878 Pfarrer in Wien-Gumpendorf. 1893—1921 Senior des niederösterreichischen Seniorats, seit 1906 im Oberkirchenrat in Wien.

Mehlfß, Sup. i. R. in Bassum (Hannover), † 18. Nov. 1922.

Mensing, Karl, Sup. und 1. Pfr. in Ortelsburg (Ostpr.), † 3. Jan. 1923.

Müller, L., Sup. i. R., † 18. März 1923. 83-jährig in Charlottenburg.

Nießki, Albert, 2. Pfr. am Dom in Königsberg (Pr.), † 1. Jan. 1923.

Oehlkers, Paul, D., Pastor und Vorsteher der Diakonenanstalt Stephansstift in Hannover, † 30. Dez. 1922 in Hannover.

Ein Führer der J. M. in Hannover. Vorsitzender der Brüderhauskonferenz und des Diakonenverbandes, einer der volkstümlichsten Männer der Hannoverschen Landeskirche. — Geboren 1863 in Hannover als Sohn eines Lehrers, Pfarrer in Sievershausen am Solling, Seemannspastor am Bristolkanal und in Bremerhaven, daher gehörte der Seemanns-Fürsorge zeitlebens seine Liebe. Aus dieser Tätigkeit 1897 als Vorsteher des Stephansstifts berufen, gewann er bald die Herzen der Diakonen. Seiner Anregung verdankt der Diakonenstand seine feste Organisation (Diakonenprüfung, Versorgungskasse, Fürsorge für den Ruhestand). In der Zeit der Not, die besonders auf den Diakonenstand schwer drückte, waren seine Organisationen, die des Ausbaues bedürfen, doch wenigstens ein zeitweiliger Schutz. An den Arbeiten der Neuverfassung der Hannoverschen Landeskirche war Oehlkers lebhaft beteiligt. Mitglied beider Kirchentage als Vertrauensmann der J. M. Ein Mann des Volkes, ein treuer Sohn des Niedersächsischen Stammes, dessen zielstrebige Zähigkeit sein Erbe war, ist er nach menschlichem Ermessen zu früh, noch nicht 60-jährig von seinem segneten Tagewerk abgerufen.

Pache, Martin, Geh. Konf.-Rat in Dresden, Mitglied des Ev.-luth. Landeskonfistoriums des Freistaates Sachsen, † 4. März 1922.

Vormals Pfarrer in Döhlen und Leipzig-Neustadt, 1900 Superintendent in Großenhain, 1914 in das Ev.-luth. Landeskonfistorium berufen, fromm und treu — im Kirchendienste bewährt.

Petran, Ernst, Lic. h. c., Pastor und Vorsteher der Diakonissen-Anstalt in Frankenstein (Schlesien), † im Mai 1823.

Wohlverdient um die Pflege der J. M. Die Theol. Fakultät Breslau verlieh ihm bei ihrem Jubiläum den Lic. theol. ehrenhalber.

von Prinzing, D. Dr., Oberkonsistorialrat a. D., vormal's Mitglied des Oberkonsistoriums der Ev.-luth. Landeskirche r. d. Rh. in Bayern, † 10. Februar 1923 in München im 90. Lebensjahr.

Rehse, Ludwig, vormal's Pfr. in Bergisch-Bladbach (Rheinland) und Sup. der Diözese Köln, seit 1921 im Ruhestand, † 7. Nov. 1922 in Godesberg.

Pektoral-Theologe von stiller Innerlichkeit, theologisch weitherzig, man dürfte ihn wohl einen liberalen Pietisten nennen. Schrieb allerlei pastoral-theologische Aufsätze in den kirchlichen Blättern (Evangelische Freiheit, Christliche Welt), die von reicher Erfahrung und feiner Psychologie Zeugnis gaben.

Reinhard, Wilhelm, D., 1. Generalsuperintendent der Provinz Pommern, Präsident der verfassunggebenden Kirchenversammlung der altpreußischen Landeskirche, † 17. Dez. in Stettin.

Geboren 1860 in Neuwied, Provinzialvikar der Kurmark und Hilfsprediger am Dom zu Berlin. 1888—1895 im ländlichen Pfarramt der Mark. 1895 als Sup. nach Frenstätt (Westpr.) berufen. 1899 Stadtsuperintendent in Danzig. 1911 Generalsup. der Provinz Westpreußen, 1921 der Provinz Pommern. — Überaus schlicht in seiner persönlichen Erscheinung wirkte doch die Klarheit seines Willens, die Güte seines Wesens und die Selbstlosigkeit seines Charakters bestimmend auf seine Umgebung. Sein organisatorisches Geschick, das auch von Undersdenkenden ihm stets entgegengetragene Vertrauen stellte ihn 1920 als Präsident an die Spitze der Nationalversammlung des Freistaats Danzig. Seine dort bewiesene Umsicht prädestinierte ihn zum Präsidenten der Kirchenverfassunggebenden Versammlung der Altpreußischen Landeskirche, als welcher er mit unentwegter Ruhe und zielsicherem Geschick nicht ohne zeitweiligen Humor seines Amtes überaus erfolgreich waltete. — Seinen Gemeinden war seine volkstümliche Predigtweise eine stete Erbauung, seinen Geistlichen war er ein kundiger Berater, dem jeder unwillkürlich Vertrauen entgegenbrag. Nichts Besuchtes war an ihm, alles durchsichtig klar und schlicht, keinerlei Würde trug er zur Schau und doch sah man sofort in ihm die innere Bediegenheit. Er war Mitglied des Preußischen Landtags und gestaltete dort seine bedeutungsvolle politische Tätigkeit zum Segen der Kirche, ein mutiger Zeuge des Christenglaubens. Auch bei denen, die theologisch ganz anders orientiert waren als er selber, fand seine Eigenart offene Würdigung. Das Protestantentblatt (Nr. 1/2, 1923) schreibt von ihm: „... eine unscheinbare Gestalt, sich zurückhaltend, so daß man ihn suchen mußte, ganz schlicht und sachlich in Ausdruck und Gebärde, unendlich gütig und freundlich, mit raschem klarem Blick in die Sache und von sicherem Entschluß — so war D. Reinhard. Er hat die Verhandlungen der Kirchenversammlung stark und sicher geleitet, niemandem zu lieb und niemandem zu leid. Die einmal mit ihm zusammen gewesen sind, wissen, wie tief ernst und fromm, wie rein und lauter, wie groß er gewesen ist. Er gehörte der Rechten an, aber er hatte ein Herz für uns auf der Linken. Er hat über die Abstimmung gegen die Linke nicht triumphiert, sie hat ihm weh getan. Nach Menschen Meinen hätte die Kirche ihn wohl noch gebrauchen können — den guten zuverlässigen Steuermann. Wir gedenken seiner in herzlicher Verehrung.“ — Er wurde am Herzschlag plötzlich hingerafft, aus voller Arbeit und ungebrochener Kraft — in serviendo consummatus.

Riemann, Pfr. in Elbei b. Magdeburg, Dz. Wolmirstedt, † 26. Okt. 1922.

Rode, Ferdinand, D. Dr., Hauptpastor zu St. Petri in Hamburg und Senior ministerii, † 14. Juni 1923 in Hamburg.

Geboren 1855 in Hamburg. Später als Pfarrer im Thüringischen Kirchendienst. Dann nach Hamburg berufen; hier 1895 in die Bürgererschaft gewählt und Träger vieler Vertrauensämter, der Oberschulbehörde u. a. In Hamburg von großem Einfluß, zuletzt als Senior ministerii und Vorsitzender der Theologischen Prüfungs-Kommission und als Senior Mitglied des Kirchenrats. — Lebhafter Förderer des Evangelischen Bundes. Mitglied des Protestantenvereins, dessen

Tendenzen er mit Duldsamkeit und Belehrsamkeit vertrat. Der Ausgang des Krieges schlug seiner warmen vaterländischen Gesinnung schmerzliche Wunden, zwei seiner Söhne fielen an der Front, einer blieb mit dem U-Boot verschollen. Noch am Vormittag seines Todestages hat er am Sarg seines Amtes gewaltet, am Schlag schnell dahingerafft.

Schawaller, Friedrich, Sup. in Tilsit, † 16. Januar 1923.

Schindler, Pfr. in Krölpa, Sup. der Diözese Ziegenrück, † 27. Jan. 1923.

Schliep, Johannes Nathanael, Sup. i. R., früher Sup. in Uckermünde, † 15. Jan. 1923 in Potsdam.

Schmezer, Johannes, D., Konsistorial-Direktor des Konsistoriums in Bayreuth bis 1919, seitdem im Ruhestand, † 17. Febr. 1923 in Bayreuth im 74. Lebensjahr.

Schmidt, Paul, Prof. und Oberpfarrer an der Marienkirche in Halle a. S., † 27. Nov. 1922.

Schneider, Emil, Dr., Pfr. an der Heiligen-Geist Kirche und Sup. der Diözese Magdeburg-Stadt, † Anfang Juli 1922.

Schrumpf, Valentin, Geh. Kirchenrat, † 25. Nov. 1922 im hohen Alter von 85 Jahren.

Vorsitzender des Hessischen Pfarrervereins von 1897—1918. Bei der Feier des 25-jährigen Bestehens des Pfarrervereins, dem er ein umsichtiger und unerschrockener treuer Führer war, zum Geh. Kirchenrat ernannt. Seit 1912 im Ruhestand behielt er den Vorsitz noch 6 Jahre und wurde dann zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Schuchard, Hermann, D., Pfr. und Leiter der Diakonen-Anstalt Sefphata in Treysa (Hessen), † 27. Juni 1923.

Einer der bewährten Führer der J. M., insonderheit der Jugendpflege. Unter seiner umsichtigen und zielstrebigten Leitung wurde aus dem unscheinbaren Gebäude, in das der junge Pfarrer einst einzog, eine große weiträumige Anstalt der Barmherzigkeit — ein ganzes Dorf mit ragender Kirche. Er begründete nicht nur „Sefphata“ — eine Zufluchtsstätte für Schwachsinnige und Fallsüchtige, auch das Brüderhaus zur Ausbildung von Diakonen und förderte die ländlichen Volkshochschulen, denen er auf dem neugekauften Gut Richerode ein Heim schuf. Ein Mann — im Glauben gegründet, in der Liebe bewährt.

v. Schwarzh, Karl, D., Pfr. in Querum b. Braunschweig, † 24. April in Braunschweig.

Einer der Führer der Braunschweigischen Landeskirche in seinen frühesten Mannesjahren und wieder im Alter. Geb. 1847 in Benkendorf bei Halle a. S., Studium in Erlangen und Berlin, Religionslehrer am Gymnasium in Holzminde, 1873 Pfarrer in Erkerode. Mit stürmischem Eliaseifer trat er für die Autorität der Kirche ein in den Tagen ihrer Unpopularität und trug frohen Herzens die eigene Unpopularität des Landes und des Konsistoriums. Nach Ablauf der kirchenfeindlichen Hochflut kam seine Charakterfestigkeit zu Ehren. 1886 Sup. der Inspektion Salzdahlum, der jüngste unter den Amtsbrüdern im Kirchenkreis. Von der Geistlichkeit als ihr Vertreter in den Landtag gewählt, von der Kirchenregierung in die Synode berufen, parlamentarisch schlagfertig, schien sein Weg zu den höchsten Ehrenstellen zu gehen. Er nahm 1891 die ihm angetragene Leitung der Leipziger Missionsgesellschaft an, als warmer Missionsfreund. Unter seiner Leitung dehnte sich die Leipziger Mission in Ostafrika und Indien bedeutsam aus. 1905 Inspektionsreise in das Gebiet des Kilimandjaro. v. Schwarzh war so mit der Missionsarbeit verwurzelt, daß er 1897 den Ruf zum Gen.-Sup. in Wolfenbüttel ablehnte. Mitglied des deutschen Missionsausschusses, der Leipziger Luth. Konferenz. 1911 übernahm er zum Feierabend seines Lebens die stille Dorfpfarr

in Querum (Braunschweig) und erlebte die Freude, seinen Sohn als Hofprediger in Braunschweig zu sehen, in dessen Haus er leiblich müde aber geistesfrisch heimging. 1903 von Rostock zum D. theol. promoviert. Eine Kampfnatur voll inneren Friedens, arbeitsam, gelehrt und glaubensstark.

Simons, D., Eduard, ord. Prof. der prakt. Theologie, zuletzt Honorar-Prof. in Bonn, † 23. August 1922 in Friesdorf b. Bonn.

Geboren 1855 in Elberfeld als Sohn eines alten Patrizierhauses, bis 1893 im praktischen Kirchendienst, 1893 in Bonn habilitiert, 1902 Extraordinarius in Berlin. 1911 ordentl. Professor für praktische Theologie in Marburg. 1920 trat er in den Ruhestand und übersiedelte nach Bonn-Friesdorf, las als Honorar-Professor an der Universität und bekleidete gleichzeitig im Nebenamt die Stelle eines Konsistorialrats im Konsistorium Coblenz. Spezifisch reformierter Theologe milder Observanz, weniger theologisch produktiv als vielmehr auf dem Gebiet der Rheinischen Kirchenverfassung, des Kirchenbaus und liturgischer Fragen. Redigierte die theologischen Arbeiten aus dem rhein.-wissenschaftlichen Prediger-Verein. — Verf.: Älteste evangelische Gemeindefürsorge am Niederrhein 1894. Frei-Volks-Landeskirche 1895. Der Evang. Kirchenbau 1897. Konfirmation und Konf.-Unterricht 1900. Kölnische Konsistorialbeschlüsse 1905. Matthes Weyer — ein Mystiker aus der Reformationszeit 1907. Ein Vermächtnis Calvins 1909. Aufgaben der Rheinischen Kirche 1910. Synodalsbuch: Die Akten der Synoden und Konsistorien von Jülich Cleve und Berg, 1570—1610. Der Klassikal-Konvente. Zahlreiche Aufsätze in theologischen Fachblättern.

Steinwachs, Johannes, Leiter der Neinstedter Anstalten, † 5. April 1923 in Quedlinburg.

Verfasser zahlreicher Schriften über die kirchliche Wohlfahrtspflege der J. M., besonders auch über Krüppelpflege.

Strack, Hermann, L. D. Dr., Ordentlicher Honorar-Professor der Theologie an der Berliner Universität, Geheimer Konsistorialrat, † 5. Oktober 1922 im 74. Lebensjahr in Berlin.

Gelehrter Orientalist und Bibelforscher. Geboren 1848 in Berlin, 1872 Lehrer am Wilhelms-Gymnasium in Berlin. 1873—76 zu archivalischen Forschungen in Petersburg. 1877 Extra-Ordinarius. 1910 ordentlicher Honorarprofessor. Lebhafter Förderer der Judenmission. Vorsitzender der internationalen Judenmissions-Konferenz. Literarisch überaus fruchtbar, besonders in semitischer Philologie. — Verfasser: Katalog der hebräischen Bibelhandschriften in Petersburg. Einleitung ins Alte Test. 1882, 6. Aufl. 1906. Hebräische Grammatik 1883, 9. Aufl. 1911. Grammatik des Biblisch-Aramäischen 1896. Das Buch Jesus Sirach 1903. Einleitung in den Talmud 1887—1908. Jesus, die Häretiker und die Christen nach den ältesten jüdischen Angaben 1910. Talmud Babylonicum e codice Monacensi phototypice depictum. 2 Bde. 1912. Zur Judenmission und jüdischen Zeitfragen: Das Blut im Glauben und Aberglauben der Menschheit 1891—1900. Das Wesen des Judentums 1906. Kunstbilderbibel (mit J. Kurth) seit 1899 oft aufgelegt. Biblisches Lesebuch (mit Voelker) 1893. 11. Aufl. 1911. Mischnatraktate, seit 1882. Clavis linguarum semiticarum 1906 ff. Mitarbeiter: Nathanael; Zeitschrift für die Arbeit der evangelischen Kirche an Israel, Schriften des Institutum Judaicum Berolinense, Jahrbuch der evang. Judenmission I. 1906. II. 1912.

Theopold, Eduard, Pastor der reformierten Gemeinde Detmold, † 3. März 1923.

Mitglied der Theologischen Prüfungs-Kommission der reformierten Landeskirche von Lippe und des Moderaments des Ref. Bundes.

Troeltsch, Ernst, D. Dr. und Prof. der Philosophie an der Universität Berlin, † 1. Febr. 1923 in Berlin.

Geboren 1865 in Augsburg. 1891 habilitiert in Göttingen, 1892 Extraordinarius der systematischen Theologie in Bonn, 1894 Ordinarius in Heidelberg

mit Lehrauftrag für systematische Theologie und Religionsphilosophie. 1914 nach Berlin berufen als Vertreter für Religionsphilosophie ging er in die philosophische Fakultät über. Als Theologe von Ritschl und H. Schulz ausgegangen wurde er bald der führende Geist der religionsgeschichtlichen Schule und ein Bahnbrecher auf dem Gebiet der Religionsphilosophie. Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Berlin und Heidelberg und vieler gelehrten Gesellschaften des Auslandes. Ein universalster Denker von ungeheurer Geisteskraft, dessen System in seiner Gedankenfülle wir nicht nachzudenken vermögen. Der Historiker und der Philosoph reichten sich in seiner Geistesart die Hand und bereicherten sich gegenseitig. Doch ging er zunächst von der Gedankenwelt der systematischen Theologie aus, in der er das historische Interesse zur Geltung brachte. Vgl. seine erste Schrift: „Vernunft und Offenbarung bei Johann Gerhard und Melancthon (1891)“. Ungeheuer war sein Einfluß auf den akademischen Betrieb nach drei Seiten hin, der systematischen Theologie, der Philosophie und der Geschichte. Auch die ausländische akademische Wissenschaft sah in ihm eine Inkarnation deutscher Tiefe und Wissenschaftlichkeit. Professor E. Vermeil nennt Tr. „die markanteste Persönlichkeit des heutigen deutschen Protestantismus“; in ihm halten sich der Philosoph und der Historiker das Gleichgewicht in harmonischer Weise. Wenige Denker hätten objektiver und großzügiger das Urchristentum, die mittelalterliche Kirche, die protestantischen Bekenntnisse erfaßt, beleuchtet und bestimmt. Seine Arbeiten seien eine „Erlösung für viele geworden, welche einen mittleren und manchmal schmerzlichen Ausweg suchten zwischen den Behauptungen der Orthodoxie und den Negationen des modernen Denkens“. — Tr. löste sich schon als Theolog von den dogmatischen Grundanschauungen der Ultrischianer (Debatte mit J. Kaftan über die Selbständigkeit der Religion) von der ethischen Linie Hermanns. Die Allgemeingültigkeit christlichen sittlichen Selbstbewußtseins als eines Erlebens verwirft er als individualistisch bestimmt und darum in keinerlei Weise zureichend. Er verwirft alle dogmatische Methode in der Theologie und betont die Uneinberechtigung der historischen Methode (vgl. Gesammelte Schriften III: Der Historismus und seine Probleme). — Auf Diltheys Lehrkanzel wurde Tr. „der Geschichtsphilosoph der deutschen Gegenwart“ (Harnack). In seinen religionsphilosophischen Aufstellungen, die schließlich in die These ausmündeten, daß das Christentum nur bis jetzt die höchste Stufe der Religion darstelle, aber nicht absoluten Charakter besitze, fand er einen Bestreiter in Jelke, seinem Nachfolger auf dem systematischen Lehrstuhl in Heidelberg. Sein Wirken (März 1919) als Staatssekretär im preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung blieb Episode. Aus seinen zahlreichen Schriften seien nur angeführt: Die Aboluthheit des Christentums und der Religionsgeschichte. Politische Ethik und Christentum (1904). Die Bedeutung der Geschichtlichkeit Jesu für den Glauben. 1911. Die Bedeutung des Protestantismus für die Entstehung der modernen Kultur. 1906. 1911. Protestantisches Christentum und Kirche in der Neuzeit. 1906. 1909. Rückblick auf ein halbes Jahrhundert der theologischen Wissenschaft. 1909. Die gegenwärtige Lage der Religionsphilosophie 1904 (Festschrift für Runo Fischer). Wesen der Religion und der Religionswissenschaft. 1909. Zur Frage des religiösen Apriori. 1909. Gesammelte Schriften, Bd. II: Zur religiösen Lage, Religionsphilosophie und Ethik. Sammlung kleinerer Arbeiten unter dem Titel: Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen und vieles andere. Seine Darstellung der Geschichte des Protestantismus fand Bewertungen durch Rattenbusch, Hermann, Loofs, Brieger, Grünmacher.

Websky, Julius, D., Pfr. i. R., † 13. Aug. 1922 in Weimar.

Geboren 1850, Schüler Hases in Jena. Vertreter des freien Protestantismus. Herausgeber der Protestantischen Kirchenzeitung in neuer Folge (1897), „Protestantische Monatshefte“, Führer im Protestantenverein. Anhänger der Reformideen von Sulze und des deutschen Idealismus. Warmherziger Patriot (Kriegsfreiwilliger von 1870/71); nach längerem Dienst im Berliner Pfarramt im Ruhestand in Weimar.

v. Wittich, Prälat i. R., D.Dr., † 19. Juni 1922 in Tübingen.

Wurster, Paul, D.Dr., Ordentl. Professor der prakt. Theologie in Tübingen, † Januar 1923 im Alter von kaum 62 Jahren.

Aus dem praktischen Kirchendienst hervorgegangen, mit den Bedürfnissen des Gemeindelebens vertraut, wurde er auf dem akademischen Lehrstuhl ein Führer des jungen Theologengeschlechts, weit über die Grenzen Württembergs hinaus. Die Innere Mission hatte in ihm einen Führer besonders auf dem Gebiet der Jugenderziehung, der evangelischen Arbeiterbewegung und der sozialen Frage. Theologisch von Ritschl ausgegangen fand er durch die Tätigkeit auf dem Gebiet der I. M. den Weg zu einem kirchlich gehaltenen Pietismus zurück, auf den ihn die Überlieferungen seiner Jugend verwiesen, ohne daß er übrigens seine theologische Entwicklung ganz verleugnen konnte oder wollte. Seine frische, anregende, allem Salbungsvollen oder Doktrinären abholde Persönlichkeit hat auf mehrere Pfarrergenerationen in Hessen und Württemberg bleibende Einflüsse ausgeübt. An den Arbeiten der verfassunggebenden Kirchenversammlung Württembergs hervorragend beteiligt. Mitglied der Kirchentage. — Verf.: Herausgeber der Monatschrift für Pastoraltheologie, grundlegendes Werk über die I. M. Verfasser des 7. Bandes der Evang. Kirchenkunde: Württemberg, Spezialforschungen auf dem Gebiet der Württembergischen Kirchengeschichte und Kirchenkunde.

v. Zedlitz u. Neukirch, Zehr., Wilhelm, Geh. Reg.-Rat und Landrat a. D., † 12. Mai 1923 in Hermannswaldau (Schlesien).

Um den Ausbau der Schlesischen Provinzialkirche, die ihm manche Ehrenämter anvertraute, hoch verdient; von 1905—1919 Mitglied des Vorstandes der Schlesischen Provinzial-Synode, 1918 u. 19 ihr Präses. — Fromm im Wandel, treu im Dienst, ausdauernd in der Arbeit für Gottes Reich ging er im 76. Lebensjahr heim.

*

*

*

Nachtrag: Im Nekrolog 1921, S. 510, muß es heißen statt **Meinecke**, Franz — **Meincke**, Rudolph, D.Dr.

Neuland.

Halbmonatschrift f. geistig
höher strebende Deutsche,
besonders deutsche Jugend.
Hrsg. v. **Guida Diehl.**

Zu bezieh. durch **Neuland-Verlag, Eisenach, Neulandhaus.**

Neulandhaus, Zentralstätte der Neuland-Bewegung,
prachtvoll auf halber Höhe der Wart-
burg gelegenes Erholungshaus für jedermann und christliches Hospiz,
herrliche Terrasse, Zimmer mit Balkon, wundervolle Fernsicht.
Fernruf Eisenach 233.



Kirchengeräte in Feinzinn

durch kirchliche Form, gediegene Ausführung, größte Dauerhaftigkeit
und mäßigen Preis sich auszeichnend. Illustrierte Preisliste kostenfrei.

Kurz & Co., Zinngießerei, Stuttgart, Kanzleistr. 8.

Glockengießerei f. W. Rincker

G. m. b. H.

Sinn (Villkreiz)

liefert Bronzeglocken in jeder Größe unter Garantie
für Reinheit des Tones, der Harmonie und der
Nebentöne in voller Übereinstimmung mit vorhan-
denen alten Glocken.

**Schmiedeeiserne Glockenstühle.
Elektrische Läutemaschinen.**

Kostenanschläge ohne jede Verbindlichkeit.

Beiträge zur Förderung christlicher Theologie

Herausgegeben von Prof. D. A. Schlatter in
Tübingen und Prof. D. W. Lütgert in Halle.

Zweite Reihe:

Sammlung wissenschaftl. Monographien

1. Band: **Dalman**, Prof. D.Dr.D. Gustaf, **Orte und Wege Jesu**. Zweite, verb. und verm. Auflage. Mit 40 Abbildungen und Plänen. 1921. Geb. 12 M.
2. Band: **Bornhäuser**, Prof. D. Karl, **Das Wirken des Christus durch Taten u. Worte**. 1921. (Neuaufgabe in Vorbereitung.)
3. Band: **Hauck**, Pfr. Lic. Friedrich, **Die Stellung des Urchristentums zu Arbeit und Geld**. 1921. 5 M., geb. 6 M.
4. Band: **Bonwetsch**, G. Nathanael, **Aus A. Tholucks Anfängen**. Briefe an und von Tholuck. Ein Beitrag zur Geschichte der religiösen Erneuerung im 19. Jahrhundert. Mit Titelbild. 1922. 5 M., geb. 6 M.
5. Band: **Schrenk**, Doz. Gottlob, **Gottesreich und Bund im älteren Protestantismus** vornehmlich bei Johannes Coccejus. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des Pietismus und der heilsgeschichtlichen Theologie. 1923. 10 M., geb. 12 M.
6. Band: **Lütgert**, Prof. D. Wilh., **Die Religion des deutschen Idealismus und ihr Ende**. 1. Teil: Die religiöse Krisis des deutschen Idealismus. 2. Aufl. 1923. 11 M., geb. 12,50 M.
7. Band: **Bornhäuser**, Prof. D. Karl, **Die Bergpredigt**. Versuch einer zeitgenössischen Auslegung. 1923. 7,50 M., geb. 9 M.
8. Band: **Lütgert**, Prof. D. Wilh., **Die Religion des deutschen Idealismus und ihr Ende**. 2. Teil: Idealismus u. Erweckungsbewegung im Kampf u. im Bund. 1923. 9,50 M., geb. 11 M.

Gleichzeitig wird die bisherige I. (Heft-)Reihe der Beiträge zur Förderung christlicher Theologie" fortgesetzt.

Der Bericht über das Ende Jerusalems. Ein Dialog mit Wilhelm Weber. Von Prof. D. A. Schlatter. (28, 1.) 2 M.

Die Taiping-Bewegung. Geschichte eines chinesisch-christlichen Gottesreichs. Von Lic. Dr. Wilhelm Mehlert. (28, 2.) 5 M.

Prophet u. Gott. Eine Studie zur Religiosität des vorexil. Prophetentums von Priv.-Doz. Lic. H. W. Herzberg. (28, 3.) 6,40 M.

Die angegebenen Preise sind Grundzahlen, die mit der „Schlüsselzahl“ des B.-V. multipliziert werden müssen.

Verlag von C. Bertelsmann in Gütersloh.

Studien des apologetischen Seminars.

Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes von Prof.
D. Carl Stange.

Un die Gebildeten, denen die Verinnerlichung unserer Kultur am Herzen liegt, wendet sich diese Sammlung. Sie will mit dazu helfen, daß die Ideen der christlichen Weltanschauung in ihrer Bedeutung für das Leben des Einzelnen und für das Leben der Gemeinschaft erkannt werden und nachhaltig zur Geltung kommen.

1. Heft: **Über neuere Mystik in Auseinandersetzung mit Bonus, Joh. Müller, Eucken, Steiner.** Von Hermann Schwarz. 2. Auflage. 1922. 1,80 M. × Schlüsselzahl. Eine geistvolle Auseinandersetzung des philosophisch gebildeten Theologen. Die Darstellung ist objektiv, die Kritik scharfsinnig. Eine wirklich gebiegene Einführung in die moderne Mystik.
2. Heft: **Die Besehmäßigkeit des Naturgeschehens.** Von Gustav Mie. 1920. 0,80 M. × Schlüsselzahl. Die Darstellung des in der Natur waltenden Kausalitätsprinzips ist von großer Klarheit und Schärfe, auch sprachlich ungemein fein und durchsichtig.
3. Heft: **Die Lehre von den Sakramenten.** Von Carl Stange. 1920. 1,20 M. × Schlüsselzahl. Stanges Werke zeichnen sich stets durch ungewöhnliche Klarheit aus. Das empfindet der Leser im vorliegenden Falle, wo es sich um einen komplizierten Stoff handelt, besonders wohlthuend.
4. Heft: **Die materialistische Geschichtsauffassung.** Von Rudolf Stammler. 1921. 1,80 M. × Schlüsselzahl. Das Buch des Berliner Juristen führt in die Tiefe. Durch scharfe, begriffliche Analyse wird die Unfertigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung aufgedeckt.
5. Heft: **Religiöser Sozialismus. Grundfragen der christlichen Sozialethik.** Von D. Paul Althaus. 1921. 1,80 M. × Schlüsselzahl. Althaus gibt sehr wertvolle, durch Klarheit der Gedankenführung im einzelnen und des grundsätzlichen Standpunktes im ganzen ausgezeichnete Auseinandersetzungen über den die Gemüter stark bewegenden Gegenstand.
6. Heft: **Waldemar Bonsels, seine Dichtung und seine Weltanschauung.** Von Carl Stange. 1921. (Vergriffen.)
7. Heft: **Religiöse Strömungen im ersten Jahrh. n. Chr.** Von Prof. D. Dr. Joh. Geffken. 1922. 1,50 M. × Schlüsselzahl. Eine knappe Religionsgeschichte des ersten Jahrhunderts. Das auf gründlicher Kenntnis der Quellen beruhende Heft kann zur Einführung in die griech.-röm. Religion u. Frömmigkeit der Zeit Christi aufs wärmste empfohlen werden. (Theol. Lit.-Ber.)
8. Heft: **Die Gültigkeit der religiösen Erfahrung.** Von Anders Angren. 1922. 1,50 M. × Schlüsselzahl. Eine durch Scharfsinn, Folgerichtigkeit und Klarheit ausgezeichnete Studie des schwedischen Religionsphilosophen. . . . Ein Buch, das in gedrängtester Zusammenfassung einen unerschöpflichen Reichtum an Gedanken und Impulsen gewährt.
9. Heft: **Die letzten Dinge. Entwurf einer christlichen Eschatologie.** Von D. Paul Althaus. 1922. 2,50 M., geb. 3,20 M. × Schlüsselzahl. Eine klare, wohlthuende Darstellung. Mit frischem Wagemut bietet Althaus hier einen Entwurf einer christlichen Eschatologie, die ebenso lebendig christliche Religiosität befriedigen, wie neue theologische Wege verbunden mit sachlich scharfer Kritik bisheriger eschatologischer Auffassungen einschlagen möchte.

D. Carl Stange

Univ.-Prof. in Göttingen

Christliche und philos. Weltanschauung.

1923. Preis 2 M. × Schlüsselzahl.

In der Verworrenheit, die gerade heute in Weltanschauungsfragen herrscht, sind diese Vorträge für den Gebildeten eine Notwendigkeit; er braucht solche Untersuchungen, wenn er sich selbst über die Fragen nach dem Wesen der Dinge, nach dem Urgrund des Seins, nach dem Ende der Dinge usw. klar werden will. Nicht ungern wird er da gerade Prof. Stange in seinen logisch aufgebauten fesselnden Gedankengängen folgen.

Zum Verständnis des Christentums.

Sechs Vorträge über Gegenwartsfragen des christlichen Glaubens. 1920. Preis 2 M. × Schlüsselzahl.

Stange verfügt in besonderem Maße über die Fähigkeit, schwierige Gedanken so verständlich auszudrücken, daß sie jedem geschulten Hörer hell werden müssen. Dabei ist seine Sprache aber keineswegs matt und nüchtern, sondern kraftvoll, nicht ohne Kunst, voll verhaltenen Pathos. So verfehlen auch diese Vorträge ihre Wirkung nicht. (Lit.-Ber. f. Theol.)

Der Untergang des Abendlandes

von Oswald Spengler. 2. Aufl. 1922. Preis 0,50 M. × Schlüsselzahl.

Stanges Schrift bietet die Vorzüge eines klaren, kritischen Gesamtüberblicks. Er würdigt Spenglers Buch als Werk eines Künstlers, in dem er aber doch das schöpferische Denken vermißt. Zu seiner Widerlegung fordert er den prakt. Glauben an eine Aufgabe und an ein Ziel der gegenwärtigen Kultur.

Luther und das sittliche Ideal. 1919. 1,50 M. × Schlüsselz.

Diese Arbeit ist wegen der gedrungnen Kraft, des selbständigen Denkens und der klaren Herausarbeitung der leitenden Gesichtspunkte jedem nach gründlicher Wegweisung Verlangenden dringend zu empfehlen. Klar und scharf wird hier Luthers Ethik, d. h. die wirklich christliche Ethik vom ethischen Idealismus geschieden. (Geisteskampf der Gegenwart.)

Zur Einführung in die Gedanken Luthers. 1921. 0,50 M. × Schlüsselz.

Ein kleines, aber an starken Gedanken reiches Heft. Stange ist ein philosophisch geschulter Denker, der neben anderen Fermenten auch Luthers Gedanken sich angeeignet hat, und zwar in der Auswahl, die sich in sein System einpaßt, und so innig, daß man schwer sagen kann: so weit reicht Luthers Gedanke und das fügt Stanges Nach- und Weiterdenken an. (Theol. Lit.-Ber.)

D. Paul Althaus

Univ.-Prof. in Rostock

Die letzten Dinge. Entwurf einer christlichen Eschatologie. (Studien d. apol. Sem. Heft 9). 1922. 2.50 M.,

geb. 3,20 M. × Schlüsselzahl. Ich erinnere mich nicht, daß jemals eine wissenschaftliche Arbeit eine solch starke und nachhaltige Wirkung auf mich ausgeübt hat, wie dieses grundgelehrte Werk des jüngeren Althaus. Der Rostocker Systematiker bietet eine dogmatische Untersuchung der ganzen Mannigfaltigkeit der Fragen, die sich hier ergeben. Althaus lehnt die Lehre von der Apokatastasis ab und weist die Notwendigkeit des auch die Ewigkeit beherrschenden Entweder-Oder nach, wobei er nicht die Schwierigkeit verschweigt, die dabei in dem Gottesgedanken liegt: Darf Gottes Herrschaft am letzten Ende auf eine unabänderliche Ewigkeit hinaus als eine nur begrenzte gedacht werden, und er gibt demütig zu, daß wir hier vor einem unlösbaren Problem stehen. In strenger Bescheidenheit wird aus der Besinnung auf die Grunderfahrung des Christen alle endgeschichtliche Eschatologie, auch in der Form der heilsgeschichtlichen Betrachtung einer scharfen Kritik unterworfen und mehr gedanklich, als anschaulich, wie es der Sache entspricht, ein Grundriß der letzten Dinge, des Gerichts und des ewigen Lebens gegeben. Preuß. (†) Zeitung.

Der Heilige. Rostocker Predigten. 1922. 2. Auflage. 1,20 M. × Schlüsselzahl. Althaus ist in der Gedankenbildung wie in der Formgestaltung ganz modern. Dogmatische Formulierungen liegen weit von seinem Predigtweg; und zwar auch dann, wenn er in einer ganzen Predigt die „Königsfrage“ erörtert. Er spricht durchaus die Sprache unserer Zeit; eine gehobene, edle, aber immer gemeinverständliche Sprache. Probleme des Denkens behandelt er nicht, vielmehr Fragen des innersten Lebens. Vielleicht ist die Eigenart seiner Predigt dadurch gekennzeichnet, daß sie das Gewissen in der Tiefe zu packen und die Seele mit dem heiligen Gott in Berührung zu bringen sucht. . . . (Prof. Schian in „Theol. Lit.-Ztg.“)

Ein neuer Predigtband „Der Lebendige“ befindet sich in Vorbereitung.

Der Friedhof unserer Väter. Ein Gang durch die Sterbe- und Ewigkeitslieder der evang. Kirche. 1923. 2. Aufl. 2 M. × Schlüsselzahl. Die 2. Auflage dieses trefflichen Büchleins konnte nicht lange auf sich warten lassen. Sie ist gegen die erste bedeutend erweitert, fast auf das Doppelte angewachsen. Das Buch möchte den Reichtum des Trostes zeigen, den wir in unseren Sterbe- und Ewigkeitsliedern haben. Jeden solchen Versuch, der Gemeinde das Gesangbuch lieb und lebendig zu machen, müssen wir dankbar begrüßen. Wir tun es mit besonderer Freude, wenn es in so ansprechender Weise geschieht wie hier. Das Büchlein erinnerte mich mehrfach an Mähl: Die schönen Gottesdienste. Allerdings zeigt es auch, wie manches schöne Lied in unserem Gesangbuch fehlt und wie manches, das drin steht, gern fehlen könnte. Aber statt darüber zu klagen, wollen wir lieber das vorhandene Gut besser ausnützen. Auf dem Friedhof der Väter „weht Luft aus der Ewigkeit, kräftig, die Herzen zu stärken und zu reinigen. Wohl dem, der immerdar aus dem Vielerlei und der Arbeit des Lebens den Weg hierher findet“.

Neue theologische Arbeiten.

- Forschungen, Neutestamentliche.** Herausgegeben von Professor D. Otto Schmitz. I. Reihe: **Paulusstudien.** 1. Heft: Prof. D. O. Schmitz: Der Freiheitsgedanke bei Epiktet und das Freiheitszeugnis des Paulus. Ein religionsgeschichtl. Vergleich. 1923. 2 M.
- Bräder, Pfr. Lic. Karl:** Die Versöhnungslehre Kählers in ihrem Verhältnis zu Hofmann und Ritschl. 1922. 1,80 M.
- Hollweg, P. Lic. Dr. Walter:** Geschichte der evangelischen Gesangbücher vom Niederrhein im 16.—18. Jahrhundert. Mit 5 Abbildungen. 1923. 15 M.
- Kegel, Lic. Dr. Martin:** Los von Wellhausen! Ein Beitrag zur Neuorientierung der alttestamentlichen Wissenschaft. 1923. Gz. 2 M.
- Kohlmeyer, Prof. D. Ernst:** Die Entstehung der Schrift Luthers „An den christlichen Adel deutscher Nation“. 1922. 2 M.
- Lütgert, Prof. D. Wilhelm:** Im Dienste Gottes. Betrachtungen. 2. Auflage. 1923. 1,20 M.
- Schmoller, Dekan Otto:** Handkonkordanz zum griechischen Neuen Testament. 5. verb. Auflage. 1923. 9 M., geb. 11 M.
- Traue, Dr. Georg und Traue, Pastor Erhard:** Religionspädagogik auf religionspsychologischer Grundlage. 1. Heft: Traue, Dr. Georg: Die neueren Methoden der Religionspsychologie, ihre Darstellung und kritische Beurteilung. 1922. 2 M.
- Werdermann, P. Dr. Lic. Walter:** Geschichte des evangelischen Religionsunterrichts an preussischen Gymnasien in 19. Jahrhundert. 1923. 5 M.
- Wilkens, C. U. Dr. theol. et. phil:** Aus den Tagebüchern eines evangelischen Pfarrers. 3. Aufl. 1923. 4,50 M., geb. 5,50 M.

Verlag von C. Bertelsmann in Gütersloh.

Das Mayersche Bibelwerk

sieht seine Aufgabe darin, die allgemein-geistigen, religiösen, sittlichen, sozialen und kirchlichen Grundgedanken der biblischen Bücher fruchtbar zu machen für das Bedürfnis der Gegenwart. Es geht auf die aktuellen Fragestellungen des modernen Menschen ein, spricht in der Zeitsprache zu ihm und sucht

den Bedarf der Menschenseele von heute

zu decken. — „Das Bibelwerk von Mayer geht in neuen Bahnen; wir halten sie für die richtigen“ — „Eine überraschende Idee, und mit Glück durchgeführt!“ — „Das ist Schriftbetrachtung, wie wir sie für unsere Zeit brauchen!“ sagen berufene Beurteiler und empfehlen dem gebildeten Laien, und denen, die solchen zu predigen haben, das Werk aufs wärmste.

Mayers Bibelwerk umfaßt 30 Bände, von denen das Matthäus-Evangelium schon in 3. Auflage vorliegt. Es enthält im ganzen die stattliche Zahl von

2109 Betrachtungen.

Über die Vielseitigkeit in der Behandlung moderner Fragen geben Aufschluß die beiden „Sachregister“, die dem Bibelwerk beigegeben sind und auf Wunsch auch bei Bezug einzelner Bände (unberechnet) geliefert werden.

Mayers Bibelwerk (30 Bde.) kostet Gr. 150 M., geb. 180 M.; der alttestamentliche Teil allein (15 Bde.) 75 M., geb. 90 M.; der neutestamentliche Teil (in gleichem Umfang) 75 M., geb. 90 M. — Jeder der Bände wird auch einzeln abgegeben. Ausführliches Verzeichnis kostenlos.

× Schlüsselzahl des Buchhändler-Börsenvereins.

Verlag von C. Bertelsmann in Gütersloh.

Johannes Hefekiel

Erinnerungen aus seinem Leben.

I. Band: Jugenderinnerungen

Preis 4 M., geb. 5 M.

Der verewigte Generalsuperintendent von Posen, Bruder des bekannten Bismarck-Hefekiel, weiß vortrefflich zu erzählen. Er hat viel erlebt, er ist mit allen bedeutenden Persönlichkeiten der letzten 60 Jahre zusammengekommen, und viele sind seine Freunde geworden. Das Buch bildet einen sehr willkommenen Beitrag zur inneren Geschichte der Kirche in den drei letzten Menschenaltern.

Johann Heinrich Volkening

Ein christliches Lebens- und kirchliches Zeitbild aus der Mitte des 19. Jahrhunderts von Kirchenrat August Rische.

Preis 3 M., geb. 4 M.

Weit über Westfalen und das Ravensberger Land hinaus ist Volkenings Name bekannt und genannt als einer der Wiedererwecker christlichen Lebens. Endlich tritt nun ein vollständiges Lebensbild dieses christlichen Originals ans Licht. Schon Anfang der achtziger Jahre hat es der Schwiegersohn Volkenings geschrieben. Aus Familienrücksichten blieb es bisher unveröffentlicht.

(Monatsblätter für Innere Mission.)

Paul Gerhardt

Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Geistes. Auf Grund neuer Forschungen und Funde von D. Hermann Petrich.

Preis 10 M., geb. 12 M.

Den Hauptteil seines großangelegten Werkes verwendet der Verfasser dazu, um Paul Gerhardts Leben und Persönlichkeit darzustellen, streng kritisch zwar, ohne Legendenbeiwerk, aber mit prachtvollen Streiflichtern auf die damaligen Zeit- und Kulturverhältnisse. Dadurch gewinnt er zugleich ein solides Fundament, um im letzten Teil seines Buches Gerhardts Dichtung historisch und künstlerisch richtig würdigen und sie in den Entwicklungsgang unserer schönen Literatur einordnen zu können.

(Theol. Revue.)

Preis \times Schlüsselzahl des Buchhändler-Börsenvereins.

Verlag von C. Bertelsmann in Gütersloh.

Weihnachten

im Kindergottesdienst

Von D. P. Zauleck. 3. Aufl. 1. u. 2. Teil: 6 Weihnachtsliturgien mit Gebeten, Lektionen und Liedern samt Begleitung. Preis 2,50 M. × Schlüsselzahl. 3. Teil: Unterredungen und Ansprachen. Preis 2 M. × Schlüsselzahl.

Textblätter: 1 Probefstück 50 St. 100 St. 500 St. 1000 St.
0,05 1,50 2,80 12,— 22,— × Schlüsselzahl.

Evangelium für Kinder

Kurze Erklärungen zu den Evangelien des Kirchenjahres von J. Topelius. Aus dem Schwedischen von L. und H. Krüger.

Preis 3 M. × Schlüsselzahl.

Unter den vielen seither erschienenen Kinderpredigten und Ansprachen für Kinder nimmt ohne Zweifel das vorliegende eine ganz hervorragende, wenn nicht die erste Stelle ein. Die meisten anderen leiden an einer namentlich für Kinder ermüdenden Länge, die für sie oft zur Langeweile wird, aber von diesen Erzählungen ist keine länger als knapp vier Seiten. Bei aller Knappheit in der Form ist der Inhalt tief und gehaltvoll, es fehlt kein wichtiger Gedanke. Endlich ist diese Gedankenfülle in der dem Kinde vertrauten Sprache der Schule und des Hauses dargeboten. Es ist ferner anzuerkennen, wie sich der Verfasser bemüht, immer wieder auf den Text einzugehen und von hier aus das Wort dem Verständnis nahezubringen. Das Buch eignet sich darum sehr gut für die Hand der Sonntagschullehrer und Lehrerinnen. Wir sind überzeugt, daß es vielen eine vortreffliche Handreichung tun kann bei der segensreichen Arbeit auf dem fruchtbarsten und dankbarsten Ackerfeld — dem Kinderherzen.

Schneeflocken. Erzählungen zur Verteilung bei Weihnachtsfeiern. — 135 verschiedene Hefte.

1000 Hefte 160 M., 500 Hefte 85 M., 100 Hefte 18 M.,
50 Hefte 9,50 M., einzelne Hefte 0,20 M. × Schlüsselzahl.

Die neuen Hefte:

131. Bon, Die Betglocke.
132. Plinzner, „Mehr wert als viele Sperlinge.“
133. König, Erinnerungen einer alten Kaze.
134. Homann, Brün und Sine.
135. König, Werners Duell mit einem Gänserich.

Diese gediegenen, höchst anziehend geschriebenen und vom warmen Hauch christlicher Nächsten- und Naturliebe durchwehten Erzählungen sind Perlen schlichter Erzählungskunst. Der allerliebste bunte Umschlag macht sie besonders geeignet für den Weihnachts- und Geburtstagstisch unserer Kinder.

Verlag von C. Bertelsmann in Gütersloh.

Deutsches Kindergesangbuch

von † D. Paul Zauleck in Bremen. Völlige Neubearbeitung nach den hinterlassenen Vorarbeiten seines Vaters herausgegeben von Johannes Zauleck, Pfarrer in Wetter (Ruhr).

Vorrätig kart. 0,80 M. oder stark gebunden mit Goldtitel 1 M.
Vierstimmige Rotenausgabe gebunden 2 M. × Schlüsselzahl.

... Das ist das Kindergesangbuch, wie wir es brauchen, reichhaltiger als alle andern, mit großer Kenntnis und feiner Hand zusammengestellt, nur Texte mit Angabe der Dichter und der Melodien, gute Anordnung, ausreichender Druck, ein Gesangbuch, das unsern Kindern ans Herz wachsen wird. Die Lieder sind nach dem Kirchenjahr geordnet, festliche Zeit, festlose Zeit, und in den einzelnen Abteilungen alphabetisch nach den Anfängen, was der Anordnung nach der Entstehungszeit vorzuziehen ist.

P. Zauleck: Vom lieben Heiland

Kinderpredigten für alle Sonn- und Festtage des Kirchenjahres. 3. Auflage. — 1. Bd.: Advent bis Trinitatis. 2. Bd.: Die festlose Zeit. Jeder Band geb. 4 M. × Schlüsselzahl. — „So wie Zauleck muß man zu den Kindern reden! Es ist eine Freude, diesem Kinderfreunde zuzuhören, wie er so lebendig und anschaulich, so herzensfröhlich und ergreifend zur Jugend spricht.“ Eine vortreffliche Handreichung für Pfarrer und Anstaltsleiter, Helfer und Helferinnen, wie auch für Väter und Mütter, die sich mit ihren Kindern zu einer „gottesdienstlichen Feierstunde“ vereinen wollen.

Komm, o mein Heiland Jesus Christ, Mein's Herzens Tür dir offen ist!

Kinderpredigten nach Aufzeichnungen aus dem Nachlaß von Prof.
D. Traugott Hahn. Preis 1,20 M. × Schlüsselzahl.

... Es sind Kinderpredigten im edelsten Sinne des Wortes, innig, tief und kindertümlich, meist auch kurz, so daß sie sich zum Vorlesen in der Familie sehr eignen. Ich empfehle dies herrliche Büchlein recht herzlich allen christlichen Eltern und Erziehern, Amtsbrüdern und Mitarbeitern im Kindergottesdienst.
(Pastor Pierfig in Bremen im „Kindergottesdienst“.)

Die Gebetserziehung unserer Kinder und unsere Seelsorge an ihnen.

Von Pfr. Johs. Pierfig. Preis 1 M. × Schlüsselzahl.

Kann es heute etwas Wichtigeres geben, als dieses Thema nach allen Seiten hin zu beleuchten, wo so viele in das Heiligtum der Kinderseelen Schmutz, Zerrissenheit und Unglauben werfen wollen! Und wenn man einen so erfahrenen Führer, wie den Verfasser, auf diesem Gebiet bekommt, ist man doppelt dankbar.

Verlag von C. Bertelsmann in Gütersloh.

Im Kampf um den Glauben

Vorträge, Abhandlungen und Aufsätze zu Lebensfragen der Gegenwart

von **E. Pfennigsdorf**. Geb. 4,50 M. \times Schlüsselzahl.

Pfennigsdorf kennt die tiefe Weltanschauungsnot des modernen Menschen. Er beleuchtet sie mit dem vollen Lichte des biblischen Evangeliums und zeigt dabei die Wege zur sicheren positiven Glaubenserkenntnis. „Haeckels Monismus — Wahrheit oder Dichtung?“ „Religion, Illusion, Suggestion.“ „Was Naturwissenschaft und Christentum einander zu sagen haben.“ „Gibt es ein Jenseits?“ Das sind so ein paar besondere Themata, die hier neben manchen andern kurz und doch gründlich, wissenschaftlich und zugleich allgemeinverständlich besprochen werden.

Ein Blick in die Tiefe der Liebe Gottes

Von **C. Skovgaard-Petersen**. 2. Auflage. Geb. 2 M. \times Schlüsselzahl. — Es ist ein eigenartiger Genuß, sich in das Büchlein zu vertiefen, in dem der Verfasser in klaren und lichten Gedanken, die doch in die Tiefe gehen, in schlichter und doch edler Form, ab und zu sinnvoll durch Bilder aus der Natur und dem Leben illustriert, und mit Wärme des Herzens so redet, daß Geist und Herz zugleich beschäftigt und uns die Liebe Gottes persönlich nahegebracht wird!

Das Geheimnis des Glaubens

Ein Wegweiser für das praktische Glaubensleben von **C. Skovgaard-Petersen**. 3. Auflage. Geb. 4 M. \times Schlüsselzahl. — Hier redet zu uns einer, der das Leben kennt. Ein wenig von dem, was er selber durchkämpft hat, will er geben, seinen Mitbrüdern Berater und Führer zu werden.

Warum zweifelst du?

Ein Jahrgang apologetischer Predigten von Hosprediger **Robert Falke**. 2. Aufl. Geb. 9 M. \times Schlüsselzahl. — Ein siegesfreudiger und außerordentlich belebender Ton geht durch diese Zeugnisse hindurch. Welt- und Naturgeschichte, Kunst und Literatur, persönliche Erlebnisse und Eingeständnisse bedeutender Menschen werden zur Beweisführung und Illustrierung reichlich herangezogen, so daß auch verwöhnte Leser den in edler Sprache gehaltenen Predigten mit wachsender Spannung folgen werden. Wer den Band durchgearbeitet hat, geht mit neuen Anregungen und erhöhter Freude an seine Predigtarbeit, greift herzhafter hinein in das volle Menschenleben. Mit einer Reihe neuer Predigten wird auch auf die neuesten Verhältnisse Rücksicht genommen. Alles in allem eine sehr zeitgemäße, überaus empfehlenswerte Predigtsammlung.

Verlag von **C. Bertelsmann** in Gütersloh.

Das deutsche evangelische Kirchenlied

des siebzehnten Jahrhunderts

von

D. Albert Fischer.

Nach dessen Tode vollendet und herausgegeben von **D. W. Tümpel.**

6 Bände. 70 M., geb. 85 M. × Schlüsselzahl.

Ein Werk, dem kein Volk und keine Kirche etwas Ebenbürtiges an die Seite zu stellen hat. (D. Wilhelm Nelle.)

Mehr als tausend Gesangbücher, deren Titel im 6. Band sorgfältig und bibliographisch genau wiedergegeben sind, haben dem Verfasser bei seiner Arbeit vorgelegen. Etwa 600 Liederdichter behandelt sein Werk, und die Zahl der darin abgedruckten Kirchenlieder beläuft sich auf mehr als 3000.

Die Melodien

des deutschen evangelischen Kirchenliedes

aus den Quellen geschöpft und mitgeteilt von

D. Johannes Zahn.

6 Bände. 116 M., geb. 140 M. × Schlüsselzahl.

Das Werk enthält sämtliche wichtigeren Choräle der deutsch-evangelischen Kirche vom Jahr 1523 an bis zur Gegenwart. Für jeden, der für das geistliche Lied Interesse hat, ist die Sammlung von unberechenbarem Wert. An kritischer Sorgfalt steht es mustergültig da.

Enzyklopädie der evang. Kirchenmusik

bearbeitet und herausgegeben von

S. Kümmerle.

4 Bände. 75 M., geb. 90 M. × Schlüsselzahl.

Nahezu 2000 Artikel, unter Beigabe umfassender Quellen- und Literaturangaben, das Gesamtgebiet der evangelischen Kirchenmusik, den Gemeindegesang und die Choralgeschichte, den Chorgesang und den liturgischen Gesang behandelnd. Dazu Orgelkunde und Biographie der evangelischen Kirchenmusiker. Das Werk ist ein Muster möglicher Vollständigkeit, großartiger Sachkenntnis und außerordentlichen Fleißes.

Ausführliche Prospekte stehen zu Diensten.

Verlag von **C. Bertelsmann** in Gütersloh.

114936

114936

BX

8020

A2

K5

v.50

Kirchliches Jahrbuch

DATE DUE

AP 29 '71

BORROWER'S NAME

Kirchliches
v.50

THEOLOGY LIBRARY
SCHOOL OF THEOLOGY AT CLAREMONT
CLAREMONT, CALIFORNIA



PRINTED IN U.S.A.

